Quellen zur Geschichte

des Parlamentarismus und der politischen Parteien

DRITTE REIHE

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien
im Auftr. d. Komm. für Geschichte d. Parlamentarismus u. d. polit. Parteien. –
Düsseldorf: Droste.
Reihe 3, Die Weimarer Republik / hrsg. von Karl Dietrich Bracher . . .
NE: Bracher, Karl Dietrich [Hrsg.]; Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien
Bd. 5. → Linksliberalismus in der Weimarer Republik

Linksliberalismus in der Weimarer Republik: d. Führungsgremien d. Dt. Demokrat. Partei u. d. Dt. Staatspartei 1918 – 1933
eingeleitet von Lothar Albertin. Bearb. von Konstanze Wegner in Verbindung mit Lothar Albertin. – Düsseldorf: Droste, 1980.
(Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien: Reihe 3, Die Weimarer Republik; Band 5)
ISBN 3-7700-5104-1

NE: Wegner, Konstanze [Bearb.]

© 1980
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien, Bonn

Verlag:
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf

Gesamtherstellung:
Rheinisch-Bergische Druckerei, Düsseldorf

ISBN 3-7700-5104-1

Inhalt

Seite

Vorwort der Herausgeber VII

Einleitung: Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei von Lothar Albertin IX

I. Parteigründung und liberale Fusionsfrage XI
II. Politik in der Nationalversammlung XII
III. Wählerbewegung XIV
IV. Die Politik einer kleinen Partei (1920–1930) XVII
V. Die Parteiorganisation XX
1. Der provisorische Geschäftsführende Ausschuß (1918/19) XX
2. Der satzungsmäßige Vorstand (1919–1930) XXIII
3. Der provisorische Hauptvorstand (1918/19) XXVI
4. Der Parteiausschuß (1919–1930) XXVIII
5. Der Parteiapparat und -anhang und die finanziellen Ressourcen XXXI
6. Organisierte Sonderinteressen XXXVIII
VI. Der Wandel zur Deutschen Staatspartei XLIV
VII. Satzung und Wirksamkeit der Organe XLVII
VIII. Politik der Deutschen Staatspartei und Zerfallserscheinungen . IL

Zur Edition

A. Die Quelle LII
B. Die Einrichtung der Edition LV
Verzeichnis der Archivalien LXI
Verzeichnis der Zeitungen und Zeitschriften LXI
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur LXII
Verzeichnis der Abkürzungen LXVII
Verzeichnis der Dokumente LXVIII

Abschnitt I: Von der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei bis zum Berliner Parteitag (November 1918 bis Juli 1919)
Dokumente 1–32 1

Abschnitt II: Vom Berliner zum Nürnberger Parteitag (Juli 1919 bis Dezember 1920)
Dokumente 33–72 79

Abschnitt III: Vom Nürnberger zum Bremer Parteitag (Dezember 1920 bis November 1921)
Dokumente 73–87 161

Abschnitt IV: Vom Bremer zum Elberfelder Parteitag (November 1921 bis Oktober 1922)
Dokumente 88–99 227

Abschnitt V: Vom Elberfelder zum Weimarer Parteitag (Oktober 1922 bis April 1924)
Dokumente 100–113 277

Abschnitt VI: Vom Weimarer zum Breslauer Parteitag (April 1924 bis Dezember 1925)
Dokumente 114–127 315

Abschnitt VII: Vom Breslauer zum Hamburger Parteitag (Dezember 1925 bis April 1927)
Dokumente 128–138 359

Abschnitt VIII: Vom Hamburger zum Mannheimer Parteitag (April 1927 bis Oktober 1929)
Dokumente 139–155 427

Abschnitt IX: Vom Mannheimer Parteitag bis zur Auflösung der Deutschen Demokratischen Partei (Oktober 1929 bis November 1930) 517
Dokumente 156–172 . . . . . .

Abschnitt X: Vom Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei in Hannover bis zu ihrem Ende (November 1930 bis Mai 1933) 615
Dokumente 173–206 . . . . . .

Anlagen

Die Mitglieder des Provisorischen Hauptvorstands und des Parteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei 1918–1930 766

Die Mitglieder des Provisorischen Geschäftsführenden Ausschusses und des Vorstands der Deutschen Demokratischen Partei 1918–1930 . 802

Der Geschäftsführende Vorstand der Deutschen Staatspartei 1930–1932 809

Die Satzungen der Deutschen Demokratischen Partei/Deutschen Staatspartei 810

Die Ergebnisse der Deutschen Demokratischen Partei/Deutschen Staatspartei bei den Wahlen zur Nationalversammlung und den Reichstagswahlen 1919–1933 820

Register 825

Vorwort der Herausgeber

Es ist ein glücklicher Umstand für die Erforschung der Geschichte der Weimarer Republik und des organisierten Linksliberalismus, daß die Protokolle der Sitzungen der Führungsgremien der Parteiorganisation von Deutscher Demokratischer Partei und (ab 1930) Deutscher Staatspartei in geschlossener Folge überliefert sind. Dieser Quellenbestand gewinnt dadurch an Bedeutung, daß Protokolle der Reichstagsfraktion dieser Partei fehlen. Hervorzuheben wäre, daß wir es für die ganze Zeit der Weimarer Republik in der Organisation des Linksliberalismus, wie übrigens schon in derjenigen der Fortschrittlichen Volkspartei in der Zeit vor 1918, mit einer engeren Parteiführung und einem größeren Führungskreis zu tun haben. Die engere Parteiführung, seit dem ersten Parteitag vom Juli 1919 Vorstand genannt, läßt sich als Parteiexekutive charakterisieren. Sie zeichnet sich durch enge Verflechtung mit der Reichstagsfraktion, aber auch derjenigen des preußischen Landtags aus. In ihr dominierten die in Berlin ansässigen Mitglieder. Der weitere Führungskreis, von 1919 bis 1930 unter der Bezeichnung „Parteiausschuß", dann „Gesamtvorstand", brachte vorwiegend die Stimmen der regionalen Parteigliederungen zur Geltung. Man kann sagen, daß er die Funktion eines kleinen Parteitags übernahm, der seltener zusammentrat als das kleinere und entsprechend einflußreichere Gremium.

Angesichts des Umfangs des Quellenmaterials, insgesamt 161 Protokolle des kleineren Gremiums (Provisorischer Geschäftsführender Ausschuß bis Juli 1919, dann Vorstand und ab 1930 Geschäftsführender Vorstand) und 44 Protokolle des Provisorischen Hauptvorstands bzw. ab Juli 1919 Parteiausschusses und ab 1930 Gesamtvorstands, wäre eine vollständige Publikation einerseits zu aufwendig, andererseits nicht lohnend gewesen. So bot sich an, wie in der editorischen Einleitung im einzelnen begründet, nur den kleineren Teil der Protokolle im Wortlaut zu veröffentlichen, im übrigen aber in stärkerem Maße mit Regesten zu arbeiten.

Den wesentlichen Anteil an der Bearbeitung der Edition hat Frau Dr. Konstanze Wegner gehabt, wobei Herr Professor Dr. Lothar Albertin insbesondere bei der Vorbereitung der Edition und deren Abschluß sowie bei redaktionellen Beratungen mitgewirkt hat. Außerdem ist er Verfasser der Sacheinleitung. Ebenso ist das Register unter seiner Anleitung von den Herren Karsten Schröder und Heinz Gillessen (beide in Bonn) erstellt worden.

Die Herausgeber danken allen am Zustandekommen des Gesamtwerks beteiligten Mitarbeitern, sodann vor allem dem Bundesarchiv in Koblenz, das den der Edition zugrunde liegenden Quellenbestand und andere einschlägige Überlieferungen zugänglich gemacht hat. Schließlich ist der Deutschen Forschungsgemeinschaft für Gewährung einer Sachbeihilfe zu danken.

Karl Dietrich Bracher Erich Matthias Rudolf Morsey

Bonn, Rimbach/Odenwald, Speyer, im Februar 1980

Einleitung

Deutsche Demokratische Partei/ Deutsche Staatspartei

von Lothar Albertin

I. Parteigründung und liberale Fusionsfrage

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Partei war der Versuch eines Neubeginns. Der kleine Kreis, der sich am Sonntagvormittag, dem 10. November 1918, in Berlin traf, war so zufällig zusammengesetzt, wie es die spontane Eile der Kontakte ergab: „Man brachte mit, wen man gerade traf."[1] Die Versammelten waren sich einig in der Ablehnung der alten bürgerlichen Parteien, denen einige von ihnen angehörten. Sie suchten zur Gründung einer Partei des „freien Bürgertums" noch die Führer. Max Weber war nicht in Berlin, der Aufenthalt Friedrich Naumanns war unbekannt.[2] Theodor Wolff, der Chefredakteur des Berliner Tageblatts, mit dem schließlich eine Telephonverbindung zustande kam, erklärte sich bereit, die Bildung einer „großen demokratischen Partei"[3] zu initiieren. Ein gewählter Fünfer-Ausschuß übernahm die weitere Vorbereitung, er selbst den Entwurf des Aufrufs. Neben einigen Parlamentariern der Fortschrittlichen Volkspartei wurden schon am folgenden Tage die ersten Jungliberalen einbezogen. Alfred Weber, der in diesen Tagen politische Artikel für das Berliner Tageblatt schrieb, wurde Vorsitzender des vorläufigen Vorstands.

Die Liste der Unterzeichner des Gründungsaufrufs vom 16. November[4] enthielt nur das vorläufige Resultat hastiger Fühlungnahmen, machte aber bereits ein breites Spektrum sichtbar. Journalisten, teils von renommierten, auflagestarken Blättern, trafen sich mit publizistisch ausgewiesenen Gelehrten. Aus der Wirtschaft kamen einige Unternehmer, Generaldirektoren und Syndici. Auf der Arbeitnehmerseite erschienen Repräsentanten der in den Gewerkvereinen organisierten Angestellten und Arbeiter, ferner Verbandsfunktionäre der mittleren und unteren Beamtenschaft. Zum öffentlichen Dienst des Staates und der Kommunen gehörten außerdem mehrere höhere Beamte. Ein Sechstel des Aufgebots rekrutierte sich aus Reichstags- und Landtagsabgeordneten der Fortschrittlichen Volkspartei und der Nationalliberalen Partei. Der Aufruf enthielt unmißverständliche Absagen an das alte System. Er sah im Zusammenbruch der Monarchie auch den Bankrott der traditionellen Parteien, ihrer Programme und ihrer Führer. Er proklamierte eine „neue soziale und wirtschaftliche Politik", die von allen Besitzenden große Opfer fordern, für monopolistische Wirtschaftsbereiche die „Idee der Sozialisierung" aufnehmen, die Staatsdomänen aufteilen und den Großgrundbesitz einschränken sowie sozialrechtliche Sicherungen für Arbeiter, Angestellte und Beamte, für Kriegsteilnehmer und -hinterbliebene schaffen sollte.

Neben dieser wirkungsvollen Idee einer großen Partei neben Sozialdemokratie und Zentrum wurden aber auch bald die alten Wünsche nach Einigung der liberalen Parteien bei diesem Anlaß laut. Der Initiativkreis um das Berliner Tageblatt sah darin eine Umwidmung, die die Gründungsimpulse zu beeinträchtigen schien.

---

1 Richard Otto Frankfurter schilderte diese Vorgänge anläßlich des zehnjährigen Bestehens der DDP. Vgl. Demokrat v. 8. 11. 1928 Nr. 21; vgl. die Quellenhinweise bei Albertin S. 54f.

2 R. O. Frankfurter a. a. O.

3 Theodor Wolff, Tagebuch, handschriftl. Notizen 10. 11. 1918.

4 Abgedruckt in: Otto Nuschke, Wie die Deutsche Demokratische Partei wurde, was sie leistete und was sie ist, in: Zehn Jahre Deutsche Republik, hrsg. von Anton Erkelenz, Berlin 1928, S. 24ff.

Deswegen erschwerte oder verweigerte er Teilen der liberalen Parteienprominenz den Zugang. Auch nach dem Ausscheiden Stresemanns, der wegen seiner Haltung in der Kriegszieldiskussion heftigen Angriffen ausgesetzt war, gelang die Zusammensetzung des provisorischen Ausschusses erst in ,,stundenlangen Debatten kläglichster Art".[5] Kraftvoller und unaufhaltsamer vollzog sich im allgemeinen die liberale Einigungsbewegung im Lande, unter dem Druck der Mitglieder und der politisierten Neuzugänge. Daß Stresemanns Gegengründung einer ,,Deutschen Volkspartei auf national-demokratischer Grundlage" am 21. November unter der Parole der Einigung des Liberalismus faktisch auf eine Neuauflage der Spaltung hinauslief, führte zu erneuten Fusionsverhandlungen unter dem Einfluß mittelständischer Wirtschafts- und Berufsverbände, bis schließlich, am 3. Dezember, der Vorsitzende des nationalliberalen Zentralvorstandes Friedberg offiziell die Vereinigung beider Parteien erklärte.[6] Damit verschoben sich nochmals die Gewichte in der DDP. Für die routinierten ehemaligen Fraktionsführer, Fischbeck im Reichstag, Pachnicke und Friedberg im preußischen Abgeordnetenhaus, die zudem in der Führung alter Parteiämter erfahren waren, erwiesen sich die überkommenen Organisationen als das wirksamste Instrument, den Einfluß des Gründerkreises zu unterlaufen. Politisch unbequeme Bewerber, wie Max Weber, Georg Bernhard, Hugo Preuß, blieben ohne Chance, in die verfassunggebende Nationalversammlung zu kommen. Im Wahlkampf hatte die Partei zwei Gesichter. In der politischen Rollenerwartung an die Sozialdemokratie schieden sich die Geister am deutlichsten. Die einen wollten mit ihrer Hilfe in einer künftigen Koalition Ideen demokratischer Organisation auch auf die Wirtschaft übertragen, die andern diese Absicht in Grenzen halten und eignen sozialen Besitzstand schützen. Nach der heftigen Diskussion über Listenverbindungen spiegelte das taktische Kalkül des Beschlusses die interne Kräfteverlagerung.[7] Mit den bei Stresemann verbliebenen Teilen der DVP, die aus Zeitnot nicht mehr in allen Wahlkreisen Kandidaturen zustande brachte, rivalisierte dann die DDP vor einem großenteils identischen Publikum. In der Geschichte beider Parteien wurde die erneuerte Spaltung zu ihrer schwerwiegendsten Hypothek, deren Aufhebung zum ständigen politischen Thema.

II. Politik in der Nationalversammlung

Für die beiden großen Aufgaben der Nationalversammlung: Friedensschluß und Verfassungsgebung, präsentierte sich die DDP mit starken ideellen und personellen Ressourcen. Führende Sprecher eines völkerrechtlich-organisatorisch und eines ethisch argumentierenden Pazifismus, wie Walther Schücking und Ludwig Quidde, hielten nun die Gelegenheit für gekommen, sich mit dem elementaren Friedenswillen der Massen zu verbinden. In der Nachbarschaft solcher Erwartungen begann die im Februar 1919 in Max Webers Haus gegründete ,,Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechts", die sogenannte Heidelberger Vereinigung, ihre

5 Fischbeck an Payer 21. 11. 1918. Nachlaß Payer 21.

6 Vgl. Albertin S. 71f.

7 Vgl. Nr. 10.

Überlegungen zur Kriegsschuldfrage.[8] Mehr als die Hälfte der prominenten Gründungsmitglieder gehörten zur DDP. Zur Vorbereitung der Friedenskonferenz seitens der Reichsregierung steuerte die Partei hervorragende Kräfte bei: im Rahmen des im November 1918 eingesetzten „Ausschusses für Friedensverhandlungen" unter Graf Bernstorffs Leitung[9], zur Konferenz selbst mehrere Delegierte und Sachverständige. Die DDP baute auf die Opportunität ihrer Anschauungen und die Reputation ihrer Experten und hielt sich unter den Koalitionsparteien für befugt, die Außenpolitik als ihre Domäne zu betrachten. Mit den Friedensbedingungen begann die Ernüchterung. Ihre Kabinettsmitglieder legten zwar noch, auf Verlangen der Fraktion, die Reichsregierung auf das anfängliche, ausdrückliche „Unannehmbar" fest[10], die derart fixierte „nationale Einheitsfront" erwies sich aber in den folgenden Wochen als Fiktion und wurde auch in den eignen Reihen brüchig. Der demonstrative Protest bot nur noch Gelegenheit, sich im Sommer 1919 der – ohnehin unbequem gewordenen – Regierungsverantwortung zu entledigen.

Für die Verfassungsarbeit besaß die DDP erfahrene, in der öffentlichen Diskussion ausgewiesene Parlamentarier und Wissenschaftler. Hugo Preuß' führende Rolle bei der Vorbereitung nahm sie als frühes Zeichen ihrer Unentbehrlichkeit. Sie begriff sich auch – in jeweils wechselnder Stärke – als kompetenter Anwalt von Ideen für den Neubau des Reiches: der Beendigung dynastischer Zersplitterung durch eine unitarische Organisation der staatlichen Gewalt, der reichseinheitlichen Regelung des Schulwesens, der Demokratisierung der Verwaltung und der Armee, der Erweiterung der Grundrechte zu einer umfassenden Wirtschafts- und Sozialverfassung. So gesehen, wurde für sie die Arbeit an der Verfassung zur ständigen Auseinandersetzung mit den sperrigen historischen und aktuellen Bedingungen der Realität und zum sukzessiven Abbau idealer Konzepte. Die Vorstellungen von der Rolle der politischen Parteien blieben zurückhaltend und uneinheitlich. Immerhin wies ihnen Hugo Preuß in der dritten Lesung des Verfassungsentwurfs mit positiver Ausdrücklichkeit die Funktion zu, Führungspersonal für die Bildung und den Wechsel von Regierungen zu stellen und es somit auch – im Rahmen der Opposition – dem politischen Prozeß zu erhalten.[11] Daß die starken Demokratisierungsimpulse in der anfänglichen Entwicklung der neuen Partei nicht an die verfassunggebende Versammlung weitergegeben wurden, ergab sich nicht zuletzt aus der Verspätung ihrer programmatischen Selbstverständigung gegenüber dem Verfassungswerk. Die eigentliche Programmdiskussion auf dem ersten Parteitag in Berlin, an der viele Ortsvereine und Wahlkreisverbände durch ihre Anträge und die Beiträge ihrer Delegierten beteiligt waren, wirkte sich nur noch in Einzelfällen aus.

Im Herbst hatte die Partei Mühe, aus der bald als unergiebig empfundenen Oppositionsrolle in die Regierung zurückzufinden. Sie erhielt die Ressorts Justiz und Inneres für Schiffer und Koch-Weser; als drittes wählte die Fraktion das neue

8 Vgl. Albertin S. 212ff.; ferner Wolfgang J. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890 bis 1920, 2. überarb. u. erw. Auflage, Tübingen 1974, S. 338ff.

9 Vgl. Albertin S. 313ff.

10 Vgl. a. a. O. S. 325f.

11 Vgl. Sten. Ber. Bd. 328 S. 2101 D – 2102 C (30. 7. 1919)

Wiederaufbauministerium, das – nach vergeblichem Werben um einen prominenten Wirtschaftsführer – mit Geßler besetzt wurde. Seine rasche Fühlungnahme mit der Industrie, die fortgesetzten Versuche der Partei, den Koalitionspartnern doch noch Zugeständnisse beim Betriebsrätegesetz abzutrotzen, und die Vereinbarung einer Reichstagskandidatur in dem ehemaligen Berliner Wahlkreis Friedrich Naumanns mit Carl Friedrich von Siemens, der der DDP über das von ihm geleitete „Kuratorium für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft" weitere Spenden zuführen sollte, waren diskrete Anzeichen einer Kursänderung der Partei, die weniger von ihren Führungsorganen als von ihrer Fraktion in der Nationalversammlung betrieben wurde.

Hatte die Partei noch Anfang März 1920 mit der Regierung auf Neuwahlen „im Herbst nach Abschluß der Ernte"[12] (Koch–Weser) gehofft, um in der alten Koalition die Durststrecke äußerster Belastungen überwinden und sich dem Urteil des Wählers erst in einer Phase relativer wirtschaftlicher Besserung stellen zu können, so zerstörte der Kapp-Lüttwitz-Putsch diese Aussicht abrupt. Das uneinheitliche Verhalten der DDP während der dramatischen Ereignisse, die internen Auseinandersetzungen über die gebotenen politischen Folgerungen, Schiffers leiser Abgang anläßlich der als Neubildung deklarierten Umbildung der Reichsregierung vermehrten die agitatorischen Schwächen im Wahlkampf. Die Reichstagswahlen 1920 setzten der Stellung der Partei in der Wählerschaft Maßstäbe, die den Abschied von ihrer einmaligen, anfänglichen Stärke und den Rahmen ihrer weiteren Entwicklung markierten. Die Bedeutung dieser Zäsur spiegeln die Daten von 1919 bis 1930.

III. Wählerbewegung

In den Wahlen zur Nationalversammlung wurde die DDP mit 5 641 825 Wählern, 18,5% der gültigen Stimmen[13], drittstärkste Partei und lag dicht hinter dem Zentrum. Die höchsten Gewinne lagen nicht nur in traditionellen Schwerpunkten des Linksliberalismus, wie Württemberg, Hessen-Nassau, Franken, Hamburg, sondern auch in Thüringen, Baden, Magdeburg und Dresden-Bautzen. Wenn auch eine Reihe starker – und auch schwacher – regionaler Positionen des Linksliberalismus aus der Vorkriegszeit bewahrt und einige nationalliberale Hochburgen, wie im nördlichen Rheinland, in Niedersachsen und Hessen, von der DVP wiedergewonnen wurden, so wiesen doch die Ergebnisse insgesamt nicht auf eine Fortsetzung der liberalen Wählerverteilung von 1912 oder eine durch ausfallende DVP-Kandidaturen bedingte innerliberale Wählerverschiebung.[14] Räumliche Ausdehnung und numerische Stärke der DDP spiegelten vielmehr – wie auch ihre anfängliche Beitrittsbewegung – den gelungenen Start einer neuen, sozial weitgespannten Partei.

12 Sten. Ber. Bd. 332 S. 4801 C (9. 3. 1920). Koch–Wesers ausführliche Begründung S. 4797 C – 4802 B.

13 Die Wahlen zur verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919, Vierteljahrshefte zur Statistik des Deutschen Reiches, 28. Jg. 1919, Erstes Ergänzungsheft, S. 18.

14 Vgl. Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918-1920, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 22, Düsseldorf 1962, S. 70f.

Diesen Charakter verlor die Partei in den Reichstagswahlen am 6. Juni 1920. Mit rund 2 202 000 Wählern, 8,4% der abgegebenen gültigen Stimmen[15], gehörte sie, neben der SPD, zu den hauptsächlichen Verlierern. Die vergleichsweise geringsten Einbußen in den 32 Wahlkreisen erlitt sie in Württemberg, Franken, Baden, Hessen-Nassau und Magdeburg. In Baden lag sie noch vor beiden nichtkatholischen bürgerlichen Parteien, in Hamburg blieb sie stärkste bürgerliche Partei. Zu den Wahlkreisen mit geringster Widerstandsfähigkeit gehörten die von der Partei bereits 1919 schwach besetzten in Niedersachsen, Westfalen und im Rheinland. In Pommern verlor sie, auch infolge innerparteilichen Zwistes, fast 80% ihrer Wähler, in den Dörfern großenteils direkt an die DNVP.

Die DVP, die ihre Wählerschaft verdreifachen konnte und fast den nationalliberalen Anteil von 1912 erreichte, fing namentlich den Rückgang aus der DDP in größeren Städten und in Wahlkreisen auf, in denen sie 1919 nicht kandidiert hatte.[16] Diese innerliberale Wählerwanderung, die der Fusionsdebatte neuen Auftrieb gab, war bereits durch erste direkte Verluste beider Parteien an die DNVP überlagert.[17] Gemessen am Vorkriegsstand, waren die Deutschnationalen stärker, die Linksliberalen schwächer geworden.[18] Diese Tendenz erhärteten die preußischen Landtagswahlen im Februar 1921. Auch die siegreiche DVP sah ihren Besitzstand von 1920 bereits um 196 000 Stimmen vermindert. Die gleichzeitigen Reichstagswahlen in Ostpreußen und Schleswig-Holstein brachten der DDP nur noch ein schwaches Drittel ihrer Wähler von 1919.[19]

In den Reichstagswahlen am 4. Mai 1924 erreichte die Partei nur rund 1 655 000 Stimmen oder 5,7%.[20] Am schwersten waren die Einbrüche diesmal in den bayerischen Wahlkreisen, sie lagen aber auch im Wahlkreisverband Sachsen-Thüringen, in Frankfurt/Oder, Düsseldorf-West, Baden und Mecklenburg erheblich über dem Verlustdurchschnitt. Die schwache Erholung bei den Dezemberwahlen auf 6,3% – die einzige in der Geschichte der Partei auf Reichsebene – war sehr ungleich gestreut.[21] Während die Ergebnisse nur in zwei sächsischen Wahlkreisen, in Hamburg und Westfalen-Nord rückläufig blieben, zogen sie auffallend günstig in Berlin an, wo die Partei auch im Mai gewonnen hatte, sowie in den Wahlkreisen Potsdam II und Westfalen-Süd; aber nur in diesen beiden konnte der Stimmenstand von 1920 überschritten werden. Im Reichsmaßstab blieb die DDP erheblich unter der Schwelle ihrer Niederlage von 1920. In den meisten weiteren Landtags- und Kommunalwahlen bestand der Spielraum ihrer Hoffnungen und Befürchtungen fast nur noch zwischen verlangsamten und beschleunigten Verlusten.

---

15 Vgl. Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 291, II, Berlin 1920, S. 2f.

16 Vgl. Hartenstein S. 230f.

17 Vgl. Albertin S. 153ff.

18 Vgl. Hartenstein S. 230.

19 Vgl. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 291, IV, Berlin 1923, S. 2. Hierin auch die Ergebnisse für den Wahlkreis 10 (Oppeln) vom 19. 11. 1922.

20 Vgl. Die Wahlen zum Reichstag am 4. Mai 1924 und am 4. Dezember 1924. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 315, I, Berlin 1925, S. 6f.

21 Vgl. a. a. O. Bd. 315, III, S. 6f.

Mit den schweren Einbußen von 413 000 Stimmen oder 21% des Besitzstandes vom Dezember 1924 bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 hatte freilich kaum jemand in der Partei gerechnet.[22] Von geringen Gewinnen in Pommern und Hamburg abgesehen, erreichten die Rückgänge Ausmaße zwischen 4,7 und 44,3% und verteilten sich auf Gebiete verschiedener Sozialstruktur im ganzen Reich.[23] Wie der Anteil von 3,8% aller gültigen Stimmen bei den Reichstagswahlen 1930 zeigte, hielt die Umwandlung zur Deutschen Staatspartei diese Entwicklung nicht auf. Die Partei, die, neben ihrer vielfachen und langfristigen Präsenz in den einzelstaatlichen Exekutiven, an den meisten Reichsregierungen beteiligt war und die anderen Kabinette während ihrer kurzen Abstinenz 1919 und 1921 sowie in den Oppositionsphasen 1925 und 1927 bis Mai 1928 weitgehend gestützt hatte, unterlag einem Niedergang, der in keiner anderen republikanischen Partei so stetig und so umfassend war.

Während dieses Prozesses verringerte sich mit der Zahl der parlamentarischen Mandatsträger auch deren soziale Repräsentativität. Die 75köpfige Fraktion der Nationalversammlung bildeten noch, neben einem großen Kontingent politischer und leitender Beamten des Staates und der Kommunen, mehrere kleinere Gruppen von Unternehmern und Managern, Landwirten, Angehörigen freier Berufe, Verbandsvertretern der Beamten, Angestellten, sonstigen Arbeitnehmern mittlerer und unterer Einkommensstufen und die schwächste Gruppe aus Handel und Gewerbe. In der Reichstagsfraktion von 1920 verminderten sich die Anteile der Arbeitnehmer aus Wirtschaft und öffentlichem Dienst, der Landwirte und freien Berufe. Eine große Gruppe leitender Kräfte aus staatlicher und kommunaler Verwaltung, aus Universitäten und höheren Schulen, stellte gemeinsam mit wenigen, aber potenten Repräsentanten der wirtschaftlichen Oberschicht fast Dreiviertel der 39köpfigen Fraktion, unter den 28 Abgeordneten der Maiwahlen 1924 nahezu Vierfünftel. Die Fluktuation und die Vergrößerung auf 32 Abgeordnete bei den Dezemberwahlen veränderten dies Verhältnis nur geringfügig zugunsten der Arbeitnehmervertreter. Zu den bezeichnenden Unterschieden in der preußischen Fraktion gehörte 1919 und 1921 der große Anteil von Angehörigen aus Universitäten, Akademien und Schulen aller Gattungen und der fast gänzliche Ausfall der Großwirtschaft. Dabei stach unter den 27 Abgeordneten seit Dezember 1924 eine stärkere Gruppe von Lehrern und Rektoren hervor, während die sonstigen Sparten etwa gleichmäßig – das heißt: Handel und Gewerbe stärker als in der Reichstagsfraktion – besetzt waren. Der Anteil aus dem öffentlichen Dienst erhöhte sich dann unter den 22 Abgeordneten von 1928. Die disparate Zusammensetzung der aus den gleichzeitigen Wahlen hervorgegangenen 25köpfigen Reichstagsfraktion spiegelte schließlich, im zehnten Jahr einer rückläufigen Parteigeschichte, den nicht mehr lösbaren Versuch, Reputation und Erfahrung von Regierungsämtern, parlamentarischen Mandaten und Parteifunktionen mit den herkömmlichen Mustern sozialökonomischer und verbandspolitischer Repräsentativität und den Interessen der stärkeren Wahlkreisorganisationen zu verknüpfen.

22 Ohne die 26252 Stimmen der dem Reichswahlvorschlag der DDP angeschlossenen Volksrechtspartei (Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung) betrug der Verlust gegenüber Dezember 1924 sogar 22,9%. Vgl. Die Wahlen zum Reichstag am 20. 5. 1928. Statistik des Deutschen Reichs, Bd. 322, II, Berlin 1930, S. 4f.

23 Vgl. Demokrat v. 14. 6. 1928 Nr. 11/12.

IV. Die Politik einer kleinen Partei (1920–1930)

Der Abstieg aus der Gruppe der großen Parteien 1920 verschob naturgemäß die Gewichte in der zwischenparteilichen und koalitionspolitischen Orientierung. Während einerseits die innerliberale Einigungsfrage durch interfraktionelle Annäherung an die DVP und lancierte Anstöße aus den Führungsorganen – gegen interne Einwände – neu belebt wurde, verdichtete sich andererseits der Wunsch nach Erweiterung des bürgerlichen Minderheitskabinetts zur Großen Koalition. Er stimmte mit den koalitionspolitischen Sondierungen überein, die Stresemann unternahm, als der reparationspolitische Druck zwischen Januar und Mai 1921 die politischen Parteien und die öffentliche Meinung enger zusammenrücken ließ. Nach herrschender Meinung in den Führungsorganen der DDP und der Reichstagsfraktion sollte das Minderheitskabinett Wirth, das eine parlamentarische Abstimmungsmehrheit für das Londoner Ultimatum erhielt, den Übergang zur Großen Koalition bilden. Er schien im Herbst 1921 vollziehbar: dank der weitgediehenen steuerpolitischen Verhandlungen, der damit verbundenen Zusage einer Kredithilfe für Reparationszahlungen seitens des Reichsverbandes der deutschen Industrie[24] und der öffentlich signalisierten Bereitschaft der Sozialdemokratie.[25]

Daß die Mehrheit der Reichstagsfraktion das Scheitern dieses Versuches nicht mit allen Kräften zu verhindern suchte, zudem Wirth wegen der Teilung Oberschlesiens zur Demission drängte und ihre Minister auf Nichtbeteiligung an seinem zweiten Kabinett festlegte, polarisierte die Partei um so mehr, als Geßler als sogenannter Fachminister in diesem verblieb, Rathenau gegen bessere Einsicht ausgeschieden war, und Schiffer, bislang ihr drittes Kabinettsmitglied, wenige Tage später, und ohne Beratung mit der Fraktion, das deutsche Delegiertenmandat in der Oberschlesienkommission übernahm.

Diese Polarisierung erhielt im Jahre 1921 ihre nachhaltigen Konturen und im Dezember, auf dem Parteitag in Bremen, ihren ersten scharfen, öffentlichen Ausdruck. Die prononciert demokratische, innerparteiliche Opposition rekrutierte sich hauptsächlich aus der Arbeitnehmerschaft der Gewerkvereine und Berufsverbände, aus den Redaktionen einiger Zeitungen und Zeitschriften sowie den freien Berufen und der Wissenschaft. Das Spektrum der Themen und Anlässe ihrer Konsensbildung und aktiven Kooperation reichte so weit wie die Politik der Partei. Ihre Minderheitsposition war am schwächsten in der Reichstagsfraktion, stärker in der preußischen Fraktion und im Parteivorstand; ihre regionalen Verankerungen spiegelten gelegentlich die Kontroversen im Parteiausschuß und auf den Parteitagen.

Nach dem Mord an Walther Rathenau (der Ende Januar wieder in die Regierung eingetreten war) wurden die parlamentarischen Arbeitsgemeinschaften der Sozialdemokratie und der „verfassungstreuen Mitte" – ungeachtet ihrer divergierenden Interessen – zu Auffangstellungen für den durch die Fraktionen laufenden

24 Zur Aktivität des Reichsverbandes vgl. Albertin, Die Verantwortung der liberalen Parteien für das Scheitern der Großen Koalition im Herbst 1921, HZ 205/3 (1967) S. 566ff. (594)

25 A. a. O. S. 583.

Kooperationswillen, der in der Arbeit am Republikschutzgesetz seine erste Probe erfuhr. Sie erwiesen sich schließlich als Vorstufe zur Großen Koalition unter Stresemann. Deren Aufgabe, unter Zeitnot den Ruhrkampf abzubrechen, die Währung zu stabilisieren, den Haushalt zu sanieren und die Wiederaufnahme der Reparationsverhandlungen zu erreichen, hatte die volle Unterstützung der DDP; der Außenpolitik Stresemanns hat die Partei seitdem im wesentlichen ununterbrochen zugestimmt.

Nach ihrer erneuten Niederlage bei den Reichstagswahlen am 4. Juni 1924 sperrte sich die DDP einer Regierungsbeteiligung der Deutschnationalen, die sich anschickten, ihren Nutzen aus der günstigen Wendung der Reparationsfrage zu ziehen, ohne deren politische Belastungen mit getragen zu haben. Als die DDP auch in späteren Verhandlungen festblieb, formierte sich der Exodus derer, die darin das endgültige Zeichen für die Unvereinbarkeit ihrer Auffassungen mit dem Kurs der Partei sahen. Einige von ihnen, wie Schiffer, C. F. v. Siemens und Dominicus, gründeten im Spätherbst die Liberale Vereinigung[26], die Ideen und Gesinnung des Liberalismus pflegen, die Mitglieder seiner Parteien zusammenführen und seine Einigung vorbereiten wollte. Wenn auch ihre personelle Stärke und ihr publizistisches Gewicht gering waren, so blieb sie doch mehrere Jahre lang durch ihre programmatische Orientierung und organisatorische Konkurrenz für die DDP, die immer mehr Mühe hatte, ihren Anhang durch eine einheitliche politische Linie zusammenzuhalten, ein Störfaktor.

Die resolute Abgrenzung gegen die Deutschnationalen, in der sich die Partei durch die schwachen Zugewinne bei den Dezemberwahlen 1924 bestätigt sah, führte sie danach auf den Weg in die Opposition. Die vergeblichen Versuche, sich in der Personaldiskussion für die Reichspräsidentenwahlen stärker ins Spiel zu bringen, und die fehlenden Aussichten, sich in der Opposition zu profilieren, ließen sie indessen in die Regierung zurückstreben. Als nach der Demission des Rumpfkabinetts Luther Anfang Dezember 1925 Koch–Weser vergeblich versucht hatte, mittels eines zuvor entworfenen Sachprogramms selbst eine Regierung zu bilden[27], beteiligte sich die DDP bereitwillig am zweiten Kabinett Luther, und ihr für das Innenressort designierter Partei- und Fraktionschef nahm sogar in Kauf, im letzten Moment – wegen seiner der BVP nicht genehmen unitarischen Auffassungen – gegen Külz ausgewechselt zu werden.

Bot die Flaggenfrage noch Gelegenheit, bei Luthers Sturz geschlossen aufzutreten, so ließen die innerparteilichen Spannungen bei der Fürstenabfindung nur noch den Rückzug auf die Freigabe der Abstimmung beim Volksentscheid zu, die innerfraktionellen Kontroversen beim Schund- und Schmutzgesetz den offenen Eklat gespaltener Voten.[28] Für das Wählerpotential erwiesen sich zudem der ökonomi-

26 Protokoll über die Gründung v. 27. 11. 1924, Werkarchiv Siemens/München, Liberale Vereinigung. (Anwesend: Frentzel, Eisenführ, Schiffer, Dr. Bahr, Dr. Becker, Keinath, Dominicus). In dieser Sitzung wurden die Satzung angenommen, der Vorstand gewählt sowie Vorsitz (C.F.v.Siemens und Schiffer), Kassenführung (v. Siemens) und Schriftführung (Schiffer) besetzt.

27 Der Inhalt bei Stephan S. 314f. Quellen- und Literaturhinweise zu den weiteren Verhandlungen bis zur Bildung des zweiten Kabinetts Luther in: Kabinette Luther I u. II Bd. 1 S. LV.

28 Sten. Ber. Bd. 391 S. 8391 – 8395 (Zusammenstellung der namentlichen Abstimmungen, nach Fraktionen gegliedert).

sche Aufschwung und die ihn begleitende Finanzpolitik als zweischneidig. Die steuerlichen Erleichterungen und öffentlichen Kredite unter Reinholds Leitung des Finanzressorts kamen hauptsächlich der „Blutleere“[29] der Großwirtschaft zugute, während sich bei den geschwächten mittelständischen Betrieben die Zahl der Pleiten mehrte. Die öffentliche Behandlung der Hauszinssteuer und der damit verbundene Druck des Reiches auf die Personalpolitik der Länder und Kommunen taten ein übriges, die Wählerabwanderung bei den Landtagswahlen 1926 zu den reinen Interessenparteien zu verstärken und diese in die koalitionspolitische Nähe der NSDAP zu rücken.[30] Seit 1927 wieder in der Opposition, versuchte die DDP diesmal, sich mit langem Atem auf die Wahlen des Jahres 1928 im Reich und in Preußen vorzubereiten. Sie setzte ihre Anstrengungen um die eigne Reorganisation fort, behandelte auf ihrem Hamburger Parteitag im April 1927 ausführlich das Thema der Reichsreform und demonstrierte gegen Ende des Jahres parlamentarische Geschlossenheit in der Schulpolitik. Zur nachhaltigen Profilierung fehlten ihr aber sowohl die agitatorischen Kräfte als auch die politischen Gelegenheiten.

Nach den Verlusten am 20. Mai 1928 häuften sich die Zeichen der Schwäche. In den Koalitionsverhandlungen des Frühjahrs 1929 verließ Koch-Weser zugunsten des Zentrums das Kabinett Müller II, während Dietrich, als Ernährungsminister, mit einer – weltwirtschaftlich bedingten – Verhärtung der ökonomischen Fronten im Innern konfrontiert war. Das längst fällige eigne Wirtschaftsprogramm brachte die Partei nicht zustande, dem Parteitag in Mannheim 1929 präsentierte Gustav Stolper, der Leiter der zuständigen Kommission, nur seinen persönlichen Entwurf[31], die Arbeitnehmervertreter reagierten mit mündlicher Kritik und einem späteren öffentlichen Gegenentwurf.[32] Währenddessen sah sich das langjährig etablierte Führungspersonal, das mit verfahrensmäßiger Übung die Politik und die Tätigkeit ihrer Organe steuerte, dem Druck einer Kritik regionaler Gruppen und der eignen Jugendorganisation ausgesetzt, die mehr oder minder entschiedene Reformen verlangte: des Programms und der Politik, der Organisations- und Aktionsformen sowie der Führung. Demgegenüber blieben die diskreten und öffentlichen Sondierungen einer liberalen Einigung oder bürgerlichen Sammlung, in die Stresemann noch kurz vor seinem Tode einbezogen war, unerheblich. Während Teile der Partei noch an die parlamentarische Bewältigung der Probleme durch die Große Koalition glaubten, suchte ein kleiner Kreis um Koch-Weser, der selbst Ende 1929 die erstrebte Stärkung seiner Führungsposition erreicht hatte, in der in Bewegung geratenen politischen Landschaft nach Möglichkeiten, der Partei eine neue Form und Perspektive zu geben.

29 Vgl. Stephan S. 317f.

30 Insbesondere in Sachsen am 31. 10. 1926. Vgl. Wippermann 1926 II A S. 184f.

31 Erkelenz an Rexrodt 10. 9. 1929, Nachlaß Erkelenz 54. Vgl. Werner Schneider, Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, phil. Diss. (ms.) Erlangen-Nürnberg 1976, S. 18.

32 Vgl. W. Schneider S. 184.

V. Die Parteiorganisation

Politik und institutionelle Strukturen einer Partei stehen miteinander in Wechselwirkung. Die Politik der DDP war auch Ergebnis ihrer organisatorischen Kapazität und beeinflußte diese wiederum. Aufbau, Zuständigkeiten und Funktionen der Parteiorganisation können nunmehr vor dem Hintergrund der wechselnden Rollen der Partei im politischen Prozeß dargestellt werden, deren Erwerb, Ausübung und Verlust die Tätigkeit ihrer Organe hauptsächlich beschäftigte. Im Mittelpunkt stehen die beiden Parteiorgane, aus deren Arbeit die Dokumente stammen. Der Parteitag wird nur in diesem Zusammenhang erwähnt. Nach den Statuten war er oberstes Organ der Partei, dem die anderen Organe verantwortlich waren. Er entschied über die Besetzung der Spitzenämter, wählte teilweise auch die Mitglieder der Organe, diejenigen des Revisionsausschusses insgesamt. Zu seinen Kompetenzen gehörte die Regelung der Beiträge an die Parteikasse. Vor allem aber war er breitestes Forum für innerparteiliche Meinungsbildung und beriet und verabschiedete das Programm und andere Willensbekundungen der Partei. Der Parteitag wurde unter folgenden Daten tätig:

19.–22. 7. 1919 in Berlin – 13.–15. 12. 1919 in Leipzig – 11.–14. 12. 1920 in Nürnberg – 12.–14. 11. 1921 in Bremen – 9.–10. 10. 1922 in Elberfeld – 5.–6. 4. 1924 in Weimar – 1.–2. 11. 1924 in Berlin – 4.–6. 12. 1925 in Breslau – 21.–24. 4. 1927 in Hamburg – 4.–6. 10. 1929 in Mannheim – 8. 11. 1930 in Hannover.

Auf dem letzten der drei außerordentlichen Parteitage (Leipzig/1919, Berlin/1924 und Hannover/1930) wurde die Auflösung der DDP beschlossen; ihm folgte der Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei am nächsten Tage.

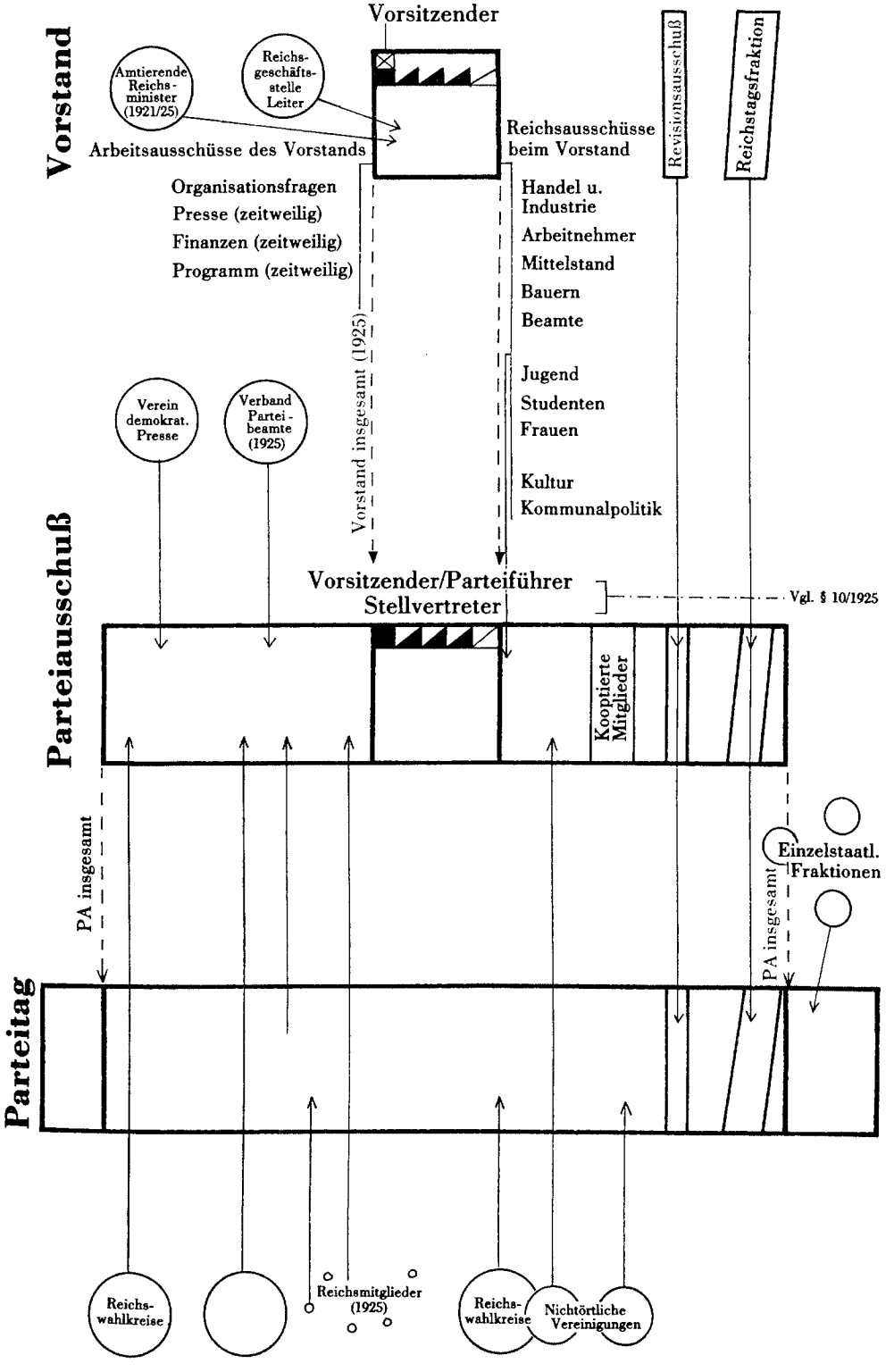
Auf die Organe der Deutschen Staatspartei einzugehen, erscheint erst zweckmäßig im Rahmen ihrer eignen Geschichte, in der es zwar statutarische Merkmale gab, die sich noch als Spielarten einer institutionellen Kontinuität auslegen ließen, in der aber auch solche kodifiziert wurden, die nicht mehr verwirklicht wurden.

Das folgende Schaubild soll Orientierungshilfe beim Studium der Organisation der DDP sein. Es zeigt nur die Gliederung und Verschränkung der statutarischen, nicht der provisorischen Organe von 1918/19. Die verschiedenen Satzungsphasen, die die Synopse der Parteistatuten im Anhang gegenüberstellt, sind im wesentlichen berücksichtigt, numerische Stärken aber nicht maßstäblich ausgewiesen.

1. Der provisorische Geschäftsführende Ausschuß (1918/19)

Der vorläufige Geschäftsführende Ausschuß (GA) war bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung das einflußreichste zentrale Organ der Partei und behielt neben der Fraktion bis zum ersten Parteitag und zur satzungsgemäßen Konstituierung seines Nachfolgeorgans, des Vorstands, eine maßgebliche Stellung. Er bildete sich „aus eigenem Recht“[33] (Nuschke) anläßlich der Verhandlungen mit

33 Erster Parteitag S. 13.


Vorstand
Vorsitzender
Amtierende Reichsminister (1921/25)
Reichsgeschäftsstelle Leiter
Arbeitsausschüsse des Vorstands
Reichsausschüsse beim Vorstand
Revisionsausschuß
Reichstagsfraktion
Organisationsfragen
Presse (zeitweilig)
Finanzen (zeitweilig)
Programm (zeitweilig)
Handel u. Industrie
Arbeitnehmer
Mittelstand
Bauern
Beamte
Jugend
Studenten
Frauen
Kultur
Kommunalpolitik
Vorstand insgesamt (1925)
Verein demokrat. Presse
Verband Parteibeamte (1925)
Parteiausschuß
Vorsitzender/Parteiführer
Stellvertreter
Vgl. § 10/1925
Kooptierte Mitglieder
PA insgesamt
Einzelstaatl. Fraktionen
PA insgesamt
Parteitag
Reichswahlkreise
Reichsmitglieder (1925)
Reichswahlkreise
Nichtörtliche Vereinigungen

den Unterzeichnern des Aufrufs vom 16. 11. und der Vorbereitung der Parteigründung am 20. 11. 1918 und ergänzte sich durch Kooptation nach eigner oder in den Fusionsgesprächen vereinbarter Wahl.

Die Zu- und Abgänge während der ersten Wochen waren durch eine folgenreiche Kräfteverlagerung markiert. Während Theodor Wolff und Theodor Vogelstein, die neben Dernburg und Gerland als Vertreter des Vorstands bei politischen Entscheidungen mitwirken sollten[34], bald den Sitzungen fernblieben und Alfred Weber (am 13. 12.) seinen Rücktritt erklärte, zogen Otto Fischbeck und Robert Friedberg, die „beiden Exzellenzen aus der Kaiserzeit"[35] (Stephan) die Steuerung der Arbeit an sich. Beide brachten Erfahrungen als Vorsitzende des entsprechenden Organs in der Fortschrittlichen Volkspartei (FVP)[36] und der Nationalliberalen Partei mit. Aus den Zentralbüros beider Parteien standen ihnen deren Generalsekretäre Issberner und Kalkoff zur Verfügung. Zwar kam Richard Otto Frankfurter, der Alfred Weber ersetzte, auch aus dem Gründerkreis vom 10. 11., aber der Einfluß des auf sich gestellten Rechtsanwalts wog wenig gegen die finanziellen Ressourcen, die der Kaliindustrielle Kempner und der Präsident des Industrie- und Handelstages Frentzel vermittelten, die beide im Dezember kooptiert wurden.

Der GA wurde ohne Statut und Programm tätig, zudem zunächst ohne die Nachbarschaft von Fraktionen des Reichs und Preußens, die in der liberalen Organisationsgeschichte seine starke Stellung in Grenzen gehalten hatten. Er nutzte seine Handlungsfreiheit, indem er auch politische Inhalte formulierte und Entscheidungen traf, deren organisatorische Durchführung er nach herkömmlichem Verständnis nur zu gewährleisten hatte. Die Fusionsverhandlungen in der Konstituierungsphase der Partei, der Wahlkampf und seine diskret gehandhabte Finanzierung waren Bereiche, in denen solche grenzüberschreitenden Festlegungen erfolgten, die gewöhnlich von den Akteuren mit dem Zeitdruck der Situation gerechtfertigt wurden. Daß der GA namentlich durch wahlprogrammatische Richtlinien und sonstige Öffentlichkeitsarbeit Orientierungspunkte setzte, schien auch geboten, weil die alten und neuen Organisationen im Lande darauf warteten oder auf eigne Faust mit Programmen hervortraten. Die Neigung des GA, seine Funktionen sachlich zu erweitern und verfahrensmäßig zu verselbständigen, blieb auch nach dem Wahlkampf beharrlich.

Einer Anregung der Hamburger Gruppe folgend, änderte die Satzungskommission auf dem ersten Parteitag die Nomenklatur und die Gewichtung der Organe. Aus dem Hauptvorstand wurde der Parteiausschuß, aus dem Geschäftsführenden Ausschuß der Vorstand. Hinzu kam der Kontrollausschuß, der die Arbeit des Vorstandes beaufsichtigen und als Beschwerdeinstanz dienen sollte. Er ging als Revisionsausschuß in die Satzung ein.[37]

34 Vgl. Nr. 1.

35 Stephan S. 39.

36 Fischbeck trat 1913 aus Gesundheitsrücksichten zurück. Thomas Nipperdey, Die Organisation der deutschen Parteien vor 1918, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 18, Düsseldorf 1961, S. 232.

37 Erster Parteitag S. 36.

2. Der satzungsmäßige Vorstand (1919–1930)

Zusammensetzung

In der Frage, wer den Vorstand wählen sollte, stießen bei der Vorbereitung und Beratung der Satzung zwei Legitimationsauffassungen zusammen, für die es traditionelle Linien gab. Die Entwürfe des GA und des Hauptvorstandes bestanden auf der Wahl durch diesen, für die Dauer einer Reichstagslegislaturperiode.[38] Das entsprach dem Wahlrecht des Zentralausschusses der FVP seit 1910, der diesem Organ vergleichbar war (indessen die gesamte Reichstagsfraktion einschloß).[39] Die vorherrschende Tendenz der Änderungsanträge auf dem Parteitag war hingegen, diesen künftig zum Wahlkörper zu erheben, wie es 1912 in der FVP vergeblich versucht worden war.[40]

Der Kompromiß der Satzungskommission wurde dann als eine „völlige Neuerung"[41] vorgestellt. Der künftige Parteiausschuß (PA) schien eher als der große Parteitag die nötige Personenkenntnis zu haben, um bei der Wahl der elf Berliner Mitglieder neben politischen Eigenschaften auch administrativ-organisatorische und finanzwirtschaftliche Qualifikationen berücksichtigen zu können.[42] Die unzufriedenen Antragsteller wurden mit der Aufrechnung getröstet, daß durch die Mitgliedschaft des PA-Vorsitzenden und seiner Stellvertreter 16 durch den Parteitag gewählte und stimmberechtigte Mitglieder zwölf weiteren (den Leiter der Reichsgeschäftsstelle eingeschlossen) gegenüberstanden.[43]

Verglichen mit dem entsprechenden Organ der FVP, dessen Mitglieder „unter möglichster Berücksichtigung der einzelnen Landesteile"[44] gewählt werden sollten, war die satzungsmäßige Absicht, die zentrale Stellung zu befestigen, unverkennbar. Sie beherrschte auch die Kooptationen, die meistens über die durch Satzungsänderungen zugelassene Zahl von vier (1921), dann von zehn (1925) Mitgliedern hinausgingen. Ähnlich wirkte sich die in Bremen beschlossene Teilnahmeberechtigung für alle amtierenden und aus dem Amt geschiedenen Minister des Reichs und der Länder für die jeweilige Zeit bis zum nächsten Parteitag aus. Die Antragsteller hatten dadurch Rathenau zu größerem Einfluß verhelfen wollen.[45] Die Zahl der Einladungen schwoll daraufhin Anfang 1922 auf 65 an.[46] Aber die Anreise aus den Ländern war weit; das Statut von 1925 entsprach

38 Beide Entwürfe im Nachlaß Payer 12.

39 Abdruck des Organisationsstatuts der Fortschrittlichen Volkspartei in: Klaus Heger, Die Deutsche Demokratische Partei in Württemberg und ihre Organisation, Leipziger rechtswissenschaftliche Studien H. 24, Leipzig 1927, unveränd. Nachdruck Leipzig 1970, S. 119-121. Der Entwurf des Statuts „nach den Beschlüssen des Viererausschusses" und ein Entwurf der Übergangsbestimmungen vom 15. 12. 1909 finden sich im Nachlaß Gothein 43.

40 Nipperdey S. 233.

41 Erster Parteitag S. 161.

42 A. a. O. S. 30 u. 160.

43 A. a. O. S. 162.

44 Vgl. Anm. 39.

45 Vgl. Brantz S. 166 Anm. 5.

46 Nr. 90.

der Praxis und schränkte die Teilnahme mit Sitz und Stimme auf die Reichsminister ein. Es begrenzte die Zahl der Mitglieder im übrigen auf 40, deren 30 durch den Parteitag gewählte Mitglieder in der Mehrheit (17:13) nicht aus Berlin sein sollten.[47] Dies Prinzip, das auch bei der Erhöhung der Mitgliederzahl auf 50 (23:17) 1929 bewahrt wurde, änderte wenig an den vielfachen Bekundungen diffuser oder fallbezogener Unzufriedenheit im Lande. Der Auffassung des Stettiner Wahlkreisvorsitzenden auf dem Mannheimer Parteitag (1929), der Hauptfehler der Organisation läge im „Mißverhältnis zwischen Berlin und der Provinz"[48], entsprach ein nicht berücksichtigter Antrag aus Hessen, den Vorstand in erster Linie aus Wahlkreisvorsitzenden zu bilden.

Daß sich in der fast zwölfjährigen Geschichte dieses Organs die Gewohnheit der Wiederwahl mit geringfügigen Änderungen einbürgerte, wurde auf den Parteitagen nur gelegentlich kritisiert.[49] Nach außen verlief auch die Wahl des Vorsitzenden gewöhnlich glatt. Im Vordergrund stand ohnehin die Wahl des Vorsitzenden des Parteiausschusses und Führers der Partei, seit auf dem ersten Parteitag, der noch im Zeichen mannigfacher Spontaneität verlaufen war, Friedrich Naumann gegen die Vorschlagsliste des GA nominiert und gewählt worden war. Das Amt des Vorstandsvorsitzenden gewann natürlich durch die Personalunion mit dem des PA, die der Vorstand auf dem zweiten ordentlichen Parteitag in Nürnberg (1920) gegen Einwände durchsetzte, nachdem er bereits das Statut „weiter ausgelegt" (Gerland) und nach Friedbergs Rücktritt den bereits zu Naumanns Nachfolger designierten Petersen auch in dessen Amt gewählt hatte.[50]

Obwohl diese Konstruktion auf dem konfliktreichen Parteitag in Bremen (1921) aufgegeben wurde, um die Kritiker der Reichstagsfraktion, die Petersen ebenfalls führte, durch die Wahl Erkelenz' zum Vorstandsvorsitzenden zu beschwichtigen, behielt dies Amt die Bedeutung einer ausbaufähigen Machtstellung. Fischers gleichzeitige Wiederwahl als Stellvertreter war deswegen eine Bedingung seiner Parteifreunde aus der Unternehmerschaft. Gleichwohl wurde die Personalunion als Möglichkeit in das Statut von 1925 aufgenommen und von Koch-Weser 1929 gegen Erkelenz mit Gründen durchgesetzt, die den Führungsstil mittels der zentralen Organe personalistisch variierten.

Kompetenzen und Funktionen

Die Satzung von 1919 verstärkte die „Führung laufender Parteigeschäfte" des Organisationsstatuts der FVP (1910), – auch die Entwürfe des provisorischen Hauptvorstands und GA sprachen noch von „laufenden Geschäften" –, in „laufende politische Führung der Partei"; die attributiv aufgenommene politische Handlungsdimension wurde durch die Rahmenbindung an Parteiprogramm und

47 R 45 III/5, fol. 140.

48 R 45 III/7, fol. 278 f.

49 „Es hat sich der Mißbrauch herausgebildet, daß wir nicht den Mut haben, auch aus dem Parteivorstand die nicht mehr arbeitsfähigen Leute herauszuwählen." (Parteitag in Mannheim 1929) a. a. O.

50 Zweiter ordentlicher Parteitag S. 215. Vgl. Nr. 55.

Parteitagsbeschlüsse bestätigt. Auch die Zugehörigkeit des Vorsitzenden des PA und seiner Stellvertreter als geborene Mitglieder unterstrich dies und dürfte als Fortschreibung der Bestimmung des Statuts von 1910 gesehen werden können, wonach bei wichtigen politischen Kundgebungen der Vorsitzende des Zentralausschusses und seine beiden Stellvertreter zugezogen werden sollten.[51] Die Vertretung der Partei, womit das entsprechende Gremium der FVP 1910 zum erstenmal betraut worden war, wurde „nach außen" nun eindeutig dem Vorsitzenden zugesprochen.[52]

Die Aufgabenbeschreibung – Verwaltung der Finanzen, Leitung der Organisation und Agitation – deckte einen Handlungsspielraum, zu dessen extensiver Ausschöpfung der Vorstand später immer neigte. Das war schon vor dem Kriege die faktische Tendenz des vergleichbaren Gremiums, dessen Aufgaben enger gefaßt waren, und entsprach der wahrgenommenen Machtfülle des GA der DDP im Wahlkampf 1918/19 sowie seinem Gewinn an Ansehen aufgrund des Wahlerfolgs. Die Spannungen und Konflikte, die sich aus dem vielseitigen Führungsanspruch auf Dauer im Verhältnis zu den anderen Organen der Partei ergaben, vermehrten und steigerten sich, seit die Reichstagsfraktion durch das Eigengewicht ihrer Arbeit und ihrer Entscheidungen die Politik der Partei zu dominieren begann.

Einer der markantesten Versuche, die Fraktion stärker an die Führungsorgane der Partei, namentlich den Vorstand, zu binden, war die Einrichtung des sechsköpfigen Politischen Ausschusses Anfang Dezember 1921.[53] Sie gehörte zu einer Strategie innerparteilicher Einflußverlagerung, deren Initiatoren und Anhänger eine Minderheit im Vorstand und in der Fraktion bildeten. Diese Gruppierung, die namentlich der Redakteur Wilhelm Cohnstaedt mobilisierte[54], suchte auf dem Parteitag die offene Konfrontation, weil sie nicht damit einverstanden war, daß die Fraktion ihre Minister aus der Regierung Wirth im Herbst 1921 zurückgezogen und anläßlich der Kreditaktion so stark die Rolle der DVP mitgespielt hatte.

Auf diesem Parteitag traten mehrere führende Mitglieder deutlich als Sprecher einer Opposition auf oder wurden so apostrophiert. Ihre Kritik am „System der Fraktionsregierung"[55] (Preuß) führte zwar nicht bis zu dem beabsichtigten Mißtrauensvotum gegen die Fraktion, erhielt aber ihren institutionellen Ausdruck in dem bald darauf eingerichteten Politischen Ausschuß. Nach den Vorstellungen seiner Befürworter sollte er die Politik zwischen Fraktion und Vorstand „koordinieren" und sogar mit einem suspensiven Vetorecht gegenüber der Fraktion ausgestattet sein.[56] Tatsächlich spielte sich aber nicht einmal die vereinbarte Regelung ein, die dem Ausschuß zu informativen Zwecken die Sitzungen der Fraktion öffnen und zu konsultativen periodische Zusammenkünfte gewähren sollte. Daß seine erste Beschwerde, von der Fraktion übergangen worden zu sein[57],

51 Vgl. Anm. 39.

52 Nipperdey S. 232.

53 Nr. 88.

54 Brantz S. 155f.

55 Dritter ordentlicher Parteitag S. 51.

56 Brantz S. 154.

57 Nr. 92.

sich auf den diskret ausgehandelten Steuerkompromiß bezog, für den die DVP durch Zugeständnisse gewonnen wurde, zeigte, welche eminent politische Bedeutung diesem Vermittlungsmechanismus beigemessen wurde. Seine Aufnahme in die Satzung gelegentlich der Änderungen von 1925 wurde abgelehnt. Durch die gelegentlichen Sitzungen, die der Vorstand gemeinsam mit den Fraktionen aus dem Reich und Preußen hielt, um sie auf eine einheitliche Linie zu bringen, erwarb er sich zwar eine begrenzte Funktion als Clearingstelle zwischen deren heterogenen Interessenlagen, gewann aber nicht den regelmäßigen Einfluß auf die Reichstagsfraktion, der mit dem institutionellen Zwischenglied 1921 gemeint war.

3. Der provisorische Hauptvorstand (1918/19)

Zusammensetzung

An welchem Tage und in welcher Zusammensetzung die Bildung des provisorischen „Vorstands" begann, ist nicht genau auszumachen. Übergeht man die für die Kontrahenten der FVP und der Nationalliberalen schockierende Erklärung Alfred Webers vom 18. 11., er habe gerade mit seinen Freunden die Partei gegründet und den Vorstand gebildet, und folgt der offiziellen Datierung der Gründung am 20. 11., so läßt sich diese auch für die Entstehung des vorläufigen „Vorstands" ansetzen. In den Beratungen dieses Tages zwischen Vertretern des Gründungskerns sowie der FVP und der Nationalliberalen wurden die Personen benannt, die aus den Vorgängerparteien dazugehören sollten, seitens der FVP: Fischbeck, Gothein, Kanzow, Naumann, Pachnicke, Waldstein und Wendorff; seitens der Nationalliberalen: Junck, List, Lucas, v. Richthofen und Zickler.[58] Außerdem sollten noch einige „Mittelstandsleute und Frauen" gesucht werden; Gertrud Bäumer, die bald Mitglied wurde, wurde von Alfred Weber und seinen politischen Freunden zunächst noch als zu „gemäßigt" und „nationalistisch" abgelehnt.[59]

Die sukzessive Erweiterung des Organs während der folgenden Wochen spiegelte die Ergebnisse der Sondierungen bei Berufs- und Wirtschaftsverbänden, der weiteren Fusionsverhandlungen und der Kontakte mit Landesverbänden. Nach den Vereinbarungen mit den Nationalliberalen am 2./3. 12. rückten beispielsweise neben Friedberg noch ein Landtags- und ein Reichstagsabgeordneter ein, während das in Aussicht genommene weibliche Mitglied verzichtete und sich der DVP zuwandte. Als dies Organ am 19. 12. 41 Mitglieder erreicht hatte, wurden der DVP Bayerns für den Fall ihres Eintritts fünf Plätze angeboten. Es wuchs bis zum ersten Parteitag auf 127 Mitglieder.[60]

Bezeichnend für diesen Rekrutierungsprozeß insgesamt war der frühe Wandel der Maßstäbe und Verfahrensweisen, dem eine Kräfteverschiebung entsprach. Anfänglich hob die Zulassung auf politische Gesinnungsmerkmale ab, auf System-

58 Fischbeck an Payer 21. 11. 1918. Nachlaß Payer 20.

59 A. a. O.

60 Erster Parteitag S. 16.

kritik in der Monarchie und Distanzierung von annexionistischen Kriegszielen. Der Gründerkreis befand darüber nicht ohne willkürliches Ermessen. Bald setzte sich indessen der Wunsch durch, eine möglichst breite und mehrstufige politische und soziale Repräsentativität zu erreichen: nach Parteienrichtungen, Landesverbänden, Berufs- und Wirtschaftsverbänden, die oft selbst die Auswahl vornahmen. Erste Abgänge waren bereits Proteste gegen die damit verbundene Akzentverlagerung im Kurs der Partei. Wie disparat der Zustrom zu dem vorläufigen Organ war, zeigte auch dessen unterschiedliche Bezeichnung, bis zu derjenigen als „Zentralvorstand" durch einen ehemaligen Nationalliberalen.[61]

Die Teilnahme an den sieben Sitzungen des vorläufigen Hauptvorstands bis zum ersten Parteitag unterlag mancherlei Erschwernissen des Verkehrs, der Nachrichtenübermittlung und der inneren Entwicklung. Die erste, hier belegte Sitzung (am 7. 1. 1919) mußte – wegen der Berliner Unruhen – kurzfristig vom Reichstagsgebäude ins nahe Lokal „Rheingold" verlegt werden.[62]

Stellung und Funktionen

Folgt man dem rückblickenden Geschäftsbericht auf dem ersten Parteitag, so wollte der GA über den „erweiterten Unterbau" eines Hauptvorstandes „in lebendiger Fühlung mit den demokratischen Organisationen und Wählern im Lande bleiben".[63] Diese etwas emphatische Erläuterung seines Zwecks umschrieb hauptsächlich zwei Funktionen, die sich früh als unvereinbar erweisen sollten: Der Hauptvorstand wurde einerseits als richtungweisendes Entscheidungsgremium in politisch bedeutsamen Fragen vorgestellt, andererseits als Diskussions- und Akklamationsforum für Entscheidungen, die schon gefällt oder geplant waren. Der einen Auslegung, die auch über die konventionelle Stellung solcher Organe bis 1918 hinausging, entsprachen die im GA vereinbarte Regelung, bei politischen Fragen mehrere namentlich benannte Mitglieder des Vorstands hinzuzuziehen, und dessen eigne Beratungen und Beschlüsse in der vorparlamentarischen Phase, namentlich über die Frage der Listenverbindungen. Die andere Auslegung erhielt ihr strukturelles Gewicht mit der Konstituierung der Fraktion der Nationalversammlung. Die gemeinsame, streng vertrauliche Sitzung mit ihr am 4. 2. 1919 brachte erste Kontroversen über die kompetenzmäßige Zuordnung hervor, aber noch kein repräsentatives Meinungsbild, weil beide Seiten schwach vertreten waren. Die Forderung, der Fraktion für ihre Koalitionsverhandlungen verbindliche Richtlinien auf den Weg zu geben, gegen die sich der alte Parlamentarier Fischbeck mit erfolgreicher Entschiedenheit gewehrt hatte, wurde in allgemeiner Fassung bei den Satzungsberatungen am 12. 4. wiederaufgenommen, durch einen Antrag, die Reichstagsfraktion zu verpflichten, sich in allen grundlegenden Fragen

61 Curt Köhler (Geschäftsführender Direktor des Hansabundes) an Generalsekretär Schumacher, DDP Berlin, 1. 2. 1919. R 45 III/15. Geläufige Bezeichnungen waren anfänglich Provisorischer Vorstand, später Provisorischer Hauptvorstand; der „Hauptausschuß" und der „Große Vorstand" gehörten darüber hinaus zu den anfänglichen Namen für dies Organ.

62 Erster Parteitag S. 16.

63 A. a. O. S. 13.

mit dem Hauptvorstand ins Benehmen zu setzen.[64] Der Vorstoß war ebenso vergeblich wie die inhaltliche Kritik an der Fraktion der Nationalversammlung in der Sozialisierungsfrage am folgenden Tage, zumal sich dabei in dem provisorischen Parteiorgan Gruppierungen abzeichneten, die den innerfraktionellen – mit Abweichungen in der Stärke und inhaltlichen Orientierung – entsprachen.

Der vorläufige Hauptvorstand suchte direkten Einfluß auf die Politik und zeigte geringes Interesse für die Arbeit in der Partei. Die Organisationen im Lande warteten vergeblich auf programmatische Verlautbarungen aus seiner Hand und halfen sich auf ihre, mitunter unerfahrene Weise. Während beispielsweise Württemberg dank der traditionellen organisatorischen und programmatischen Fundierung der Süddeutschen Volkspartei noch vor Jahresende ein ausführliches Programm veröffentlichte[65], brachte Ostpreußen nur einen ungelenken „Notbehelf" hervor.[66] Der einheitlichen Linie dienten auch nicht die individuellen Programmentwürfe, wenn sie, wie derjenige Georg Bernhards, in die Presse gingen, ohne parteiintern diskutiert worden zu sein. Als Th. Wolff im Frühjahr den vorläufigen Hauptvorstand mit der Begründung verließ, dieser habe nur Scheinbedeutung, die politische Führung liege bei der Fraktion[67], replizierte Haußmann für die Fraktion, indem er nicht nur das „Gewicht der Tatsachen" zu bedenken gab, sondern ihm auch die Führungsversäumnisse des Hauptvorstands vorhielt, dem nach den (inzwischen vorgelegten) Satzungsentwürfen „die politische Führung im Rahmen des Parteiprogramms" zukommen sollte.[68]

4. Der Parteiausschuß (1919–1930)

Zusammensetzung

Zuständig für das Parteiprogramm war der Parteitag. Diesem obersten Parteiorgan sollte – nach Maßstäben der Repräsentativität und Nähe zur Basis – der PA folgen. Auf welcher Legitimationsgrundlage er gebildet werden sollte, wurde freilich in der Satzungsdiskussion kontrovers gesehen. Die Entwürfe der provisorischen Spitzengremien sahen diese in der ausschließlichen Wahl durch den Parteitag, der

64 Antrag Raschke, Silberberg, Kauffmann. R 45 III/15.

65 Stuttgarter Neues Tageblatt 23. 12. 1918 (Morgenausgabe).

66 Günther Grzimek, DDP-Wahlbüro Königsberg, an Gothein 14. 12. und 18. 12. 1918. Nachlaß Gothein 21.

67 Nr. 25.

68 C. Haußmann an Th. Wolff 2. 5. 1919. Nachlaß Haußmann 102. Seine „schwere Anklage, daß der Berliner Vorstand, in dem Theodor Wolff eine Hauptpersönlichkeit war, nicht geführt" habe, führte Haußmann u. a. mit den folgenden Sätzen aus: „Wir haben darauf gewartet. Wir wollten geführt werden, wir an der Peripherie von einem Centrum. Wir sind auf Ihr Novembertelegramm der demokratischen Partei in corpore beigetreten und haben den Namen ‚Volkspartei' auf Geheiß von Berlin aufgegeben. Der Name war so gut, daß ihn andere wegen seines Klangs sofort aufnahmen und die peinlichste Verwirrung damit anrichten. Wir haben Wochen und Monate auf ein Programm gewartet und darum gebeten. Berlin hat es bis heute 2. Mai 1919 seit 10. Nov. 18 nicht gemacht." An anderer Stelle heißt es in diesem Brief aus Weimar: „Die Fraktion arbeitet unter den schwersten Umständen, von Tag zu Tag vor Zwangslagen gestellt und von der Presse nicht unterstützt; sie übt Einfluß, sie ist demokratisch und sie hält aus."

außerdem, nach dem Vorschlag des Hauptvorstandes, in besonderem Wahlgang den Vorsitzenden wählen sollte. Statt dessen erhoben „eine große Reihe“[69] von Anträgen aus dem Lande die Wahlkreise zum alleinigen Wahlkörper. Um diesen Wünschen entgegenzukommen, kombinierte die Satzungskommission Parteitag und Wahlkreis als hauptsächliche Wahlkörper. Damit waren neben der vollständigen Vertretung der Wahlkreise auch deren Wählerkontingente (nach Anzahl der Reichstagsmandate) und durch die Delegierten des Parteitages die organisierten Mitglieder qualifiziert repräsentiert. Die zehn Reichstagsabgeordneten waren „zur notwendigen Fühlungnahme“[70] gedacht, die Aufstockung der Plätze der Vereinigung der demokratischen Presse von fünf auf acht sollte die süddeutsche Presse stärker berücksichtigen. Die Höchstzahl von 155 Mitgliedern, bis zu der die verbleibende Lücke durch Kooptation des PA geschlossen werden durfte, sollte die Vorstellung innerparteilicher Demokratie praktikabel halten: Sie sollte hoch genug sein, um die Partei in ihrer Breite zur Mitwirkung heranzuziehen, und niedrig genug, dies häufiger als bei Parteitagen zu tun. Ende 1919 auf 200 mit vier Plätzen für den Vorstand angehoben, tatsächlich weiterhin überschritten, wurde sie schließlich in der Satzung von 1925 durch eine institutionell ausdifferenzierte Verteilung von Wahl- und Ernennungsrechten erhöht und flexibel gehalten.[71]

Hauptsächliches Merkmal dieser Satzungsänderung war die stärkere und gleichmäßige Beteiligung der Wahlkreise; es korrespondierte mit damaligen Bemühungen um eine Reorganisierung der Partei. Freilich tauchten sofort Befürchtungen auf, daß dadurch die Wahlkreise im Zentrum des Reichs bevorzugt würden, weil diejenigen mit entfernter oder peripherer Lage aus Kostengründen ihr Beschikkungsrecht nicht wahrnehmen würden.[72]

Eine weitere Änderung betraf die Konstruktion sozialer Repräsentativität. Seit die Delegierten auf dem ersten Parteitag in der Vorschlagsliste des provisorischen Hauptvorstands die mittelständische Praxis sowie Frauen und Jugend zu gering vertreten gefunden hatten, – Koch-Weser hatte sie damals mit dem Kooptationsrecht des PA getröstet[73] –, waren die zentralen Organe unter dem ersten Statut bemüht gewesen, die Zusammensetzung auch als soziales Spektrum ihres umworbenen Wählerpotentials auszuweisen. Die Beteiligung der „Reichsausschüsse“ mit jeweils vier Plätzen ließ nun zu, daß Angehörige oder Vertreter beruflicher und sozialer Gruppen und Verbände außerhalb der Partei durch Repräsentanten entsprechender, bereits innerparteilich organisierter Interessen ersetzt oder ergänzt wurden. Im PA von 1929 schwoll schließlich die Liste der Sonderausschüsse, zu denen auch die Reichsbünde der Jungdemokraten und der Studenten, die Ausschüsse für Kultur und Kommunalpolitik sowie der Reichsfrauenausschuß zählten, insgesamt auf elf an.

Stillschweigende Übung wurde ferner in den Vorschlägen der Zentrale, zahlungskräftige Mitglieder und Bewerber nach der Höhe ihrer Spenden und Beiträge zu

69 Erster Parteitag S. 161.

70 A. a. O.

71 §16.

72 R 45 III/5.

73 Erster Parteitag S. 243.

bevorzugen, mit denen sie den gesellschaftlichen Reputationsgewinn durch Zugehörigkeit zum PA honorierten. Hohe individuelle Beiträge oder Spenden waren auch ausreichender Grund für die Fortschreibung der Mitgliedschaft, das Ausbleiben der obligatorischen Mindestbeiträge führte hingegen zu Kontroversen in der Parteileitung über die Frage, inwieweit organisatorische Leistungen der Betreffenden für die Partei als Äquivalent veranschlagt werden sollten.[74]

Die Besetzungsverfahren wurden bald zu technisch flexiblen Routinevorgängen: unter dem ersten Statut durch Formen der Akklamation, der Kooptation auf schriftlichem Wege, der bloßen Neuwahl für Ausgeschiedene, der einfachen Verlängerung. Die Handhabung der 1925 revidierten Satzung begann mit der Delegierung des Wahlrechts des Parteitags an Vorstand und Revisionsausschuß und erfüllte seitdem die verschiedenen Ansprüche auf dem bequemsten Wege: durch sukzessive Erweiterung. Diese geriet 1929 in Mannheim in inflationäre Ausmaße. Bereits während der Vorbereitung der Wahlvorschläge für den Reichsparteitag waren Streichungen seitens der Reichsgeschäftsstelle annulliert und die neuen Vorschläge einfach hinzugefügt worden. Die Namen, für deren Wahl der Parteitag zuständig war, umfaßten 182 Wiederzuwählende und 94 Neuzuwählende, (1927 in Hamburg 208 und 16 Neuzuwählende), insgesamt etwa die Hälfte der statutarischen Gesamtbesetzung. Der Parteitag nominierte noch fleißig weiter, kritisierte andererseits den hohen Anteil von Berlinern (118) im Vorschlag des PA und verlangte (durch einen Hamburger Vertreter) eine revidierte Liste, bis schließlich eine überstürzte Abstimmung weitere Diskussionen abschnitt und zur en-bloc-Annahme der Vorlage einschließlich einer weiteren Nominierung führte.[75]

Kompetenzen und Funktionen

Die praktische Handhabung der Satzung bestätigte bald, daß unklar war, was unter „wichtigen politischen Fragen" (1919/§16) zu verstehen war. Die konsequent demokratische Meinung aus der Aufbauphase der Partei verstand darunter eine inhaltliche Allzuständigkeit für die Innen- und Außenpolitik, die sie in allgemeinen oder fallbezogenen Diskussionen und Resolutionen wahrzunehmen suchte. Deren hauptsächliche Adressaten waren einerseits die Reichstagsfraktion, mitunter Landtagsfraktionen, namentlich die preußische, sowie die Reichsregierung, andererseits die Partei und die öffentliche Meinung. Wie die Dokumente zeigen, entwickelte der PA dabei nach und nach ein nuancenreiches Formelarsenal, wenn er vollzogene Entscheidungen der Parteiführung und der Reichstagsfraktion rechtfertigte oder beanstandete und künftige beeinflussen wollte.

Der Anspruch, die Politik der Partei in Regierungen und Parlamenten zu beeinflussen, beschied sich immer mehr damit, dies nach einem Informations- und Meinungsaustausch dem Vorstand zu überlassen. Das Jahr 1921 bietet Beispiele dafür, wie der Vorstand, teils vom PA instruiert und ermächtigt, teils aus eignem Entschluß substitutiv in dessen Funktionen eintrat. Insgesamt gesehen, wurde seine Handlungsfähigkeit durch eine Reihe von Bedingungen beengt, die mit dem

74 Erkelenz an Rexrodt 17. 9. 1929. Nachlaß Erkelenz 54.

75 R 45 III/7, fol. 250ff.

Gegenstand, Zeitpunkt und Ablauf seiner Sitzungen zusammenhingen: durch den Grad der Spezialisierung von Themen, die nachträgliche Behandlung von Entscheidungen, die geringe Häufigkeit von Sitzungen, die zeitliche Dosierung von Referaten zu Lasten der Diskussion, den agitatorischen Demonstrationszweck vor Wahlen und Parteitagen.

Diese Einschränkungen trugen dazu bei, daß sich das Schwergewicht zur Kommunikation und Interaktion mit der Partei und der Wählerschaft verschob. Inwieweit das Organ Resonanzboden für die Stimmung im Lande, inwieweit Instrument zu deren Beeinflussung und Steuerung sein sollte, wurde weiterhin nicht einhellig definiert und wurde kontrovers praktiziert. Seinen Bedeutungsverlust brachte ein Delegierter 1925 auf die kurze Formel: „Aus einem Organ, das beschließt, wird ein Organ gemacht, das man hört."[76]

Soweit es Mitgliedern und Wählern Meinungs- und Handlungsorientierung zu geben suchte, stieß der naheliegende Wunsch, dies einheitlich zu tun, gelegentlich mit einer anderen Rollenzuschreibung für dies Organ zusammen: Flügel oder Richtungen, die in der Minderheit waren, suchten sich seiner als Plattform zu bedienen, um ihre abweichenden Standpunkte und Forderungen nicht nur intern zu artikulieren, sondern auch nach außen bekannt zu machen.

5. Der Parteiapparat und -anhang und die finanziellen Ressourcen

Reichsgeschäftsstelle und Parteisekretäre

Die Reichsgeschäftsstelle war das Büro der Parteileitung. Sie leistete die technischen Hilfen beim Aufbau der Parteiorganisation, bei ihrer internen Kommunikation und Außenarbeit. Sie verkehrte mit den Ortsgruppen in allgemeinen Angelegenheiten über die Wahlkreise, sonst direkt. Dabei stellten sich ihr nicht nur eine Fülle materieller Hindernisse in den Weg, sie mußte ihre Verwaltungskraft auch darauf verwenden, die Orts- und Kreisvereine davon zu überzeugen, daß die nationale Zusammenfassung und Steuerung der Kräfte notwendig war. Denn traditionelle Übung in den liberalen Parteien war – woran die organisatorischen Reformansätze vor dem Kriege wenig geändert hatten –, die Arbeit in den Wahlkreisen auf die Wahlen zu konzentrieren und sonst auf die Formen lockerer politischer Geselligkeit an der Basis zu beschränken.

Zu den Aufgaben des Berliner Zentralbüros gehörte es nun, die Eintritts- und Mitgliederbewegung zu erfassen, sie durch formale Kriterien zu regeln und durch symbolische Kennzeichen auszuweisen, ein praktikables Inkassosystem für Spenden und Kopfbeiträge, d. h. die Anteile aus Mitgliedsbeiträgen für die Zentrale, durchzusetzen, sowie zur Finanzierung der Sekretariate und der Agitation im Lande beizutragen. Es informierte Vereine und Mitglieder periodisch und fallweise über politische Vorgänge und versorgte über einen Pressedienst in wechselnder Form und Auflage die nahestehenden Zeitungen. In Wahlkämpfen vermehrte es seinen Versand von Werbematerial und die Vermittlung von Rednern. In der

76 R 45 III/5.

Reichsgeschäftsstelle waren auch die meisten Berufs- und Fachausschüsse mit ihren Sekretariaten untergebracht oder wurden von ihr bürotechnisch versorgt, wodurch zugleich die Koordination ihrer Aktivitäten gewährleistet werden sollte.

Um die Partei organisatorisch zu straffen und inhaltlich auf eine einheitliche Linie zu bringen, bediente sich die Zentrale der hauptamtlichen Parteisekretäre. Ihre Tätigkeit war bedeutsamer geworden, weil die Parteien wegen der Größe der Wahlkreise und des Proportionalwahlrechts mehr als bislang zur anonymen Agitation übergehen mußten. Teils mit den alten Organisationen übernommen, teils neurekrutiert, blieb ihre Zahl immer zu niedrig. An der ersten Reichstagung (am 17./18. 5. 1919) nahmen rund 60 Parteisekretäre teil[77], die Gesamtzahl von 118 nannte der Geschäftsbericht der Parteileitung auf dem ersten Parteitag.[78] Sie waren zudem so ungleich verteilt, daß in der ersten Phase rückläufiger Entwicklung der Organisation (1920) manche Wahlkreise unbesetzt waren, ein württembergischer dagegen über 10 Parteibeamte verfügte.

Die Abhängigkeit der Parteisekretäre war anfangs so verschieden, wie es ihre individuellen oder organisatorischen Träger waren.[79] Im allgemeinen waren die Stellen gering dotiert und ohne Aufstiegsmöglichkeiten; Chancen, zur Industrie zu wechseln, wurden gern wahrgenommen. Die Reichsgeschäftsstelle hielt die Organisationen immer wieder an, Anstellungen im Einvernehmen mit ihr vorzunehmen, nach Musterverträgen, die sie entwarf. Sie beteiligte sich gewöhnlich mindestens zur Hälfte an ihrer Vergütung (was den größten Teil ihrer Dispositionsmasse für Zuschüsse verschlang)[80] und führte Tarifverhandlungen mit dem auf dem ersten Parteitag gegründeten Verband der Parteisekretäre.

So sehr diese Sekretäre „Beamte der ganzen Partei"[81] sein sollten, so uneinheitlich blieb doch ihr Rollenverständnis; manche hielten einfache administrative Funktionen nicht für angemessen. 1920 empfahl der Organisationsausschuß dem Parteitag, die Sekretäre in ihrer Verwaltungsarbeit übergeordneten Beamten und letztlich der Reichsgeschäftsstelle zuzuordnen, in ihrer politischen Tätigkeit der Leitung ihrer Bezirksorganisation.[82] Die Ermahnung der Parteileitung zur „Unterordnung unter die Zentrale"[83] (Gerland) in der ersten Reichstagung mußte in der Organisationsgeschichte der Partei vielfach wiederholt werden.

Gliederung im Lande

Daß die beiden provisorischen Führungsorgane 1918 vereinbarten, die Kandidatenaufstellung den Wahlkreisorganisationen zu überlassen, legte schon die Tatsa-

77 R 45 III/26.

78 Erster Parteitag S. 17.

79 Vgl. den Geschäftsbericht Jansens, Zweiter ordentlicher Parteitag S. 14ff.

80 In der Jahresbilanz der Reichsgeschäftsstelle der DDP für 1921 waren von den Gesamtausgaben in Höhe von 3 009 758,31 M für Zuschüsse an Parteisekretariate 841 265,32 M. ausgewiesen. Nachlaß Erkelenz 110. Hierin weitere Bilanzen.

81 Zweiter ordentlicher Parteitag S. 17.

82 A. a. O. S. 19f.

83 Tagung der Parteisekretäre 17./18. 5. 1919. R 45 III/26.

che nahe, daß deren Konstituierung noch im Fluß und für die Zentrale unübersichtlich war. Der neue Zuschnitt der 37 Großwahlkreise, die an die Stelle der 397 Wahlkreise des Mehrheitswahlrechts traten, hielt vorwiegend die Ländergrenzen ein[84] und paßte sich auch stärker der unteren Verwaltungsgliederung an. Soweit die bisherigen Länder-, Provinzorganisationen und Bezirksverbände der FVP, die über eine Reihe von Parteisekretariaten verfügten, für die DDP optiert hatten, nicht ohne mancherorts spontan Vorstandswahlen gehalten zu haben, erleichterten sie die Umstellung und Zusammenführung alter und neuer Kräfte aus den ehemaligen kleinen Wahlkreisen. Soweit nationalliberale Organisationen hinzukamen, wurden sie mehr oder minder reibungslos inkorporiert; Spannungen gab es bei Nominierungen und in Fällen bewahrter organisatorischer Autonomie auf Ortsebene.

Das Reichswahlgesetz vom 27. 4. 1920, das im März 1924 geringfügige Änderungen erfuhr, verschob die territorialen Grenzen nur im Osten und im norddeutschen Raum[85], hielt aber an der Größe der Wahlkreise fest, trotz der allseitigen Klage darüber in der Nationalversammlung und anderslautender Vorschläge im Regierungsentwurf. Die Zuordnung der nunmehr 35 Wahlkreise zu 17 Wahlkreisverbänden, die Möglichkeiten, über Listenverbindungen in deren Rahmen und über die Reichsliste Wähleranhang auszuschöpfen, verlangten von der Binnenorganisation aller Parteien die Verbesserung ihrer horizontalen und vertikalen Kooperationsformen. Die DDP sah sich dabei vergleichsweise erschwerten Bedingungen ausgesetzt, weil sie als Neugründung auf heterogenen und ungleichmäßig verteilten alten und neuen Strukturen beruhte. Nach den heftigen Ausfallerscheinungen ihrer Organisation in den Jahren 1920-1923 erreichte sie um die Jahreswende 1925/26 wieder ihr vereinsmäßig, positionell und personell mühsam und lückenhaft hergestelltes Gliederungsmuster.

Auf der untersten Stufe rangierten entweder Vertrauensmänner oder förmliche Ortsgruppen, für die neben den Vorstandsfunktionen meistens auch die einer Hauptvertrauensfrau namentlich ausgewiesen war.[86] In manchen Großstädten waren Ortsgruppen zu einem Stadtkreisverband zusammengefaßt, in Berlin zu Bezirksverbänden. In einigen Ländern bestanden Kreisverbände oder Bezirksverbände, die sich mit den Regierungsbezirken deckten. In Württemberg standen den Ortsgruppen im Rahmen eines Oberamts Bezirksvorsitzende vor. Die nächste, mit einer Geschäftsstelle und gewöhnlich einem Parteisekretär ausgestattete Stufe war der Wahlkreis, neben dessen Vorstand in Einzelfällen noch ein spezieller Arbeitsausschuß fungierte. In Preußen entsprachen den meisten Wahlkreisen oder den Wahlkreisverbänden die Landes- und Provinzialverbände der Partei.

Schwächen der Organisation

Mehrmals in ihrer Entwicklung stand die Organisation im Zeichen drastischen Rückgangs und des erneuten Versuchs ihrer zentralen Organe, sie wiederaufzu-

84 Alfred Milatz, Wähler und Wahlen in der Weimarer Republik, Bonn 1965, S. 30f.

85 A. a. O. S. 41ff.

86 Organisationshandbuch der Deutschen Demokratischen Partei, hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der DDP, Berlin 1926.

bauen; die jeweils konzentrierte Häufigkeit der Sitzungen des Organisationsausschusses war dafür symptomatisch. Im nationalen Horizont signalisierten zum erstenmal die Stimmenverluste bei den Reichstagswahlen 1920, daß viele Ortsvereine an Werbekraft eingebüßt hatten oder ganz zerfallen waren. Eine erste Tagung über Organisationsprobleme in Passau kurz danach brachte darüber intern illusionslosen Aufschluß.

Nachdem für den preußischen Wahlkampf 1921 alle personellen und materiellen Ressourcen mobilisiert worden waren, ohne daß die Ergebnisse günstiger ausgefallen wären, breitete sich erneute Resignation aus. Die finanzielle Not infolge dürftiger Beitrags- und Spendeneingänge spitzte sich derart zu, daß die Parteileitung durch Petersen vor dem Parteitag in Bremen (1921) mit der üblichen Ermahnung zur Zahlungsdisziplin diesmal die Rücktrittsdrohung verband.[87] An Erkelenz' Wahl zum Vorsitzenden des Vorstandes knüpften sich nicht zuletzt Hoffnungen auf eine organisatorische Reform[88], die seine Anhänger als Mittel einer innerparteilichen Kräfteverschiebung und Politikänderung verstehen wollten. Die Partei holte gleichwohl organisatorisch wenig auf, zumal sie – als Mitglied der Weimarer Koalition seit Mai 1921 – die Förderung der Wirtschaft kaum noch fand und durch ihre innere Auseinandersetzung auch gegenüber den Wählern an Anziehungskraft einbüßte. Der zwischenparteiliche Burgfrieden während der Ruhrbesetzung und die ökonomische Entwicklung in dieser Phase trieben die Auflösung ihres Zusammenhalts erneut voran. Nach der Inflation wurde geradezu von einem „Neuaufbau" gesprochen, der sich freilich beim langwierigen, mühsamen Auflesen organisatorischer Reste aufhielt und durch die geringfügigen Stimmengewinne bei den Dezemberwahlen 1924 wenig beflügelt wurde.

Während die Partei bisher Mitglieder und Wähler vor allem durch die agitatorische Darstellung ihrer Politik zu halten oder zu gewinnen suchte, interessierte sie sich nunmehr auch stärker für nüchterne organisations- und wahlsoziologische Betrachtungsweisen. Der Parteitag in Breslau Ende 1925, auf dem das Statut geändert wurde, ließ nicht nur Raum für eine eingehendere Behandlung von Organisationsfragen, sondern wurde auch mit sozialstatistischen Analysen zur Wählerbewegung der Partei und ihrer Stellung und Chance im Parteienfeld bekanntgemacht. Das „streng vertrauliche" Organisationshandbuch[89], das unter erheblichen Kosten im Frühjahr 1926 erschien, enthielt zum erstenmal eine vollständige Übersicht des tatsächlichen organisatorischen Besitzstandes im Reichsgebiet, bis zu den Adressen von Vorstandsmitgliedern, Sekretären, Vertrauensmännern und -frauen.

Die Partei betrieb seitdem ihre „Reorganisation". Unter diesem Stichwort kündigte sie die Tagung in Bad Eilsen vom 17. bis 20. 9. 1927 an, deren Bedeutung ihr Generalsekretär Werner Stephan durch einen Vergleich mit den englischen Liberalen publizistisch dramatisierte. Nach dem Schock ihrer Niederlage bei den Wahlen 1924 hatten diese eine Kommission mit einer gründlichen Bestandsaufnahme beauftragt. Deren Vorschläge zur Reorganisation stellten hauptsächlich auf

87 Vgl. Nr. 86.

88 In der anschließenden Konferenz der Parteisekretäre mit der Reichsgeschäftsstelle trug Erkelenz seine Reformvorstellungen vor. Demokrat v. 24. 11. 1921 Nr. 47.

89 Anm. 86.

die Arbeit in den Wahlkreisen ab, die durch personelle Öffnung der Vorstände und Sekretariate für jüngere Kräfte und Frauen intensiviert werden sollte. Die Reorganisation, die in England aus der Niederlage folgte, sollte in Deutschland diese verhindern.[90] In Eilsen waren alle Wahlkreisorganisationen durch zwei bis drei Vorstandsmitglieder vertreten, ferner der Ausschuß der Hauptvertrauensfrauen, Mitglieder des Parteivorstands und Parteibeamte, in geringerer Zahl die Reichstagsfraktion. Grundtenor war die regionale Selbstverantwortung, zu der die Wahlkreise in eigner Arbeit und durch Anstöße auf die Ortsgruppen zurückfinden sollten. Daß der erwartete Lohn bei den Reichstagswahlen 1928 ausblieb, wollten sich die Organisationsstrategen der Partei mit der frühzeitigen Ausschreibung der Wahlen erklären.

Mitgliederbewegung

Die Mitgliederzahl der DDP wurde im Juli 1919 von der Parteileitung mit 787 946 angegeben und aufgrund der ausstehenden Angaben aus den besetzten Gebieten auf 900 000 geschätzt.[91] Im Dezember 1920 erhielt der Parteitag nur noch die vielsagende Auskunft: „Wir waren 900 000 bei der Begründung der Partei auf dem Papier, und wir wissen nicht, wieviel wir heute sind."[92] Wenn Erkelenz 1921 400 000 annahm, so übertrieb er, vielleicht um die Partei, deren organisatorische Festigung er gerade begann, zu ermutigen.[93] Realistisch war die Mitgliederbewegung durch die präzisen Zahlen markiert, die zwischen 1922 und (Oktober) 1929 von 209 530 auf 113 323 sanken. Die Zahl der Ortsgruppen, 1926 noch mit 1752 namentlich ausgewiesen, fiel zum letzten Datum auf 1223.[94]

Die genauen Zahlen eingeschriebener Mitglieder zu erfahren, blieb für die Reichsgeschäftsstelle immer ein mühsames Geschäft. Ihr Druckmittel war das Mitgliederquorum für das Delegationsrecht zum Parteitag, gelegentlich die Bindung der Zuschüsse zu Parteisekretariaten an eine quantitative Mitgliederschwelle für deren Arbeitsbereich. Freilich fiel es auch vielen Ortsvereinen schwer, ihren Angehörigen durch regelmäßige Veranstaltungen einen sinnenfälligen Ausdruck von Mitgliedschaft zu vermitteln. Regelmäßig war mancherorts nicht einmal die Beitragsforderung, an die sich ohnehin viele Mitglieder nie gewöhnten. Seit die Beitragspflicht für Mitglieder in den Entwurf des Statuts für die FVP 1909/10 zusätzlich aufgenommen[95] und von Friedrich Naumann 1919 erneut betont worden

90 Demokrat v. 15. 9. 1927, S. 350ff. Zur Arbeit der Kommission der Liberal Party vgl. Trevor Wilson, The Downfall of the Liberal Party 1914-1935, London and Glasgow 1966, S. 357ff.

91 Erster Parteitag S. 16. Es fehlen dazu prüfbare Unterlagen.

92 Zweiter ordentlicher Parteitag S. 31.

93 Anton Erkelenz, Parteifinanzen und Parteiorganisation II. Demokrat v. 15. 12. 1921 Nr. 50. Vgl. A. Erkelenz, Demokratie und Parteiorganisation, Berlin 1924, S. 26ff. (27).

94 Einige Angaben bei Schneider S. 237; vgl. ferner Werner Stephan, Die Organisation der Demokratischen Partei, in: Zehn Jahre deutsche Republik, S. 543ff. (545); Organisationshandbuch (Der hier enthaltene Stand der Organisation wurde auf dem Breslauer Parteitag 1925 referiert. Vgl. Demokrat v. 17. 12. 1925 Nr. 24.)

95 Der Entwurf des Statuts enthält die Beitragspflicht noch nicht. Vorgeschlagen wurde sie in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses der Freisinnigen Vereinigung am 20. 12. 1909, an

war, blieb die individuelle Zahlungsdisziplin ein Wunschbild der Parteifunktionäre. Nach ihren Vorstellungen war sie zugleich Maßstab für die Intensität der Arbeit und Kohäsion der Organisation. Der Vergleich mit den Verhältnissen in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften wurde dem eignen Anhang auch deswegen gern vorgehalten, hat ihn aber ebensowenig beeindruckt wie die unablässige Serie sonstiger Ermahnungen. Das Thema der „Kopfsteuerbeiträge" an die Zentrale zog sich deswegen wie ein roter Faden durch die Diskussion der Parteiorgane, manchmal in der dramatischen Zuspitzung zur Überlebensfrage.

Der Abneigung ihrer wohlhabenden Anhänger gegen permanente örtliche Aktivierung kam die Partei entgegen, als sie die Reichsmitgliedschaft einführte. Hauptsächlich sollte sie Einnahmequellen sichern, andere Begründungen, wie der Hinweis auf Auslandsdeutsche, waren zweitrangig oder vorgeschoben.[96] Die in der Satzungskommission des Parteitages 1925 erhobenen Einwände wurden später immer wieder, bis zur Forderung nach Streichung, wiederholt. Die Wahlkreise und örtlichen Organisationen befürchteten vor allem die Entziehung von Beiträgen und die Abwendung ihrer Mitglieder.[97]

Finanzierung

Um den Wahlkampf für die Nationalversammlung finanziell bestreiten zu können, war die DDP-Führung früh diskrete Bindungen an das „Kuratorium für den Wiederaufbau des deutschen Wirtschaftslebens"[98] eingegangen, das sich in der zweiten Dezemberhälfte 1918 konstituiert hatte. Die Mittel waren sowohl an die Zentrale wie an einzelne Kandidaten geflossen, die den Förderern um Carl Friedrich von Siemens genehm waren. Daß die Partei nach ihrem Wahlerfolg aufgrund ihrer Zusammensetzung, programmatischen Orientierung und Zugehörigkeit zur Weimarer Koalition nicht in dem erwarteten Maße partikulare Interessen wahrnehmen konnte, lag auf der Hand. Wenn sie auch beim Betriebsrätegesetz noch einmal alle Anstrengungen machte, um seinen Entwurf zugunsten der Unternehmer abzuschwächen, so wurde dies doch kaum von ihnen honoriert; der Fächer ihrer Spenden für die Reichstagswahlen 1920 spannte sich weiter über die bürgerlichen Parteien und entließ die DDP aus ihrer anfänglichen Vorzugsstellung. Soweit sie seitdem in den Genuß von Spenden kam, schaltete sich nun der innerparteilich organisierte und innerwirtschaftlich kommunizierende Reichsausschuß für Handel und Industrie ein.

Die Handlungsfähigkeit durch Selbstfinanzierung mittels ihrer Mitgliederbasis zu gewinnen, war eine Hoffnung der Partei, die sich beharrlich durch ihre ganze Geschichte zog. Alle moralischen Appelle, statutarischen Regelungen und technischen Initiativen blieben indes auf Dauer vergeblich. Nicht einmal das pragmati-

---

der F. Naumann teilnahm. Nachlaß Gothein 43, fol. 71. Der Passus lautet: „Mitglieder der Partei können alle diejenigen sein, die sich auf den Boden des Parteiprogramms stellen und regelmäßige Beiträge zu den Parteiausgaben leisten." Heger S. 120.

96 Organisationsausschuß der DDP 21. 3. 1929. R 45 III/24.

97 A. a. O.; ferner Satzungsdebatte auf dem Breslauer Parteitag R 45 III/5, fol. 142.

98 Vgl. Albertin S. 167ff.

sche Ziel einer konstanten Kombination aus wenigen größeren Spenden und vielen kleinen Mitgliedsbeiträgen erwies sich als erreichbar. Das Ungleichgewicht zwischen diesen war auf der Einnahmenseite 1924/25 am eklatantesten, als rund 43000 M. „Kopfsteuerbeiträge", davon 1925 nur rund 5200 M., bei der Zentrale eingingen, diese aber einschließlich der Wahlspenden rund eine Million M. aufbrachte.[99] Auch in sonstigen Jahresbilanzen fiel die Diskrepanz nicht wesentlich schwächer aus.

Seit Hermann Fischer 1919 Schatzmeister der Partei geworden war, wurde er zur Schlüsselfigur ihrer Finanzierung. Deren politische Konditionen erhielten ihre positionelle Markierung durch seine Wahl in den Vorsitz des Vorstandes neben Erkelenz 1921. Daß bis 1929 für Fischers Stellung die beiden widersprüchlichen Sprachregelungen vom Stellvertreter und vom „Mitvorsitzenden"[100] gebräuchlich waren, war symptomatisch für die Spannung in der Partei und ihren Führungsorganen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebergruppen, deren Exponenten beide waren. Fischer, der in rund 50 Aufsichtsräten saß, war an der Finanzierung mehrerer Verbände beteiligt. Im Verein für die Abwehr des Antisemitismus war er ebenfalls Schatzmeister. Mittels des Hansabundes vermittelte er Wahlspenden und sorgte für zusätzliche Verdienstmöglichkeiten des Geschäftsführers des Reichsausschusses für Handel und Industrie, Mosich, dessen mageres Gehalt er außerdem durch eine persönliche Vergütung verbesserte.[101] Das Verhältnis des Reichsausschusses zu der für das Inkasso zuständigen Reichsgeschäftsstelle wurde nach vielen Reibungen im Einverständnis mit dem Parteivorstand finanziell neu geregelt. Die Zentrale verzichtete auf Sonderbeiträge seiner Mitglieder, erhielt aber ein Drittel seiner finanziellen Eingänge.[102] Als der Reichsausschuß selbst infolge der Abwendung mancher Förderer in Schwierigkeiten geriet, ging er seine Mitglieder seit Mitte 1923 direkt an und bat für sich und die Partei um Sonderspenden.[103]

Die Kritiker der Finanzgebarung des Schatzmeisters, zu denen neben Erkelenz der Vorsitzende des Organisationsausschusses Frankfurter gehörte, mußten sich immer wieder eingestehen, daß transparente Spendenaktionen den Weg zu den Ressourcen nicht erschlossen. Sie setzten zwar für die Wahlen von 1928 die Bestellung eines Finanzausschusses durch. Dessen Zusammensetzung[104] bestätigte aber die alte Einflußverteilung und den Vorrang des gewohnten Verfahrens; es war Fischer, der mit den Verhandlungen mit den Wirtschaftsverbänden beauftragt wurde.

Der Bericht des Revisionsausschusses für den Hamburger Parteitag, der die

99 Fischer an Erkelenz 20. 3. 1926, Nachlaß Erkelenz 132. Er nennt darin die Summe von 2859 M. für 1925. Die Zahlen sind den Jahresbilanzen für 1924 und 1925, Nachlaß Erkelenz 110, entnommen.

100 Fischer an Erkelenz 20. 3. 1926, a. a. O.

101 A. a. O.

102 A. a. O.

103 Aufruf vom Juni 1923 im Nachlaß Erkelenz 110. Hierin auch: Finanz-Kuratorium Goldmark-Sammlung Deutsche Demokratische Partei 15. 5. 1923, das Adressaten um Einzahlung der gezeichneten Beträge auf Konten des Reichsausschusses bittet.

104 Vgl. Schneider S. 248f.; ferner sein Kapitel: Die Parteifinanzen und das Ziel der Parteiautonomie, S. 244-251.

Buchführung für die Bilanz 1926 (wegen des mangelnden Kontokurrents) als nicht genügend übersichtlich kritisierte, den Ausgabeposten der Gewinn- und Verlustrechnung aber Sparsamkeit zubilligte, zog aus der Gesamtprüfung den Schluß, „daß der bedauerliche Umstand, daß die Partei zu einem nicht unerheblichen Teil durch eine Person finanziert wird, auf einen bei gutem Willen zu behebenden Mangel an Opferfreudigkeit und Organisation zurückzuführen ist."[105] Behoben wurde dieser Mangel in der Geschichte der Partei nie.

6. Organisierte Sonderinteressen

Die Ausschüsse sollten die Politik der Partei mit den Sonderinteressen sozialer Schichten und Gruppen oder auch mit den Gestaltungserfordernissen bestimmter öffentlicher Lebensbereiche vermitteln. Sie boten ihren Mitgliedern institutionelle Einflußchancen in eignen Belangen und setzten die Partei in den Stand, ihre Selbstdarstellung und Werbung sozial zu differenzieren. In der DDP wurden während der ersten Jahre, sieht man von den mit der eignen Organisation und ihren Finanzen befaßten Gremien ab, drei Arten von Ausschüssen gebildet: für Wirtschafts- und Berufsgruppen, für Jugend und Frauen und für einige öffentliche Aufgabenbereiche wie Kultur, Kirchen, Kommunen. Der Vorstand der Partei entsandte eins seiner Mitglieder in jeden Ausschuß. Für Kommunikations- und Integrationserfordernisse erwies sich diese Delegation meistens als zu schwach. Auch seine Zuschüsse, deren Summen und Empfänger in den Jahresbilanzen ausgewiesen sind, änderten daran wenig.

Ausschüsse mit wirtschaftlicher und beruflicher Orientierung hatten für die DDP besonderes Gewicht und stellten ihr auch besondere Probleme. Der Anspruch der Partei, die gesamte Wählerschaft zu repräsentieren, schien mit der zunehmenden Bedeutung interessenpolitischer Auffassungen und Kräfte im Parteienfeld nicht anders als durch deren institutionelle Ausdifferenzierung im eignen Rahmen einlösbar. Im Prinzip lief dies innerparteiliche Repräsentationsmuster auf soziale Vollständigkeit hinaus; und es gab tatsächlich im Laufe der Parteigeschichte eine große Zahl von Gründungen mehr oder minder kurzlebiger Ausschüsse für verschiedenste Berufe und wirtschaftliche Gruppen. Die Vorstellung mancher Initiatoren, durch eine möglichst erschöpfende Darstellung des beruflichen und wirtschaftlichen Spektrums zugleich dessen innerparteiliche Ausbalancierung erreichen zu können, blieb Wunschbild. Ausschüsse, die stark waren und sich behaupteten, setzten vielmehr eigne Akzente ungleicher Machtverteilung in der Partei; manche von ihnen konkurrierten nicht nur untereinander, sondern auch mit deren Führungsorganen.

Sowenig derartige Ausschüsse zur originären Gliederung der DDP gehörten, – auch das Zentrum hat sich auf die Einrichtung seiner berufsständischen Beiräte nur zögernd eingelassen –,[106] sosehr wurden sie doch von den Parteistrategen als der faktisch notwendige – auch aus Vorkriegszeiten nicht unbekannte – Preis für

105 R 45 III/6, fol. 402 ff. (406).

106 Vgl. Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 32, Düsseldorf 1966, S. 595 ff.

die Chance angesehen, bestimmte Gruppen zu binden. In der Tätigkeit einiger hervorstechender Ausschüsse, die hier skizziert werden sollen, dürften sich wesentliche sozialstrukturelle Bedingungen der DDP und Probleme ihrer Politik spiegeln.

Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe

Am 14. 4. 1920 konstituierte sich eine „Großberliner Gruppe der Vereinigung für Handel, Industrie und Gewerbe in der DDP", deren Vorsitzender Carl Friedrich v. Siemens und dessen Stellvertreter Schacht und der Syndikus Dr. Leon Zeitlin wurden.[107] Der ursprüngliche Plan v. Siemens', die „Masse der wirtschaftlich selbständigen Existenzen" zu sammeln, war bereits bei der Gründung preisgegeben worden; Einzelhandel und Handwerk blieben unterrepräsentiert. Von der Berliner Parteiorganisation im Anspruch auf aussichtsreiche Kandidaturen weitgehend brüskiert, etablierte sich die Großberliner Gruppe bald als Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe beim Hauptvorstand.[108] Es folgte der Aufbau einer eignen, nur an der Spitze förmlich eingebundenen Organisation aus Vorstand und Präsidium, Mitgliederversammlung, einigen Orts-, Kreis- und Landesausschüssen neben der direkten Reichsmitgliedschaft.[109] Die erste Hauptversammlung in Eisenach (am 16./17. 9.) 1922 zählte 232 stimmberechtigte Mitglieder.[110] Erster Vorsitzender wurde der Ulmer Fabrikant Philipp Wieland, zweiter sein Fraktionskollege Hermann Fischer; zum Präsidium gehörten u. a. der ebenfalls in den Reichstag gewählte v. Siemens und der Bankier Carl Melchior. Im Vorstand versammelten sich eine Reihe bekannter Unternehmer und Direktoren aus Industrie, Handel und Banken.

Der Ausschuß, der über ein eignes Büro mit Geschäftsführer verfügte und sich aus Mitgliedsbeiträgen nach Selbsteinschätzung trug, sah seine Aufgabe hauptsächlich in der Einflußnahme auf die Gesetzgebung über die eigne Fraktion sowie in der Information für die Partei und die Presse. Er betrieb auch eigne Agitation, bis zu direkten Wahlaufrufen zugunsten der Partei an das Unternehmertum.[111]

Im Jahre seines organisatorischen Ausbaus 1921 war er bereits in einer vergleichsweise dichten Folge von Sitzungen tätig. Die innerparteiliche und öffentliche Erregung über die Pariser Beschlüsse Ende Januar, die Londoner Konferenz im März und das Londoner Ultimatum im Mai boten dabei gesteigerte Möglichkeiten, die eignen Interessen im Zeichen verbaler Appelle an die nationale Geschlossenheit des Wirtschaftslebens zu artikulieren. Die Tagesordnungen waren gefüllt mit weitreichenden oder speziellen Entwürfen und Plänen zu Themen der Gesetzgebung, wie Einkommensteuer, Reichsnotopfer, Schlichtungsordnung, Außenhandelsstellen. Melchiors Sachverständigenfunktionen boten Gelegenheit zu streng

107 Werkarchiv Siemens 4/Lf 646. Vgl. für den folgenden Teil auch Albertin S. 191 ff.

108 Konstituierende Sitzung am 16. 10. 1920. Vgl. Demokrat v. 21. 10. 1920 Nr. 2.

109 Demokrat v. 7. 7. 1921 Nr. 27.

110 A. a. O. 4. 10. 1922 Nr. 37.

111 Vgl. Anm. 103; ferner Demokrat v. 6. 11. 1924 Nr. 36/37.

vertraulichen Informationen über die reparationspolitischen Rahmendaten; aus den Reichsressorts, die die Partei innehatte, referierten sogar delegierte Beamte.

Der Ausschuß, der schon auf dem Nürnberger Parteitag (1920) ohne Fühlungnahme mit den Arbeitnehmervertretern programmatisch hervorgetreten war, blieb diesen gegenüber weiterhin – von Absichtserklärungen abgesehen – distanziert. Seine positionellen und personellen Querverbindungen mit Reichsregierung, Reichstag, Reichswirtschaftsrat, Sozialisierungskommission, Reichsverband der deutschen Industrie und anderen wirtschaftspolitischen Spitzenverbänden sowie die eigne Potenz, die sich aus Vermögen, Einfluß und Reputation seiner führenden Mitglieder ergab, begründeten derart eigengewichtige Aktivitäten, daß die Spitzengremien der Partei diese gewöhnlich nur stützen, aber selten beeinflussen konnten.

Reichsarbeitnehmerausschuß

Der zügige Aufbau des auf dem Leipziger Parteitag (1919) geforderten Reichsarbeitnehmerausschusses begann, während der Vorstand noch die Kosten- und Deckungsfrage prüfen ließ[112]. Namentlich Anton Erkelenz, der Vorsitzender wurde (und Ende 1921 in diesem Amt von dem Berliner Oberingenieur Graf abgelöst wurde) betrieb von der Berliner Zentrale aus mit Ungeduld und ohne finanzielle Zusicherungen die Gründung von örtlichen und Wahlkreisausschüssen. Die Tradition des Reichsvereins liberaler Arbeiter und Angestellten sowie der Gewerkvereine bot mancherorts personelle und organisatorische Anknüpfungspunkte und gab dem Vorhaben eine historische Perspektive[113]. Im Frühjahr 1921 war ein Netz von Ausschüssen unterschiedlicher Stärke über alle Wahlkreise gespannt[114].

Damit begann sich auch institutionell die politische und soziale Polarisierung in der Partei zu verfestigen, die sich bereits während der Sozialisierungsdebatte im April 1919 und in der Auseinandersetzung über die Beendigung des Kapp-Lüttwitz-Putsches sowie die politischen Folgerungen abgezeichnet hatte. Das gespannte Verhältnis zum Industrie-Ausschuß entlud sich in den folgenden Jahren auf Parteitagen und in den Sitzungen der Führungsgremien, oder mitunter durch eigenmächtige, mit dem Vorstand nicht abgestimmte öffentliche Resolutionen. Sonst herrschte zwischen beiden Ausschüssen ein beziehungsloses Nebeneinander. Versuche der Parteileitung, beide zu gemeinsamer Programmarbeit zusammenzuführen, scheiterten.

Auf zusätzliche Erschwernisse stieß die Arbeitnehmervertretung beim Aufbau örtlicher Arbeitsgemeinschaften. Hinter den Warnungen der dortigen Parteileitungen vor Zersplitterung verbargen sich oft abweichende wirtschafts- und sozialpolitische Auffassungen oder auch Vorbehalte gegen die entschieden demokratische Ausrichtung mancher Arbeitnehmergruppen. Stillstand und Rückgang waren in

112 Vgl. Nr. 48 und 52.

113 Vgl. Brantz S. 126; ferner Demokrat v. 10. 11. 1921 Nr. 45 S. 877f.

114 Demokrat v. 10. 3. 1921 Nr. 10 S. 197ff.

einigen örtlichen Arbeitsgemeinschaften schon Ende 1921 erkennbar; Besuche im Auftrag der Zentrale vermochten wenig neue Impulse zu geben[115]. Zeitweilig wurde die Hoffnung auf personellen Zugewinn aufgrund der Vereinigung der beiden sozialdemokratischen Parteien 1922 gehegt[116].

Um sein öffentliches Gewicht zu verstärken, suchte der Ausschuß die Zusammenarbeit mit organisierten Kräften innerhalb und außerhalb der Partei[117], soweit die gemeinsame soziale Betroffenheit es nahelegte. So beteiligte er sich an den Protesten der Lohn- und Gehaltsempfänger gegen eine Steuerpolitik der Reichsregierung, die 1923 Mühe hatte, die Lasten der Geldentwertung auch auf Besitzer von beweglichem und festem Vermögen zu verteilen, oder an den – auch politisch brisanten – Forderungen, die Ursachen oder gar die Verursacher des Marksturzes zu identifizieren. Für die Beteiligten waren aber die Solidarisierungseffekte solcher Aktionen flüchtiger Natur. Handfeste Werbung in eigner Sache glaubte der Ausschuß am ehesten zu leisten, wo er seine Anhänger durch konkrete Berichterstattung daran erinnerte, daß ihre Interessen durch seine führenden Mitglieder in den drei Ausschüssen des Reichstags 1924-28 für Sozial-, Wirtschafts- und Handelspolitik vertreten wurden.[118]

Den eigentlichen Grund seiner Schwäche legte dieser Arbeitnehmerausschuß selbst durch sein Organisationsziel, Arbeiter- und Angestellteninteressen gemeinsam zu vertreten. Was seine eigne Partei nur zwischenparteilich und koalitionspolitisch für lösbar hielt: die Brücke zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum zu schlagen, suchte er in einer sozialen Grenzzone, in der die Zuordnungskriterien weniger eindeutig waren, vorwegzunehmen. Tatsächlich mußte bereits die Einladung zur zweiten Reichstagung im September 1921 eine Reihe von örtlichen Arbeiter- und Angestelltenausschüssen zur Fusion oder Kooperation ermahnen, damit die beiden stimmberechtigten Delegierten aus jedem Wahlkreis von einem Arbeiter und einem Angestellten gestellt werden konnten.[119]

Die geschlossene Aktion gelang eben nur, solange es um Proteste gegen unternehmerfreundliche Politik oder um den Schutz der Republik ging. In der Lohn- und Sozialpolitik wurden die Arbeiter vernachlässigt. Sie waren ohnehin numerisch schwach vertreten, zudem als vorwiegend qualifizierte Fach- und Vorarbeiter nicht repräsentativ für die Arbeiterschichten insgesamt. Im Vordergrund standen die Angestellten, die sich in vielen konkreten Fragen gegen eine Arbeitnehmerpolitik der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften abzugrenzen suchten, die ihnen die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten zu nivellieren schien. Die in den liberalen Parteien der Vorkriegszeit vertretene Auffassung, die Angestellten seien eine „Gruppe sui generis" zwischen Unternehmern und Arbeitern, schlug immer wieder durch. Aus der ältesten Angestelltenschicht der Handels- und Büroangestellten kamen die häufigsten Proteste im

115 A. a. O. 23. 2. 1922 Nr. 12 S. 194ff.

116 A. a. O. 15. 5. 1923 Nr. 11 S. 89ff.

117 Vgl. beispielsweise den Bericht über die Tagung der demokratischen Arbeitnehmer und Beamten in: Demokrat v. 15. 5. 1923 Nr. 11.

118 Vgl. den ausführlichen Bericht in: Demokrat v. 21. 6. 1926 Nr. 2.

119 Demokrat v. 28. 7. 1921 Nr. 30 S. 591ff.

Sinne der Behauptung, an die Stelle der früheren Geburtsvorrechte habe der Umsturz „in überstarkem Maße die Macht der reinen Zahl gestellt“[120].

Die Partei wurde über diesen Ausschuß mit einer Fülle von Forderungen konfrontiert. Sie konnten in den ersten Jahren lauten: Ausdehnung der Angestelltenkammern der Arbeitsgerichte auf alle Angestelltengruppen, Selbstverwaltung in der Reichsversicherungsanstalt, Erhaltung der Ersatzkrankenkassen und dortige Anhebung oder Fortfall der Versicherungsgrenze. Damit war mitunter die vorsichtige Andeutung an die Adresse der eignen Arbeitervertreter verbunden, daß eine Arbeitslosenversicherung schwerlich möglich sei und die Arbeitslosenfürsorge ausreichen müsse. In Fragen der sozialen Sicherheit lösten sich gewöhnlich die politisch homogenen Grundstimmungen, zumal in der defizitären Gesamtsituation der öffentlichen Hand während der ersten Jahre, rasch in facettenreiche Gruppensolidarisierungen auf.

Reichsbeamtenausschuß

Früh und mit anhaltendem organisatorischem Eifer richtete sich der Reichsausschuß der deutschen demokratischen Beamten in der Partei ein. Er erhielt seine Impulse aus der allgemeinen Beamtenbewegung, die nach dem Kriege ihren eigentlichen Aufschwung fand. Leitende Funktionäre aus dem Anfang Dezember 1918 gegründeten Deutschen Beamtenbund, dessen Mitgliederstand in den angeschlossenen Organisationen zum Jahresende eine Million überschritten hatte, gehörten zu den Führungsgremien der Partei. Sein Vorsitzender Remmers, zugleich Generalsekretär des von ihm mitbegründeten Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten (90 000 Mitglieder), war als Vorstandsmitglied der Partei bei der Vorbereitung der Wahlen zur Nationalversammlung, bei denen er ein Mandat gewann, beteiligt. Sein Nachfolger im Vorsitzendenamt, der Lehrer Flügel, war im Dezember 1918 zweiter Vorsitzender der kleinen Demokratischen Fraktion auf dem Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte.

Der Beamtenausschuß bewahrte politisch den Grundtenor dieser Phase partei- und verbandspolitischer Neuformierung. Er gehörte zu den beständigsten Befürwortern eines ausdrücklichen Bekenntnisses zur Republik, einer Demokratisierung der Verwaltung (die eigne Aufstiegserwartungen einschloß) und einer arbeitnehmerorientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik. Er kooperierte in kritischen Momenten mit freigewerkschaftlichen Gruppen. Dies hinderte ihn nicht, mit unmißverständlicher Grenzziehung den Besitzstand wohlerworbener Rechte zu verteidigen und für dessen besoldungs- und sozialpolitischen Ausbau einzutreten. Das berufsethische Pathos, dessen er sich dazu notfalls bediente, verband ihn mit den Beamten des gehobenen und höheren Dienstes aus der Partei, die sonst wenig mitwirkten und verbandspolitisch vorwiegend anders vertreten waren.

Zu den jährlichen Beamtentagen versammelten sich neben reichlicher Parteiprominenz in den ersten Jahren rund 100 Delegierte aus nahezu allen Wahlkreisen.[121]

120 A. a. O. 17. 11. 1921 Nr. 46 S. 914.

121 A. a. O. 24. 11. 1921 Nr. 47 S. 930ff. (930). Berichte über die Beamtentage in: Demokrat passim.

Der erste Organisationsbericht nannte 1921 3000 Vertrauenspersonen und rund 100 Ausschüsse in Wahlkreisen und Städten. Der Ausschuß nahm nicht nur alle persönlichen und institutionellen Verbindungen wahr, um die Gesetzgebung in Fragen des öffentlichen Dienstes und die Verwaltung in der Personalpolitik zu beeinflussen, sondern trug auch zur Produktion von Spezialprogrammen der Partei am meisten bei. Das Antragsgebaren auf seinen Reichstagungen konnte sich den Ausmaßen von Parteitagen nähern. Die organisatorischen Mängel der Parteiarbeit stachen diesem Ausschuß angesichts des eignen Fleißes um so mehr ins Auge. Sein Vorsitzender Gerhard Vogt (ab 1920) suchte die Unerfahrenen und Untätigen immer wieder in Beiträgen über organisatorische Erfordernisse zu instruieren und stimulieren. Daß die Partei als Organisation halbwegs funktionsfähig blieb, verdankte sie nicht zuletzt diesen Beamtengruppen, woran sie der Ausschuß auch gelegentlich erinnerte.

Mittelstandsausschuß

Der auf dem Nürnberger Parteitag (1920) eingesetzte Mittelstandsausschuß blieb nach Selbstverständnis und Zusammensetzung dem Handwerk, Gewerbe und Detailhandel mit mittlerem und kleinem Kapital vorbehalten. Er bildete eine der zahlreichen Varianten in der problemreichen Geschichte politischer Repräsentation dieser Wirtschaftsgruppen. Die Partei hatte diesen seit 1918 durch ein allgemein gehaltenes Schutzversprechen, der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung durch einen ähnlich blassen Mittelstandsartikel deklamatorische Reverenz erwiesen. Besondere Aufmerksamkeit widmete die DDP ihnen erst, als sie bereits von der Befürchtung getrieben war, die regionale Abwanderung zur Wirtschaftspartei bei den Reichstagswahlen und den Berliner Stadtverordnetenwahlen 1920 könnte anhalten. Nachdem die Absicht, diese Kontingente mit den potenten Kreisen aus Industrie und Handel zusammenzuführen, fehlgeschlagen war, blieb der Partei nur übrig, auf die Konstituierung eines eignen Ausschusses zu rekurrieren; er schloß eine Lücke im Spektrum innerparteilicher Interessenvertretung.

Vorsitz und Meinungsführung hatten die wenigen Obermeister und Ehrenobermeister inne, die als Mitglieder des Reichstags oder vorläufigen Reichswirtschaftsrats ihren berufsnahen Wählern vorgestellt wurden. Reden und Resolutionen auf den Reichstagungen artikulierten unvermittelt Partei- und Partikularinteressen. Stimmungsvolle Appelle an die „Solidarhaftung" aller Berufs- und aller Volksgenossen standen einem bunten Katalog nüchterner Forderungen an die Reichstagsfraktion gegenüber, der etwa von der Gesellenvertretung über die Umsatzsteuer bei Genossenschaften und Konsumvereinen und Veranlagungsmethoden der Gewerbesteuer bis zur Tabakbanderolensteuer reichen konnte.[122]

Starke und dauerhafte Bindungen hat die DDP hier nicht mehr zu schaffen vermocht. Sie hat vielmehr durch ihre institutionelle Förderung sonstiger wirt-

122 Vgl. beispielsweise den Bericht über die Reichstagung des Ausschusses, der auch als Ausschuß für Handwerk, Kleingewerbe und Handel geführt wurde, in Berlin am 27. 11. 1922 in: Demokrat v. 22. 12. 1922 Nr. 51 S. 630f.

schafts- und sozialpolitischer Forderungen in der Partei, ohne sie wechselseitig vermitteln zu können, die Verunsicherung dieser traditionell umworbenen Gruppen des selbständigen Mittelstandes gesteigert. Mancher lohn- und sozialpolitische Anspruch der von ihr so hofierten Angestellten traf kleine selbständige Gewerbetreibende und Kaufleute härter als den potenten Großbetrieb.[123] Bei den Wahlstrategen, die Wähler nach Aggregaten rechneten, mochte das nur für den Einzelhandel, der große Zahlen von Angestellten beschäftigte, zu Buche schlagen; tatsächlich nahm aber auch das Handwerk, namentlich in Betrieben mit personellen Ausbauhoffnungen, diesen anhaltenden sozialpolitischen Druck empfindlich auf.

VI. Der Wandel zur Deutschen Staatspartei

Während politische Publizisten, Zirkel und Vereinigungen seit 1929 mit wachsendem Eifer die Frage diskutierten, wie sich die bürgerliche Mitte politisch festigen ließe, zog im partei- und verbandspolitischen Kräftefeld der Jungdeutsche Orden durch öffentliche Aktivitäten und organisatorische Umbildung die Interessen an praktischer Sammlung auf sich: durch eine Großveranstaltung in der Dortmunder Westfalenhalle am 16. Februar 1929, an der auch einzelne Politiker der DDP, des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und der Jungliberalen beteiligt waren, durch den Aufruf zur Gründung der Volksnationalen Reichsvereinigung vom 1. November 1929 und deren Gründungsversammlung am 5. und 6. April 1930.[124] Koch-Weser suchte in diesem Umkreis mit Hilfe einiger Parteifreunde nach Möglichkeiten, der DDP eine neue Plattform zu geben, während die Meinungen im unzulänglich informierten Parteiausschuß Ende Mai 1930 noch in verschiedenste Richtungen wiesen.[125] Daß die Volksnationale Reichsvereinigung bei den sächsischen Landtagswahlen zwei Mandate gewann, war zwar unerheblich für die dortige Machtverteilung, beeindruckte aber manche DDP-Politiker angesichts der sonstigen Massenflucht von Wählern aus den Mittel- und Rechtsparteien zum Nationalsozialismus.[126]

Nach der Reichstagsauflösung (am 18. Juli 1930) führten dreitägige Verhandlungen zur vorläufigen Gründung der Deutschen Staatspartei. Im Gründungsaufruf vom 28. Juli 1930 erklärten die Unterzeichner ausdrücklich, daß sie „ihren Kreis noch in keiner Weise für geschlossen"[127] hielten. Gleichwohl war der bisherige Vorgang nach Inhalt und Verfahren in der deutschen Parteiengeschichte ungewöhnlich genug. Am Tage vor der Auseinandersetzung im Parteiausschuß am 30. Juli erklärte Anton Erkelenz seinen Parteiaustritt und seinen Anschluß an die

123 Vgl. Emil Grünberg, Der Mittelstand in der kapitalistischen Gesellschaft. Eine ökonomische und soziologische Untersuchung, Leipzig 1932, S. 142. Er bringt eine entsprechende Beobachtung Potthoffs in Erinnerung.

124 Vgl. Eggeling S. 7; ferner Wippermann 1930 A S. 324f.

125 Nr. 163.

126 Vgl. Hilfe v. 28. 6. 1930 Nr. 26 S. 645.

127 Arthur Mahraun, Die Deutsche Staatspartei. Eine Selbsthilfeorganisation des deutschen Staatsbürgertums, Berlin 1930, S. 37ff.

Sozialdemokratie.[128] Persönlich bereits durch die in den Führungsgremien vorbereitete Neubesetzung der beiden Spitzenämter durch Koch–Weser (1929) hart getroffen, richtete er seine politische Kritik nun – in Korrespondenz und Presse – gegen die Beteiligung am Kabinett Brüning und den Wandel zur Staatspartei als Zeichen einer – auch sozial- und wirtschaftspolitisch folgenreichen – Anlehnung an rechte Kräfte im Parteienfeld. Die DDP-Führung hielt sich dabei nicht mehr auf, ihr politisches Überlebensinteresse richtete sich auf die bevorstehenden Reichstagswahlen.

Der fünfzehnköpfige Hauptaktionsausschuß, in dem DDP, Volksnationale Reichsvereinigung und die sonstigen Gruppen drittelparitätisch versammelt waren[129], bereitete den Reichstagswahlkampf und die endgültige Gründung der Partei vor. Während er selbst unter erheblichen persönlichen und politischen Spannungen die Reichsliste aufstellte, drängte er auf beschleunigte Bildung der Wahlkreisaktionsausschüsse.[130] Sie wurden im allgemeinen gleichmäßig mit DDP-Angehörigen und Volksnationalen besetzt, überwiegend in den Geschäftsstellen der DDP untergebracht und hatten dann unter einem ähnlichen Druck rivalisierender Ansprüche die Erstplacierungen ihrer Kreiswahlvorschläge auszuhandeln. Die Volksnationalen sollten (laut zentraler Absprache) in ihren regionalen Schwerpunkten besonders begünstigt werden; im Falle Sachsens setzte der Hauptaktionsausschuß gegen die Landesorganisation der DDP durch, daß der Wahlvorschlag durch einen Volksnationalen angeführt wurde.[131] In Hamburg vermochten Mahraun und Bornemann aber nicht, ihre Organisation zur Zustimmung für Stolper zu bewegen.[132] Leichter ließen sich die Arrangements im Südwesten bewerkstelligen, wo die Volksnationalen so gut wie gar nicht vertreten waren. In Baden kam zudem ein Wahlbündnis zwischen Dietrich und Curtius zustande, der schon zu den Kontaktpersonen der DVP bei den Fühlungnahmen Koch–Wesers gehört hatte.[133] In Württemberg, wo die Partei an ihrem bisherigen Namen festhielt, wurde ebenfalls eine Einheitsliste mit der DVP aufgestellt; Heuss erhielt die Erstplacierung. Daß das zentrale Koordinationsgremium, das zunächst unter den beiden Vorsitzenden Mahraun und Koch–Weser arbeitete, auch viele Sachfragen kontrovers sah, konnten die Richtlinien für den Wahlkampf nicht verdecken. Der Ton wurde schärfer, als Höpker–Aschoff an Stelle des in Kur gegangenen DDP-Vorsitzenden die Verhandlungsführung übernahm. Das Klima verschlechterte sich auch zwischen den Organisationen im Lande. In den kaum abgestimmten Flugblättern und Artikeln schlugen alle Gegensätze wieder durch. Liberale Juden sahen sich durch erneute Anflüge von Antisemitismus irritiert. Pazifisten trauten dem Aufwand nationaler Floskeln nicht. Vielerorts dominierte die DDP im Wahlkampf dank ihrer Organisation und Erfahrung.

---

128 Erkelenz an Koch–Weser 29. 7. 1930, Nachlaß Erkelenz 132.

129 Nr. 167.

130 Verschiedene Instruktionen für die Wahlkreisausschüsse finden sich in: R 45 III/59.

131 Vgl. Peter M. Bowers, The failure of the German Democratic Party 1918-1930, Diss. Pittsburgh 1973, S. 216.

132 Stephan S. 458f.

133 Ende der Parteien S. 33f.

Nach dem katastrophalen Wahlergebnis vollzog sich der Bruch mit den Volksnationalen im Laufe weniger Wochen. In der zwanzigköpfigen Reichstagsfraktion waren noch August Weber zum Vorsitzenden, Otto Bornemann zum Stellvertreter und Theodor Heuss zum Geschäftsführer gewählt worden; die agitatorische Forderung der sechs Volksnationalen, der Reichsregierung anläßlich der Vorlage zur Finanzsanierung eine Serie von Reformen sowie die „Revision des Youngplans und die Anmeldung eines Reparationsmoratoriums"[134] zur Auflage zu machen, führte zur Trennung. Dietrich brachte dann mit Hilfe eines Abgeordneten der Deutschen Bauernpartei eine Staatsparteiliche Fraktionsgemeinschaft zustande.[135] In ihr trat Josef Winschuh, als Repräsentant der Jungliberalen, an die Stelle Koch-Wesers, der sein Mandat zur Verfügung gestellt hatte. Die Ungereimtheiten im organisatorischen Status der neuen Partei äußerten sich nach ihrem Debüt im Wahlkampf ebenso rasch. Die DDP zögerte mit der eigenen Auflösung; Mahraun instruierte seinerseits die volksnationalen und jungdeutschen Führer am 3. Oktober, an ihren Organisationen im Rahmen der Staatspartei festzuhalten. Wechselseitige Vorwürfe, im Wahlkampf versagt zu haben, und öffentliche Nachhutgefechte über die politische Position der Neugründung taten ein übriges, um die Spitzengespräche am 7. Oktober zum Scheitern zu verurteilen.[136]

Der Hauptaktionsausschuß zählte nach dem Ausscheiden der Volksnationalen 17 stimmberechtigte und zwei nichtstimmberechtigte Mitglieder, zu denen noch die Geschäftsführer der Reichstags- und preußischen Landtagsfraktion hinzugezogen werden sollten. Er wählte Höpker-Aschoff zu seinem Vorsitzenden, August Weber und v. Rheinbaben zu Stellvertretern.[137] Während Ende Juli 1930 noch ein 22-köpfiger Aktionsausschuß bestellt worden war[138], der seitens der DDP bei der Aufstellung des Reichswahlvorschlags mitwirken sollte, entfiel diese gestufte Gliederung nunmehr; die Gewählten waren, von wenigen abgesehen, Mitglieder des Parteivorstands, der noch mehrmals, zuletzt am Vorabend des letzten Parteitags, zusammentrat. Zwei Gremien arbeiteten nun parallel. Während das vom Vorstand eingesetzte sogenannte Direktorium noch den Parteitag zur Auflösung der DDP und somit ihre Überführung zu planen hatte, war der Hauptaktionsausschuß damit befaßt, den Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei, ihre Satzung und die Wahlvorschläge vorzubereiten.

Der Nachruf, den Carl Petersen der DDP auf dem letzten Parteitag in Hannover am 8. November 1930 hielt[139], würdigte ihre zwölfjährige Arbeit nicht ohne wehmütige Erinnerung an die Stärke in den Tagen der Nationalversammlung. Ob der Liberalismus noch parteibildende Kraft hatte, hing für ihn nunmehr davon ab, ob es der Staatspartei gelingen würde, als dritte Partei neben das Zentrum und die Sozialdemokratie in einem ansonsten denaturierten Parteiensystem zu treten. Die programmatische Aufgabenzuweisung orientierte der ehemalige Parteiführer am

134 Zitiert bei Stephan S. 474.

135 A. a. O. S. 476.

136 Vgl. Ende der Parteien S. 37 und S. 73.

137 Sitzungsprotokoll Hauptaktionsausschuß 17. 10. 1930, R 45 III/59.

138 Vgl. Nr. 167.

139 Demokrat v. 20. 11. 1930 Nr. 22 S. 514ff.

„Staate von Weimar“[140], die politische Stellenzuweisung an der Weimarer Koalition. Das Ausscheiden Koch-Wesers aus dem Parteivorsitz, – der Parteitag sandte ihm ein Danktelegramm –, und das Eingeständnis Petersens, sich bei der Partnerwahl gegenüber den Volksnationalen geirrt zu haben, verhinderten nicht, daß der Streit mit der ausdrücklichen Option der Unabhängigen Demokraten für die Sozialdemokratie noch einmal aufflammte. Nur 16 der 334 Delegierten stimmten dann gegen die Auflösung. Auf dem Gründungsparteitag nahm Dietrich, der später „mit allen gegen 22 Stimmen“ zum Parteivorsitzenden gewählt wurde, in seiner programmatischen Rede inhaltliche Akzente des Wahlkampfes auf: Erhaltung der Mitte durch Bewahrung der Wirtschaftsordnung, durch Wahlreform und finanzwirtschaftliche Sparsamkeit.[141] Die atmosphärisch dominierende Einmütigkeit konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Partei programmatisch, organisatorisch und personell ein labiles Gebilde war. Ihre innere Zerfahrenheit spiegelten bereits die Anträge der Wahlkreis- und Ortsverbände zum Gründungsparteitag, die die Partei einerseits auf die ausdrückliche Bestimmtheit republikanischer und sozialer Grundeinstellung zurückzuholen suchten, andererseits durch organisatorische Auflagen ihr zu neuer Wirkung verhelfen wollten.

VII. Satzung und Wirksamkeit der Organe

Die Satzung der Partei wurde auf dem Gründungsparteitag beschlossen. Änderungsanträge behandelte später eine zwölfköpfige, vom Geschäftsführenden Vorstand eingesetzte Satzungskommission, die die modifizierte Fassung dem Gesamtvorstand zur Billigung vorlegte.[142] Die Satzung suchte einerseits die kleineren Führungsorgane der Partei arbeitsfähig zu halten, und schrieb andererseits, von geringfügigen Abweichungen abgesehen, die Zusammensetzung und Aufgabenstellung des Parteiausschusses und des Parteitages fort, als ob es noch Aussichten auf eine große, institutionell ausdifferenzierte Partei gegeben hätte. Tatsächlich wurde nur noch ein außerordentlicher Parteitag einberufen.

Die seit dem Mannheimer Parteitag eingeführte funktionelle Arbeitsteilung zwischen dem Geschäftsführenden Vorstand und dem Gesamtvorstand wurde fortgesetzt. Ersterer war als kleines Gremium konstruiert, das seine Legitimation statutarisch durch die Wahl aller Mitglieder, mit Ausnahme des Reichsgeschäftsführers, seitens des Parteitages erhalten sollte. Obwohl der ursprüngliche, auf dem Parteitag angenommene Entwurf nur vier Beisitzer enthielt, wurden bereits bei dieser Gelegenheit außer dem Parteivorsitzenden Dietrich elf Beisitzer gewählt, weitere vier bald darauf hinzugezogen. Als auf dem Berliner Parteitag (am 27./28. September 1931) ein Antrag des Beamtenausschusses die Erhöhung auf elf Mitglieder satzungsmäßig bestätigt sehen wollte und zugleich eine Vorschlagsliste vorlegte, entbrannte darüber und infolge weiterer Nominierungen heftiger Streit, bis schließlich die Kritik an diesem Verfahren (– man käme langsam in das Stadium, „wo jeder seinen Nachbarn vorschlägt“ –) dazu führte, daß der

140 A. a. O. S. 519f.

141 A. a. O. S. 525ff.

142 Hellmuth Jaeger an Gesamtvorstand 12. 3. 1931, R 45 III/60, fol. 20.

Gesamtvorstand autorisiert wurde, in Verbindung mit den Wahlkreisvorsitzenden den Geschäftsführenden Vorstand zu ergänzen.[143] Bis zum Berliner Parteitag hatte der Parteivorsitzende keine gewählten Stellvertreter. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion August Weber, der zuvor in dieser Funktion tätig gewesen war, erklärte sich in Berlin als ,,nur von Dietrich ernannt".[144] Weber wurde gewählt. Da für die zweite Stellvertreterposition sowohl Frau Lüders als auch Rönneburg vorgeschlagen wurden, verband der Vorsitzende mit dem Nominierungs- und Wahlvorgang, ohne auf Widerspruch zu stoßen, eine Satzungsänderung, die zwei durch drei Stellvertreter ersetzte.[145]

Im Zusammenhang mit dem Geschäftsführenden Vorstand stellte sich ein parteispezifisches Strukturproblem, das schon die DDP gekennzeichnet hatte: das beharrliche Einflußstreben der Sonderausschüsse. Wenn der Geschäftsführende Vorstand Anfang Dezember 1930 nur noch den Ausschüssen der Beamten und Arbeitnehmer neben denen der Frauen und der Jugend einen ,,organisatorischen Unterbau" zubilligte[146], so entsprach er damit einerseits den institutionellen Beharrungstendenzen bestimmter Gruppen und bezeichnete andererseits die Zielgruppen, bei denen die Partei sich noch Chancen ausrechnete. Hatte bereits die Parteitagsfassung den ,,Reichsausschüssen" das Anhörungs- und Berichtsrecht gegeben, so ließ ein zusätzlicher Passus der geänderten Fassung fünfköpfige Beiräte mit Anhörungsrecht für einschlägige Fragen zu.[147] Es war der Reichsbeamtenausschuß, der diese Möglichkeiten dann durch die eigne Satzung zu überschreiten drohte. Die Satzungskommission mußte ihn daran erinnern, daß er ,,Hilfsorgan" des Geschäftsführenden Vorstands, nicht ,,Organ der Deutschen Staatspartei" sein könne.[148] Die Gefahr, daß die Partei, während ihr Mitgliederbestand im Jahre 1931 weiterhin schrumpfte, durch derartige Sonderorganisationen mediatisiert wurde, war bei den Beamten am ausgeprägtesten.

Die Zusammensetzung des Gesamtvorstands erhielt, verglichen mit dem bisherigen Vorstand, zwei wesentliche Änderungen: durch die Verstärkung des Einflusses der Wahlkreisvereinigungen und durch die Beteiligung der Vorsitzenden der Reichstags- und der preußischen Landtagsfraktion. Wie üblich, wurde die Zahl der zu kooptierenden Mitglieder – diesmal bei der ersten Gelegenheit – überschritten.[149] Die Beschreibung der Handlungskompetenzen differenzierte zwischen beiden Organen sprachlich präziser, indem sie dem Geschäftsführenden Vorstand nur die ,,laufenden Geschäfte" übertrug und die Formel von der ,,laufenden politischen Führung" (1919, 1925) vermied.

Daß der Geschäftsführende Vorstand gleichwohl viele politische Fragen an sich zog, ergab sich nunmehr aus der kritischen Gesamtlage der Partei und stand meistens verfahrensmäßig und inhaltlich im Zeichen kurzatmiger Überlebensan-

143 R 45 III/48, fol. 113.

144 A. a. O. fol. 110; vgl. Nr. 180.

145 A. a. O. fol. 111.

146 Nr. 174.

147 R 45 III/60, fol. 29ff.

148 Jaeger an Geschäftsführenden Vorstand 9. 10. 1931, R 45 III/60.

149 In der Sitzung am 17. 12. 1930. Vgl. Nr. 174.

strengungen durch fieberhafte Umschau und Sondierung bei mittelständischen Wählergruppen. Der Arbeitsausschuß für politische Fragen[150] war mit dem Geschäftsführenden Vorstand personell weitgehend identisch und dürfte eine institutionelle Abstützung der tatsächlichen Konzentration politischer Entscheidungen bei diesem Organ gewesen sein. Dessen Kommunikation mit den Wahlkreisen wurde immer unregelmäßiger und lückenhafter. Ein Konzentrat konkreter, regional und lokal teilweise markanter, indessen nicht mehr vollständiger Informationen und Meinungen zur Lage der Partei erhielt die Zentrale noch in der gut besuchten Organisationstagung Anfang Dezember 1931 und durch die Situationsberichte im Organisationsausschuß vor den Reichspräsidentenwahlen und den Landtagswahlen im Frühjahr 1932.[151] Der interne Dissens über eine Fortführung der Partei machten dann das Organ bereits politisch arbeitsunfähig, bevor es vom Gesamtvorstand am 11. September 1932 aufgehoben wurde. Der „Arbeitsausschuß", der an seine Stelle trat und dessen gemeinsame Leitung nunmehr bei Dietrich, Petersen und Reinhold Maier lag, sollte, wie es euphemistisch hieß, die Partei reorganisieren; Dietrich sah die Aufgabe ausschließlich darin, „die Partei zusammenzuhalten".[152] Dies neue Organ sorgte in einer Reihe von Sitzungen und mit Hilfe einer wesentlich reduzierten Reichsgeschäftsstelle für die politische und administrative Präsenz der Parteileitung gegenüber den organisatorischen Resten der Partei und der Öffentlichkeit.

VIII. Politik der Deutschen Staatspartei und Zerfallserscheinungen

Die Mitarbeit in den Kabinetten Brüning diskutierte die Partei – unter altem und neuem Namen – meistens kontrovers. Sie wehrte sich lange vergeblich gegen die Umwidmung des Ostprogramms zugunsten des ostelbischen Großgrundbesitzes und geriet zusehends unter den Druck der Klagen aus ihrem Wählerpotential über die Belastungen der Brüningschen Deflationspolitik. Da sie deren Konzept grundsätzlich zustimmte, zudem ab Mai 1930 mit Dietrich den Reichsfinanzminister stellte, blieb der eigne Spielraum auf gelegentliche und geringfügige Interventionen begrenzt. Alternative Lösungsansätze, wie der in Gewerkschaftskreisen lancierte WTB-Plan[153] oder Dietrichs Idee eines staatlichen Mitteleinsatzes für kurzfristige Beschäftigungsprogramme und langfristige Konjunktursteuerung[154], fanden in der Partei keine nennenswerte Resonanz.

Als sich eine Chance abzeichnete, das Verhältnis Preußens zum Reich durch institutionelle und personelle Verschränkungen zu festigen, und Höpker-Aschoff einen publizistischen Vorstoß unternahm, um die ins Stocken geratenen Gesprä-

150 Vgl. Nr. 184.

151 Organisationstagung 5. und 6. 12. 1931; Organisationsausschuß 10. 2. und 19. 3. 1932, R 45 III/58.

152 Nr. 204.

153 Vgl. Robert A. Gates, Von der Sozialpolitik zur Wirtschaftspolitik? Das Dilemma der deutschen Sozialdemokratie in der Krise 1929-1933, in: Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik, hrsg. von Hans Mommsen, Dietmar Petzina, Bernd Weisbrod, Düsseldorf 1974, S. 206ff.

154 Vgl. Wippermann 1930 A S. 148ff. (149).

che zwischen Brüning und Braun unter öffentlichen Druck zu setzen, beeilte sich der Gesamtvorstand mit der Bestellung einer Expertenkommission unter Poetzsch-Heffters Leitung (am 15. 8. 1931) und erhob die Reichsreform zum zentralen Thema des außerordentlichen Parteitages (am 26./27. 9. 1931) in Berlin.[155] Die Partei, die dafür eine traditionelle, auch öffentlich ausgewiesene Kompetenz besaß, hoffte über diesen Plan zugleich aus ihrer Schwäche herauszufinden; sein Scheitern begrub eine letzte, große Hoffnung. Papens Staatsstreich gegen Preußen am 20. Juli 1932 hat sie mit Verbitterung über das Versäumte und Entrüstung über den Rechtsbruch aufgenommen.

Den preußischen Wahlen am 24. April 1932 sah die Partei im Bewußtsein ihrer Schwäche entgegen. In einigen Gebieten mied sie wegen des „Naziterrors" bereits größere Auftritte und beschränkte sich auf kleine Zusammenkünfte und Mund-zu-Mund-Propaganda. Die Presse wagte mancherorts aus „Angst" nicht mehr, über sie zu berichten.[156] Mit festem Besitzstand in der Wählerschaft rechneten die Funktionäre kaum noch. Sie suchten mühsam nach Zielgruppen, die von anderen Parteien vernachlässigt zu sein schienen: Hausangestellte, Handwerkerinnen, Angehörige neutraler Frauenverbände, Kleinsiedler, Korpsstudenten, Mitglieder von Kriegervereinen, jüdische Bürger. Daß es den erhofften Rücklauf aus der sich auflösenden Wirtschaftspartei oder aus der Deutschen Volkspartei nicht gab, zeigte die andersgerichtete Wählerwanderung.

Der Zerfall der parlamentarischen Stärke von 22 auf zwei Mandate (von 423) übertraf alle Befürchtungen. In der Geschichte der preußischen Wahlergebnisse kam dies der Auslöschung der Partei nahe, hatte sie doch – nach den schweren Verlusten von 1921 – (26 statt 66 von 402 Mandaten) in den folgenden Wahlperioden 1925/28 und 1928/32 immerhin 27 und 22 Mandate (von 450 Mandaten) innegehabt. Nun gewannen die Nationalsozialisten 162 Mandate, ein Mandat mehr als SPD (94) und Zentrum (67) gemeinsam.[157] In den folgenden Wochen wurden mögliche Auswege gesucht: Fusion, Neubildung, Zusammenarbeit und Listenverbindung im Wahlkampf. Die Partei interessierte sich auch für den zwischenparteilichen Gesprächskreis um Dingeldey, dessen DVP in Preußen von 40 auf sieben Mandate geschrumpft war; sein Plan eines „Arbeitsausschusses für bürgerliche Sammlung"[158] schlug Mitte Juni fehl. Sie suchte vergeblich, wie bei den preußischen Wahlen, die Listenverbindung mit dem Zentrum für die Reichstagswahlen am 31. Juli, verschloß sich dieser aber mit der Sozialdemokratie[159], die sich ihrerseits bei den Novemberwahlen ablehnend verhielt.[160] Beide Wahlen wiederholten das preußische Fiasko im Reichsmaßstab. Bei den ersten erreichte sie nur noch vier Mandate (Dietrich, Heuss, Lemmer, Stolper), bei den folgenden nur noch zwei; deren Inhaber Dietrich und Reinhold Maier nannten sich nunmehr im Reichstag „Süddeutsche Demokraten".

155 Vgl. Wippermann 1931 A S. 367f.

156 Organisationsausschuß 19. 3. 1932 (Vgl. Anm. 151).

157 Vgl. Handbuch für den Preußischen Landtag. Ausgabe für die 4. Wahlperiode (von 1932 ab), hrsg. von E. Kienast, Berlin 1932, S. 608ff.

158 Bürgerliche Parteien I S. 56f.

159 Vgl. Nr. 201.

160 Vgl. Ende der Parteien S. 59.

Gegen alle aufkommenden Zweifel an einem Sinn weiterer politischer Präsenz klammerte sich die Führung an die Hoffnung auf eine künftige Rolle im Parteienfeld bei weiterem Wandel der Dinge, ohne ihn beeinflussen zu können. Sie zögerte auch, sich als Partei dem (am 18. September 1932 gegründeten) Deutschen Nationalverein anzuschließen, der sich dem „Zusammenschluß und der Neugestaltung der politischen Mitte" widmen wollte und die Regierungen Papen und Schleicher unterstützte.[161] Dank technischer Listenverbindung mit der Sozialdemokratie erhielt sie bei den Reichstagswahlen 1933 fünf Mandate. Die Zustimmung ihrer Abgeordneten zum Ermächtigungsgesetz – „gegen die ursprüngliche Absicht Dietrichs und Heuss'"[162] – hat noch die Memoiren und öffentlichen Diskussionen nach dem Kriege beschäftigt.[163] Trotz einiger Gegenstimmen glaubte der Gesamtvorstand noch Mitte Mai, die politische Arbeit irgendwie fortsetzen zu sollen. Die Aberkennung der drei preußischen Landtagsmandate, unter Berufung auf die Listenverbindung mit der inzwischen verbotenen SPD, der diejenige für die Reichstagsmandate folgen sollte, gab den letzten Anstoß zur Selbstauflösung am 28. Juni.[164]

Damit war das förmliche Ende eines verzweifelten Versuchs erreicht, liberales Wählerpotential aus dem Sog nationalsozialistischer Agitation zu befreien. Die Deutsche Staatspartei unterlag dabei längst den allgemeinen Bedingungen der Entwicklung zum „Ende der Parteien". Die Nuancen ihrer eignen Gegenwehr waren nur noch parteihistorisch bemerkenswerte, aber politisch wirkungslose Zeichen ihres Selbstverständnisses und Umweltbezugs. Der Versuch, Wähler durch Änderung der Inhalte, Sprache, Organisationsformen und Aktionsweisen einholen zu wollen, führte in eine Zone, in der sich die Partei nach ihren historisch-politischen Erfahrungen und ihrer ethischen Substanz nicht auskannte. Ihre Überzeugung, auf die schließliche Kraft rechtsstaatlicher Ideen und rationalen Wählerwillens vertrauen zu können, wies andererseits auf das Unvermögen, die politischen Möglichkeiten organisierter Inhumanität des Nationalsozialismus voll auszumessen.

Bielefeld, im Juni 1979 — Lothar Albertin

161 Bürgerliche Parteien II S. 497f.; vgl. ferner Ende der Parteien S. 62f. und Nr. 202.

162 Ende der Parteien S. 68.

163 A. a. O. S. 69; vgl. ferner: Das „Ermächtigungsgesetz" vom 24. März 1933, bearb. u. hrsg. von Rudolf Morsey, Göttingen 1968, S. 68f.

164 Ende der Parteien S. 72 und 96f.

Zur Edition

A. Die Quelle

Die vorliegende Edition umfaßt Protokolle von Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses und des Vorstands sowie des Hauptvorstands und des Parteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei, ferner Protokolle von Sitzungen des Geschäftsführenden und des Gesamtvorstands der Deutschen Staatspartei[1]. Es handelt sich dabei um einen Bestand, der von den Anfängen der Deutschen Demokratischen Partei im November 1918 bis zu ihrer Auflösung im November 1930 und vom Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei im gleichen Monat bis zum Mai 1933 reicht, also bis kurz vor das Ende der Partei im Juni dieses Jahres.

Die Protokolle, von denen etwa ein Viertel Unterschriften trägt, sind von Angestellten der Reichsgeschäftsstelle der DDP bzw. Staatspartei angefertigt worden, von denen mindestens einer den Sitzungen beiwohnte. Der überwiegende Teil stammt von Reinhold Issberner, dem früheren Generalsekretär der Fortschrittlichen Volkspartei, der von 1918 bis 1933 in der Reichsgeschäftsstelle der DDP/Staatspartei tätig war. Das geht aus Issberners eigenem Zeugnis[2] hervor, ferner aus seiner Anwesenheit bei fast allen Sitzungen von 1918 bis 1933 und schließlich aus seinem Namenszug, der sich unter zahlreichen Protokollen findet. Vereinzelt haben auch andere Angestellte der Geschäftsstelle unterzeichnet, in einigen Fällen scheint der Leiter der Geschäftsstelle[3] persönlich Protokoll geführt zu haben. Abgesehen von den Unterschriften der Protokollanten erscheint zuweilen auch der Name des jeweiligen Vorsitzenden der Sitzung und häufig der des Leiters der Geschäftsstelle zur Abzeichnung unter dem Protokoll.

Ob die Protokolle vollzählig sind, muß dahingestellt bleiben. Aus Issberners Zeugnis geht hervor, daß die Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses zunächst überhaupt nicht, dann nur lückenhaft und erst ab 9. Dezember 1918 regelmäßig protokolliert worden sind[4]. In späteren Jahren werden zuweilen in der

1 Außerdem enthält die Edition fünf Protokolle von Sitzungen des „Geschäftsführenden Vorstands" der DDP (Nr. 157, 159-161, 164) und ein Protokoll einer Sitzung des „Arbeitsausschusses" der Staatspartei (Nr. 204). Beim ersteren handelt es sich nicht um ein eigenständiges, satzungsgemäßes Parteigremium, sondern um die wichtigsten Funktionsträger innerhalb des regulären Vorstands, der wegen seiner Größe zur Erledigung der laufenden Geschäfte zu schwerfällig geworden war. Das Protokoll des „Arbeitsausschusses" der Staatspartei gehört nicht zum Bestand R 45/III, es ist jedoch in die Edition aufgenommen worden, weil es sich dabei um den einzigen dokumentarischen Beleg der Aktivitäten dieses Gremiums handelt, das die Funktionen des Geschäftsführenden Vorstands der Staatspartei nach dessen Auflösung übernahm.

2 Unter den Akten befindet sich ein Brief Issberners vom 6. Oktober 1919 an einen unbekannten Adressaten, in dem es u. a. heißt: „Vom 9. Dezember 1918 ab – kurz nach meinem Eintritt in die Reichsgeschäftsstelle – habe ich dann regelmäßig die Sitzungen [des Geschäftsführenden Ausschusses] protokolliert." DDP/Staatspartei R 45/III 15.

3 Die Leiter der Reichsgeschäftsstelle der DDP/Staatspartei von 1919 bis 1933 waren: Otto Schreiber (1919-1920), Robert Jansen (1920-1922), Werner Stephan (1922-1929), Wilhelm Rexrodt (1929-1930), Otto Nuschke (1931-1933).

4 Brief vom 6. Oktober 1919. Vgl. Anm. 2.

Parteipresse sowie in einigen der unter den Akten befindlichen Einladungsschreiben[5] Sitzungen angekündigt, über deren Verlauf keine Pressenotiz und kein Protokoll vorliegt, sodaß unklar bleibt, ob es überhaupt zu diesen Sitzungen gekommen ist. Vereinzelt finden sich in der Presse[6] wie in den Protokollen selbst[7] aber auch Hinweise auf wirklich stattgefundene Sitzungen, über die der vorliegende Bestand nichts enthält. Möglicherweise ist bei diesen Sitzungen auf Aufzeichnungen verzichtet worden, vielleicht sind sie auch verlorengegangen.

Die Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses fanden in den Räumen der Reichsgeschäftsstelle statt, die sich zunächst in der Köthenerstraße 35 befand und 1921 in die Bernburgerstraße 18 verlegt wurde. Der Vorstand tagte zuerst gleichfalls in der Geschäftsstelle; als er sich dann Anfang der zwanziger Jahre vergrößerte und zeitweise auf über fünfzig Mitglieder anwuchs, versammelte er sich meistens im Reichstag, zuweilen auch im Preußischen Landtag. Nach Gründung der Staatspartei trat an die Stelle des Reichstags und der Geschäftsstelle, deren Räumlichkeiten aus Ersparnisgründen reduziert worden waren, der „Demokratische Klub" in der Viktoriastraße 24. Der Hauptvorstand bzw. der Parteiausschuß tagte zunächst in den Konferenz- und Versammlungsräumen, die in Berliner Hotels für politische und kulturelle Zwecke zur Verfügung standen, dann zumeist im Reichstag, zuweilen wurde er auch an den Ort des jeweiligen Parteitags einberufen und trat dann vor Beginn der Parteitagsverhandlungen zusammen.

Die Protokolle wurden in der Reichsgeschäftsstelle aufbewahrt[8]. Nach der Auflösung der Partei gelangten sie, vermutlich auf Weisung der Gestapo, zusammen mit weiteren Akten der DDP/Staatspartei zunächst ins Reichsarchiv. 1943 gab das Reichsarchiv die Akten an das Hauptarchiv der NSDAP ab, wo sie 1945 mit allen anderen Beständen von der amerikanischen Militärregierung beschlagnahmt wurden. Sie kamen in das US Document Center Berlin-Zehlendorf, das sie im Jahre 1960 auf Initiative von Erich Matthias dem Bundesarchiv überließ, wo sie sich heute unter der Signatur R 45/III befinden.

Der Bestand umfaßt insgesamt zirka 2000 Seiten maschinenschriftlichen Textes im Format DIN A4. Der durchschnittliche Umfang des einzelnen Protokolls der Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses beträgt etwa drei Seiten, des Vorstands ungefähr 14 Seiten und des Hauptvorstands und des Parteiausschusses zirka 21 Seiten. Einige Protokolle sind in doppelter oder dreifacher Ausfertigung vorhanden, von manchen existiert eine längere und eine kürzere Fassung. Vereinzelt sind zu den Protokollen auch Anlagen erhalten, die im wesentlichen aus den mitunter schwer leserlichen Anträgen bestehen, die während der Sitzungen eingebracht wurden, ferner aus Anwesenheitslisten, Wahlvorschlägen, Einladungsschreiben und Korrespondenzen zwischen Mitgliedern der Führungsgremien und der Geschäftsstelle. In den maschinenschriftlichen Protokolltext sind zuweilen Zeitungsausschnitte mit Resolutionen oder Reden inseriert, die aus einer der

5 Vgl. Booms/Kinder S. 46-48.

6 Vgl. Berliner Tageblatt v. 30.5.1924 Nr. 256; Demokrat v. 3.4.1924 Nr. 7.

7 Vgl. Nr. 166 u. 167 Anm. 4.

8 Zum Folgenden vgl. Booms/Kinder S. VI.

demokratischen Parteizeitungen stammen, die über eine Sitzung des Vorstands oder Parteiausschusses berichtet und die dort gehaltenen Hauptreferate und gefaßten Beschlüsse im Wortlaut wiedergegeben hatte. Die Protokolltexte sind entweder durch Ziffern, durch Überschriften oder durch eine Kombination von beidem gegliedert, einige wenige lediglich durch Absätze. Die Protokolle enthalten eine Fülle von Anträgen und Resolutionen, die häufig im vollen Wortlaut wiedergegeben, oft aber auch nur paraphrasiert oder kurz angesprochen werden. Die Texte zeigen häufig handschriftliche Korrekturen, die zumeist von der Hand des Protokollanten stammen, zuweilen auch vom Leiter der Reichsgeschäftsstelle und in einem Fall vom Vorsitzenden des Vorstands persönlich[9]. Hörfehler, Sinnentstellungen des Textes beim Übertragen des Stenogramms, fehlerhafte Rechtschreibung und Zeichensetzung treten relativ häufig auf, ebenso falscher Satzbau und Fehlen oder unzutreffende Verwendung des Konjunktivs in der indirekten Rede.

Inhaltlich und formal lassen sich im wesentlichen zwei Protokollarten unterscheiden. Dem Typ des Beschlußprotokolls entsprechen die Sitzungsprotokolle des kleineren Führungsgremiums, d. h. des Geschäftsführenden Ausschusses bzw. später des Vorstands. Er pflegte mehrmals im Monat zusammenzutreten, auf seinen Sitzungen wurde eine große Anzahl von Tagesordnungspunkten behandelt, darunter neben Bedeutsamem auch viel Alltägliches. Manche Sitzungen haben rein routinemäßigen Charakter. Der Text dieser Protokolle ist knapp gehalten, der Ablauf und das Ergebnis von Diskussionen werden nur resümiert, auf die Herausstellung einzelner Personen und ihrer spezifischen Beiträge wird weitgehend verzichtet. Dem Typ des Diskussionsprotokolls, das stellenweise den Charakter eines Wortprotokolls annimmt, sind die Aufzeichnungen über die Sitzungen des größeren Führungsgremiums, d. h. des Hauptvorstands bzw. später des Parteiausschusses zuzurechnen. Der Parteiausschuß tagte seltener als der Vorstand, auf seinen Sitzungen wurden nur wenige, die ganze Partei betreffende Fragen abgehandelt. Diese Protokolle sind wesentlich ausführlicher gehalten, der Gang einer Debatte wird durch Wiedergabe der wichtigsten Gesichtspunkte der einzelnen Redner teils in direkter, teils in indirekter Rede verdeutlicht, zuweilen erscheinen die Ausführungen des oder der Hauptreferenten im vollen Wortlaut. Während die Protokolle des größeren Gremiums ihren Charakter durchgängig bewahren, zeigt sich bei denen des kleineren Gremiums eine Veränderung; in dem Maße, wie der Vorstand sich zahlenmäßig vergrößerte und seltener als in den Anfangsjahren zusammentrat, werden seine Protokolle denen des Parteiausschusses ähnlich.

Welches für die Erforschung des parteipolitisch organisierten Linksliberalismus der Weimarer Epoche relevante Quellenmaterial besitzen wir, welcher Rang kommt dem hier edierten Bestand in diesem Kontext zu? Die zahlreichen Nachlässe linksliberaler Parteiführer und Abgeordneter enthalten eine Fülle an Material, das nicht nur für einzelne Persönlichkeiten, sondern auch für die Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei insgesamt von Bedeutung ist; aus ihrer Entwicklung beleuchtet es jedoch jeweils nur einen mehr oder minder zufälligen Ausschnitt. Die Protokolle der preußischen Landtagsfraktion, die in

9 Siehe Nr. 151.

geschlossener Folge von März 1919 bis März 1932 vorliegen, verdeutlichen gleichfalls nur einen Teilaspekt der Gesamtgeschichte der Partei, nämlich die parlamentarische Wirksamkeit der DDP innerhalb des wichtigsten deutschen Einzelstaates, sie eröffnen aber zugleich zahlreiche Ausblicke auf die Entwicklung der Partei im Reich. Für die Reichsebene selbst ist die archivalische Überlieferung aus dem Bereich der Führungsgremien der Partei von besonderer Bedeutung. Von den Führungsorganen der Partei, zu denen neben den satzungsmäßigen Organen (Parteitag, Parteiausschuß, Vorstand) auch die Reichstagsfraktion zu rechnen ist, war die Fraktion am einflußreichsten. Die offiziellen Fraktionsprotokolle sind jedoch bis auf einige Fragmente aus der Zeit der Nationalversammlung vernichtet[10]. Die Parteitagsprotokolle wurden bis zum Jahr 1924 vollständig veröffentlicht, ab dann nur noch auszugsweise in Parteizeitschriften; die wenigen noch vorhandenen Exemplare sind nur unter Schwierigkeiten im Leihverkehr erhältlich. Angesichts dieser Quellenlage müssen die hier edierten Protokolle der beiden anderen Führungsgremien als wichtigste existierende Quelle zur Geschichte der Gesamtpartei betrachtet werden, deren wissenschaftliche Darstellung noch aussteht[11]. Sie lassen sowohl den inneren, personell mit einem Teil der Reichstagsfraktion identischen Führungskreis der DDP deutlich hervortreten, wie auch den weiteren, bisher weitgehend unbekannten Kreis der regionalen Führerschaft; sie beleuchten die interne Entwicklung der DDP ebenso wie ihre Verflechtung in die allgemeine Geschichte der Republik. Zugleich dokumentiert dieser Bestand für die Geschichte des deutschen Linksliberalismus eine Kontinuität bestimmter Probleme, die aus der Kaiserzeit datieren und bis in die Gegenwart fortwirken.

B. Die Einrichtung der Edition

Der Originalbestand enthält neben einer Fülle erstrangiger Informationen auch zahllose Wiederholungen und Nebensächlichkeiten. So nehmen etwa Personalprobleme der Reichsgeschäftsstelle, Streitigkeiten in regionalen Organisationen, Auseinandersetzungen mit der lokalen Presse etc. breiten Raum in den Protokollen ein. Das führt bei der Lektüre des Originalbestands beim Leser zur Ermüdung

10 Vgl. Ende der Parteien S. 31 Anm. 1.

11 Bisher liegen an Versuchen einer Gesamtdarstellung der Entwicklung der DDP/Staatspartei 1919 bis 1933 vor: Stephan; Reinhard Opitz, Der deutsche Sozialliberalismus 1917 – 1933, Köln 1973. Einen skizzenhaften Überblick über die Geschichte der DDP 1919 bis 1930 bei: Robert A. Pois, The Bourgeois Democrats of Weimar Germany, Philadelphia 1976; Peter M. Bowers, The Failure of the German Democratic Party, 1918-1930, Diss. University of Pittsburgh 1973. Behandlung ausgewählter Einzelprobleme 1919 bis 1930 bei: Hartmut Schustereit, Linksliberalismus und Sozialdemokratie in der Weimarer Republik. Eine vergleichende Betrachtung der Politik von DDP und SPD 1919-1930, Düsseldorf 1975. Zur Gründung der DDP und ihrer Entwicklung zu Beginn der Weimarer Republik: Albertin; Regina Gottschalk, Die Linksliberalen zwischen Kaiserreich und Weimarer Republik. Von der Julikrise 1917 bis zum Bruch der Weimarer Koalition im Juni 1919, phil. Diss. Tübingen 1969; Günter Fischenberg, Der deutsche Liberalismus und die Entstehung der Weimarer Republik. Die Krise einer politischen Bewegung, phil. Diss (maschinenschriftl.) Münster 1958. Für die Zeit von der Mitte der zwanziger Jahre bis zur Auflösung der DDP: Werner Schneider, Die Deutsche Demokratische Partei in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, phil. Diss. (maschinenschriftl.) Erlangen-Nürnberg 1976. Zur Geschichte der Staatspartei: Erich Matthias und Rudolf Morsey, in: Ende der Parteien, S. 29-97.

und damit zu einer Unterschätzung der Aussagekraft des Materials. Angesichts dieser Sachlage wurde darauf verzichtet, die Quelle vollständig im Wortlaut zu edieren. Stattdessen werden nur etwa zwei Fünftel der Texte ganz oder partiell im Wortlaut wiedergegeben, etwa drei Fünftel erscheinen als Regest.

Für die Auswahl der Wortlaut-Texte waren folgende Überlegungen bestimmend: Einmal wurden Dokumente ausgewählt, die bisher relativ unbekannt gebliebene Zusammenhänge und Vorgänge beleuchten wie z. B. die ökonomische Interessenstruktur der Partei und die daraus resultierenden innerparteilichen Gruppenbildungen und Richtungskämpfe. Weiter erschien es angebracht, zumindest einen Teil jener Probleme zu dokumentieren, denen die Partei offenbar selbst zentrale Bedeutung zugemessen hat, da sie sich wie ein roter Faden durch die Sitzungen ziehen, d. h. Fragen der Organisation, der Finanzierung durch Mitgliedsbeiträge, der Programmatik und des Verhältnisses zu den anderen Parteien, insbesondere zur Sozialdemokratie und zur Deutschen Volkspartei. Schließlich wurden diejenigen Protokolle für den Abdruck im Wortlaut ausgewählt, die den Standort und die spezifischen Beiträge der Demokratischen Partei zu den großen politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Zeit verdeutlichen wie z. B. zum Versailler Vertrag, zur Fürstenenteignung, zur Wirtschaftskrise, zum Nationalsozialismus, zu Verfassung und Reichsreform, zur Demokratisierung der Verwaltung und zu Reichswehr und Republik.

Als Regest erscheinen diejenigen Protokolle oder Protokollteile, die vorwiegend Wiederholungen oder die oben skizzierten zweitrangigen Informationen enthalten. Diese Texte sind im Durchschnitt auf ein Viertel ihres ursprünglichen Umfangs komprimiert worden. Der chronologische Ablauf der Sitzung bleibt dabei erhalten, aber die Tatbestände werden stark verkürzt wiedergegeben. Prägnante Einzelformulierungen oder Passagen aus dem Original sind zuweilen ins Regest übernommen und dort in Anführungszeichen gesetzt worden. Durch die Verwendung von Regesten treten die großen Entwicklungslinien und zentralen Fragestellungen in der fünfzehnjährigen Geschichte der Partei schärfer hervor, da sie nicht mehr wie im Original von einer Fülle sekundärer Informationen überlagert werden. Dieser Vorteil dürfte den Informationsverlust aufwiegen, der zweifellos bei dieser Form der Bearbeitung auftritt. Daß bei speziellen Fragestellungen gezielt auf den Originalbestand zurückgegangen werden muß, versteht sich von selbst.

Wegen des beträchtlichen durch die Edition abgedeckten Zeitraums und der Fülle der in ihr angesprochenen Probleme war eine Beschränkung der Kommentierung geboten. In erster Linie wird die Erklärung von Sachverhalten und Zusammenhängen angestrebt, die dem Leser das Verständnis der Texte erleichtern bzw. erst ermöglichen soll. Besonderes Gewicht wird dabei auf die Personaldaten gelegt, die indessen angesichts der zahlreichen nur lokal oder regional bekannten Teilnehmer der Sitzungen des großen Gremiums nur fragmentarisch zu ermitteln waren und notgedrungen lückenhaft bleiben müssen. Schwierigkeiten ergaben sich auch bei der Ermittlung der Dauer des Mandats verschiedener Landtagsabgeordneter. Während die entsprechenden Handbücher der Abgeordneten des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses bzw. Landtags vorliegen, gilt dies für die übrigen Länderparlamente des kaiserlichen Deutschland und der Weimarer Zeit nur in sehr beschränktem Umfang, so daß auch hier manches offengeblieben ist.

Bei Sachangaben erfolgen Literatur- und Quellenverweise nur, wo sie unumgänglich sind, in der Regel wird auf die Angabe weiterführender Literatur verzichtet. Die Dichte der Kommentierung ist unterschiedlich. Bei weitgehend als bekannt vorauszusetzenden Fakten und Zusammenhängen tritt sie soweit wie möglich in den Hintergrund, sofern nicht die DDP bzw. Staatspartei unmittelbar tangiert ist. Am dichtesten ist sie auf der Personalebene, soweit es sich um Angehörige der DDP bzw. Staatspartei handelt. Die etwa 400 im Text erscheinenden Namen von DDP-Angehörigen, darunter zu einem großen Teil Honoratioren aus dem Lande, erhalten, soweit überhaupt eine Identifizierung möglich war, eine biographische Anmerkung. Sie enthält nach Möglichkeit: Namen, Lebenszeit, Beruf, Parteizugehörigkeit, Reichstags- und Landtagsmandat, Regierungs- und Parteiamt. Die entsprechenden Angaben beziehen sich auf das Kaiserreich und die Weimarer Republik; für die Zeit nach 1933 wurden keine Personaldaten aufgenommen. Beim Namen wird auf die Angabe von akademischen Titeln wegen der damit unvermeidlich verbundenen hohen Fehlerquote verzichtet. Die Angabe der Lebenszeit erfolgt generell bei Parlamentariern, bei anderen Mitgliedern der DDP nur dann, wenn sie für die Parteigeschichte von Bedeutung waren. Bei der Berufsangabe wird nach Möglichkeit auch die Mitgliedschaft in politischen, wirtschaftlichen und weltanschaulichen Verbänden angeführt. Die Angaben über Parteizugehörigkeit und Mandat beziehen vor allem die Reichs- und Landesebene ein, die kommunale Ebene dagegen nur gelegentlich. An Parteiämtern werden nur die wichtigsten aufgeführt wie Vorsitz oder stellvertretender Vorsitz in einem Führungsgremium, Leitung der Reichsgeschäftsstelle, Schatzmeisteramt und Vorsitz eines wichtigen Ausschusses. Auf die Angabe der Mitgliedschaft im Geschäftsführenden Ausschuß bzw. Vorstand sowie im Hauptvorstand bzw. Parteiausschuß wird verzichtet, da sie sich aus den Mitgliederverzeichnissen dieser Gremien ersehen läßt. Die biographische Anmerkung erscheint bei der ersten Erwähnung des Namens im Text, im Register wird durch eine kursiv gesetzte Ziffer auf ihren Standort verwiesen. Soweit über DDP-Mitglieder Literatur vorhanden ist, enthält die biographische Notiz entsprechende Angaben. Bei nicht der DDP angehörigen Personen sind die biographischen Anmerkungen möglichst knapp gehalten, sofern nicht der Bekanntheitsgrad der Genannten überhaupt den Verzicht auf eine biographische Notiz nahelegt. Wenn zu einer Person oder zu einem Sachverhalt keine Angaben ermittelt werden konnten, entfällt die Anmerkung; wenn nur lückenhafte Angaben ermittelt wurden, werden sie angeführt, sofern sie noch relevante Information enthalten. Die Anmerkungen werden für jede Sitzung getrennt gezählt.

An gedruckten Quellen sind für die Kommentierung abgesehen von allgemeinen Nachschlagewerken wie biographischen Handbüchern, Geschichtskalendern etc. vor allem die Akten der Reichskanzlei herangezogen worden, soweit sie bisher ediert sind, ferner die stenographischen Berichte des Reichstags und die große demokratische Tagespresse der Weimarer Zeit, darunter vor allem das Berliner Tageblatt und die Frankfurter Zeitung. Außerdem wurden die für die DDP/Staatspartei besonders relevanten Parteizeitungen und -zeitschriften[12], die

12 Vgl. das Verzeichnis der benutzten Zeitungen und Zeitschriften S. LXI, das mit Ausnahme des „Demokratischen Zeitungsdiensts", der leider nicht zugänglich war, die wichtigsten parteioffiziösen und einige der Partei nahestehende Zeitungen aufführt.

Protokolle der Parteitage und die umfangreiche Memoirenliteratur ausgewertet. An ungedruckten Quellen sind vor allem die Nachlässe linksliberaler Parteiführer und Abgeordneter benutzt worden, wobei sich die Nachlässe von Koch-Weser, Dietrich, Erkelenz, Külz, Gothein und Heuss als besonders ergiebig erwiesen; ferner das übrige, in diese Edition nicht aufgenommene Material des Bestandes R 45/III, das vornehmlich aus Informationen und Weisungen der Reichsgeschäftsstelle, Sitzungsprotokollen einzelner Ausschüsse und ungedruckten Parteitagsprotokollen besteht[13]. Weiter wurden die aus der Sammlung Holborn stammenden, leider nur fragmentarisch erhaltenen Protokolle der Nationalversammlungsfraktion[14] für die Kommentierung ausgewertet; die Protokolle der preußischen Landtagsfraktion sind gezielt zu einzelnen Fragen herangezogen worden.

In den editionstechnischen Grundzügen entsprechen die beiden vorliegenden Bände den bisher in dieser Reihe erschienenen Quellenpublikationen.

Die Anordnung des Materials erfolgt chronologisch, seiner Entstehung entsprechend; die Kapiteleinschnitte richten sich im wesentlichen nach den Parteitagen, auf denen die Führungsorgane jeweils neu gewählt wurden.

Die *Überschrift jedes Dokuments* enthält die laufende Nummer, das Datum der Sitzung und die Bezeichnung des tagenden Gremiums. Während sich in den Akten in der Konstituierungsphase der Parteiorgane zuweilen für ein und dasselbe Gremium wechselnde Bezeichnungen finden (z. B. „Großer Vorstand" oder „Hauptausschuß" für Hauptvorstand), wird in den Überschriften der Dokumente und in den Regesten ein und dasselbe Gremium stets gleichbleibend bezeichnet, wobei derjenige Name ausgewählt worden ist, der sich auf die Dauer im Sprachgebrauch der Partei durchgesetzt hat.

Das *Kopfregest* bringt nach Möglichkeit: zusätzliche wichtige Vermerke, d. h. ungewöhnlich formulierte Überschriften oder Bemerkungen, die bei einigen Protokollen am Kopf des Textes erscheinen, Unterschriften, Vorsitz, Vorsitzwechsel, Sitzungsdauer und Tagungsort. Die Angabe von Standort, Signatur und Typus der Quelle konnte entfallen, da sie stets gleichbleibend lautet: Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 45/III DDP/Staatspartei, maschinenschriftliches Protokoll. Auf die Angabe einer Tagesordnung ist verzichtet worden. Der Originalbestand enthält nur vereinzelt Tagesordnungen; da die Protokolle jedoch häufig durch Überschriften gegliedert sind, wäre in diesen Fällen eine Rekonstruktion der Tagesordnung möglich gewesen. Angesichts des Umstands, daß die Mehrzahl der Dokumente in Regestenform erscheint, wobei viele der in einer Sitzung behandelten Fragen verkürzt wiedergegeben werden und manche, die keine relevanten Informationen enthalten, entfallen, ist jedoch durchgängig von einer Rekonstruktion der Tagesordnungen abgesehen worden.

Die *Anwesenheitslisten* der Sitzungen des Geschäftsführenden Ausschusses und des Vorstands werden abgedruckt, soweit sie im Originalbestand vorhanden sind. Auf die Wiedergabe von Anwesenheitslisten der Sitzungen des Hauptvorstands

13 Vgl. Booms/Kinder passim.

14 Es handelt sich um offizielle Protokolle, die von der Hand verschiedener Protokollanten stammen. Hajo Holborn hat sie Erich Matthias zugänglich gemacht.

und des Parteiausschusses ist verzichtet worden, da sie nur lückenhaft überliefert sind, außerdem hätte der Abdruck von jeweils weit über hundert Namen zu viel Raum beansprucht. In den abgedruckten Anwesenheitslisten wird, dem Original folgend, vermerkt: „Entschuldigte, Unentschuldigte, Gäste". Zuweilen unterscheidet das Original jedoch nicht zwischen den regulären Mitgliedern des tagenden Gremiums und den teilweise als Sachkennern zu einem bestimmten Problem herangezogenen Gästen; in diesen Fällen wird auf eine Kennzeichnung verzichtet, das beigefügte Mitgliederverzeichnis ermöglicht es dem Benutzer, die Identifikation von regulären Vorstandsmitgliedern bzw. von Gästen vorzunehmen. Die Namen der Anwesenden erscheinen in alphabetischer Reihenfolge über dem Dokumententext.

Handschriftliche Korrekturen im Text sind stillschweigend übernommen worden, falls es sich dabei nicht um sinnverändernde Varianten handelt, andernfalls werden beide Lesarten wiedergegeben, d. h. der Text enthält die korrigierte Form, der ursprüngliche Wortlaut erscheint in einer Anmerkung. *Orthographische Fehler* sind stillschweigend verbessert, *Abkürzungen* stillschweigend aufgelöst worden. *Ergänzungen* und *Berichtigungen* des Textes stehen, abgesehen von rein mechanischen, den Sinn nicht berührenden Korrekturen, in [eckigen Klammern]; falls es sich dabei nicht um bloße Zusätze handelt, erscheint der ursprüngliche Wortlaut in einer Anmerkung. *Falscher Satzbau* und *Fehlen* oder *unzutreffende Verwendung des Konjunktivs in der indirekten Rede* wurden nicht korrigiert, da sonst zu viele Sätze hätten umformuliert werden müssen.

Anträge und *Resolutionen*, die in den Originaltexten nicht wörtlich zitiert, sondern nur paraphrasiert oder kurz angesprochen werden, sind – soweit es sich dabei um Protokolle handelt, die in der Edition im Wortlaut erscheinen – in den Anlagen des betreffenden Protokolls gesucht worden. Sofern der Wortlaut dort ermittelt werden konnte, ist er nicht in den Protokolltext inseriert worden, um den Charakter des Protokolls nicht zu verändern, sondern erscheint in einer Anmerkung. Anträge, deren Wortlaut nicht ermittelt werden konnte, erhalten keine Anmerkung. Anträge und Resolutionen, die innerhalb eines Regests auszugsweise zitiert, paraphrasiert oder angesprochen werden, erhalten eine Anmerkung „liegt vor", falls der volle Wortlaut entweder im Rahmen des Originalprotokolls oder der dazugehörigen Anlagen vorhanden ist, andernfalls keine Anmerkung. Wenn die in einer Sitzung angenommenen Anträge und Resolutionen bei Schulthess oder Wippermann publiziert sind, wird das belegt, der Abdruck innerhalb der Parteipresse nur, wenn er in der entsprechenden Sitzung ausdrücklich angekündigt worden ist.

Die im Wortlaut wiedergegebenen Texte erscheinen in normaler, gerader Schrift, die Regestentexte in Kursivdruck. Die Namen der **Sprecher** werden durch halbfetten Druck hervorgehoben, alle übrigen Namen, auch Titel von Zeitungen und Zeitschriften, durch Sperrung. *Hervorhebungen* im Original durch Sperrung oder Unterstreichung werden durch Kursivdruck gekennzeichnet. In den Anmerkungen erfolgen keine typographischen Hervorhebungen.

Abgesehen von den Texten, dem Register, der allgemeinen und der editorischen Einleitung enthält die Edition: ein Verzeichnis der Archivalien, der abgekürzt zitierten Literatur, der benutzten Zeitungen und Zeitschriften, der Abkürzungen

und der abgedruckten Dokumente, ferner eine Übersicht über die Wahlergebnisse und die Mandatsverteilung bei den Reichstagswahlen von 1919 bis 1933, eine Synopse der Satzungen der DDP von 1919, 1925 und 1929 und der Satzung der Staatspartei von 1930 und ein Verzeichnis der Mitglieder des Provisorischen Geschäftsführenden Ausschusses, des Vorstands, des Provisorischen Hauptvorstands und des Parteiausschusses der DDP sowie des Geschäftsführenden Vorstands der Staatspartei. Diese Verzeichnisse wurden mit Hilfe der im Bestand R 45/III befindlichen, leider nicht vollständig erhaltenen Mitgliederlisten sowie mittels ergänzender Listen aus Parteizeitschriften, Parteitagsprotokollen und dem Organisationshandbuch der DDP von 1926 zusammengestellt. Für den im Gefolge des Elberfelder Parteitags vom Oktober 1922 gewählten Parteiausschuß war keine Mitgliederliste aufzufinden; deshalb weist das Verzeichnis des Parteiausschusses hier eine Lücke auf. Die Verzeichnisse wurden so zusammengestellt, daß nicht nur Namen und Zahl, sondern auch Rekrutierungsmodus und Fluktuation der Mitglieder deutlich werden. Auf die Zusammenstellung eines Mitgliederverzeichnisses des Gesamtvorstands der Staatspartei wurde verzichtet, da hierfür nicht genügend Unterlagen ermittelt werden konnten.

Die Anregung zu dieser Edition ist von Professor Dr. Erich Matthias ausgegangen, der auch das editorische Gesamtkonzept entworfen und die Editionsarbeiten im einzelnen durch seinen Rat und seine Kritik unterstützt hat. Dafür sei ihm – auch im Namen von Professor Dr. Lothar Albertin – an dieser Stelle herzlich gedankt. Professor Dr. Rudolf Morsey hat in den Redaktionsbesprechungen grundsätzliche Hinweise gegeben, insbesondere für die Kommentierung, aber auch für die Lösung zahlreicher Einzelprobleme, wofür ihm ebenfalls herzlich gedankt sei. Dank gilt auch den Bearbeitern des Projekts „Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915-1918", Herrn Dr. Reinhard Schiffers (Universität Mannheim) und Herrn Refrendar Manfred Koch (Universität Mannheim), mit denen während der Arbeit ein reger Erfahrungsaustausch bestand. Hilfsbereit und zuvorkommend hat sich das Bundesarchiv in Koblenz gezeigt, indem es nicht nur den Bestand R 45/III für die Edition zur Verfügung stellte, sondern auch die Heranziehung ergänzenden Materials aus den Nachlässen ermöglichte, ebenso die Industrie- und Handelskammer Frankfurt/M., die eine Auswertung ihrer hervorragenden Zeitungsbestände aus der Weimarer Zeit gestattete. Gedankt sei an dieser Stelle auch der Universitätsbibliothek Mannheim, die geduldig die große Anzahl teilweise komplizierter Fernleihbestellungen ausgeführt hat, sowie allen Bibliotheken, die in diesem Zusammenhang Bestände ausgeliehen haben.

Mannheim, Januar 1978

Konstanze Wegner

Verzeichnis der Archivalien

I. Nachlässe

Nachlaß Dietrich	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Hermann Dietrich.
Nachlaß Erkelenz	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Anton Erkelenz.
Nachlaß Gerland	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Heinrich Gerland.
Nachlaß Gothein	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Georg Gothein.
Nachlaß Heuss	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Theodor Heuss.
Nachlaß Koch-Weser	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Erich Koch-Weser.
Nachlaß Külz	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Wilhelm Külz.
Nachlaß Lüders	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Marie Lüders.
Nachlaß Payer	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Friedrich von Payer.
Nachlaß Richthofen	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Hartmann Freiherr von Richthofen.
Nachlaß Schiffer	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaß Eugen Schiffer.
Kleine Erwerbungen 385	Bundesarchiv Koblenz, Nachlaßsplitter Bernhard Falk.

II. Parteiakten

DDP-Fraktion	Sammlung Holborn, Sitzungsprotokolle der Nationalversammlungsfraktion der DDP.
DDP/Staatspartei	Bundesarchiv Koblenz, Bestand R 45/III Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei (zitiert mit Faszikelnummer).

Verzeichnis der Zeitungen und Zeitschriften

Berliner Tageblatt, Berlin 1918–1933.

Blätter der Deutschen Staatspartei. Organ der Deutschen Staatspartei, Berlin 1931.

Der Demokrat. Mitteilungen aus der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin 1920–1930.

Demokratische Parteikorrespondenz, Berlin 1918–1920.

Deutscher Aufstieg. Wochenblatt der Deutschen Staatspartei, Magdeburg 1931–1933.

Frankfurter Zeitung, Frankfurt am Main 1918–1933.

Die Hilfe. Wochenschrift für Politik, Literatur und Kunst (seit 1931: Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und geistige Bewegung), Berlin 1918–1933.

Mitteilungen für die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin 1919–1920.

Die Parteiorganisation. Monatsschrift für die Vertrauensmänner der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin 1919 (nur Nr. 1 Januar 1919 erschienen).

Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur

Albertin	Lothar Albertin, Liberalismus und Demokratie am Anfang der Weimarer Republik. Eine vergleichende Analyse der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 45, Düsseldorf 1972.
Becker	Werner Becker, Die Rolle der liberalen Presse, in: Deutsches Judentum in Krieg und Revolution 1916–1923, ein Sammelband, hrsg. von Werner E. Mosse unter Mitwirkung von Arnold Paucker, Tübingen 1971, S. 67 bis 135.
Beer	Manfred Beer, Otto Braun als preußischer Ministerpräsident 1925–1932, phil. Diss. Würzburg 1970.
Behrendt	Armin Behrendt, Wilhelm Külz. Aus dem Leben eines Suchenden, Berlin (Ost) 1968.
Bieber	Horst Bieber, Paul Rohrbach – ein konservativer Publizist und Kritiker der Weimarer Republik, Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung Bd. 16, München-Pullach und Berlin 1972.
Booms/Kinder	Findbücher zu den Beständen des Bundesarchivs. Bd. 1. Bestandsgruppe R 45 – Liberale Parteien – I Nationalliberale Partei II Deutsche Volkspartei III Deutsche Demokratische Partei – Deutsche Staatspartei, bearb. von Hans Booms und Elisabeth Kinder, Koblenz 1970.
Born	Karl Erich Born, Die deutsche Bankenkrise 1931. Finanzen und Politik, München 1967.
Brantz	Rennie W. Brantz, Anton Erkelenz, the Hirsch-Duncker Trade Unions, and the German Democratic Party, Diss. Ohio State University 1973.
Brüning	Heinrich Brüning, Memoiren 1918–1934, Stuttgart 1970.
Bürgerliche Parteien	Die bürgerlichen Parteien in Deutschland. Handbuch der Geschichte der bürgerlichen Parteien und anderer bürgerlicher Interessenorganisationen vom Vormärz bis zum Jahre 1945, 2 Bde, hrsg. von einem Redaktionskollektiv unter der Leitung von Dieter Fricke, Leipzig 1968 und 1970.
Bürgermeister Petersen	Bürgermeister Carl Petersen 1868–1933, Vorträge und Aufsätze Bd. 18, hrsg. vom Verein für Hamburgische Geschichte, Hamburg 1971.
Carsten	Francis L. Carsten, Reichswehr und Politik 1918–1933, Köln und Berlin 1964
Deutsche Nationalversammlung	Die Deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 in ihrer Arbeit für den Aufbau des neuen deutschen Volksstaates, 7 Bde, Berlin 1919–1920.

Dritter ordentlicher Parteitag	Bericht über die Verhandlungen des 3. ordentlichen Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Bremen vom 12. bis 14. November 1921, hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin o. J.
Eggeling	Erich Eggeling, Partei oder Bewegung? Der jungdeutsche Kampf und die Staatspartei, Berlin 1930.
Eksteins, Heuss	Modris Eksteins, Theodor Heuss und die Weimarer Republik. Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Liberalismus, Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik Bd. 3, Stuttgart 1969.
Ende der Parteien	Erich Matthias und Rudolf Morsey (Hrsg.), Das Ende der Parteien 1933, Veröffentlichung der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Düsseldorf 1960.
Engeli	Christian Engeli, Gustav Böß, Oberbürgermeister von Berlin 1921–1930, Stuttgart 1971.
Epstein	Klaus Epstein, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin und Frankfurt/M. 1962.
Erdmann	Karl Dietrich Erdmann, Adenauer in der Rheinlandpolitik nach dem Ersten Weltkrieg, Stuttgart 1966.
Erger	Johannes Erger, Der Kapp-Lüttwitz-Putsch. Ein Beitrag zur deutschen Innenpolitik 1919–1920, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 35, Düsseldorf 1967.
Erster Parteitag	Bericht über die Verhandlungen des 1. Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919, hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin o. J.
Eyck	Erich Eyck, Geschichte der Weimarer Republik, 2 Bde, Erlenbach-Zürich und Stuttgart 1956.
Feder	Ernst Feder, Heute sprach ich mit . . . Tagebücher eines Berliner Publizisten 1926–1932, hrsg. von Cécile Lowenthal-Hensel und Arnold Paucker, Stuttgart 1971.
Fünfter ordentlicher Parteitag	Bericht über die Verhandlungen des 5. ordentlichen Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Weimar am 5. und 6. April 1924, hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin o. J.
Gessler	Otto Gessler, Reichswehrpolitik in der Weimarer Zeit, hrsg. von Kurt Sendtner, Stuttgart 1958.
Gründer	Horst Gründer, Walther Simons als Staatsmann, Jurist und Kirchenpolitiker, Bergische Forschungen Bd. XIII, Neustadt a. d. Aisch 1975.

Hellpach	Willy Hellpach, Wirken in Wirren. Lebenserinnerungen. Eine Rechenschaft über Wert und Glück, Schuld und Sturz meiner Generation, 2 Bde, Hamburg 1948–1949.
Grünthal	Günther Grünthal, Reichsschulgesetz und Zentrumspartei in der Weimarer Republik, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 39, Düsseldorf 1968.
Hauss	Hans-Jochen Hauss, Die erste Volkswahl des deutschen Reichspräsidenten. Eine Untersuchung ihrer verfassungspolitischen Grundlagen, ihrer Vorgeschichte und ihres Verlaufs unter besonderer Berücksichtigung des Anteils Bayerns und der Bayerischen Volkspartei, Kallmünz 1965.
Horkenbach	Cuno Horkenbach (Hrsg.), Das Deutsche Reich von 1918 bis heute, 4 Bde, Berlin 1930–1935.
Hornung	Klaus Hornung, Der Jungdeutsche Orden, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 14, Düsseldorf 1958.
Jones	Larry E. Jones, Sammlung oder Zersplitterung? Die Bestrebungen zur Bildung einer neuen Mittelpartei in der Endphase der Weimarer Republik 1930–1933, in: VfZ 25, 1977, S. 265–304.
Kabinett Cuno	Das Kabinett Cuno. 22. November 1922 bis 12. August 1923, bearb. von Karl-Heinz Harbeck, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann, für das Bundesarchiv von Wolfgang Mommsen unter Mitwirkung von Walter Vogel, Boppard/Rh. 1968.
Kabinett Fehrenbach	Das Kabinett Fehrenbach. 25. Juni 1920 bis 4. Mai 1921, bearb. von Peter Wulf, Akten (. . .), Boppard/Rh. 1972.
Kabinett Müller I	Das Kabinett Müller I. 27. März bis 21. Juni 1920, bearb. von Martin Vogt, Akten (. . .), Boppard/Rh. 1971.
Kabinett Müller II	Das Kabinett Müller II. 28. Juni 1928 bis 27. März 1930, 2 Bde, bearb. von Martin Vogt, Akten (. . .), Boppard/Rh. 1970.
Kabinett Scheidemann	Das Kabinett Scheidemann. 13. Februar bis 20. Juni 1919, bearb. von Hagen Schulze, Akten (. . .), Boppard/Rh. 1971.
Kabinette Marx I u. II	Die Kabinette Marx I und II. 30. November 1923 bis 3. Juni 1924. 3. Juni 1924 bis 15. Januar 1925, 2 Bde, bearb. von Günter Abramowski, Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik, hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann, für das Bundesarchiv von Hans Booms unter Mitwirkung von Walter Vogel, Boppard/Rh. 1973.
Kabinette Wirth I u. II	Die Kabinette Wirth I und II. 10. Mai 1921 bis 26. Oktober 1921. 26. Oktober 1921 bis 22. November 1922, 2 Bde, bearb. von Ingrid Schulze-Bidlingmaier, Akten (. . .), Boppard/Rh. 1973.

Mommsen	Wolfgang J. Mommsen, Max Weber und die deutsche Politik 1890–1920, 2. überarb. und erw. Aufl. Tübingen 1974.
Preller	Ludwig Preller, Sozialpolitik in der Weimarer Republik, Stuttgart 1949.
Quellen 1	Erinnerungen und Dokumente von Joh. Victor Bredt 1914 bis 1933, bearb. von Martin Schumacher, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Dritte Reihe, Bd. 1, hrsg. von Karl Dietrich Bracher, Erich Matthias und Rudolf Morsey, Düsseldorf 1970.
Quellen 6 I u. II	Die Regierung der Volksbeauftragten 1918/19, eingeleitet von Erich Matthias, bearb. von Susanne Miller unter Mitwirkung von Heinrich Potthoff, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Erste Reihe, Bd. 6 I und II, hrsg. von Werner Conze und Erich Matthias, Düsseldorf 1969.
Rohe	Karl Rohe, Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 34, Düsseldorf 1966.
Saldern	Adelheid von Saldern, Hermann Dietrich. Ein Staatsmann der Weimarer Republik, Schriften des Bundesarchivs Bd. 13, Boppard/Rh. 1966.
Schacht, 76 Jahre	Hjalmar Schacht, 76 Jahre meines Lebens, Bad Wörishofen 1953.
Schulthess	Schulthess' Europäischer Geschichtskalender. Neue Folge, 1918–1933, München 1922–1934.
Schulz	Gerhard Schulz, Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik, Bd. I: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919–1930, Berlin 1963.
Schumacher	Martin Schumacher, Mittelstandsfront und Republik. Die Wirtschaftspartei – Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 44, Düsseldorf 1972.
Sten. Ber.	Verhandlungen der verfassungsgebenden Nationalversammlung. Stenographische Berichte und Drucksachen, Berlin 1919. Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte und Anlagen. I. Wahlperiode 1920 bis V. Wahlperiode 1930, Bd. 344–446, Berlin 1921–1932.
Stephan	Werner Stephan, Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918–1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.
Stresemann-Vermächtnis	Gustav Stresemann: Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, hrsg. von Henry Bernhard unter Mitarbeit von Wolfgang Goetz und Paul Wiegler, Berlin 1932–1933.

Vierter ordentlicher Parteitag	Bericht über die Verhandlungen des 4. ordentlichen Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Elberfeld am 9. und 10. Oktober 1922, hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin o. J.
Wippermann	Deutscher Geschichtskalender, begründet von Karl Wippermann, hrsg. von Friedrich Purlitz (und Sigfrid H. Steinberg), 1918–1933, Leipzig [1921]–1934.
Zentrums-Fraktion	Die Protokolle der Reichstagsfraktion und des Fraktionsvorstandes der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933, bearb. von Rudolf Morsey, Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte bei der Katholischen Akademie in Bayern in Verbindung mit der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Reihe A: Quellen, Bd. 9, Mainz 1969.
Zweiter außerordentlicher Parteitag	Bericht über die Verhandlungen des 2. außerordentlichen Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Leipzig vom 13. bis 15. Dezember 1919, hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin o. J.
Zweiter ordentlicher Parteitag	Bericht über die Verhandlungen des 2. ordentlichen Parteitags der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Nürnberg, 11. bis 14. Dezember 1920, hrsg. von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin o. J.

Verzeichnis der Abkürzungen

BBB	Bayerischer Bauernbund
bkF	bei keiner Fraktion
BVP	Bayerische Volkspartei
DBP	Deutsche Bauernpartei
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
Drucks.	Drucksache des Reichstags
DVP	Deutsche Volkspartei
F	Fortschrittspartei
GA	Geschäftsführender Ausschuß
HZ	Historische Zeitschrift
K	Konservative Partei
Md bayer. Abgeordnetenkammer	Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer
Md Bürgerschaft	Mitglied der Bürgerschaft
MdL	Mitglied des Landtags
MdLv	Mitglied der Landesversammlung
Md Nationalrats	Mitglied des Nationalrats
MdNv	Mitglied der Nationalversammlung
Md preuß. Abgeordnetenhauses	Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses
Md preuß. Staatsrats	Mitglied des preußischen Staatsrats
MdR	Mitglied des Reichstags
Md II. hess. Ständekammer	Mitglied der II. hessischen Ständekammer
Md II. sächs. Ständekammer	Mitglied der II. sächsischen Ständekammer
Md II. württ. Abgeordnetenkammer	Mitglied der II. württembergischen Abgeordnetenkammer
NL	Nationalliberale Partei
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
Or.	Original
PA	Parteiausschuß
RGBl	Reichsgesetzblatt
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
Z	Zentrum

Verzeichnis der Dokumente

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift	Seite
		I. Von der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei bis zum Berliner Parteitag (November 1918 bis Juli 1919)	
1	26. 11. 1918	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	3
2	29. 11. 1918	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	4
3	5. 12. 1918	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	5
4	9. 12. 1918	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	6
5	13. 12. 1918	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	7
6	23. 12. 1918	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	7
7	28. 12. 1918	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	8
8	30. 12. 1918	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	9
9	4. 1. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	10
10	7. 1. 1919	Sitzung des Hauptvorstandes	11
11	17. 1. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses gemeinsam mit Vertretern der preußischen Organisation in Groß-Berlin	22
12	21. 1. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	23
13	28. 1. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	24
14	1. 2. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	25
15	4. 2. 1919	Sitzung des Hauptvorstandes	25
16	11. 2. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	39
17	21. 2. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	40
18	28. 2. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	41
19	11. 3. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	42
20	18. 3. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	43
21	26. 3. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	44
22	5. 4. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	45
23	12. 4. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	46
24a	12. 4. 1919	Sitzung des Hauptvorstandes (1. Tag)	47
24b	13. 4. 1919	Sitzung des Hauptvorstandes (2. Tag)	47
25	25. 4. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	62
26	5. 5. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	63
27	16. 5. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	64
28	18. 5. 1919	Sitzung des Hauptvorstandes	65
29	30. 5. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	73
30	28. 6. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	74
31	16. 7. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	75
32	19. 7. 1919	Sitzung des Hauptvorstandes	76
		II. Vom Berliner zum Nürnberger Parteitag (Juli 1919 bis Dezember 1920)	
33	21. 7. 1919	Sitzung des Hauptvorstandes	81
34	9. 8. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	81
35	5. 9. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	82
36	15. 9. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	83
37	27. 9. 1919	Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses	84

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift	Seite
38	28. 9. 1919	Sitzung des Parteiausschusses	85
39	4. 10. 1919	Sitzung des Vorstandes	94
40	10. 10. 1919	Sitzung des Vorstandes	95
41	23. 10. 1919	Sitzung des Vorstandes	96
42	28. 10. 1919	Sitzung des Vorstandes	97
43	1. 11. 1919	Sitzung des Vorstandes	98
44	18. 11. 1919	Sitzung des Vorstandes	99
45a	5. 12. 1919	Sitzung des Vorstandes (1. Tag)	100
45b	6. 12. 1919	Sitzung des Vorstandes (2. Tag)	101
46	12. 12. 1919	Sitzung des Parteiausschusses	102
47	9. 1. 1920	Sitzung des Vorstandes	112
48	15. 1. 1920	Sitzung des Vorstandes	112
49	3. 2. 1920	Sitzung des Vorstandes	113
50	12. 2. 1920	Sitzung des Vorstandes gemeinsam mit dem Vorstand der Fraktion der Nationalversammlung	114
51a	27. 2. 1920	Sitzung des Vorstandes (1. Tag)	115
51b	28. 2. 1920	Sitzung des Vorstandes (2. Tag)	115
52	11. 3. 1920	Sitzung des Vorstandes	116
53	23. 3. 1920	Sitzung des Vorstandes	117
54	25. 3. 1920	Sitzung des Vorstandes	118
55	13. 4. 1920	Sitzung des Vorstandes	120
56	15. 4. 1920	Sitzung des Vorstandes	121
57a	17. 4. 1920	Sitzung des Parteiausschusses (1. Tag)	122
57b	18. 4. 1920	Sitzung des Parteiausschusses (2. Tag)	125
58	18. 4. 1920	Sitzung des Vorstandes	126
59	2. 5. 1920	Sitzung des Vorstandes	128
60	19. 5. 1920	Sitzung des Vorstandes	128
61	10. 6. 1920	Sitzung des Vorstandes	129
62	12. 6. 1920	Sitzung des Vorstandes	131
63	22. 6. 1920	Sitzung des Parteiausschusses	132
64	19. 7. 1920	Sitzung des Vorstandes	134
65	31. 7. 1920	Sitzung des Vorstandes	134
66	18. 8. 1920	Sitzung des Vorstandes	135
67	14. 9. 1920	Sitzung des Vorstandes	136
68a	17. 10. 1920	Sitzung des Vorstandes (1. Tag)	137
68b	18. 10. 1920	Sitzung des Vorstandes (2. Tag)	138
69	25. 10. 1920	Sitzung des Vorstandes	139
70	22. 11. 1920	Sitzung des Vorstandes	140
71	27. 11. 1920	Sitzung des Parteiausschusses	141
72	3. 12. 1920	Sitzung des Vorstandes	148

III. Vom Nürnberger zum Bremer Parteitag (Dezember 1920 bis November 1921)

73	12. 12. 1920	Sitzung des Vorstandes	163
74a	26. 2. 1921	Sitzung des Vorstandes (1. Tag)	163
74b	27. 2. 1921	Sitzung des Vorstandes (2. Tag)	165
75a	12. 3. 1921	Sitzung des Parteiausschusses (1. Tag)	166
75b	13. 3. 1921	Sitzung des Parteiausschusses (2. Tag)	171

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift	Seite
76	14. 3. 1921	Sitzung des Vorstandes	175
77	6. 4. 1921	Sitzung des Vorstandes	176
78	27. 4. 1921	Sitzung des Vorstandes	180
79	9. 5. 1921	Sitzung des Vorstandes gemeinsam mit der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion	181
80	30. 5. 1921	Sitzung der Berliner Mitglieder des Vorstandes	182
81	13. 6. 1921	Sitzung des Vorstandes	183
82	27. 8. 1921	Sitzung des Vorstandes	185
83	11. 9. 1921	Sitzung des Vorstandes	186
84	12. 10. 1921	Sitzung des Vorstandes	195
85	13. 10. 1921	Sitzung des Vorstandes gemeinsam mit der Reichstagsfraktion, den Fraktionen der Länder, den Mitgliedern der Provinziallandtage, des Staatsrates, des Reichswirtschaftsrates und des Revisionsausschusses	196
86	10. 11. 1921	Sitzung des Vorstandes	213
87	11. 11. 1921	Sitzung des Parteiausschusses	216

IV. Vom Bremer zum Elberfelder Parteitag (November 1921 bis Oktober 1922)

88	3. 12. 1921	Sitzung des Vorstandes	229
89	4. 12. 1921	Sitzung des Parteiausschusses	231
90	10. 1. 1922	Sitzung des Vorstandes	234
91	22. 1. 1922	Sitzung des Vorstandes	235
92	19. 3. 1922	Sitzung des Vorstandes	238
93	27. 5. 1922	Sitzung des Vorstandes	239
94	28. 5. 1922	Sitzung des Parteiausschusses	240
95	26. 6. 1922	Sitzung des Vorstandes	256
96	11. 7. 1922	Sitzung des Vorstandes	259
97	19. 7. 1922	Sitzung des Vorstandes	268
98	27. 9. 1922	Sitzung des Vorstandes	273
99	8. 10. 1922	Sitzung des Parteiausschusses	275

V. Vom Elberfelder zum Weimarer Parteitag (Oktober 1922 bis April 1924)

100	25. 11. 1922	Sitzung des Vorstandes	279
101	26. 11. 1922	Sitzung des Parteiausschusses	283
102	26. 11. 1922	Sitzung des Vorstandes	284
103	27. 1. 1923	Sitzung des Vorstandes	285
104	8. 3. 1923	Sitzung des Vorstandes	289
105	8. 3. 1923	Sitzung des Parteiausschusses	290
106	27. 5. 1923	Sitzung des Vorstandes	295
107	28. 7. 1923	Sitzung des Vorstandes	296
108	22. 9. 1923	Sitzung des Vorstandes	299
109	23. 9. 1923	Sitzung des Parteiausschusses	300
110	11. 11. 1923	Sitzung des Vorstandes	302

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift	Seite
111	26. 1. 1924	Sitzung des Vorstandes	304
112	27. 1. 1924	Sitzung des Parteiausschusses	305
113	12. 3. 1924	Sitzung des Vorstandes	312
		VI. Vom Weimarer zum Breslauer Parteitag (April 1924 bis Dezember 1925)	
114	21. 5. 1924	Sitzung des Vorstandes	317
115	26. 5. 1924	Sitzung des Vorstandes	323
116	16. 8. 1924	Sitzung des Parteiausschusses	328
117	21. 10. 1924	Sitzung des Vorstandes	329
118	2. 2. 1925	Sitzung des Vorstandes	333
119	1. 3. 1925	Sitzung des Parteiausschusses	336
120	2. 4. 1925	Sitzung des Vorstandes	341
121	5. 4. 1925	Sitzung des Parteiausschusses	342
122	11. 6. 1925	Sitzung des Vorstandes	350
123	16. 6. 1925	Sitzung des Vorstandes gemeinsam mit der Reichstagsfraktion	351
124	20. 9. 1925	Sitzung des Parteiausschusses	352
125	10. 10. 1925	Sitzung des Vorstandes	353
126	3. 11. 1925	Sitzung des Vorstandes	354
127	4. 12. 1925	Sitzung des Parteiausschusses	356
		VII. Vom Breslauer zum Hamburger Parteitag (Dezember 1925 bis April 1927)	
128	23. 1. 1926	Sitzung des Vorstandes	361
129	24. 1. 1926	Sitzung des Parteiausschusses	362
130	10. 3. 1926	Sitzung des Parteiausschusses	376
131	10. 5. 1926	Sitzung des Vorstandes	387
132	20. 5. 1926	Sitzung des Vorstandes	396
133	6. 11. 1926	Sitzung des Vorstandes	400
134	27. 11. 1926	Sitzung des Vorstandes	402
135	28. 11. 1926	Sitzung des Parteiausschusses	403
136	12. 2. 1927	Sitzung des Vorstandes	419
137	26. 3. 1927	Sitzung des Vorstandes	424
138	8. 4. 1927	Sitzung des Vorstandes	425
		VIII. Vom Hamburger zum Mannheimer Parteitag (April 1927 bis Oktober 1929)	
139	21. 6. 1927	Sitzung des Vorstandes	429
140	3. 12. 1927	Sitzung des Vorstandes	431
141	4. 12. 1927	Sitzung des Parteiausschusses	432
142	6. 3. 1928	Sitzung des Vorstandes	437
143	3. 4. 1928	Sitzung des Vorstandes gemeinsam mit den Wahlkreisvorsitzenden	438

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift	Seite
144	28. 4. 1928	Sitzung des Vorstandes	442
145	29. 4. 1928	Sitzung des Parteiausschusses	443
146a	14. 6. 1928	Sitzung des Vorstandes (1. Tag)	452
146b	15. 6. 1928	Sitzung des Vorstandes (2. Tag)	464
147	20. 10. 1928	Sitzung des Vorstandes	470
148a	20. 10. 1928	Sitzung des Parteiausschusses (1. Tag)	471
148b	21. 10. 1928	Sitzung des Parteiausschusses (2. Tag)	473
149	16. 11. 1928	Sitzung des Vorstandes	478
150	12. 2. 1929	Sitzung des Vorstandes	479
151	23. 3. 1929	Sitzung des Vorstandes	485
152	28. 4. 1929	Sitzung des Parteiausschusses	495
153	3. 6. 1929	Sitzung des Vorstandes	507
154	28. 8. 1929	Sitzung des Vorstandes	513
155	30. 9. 1929	Sitzung des Vorstandes	515

IX. Vom Mannheimer Parteitag bis zur Auflösung der Deutschen Demokratischen Partei (Oktober 1929 bis November 1930)

156	13. 12. 1929	Sitzung des Vorstandes	519
157	23. 1. 1930	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	521
158	8. 2. 1930	Sitzung des Vorstandes	522
159	21. 2. 1930	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	527
160	11. 3. 1930	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	528
161	18. 3. 1930	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	529
162	5. 5. 1930	Sitzung des Vorstandes	529
163	25. 5. 1930	Sitzung des Parteiausschusses	533
164	25. 6. 1930	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	554
165	10. 7. 1930	Sitzung des Vorstandes	554
166	25. 7. 1930	Sitzung des Vorstandes	556
167	30. 7. 1930	Sitzung des Parteiausschusses	562
168	12. 8. 1930	Sitzung des Vorstandes	578
169	20. 8. 1930	Sitzung des Vorstandes	579
170	27. 9. 1930	Sitzung des Vorstandes	581
171	16. 10. 1930	Sitzung des Vorstandes	597
172	8. 11. 1930	Sitzung des Vorstandes	612

X. Vom Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei in Hannover bis zu ihrem Ende (November 1930 bis Mai 1933)

173	17. 11. 1930	Sitzung der Berliner Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes	617
174	17. 12. 1930	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes gemeinsam mit den Wahlkreisvorsitzenden, der Reichstagsfraktion und den Fraktionen der Länder	618
175	14. 3. 1931	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	620
176a	14. 3. 1931	Sitzung des Gesamtvorstandes (1. Tag)	620

Lfd. Nr.	Datum	Überschrift	Seite
176b	15. 3. 1931	Sitzung des Gesamtvorstandes (2. Tag)	632
177	8. 5. 1931	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	643
178	21. 7. 1931	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes gemeinsam mit der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion	643
179	30. 7. 1931	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes gemeinsam mit der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion	645
180	15. 8. 1931	Sitzung des Gesamtvorstandes	647
181	23. 9. 1931	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	662
182	26. 9. 1931	Sitzung des Gesamtvorstandes	662
183	7. 10. 1931	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	670
184	20. 10. 1931	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes gemeinsam mit dem Arbeitsausschuß für politische Fragen	672
185	12. 11. 1931	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	673
186	4. 12. 1931	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	674
187	12. 1. 1932	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	678
188	19. 1. 1932	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	681
189	3. 2. 1932	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	685
190	12. 2. 1932	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	686
191	21. 2. 1932	Sitzung des Gesamtvorstandes	688
192	4. 4. 1932	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	697
193	5. 4. 1932	Sitzung des Gesamtvorstandes	698
194	28. 4. 1932	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	704
195	18. 5. 1932	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	711
196	2. 6. 1932	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes gemeinsam mit der Reichstagsfraktion	713
197	6. 6. 1932	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes gemeinsam mit der Reichstagsfraktion	714
198	12. 6. 1932	Sitzung des Gesamtvorstandes	717
199	16. 6. 1932	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	726
200	7. 7. 1932	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	727
201	7. 7. 1932	Sitzung des Gesamtvorstandes	731
202	2. 9. 1932	Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes	739
203	11. 9. 1932	Sitzung des Gesamtvorstandes	741
204	23. 11. 1932	Sitzung des Arbeitsausschusses	750
205	8. 1. 1933	Sitzung des Gesamtvorstandes	752
206	14. 5. 1933	Sitzung des Gesamtvorstandes	764

I.

Von der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei bis zum Berliner Parteitag (November 1918 bis Juli 1919)

1.

26.11.1918: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Anwesend: Frau Bernhardt, Fischbeck, Nuschke, von Richthofen, Schacht, Weber.

Fischbeck[1] und Schacht[2] werden angesichts der „Offerte" der Nationalliberalen, der Deutschen Demokratischen Partei beizutreten, ermächtigt, Verhandlungen aufzunehmen[3]. „Bedingung soll sein, daß Stresemann sich zurückzieht, und die Nationalliberalen, die zur Deutschen Demokratischen Partei herüberkommen, sollen öffentlich erklären, daß sich Stresemann vom politischen Leben zunächst zurückgezogen hat." Bei politischen Aktionen, welche die Partei nach außen festlegen, soll der Geschäftsführende Ausschuß Dernburg[4], Gerland[5], Vogelstein[6] und Wolff[7] hinzuziehen.

Wegen der Erweiterung des „großen Vorstands" werden Frau Bernhardt[8],

---

1 Otto Fischbeck (1865-1939), Syndikus der papierverarbeitenden Berufsgenossenschaften 1895-1901, besoldeter Stadtrat in Berlin 1902-1918, MdR (Freisinnige Volkspartei/Fortschrittliche Volkspartei/DDP) April 1895-1903, 1907-1920, 1928-1930, MdL Preußen 1903-1913, 1921-1924, preußischer Handelsminister von Oktober 1918 bis November 1921, Vorsitzender des GA der DDP von Dezember 1918 bis Juli 1919.

2 Hjalmar Schacht (1877-1970), Stellv. Direktor der Dresdner Bank 1903-1915, dann Geschäftsinhaber der Nationalbank, später der Darmstädter- und Nationalbank, Währungskommissar 1923, Reichsbankpräsident von Dezember 1923 bis April 1930. Vgl. Schacht, 76 Jahre; ferner Amos E. Simpson, Hjalmar Schacht in Perspective, The Hague u. Paris 1969.

3 Ein knappes Resümee der Gründungsgeschichte der DDP findet sich in den Druckfahnen eines anonymen, vermutlich im Auftrag des GA von der Reichsgeschäftsstelle verfaßten Manuskripts „Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei und ihres Programms" im Nachlaß Payer 12. Vgl. ferner Albertin S. 45-72.

4 Bernhard Dernburg (1865-1937), Direktor der Bank für Handel und Industrie 1901-1906, Staatssekretär des Reichskolonialamts 1907-1910, MdR (DDP) 1919-1930, Reichsfinanzminister von April bis Juni 1919, Ehrenvorsitzender der Staatspartei 1930-1933. Vgl. Werner Schiefel, Bernhard Dernburg 1865-1937. Kolonialpolitiker und Bankier im wilhelminischen Deutschland, Beiträge zur Kolonial- und Überseegeschichte Bd. 11, Freiburg/Br. u. Zürich 1974.

5 Heinrich Gerland (1874-1944), Professor der Rechtswissenschaften an der Universität Jena, MdR (DDP) von Mai bis Dezember 1924, Stellv. Vorsitzender des PA der DDP von Juli 1919 bis Oktober 1924, Vorsitzender des Kulturausschusses 1920-1921.

6 Theodor Max Vogelstein, Privatdozent für Wirtschaftswissenschaften in Berlin.

7 Theodor Wolff (1868-1943), Chefredakteur des „Berliner Tageblatt" 1906-1933. Vgl. Th. Wolff, Der Marsch durch zwei Jahrzehnte, Amsterdam 1936. Dort einige knappe Bemerkungen zur Gründung der DDP S. 203f. u. 207-209; vgl. ferner Gotthart Schwarz, Theodor Wolff und das Berliner Tageblatt. Eine liberale Stimme in der deutschen Politik 1906-1933, Tübingen 1968; Modris Eksteins, The Limits of Reason. The German Democratic Press and the Collapse of Weimar Democracy, London 1975; Bernd-Walther Sösemann, Das Ende der Weimarer Republik in der Kritik demokratischer Publizisten. Theodor Wolff, Ernst Feder, Julius Elbau, Leopold Schwarzschild, Berlin 1976.

8 Margarete Bernhardt.

Kanzow[9], Vogelstein und Nuschke[10] mit Vertretern der Berufsverbände Fühlung nehmen.

Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, die Frage des Anschlusses von Deutsch-Österreich nicht mehr dilatorisch zu behandeln, sondern die Vereinigung „ohne Rücksicht auf Entente-Intrigen" zu propagieren und einen entsprechenden Aufruf formulieren zu lassen.

Die leitenden Herren der Partei sollen künftig die „Demokratische Parteikorrespondenz"[11] erhalten; der Geschäftsführende Ausschuß will sich um eine lebhaftere Gestaltung des Blattes bemühen.

Der Text eines Telegramms an Wilson wird festgelegt[12].

9 Karl Kanzow (1858-1920), Landgerichtsdirektor a. D. in Berlin, MdL Preußen (Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1913-1920.

10 Otto Nuschke (1883-1957), Generalsekretär der Freisinnigen Vereinigung in Kassel 1906, Redakteur am „Berliner Tageblatt" 1910, Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung" 1916-1932, MdNv (DDP) 1919-1920, MdL Preußen 1921-1933, Leiter der Reichsgeschäftsstelle der Staatspartei 1931-1933.

11 „Demokratische Parteikorrespondenz", hrsg. zunächst von Johannes Rathje, dann von Carl Kundel, Berlin (1918-1920).

12 Abgedruckt in: Schulthess 1918 I S. 524f.; ferner: Berliner Tageblatt v. 28.11.1918 Nr. 608.

2.

29.11.1918: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Anwesend: Fischbeck, Gerland, Naumann, Nuschke, von Richthofen, Schacht, Vogelstein, Weber.

Naumann[1] *berichtet über seine Absicht, in der Staatsbürgerschule[2] Wahlhelferkurse durchzuführen, und berechnet die dabei anfallenden Kosten.*

Schotte[3] soll gemeinsam mit den Professoren Weber[4] und Herkner[5] den Aufruf an die Deutsch-Österreicher neu formulieren[6].

1 Friedrich Naumann (1860-1919), Pfarrer, Gründer und Vorsitzender des Nationalsozialen Vereins 1896-1903, MdR (Freisinnige Vereinigung/Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1907-1912, Juni 1913 bis August 1919, Vorsitzender des PA der DDP von Juli bis August 1919. Vgl. F. Naumann, Werke, hrsg. im Auftrag der Friedrich Naumann-Stiftung, 6 Bde, Köln u. Opladen 1964-1966; ferner Theodor Heuss, Friedrich Naumann. Der Mann, das Werk, die Zeit, 3. Aufl. Tübingen 1968.

2 Die „Staatsbürgerschule" war im Januar 1918 von Friedrich Naumann und dem Publizisten Ernst Jäckh (1875-1959) gegründet worden, aus ihr ging die im Oktober 1920 eröffnete „Deutsche Hochschule für Politik" hervor, deren Präsident Jäckh von 1920 bis 1933 war. Vgl. E. Jäckh, Weltsaat. Erlebtes und Erstrebtes, Stuttgart 1960, S. 82-93.

3 Walther Schotte, Schriftsteller, Herausgeber der „Preußischen Jahrbücher" 1919-1927.

4 Max Weber (1864-1920), Professor der Nationalökonomie und Soziologie an der Universität Heidelberg. Vgl. Mommsen.

5 Heinrich Herkner (1863-1932), Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin, Präsident des Vereins für Sozialpolitik.

6 Vgl. Nr. 1. Der endgültige Aufruf ist abgedruckt in: Frankfurter Zeitung v. 25.12.1918 Nr. 357.

3.

5.12.1918: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Gezeichnet erste Seite oben links: „N[uschke]/Gs.", letzte Seite unten rechts: „Max Wießner".

Anwesend: Frau Bernhardt, Fischbeck, Friedberg, Gerland, Kanzow, Nuschke, von Richthofen, Schacht, Wießner.

Redakteur Feiler[1] ist wegen der Vereinigung der Deutschen Demokratischen Partei mit Teilen der Nationalliberalen aus dem Hauptausschuß ausgetreten.

Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, die Kandidatenaufstellung allein den Wahlbezirken zu überlassen.

Die Einsetzung einer Finanzkommission wird allgemein als notwendig empfunden. **Fischbeck** *betont, „daß in finanzieller Beziehung absolut klare Verhältnisse herrschen müssen. Die Bildung von Geheimfonds würde Treu und Glauben erschüttern und kann unter gar keinen Umständen zulässig sein." Die Stiftungsfonds der sich anschließenden Parteien sollen der Finanzkommission mit unterstellt werden. Schacht wird mit Salomonsohn[2], Fischbeck mit Kempner[3] wegen eines gesammelten Fonds der Banken Fühlung nehmen. Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, einen Aufruf zur Geldsammlung zu erlassen. In die Finanzkommission werden Schacht (Vorsitzender), Keinath[4] und Kanzow gewählt.*

Böhme[5] *verlangt für die Arbeit des „Deutschen Bauernbundes"[6] 44 000 M pro Jahr und 150 000 M für die Wahlen zur Nationalversammlung. Insgesamt werden ihm 200 000 M bewilligt.*

Für die Gründung von Wahlbezirksverbänden werden Richtlinien festgelegt.

Der Geschäftsführende Ausschuß beabsichtigt, dem Hauptvorstand vorzuschlagen, zwei Mitglieder der demokratischen Presse aufzunehmen. Eine Pressekommission

---

1 Arthur Feiler (1879-1942), Nationalökonom, Chefredakteur des Handelsteils der „Frankfurter Zeitung", Mitglied der Sozialisierungskommission 1921.

2 Arthur Salomonsohn (1859-1930), Geschäftsinhaber der Diskontogesellschaft seit 1895, Aufsichtsrat mehrerer großer Unternehmen im Kohle-, Kali- und Stahlsektor.

3 Maximilian Kempner (gest. 1927), Rechtsanwalt in Berlin, MdR (Fortschrittliche Volkspartei) Oktober bis November 1918.

4 Otto Keinath (1879-1948), Oberreallehrer, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Zentralverbands des Deutschen Großhandels seit 1916, MdR (NL/DDP/DVP) 1912-1918, 1920-1928, April 1930 bis Juli 1932.

5 Karl Böhme (geb. 1877), Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Bauernbundes, MdR (Deutschsoziale Wirtschaftliche Vereinigung/NL/DDP) 1907-1912, Juli 1913-Dezember 1924.

6 Der „Deutsche Bauernbund" war im Jahr 1909 von nationalliberaler Seite als Gegengewicht zum „Bund der Landwirte" gegründet worden. Vgl. die knappe Darstellung von Herbert Schwab in: Bürgerliche Parteien I S. 414-419.

wird gebildet, der Wießner[7]*, Kalkoff*[8]*, Nuschke, Frankfurter*[9]*, Stümke*[10] *und Rathje*[11] *angehören.*

Schacht wird beauftragt, mit den Wirtschaftsverbänden zu verhandeln, die ihren Eintritt in den Hauptvorstand angeboten haben. Ferner soll über den Eintritt von Vertretern des Handwerks, der Beamten, der Landwirte usw. beraten werden.

7 Max Wießner (1885-1945), Journalist, in der Berliner Redaktion der „Frankfurter Zeitung" 1919-1921, beim „Hamburger Fremdenblatt" 1921-1934.

8 Hermann Kalkoff, Verlagsbuchhändler, ehemaliger Generalsekretär der Nationalliberalen Partei.

9 Richard Frankfurter (1873-1953), Rechtsanwalt in Berlin, MdR (DDP) Februar bis Mai 1928, Vorsitzender des Organisationsausschusses der DDP 1920-1929.

10 Bruno Stümke (1881-1953), Schriftsteller und Redakteur, zunächst beim „Berliner Tageblatt", dann bei der „Frankfurter Zeitung".

11 Johannes Rathje, Leiter der Presseabteilung in der Reichsgeschäftsstelle der DDP 1918-1919 und Herausgeber der „Demokratischen Parteikorrespondenz", dann Chefredakteur der Kieler Zeitung".

4.

9.12.1918: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Fischbeck. Beginn: 18 Uhr. Ende: nach 21 Uhr.

Anwesend: Frau Bernhardt, Böhme (nur im ersten Teil der Sitzung anwesend), Fischbeck, Friedberg, Gerland, Gothein, Issberner, Kalkoff, Kanzow, Frau Lüders, Nuschke, Remmers, von Richthofen, Schacht, Wießner.

Fischbeck *eröffnet. Böhme hat ein Bauernflugblatt verfaßt, von dem 200000 Stück gedruckt werden sollen. Von der Firma Rudolf Mosse sind eine Million Exemplare des Wahlaufrufs*[1] *geliefert worden.*

Zur Ergänzung des Hauptvorstands werden verschiedene Vorschläge gemacht. Kempner wird in den Geschäftsführenden Ausschuß zugewählt.

Der Kieler Angestelltenverband bittet um Berücksichtigung bei einer Reichstagskandidatur. Der Geschäftsführende Ausschuß will sich um die Erfüllung dieser Bitte bemühen.

Der **Vorsitzende** *dringt darauf, jetzt den Wahlkreisen die Personen zu empfehlen, welche die Zentrale vorschlagen wolle. Es folgt eine Aussprache über die in Betracht kommenden Kandidaten.*

Die Versammlung prüft verschiedene Wahlplakate und wählt eines aus. Eine Kommission soll entscheiden, auf welche Weise ein Kinovortrag zu Wahlreklamezwecken finanziert werden könnte.

Hinsichtlich der Geldwünsche der einzelnen Wahlkreise an die Zentrale wird beschlossen, jedem Wahlkreis im Durchschnitt zunächst 20000 M zur Verfügung zu stellen.

1 Den Wahlaufruf hatte Schacht verfaßt. Zur Geschichte der DDP. Nachlaß Payer 12; vgl. auch Schacht, 76 Jahre S. 193. Vollständig abgedruckt in: Deutsche Nationalversammlung Bd. 1 S. 140 bis 142; gekürzt in: Schulthess 1918 I S. 567 f.

5.

13.12.1918: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Gezeichnet: „Issberner". Vorsitz: Fischbeck. Beginn: kurz nach 17.15 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Parteibüro.

Anwesend: Frau Bernhardt, Dernburg, Fischbeck, Friedberg, Gerland, Issberner, Kalkoff, Kanzow, Frau Lüders, Nuschke, Remmers, Schacht, Wießner.

Fischbeck *eröffnet. Weber*[1] *hat schriftlich die Niederlegung seines Parteiamts mitgeteilt. Die Versammlung beschließt, dem Hauptvorstand für die Besetzung der freigewordenen Stelle im Geschäftsführenden Ausschuß Frankfurter vorzuschlagen.*

Die Groß-Berliner-Organisation der Partei hat in einem Schreiben gegen die Planung demokratischer Versammlungen in Berlin durch die Zentrale protestiert, da man sie dabei übergangen habe. Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, sich künftig rechtzeitig mit der Berliner Organisation zu verständigen.

Die Versammlung hält es für zweckmäßig, für Parteiredner kurze Richtlinien ausarbeiten zu lassen. Da für den Wahlkampf dringend Agitationsmaterial benötigt wird, sind mehrere sachverständige Abgeordnete bereits damit beschäftigt, Flugblätter für verschiedene Berufsgruppen zu verfassen.

Zur Honorierung der Parteisekretäre empfiehlt der Geschäftsführende Ausschuß den Bezirksorganisationen, ihren Parteisekretär selbst zu besolden und nur im Notfall von der Parteileitung einen Zuschuß zu erbitten. Für die Honorierung von Parteirednern werden Richtlinien festgelegt, wonach für außerhalb Berlins gehaltene Reden pro Tag 60 M, zuzüglich der Fahrtkosten, vergütet werden sollen, für im Raum Groß-Berlin gehaltene Reden pro Tag 25 M.

Das Verhältnis der demokratischen Jugend- und Schülervereinigungen zur Partei wird besprochen und festgestellt, daß es erfreulich sei, wenn junge Leute sich recht frühzeitig mit Politik beschäftigten. Die Partei dürfe allerdings für Äußerungen solcher Jugendvereine nicht haftbar gemacht werden.

---

1 Alfred Weber (1868-1958), Professor für Nationalökonomie an der Universität Heidelberg, Vorsitzender des Vorstands der DDP von November bis Dezember 1918. Zu den Gründen von Webers Ausscheiden vgl. Stephan S. 29f.

6.

23.12.1918: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: zunächst Kanzow, dann Fischbeck. Beginn: 18.15 Uhr. Ende: nach 21 Uhr. Ort: Parteibüro.

Anwesend: Frau Bernhardt, Dernburg, Fischbeck (später), Frankfurter, Friedberg, Gerland, Issberner, Kalkoff, Kanzow, Kempner, Nuschke, Remmers, von Richthofen, Schacht, Silberberg, Wießner.

Kanzow *eröffnet. Doppelkandidaturen sind nach Meinung des Geschäftsführenden Ausschusses nicht wünschenswert. Ausnahmen könnten dort gemacht werden, wo es sinnvoll erscheine, ,,an der Spitze der Liste einen Namen zu haben, der der ganzen Liste das Gepräge gibt". Der Betreffende müsse jedoch vorher klarstellen, wo er das Mandat annehmen wolle. Doppelkandidaturen führender Persönlichkeiten für Nationalversammlung und preußische Konstituante werden ,,im Interesse der Kontinuität von Reichs- und Staatspolitik" zugelassen. Die Wahlkreisvorsitzenden sollen in der liberalen Presse rechtzeitig über ihre Rechte und Pflichten während der Wahl unterrichtet werden.*

Da die Angestellten ein ausführliches Angestelltenprogramm vermissen, wird beschlossen, eine besondere Versammlung für die Angestellten zu arrangieren.

Die Gewinnung geeigneter Parteisekretäre erweist sich als schwierig.

Kempner *macht vertrauliche Mitteilungen über die Finanzfrage. Kempner, Kanzow und Schacht werden ermächtigt, den Wahlkreisen Gelder anzuweisen. An zehn Wahlkreise werden jeweils 10000 M überwiesen, an die Frauenorganisation 20000 M.*

Viele Wahlkreise stellen ihre Listen fertig und veröffentlichen sie, ohne dabei die Wünsche der Zentrale zu berücksichtigen. Die Versammlung beschließt, die Wahlkreise telegraphisch auf die Notwendigkeit hinzuweisen, für die Nationalversammlung ,,staatspolitisch geschulte Kräfte" aufzustellen und ferner daran zu erinnern, daß die Verbindung der Kandidatenlisten mit der Liste anderer Parteien nur im Einvernehmen mit dem Geschäftsführenden Ausschuß erfolgen dürfe.

Ein Beamtenflugblatt von Remmers[1] und ein Handwerkerflugblatt von Pachnicke[2] werden besprochen und zum Druck bestimmt.

1 Ernst Remmers (1868-1937), Generalsekretär des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten seit 1909, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes 1918-1920, MdNv (DDP) 1919-1920.

2 Hermann Pachnicke (1857-1935), Schriftsteller und Sozialpolitiker, MdR (Deutschfreisinnige Partei/Freisinnige Vereinigung/Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1890 bis Mai 1924, Md preuß. Abgeordnetenhauses 1907-1918.

7.

28.12.1918: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Fischbeck. Beginn: 17.15 Uhr. Ende: nach 20 Uhr. Ort: Parteibüro.

Anwesend: Frau Bernhardt, Dernburg, Fischbeck, Frankfurter, Friedberg, Gerland, Issberner, Kalkoff, Kanzow, Kempner, Frau Lüders, Naumann, Nuschke, Remmers, von Richthofen, Silberberg, Wießner.

Fischbeck *eröffnet. Ein von Naumann ausgearbeitetes Programm über Staat und Kirche wird besprochen und mit einigen Änderungen angenommen[1].*

1 Abgedruckt in: Demokratische Parteikorrespondenz v. 3.1.1919 Nr. 2.

Kempner macht vertrauliche Mitteilungen über die weitere Finanzierung der Wahl.

Der Geschäftsführende Ausschuß stellt einstimmig fest, daß es noch nicht möglich sei, über die Verbindung der demokratischen Kandidatenlisten mit den Listen anderer Parteien einen Beschluß zu fassen. Außerdem müsse der endgültige Beschluß wegen der Bedeutung der Frage vom gesamten Hauptvorstand gefaßt werden.

Nuschke hat ein „Filmdrama" zu Werbezwecken entworfen. Die Verfilmung soll 15 000 M kosten, dafür wird das Stück an allen Filmbühnen Deutschlands zu sehen sein.

Die Versammlung beschließt, das von einer Kommission ausgearbeitete Programm für Arbeiter und Angestellte als Flugblatt verbreiten zu lassen. Dernburg und Gerland protestieren vergeblich gegen den darin enthaltenen Passus von der „Beseitigung der Konkurrenzklausel"[2]. Zur Sozialisierungsfrage wird ein weiteres Flugblatt geplant, in dem unter anderem betont werden soll, „daß der Betriebsleiter die zuständige Instanz zur Aufrechterhaltung der Ordnung in dem Betriebe ist".

Verschiedenen Wahlkreisen werden insgesamt 190 000 Mark zugebilligt. Frentzel[3] wird in den Geschäftsführenden Ausschuß kooptiert.

---

2 Vereinbarung zwischen Unternehmer und seinen Angestellten, die ihn vor Wettbewerb nach Beendigung der Dienstzeit schützen soll. Vgl. Dr. Gablers Wirtschaftslexikon, 8. Aufl. Wiesbaden 1971, Bd. 2 S. 2153.

3 Otto Frentzel (1864-1954), Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages 1918-1921, MdL Preußen (Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1917-1921.

8.

30.12.1918: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Fischbeck. Beginn: kurz nach 17.15 Uhr. Ende: 19.30 Uhr. Ort: Parteibüro.

Anwesend: Fischbeck, Frankfurter, Friedberg, Gerland, Issberner, Kanzow, Kempner, Nuschke, Remmers, von Richthofen, Schacht, Wießner.

Fischbeck *eröffnet. Gerland hat die Parteileitung schriftlich ersucht, folgende Forderungen an die Reichsregierung zu richten: Eintritt in die Regierung, Verbindung der demokratischen und sozialdemokratischen Listen, Betonung des föderativen Gedankens, Entwaffnung der Zivilbevölkerung. Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, die Stellung des Hauptvorstands zu diesen Forderungen abzuwarten.*

Verschiedene Bezirksleitungen haben entgegen dem Wunsch des Geschäftsführenden Ausschusses bereits Beschlüsse über Listenverbindungen gefaßt. Die Versammlung beschließt, diese Bezirksleitungen zu bitten, vor einer Veröffentlichung die Stellungnahme des Hauptvorstandes abzuwarten. „Außerdem soll bei Strese-

mann wegen einer eventuellen Verbindung der Listen und darüber, ob er etwa gewillt ist, überall mit den Konservativen Wahlbündnisse zu schließen, vorsichtig sondiert werden."[1] *Die vorliegenden Wahlkreislisten werden besprochen.*

1 Über eine solche Sondierung konnte nichts ermittelt werden. Die DVP führte ihren Wahlkampf vornehmlich gegen SPD und DDP, sie verband den größten Teil ihrer Listen mit der DNVP und mit dem Zentrum, in sechs Wahlkreisen war auch die DDP beteiligt, in drei davon waren die Listen aller nichtsozialistischen Parteien miteinander verbunden. Vgl. Wolfgang Hartenstein, Die Anfänge der Deutschen Volkspartei 1918-1920, Düsseldorf 1962, S. 66.

9.

4.1.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Kanzow. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: 13 Uhr. Ort: Parteibüro.

Anwesend: Frau Bernhardt, Dernburg, Esslen, Frankfurter, Friedberg, Gerland, Issberner, Kalkoff, Kanzow, Kempner, Naumann, Nuschke, Schacht, Silberberg, Wießner.

Kanzow *eröffnet. Der Geschäftsführende Ausschuß bespricht Kandidaturen und stellt dabei mit Bedauern fest, daß Max Webers Aufstellung in Frankfurt am Main abgelehnt worden sei und daß man ihn auch in Baden nicht aufgestellt habe*[1]. *„Es ist schwierig, in dem gegenwärtigen Stadium noch etwas für ihn zu tun. Doch soll versucht werden, Weber noch auf die Posener Liste zu setzen."*

Verschiedene Wahlkreise und der Partei nahestehende Organisationen erhalten insgesamt 155 000 M.

Die Regierung wünscht, daß die demokratischen Redner am Schluß ihrer Vorträge „die Feldgrauen zum Eintritt in die freiwillige Wehr auffordern". Der Geschäftsführende Ausschuß hält eine solche Aufforderung für zweckmäßig und ist bereit, sie zu unterstützen.

Für Flugzeugpropaganda werden 15 000 M bewilligt. **Dernburg** *verpflichtet sich, für die Beschaffung dieser Summe zu sorgen.*

Die Versammlung bespricht die Vorbereitungen zu einer Straßendemonstration, die für den 12. Januar in Berlin geplant ist[2].

Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, zum Thema „Bedrohung der Ostmarken" eine Stellungnahme für die Presse zu formulieren[3].

1 Zum Scheitern von Webers Kandidatur für die Nationalversammlung vgl. Stephan S. 41; ferner Mommsen S. 328-332.

2 Die Demonstration fand wegen der inzwischen ausgebrochenen Spartakus-Unruhen nicht statt.

3 Abgedruckt in: Demokratische Parteikorrespondenz v. 4.1.1919 Nr. 3.

10.

7.1.1919: Sitzung des Hauptvorstandes

Vorsitz: Kanzow. Beginn: kurz nach 15.30 Uhr. Ende: 18.45 Uhr. Ort: Berlin, im „Rheingold".

Kanzow *eröffnet mit einem Überblick über die politische Situation. Die Sozialdemokratie habe gänzlich versagt, was sich besonders in der Ostmarkenfrage und der Entwicklung der inneren Zustände zeige.* **Gerland** *bespricht die Stellung der Partei zum Föderalismus und betont, daß der Geschäftsführende Ausschuß von Anfang an dafür eingetreten sei, am bundesstaatlichen Charakter des Reiches festzuhalten. In der anschließenden Diskussion wird festgestellt, daß es sich hier um eine programmatische Frage handele, die letztlich vom Parteitag entschieden werden müsse. Der Hauptvorstand erkenne die föderative Grundlage des Reiches jedenfalls an.*

Wahlen und Wahltaktik.

Herr **Nuschke** führt in seinem Referat aus: Die für jetzt dringendste Frage ist die der Listenverbindung. Die Stimmung hierüber ist im Land verschieden. Wir können darüber kaum einen generellen Beschluß fassen. Referent verliest ein von der Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei ausgehendes Schreiben vom 6. Januar, in dem der Vorschlag gemacht wird: Verbindung der Listen der bürgerlichen Parteien in ganz Deutschland. Wenn wir hiernach handeln würden, so würden wir der Sozialdemokratie breiteste Schichten der Wähler zuführen, so daß die Gefahr einer sozialistischen Mehrheit in der Nationalversammlung nahegerückt ist. Mit der Deutsch[national]en Volkspartei, diesem Sammelsurium aus allen möglichen Parteien, nicht nur von Konservativen und Freikonservativen, sondern auch Antisemiten, können wir eine Verbindung überhaupt nicht eingehen, dagegen ist dies möglich mit der Deutschen Volkspartei, wenigstens in verschiedenen Wahlkreisen. In einzelnen Bezirken nimmt sie freilich eine schroffe Kampfesstellung gegen uns ein. In anderen sind dagegen Kandidaten von ihr aufgestellt, die auch ebenso gut zur Demokratischen Partei gehören könnten. Gegen eine Verbindung mit der Mehrheitssozialdemokratie läßt sich theoretisch gar nichts einwenden. Sie wäre im Gegenteil sehr wünschenswert. Nur stehen dem praktische Bedenken entgegen, vor allem das Abkommen der Mehrheitssozialisten mit den Unabhängigen[1], das unter allen Umständen vorher gelöst werden müßte, ehe wir mit ihnen in Verbindung treten könnten. Es wäre daher zu erwägen, ob man nicht an die Mehrheitssozialisten mit dem Antrag auf Verbindung der Listen herantritt. Gehen sie auf unsere Bedingung ein, dann bedeutet das einen dauernden Bruch mit den Unabhängigen. In gewissen Bezirken freilich wird sich unsere Partei auch mit den Deutschnationalen verbinden können, beispielsweise in den Ostmarken, wo bisher bereits ein deutsches Kartell bestanden hat. Aber das

1 SPD und USPD hatten in sechs Wahlkreisen Listenverbindungen beschlossen. Vgl. Albertin S. 86 Anm. 288.

müssen Ausnahmen bleiben. Aus dem Genannten ergibt sich, daß man kein generelles Verbot der Verbindung der Listen mit den Mehrheitssozialisten erlassen soll. Prinzipiell dagegen muß die Verbindung der Listen mit den Unabhängigen untersagt sein. Redner verliest zum Schluß eine von ihm eingebrachte Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

„Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei überläßt die Frage der Listenverbindung mit anderen Parteien für die Wahlen zur Nationalversammlung der Entscheidung der einzelnen Wahlbezirke. Er spricht jedoch die bestimmte Erwartung aus, daß nirgends, abgesehen von der Ostmark, eine Listenverbindung mit der konservativ-antisemitischen Deutschnationalen Volkspartei eingegangen wird. Ebenso hält es der Hauptvorstand für selbstverständlich, daß nirgends eine Listenverbindung mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eingegangen werden darf.

Eine Listenverbindung mit der Mehrheitssozialdemokratie käme nur in Frage, wenn die Mehrheitssozialisten sich auf der ganzen Linie von den Unabhängigen trennen würden." Nuschke.

Herr **Kempner** glaubt nicht, daß die Deutsche Volkspartei eine Legitimation zu ihrem Schreiben hat. Eine prinzipielle Listenverbindung mit der Deutschnationalen Partei würde ein vollkommenes Grab unserer Partei sein. In den polnischen Bezirken wäre allerdings eine Listenverbindung aller Deutschen denkbar und möglich. Im allgemeinen aber wird man mit der Deutschen Volkspartei zusammengehen können. Dagegen ist eine prinzipielle Listenverbindung mit der Sozialdemokratie zu verwerfen. Das würde nicht nur große Wählermassen abstoßen, sondern direkt ein Auseinanderbrechen der Partei bedeuten. Außerdem ist auch eine dauernde Trennung der sozialdemokratischen Gruppen ganz ausgeschlossen. Redner verliest zum Schluß eine von ihm eingebrachte Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

„Eine Listenverbindung mit sozialdemokratischen Parteien darf nicht erfolgen; es sei denn, daß es sich um die Verhinderung einer gegen das Deutschtum gerichteten Wahl handelt.

Im übrigen ist den Bezirksverbänden die Entscheidung über die Listenverbindung überlassen, so weit nicht die Listen anderer Parteien eine reaktionäre Richtung zeigen." Kempner.

Herr **Hirschfeld**[2] berichtet über die Lage in Pommern. Dort ist man mit der Aufnahme von kompromittierten Nationalliberalen äußerst vorsichtig vorgegangen, um die Demokratische Partei bei dem Wahlkampf nicht allzu sehr zu belasten. Die Demokraten haben die Nationalliberalen wissen lassen, daß sie ihnen keine Mitarbeit in der neuen Partei gestatten könnten, sondern nur geräuschlosen Eintritt in die Partei. Die Nationalliberalen ihrerseits erklärten wiederholt, sie könnten sich mit uns nur auf paritätischer Grundlage vereinigen, beanspruchten also überall die gleiche Zahl von Vorstandsmitgliedern usw. In der Frage der Listenverbindung drängten die Nationalliberalen unausgesetzt in uns, wir sollten mit ihnen die Listen verbinden. Sie verständen darunter aber auch die

2 Carl Hirschfeld, Rechtsanwalt in Stettin, Vorsitzender des pommerschen Provinzialverbands der DDP.

Verbindung mit den Deutschnationalen. Ihnen ist geantwortet worden, daß erst der Beschluß unseres Hauptvorstandes abgewartet werden müßte. Unsere pommerschen Führer haben sich ausnahmslos auf den Standpunkt gestellt: keine Listenverbindung mit den Nationalliberalen und selbstverständlich auch nicht mit den Deutschnationalen. Andernfalls würden uns hunderttausende von Stimmen verlorengehen. Pommern hat sich jetzt nach der Umwälzung als stark demokratisch erwiesen, so daß wir es in kurzer Zeit von 12 auf 101 Ortsgruppen gebracht haben. Redner resümiert sich dahin, daß von jeder Listenverbindung abzuraten sei, auch von der mit der Deutschen Volkspartei. Allenfalls müßten die einzelnen Wahlkreise darüber für sich befinden.

Die Redezeit wird nunmehr auf fünf Minuten festgesetzt.

Herr **Kiel**[3]: Wir sollten unter keinen Umständen eine Listenverbindung prinzipiell beschließen und empfehlen. Eine solche Verbindung ist ebenso wenig mit den übrigen bürgerlichen Parteien wie mit den Mehrheitssozialisten angebracht. Mit den Deutschnationalen können wir von vornherein nicht zusammengehen. Die Deutsche Volkspartei aber ist hauptsächlich die Vertreterin der Schwerindustrie. Es befinden sich darin die rechtsstehenden Nationalliberalen, die eigentlich konservativ sind, aber zu unehrlich, um mit diesem Namen hervorzutreten.

Herrn **Hübner**[4]: Die Erfahrung lehrt, daß es nur in einigen wenigen Fällen gelingt, bei einer Listenverbindung etwas herauszuholen. Praktisch wird dabei so gut wie gar kein Resultat herauskommen. Man kompromittiert sich nur durch die Verbindung mit anderen Parteien. Infolgedessen wäre es das beste, in jedem Falle eine Listenverbindung überhaupt zu unterlassen. Demgemäß ist die Resolution Nuschke die einzig richtige, indem sie ausspricht: im allgemeinen nur in den Ostmarken Listenverbindung.

Herr **Crüger**[5]: Die beiden Resolutionen weichen gar nicht so sehr erheblich voneinander ab, vorausgesetzt, daß Herr Nuschke den letzten Absatz fallenläßt. Andernfalls würde sich Redner für die Resolution Kempner erklären. Worauf es ankommt, ist, sehr scharf die Grenze nach rechts wie nach links zu ziehen, und zwar hier nicht nur gegen die Unabhängigen, sondern auch gegen die Mehrheitssozialisten, denn diese haben sich gegenüber den Polen usw. auf das Stärkste kompromittiert. Im Interesse der Aussichten unserer Partei müssen wir dagegen stark Stellung nehmen.

Herr **Gerland:** Es ist richtig, daß bei der ganzen Listenverbindung gar nicht so viel herauskommt. Wir sind uns ferner darüber einig, daß wir keine generellen Beschlüsse fassen wollen, wenigstens in positivem Sinne. Es ist nur auf das Eine aufmerksam zu machen, daß eine Verbindung mit der Deutschnationalen Volkspartei uns viel mehr Stimmen kosten würde, als der Mandatsgewinn betragen würde. Theoretisch ist auch für eine generelle Verbindung mit der Mehrheitssozialdemokratie zu stimmen, aber praktisch läßt sich das nicht machen. Im

---

3 Wilhelm Kiel, Gutsbesitzer in Minden.

4 Arthur Hübner, Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats des Gewerkschaftsbunds der Angestellten in Berlin.

5 Hans Crüger (geb. 1859), Anwalt des Allgemeinen Deutschen Genossenschaftsverbands in Berlin, Dozent an der Berliner Handelshochschule, MdLv Preußen (DDP) 1919-1921.

Interesse der bisherigen Mitläufer der Sozialdemokratie müssen wir eine nach links gerichtete Politik treiben. Eine Verbindung mit der Deutschnationalen Volkspartei sollte man nur in den gemischtsprachigen Gebieten gestatten. In allen diesen Fällen aber müsse der Hauptvorstand darüber unterrichtet werden, damit er nötigenfalls noch eingreifen kann.

Herr **Kanzow:** Etwas anderes ist es, mit den Sozialdemokraten im Parlament zusammenzuarbeiten, etwas anderes die Taktik bei den Wahlen. Die Redner tun gut, sich das bei der Fortsetzung der Debatte vor Augen zu halten.

Herr **Friedberg**[6] bedauert, daß er wegen der Kürze der Redezeit auf die pommerschen Verhältnisse nicht eingehen kann, die Hirschfeld nicht ganz zutreffend geschildert hat. Man hätte besser getan, unter die Vergangenheit einen Strich zu ziehen. Auch Kiel sei viel zu weit gegangen. Wenn er von Unehrlichkeit spreche, so errege das ein unangenehmes Empfinden, auch bei den Nationalliberalen, die zur Demokratischen Partei übergetreten sind. Redner bittet daher dringend, solche Äußerungen zu unterlassen. Die Verbindung der Listen ist an sich nur eine taktische Maßnahme. Aber in der Volksempfindung wird sie eine politische. Die Deutsche Volkspartei hat uns mit ihrem Schreiben sozusagen eine Art Falle gelegt. Wenn wir mit den Mehrheitssozialisten eine Listenverbindung anstreben, so machen wir uns vollständig tot. Die Demokratische Partei soll doch möglichst weit nach links greifen mit der Tendenz eines scharfen Gegensatzes gegen die Sozialdemokratie. Wir dürfen also nicht den Eindruck erwecken, als wollten wir deren Schrittmacher sein. Andererseits dürfen wir auch nicht mit den reaktionären Elementen eine Verbindung eingehen. In der Deutschen Volkspartei ist aber keineswegs der rechte Flügel der dominierende. Das sieht man schon daran, daß der Führer Stresemann ist, der in bezug auf die innere Politik sehr weit links steht. Bedauerlich ist nur, daß aus mehr persönlichen Gründen eine Partei wie die Deutsche Volkspartei gegründet worden ist, die keinen Sinn und Verstand hat. Die sachliche Stellung der Deutschen Volkspartei ist so, daß wir mit ihr eine Listenverbindung eingehen können. Auch mit den Deutschnationalen liegt die Sache doch anders, als es hier dargestellt worden ist. Ihr Führer Hergt[7] ist durchaus kein Reaktionär. Aber natürlich sind auch antisemitische und reaktionäre Kräfte darin vorhanden. Antisemiten gibt es übrigens auch in der Deutschen Volkspartei. Mit solchen Leuten soll man sich nicht verbinden. Deshalb ist die Frage der Listenverbindung nur lokal zu entscheiden. Hier bleibt uns nur übrig, gewisse Direktiven zu geben, und diese können nur dahin gehen, daß wir mit der Sozialdemokratie überhaupt eine Verbindung ablehnen müssen. Dagegen könnte der Fall eintreten, wo man sich mit den Deutschnationalen verbindet, um die Sozialdemokratie zurückzudrängen. Unsere Tendenz muß ja die sein, daß die Sozialdemokraten bei den Wahlen unter keinen Umständen die Mehrheit erlangen,

---

6 Robert Friedberg (1851-1920), Professor der Staatswissenschaften an der Universität Halle, MdL Preußen (NL/DDP) 1886 bis Juni 1920, MdR 1893-1898. Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums und Vorsitzender der Nationalliberalen Partei seit 1917, Vorsitzender des Vorstands der DDP von Juli 1919 bis April 1920.

7 Oscar Hergt (1869-1967), MdL Preußen (DNVP) 1919-1923, MdR 1920 bis November 1933, preußischer Finanzminister von August 1917 bis November 1918, Reichsjustizminister 1927-1928, Vorsitzender der DNVP 1918-1924.

sondern, daß sie von den bürgerlichen Parteien abhängig bleiben. Dann können wir vielleicht darauf rechnen, in der Nationalversammlung mit den maßvollen Sozialdemokraten zusammenzuwirken, um Ruhe und Ordnung zu schaffen. Um das zu erreichen, dürfen wir aber bei den Wahlen die Sozialdemokratie nicht zu stark werden lassen.

Herr **Flügel**[8]: In einer Zeit wie der heutigen muß man sich so sehr wie möglich auf feste Grundsätze stellen. Daher ist es zu empfehlen, grundsätzlich eine Listenverbindung nach rechts wie nach links vorläufig abzulehnen. Durch eine Verbindung auch nur mit der Deutschen Volkspartei würden wir viel Unheil anrichten. Die Wählerschaft im Lande vermag eben nicht einzusehen, daß es sich nur um eine taktische Frage handelt. Sehr viele Kreise des Mittelstandes wenigstens in Berlin stehen dicht neben der Sozialdemokratie. Wir können diese Leute nur bei uns behalten einmal durch eine wirklich soziale Politik und sodann, wenn wir Vertrauensleute von ihnen auf unsere Listen setzen. Der Sozialdemokratie eine Listenverbindung anzubieten, das ist nicht zu empfehlen, weil sie bestimmt abgelehnt werden würde. Dahin aber dürfen wir es um unserer Selbstachtung willen nicht kommen lassen. Redner empfiehlt, die Resolution Nuschke anzunehmen, den letzten Satz aber zu streichen.

Herr **Nuschke** verliest folgende Resolution:

„Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei hält die Vereinbarung verbundener Listen mit den Konservativen und den Sozialdemokraten für ausgeschlossen, soweit der Kampf für das Deutschtum sie nicht erfordert. Im übrigen überläßt der Hauptvorstand die Entscheidung den Organen der Wahlbezirke."

Marwitz[9]

Herr **Boer**[10]: Eine Verbindung mit den Sozialdemokraten ist aussichtslos, weil sie abgelehnt werden würde. Außerdem würden wir die Sozialdemokratie und sie uns kompromittieren. In Sachsen liegt die Sache so, daß dort aus sehr vielen Kreisen die Forderung vorliegt, eine Listenverbindung aller bürgerlichen Parteien herbeizuführen. Wenn wir nun nach Hause kommen und die Verbindung ablehnen, so würde das vielen unserer Anhänger, namentlich solchen nationalliberaler Herkunft, als Signal dienen, sich von uns abzuwenden. Es ist immerhin wahrscheinlich, daß bei einer allgemeinen Listenverbindung mit der Sozialdemokratie zwanzig Mandate angenommen werden können. Diese zwanzig sind aber vielleicht gerade diejenigen, die der Sozialdemokratie in der Nationalversammlung die Mehrheit geben würden.

Herr **Bracke**[11] ist der Ansicht, daß den Bedürfnissen des Wahlkreises Magdeburg in allen vorliegenden Resolutionen genügt wird. In Braunschweig haben wir

---

8 Wilhelm Flügel, Vorsitzender des Berliner Lehrervereins 1918-1920. Mitglied des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlins Januar 1919, Mitglied des zweiten Zentralrats April 1919, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes seit 1920.

9 Bruno Marwitz, Rechtsanwalt und Notar in Berlin, Führer der Berliner Jungliberalen 1914-1919, Vorsitzender des Deutsch-Demokratischen Volksvereins Berlin.

10 Oscar Boer (geb. 1867), Leiter des städtischen Presseamts in Magdeburg, dann Landrat in Gardelegen, MdLv Preußen (DDP) 1919-1921.

11 Rechtsanwalt in Braunschweig.

tatsächlich bereits an die gemäßigten Sozialdemokraten die Frage wegen der Listenverbindung gestellt. Sie haben aber abgelehnt, weil dann ihre Anhänger zur unabhängigen Sozialdemokratie übergehen würden. So liegt es auch anderswo, und deshalb können wir der Sozialdemokratie gar nicht zumuten, sich mit uns zu verbinden. Für uns gilt übrigens genau dasselbe. Die Sache liegt so, daß wir die Frage den einzelnen Wahlkreisen überlassen und prinzipiell nur sagen sollten, daß wir mit den ganz rechts und den ganz links Stehenden keine Verbindung haben wollten. Am besten würden wir freilich fahren, wenn wir überhaupt jede Verbindung ablehnen.

Herr **Bade**[12]: In Hannover sind an uns im Anfang Zentrum, Welfen, Konservative und Deutsche Volkspartei wegen einer allgemeinen Listenverbindung herangetreten. Unsere Anhänger erklärten sofort zum allergrößten Teil, daß sie bei dem Zustandekommen einer solchen Verbindung einfach austreten würden. Auf dem Lande liegen die Verhältnisse allerdings anders, da die Welfen jetzt nicht eine Wiederherstellung des alten Königreichs Hannover haben wollen, sondern in diesem Punkte unserer Auffassung näher gerückt sind. So haben wir versucht, mit ihnen allein eine Listenverbindung anzubahnen. Das ist aber abgelehnt worden. Wir könnten nur mit dem ganzen bürgerlichen Block eine Listenverbindung herstellen, und das wollen unsere Freunde nicht. Was die Sozialdemokraten anlangt, so haben Leinert[13] und Brey[14] auf eine gelegentliche Sondierung ablehnend geantwortet. An eine Listenverbindung mit ihnen ist wohl nicht zu denken. Um unserer politischen Reinheit willen sollten wir nach links keine Verbindung eingehen. Die Angst vor einer rein sozialistischen Mehrheit darf gar nicht so groß sein. Denn bei der praktischen Leistungslosigkeit der Sozialdemokratie würde diese Mehrheit doch sehr bald verschwinden.

Herr **Marwitz** begründet seine Resolution. Mit den Sozialdemokraten könnten wir nicht zusammengehen, schon aus der Stimmung unserer Wahlkreise heraus. Aus grundsätzlichen Gründen darf man auch nicht mit den Deutschnationalen zusammengehen. Auch gegen eine Verbindung mit der Deutschen Volkspartei bestehen Bedenken. Doch soll man sich nicht grundsätzlich dagegen aussprechen, weil das unseren Gegnern Stoff zu Anklagen geben könnte.

Herr **Lehmann:** Die rechtsstehenden Parteien haben bei uns in Sachsen schon ihre Listen verbunden. Sie sind an uns herangetreten, und wir haben eine Verbindung abgelehnt, sofern sich nicht die Mehrheitssozialisten durchweg mit den Unabhängigen verbinden, was bei uns in Sachsen noch sehr fraglich ist. Der Wahlkampf wird auch seitens der Nationalliberalen in sehr heftiger und unschöner Form gegen uns geführt, so daß eine Verbindung mit ihnen gar nicht in Frage kommt.

Herr **Nuschke** verliest eine Resolution Frankfurter, die folgenden Wortlaut hat:

---

12 Peter Bade, Arzt in Hannover.

13 Robert Leinert (1873-1937), Oberbürgermeister von Hannover 1918-1925, MdL Preußen (SPD) 1908-1933, Präsident der Preußischen Landesversammlung und des ersten preußischen Landtags.

14 August Brey (1864-1937), MdR (SPD) Juni 1906 bis Juli 1932, MdLv Preußen 1919-1921, Vorsitzender der sozialdemokratischen Landesorganisation der Provinz Hannover.

„Die Deutsche Demokratische Partei gibt den Bezirksverbänden die Entschließung über Listenverbindung mit anderen Parteien frei. Sie erklärt aber eine Listenverbindung mit der Deutschnationalen Volkspartei nur dort für zulässig, wo es die Herbeiführung einer gemeinsamen Front aller deutschen Parteien gegen Polen und Tschechen erfordert."

Dr. Frankfurter.
Dr. Dernburg.

Herr **Fischer**[15] bemerkt gegenüber einem der Vorredner, daß die Resolutionen doch prinzipiell sehr verschieden voneinander sind. Redner teilt den Standpunkt von Nuschke und Gerland. Wir dürfen den Sozialdemokraten nicht das Schlagwort von einem einheitlichen reaktionären Block der bürgerlichen Parteien liefern. Aber eine Listenverbindung können wir den Mehrheitssozialisten auch gar nicht anbieten. Wenn wir uns eine Abfuhr holen würden, nachdem wir eine Resolution wie die von Nuschke angenommen haben, dann würden wir uns außerordentlich schaden. Es ist deshalb die Resolution Frankfurter zu empfehlen.

Herr **Frankfurter** empfiehlt seine Resolution, die nach dem Verlauf der Debatte die einzig mögliche ist. Die Resolution Nuschke ist, was die Stellung zur Sozialdemokratie anlangt, zum mindesten eine große Unklugheit. Denn die Unabhängigen würden sagen: jetzt kommt es ja ans Tageslicht, daß die Mehrheitssozialisten verkappte Bourgeois sind, weil sonst die Demokraten mit einem solchen Angebot nicht an sie herantreten würden. Andererseits ist die Resolution Kempner eine Unmöglichkeit für uns. Ein großer Teil unserer Wählermassen würde im Falle ihrer Annahme von uns zur Sozialdemokratie abwandern. Es kommt aber noch etwas anderes hinzu: Wir müssen uns auf ein Zusammenarbeiten mit den Mehrheitssozialisten unbedingt einrichten. Das können wir aber nur ermöglichen, wenn wir auch in der Wahlbewegung die Brücke nicht völlig abbrechen. Außerdem macht der Redner, der erklärt, dazu ausdrücklich autorisiert zu sein, darauf aufmerksam, daß wir im Falle der Annahme der Resolution Kempner wertvolle Führer unserer Partei verlieren würden. Er nenne nur die Professoren Alfred und Max Weber.

Herr **Böhme:** Im Parlament werden wir natürlich versuchen, mit der Mehrheitssozialdemokratie zusammenzugehen. Aber hier handelt es sich lediglich um taktische Fragen, die ausschließlich nach den Verhältnissen der einzelnen Wahlkreise zu beurteilen sind. Darum hat der Redner aus Magdeburg ebenso recht, wie der aus Pommern. Also ist es überhaupt nicht möglich, von hier aus eine bestimmte Anweisung zu geben. Deshalb empfehle sich folgende Resolution:

„Der Zentralvorstand überläßt den Wahlbezirken die Entscheidung über die Verbindung der Listen."

Dr. Böhme.

---

15 Hermann Fischer (1873-1940), Rechtsanwalt und Notar in Berlin, Präsidialmitglied des Hansabunds, Aufsichtsratsmitglied zahlreicher bedeutender Unternehmen aus Handel und Industrie, MdR (DDP/Staatspartei) 1920 bis Juli 1932, Stellv. Vorsitzender des Vorstands der DDP von April 1920 bis Oktober 1929, Stellv. Vorsitzender des PA von Oktober 1929 bis November 1930, Schatzmeister von Oktober 1919 bis Juli 1932.

Herr **Kaufmann**[16] macht gegenüber Äußerungen von Herrn Bade darauf aufmerksam, daß die Welfen eine durchaus reaktionäre Partei sind, mit der man keine Listenverbindung herstellen sollte. Im Anschluß an eine Äußerung von Herrn Boer erklärt er, daß es leider Tatsache ist, daß wir im Lande als "Tageblatt"-Partei hingestellt werden. In diesem Zusammenhang bedauert er das letzte Titelbild des „Ulk"[17], das überaus taktlos gewesen sei und solchen Angriffen gegen die Deutsche Demokratische Partei nur Vorschub leiste. Redner teilt mit, daß gelegentliche Sondierungen bei den Sozialdemokraten ergeben hätten, daß eine Listenverbindung mit ihnen ganz und gar unmöglich sei. Die einzige Resolution, die der Sachlage gerecht werde, sei diejenige von Frankfurter.

Frau **Levy-Rathenau**[18]: Wir haben mit zwanzig Millionen Frauen bei den Wahlen zu rechnen und müssen auf die weibliche Psyche Rücksicht nehmen. Deshalb ist der gegenwärtige Wahlkampf nicht noch durch eine Listenverbindung zu beschweren. Die politisch ganz ungeschulten Frauen verstehen solche taktischen Feinheiten nicht. Wenn man jetzt eine Listenverbindung mit den rechtsstehenden Parteien empfehle, so wäre bei den Frauen unsere ganze bisherige mühselige Arbeit zunichte gemacht.

Herr **Fischbeck:** Die Frage der Listenverbindung ist eine rein taktische: Wie kommen wir zu möglichst großer Stärke in der Nationalversammlung? Darum müssen wir dahin streben, daß unsere Partei den Ausschlag gibt. Wir müssen mithin die Taktik des Zentrums nachmachen, das zwar am liebsten mit den Konservativen zusammenging, sich aber mit den Sozialdemokraten eine Abwehrmehrheit verschaffte. Allein von einem solchen Gesichtspunkte aus ist die ganze Frage aufzufassen. Wenn wir mit den Sozialdemokraten vernünftige Politik machen wollen, so folgt daraus nicht im geringsten, daß wir nun bei den Wahlen mit ihnen zusammengehen müssen. Verwirrung wird ja auch gar nicht bei den Wählern gestiftet. Man braucht die Frauen mit der Listenverbindung ja gar nicht zu verwirren, sondern man soll sie ermahnen, nur ruhig unsere Listen zu wählen. Wie man sich mit der Sozialdemokratie verbinden kann, verstehen die Leute nicht, denn sie unterscheiden nicht zwischen den verschiedenen sozialdemokratischen Gruppen, sondern denken bei Sozialdemokratie gleich immer an Leute wie Adolf Hoffmann[19], der den ganzen Zug nach rechts im Lande herbeigeführt hat. Darum müssen wir einen scharfen Trennungsstrich nach links ziehen. Vor der Resolution Nuschke ist daher eindringlich zu warnen. Redner verliest ein Schreiben des Freiherrn von Richthofen[20]. Darin wird mitgeteilt, daß das

16 Robert Kauffmann, Rechtsanwalt in Berlin, Direktor beim Reichskommissar für Kohleverteilung in Berlin 1919, dann Direktor der städtischen Elektrizitätswerke.

17 Der „Ulk" war die satirische Wochenbeilage des „Berliner Tageblatt".

18 Josephine Levy-Rathenau, Sozialpolitikerin, Leiterin des Berufsamts Deutscher Frauenvereine in Berlin.

19 Adolph Hoffmann (1858-1930), MdR (SPD/USPD/SPD) Januar 1904-1907, 1920 bis Mai 1924, MdL Preußen 1908-1928, preußischer Kultusminister von November 1918 bis Januar 1919. Hoffmann wurde wegen seiner 1891 erschienenen Schrift „Die Zehn Gebote und die besitzenden Klassen" „Zehn-Gebote-Hoffmann" genannt.

20 Hartmann Freiherrr von Richthofen (1878-1953), im auswärtigen Dienst 1902-1911, Geschäftsführer des Hansabunds 1912-1914, MdR (NL/DDP) 1912-1920, Mai 1924-1928, MdL Preußen 1915-1921.

Zentrum nach einer Äußerung Dr. Pfeiffers[21] beschlossen habe, mit den bürgerlichen Parteien eine Listenverbindung herbeizuführen, nirgendwo aber mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen. Ferner verliest Redner ein Schreiben des Senators Petersen (Hamburg)[22], worin es heißt, daß die Ablehnung einer Listenverbindung mit der Deutschen Volkspartei nicht verstanden werden würde. Im Anschluß daran erklärt Redner, es sei das gegebene, daß wir zum mindesten eine Verbindung mit der Deutschen Volkspartei herbeiführen, wenn nicht in der betreffenden Liste direkt reaktionäre Kandidaten vorhanden sind. Überhaupt sei hinsichtlich der Nationalliberalen eine andere Auffassung wünschenswert, als das hier von einzelnen Rednern zum Ausdruck gebracht worden sei. Durch den Anschluß der Nationalliberalen haben wir eine sehr wünschenswerte Verstärkung erhalten. Es würde nicht verstanden werden, wenn wir nun den anderen Teil der Nationalliberalen, der nicht zu uns gekommen ist, von vornherein wegstoßen würden. Man muß diese ganzen Verhältnisse nicht vom Standpunkt der Großstadt aus ansehen, sondern von dem des Landes, auf dem immer noch unsere Kraft ruht. Zum Schluß bittet Redner, den Wahlkreisen freizustellen, sich nach rechts zu verbinden, wenn sie es für nötig halten. Das prinzipiell Empfehlenswerte ist die Resolution Kempner, die aber etwas anders gefaßt werden müßte. Er verliest darauf die von ihm eingebrachte Resolution, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Deutsche Demokratische Partei überläßt es den demokratischen Wahlbezirksleitungen, über eine eventuelle Verbindung der Listen Beschluß zu fassen. Da es gilt, eine Mehrheit der Sozialdemokratie zu verhüten, so erklärt sie sich gegen eine Listenverbindung mit dieser Partei. Eine Verbindung mit reaktionären und antisemitischen Elementen ist abzulehnen."

Herr **Marwitz** zieht seine Resolution zugunsten derjenigen von Fischbeck zurück. Das gleiche tun die Herrn **Kempner** und **Böhme.**

Herr **Erkelenz:**[23] Die Dinge sind in den einzelnen Wahlkreisen sehr verschieden. Redner legt die Verhältnisse des Düsseldorfer Bezirkes dar und empfiehlt zum Schluß, da doch bei der ganzen Debatte keine großen politischen Gesichtspunkte hätten aufgestellt werden können, gar keinen Beschluß zu fassen.

Herr **Kiel** erklärt, daß sein Wort von der Unehrlichkeit eines Teiles der Nationalliberalen mißverstanden sei. Er habe nur gesagt, daß der rechte Flügel der

---

21 Maximilian Pfeiffer (1875-1926), MdR (Z) 1907 bis Mai 1924.

22 Carl Petersen (1868-1933), Rechtsanwalt in Hamburg, Md Bürgerschaft (Vereinigte Liberale) 1899-1918, MdR (DDP) 1919 bis Januar 1924, Erster Bürgermeister von Hamburg 1924-1930, 1931-1933, Vorsitzender des PA der DDP von Dezember 1919 bis Januar 1924, Vorsitzender des Vorstands von April 1920 bis November 1921, Ehrenvorsitzender 1925-1930, Vorsitzender der Reichstagsfraktion von Juni 1921 bis Januar 1924, Ehrenvorsitzender der Staatspartei 1930-1932, zusammen mit Dietrich und Maier Parteivorsitzender der Staatspartei von September 1932 bis Juni 1933. Vgl. Bürgermeister Petersen.

23 Anton Erkelenz (1878-1945), Schlosser, Sekretär der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine in Düsseldorf seit 1902, bei der Hauptleitung in Berlin seit 1907, Schriftleiter des „Regulator", der Wochenschrift des Gewerkvereins der Deutschen Metallarbeiter, seit 1918, Herausgeber der „Hilfe" 1923-1930, MdR (DDP) 1919-1930, Vorsitzender des Vorstands der DDP von November 1921 bis August 1929, Stellv. Vorsitzender des PA von Oktober 1929 bis Juli 1930. Vgl. Brantz; ferner Attila Chanady, Anton Erkelenz and Erich Koch-Weser. A Portrait of two German Democrats, in: Historical Studies 12, 1965/67, S. 491-505.

Nationalliberalen aus falschen und unehrlichen Konservativen bestehe. Dabei müsse er bleiben. Mit ihnen sollen wir darum auch keine Listenverbindung herstellen.

Herr **Grund**[24] bezeichnet das als zutreffend für Mittelschlesien, was Herr Fischbeck für Niederschlesien gesagt hat. Das Wichtigste sei die Verhinderung einer Mehrheitsbildung durch die Sozialdemokratie. Außerdem würden uns im Osten die Wähler zu Zehntausenden einfach weglaufen. Redner empfiehlt, von jeder Resolution Abstand zu nehmen, die sich der Sozialdemokratie gegenüber freundlich verhält. Zutreffend sei die Resolution Fischbeck.

Herr **Hirschfeld:** Einen Beschluß müssen wir schon fassen. Das verlangt schon unsere Sitzung. Redner bittet, die Resolution Frankfurter anzunehmen. Im übrigen wendet er sich gegen eine Bemerkung Fischbecks, die dahin geht: Wer etwas von Politik versteht, der versteht auch die Listenverbindung. Es gebe aber eben so wenig Menschen, die etwas von Politik verstehen. Darum sei die Listenverbindung eine große Gefahr. Gegenüber Friedberg bemerkt Redner: Natürlich machen wir Führer einen Strich unter die politische Vergangenheit. Aber die Wähler im Lande tun dies nicht.

Herr **Dernburg** ist der Meinung, daß wohl keine Listenverbindungen stattfinden werden. Außerdem werde dabei nicht viel Vorteil herauskommen. Redner kommt darauf zu sprechen, daß wir einen großen Teil der Nationalliberalen in die Partei hineingenommen haben, und erwähnt dabei, im Lande habe man es uns sehr verübelt, daß wir überhaupt Nationalliberale in die Deutsche Demokratische Partei hineingenommen haben. (Große Unruhe. **Friedberg:** Dann können wir ja wieder hinausgehen. Der **Vorsitzende** mahnt zur Ruhe und Einigkeit, es habe keinen Zweck, alte Sachen wieder vorzubringen.) Redner wundert sich über die Aufregung, die seine Worte hervorgerufen haben. Er habe doch nur das wiedergegeben, was im Lande gesagt werde. Seine Gesinnung sei eine ganz andere. Er sei sehr damit einverstanden, daß die Herren von den Nationalliberalen herübergekommen seien. Jedenfalls bitte er sehr höflich um Verzeihung. Zur Sache selbst bemerkt er im Gegensatz zu Fischbeck, wir sollten die Sache doch mehr vom großstädtischen Standpunkt aus beurteilen mit Rücksicht auf die vielen Wähler, die andernfalls zur Sozialdemokratie gehen würden. Nicht aus nur taktischen, sondern auch aus politischen Rücksichten müßten wir die Linie einer linksstehenden Partei halten. Wir dürfen freilich jetzt nicht sagen, daß wir mit den Sozialdemokraten zusammenarbeiten wollen. Wir dürfen aber auch nicht sagen, wir wollen nichts mit ihnen zu tun haben. Die gegebene Resolution sei diejenige von Frankfurter.

Herr **Bartels**[25] beantragt Schluß der Besprechung.

Auf den Widerspruch von Herrn **Herrmann**[26] hin wird beschlossen, nur noch Herrn Herrmann und Crämer[27] das Wort zu erteilen.

---

24 Bernhard Grund (geb. 1872), Jurist, Besitzer einer Drogen- und Chemikaliengroßhandlung, Präsident der Handelskammer Breslau seit 1920, MdL Preußen (Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1913-1924.

25 Volkmar Bartels, Fabrikbesitzer in Magdeburg.

26 Balduin Herrmann, Chefredakteur der „Danziger Zeitung".

27 Fritz Crämer, Bank-Prokurist in Nürnberg.

Herr **Herrmann** spricht für die Resolution Fischbeck. Weiterhin meint er, der Parteivorstand hätte dafür Sorge tragen sollen, daß das "Berliner Tageblatt" nicht mehr als Moniteur der Partei erscheint.

(Herr **Nuschke** stellt fest, daß dies auch nicht der Fall sei.)

Redner wünscht vom westpreußischen Standpunkt aus eine scharfe Scheidelinie gegen die Sozialdemokratie und begründet das des näheren aus den Verhältnissen Westpreußens heraus.

Herr **Crämer:** Die Verhältnisse in Bayern sind dadurch schwierig, daß wir gegen die Bayerische Volkspartei und gegen die Sozialdemokratie zu kämpfen haben. Der Kampf ist nicht nur schwierig, sondern auch gefährlich. Bekommt die Bayerische Volkspartei die Mehrheit, so ist eine Abtrennung in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Mit den Sozialdemokraten können wir in der Nationalversammlung wohl zusammenarbeiten. Etwas anderes ist aber das Verhalten bei den Wahlen. Da ist der Standpunkt von Fischbeck der einzig richtige. Unsere Wähler verstehen nicht, wie man bei der Wahl mit den Sozialdemokraten zusammengehen kann. Ohne einen Beschluß dürfen wir nicht auseinandergehen. Das beste ist die Resolution Fischbeck. In Bayern ist unsere Verbindung mit den Nationalliberalen fast vollständig durchgeführt. Nur ein kleiner Teil von ihnen – und zwar in München – ist durch radikale Demokratie von uns weggetrieben worden. In Nürnberg haben wir mit dem Hinzutreten der Nationalliberalen die besten Erfahrungen gemacht.

Es wird nun noch einmal die Resolution Fischbeck in etwas geänderter Fassung vorgelegt. Sie lautet jetzt folgendermaßen:

„Die Deutsche Demokratische Partei überläßt es den demokratischen Wahlbezirksleitungen, über eine etwaige Verbindung der Listen Beschluß zu fassen. Da es gilt, eine Mehrheit der Sozialdemokratie zu verhüten, so erklärt sie sich gegen eine Listenverbindung mit dieser Partei. Eine Verbindung mit reaktionären Richtungen ist abzulehnen."

Fischbeck.

Herr **Frankfurter** zieht seine Resolution zugunsten derjenigen von Fischbeck zurück. Herr **Nuschke** hält die seine aber aufrecht.

Herr **Boer** fragt an, wie es mit einer Verbindung mit der Deutschen Volkspartei gehalten werden soll, wenn diese sich schon vorher mit den Deutschnationalen einig geworden ist. Er wünscht zu wissen, ob die Resolution Fischbeck einen Rat oder eine Bindung darstellt. (Der **Vorsitzende:** Selbstverständlich ist es nur ein Rat.) Schließlich beantragt er die Streichung der Worte „und antisemitische"[28].

Zunächst wird darüber abgestimmt, ob in der Resolution Fischbeck die Worte „und antisemitische" aufrechterhalten werden sollen.

Nunmehr wird über die Resolution Fischbeck im ganzen abgestimmt. Dafür ist die große Mehrheit, dagegen vier Stimmen und eine Enthaltung (Herr Nuschke). Zugleich wird statt des Wortes „Elementen" das Wort „Richtungen" gesetzt.

28 Dieser Antrag bezieht sich offenbar auf die erste Fassung der Resolution Fischbeck. Siehe oben.

Herr **Hübner** und andere Herren erklären, daß sie nur darum gegen die Resolution Fischbeck gestimmt hätten, weil die Resolution Nuschke, die offenbar die weitergehende sei, nicht zuerst zur Abstimmung gebracht worden sei. Andernfalls hätten sie nach Ablehnung der Resolution Nuschke für die Resolution Fischbeck gestimmt.

Der Hauptvorstand nimmt einstimmig eine Resolution Gerland an, welche die Regierung zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung in Berlin auffordert: „Nur durch die Duldung, die sie Liebknecht[29] und seinen Banden gegenüber an den Tag gelegt hat, ist eine Lage entstanden, die nicht weiter ertragen werden kann." Außerdem wirft die Entschließung der Regierung Untätigkeit in den Ostmarken gegenüber den Polen vor[30]. Eine Resolution Nuschke, welche rasche Heimkehr der Kriegsgefangenen verlangt[31], wird ebenfalls einstimmig angenommen.

29 Karl Liebknecht (1871-1919), Md preuß. Abgeordnetenhauses (SPD/bkF) 1908 bis Februar 1917, MdR 1912 bis Februar 1917, Führer des Spartakusbundes, Mitbegründer der KPD, ermordet 15.1.1919.

30 Liegt vor.

31 Liegt vor.

11.

17.1.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses gemeinsam mit Vertretern der preußischen Organisation in Groß-Berlin[1].

Vorsitz: Naumann. Beginn: kurz nach 16.15 Uhr. Ende: 18.30 Uhr. Ort: Parteibüro.

Anwesend: Bergmann, Frau Bernhardt, Cassel, Issberner, Kalkoff, Kempner, Liepmann, Naumann, Nuschke, Otto, Schacht, Wießner.

Naumann *eröffnet. Der Wahlaufruf für Preußen wird besprochen. Die Aussprache dreht sich vor allem um die Frage, ob man die Einheitlichkeit Preußens darin besonders betonen solle oder nicht[2]. „Gegen die Stimme von Herrn Naumann, der sich der Abstimmung enthält, wird beschlossen, einen Passus aufznehmen, der sich für die Aufrechterhaltung eines ungeteilten Preußens ausspricht." Ferner soll der Aufruf u. a. den Wunsch nach dem Anschluß Deutsch-Österreichs sowie ein unzweideutiges Bekenntnis zur Republik und die Forderung nach einem demokratischen Wahlrecht für Männer und Frauen enthalten[3].*

13 Wahlkreise erhalten Wahlbeihilfen in der Höhe von insgesamt 170000 M.

Der Bund Deutscher Marineoffiziere hat an die Zentrale eine Anfrage über die Stellung der Partei zu einer Reihe von militärischen Problemen gerichtet. Der

1 Bergmann, Cassel, Liepmann, Otto.

2 Vgl. Nr. 12 Anm. 1.

3 Abgedruckt in: Demokratische Parteikorrespondenz v. 18.1.1919 Nr. 15.

Geschäftsführende Ausschuß einigt sich auf folgende Antwort: „Die Partei will keine Wahl der Offiziere durch die Soldaten, keine Abschaffung der Rangabzeichen, keine Soldatenräte als dauernde Institution und keine Übernahme der Kommandogewalt durch die Soldatenräte." Diese Antwort soll allerdings nur im Namen der gerade anwesenden Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses[4] erteilt werden.

4 Frau Bernhardt, Kempner, Nuschke, Schacht, Wießner.

12.

21.1.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Fischbeck. Beginn: kurz nach 16.15 Uhr. Ende: kurz nach 18 Uhr. Ort: Parteibüro.

Anwesend: Frau Bernhardt, Dernburg, Fischbeck, Frankfurter, Gerland, Issberner, Kalkoff, Kanzow, Kempner, Lippmann, Nuschke, Pachnicke, Remmers, Wießner, Wolff. Entschuldigt: Schacht.

Fischbeck *eröffnet.* **Nuschke** *teilt mit, daß im Lande große Erregung über die Stellungnahme von Preuß[1] zur Aufteilung Preußens herrsche. Da Preuß auf der Berliner Kandidatenliste stehe, müsse der Geschäftsführende Ausschuß sich zu der Angelegenheit äußern. Nach längerer Debatte wird beschlossen, sich „mit allem Nachdruck für die Unteilbarkeit und Unversehrtheit Preußens" auszusprechen. Der Geschäftsführende Ausschuß gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Berliner Organisation sich in gleichem Sinne äußern und Preuß auffordern werde, „aus der dadurch geschaffenen Sachlage als Kandidat seine Konsequenzen zu ziehen"[2].*

12 Wahlkreise erhalten insgesamt 157000 M. Künftig soll mehr als bisher darauf geachtet werden, daß die Groß-Berliner-Organisation nicht finanziell vor den anderen Wahlkreisen bevorzugt wird.

Der Centralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens[3] hat die Zuwahl eines seiner Mitglieder in den Hauptvorstand bzw. Geschäftsführenden Ausschuß beantragt. Der Antrag wird abgelehnt.

1 Hugo Preuß (1860-1925), Professor für öffentliches Recht an der Handelshochschule Berlin, MdL Preußen (DDP) 1919-1925, Staatssekretär des Innern November 1918, Innenminister von Februar bis Juni 1919. Vgl. Günther Gillessen, Hugo Preuß. Studien zur Ideen- und Verfassungsgeschichte der Weimarer Republik, phil. Diss. Freiburg 1955; Siegfried Grassmann, Hugo Preuß und die deutsche Selbstverwaltung, Lübeck u. Hamburg 1965. Preuß, dem die Volksbeauftragten die Ausarbeitung des Entwurfs der Reichsverfassung übertragen hatten, war für eine Aufteilung Preußens eingetreten, weil er darin eine unerläßliche Vorbedingung der beabsichtigten Neugliederung des Reiches sah. Vgl. Schulz S. 123 ff.

2 Zur Behandlung des „Falles Preuß" innerhalb der DDP vgl. Albertin S. 281-285.

3 Zu den durchaus spannungsreichen Beziehungen zwischen Centralverein und DDP vgl. Feder passim.

Die Versammlung beschließt, in der Presse eine Stellungnahme gegen die Wahl von Weimar als Tagungsort der Deutschen Nationalversammlung zu veröffentlichen[4]. Nach Ansicht des Geschäftsführenden Ausschusses sprechen vor allem die Rücksichtnahme auf den Gedanken der Reichseinheit sowie verkehrstechnische Schwierigkeiten gegen Weimar.

4 Abgedruckt in: Demokratische Parteikorrespondenz v. 22.1.1919 Nr. 18.

13.

28.1.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Fischbeck. Beginn: 16.15 Uhr. Ende: nach 19.30 Uhr. Ort: Parteibüro.

Anwesend: Frau Bernhardt, Fischbeck, Frankfurter, Frentzel, Friedberg, Gerland, Issberner, Kalkoff, Kanzow, Kempner, Nuschke, Schacht, Wießner. Geladene Gäste: Bergmann, Mugdan.

Fischbeck *eröffnet. Schreiber[1] hat sich um die Stellung des Generalsekretärs beworben. Die Bewerbung wird der Finanzkommission zur Erledigung überwiesen.*

Rathje wird die demokratischen Parlamentarier mit drei Hilfskräften nach Weimar begleiten und dort eine besondere Parlamentsbeilage zur "Demokratischen Parteikorrespondenz" herstellen.

Im Verlauf einer längeren Diskussion über die bevorstehenden Gemeindewahlen werden auch der Fall Preuß[2] und die Klagen der Frauen über die Haltung des "Berliner Tageblatts" und der "Vossischen Zeitung"[3] besprochen. Der Geschäftsführende Ausschuß nimmt einstimmig einen Antrag Frankfurter an, der sich dafür ausspricht, die Listenverbindung für die Kommunalwahl mit sozialdemokratischen Parteien und mit den Deutschnationalen zu untersagen und sie mit den anderen Parteien freizugeben[4].

Schacht *legt die erste Nummer der "Parteiorganisation"[5] vor. Sie soll monatlich erscheinen und eine Zusammenstellung von Fakten und Anregungen aus dem Gebiet der Organisation und Agitation bringen.*

Um neue Geldmittel zu sammeln, wird beschlossen, den Zeitungen ein Scheckformular beizulegen, auf dem ein „packender Aufruf" zugunsten der Partei gedruckt ist. An Wahlbeihilfen werden zwei Ortsvereinen insgesamt 4000 M gewährt.

1 Otto Schreiber (geb. 1882), Studiendirektor der Fürst-Leopold-Akademie in Detmold seit 1917, Professor für Handelsrecht und öffentliches Recht an der Universität Königsberg seit 1920, Leiter der Reichsgeschäftsstelle der DDP von März 1919 bis Januar 1920.

2 Siehe Nr. 12.

3 Zum problematischen Verhältnis der demokratischen Berliner Presse zur DDP vgl. Becker S. 67-135.

4 Liegt vor.

5 Die Parteiorganisation. Monatsschrift für die Vertrauensmänner der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin (nur Nr. 1 Januar 1919 erschienen).

14.

1.2.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Fischbeck. Beginn: kurz nach 16.30 Uhr. Ende: 18.15 Uhr. Ort: Parteibüro.

Anwesend: Frau Bernhardt, Fischbeck, Frankfurter, Issberner, Kanzow, Frau Lüders, Nuschke, Schacht, Wießner. Gäste: Liesching (später).

Fischbeck *eröffnet. Der Geschäftsführende Ausschuß ist damit einverstanden, daß Schreiber mit einem Jahresgehalt von 20000 M als Generalsekretär engagiert wird.*

Fischbeck *verliest ein Schreiben von Preuß, das „sehr scharfe Ausdrücke gegen Parteiangehörige" enthält*[1]*. Der Geschäftsführende Ausschuß will vor einer Antwort die Stellung des Berliner Parteitags zum Fall Preuß abwarten.*

Nuschke *referiert über die deutsch-österreichische Frage. Ein Vertreter der Deutsch-Österreicher habe die Deutsche Demokratische Partei um Wahlgelder in der Höhe von zwei Millionen Kronen und um rednerische Unterstützung ersucht. Die Versammlung ist grundsätzlich bereit, sich um die Erfüllung dieser Bitten zu bemühen.*

Aus Kreisen der Partei ist verschiedentlich angeregt worden, die demokratische Fraktion der Preußischen Landesversammlung zusammentreten zu lassen, damit sie die schleunige Einberufung der Landesversammlung verlange. Dort soll die Fraktion beantragen, die von der Regierung geplante Vorwegnahme der Gemeindewahlen zu verhindern. **Fischbeck** *legt die Motive der Regierung dar und bezeichnet eine Stellungnahme der Fraktion gegen die Wahlen als bedenklich.*

Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, bei der Zentrale Berufsausschüsse mit jeweils etwa drei Angehörigen der Berufszweige und einem Delegierten des Geschäftsführenden Ausschusses zu bilden.

Nuschke wird beauftragt, ein Rundschreiben an die Vereine auszuarbeiten, in dem zum Eintritt in die Bürgerwehr aufgefordert wird.

1 Vgl. Nr. 11 und Nr. 12.

15.

4.2.1919: Sitzung des Hauptvorstandes

Vorsitz: Fischbeck. Beginn: kurz nach 11.15 Uhr. Ende: kurz vor 19 Uhr. Ort: Erfurt, im „Erfurter Hof".

Herr **Fischbeck** begrüßt die Erschienenen kurz nach 11.15 Uhr und führt dabei aus: Der Aufbau der Partei ist zur Zeit ein provisorischer sowohl nach der organisatorischen wie nach der programmatischen Seite hin. Trotz aller Schwierigkeiten, die darin liegen, ist es gelungen, unserer Partei eine wichtige Position zu verschaffen[1]. Da ein Programm noch nicht festgesetzt werden konnte, ist vorläufig

1 Zum Ergebnis der Wahlen zur Nationalversammlung vom 19. Januar 1919 siehe S. 820.

seinerzeit ein Wahlaufruf programmatischer Natur erschienen[2]. Außerdem ist in besonderen Kundgebungen die Stellung der Partei zu bestimmten Fragen präzisiert worden. Die Hauptsache war die Arbeit in demokratischem Sinne. Dabei spielte naturgemäß auch die Personenfrage eine große Rolle. Die heutige Sitzung ist einberufen, weil es notwendig erschien, außer der Fraktion auch dem Hauptvorstand Gelegenheit zu geben, sich über die Politik auszusprechen, die in den nächsten Wochen in der Nationalversammlung getrieben werden soll. Wenngleich natürlich die Stellungnahme im einzelnen ganz aus der jeweiligen politischen Situation heraus seitens der Fraktion erfolgen muß, so gibt es doch eine Anzahl allgemeiner Fragen, über die eine Aussprache jetzt nötig und nützlich ist. Der Vorsitzende macht dann geschäftliche Mitteilungen und betont zum Schluß, daß die Verhandlungen streng vertraulich sind. Die erste Frage, die zur Verhandlung gelangt, ist diejenige der

Regierungsbildung und des Zusammenwirkens der Parteien

Wir können, wie der Vorsitzende ausführt, nach rechts und links den Ausschlag geben. Wir sind bereit zu positiver Arbeit und schrecken vor einer Koalition mit den Mehrheitssozialisten keineswegs zurück. Voraussetzung ist natürlich, daß wir uns über gewisse Fragen vorher mit der Sozialdemokratie einigen. Es kommt darauf an, sich darüber zu entscheiden, ob wir allein mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten wollen oder ob die Basis vergrößert werden soll durch Hinzuziehung des Zentrums. Der Vorsitzende ist für die letztere Alternative, wegen der schweren Verantwortung, die auf dieser Nationalversammlung ruht, und der Folgen, die sich bei den künftigen Wahlkämpfen daraus ergeben werden! Das wird vor allem bei der Steuerpolitik der Fall sein, dann auch bei dem Friedensschluß. Wir brauchen dem Zentrum nicht nachzulaufen. Wenn sich aber die Tatsachen so herausstellen, daß das Zentrum mit uns positiv zu arbeiten bereit ist, dann sollen wir in die dargebotene Hand einschlagen. Das Zentrum wird wahrscheinlich auch zu solcher Entscheidung kommen, insbesondere der Flügel, der sich auf die Arbeiterschaft aufbaut. Hierüber sollten wir jetzt sprechen und im Anschluß daran über die programmatischen Forderungen, die an die neue Regierung zu stellen sind.

Herr **Blunck:**[3] Wir müssen uns darüber klar sein, was geschieht, wenn die Sozialdemokraten nicht mit uns zusammengehen wollen. Falls die Sozialdemokraten nicht mit dem Zentrum zusammengehen wollen, dann dürfen wir auch nicht in die Regierung eintreten. Wir dürfen das Zentrum nicht in die Opposition treiben, weil wir sonst die partikularistischen Tendenzen stärken.

Herr **Fischbeck**: Die Befürchtung Bluncks ist gegenstandslos. Auch bei der Sozialdemokratie ist unter allen Umständen der Wunsch vorhanden, mit bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten. Gewisse Vorbesprechungen haben schon stattgefunden, und zwar am vergangenen Sonnabend zwischen Ebert, Schei-

2 Siehe Nr. 4 Anm. 1.

3 Andreas Blunck (1871–1933), Rechtsanwalt in Hamburg, Md Bürgerschaft (Vereinigte Liberale) 1904–1918, MdR (Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1912–1920, Reichsjustizminister von März bis Juni 1920.

demann und David[4] einerseits und Schiffer[5], Naumann und Fischbeck andererseits. Die Herren waren durchaus bereit, auf unsere Forderungen einzugehen und auch das Zentrum zur Regierung zuzuziehen.

Herr **Liepmann**[6]: Wir sollten auch gegenüber dem Zentrum einen Druck ausüben und erklären, wir machen nur mit, wenn das Zentrum sich in den allgemeinen Rahmen einfügt.

Herr **Erkelenz** spricht Bedenken gegen die Heranziehung des Zentrums aus. Je mehr die Basis der Regierung nach rechts verbreitert wird, desto größeren Erfolg wird die radikale Linke haben. Es fragt sich sogar, ob nicht auch wir darauf verzichten müssen, in die Regierung einzutreten. Unser Eintritt wird sich allerdings nicht vermeiden lassen. Wir sind jedenfalls verpflichtet, auch ohne das Zentrum an der Regierung teilzunehmen. Eine Mitarbeit mit dem Zentrum würde zugleich eine Bindung in vielen kulturellen Fragen bedeuten.

Herr **Fischbeck**: Natürlich behält sich die Sozialdemokratie einen entsprechenden Anteil der Mandate in der Regierung vor, um sich nicht von den Bürgerlichen majorisieren zu lassen. Sie soll ungefähr die Hälfte erhalten, während die zweite Hälfte auf die anderen Parteien verteilt wird.

Herr **Hohmann**[7]: Für Bayern liegt die Sache für die Demokratie ebenso wie im Reiche. Auch in Bayern hält man eine Koalitionsregierung für wünschenswert. Herr Auer[8] glaubt allerdings nicht, daß ein solches Ministerium heute durchzusetzen ist, wegen der Unabhängigen, mit denen man nicht zusammenarbeiten kann, die aber aus der Regierung nicht wieder verdrängt werden können, wenn man nicht viele Mehrheitssozialisten nach links treiben will. Redner ist in erster Linie für eine Koalitionsregierung im Reiche, andernfalls für eine bloße Unterstützung der Sozialdemokratie durch die Demokratie. Es wäre ja dankbar, wenn wir außerhalb der Regierung bleiben und uns unsere Beschlußfreiheit bewahren. Die Sozialdemokratie will das aber nicht. Sie verlangt, daß wir sie durch den Eintritt in die Regierung öffentlich unterstützen.

Der **Vorsitzende** bittet mit Rücksicht auf die großen Anmeldungen zur Diskussion die Redner, sich kurz zu fassen.

Herr **Preuß**: In Bayern liegen die Sachen doch anders als im Reiche. Denn in

---

4 Eduard David (1863-1930), Md II. hess. Ständekammer (SPD) 1896–1908, MdR 1903 bis Dezember 1930, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Oktober 1918, Minister ohne Portefeuille und Innenminister 1919-1920, Gesandter in Darmstadt 1921-1927.

5 Eugen Schiffer (1860–1954), Richter in Oberschlesien, dann Verwaltungsgerichtsrat in Berlin, MdL Preußen (NL/DDP) 1903–1918, 1921–1924, MdR 1912 bis September 1917, 1919 bis Dezember 1924, Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt 1917, Staatssekretär 1918, Reichsfinanzminister und Vizekanzler von Februar bis April 1919, Reichsjustizminister von Oktober 1919 bis März 1920 und von Mai bis Oktober 1921, Vorsitzender der Reichstagsfraktion der DDP von Juni bis Oktober 1919 und von Juni 1920 bis Juni 1921. Vgl. E. Schiffer, Ein Leben für den Liberalismus, Berlin-Grunewald 1951.

6 Paul Liepmann (1856-1932), Rechtsanwalt in Charlottenburg, Md preuß. Abgeordnetenhauses (NL) 1913-1918.

7 Georg Hohmann, Professor für Orthopädie an der Universität München, MdL Bayern (DDP).

8 Erhard Auer (1874-1945), MdL Bayern (SPD), MdNv 1919-1920, bayerischer Innenminister von November 1918 bis Februar 1919, Vorsitzender der SPD Bayerns.

Bayern vertritt das Zentrum[9] auch zugleich die Rechte. Es ist dringend davor zu warnen, das Zusammengehen mit dem Zentrum als unbedingte Voraussetzung für unseren Eintritt in die Regierung hinzustellen. Andernfalls käme es zu einem Herandrängen der Mehrheitssozialisten an die Unabhängigen und sodann auf der anderen Seite zu einem bürgerlichen Block, der eine neue Revolution bedeuten würde. Die Sozialdemokratie braucht uns aber auch. An sich wäre es freilich besser, wenn das Zentrum auch einträte. Aber dem stehen große Schwierigkeiten gegenüber: vor allem die partikularistischen Tendenzen und die Kirchenpolitik dieser Partei. Wir können die Vermittler zwischen der Sozialdemokratie und dem Zentrum sein. Aber wir dürfen uns nicht auf den Standpunkt stellen: entweder beide bürgerlichen Parteien in die Regierung oder gar keine.

Herr **Nuschke**: Wünschenswert ist es, das Zentrum zur Mitarbeit zu bringen. Aber wir könnten taktisch nichts Falscheres tun, als wenn wir diese Mitarbeit des Zentrums zur conditio sine qua non machten. Denn wir verhelfen dadurch dem Zentrum zu einer unerhört günstigen Stellung. Wir müssen der Sozialdemokratie ein fest umrissenes Programm und eine klare Auswahl der Persönlichkeiten vorlegen. Voraussetzung für unseren Eintritt ist in erster Linie ein leistungsfähiger Heereskörper mit ernannten Offizieren, ferner Überleitung des Rätesystems in eine ungefährliche Position, Regelung der Arbeitslosenfrage durch Einführung der Arbeitspflicht, Einigung über die Frage der Sozialisierung von Betrieben usw. Es muß darauf gesehen werden, daß alle einschlägigen Anträge nicht etwa als solche der Demokratischen Partei, sondern der Gesamtregierung eingebracht werden.

Herr **Hesse**[10]: Wir müssen das Zentrum in die Regierung mit hineinnehmen. Die Radikalen werden dadurch keine Verstärkung erhalten, weil das Zentrum nicht im Verdacht steht, gegenrevolutionäre Bestrebungen zu unterstützen. Andernfalls dürfen wir uns auf keinen Fall weigern, in die Regierung einzutreten. Aufstellung eines festen Programms ist notwendig. Unbedingt gefordert werden muß ein Abbau des Rätesystems.

Herr **Vershofen**[11]: Es ist sehr fraglich, ob wir das Zentrum in die Regierung mit hineinnehmen müssen. Die Regierung würde dann bei den Massen als nicht genügend linksstehend betrachtet werden, und die Radikalen würden den Nutzen davon haben.

Herr **Haas**[12]: Auch in Baden müßten wir das Zentrum unbedingt in die Regierung

9 Ursprüngliche Fassung: „[. . .] vertritt das Bürgertum im Zentrum [. . .]"

10 Fritz Hesse (geb. 1881), Rechtsanwalt, Bürgermeister in Dessau seit 1918, MdNv (DDP) 1919-1920, MdL Anhalt.

11 Wilhelm Vershofen (1878-1960), Oberlehrer in Jena bis 1918, Leiter des Verbandes der thüringischen Spielwareninteressenten bis 1923, dann Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Handelshochschule Nürnberg, MdNv (DDP) 1919-1920.

12 Ludwig Haas (1875-1930), Rechtsanwalt in Karlsruhe, Hauptvorstandsmitglied des Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, MdR (Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1912 bis August 1930, badischer Innenminister 1918-1919, Vorsitzender der Reichstagsfraktion der DDP 1928-1929. Vgl. Ludwig Luckemeyer, Ludwig Haas als Reichstagsabgeordneter der Fortschrittlichen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei. Zum 100. Geburtstag des bedeutenden Staatsmannes der Weimarer Republik, in: Kritische Solidarität. Betrachtungen zum deutsch-jüdischen Selbstverständnis. Für Max Plaut zum 70. Geburtstag, hrsg. v. Günter Schulz, Bremen 1971, S. 119-174.

mit hineinnehmen. Die Lage der Reichsregierung ist eine entsprechende. Es wäre ein unerträglicher Zustand, wenn das gesamte Bürgertum außer der Demokratie in Opposition zur Regierung stände. Es kann entweder nur eine Regierung gebildet werden mit dem Zentrum zusammen oder eine rein sozialistische, die dann allerdings teilweise von der Demokratie unterstützt würde. Auf eine eventuelle Zunahme der Unabhängigen können wir keine Rücksicht nehmen. Wer von den Sozialdemokraten nach links abschwenken will, der findet Grund dazu schon in der Tatsache, daß die Demokratie allein mit den Sozialdemokraten in der Regierung ist. Das allerwichtigste ist die Schaffung einer Armee, wichtiger noch als die Schaffung einer Verfassung. Das Heer muß ganz neu geschaffen werden, und dabei brauchen wir unter allen Umständen das Zentrum, weil das Heer vorläufig nur auf dem System der Freiwilligkeit aufgebaut werden kann und weil wir auch andere Freiwillige als sozialdemokratische gebrauchen. Die Kreise, die zu uns gehören, versagen vielfach bei der Bildung des Heeres, wie die Erfahrungen in Baden gezeigt haben.

Herr **Marwitz**: Die Aufhebung des Rätesystems hängt weniger ab von direkten Maßnahmen als von der ganzen Gestaltung der Gesetzgebung, nämlich von der Neuregelung der Lebensmittelversorgung usw. Wir müssen uns unter allen Umständen an der Regierung beteiligen, schon um dem Bürgertum zu zeigen, daß man auch mit der Sozialdemokratie zusammenarbeiten kann. Doch wäre es außerordentlich wichtig, wenn auch das Zentrum mit uns geht.

Herr **Lippmann**[13]: Eines der bedeutsamsten Ziele für uns ist eine Armee, in der die Führer von den vorgesetzten Behörden bestellt werden. Die Mitteilungen über ein Versagen des Bürgertums bei der Neubildung des Heeres sind nicht ganz zutreffend. Wenn das Bürgertum Abstand nahm, in das erste freiwillige Heer einzutreten, so lag das daran, daß es sich um eine ganz demoralisierte Truppe handelte; aber sobald die Nationalversammlung den Boden für eine gehörige Zusammensetzung der Armee geschaffen hat, wird sicherlich auch das Bürgertum sich beteiligen. Die Versprechungen, die wir bei der Wahlbewegung gegeben haben, zwingen uns ohne weiteres, an der Regierung teilzunehmen, auch wenn diese nicht Vertreter des Zentrums enthält. Besser wäre es allerdings, wenn das Zentrum mitmachte. Wir müssen ein ganz bestimmtes Arbeitsprogramm vereinbaren.

Herr **Luppe**[14]: Wir haben die Verpflichtung, mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen; das Zentrum kommt dann von selbst hinzu.

Herr **Waldstein**[15]: Am besten wäre eine Regierung, bestehend aus Sozialdemokratie, Demokratie und Zentrum. Es ergäbe sich natürlich auch die Kombination, daß die Sozialdemokratie die Regierung bildete, während wir sie unterstützten, also aus dem bürgerlichen Block herausblieben. Diese Situation würde aber für

13 Julius Lippmann (geb. 1864), Rechtsanwalt in Stettin, Oberpräsident der Provinz Pommern, Md preuß. Abgeordnetenhauses (Fortschrittliche Volkspartei) 1908-1918, MdNv (DDP) 1919-1920.

14 Hermann Luppe (1874-1945), Bürgermeister in Frankfurt/M. 1913-1920, Oberbürgermeister von Nürnberg 1920-1933, MdNv (DDP) 1919-1920.

15 Felix Waldstein (1865-1943), Rechtsanwalt und Notar in Altona, Md preuß. Abgeordnetenhauses (Fortschrittliche Volkspartei) 1908-1918. MdR (Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1912 bis Februar 1921.

uns ebenso verantwortungsvoll sein, als wenn wir in der Regierung blieben. Darum sollten wir den gemeinsamen Eintritt von Demokratie und Zentrum in die Regierung vorziehen und erst in zweiter Linie an eine bloße Unterstützung einer rein sozialistischen Regierung denken. Gegenüber Herrn Nuschke bemerkt der Redner, daß die Zeit wohl vorüber ist, wo eine Partei für sich allein im Parlament Anträge stellt; diese Anträge werden vielmehr immer von der Regierung ausgehen.

Herr **Quidde**[16]: Die Heranziehung des Zentrums im Reiche ist nicht so leicht wie in Baden und Württemberg, aber auch nicht so schwierig wie in Bayern. Doch ist es Sache der Mehrheitssozialisten, darüber zu entscheiden. Erwähnenswert ist, ob man nicht unterscheiden soll zwischen Mehrheitsbildung und Eintritt in die Regierung. Die Mehrheitssozialisten sollten allein die Regierung führen und wir sie unterstützen. Wenn das aber nicht geht, so dürfen wir uns dem Eintritt nicht entziehen.

Herr **Grünewald**[17]: Auch in Hessen haben wir ein Koalitionsministerium mit Einschluß des Zentrums. Dazu muß es im Reiche auch kommen. Die vorläufig aktuellen Fragen können sehr gut mit dem Zentrum zusammen erledigt werden. Wir müssen sofort die Punkte, auf die es ankommt, in ein Aktionsprogramm zusammenfassen und es nach rechts und links präzisieren; denn wir können nicht über das Zusammengehen mit anderen Parteien beschließen, wenn wir nicht vorher genau wissen, was wir wollen.

Herr **Fischer**: Die Erfahrung lehrt, daß man das Zentrum entweder in der Regierung oder in der Opposition hat.

Herr **Dernburg** steht auf dem Boden der Ausführungen von Nuschke. Insbesondere lenkt er die Aufmerksamkeit auf die Wichtigkeit des Friedensschlusses. Die Entente will ihren Frieden am liebsten mit einem demokratischen Deutschland machen. Aus diesem Grunde müssen wir unter allen Umständen versuchen, eine demokratische Mehrheit herzustellen. Wir haben die Aufgabe, mit der Sozialdemokratie ein Aktionsprogramm zu vereinbaren und es dann der Sozialdemokratie zu überlassen, ob sie das Zentrum zu einer Mitarbeit an diesem Programm gewinnt. Die vorläufige Regierung in Deutschland wird noch etwa 4 Monate bestehen. Sollen wir die Sozialdemokratie dabei allein in der Regierung lassen? Das entspricht nicht meinem Empfinden. Besonders auch bei der Heeresfrage dürfen wir die Sozialdemokratie nicht allein lassen. Die Änderung der innerpolitischen Verhältnisse, der Abbau der Klassengegensätze, läßt sich dabei nicht ermöglichen, wenn wir von vornherein erklären, wir seien eine rein bürgerliche Partei. Deswegen ist es richtig, den Versuch zu machen, eine möglichst breite Basis für die Regierung zu gewinnen. Kommt es aber durch Schuld des Zentrums nicht dazu, so können wir uns nicht zurückziehen, sondern müssen die Verantwortung allein übernehmen. Es ist auch schon aus praktischen Gründen besser, wenn wir in der Regierung selbst das Zünglein an der Waage bilden.

16 Ludwig Quidde (1858-1941), Historiker, Vizepräsident des Internationalen Friedensbüros in Genf, Md bayer. Abgeordnetenkammer (Süddeutsche Volkspartei) 1907-1918, MdNv (DDP) 1919-1920. Vgl. Utz-Friedebert Taube, Ludwig Quidde. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Gedankens in Deutschland, Kallmünz 1963.

17 Wilhelm Grünewald (1859-1925), Rechtsanwalt in Gießen, MdNv (DDP) 1919-1920.

Der **Vorsitzende** schlägt jetzt vor, eine Mittagspause zu machen. Er führt aus, es genüge heute eine bloße Aussprache; Anträge zu stellen, sei nicht angebracht. Die Sache liege so, daß erst die Parteien Fraktionssitzungen abhalten und daß dann erst Verhandlungen zwischen den Parteien stattfinden können. Heute läßt sich noch gar nichts Bestimmtes festlegen.

Herr **Lippmann** meint, wir müßten doch hier zu bestimmten Beschlüssen kommen.

Herr **Dirr**[18]: Wir wollen nicht nach Hause gehen, ehe wir genau wissen, was die Fraktion will. Es bedarf keines detaillierten Programms. Der Hauptvorstand muß aber die wichtigsten Grundsätze aufstellen.

Der **Vorsitzende** hält sein Bedenken gegen die Fassung bestimmter Beschlüsse aufrecht, schon mit Rücksicht auf die geringe Vertretung des Hauptvorstands und der Fraktion in der heutigen Sitzung.

Nach einer nahezu zweistündigen Pause wird um 15 Uhr die Verhandlung fortgesetzt.

Herr **Schacht**: Man erwartet von uns ein entscheidendes Wort. Jetzt ist der Moment für eine politische Initiative gegeben. Wir dürfen nicht lediglich der Sozialdemokratie Helferdienste leisten, sondern müssen unsererseits die Leitung der politischen Verhältnisse in die Hand nehmen. Deshalb dürfen wir uns nicht darauf beschränken zu sagen, wie denkt die Sozialdemokratie über die Mitwirkung des Zentrums, sondern wir müssen uns darüber klarwerden, was wir darüber denken. Nun ist das Zentrum heute ebensowenig eine geschlossene politische Macht wie vor der Revolution. Man hat sich also dem Zentrum gegenüber zu orientieren einmal in bezug auf die Person, dann auf die Programmfrage. Von vornherein erleben wir ein glänzendes Fiasko, wenn wir mit Leuten wie Spahn[19], Groeber[20] und Erzberger zusammengehen würden. Man kann nur von dem Arbeiterflügel des Zentrums Männer in das Kabinett hineinnehmen. Sodann ist es empfehlenswert, daß die drei Parteien sich zusammensetzen, um ein Programm für die nächsten Wochen zu machen. Die wichtigsten Fragen dabei sind: 1. Wie machen wir das Land im Innern wieder arbeitsfähig? und 2. Wie bringen wir den Frieden mit dem Auslande zustande? Wir müssen bei der Sozialisierung die Frage auf die Steuerpolitik hinüberspielen. Klarheit muß in diesem Kreise darüber herrschen, daß der Hauptvorstand die Pflicht hat, zu der Frage der Kabinettsbildung seine Meinung zu sagen. Es ist auch wünschenswert, daß, sobald diese Fragen endgültig entschieden sind, Mitglieder des Hauptvorstandes hinzugezogen werden. Die ganze Angelegenheit darf nicht nur nach dem Willen der Fraktion behandelt werden, sondern als eine gemeinsame Aufgabe der Fraktion und des Hauptvorstandes.

Herr **Gerland**: Es ist selbstverständlich, daß wir uns an der Regierung beteiligen. Ob das Zentrum mit hineingeht, hängt von seinen Forderungen ab. Sind diese für

18 Pius Dirr (geb. 1875), Archivdirektor in München, MdL Bayern (DDP).

19 Peter Spahn (1846-1925), Md preuß. Abgeordnetenhauses (Z) 1882-1918, MdR 1884 bis September 1917, 1919 bis September 1925, preußischer Justizminister 1917-1918.

20 Adolf Gröber (1854–1919), MdR (Z) 1887 bis November 1919, Md II. württ. Abgeordnetenkammer 1899–1918.

uns unerfüllbar, dann muß jene Partei draußen bleiben. Die Frage, ob wir heute hier ein Aktionsprogramm aufstellen können, ist zu verneinen. Redner macht dann noch darauf aufmerksam, daß, wenn eine rein sozialistische Regierung zustande kommt, diese dann unbedingt nach links schwenken müßte, um das Erfurter Programm durchzuführen.

Herr **Koch[-Weser]** (Kassel)[21]: Zunächst müssen wir, ehe wir mit anderen Parteien unterhandeln, wissen, was wir selbst wollen. Wir brauchen also ein Programm, und dann müssen wir ein Aktionsprogramm gemeinsam mit der Sozialdemokratie und dem Zentrum für die nächsten Monate bis zum Inkrafttreten der Verfassung aufstellen. Das Treibholz zwischen der Mehrheitssozialdemokratie und den Unabhängigen, das von wirtschaftlichen Gründen getrieben wird, zwingt uns hierzu. Das Verhältnis der Sozialdemokratie zu dem Zentrum spielt dabei keine Rolle. Ist das Zentrum nicht zum Eintritt bereit, so müssen wir allein mit den Sozialdemokraten in die Regierung treten.

Herr **Petersen**: Die neue parlamentarische Regierung muß sich über ein politisches Programm klarwerden und es dann veröffentlichen, damit die Mehrheitssozialdemokraten gebunden werden. Es ist absolut notwendig, daß die Arbeiter- und Soldatenräte entweder ganz unschädlich gemacht, oder was noch besser wäre, vollständig abgeschafft würden. Darüber sollten wir uns in keine Kompromisse einlassen. Wir werden von der Entente ganz anders behandelt werden, wenn die Periode der Arbeiter- und Soldatenräte vollständig vorbei ist. Redner warnt vor einer Übereilung in den nächsten Tagen. Es komme darauf an, das Regierungsprogramm sorgfältig herzustellen. Also kann es noch 14 Tage und noch länger dauern, ehe man sich überstürzt.

Herr **Dirr**: Bei allen Verhandlungen interfraktioneller Natur ist die Partei im Vorteil, die ein Programm hat und dieses rücksichtslos zur Geltung bringt. Darum müssen wir unseren eigenen Willen kräftig durchdrücken. Maßgebend ist der Mehrheitswille der Wähler hinter uns. Wir dürfen nicht die gleiche Politik machen wie im alten Reichstag, daß wir Schritt für Schritt mit den Mehrheitssozialisten bergab gleiten aus Besorgnis vor der Revolution. Nachher kam die Revolution aber doch. Darum müssen wir uns ein eigenes Programm anschaffen. Die Fraktion darf wichtige Aktionen nur in ständiger Fühlungnahme mit dem Hauptvorstand vornehmen. Gegenüber Dernburg erklärt Redner, es sei in bezug auf die Friedensbedingungen ganz gleichgültig, wie die deutsche Reichsregierung künftig aussehen wird. Heute könnten wir allerdings kein Programm aufstellen. Ohne Einberufung des Hauptvorstandes aber darf die Fraktion auch kein Aktionsprogramm veröffentlichen. Solche Richtlinien lassen sich aber doch auch in ein paar

21 Erich Koch, ab April 1925 nach dem von 1920-1924 von ihm vertretenen Wahlkreis Weser-Ems „Koch-Weser" genannt (1875-1944), Stadtdirektor in Bremerhaven 1909-1913, Oberbürgermeister in Kassel 1913-1919, MdL Oldenburg (NL) 1901-1909, Md Bürgerschaft Bremen 1909-1913, MdR (DDP/Staatspartei) 1919 bis Oktober 1930, Reichsinnenminister von Oktober 1919 bis März 1921, Reichsjustizminister von Juni 1928 bis April 1929, Vorsitzender des PA der DDP von Januar 1924 bis Oktober 1930, Vorsitzender des Vorstands von Oktober 1929 bis Oktober 1930, Vorsitzender der Reichstagsfraktion 1924-1928. Vgl. Attila Chanady, Erich Koch-Weser and the Weimar Republic, in: Canadian Journal of History 7, 1972, S. 51-63; ferner die biographische Skizze und Analyse der verfassungspolitischen Vorstellungen bei Ernst Portner, Erich Koch-Wesers Verfassungsentwurf. Ein Beitrag zur Ideengeschichte der Emigration, in: VfZ 14, 1966, S. 280-298.

Tagen herstellen. Binnen kurzem muß also eine Kundgebung an das deutsche Volk erfolgen.

Herr **Frankfurter** verliest einen von ihm eingebrachten Antrag und begründet ihn.

Herr **Schrader**[22] erklärt im Namen der Beamtenschaft, diese lege großen Wert darauf, daß die Regierung nicht der Sozialdemokratie allein überlassen bleibt, sondern daß die Demokratie sich aktiv an der Regierung beteiligt.

Herr **Mende**[23]: Wir dürfen nicht wieder Kompromisse machen. Große Freude in den Wählerkreisen hat es daher gemacht, daß der Hauptvorstand sich gegen die Verbindung der Listen ausgesprochen hat. In der Heeresfrage müssen wir sehr vorsichtig sein, um nicht den Eindruck zu erwecken, als wenn der alte Militarismus wieder ins Leben gerufen werden soll. Redner spricht ferner den Wunsch auf schnelle Einberufung des Parteitags aus. Unsere Partei soll an der Regierung mitwirken.

Herr **Schücking**[24]: Die Demokratie muß mit der Sozialdemokratie in die Regierung kommen, auch wenn das Zentrum nicht mitmacht. Es ist notwendig, daß die Partei internationalen Dingen ihr Interesse zuwendet. Die Frage der Entlassung der deutschen Kriegsgefangenen muß alsbald in der Nationalversammlung behandelt werden. Wenn die Feinde ihre Gebiete durchaus durch Deutsche wieder aufbauen wollen, dann ist es besser, wir stellen ihnen Arbeitslose aus Deutschland dazu zur Verfügung. In der Nationalversammlung muß der Geist der Gerechtigkeit zum Ausdruck gebracht werden. Als Redner ausführlich über das Verhältnis gegenüber den belgischen Franktireurs spricht, unterbricht ihn der **Vorsitzende** und bittet ihn, sich nicht zu weit vom Verhandlungsthema zu entfernen.

Herr **Dernburg**: Es trifft nicht zu, daß die Feinde sich auf einen Frieden nach den Wilsonschen Punkten im allgemeinen festgelegt haben. Das dürfen wir überhaupt nicht anerkennen. Wir dürfen keinen Frieden anerkennen, der den Wilsonschen Punkten widerspricht. Entsprechend den Punkten Wilsons müssen wir eine Regierung schaffen, die wahrhaft demokratisch ist.

Es entspinnt sich nun eine längere Geschäftsordnungsdebatte, als Herr **Marwitz** beantragt, die Besprechung zu beenden, soweit sie sich um die Frage des Eintretens in die Regierung dreht. Von mehreren Seiten werden weitere Anträge eingebracht. Der **Vorsitzende** bezeichnet es als bedenklich, Anträge zu stellen, die zur Nachachtung[25] für die Fraktion dienen sollen. Redner würde unter allen Umständen eine solche Bindung ablehnen. Die Fraktion allein sei zuständig und habe auch die Verantwortung zu tragen. An der Geschäftsordnungsdebatte beteiligen sich außerdem die Herren **Waldstein, Lippmann, Grünewald,**

---

22 Oberwachtmeister in Berlin.

23 Emil Mende, Lokomotivführer, Berlin.

24 Walther Schücking (1875-1935), Professor für Völkerrecht an den Universitäten Marburg, Berlin (Handelshochschule) und Kiel 1903-1933, Richter des Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Haag seit 1930, Vorsitzender der deutschen Gruppe der Interparlamentarischen Union, MdR (DDP) 1919-1928. Vgl. Detlev Acker, Walther Schücking (1875-1935), Münster 1970.

25 Ursprüngliche Fassung: „Nachahmung". Handschriftlich berichtigt, Sinn unklar.

Koch [-Weser], Quidde, Schacht, Dirr, Erkelenz, Luppe, Vershofen, Gleichauf[26], **Müller**[27], **Ludewig**[28], **Remmers, Wacker**[29], **Freiherr von Richthofen.** Im Laufe der Debatte werden die eingebrachten Anträge wieder zurückgezogen. Dann wird mit großer Mehrheit der Schluß der Debatte angenommen.

Das Schlußwort erhält Herr **Fischbeck**, um zu erklären: Wir sind uns zum großen Teil einig, einig also in dem Wunsch, daß das Zentrum mit in die Regierung hineinkommt. Die große Mehrheit ist auch dafür, daß wir in die Regierung eintreten, selbst wenn das Zentrum nicht mitmacht. Was die verschiedenen Programmpunkte anlangt, so sind wir einig darüber, daß unser Heerwesen auf die Grundlage der Disziplin gestellt und daß die Räte beseitigt werden. Einigkeit herrscht ferner darüber, in der Frage der Arbeitslosen Mittel und Wege zu finden, um aus dem jetzigen unhaltbaren Zustande herauszukommen. Die Angelegenheit der Kriegsgefangenen ist eine allgemein deutsche. Hier ist also empfehlenswert eine einheitliche Kundgebung der ganzen Nationalversammlung. In das Aktionsprogramm gehört sie nicht. Was den Friedensschluß anlangt, so sind wir einig, daß nur ein Frieden nach den Wilsonschen Punkten geschlossen werden kann und daß wir jeden Gewaltfrieden ablehnen. Über die Frage der Verfassung wird nachher noch zu sprechen sein. Redner betont, daß diese Aussprache sehr nützlich gewesen ist, hält aber daran fest, daß es falsch gewesen wäre, die Fraktion im einzelnen zu binden.

Es wird dann eine Kommission bestehend aus den Herren Waldstein, Pachnicke, Rathje und Wacker niedergesetzt mit dem Auftrag, sofort eine an die Zeitungen zu versendende Notiz über die Sitzung des Hauptvorstandes zu vereinbaren[30].

Der Verfassungsentwurf

Herr **Preuß** als Referent gibt einen Überblick über die Entwürfe der endgültigen[31] sowie der provisorischen Verfassung[32], namentlich soweit das Problem: Föderalismus oder unitarischer Staat in Betracht kommt. Insbesondere behandelt er dabei auch die Preußenfrage. Es ist zweifelhaft, ob es nützlich war, das Ja oder Nein in der Preußenfrage zu einer Programmfrage zu machen. Referent hat den Verfas-

26 Wilhelm Gleichauf (1855-1923), Schlosser, Vorsitzender des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter in Berlin, Vorstandsmitglied der Gesellschaft für soziale Reform, MdNv 1919-1920.

27 Chefredakteur der „Münchner Neuesten Nachrichten".

28 Friedrich Ludewig (1852-1920), Rechtsanwalt und Syndikus in Erfurt, Md preuß. Abgeordnetenhauses (NL) 1913-1918, MdNv (DDP) 1919-1920.

29 Redakteur in Berlin.

30 Abgedruckt in: Demokratische Parteikorrespondenz v. 5.4.1919 Nr. 28.

31 Vgl. Gegenüberstellung der revidierten sowie der ursprünglichen Fassung des Entwurfs in: Quellen 6/II S. 249-266; Angaben zur Entstehung der Entwürfe sowie Quellen- und Literaturhinweise a.a.O. S. 237 Anm. 3.

32 Vgl. Gegenüberstellung der Entwürfe eines Gesetzes über die vorläufige Reichsgewalt a.a.O. S. 334-338; zur Entstehung und Behandlung vgl. a.a.O. S. 323-329; ferner Preuß' Ausführungen in der Nationalversammlung am 8.2.1919. Sten. Ber. Bd. 326 S. 12-15.

sungsentwurf und vor allem die Begründung dazu ganz wesentlich unter dem Standpunkt gemacht, daß eine Diskussion über diese bis dahin gar nicht aktuelle Frage zustande kam. Macht man diese Frage von vornherein zum Programmpunkt, so geht die Partei heute auseinander. Über eines müssen wir uns allerdings einig sein: das alte Deutsche Reich beruhte auf der preußischen Hegemonie, und diese wäre nur wieder herzustellen im Wege der Restauration alter Verhältnisse. Es handelt sich darum: Soll die deutsche Republik wieder ein Bund der einzelnen in sich konstituierten Staaten sein (das würde als ein dauerndes Elend angesehen werden müssen) oder soll man Deutschland zu einem Nationalstaat machen, zu einem Staat, der sich in einzelne Landschaften[33] gliedert mit der Selbstverwaltung gewisser Angelegenheiten? Es ist einfach eine Lebensfrage für Deutschland, daß dieser letztere Standpunkt eingenommen wird. Dem muß sich auch die Preußenfrage unterordnen. Von einer Zerstückelung Preußens ist überhaupt keine Rede. Die Lösung des Problems kann nur schrittweise erfolgen. Unmöglich aber ist sie, wenn das Problem der Unantastbarkeit des preußischen Großstaates innerhalb Deutschlands vorangestellt wird. Es ist auch immer wieder betont worden: die ganze Gruppierung muß aus der Freiwilligkeit der Bevölkerung hervorgehen. Aber ein letztes Mittel muß es doch geben, um die künstliche Aufrechterhaltung des bestehenden Zustandes zu beseitigen. Das ist die Reichsgesetzgebung. Die norddeutschen kleinen Einzelstaaten können nicht mehr existieren nach dem Kriege, schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht. Was soll dann werden, wenn wir nördlich des Mains einen einheitlichen Großstaat Preußen haben, der die ganzen kleinen Staaten aufgesogen hat? Das gibt die Loslösung des Südens. Die Partei schadet sich selbst, wenn sie diese Frage zu einem Programmpunkt macht, anstatt zu sagen: der Grundgedanke, nämlich die Stärkung des Reiches, ist auch für uns maßgebend, mit den Mitteln identifizieren wir uns aber nicht. Mit diesem Preußenproblem hängt auch die Frage zusammen: Staatenhaus oder Bundesrat? Das Staatenhaus ist auf verschiedenen Seiten auf lebhaften Widerstand gestoßen. Wenn es fällt, dann werden wir ein anderes Kollegium bekommen, das mehr an den Bundesrat erinnert. Dann aber wird dieses Kollegium eine in der Gesetzgebung beschränktere Kompetenz als die Nationalversammlung erhalten. Referent behandelt dann noch die Frage, ob der Präsident vom Volke oder vom Parlament gewählt werden soll; sodann, ob der Präsident sein Amt nach amerikanischer oder nach französischer Art führen soll. Das Verfassungsprovisorium ist nicht etwa auf Verlangen der süddeutschen Regierungen zustande gekommen, sondern der Entwurf war schon vorher festgestellt. Im großen und ganzen ist es gelungen, die Souveränität der Nationalversammlung in dem Entwurf aufrechtzuerhalten mit der Ausnahme, daß die Einzelstaaten über Gebietsänderungen mitzusprechen haben. Redner bittet zum Schluß die Partei, sich im allgemeinen mit dem Provisorium einverstanden zu erklären.

Herr **Barteld**[34]: Wir beanspruchen, daß auf Grund einer Volksabstimmung aus Niedersachsen ein selbständiger Staat mit denselben Rechten wie die anderen Bundesstaaten gemacht werden kann. Selbst die Deutsche Volkspartei hat sich in

33 Ursprüngliche Fassung: „[. . .] einzelne Städte und Landschaften [. . .]"

34 Adam Barteld (geb. 1876), Oberpostinspektor in Hannover, MdL Preußen (DDP/Staatspartei) 1919-1932.

Hannover auf diesen Standpunkt gestellt, ebenso die Deutschnationalen. Auch die Mehrheitssozialdemokraten haben sich nicht direkt ablehnend verhalten. Wir haben unseren Erfolg in Hannover damit errungen, daß sich unsere Kandidaten auf den Boden des Selbstbestimmungsrechts gestellt haben. Dann kam aber der Umschwung in Berlin. Redner schildert im einzelnen, wie sich die hannoversche Demokratische Partei demgegenüber verhalten hat. Der praktische Erfolg der Stellungnahme des Geschäftsführenden Ausschusses gegen die Zerstückelung Preußens[35] war, daß uns 30 bis 40 000 Stimmen bei den Preußenwahlen verloren gegangen sind, während die Welfen diese Stimmen gewonnen haben. Man soll an diesen Strömungen nicht vorbeigehen, denn sie setzen sich doch einmal durch. Redner verliest dann die Resolution, die die Demokratische Partei am vorigen Sonntag in Hannover angenommen hat[36]. Auf dem hannoverschen Parteitag ist von allen Seiten einmütig geäußert worden, daß die Aufrechterhaltung des einheitlichen Preußens für uns den Verlust vieler Organisationen in Niedersachsen bedeutet. Andererseits sind in der Deutsch-Hannoverschen Partei eine große Reihe von Demokraten, die wir für uns gewinnen könnten. Wenn die demokratische Fraktion im Sinne der hannoverschen Resolution tätig ist, so liegt das im Interesse der Reichseinheit wie der Partei. Die preußische Landesversammlung darf die Frage nicht regeln. Zu ihr haben wir nicht das Vertrauen, sondern nur zur deutschen Nationalversammlung.

Die Redezeit wird nunmehr auf fünf Minuten festgesetzt.

Herr **Dernburg**: Diese Frage darf nicht allein vom Standpunkt Hannovers aus betrachtet werden. Wir sollen sie nur nicht zu einer Frage des Prinzips werden lassen. Unser Prinzip ist allein die Stärkung des Deutschen Reiches. Wir dürfen andererseits nicht den preußischen Partikularismus beseitigen, nur zugunsten der Stärkung des süddeutschen Partikularismus. In der provisorischen Verfassung müssen wir die absolute Souveränität der deutschen Nationalversammlung wahren. Auch der Vorbehalt der Zustimmung der Bundesstaaten zu Gebietsveränderungen gehört nicht hinein. Redner vermißt ferner eine Anerkennung der unbedingten Initiative der Nationalversammlung.

Herr **Blunck** dankt Herrn P r e u ß für seine Denkschrift, die sehr verdienstvoll ist. Es ist höchst bedauerlich, daß der Staatenausschuß in die provisorische Verfassung hineingekommen ist. Er muß daraus gestrichen werden.

Herr **Preuß** legt die Entstehung der Punkte des provisorischen Verfassungsentwurfs, gegen die Einwendungen erhoben worden sind, dar. Er selbst hatte statt des Staatenausschusses nur einen Gutachter–Ausschuß von etwa elf Personen haben wollen. Dem traten aber die Süddeutschen und dann auch die anderen Staaten gegenüber. Die schließliche Fassung ist mit sämtlichen Stimmen gegen Bayern zustande gekommen, das noch viel weiter gehen wollte. Nur gegen Konzessionierung des Mitbestimmungsrechts bei Gebietsveränderungen gelang es, die anderen Staaten von Bayern loszulösen. Die Bestimmung wegen der internationalen Verträge (Geheimverträge)[37] ist in die provisorische Verfassung hineingekommen

35 Siehe Nr. 12.

36 Nicht ermittelt.

37 Siehe die Änderungen in § 6 der Vorlagen 122b und 122c gegenüber 122a in: Quellen 6/II S. 337.

gerade auf Grund des Antrages eines Demokraten, nämlich des Herrn von Brockdorff-Rantzau[38].

Herr **Luppe:** Der Beschluß der Berliner über die Einheitlichkeit Preußens hat bei uns großes Befremden erregt. Es hätte aber in dem Entwurf gesagt werden müssen, es ist nötig, das deutsche Gebiet neu zu organisieren. Dagegen durfte nicht gesagt werden: Preußen ist aufzuteilen. Durch die Bestimmung der provisorischen Verfassung wegen der Gebietsveränderungen ist jede Veränderung in Preußen ausgeschlossen.

Herr **Lippmann** bedauert, daß er die Denkschrift von Preuß noch nicht hat lesen können. Zur Preußenfrage bemerkt Redner, daß dieser Punkt ein Programm unserer Partei nicht sein könne. Irgendwelche Beschlüsse der zuständigen Instanzen liegen auch noch nicht vor. Die Frage der Aufteilung Preußens aber dient, so wie sie bisher behandelt worden ist, nicht dem Gedanken der Einheit Deutschlands. Der Beschluß des Geschäftsführenden Ausschusses betreffend die Aufteilung Preußens hat bei den Wahlen großes Unheil vermieden. Den deutschen Gedanken muß man allerdings betonen. Aber man gefährdet ihn, wenn man Preußen zerschlägt.

Herr **Koch[-Weser]** (Kassel): Schuld an der ganzen Verwirrung ist der Umstand, daß ein Mitglied unserer Partei in der Regierung saß. Bei uns in Hessen würde eine stärkere Betonung der größeren Einheit Preußens der Partei eine große Anzahl Stimmen kosten. Die taktische Frage ist aber zur Zeit erledigt: Preußen darf nicht zugunsten der anderen Bundesstaaten zerstört werden, sondern nur zugunsten des Reiches. Zunächst also muß man die Reichseinheit stärken und sich dann fragen, ob nun auch noch die Einheit Preußens bestehenbleiben soll. Wir müssen also unter allen Umständen für die Stärkung und Vermehrung der Reichskompetenzen eintreten. Betreffs der provisorischen Verfassung ist Redner der Meinung, daß die Zustimmung des Staatenausschusses zu Gebietsabtretungen beseitigt werden muß.

Herr **Fischbeck:** Die Denkschrift von Preuß ist in dem Teil, wo sie sich für die Reichseinheit einsetzt, ausgezeichnet. Es ist aber zu bedauern, daß auf der anderen Seite der Verfassungsentwurf selbst nicht entsprechend diesen Wunsch zum Ausdruck bringt. Der Verfassungsentwurf macht an sich schon einen Kompromiß und Konzessionen, die nimmermehr von uns in Preußen zugelassen werden können. Was ist denn der Grund dafür, der uns zu Unitariern macht? Doch nur die Überzeugung, daß in dem großen Reiche alles viel leichter gemacht werden kann, als in einem Bundesstaate. Für Preußen soll das aber nun auf einmal nicht gelten. Erst wird gesagt, die kleinen Bundesstaaten können nicht mehr bestehen. Dann wird auf einmal die Kleinstaaterei lebensfähig gemacht durch Angliederung preußischen Gebietes. Unsere Partei besteht ja auch gar nicht darauf, daß Preußen unbedingt unverändert bleiben soll. Für Thüringen zum Beispiel kann die Zuweisung preußischen Gebietes ohne weiteres anerkannt werden. Es ist auch

38 Ulrich Graf von Brockdorff-Rantzau (1869-1928), Staatssekretär des Auswärtigen vom Dezember 1918 bis Februar 1919, Reichsaußenminister von Februar bis Juni 1919, Botschafter in Moskau 1922-1928. Zu Brockdorff-Rantzaus Beziehungen zur DDP vgl. Herbert Helbig, Graf Brockdorff-Rantzau und die Demokratie, in: Zur Geschichte und Problematik der Demokratie. Festgabe für Hans Herzfeld, Berlin 1958, S. 577-599.

eine seltsame Art von Selbstbestimmung, wenn der ausscheidende Teil seinen Willen durchsetzen kann, der zurückbleibende aber dazu nichts zu sagen hat. Auch im Interesse der Beamtenschaft ist die Erhaltung des bisherigen Preußens notwendig, denn nur so behalten wir Beamte, die sich einen größeren Blick wahren. Dann muß auch gegenüber dem sich bildenden Groß-Polen ein Großstaat wie Preußen vorhanden sein, der die Abwehr vornehmen kann. Die Bestrebungen der Niedersachsen liegen auch gar nicht in unserem Sinne, sondern sind rein partikularistischer Natur. Im übrigen werden wir selbstverständlich bei dem provisorischen Entwurf unseren Standpunkt nach Möglichkeit festhalten. Es ist auch zu hoffen, daß unsere süddeutschen Freunde da mit uns gehen und die unitarische Verfassung Deutschlands so weit fördern werden, wie möglich ist.

Herr **Gerland** ist für Beibehaltung des Staatenausschusses aus praktischen Gründen. Dann aber muß in der Nationalversammlung ausdrücklich darauf hingewirkt werden, daß erst die neuen Regierungen in den Einzelstaaten gebildet werden auf Grund der Wahlen und daß diese dann erst die Abgeordneten in das Staatenhaus schicken, damit nicht die jetzige sozialistische Regierung lauter sozialdemokratische Abgeordnete abordnet.

Herr **Preuß:** Auf diese Weise werfen Sie die Verfassung um und kommen drei Monate hindurch nicht aus dem Provisorium heraus. Denn in mehreren Bundesstaaten ist die Landesversammlung noch gar nicht gewählt. Auch in Preußen ist die Landesversammlung noch gar nicht zusammengetreten.

Herr **Blunck** empfiehlt zur Geschäftsordnung, zunächst nur die Frage der provisorischen Verfassung zu behandeln und den Staatenausschuß vorläufig wegzulassen.

Zwischendurch wird die Pressenotiz über die heutige Hauptvorstandssitzung festgestellt. Es wird beschlossen, von dem Entwurf der Notiz, den Herr **Rathje** vorliest, nur den ersten Satz zu veröffentlichen[39]. Die Debatte wird dann fortgesetzt.

Herr **Hesse:** Der Entwurf von Preuß ist bei uns mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen worden. In dem Prinzip sind wir einig. Aber es scheint uns fraglich, ob der Weg zum Ziele führt.

Herr **Erkelenz** spricht über die Pläne einer Republik Rheinland und die Abtrennung der rheinischen Gebiete von Deutschland[40].

Damit ist die Debatte geschlossen.

Herr **Fischbeck** teilt mit, daß eine Resolution betreffend die Einberufung des Parteitages eingegangen ist, und macht darauf aufmerksam, daß der Geschäftsführende Ausschuß bereits beschlossen hat, den Parteitag nach Abschluß der Wahlen einzuberufen. Der Vorsitzende schließt die Versammlung mit Worten des Dankes.

Schluß gegen 19 Uhr.

---

39 Siehe Anm. 30.

40 Vgl. Koch-Wesers Ausführungen vom 13.2.1919 und seine Einschätzung der Stellung Erkelenz' zu dieser Frage bei Günther Arns, Erich Koch-Wesers Aufzeichnungen vom 13. Februar 1919, in: VfZ 17, 1969, S. 100-102 u. Anm. 30.

16.

11.2.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Kanzow. Beginn: kurz nach 16.15 Uhr. Ende: kurz vor 18.30 Uhr. Ort: Parteibüro.

Anwesend: Frau Bernhardt, Frankfurter, Frentzel, Issberner, Kalkoff, Kanzow. Entschuldigt: Frau Lüders, Schacht, die Mitglieder der Nationalversammlung.

Kanzow *eröffnet. Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, alle im allgemeinen zum „Wahlschatz" der Partei gezahlten Beiträge bei der Zentrale zu belassen und nicht an die lokalen Organisationen abzuführen. Alle größeren Beiträge sollen als direkt für den Zentralwahlfonds der Partei bestimmt gelten, alle anderen Beiträge sollen den Organisationen überwiesen werden. Der von den Vereinen pro Person und Jahr an die Zentrale abzuliefernde Beitrag von 1 M wird dabei „im Interesse einer durchsichtigeren Finanzgebarung" nicht abgezogen.*

12 Ortsgruppen, Wahlkreise und Bezirksverbände erhalten nachträglich Zuschüsse zu den Wahlkosten in der Höhe von insgesamt 67300 M. Weitere Gesuche werden abgelehnt oder vertagt. Der **Generalsekretär** *beantragt, die hohen Ausgaben der Partei für die „Demokratische Parteikorrespondenz" zu senken. Er schlägt vor, das Blatt kostenlos künftig nur noch den Zeitungen zu liefern, von den übrigen Beziehern dagegen einen Abonnementpreis zu erheben, der etwa die Selbstkosten decke. Die Versammlung beschließt, vor einer Entscheidung Rathje zu befragen.*

Der Demokratische Studentenbund Berlins wünscht nähere Beziehungen zur Partei aufzunehmen. Der Geschäftsführende Ausschuß spricht sich für den Beitritt des Bundes zur Gesamtpartei und für die Gründung weiterer demokratischer Studentenvereine in anderen Universitätsstädten aus.

Der **Vorsitzende** *weist darauf hin, daß ein von Nicolai[1] und Frau Stöcker[2] in scharfen und ungehörigen Ausdrücken formulierter Aufruf[3] gegen die „gewaltsame Tötung" Liebknechts und Luxemburgs auch von einem Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses sowie von anderen führenden Parteimitgliedern unterzeichnet worden sei. Der Geschäftsführende Ausschuß nimmt diese Mitteilung zur Kenntnis, lehnt jedoch ein Urteil über das Verhalten dieser Parteifreunde ab.*

1 Georg Nicolai, Professor für Soziologie an der Universität Berlin.

2 Helene Stöcker, Schriftstellerin, Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft und der Liga für Völkerbund.

3 Nicht ermittelt.

17.

21.2.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Kanzow. Beginn: 15.45 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Parteibüro.

Anwesend: Frau Bernhardt, Frentzel, Friedberg, Issberner, Kalkoff, Kanzow, Kempner, Frau Lüders, Schacht.

Kanzow *eröffnet. Der Geschäftsführende Ausschuß bewilligt an nachträglichen Wahlbeihilfen für zehn Ortsgruppen, Wahlkreise und Wahlkreisverbände zusammen 52200 M. Weitere Forderungen einzelner Ortsgruppen werden an die zuständigen Wahlkreisverbände verwiesen.*

Rathje, der Leiter der Presseabteilung, hat gekündigt. Über seine Nachfolge wird mit Kundel[1] verhandelt. Die ''Demokratische Parteikorrespondenz'' kann nach Meinung des Geschäftsführenden Ausschusses künftig nur noch gegen Entgelt abgegeben werden.

Guttmann[2] hat die Schaffung eines eigenen demokratischen Parlamentsbüros angeregt. Seine Vorschläge sollen von Kundel, Nuschke, Wießner und dem Generalsekretär geprüft werden.

„Da es sich herausgestellt hat, daß die von der Zentralkasse an die einzelnen Vereine für überwiesene Mitglieder zu zahlenden Beträge zum Teil außerordentlich hoch sind", beschließt der Geschäftsführende Ausschuß entgegen seiner früheren Stellungnahme[3], künftig bei Überweisungen den für das Einzelmitglied an die Zentrale zu entrichtenden Betrag von 1 M gleich einzubehalten. Ferner wird beschlossen, wohlhabende Parteimitglieder mittels individuell gehaltener Schreiben um weitere Geldspenden zu bitten.

Schacht *berichtet über seinen Plan, eine Monatsschrift unter dem Titel ''Die Parteiorganisation'' herauszubringen[4]. Schacht ist bereit, die anfallenden Kosten zunächst zu übernehmen und ein etwaiges Defizit zu decken.*

Gerland hat dem Geschäftsführenden Ausschuß schriftlich mitgeteilt, daß nicht er den Aufruf gegen die „angebliche Ermordung" Liebknechts und Luxemburgs unterzeichnet habe[5], sondern ein gewisser Görland.

1 Carl Kundel, Herausgeber der „Demokratischen Parteikorrespondenz".

2 Heinrich Guttmann, Parlamentsstenograph.

3 Siehe Nr. 16.

4 Vgl. Nr. 13 Anm. 5.

5 Vgl. Nr. 16.

18.

28.2.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Kanzow. Beginn: 16.30 Uhr. Ende: 19.15 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Frankfurter, Frentzel, Issberner, Kalkoff, Kanzow, Kempner. Entschuldigt: Frau Lüders.

Kanzow *eröffnet. Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, Ende April einen Parteitag nach Jena oder Eisenach einzuberufen.*

Frankfurter *teilt mit, daß der neugegründete Verband der Demokratischen Presse den Wunsch geäußert habe, an den Sitzungen der Fraktionen, des Geschäftsführenden Ausschusses und des Hauptvorstandes mit beratender Stimme teilzunehmen. Der Geschäftsführende Ausschuß lehnt diese Bitte ab und empfiehlt stattdessen, sechs Mitglieder des Presseverbands in den Hauptvorstand zu wählen.*

Der Generalsekretär[1] *beabsichtigt, ein Agitationshandbuch herauszugeben. Zur Herstellung dieses Handbuches wird eine Redaktionskommission aus Nuschke (Vorsitzender), Issberner und Kundel eingesetzt. Bei der Abfassung der einzelnen Artikel sollen auch Abgeordnete um ihre Mitarbeit gebeten werden*[2].

Ein gewisser Hauptmann Knörzer hat der Partei vorgeschlagen, zur Selbsthilfe der Bürger gegen den Bolschewismus die Bildung einer Bürgerwehr in die Wege zu leiten. Der Geschäftsführende Ausschuß lehnt ab, einmal „aus taktischen Gründen" und ferner, weil die Gemeindevorstände und Magistrate sich bereits dieser Aufgabe angenommen hätten.

Fräulein Salomon[3] *wird in den Geschäftsführenden Ausschuß kooptiert.*

Acht Ortsvereine erhalten nachträgliche Wahlbeihilfen von insgesamt 7450 M. Weitere Gesuche werden abgelehnt.

Frankfurter hat ein Musterstatut[4] *für die Ortsgruppen ausgearbeitet, das von der Versammlung gebilligt wird.*

Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, zur Gewinnung weiterer Parteibeiträge ein Rundschreiben an wohlhabende Parteifreunde zu versenden. Kempner,

1 Reinhold Issberner, langjähriger Generalsekretär der Fortschrittlichen Volkspartei, neben dem jeweiligen hauptamtlichen Leiter der Reichsgeschäftsstelle als Generalsekretär in der Geschäftsstelle der DDP/Staatspartei tätig 1919-1933.

2 Das Agitationshandbuch erschien 1920 in Berlin unter dem Titel „Demokratisches ABC-Buch".

3 Alice Salomon (1872–1948), Sozialpolitikerin, Direktorin der Sozialen Frauenschule in Berlin. Vgl. Hans Muthesius (Hrsg.), Alice Salomon. Die Begründerin des sozialen Frauenberufs in Deutschland. Ihr Leben und ihr Werk, Köln u. Berlin 1958.

4 Liegt nicht vor.

Arnhold[5]*, Friedberg und von Siemens*[6] *sollen je 50 dieser Zirkulare erhalten, mit der Bitte, sie weiterzuleiten.*

5 Eduard Arnhold, Leiter der Firma Caesar Wollheim (Kohlengroßhandel und Reederei). Vgl. Wilhelm Treue, Caesar Wollheim und Eduard Arnhold. Die Geschichte einer Kohlengroßhandelsfirma von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis zum Jahre 1945, in: Tradition. Zeitschrift für Firmengeschichte und Unternehmerbiographie 1961, S. 65-83 u. 97-115.

6 Carl Friedrich von Siemens (1872-1941), Vorsitzender des Aufsichtsrats der Siemens & Halske und Siemens-Schuckert-Werke, MdR (DDP) 1920 bis September 1924. Vgl. Georg Siemens, Carl Friedrich von Siemens. Ein großer Unternehmer, Freiburg 1960. Für Siemens' Beitrag zur Finanzierung der DDP vgl. Albertin passim.

19.

11.3.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Friedberg. Beginn: 16.30 Uhr. Ende: 18 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Friedberg *eröffnet. Um die Ausgaben für die "Demokratische Parteikorrespondenz" zu senken, setzt der Geschäftsführende Ausschuß einen Abonnementpreis von 40 M fest. Die Parteisekretäre der Wahlkreise sollen die Korrespondenz jedoch kostenlos erhalten, für die Zeitungen soll der Preis je nach ihrer Zahlungsfähigkeit gestaffelt werden.*

Pläne für den Ausbau des Parteiarchivs unter Leitung einer erfahrenen Persönlichkeit sind mit Bertram[1] *beraten worden. Dieser hat sich noch nicht entschieden, ob er die Aufgabe übernehmen will.*

Der Geschäftsführende Ausschuß stimmt einer Anregung aus Parteikreisen zu, die bedeutenden Parlamentsreden der Abgeordneten der Partei als Flugblätter verbreiten zu lassen.

Da die Einberufung des Parteitags im wesentlichen von der Fertigstellung des Programmentwurfs abhängt, wird Frankfurter beauftragt, die Durchsicht der bisher vorliegenden Entwürfe[2] *rasch abzuschließen.*

Als nachträgliche Wahlbeihilfe erhalten fünf Ortsgruppen und Wahlkreise insgesamt 17500 M. Die Berliner Frauengruppe erhält wegen der schwierigen Lage, in der sie sich durch ihre hohe Verschuldung befindet, 25000 M. Die Überweisung erfolgt unter der Voraussetzung, daß der Wahlkreis Berlin sich verpflichtet, für den Rest der Schulden aufzukommen.

1 Karl Bertram, Schriftleiter und Herausgeber des „Deutschen Zeitungsarchivs" in Berlin.

2 Siehe Nr. 20 Anm. 5.

20.

18.3.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Friedberg. Beginn: kurz vor 18.30 Uhr. Ende: 21.30 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Fischbeck, Frankfurter, Frentzel, Friedberg, Issberner, Kalkoff, Kempner, Nuschke, von Richthofen, Frau Salomon, Schreiber. Entschuldigt: Frau Lüders, Schacht. Gäste: Böhme (nur im ersten Teil der Sitzung anwesend).

Friedberg *eröffnet und stellt dem Geschäftsführenden Ausschuß den neuen Leiter der Reichsgeschäftsstelle, Schreiber, vor*[1].

Böhme *referiert über die Agitation des Bundes der Landwirte. Er versuche, „unter der Maske politisch neutraler Bauernvereine" die mittleren und kleinen Landwirte von neuem an den Großgrundbesitz zu ketten. Böhme wird beauftragt, diesen Umtrieben in einem Artikel in der „Demokratischen Parteikorrespondenz" entgegenzutreten.* **Friedberg** *erwähnt, daß einige Angehörige des Bauernbunds bei den Wahlen heftig gegen die Deutsche Demokratische Partei agitiert hätten und zur Deutschen Volkspartei übergewechselt seien.* **Böhme** *bestätigt und ergänzt diese Mitteilungen, rät jedoch von einem Ausschluß der Beteiligten ab.*

Anläßlich einer Klage über Geschmacklosigkeiten des „Ulk" wird das Verhältnis zum „Berliner Tageblatt" ausführlich erörtert. Nuschke wird gebeten, Wolff „privatim und freundschaftlich" auf die Beschwerden aus Parteikreisen hinzuweisen.

Issberner *referiert die bisher hinsichtlich des Parteitages gefaßten Beschlüsse. Dem Geschäftsführenden Ausschuß liegt u. a. auch ein Antrag Kopsch*[2] *vor, der vorschlägt, die Zahl der Delegierten für jeden Wahlkreis entsprechend der Zahl der dort abgegebenen Stimmen und nicht entsprechend der Zahl der organisierten Mitglieder zu berechnen*[3]. **Fischbeck** *wendet sich mit einer Reihe von Argumenten gegen einen Berliner Antrag, der fordert, den Parteitag bereits im April einzuberufen. Ausschlaggebend erscheint ihm, daß die Programmumfrage noch weitgehend ungeklärt sei. Nach weiterer Debatte beschließt der Geschäftsführende Ausschuß einstimmig, den Parteitag vom 17. – 19. Mai in Kassel abzuhalten. Tagesordnung: Beratung der Satzung*[4] *und des Programms*[5]*, Vorstandswahlen. Die Vertretung der*

---

1 Vgl. Nr. 13 Anm. 1 und Nr. 14.

2 Julius Kopsch (1855-1935), Rektor a. D. (Mittelschule), Berlin, MdR (Freisinnige Volkspartei/Fortschrittliche Volkspartei/DDP) Juli 1896-1918, 1920-1928, MdL Preußen 1898-1921.

3 Vgl. Anm. 4.

4 Die gegenwärtig gültige provisorische Satzung, welche die Vertretung der Wahlkreise auf dem Parteitag von der Zahl der organisierten Mitglieder abhängig machte, ging auf einen Entwurf Frankfurters zurück, der bereits einmal von einer vom Hauptvorstand gebildeten Kommission durchberaten worden war. Kauffmann hatte dazu einen Gegenentwurf erstellt; auf der Basis dieses Gegenentwurfs und seines eigenen ersten Entwurfs hatte Frankfurter dann einen zweiten Satzungsentwurf angefertigt, der nun dem Hauptvorstand und dem Parteitag vorgelegt werden

Wahlkreise soll auf der Grundlage der abgegebenen Stimmen erfolgen. Zur Beratung des Programms soll eine elfköpfige Kommission[6] eingesetzt werden. Ihren Entwurf sollen zunächst der Geschäftsführende Ausschuß und die Fraktion, dann der Hauptvorstand und schließlich die Organisationen erhalten.

Marwitz hat einen Antrag auf sofortige Einberufung des Hauptvorstands eingebracht, da die Minister und die Fraktion der Partei nach seiner Ansicht mit der Annahme der Sozialisierungsgesetze gegen das Parteiprogramm verstoßen haben[7]. In der anschließenden Diskussion wird die Haltung der Fraktion in der Sozialisierungsfrage „fast durchweg" gebilligt. Die Einberufung des Hauptvorstands wird für Mitte April beschlossen.

Drei Organisationen erhalten nachträglich Wahlunterstützungen von insgesamt 56000 M.

---

mußte. Druckexemplare der verschiedenen Stadien des Satzungsentwurfs befinden sich im Nachlaß Richthofen 17 und im Nachlaß Payer 12.

5 Der erste Entwurf des Parteiprogramms stammte gleichfalls von Frankfurter, er war zunächst von Gerland, dann wieder von Frankfurter und schließlich von einer Programmkommission des Vorstands überarbeitet worden. Da diese Arbeiten bis zu den Wahlen zur Nationalversammlung noch nicht abgeschlossen waren, hatte man sich für die Wahl mit dem von Schacht verfaßten Wahlaufruf (vgl. Nr. 4 Anm. 1) und verschiedenen programmatischen Flugblättern begnügen müssen. Vor dem Parteitag wurde dann eine definitive Lösung der Satzungs- und Programmfrage unumgänglich, deshalb hatte Frankfurter seinen ersten Entwurf nochmals überarbeitet und jetzt dem GA vorgelegt. Einen ausführlichen Bericht über die Genesis des Programms enthalten die Druckfahnen des Manuskripts „Zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei und ihres Programms" im Nachlaß Payer 12; dort auch mehrere Programmentwürfe, die formal und inhaltlich, v. a. was die Behandlung des Sozialisierungs- und Rätesystems angeht, durchaus variieren.

6 Siehe Nr. 21.

7 Zur Behandlung dieses Antrags im Hauptvorstand siehe Nr. 24 b.

21.

26.3.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Kempner. Beginn: 18.30 Uhr. Ende: 20.15 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Frankfurter, Issberner, Kalkoff, Kempner, Schreiber. Entschuldigt: Fischbeck.

Kempner *eröffnet. In den Programmausschuß werden Frankfurter, Friedberg, Gerland, Frau von Zahn-Harnack[1], Kempner (oder Schacht)*

---

1 Agnes von Zahn-Harnack (1884-1950), Sozialpolitikerin, Begründerin des Berliner Frauenbundes.

und Frau Salomon gewählt, die weiteren fünf Mitglieder soll die Fraktion bestimmen[2].

Anläßlich eines Gesuchs aus Halle um einen Zuschuß zum Gehalt des dortigen Parteisekretärs entwickelt sich eine Diskussion über die prinzipielle Frage, ob die Parteileitung zu diesem Zweck Gelder aufwenden solle. Die Entscheidung wird vertagt. Es wird beschlossen, Halle einen Zuschuß zu gewähren. Die Versammlung stellt jedoch ausdrücklich fest, daß damit kein Präjudiz für andere Wahlkreise geschaffen werden dürfe.

Der Geschäftsführende Ausschuß genehmigt verschiedene Änderungen im Zahlungsverkehr mit der Reichsgeschäftsstelle.

Die deutsch-österreichischen Demokraten[3] *haben in einem Schreiben um die Entsendung prominenter Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei nach Wien gebeten, damit diese dort am Entwurf eines Aktionsprogramms mitwirken können. Man einigt sich, das Schreiben ohne eigene Stellungnahme an die Fraktion nach Weimar weiterzuleiten.*

Der Geschäftsführende Ausschuß bekräftigt seine grundsätzliche Bereitschaft, sich im geeigneten Fall mit anderen Parteien an einem Protest „gegen einen Gewaltfrieden" zu beteiligen.

---

2 Wegen ihrer starken Beanspruchung kam die Fraktion nicht dazu, das zu tun, deshalb berieten die vom GA benannten Mitglieder mit Ausnahme von Frau Salomon, die verhindert war, am 6. April Frankfurters Entwurf alleine durch, wobei sie noch Schreiber und Issberner hinzuzogen. Vgl. Nr. 20 Anm. 5.

3 Dabei handelt es sich um die von Gustav Stolper im Dezember 1918 gegründete „Bürgerlich-Demokratische Partei". Zur Charakterisierung dieser Gründung, ihrer weiteren Entwicklung und ihren Beziehungen zur DDP vgl. Toni Stolper, Ein Leben in Brennpunkten unserer Zeit. Wien, Berlin, New York. Gustav Stolper 1888-1942, Tübingen 1960, S. 126-129.

22.

5.4.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Friedberg. Beginn: Kurz nach 16.15 Uhr. Ende: 19.15 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Fischbeck, Frankfurter, Frentzel, Friedberg, Issberner, Kempner, Frau Lüders, Remmers, Schreiber. Entschuldigt: Schacht.

Friedberg *eröffnet.* **Schreiber** *berichtet über Verhandlungen mit Vertretern des Beamtenausschusses zur Regelung finanzieller Fragen. Der Geschäftsführende Ausschuß erklärt sich einstimmig für die Aufrechterhaltung des Beamtenausschusses und bewilligt 8000 M pro Jahr zur Anstellung einer auf Beamtenfragen spezialisierten Persönlichkeit bei der Zentrale.*

Die von Kundel für die „Demokratische Parteikorrespondenz" ausgearbeiteten Staffeltarife werden gebilligt.

Schreiber *schlägt vor, zur Geldbeschaffung eine einmalige allgemeine Reichsspende ,,sämtlicher Demokraten" mit Hilfe der Wahlkreisverbände zu organisieren. Die Einnahmen sollen zwischen der Zentrale und den Wahlkreisverbänden geteilt werden. Der Geschäftsführende Ausschuß behält sich die endgültige Entscheidung über diese Anregung vor, Schreiber wird jedoch ermächtigt, zur Vorbereitung der Aktion Rundschreiben an die Organisationen zu richten.*

23.

12.4.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Kempner. Beginn: 11.30 Uhr. Ende: 13.30 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Frankfurter, Gerland, Issberner, Kalkoff, Kempner, Schreiber.

Kempner *eröffnet. Nach Besprechung verschiedener Angelegenheiten entwickelt sich eine längere Diskussion über die Frage, ob und in welcher Form der vorläufige Programmentwurf*[1] *veröffentlicht werden solle. Der Geschäftsführende Ausschuß einigt sich auf folgende Punkte: Die von Frankfurter zur Erläuterung des Programms verfaßte Broschüre*[2] *soll nicht veröffentlicht, sondern nur den Delegierten des Parteitags zugestellt werden. Der Geschäftsführende Ausschuß wird dem Hauptvorstand vorschlagen, das von ihm zu beschließende Programm für die Veröffentlichung freizugeben. Die Wahlkreis- und Lokalorganisationen werden je ein Exemplar erhalten und können gegen Entgelt Abzüge in beliebiger Höhe beziehen. Der Hauptvorstand soll ferner darüber entscheiden, ob das Parteiprogramm in der ,,Demokratischen Parteikorrespondenz" veröffentlicht werden soll.*

Die Fraktion hat vorgeschlagen, zur engeren Fühlungnahme mit den österreichischen Demokraten demnächst Schacht und Schreiber nach Wien zu entsenden[3]*. Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, noch Gerland hinzuzuziehen.*

Schreibers Vorschlag, für eine einmalige, allgemeine Parteispende zu werben[4]*, wird erneut diskutiert und gebilligt. Die Bezirksverbände sollen nur ein Drittel der einkommenden Beträge erhalten.*

Im Hinblick auf die der Nationalversammlung unterbreiteten wirtschaftspolitischen Gesetzentwürfe wird beschlossen, demnächst ,,die Industriekommission der Deutschen Demokratischen Partei, zu der unter anderen die Herren C.F. von Siemens, Segall[5]*, Frankfurter gehören", einzuberufen. Sie soll sich mit den einzelnen Branchen in Verbindung setzen.*

---

1 Siehe Nr. 20 Anm. 5 und Nr. 21 Anm. 2.

2 Frankfurters Erläuterungen zum Programmentwurf befinden sich im Nachlaß Payer 12.

3 Vgl. Nr. 21.

4 Vgl. Nr. 22.

5 Sali Segall, Generaldirektor der Rütgers Werke in Berlin.

24 a.

12.4.1919: Sitzung des Hauptvorstandes (1. Tag)

Vorsitz: zunächst Gerland, dann Friedberg. Beginn: kurz vor 17.30 Uhr. Ende: 23.15 Uhr. Ort: Berlin, im „König von Portugal".

Gerland *eröffnet. Auf seinen Vorschlag hin wird der erste Punkt der Tagesordnung, die Beratung des Antrags Marwitz*[1]*, wegen der schwachen Besetzung des Hauptvorstandes abgesetzt und auf den nächsten Tag verschoben. Stattdessen erfolgt die Beratung des Entwurfs der Parteisatzung*[2]*.*

Unter Verzicht auf eine Generaldiskussion werden sogleich die einzelnen Paragraphen des Entwurfs durchberaten. Ausführlich wird dabei vor allem die Frage diskutiert, auf welche Weise sich die Parteileitung Einwirkungsmöglichkeiten auf die Zusammensetzung der Kandidatenlisten der Wahlkreise sichern könne. Eine Kommission aus Fischer, Frankfurter, Grund, Schreiber (Berlin), Schreiber (Halle)[3] *soll hierzu eine dem Mehrheitswillen entsprechende Formulierung erarbeiten. Insgesamt wird der im Laufe der Beratungen in einigen Punkten abgeänderte Entwurf gebilligt.*

1 Siehe Nr. 20.

2 Siehe Nr. 20 Anm. 4.

3 Walther Schreiber (1884-1958), Rechtsanwalt in Halle, MdL Preußen (DDP/Staatspartei) 1919-1933, preußischer Handelsminister von Februar 1925 bis Oktober 1932.

24b.

13.4.1919: Sitzung des Hauptvorstandes (2. Tag)

Vorsitz: Gerland. Beginn: 11.30 Uhr. Ende: 18.45 Uhr. Ort: Berlin, im „König von Portugal".

Gerland *eröffnet. Der Hauptvorstand beschließt, die Wahlen für den ersten Parteitag gemäß dem gestern angenommenen Satzungsentwurf*[1] *stattfinden zu lassen. Schreiber (Berlin), Schreiber (Halle) und Frankfurter werden beauftragt, bis zum Ende der Tagung eine Formel für den Wahlmodus auszuarbeiten.*

Als neuer Termin des Parteitags wird die Zeit vom 29. bis 31. Mai bestimmt, da der ursprünglich festgesetzte Termin wegen der bayerischen Gemeindewahlen entfallen muß.

Die dem Hauptvorstand vorliegende Anfrage Marwitz' lautet: „Entspricht die Haltung der deutsch-demokratischen Minister[2] *und der Fraktion in Weimar dem*

1 Siehe Nr. 24a.

2 Die demokratischen Minister im Kabinett Scheidemann waren: Schiffer (Reichsfinanzminister und Vertreter des Reichsministerpräsidenten), nach Schiffers Rücktritt am 11. April 1919 übernahm Dernburg das Finanzministerium, Preuß (Reichsinnenminister), Gothein (zunächst Reichsminister ohne Portefeuille, Reichsschatzminister ab 21.3.1919). Vgl. Kabinett Scheidemann S. 509.

Parteiprogramm?"[3] *Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob man in Abwesenheit der demokratischen Minister*[4] *mit der Beratung beginnen solle, wird auf Antrag* **Frankfurters** *beschlossen, mit der Aussprache zu beginnen und gleichzeitig die einschlägigen Punkte des Programmentwurfs zu behandeln, namentlich die Frage der Sozialisierung und des Rätesystems*[5].

Herr **Marwitz**: Die Anfrage wäre nicht notwendig gewesen, wenn in unseren Satzungen die Vorschrift enthalten wäre, daß die Fraktion einen Rechenschaftsbericht zu erstatten hat. Die Angelegenheit ist akut geworden, als gleichzeitig mit dem Generalstreik eine Erklärung der Reichsminister[6] in das Land hinausging, die sich nach unserer Auffassung mit dem vorläufigen Parteiprogramm nicht deckte. Formell betrachtet haben wir ja noch kein eigentliches Parteiprogramm. Aber wir haben doch nun einmal auf Grund des programmatischen Wahlaufrufs gearbeitet und gewählt, so daß er für die Partei maßgebend ist. Nun steht es in diesem Programm als Grundsatz, daß nicht sozialisiert werden soll, und als Ausnahme, daß in einzelnen bestimmten Fällen sozialisiert werden kann[7]. Als aber die Erklärung der Minister kam, wurde die Sache grundsätzlich umgekehrt; es wurde nämlich in Aussicht gestellt, daß im allgemeinen sozialisiert werden solle, und daß nur Ausnahmen zugelassen werden sollten[8]. Wir möchten jetzt gern die Gründe hören, die dazu geführt haben, in einem so wichtigen Punkte die Ansichten von heute auf morgen zu ändern und in die Reihen der demokratischen Wähler eine außerordentliche Verwirrung zu tragen. Dazu kommt, daß die Erklärung wohl einen Grundsatz aufstellt, aber nicht sagt, wie der Grundsatz durchgeführt werden soll. Man geht nicht zu weit, wenn man behauptet, daß die dabei herausgekommenen Gesetze[9] nur Schaumschlägerei sind. Da dürfen wir uns nicht allzu sehr wundern, daß sich eine Massenflucht unserer Wähler vollzieht. Redner betont in diesem Zusammenhang, daß er durchaus ein Anhänger einer vorsichtigen Sozialisierung ist. Zu besonderen Bedenken gibt aber die in der Erklärung des

---

3 Unter „Parteiprogramm" wird hier der programmatische Wahlaufruf vom Dezember 1918 verstanden. Vgl. Nr. 4 Anm. 1.

4 Die Minister befanden sich in Weimar.

5 Damit ist Frankfurters Programmentwurf gemeint. Vgl. Nr. 20 Anm. 5 und Nr. 21 Anm. 2.

6 Nach Ausbruch erbitterter Arbeitskämpfe im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und in Berlin hatte die Reichsregierung am 1.3.1919 einen Aufruf erlassen, der u. a. die „Sozialisierung der Wirtschaftszweige, die sich, wie vor allem Bergwerke und Erzeugung von Energie, zur Übernahme in öffentliche oder gemischtwirtschaftliche Bewirtschaftung eignen [. . .]", in Aussicht stellte. Vgl. Kabinett Scheidemann S. 10 Anm. 2.

7 Der entsprechende Passus lautete: „[. . .] verwerfen wir die von der Sozialdemokratie angestrebte Überführung aller Produktionsmittel in das Eigentum der Gesellschaft. Das Beispiel der Kriegsgesellschaften schreckt! Die Frage der Sozialisierung ist rein sachlich für jeden Einzelfall danach zu entscheiden, ob eine Steigerung der Erwerbsmöglichkeiten der großen Massen und eine Erhöhung des Produktionsertrages erzielt werden kann." Schulthess 1918 I S. 567.

8 Vgl. Anm. 6.

9 Der Redner bezieht sich hier auf das Rahmengesetz zur Sozialisierung und das damit verbundene Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft, das die Regierung der Nationalversammlung Anfang März vorgelegt hatte und das von dieser am 12. und 13. März 1919 mit geringfügigen Änderungen angenommen worden war. Vgl. Sten. Ber. Bd. 326 S. 697-738 (2. Beratg.), Bd. 327 S. 749-776 (2. u. 3. Beratg.); ferner Kabinett Scheidemann S. 68 Anm. 9.

Ministeriums in Aussicht genommene Kommunalisierung der Lebensmittel Anlaß. Wir können den Mittelstand nicht entbehren zur Gesundung unserer Verhältnisse. Wenn man an diese Leute die Hand legt und ihre Betriebe sozialisiert, so widerspricht das den Grundanschauungen der demokratischen Politik. Weiter haben wir uns die Frage vorgelegt: Ist das demokratisch-parlamentarische System durchgeführt worden oder nicht? Es würde uns außerordentlich interessieren zu hören, ob tatsächlich die demokratischen Minister sich als die Vertrauensmänner ihrer Partei fühlen. Drittens ist hervorzuheben, daß die erwähnte Erklärung des Reichsministeriums in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Generalstreik in Berlin erfolgt ist. Das mußte den Anschein erwecken, als ob die Erklärung der Minister unter dem Druck der Straße erfolgt ist. Dies aber haben wir für sehr verhängnisvoll gehalten. Es hat nicht zur Beruhigung beigetragen, sondern nur bewirkt, daß die Radikalen mit neuen Forderungen kamen. Haben wir uns in unserer Annahme getäuscht, so liegt das an dem mangelhaften Zusammenhang unserer Parteiorgane mit der Presse. Gewiß läßt sich nicht alles öffentlich sagen. Aber es gibt ein gewisses Maß der Aufklärung, das wir uns durch die Presse vermitteln lassen müssen, wenn es nicht zu schlimmen Folgen kommen soll. Wir würden dann dahin gelangen, daß die große Demokratische Partei zu einer kleinen bürgerlichen Gruppe herabsinkt, anstatt daß sie den größten Teil der Wählerschaft rechts von der Sozialdemokratie umfaßt.

Herr **Bernhard**[10]: Der mangelnde Zusammenhang zwischen der demokratischen Presse und der demokratischen Fraktion ist leider Tatsache. Dadurch zersplittert sich die Politik der Demokratischen Partei in verschiedene Teile. Jedes Organ der Presse nimmt seine Stellung zu den Fragen nach der persönlichen Auffassung des Redakteurs ohne Rücksicht auf Programm und Politik der Partei. Die Partei hätte demgegenüber die Aufgabe, einen bestimmten Zusammenklang aus den verschiedenen Stimmen herzustellen und zu versuchen, die einzelnen Überzeugungen in ein gemeinsames Bett zu leiten. Das kann geschehen, indem sie ihrerseits über ihre Politik Aufklärung gibt und die große Presse in wichtigen Fragen vorher hört. Nach dieser Richtung ist nun nicht nur alles verabsäumt worden: Man hat im Gegenteil schon von der Gründung der Partei an bestimmte Richtungen in der Presse vor den Kopf gestoßen. Es hat lange gedauert, bis sich die demokratische Presse in Weimar die erforderliche Anerkennung verschafft hat. Die Presse kann verlangen, daß vor wichtigen Beschlüssen der Fraktion ihre Meinung vorher gehört wird. Die Haltung der Regierung bei der Sozialisierung ist, so wie bei vielen anderen Fragen auch: Man hinkt hinter den Ereignissen hinterher und macht zu spät Zugeständnisse, die dann nur die Begehrlichkeit steigern. Die Demokratische Partei hat sich dabei nicht so verhalten, wie sie es hätte tun sollen, nämlich vorangehend, sondern sie hat sich als Hemmschuh der Regierung bei der Sozialisierung erwiesen. So ist es gekommen, daß die Sozialdemokraten schon mit dem Gedanken umgehen, unter Ausschluß der Demokratie mit dem Zentrum allein

10 Georg Bernhard (1875-1944), Chefredakteur der „Vossischen Zeitung" 1920-1930, Honorarprofessor an der Handelshochschule Berlin 1928-1933, MdR (DDP) 1928-1930. Vgl. G. Bernhard, Die deutsche Tragödie. Der Selbstmord einer Republik, Prag 1933; zu Bernhard als Publizisten vgl. Becker S. 94-101.

eine Regierung zu bilden[11]. Auf diese Weise rächt es sich, daß man das Zentrum überhaupt mit in die Regierung hineingenommen hat, statt auf seine Auflösung und Sprengung hinzuarbeiten. Durch die jetzige demokratische Politik wird nach außen hin der Anschein erweckt, als wären wir eine kapitalistische Partei. Was jetzt an sozialistischen Maßnahmen praktisch produziert wird, ist nichts anderes, als was auch hätte geschehen müssen, wenn gar keine Revolution gekommen wäre. Die einzige Aufgabe der Demokratischen Partei ist die, innerhalb der Sozialisierung die Privatinitiative aufrechtzuerhalten. Alles andere müssen wir daran geben. Es muß grundsätzlich ein für allemal erklärt werden, daß das Privateigentum an Produktionsmitteln so unbeschränkt wie bisher nicht weiter bestehen kann, sondern daß jeder Besitzer von Produktionsmitteln sie nur noch als von der Allgemeinheit zu Lehen empfangen betrachten und entsprechend verwalten muß. Dieser Geist muß sich in der Gesetzgebung Geltung verschaffen, sonst können wir nie zu einer Beruhigung kommen. Was Herr Marwitz als Sozialisierung ansieht, ist das gerade Gegenteil davon. Redner spricht für die Ausbreitung des Rätesystems als das Mittel zur Schaffung von Produktivkammern. Wenn es gelänge, auf einem solchen Programm die Unabhängigen und die Mehrheitssozialisten zu vereinigen, so hätten wir die Möglichkeit, daß eine gewisse Beruhigung eintritt und daß wir somit einer Diktatur des Radikalismus entgehen. Will man so zu geordneten Zuständen kommen, dann muß man auch den Räten politische Rechte verleihen. Das Rätesystem und die Schaffung von Produktivkammern: das ist die einzige Rettung der Demokratie[12].

Herr **Keinath** lehnt es als Demokrat grundsätzlich ab, den wechselnden Tagesmeinungen widerstandslos Folge zu leisten. Das würde zur Herrschaft des Pöbels führen. Wir haben zur Zeit in Deutschland nur eine Körperschaft als Ausdruck der Volksmeinung: die Nationalversammlung. Und solange Neuwahlen nicht stattgefunden haben, kann die angebliche Veränderung in der Volksmeinung nicht einwandfrei festgestellt werden. Wie will man dann überhaupt den Willen des Volkes, abgesehen von den Wahlen, erkennen? Die Meinung der Presse gibt ihn durchaus nicht wieder. Die Wahlen zur Nationalversammlung haben aber zum Ausdruck gebracht, daß das Volk in seiner Mehrheit die Sozialisierung nicht will. Gerade in unruhigen Zeiten ist es die Pflicht jedes Politikers, das zu betonen, was er für richtig hält, gleichgültig, was die augenblickliche Meinung des Tages ist. Auf die Frage, ob die Sozialisierung an sich richtig ist oder nicht, ist zunächst zu erwidern, daß die Revolution nur den Zusammenbruch unseres früheren *politischen* Systems darstellt. Darum müssen wir auch *politische* Reformen bis zum äußersten durchführen. Redner bestreitet aber, daß auch das deutsche *Wirtschaftssystem* zusammengebrochen ist. Selbstverständlich müsse auch hier im einzelnen reformiert werden, was sich als nicht mehr lebensfähig erwiesen habe. Die Notwendigkeit von Verschiebungen und Veränderungen im einzelnen soll nicht bestritten werden. Aber das Wirtschaftssystem im ganzen ist auch heute

11 Die Sitzungsprotokolle der Nationalversammlungsfraktion der SPD im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam enthalten keinen Beleg für diese Behauptung.

12 Zu Bernhards wirtschaftspolitischen Vorstellungen vgl. seine Artikel in der „Vossischen Zeitung" zwischen Ende 1919 und Ende 1920; ferner G. Bernhard, Wirtschaftsparlamente. Von den Revolutionsräten zum Reichswirtschaftsrat, Wien 1923.

noch durchaus lebenskräftig. Es hat in den Jahrzehnten vor dem Kriege Deutschland zu hoher wirtschaftlicher Blüte gebracht. Daran haben nicht nur die Unternehmer, sondern auch die Angestellten und Arbeiter ihren Anteil gehabt und haben ihre Lebenshaltung verbessern können. Unser Wirtschaftsleben ist gewiß krank, aber nur darum, weil wir ihm nicht die Rohstoffe zuführen können und weil in unserem Volke zum Teil die Meinung verbreitet ist, daß wir weniger zu arbeiten brauchen und doch unsere materielle Lage verbessern können. Wenn man glaubt, diese Meinung zu beseitigen, indem man die Arbeiter mit zum Träger der Produktion macht, so ist das lediglich eine durch nichts bewiesene Mutmaßung. Die Erfahrung in den Staatsbetrieben scheint eher das Gegenteil zu beweisen. Wenn heute für die Arbeiter ein teilweises Mitbestimmungsrecht zugestanden wird, so ist zu erwarten, daß daraus bei der heutigen Schwäche der Staatsgewalt sehr schnell praktisch ein allgemeines Bestimmungsrecht wird. Damit würde man aber unfehlbar zu einer Ruinierung unseres ganzen Wirtschaftslebens gelangen. Vorwärts bringen kann uns nur in der Wirtschaft die kraftvolle persönliche Energie und Initiative und die Fähigkeit leitender Männer, in einem einzigen Augenblick eine rasche Entscheidung zu fällen. Alles das würde bei der Sozialisierung verlorengehen. Zur Frage der Räte bekämpft Redner den Gedanken, daß man eine politische Tätigkeit der Räte einräumen müsse. Das ist und bleibt die Beseitigung der Demokratie und die Aufrichtung einer Klassenherrschaft. Wenn die Unternehmer paritätisch in diese „Produktivkammern" eintreten, dann wird nur ein alter Gedanke aufgenommen, derjenige des Wirtschaftsparlamentes. Darüber ließe sich reden. Aber dadurch würden sich die Massen nicht beruhigen. Ist es denn überhaupt richtig, daß der einzelne Arbeiter und Angestellte einen Anspruch darauf hat, in einem Betriebe, der gut floriert, gute Gehälter gezahlt zu erhalten, in einem schlecht florierenden aber schlechte Gehälter? Ist es nicht richtiger, die hohen Erträgnisse guter Betriebe durch Steuern zu einem Teil für eine Verbesserung der Lebenshaltung aller Arbeiter, nicht nur der Arbeiter des betreffenden Betriebes, zu erheben? Für eine wahre Demokratie muß man eintreten, aber nicht für eine Scheindemokratie, die sich dem unterwirft, was gerade eine augenblickliche Volksstimmung für notwendig bezeichnet. Unter dem Druck der Straße dürfen wir nicht die Axt an unser Wirtschaftsleben legen.

Herr **Hartmann**[13] gibt eine Darstellung über die Haltung der demokratischen Fraktion und der demokratischen Minister zu den politischen Fragen. In diesen Tagen der Revolution und der fortwährenden Umwälzungen muß man der allgemeinen Lage Konzessionen machen, man kann nicht immer das Tipfelchen auf dem i des Programms aufrechterhalten. Man muß versuchen, das Mitbestimmungsrecht der arbeitenden Klassen in den Betrieben auszubauen, so weit es möglich ist. Über diese Dinge kommen wir nicht mehr hinweg. Sonst wird unsere Wirtschaft in absehbarer Zeit vollständig vernichtet sein. Auch die Angestellten und Arbeiter in unserer Partei haben schon seit längerer Zeit das Bedürfnis gehabt, auszusprechen, man müsse mit verschiedenen Auswüchsen unserer Privatwirtschaft Schluß machen. Schon vor der Revolution wurde von ihnen

13 Gustav Hartmann (geb. 1861), Schlosser, Vorsitzender des Verbands der Deutschen Gewerkvereine in Berlin, MdNv (DDP) 1919-1920, MdL Preußen 1921-1932.

verlangt, daß Betriebe, die sich zu Privatmonopolen herausgebildet hatten, in die Gemeinwirtschaft hineingeleitet werden müßten. Auch in unserer Fraktion sind über die beiden Sozialisierungsgesetze[14] Meinungsverschiedenheiten zum Ausdruck gekommen, genau so, wie wir sie heute hier gehört haben. Nachdem der Entwurf des Sozialisierungsgesetzes in der Kommission beraten war, hatten wir uns in der Fraktion darüber verständigt, daß in dem ersten Paragraphen die Bestimmung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten sei, daß die Überführung in die Gemeinschaft nur gegen entsprechende Entschädigung erfolgen solle. Ganz plötzlich brachte dann die Sozialdemokratie den Antrag auf Streichung der Worte „gegen angemessene Entschädigung" ein, und es ist bezeichnend, daß das Zentrum, nach den von mir eingezogenen Erkundigungen, das Gesetz sogar mit den gestrichenen Worten annehmen wollte[15]. Es ist übrigens nicht richtig, daß die Demokratische Partei in der Sozialpolitik ein Hemmschuh ist, wie es Scheidemann gegenüber dem Kassler Arbeiter- und Soldatenrat behauptet haben soll. Die Dinge liegen so, daß die sozialdemokratischen Minister vielfach Versprechungen machen, ohne sich vorher mit unseren Ministern in Verbindung zu setzen. Diese werden daher vor vollendete Tatsachen gestellt und sehen sich zur Zustimmung genötigt, um schwere Krisen zu vermeiden. Ein Austritt der Demokratischen Partei aus dem Kabinett ist deshalb zu widerraten, weil es unter den gegebenen Verhältnissen wünschenswert ist, daß die Regierung sich auf möglichst viele Parteien stützt. Das ist schon deshalb gerechtfertigt, weil uns daran liegen muß, daß die Regierung bei den Friedensverhandlungen einen recht großen Teil des Volkes repräsentiert. Wenn der Fraktion Mangel an Initiative vorgeworfen wird, so ist das in gewissem Sinne richtig. Aber es ist doch zu bedenken, daß, wenn wir einmal mit anderen Parteien zusammen den Regierungsblock bilden, wir dann zweckmäßig nur gemeinsam mit den anderen Mehrheitsparteien vorgehen können. Weiter ist unsere Zurückhaltung daraus zu erklären, daß heute alles noch im Fluß ist und man gar nicht weiß, was morgen geschehen wird. Es kommt hinzu, daß die Fraktion zur Zeit stark belastet ist und von früh bis spät arbeiten muß. Insbesondere erhalten wir von der Regierung häufig Gesetzesvorlagen, über die wenige Stunden darauf schon Beschluß gefaßt werden muß. Diese Vorlagen müssen dann sofort beraten werden. Der Zusammenhang zwischen den demokratischen Ministern und der demokratischen Fraktion ist ein guter, weil die Minister fast immer an den Fraktionssitzungen teilnehmen. Von Herrn Preuß hat man allerdings in der letzten Zeit nichts mehr in der Fraktion gesehen. Leider können die Minister die Fraktion nicht immer informieren, weil sie zum großen Teil selbst nicht wissen, was die Sozialdemokratie tun wird. Was die Verbindung der Presse mit der Fraktion anlangt, so haben wir verschiedentlich Konferenzen mit den Pressevertretern gehabt. Aber aus dem schon erwähnten Grunde ist die Fraktion gar nicht in der Lage, zu sagen, was geschehen wird. Über eine eigene Presse verfügt die Partei ja nicht. Die Zeitungen sind von der Parteileitung unabhängig und wahren diese Unabhängigkeit auch sehr nachdrücklich. Der

14 Siehe Anm. 9.

15 Die Gesetze wurden schließlich doch mit einer Entschädigungsgarantie für den Fall von Enteignungen angenommen.

Geschäftsführer der Fraktion, Weinhausen[16], ist im übrigen damit beauftragt, die Verbindung mit der Presse aufrechtzuerhalten. Ein Auseinanderfallen des Zentrums wäre vielleicht vor der Revolution möglich gewesen. Jetzt aber ist nicht daran zu denken. Das Zentrum steht fest da, und es wäre eine vergebliche Arbeit, es zur Sprengung zu bringen. Über die Rätefrage ist in der Fraktion eingehend gesprochen worden, ohne daß ein praktisches Ergebnis erzielt worden wäre, weil die Meinungen darüber weit auseinander gingen. Dasselbe ist ja auch bei den Mehrheitssozialdemokraten der Fall; die Gewerkschaften wollen von einer wirtschaftlichen Funktion der Arbeiterräte nichts wissen. Sie bringen politische Aufgaben für sie in Vorschlag. Vielleicht läßt sich das, was in der Arbeitsgemeinschaft der Arbeitgeber und Arbeitnehmer[17] geschaffen und angebahnt worden ist, für eine zweckmäßige Organisierung des Rätesystems verwenden. Das frühere Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern kann gewiß heute nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Arbeitnehmer wollen ein Mitbestimmungsrecht in allen Fragen des Betriebes, die die Arbeiter angehen. In unserer Fraktion sind von Erkelenz über das Rätesystem Grundzüge[18] ausgearbeitet worden, die einer Kommission zur Beratung überwiesen sind, und die sich sinngemäß mit dem Antrag Kaliski[19] auf dem Rätekongreß decken. Die politische Nebenregierung der Räte wäre unrichtig. Aber die Radikalen wollen doch nur eine Diktatur des Proletariats. Diese Leute würden auch mit dem Rätesystem nach den Vorschlägen von Bernhard nicht zufrieden sein.

Die Redezeit wird nunmehr auf zehn Minuten beschränkt.

Der **Vorsitzende** verliest hierauf folgenden inzwischen eingegangenen Antrag von Bernhard und Genossen[20]:

„Die Errichtung von – den Volkskammern gleichberechtigten – Kammern der Arbeit, als Vertretern aller Arbeit leistenden Deutschen, widerspricht nicht den Grundsätzen der Demokratie."

Herr **Kaufmann**: Herr Bernhard und seine Gesinnungsgenossen berücksichtigen nicht die Stimmung, die den Arbeitern von der Sozialdemokratie in den letzten

16 Friedrich Weinhausen (1867-1925), Sozialpolitiker und Redakteur, Leiter des „Demokratischen Zeitungsdiensts" 1920-1925, MdR (Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1912 bis Februar 1921, Md preuß. Abgeordnetenhauses 1913-1918.

17 Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG).

18 Der Antrag, den Erkelenz am 28.2.1919 in der Nationalversammlungsfraktion vorgelegt hatte, forderte u. a.: Sozialisierung des Kohle-, Kali- und Energiesektors, Ausarbeitung eines einheitlichen Arbeitsrechts für Arbeiter und Angestellte, Schaffung von Betriebsräten und Beamtenausschüssen, Aufteilung unrentablen Großgrundbesitzes und Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Frage, wie Arbeiter und Angestellte am Ertrag des Unternehmens beteiligt werden könnten. In der Fraktion fand dieser Antrag sowohl Gegner als auch Befürworter, die Fraktion konnte sich jedoch entgegen Erkelenz' Wunsch, der auf eine eigene Initiative der Partei in diesen Fragen drängte, nicht dazu entschließen, den Antrag der Nationalversammlung vorzulegen. DDP-Fraktion.

19 Julius Kaliski, Mitglied des Vollzugsrats der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin (SPD), hatte seinen Antrag am 13. April auf dem zweiten Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands eingebracht. Abdruck des Antrags Cohen-Kaliski-Büchel in: Schulthess 1919 I S. 170.

20 Den Antrag Bernhard hatten mit unterschrieben: Silberberg, Hausberg, Hübner, Mende, Madsen, Belian, Frau Kolshorn, Frau Dorn von Caemmerer, Frau Herrmann, Heimann, Raschke.

Jahrzehnten eingeprägt worden ist. Das, was in dem Buch von Bebel über die Frau[21] und in ähnlichen Schriften enthalten ist, das ist in vierzig Jahren den sozialdemokratischen Arbeitern als Evangelium gepredigt worden, und nun zeigt sich, daß die Sozialdemokratie alle diese Versprechungen nicht verwirklichen kann. Daß das sozialdemokratische Programm unausführbar ist, zieht sich wie ein roter Faden durch alle Reden der sozialistischen Führer, und die größte Sünde ist die, daß die Sozialdemokraten glauben, ihren Bankrott der Bevölkerung vorenthalten zu können. Bedauerlich ist es, daß dies geschieht unter Mitwirkung der Demokraten und des Zentrums. Was die Nationalversammlung in Sachen der Sozialisierung vollbracht hat, ist weiter nichts als weiße Salbe. So kann es nicht weitergehen. Dieses System muß zusammenbrechen. Wenn Herr Bernhard glaubt, mit seinen Ideen Beruhigung herbeiführen zu können, so ist das ein Irrtum. Der Demokratie ist zum Vorwurf zu machen, daß sie das erlösende Wort gegenüber der Sozialdemokratie nicht gesprochen und nicht offen erklärt hat, das sozialdemokratische Programm sei unausführbar. Redner kritisiert dann die Entschuldigungen, die Hartmann für die Haltung der Fraktion angegeben hat, und meint insbesondere, es müsse die Aufgabe der Männer, die wir in das Parlament geschickt haben, sein, nicht Tag für Tag aus der Hand in den Mund zu leben, sondern über den Tag hinaus in die Zukunft zu sehen. Jetzt stellt sich heraus, daß der Eintritt der Demokratie in die Regierung ein Fehler war. Der Gedanke einer tiefen und wahren Demokratie wird ebenso in den Handlungen der Fraktion, wie in dem Programmentwurf vermißt.

Herr **Schreiber** (Berlin) weist auf die Gefahr der Schematisierung des gesamten bürgerlichen Lebens hin und bezeichnet die Erfahrungen des Krieges als warnendes Beispiel. Die Empörung gegen den Militarismus sei zu einem großen Teil nichts weiter als die elementare Auflehnung der Persönlichkeit gegen ihre systematische Unterdrückung.

Herr **Hausberg**[22]: Die große Masse der Arbeiter und Angestellten will aus dem Herdenwesen herauskommen und aus der Willkür der Unternehmer, unter der sie vielfach heute noch ebenso wie früher zu leiden hat. Man gebe den Angestellten das Mitbestimmungsrecht, wodurch die Initiative des Betriebsleiters nicht gehemmt zu werden braucht. Der ehrliche und gewissenhafte Unternehmer braucht die Kontrolle nicht zu befürchten, und den anderen soll auf die Finger gesehen werden. Der Zusammenbruch in Deutschland ist erfolgt, weil man nicht rechtzeitig das Ventil geöffnet und die berechtigten Wünsche der Arbeiter und Angestellten erfüllt hat. Es sind immer nur auf Drängen bruchstückweise und ungenügend Konzessionen gemacht worden. Durch den Berliner Angestelltenstreik verlieren wir viele Anhänger, weil unsere Partei sich der Angestellten nicht energisch annimmt und nicht erfüllt, was bei den Wahlen versprochen wurde. Die Unabhängigen nützen die Situation aus und wir sind nicht in der Lage, für unsere Partei zu werben. Wenn Sie wollen, daß die Arbeitnehmer bei uns bleiben sollen, dann entwickeln Sie auch eine entsprechende Initiative!

Herr **Köhler**[23]: Herr Hartmann hat die Befürchtungen nur bestätigt, die die

21 August Bebel, Die Frau und der Sozialismus, Zürich 1879 (53. Aufl. 1919).

22 Fritz Hausberg, Ingenieur in Berlin.

23 Curt Köhler, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Hansabundes.

Antragsteller bei Einbringung ihres Antrages gehegt haben. Wir müssen den Mut haben, der Arbeiterschaft zu sagen, daß sie von der Sozialdemokratie betrogen worden ist und daß die Durchführung des sozialdemokratischen Wirtschaftsprogramms unmöglich ist. Die einsichtigen Arbeiter sehnen sich auch danach, daß ihnen der Rücken gestärkt wird, damit sie nicht weiter nach links gedrängt werden. Mit Konzessionen kommt man heute nicht weiter. In der Frage der Sozialisierung wollen wir möglichst bei der alten *Produktions*politik bleiben, in bezug auf die *Verteilung* der Güter und deren Verwaltung aber wollen wir den Arbeitern entgegenkommen. Hier jedoch vermißt Redner ein großzügiges Programm der Partei. Wir müssen die Fraktion auffordern, ein solches Programm zu schaffen, damit wir wissen, was wir den Leuten zu sagen haben. Sonst verlieren wir die Angestellten, besonders aber den Mittelstand. Redner fragt, ob jetzt, insbesondere nachdem Herr Bernhard die Vereinigung der beiden sozialistischen Parteien als durchaus möglich bezeichnet, nicht der Augenblick gekommen ist, zu verlangen, daß wir in Opposition treten und dann ein klares demokratisches Programm entwickeln.

Herr **Marwitz**: Nicht darum handelt es sich, daß die Fraktion ein Tipfelchen auf dem i des Programms entfernt, sondern daß sie einen ganz wesentlichen Punkt aus dem Programm herausgerissen hat. Die Frage, ob und wie das Volk arbeitet, ist gar keine Frage der Produktionsordnung. Das ist eine Frage, die eben durch den Krieg und die dadurch eingetretenen Verhältnisse entstanden ist, und alle Mittelchen von Konzessionen sind nutzlos. Durch weiteres Nachgeben wird nur erreicht, daß wir immer weiter nach links rutschen und daß unser Wirtschaftssystem zusammenbricht. Durch Bernhards Artikel in der "Vossischen Zeitung"[24] und durch seine heutige Rede geht ein tiefer Riß: Wenn der Produktionsprozeß so umgeformt werden soll, wie Bernhard es wünscht, dann ist das doch der schärfste Eingriff in die Privatinitiative, während er doch andererseits diese Initiative erhalten wissen will. Der Antrag Kaliski könnte an sich von jedem unterschrieben werden, weil nichts darin steht. Es kommt nur darauf an, wie er zur Durchführung gelangt. Die Arbeitgeber würden dabei gewiß in die Minorität gebracht werden, und deshalb ist der Antrag zu verwerfen.

Herr **Fischer**: Die Folgerung aus den Ausführungen Hartmanns lautet: Wir haben zwar den Parlamentarismus, aber nur alle Schattenseiten von ihm. Die Vorzüge des Parlamentarismus, die in der Geltungmachung des Einflusses unserer Minister und der Fraktion schon *vor* der Einbringung von Regierungsvorlagen bestehen würden, fehlen uns. Interessant wäre es doch, zu hören, warum Schiffer zurückgetreten ist[25]. Sein Verzicht auf das Amt ist vermutlich erfolgt, weil er sich davon überzeugt hat, daß unsere Minister im Kabinett nicht demokratische Politik treiben können, sondern nur Mitläufer der Sozialdemokratie

---

24 Siehe Anm. 12.

25 Schiffer hatte am 28.3. sein Rücktrittsgesuch eingereicht. In der Kabinettssitzung vom 11.4.1919 war es zur Sprache gekommen, wobei vergeblich versucht worden war, ihn umzustimmen. In der Öffentlichkeit hatte Schiffer seinen Entschluß mit persönlichen Gründen motiviert, den Anstoß habe allerdings die gegen seinen Willen erfolgte Schaffung und Besetzung neuer Etatstellen gegeben. Vgl. Kabinett Scheidemann S. 156 Anm. 12; ferner Wippermann, Die Deutsche Revolution, Bd. 2 1919, S. 146f.

sind[26]. Da fragt es sich denn heute doch, ob es richtig ist, daß die Demokraten noch in der Regierung bleiben. Darüber müssen wir uns heute in einer Entschließung aussprechen und verlangen, daß unsere Minister aus der Regierung austreten. Wir sind eingetreten in der Absicht, auch von den Sozialdemokraten Konzessionen zu fordern. Bisher haben wir aber nur Opfer in unseren Überzeugungen gebracht, insbesondere in bezug auf die heute ausschlaggebende Frage der Sozialisierung. Solange unser Wirtschaftskörper krank ist, gibt es keinen Raum für sozialistische Experimente. Da gilt es nur: „Arbeit", und diese kann nur mit Erfolg im Rahmen des alten Wirtschaftssystems geleistet werden. Wir haben die Gelegenheit versäumt und den Sozialdemokraten, die selbst in ihren Führern Zweifel laut werden ließen, nicht energisch genug zugerufen: die von euch gepredigte Sozialisierung ist eine Unmöglichkeit und muß jedenfalls heute zum Ruin führen. Die Wirtschaft läßt sich einfach eine Schematisierung, wie sie jetzt vom Reichswirtschaftsministerium bekanntgegeben wird, nicht gefallen. Statt das nichtssagende und damit auch politisch verderblich wirkende Sozialisierungsgesetz mitzumachen, hätten wir uns mit der Frage der Betriebsräte intensiver beschäftigen müssen. Da hätte die Arbeitsgemeinschaft zum Ausgangspunkt einer vernünftigen Lösung werden können. Redner spricht sich für ein beratendes Wirtschaftsparlament aus, aber nicht auf dem Wege des allmählichen Nachgebens, sondern eines mutigen Entschlusses, der sofort das Endziel verwirklicht.

Um 13.45 Uhr wird eine Frühstückspause bis 15.30 Uhr gemacht und hierauf in den Verhandlungen fortgefahren.

Herr **Gerland**: Zwei verschiedene Fragen müssen hier scharf getrennt werden, die eine nach der Taktik der Nationalversammlung, die andere nach dem Programm, das die Nationalversammlung hätte innehalten müssen. Was die Taktik anbelangt, so sind hier die verschiedensten Vorwürfe erhoben worden, die doch vielleicht nicht ganz unberechtigt sind. Die Fraktion soll nicht genügende Führung gehabt haben und sich von den Tagesereignissen zu sehr habe treiben lassen. In der Wählerschaft hat zweifellos eine gewisse Enttäuschung über ihre Tätigkeit Platz gegriffen. Wenn die Fraktion auch nicht unter dem Druck der Straße gehandelt hat, so hat es doch nach außen zum mindesten so den Anschein gewonnen. Was ferner Hartmann über unsere Minister und ihr Verhältnis zu ihren sozialdemokratischen Kollegen gesagt hat, ist nicht sehr erfreulich.

Was nun die programmatische Seite anbelangt, so hat der Redner in den bisherigen Ausführungen der Vorredner bestimmte Vorschläge vermißt. Nur Herr Bernhard hat positive Ziele angegeben. Ein positives Programm, unter welcher Voraussetzung wir in der Regierung noch mitarbeiten können, ist aber notwendig, und zwar sowohl hinsichtlich der Sozialisierung, wie hinsichtlich der Rätefrage. Wenn nun angeregt ist, daß die demokratischen Minister aus der Regierung einfach austreten sollen, so ist vor einem solchen Schritt aus drei Gründen dringend zu warnen. Einmal können wir jetzt nicht austreten, weil man uns dann den Vorwurf machen würde, wir wollten keine Sozialpolitik treiben. Ferner könnte durch einen Austritt der Demokraten der Anschluß der Mehrheitssozialisten nach links herbeigeführt werden, und unter Umständen könnte sogar der Rätekongreß

26 Auch Koch-Weser sah darin das eigentliche Motiv für Schiffers Rücktritt. Nachlaß Koch-Weser 16.

dann die Nationalversammlung verdrängen. Endlich ist zu bedenken, wenn wir heute die Sozialdemokraten allein arbeiten lassen, so geben wir ihnen die Möglichkeit, die ganze innere Verwaltung Deutschlands in eine reine Parteiverwaltung umzuwandeln. Abgesehen aber von diesem allem, würde wahrscheinlich noch das Zentrum nicht austreten und die Sozialdemokraten daher keineswegs in eine taktisch unhaltbare Stelle gedrängt werden. Man kann daher nicht einfach den Austritt der Regierung verlangen, sondern man müßte die Basis feststellen, auf der es unseren Ministern möglich sein wird, mit der Sozialdemokratie zu verhandeln, um die Koalitionsregierung aufrechtzuerhalten.

Herr **Crüger** schließt sich den Ausführungen des Vorsitzenden an. Er gibt seinem Bedauern darüber Ausdruck, daß wir nicht einen einzigen Regierungsvertreter aus der Deutschen Demokratischen Partei in unserer Mitte sehen. Wenn unsere Fraktion das Zünglein an der Waage ist, so müssen wir ihr eine gewisse Bewegungsfreiheit geben. Ebenso können wir unseren Ministern nicht vorschreiben, unter welchen Bedingungen sie im Kabinett bleiben können. Es herrschen eben jetzt außerordentliche Zustände. Bernhard hat so gesprochen, als wenn es nur Angehörige der arbeitenden Klassen gäbe, keinen Mittelstand und keine Landwirtschaft. Diese Auffassung ist unrichtig. Seinem hohen Lied auf die Sozialisierung kann Redner nicht beistimmen; allerdings befürchtet er, daß es sehr schwer sein wird, Halt der Sozialisierung zu gebieten. In einem sozialisierten Deutschland wird unsere Steuerkraft auf ein Minimum herabsinken. Man möge an das Schicksal der Produktivgenossenschaften denken. Die Reise wird dann weiter gehen: Auf die Sozialisierung wird der Kommunismus folgen, denn die Sozialisierung wird die Massen nicht befriedigen, und auf ihn – die Diktatur. Dazu kommt, daß das jetzige Wahlrecht in der Praxis nur ein solches für die arbeitenden Klassen ist, und das wird sich immer schärfer zeigen. Es ist darum zu bedauern, daß in Weimar nicht eine höhere Altersgrenze in die Verfassung aufgenommen ist. Die Kommunalisierung ist geeignet, breiten Schichten der Bevölkerung die Selbständigkeit zu nehmen und den Beamtenkörper stark zu vermehren. Zum mindesten müßte in dem zu erwartenden Kommunalisierungsgesetz[27] die Bestimmung verankert werden: „unbeschadet der Erhaltung des selbständigen Mittelstandes". Bei der schnellen Veränderung der Verhältnisse können wir uns bezüglich der Sozialisierung nicht auf eine bestimmte Formel festlegen. Sie ist auch nicht zu finden wegen der Unklarheit und Unbestimmtheit des Begriffs. Ausschlaggebend muß jedenfalls der Vorbehalt sein, daß bei der Sozialisierung die Privatinitiative nicht beeinträchtigt wird. Ob sich das machen läßt, ist freilich eine Frage für sich. Bei dem Rätesystem müssen wir Konzessionen machen. Den vorliegenden Antrag können wir aber nicht annehmen.

Herr **Quidde** betont, daß er hauptsächlich das Wort ergriffen hat, um gewisse falsche Schlüsse, die aus den Worten Hartmanns gezogen sind, zu berichtigen. Wir haben von Anfang an in der Fraktion unter dem Druck der Zeitnot gearbeitet, und aus ihr sind wir nicht bis heute herausgekommen. Die Darstellung Hartmanns über die Stellung der Minister im Kabinett und in der Fraktion hat hier

27 Am 19.3. hatte die Sozialisierungskommission den Entwurf eines Rahmengesetzes betr. die Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben veröffentlicht. Zu den inhaltlichen Bestimmungen vgl. Frankfurter Zeitung v. 21.3.1919 Nr. 215.

irrtümliche Ansichten hervorgerufen. Die Minister haben im Gegenteil in vielen Fällen dem Kabinett ihren Willen auferlegt. Insbesondere Gothein[28] hat sodann öfter schon über Dinge in der Fraktion Mitteilung gemacht, die im Kabinett noch nicht zur Entscheidung gekommen waren. Schiffer ist gleichfalls bei wichtigen Fragen zur Besprechung in die Fraktion gekommen. Am wenigsten Fühlung bestand mit Preuß. Was den Rücktritt von Schiffer anlangt, so hat er darüber in der gestrigen Fraktionssitzung streng vertrauliche Mitteilungen gemacht, über die Redner sich im einzelnen nicht äußern kann. Er glaubt aber doch angeben zu können, daß es eine ganze Reihe von Fragen gewesen sind, die in ihrer Gesamtheit Schiffer das Verbleiben im Amte unmöglich gemacht haben. Den letzten Anstoß hat die Einbringung der Vorlage über den Staatsgerichtshof[29] gegeben, mit dem er nicht einverstanden gewesen ist. Schiffer hat in der Fraktion erklärt, wenn sein Rücktritt auch denjenigen der demokratischen Kollegen nach sich ziehen oder wenn er die Bedeutung haben könnte, daß die Demokratische Partei überhaupt aus der Koalition ausscheidet, dann würde er nicht zurücktreten, denn diese Konsequenz wolle er nicht gezogen wissen. Unerfreulich ist es für uns, daß die Sozialdemokratie der bestimmende Faktor in der Regierung ist. Aber das wußten wir ja vorher, ehe unsere Minister eintraten. Die unleugbare Unzufriedenheit über die Nationalversammlung kommt daher, daß an die Tätigkeit dieser Körperschaft vom Volke Erwartungen geknüpft worden sind, die überhaupt nicht erfüllbar waren. Die Unzufriedenheit mit der Fraktion kommt einmal daher, daß die Abgeordneten zwar von vielen Spezialfragen eine genauere Kenntnis erhalten als der Außenstehende, daß ihnen aber bei der Fülle der Einzelheiten leicht der Blick für das Große verlorengeht. Dann aber werden auch an die Fraktion Forderungen gestellt, die sie nicht erfüllen kann. Sie soll, so sagt man, ein großzügiges Programm entwickeln, sie soll Initiative in der Politik zeigen. Das ist jedoch Sache der Minister, nicht einer vielköpfigen Fraktion. Was die von Marwitz angegriffene Erklärung der Reichsminister über die Sozialisierung anlangt, so ist darauf hinzuweisen, daß, wenn Gothein, der doch ein Gegner der Sozialisierung ist, die Erklärung mit unterschrieben hat, sie dann wahrhaftig nicht so weitgehend sein kann. Das Sozialisierungsgesetz konnten wir nicht ablehnen, nachdem es eingebracht war. In der Rätefrage müssen wir ein positives Programm entwickeln. Wir dürfen aber nicht den Gedanken aufkommen lassen, als ob das, was wir bewilligen wollen, dasselbe ist, was die radikale Seite fordert. Was die eigentlichen Urheber des Rätesystems verlangen, ist nämlich die politische Herrschaft. Diese dürfen wir nicht zugestehen. Wir dürfen hier nicht den Schein erwecken, als ob wir Konzessionen machen wollten. Bewilligen müssen wir dagegen einen Einfluß der Räte auf alle Dinge, die sich auf den Beruf der Arbeiter beziehen. Redner würde es aber für verkehrt halten, wenn man von dem Gesichtspunkt der Vertretung der Standesinteressen aus eine zweite Kammer schüfe. Die beruflichen Vertretungen sollen lediglich zuständig sein für die Fragen, die die in ihnen zusammengefaßten

28 Georg Gothein (1857-1940), Bergrat a. D., Syndikus der Handelskammer Breslau 1893-1901, Vorstandsmitglied des Außenhandelsverbandes, Vorsitzender des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus, Md preuß. Abgeordnetenhauses (Freisinnige Vereinigung) 1893-1903, MdR (Freisinnige Vereinigung/Fortschrittliche Volkspartei/DDP) Mai 1901 bis Mai 1924, Minister ohne Portefeuille von Februar bis März 1919, Reichsschatzminister von März bis Juni 1919.

29 Vgl. Schulthess 1919 I S. 136f.

Berufe angehen. An sich könnte den berufsständischen Vertretern sogar die gesetzgeberische Initiative oder das Recht des Referendums zugestanden werden. Über alles das können wir ja mit uns reden lassen. Aber nicht dürfen wir der berufsständischen Vertretung eine Stellung einräumen, die ihnen Gleichstellung mit der Nationalversammlung verschafft.

Der **Vorsitzende** verliest nunmehr eine Reihe weiterer eingegangener Anträge.

1. Antrag Kauffmann und Genossen[30]:

„Der Hauptausschuß vertraut, daß die Fraktion in der Erkenntnis, daß die Durchführung der sozialdemokratischen Wirtschaftsideale, wie sie im Erfurter Programm enthalten ist, den wirtschaftlichen Untergang bedeuten würde, in voller Selbständigkeit gegenüber Eintagsströmungen eine wahrhaft demokratische Wirtschaftspolitik einleitet und verwirklicht. Es muß eine Zusammenfassung der beiden gleich notwendigen Ideen der freien Initiative des Unternehmers und des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer aller Art an der Gestaltung des Arbeitsverhältnisses gefunden werden; für letztere ist der Gedanke der Betriebsräte eine geeignete Grundlage. Ebenso dient diesem Ziel der Aufbau eines paritätischen Wirtschaftsrates. Der Hauptausschuß erwartet von der Fraktion, daß sie sich bei der Durchführung eines solchen Programms nicht durch die Fesseln einer Koalitionsregierung hemmen läßt, sondern dieselben abwirft, wozu programmwidrige Konzessionen gefordert werden."

2. Antrag Marwitz:

„Der Hauptvorstand ermächtigt den Geschäftsführenden Ausschuß, verstärkt durch Keinath, Struve[31], Dr. Walther Schreiber, Dr. Fischer, Frau Dorn von Caemmerer, Dr. Marwitz, nach nochmaliger Durcharbeitung das Programm als Vorlage im Auftrage des Hauptvorstandes dem Parteitag vorzulegen."

3. Antrag Nebelung[32] und Genossen[33]:

„Das vorgelegte Programm ist zum größten Teil negativ, jedenfalls namentlich in der Frage der Sozialisierung völlig unzureichend. Es wird beantragt, eine neue Kommission von 15 Mitgliedern zu ernennen, die an Hand der vorliegenden Programmentwürfe ein neues Programm entwerfen soll."

Herr **Bernhard** wendet sich gegen den Antrag Kauffmann. Dadurch würden die Mehrheitssozialisten in das Lager der Unabhängigen getrieben. Es gibt außerdem gar keine demokratische Wirtschaftspolitik. Demokratie ist nur ein formal-politischer Begriff. Die Unklarheit und Meinungsverschiedenheit ist nur dadurch entstanden, daß man nicht zwischen Arbeiterräten und Betriebsräten auseinandergehalten hat. Redner setzt den Unterschied im einzelnen auseinander

---

30 Den Antrag Kauffmann hatten Fischer und Keinath mit unterzeichnet.

31 Wilhelm Struve (1874-1949), Arzt in Kiel, MdR (Freisinnige Vereinigung/Fortschrittliche Volkspartei) 1907-1918, MdLv Preußen (DDP) 1919-1921.

32 Wilhelm Nebelung (1864-1920), Chefredakteur der „Nordhauser Zeitung", MdLv Preußen (DDP) 1919 bis Januar 1920.

33 Den Antrag Nebelung hatten mit unterzeichnet: Mende, Frau Kolshorn, Wenck, Schreiber (Halle), Belian.

und entwickelt dann sein System über den Aufbau des Produktivrats und der Produktionskammern.

Fräulein **Kolshorn**[34] führt aus, daß die Demokratische Partei zu den bodenreformerischen Fragen in ihrem Programm Stellung nehmen müsse.

Herr **Friedberg**: Man soll an diese Fragen mit der bloßen Theorie herangehen. Die Fraktion in Weimar hat im wesentlichen das Richtige getroffen. Die wesentlichste Frage für uns alle ist doch: Wie verschaffen wir unserem Vaterlande Ordnung und Frieden? Nun ist einmal die einzig reale Macht, die heute vorhanden ist, die Mehrheitssozialdemokratie. Deshalb ist es die Aufgabe der Demokratie, die Mehrheitssozialdemokraten, soweit es in ihrer Macht steht, zu stärken. Das haben wir durch den Eintritt in das Kabinett getan. Redner erklärt, daß er deshalb auch, so sehr er Individualist ist, der Ansicht ist, im gegenwärtigen Augenblick komme es auf ein bißchen mehr oder weniger Sozialisierung gar nicht an. Die spätere Zeit wird etwaige Auswüchse schon wieder hinwegschwemmen. Wenn wir die Regierung stürzen, wo sind dann für die bürgerlichen Parteien die Bajonette, auf die sie sich stützen können? Wenn wir anders verfahren, als es die Fraktion in Weimar getan hat, dann würde nichts übrigbleiben, als daß wir die Mehrheitssozialisten in die Arme der Linken treiben. Dann kämen wir zu dem Terror. Er ist nach der Ansicht vieler unausbleiblich. Aber solange man ihn vermeiden kann, dürfen wir nicht die Hand zu seiner Herbeiführung bieten. Deshalb ist es nicht zu bedauern, wenn unsere Freunde in der Sozialisierung vielleicht etwas weiter gegangen sind als das Programm das gestattet. In Sachen der Arbeiterräte haben wir eine viel freiere Stellung. Diese Räte sind eine Übergangserscheinung. Wenn man die Räte so aufbaut, wie Bernhard es vorgeschlagen hat, dann ist die Sache ziemlich gleichgültig, mit Ausnahme des Gesetzgebungsrechts. Uns interessiert vielmehr das politische Rätesystem, und dagegen müssen wir uns mit aller Energie erklären. Nach dem Plan Bernhards soll der höchste Arbeiterzentralrat ein volles gesetzgeberisches Mitbestimmungsrecht haben. Da kommt man in die berufsständische Mitbestimmung hinein, das Reaktionärste, was man sich denken kann. Wir können uns deshalb nicht scharf genug gegen das politische Rätesystem und insbesondere gegen das Zweikammersystem wenden. Wir sprengen durch diese Stellungnahme auch nicht die Mehrheit, denn die Sozialdemokratie steht ja auf demselben Boden. Redner wendet sich gegen den Antrag Kauffmann aus demselben Grunde wie Bernhard. Was man der Nationalversammlung zum Vorwurf machen kann, ist, daß sie nicht radikal genug vorgegangen ist. Sie müßte nach den Grundsätzen des französischen Nationalkonvents regieren. Warum erläßt sie nicht ein Gesetz, in dem es heißt: Wer unbefugt Waffen trägt, stellt sich außerhalb des Gesetzes? (Lebhaftes Bravo!) Zum Schluß schlägt Redner folgende Resolution vor:

„Die Ausstattung der Arbeiterräte mit Befugnissen, die über eine Mitwirkung bei der Vorbereitung der Gesetzgebung hinausgehen, stellt einen Rückfall in reaktionäre Bestrebungen für die Einführung von berufsständischen Parlamenten dar und ist mit dem demokratischen Gedanken unvereinbar."

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

---

34 Else Kolshorn, Vorsitzende des Vereins der weiblichen Post- und Telegraphenbeamten in Berlin.

Herr **Bade** verliest hierauf folgenden von ihm und einer Anzahl anderer Mitglieder[35] gestellten Antrag:

„Wir beantragen, der Hauptvorstand wolle beschließen, die Fraktion der Nationalversammlung zu ersuchen, einen Antrag zu stellen, daß über die Frage, ob die Selbständigkeit der Bundesstaaten beibehalten oder ein Einheitsstaat unter Selbstverwaltung der Stammländer durchgeführt werden soll, eine Volksabstimmung herbeigeführt werden muß."

Herr **Frankfurter** betont, daß der Antrag nicht zur Debatte stehe, sondern zu einem anderen Teil des Programms gehöre. Herr **Barteld** weist darauf hin, daß er und seine Freunde von Anfang an darauf hingewiesen haben, daß auch dieser Antrag zur Debatte stehen soll.

Die Versammlung beschließt, die Debatte nicht wieder zu eröffnen.

Nunmehr hält Herr **Kauffmann** das Schlußwort. Er begründet seinen Antrag, indem er hervorhebt, in ihm wäre nur die Art, wie sozialisiert wird, kritisiert, nicht die Tatsache selbst. Den Antrag Bernhard bittet der Referent abzulehnen.

Herr **Hartmann** stellt in einer persönlichen Bemerkung fest, daß er der Verhandlung nicht beiwohne als offizieller Vertreter der Fraktion, sondern als Mitglied des Hauptvorstandes. Seine Ausführungen habe er nur für seine Person gemacht. Er sei falsch verstanden worden, wenn man annehme, er habe erklärt, die demokratischen Minister seien von der Sozialdemokratie nur geschoben worden. Ferner bestreitet er, daß die demokratische Fraktion durch ihre Zustimmung zu dem Sozialisierungsgesetz von dem Programm abgewichen sei.

Herr **Frankfurter** erhält das Schlußwort als Referent der Programmkommission über die Frage der Sozialisierung und des Rätesystems. Er wendet sich gegen den Antrag Kauffmann, der eine Sprengung der Regierung bedeute.

Herr **Becher** (Hagen)[36]: Wir können doch jetzt nicht Stellung nehmen zu den einschlägigen Programmpunkten, wenn der Berichterstatter jetzt eben erst sein Referat gehalten hat. Redner beantragt, morgen weiterzutagen mit der Tagesordnung: Beratung des Programmentwurfs.

Es entwickelt sich eine lange Geschäftsordnungsdebatte über die weitere Behandlung des Programmentwurfs. **Quidde** *und* **Gerland** *beantragen, die Programmkommission möge in etwas erweiterter Gestalt nochmals zusammentreten und den Entwurf unter Berücksichtigung etwaiger inzwischen eingegangener Abänderungsvorschläge von Hauptvorstandsmitgliedern erneut durchberaten. Das Ergebnis solle dann als Entwurf der Programmkommission, nicht des Hauptvorstandes, den Organisationen zugeleitet werden.*

Dann finden die Abstimmungen statt. Der Antrag Bernhard wird mit 23 gegen 8 Stimmen abgelehnt, der Antrag Kauffmann wird mit großer Mehrheit gegen 4 Stimmen abgelehnt, der Antrag Friedberg wird mit großer Mehrheit gegen 9 Stimmen angenommen, der Antrag Quidde–Gerland wird einstimmig ange-

35 Den Antrag Bade hatten mit unterzeichnet: Barteld, Struve, Nebelung, Frau Kolshorn, Frau Dorn von Caemmerer, Schreiber (Halle), Abderhalden; ein Name unleserlich.

36 Ewald Becher, Fabrikant in Hagen.

nommen; damit sind die Anträge Marwitz und Nebelung erledigt. Anschließend werden die Mitglieder der erweiterten Programmkommission gewählt[37].

Zum Schluß berichtet **Schreiber** *(Berlin) über die Arbeit der Kommission zur Festlegung des Wahlmodus für den Parteitag*[38]. *Der Vorschlag der Kommission lautet:*

„Die Wahl der Delegierten zum Parteitag erfolgt nach Reichswahlkreisen. Jeder der neuen Reichswahlkreise entsendet mindestens einen Vertreter. Darüber hinaus steht jedem Reichswahlkreis auf jedes Tausend organisierter Mitglieder je ein weiterer Vertreter zu. Ein Überschuß von mehr als 500 Parteimitgliedern wird einem vollen Tausend gleichgerechnet. Die nichtörtlichen Organisationen, welche vom Geschäftsführenden Ausschuß anerkannt sind, entsenden zum Parteitag auf je 2000 Mitglieder einen Vertreter, wobei ein Überschuß von mehr als tausend vollen 2000 gleichgerechnet wird. Jede bundesstaatliche Fraktion hat das Recht, wenigstens einen Vertreter zum Parteitag zu delegieren mit einem Zuschlag von je einem weiteren Vertreter auf volle 50000 bei den letzten Wahlen abgegebenen Stimmen. Die Mitglieder des Hauptvorstandes, des Geschäftsführenden Ausschusses und der Reichstagsfraktion gehören dem Parteitag als vollberechtigte Mitglieder an. Ferner entsendet die Vereinigung der demokratischen Presse fünf Vertreter zum Parteitag."

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen. Der **Vorsitzende** *schließt die Tagung mit Dankesworten.*

---

37 Frankfurter, Friedberg, Gerland, Frau von Harnack-Zahn, Kempner, Frau Salomon, Crüger, Kauffmann, Bade, Schreiber (Halle), Silberberg. Fünf weitere Mitglieder sollte die Reichstagsfraktion bestimmen.

38 Vgl. oben.

25.

25.4.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Fischbeck. Beginn: 17.45 Uhr. Ende: 20.30 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Fischbeck, Frankfurter, Frentzel, Issberner, Kalkoff, Kempner, Nuschke, Remmers, Schreiber. Entschuldigt: Friedberg, Gerland, Wießner.

Fischbeck *eröffnet. Wolff hat seinen Austritt aus dem Hauptvorstand der Partei erklärt, „mit Rücksicht auf die tatsächliche politische Einflußlosigkeit des Hauptvorstands gegenüber der Fraktion".*

Der Geschäftsführende Ausschuß legt die Tagesordnung für den Parteitag fest. Bei den Wahlen zum Hauptvorstand sollen die Delegierten die Liste der bisherigen Hauptvorstandsmitglieder[1] *mit der Maßgabe erhalten, nach Belieben Namen zu streichen und neue hinzuzusetzen; die ersten 120 Namen sollen gelten.*

---

1 Zur Zusammensetzung des Provisorischen Hauptvorstandes vgl. S. 766–801.

Die Berliner Frauengruppe, der wegen Geldmangel die Auflösung droht, erhält 1600 M.

Die „Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien", zu der die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und das Zentrum gehören, erstrebt eine Zusammenarbeit aller bürgerlichen Parteien bei den Arbeitsratswahlen und hat in diesem Sinne bei der Deutschen Demokratischen Partei sondiert. Der Geschäftsführende Ausschuß hält eine Beteiligung an diesen Bestrebungen nicht für zweckmäßig, beschließt jedoch, vor einer endgültigen Ablehnung Flügel zu befragen.

26.

5.5.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Friedberg. Beginn: 11.15 Uhr. Ende: 13.45 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Fischbeck, Frankfurter, Friedberg, Issberner, Kalkoff, Kempner, Nuschke, Schreiber, Wießner.

Friedberg *eröffnet. Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, den Hauptvorstand am 28. Mai nach Kassel einzuberufen. Aus Parteikreisen ist angeregt worden, den Mitgliedern des Hauptvorstands Diäten zu bewilligen. Der Geschäftsführende Ausschuß stellt anheim, auf dem Parteitag einen entsprechenden Antrag zu stellen*[1].

Ein Antrag Gerland, der die Veröffentlichung der Verhandlungen mit Stresemann bei der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei verlangt, wird abgelehnt, „da zur Zeit für eine solche Publikation authentische Unterlagen nicht zur Verfügung stehen". Nuschke soll in seinem Geschäftsbericht auf dem Parteitag auch auf diese Frage eingehen[2]. *Die Reichsgeschäftsstelle wird beauftragt, für die Akten der Partei eine Darstellung der Geschichte der Partei zu erarbeiten*[3].

Die Forderung des Wahlkreisverbands Posen auf eine nachträgliche Wahlunterstützung von 10000 M wird abgelehnt.

Schreiber *berichtet von der Gründung Deutscher Demokratischer Jugendvereine auf einer Jugendtagung in Berlin. Die Vereine wollen sich noch vor dem bevorstehenden Parteitag als Bund konstituieren*[4]. *Der Geschäftsführende Aus-*

1 Auf dem Parteitag wurde kein derartiger Antrag eingebracht.

2 Der entsprechende Passus in Nuschkes Rede am 19.7.1919 lautete: „Bei den Nationalliberalen vollzog mitten in den Verhandlungen der Abgeordnete Stresemann eine Schwenkung. Während er zunächst die Grundsätze des demokratischen Aufrufs vom 16. November anerkannt hatte (Hört! Hört!) und auch als stark belasteter Führer der alten Nationalliberalen Partei in den Hintergrund treten wollte (Hört! Hört!), organisierte er plötzlich aus persönlichen Gründen die sogenannte Deutsche Volkspartei." Erster Parteitag S. 11.

3 Vgl. Nr. 1 Anm. 3.

4 Die Konstituierung erfolgte am 18.7.1919 in Berlin.

schuß ist prinzipiell zur Anerkennung eines solchen Bundes bereit. Schreiber, Wießner und Frankfurter werden beauftragt, zuvor die Satzung der Jugendvereine zu überprüfen.

Flügel hält ein Zusammengehen mit der „Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien" bei den Arbeitsratswahlen „unter Umständen für zweckmäßig"[5]. Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, den einzelnen Organisationen die Entscheidung in dieser Frage zu überlassen.

Die Versammlung stellt fest, „daß sich in den Akten der Reichsgeschäftsstelle über die Bildung einer Industriekommission, die kurz nach Gründung der Partei geschaffen sein soll, nichts befindet"[6].

---

5 Vgl. Nr. 25.

6 Zum ersten Mal wird eine Industriekommission in der Sitzung des GA vom 12. 4. 1919 erwähnt. (Vgl. Nr. 23 S. 46) Auf diese Kommission bezieht sich ein Brief Issberners vom 6. 10. 1919 an einen Parteifreund, in dem es u. a. heißt: „Gebildet worden ist bald nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Partei eine Industriekommission. Wer ihr aber angehört, hat sich nicht ermitteln lassen, da sich, wie schon in der Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses am 5. Mai 1919 festgestellt wurde, in den Akten der Reichsgeschäftsstelle über diese Kommission nichts befindet. Nur einige Mitglieder des Geschäftsführenden Ausschusses erinnerten sich, daß diesem Ausschuß u. a. angehörten die Herren: Frankfurter, Segall, C. F. von Siemens." DDP/Staatspartei R 45/III 15.

27.

16.5.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Friedberg. Beginn: 11.45 Uhr. Ende: 13.45 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Frankfurter, Friedberg, Issberner, Kalkoff, Kempner, Nuschke, von Richthofen, Schreiber.

Friedberg *eröffnet. Der Geschäftsführende Ausschuß setzt die Tagesordnung der nächsten Hauptvorstandssitzung fest. Unter anderem wird auf Antrag* **Frankfurters** *beschlossen, dem Hauptvorstand eine Kundgebung der Partei „an die Demokratie der ganzen Welt" gegen den Friedensvertragsentwurf vorzuschlagen. Außerdem sollen alle Organisationen aufgefordert werden, am 25. Mai Protestversammlungen abzuhalten. Die Versammlung beschließt ferner, die Parlamentsreden von Haußmann[1], Quidde[2] und Friedberg[3] zur Friedensfrage zu vervielfältigen und den Organisationen zuzuleiten.*

---

1 Conrad Haußmann (1857-1922), Rechtsanwalt und Notar in Stuttgart, Md II.württ. Abgeordnetenkammer 1889-1918, MdR (Süddeutsche Volkspartei/Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1890 bis Februar 1922, Staatssekretär ohne Portefeuille Oktober 1918, Vorsitzender des Verfassungsausschusses der Nationalversammlung. Vgl. Aus Conrad Haußmanns politischer Arbeit, hrsg. v. seinen Freunden, Frankfurt/M. 1923; ferner Conrad Haußmann, Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen, hrsg. v. Ulrich Zeller, Frankfurt/M. 1924.

Frau Lüders[4] *scheidet aus persönlichen Gründen aus dem Geschäftsführenden Ausschuß aus.*

Gerland hat einen gegen die Sozialdemokratie gerichteten Artikel der "Demokratischen Parteikorrespondenz" als zu scharf getadelt. Die Anwesenden weisen diesen Vorwurf zurück und betonen, im übrigen sei es selbstverständlich, „daß gegen die Sozialdemokratie als einen Teil der Mehrheitsparteien jede Schärfe in der Polemik vermieden wird".

Die Reise von Gerland, Schacht und Schreiber nach Wien wird als „zur Zeit unzweckmäßig" bezeichnet und vorläufig aufgeschoben[5].

Die preußische Fraktion der Partei beabsichtigt, ein Fraktionssekretariat einzurichten, das sowohl für die Fraktion wie auch für die Reichsgeschäftsstelle arbeiten und von beiden besoldet werden soll. Der Geschäftsführende Ausschuß schlägt stattdessen vor, das Sekretariat nicht nur für die preußische, sondern auch für die Reichstagsfraktion einzurichten, und die Kosten zu gleichen Teilen auf die Fraktionen und die Reichsgeschäftsstelle zu verteilen.

Schreiber *skizziert die zum Parteitag eingelaufenen Anträge.*

Die Nationalversammlung hatte am 12.5.1919 zu den Friedensbedingungen der Alliierten Stellung genommen. Vgl. Haußmanns Rede in: Sten. Ber. Bd. 327 S. 1091-1094.

2 Quiddes Rede a. a. O. S. 1107–1111.

3 Friedbergs Rede in: Sitzungsberichte der verfassungsgebenden preußischen Nationalversammlung 1919/21 Bd. 2 Spalte 1550-1562 (13.5.1919).

4 Marie Elisabeth Lüders (1878-1966), Sozialpädagogin, Studiendirektorin an der Niederrheinischen Frauenakademie 1918-1923, Vorsitzende des Deutschen Akademikerinnenbundes, MdR (DDP) September 1919 bis Februar 1921, März 1921 bis 1930, Vgl. M. Lüders, Fürchte Dich nicht. Persönliches und Politisches aus mehr als 80 Jahren 1878-1962, Köln u. Opladen 1963.

5 Vgl. Nr. 21 und Nr. 23.

28.

18.5.1919: Sitzung des Hauptvorstandes

Vorsitz: Fischbeck. Beginn: kurz nach 12.15 Uhr. Ende: kurz nach 15.30 Uhr. Ort: Berlin, im „Excelsior".

Fischbeck *eröffnet und beantragt im Namen des Geschäftsführenden Ausschusses, den Parteitag angesichts der alles überschattenden Frage der Friedensverhandlungen zu verschieben. Der Antrag wird angenommen.*

Stellungnahme zu dem Friedensvorschlag der Entente.

Herr **Fischbeck** skizziert kurz als Referent die Friedensbedingungen der Gegner und ihre Bedeutung. Wir wußten, daß der Frieden drückend sein würde, und wir waren bereit, die uns bevorstehenden Lasten auf uns zu nehmen, damit ein Frieden des Rechts geschaffen würde, ein Frieden, der zu einer Versöhnung der

Völker und zu einem allgemeinen Ausgleich führen könnte. Ganz etwas anderes aber ist der Friedensvertrag, der uns vorgelegt ist. Keine Rede mehr von Recht und Gerechtigkeit, von Völkerverbrüderung und Völkerversöhnung. Ein Frieden der Gewalt soll uns aufgenötigt werden, ein Frieden, von dem wir wissen, daß er nicht gehalten werden kann und daß er die Ursache zu künftigen Kriegen sein muß, ein Frieden, der kerndeutsches Gebiet den Gegnern zuteilt, aus Deutschen Polen, aus Deutschen Franzosen und Tschechen macht, der eine Erdrosselung auf wirtschaftlichem Gebiete herbeiführt. Wenn etwas den Vertrag unausführbar macht, so ist es gerade das, was auf wirtschaftlichem Gebiete vorgesehen ist. Es wird Deutschland gar nicht möglich sein, den ihm angegebenen Auflagen gerecht zu werden. Man kommt schließlich zu dem Gedanken, daß wahr ist, was einer unserer Friedensdelegierten erzählt hat, daß nämlich Clemenceau, als er von einem Anhänger Caillaux'[1] darauf aufmerksam gemacht wurde, ein Volk von sechzig Millionen Einwohnern könne doch nicht einfach vernichtet werden, darauf zynisch erwidert habe: „Vingt millions trop". Dieser Frieden treibt die Menschen aus dem Lande und dezimiert die übrige Bevölkerung durch Tuberkulose und andere Krankheiten. Überall drückende Auflagen und nichts von dem, was das Wilsonsche Programm so schön in Aussicht gestellt hat. In der demokratischen Fraktion der Deutschen Nationalversammlung hat es vom ersten Augenblick an keine andere Stimme gegeben, als die: dieser Frieden ist unannehmbar[2]. Man müsse zwar versuchen, in Versailles zu Verhandlungen zu kommen. Man müsse Gegenvorschläge ausarbeiten, die sich auf den Wilsonschen Punkten aufbauen. In diesem Sinne arbeiten wir in den Regierungen[3] eifrig daran, ein solches Werk zustande zu bringen. Wir haben den anderen Parteien in der Regierung unsere Auffassung zum Ausdruck gebracht. Sie ist aber nicht überall von ihnen geteilt worden. Man sagte dort, wir müssen ja schließlich doch zur Unterzeichnung kommen, um unser Volk nicht verhungern zu lassen. Demgegenüber haben wir darauf hingewiesen, daß, wenn dieser Friede Tatsache wird, das Volk gleichfalls hungern muß und daß es ihm dann noch viel schlimmer gehen werde. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, daß die Existenz der bestehenden Regierung, selbst wenn sie unterschreibt, nicht vierzehn Tage dauern würde, sobald sie versuchen sollte, die Friedensbedingungen auszuführen. Zudem wären wir der Meinung, daß das einzige Druckmittel auf unsere Gegner darin besteht, daß wir ihnen sagen: Wir unterzeichnen nicht, treibt selbst eure Forderungen ein. Das könnte sie vielleicht zur Vernunft bringen. Wir waren auch der Überzeugung, daß es gar nicht möglich sein würde, mildere Bedingungen zu erzielen, wenn wir von vornherein irgendwie durchblicken lassen wollten, daß wir schließlich dennoch unterzeichnen würden.

---

1 Joseph Caillaux (1863-1944), französischer Ministerpräsident und Innenminister 1911-1912, mehrfach Finanzminister. Caillaux trat für deutsch-französische Verständigung ein.

2 Koch-Weser betont in seinen Aufzeichnungen verschiedentlich, Scheidemanns „Unannehmbar" in der Sitzung der Nationalversammlung am 12.5.1919 sei das Werk der Demokraten gewesen. Nachlaß Koch-Weser 16. Zur Stellung der DDP, insbesondere der Reichstagsfraktion, zur Friedensfrage vgl. Albertin passim; zur Haltung der demokratischen Minister vgl. Kabinett Scheidemann S. 315 Anm. 3.

3 Aufgrund eines Kabinettsbeschlusses vom 8.5.1919 waren drei Mitglieder der preußischen Regierung, darunter auch Fischbeck, zu den Sitzungen des Kabinetts über die Friedensverhandlungen hinzugezogen worden. Vgl. Kabinett Scheidemann S. 304.

Bei den Verhandlungen haben wir angedeutet, daß unsere Partei eventuell die Konsequenzen aus ihrer Haltung ziehen würde. An den Stellen, die berufen sind, die Geschäfte des Reichs und in Preußen zu führen, sind in den letzten Tagen Sachverständige des ganzen Reiches und aus allen Zweigen der Wirtschaft mit ihren Vorschlägen gehört worden. Auch Wünsche aus den Kreisen unserer Parteigenossen sind berücksichtigt worden. Worauf es uns heute ankommt, ist das, daß wir von Ihnen wissen möchten, ob Sie die Haltung der Fraktion der Nationalversammlung billigen und ob Sie dem zustimmen, was ich Ihnen aus den Beschlüssen der Fraktion mitgeteilt habe. Es wird uns dann möglich sein, weiterzuarbeiten und unsere Wähler zu unserer Unterstützung aufzubieten.

Herr **Keinath**: Für die Fraktion gab es gar keine andere Möglichkeit, als so zu handeln, wie sie getan hat. Sie mußte mit Nüchternheit und ohne Voreingenommenheit das Friedensinstrument prüfen. Redner teilt die Auffassung der Fraktion, daß durch die Ablehnung des Friedensvorschlages für uns Schlimmeres nicht kommen kann als durch die Annahme. Die Bedingungen sind für uns so vernichtend, daß es ausgeschlossen ist, daß wir uns politisch, kulturell und wirtschaftlich je wieder erholen können. Der Vertrag ist vom Standpunkt der Feinde aus so vorzüglich und einheitlich durchdacht, daß wahrscheinlich gar keine Möglichkeit besteht, im Laufe der Zeit zu Milderungen zu kommen. Denn die etwaigen Milderungen bedürfen eines einstimmigen Beschlusses der Alliierten. Niemand aber kann der Überzeugung sein, daß in absehbarer Zeit in einer Alliierten-Kommission ein einstimmiger Beschluß auf Milderung zur Annahme gelangt. Wenn das so liegt, dann können wir die Bedingungen nicht durchführen. Die deutschen Beamten würden zu ganz brutalen Maßnahmen gegen unser Volk gezwungen sein, und die Erbitterung würde sich gegen eben diese Beamten richten, während der eigentliche Urheber, die Entente, klug im Hintergrund bleibt. Ich stehe aber auf dem Standpunkte, daß, wenn wir geknechtet werden, diese Knechtschaft eine offene sein soll und daß die Gegner die Verantwortung für ihre Maßnahmen selbst übernehmen und sich selbst mit allen Folgen ihres Vorgehens belasten müssen. Darum müssen wir die vorliegenden Friedensbedingungen rundweg ablehnen, falls sie nicht einer wesentlichen Änderung unterzogen werden, und es dann im übrigen unseren Feinden überlassen, was sie tun wollen.

Herr **Beck**[4]: Die ganze Bewegung, die sich im Lande entfaltet, ist eine solche, die zu den größten Bedenken Veranlassung gibt, wenn man sie im Hinblick darauf betrachtet, daß wir doch dazu kommen sollen, mit den anderen Völkern in Frieden und Eintracht zu leben. (Widerspruch.) Wir müssen nun einmal zu der Verständigung gelangen. Dabei halte ich die jetzt getriebene Hetze für das Allerschlimmste. Was jetzt gehetzt, entstellt und gelogen wird, das ist des deutschen Volkes nicht würdig und einem zufriedenstellenden Ausgang der Friedensverhandlungen in keiner Weise günstig. Der Redner erfährt wiederholten Widerspruch und erklärt auf einen Zwischenruf, daß er den Friedensvertrag noch nicht durchgelesen habe. Ferner wirft er insbesondere der Presse vor, daß sie hetze und lüge. Es wird sich darum handeln, bis zu welchem Grade die Gegner zurückgehen. Wir dürfen nicht sagen, der Frieden ist unter allen Umständen unannehmbar, sondern wir müssen uns auf den Verhandlungsstandpunkt stellen. (Zwischenrufe.) Redner warnt, sich

4 Heinrich Beck, Stadtrat in Dresden.

in öffentlichen Versammlungen in eine Stimmung locken zu lassen, die eigentlich unseres Volkes nicht würdig ist. (Widerspruch.) Das gilt besonders, wenn mit anderen Parteien, besonders mit den Deutschnationalen, zusammen Versammlungen veranstaltet werden[5]. Hier ist mehrfach ein ganz unangemessener Ton angeschlagen worden.

Herr **Quidde**: Je mehr man in die Einzelheiten des Friedensvertrages eindringt, desto stärker wird die Empörung gerade für die pazifistisch Gesinnten. Es ist ein raffiniertes System wirtschaftlicher und politischer Maßnahmen. Es würde die absolute Unmöglichkeit für das deutsche Volk, sich wieder zu erheben, bedeuten, wenn diese Bedingungen angenommen und durchgeführt würden. Die Verhöhnung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in den besetzten Gebieten übersteigt alle Begriffe. Es ist überall dafür gesorgt, daß gerade die Volksabstimmungen hier nicht entscheiden. Ebenso verhält es sich mit den wirtschaftlichen Maßnahmen. Man legt uns Zahlungsbedingungen auf, verwehrt uns aber gleichzeitig, die Mittel zu gewinnen, mit denen gezahlt werden kann. Man braucht nicht zu hetzen und zu lügen, sondern nur die nackte Wahrheit hinzustellen, um das Land zu jeder Art von Agitation gegen diesen Frieden zu gewinnen. Allerdings müssen wir dafür sorgen, daß wir uns in der Agitation von der der Deutschnationalen unterscheiden. Überhaupt müssen wir vorsichtig sein darin, mit dieser Partei Versammlungen zusammen zu machen. Das könnte nur geschehen, wenn auch die Mehrheitssozialisten dabei sind. Es empfiehlt sich daher, entweder allein Versammlungen zu machen, oder zusammen mit den Mehrheitssozialisten, oder zusammen mit allen Parteien einschließlich der Mehrheitssozialisten. Solange wir nicht provoziert werden, sollen wir jetzt nicht Streitpunkte zwischen die Parteien hineinwerfen. Erst wenn sich die Deutschnationalen herausnehmen sollten, die Demokratie und die Richtung, die unsere Partei befolgt hat, oder den pazifistischen Flügel der Partei für die jetzigen Zustände verantwortlich zu machen, erst dann sollten wir kurz und kräftig erwidern. Scharf unterscheiden müssen wir uns von den Deutschnationalen in dem wesentlichen Punkte: Es darf nicht mitgewirkt werden bei dem Versuch, eine Stimmung hervorzurufen, die den kommenden Krieg vorbereitet. Man soll auch Wilson nicht beschimpfen, dessen Persönlichkeit noch gar nicht feststeht. Dagegen soll man scharf einander gegenüberstellen, was er früher gesagt hat und was jetzt die Friedensbedingungen enthalten. Wir können nicht wissen, ob die Stellungnahme Wilsons nicht doch noch von großer Bedeutung sein wird. Mir scheint das Allerwichtigste zu sein, daß wir in den Versammlungen betonen müssen: Es handelt sich jetzt nicht um die Frage, ob ablehnen oder annehmen – beides ist gleich trostlos – sondern darum, an Stelle des vorliegenden Friedensvertrages einen anderen zu setzen. Die Agitation für unsere Bedingungen müssen wir mit allem Nachdruck betreiben. Es gibt auch gewisse Vorgänge im feindlichen Ausland, die uns in dieser Beziehung zur Hoffnung berechtigen. So in England, wo eine starke Opposition der Arbeiterpartei vorhanden ist und Lloyd George Anschluß an die Arbeiterpartei sucht. Die andere Chance, die wir haben, ist der Eindruck im Auslande von dem unbeugsamen Entschluß des deutschen Volkes, diesen Frieden nicht zu unterzeichnen. Da dürfen wir kein Zeichen zu erkennen geben, daß wir vielleicht doch unterzeichnen

5 Zu den Kundgebungen vgl. Schulthess 1919 I S. 205; ferner Hilfe v. 22.5.1919 Nr. 21.

würden. In der Energie unseres Widerstandes dürfen wir uns von keiner Partei übertreffen lassen. Wir müssen uns aber unterscheiden in der Methode und im Ton.

Herr **Fischbeck** stimmt den Ausführungen Quiddes in bezug auf die Veranstaltung von Versammlungen zu. Es ist falsch, Versammlungen lediglich der bürgerlichen Parteien einzuberufen. Entweder sollen wir ganz allein unsere Veranstaltungen machen oder mit den Sozialdemokraten oder mit der Gesamtheit der Parteien. Auch in bezug auf die Behandlung von Wilson stimmt Redner Herrn Quidde zu. Wilson ist heute noch ein Rätsel. Wenn wir von den Verhandlungen noch etwas erhoffen, so kann das nur geschehen, indem wir auf die Hilfe Wilsons rechnen. Deshalb haben wir alle Veranlassung, eine gewisse Schonung gegen ihn walten zu lassen, ganz besonders in offiziellen Kundgebungen. Gegenüber Herrn Beck führt Redner aus: Wenn man eine Volksbewegung will – und die brauchen wir notwendig – dann darf man nicht alles auf die Goldwaage legen und kann man nicht den Rednern ein Komplimentierbuch in die Hand drücken. Die Menschen haben eben Temperament, und so muß man es sich gefallen lassen, daß manchmal ein Wort zuviel gesprochen wird. In Erwiderung auf die Behauptung Becks, daß über die Stellung der deutschen Friedensmission in Versailles in der Presse entstellende Berichte gegeben worden sind, legt Redner unter Vorbringung von einer Reihe von Einzelheiten dar, daß die deutsche Delegation in Frankreich noch viel schlimmer behandelt wird, als die Zeitungen überhaupt berichten.

Prinz zu Schönaich-Carolath[6] wendet sich gleichfalls gegen die Ausführungen Becks, die ihm vollkommen unverständlich sind. Aber der Vorsitzende habe bereits erwidert und Tatsachen angeführt, gegen die wohl Herr Beck nicht wird ankämpfen wollen. Redner betont u. a., wie unklug und unstaatsmännisch die Wiederaufrichtung des Königreichs Polen durch die deutsche Regierung war, und erklärt dann: Wir denken über den Friedensvorschlag im großen und ganzen alle gleich. Ich stimme auch fast allen Ausführungen Quiddes zu. Der Vorsitzende hat uns eine bestimmte Frage vorgelegt: Billigen wir die Haltung der Fraktion in der Nationalversammlung? Ich glaube, das können wir alle aus vollem Herzen mit Ja beantworten. (Zustimmung.)

Herr **Gerland** weist auf gewisse Schwierigkeiten hin, die bei der Frage obwalten, mit welchen Parteien zusammen Versammlungen veranstaltet werden sollen. Der Vorschlag, mit den Deutschnationalen allein nicht Kundgebungen zu machen, ist praktisch vielfach unausführbar. Redner beweist das an den Verhältnissen in Thüringen. Im übrigen: Ob wir schelten oder nicht schelten, das ist Clemenceau und Wilson ganz gleichgültig. Daß die Tonart in unseren Versammlungen auf die großen Entscheidungen Einfluß ausübt, das glaubt doch niemand.

Herr **Herrmann** (Danzig) erklärt als Vertreter Westpreußens seine Zustimmung zur Haltung der Fraktion. Ferner legt er auf das entschiedenste dagegen Verwahrung ein, daß die Presse jetzt hetze und lüge. Die Presse braucht nur die Wahrheit zu sagen. Das genügt, um die Entrüstung hervorzurufen, die uns alle

6 Heinrich Prinz zu Schönaich-Carolath (1852-1920), Landrat a. D., Vorsitzender der Gesellschaft für Volksbildung 1902-1920, MdR (NL) 1881-1918.

erfüllt. Ob wir seinerzeit Polen zu Recht oder zu Unrecht die Selbständigkeit verliehen haben, ist gleichgültig. Gekommen wäre sie später doch. (Widerspruch.) Redner ist beauftragt, im Namen seiner Danziger Freunde dem Hauptvorstande ein herzliches Lebewohl zuzurufen. (Bewegung.) So, wie die Dinge liegen, ist leider keine Aussicht vorhanden, daß sich unser Schicksal wenden wird. Wir legen Ihnen das Gelöbnis ab, daß wir deutsch bleiben werden, so weit es nur irgend unsere Kräfte gestatten. Unsere Herzen werden immer vereint schlagen. Wir werden tun, was wir können, um das Deutschtum bei uns aufrechtzuerhalten, und wir rechnen dabei auf Ihre Hilfe.

Herr **Beck**: Meine Ausführungen sind anders gedeutet worden, als ich sie gemeint habe. Ich bin mit den Ausführungen des Herrn Fischbeck im großen und ganzen einverstanden und stelle mich auch auf den Boden der Darlegungen von Professor Quidde. Aber Fischbeck hat doch zugegeben, daß meine Ausführungen zum Teil berechtigt waren. Ich bleibe auf dem Standpunkt stehen, daß die Presse, soweit ich sie lese, namentlich das "Dresdener Amtsblatt" und die deutschnationale Presse, das Wirken für den rechten Frieden außerordentlich erschwert. Ich kann daher leider von meiner Behauptung nicht zurückgehen, daß die Presse ihre Pflicht nicht erfüllt.

Herr **Bracke** stimmt namens der Braunschweiger Parteifreunde der Fraktion zu. Er wünscht, die Fraktion möge noch schärfer dafür eintreten, daß über jeden einzelnen Punkt der Bedingungen mündliche, nicht bloß schriftliche Verhandlungen stattfinden. Ferner fragt er an, wie sich die Fraktion das weitere Vorgehen denkt, und was geschieht, wenn die Friedensbedingungen abgelehnt werden, insbesondere ob ernstlich erwogen wird, daß wir uns dann Rußland nähern. Solange Rußland von den Bolschewisten beherrscht werde, könne ja ernstlich ein Zusammengehen mit diesem Lande nicht in Frage kommen. Aber die Bolschewistenherrschaft scheint ihrem Ende zuzuneigen. Da wäre es wünschenswert, zu hören, ob die Fraktion sich darüber schon Gedanken gemacht hat, ob für diesen Fall der Versuch gemacht werden soll, mit Rußland zu einer näheren Vereinbarung zu kommen.

Herr **Falk**[7]: Wenn jemals, so hat die Fraktion in dieser Frage ihre Pflicht in vollem Maße getan und es in einem historischen Moment nicht an sich fehlen lassen. Die Erklärung Scheidemanns vom 12. Mai mit dem „Unannehmbar" ist das Werk unserer Fraktion[8]. Der Geist, der aus dem Friedensvertrag spricht, ist der unzweifelhafte Vernichtungswille. Ich bedauere es, daß einer unserer Freunde Kritik geübt hat, ohne den Inhalt der Friedensvorschläge zu kennen. Ist er darüber nicht unterrichtet, dann soll er schweigen und nicht Schwierigkeiten bereiten, wo keine Schwierigkeiten sein dürfen. Aus dem Volke muß das letzte an Empörung herausgeholt werden, um so den moralischen Tiefstand zu überwinden, auf den wir gelangt sind. Die Haltung Becks ist daraus zu erklären, daß in seinem Unterbewußtsein die Überzeugung vorhanden ist: Bei den Gegnern ist alles gut

7 Bernhard Falk (1867-1944), Rechtsanwalt in Köln, MdNv (DDP) 1919-1920, MdL Preußen 1925-1932, Vorsitzender der preußischen Landtagsfraktion 1928-1932. Einzelheiten zur Biographie und zur politischen Tätigkeit enthalten seine 1936 entstandenen Aufzeichnungen. Kleine Erwerbungen 385.

8 Vgl. Anm. 2.

und schön, das deutsche Volk aber ist an allem schuld. Redner gibt noch einige markante Beispiele aus dem Friedensvertrag, um den Vernichtungswillen der Feinde zu kennzeichnen, und erklärt dabei, er sei nicht der Meinung, daß es richtig sei, Wilson zu beschimpfen. Wir kennen ja auch die Gründe nicht, die ihn zu dieser Haltung veranlassen. Aber wie es auch sein mag: So viel, wie wir von der anderen Seite beschimpft werden, so viele Beschimpfungen erfolgen von uns bei weitem nicht. Die Fraktion lehnt den Frieden ab nicht aus taktischen Gründen, sondern aus den verheerenden Folgen, die dieser Frieden haben würde. Dieser Grund wird auch maßgebend sein, wenn der Fall eintreten sollte, daß die Verhandlungen in Versailles nicht zu den erstrebten Zielen führen und nicht einen aus einem anderen Geist geborenen Vertrag hervorbringen. Auch dann ist die Fraktion gezwungen, nein zu sagen. Läßt es die Entente darauf ankommen: schlimmer als ohnehin kann es uns nicht ergehen. Scharen Sie sich hinter die Fraktion und sorgen Sie dafür, daß der Geist, von dem wir uns leiten lassen, im Volk lebendig bleibt.

Herr **Wießner**: Gegenüber den wiederholten Ausführungen Becks über die Hetze und Verlogenheit der Presse erklärt Redner: Wir können in unserem Kreise doch unmöglich für die Äußerungen des "Dresdener Amtsblattes" und der deutschnationalen Presse verantwortlich gemacht werden. Die Ausdrücke, die Herr Beck angeführt hat, befinden sich jedenfalls nicht in der demokratischen Presse, zum mindesten nicht in den größeren Blättern. Im übrigen ist es aus taktischen Gründen sogar zu begrüßen, daß die deutschnationale Presse ihre Tonart beibehält, weil andernfalls der Verdacht der Entente über geheime Verabredungen und Machinationen erregt werden würde. Redner ist durchaus mit der Haltung der Fraktion in der Nationalversammlung einverstanden. Nur hat die Nationalversammlung sich in ihrer Kundgebung zu sehr in negativen Protesten erschöpft. Wir müssen daher in unseren Versammlungen nicht nur protestieren, sondern den Glauben der Bevölkerung an die Macht des Rechtes wieder stärken. Wenn Quidde sagt, wir müssen der Bevölkerung einige Hoffnung auf einen besseren Friedensvertrag machen, so dürfen wir darin nicht zu weit gehen. Eine solche Hoffnung ist kaum vorhanden, und die neue Enttäuschung würde dann den letzten Rest unserer moralischen Haltung vernichten. Tatsächlich ist der Friedensvertrag nicht nur von unserem Standpunkte aus unausführbar, sondern auch von dem der Entente. Über kurz oder lang muß das ganze künstlich aufgebaute System der wirtschaftlichen Kommissionen der Entente zusammenbrechen. Dazu kommt noch die militärische Besetzung von deutschen Gebieten, die auf die Dauer gleichfalls ummöglich ist. Selbstverständlich werden wir den Anschluß an die östlichen Völker suchen müssen. Es war ein schöner Traum, anzunehmen, als ob wir jemals während des Krieges mit Rußland hätten Frieden schließen können. Doch jetzt dürfen wir uns nicht durch eine Rachepolitik abhalten lassen, so schnell wie möglich mit den slawischen Völkern ein gutes Verhältnis zu gelangen. (Sehr richtig.) Nicht nur der Glaube an das Recht muß unser Volk wieder aufrichten, sondern auch der Glaube an die wirtschaftlich starken Kräfte in uns.

Herr **Fischbeck**: Die Frage, die Herr Bracke aufgeworfen hat, wird sich ganz von selbst lösen. Denn schließlich birgt dieser Frieden sein Urteil in sich selber, und es wird eine ganz unausbleibliche Folge sein, daß die beiden Völker, die heute der Vernichtung ausgesetzt sind, sich zusammenfinden werden.

Herr **Keinath** fragt an, wie die Unabhängigen sich im Falle einer Ablehnung des Friedensvertrages stellen werden und ob Haase[9] mit aller Entschiedenheit die Übernahme der Regierung abgelehnt hat[10].

Herr **Fischbeck**: Jawohl, Haase hat das ausdrücklich erklärt. Wie sich die Sache in der Praxis gestaltet, das wissen wir freilich nicht. Man hört in dieser Beziehung allerlei Dinge über die Anknüpfung von Fäden von hüben und drüben. Das muß man der Zukunft überlassen. Wir haben zunächst zu prüfen, was wir selber zu tun haben, und es scheint, daß wir darin einig sind.

Herr **Nuschke**: Herr Haase hat abgelehnt, eine unabhängige Regierung zu bilden. Ich habe aber seine Ablehnung nicht dahin aufgefaßt, daß er etwa nicht mit einem Teil der Mehrheitssozialisten eine Regierung bilden würde.

Herr **Schreiber** verliest nunmehr eine Entschließung, die auf Wunsch der Versammlung noch einige Änderungen erfährt, so daß sie schließlich den folgenden Wortlaut erhält:

„Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei erklärt einmütig seine Übereinstimmung mit dem Unannehmbar, das die Fraktion in der Nationalversammlung und die Regierung gegenüber dem Friedensentwurf unserer Feinde ausgesprochen haben. Dieser Entwurf ist ein Bruch der Zusagen vom 5. November 1918[11], er ist unvereinbar mit den 14 Punkten Wilsons, er ist in seinen Einzelforderungen unerträglich und unerfüllbar. Der Hauptvorstand billigt, daß die deutsche Friedensdelegation durch Gegenvorschläge auf Grund des Wilson-Programms bemüht ist, einen annehmbaren Frieden zu erzielen. Das deutsche Volk fordert der Hauptvorstand auf, einmütig und geschlossen auszuharren in dieser schwersten Not des Vaterlandes im Vertrauen auf den Sieg des Rechts."

Frankfurter *begründet den Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses auf Abfassung einer telegraphischen Protestkundgebung an die Demokratie der Welt, die in allen der Partei zugänglichen Zeitungen abgedruckt werden soll*[12]. **Gerland** *spricht gegen den Vorschlag. Eine solche Kundgebung würde das Ausland nicht beeindrucken, im Gegenteil, man würde die Partei verspotten.* **Fischbeck** *unterstützt Gerland. Nach längerer Debatte wird der Vorschlag abgelehnt.*

Der zweite Antrag des Geschäftsführenden Ausschusses auf Veranstaltung einer gemeinsamen Kundgebung aller demokratischen Organisationen am 25. Mai[13] *wird ebenfalls abgelehnt und stattdessen beschlossen, mit einer derartigen Demonstration bis zu einem besonderen Anlaß – etwa einem Ultimatum der Entente – zu warten.*

---

9 Hugo Haase (1863-1919), MdR (SPD/USPD) Juni 1897-1907, 1912 bis November 1919. Haase war Parteivorsitzender der USPD.

10 Ursprüngliche Fassung: „[. . .] nach Unterzeichnung des Friedens abgelehnt [. . .]". Haase hatte die Übernahme der Regierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt in der Tat entschieden abgelehnt. Vgl. Hugo Haase, Sein Leben und Wirken. Mit einer Auswahl von Briefen, Reden und Aufsätzen, hrsg. v. Ernst Haase, Berlin–Frohnau 1929, S. 248.

11 In der Note vom 5.11.1918 hatte die amerikanische Regierung unter Vorbehalt bezüglich der Freiheit der Meere und der Wiederherstellung der besetzten Gebiete die Bereitschaft der Alliierten erklärt, aufgrund der Bedingungen Wilsons mit Deutschland Frieden zu schließen.

12 Vgl. Nr. 27.

13 Vgl. ebd.

Der **Vorsitzende** *schließt die Sitzung mit einer kurzen Ansprache. Die Partei werde alles versuchen, um diese Friedensbedingungen zu vermeiden. Falls das nicht gelingen sollte, „werden wir unermüdlich arbeiten, um unser Vaterland wieder empor zu bringen, bis einmal der Tag kommen wird, wo dieser schmachvolle Frieden über den Haufen geworfen wird".*

29.

30.5.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Friedberg. Beginn: kurz vor 16.45 Uhr. Ende: nach 19 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Frankfurter, Friedberg, Issberner, Kalkoff, Kundel, Remmers, Schreiber (nur im ersten Teil der Sitzung anwesend).

Friedberg *eröffnet. Der Geschäftsführende Ausschuß bespricht von Schacze-wer*[1]*, Jansen*[2] *und Weinhausen eingegangene Anregungen, ein demokratisches Pressebüro zu errichten. In der Debatte wird auch die Möglichkeit erwogen, die „Demokratische Parteikorrespondenz" durch Berichte und Stimmungsbilder aus dem Parlament auszubauen. Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, wegen der Einrichtung eines Parlamentsbüros mit Guttmann Fühlung zu nehmen; der Plan eines Pressebüros soll noch einmal in der preußischen Fraktion in Anwesenheit Kundels besprochen werden.*

Bertram hat sich bereit erklärt, das Archiv der Reichsgeschäftsstelle einzurichten[3]*.*

Löning[4] *aus Charlottenburg hat vorgeschlagen, die demokratischen Arbeiter und Angestellten in den Berliner Betrieben zu organisieren. Er erbittet dazu eine monatliche Unterstützung von 200 M. Frau* **Bernhardt** *empfiehlt, auch die Hausangestellten zu organisieren. Der Geschäftsführende Ausschuß begrüßt diesen Gedanken, wünscht jedoch, zuvor noch einmal Rücksprache mit Löning zu nehmen.*

Der Ausschuß der Deutsch-Österreicher im Deutschen Reich[5] *hat die Deutsche Demokratische Partei um Subventionierung einer von ihm geplanten Zeitung ersucht. Der Antrag wird abgelehnt. Ein Gesuch des Bezirksverbands Brandenburg um einen Zuschuß zu den Kosten des Parteisekretärs wird an den Brandenburgischen Provinzialverband weiterverwiesen. Die Berliner Frauengruppe erhält für Juni 1600 M und 2000 M zur Tilgung dringender Schulden, außerdem übernimmt die Zentrale einen Teil der durch Druckaufträge der Frauengruppe entstandenen Kosten.*

1 Redakteur in Berlin.

2 Robert Jansen (geb. 1881), Chefredakteur des „Solinger Generalanzeigers" 1913-1919, MdL Preußen (DDP) 1919-1924, Leiter der Reichsgeschäftsstelle der DDP von Februar 1920 bis Oktober 1922.

3 Vgl. Nr. 19.

4 Karl Löning, Landgerichtsdirektor in Berlin-Charlottenburg.

5 Nicht ermittelt.

30.

28.6.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: zunächst Gerland, dann Friedberg. Beginn: 16.30 Uhr. Ende: kurz vor 19.15 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Frankfurter, Friedberg, Gerland, Issberner, Kempner, Nuschke, Schreiber, Wießner. Gäste: Exel (nur bei einem Teil der Sitzung anwesend), Kundel, Frau von Mayer.

Gerland *eröffnet. Die preußische Fraktion wünscht schleunige Veröffentlichung und Diskussion der Anträge zum Parteitag in den "Mitteilungen"[1]. Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, die Abänderungsanträge zum Programm[2] in einer Sondernummer der "Mitteilungen" zu veröffentlichen, die Verwendung der "Mitteilungen" als Diskussionsforum jedoch abzulehnen, da das dem Charakter der Zeitschrift widerspreche.*

Exel[3] *berichtet über die Bestrebungen der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft" in Österreich. Ihr Programm stimme im wesentlichen mit dem der Deutschen Demokratischen Partei überein. Er bittet um materielle und ideelle Unterstützung. Nach längerer Debatte erklärt sich der Geschäftsführende Ausschuß bereit, Werbematerial mit der „Deutschen Arbeitsgemeinschaft" auszutauschen und unter Umständen gemeinsam mit ihr eine Organisation der Deutsch-Österreicher in Deutschland zu schaffen. Nach Exels Weggang wird beschlossen, vor Einleitung dieser Maßnahmen nähere Erkundigungen über die „Arbeitsgemeinschaft" und Exel selbst einzuziehen.*

Der Parteitag soll Mitte Juni nach Möglichkeit in Weimar, andernfalls in Berlin stattfinden. Die Tagesordnung des Parteitags wird festgesetzt.

Schreiber *referiert über Vorschläge zur Neuregelung der Gehälter in der Reichsgeschäftsstelle. Der Geschäftsführende Ausschuß nimmt die Vorschläge mit einigen Änderungen an.*

Wegen Gerlachs[4] politischer Haltung sind Beschwerden bei der Zentrale eingegangen. Der Geschäftsführende Ausschuß steht auf dem Standpunkt, daß die Partei

---

1 „Mitteilungen für die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei", Berlin (1919-1920).

2 Frankfurter berichtete auf dem Parteitag als Referent der Programmkommission, zum Programmentwurf der Parteileitung seien über 200 Anträge eingelaufen, darunter „vollständige Gegenprogramme". Erster Parteitag S. 166.

3 Österreichischer Politiker.

4 Hellmut von Gerlach (1866-1935), Herausgeber der „Welt am Montag", Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, Vorstandsmitglied der Deutschen Liga für Menschenrechte, MdR (Hospitant d. Freisinnigen Vereinigung) 1903-1907, Unterstaatssekretär im preußischen Innenministerium von November 1918 bis März 1919. Vgl. H. von Gerlach, Von rechts nach links, hrsg. v. Emil Ludwig, Zürich 1937; Karl Holl u. Adolf Wild (Hrsg.), Ein Demokrat kommentiert Weimar. Die Berichte Hellmut von Gerlachs an die Carnegie-Friedensstiftung in New York 1922-1930, mit einem Vorwort v. Alfred Kantorowicz, Bremen 1973; ferner Ruth Greuner, Wandlungen eines Aufrechten. Lebensbild Hellmut von Gerlachs, Berlin (Ost) 1965.

keine Handhabe besitze, um Gerlach auszuschließen, und hält es für das beste, seine Tätigkeit zu ignorieren.

Mehrere Unterstützungsgesuche werden angesichts der kritischen Finanzlage abgelehnt.

31.

16.7.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Friedberg. Beginn: 16.30 Uhr. Ende: 19.30 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Frentzel, Friedberg, Issberner, Kalkoff, Frau von Mayer, Schacht, Schreiber.

Friedberg *eröffnet. Das Programm des Parteitags wird besprochen. Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt, zur Beratung der Satzung und des Programms vom Parteitag Kommissionen einsetzen zu lassen, die während der Verhandlungen über die Abänderungsanträge zu den Entwürfen beraten und dann über ihre Ergebnisse berichten sollen. Die Resultate der Programmberatung des Parteitags wird der Geschäftsführende Ausschuß dann später zu Richtlinien verarbeiten. Die Aufgabe des Hauptvorstands würde es sein, für den nächsten Parteitag das endgültige Programm festzusetzen. Zur Wahl des Vorsitzenden des Hauptvorstands will der Geschäftsführende Ausschuß auf gleicher Linie vorschlagen: Petersen, Fischbeck, Koch; als Stellvertreter: Hieber*[1]*. Als Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses soll Friedberg vorgeschlagen werden, als Stellvertreter: Kanzow oder Frentzel. Die Fraktion hat eine Vorschlagsliste für den Geschäftsführenden Ausschuß zusammengestellt und hat dabei unter anderem eine Reihe von Personen benannt, die dem Geschäftsführenden Ausschuß bisher noch nicht angehört haben*[2]*. Frau Bernhardt schlägt noch Frau Kolshorn vor.*

Erkundigungen zur Person von Exel haben Zweifel aufkommen lassen, welche Stellung dieser in der demokratischen Bewegung Österreichs einnimmt[3]*. Er soll deshalb gebeten werden, vom Besuch des Parteitags abzusehen oder zumindest dort nicht hervorzutreten.*

Schreiber *referiert über die Anträge, die zur Satzung eingegangen sind*[4]*. In der anschließenden Diskussion einigt sich der Geschäftsführende Ausschuß für die*

---

1 Johannes Hieber (1862-1951), Pfarrer, dann Gymnasiallehrer in Stuttgart, MdR (NL/DDP) 1898 bis Mai 1910, März 1921 bis Mai 1924, MdL Württemberg 1900-1910, 1912-1933, württembergischer Kultusminister 1919, württembergischer Staatspräsident 1920-1924, Stellv. Vorsitzender des PA der DDP von Juli 1919 bis Oktober 1929, Ehrenvorsitzender von Oktober 1929 bis November 1930, Ehrenvorsitzender der Staatspartei von Dezember 1930 bis Juni 1933.

2 Neu vorgeschlagen wurden: Naumann, Gothein, Schiffer, Hartmann und Böhme (oder Wachhorst de Wente). Zur bisherigen Zusammensetzung des GA siehe S. 802–808.

3 Vgl. Nr. 30.

4 Zum Inhalt der Anträge vgl. das Referat von Schreiber über den Satzungsentwurf sowie die Beratung des Entwurfs in: Erster Parteitag S. 35-39 u. 150-165.

Hauptvorstandswahlen auf folgenden Modus: Der Hauptvorstand soll sich zunächst aus je zwei Vertretern der Wahlkreise und der Freien Vereinigungen zusammensetzen, dazu kommen 20 Personen, die vom Parteitag aufgrund einer vom Geschäftsführenden Ausschuß und Hauptvorstand vorbereiteten Vorschlagsliste, die beliebig geändert werden kann, direkt gewählt werden, ferner fünf Vertreter der Presse. Der Rest soll durch Zuwahl ergänzt werden. In der Frage der Kandidatennominierung will sich der Geschäftsführende Ausschuß bemühen, sich das Besetzungsrecht ungefähr jedes dritten Platzes auf der Kandidatenliste zu reservieren. Auf jeden Fall soll versucht werden, eine Frist von zehn Tagen für eine Vereinbarung zwischen Geschäftsführendem Ausschuß und Wahlkreisverbandsleitung in die Satzung aufzunehmen[5].

Frau **Salomon** *teilt mit, daß sie wegen Krankheit gezwungen sei, vorübergehend aus dem Geschäftsführenden Ausschuß auszuscheiden.*

---

5 Die Satzungskommission des Parteitags ließ die Forderung auf Besetzungsrecht jedes dritten Platzes dann fallen und hielt nur an der zehntägigen Vereinbarungsfrist fest; in dieser Form wurde der Vorschlag auch vom Parteitag angenommen. Vgl. a. a. O. S. 163 u. 165.

32.

19.7.1919: Sitzung des Hauptvorstandes

Vorsitz: Fischbeck. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 13.30 Uhr. Ort: Berlin, im „Bristol".

Fischbeck *eröffnet.* **Schreiber** *referiert die Vorschläge des Geschäftsführenden Ausschusses zu Programm und Verlauf des Parteitags. Der Hauptvorstand entscheidet sich mit Mehrheit dafür, die Satzung vor dem Programm beraten zu lassen. Die Tagesordnung des Parteitags wird im einzelnen festgelegt. Die Vorschläge des Geschäftsführenden Ausschusses für die Geschäftsordnung des Parteitags, die Besetzung der Legitimationsprüfungskommission, des Parteitagspräsidiums und der Satzungs-*[1] *und Programmkommission*[2] *werden gebilligt. Zur Vorbereitung der Hauptvorstandswahlen wird eine Kommission*[3] *eingesetzt. Die Mitglieder des Hauptvorstands bringen bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck, daß unter allen Umständen an der Wahl des Geschäftsführenden Ausschusses durch den Hauptvorstand festgehalten werden soll.*

---

1 Siehr (Vorsitzender), Keinath, Frau Friedländer, Crämer sowie Vertreter von Hannover, Frankfurt/M. und Hamburg. Zur endgültigen Zusammensetzung vgl. Erster Parteitag S. 39.

2 Naumann, Gerland, Kauffmann, Frankfurter sowie Vertreter von Hannover, Frankfurt/M., Breslau, Bremen, Brandenburg und Bayern. Da Naumann verhindert war, in der Kommission mitzuarbeiten, sollte auf seinen Wunsch dem Parteitag Weiss oder Seyfert vorgeschlagen werden. Zur endgültigen Zusammensetzung vgl. a. a. O. S. 40.

3 Friedberg (Vorsitzender), Bade, Crämer, Waldstein, Frankfurter, Frau Dorn von Caemmerer.

Um den Kandidaten zu ermitteln, der dem Parteitag für den Vorsitz des Hauptvorstands vorgeschlagen werden soll, findet eine geheime Abstimmung statt. Dabei erhält Fischbeck 24, Koch-Weser 9 und Petersen 5 von insgesamt 38 abgegebenen Stimmen. Daraufhin beschließt der Hauptvorstand, dem Parteitag Fischbeck als ersten Vorsitzenden und Frau Bäumer[4]*, Erkelenz und Hieber als Stellvertreter mit gleichen Rechten vorzuschlagen.*

4 Gertrud Bäumer (1873-1954), Sozialpädagogin und Schriftstellerin, Ministerialrätin im Reichsministerium des Innern, MdR (DDP/Staatspartei) 1919 bis Juli 1932, Stellv. Vorsitzende des PA der DDP von Juli 1919 bis November 1930. Vgl. G. Bäumer, Lebensweg durch eine Zeitwende, Tübingen 1933; dies., Im Lichte der Erinnerung, Tübingen 1953; ferner Werner Huber, Gertrud Bäumer. Eine politische Biographie, phil. Diss. München 1970.

II.

Vom Berliner zum Nürnberger Parteitag (Juli 1919 bis Dezember 1920)

33.

21.7.1919: Sitzung des Hauptvorstandes

Vorsitz: Fischbeck. Beginn: 13 Uhr. Ende: 13.30 Uhr. Ort: Berlin, in der „Philharmonie".

Fischbeck *eröffnet.* **Schreiber** *berichtet über die Ergebnisse der Beratung der Satzungskommission des Parteitags. Aus dem Satzungsentwurf der Parteileitung*[1] *und den Anträgen aus dem Land*[2] *ist eine Kompromißfassung hervorgegangen, deren Annahme Schreiber empfiehlt. Der Hauptvorstand stimmt dem neuen Satzungsentwurf*[3] *nach kurzer Debatte zu.*

1 Siehe Nr. 20 Anm. 4.

2 Siehe Nr. 31 Anm. 4.

3 Siehe S. 810–819.

34.

9.8.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Naumann. Beginn: kurz vor 16.15 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frankfurter, Issberner, Kempner, Naumann, Petersen, Schreiber.

Naumann *eröffnet. Aufgrund des Parteitagsbeschlusses wird festgestellt, daß der bisherige Geschäftsführende Ausschuß die Geschäfte vorläufig weiterführt, doch sollen die vom Parteitag in den Vorstand gewählten Herren und Damen*[1] *sowie der Vorsitzende des Parteiausschusses*[2] *und seine drei Stellvertreter*[3] *zu den Sitzungen eingeladen werden. Der Parteiausschuß wird die restlichen Vorstandsmitglieder wählen, sobald er sich fertig konstituiert hat.*

Der Geschäftsführende Ausschuß bewilligt Geldgesuche in Höhe von insgesamt 24900 M und lehnt weitere Gesuche ab. Die bewilligten Summen sind im Augenblick nicht gedeckt. Es besteht jedoch Aussicht, die notwendigen Beträge durch außerordentliche Zuwendungen von Parteigenossen aufzubringen. **Naumann** *berichtet über Bemühungen, „weitere Geldmittel aus der Industrie" zu beschaffen. „Dabei wird auch die Frage der Aufstellung von Parlamentskandidaten aus den Kreisen von Handel und Industrie besprochen."*

Anläßlich des Parteitags hat sich ein „Verband Deutscher Demokratischer Parteisekretäre" konstituiert, dem sich bisher etwa 50 Sekretäre angeschlossen haben. Der Geschäftsführende Ausschuß begrüßt diese Gründung.

1 Cohnstaedt, Falk, Goetz, Koch-Weser, Siehr, Frau Weber, Petersen, Crämer, Grund, Wachhorst de Wente, Frau Baum.

2 Naumann.

3 Gerland, Frau Bäumer, Hieber.

Schreiber *berichtet über eine aus Parteikreisen stammende Anregung, bei den Wahlkreisen und bei der Zentrale Mittelstandsausschüsse einzurichten. Vor der Verwirklichung dieses Plans soll zunächst die Meinung der sachverständigen Abgeordneten der Partei gehört werden.*

Der Geschäftsführende Ausschuß setzt zur Beschaffung von Geldmitteln einen Finanzausschuß aus Kempner, Schacht und Fischer ein, der ermächtigt wird, weitere Mitglieder hinzuzuwählen.

Der Marburger Senat hat gegen den Studenten Lemmer[4] *wegen seiner Rede auf dem Parteitag ein Disziplinarverfahren wegen Beleidigung eines Hochschullehrers beantragt.* **Naumann** *erklärt sich bereit, die Angelegenheit in einem privaten Brief an den Kultusminister Haenisch*[5] *zur Sprache zu bringen.*

4 Ernst Lemmer (1898-1970), Führer des Reichsbunds der Deutsch-Demokratischen Jugend, Generalsekretär des Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände 1922-1933, MdR (DDP/Staatspartei) Dezember 1924 bis November 1932, März bis Juli 1933, Geschäftsführender Vorsitzender des Vorstands der DDP von Oktober 1929 bis November 1930. In seinen Memoiren geht Lemmer ausführlich auf die Beleidigungsaffäre ein: Manches war doch anders. Erinnerungen eines deutschen Demokraten, Frankfurt/M. 1968, S. 58-61.

5 Konrad Haenisch (1876-1925), MdL Preußen (SPD) 1913-1924, preußischer Kultusminister von November 1918 bis April 1921.

35.

5.9.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Friedberg. Beginn: kurz nach 16.30 Uhr. Ende: 18.45 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Friedberg, Issberner, Kalkoff, Nuschke, Remmers, Schacht.

Friedberg *eröffnet. Der Geschäftsführende Ausschuß setzt die vorläufige Tagesordnung für die erste Sitzung des Parteiausschusses fest und bestimmt eine Kommission*[1]*, welche die Vorschlagslisten für den Parteiausschuß, für die Ergänzungswahlen zum Vorstand und die Zuwahlen vorbereiten soll. Man einigt sich darauf, dem Parteiausschuß Petersen als vorläufigen Vorsitzenden vorzuschlagen, da dieser seinerzeit bei der Wahl des Parteivorsitzenden mit Naumann in die Stichwahl gekommen war*[2]*.*

Schacht *erklärt sich bereit, zur Klärung der Finanzfrage eine Besprechung mit geeigneten Personen zu vermitteln. Nuschke wird beauftragt, für diese Zusammenkunft Material zu sammeln, das die Tätigkeit der demokratischen Fraktion in der Nationalversammlung zugunsten von Handel und Industrie beleuchtet.*

1 Friedberg (Vorsitzender), Frau Bernhardt, Gerland, Kalkoff, Nuschke, Remmers, Issberner (mit beratender Stimme).

2 Vgl. Erster Parteitag S. 237.

Der Geschäftsführende Ausschuß spricht sich einstimmig dafür aus, an dem Parteitagsbeschluß festzuhalten, nach dem eine Mark für jedes organisierte Mitglied an die Zentrale abgeführt werden muß.

Der Hansabund[3] *hat angefragt, ob die Partei bereit sei, eine Anzahl Persönlichkeiten des Hansabunds bei der Kandidatenaufstellung nachdrücklich zu unterstützen. Die Geschäftsstelle wird beauftragt, in einem „grundsätzlich entgegenkommenden" Schreiben zu antworten.*

Der Geschäftsführende Ausschuß spricht sich dafür aus, im Oktober eine große Trauerfeier der Partei für Naumann zu veranstalten[4].

Der Bürgerrat von Groß-Berlin hat sich an alle Parteien mit der Frage gewandt, wie der „spartakistischen Verseuchung" der zurückkehrenden Kriegsgefangenen zu begegnen sei. Der Geschäftsführende Ausschuß erklärt, die Partei sei bereit, entsprechende Maßnahmen zu unterstützen, und ersuche den Bürgerrat um Vorschläge.

3 Zur Rolle des Hansabunds in der Weimarer Republik und zu seinen Beziehungen zu den politischen Parteien gibt es bisher keine umfassende Untersuchung. Zur allgemeinen Information vgl. den Artikel „Hansa-Bund" in: Bürgerliche Parteien Bd. 2 S. 201-215.

4 Naumann war am 24.8.1919 an den Folgen eines Schlaganfalls gestorben. Die von Parteivorstand und Reichstagsfraktion gemeinsam veranstaltete Trauerfeier fand am 5.10.1919 im Berliner Opernhaus statt; Petersen hielt die Gedächtnisrede. Vgl. Hilfe v. 9.10.1919 Nr. 41.

36.

15.9.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: Friedberg. Beginn: kurz vor 16.30 Uhr. Ende: 18.45 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Frentzel, Friedberg, Gerland, Issberner, Kalkoff, Kempner, Nuschke, Schacht, Schiffer.

Friedberg *eröffnet.* **Gerland** *beantragt, der Geschäftsführende Ausschuß möge entgegen seinem früheren Beschluß davon absehen, dem Parteiausschuß einen direkten Vorschlag zur Wahl des Vorsitzenden des Parteiausschusses zu unterbreiten*[1]*, sondern möge es den drei Stellvertretenden Vorsitzenden, die am 27. September gemeinsam mit Friedberg über die Sache zu beraten hätten, überlassen, mit Anträgen an den Parteiausschuß heranzutreten. Nach einer Debatte wird beschlossen, die drei Vorsitzenden auf dem Parteiausschuß über die durch Naumanns Tod entstandene Lage berichten zu lassen. Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt ferner, die preußische und die Reichstagsfraktion sowie Vertreter der Presse als Gäste zur Sitzung des Parteiausschusses einzuladen und die von den Wahlkreisen gewählten Ersatzleute als Stellvertreter für am Erscheinen gehinderte Vertreter der Wahlkreise anzuerkennen.*

1 Siehe Nr. 35.

Gerland *berichtet über eine Sitzung von Vertretern der Deutschen Demokratischen Partei und der Sozialdemokratie, auf der man überein gekommen sei, sich bei den nächsten Reichstagswahlen nicht „hämisch" zu bekämpfen.*

Schiffer *referiert über die Frage des Wiedereintritts der Demokraten in die Regierung*[2] *und ihre Stellung zu den anderen Parteien. Im Verlauf der anschließenden Debatte wird übereinstimmend festgestellt, daß ein Regierungseintritt nur unter bestimmten Bedingungen möglich sei. Als Bedingungen werden u. a. genannt: Kampf gegen Dilettantismus in der Regierung und gegen Ämterjagd.*

Der Geschäftsführende Ausschuß beschließt die Schaffung einer Naumann-Spende. Zu ihrer Vorbereitung wird ein besonderer Ausschuß[3] *eingesetzt.*

2 Zu den Vorgängen, die im Juni 1919 zum Rückzug der DDP aus der Regierung geführt hatten, vgl. Albertin S. 324-341.

3 Nuschke (Vorsitzender), Frau Bäumer, Heile, Kalkoff, Schacht.

37.

27.9.1919: Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses

Vorsitz: zunächst Gerland, dann Friedberg. Beginn: 16.15 Uhr. Ende: 21 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Cohnstaedt, Crämer, Frankfurter, Frentzel, Friedberg, Gerland, von Hieber, Issberner, Kalkoff, Kempner, Koch-Weser, Frau von Mayer, Petersen, Remmers, Schiffer, Schreiber, Siehr, Wießner. Gäste: Gothein.

Gerland *eröffnet. Nach einer längeren Debatte stellt* **Friedberg** *fest, daß der Geschäftsführende Ausschuß die Frage der Wahl eines provisorischen Vorsitzenden des Parteiausschusses nicht weiterverfolgen werde, da über den vorzuschlagenden Kandidaten keine Einigkeit herrsche. Die Angelegenheit soll dem Parteiausschuß überlassen bleiben. Anschließend werden die von einem Wahlausschuß vorbereiteten Listen für die Ergänzungswahlen zum Vorstand und für die Zuwahlen zum Parteiausschuß besprochen und mit gewissen Änderungen genehmigt.*

Friedberg *verweist auf die Bestimmung der Satzung, wonach der Vorstand die laufende politische Führung der Partei habe, und bedauert, daß die Fraktion den Vorstand bei ihren Verhandlungen über den Wiedereintritt in die Regierung*[1] *als „quantité négligeable" behandle. In der anschließenden Debatte wird auch seitens der anwesenden Fraktionsmitglieder die Notwendigkeit einer engeren Fühlung zwischen Parteivorstand und Fraktion betont.*

1 Die Fraktion hatte sich auf Sitzungen am 21. und 22.9. mit der Frage des Wiedereintritts befaßt und dabei eine Reihe zu stellender Bedingungen diskutiert, u. a. auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftspolitik. In der Sitzung vom 22.9., in der die Meinungen über einen Wiedereintritt noch geteilt waren, faßte Schiffer den Stand der Diskussion zusammen: „Der Schritt zur Regierung ist sehr schwer. Gehen wir nicht hinein, so werden wir Opposition – das muß allen klar sein." DDP-Fraktion.

Nuschke wird beauftragt, die einzelnen Beiträge zum geplanten Agitationshandbuch der Partei, das bereits als Manuskript vorliegt, zu kürzen.

Der Geschäftsführende Ausschuß setzt Richtlinien zur Rückerstattung von Reisekosten für Mitglieder der Parteileitung fest.

Die Abgeordneten Dominicus[2], Rade[3] und Bollert[4] haben der preußischen Fraktion der Partei Anträge betreffs Anregung einer Aktion auf Vereinheitlichung des Reichs vorgelegt. Die Fraktion bittet den Vorstand um Stellungnahme. Der Geschäftsführende Ausschuß hält im Augenblick aus politischen und taktischen Gründen eine solche Initiative für unzweckmäßig.

Es wird beschlossen, künftig zu den Sitzungen des Parteiausschusses die Parteisekretäre der größeren Verbände als Gäste einzuladen.

---

2 Alexander Dominicus (geb. 1873), Oberbürgermeister von Berlin-Schöneberg, MdL Preußen (DDP) 1919-1924, preußischer Innenminister von April bis November 1921. Vorsitzender der preußischen Landtagsfraktion 1920-1921. Vgl. Paul Müller, Alexander Dominicus. Ein Lebensbild, Berlin 1957.

3 Martin Rade (1857-1940), Professor für evangelische Theologie an der Universität Marburg, Herausgeber der „Christlichen Welt", MdLv Preußen (DDP) 1919-1921.

4 Gerhart Bollert (geb. 1870), Rechtsanwalt und Notar in Berlin, MdR (NL) 1912-1918, MdLv Preußen (DDP) 1919-1921.

38.

28.9.1919: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: Hieber, dann Petersen, dann Frau Bäumer, dann wieder Petersen. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: kurz vor 17 Uhr. Ort: zunächst Berlin, im „Rheingold", dann im Reichstag.

Hieber *eröffnet die Sitzung mit einem Nachruf auf Naumann. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des Vorsitzenden beginnt eine Debatte über die durch den plötzlichen Tod Naumanns geschaffene Lage.* **Gerland** *weist darauf hin, daß der Parteivorsitzende gemäß den Statuten vom Parteitag gewählt werden müsse. Die stellvertretenden Vorsitzenden hätten ihn gebeten, bis zum nächsten Parteitag die Geschäfte zu führen.* **Cohnstaedt**[1] *setzt sich dafür ein, Petersen sofort zum provisorischen Vorsitzenden des Parteiausschusses zu wählen, da er seinerzeit bei der ersten Wahl zum Vorsitzenden nach Naumann die meisten Stimmen erhalten habe. Die überwiegende Zahl der Anwesenden spricht sich für Petersen aus, einige haben Bedenken wegen der Umgehung der Satzung. Schließlich wird Petersen einstimmig zum provisorischen Vorsitzenden gewählt.*

Da aus dem Kreis der Mitglieder des Parteiausschusses Änderungswünsche zu den vom Geschäftsführenden Ausschuß vorbereiteten Listen für die Ergänzungswahlen zum Vorstand vnd für die Zuwahlen zum Parteiausschuß laut geworden sind, wird zur Klärung dieser Fragen eine Kommission[2] eingesetzt.

---

1 Wilhelm Cohnstaedt (geb. 1880), Redakteur der „Frankfurter Zeitung" 1906-1933.

2 Friedberg, zwei weitere, noch zu bestimmende Mitglieder des Vorstands, Frau Krukenberg, Becher, Bade, Schreiber (Halle), Frau Rubow, Reichert.

Politische Aussprache

Herr **Waldstein** referiert über die politische Lage, so wie sie sich seit dem demokratischen Parteitag entwickelt hat. Er beleuchtet das Schulkompromiß, die Steuergesetzgebung und beschäftigt sich insbesondere mit dem Reichsnotopfer und der Valutafrage. Das Betriebsrätegesetz bezeichnet er als ein Mittel, das den Wirtschaftsfrieden herbeiführen solle. Wenn man auch dem Gesetz bestenfalls mit gemischten Gefühlen gegenüberstehe, so könne man doch ohne Voreingenommenheit darangehen, mit dem Entschluß, daraus nach Möglichkeit ein wirkliches Instrument des Wirtschaftslebens zu machen. In dieser Hinsicht deckt sich erfreulicherweise die Meinung der Fraktion mit derjenigen von Mitgliedern aus Industrie und Gewerbe, die die Fraktion neulich zu einer Besprechung herangezogen habe[3]. Wir werden dem Gesetz aber nur dann zustimmen, wenn die Bewegungsfreiheit des Unternehmers nicht beeinträchtigt wird. Für die sogenannten befriedeten Betriebe müßten bei Streitigkeiten zwischen Werkleitung und Arbeitern obligatorische Schiedsgerichte geschaffen werden, für alle übrigen Betriebe Einigungsämter, die vor Beginn des Streiks angerufen werden könnten. Wie man die Befolgung des Spruches der Schiedsgerichte sichern will, das ist freilich noch zu überlegen. Zu den demokratischen Forderungen auf wirtschaftlichem Gebiete gehört ferner die Abschaffung der Erwerbslosenunterstützung. (Beifall.) Bezüglich der Frage der Sozialisierung stehen wir nach wie vor auf dem Standpunkt, daß unbeschadet des prinzipiellen Streits über den Kreis der zu sozialisierenden Betriebe eins unter allen Umständen feststeht, nämlich, daß keine Zeit für eine Ausschaltung des Privatunternehmers ungünstiger ist als die heutige (Starker Beifall.), zumal da die sozialisierten Betriebe keineswegs von Streiks verschont sind. Die Streiks sind jetzt eben immer mehr politische Streiks geworden, eine Waffe zur Verwirklichung der kommunistischen Theorien. Sozialisierung aus Furcht vor den Unabhängigen und Kommunisten ist die schlechteste Politik, die man machen kann. Im weiteren Verlauf seiner Rede weist der Vortragende auf die Gefahr der Stimmung von rechts hin. Man treibt jetzt dort monarchistische Politik. Angeblich will man die Monarchie nur auf verfassungsmäßigem Wege durchführen. Das ist aber unmöglich, wie auch den Deutschnationalen klarsein muß. Man sollte auf alle diese Vendée-Versuche in Pommern[4] usw. volle Aufmerksamkeit richten. Redner bespricht dann das Verhältnis der Demokratischen Partei zu der Mehrheitssozialdemokratie, das grundlegend ist für die Frage, ob wir in die Regierung wieder eintreten sollen oder nicht. Die sozialistische Presse bedient sich jetzt eines Tones gegen die Demokratische Partei, der beinahe dazu bestimmt zu sein scheint, uns den Eintritt zu verekeln. Der Referent geht

3 Koch-Weser hatte unter dem 26.9.1919 in sein Tagebuch notiert: „Sitzung von Fraktionsmitgliedern mit den Führern der Industrie, soweit sie demokratisch sind, über das Betriebsrätegesetz. Die Industriellen sind schon viel vernünftiger geworden. Sie sehen ein, daß es mit dem bloßen Nein nicht mehr geht, sondern daß infolge der Revolution auch wirtschaftliche Grenzpfähle versetzt werden müssen." Nachlaß Koch-Weser 16.

4 Das bezieht sich vermutlich auf die antirepublikanischen Aktivitäten eines „Pommerschen Landbundes", der während des Mitte Juli 1919 in Pommern ausgebrochenen Landarbeiterstreiks von sich reden machte. Vgl. Schulthess 1919 I S. 306 u. 333.

dabei näher auf den Artikel des "Vorwärts" vom Sonnabendmorgen ein[5]. Zur Frage des Wiedereintritts selbst erklärt er, es sei durchaus verständlich, daß viele Teile unserer Partei der Fraktion davon abraten. Nun steht die Frage aber so: Ist es möglich, wenn wir den Ruf, der an uns ergangen ist, ablehnen und draußen bleiben, daß wir dann in der Stellung beharren, die wir bisher eingenommen haben, also gewissermaßen einer Regierungspartei, die in der Regierung nicht vertreten ist? Das ist kaum möglich. Die Ablehnung führt zu einer Verschärfung der Lage und dazu, daß wir im wesentlichen eine Oppositionspartei werden. Das bedeutet eine außerordentliche Schwächung der gegenwärtigen Regierung und eine Verschlechterung der Aussichten der Sozialdemokratie und des Zentrums bei den Wahlen, aber nicht zu unseren Gunsten, sondern zu Gunsten der Rechten. Trotzdem sind wir in der Fraktion einig, daß ein Eintritt nicht in Frage kommen kann, wenn nicht die von uns aufgestellten Bedingungen angenommen werden. Durch diese Bedingungen soll festgestellt werden, daß eine deutliche Verbesserung unserer Politik eintritt, und zwar eine Besserung, die ganz klar dem Konto der Deutschen Demokratischen Partei zugute geschrieben wird. Der Redner teilt mit der Bitte um streng vertrauliche Behandlung die Bedingungen mit, die im wesentlichen folgende sind: Obligatorisches Einigungsverfahren vor Streiks. Obligatorische Schiedsgerichte in gemeinnötigen Betrieben. Schutz gegen Terror. Abbau der Erwerbslosenfürsorge. Schutz der Tarifverträge. Beseitigung etwaiger gesetzlicher Verbote der Akkordarbeit. Notstandsarbeiten. Möglichst schleuniger Abbau der Zwangswirtschaft, soweit nicht überwiegende wirtschaftliche Nachteile dadurch entstehen. Sozialisierung nur in den dafür geeigneten Betrieben. Beschleunigung des Verfahrens bei Ausfuhrbewilligungen. Verpflichtung der Sozialdemokratie, das gesamte Steuerprogramm, wie es sich gestaltet, mit Einschluß der indirekten Steuern, insbesondere auch der Umsatzsteuer, anzunehmen. Beseitigung der Arbeiterräte als behördliche Einrichtung mit öffentlichrechtlichen Funktionen. Schärfere Handhabung des Strafrechtes. Bekämpfung der Korruption im Beamtenstande. Durchführung der verfassungsmäßigen Unterordnung des Militärs unter das Zivil. Keine Verschleppung der Neuwahlen. Zum Betriebsrätegesetz: Keine Absetzbarkeit der Betriebsräte; besondere Angestelltenausschüsse; Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten bei der Anstellung nicht in jedem Einzelfalle, sondern bei der Festsetzung allgemeiner Richtlinien; keine Wahl von Arbeitern in den Aufsichtsrat von Betrieben, aber Gewährung des Rechtes von Anhörung der Geschäftsberichte; Heraufsetzung der Zahl der Arbeitnehmer für Betriebe, in denen Betriebsräte gewählt werden sollen, auf mindestens 10. Keine Ausschaltung des Unternehmertums bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Wiederherstellung des Interfraktionellen Ausschusses, um die Disziplin innerhalb der Regierungsparteien und die ernsthafte Durchführung des parlamentarischen Systems zu garantieren.

Ob wir unter diesen Umständen in die Regierung eintreten werden, ist eine Frage für sich. Jedenfalls müssen wir in der Regierung so stark sein, daß wir unseren Einfluß geltend machen können. Wir dürfen nicht schwächer sein, als wir vorher gewesen sind. Eine radikale Lösung der Frage Erzberger ist infolge des

5 "Wiedereintritt der Demokraten" in: Vorwärts v. 27.9.1919 Nr. 494.

Vorgehens von Helfferich[6] und der anderen leider verhindert worden. Helfferichs Angriffe haben gerade Erzberger festgeklebt, denn das Zentrum kann ihn jetzt nicht ausschiffen. Daß Erzberger freilich eine starke Belastung für unsere Regierung geworden ist, das ist ohne weiteres klar. Aber wir müssen sehen, daß wir das mögliche erreichen können, und darauf dringen, daß das Kabinett aufhört, ein Kabinett Erzberger zu sein. Das wird dadurch erreicht werden, daß er den Posten eines Vizekanzlers aufgibt und daß wir diesen Posten erhalten. Wie wir bei den nächsten Wahlen stehen werden, das bleibt abzuwarten. Wenn von einem Zug nach rechts gesprochen wird, so kann demgegenüber nur gesagt werden, daß wir lediglich eine Politik machen können, so gut wie es möglich ist. Gegenüber den Klagen über nötige Fühlung zwischen Fraktion und Partei ist darauf hinzuweisen, daß die Fraktion ein Maß von Arbeit hat leisten müssen, wie es bis jetzt noch niemals der Fall gewesen ist. Wann die Wahlen kommen, das läßt sich nicht sagen. Herr Hergt glaubt jedenfalls, daß sie nahe bevorstehen. Unsere Partei wird, wenn sie in die Regierung gelangt, darauf dringen, daß die Wahlen so bald als möglich kommen, weil die Nationalversammlung nicht länger leben darf, als ihrer Aufgabe entspricht, nämlich das Volk aus dem Zusammenbruch zu retten.

Herr **Petersen** weist noch einmal mit Nachdruck darauf hin, daß die vorgetragenen Forderungen der Demokratischen Fraktion auf das allervertraulichste behandelt werden müssen, und gibt dann den Vorsitz an Frau Bäumer ab.

Herr **Riedel**[7]: Unsere ganze Politik muß im Augenblick auf die wirtschaftlichen Maßnahmen eingestellt sein, die gegenwärtige Notlage zu beseitigen. Wir müssen daher unsere Produktivität zu steigern suchen. Diese Steigerung wird erreicht, wenn wir verstehen, in allen in Betracht kommenden Schichten der Bevölkerung das nötige seelische Interesse zu wecken. Da müssen wir gewisse Gesichtspunkte in den Vordergrund stellen, nämlich daß wir unsere Produktivität nur steigern können, wenn wir die individuelle Initiative soweit wie möglich wahren. Wir müssen uns aber damit abfinden, daß unsere Wirtschaft organisiert werden muß. Dagegen muß Front gemacht werden gegen das Schlagwort der Sozialisierung. Wir dürfen auch nicht eine Steuerpolitik treiben, die durch Entziehung der Betriebsmittel die Produktivität mindert. Ferner müssen wir durch Gesetz die Arbeitspflicht zum Zwang machen. Darum ist es richtig, daß die Arbeitslosen-Unterstützung beseitigt wird. Ferner kommt in Betracht, daß wir die breiten Massen auch seelisch befriedigen, indem wir ihnen endlich ein Arbeitsrecht geben. Ferner gehört dahin eine Regelung der Wohnungsfrage und eine Verwirklichung des Heimstättenrechtes.

---

6 Karl Helfferich (1872-1924), MdR (DNVP) 1920 bis April 1924, Staatssekretär des Reichsschatzamts Februar 1915, Staatssekretär des Reichsamts des Innern und Vizekanzler von Mai 1916 bis November 1917, hatte Erzberger im Juli und August 1919 in der „Kreuzzeitung" in einer Reihe von Artikeln scharf angegriffen, indem er ihm u. a. vorwarf, seine Haltung während des Krieges sei weitgehend von privatem Geschäftsinteresse bestimmt gewesen. Vgl. Schulthess 1920 I S. 13 f. und 24.

7 Oswald Riedel (geb. 1887), Generalsekretär des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes vor 1914, dann Vorstandsmitglied des Gewerkschaftsrings Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, MdL Preußen (DDP/Staatspartei) 1919-1932.

Herr **Böhme**: Es ist festzustellen, daß die Massen namentlich auf dem Lande nach rechts abschwenken. Das kommt nicht etwa von einer verkehrten Politik, die die Partei gemacht hat. Im Gegenteil hat die Demokratische Partei außerordentlich viel für die Landwirtschaft getan. Der Grund ist, daß die Landbevölkerung sich fragt: Was geschieht gegenüber den skandalösen Zuständen in den Großstädten, den Streiks und der mutwilligen Störung des Wirtschaftslebens, und daß sie sich antwortet: nichts. Wenn wir der Bevölkerung nicht klarmachen, daß mit eiserner Faust dagegen eingegriffen wird, dann nutzt alles nichts. Wir Demokraten müssen daher unsere Forderungen entweder durchsetzen oder in rücksichtslose Opposition treten. Die Bevölkerung versteht nicht, warum der Schleichhandel weiter blühen kann ohne Einschreiten der Regierung, warum im Osten nicht gegen die Elemente vorgegangen wird, die sich ihrer Lieferungspflicht entziehen. Nur dann halten wir die Wähler fest, wenn unser Eintritt in die Regierung die gegenwärtigen Zustände deutlich bessert.

Herr **Peill**[8] tritt auf Grund der Erfahrungen der Stadt Düren für eine vernünftige und soziale Regelung des Siedlungswesens ein. Die Sozialpolitik der Regierung ist nicht praktisch und zweckmäßig. Die Reichsregierung muß Energie zeigen.

Herr **Immisch**[9] bestätigt, daß ein gewaltiger Zug nach rechts durch das Volk geht. Diese Tatsache ist nicht leichtzunehmen. Unsere Partei sollte nur dann in die Regierung eintreten, wenn die von den Referenten skizzierten Bedingungen angenommen sind. Aber eine Bedingung fehle darunter noch. Unsere Partei darf nicht in eine Regierung eintreten, in der Erzberger sitzt. Redner bespricht dann die folgenschwere Preissteigerung für Kohle und bittet zum Schluß, die Reichstagswahlen nicht in den Wintermonaten stattfinden zu lassen.

Herr **Hoff**[10]: Wenn die Aufforderung an die Partei herantritt, muß sie in die Regierung eintreten, allerdings nur unter den bereits mitgeteilten Bedingungen. Redner hofft, daß, sobald die Situation geklärt ist, die Fraktion Gelegenheit nimmt, die breite Masse des Volkes über die ganze Angelegenheit zu unterrichten. Es muß auf die sozialdemokratische Fraktion und Presse gedrückt werden, daß sie nicht eine Politik gegen die eigene Regierung treiben. Endlich muß auch mit der Pumpwirtschaft aufgehört werden. Durch den Eintritt Erzbergers ist doch etwas Zug in das Finanzministerium gekommen. Es ist schade, daß nicht unsere Männer, die vor Erzberger im Ministerium gesessen haben[11], mit ihrem Programm herausgekommen sind. Unsere Partei muß bei den Steuergesetzen ernsthaft mitwirken, insbesondere auch bei dem Reichsnotopfer. Redner warnt vor Noske, der sich von gewissen Offizierskreisen hat einwickeln lassen. Er bittet, bei dem neuen Wahlgesetz nicht Bedingungen aufzunehmen, die scheinbar Forderungen der Gerechtigkeit sind, aber nur ganz unzweckmäßig wirken. Bei dem Betriebsrätegesetz muß die Fraktion im Sinne eines Ausgleichs tätig sein. Die allgemeine Sozialisierung wäre das Dümmste, was man jetzt machen kann.

---

8 Leopold Peill, Fabrikant in Düren.

9 Kurt Immisch, Kaufmann in Tilsit, Präsident der Handelskammer.

10 Ferdinand Hoff (1867-1942), Konrektor in Kiel, MdR (Fortschrittliche Volkspartei) 1912-1918, MdL Preußen (DDP/Staatspartei) 1921-1932.

11 Schiffer und Dernburg.

Die Redezeit wird jetzt auf zehn Minuten festgesetzt.

Herr **Dietrich**[12]: Zentrum und Sozialdemokratie wünschen ganz sicher den Eintritt der Demokraten in die Regierung nur, um sich bei den nächsten Wahlen eine Rückendeckung zu verschaffen. Darum können wir nur in die Regierung eintreten, wenn wir ein kurzes, bestimmt umrissenes Programm haben, dessen Durchführung die jetzige wirtschaftliche Lage zu bessern imstande ist. Redner polemisiert dann gegen die Steuerpolitik Erzbergers, weil sie eine Uniformierung herbeiführt, die man sich nicht gefallen lassen darf.

Herr **Geibel**[13] weist auf die Versuche der Deutschnationalen hin, aus der Kirche ein Instrument der Reaktion zu machen. Diesen Dingen kann man nicht genug Aufmerksamkeit schenken. Er stellt dann folgenden Antrag:

„Der Parteiausschuß wolle allen Ortsvereinigungen und Wahlkreisverbänden dringend empfehlen, die Frage des Verhältnisses von Demokratie und Kirche auf die Tagesordnung ihrer Verhandlungen zu setzen und dauernd im Auge zu behalten, sowie dazu aus dem Kreise der Parteigenossen Sachverständige als ständige Mitarbeiter heranzuziehen. Eine Gruppe von solchen stellt sich schon jetzt dafür der Partei zur Verfügung. Der Parteiausschuß wolle veranlassen, daß die Reichsgeschäftsstelle der Partei die Vervielfältigung und Vermittlung von Schriftstücken für diese Gruppe übernimmt."

Herr **Lippmann** (Stettin) legt die Verhältnisse in Pommern dar: auf der einen Seite das dauernde Eingreifen der Arbeiterräte in die Verwaltung, auf der anderen Seite die reaktionäre Tätigkeit des Generalkommandos in Stettin. Alledem steht der Minister des Innern[14] untätig gegenüber. Wir müssen daher vor unserem Eintritt in die Regierung einmal Abschaffung der Arbeiterräte fordern, und zwar handelt es sich dabei nicht nur um die behördliche Tätigkeit der Arbeiterräte, sondern auch um das Verbot jeder politischen Tätigkeit. Sodann aber ist zu verlangen unbedingte Unterstellung der Militärbehörden unter die Zivilbehörden. Auch dieser Redner wünscht, daß in der Umgebung von Noske das reaktionäre Element zurückgedrängt wird. Sodann weist er auf die Schwierigkeiten hin, in die die Durchführung der Zwangswirtschaft durch die Schleichwirtschaft gebracht worden sei. Gegen den Schleichhandel muß unerbittlich vorgegangen werden. Wenn die Demokratie gegen die deutsche Republik in Opposition treten müßte, so wäre das das Traurigste, was man sich denken könne. Das darf nicht sein. In dieser schweren Zeit des Mangels an Kohle und Nahrungsmitteln dürfen wir das Vaterland nicht im Stich lassen, sondern müssen dem Ruf zum Eintritt in die Regierung folgen.

---

12 Hermann Dietrich (1879-1954), Stadtrechtsrat in Karlsruhe, Bürgermeister in Kehl 1908-1914, Oberbürgermeister von Konstanz 1914-1919, MdL Baden (NL/DDP) 1911-1920, MdR (DDP/Staatspartei) Januar bis April 1919, 1920 bis Juli 1933, Reichsernährungsminister von Juni 1928 bis März 1930, Wirtschaftsminister und Vizekanzler von April bis Juni 1930, Reichsfinanzminister und Vizekanzler von Juni 1930 bis Mai 1932, Vorsitzender der Deutschen Staatspartei von November 1930 bis September 1932, zusammen mit Maier und Petersen Parteivorsitzender der Staatspartei von September 1932 bis Juni 1933. Vgl. Saldern.

13 Pfarrer in Apollendorf b. Wittenberg.

14 Wolfgang Heine (1861-1944), MdR (SPD) 1898-1920, preußischer Justizminister Dezember 1918, preußischer Innenminister von März 1919 bis März 1920.

Herr **Belian**[15] bespricht die Reichsfinanzreform und die preußische Verwaltungsreform[16]. Er erklärt sich gegen die Einschränkung der Selbstverwaltung, die darin liegt, daß man den Städten das Steuerzuschlagsrecht[17] nehmen will, und bittet die Fraktion, in den Parlamenten entsprechend vorzugehen. In der Verwaltung haben wir seit der Revolution wohl einige sozialistische und demokratische Minister bekommen, aber eine Änderung des Systems ist nicht zu merken. Der alte preußische Landrat und Geheimrat herrscht nach wie vor.

Herr **Wießner**: Der Zug nach rechts beruht nur auf einer augenblicklichen Stimmung, und es ist noch nicht zu spät, diese Stimmung für uns zu beeinflussen. Das ist einmal möglich durch eine regere Agitation im Lande. Weiter ist dazu notwendig, daß die Stellung der Deutschen Demokratischen Partei wieder eine klarere wird. Der jetzige Zustand ist unhaltbar. Oppositionspartei können wir nicht werden, darum müssen wir wieder in die Regierung eintreten. Den Austritt von Erzberger dürfen wir nicht fordern. Wir dürfen unsere Politik nicht derart persönlich betreiben. Ferner würde uns das so ausgelegt, als ob wir als Kapitalistenpartei uns schützend vor das große Portemonnaie stellen wollten. Redner verliest eine Entschließung, um deren Annahme er bittet. Sie verlangt eine Vereinbarung unter den Mehrheitsparteien und überläßt den Eintritt in die Regierung dem Ermessen der Fraktion.

Herr **Pfeiffer**[18] kritisiert das Betriebsrätegesetz. Die Gerechtigkeit ist nicht Grundlage des Gesetzes, weil darin nicht die Verantwortlichkeit des Arbeiters statuiert ist. Aus dem jetzt vorliegenden Gesetz würden sich große Schäden für die Industrie und Volkswirtschaft ergeben. Wir werden zu erreichen suchen müssen ein vollständiges Gesetzbuch der Arbeit. Mit solchem Flickwerk wie dem Betriebsrätegesetz kommen wir nicht weiter.

Herr **Petersen**: Das Betriebsrätegesetz wird unsererseits vom Standpunkt des wirtschaftlichen Ausgleichs auf das eingehendste geprüft werden.

Nunmehr wird die Redezeit auf drei Minuten herabgesetzt.

Herr **Cohnstaedt** weist auf den Rückgang der demokratischen Presse hin, der durch das Eingehen und den Verkauf demokratischer Blätter an andere Parteien festzustellen ist. Er empfiehlt Gründung eines demokratischen Pressevereins auf genossenschaftlicher Grundlage und bittet, nähere Anfragen an seine Adresse zu richten.

Herr **Friedberg**: Nachdem sich herausgestellt hat, daß die Mehrheit der Partei wohl einen Eintritt in die Regierung wünscht, werden wir uns gegenüber Erzberger der größten Zurückhaltung zu befleißigen haben. Aber unsere Kritik

---

15 Alfred Belian, Erster Bürgermeister von Eilenburg, Vorsitzender des Reichsstädtebundes.

16 Die Reform sollte, im Anschluß an Vorschläge des Unterstaatssekretärs Drews und mit Rücksicht auf die neue Reichsverfasssung, die Selbstverwaltung und Leistungsfähigkeit staatlicher und kommunaler Verwaltung stärken.

17 Der gemeindliche Zuschlag zur Einkommenssteuer, der in die Zuständigkeit ausführender Gesetze der Länder fiel, „war dank seiner Ergiebigkeit und Beweglichkeit bis dahin die bedeutendste Finanzquelle der Gemeinden". Otto Ziebill, Geschichte des Deutschen Städtetages, Stuttgart 1955, S. 224.

18 Arthur Pfeiffer, Fabrikant in Wetzlar.

ist sehr berechtigt. Der Angriff eines Vorredners gegen den Minister Heine ist durchaus verfehlt. Redner begründet das des näheren. Die Pflicht der Demokratie ist es, einer direkten Zertrümmerung der inneren Verwaltung in Preußen entgegenzuarbeiten, denn sonst bekommen wir das Chaos.

Herr **Krüger** (Gotha)[19]: Obwohl wir eine Regierung der Unabhängigen in Gotha haben, wird diese Regierung von ihrer eigenen Fraktion bekämpft. Redner verlangt dann mehr Bodenreform und weist schließlich auf das Mißtrauen hin, das Erzberger im Auslande genießt.

Herr **Steinmann**[20]: Wenn die Fraktion in die Regierung eingetreten ist, so muß sie mit einer programmatischen Erklärung hervortreten. Die Fraktion muß ferner darauf dringen, daß das Zentrum in den Kommunen und überhaupt im Lande keine reaktionäre Politik treibt, sondern daß es mit dieser Zwiespältigkeit aufhört. Die großstädtische demokratische Presse kritisiert die demokratische Politik unzulässig stark. Redner weist dann auf die Schwierigkeiten der Wohnungsfrage hin, betont die Notwendigkeit des strengen Zollschutzes an der Westgrenze und erklärt, daß das Siedelungsgesetz[21] in dem Sinne durchgeführt werden müsse, daß die bisherigen kleinen Besitzer noch ein Stückchen Land sich hinzu erwerben können.

Herr **Blanck**[22]: Die künftige Wahlparole im Rheinlande wird sich um die freie Schule drehen. Vor allem muß also die Schulfrage bei dem Wiedereintritt unserer Partei in die Regierung geregelt werden, insbesondere erheischt das Problem der Privatschule Lösung.

Herr **Hartmann**: Wenn alle hier gemachten Vorschläge bis aufs letzte berücksichtigt werden sollen, dann ist der Eintritt unserer Partei in die Regierung unmöglich. Sie müssen uns deshalb die Freiheit geben, ungefähr aufgrund der gehörten Vorschläge den Eintritt zu erwägen. Der augenblickliche Zug nach rechts ist psychologisch sehr wohl zu erklären. Unterstützt wird er auch durch das Emporwuchern des Antisemitismus. Viele Wähler sind aber auch bis zur äußersten Linken weggelaufen. Das geschieht namentlich aus den Kreisen der Angestellten und Beamten. Auch damit muß gerechnet werden. Hinsichtlich der Wiederaufrichtung der Arbeit hat die Regierung und die Sozialdemokratie versagt.

Herr **Mende** bespricht die Frage der Hebung der Produktion.

Herr **Pape**[23] weist auf die schlechten Verkehrsverhältnisse hin und verlangt Besserung. Alsdann geht er auf das Verhältnis von Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein.

Frau **Kempf**[24]: Die Leute gehen nach rechts, weil unsere Regierung kein Ansehen hat. Es fragt sich, ob sich unsere Partei mit einer Partei wie der Sozialdemokratie verbinden soll, die auf einem absterbenden Ast sitzt. Wir gehen dann mit ihr

---

19 Hermann Krüger (geb. 1871), Direktor der Gothaischen Landesbibliothek, MdL Thüringen (DDP).

20 Eugen Steinmann, Fabrikant in Sagan.

21 Siehe RGBl 1919 S. 1429-1436.

22 Benno Blanck, Fabrikdirektor in Duisburg.

23 August Pape, Fabrikant in Lübeck, MdBürgerschaft (DDP).

24 Rosa Kempf, München, MdL Bayern (DDP).

zugrunde. Rednerin wünscht, daß das nationale Gefühl von uns in der Öffentlichkeit weit mehr gepflegt wird, als es bis jetzt geschehen ist. Wir müssen unser Volk fortlaufend aufklären über die Wirkungen des Friedensvertrages, und daran müssen wir die Rechtfertigung der Haltung unserer Fraktion und überhaupt unserer Politik knüpfen.

Es folgen persönliche Bemerkungen der Herren **Lippmann** und **Friedberg**.

Herr **Waldstein** weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß sich im großen und ganzen Übereinstimmung gezeigt hat zwischen den Rednern untereinander und dem Parteiausschuß mit der Fraktion. Der Referent spricht sich gegen die Resolution Wießner aus und meint, es sei am besten, in dieser Beziehung überhaupt keine Resolution zu fassen. Es verhalte sich anders freilich mit einem Antrag, der die Politik der Fraktion billigt und ihr Vertrauen ausspricht. (Dieser Antrag wird weiter unten in Wortlaut mitgeteilt.) Inzwischen sei auch noch ein Zusatzantrag zum Antrag Wießner eingelaufen, der aber sich dadurch erledigt, daß die Resolution Wießner selbst besser nicht angenommen werde. Dieser Zusatzantrag, der von den Herren Böhme, Kauffmann, Riedel und Schacht eingebracht ist, lautet folgendermaßen:

„Die Partei muß ihren Eintritt in die Regierung in erster Linie davon abhängig machen, daß alle Maßnahmen zur Herbeiführung dauernder voller Arbeitsleistung in allen, insbesondere aber in den lebenswichtigen Betrieben, getroffen und entschlossen durchgeführt, sowie daß alle Mittel zur raschen und umfassenden Hebung der Produktivität der deutschen Volkswirtschaft angewendet werden.

Der Arbeitspflicht des einzelnen entspricht die Verpflichtung der Allgemeinheit, in Fällen unverschuldeter Unmöglichkeit von Arbeitserlangung durch Versicherung Schutz zu gewähren."

Herr **Petersen**: Man könnte diese Zusatzresolution aber doch auch so fassen, daß sie selbständig als Antrag der Fraktion unterbreitet wird.

Herr **Gothein** hat Bedenken dagegen, daß, wie es in dieser Resolution geschieht, aus dem reichen Material der Bedingungen einige Punkte herausgegriffen werden. Sehen wir doch davon ab, und billigen wir einfach die Haltung der Fraktion. Im übrigen wird ja nächstens die Fraktion eine programmatische Erklärung abgeben[25].

Herr **Petersen**: Unter diesen Umständen genügt es, wenn wir in dem offiziösen Bericht über die heutige Sitzung[26] mitteilen, daß man besonders über die in der Zusatzresolution erwähnten Fragen gesprochen und sie einmütig als hervorragend wichtig bezeichnet hat.

Die Versammlung ist damit einverstanden.

Herr **Haußmann** bittet die Presse noch, bei Erörterung des Eintritts der Partei in die Regierung nicht von „Bedingungen", sondern von „Voraussetzungen" zu sprechen.

---

25 Eine solche Erklärung konnte nicht ermittelt werden. Zu den Beratungen innerhalb der DDP-Fraktion und den Verhandlungen zwischen der DDP und den Regierungsparteien, die schließlich zum Wiedereintritt der DDP in die Regierung führten, vgl. Albertin S. 355-360.

26 Vgl. Demokratische Parteikorrespondenz v. 29.9.1919 Nr. 218.

Bei der Abstimmung wird der folgende Antrag Hoff, Peill, Herrmann (Danzig), Immisch einstimmig angenommen:

„Der Parteiausschuß billigt die Haltung der Fraktion in der Nationalversammlung und spricht ihr Dank und Vertrauen aus."

Friedberg *referiert über die Änderungen, welche die am Vormittag eingesetzte Kommission*[27] *an der Vorschlagsliste für die Ergänzungswahlen zum Vorstand und zum Parteiausschuß vorgenommen hat. Anstelle von Petersen, der sein Mandat infolge seiner Wahl zum provisorischen Vorsitzenden des Parteiausschusses niederlegt, soll Erkelenz treten, anstelle von Kalkoff Böhme. Kalkoff soll bei einer künftigen Erweiterung des Vorstandes berücksichtigt werden. Die Anwesenden billigen diese Vorschläge und stimmen auch den Änderungen der Vorschlagsliste zum Parteiausschuß zu. Die Versammlung beschließt, den nächsten Parteitag Ende November oder Anfang Dezember stattfinden zu lassen, und zwar nach Möglichkeit nicht in Berlin. Der Vorstand wird ermächtigt, Ort und Termin in diesem Sinne festzulegen.*

Der **Vorsitzende** *schließt die Tagung mit einem Dank an die Teilnehmer.*

27 Siehe oben.

39.

4.10.1919: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Friedberg. Beginn: kurz nach 16.15 Uhr. Ende: nach 19 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Böhme, Erkelenz, Falk, Fischer, Frankfurter, Friedberg, Gerland, Issberner, Frau von Mayer, Petersen, Siehr, Wießner. Geladene Gäste: Kalkoff.

Frieberg *eröffnet. Der Vorstand wählt Petersen zum ersten stellvertretenden Vorsitzenden und Nuschke zum zweiten stellvertretenden Vorsitzenden. Frankfurter wird beauftragt, eine Geschäftsordnung für den Vorstand zu entwerfen*[1].

Nach längerer Aussprache wird beschlossen, zur Geldbeschaffung eine Reihe von prominenten Persönlichkeiten schriftlich zu bitten, die Partei mit laufenden Beträgen zu unterstützen. Auf Wunsch des Vorstands erklären sich **Fischer** *und* **Kalkoff** *bereit, die Wahl zu Schatzmeistern der Partei anzunehmen, unter dem Vorbehalt, zuvor noch einmal mit Schacht und Kempner die Finanzlage zu untersuchen.*

1 „Geschäftsordnung des Vorstands der Deutschen Demokratischen Partei". DDP/Staatspartei R 45/ III 15.

40.

10.10.1919: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Friedberg. Beginn: 16.15 Uhr. Ende: 19.30 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Böhme, Erkelenz, Falk, Fischer, Frankfurter, Friedberg, Issberner, Kalkoff, Kempner, Nuschke, Petersen, Schreiber, Wachhorst de Wente, Wießner.

Friedberg *eröffnet und ersucht um Aufklärung, weshalb Ende September keine Deckung für den finanziellen Bedarf der Reichsgeschäftsstelle bestanden habe. Um eine solche Situation in Zukunft zu vermeiden, beschließt der Vorstand, künftig bis zum 15. eines jeden Monats zu prüfen, ob die erforderliche Deckung für die nächsten vierzehn Tage vorhanden ist.*

Der Vorstand berät einen Antrag Friedberg – Fischer, der die Fraktion der Nationalversammlung ersucht, das Betriebsrätegesetz abzulehnen, falls diejenigen Bestimmungen erhalten bleiben sollten, die den Eintritt von zwei Mitgliedern der Belegschaft in den Aufsichtsrat und die Bekanntgabe der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung bei privaten Unternehmen vorsehen[1]*. Im Verlauf der Debatte versichern die anwesenden Fraktionsmitglieder u. a., daß sie sich um die Ausmerzung der betreffenden Bestimmungen bemühen würden*[2]*. Daraufhin ziehen die Antragsteller ihren Antrag zurück.*

Der Vorstand bespricht einen Antrag Friedberg – Kalkoff – Nuschke, der die Mitglieder der Partei in der Nationalversammlung und in der Preußischen Landesversammlung auffordert, je eine Monatsrate ihrer Aufwandsentschädigung an die Parteikasse abzuführen[3]*.* **Petersen** *teilt mit, daß die Fraktion der Nationalversammlung bereits ähnliche Überlegungen angestellt habe und dem Antrag sicherlich zustimmen werde*[4]*.* **Friedberg** *erklärt sich bereit, den Antrag auch der preußischen Fraktion zu übermitteln*[5]*.* **Falk** *schlägt vor, auch die Fraktionen der Einzelstaaten um einen Beitrag zu bitten. Er wird zu einer entsprechenden Fühlungnahme ermächtigt. Anschließend wird die finanzielle Situation der Partei besprochen.* **Kalkoff** *bezeichnet es als möglich und erstrebenswert, den Etat der Zentrale auf 300 000 M zu begrenzen.* **Fischer** *teilt Einzelheiten der von ihm eingeleiteten Maßnahmen zur Geldbeschaffung bei den Organisationen und bei wohlhabenden Parteifreunden mit.*

---

1 Liegt vor.

2 Zur weiteren Behandlung der Frage in einer Abendsitzung der preußischen Fraktion am 14.10.1919 vgl. DDP/Staatspartei R 45/III 63.

3 Liegt vor.

4 Die Nationalversammlungsfraktion einigte sich in einer Sitzung vom 14.10.1919, jeden Abgeordneten zu verpflichten, einen monatlichen Mindestbetrag von 50 M zu zahlen. DDP-Fraktion.

5 Friedberg berichtete der preußischen Fraktion am 15.10. über die finanzielle Situation der Partei; am 22.10. stimmte die Fraktion seinem Antrag zu, monatlich für jeden Abgeordneten 50 M an die Parteikasse abzuführen. DDP/Staatspartei R 45/III 63.

Seitens der "Mitteilungen des Vereins zur Abwehr des Antisemitismus" ist der Vorstand ersucht worden, die demokratische Presse zu bitten, sie möge mit Hilfe des in der Zeitschrift veröffentlichten Materials mehr als bisher gegen den Antisemitismus Stellung nehmen. Der Vorstand erklärt sich zu einem mündlichen Hinweis in dieser Richtung bereit.

Da ein von Heile[6] verfaßter Aufruf zur Sammlung einer Naumann-Spende ungeeignet erscheint, wird Nuschke beauftragt, einen neuen Aufruf zu entwerfen. Die Spende soll der Schaffung eines Stiftungsvermögens dienen, das die Partei im Sinne Naumanns verwenden will.

Die vorliegenden Geldgesuche werden bis zur Regelung der finanziellen Fragen zurückgestellt.

---

6 Wilhelm Heile (geb. 1881), Redakteur der „Hilfe" seit 1912, Mitherausgeber seit 1919, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Verbandes für europäische Verständigung, MdR (DDP) 1919 bis Mai 1924.

41.

23.10.1919: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Friedberg. Beginn: 16.15 Uhr. Ende: 19.45 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bäumer, Frau Bernhardt, Böhme, Cohnstaedt, Falk, Fischer, Frankfurter, Friedberg, Goetz, Issberner, Kalkoff, Kempner, Nuschke, Petersen, Schacht, Schreiber, Siehr, Wachhorst de Wente, Wießner.

Friedberg *eröffnet. Der Vorstand beschließt, den außerordentlichen Parteitag vom 13. bis 15. Dezember in Leipzig abzuhalten. Der Programmentwurf[1] soll fünf oder sechs Tage zuvor veröffentlicht werden.*

Fischer *referiert über die finanzielle Lage der Partei. Er wird beauftragt, mit Weinhausen wegen einer eventuellen Übernahme der "Demokratischen Parteikorrespondenz" weiter zu verhandeln.*

Der Vorstand billigt Nuschkes Aufruf zur Naumann-Spende[2].

Das Verhältnis zum „Republikanischen Führerbund"[3] wird besprochen und festgestellt, daß kein Anlaß bestehe, Mitgliedern der Partei vom Eintritt in den Bund abzuraten.

---

1 Der erste Parteitag hatte sämtliche zum Programm eingereichten Anträge und dort gefaßten Beschlüsse an eine Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen und sie beauftragt, zwei Programmentwürfe auszuarbeiten, ein Grundsatz- und ein Aktionsprogramm, die dann auf einem außerordentlichen Parteitag Ende des Jahres endgültig erledigt werden sollten. Vgl. Erster Parteitag S. 167, 251 u. 272.

2 Nicht ermittelt.

3 Der „Republikanische Führerbund" war 1919 von sozialdemokratischen Reichswehrangehörigen gegründet worden, die der Politik Noskes kritisch gegenüberstanden. Vgl. Carsten S. 82-84.

42.

28.10.1919: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Friedberg. Beginn: kurz vor 16.30 Uhr. Ende: 18.30 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Böhme, Friedberg, Issberner, Kalkoff, Petersen, Schreiber.

Friedberg *eröffnet. Da die Bildung eines Industrieausschusses*[1] *geplant ist, beschließt die Versammlung, die Wahlkreisvorsitzenden zu bitten, hervorragende Mitglieder aus Handel und Industrie zu benennen. Aus diesen Persönlichkeiten und aus den Mitgliedern des bereits bestehenden Ausschusses des „Demokratischen Klubs" soll dann der Ausschuß gebildet werden.*

Der Vorstand lehnt die vorliegenden Unterstützungsgesuche unter Hinweis auf die ungünstige Finanzlage ab.

Zum Betriebsrätegesetz sind eine große Zahl schriftlicher Anfragen bei der Zentrale eingegangen. Der Vorstand beschließt dazu u. a., in der Presse mitzuteilen, daß die Fraktion beabsichtige, nach Abschluß der Ausschußberatung eine Konferenz der Interessenten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer aus dem Reich einzuberufen, um ihre Stellungnahme entsprechend einzurichten.

Der Bürgerausschuß der Unterweserorte hat einen Sammlungsaufruf gegen die Sozialdemokratie erlassen und hat dabei die lokale demokratische Organisation um Unterstützung und Billigung gebeten. Der Vorstand beschließt, die Parteifreunde zu ersuchen, sich strikt ablehnend zu verhalten, „einmal aus sachlichen Gründen und sodann, weil eine Sammlungspolitik nicht zu den Kompetenzen des Bürgerausschusses gehört".

Vom 13. bis zum 20. November soll im ganzen Reich eine „demokratische Woche" mit Vorträgen der Parteiführer und Unterrichtskursen veranstaltet werden.

Gerland hat nach Mitteilung von Peikert[2] *in Liegnitz angeblich in einer Rede geäußert, die Demokratische Partei sei eine Partei des Judentums, und er sei stolz darauf. Petersen wird beauftragt, die Angelegenheit mit Gerland und Fischbeck zu besprechen und Peikert anschließend zu antworten.*

Die Tagesordnung des Parteitags wird besprochen. Der Programmentwurf soll so publiziert werden, daß er auf der dem Parteitag unmittelbar vorhergehenden Sitzung des Parteiausschusses noch durchberaten werden kann.

---

1 Hierbei handelt es sich offenbar um den zweiten Versuch zur Bildung eines solchen Ausschusses. Vgl. Nr. 26 Anm. 6.

2 Emil Peikert, Fabrikbesitzer in Liegnitz, Vorsitzender des Parteibezirks Niederschlesien.

43.

1.11.1919: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: zunächst Gerland, dann Friedberg. Beginn: kurz nach 16.30 Uhr. Ende: 19.30 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Böhme, Fischer, Friedberg, Gerland, Issberner, Kalkoff, Kempner, Koch-Weser, Nuschke, Schreiber, Wießner.

Gerland *eröffnet. Von einigen Seiten sind Proteste gegen die auf schriftlichem Wege erfolgten Zuwahlen zum Parteiausschuß laut geworden. Der Vorstand ist der Ansicht, daß das schriftliche Wahlverfahren den Statuten nicht widerspreche.*

Gerland *gibt eine Darstellung seiner Differenzen mit Peikert, der sein Amt inzwischen im Zusammenhang mit dieser Affäre niedergelegt hat*[1]*. Der Vorstand betrachtet die Angelegenheit als erledigt.*

Die Leipziger Parteifreunde haben für das Programm des Parteitags einige Wünsche zur Rednerliste angemeldet, die berücksichtigt werden sollen. Der Ablauf des Parteitags wird nochmals durchgesprochen. Über das Parteiprogramm soll keine Generaldiskussion stattfinden. „Vielmehr vollzieht sich die Programmberatung in den Formen einer zweiten Lesung. Etwaige Anträge können nicht abgewiesen werden, doch soll nur ein Redner, und zwar mit kurzer Redezeit, zur Begründung sprechen. Von den Referenten wird angenommen, daß sie durch ihre Entgegnungen die Anträge möglichst gegenstandslos machen."

Friedberg, Kempner *und* **Fischer** *berichten über das bisherige Ergebnis der Beitragszeichnungen. Es folgt eine Diskussion über die Stellung der Partei zu Handel, Industrie und Gewerbe.*

Fischer wird beauftragt, mit Groener[2] *Fühlung zu nehmen, um ihn zu einem offiziellen Anschluß an die Partei zu gewinnen.*

In Schöneberg (Zobel) tritt die demokratische Organisation für eine Reichspräsidentschaftskandidatur von Damaschke[3] *ein. Die Schöneberger Parteifreunde sollen darauf hingewiesen werden, daß es verfrüht sei, sich festzulegen, zumal auf eine außerhalb der Parteien stehende Kandidatur.*

Wießner *berichtet von organisatorischen Streitfragen zwischen den Groß-Berliner Vereinen und der Berliner Parteileitung.*

---

1 Vgl. Nr. 42.

2 Wilhelm Groener (1867-1939), Nachfolger Ludendorffs als Erster Generalquartiermeister Oktober 1918, Reichsverkehrsminister von Juni 1920 bis August 1923, Reichswehrminister von Januar 1928 bis Mai 1932, Reichsinnenminister von Oktober 1931 bis Mai 1932. Groener blieb parteilos.

3 Adolf Damaschke (1865-1935), Erster Vorsitzender des Bundes Deutscher Bodenreformer, Reichstagskandidat der Nationalsozialen 1897, kandidierte 1920 auf dem zweiten Platz des DDP-Wahlkreisvorschlags in Frankfurt/O.

44.

18.11.1919: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Friedberg. Beginn: kurz nach 16.30 Uhr. Ende: 19.45 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Böhme, Cohnstaedt, Frankfurter, Friedberg, Issberner, Nuschke, Petersen, Schiffer, Schreiber.

Friedberg *eröffnet. Der Vorstand behandelt verschiedene politische Fragen, darunter auch die neuen Richtlinien des Hansabundes*[1]. *Fischer wird beauftragt, die Leitung des Hansabundes zu einer Änderung dieser Richtlinien zu veranlassen. Bedenklich erscheint dem Vorstand vor allem derjenige Abschnitt, der von den Kandidaten des Bundes verlangt, sich „auch im Widerspruch zu ihrer Fraktion" zur Durchführung der Richtlinien des Hansabundes zu verpflichten.*

Nuschke *berichtet über die Vorbereitungen zur Sammlung der Naumann-Spende.*

Der Verband der Parteibeamten hat eine Reihe von Forderungen erhoben. Friedberg wird mit dem Vorsitzenden des Verbandes[2] *Rücksprache nehmen.*

Frau Marianne Weber[3] *hat ihr Amt als Mitglied des Parteivorstands niedergelegt.*

Der „Republikanische Führerbund"[4] *hat die Demokratische Partei ebenso wie die anderen Mehrheitsparteien um finanzielle Unterstützung gebeten. Das Gesuch wird abgelehnt.*

Der Vorstand stellt fest, daß die Delegierten zum Parteitag neu gewählt werden müssen. Den Delegierten aus den Gebieten, die an Polen abgetreten werden müssen, soll gestattet werden, ihr Mandat für diesen Parteitag zu behalten. Der Vorstand will auf dem Parteitag beantragen, die Zahl der Mitglieder des Parteiausschusses auf 200 zu erhöhen, ferner will er für sich das Recht fordern, vier Personen zu kooptieren[5].

1 Vgl. Nr. 35 Anm. 3.

2 Carl Elbel, Berlin.

3 Marianne Weber (1870-1954), Frau und Mitarbeiterin Max Webers, MdNv Baden (DDP) 1919. Vgl. M. Weber, Lebenserinnerungen, Bremen 1948.

4 Siehe Nr. 41 Anm. 3.

5 Beide Anträge wurden vom Parteitag gebilligt. Vgl. Zweiter außerordentlicher Parteitag S. 208-210.

45 a.

5.12.1919: Sitzung des Vorstandes (1. Tag)

Vorsitz: Petersen. Beginn: kurz nach 16 Uhr. Ende: 20 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Böhme, Cohnstaedt, Falk, Frankfurter, Gerland, Issberner, Kalkoff, Frau von Mayer, Petersen, Schreiber, Siehr, Wachhorst de Wente, Wießner.

Petersen *eröffnet. Die Ortsgruppe Schmargendorf hat beim Revisionsausschuß Beschwerde wegen verspäteter Veröffentlichung des Programmentwurfs erhoben. Der Vorstand hält seine diesbezüglichen Anordnungen nach wie vor für gerechtfertigt*[1].

Bremen hat bei der Zentrale angefragt, welche Stellung die Partei zum Reichsbürgerrat[2] *einnehme. Die Versammlung stellt fest, daß die Partei den Bestrebungen des Reichsbürgerrats durchaus objektiv gegenüberstehe.*

Aus Köln und Sachsen sind Proteste gegen die Anrechnung der Kopfsteuer auf die Zahl der Delegierten zum Parteitag eingelaufen. Der Vorstand weist diese Beschwerden zurück.

Die Studenten erhalten zur Gründung eines Reichsbundes eine einmalige Zuwendung von 1000 M, der Studentenverein von Jena erhält 100 M. Gesuche zur Erstattung von Reisekosten für Mitglieder des Parteiausschusses werden abgelehnt.

Böhme *erhebt Einwände gegen den agrarpolitischen Teil des Aktionsprogramms*[3]. *Im Verlauf der anschließenden Debatte wird beschlossen, dem Parteitag das Aktionsprogramm überhaupt nicht vorzulegen. Der Vorstand wird dem Parteitag stattdessen vorschlagen, ihn vor den Wahlen zur Aufstellung eines Aktionsprogramms zu ermächtigen. Das von der Kommission ausgearbeitete Grundsatzprogramm wird zur Kenntnis genommen und zur Veröffentlichung bestimmt*[4].

Die vom Wahlkreis Berlin zur Genehmigung eingereichten Statuten werden beanstandet, da sie der allgemeinen Satzung in einem Punkt widersprechen. Petersen wird sich um Beilegung dieser Differenzen bemühen.

Die Rednerliste und die Tagesordnung für den Parteiausschuß und den Parteitag werden nochmals besprochen.

---

1 Siehe Nr. 42 und Nr. 43.

2 Der „Reichsbürgerrat" hatte sich Anfang Januar 1919 als Gegengewicht zu den Arbeiter- und Soldatenräten aus Vertretern von Bürgerräten aus dem ganzen Reich konstituiert. Vgl. Albertin S. 32-35.

3 Vgl. Nr. 41 Anm. 1. Der Entwurf des Aktionsprogramms war nicht aufzufinden.

4 Abgedruckt in: Demokratische Parteikorrespondenz v. 8.12.1919 Nr. 277.

45 b.

6.12.1919: Sitzung des Vorstandes (2. Tag)

Vorsitz: zunächst Gerland, dann Petersen. Beginn: kurz nach 16.15 Uhr. Ende: kurz vor 18.15 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Böhme, Cohnstaedt, Gerland, Issberner, Kempner, Frau von Mayer, Petersen, Schreiber, Siehr, Wießner.

Gerland *eröffnet. Der Vorstand beschließt, auf dem Parteitag eine Resolution einzubringen, die zur Hilfe für Österreich auffordert*[1]*; außerdem sollen die Parteifreunde in der Presse um Geldspenden für Österreich gebeten werden.*

Da verschiedentlich Klagen gegen die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses[2] *eingelaufen sind, wird C o h n s t a e d t auf dem Parteitag eine Resolution vorschlagen, die sich mit dieser Frage befaßt*[3]*.*

Gerland *empfiehlt, von Berlin aus eine planmäßige Agitation „zur Verbreitung der demokratischen Weltanschauung im Reich" einzuleiten, um vor allem die Intellektuellen zu gewinnen. Der Vorschlag wird gebilligt, zur Vorbereitung wird eine Kommission*[4] *eingesetzt.*

Der Vorstand befaßt sich mit abschließenden Vorbereitungen zum Parteitag und beschließt u. a., wegen der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit den Programmentwurf nicht vorher an die bereits gewählten Delegierten und an die Organisationen zu senden, sondern ihn den Betreffenden erst am Ort des Parteitags zuzustellen.

Petersen *berichtet über die Ergebnisse der Konferenz vom 5. und 6. Dezember über das Betriebsrätegesetz*[5] *und stellt fest, die Stimmung der Teilnehmer sei gegen Ende der Sitzung dem Kompromiß*[6] *günstig gewesen.*

---

1 Die Resolution wurde dort einstimmig angenommen. Vgl. Zweiter außerordentlicher Parteitag S. 131 f.

2 Vgl. Schulthess 1919 I S. 136 f. Die Tätigkeit des Ausschusses wurde innerhalb der DDP unterschiedlich beurteilt. Payer in der Fraktionssitzung vom 20.11.1919: „Die Mehrheit unserer Partei steht nicht hinter dem Untersuchungsausschuß." Koch-Weser: „Man kann den Untersuchungsausschuß nicht fallenlassen, aber man muß seine Arbeiten genügend vorbereiten." DDP-Fraktion.

3 Statt Cohnstaedt legten dann Gerland, Goetz und Hohmann gemeinsam eine Resolution vor, die sich für eine Fortsetzung der Arbeit des Untersuchungsausschusses aussprach, sich aber gegen seine Ausnutzung zu parteipolitischen Zwecken wandte. Auf Bitte Petersens, der Vorsitzender des Ausschusses war, wurde jedoch auf Annahme einer Resolution verzichtet. Vgl. Zweiter außerordentlicher Parteitag S. 44 f. u. 66 f.

4 Petersen, Gerland, Wießner, Kempner, Frau von Mayer, Jäckh, Troeltsch.

5 Siehe Nr. 42.

6 Auf die ursprünglich in dem Entwurf vorgesehene Vorlage der gesetzlichen Bilanz war verzichtet worden, stattdessen sollte nun ein vierteljährlicher Bericht des Unternehmers über die Wirtschaftslage sowie in größeren Betrieben eine Betriebsbilanz und eine Betriebsgewinn- und Betriebsverlustrechnung vorgelegt werden. Vgl. Preller S. 250 f.

46.

12.12.1919: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: Petersen. Beginn: 16.30 Uhr. Ende: 18.30 Uhr. Ort: Leipzig, im „Zoologischen Garten".

Der Parteiausschuß nimmt nach kurzer Debatte die vom Vorstand vorgeschlagene Tagesordnung für den Parteitag an. Anschließend referiert **Petersen** *über die Programmfrage. Er erinnert daran, daß der erste Parteitag die Aufstellung eines Grundsatzprogramms und eines Aktionsprogramms beschlossen habe. Beide Programme seien auch ausgearbeitet worden, dennoch habe sich der Vorstand entschlossen, dem Parteitag nur das Grundsatzprogramm vorzulegen. Dafür sprächen vor allem zwei Gründe: Da im Frühjahr Reichstagswahlen zu erwarten seien, würde ein Aktionsprogramm zu heftigen Diskussionen und unter Umständen auch zu Kontroversen in den eigenen Reihen führen und außerdem den gegnerischen Parteien Angriffsflächen bieten. Beides würde die Situation der Partei nur erschweren. Die Versammlung billigt Petersens Ausführungen und stimmt auch seiner Anregung zu, daß diejenigen Delegierten, die Änderungswünsche zum Programm haben, sich direkt mit den Kommissionsmitgliedern in Verbindung setzen sollen, die das Programm ausgearbeitet haben und es auf dem Parteitag vertreten werden.*

Die Vorschläge des Vorstands zur Wahl des Parteitagsbüros werden angenommen, ebenso der Vorschlag, Petersen zum Vorsitzenden des Parteiausschusses zu wählen.

Dann folgen der Kassenbericht und ein Referat über die Finanzlage der Partei.

Dr. **Fischer**: Meine Damen und Herren! Nach unserem Statut ist die Kassenprüfung Sache des Revisionsausschusses. Infolgedessen hat der Revisionsausschuß die Kassenführung geprüft, und ich beginne meinen Bericht mit dem über die Prüfung seitens des Revisionsausschusses dem Vorstand vorgelegten Protokoll, also mit wenigen trockenen Zahlen zunächst. Der Bericht lautet: „Nach den mir vorgelegten Büchern betragen die liquiden Mittel der Kasse 2272,79 M, Guthaben bei der Nationalbank für Deutschland 32 417,81 M auf einem Konto und auf einem weiteren 58,- M, Guthaben bei der Deutschen Bank 8119,68 M, Postscheckkonto 9734,41 M. Summe der vorhandenen Mittel: 52 602,69 M."

Der Bericht fügt aber gleich hinzu: „Dagegen besteht eine Schuld bei einzelnen Parteifreunden, welche diesen Betrag vorgestreckt haben, in Summe von 50 000,- M." Ziehen Sie von den 52 602,69 M 50 000,- M ab, so verbleibt ein greifbares Vermögen bei der Reichsgeschäftsleitung in Berlin von 2602,69 M. (Lebhafte Rufe: Hört! Hört!) Ich habe mit Absicht diese trockenen Zahlen an die Spitze meines Berichts gestellt. Ich muß aber zunächst fortfahren im Vorlesen des Revisionsberichts: „Den buchmäßigen Kassensaldo habe ich in Übereinstimmung mit dem Bestand gefunden. Die Nationalbank für Deutschland und die Deutsche Bank haben mir die Richtigkeit des in den Büchern der Reichsgeschäftsstelle festgestellten Saldos bestätigt. Die Richtigkeit des Bestandes im Postscheckkonto wurde

durch Aufstellung des Postscheckamtes bestätigt. Gez. S e g a l l den 13. Dezember 1919."

Damit, glaube ich, um das Formale vorweg zu nehmen, daß, was die äußerliche Führung der Kasse angeht, der Reichsgeschäftsstelle vom Ausschuß Entlastung erteilt werden kann, und beantrage sie hiermit.

Vorsitzender: Dr. **Petersen**: Ich frage, ob Entlastung erteilt werden soll und ob jemand das Wort wünscht. Wenn niemand das Wort wünscht, darf ich feststellen, daß der Ausschuß dem K a s s e n f ü h r e r einmütig Entlastung erteilt.

Ich stelle das ausdrücklich fest.

Dr. **Fischer**: Nun, meine Damen und Herren, muß es heute über diesen trockenen Bericht hinaus unsere Aufgabe sein, uns über die Finanzen der Partei einmal eingehender zu unterhalten. Unser verstorbener Führer N a u m a n n hat ja noch auf dem letzten Parteitag hervorgehoben, daß ohne geordnete Finanzen insbesondere unter den veränderten politischen Verhältnissen eine wirkliche Entfaltung der Organisation und eine Werbearbeit für eine demokratische Partei nicht mehr möglich ist, und N a u m a n n hatte sich bei Übernahme des Vorsitzes ja gerade zur Aufgabe gemacht, sich der Gesundung der finanziellen Verhältnisse der Partei besonders zu widmen. Da N a u m a n n nicht mehr unter uns ist, glaube ich aber doch an diese seine Worte, die er damals zu uns gesprochen hat[1], besonders erinnern zu müssen. Die Grundlagen, die wir für den Aufbau der Finanzen haben müssen, gibt unser Statut. Wir haben dort festgelegt, daß ein regelmäßiger Beitrag an die Reichsgeschäftsstelle abzuführen ist. Ich spreche heute von den Finanzen der Partei in Berlin, nicht von den Finanzen der einzelnen Parteiorganisationen. Da ist gesagt: Die Organisationen sind zu Beiträgen an die Parteikasse verpflichtet, diese müssen durch Parteitagsbeschluß einheitlich nach ihrer Mitgliederzahl festgesetzt werden. Ich erinnere Sie daran, der Parteitag hat beschlossen, daß eine Mark pro Mitglied abzuführen ist. Es hat Mühe gemacht, zunächst einmal festzustellen, welcher Sollbetrag sich damit für die Berliner Geschäftsleitung ergibt. Die zu zahlende Kopfsteuer nach Anzahl der gemeldeten Mitglieder müßte einbringen aus den 37 Wahlkreisen jährlich 820 000 M. Trotz aller Mühe ist es aber bisher nur gelungen, einzuziehen für das verflossene Jahr 232 000 M (Hört! Hört!), und auch von diesen 232 000 M sind nur in der Kasse eingegangen 168 000 M, während wir 64 000 M im Verrechnungswege verrechnet haben gegenüber Beiträgen, die die Wahlkreise früher zur Zeit der Wahlen und im Anschluß daran der Partei zur Verfügung gestellt hatten, und für die sie jetzt die Abrechnung mit wohl juristisch gutem Recht beanspruchen. Also wir dürfen immerhin die Zahl von 232 000 Mark als richtig eingegangen bezeichnen, aber es bleibt doch von den 820 000 M ein Rückstand von 588 000 M. Sie werden erkennen müssen, daß es bei einer solchen Handhabung der Verpflichtung für die Parteileitung in Berlin gänzlich ausgeschlossen ist, auch nur irgendwie einen Haushaltungsplan aufzu-

1 "Die Umorganisierung der Partei in einen Zustand, bei dem die Mitglieder durch ihre Geldleistungen die Zentrale tragen, ist seit zehn und zwölf und mehr Jahren von mir auf jedem Parteitag und auf jeder größeren Zusammenkunft gefordert worden, aber vergeblich. Wenn ich heute auf Ihren Antrag diese Stelle übernehme, so stelle ich mir als Ziel: Zwischen jetzt und einem Jahr muß diese Umgestaltung wesentlich vollzogen sein, oder es hat für mich gar keinen Zweck, die Partei zu leiten." Erster Parteitag S. 239.

stellen und durchführen zu können. Sie werden die Schärfe verstehen, mit der die Parteileitung ihr einziges wirkliches Recht gegenüber Säumigen geltend gemacht hat, indem sie durchweg den Standpunkt vertreten hat, derjenige Wahlkreis, der die Beiträge nicht in voller Höhe bezahlt hat, kann keinen Anspruch erheben auf eine Vertretung auf dem Parteitag.

Ich erwähne dies, weil darüber heftige Beschwerden eingegangen sind, aber ich glaube, Sie müssen dem Vorstand recht geben (Sehr richtig!), daß er die Bestimmungen, die die höchste Instanz des Parteitages gegeben hat, nunmehr auch ernstlich und mit einer gewissen Strenge durchführt. (Sehr richtig!) Aber damit ist uns ja allein nicht geholfen, sondern es muß meiner Auffassung nach heute mit herausgenommen werden seitens der maßgebenden Damen und Herren in den Organisationen, daß sie es als eine ihrer Hauptpflichten ansehen, in ihren Organisationen für eine richtige Finanzwirtschaft zu sorgen und sich auch bewußt zu sein, daß noch mehr dieser Beiträge nach Berlin abgeführt werden müssen. (Sehr richtig!) Die Zustände müssen aufhören, wie sie früher auch wohl in den örtlichen Organisationen ziemlich vorherrschend waren, daß Mitgliederbeiträge zwar festgelegt waren, man sich aber nicht darum bekümmerte, ob sie mehr oder minder eingingen, und immer durch Sondersammlungen schließlich dasjenige aufgebracht wurde, was nun im Augenblick notwendig war.

Die Berliner Stelle hat sich natürlich umgesehen nach anderen Quellen. Im Augenblick war für die neuen Schatzmeister, für Herrn Kalkoff und mich, gar nichts anderes zu erreichen, als zunächst einmal dafür zu sorgen, daß wir leben konnten. Unser Geschäftsführer konnte nicht die laufenden Beamtengehälter zahlen. Es waren sorgenvolle Stunden, und da blieb ja zunächst gar nichts anderes übrig, als mal bei einigen Parteifreunden ein Darlehen aufzunehmen. Die anderen Quellen, die wir flüssig nachen können, sind immer wieder nur ein Appell an solche, die freiwillig zahlen wollen. Für die Übergangszeit haben wir es infolgedessen für richtig gehalten, zu versuchen, eine Liste aufzustellen von Parteimitgliedern, die über ihre Verpflichtungen in den Organisationen hinaus sich bereit erklären, möglichst auf zunächst drei Jahre der Parteileitung in Berlin einen Beitrag zur Verfügung zu stellen. Mit der Aufstellung dieser Listen sind wir beschäftigt. Ich muß da mit Dank seitens des Vorstandes und mit besonderem Dank von meiner Person aus und der Person meines Mitschatzmeisters betonen, daß wieder ein gutes Beispiel gegeben haben unsere beiden Fraktionen in der Nationalversammlung und in der preußischen Landesversammlung. Die Herren haben sich bereit erklärt, einen Beitrag pro Kopf von ca. 600 M pro Jahr der Geschäftsstelle in Berlin zur Verfügung zu stellen[2]. Da wir mit ca. 120 Abgeordneten zu rechnen haben, sind das also jährlich ungefähr 70000 M. (Lebhafte Bravorufe.) Ich entnehme aus Ihrem „Bravo" den Dank an die Fraktionen und an die Vorsitzenden der Fraktionen, den ich bereits erstattet habe und dem Sie sich hier anschließen. (Lebhafter Beifall.) Ich komme damit auch zugleich auf ein Ideal. Ich sehe keinen rechten Grund, daß nur die Fraktionen des Reiches und Preußens dieses gute Beispiel geben, sondern die Fraktionen der übrigen Länder sollten sich in irgendeiner Form diesem Vorhaben anschließen (Sehr richtig!), und ich erbitte Ihre Zustimmung, daß wir uns seitens des Vorstandes diesbezüglich

2 Vgl. Nr. 40 Anm. 4 u. 5.

auch an die Fraktionen der übrigen Länder wenden. (Sehr richtig!) Dieses „Sehr richtig", das gibt mir Mut, dann aber auch einen Appell an die Damen und Herren dieses Ausschusses selbst zu richten. (Sehr richtig.) Ich glaube, auch wir sollten es, soweit der einzelne irgend dazu in der Lage ist, uns zur Pflicht machen, daß auch wir für die Übergangszeit, die ersten drei Jahre, der Parteileitung in Berlin einen jährlichen Beitrag pro Kopf zur Verfügung stellen. (Sehr richtig!) Ich erlaube mir die Anregung, daß ein Satz von fünfzig Mark dafür festgelegt wird. Ich lege auf die Höhe des Beitrags natürlich Wert, aber besonderen Wert noch mehr darauf, daß wir seitens des Parteiausschusses eben diese Pflicht anerkennen, daß derjenige, der ein Parteiamt übernimmt, nach seinen Kräften nun auch ein geldliches Opfer bringt, und zwar nicht freiwillig, mal dann und mal nicht, sondern als eine Art Beitragspflicht. Sie können mir gewiß antworten: „Umgekehrt, die nicht arbeiten, sollen zahlen", aber mit diesem Mittel kommen wir nicht weiter. Sie sollen auch zahlen, wir wollen aber eine Grundlage haben und ihnen sagen, wir, die wir arbeiten, geben doch trotzdem, was wir können. Die Liste, die wir nun aufzustellen suchen, bei wohlhabenden Mitgliedern, die also sich verpflichten sollen, noch höhere Beiträge zu zahlen, ist derart gedacht, daß es Beiträge von fünfhundert Mark an und höher sein sollen. Diese Liste geht natürlich sehr langsam ein. Die besonderen politischen Verhältnisse, ich will darauf nicht weiter eingehen, machen natürlich bei dieser Werbung besondere Schwierigkeiten. (Sehr richtig!) Immerhin ist aber ein Betrag von ca. 60 000 M bereits gesichert, und wir haben ja auch erst den Anfang gemacht. Aber gerade auf diesem Gebiete, um gegenüber diesen Herren und Damen kräftiger arbeiten zu können, würde ich namentlich den großen Wahlkreisen dankbar sein, wenn meinen Anregungen, die ich vorhin gegeben habe, stattgegeben würde. Es sind mir aus dem Lande bei meinen Werbebriefen natürlich die verschiedensten Anregungen und Wünsche vorgebracht worden. Da ich einmal diesen Appell an Sie richte, gebe ich eine der Anregungen weiter, die mir aus Köln geworden ist, im Anschluß an das Beispiel, welches die Fraktionen des Reiches und Preußens gegeben haben. Aus Köln wird darauf hingewiesen, daß jetzt ja in den verschiedenen Stadtparlamenten auch Diäten und ähnliche Gebühren für die Mitglieder dieser Parlamente gegeben werden, und es wird der Vorschlag gemacht, auch diese Herren möchten 30% ihrer Diäten abführen, 10% an die örtliche Organisation, 10% an die Provinz oder die Wahlkreise, 10% nach Berlin. Ich kann Ihnen diese Anregung, über die wir ja heut keinen Beschluß fassen können, nur weitergeben für die Tätigkeit in den Organisationen.

Andere Quellen sind die Fruchtbarmachung unserer Einrichtungen in Schriften und dergleichen. Hierüber will ich nur sagen, daß wir uns hier bemühen, aber zunächst ein Loch zumachen müssen. Wir haben für unsere Werbeschriften, für die "Parteikorrespondenz", für die "Agitation"[3] und dergleichen immer noch Zuschüsse nötig, wir sind aber an der Arbeit, diese Zuschüsse zu vermeiden, und wollen hoffen, daß es uns gelingt, auch daraus noch Mittel zu schaffen.

Sehr häufig wird uns entgegnet: „Ja, Ihr sammelt immer Geld und wollt immer

3 Die Agitation. Halbmonatsschrift, zusammengestellt in der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin (1919-1920).

Geld haben; wo bleibt nun eigentlich das Geld in Berlin?" Da gehen nun Zahlen und Gerüchte herum, die nicht standhalten können. Wir haben uns im Vorstande sehr eingehend damit beschäftigt, einen Etat aufzustellen für unsere Reichsgeschäftsstelle. Das ist sehr schwierig, aber es haben sich schließlich doch sämtliche Damen und Herren davon überzeugt, daß unter fünf bis sechsmal hunderttausend Mark jährlich die Reichsgeschäftsstelle in Berlin nicht arbeiten kann, wenn sie die Pflichten erfüllen soll, die ihr zustehen, von denen sie sich gar nicht losmachen kann, wenn wir überhaupt eine Zusammenfassung der gesamten Partei haben wollen. Ich will nicht näher darauf eingehen, aber weil mir soviel entgegengehalten worden ist und so viel gesprochen worden ist: „Dort wird das Geld vergeudet", darf ich Ihnen doch sagen, daß mit Sparsamkeit vorgegangen wird und wir bemüht sind, überall dort, wo es möglich ist, auch Ersparnisse eintreten zu lassen, aber die Arbeitsmöglichkeit muß bleiben. Die Zahl der Angestellten war einmal gestiegen im Dezember 1918 und im Januar 1919, also in den damaligen schwierigen Zeiten auf 120 bis 130. Allmählich haben wir die Zahl der Angestellten heruntergesetzt auf 50, im Oktober auf 43, im November auf 42 und jetzt im Dezember auf 30. Mit weniger Herren kann Herr Geheimrat Schreiber in Berlin die Sache nicht machen. Also trösten Sie sich nicht damit: Man braucht nicht so viel zu zahlen, in Berlin kann noch mehr gespart werden, wir sind damit schließlich am Ende unserer Kraft, wenn wir unsere Aufgaben noch erfüllen sollen. Wir brauchen aber auch die 500 000 bis 600 000 M nicht nur für unsere Zwecke, wir müssen regelmäßige Zuschüsse geben an die Organisation der Frauen, der Jugend, des Bauernbundes und an die Organisationen der Beamtenausschüsse, und gerade diese Zuschüsse müssen wir weiter gewähren, denn diese Organisationen sind es, welche für uns eine ganz besondere Werbekraft ausüben und große Tätigkeit entfalten. Sie sind vorläufig nicht in der Lage, ihre Bedürfnisse aus sich selbst zu bestreiten, wir müssen ihnen weiterhelfen. Außerdem sagte ich Ihnen schon, daß unsere periodischen Veröffentlichungen, die "Demokratische Parteikorrespondenz", die "Agitation", die "Beamten-Mitteilungen"[4], die "Mitteilungen für die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei", alle noch Zuschüsse gebrauchen, aber sie sind notwendig, und im allgemeinen habe ich über den Inhalt nur befriedigende Urteile gehört. Wir haben ferner einrichten müssen insbesondere auch für die arbeitenden Herren im Parlament und für die Herren draußen, die einmal Auskunft haben wollen, ein sehr gut arbeitendes Archiv, wo ca. 120 Zeitungen und Zeitschriften bearbeitet werden, und diese Einrichtung kostet viel Geld, wenn sie gut arbeiten soll. Diese Einrichtung ist aber auch eine Notwendigkeit bei der heute rastlos arbeitenden Gesetzesmaschine, wenn man sich unterrichten will. Eine Hauptaufgabe der Geschäftsstelle beruht ja auch darin, sich mit den Organisationen draußen in reger Verbindung zu halten. Alles das kostet viel Geld. Rechnen Sie dazu auch noch die erhöhten Kosten für Papier, für Druck, für Porti und alle Spesen. Auch die Rednervermittlung kostet Geld. Es werden durchschnittlich monatlich 50 Redner vermittelt. Dazu kommt der Apparat der Vorstandssitzungen, der Parteiausschußsitzungen und des morgigen Parteitags. Also ich kann mit einem Wort sagen: Haben Sie Vertrauen, es wird gespart, aber es muß auch dasjenige vorhanden

4 Nicht ermittelt.

sein, was notwendig ist. Sie haben eine gute Kontrolle durch die Revisionskommission, und auch die wird, wenn sie sich eingehender mit den Dingen befaßt, bestätigen, daß wir unter der Summe von 5 bis 600000 M nicht auskommen können.

Wir würden ja auch einigermaßen vernünftig arbeiten können, wenn die Hauptverpflichtung ausgeführt wird, daß die Beiträge von den Organisationen abgeführt werden, aber wir wollen uns darüber klar sein, daran sind die Organisationen noch nicht gewöhnt. Es muß ihnen Zeit gelassen werden. Darum haben wir das Übergangsstadium genommen von drei Jahren, wo auch andere Mitglieder arbeiten müssen, quasi Mitglieder, die die Reichsgeschäftsstelle selbst sucht, die jährlich bestimmte Beiträge zahlen.

Ganz unvollständig wäre mein Bild, wenn ich nicht ausdrücklich hinzufügen wollte, daß wir zwar die Reichsgeschäftsstelle in Berlin mit ihren regelmäßigen Aufgaben auf die angegebene Weise am Leben erhalten können, daß wir uns aber irgendwelche größeren Ausgaben, wie vor allen Dingen eine Wahl, natürlich nicht mit diesen Mitteln leisten können. Das Ganze war so gedacht, daß wir aus den regelmäßigen Beiträgen jährlich soviel Überschüsse bekommen, daß wir uns in den vier Jahren der Legislaturperiode einen Fonds sammeln können für die Wahlen. Davon kann natürlich unter den heutigen Verhältnissen jedenfalls auf absehbare Zeit gar keine Rede sein, und deswegen müssen diese Quellen, die ich vorhin nannte, noch schärfer herangezogen werden, namentlich, da die Wahl jetzt so außerordentlich nahe bevorsteht, und dafür müssen wir uns einen Wahlfonds schaffen.

Ich bin nicht genügend Sachverständiger. Ich habe mich aber mit Herren, die früher Wahlen vorbereitet haben und die noch jetzt in der Agitationsarbeit drinstehen, darüber unterhalten, was wohl die zukünftige Reichstagswahl für eine große politische Partei wie die unsere kosten wird, wenn richtig gearbeitet werden soll. Da sind mir Summen genannt worden, von denen 5 Millionen als die geringste anzusehen ist. Nun, wie wir solche Summen aufbringen sollen, ist mir noch nicht recht ersichtlich. (Zuruf: Reichsnotopfer!) Gewiß, vielleicht fließen in den Organisationen draußen im Land mehr Gelder ein als wir wissen, und deswegen erlaube ich mir als Schatzmeister Ihre Zustimmung dazu zu erbitten, daß wir seitens des Vorstands, besser seitens der Schatzmeister, uns mit den Vorsitzenden, den Schatzmeistern der Wahlkreisorganisationen einmal gründlich unterhalten über ihre Finanzverhältnisse und über ihre Ideen, wie sie sich die Finanzierung der Wahl denken. Es muß doch, meine Damen und Herren, da bin ich Ihrer Zustimmung sicher, für eine politische Partei, wie gerade die Demokratische Partei, der beschämende Zustand aufhören, daß wir im letzten Augenblick gleichsam betteln gehen müssen und da, wo wir betteln gehen müssen, gleichsam auch noch Zugeständnisse wenigstens anbieten müssen. (Sehr richtig!) Das ist ein unwürdiger Zustand, der ist meiner Auffassung nach nicht haltbar. Wir müssen sorgen, uns auf eigene Kraft zu stellen. Wir wollen keineswegs die großen wirtschaftlichen Organisationen nun nicht mehr zu Beiträgen heranziehen, aber wir müssen so gekräftigt sein, daß wir mit ihnen gleichberechtigt auch verhandeln können, wir dürfen doch nicht den Eindruck erwecken, daß wir von dem Geld abhängig sind, und des einen wollen Sie sicher sein: Diese wirtschaftlichen

Organisationen haben ihre Macht im Punkte Geld erkannt und sind entschlossen, das glaube ich, darf ich ruhig sagen, dieses Mal die Gelder nicht zur Verfügung zu stellen wie das letzte Mal noch, sondern von ihrem Standpunkt aus sagen sie: Wir wollen die Politik mit Köpfen machen, und das wird sich darin ausdrücken, daß sie bestimmte Kandidaten durchsetzen wollen.

Nun stehe ich auf dem Standpunkt: Auch solche Verhandlungen müssen wir führen, es wird unsere Aufgabe sein, auch das Wirtschaftsleben ins Parlament zu bringen, aber ich wünsche auch diese Verhandlungen führen zu können als eine Partei, die an sich finanziell gesund ist, die auf gesunden Füßen steht, die aber natürlich je mehr Gelder sie hat, desto mehr auch für ihre Gedanken Propaganda machen kann. (Sehr gut!) Diese Verhandlungen mit den Wahlkreisvorsitzenden müssen meiner Auffassung nach stattfinden, und da muß auch die Kandidatenfrage in etwa besprochen werden. Keineswegs wollen wir ändern, was im Statut steht, daß es in erster Linie Sache der Wahlkreisorganisationen ist, die Kandidatenfrage zu behandeln. Es ist uns ja rechtzeitige Benachrichtigung zugesagt, aber ich glaube, es ist zweckmäßig, das frühzeitig mal auszusprechen. Wenn uns hie und da von wirtschaftlichen Organisationen demokratische Männer genannt werden, ist es nach meiner Auffassung sogar unsere Pflicht, mit den Wahlkreisorganisationen zu überlegen, ob der Betreffende hie und da an geeigneter Stelle, wenn er die nötige Arbeit leisten will, bei der Reichstagswahl untergebracht werden kann. Dann können wir auch offen und ehrlich über die Geldfrage sprechen, aber, wenn es geschehen muß, nicht unter dem Druck, daß wir nicht anders können. Das ist nach meiner Auffassung unwürdig und muß nachteilig für die Partei wirken. (Sehr richtig!) Das ist es im großen und ganzen, was ich Ihnen zu berichten habe. Es waren traurige Zahlen, ein trauriges Ergebnis, aber ich muß auch hinzufügen, daß wir seit dem Parteitage erst einen kurzen Zeitraum hatten, daß vielleicht auch bei uns noch nicht alles so klappte, wie es sein mußte, und infolgedessen würde ich mich freuen, wenn Sie aus meinen kurzen Darlegungen sich noch mehr von der Notwendigkeit, draußen auch an die finanziellen Fragen zu denken, überzeugt hätten und infolgedessen mir und meinem Kollegen den nötigen Optimismus mitgeben können, daß wir's doch noch schaffen werden. Im übrigen darf ich Sie vielleicht bitten, zu meinen Anregungen noch Stellung zu nehmen.

Vorsitzender Dr. **Petersen**: Meine Damen und Herren! Ich habe zunächst unsern allerherzlichsten und tiefgefühltesten Dank unseren beiden Kassenführern hier abzustatten. (Lebhafter Beifall.) Als ich den Vorsitz übernahm, lag mir vor ein Schreiben unseres allverehrten lieben Naumann, dessen letzte Gedanken sich geradezu mit quälender Sorge um unsere Finanzen gedreht haben. Naumann war in jeder Beziehung ein zu kluger und zu praktischer Mensch, als daß er nicht wußte, daß ohne geordnete, gesicherte Finanzen eine moderne Partei nicht existieren kann. Bringen wir das nicht so in Ordnung, wie mein verehrter Vorredner gesagt hat, daß die Partei aus ihrer Masse sich trägt, dann sind wir und bleiben wir abhängig, und wir dürfen in kritischen Zeiten nicht davon abhängig sein, ob wir es für notwendig halten, Arbeiter in den Aufsichtsrat aufzunehmen und Bilanzen vorlegen zu lassen[5]. Eine Partei, die nicht finanziell in sich gekräftigt ist, die nicht völlig unabhängig ist, kann keine gute Politik führen.

5 Vgl. Nr. 45 b, bes. Anm. 6.

(Sehr richtig!) Ich bin mit meinem Herrn Vorredner völlig der Meinung, daß wir tüchtige Menschen, die uns aus den Wirtschaftsverbänden, den Beamtenverbänden, den Arbeiterverbänden, den Angestelltenverbänden, die gute überzeugte Demokraten sind, als Führer dieser Stände zur Verfügung gestellt werden, mit gutem und nützlichen Erfolg unter uns aufnehmen dürfen und müssen. Ich bin daher der Meinung, daß derartige Verhandlungen mit den Verbänden in der modernen Demokratie gar nicht vermieden werden können, ja, ich halte es für gut, daß wir führende Persönlichkeiten aus diesen Verbänden ins Parlament aufnehmen, aber diese Verhandlungen müssen von uns geführt werden von einer völlig finanziell gesicherten Plattform aus. (Sehr richtig!) Es darf nicht so sein, daß uns gesagt wird: „Wir geben Dir den Mann und geben Dir auch die nötigen Mittel zur Agitation, wenn Du ihn nimmst." Das darf nicht vorkommen, sondern es muß eine Verhandlung sein mit völlig gleichen Rechten auf beiden Seiten, und diese Möglichkeit ist nur herbeizuführen, wenn jeder einzelne seine Pflicht tut. Die Verhältnisse waren, als ich den Vorsitz übernahm und als sich Herr Kalkoff und Herr Dr. Fischer bereitwilligst zur Verfügung stellten, um diese wohl schwierigste Aufgabe anzupacken, geradezu desolat. Ich will es im einzelnen nicht schildern, aber man konnte wirklich davon beschämt sein, daß es so in der Demokratischen Partei war, wie es war. Und wenn es in wenigen Wochen gelang und weiter gelingen wird, Ordnung in die Dinge hineinzubringen, so haben wir es hauptsächlich diesen beiden Männern, ihrem unermüdlichen Eifer und ihrer Energie zu verdanken, und ich bin überzeugt, daß wir in diesen beiden richtige Männer an den richtigen Platz gesetzt haben. (Lebhafter Beifall.) Sie sind aber völlig außer Stande, es durchzuführen, wenn sie nicht von allen unterstützt werden, und, meine Damen und Herren, lassen Sie mich daher auch einige allgemeinpolitische Bemerkungen machen. Die Demokratie hat die Macht im Volke und holt sie aus dem Volke selber, aber sie kann nicht existieren, wenn das Parlament und die Regierung nicht von den besten Volksführern bedient und gestellt werden. Je mehr hervorragende Persönlichkeiten in das Parlament einziehen, desto besser wird die Gesetzgebung und desto besser wird die Regierung, und daher kommt es vor allen Dingen darauf an, daß auch die Parteiorganisationen die Unterordnung unter die Gesamtheit und den großen Gedanken aufbringen, nicht allein die Größen in ihrem Bezirk aufzustellen, sondern daß sie auch die Disziplin haben, wenn wir sie bitten, hervorragende Demokraten auf die Liste zu bringen, uns dort zu unterstützen. Ich kenne die Schwierigkeiten, die die Partei hat, denn ich bin ja selbst aus einer solchen Parteiorganisation hervorgegangen, aber es muß gelingen, wenn wir uns wirklich in die Zusammenhänge der Dinge vertiefen, wenn wir klar erkennen, daß es nicht anders sein kann, wenn wir eine Partei haben wollen, die die Persönlichkeiten im Parlament hat, um die Regierung zu bilden und an erster Stelle im Parlament zu stehen, und das ist die sehr ernste Zukunftsfrage, die in diesem Problem enthalten ist.

Mein verehrter Herr Vorredner hat nun verschiedene Wege gezeigt, auf denen wir zu derartig gesicherten Verhältnissen kommen können. Es hat immer etwas Mißliches, durch einen Beschluß finanzielle Lasten aufzuerlegen, selbst wenn sie sich jährlich nur auf fünfzig Mark belaufen. Ich will aber daher nicht weitergehen, als diese Anregung und mich dem Appell an das Gewissen der Parteiausschußmit-

glieder anschließen, daß sie, wenn sie es irgend können, dieses gute Beispiel der großen Partei geben sollen. Ich werde es in der Form machen lassen, daß den einzelnen Parteiausschußmitgliedern derartige Schatzungsscheine zugehen, und ich erwarte von jedem, der dazu in der Lage ist, daß er diesen Schatzungsschein zurück an die Reichsgeschäftsstelle gelangen läßt. (Beifall.) Von denjenigen, die es nicht tun, weiß ich und nehme ich an, daß es Unvermögen ist, wenn sie ihn nicht zurückgeschickt haben, denn ich weiß, wie die Mitglieder des Parteiausschusses ausnahmslos denken, und weiß daher auch, daß sie es in diesem Falle nicht können und es nicht am Nichtwollen liegt. (Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren! Dasselbe gilt von den Fraktionen in den einzelnen Ländern. Wir werden uns an sie wenden, und ich erwarte von allen Vertretern der demokratischen Sache in diesen Parlamenten, daß sie ebenso wie die Mitglieder der Fraktion der Nationalversammlung und der preußischen Landesversammlung ihr Scherflein aufbringen werden. Nur wenn wir es der Partei klar zeigen können, daß wir, die wir die Ehre haben, an der Spitze in der Partei zu stehen, bis zur Erschöpfung unsere Pflicht tun werden, nur dann können wir es von anderen verlangen, und aus diesem Grunde halte ich diese Sammlung für von ungeheurem moralischen Nutzen.

Ich kann also nur damit schließen, daß ich Sie bitte, alles das, was mein verehrter Vorredner angeregt hat, zu erwägen und in Ihre Kreise weiter zu tragen. Ich habe die Freude gehabt, heute morgen einer Sitzung der Parteisekretäre beizuwohnen. Ich kenne sie und weiß, daß in jetziger Zeit von ihnen allerlei Schmerzen aus dem Herzen losgeworden werden müssen. (Heiterkeit.) Aber sie sind auch, wie ich hoffe, schon heute morgen von den Herzen heruntergefallen und werden uns nicht mehr so beschweren in den Parteiversammlungen selbst. Recht haben die Parteisekretäre aber, wenn sie von der Zentrale Unterstützung verlangen. Ich habe aber auch hier zu erklären, daß alles, was die Parteisekretäre fordern, Geld kostet und daß, wenn wir in der Parteizentrale kein Geld haben, alle diese Wünsche, und mögen sie auch noch so berechtigt sein, nicht erfüllt werden können. Auch aus diesem Grunde ist es in höchstem Maße notwendig, daß wir über gute und gesicherte Finanzen verfügen.

Ich bitte nun, zu dem Bericht sich zum Wort zu melden und in möglichst kurzer Fassung dasjenige vorzubringen, was jeder auf dem Herzen hat.

Flügel *unterstreicht als erster Diskussionsredner die Notwendigkeit, die Partei aus Mitgliederbeiträgen zu erhalten. Er wendet sich jedoch gegen feste Abgaben der Abgeordneten und der Mitglieder des Parteiausschusses, da dies für manche eine Härte bedeute. Er schlägt stattdessen vor, ein Netz von Vertrauensmännern aufzubauen, die „nicht den Weg zu den Mitgliedern scheuen, treppauf und treppab, um die Beiträge einzukassieren". Er hält einen wöchentlichen Beitrag von 20 Pfennig für angemessen, da dies auch für die Masse tragbar sei, und regt die Einführung von Marken und Mitgliedsbüchern an.* **Külz**[6] *wendet sich gegen die*

6 Wilhelm Külz (1875-1948), Oberbürgermeister von Bückeburg 1904-1912, Oberbürgermeister in Zittau 1912-1923, Bürgermeister in Dresden 1923-1926, Oberbürgermeister von Dresden 1931-1933, MdL Schaumburg-Lippe 1904-1912, MdR (DDP/Staatspartei) Januar 1920 bis Juli 1932, Reichsinnenminister von Januar 1926 bis Januar 1927. Der im Bundesarchiv befindliche Nachlaß Külz enthält u. a. Lebenserinnerungen (Privatdruck). Vgl. ferner Behrendt.

Entscheidung des Vorstands, diejenigen Vereine nicht zum Parteitag zuzulassen, die mit ihren Zahlungen an die Zentrale im Rückstand sind. Die Auswirkungen solcher Druckmittel hält er für gefährlich. Es sei vielmehr notwendig, „die örtlichen Vereinigungen langsam zur Beitragszahlung zu erziehen". **Petersen** *widerspricht Külz entschieden und verteidigt die Haltung des Vorstands. Wenn man auch die in ihren Zahlungen säumigen Organisationen zum Parteitag zugelassen hätte, wäre das ein Unrecht gegenüber denjenigen Vereinen gewesen, die ihre Beiträge, teilweise mit großen Opfern, pünktlich aufgebracht hätten.* **Halstenberg**[7] *unterstützt die Ausführungen Fischers und Petersens und begrüßt den Vorschlag, auch die Stadtverordneten zu regelmäßigen Beiträgen an die Zentrale heranzuziehen. Der Redner betont die Notwendigkeit, seitens der Partei mehr als bisher für die Erhaltung der Rechte der Stadtverordneten einzutreten. Frau* **Krukenberg**[8] *bittet, auf die besondere Notlage der Organisationen in den besetzten Gebieten Rücksicht zu nehmen, da diese nicht in der Lage seien, regelmäßige Beiträge zu leisten.* **Petersen** *weist in seiner Antwort darauf hin, daß der Vorstand den Delegierten der besetzten Gebiete Gastkarten zum Parteitag zugestellt habe und ihnen nicht verweigern werde, dort das Wort zu ergreifen.* **Fischer** *bemerkt zu Flügels Anregung, daß der Entwurf eines Reichsmitgliedsbuchs der Deutschen Demokratischen Partei mit Beitragsmarken bereits vorliege.* **Zöphel**[9] *wendet sich im Sinne von Külz gegen die Maßnahmen des Vorstands. Er kritisiert auch die Erklärung des Vorstands, daß bei den nächsten Wahlen auch mit Wirtschaftsverbänden über die Aufstellung geeigneter Persönlichkeiten verhandelt werden könne. Derartige Verhandlungen dürften auf keinen Fall in die Vereine hinausgetragen werden, sondern müßten nur „in die vorsichtige Hand der Parteiführer" gelegt werden.*

Die Redezeit wird jetzt auf fünf Minuten begrenzt.

Petersen *weist einen Redner zurecht, der vom Tagesordnungspunkt Kassenbericht zu allgemeinen politischen Ausführungen abschweift.* **Krüger** *betont die Notwendigkeit, vor allem die Organisationen finanziell gesund zu erhalten, da diese selbst hohe laufende Ausgaben hätten. Die Zentrale solle selbst für sich sorgen. Er wisse aus der praktischen Arbeit, „daß der Haß gegen Berlin kolossal zugenommen" habe. (Widerspruch.) Er wendet sich gegen die festen Beiträge der Abgeordneten: „Wir zahlen nicht in den kleinen verschuldeten Ländern Diäten, damit die Abgeordneten das an die Parteikasse geben. Das ist ganz ausgeschlossen." Anschließend sprechen noch drei weitere Redner, von denen zwei den Standpunkt des Vorstands hinsichtlich des Ausschlusses der finanziell säumigen Organisationen unterstützen, während ein Redner sich dagegen ausspricht.*

Zum Schluß der Sitzung betont **Petersen** *die Notwendigkeit, enge Kontakte zwischen den Studenten und den Ortsvereinen der Universitätsstädte zu knüpfen. Man dürfe nicht verkennen, daß unter den durch Krieg, Revolution und durch das Vorgehen der Entente geschaffenen Bedingungen die Jugend Gefahr laufe, sich rein nationalistisch zu orientieren.*

---

7 Fritz Halstenberg, Oberstadtdirektor in Düsseldorf.

8 Elisabeth Krukenberg-Conze, Kreuznach, Vorsitzende des Rheinisch-Westfälischen Frauenverbandes.

9 Georg Zöphel (geb. 1869), Rechtsanwalt und Notar in Leipzig, Md II. sächs. Ständekammer (NL) 1907-1918, MdNv (DDP) 1919-1920.

47.

9.1.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Friedberg. Beginn: kurz vor 16.30 Uhr. Ende: kurz vor 19 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Böhme, Fischer, Frankfurter, Friedberg, Issberner, Kalkoff, Kempner, Frau von Mayer, Nuschke, Schreiber, Wießner.

Friedberg *eröffnet. Frankfurter und Wießner werden beauftragt, das auf dem Parteitag angenommene Programm gemeinsam mit Graue*[1] *noch einmal redaktionell zu überarbeiten und es dann dem Vorstand vorzulegen. Nach Billigung durch den Vorstand soll der Entwurf dem Fraktionsvorstand zur Genehmigung vorgelegt werden.*

Kalkoff, Kempner und Schreiber werden ermächtigt, die vor einiger Zeit von Frankfurter entworfene Geschäftsordnung für den Vorstand[2] *zusammenzufassen und Bestimmungen über die Frage der Stellvertretung des Vorsitzenden einzuarbeiten.*

Schreiber *teilt mit, daß er Ende Januar seine Vorlesungen in Königsberg*[3] *aufnehmen müsse und deshalb gezwungen sei, seine Tätigkeit in der Reichsgeschäftsstelle bereits in der nächsten Woche zu beenden. Es folgt eine Debatte über die Neubesetzung von Schreibers Posten. Als Ergebnis der Aussprache wird beschlossen, die Stelle eines Leiters der Reichsgeschäftsstelle in der "Demokratischen Parteikorrespondenz" auszuschreiben. Zuvor soll der Verband der Parteisekretäre um Vorschläge ersucht werden.*

Die beiden Schatzmeister werden beauftragt, die Anträge der Angestellten der Reichsgeschäftsstelle auf Gehaltserhöhung zu prüfen.

Der Vorstand beschließt, die wichtigsten Abstimmungen des Jahres 1919 in der Nationalversammlung und in der Preußischen Landesversammlung in vertraulichen Sonderdrucken als Agitationsmaterial zusammenstellen zu lassen.

---

1 Dietrich Graue (geb. 1868), Pfarrer in Berlin, MdL Preußen (Fortschrittliche Volkspartei/DDP/Staatspartei) 1913-1918, 1925-1932.

2 Siehe Nr. 39 Anm. 1.

3 Vgl. Nr. 13 Anm. 1.

48.

15.1.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Friedberg. Beginn: 16.30 Uhr. Ende: 18.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Baum, Frau Bernhardt, Böhme, Cohnstaedt, Falk, Fischbeck, Frankfurter, Friedberg, Gerland, Issberner, Kalkoff, Kempner, Koch-Weser, Nuschke, Petersen, Schacht, Schreiber, Wießner. Entschuldigt: Hieber.

Friedberg *eröffnet. In den Vorstand werden Frentzel, Kalkoff und Kauffmann zugewählt. Die Zuwahl eines weiteren Mitglieds wird zunächst vertagt.*

Die Arbeitnehmerkommission, die sich anläßlich des Leipziger Parteitags gebildet hat, wünscht die Bildung eines besonderen Arbeitnehmerausschusses unter Leitung eines Parteibeamten bei der Zentrale sowie die Herausgabe einer eigenen Korrespondenz. Der Vorstand steht diesen Vorschlägen grundsätzlich positiv gegenüber, vor ihrer Verwirklichung sollen jedoch noch die finanziellen Auswirkungen geprüft werden. Zur Klärung aller damit verbundenen Fragen wird eine Kommission[1] *eingesetzt.*

Für den 16. Januar ist eine gemeinsame Sitzung des Vorstands und der Fraktion der Nationalversammlung geplant, wobei u. a. versucht werden soll, für die Zukunft engere Fühlungnahme zwischen Vorstand und Fraktion zu sichern[2].

Der **Vorsitzende** *spricht Schreiber, dem scheidenden Leiter der Reichsgeschäftsstelle, den Dank des Vorstands für seine Tätigkeit aus.*

---

1 Vom Vorstand: Erkelenz, Kempner, Petersen; die Arbeitnehmerkommission sollte ihrerseits zwei Mitglieder benennen, etwa Graf und Frau Israel.

2 Ein entsprechendes Protokoll befindet sich nicht unter den Akten.

49.

3.2.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Friedberg. Beginn: 16.15 Uhr. Ende: 20 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Böhme, Fischer, Frankfurter, Frentzel, Friedberg, Goetz, Issberner, Kalkoff, Kempner, Koch-Weser, Frau von Mayer, Nuschke, Petersen, Schiffer, Wießner.

Friedberg *eröffnet und berichtet über die Bewerbungen, die für den Posten des Leiters der Reichsgeschäftsstelle eingegangen sind. Nach längerer Diskussion wird beschlossen, Nuschke, Külz und Jansen in die engere Wahl zu nehmen.*

Der Vorsitzende des Verbandes der Parteisekretäre hat dem Vorstand vorgeschlagen, bei der Zentrale die Stelle eines zweiten, aus der Praxis der Parteisekretäre hervorgegangenen Leiters einzurichten. Der Vorstand beschließt, dem Verband stattdessen vorzuschlagen, regelmäßige Konferenzen zwischen dem Vorstand und den Parteisekretären einzurichten. Außerdem sollen die Parteisekretäre künftig als Gäste zu den Sitzungen des Parteiausschusses eingeladen werden. Der Vorstand will den Parteisekretären ferner vorschlagen, sich von den Organisationen als Delegierte zu den Parteitagen aufstellen zu lassen.

Die Geschäftsordnung für den Vorstand wird mit einigen Änderungen angenommen.

Der Vorstand formuliert eine Anweisung für die demokratischen Organisationen über die Behandlung der Auslieferungsfrage[1]*. Sie soll an die Wahlkreisvorstände verschickt werden.*

Für die Honorierung von Parlamentariern, die im Lande sprechen, werden für die nächsten drei Monate je 1500 M zur Verfügung gestellt. Die Ortsgruppe Bochum erhält zur Deckung von Wahlschulden 4000 M. Die Entscheidung über weitere Unterstützungsgesuche wird vertagt.

1 Am 2. Februar hatten die Alliierten der deutschen Friedenskommission Listen mit den Namen derjenigen Personen übergeben, deren Auslieferung sie forderten, um sie vor Gericht zu stellen. Darunter befanden sich fast alle bekannten Heerführer des Krieges. Vgl. Horkenbach Bd. 1 S. 97.

50.

12.2.1920: Sitzung des Vorstandes gemeinsam mit dem Vorstand der Fraktion der Nationalversammlung[1]

Vorsitz: Friedberg. Beginn: 16.15 Uhr. Ende: 19.30 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Böhme, Crämer, Erkelenz, Frankfurter, Frentzel, Friedberg, Gerland, Goetz, Hartmann, Issberner, Kalkoff, Koch-Weser, Nuschke, Petersen, Schiffer, Wießner. Entschuldigt: Frau Baum, Bruckhoff, Dernburg, Kauffmann, Pachnicke, Weinhausen.

Friedberg *eröffnet. Der Vorstand lehnt verschiedene Unterstützungsgesuche ab und bewilligt entsprechend den Vorschlägen der Schatzmeister Gehaltserhöhungen für das Büropersonal der Reichsgeschäftsstelle.*

Da der vollständige Druck des Stenogramms des Leipziger Parteitags ein zu umfangreiches und zu teures Buch ergeben würde, werden nur die in Leipzig gehaltenen Referate zum Druck im vollen Wortlaut bestimmt; die Diskussion soll nur summarisch wiedergegeben werden.

Nuschke hat seine Kandidatur für die Leitung der Reichsgeschäftsstelle zurückgezogen. Nach längerer Diskussion findet eine geheime Abstimmung statt, die zwölf Stimmen für Jansen, drei für Weinhausen und eine Enthaltung ergibt. Damit ist Jansen als neuer Leiter der Reichsgeschäftsstelle gewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden des Vorstands werden einstimmig Petersen und Nuschke gewählt, als weiteres Mitglied des Vorstands wird Jäckh kooptiert.

Da zum Parteiprogramm noch Abänderungsanträge von Frau Bäumer eingegangen sind, wird Frankfurter beauftragt, das Programm nochmals im Hinblick auf diese Vorschläge durchzusehen. Anschließend soll es in der Presse[2] *und als Sonderdruck*[3] *veröffentlicht werden.*

1 Von den Anwesenden gehörten dem Fraktionsvorstand Petersen, Hartmann, Koch-Weser und Schiffer an. Zur Zusammensetzung des Fraktionsvorstands vgl. Mitteilungen v. Oktober 1919 Nr. 10.

2 Abgedruckt in: Demokratische Parteikorrespondenz v. 18.2.1920 Nr. 40.

3 Die Deutsche Demokratische Partei, ihr Programm und ihre Organisation, hrsg. von der Schriftenvertriebsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin o. J.

51 a.

27.2.1920: Sitzung des Vorstandes (1. Tag)

Vorsitz: Friedberg. Beginn: 16.15 Uhr. Ende: 17 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bernhardt, Böhme, Cohnstaedt, Erkelenz, Falk, Fischer, Frankfurter, Frentzel, Friedberg, Gerland, Grund, von Hieber, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Frau von Mayer, Petersen, Schacht, Siehr, Wießner.

Friedberg *eröffnet. Zur Gründung einer „Arbeitsgemeinschaft demokratischer Lehrer" hat sich ein provisorischer Ausschuß gebildet. Der Vorstand erklärt sich mit diesem Projekt einverstanden.*

Kauffmann (Vorsitzender), Frentzel, Kempner und Schacht werden ermächtigt, die Bildung eines Industrie- und Handelsausschusses in die Wege zu leiten[1]*. Dem Ausschuß sollen nur Arbeitgeber angehören.*

Der Vorstand setzt einen Wahlausschuß[2] *ein, der sich u. a. zwecks Verständigung über Agitationsfragen mit den Wahlkreisvorsitzenden und den Generalsekretären in Verbindung setzen soll.*

Es folgt eine gemeinsame Aussprache mit der Fraktion der Nationalversammlung über den Fall Erzberger[3]*. Nach längerer Diskussion wird beschlossen, sich mit den beiden anderen Mehrheitsparteien über ein „rechtzeitiges konformes Vorgehen" in der Angelegenheit zu verständigen. „Die allgemeine Meinung ist die, daß eine Rückkehr Erzbergers in sein Amt unmöglich ist." Von einer Veröffentlichung der Stellungnahme der Partei zum gegenwärtigen Zeitpunkt wird abgesehen.*

---

1 Vgl. Nr. 42, bes. Anm. 1.

2 Petersen (Vorsitzender), Böhme, Erkelenz, Frankfurter, Nuschke.

3 Am 24.2.1920 hatte Erzberger noch während seines Prozesses gegen Helfferich selbst seine Suspension als Finanzminister beantragt und eine Untersuchung gegen sich veranlaßt, nachdem die „Hamburger Nachrichten" Erzbergers Steuerakten, die ihm gestohlen worden waren, veröffentlicht und ihm Steuerhinterziehung vorgeworfen hatten. Vgl. Epstein S. 409.

51 b.

28.2.1920: Sitzung des Vorstandes (2. Tag)

Vorsitz: Friedberg. Beginn: kurz nach 12.45 Uhr. Ort: Preußischer Landtag.

Anwesend: Cohnstaedt, Erkelenz, Falk, Frankfurter, Frentzel, Friedberg, Gerland, Hieber, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Siehr, Wießner. Entschuldigt: Frau Bäumer, Böhme, Fischbeck.

Friedberg *eröffnet. Die politische Aussprache wird fortgesetzt. Sie führt zu folgenden Ergebnissen:*

Friedberg wird über den im Erzberger-Prozeß gestreiften Fall Richthofen[1] *mit Richthofen eine Unterredung führen.*

Friedberg wird Schiffer mitteilen, daß der Vorstand nach Erzbergers Ausscheiden ein umfangreiches Revirement des Ministeriums für nötig hält.

Ein Antrag Gerland wird angenommen, der den Fraktionsvorstand ersucht, gemeinsam mit den anderen Koalitionsparteien einen Termin für die Neuwahlen festzulegen. Darin heißt es: „Der Parteivorstand hält für den geeigneten, aber auch spätesten Termin den kommenden Herbst."[2]

Zur Beratung des Wahlgesetzentwurfs[3] *wird ein Ausschuß*[4] *gebildet, der dem Vorstand einen kritischen Bericht über die Vorlage erstatten soll, damit dieser sich dann gegenüber den zuständigen Stellen zu der Frage äußern kann.*

1 Richthofen war mit Erzberger befreundet und hatte Erzbergers Haltung verteidigt, was ihm in der Partei verübelt wurde. Gerland hatte im Zusammenhang mit dem Erzbergerprozeß am 17.2.1920 an einen Verwandten geschrieben: „Jetzt scheint mir aber die Aufgabe zu sein, die Elemente auszumerzen, die immer so energisch für ein Zusammenarbeiten mit Erzberger eingetreten sind. In erster Linie rechne ich hierzu Herrn von Richthofen." Nachlaß Gerland 6.

2 Liegt vor.

3 Am 22.11.1919 hatte Koch-Weser bereits der Fraktion über seine Vorstellungen zu dem nach Artikel 22 der Reichsverfassung zu erlassenden Reichswahlgesetz berichtet. DDP-Fraktion. Am 24.1.1920 hatte das Reichsministerium des Innern dann drei Vorentwürfe für das Gesetz veröffentlicht; am 6.3.1920 wurde der endgültige Entwurf publiziert. Vgl. Schulthess I S. 16.

4 Falk (Vorsitzender), Frankfurter, Nuschke, Wießner.

52.

11.3.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Friedberg. Beginn: 16.15 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Frau Bernhardt, Böhme, Cohnstaedt, Erkelenz, Falk, Fischbeck, Frankfurter, Frentzel, Friedberg, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Kempner, Nuschke, Petersen, Remmers, Wachhorst de Wente. Entschuldigt: Wießner.

Friedberg *eröffnet. Der Vorstand beschließt, der Staatsbürgerschule zur Finanzierung eines Kursus' für Parteisekretäre 10000 M zu bewilligen.*

Die von einer Kommission vorbereitete Liste für die Zuwahlen zum Parteiausschuß wird besprochen und verschiedentlich abgeändert. Der Vorstand kommt überein, parallel zur nächsten Sitzung des Parteiausschusses eine Konferenz der Parteisekretäre einzuberufen.

Petersen *berichtet über die Beratungen der Kommission, die zur Prüfung der Anträge der Arbeitnehmerorganisation an die Zentrale eingesetzt worden war*[1]*. Die Kosten für die Anstellung eines Sekretärs und für die Herausgabe einer Korrespon-*

1 Vgl. Nr. 48.

denz würden etwa 22000 bis 25000 M jährlich betragen. Der Vorstand ist der Ansicht, daß nur die Partei in der Lage sein dürfte, diese Summe aufzubringen, und empfiehlt, dafür einen eigenen Fonds zu schaffen. Der Ausschuß für Handel und Industrie wird mit der Finanzierung der Angelegenheit betraut.

Cohnstaedt *berichtet über eine Tagung des Präsidiums des Reichsbürgerrats[2] und der Delegierten aus dem Lande, auf der vor allem über eine Reichspräsidentschaftskandidatur Hindenburgs[3] gesprochen worden sei. Cohnstaedt warnt vor einem Hinübergleiten des Reichsbürgerrats in das Fahrwasser der Rechten. Im Anschluß an das Referat beschließt der Vorstand, die Frage der Präsidentschaftskandidatur möglichst bald gemeinsam mit der Fraktion der Nationalversammlung zu besprechen.*

Der Vorstand stellt fest, daß er laut Satzung nicht berechtigt sei, von Gerlach aus der Partei auszuschließen[4]; der Ausschluß sei Sache der lokalen Organisation, der von Gerlach angehöre. Die Versammlung beschließt, zunächst einmal das gegen Gerlach vorliegende Material zusammenzustellen und zu prüfen.

2 Vgl. Nr. 45 a Anm. 2.

3 Vgl. Erger S. 85.

4 Vgl. Nr. 30.

53.

23.3.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Nuschke. Beginn: 18.15 Uhr. Ende: 20.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bernhardt, Falk, Frankfurter, Hartmann, Jäckh, Jansen, Issberner, Kalkoff, Kauffmann, Kempner, Kundel, Nuschke, Schacht.

Die Sitzung wird um 18.15 Uhr eröffnet. Den Vorsitz übernimmt nach seinem Erscheinen Herr Nuschke.

Herr **Falk** berichtet über die Verhandlungen der demokratischen Fraktion der Nationalversammlung am Vormittag.

Im Anschluß daran entspinnt sich eine Erörterung besonders über die acht Punkte[1], die von Vertretern der Mehrheitsparteien am 20. März mit den Gewerkschaftsführern vereinbart worden sind. Während das Abkommen mit den Gewerkschaftsführern von der einen Seite, namentlich von den Herren **Nuschke** und **Hartmann** verteidigt wird, werden von anderer Seite, insbesondere von den Herren **Falk, Frankfurter, Kauffmann** und **Schacht**, gegen die Verhandlungen nach links (ebenso auch gegen die nach rechts)[2] lebhafte Vorstellungen

1 Die in den acht bzw. neun Punkten enthaltenen Forderungen abgedruckt in: Schulthess 1920 I S. 69f.; zur Auseinandersetzung innerhalb der Partei über den Generalstreik und die acht Punkte vgl. Albertin S. 375-388.

2 Das bezieht sich auf die Verhandlungen, welche Vertreter der bürgerlichen Parteien, darunter auch Schiffer und Gothein, mit den Putschisten geführt hatten. Vgl. Erger passim.

erhoben. Zugleich wird das Bedauern darüber ausgesprochen, daß der Vorstand nicht in die Lage versetzt worden ist, rechtzeitig zu den Punkten Stellung zu nehmen. Andererseits wird von anderer Seite, beispielsweise von Herrn **Kempner,** darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Abmachungen mit den Gewerkschaftsführern sich auf der demokratischen Linie bewege und deshalb Annahme finden könne.

Eine Ablehnung der sämtlichen acht Punkte erscheint ebenso unzweckmäßig wie eine Gesamtannahme des Abkommens. Im Laufe der Debatte werden zwei Anträge eingebracht. Ein Antrag Schacht fordert die Fraktion zur Anberaumung einer gemeinsamen Sitzung der Nationalversammlungs-Fraktion und des Vorstandes auf[3]. Ein Antrag Kauffmann ersucht, die demokratischen Minister zu der Vorstandssitzung am Donnerstag einzuladen[4]. Beide Anträge finden Annahme. Ferner wird in Aussicht genommen, den Parteiausschuß gleich nach Ostern einzuberufen und inzwischen durch vertrauliches Zirkular die Freunde im Lande über die Stellung des Vorstandes aufzuklären. Schluß 20.45 Uhr.

3 Diese gemeinsame Sitzung findet am 24.3. nachmittags unter Vorsitz Payers statt. Payer eröffnet. Die bereits am Vormittag in der Fraktion begonnene Debatte über die acht Punkte wird fortgesetzt. Über die Frage, ob sie angenommen werden müssen, gehen die Meinungen auseinander. Nach längerer Diskussion wird eine Kommission gewählt, die eine Erklärung zu den acht Punkten ausarbeiten soll.
Koch-Weser wendet sich gegen die jetzt herrschende Methode der Kabinettsbildung. Gessler schließt sich diesen Ausführungen an, „insbesondere mit Rücksicht auf die Art, wie man ihn ‚ins Wehrministerium' versetzen wolle". Die Fraktion unterstützt diese Proteste einstimmig.
Nuschke berichtet von neuen Putschplänen der „Baltikumer". Er wird beauftragt, den Reichskanzler sofort namens der Fraktion von dieser Gefahr zu unterrichten. DDP-Fraktion.

4 Siehe Nr. 54.

54.

25.3.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Friedberg. Beginn: 16.15 Uhr. Ende: 19.15 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Frau Bernhardt, Böhme, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falk, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Frentzel, Friedberg, Goetz, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Kempner, Koch-Weser, Nuschke, Petersen, Schacht, Schiffer, Wachhorst de Wente, Wießner. Gäste: Kuhle, Kundel, Frau von Mayer, Meissner, Meyer, Oeser, Quidde.

Herr **Friedberg** eröffnet die Sitzung um 16.15 Uhr.

Es wird beschlossen, den Herren Jansen, Issberner, Kundel, Kuhle[1] und Frau von Mayer[2] eine Teuerungszulage in Höhe von 20 Prozent ihres Gehaltes zu bewilligen.

1 Gustav Kuhle, Angestellter der Reichsgeschäftsstelle.

2 Angestellte der Reichsgeschäftsstelle.

Die Vorbereitung der Wahlen

Über dieses Thema entspinnt sich eine Diskussion, deren Ergebnisse der **Vorsitzende** wie folgt zusammenfaßt:

1. Die Mitglieder des bereits gebildeten Wahlausschusses[3] werden aufgefordert, möglichst bald zusammenzutreten, um zunächst die Frage zu lösen, welche Zuwahlen aus dem Lande sie vornehmen wollen, und alsdann mit tunlichster Beschleunigung die Vorbereitungen zur Wahl zu treffen, damit gleich nach Ostern Vorstand und Parteiausschuß sich mit dem Wahlaufruf beschäftigen können.

2. Die Frage der Papierbeschaffung ist nach Mitteilung von Herrn Kalkoff befriedigend gelöst.

3. Dem Wahlausschuß wird aufgetragen, auch den Wahlaufruf vorzubereiten. In dem Wahlaufruf soll auch zu den bekannten acht Punkten der Vereinbarungen mit den Gewerkschaftsführern Stellung genommen werden.

4. Im Interesse der Geldsammlung für die Wahlen soll zunächst ein ganz kurz gefaßter Aufruf zu finanzieller Beihilfe möglichst noch vor Ostern herausgehen, unmittelbar nachdem der Wahltermin festgesetzt ist.

5. Wegen der Erneuerung des Wahlbündnisses des Deutschen Bauernbundes mit der Deutschen Demokratischen Partei wird Herr Böhme mit dem Vorsitzenden des Vorstandes und des Wahlausschusses verhandeln.

6. Falls Herr Petersen, der Vorsitzende des Wahlausschusses, durch anderweitige Arbeiten allzu sehr in Anspruch genommen ist, wird Herr Nuschke ihm bei der Leitung des Wahlausschusses zur Seite treten.

Diskussion über die allgemeine politische Lage, insbesondere über die Verhandlungen mit den Gewerkschaftsführern.

An der Aussprache beteiligen sich die Herren: **Friedberg, Koch[-Weser], Goetz[4], Petersen, Böhme, Falk, Frankfurter, Oeser[5], Fischer, Nuschke, Meyer[6], Quidde, Erkelenz, Kauffmann.** Von mehreren Seiten wird festgestellt, daß der Vorstand als solcher von vornherein gegen Verhandlungen nach links, wie vorher gegen solche nach rechts gewesen ist. Jetzt handelt es sich um

3 Siehe Nr. 51 a Anm. 2.

4 Walter Goetz (1867-1958), Professor für Geschichte an der Universität Leipzig, MdR (DDP) 1920-1928, Vorsitzender des Kulturausschusses der DDP. Vgl. W. Goetz, Historiker in meiner Zeit. Gesammelte Aufsätze, Köln u. Graz 1957.

5 Rudolf Oeser (1858-1926), Volkswirt und Journalist, Generaldirektor der Deutschen Reichsbahngesellschaft 1924-1926, MdL Preußen (Süddeutsche Volkspartei/Fortschrittliche Volkspartei/ DDP) 1902-1908, 1913-1924, MdR 1907-1912, preußischer Arbeitsminister von März 1919 bis April 1920, Reichsinnenminister von November 1922 bis August 1923, Reichsverkehrsminister von August bis November 1923.

6 Oscar Meyer (1876-1957), Syndikus der Industrie- und Handelskammer Berlin 1905-1933, MdL Preußen (Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1915-1921, MdR (DDP/Staatspartei) Dezember 1924 bis Juli 1932, parlamentarischer Staatssekretär im preußischen Innenministerium 1919-1921, Geschäftsführender Vorsitzender des Vorstands der DDP von Oktober 1929 bis November 1930, Vorsitzender der Reichstagsfraktion der DDP 1929-1930. Vgl. O. Meyer, Von Bismarck zu Hitler, 2. verb. Aufl. Offenbach 1948.

die Frage, ob der Vorstand angesichts der gleich darauf stattfindenden Verhandlungen der Nationalversammlungsfraktion über die acht Punkte Stellung zu diesen Punkten nehmen soll oder nicht. Von mehreren Seiten wird das für unnötig erklärt; einmal aus dem Grunde, weil die Fraktion schon dem Wortlaut des Abkommens nach diejenige Instanz ist, die über Annahme oder Ablehnung der acht Punkte zu entscheiden hat, sodann aber aus dem Grunde, weil, wie die bisherigen Besprechungen schon ergeben haben, die Mehrheit der Fraktion auf demselben Standpunkte wie der Vorstand steht. Es erscheint aber schließlich zweckmäßig, daß der Fraktion die Auffassung des Vorstandes zur Kenntnis gebracht wird, und deshalb nimmt der Vorstand von den ihm im Laufe der Aussprache unterbreiteten Entschließungen den Antrag Meyer – Falk an, der folgenden Wortlaut hat:

„Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei hält sich nicht für befugt, der Stellungnahme der Fraktion der Nationalversammlung zu den acht Punkten vorzugreifen. Er hat den Bericht der ihm angehörenden Unterhändler über die Entstehung dieser Punkte und über die inhaltliche Bedeutung entgegengenommen, die diese Bestimmungen nach der übereinstimmenden Willenserklärung sämtlicher Beteiligten haben sollen. Dieser Bericht legt dem Parteivorstand trotz seiner obigen Erklärung die Pflicht auf, entschiedenen Widerspruch zu erheben gegen jede Auslegung und Anwendung der acht Punkte, die mit der Verfassung und den demokratischen Grundsätzen der Gerechtigkeit und Gleichberechtigung aller Bevölkerungsteile unvereinbar sind."

Die Entschließung wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Herr Falk wird beauftragt, die Resolution, die vertraulich zu behandeln und deshalb unter keinen Umständen zu veröffentlichen ist, der Reichstagsfraktion vorzulegen.

Schluß 19.15 Uhr.

55.

13.4.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Petersen. Beginn: kurz nach 16.15 Uhr. Ende 20 Uhr. Ort: Preußischer Landtag.

Anwesend: Frau Bäumer, Frau Bernhardt, Böhme, Falk, Fischer, Frankfurter, Frentzel, Goetz, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Kuhle, Kundel, Frau Lüders, Frau von Mayer, Nuschke, Petersen, Schiffer, Wießner. Gäste: Troeltsch.

Petersen *eröffnet. Friedberg hat mitgeteilt, daß er aus Gesundheitsrücksichten gezwungen sei, sein Amt als Vorsitzender des Vorstands niederzulegen. Die Nachricht wird mit allgemeinem Bedauern aufgenommen. Zum Vorsitzenden des Vorstands wird anstelle von Friedberg Petersen gewählt, zu seinem ersten Stellvertreter Fischer.*

Petersen, Frankfurter und Erkelenz haben jeder einen Entwurf für einen Wahlaufruf vorgelegt. Frau Bäumer wird beauftragt, auf der Grundlage dieser drei Entwürfe sowie verschiedener Anregungen aus dem Kreise des Vorstands einen neuen Entwurf zu verfassen.

Der Vorstand lehnt das Probeexemplar eines Wahlplakats ab und bittet Jäckh, bei einem geeigneten Künstler ein neues Plakat zu bestellen.

Die Gehälter der Angestellten der Reichsgeschäftsstelle werden um 25 % erhöht.

Der Vorstand bespricht die Frage der Einführung einer Reichsliste[1] *bei den Reichstagswahlen. Er hält es im Interesse der Werbekraft der Partei für empfehlenswert, auch solche Persönlichkeiten der Partei auf die Reichsliste zu setzen, die schon auf den Wahlkreislisten an sicherer Stelle stehen. Sie sollen sich allerdings verpflichten, in jedem Fall das Mandat der Wahlkreisliste anzunehmen.*

1 Vgl. Nr. 51 b Anm. 3. Zu den inhaltlichen Bestimmungen über die Reichsliste in der Wahlgesetzvorlage vgl. Schulthess 1920 I S. 110.

56.

15.4.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Petersen. Beginn: kurz vor 10 Uhr. Ende: 12 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Böhme, Falk, Fischer, Frankfurter, Frentzel, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Kuhle, Kundel, Frau von Mayer, Nuschke, Petersen, Schacht, Schiffer, Wießner. Gäste: Frau Dönhoff.

Petersen *eröffnet. Frau* **Bäumer** *legt ihren Entwurf eines Wahlaufrufs vor, der allgemeinen Beifall findet. Er soll sofort veröffentlicht werden*[1].

Es hat sich herausgestellt, daß von dem in der letzten Sitzung abgelehnten Entwurf eines Wahlplakats bereits 30000 Exemplare gedruckt worden sind. Der Vorstand hält seinen Auftrag für ein neues Plakat aufrecht und beschließt, die 30000 Stück des abgelehnten Entwurfs im Wahlkampf mit zu verwenden.

Die Tagesordnung der bevorstehenden Sitzung des Parteiausschusses wird besprochen.

1 Abgedruckt in: Demokratische Parteikorrespondenz v. 16.4.1920 Nr. 78; ferner: Frankfurter Zeitung v. 17.4.1920 Nr. 279.

57 a.

17.4.1920: Sitzung des Parteiausschusses (1. Tag)

Vorsitz: Petersen. Beginn: 16.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Petersen *eröffnet und teilt der Versammlung u. a.* **Friedbergs** *Rücktritt mit*[1]. *Zur Prüfung der vom Vorstand vorbereiteten Liste für die Zuwahlen zum Parteiausschuß wird eine Kommission*[2] *eingesetzt.*

Politische Aussprache

Herr **Petersen** als Referent bespricht zunächst die Möglichkeiten von Mehrheitsbildungen im Reichstage. Das Zentrum würde den Versuch, allein mit der Sozialdemokratie die Regierung zu bilden, nicht wiederholen. Was den Fall Erzberger[3] anlange, so sei es schlechterdings nicht möglich, eine Koalitionsregierung zu bilden und sich auf Personenfragen einzustellen. Besonders sei es unerträglich, in einer unruhigen Zeit wie der jetzigen, wenn eine Koalition wegen einer solchen Personenfrage in die Brüche gehen wird. Das eine Gute an der jetzigen Zeit sei, daß die Ereignisse sich so überstürzen und von so ungeheurer Bedeutung seien, daß der Fall Erzberger dadurch beinahe in Vergessenheit geraten ist. Auch der schärfste Kritiker wird anerkennen müssen, daß in diesem letzten Jahr von der Nationalversammlung etwas Außerordentliches geleistet worden ist. Bis zum Militärputsch ging alles aufwärts. Es gelang, selbst das unruhige Ruhrgebiet zu veranlassen, Überschichten zu fahren. Da wurde der irrsinnige und politisch unbegreifliche Versuch gemacht, die Nationalversammlung zu stürzen und an Stelle des Rechts die Gewalt zu setzen. Der Putsch trägt alle Zeichen der spezifisch ostelbischen politischen Führung. Vor allem ist auffällig das Fehlen eines politischen Augenmaßes. Es ist Tatsache, daß dieser Putsch monatelang vorbereitet gewesen ist. Die Frage ist: Wäre bei einer weiteren Gesundung unserer politischen Verhältnisse der Putsch von links ausgebrochen? Alles sprach dafür, daß die Möglichkeit, von links noch einmal das deutsche Volk zu Gewalttätigkeiten zu verleiten, von Woche zu Woche abnahm. Die Forderungen von Lüttwitz[4] stammten ausschließlich aus der Agitation der beiden Rechtsparteien. Wir werden also, wenn auch keineswegs gesagt werden kann, daß die Rechtsparteien die Leiter dieses Putsches gewesen sind, daran festzuhalten haben, daß die wirklichen Verantwortlichen für die Inszenierung des Putsches die Parteien der Rechten gewesen sind. Hätten sie ihre wirkliche Verfassungstreue beweisen wollen, so hätten sie vor das Volk hintreten müssen und sagen: Ein Putsch wird beabsichtigt. Das wollen wir nicht. Statt dessen haben sie still geschwiegen und die Situation akzeptiert, solange als sie Vorteil versprach.

1 Siehe Nr. 55.

2 Falk (Vorsitzender), Graf, Haußmann, Platen, Frau Dönhoff.

3 Siehe Nr. 38 Anm. 6 und Nr. 51 a Anm. 3.

4 Walter Freiherr von Lüttwitz (1859-1942), General d. Infanterie, militärischer Leiter des Putsches vom 13. März 1920.

Alsdann war es eine lächerliche Behauptung dieser Parteien, zu sagen, daß sie für die Ereignisse keine moralische Verantwortung trügen. Redner kennzeichnet nunmehr die hauptsächlichsten Momente des Putsches und seine Folgen. Er betont dabei, daß es sich gar nicht um einen Generalstreik, sondern um eine politische Demonstration durch Arbeitsruhe im Einverständnis mit den Arbeitgebern und zugunsten der Regierung gehandelt hätte. Der Gewaltstreich von rechts habe selbstverständlich diesen Streik ausgelöst. Die Schwierigkeit lag darin, daß allenthalben Truppen verwandt wurden, welche als Gilde der Reaktion galten. Die ganze Demokratie setzte sich gegen das Vorgehen dieser Heeresgruppen daher zur Gegenwehr. Gegenüber dieser Massenbewegung von links konnte die Regierung erst eingreifen, wenn die Linke sich geschieden hätte zwischen jenen, die nur auf die Abwehr abgestellt waren, und solchen, die im kommunistischen Sinne die Sache weiter nach links treiben wollten. Wie die Sachen so weit waren, ist energisch durchgegriffen worden und ohne erhebliches Blutvergießen und Zerstörung von Werten die Beruhigung herbeigeführt worden. Redner bespricht dann das Verhalten der Regierung beim Ausbruch des Putsches und rechtfertigt den Auszug der Regierung aus Berlin. Er erklärt ausdrücklich, daß Schiffer in Erkenntnis der Schwierigkeit der Lage aus sich heraus den Entschluß gefaßt hat, aus der Regierung auszuscheiden[5]. Im Anschluß daran spricht er Schiffer seinen Dank für sein klares und entschlossenes Handeln aus. Es ist nicht wahr, daß die Regierung sich irgendeinem Druck der Gewerkschaften gefügt hat. Das ist alles Fabel und Lüge. Unter keinen Umständen kann unsere Partei, die die Hauptträgerin des demokratischen Gedankens ist, irgendeine Mitwirkung irgendeiner Organisation innerhalb der Parlamente zulassen. Sie hat auch die Regierung gehindert, irgend welche Konzessionen an solche Kreise zu machen. Diese Haltung war um so notwendiger, als wir kurz vor den Wahlen standen. Wir können in den Wahlen nur bestehen, wenn wir uns als die Hüter des gleichen Rechts, als die Gegner einer Klassenherrschaft von rechts und links, zeigen. Durch die Putsche hat die Koalition nicht verloren, sondern gewonnen. Wir werden daher in die Wahlen hineinzugehen haben unter Aufrechterhaltung des Gedankens der Koalition. Aber wir müssen auch vorsichtig sein gegenüber den beiden Parteien, die mit uns in der Koalition sind, namentlich vorsichtig gegenüber der Mehrheitssozialdemokratie. Denn letzthin ist dasjenige, was sich an den Kapp–Lüttwitz-Putsch geknüpft hat, geführt worden von dem Mehrheitssozialisten Legien[6]. Wir wissen nicht, wie leicht die Sozialdemokraten ihre politisch–agitatorischen Rücksichten unterordnen. Wir wissen auch nicht, ob und wie weit die Sozialdemokratie sich an die Unabhängigen anschließen wird. Die Vorsicht gilt auch gegenüber dem Zentrum, wenn auch nicht in demselben Maße. Das Zentrum kann jede Politik führen, die es will. Die Politik des Zentrums wird sich nach den Wahlen so einstellen, wie es den Interessen der Partei entspricht. In diesem Sinne ist unser Wahlaufruf gefaßt[7]. Wir glauben nach wie vor, unsere Partei muß und wird die Trägerin der neuen deutschen Politik sein. Keine Klassenpartei kann das neue

5 Zu den Motiven von Schiffers Verzicht vgl. Kabinett Müller I S. XIf.

6 Carl Legien (1861-1920), MdR (SPD) 1893-1898, 1903 bis Dezember 1920, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

7 Siehe Nr. 56, bes. Anm. 1.

Deutschland führen, auch keine Partei, die konfessionell gebunden ist, sondern nur eine solche, welche im wahrsten Sinne eine Volkspartei ist, die auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet der Gerechtigkeit und dem Ausgleich dient. (Starker Beifall.)

Herr **Nuschke**: Die taktische Lage unserer Partei hat durch den Kapp–Putsch eine außerordentliche Klärung erfahren. Der Anschauungsunterricht, der dem deutschen Volke hier vorgeführt worden ist, wird stärker wirken als alles, was die Zeitungen von rechts und links dagegen anführen können. Der Rechtsputsch führte mit Naturnotwendigkeit zum Linksputsch, und wir wollen den Rechtsparteien auch sagen, daß auf ihr Haupt die Schuld kommt für den Einmarsch der Franzosen im Maingau. Die Sozialdemokratie geht in den Wahlkampf mit viel mehr Radikalismus, als sie ihn während der Koalition gezeigt hat. Sie wird wieder mit dem Erfurter Programm in die Wahlen hineingehen. Parteipolitisch kann uns das nicht unangenehm sein. Wir haben das gute Recht, darauf hinzuweisen, daß im Erfurter Programm noch immer die Wahl aller Beamten durch das Volk steht und daß die volle Sozialisierung zu fordern sei. Es ist auch selbstverständlich, daß wir in der Agitation darauf hinweisen, daß für uns die normale Wirtschaft die Privatwirtschaft ist. Die Grenze nach rechts ist gegeben durch die Mitarbeit in der Koalition. Wir müssen selbstverständlich in den Wahlkampf eintreten. Aber wir haben uns dessen, was in der Koalition geschehen ist, nicht zu schämen. Wir können auch der Rechten vorrechnen, was sie mit der Ablehnung der Verfassung gleichfalls abgelehnt hat. In den Grundrechten beispielsweise sind doch nicht nur Glaubensbekenntnisse enthalten, sondern auch Dinge, die eine unmittelbare Rechtswirkung haben. Die Frauen der Rechten hätten die Verfassung nicht ablehnen dürfen. Denn zum ersten Male sind die Frauenrechte und ihre Folgerungen zum Gegenstand der Beschlußfassung gemacht worden, und da haben die reaktionären Frauen vollständig versagt. In den Grundrechten sind weiterhin gewährleistet das private Einkommen, das Arbeitsrecht, die wohlerworbenen Rechte der Beamten. Alles das ist von den Rechtsparteien gefährdet worden, indem sie gegen die Verfassung von Weimar gestimmt haben. Ferner waren die Rechtsparteien Gegner des Etats und haben damit kulturelle sowie wirtschaftliche Forderungen von großer Bedeutung abgelehnt. Wir hoffen, daß die bewährte Koalitionspolitik sich erneuern läßt. Dabei ist festzuhalten einmal, daß im neuen Reichstag gebrochen werden muß mit der Gewohnheit, daß man aus der Verteilung der Ministerien ein Geschäft macht. Das ist auf die Dauer nicht zu ertragen. Es müssen auch dabei die verfassungsmäßigen Normen streng innegehalten werden. Auch die Verwaltungsstellen müssen nicht nach den Prozenten der Parteien verteilt werden. Wir müssen auch da auf die persönlichen Fähigkeiten sehen. Es geht nicht an, daß wir statt der freien Bahn dem Tüchtigen, freie Bahn dem Gesinnungstüchtigen verschaffen. Auf der anderen Seite müssen wir darauf hinweisen, daß jede Stimme, die auf die Rechtsparteien übergeht, einer hoffnungslosen Opposition zugeführt wird. Denn aus dieser Opposition kann nie eine Regierung zustande kommen. Eine Regierung Helfferich-Cohn[8] ist ein Ding der Unmöglichkeit. Es gibt keine andere Möglichkeit als die bewährte Koalition. Wenn das so ist, dann ist jede Stimme nach rechts so gut wie hoffnungslos

8 Oscar Cohn (1869-1934), MdR (SPD/USPD) 1912-1920, MdL Preußen 1919-1924.

abgegeben. Dadurch wird nur das bürgerliche Element in der Mehrheitskoalition geschwächt. Diesen Gedanken gilt es, taktisch mit aller Schärfe herauszuheben. Es liegt aber auch so, daß die einzige nationale Politik, die gegenwärtig möglich ist, sich nur auf demokratischer Grundlage denken läßt. Deshalb ist heute die demokratische Politik die nationale Politik. Unsere Parole muß also sein: Gegen jede Diktatur von rechts und links, für die Aufrechterhaltung der Einzelwirtschaft, aber für eine soziale Demokratie und für die einzig mögliche Politik, nämlich die Politik der Deutschen Demokratischen Partei.

Im Anschluß an die Referate berichtet **Falk** *über die Arbeit der Kommission für die Zuwahlen zum Parteiausschuß. Die Zuwahlen erfolgen entsprechend den Empfehlungen der Kommission auf dem Wege der Akklamation.*

Dann beginnt die politische Aussprache, an der sich zahlreiche Redner beteiligen. **Gessler**[9] *berichtet über die Verhältnisse in der Reichswehr und über ihre Haltung beim Kapp-Putsch. Der Parteiausschuß beschließt, diese Fragen am nächsten Tag weiter zu diskutieren und vertagt sich.*

9 Otto Gessler (1875-1955), Oberbürgermeister von Nürnberg 1914-1919, MdR (DDP) 1920 bis Dezember 1924, Reichsminister für Wiederaufbau von November 1919 bis März 1920, Reichswehrminister von März 1920 bis Januar 1928. Vgl. Gessler; zur Beurteilung Gesslers vgl. Carsten S. 165-168.

57 b.

18.4.1920: Sitzung des Parteiausschusses (2. Tag)

Vorsitz: zunächst Petersen, dann Gerland, dann wieder Petersen. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: kurz nach 15.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Petersen *eröffnet und teilt u. a. mit, daß der Vorstand ihn als Nachfolger Friedbergs zum Vorsitzenden des Vorstandes gewählt hat. Danach wird die politische Aussprache fortgesetzt. Im Verlauf der Debatte wird Koch-Weser auf die polnische Agitation in Oberschlesien und die mangelnde Gegenagitation der Reichsregierung angesprochen.* **Koch-Weser** *weist in seiner Antwort auf den Dualismus Preußen-Reich hin; die Tatsache, daß beide Regierungen in Verwaltungsfragen kompetent seien, führe zu Schwierigkeiten, die auf die Dauer unerträglich würden.* **Fischbeck** *geht auf die Frage der Demokratisierung der Verwaltung ein und kritisiert die Haltung der Sozialdemokratie, die mangels geeigneter Kräfte zur Besetzung der ihr zustehenden Beamtenstellen Gewerkschaftsbeamte präsentiere.* **Gessler** *spricht nochmals über das Vorgehen der Reichswehr während des Kapp-Putsches und versichert, „daß man niemand seinem ordentlichen Richter entziehen dürfe".*

Nach Abschluß der politischen Aussprache werden mehrere Anträge angenommen.

1. Ein Protest gegen die französische Besetzung Frankfurts und des Maingaues[1].

1 Liegt vor. Abgedruckt in: Wippermann A 1920 I S. 264.

2. Ein Appell an die Bevölkerung der Abstimmungsgebiete und an die Regierung und die Verwaltungsbehörden, der feindlichen Propaganda entgegenzuwirken und diese Gebiete dem Deutschen Reich zu erhalten[2].

3. Die Bitte an den Vorstand und die Fraktion der Nationalversammlung, sich für eine Verabschiedung der Verordnung über den vorläufigen Reichswirtschaftsrat[3] *vor dem Auseinandergehen der Nationalversammlung einzusetzen*[4].

4. Ein Dank an die Parteileitung und an die Fraktion für ihre Haltung während des Kapp–Putsches und der darauf folgenden Ereignisse[5].

5. Eine Bekundung der Teilnahme für die Bevölkerung des Saargebiets[6].

Anschließend referiert **Koch–Weser** *über die Wahlgesetzvorlage*[7] *und* **Petersen** *über die Aufstellung der Reichsliste*[8]. *Nachdem Petersen zugesichert hat, daß der Vorstand niemals „eine spezifisch berlinische Liste" aufstellen werde, wird der Vorstand ermächtigt, für die kommenden Wahlen die Reichsliste aufzustellen.*

Der Parteiausschuß nimmt unter anderem einen aus der Versammlung eingebrachten Antrag an, der vorschlägt, mindestens 10 % aller in einem Wahlkreis gesammelten Beträge an die Zentrale abzuführen.

Der **Vorsitzende** *schließt die Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.*

---

2 Liegt vor. Abgedruckt: Ebd.

3 Vgl. Schulthess 1920 I S. 19.

4 Liegt vor. Abgedruckt in: Wippermann A 1920 S. 264f.

5 Liegt vor. Abgedruckt: A. a. O. S. 265.

6 Liegt vor. Abgedruckt: Ebd.

7 Siehe Nr. 51 b Anm. 3.

8 Siehe Nr. 55.

58.

18.4.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Petersen. Beginn: 18.30 Uhr. Ende: 21.15 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Frau Bäumer, Böhme, Cohnstaedt, Crämer, Erkelenz, Falk, Fischer, Frankfurter, Gerland, Issberner, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Kempner, Koch–Weser, Kuhle, Frau von Mayer, Nuschke, Petersen, Wießner.

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung um 18.30 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Besprechung der Reichsliste. Herr **Petersen** betont einleitend, daß man ungefähr mit sechs sicheren Stellen auf der Reichsliste zu rechnen habe. Unbedingt müßten auf dieser Liste sichere Plätze verschafft werden für einen Vertreter der Beamten, einen der Arbeiter und einen von Handel und Industrie. Was die Beamtenkandidatur auf der Reichsliste anlange, so seien als Vorbedingungen dafür zu stellen, daß 1. keine gesonderte Beamtenliste aufgestellt wird und 2. daß die Beamtenorganisation darauf verzichtet, für die einzelnen Wahlkreislisten Personen zu präsentieren, nur aus dem Grunde, weil sie Beamte sind.

Mit der Stellung dieser Bedingungen erklärt sich der Vorstand einverstanden. Ferner billigt er den Vorschlag des **Vorsitzenden**, es möge nochmals an die Vorstände der Wahlkreise geschrieben werden, daß der Vorstand es ablehnt, Parteiangehörige, die mit dem Wahlkreis eng verbunden sind, auf die Reichsliste zu setzen, nur um es den Wahlkreisen zu ermöglichen, für andere Personen auf der Wahlkreisliste Platz zu schaffen. Auf jeden Fall sollen die Wahlkreise instruiert werden, daß es nicht angängig ist, bisherige Reichstagsabgeordnete, deren Aufstellung in den Wahlkreisen aus irgendeinem Grunde auf Schwierigkeiten oder Hindernisse stößt, auf die Reichsliste abzuschieben.

In der ausgedehnten Besprechung wird nicht nur erörtert, welche Persönlichkeiten eventuell als Vertreter der Beamten, Arbeiter und Industriellen auf die Reichsliste zu setzen sind, sondern welche anderen Parteiangehörigen neben ihnen die weiteren sicheren Plätze einnehmen sollen. Der **Vorsitzende** faßt das Resultat der Besprechung dahin zusammen, daß die Reichsliste nach der vorläufigen Inaussichtnahme folgende Zusammensetzung zeigen soll: 1. Ein Beamter (Remmers; wenn die Beamten auf ihn bestehen und er nicht in einem Wahlkreis einen sicheren Platz erhält, sonst Falkenberg[1] oder Schuldt[2].). 2. Ein Arbeiter (Der Eisenbahner Skaruppe; wenn Schneider (Sachsen)[3] auf einer Wahlkreisliste einen sicheren Platz erhält, sonst Schneider.). 3. Ein Vertreter des Handels (Keinath?). 4. Ein Vertreter der Industrie (Als ein solcher hat Siemens zu gelten.). 5. Preuß (?). 6. Hieber (?). 7. Frankfurter. 8. Fischer. 9. Ein Bayer (Am liebsten ein bayrischer Industrieller.). 10. Schücking oder Quidde. 11. Jansen. 12. Dr. Lüders. 13. Gessler (?). 14. Ein Techniker. 15. Ein Elsässer (?). 16. Graf Bernstorff[4] (?).

Der Vorsitzende wird außerdem beauftragt, brieflich den Wahlkreisvorständen die Aufstellung folgender Kandidaturen dringend ans Herz zu legen: in Frankfurt a. M. die Aufstellung von Preuß, in Baden von Haas, in München von Gessler, in Breslau von Gothein. Es wird als wünschenswert bezeichnet, daß zu der Vertrauensmännerversammlung in Frankfurt sowie in Baden ein Delegierter des Vorstandes persönlich anwesend ist. Zu dem mittelschlesischen Parteitag nach Breslau wird Herr Böhme als Vertreter des Vorstandes gehen.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Reichsliste bestätigt der Vorstand einen früheren Beschluß, wonach auf diese Liste auch namhafte Parteiangehörige gestellt werden sollen, die auf Wahlkreislisten an sicherer Stelle kandidieren[5]. Es

1 Albert Falkenberg (1871-1945), Ministerialrat im Reichsinnenministerium, aus dem Reichsdienst ausgeschieden 1921, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes 1922-1933, MdR (SPD) August 1928 bis 1930.

2 Otto Schuldt (geb. 1877), Reichseisenbahnoberinspektor in Berlin, MdR (DDP) 1920 bis Mai 1924, Dezember 1924 bis 1930.

3 Gustav Schneider (1877-1935), Direktor im Verband der Deutschen Handlungsgehilfen 1910-1920, Bundesvorsitzender des Gewerkschaftsbundes der Angestellten in Berlin seit 1920, MdR (DDP/Staatspartei) 1919-1920, Dezember 1924 bis Juli 1932.

4 Johann Heinrich Graf von Bernstorff (1862-1939), Botschafter in Washington 1908-1917, dann in Konstantinopel, Mitglied der deutschen Völkerbundsdelegation 1926-1927, Präsident der Deutschen Liga für Völkerbund, MdR (DDP) März 1921 bis 1928. Vgl. Graf J. H. Bernstorff, Erinnerungen und Briefe, Zürich 1936.

5 Vgl. Nr. 55.

wird aber von ihnen die schriftliche Erklärung verlangt werden, daß sie im Falle der Doppelwahl nur die Kandidatur des Wahlkreises annehmen.

Ein früherer Angestellter der Reichsgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei hat angeboten, aufgrund seiner Kenntnis der internen Verhältnisse der Deutschnationalen eine Broschüre gegen diese Partei zu schreiben. Die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei soll sich dafür verpflichten, ihm eine Anzahl von Exemplaren der Broschüre abzunehmen. Der Vorstand lehnt dieses Angebot ab.

Ein vom Finanzausschuß verfaßter Spendenaufruf wird gebilligt.

59.

2.5.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Petersen.

Petersen *eröffnet. Der Vorstand beschließt auf Antrag Jansens, Frau Uth*[1] *als Leiterin des Frauenarbeitsausschusses anzustellen. Ferner wird beschlossen, 1500 Exemplare von Gotheins Schrift über die Ursachen des Zusammenbruchs*[2] *und die Reden von Schiffer und Petersen an die Ortsgruppen verteilen zu lassen.*

Der Vorstand beschäftigt sich dann mit der weiteren Beratung der Reichsliste. Dazu liegen die vorläufigen Beschlüsse der letzten Sitzung vor, nach denen die Kandidaten für die ersten sechzehn Plätze bestimmt worden waren, allerdings noch ohne feste Reihenfolge. Zunächst werden in geheimer Wahl die Kandidaten für die ersten zehn Plätze ermittelt.

In der nächsten Abstimmung wird die Reihenfolge dieser Kandidaten festgelegt[3]*. Dann werden die folgenden zehn Plätze durch Zuruf besetzt*[4]*.* **Erkelenz** *protestiert gegen das Ergebnis und beantragt, seinen Protest zu Protokoll zu nehmen. Der Wahlausschuß wird ermächtigt, die Liste weiter bis auf insgesamt 40 Namen zu ergänzen. Die endgültige Beschlußfassung über die Liste wird auf die nächste Sitzung verschoben.*

---

1 Illa Uth, Gewerbelehrerin in Berlin, Geschäftsführerin des Reichsfrauenausschusses der DDP.

2 Georg Gothein, Warum verloren wir den Krieg?, Stuttgart u. Berlin 1919.

3 Gessler, Fischer, Keinath, Schuldt, Fick, Liese, Kniest, Hieber, Frankfurter, Frau Lüders.

4 Jansen, Dahl, Wolff, Graf Bernstorff, Leonhardt, Frentzel, Zeitlin, Pick, Frau Lange, Eggeling.

60.

19.5.1920: Sitzung des Vorstandes

Der Vorstand beschließt, jedem Wahlkreis, der einen entsprechenden Antrag gestellt hat, zunächst 10000 M als Wahlunterstützung zu überweisen.

Bollert, *der Vorsitzende des Revisionsausschusses, verliest den Protest, den Erkelenz wegen der Zusammensetzung der Reichsliste beim Revisionsausschuß*

eingebracht hat[1]*. Der Vorstand ist der Ansicht, daß der Revisionsausschuß nicht befugt sei, Beschwerden über das politische Verhalten des Vorstands entgegenzunehmen.*

Anschließend wird die Reichsliste endgültig festgesetzt[2]*.*

1 Vgl. Nr. 59.

2 Die ersten zehn Plätze wurden folgendermaßen besetzt: Petersen, Frau Bäumer, Gessler, Fischer, Keinath, Schuldt, Fick, Liese, Kniest, Hieber. Im offiziellen Wahlvorschlag nahm Frau Lüders den Platz Hiebers ein, der auf Platz 11 folgte. Vgl. Statistik des Deutschen Reiches Bd. 291 I. Die Wahlen zum Reichstag am 6. Juni 1920, Berlin 1920, S. 56.

61.

10.6.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: zunächst Gerland, dann Petersen, dann Nuschke. Beginn: kurz vor 15.15 Uhr. Ende: 18.30 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bäumer, Frau Bernhardt, Blunck, Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Frentzel, Gerland, Gessler, Goetz, Grund, Hieber, Issberner, Jäckh, Jansen, Kauffmann, Kempner, Koch-Weser, Nuschke, Petersen (später), Schacht, Schiffer, Schneider (Sachsen), Frau Uth, Wießner.

Den Vorsitz führt zu Anfang Herr Gerland, darauf der kurz nach Beginn der Sitzung erscheinende Herr Petersen und während des letzten Teiles der Sitzung Herr Nuschke.

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung kurz vor 15.15 Uhr. Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen des **Hauptgeschäftsführers** tritt der Vorstand in eine Besprechung der durch die Wahlen[1] geschaffenen Verhältnisse ein. Einleitend bemerkt Herr **Koch[-Weser]**: Die Rechte habe offenbar gar keine Ahnung davon, was sie tun solle. Die Lage sei überaus kritisch[2]. Eine Koalition der Unabhängigen Sozialdemokratie und Demokraten sei unmöglich einerseits wegen des ablehnenden Verhaltens der Unabhängigen Sozialdemokratie und dann auch, weil die Demokraten auf eine solche Kombination, die sie ruinieren würde, nicht eingehen könnten. Die Schaffung einer Koalition von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie scheint schlechtweg zu scheitern an dem Widerstand der Sozialdemokraten. Eine Koalition der Rechtsparteien und des Zentrums hätte vielleicht gerade eine Mehrheit, wenn alle kleinen Parteisplitter mitgerechnet werden. Aber sie scheitert an dem Widerspruch des Zentrums, das gar nicht daran denkt, sich auf solche Abenteuer einzulassen. Eine Koalition der gesamten bürgerlichen Parteien unter Hinzuziehung der Demokraten ist ebenso unmöglich.

1 Zum Ergebnis der Reichstagswahlen vom 6. Juni 1920 siehe S. 821–823.

2 Zur Geschichte der Regierungsbildung vom Juni 1920 vgl. Kabinett Fehrenbach S. VIII–XX.

Die Demokratische Partei kann das nicht mitmachen. Diese Koalition würde auch den Bürgerkrieg bedeuten. Stresemann hat gelegentlich auch von einer Regierung gesprochen, die lediglich durch die Wirtschaftsverbände zusammenzusetzen sei. Das läßt sich aber durchaus nicht machen. Die Entente würde einer solchen Regierung auch gar kein Vertrauen schenken. Der Gedanke, eine Regierung so zu bilden, daß die drei Koalitionsparteien zusammenbleiben unter Hinzunahme von einigen der Deutschen Volkspartei nahestehenden Fachministern und unter einer gewissen wohlwollenden Duldung der Deutschen Volkspartei, hat auch seine ganz ungeheuren Schwierigkeiten. Gerade die Demokraten würden unter einer solchen Konstellation zu leiden haben, da sie für die etwaigen Zugeständnisse nach rechts von den Sozialdemokraten, nach links von der Deutschen Volkspartei als die Urheber verantwortlich gemacht werden würden. Es ist also bisher nicht gelungen, eine Verständigung zu finden. Vorläufig sind auch nur ganz wenige Verhandlungen geführt worden. Wir sollten die Stellung einnehmen, daß ohne Mitwirkung der Sozialdemokraten zur Zeit keine Koalition gebildet werden kann und daß es ebenso ein unerträgliches Wagnis sei, ein Wirtschafts- oder ein reines Beamtenministerium zu bilden.

Herr **Petersen** kommt zu demselben Resultat. Auf die Gründe des Wahlresultats heute einzugehen und rückschauende Betrachtungen anzustellen, hält er nicht für zweckmäßig. Er hält es für absolut notwendig, daß dem Volke bis zum äußersten demonstriert wird, wie unsinnig der Ausfall der Wahlen ist. Wir müssen allen Einfluß auf den Präsidenten ausüben, daß er immer wieder an die Rechte herantritt und sie zu einer Kabinettsbildung auffordert. Was bei diesen Wahlen bei unserer Fahne geblieben ist, das ist treu demokratisch. Diese Wählerschaft dürfen wir nicht enttäuschen, sonst geht sie durchweg nach links, und wir erhalten eine Mehrheit des Sozialismus. Daher gibt es keine andere Möglichkeit, als daß die Konsequenzen dieses Wahlresultats bis zum letzten Punkte gezogen werden müssen. Die Rechte muß uns direkt bitten, die Regierung weiterzuführen, wenn alle Kombinationen, wie vorauszusehen, gescheitert sind. Aber dieses Bekenntnis der eigenen Unfähigkeit und die Bitte an die bisherige Koalition um Weiterführung der Geschäfte muß in aller Öffentlichkeit geschehen. Redner empfiehlt, daß wir vom Vorstand heute noch nichts beschließen, zum mindesten keine Beschlüsse in die Öffentlichkeit geben, uns auf das äußerste zurückhalten und unsere Presse bitten, die Situation immer wieder klarzustellen und die Rechte andauernd aufzufordern, die Regierung in die Hand zu nehmen.

An die beiden Referate schließt sich eine ausführliche Debatte an. Als erster Redner spricht **Wießner**. *Er empfiehlt abzuwarten und keine Beschlüsse zu fassen, die beiden Rechtsparteien müßten gezwungen werden, die Verantwortung zu übernehmen. Frau* **Bäumer** *hält eine Koalition der Demokraten mit den Rechtsparteien für unmöglich.* **Fischer** *teilt im Auftrag von Böhme mit, daß dieser „die jetzige Stellung des Bauernbundes nicht mehr aufrechterhalten könne, wenn wir immer wieder erklärten, daß wir grundsätzlich nicht mit der Deutschen Volkspartei zusammen gehen würden". Fischer berichtet weiter, daß die preußische Fraktion beschlossen habe, sich vorläufig abwartend zu verhalten, „gleichsam, als ob die Wahlen nicht stattgefunden hätten". Er sieht zwei Ursachen für den Rückgang der Partei: die Art, „wie unser Beamtentum durch die Sozialdemokratie ‚demokratisiert' werde", und die Auffassung weiter Kreise des Bürgertums, „daß die*

Demokratische Partei gegenüber der Sozialdemokratie die bürgerlichen Interessen nicht immer genügend wahrgenommen habe". **Nuschke** *betont demgegenüber, ,,daß wir und auch die Mehrheitssozialdemokraten in der Nationalversammlung gerade die Interessen des Bürgertums wahrgenommen haben. Wir haben die Mehrheitssozialisten aus der sozialistischen Phalanx herausgenommen und sie tatsächlich zu einer bürgerlichen Partei gemacht." Leider hätten die Wähler das aus Mangel an politischer Bildung nicht begriffen. Diese Einsicht könne ihnen nur eine Rechtsregierung vermitteln. Nuschke warnt vor einem Block der bürgerlichen Parteien, der bei den nächsten Wahlen zu einer glatten sozialistischen Mehrheit führen würde.* **Gerland** *hält den jetzigen Reichstag nicht für arbeitsfähig und empfiehlt, sich auf Neuwahlen einzurichten.* **Frankfurter** *glaubt, daß Stresemann die neue Regierung bilden werde; die Demokraten müßten abwarten. Als Übergangslösung hält er auch ein parteiloses Ministerium aus Fachleuten für möglich oder den Weg, ,,daß die Demokratische Partei als Partei des Ausgleichs, wenn alle Stränge reißen, die Regierung allein übernimmt".*

Koch-Weser *lehnt den letzten Vorschlag Frankfurters als undurchführbar ab.* **Kauffmann** *wendet sich gegen den Gedanken einer Rechtsregierung. ,,Die Herren besitzen Energie und Erfahrung im Regieren, und schon ein einziger Monat Rechtsregierung würde alle Anfänge von Reformen zerstören."* **Hieber** *empfiehlt abzuwarten. Der Gedanke einer Koalition von Scheidemann bis Stresemann sei nicht von vornherein abzulehnen.*

Es folgt noch eine Reihe von Diskussionsbeiträgen, die u. a. die Frage behandeln, wie sich die Deutsche Volkspartei wohl in Zukunft verhalten werde.

Nach Abschluß der Debatte wird beschlossen, von der Annahme einer Resolution zunächst abzusehen und nur die in der Aussprache vertretenen Ansichten in einer Formulierung zusammenzufassen und an die Presse zu geben. Die Formulierung besagt, die gegenwärtige Lage sei durch die maßlose Agitation der bisherigen Oppositionsparteien entstanden; daher seien diese genötigt, jetzt Wege zu finden, um ihre Wahlversprechungen einzulösen.

62.

12.6.1920: Sitzung des Vorstandes

Beginn: 10 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Da zahlreiche Klagen über die mangelhafte Organisation der Partei im Lande laut geworden sind, beschließt der Vorstand, einen besonderen Organisations- und Presseausschuß[1] *einzusetzen, der sofort mit der Vorbereitung der nächsten Wahlen beginnen soll. Der Hauptgeschäftsführer wird beauftragt, eine Rundreise durch Deutschland zu unternehmen, um bei sämtlichen Organisationen die Art der Geschäftsführung nachzuprüfen. Außerdem soll allen Ortsgruppen ein Fragebogen*

1 Kalkoff, Jäckh, Erkelenz, Wießner, Frankfurter, Fischer, Frau Uth, Jansen, Weinhausen.

zur Beantwortung zugestellt werden, um so weitere Mängel in der Organisation aufzudecken.

Der Vorstand beschließt, den Parteiausschuß Anfang Juli nach Berlin einzuberufen.

63.

22.6.1920: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: zunächst Petersen, dann Gerland. Beginn: 15 Uhr. Ende: 21.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Vorsitzender **Petersen** begrüßt die Mitglieder des Parteiausschusses und gedenkt zunächst des Hinscheidens der beiden Mitglieder des Parteiausschusses Staatsminister Dr. Friedberg und des Prinzen Schönaich-Carolath. Die Versammlung erhebt sich zum Gedächtnis der Verstorbenen von ihren Sitzen.

Nunmehr übernimmt den Vorsitz Professor Gerland, und Senator Dr. **Petersen** berichtet über die Frage der Regierungsbildung. Er schildert die Verhandlungen zwischen den Parteien und vor allem die Verhandlungen, die Präsident Fehrenbach mit der Deutschen Demokratischen Partei geführt hat. Mit großem Nachdruck weist er darauf hin, daß die Voraussetzung eines Eintritts der Demokraten in die Regierung eine wenn auch nur indirekte Mitarbeit der Sozialdemokratie sei. Die Deutsche Demokratische Partei könne die Abstinenzpolitik der Sozialdemokraten nicht mitmachen, nur aus dem Grunde, weil die Sozialdemokratie solche Politik für nötig erachtet; sonst wäre der Vorwurf, daß die Demokraten nun im Schlepptau der Sozialdemokratie führen, berechtigt. Er gibt Kenntnis von dem hauptsächlichen Inhalt der Regierungserklärung, die zwischen den Parteien, die die Regierung bilden, vereinbart worden ist, und macht darauf aufmerksam, daß diese Regierungserklärung nichts anderes bedeute, als eine Rechtfertigung der Deutschen Demokratischen Partei[1].

Als zweiter Redner nimmt zu der Angelegenheit das Wort Abgeordneter **Erkelenz**, der dafür eintritt, daß die Deutsche Demokratische Partei sich von der Mitwirkung an der Regierungsbildung fernhalte. Er stellte auch einen Antrag, der lautet:

„Der Parteiausschuß lehnt den Eintritt in die jetzt geplante Koalition ab."

Nach eingehender Debatte, an der sich unter anderen beteiligten die Herren Minister **Koch[-Weser], Gothein, Dirr**, Professor **Baumgarten**[2], Professor

1 Am 19.6.1921 hatte die demokratische Reichstagsfraktion die Voraussetzungen formuliert, unter denen sie sich an einen „Block der Mitte" beteiligen würde. Abgedruckt in: Schulthess 1920 I S. 158. Am 21.6.1920 hatten sich Zentrum, DDP und DVP dann auf gemeinsame Richtlinien für die Regierungsarbeit geeinigt, wobei die Haltung zur Republik in einer Weise präzisiert worden war, die sowohl den Wünschen der DDP-Fraktion als auch den Vorbehalten der DVP zu diesem Punkt Rechnung trug. Vgl. Kabinett Fehrenbach S. XVIII.

2 Otto Baumgarten, Professor für evangelische Theologie an der Universität Kiel.

Bernstein[3], Professor **Gerland, Dernburg, Haußmann, Dove**[4], wurde ein Antrag des Grafen Bernstorff eingebracht, der lautet:

„Der Parteiausschuß hat von den Mitteilungen der Reichstagsfraktion Kenntnis genommen und spricht ihr das Vertrauen aus."

Weiter lag ein Antrag Sparrer[5], Nürnberg, vor, der lautet:

„Der Parteiausschuß stimmt den vom Referenten Dr. Petersen mitgeteilten Richtlinien für eine Koalition der Mitte zu und billigt den Eintritt der Partei in die Regierung auf dieser Grundlage."

Schließlich lief noch ein Antrag Dr. Bäumer–Frankfurter ein, der lautet:

„Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei sieht die Frage der Regierungsbildung durch den Block Deutsche Volkspartei, Zentrum, Demokratie nicht in einer Form gelöst, die für die Zukunft der Demokratie eine Gewähr bietet und damit die einzig denkbare Grundlage einer aufbauenden deutschen Politik schafft. Wenn die Deutsche Demokratische Partei, in Übereinstimmung mit ihrer Reichstagsfraktion, trotzdem diese Lösung aus vaterländischem Pflichtgefühl heute annimmt, so empfindet sie umso nachdrücklicher die Pflicht, dahin zu wirken, daß die Politik der Regierung die demokratische Grundlage und damit die Möglichkeit einer Erweiterung der Koalition nach links aufrechterhält.

Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei steht nach wie vor und unverrückbar auf dem Standpunkt, den die Partei im Wahlkampf vertreten hat, daß der Wiederaufbau Deutschlands nur denkbar ist in einer republikanisch-demokratischen Staatsform und durch eine Wirtschaftspolitik, die von entschieden *sozialem Geiste* bestimmt ist. Sie ist überzeugt, daß die Fraktion *jedem* Versuch, die Politik von dieser Grundlage abzudrängen, den schärfsten und entschiedensten Widerstand entgegensetzen wird."

Nach Einspruch eines großen Teiles der Versammlung wurde der zweite Teil dieses Antrages als Amendement zum Antrag Bernstorff eingebracht, so daß also jetzt abzustimmen war über den Antrag Erkelenz, über den Antrag Bernstorff und über den Antrag Bäumer, der lediglich das Amendement betraf. Der Antrag Erkelenz wurde mit 66 gegen 20 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Bernstorff wurde dann gegen 7 Stimmen angenommen. Das Amendement Bäumer wurde mit 48 gegen 31 Stimmen abgelehnt. Von Herrn Hartmann und Genossen[6] lag dann noch ein Antrag folgenden Inhalts vor:

„Der Parteiausschuß richtet an die Fraktion des Reichstags das dringende Ersuchen, darauf hinzuwirken, daß das Gesetz betr. Aufhebung der Militärge-

---

3 Felix Bernstein, Professor für mathematische Statistik und Versicherungsmathematik an der Universität Göttingen.

4 Heinrich Dove (1853-1931), Landgerichtsrat a. D., Syndikus der Berliner Handelskammer, MdR (Freisinnige Vereinigung/ Fortschrittliche Volkspartei 1903-1918.

5 Georg Sparrer (1877-1936), Medizinalrat und Apothekenbesitzer in Nürnberg, MdR (DDP) Mai 1924 bis 1930.

6 Nuschke und Erkelenz.

richtsbarkeit[7] sofort wieder eingebracht und beraten wird. Diese Forderung muß ein Punkt des Regierungsprogramms sein."

Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

Schluß der Sitzung 21.30 Uhr.

---

7 Der Entwurf über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit hatte der Nationalversammlung in ihrer letzten Sitzung am 21.5.1920 zur dritten Beratung vorgelegen; die Rechtsparteien hatten jedoch durch ihren Auszug die Beschlußunfähigkeit des Hauses herbeigeführt und damit die Verabschiedung verhindert. Vgl. Sten. Ber. Bd. 333 S. 5727; ferner Schulthess 1920 I S. 139.

64.

19.7.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Fischer. Beginn: kurz nach 17.15 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Erkelenz, Fischer, Frankfurter, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann. Gäste: Weinhausen.

Fischer *eröffnet.* **Jansen** *berichtet über das Programm einer Konferenz der Parteisekretäre, die in den nächsten Tagen in Passau stattfinden soll.*

Weinhausen *referiert über den Plan, eine demokratische Korrespondenz und eine Nachrichtenzentrale zu gründen. Im Verlauf der anschließenden Debatte erklären sich* **Fischer** *und* **Frankfurter** *bereit, Kontakte zur Finanzierung des Projekts zu knüpfen. Die Entscheidung über den Plan soll in der nächsten Sitzung erfolgen.*

65.

31.7.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Petersen. Beginn: kurz nach 11.30 Uhr. Ende: 14.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Böhme, Cohnstaedt, Erkelenz, Fischer, Gerland, Issberner, Jäckh, Jansen, Kempner, Kuhle, Petersen, Schiffer, Wachhorst de Wente, Weinhausen. Entschuldigt: Hieber, Kalkoff, Schacht.

Petersen *eröffnet. Der Vorstand bewilligt einem Wahlkreis und mehreren Parteisekretariaten finanzielle Unterstützung von insgesamt 13000 M. Eine aus Württemberg eingegangene Anregung, nach der auf die Erhebung der „Kopfsteuer"[1] verzichtet werden soll, wird zurückgewiesen.*

---

1 Mit dem Begriff „Kopfsteuer" wurde der von den Organisationen jährlich für das einzelne Mitglied an die Zentrale abzuführende Beitrag bezeichnet.

Jansen *berichtet über den Verlauf der Parteisekretärkonferenz in Passau. Er wird beauftragt, die Ergebnisse zusammenzufassen und dem Organisationsausschuß zur Auswertung vorzulegen.*

Alexander Ranzenhofer aus Wien erbittet die finanzielle Unterstützung der Deutschen Demokratischen Partei für die „Bürgerlich-Demokratische Arbeitspartei“[2] in Österreich. **Erkelenz** *erklärt sich bereit, anläßlich einer Reise nach Wien Erkundigungen über diese Partei einzuziehen.*

Weinhausen *macht Mitteilungen über Pläne des Organisationsausschusses und der Fraktion, ein Fraktionsbüro einzurichten, und berichtet über weitere Vorbereitungen zur Schaffung einer Parteikorrespondenz.*

Der ''Hessischen Volkszeitung''[3], die sich in finanziellen Schwierigkeiten befindet, werden 10000 M Unterstützung bewilligt. Der Vorstand beschließt, im Hinblick auf die finanziellen Schwierigkeiten, in denen die Parteipresse sich befindet, Anfang Oktober eine Anzahl finanzkräftiger Herren aus dem Reich einzuladen, um die Frage der finanziellen Unterstützung der Partei einer Lösung näher zu bringen.

2 Die „Bürgerlich-Demokratische Arbeitspartei“ war die Nachfolgerin der „Bürgerlich-Demokratischen Partei“. Vgl. Nr. 21 Anm. 3.

3 "Hessische Volkszeitung", Kassel (1920-1922).

66.

18.8.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Nuschke. Beginn: kurz nach 17.15 Uhr. Ende: 19.45 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frankfurter, Issberner, Kalkoff, Kuhle, Nuschke, Weinhausen, Wießner. Entschuldigt: Böhme, Cohnstaedt, Fischer, Goetz, Jäckh, Kauffmann, Petersen.

Nuschke *eröffnet. Der Vorstand bewilligt für zwei Parteisekretariate und einen Wahlkreis eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von 8000 M.*

Weinhausen *berichtet über das geplante Nachrichtenbüro. Die Dammert-Gesellschaft[1] ist bereit, das Unternehmen gemeinsam mit der Partei zu betreiben. In der Diskussion wird beschlossen, einen politischen Beirat aus neun Personen zu schaffen, von denen fünf durch den Parteivorstand ausgewählt werden sollen, während die anderen drei Mitglieder von Weinhausen ernannt werden, der als Geschäftsführer des Nachrichtenbüros zugleich Vorsitzender des Beirats sein wird. Die Verträge werden besprochen und gebilligt.*

Der Vorstand spricht sich im Sinne der Ausführungen Koch-Wesers im Reichstag für die Auflösung der „Orgesch“ aus[2].

1 Nachrichten-Agentur, begründet von Rudolf Dammert.

2 Vgl. Sten. Ber. Bd. 345 S. 702; ferner Kabinett Fehrenbach S. XLIV-XLIX.

Es wird beschlossen, entsprechend den Vorschlägen des Organisationsausschusses ab 1. Oktober ein wöchentlich erscheinendes Nachrichtenblatt herauszugeben.

Weinhausen *teilt mit, daß die Reichstags- und die preußische Fraktion sich geeinigt hätten, ein Fraktionsbüro einzurichten. Die Fraktionen seien bereit, das Büro zu finanzieren, es solle jedoch von der Parteileitung eingerichtet werden und einen Teil der Reichsgeschäftsstelle bilden. Der Vorstand stimmt diesen Vorschlägen zu.*

67.

14.9.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Petersen. Beginn: 18.15 Uhr. Ende: kurz vor 21 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Frau Bernhardt, Böhme, Cohnstaedt, Crämer, Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischer, Frentzel, Gerland, Grund, Issberner, Jäckh, Jansen, Kempner, Kuhle, Nuschke, Petersen, Siehr, Frau Uth, Weinhausen, Wießner. Entschuldigt: Kalkoff, Schacht, Schiffer.

Petersen *eröffnet.* **Erkelenz** *berichtet über die parteipolitischen Verhältnisse in Österreich. Die „Bürgerliche Arbeitspartei", die sich mit der Bitte um Unterstützung an die Demokratische Partei gewandt hatte*[1]*, rekrutiere sich im wesentlichen aus jüdischen Elementen. Ferner gebe es die „Großdeutsche Volkspartei"*[2]*, die durchaus demokratisch eingestellt sei und sozialpolitisch weiter links stehe als die Deutsche Demokratische Partei, aber stark antisemitisch orientiert sei. Für diese Partei habe sich die Deutsche Volkspartei finanziell stark engagiert. Erkelenz empfiehlt, beide Parteien bei den kommenden Wahlen finanziell zu unterstützen. In der anschließenden Diskussion wird betont, „daß uns erstens keine finanziellen Mittel zu Gebote stehen und daß die Unterstützung der „Bürgerlichen Arbeitspartei" für die Deutsche Demokratische Partei innerpolitisch eine außerordentliche Belastung sein würde". Aus diesen Gründen wird die Bitte der „Bürgerlichen Arbeitspartei" abgelehnt.*

Es wird beschlossen, den nächsten Parteitag vom 11. bis 15. Dezember in Nürnberg stattfinden zu lassen.

Der Reichsverband demokratischer Studenten erhält eine Unterstützung von 2000 M.

In Halle haben die Rechtsparteien die Bildung eines bürgerlichen Ordnungsblocks angeregt, die demokratische Organisation in Halle bittet die Parteileitung um ihre Stellungnahme dazu. Der Vorstand beschließt, diesen Zusammenschluß in einer offiziösen Mitteilung als politisch und taktisch schädlich abzulehnen.

---

1 Vgl. Nr. 65.

2 Vgl. Byong Young Ahn, Der Entwicklungsprozeß der politischen Parteien in Österreich, staatswiss. Diss. (maschinenschriftl.) Wien 1970, S. 151f. u. 183f.

Verschiedene Gesuche um finanzielle Unterstützung werden abgelehnt, über andere wird die Entscheidung vertagt.

Der Vorstand beschließt, die "Demokratische Parteikorrespondenz" einzustellen. Der Agitationsausschuß wird beauftragt, die Kosten für die Einführung des geplanten neuen Nachrichtenblattes zu überschlagen.

Gerland *berichtet über die bisher geleistete Arbeit des Kulturausschusses und bittet, dem Ausschuß 20000 M zu bewilligen. Der Vorstand lehnt diese Summe angesichts der ungeklärten Finanzlage ab, erklärt sich jedoch bereit, das Geld als Vorschuß zur Verfügung zu stellen, in der Hoffnung, daß es später von opferwilligen Parteifreunden aufgebracht werden könne.* **Fischer** *erklärt sich bereit, dem Ausschuß aus einem besonderen Fonds 10000 M zur Verfügung zu stellen.*

Im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen zum preußischen Landtag wird die Bildung eines besonderen Preußenausschusses beschlossen, die von den Mitgliedern des Vorstands, die preußische Staatsangehörige sind, und vom Vorstand der preußischen Fraktion in die Wege geleitet werden soll.

68 a.

17.10.1920: Sitzung des Vorstandes (1. Tag)

Vorsitz: Petersen. Beginn: kurz vor 10.30 Uhr. Ende: 14.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bernhardt, Böhme, Cohnstaedt, Crämer, Erkelenz, Falk, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Gerland, Jäckh, Jansen, Issberner, Kalkoff, Kauffmann, Kempner, Koch-Weser, Kuhle, Kundel, Nuschke, Petersen, Frau Uth, Schiffer, Weinhausen.

Petersen *eröffnet. Der Vorstand billigt einstimmig die Kandidatur Jansens bei den preußischen Wahlen.*

Verschiedenen Ausschüssen und Organisationen werden insgesamt 27000 M bewilligt, teilweise als Darlehen. Weitere Gesuche werden abgelehnt.

Auf Antrag von Kniest[1] *wird beschlossen, zur Diskussion von Mittelstandsfragen eine besondere Tagung zu veranstalten.*

Die "Demokratische Parteikorrespondenz" soll zum ersten November eingestellt werden; dafür wird als neues Wochenblatt der "Demokratische Zeitungsdienst"[2] *erscheinen. In den politischen Beirat des "Zeitungsdienstes" werden Jäckh (Kalkoff), Jansen, Fischer, Frankfurter und Schiffer gewählt;* **Weinhausen** *teilt mit, daß er seinerseits Frau Bäumer, Nuschke und Wießner berufen werde.*

---

1 Wilhelm Kniest (1863-1951), Schreinermeister in Kassel, MdR (DDP) 1920 bis Mai 1924, MdL Preußen 1925-1932, Vorsitzender des Mittelstandsausschusses der DDP.

2 "Demokratischer Zeitungsdienst", hrsg. zunächst v. Carl Kundel, dann v. Friedrich Weinhausen, dann v. Karl Brammer, Berlin (1920-1933).

Frankfurter *und* **Jansen** *referieren über die Arbeit des Organisationsausschusses und über den Erfahrungsaustausch mit den Parteisekretären und den Organisationen im Land. Beide Referenten haben ihre Reformvorschläge zur Organisation in Denkschriften niedergelegt*[3].

Es folgt eine allgemeine politische Aussprache. **Koch-Weser** *geht auf den preußischen Wahlgesetzentwurf*[4] *ein. Er hält die darin vorgeschlagene Verkleinerung der Wahlkreise nicht für empfehlenswert und bittet um die Meinung der Parteifreunde.* **Nuschke** *plädiert für frühe Wahlen in Preußen und für rasche Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Reichsregierung. Falls die Demokratische Partei vor die Wahl zwischen Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei gestellt würde, müsse sie sich für die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie entscheiden.* **Schiffer** *weist diese Ansicht zurück*[5]. **Koch-Weser** *hält eine Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie im Grunde für wünschenswert, betont aber zugleich, daß die Sozialdemokratie sich möglicherweise als „Hemmschuh in dem Kampf gegen links" erweisen würde.* **Schiffer** *plädiert für eine allgemeine Feier des Gedenktags der Reichsgründung. Der Vorstand beschließt nach längerer Debatte, die Feier zu veranstalten und dabei das Schwergewicht „auf die Schaffung der deutschen Einheit, nicht auf die Gründung des Kaiserreichs" zu legen.* **Böhme** *setzt sich im Gegensatz zu Koch-Weser für eine Verkleinerung der Wahlkreise ein. Er weist ferner darauf hin, daß der Bauernbund sich angesichts der Alternative Deutsche Volkspartei oder Sozialdemokratie immer für die Volkspartei entscheiden würde.*

Der Vorstand beschließt, die Diäten für seine auswärtigen Mitglieder von 50 auf 70 M zu erhöhen.

3 Der Organisationsausschuß hatte insgesamt vier Denkschriften ausgearbeitet: zum organisatorischen Aufbau der Partei, zum Stand der Organisation im Land, zur Neugestaltung der Presseverhältnisse und zur finanziellen Lage der Partei. Vgl. Demokrat v. 14.10.1920 Nr. 1.

4 Der Entwurf sah die Aufteilung des Staatsgebiets in 74 kleine Wahlkreise und 19 Verbandswahlkreise vor. Vgl. Schulthess 1920 I S. 256.

5 Vgl. auch seine Ausführungen vom 7.10. in der preußischen Fraktion. DDP/Staatspartei R 45/III64.

68 b.

18.10.1920: Sitzung des Vorstandes (2. Tag)

Vorsitz: Nuschke. Beginn: 21.15 Uhr. Ende: kurz vor 23 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Erkelenz, Falk, Frankfurter, Gerland, Issberner, Jansen, Nuschke, Weinhausen.

Nuschke *eröffnet und teilt mit, daß eine Besprechung zwischen Dominicus und den Führern der preußischen Fraktion der Sozialdemokraten geplant sei, deren Ergebnis abgewartet werden müsse*[1].

1 In den Protokollen der preußischen Landtagsfraktion findet sich nichts über eine solche Besprechung.

Gerland *bringt die Klagen der geflüchteten Elsaß-Lothringer über ihre Behandlung im Reich zur Sprache. Der Vorstand beschließt, die Angelegenheit an die Reichstagsfraktion zu verweisen, wo ein besonderer Referent dafür bestellt werden soll. Es folgt noch eine längere Aussprache über Probleme des bayrischen Separatismus.*

69.

25.10.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Petersen. Beginn: 18 Uhr. Ende: kurz nach 21.15 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Böhme, Erkelenz, Fischer, Frankfurter, Gerland, Issberner, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Kuhle, Kundel, Nuschke, Petersen, Schiffer, Weinhausen, Wießner.

Petersen *eröffnet.* **Petersen** *und* **Schiffer** *wenden sich gegen den soeben veröffentlichten Gründungsaufruf des Vereins „Friedrich Naumann"[1], sie sehen darin ein Mißtrauensvotum gegen die jetzige Parteileitung[2]. In der anschließenden Debatte verteidigt* **Nuschke** *die Neugründung und erklärt, daß der Verein keineswegs beabsichtige, sich auf das ganze Reich zu erstrecken, sondern lediglich auf Groß-Berlin beschränkt bleiben wolle. Daraufhin wird beschlossen, in diesem Sinne eine beruhigende Erklärung in der Presse zu veröffentlichen[3].*

Der Vorstand legt die Tagesordnung und die Rednerliste für den Parteitag fest.

Erkelenz hat eine Broschüre über das Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern verfaßt[4]. Eine Reihe von Exemplaren soll zum Selbstkostenpreis an die Organisationen im Lande verteilt werden.

Wießner *bringt die Frage einer Vertretung der Jugendorganisationen bei der Zentrale zur Sprache. Der Vorstand erklärt sich bereit, der Reichsgeschäftsstelle einen eigenen Sekretär für Jugendfragen anzugliedern.*

Auf Forderung **Böhmes** *werden der Parteiorganisation in Königsberg 20000 M bewilligt mit der Maßgabe, sie für die Landagitation zu verwenden.*

---

1 Der Aufruf war von Nuschke, Preuß und Frau Deutsch unterzeichnet. Abgedruckt in: Berliner Tageblatt v. 24.10.1920 Nr. 438.

2 Am 26.10.1920 schrieb Petersen an seine Frau: „Auf der Fahrt hierher las ich dann, daß einige Berliner, darunter Preuß und Nuschke, die beide bei den letzten Wahlen ausgefallen sind, sich veranlaßt gefühlt haben, einen Verein ‚Friedrich Naumann' zu begründen, um innerhalb der Partei ihre besondere ‚Richtung' zu pflegen. O diese Berliner! Ich bin dann gestern im Vorstand sehr deutlich geworden; der Vorstand trat mir, natürlich mit Ausnahme von Nuschke, einmütig bei, und die Sache wird wohl zu meiner Zufriedenheit erledigt." Bürgermeister Petersen S. 69. Koch-Weser notierte: „In der eigenen Partei einige Asphaltverschwörer um Preuß und Nuschke, die unsere Politik verdächtig machen wollen und als echte Treuwächter der Demokratie einen ‚Friedrich Naumann-Verein' gründeten. Als Petersens Energie aufgewacht war, gaben sie klein bei." Nachlaß Koch-Weser 27.

3 Abgedruckt in: Demokratische Parteikorrespondenz v. 27.10.1920 Nr. 241.

4 Unternehmer und Arbeitnehmer in der neuen Wirtschaft, Berlin 1919.

70.

22.11.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Petersen. Beginn: 15.45 Uhr. Ende: nach 18.15 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Erkelenz, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Goetz, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Koch-Weser, Kundel, Nuschke, Petersen, Schiffer, Wachhorst de Wente. Gäste: Bartschat, Heuss, Wieland.

Petersen *eröffnet. Die Tagesordnung des Nürnberger Parteitags wird nochmals besprochen und in einigen Punkten abgeändert. Das wirtschaftspolitische Referat wird Wieland*[1] *erstatten. Ein Antrag, ein wirtschaftspolitisches Korreferat von Erkelenz einzufügen, wird mit 7 gegen 4 Stimmen abgelehnt. ,,Es wird erwartet, daß Dr. Rathenau*[2] *als privilegierter Diskussionsredner spricht. Aber es wird als notwendig bezeichnet, daß Rathenau sich eine Delegation verschafft. Die Herren Heuss*[3] *und Jansen werden versuchen, in diesem Sinne auf die Parteifreunde in Berlin und im Wahlkreise Teltow-Charlottenburg einzuwirken."*

Der Vorstand billigt die vom Organisationsausschuß vorgelegten Leitsätze über die Neuorganisation der Partei[4]*. Jansen hat in einer Denkschrift die Bildung einer preußischen Landesorganisation empfohlen. Der Vorstand hält es für besser, sich lediglich für die Schaffung eines Preußen-Ausschusses anläßlich der jeweils anstehenden Wahlen auszusprechen.*

Der Nordwestdeutsche Handwerkerbund hat von der Parteileitung eine Stellungnahme zu den Forderungen des Reichsverbandes der Handwerker und besondere Berücksichtigung von Handwerkern bei der Aufstellung der Kandidatenlisten verlangt[5]*. Der Vorstand beschließt, dem Bund grundsätzlich entgegenkommend zu*

1 Philipp Wieland (1863-1941), Aufsichtsratsvorsitzender der Wieland Werke in Ulm, Teilhaber der Deutschen Delta-Metallgesellschaft, Präsidialmitglied des Reichsverbands der Deutschen Industrie, Md II. württ. Abgeordnetenkammer (NL) 1909-1918, MdR (DDP) 1919-1930, Präsidialmitglied des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe der DDP.

2 Walther Rathenau (1867-1922), Vorstandsmitglied der AEG seit 1899, Vorstandsvorsitzender seit 1915, Leiter der Kriegsrohstoffabteilung des Kriegsministeriums 1914-1915, Reichsminister für Wiederaufbau von Mai bis Oktober 1921, Außenminister von Februar bis Juli 1922. Vgl. Peter Berglar, Walther Rathenau. Seine Zeit, sein Werk, seine Persönlichkeit, Bremen 1970; ferner Felix Hirsch, Walther Rathenau and the Weimar Republic. The Politics of Reparations, Baltimore and London 1971.

3 Theodor Heuss (1884-1963), Schriftleiter der ,,Hilfe" 1905-1912, der ,,Neckarzeitung" 1912-1918, Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik 1920-1933, MdR (DDP/Staatspartei) Mai 1924 bis 1928, 1930 bis November 1932, März bis Juli 1933. Vgl. Jürgen C. Heß, Theodor Heuss vor 1933. Ein Beitrag zur Geschichte des demokratischen Denkens in Deutschland, Stuttgart 1973; Wolfgang Wiedner, Theodor Heuss, Das Demokratie- und Staatsverständnis im Zeitablauf. Betrachtungen der Jahre 1902-1963, Düsseldorf 1973; Eksteins, Heuss.

4 Abgedruckt in: Zweiter ordentlicher Parteitag S. 19f.

5 Der Nordwestdeutsche Handwerkerverband hatte ganz im Sinne der Beschlüsse des Reichsverbands des Deutschen Handwerks vom Sommer 1920 erklärt, man dürfe keine Angst vor Parteipolitik haben, ,,man soll über ihr stehen und sie als Werkzeug benutzen, um dem Handwerk zu seinem Recht zu verhelfen". Heinrich A. Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik, Köln 1972, S. 128.

antworten, aber zugleich darauf hinzuweisen, daß die Aufstellung der Kandidaten Sache der Wahlkreise sei.

Der Vorstand bespricht die Frage der Vertretung derjenigen Wahlkreise auf dem Parteitag, die mit ihrer „Kopfsteuer" im Rückstand sind. Es wird beschlossen, Einladungen zum Parteitag an Graf Czernin[6] und an die „Großdeutsche Volkspartei" Österreichs[7] sowie an die „Deutschdemokratische Freiheitspartei"[8] in der Tschecho-Slowakei zu schicken.

6 Ottokar Graf Czernin von und zu Chudenitz (1872-1932), österreichisch-ungarischer Außenminister 1916-1918, Md Nationalrats (Bürgerliche Arbeitspartei) 1920-1923.

7 Siehe Nr. 67 Anm. 2.

8 Die „Deutschdemokratische Freiheitspartei" in der Tschechoslowakei war im Jahre 1919 gegründet worden. Bei den Wahlen 1920 hatte sie zwei Mandate im Abgeordnetenhaus und zwei Mandate im Senat erhalten. Vgl. den Bericht über die Entwicklung der Partei in: Demokrat v. 5.5.1929 Nr. 9.

71.

27.11.1920: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: Petersen. Beginn: kurz vor 10.30 Uhr. Ende: 18 Uhr. Ort: Hannover, in der „Gartenallee 1".

Petersen *eröffnet. Nach kurzer Debatte über die Frage der Dauer des Parteitags berichtet* **Frankfurter** *über die Organisationsprobleme der Partei. Angesichts der Niederlage der Partei bei den Reichstagswahlen und der Möglichkeit einer Katastrophe bei den Preußen-Wahlen sei eine Änderung der Organisation unumgänglich. Um die politischen und die verwaltungsmäßigen Aufgaben in der Partei zu erfüllen, sei es notwendig, in allen Wahlkreisen hauptamtliche Parteibeamte zu beschäftigen. Ferner sei daran gedacht, bei der Zentrale drei bis vier Reichssekretäre anzustellen, um die Verbindung zwischen der Zentrale und den Generalsekretären im Land herzustellen. Frankfurter geht dann näher auf die schwierige Lage der liberalen Provinzpresse ein und auf die Versuche, die einzelnen Berufsklassen durch systematische Bildung von Ausschüssen bei der Zentrale enger an die Partei zu binden. Er schließt mit der Ermahnung, den Anträgen des Organisationsausschusses auf Erhöhung des Mitgliedsbeitrags von einer auf sechs Mark pro Kopf[1] zuzustimmen, um Abhängigkeit von bestimmten, finanzstarken Gruppen zu vermeiden. In der folgenden Diskussion herrscht Übereinstimmung über die Notwendigkeit, die wirtschaftliche und soziale Stellung der Parteisekretäre zu bessern. Die vorgeschlagene Erhöhung der Mitgliedsbeiträge stößt dagegen verschiedentlich auf Bedenken. Nach* **Frankfurters** *Schlußwort dankt* **Petersen** *den Parteisekretären für die geleistete Arbeit und bedauert, daß die Partei finanziell nicht in der Lage sei, diese Leistungen angemessen zu honorieren. Er dankt auch den Freunden aus Handel und Industrie, die der Partei in schwerer Zeit geholfen hätten, „ohne irgend einen Versuch, auf die Politik der Partei einzuwirken", und betont die Notwendigkeit, den Mitgliedsbeitrag zu erhöhen.*

1 Liegen vor.

Jansen *referiert über die Tagesordnung des Parteitags, die im Verlauf einer längeren Diskussion geringfügig abgeändert wird.*

Nach der Mittagspause beginnt die politische Debatte.

Politische Aussprache

Herr **Petersen** eröffnet die Aussprache durch ein einleitendes Referat. Seit der letzten Parteiausschußsitzung sind wir um ein starkes Stück weiter aus der revolutionären in die evolutionäre Bewegung eingetreten. Wir befinden uns jetzt also ungefähr da, wo wir vor dem Kapp–Putsch gestanden haben. Die Spaltung der Unabhängigen ist das Zeichen einer gesunden Entwicklung. Die Wahlen in Sachsen[2] haben bewiesen, daß die Moskauer Parole keineswegs eine stark zündende Kraft besitzt. Redner rekapituliert die Vorgänge seit der letzten Regierungsbildung. Die Deutsche Volkspartei hat den bei Eintritt in die Regierung geschlossenen Pakt[3] treu innegehalten. Wir haben innerhalb der Regierung in keiner Frage mit ihr irgendwelche erheblichen Schwierigkeiten gehabt. Die Aufgaben, die noch zu lösen sind, sind leichter zu lösen ohne die Sozialdemokratie als mit ihr. Es sei dabei erinnert vor allem an die Schlichtungsordnung[4]. Die Sozialdemokratie ist dadurch, daß sie die Regierung nicht stürzt, sondern erhält, für die Regierung mit verantwortlich. Überaus wichtig, aber auch schwierig ist die Frage, wie sich die weitere Entwicklung gestalten soll. Die Sozialdemokratie nimmt es zweifellos mit vielem, was sie anstrebt, nicht ernsthaft, sie handelt nur aus demagogischem Bedürfnis heraus. Es kommt nun darauf an, der Sozialdemokratie keinen Grund zu geben, in die Opposition zu gehen. Andererseits, wie sollen wir die preußischen Wahlen durchführen, wenn die Mehrheitssozialdemokraten im Reiche, in Sachsen usw. sich fortwährend weigern, an der Regierung mitzuwirken? Es sind Stimmen auch in unseren Kreisen laut geworden, die unter allen Umständen ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie für das Wichtigste halten und sogar empfehlen, die Deutsche Volkspartei aus dem Block herauszutreiben um der Sozialdemokratie willen. Diese Politik wäre absolut verkehrt. Es ist für unsere Partei völlig unerträglich, die falsche Taktik der Sozialdemokratie mitzumachen, denn darauf würde letzten Endes unser Zusammenarbeiten hinauskommen. Wir müßten im Gegenteil eine Situation schaffen, auf der für Jahre hinaus eine breite demokratische Plattform gebildet wird. Da erscheint es mir sehr wichtig, daß wir die Deutsche Volkspartei mehr heranziehen, anstatt daß sie nach rechts hinübergeht. Wir brauchen ja zum Wiederaufbau Deutschlands die Kräfte, die hinter der Deutschen Volkspartei stehen. Entweder wird daher die Sozialdemokratie noch vor den Preußenwahlen umschwenken, oder sie muß überhaupt eine andere Stellung einnehmen. Die Forderung zur Entscheidung müßte an sie

2 In den sächsischen Landtagswahlen am 14.11.1920 waren der linke und der rechte Flügel der USPD jeweils mit einer eigenen Liste aufgetreten; der linke Flügel hatte nur 3 Mandate erhalten, der rechte dagegen 13. Vgl. Schulthess 1920 I S. 296.

3 Siehe Nr. 63 Anm. 1.

4 Der Entwurf einer Schlichtungsordnung befand sich noch in Vorbereitung. Er sollte der Regelung von Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft dienen. Vgl. Kabinett Fehrenbach S. 502 Anm. 1 u. 2.

vielleicht über Preußen gestellt werden. Ändert sie sich nicht, dann muß der Kampf in Preußen so geführt werden, daß die Konstellation eben dadurch nicht betroffen wird. Wir werden also an die Seite der Deutschen Volkspartei gedrängt. Überhaupt unsere Stellung zur Deutschen Volkspartei! Wenn wir auch an Wählermassen kleiner und an Mandaten schwächer geworden sind, so stellt sich in den Parlamenten die Lage doch immer so, daß alle Regierungsbildungen von der Demokratie abhängig sind. Gegenüber den in der Presse laut gewordenen Gerüchten erklärt der Redner: Es hat nicht eine einzige Besprechung mit irgend einem Vertreter der Deutschen Volkspartei über eine Fusion oder dergleichen stattgefunden. Worauf wir uns beschränkt haben, ist, daß wir innerhalb des Interfraktionellen Ausschusses über manche Dinge miteinander gesprochen haben, auch darüber, daß es unerträglich ist, daß während wir zusammen im Reichstage Politik machen, im Lande die beiden Parteien sich bekämpfen. Wir sind dabei auf volles Verständnis der Führer gestoßen. Unsere Stellung zu diesem Problem der Fusion scheint mir völlig klar zu sein. Die einzige Partei, die in Zukunft wirklich die deutsche Politik dauernd bestimmen kann, ist die unsere. Die Sozialdemokratie hat wohl gute Kräfte, aber dazu ist sie nicht imstande. Auch das Zentrum hat gewiß starke Arbeitermassen hinter sich, aber es bietet infolge seiner konfessionellen Bindung nicht die nötigen Garantien. Wenn sich bei der Deutschen Volkspartei auch allerlei Anzeichen mehren, daß sie den Verhältnissen Rechnung tragen will, so ist sie doch so stark mit Hypotheken belastet, daß sie nicht zuverlässig erscheint. Daher ist das Bestehen unserer Partei eine absolute Notwendigkeit für das Wohl des Deutschen Reiches. Es wäre mithin absolut wünschenswert, wenn wir eine starke Partei hätten, die neben der Sozialdemokratie ernstliche demokratische, nationale und soziale Politik betreibt. Aber diese Partei muß auf unserem Boden stehen, und der Frage des Zusammenschlusses kann nicht eher nähergetreten werden, als bis die Zeit dafür reif ist. Augenblicklich ist das noch nicht der Fall. Käme es jetzt zu einer Fusion, so würde ein Teil der Volkspartei nach rechts gehen, ein Teil von uns nach links. Es bedarf noch eines ganzen Weges weiterer praktischer Erfahrung und Ernüchterung, ehe der Zusammenschluß erfolgen kann. Zur Zeit ist nichts anderes möglich, als etwa ein taktisches Zusammenarbeiten bei den preußischen Wahlen und ebenso ein Wirken für einen Block von Stresemann bis Scheidemann. Redner betont zum Schluß, daß die Demokratische Partei jetzt wieder viel selbständiger dastehe. Sie habe früher manche Frage entscheiden müssen mit Rücksicht auf die Sozialdemokratie. Seit dem 6. Juni aber sei dies anders geworden, und andererseits habe die Partei seit der Zeit niemals eine Entscheidung getroffen mit Rücksicht auf die Deutsche Volkspartei[5].

Herr **Peill** pflichtet den Ausführungen Petersens bei. Im übrigen wünscht er, daß Leute des praktischen Lebens in der Fraktion stärker vertreten sind. Der Partei tue mehr Realismus not.

Herr **Böhme** kann den optimistischen Grundton der Rede Petersens nicht teilen. Wenn die Abwanderung von der Demokratischen Partei sich in dem Maße

5 Koch-Weser notierte zu dieser Sitzung am 30.11.1920: „Petersen ist mit der Frage der Fusion recht taperig in seiner Eröffnungsrede herausgeplatzt. Dabei war von Schiffer, Ruer, mehreren anderen und mir vorbereitet, daß die Anregung von der Landespartei Schleswig-Holstein ausgehen sollte." Nachlaß Koch-Weser 27.

wie jetzt fortsetzt, dann kommt einmal der Moment, wo unsere ausschlaggebende Stellung verlorengeht und die Rechte für sich allein mit dem Zentrum die Mehrheit hat. Bei den Kandidatenaufstellungen müssen die praktischen Berufe mehr berücksichtigt werden. Redner hält es für richtig, daß wir jetzt keinesfalls den Anschluß proklamieren dürfen, das kommt ganz von selbst. Aber ebenso muß man dafür sorgen, daß namentlich nicht die großstädtische Presse die Gegensätze verschärft.

Herr **Graue** bezeichnet sich als abgesagten Feind aller Sozialisierungsversuche und ähnlicher Experimente. Was er verlangt, das ist soziale Gesinnung, das aber liegt auf kulturellem Gebiete. Große Fehler sind bei der Gründung der Demokratischen Partei gemacht worden. Wir hätten damals eine große bürgerliche, liberale Partei mit Stresemann schaffen müssen. Die Deutschnationale Volkspartei besitzt eine kräftige Parteiorganisation ganz im geheimen in der evangelischen Kirche. Die Kirche ist ein wichtiges Instrument, das wir nicht in den Händen der Deutschnationalen lassen dürfen. Redner empfiehlt die Eintragung in die Listen zu den Kirchenwahlen und eifrige Beteiligung bei den Wahlen[6]. Kümmern Sie sich um kirchliche Dinge, und zwingen Sie die Kirche zur Neutralität, aus politischem wie aus kirchlichem Interesse.

Herr **Herrmann**[7] beantragt Beschränkung der Redezeit auf fünf Minuten. Der Antrag wird angenommen.

Herr **Immisch** bedauert, daß seinerzeit, als wir in die Regierung eintraten, die für uns geltenden Richtlinien nicht veröffentlicht wurden, wie es doch in Aussicht gestellt war, das hat uns viele Wähler gekostet. Wir brauchen jetzt noch Aufklärung über unsere Politik. Die Volksparteiler tun so, als wenn seit ihrem Eintreten in die Regierung das Steuer nach rechts gedreht worden ist. Demgegenüber ist eine wahrheitsgemäße Darstellung nötig.

Herr **Cohnstaedt**: Es läßt sich nicht leugnen, daß unsere Fraktion ihre Politik derjenigen der Deutschen Volkspartei etwas angenähert hat. Wähler werden wir dadurch nicht zurückgewinnen. Wenn wir uns, wie Petersen richtig sagt, selbständig erhalten wollen, dann dürfen wir auch nicht ein taktisches Zusammengehen mit der Volkspartei betreiben, denn von ihr trennen uns starke Gegensätze. Redner weist auf die Sozialisierungsfrage hin und fragt, ob es nicht zweckmäßig und politisch notwendig gewesen wäre, bei der letzten Sozialisierungsdebatte[8] einige grundsätzliche Ausführungen über die Stellung der Demokratischen Partei zu machen. Wir hätten darauf hinweisen können, daß wir uns einig sind darüber, was nicht sozialisiert werden soll: verarbeitende Industrie, Gewerbe und Kleinhan-

6 Zur Bedeutung der Gemeindewahlen vgl. Jochen Jacke, Kirche zwischen Monarchie und Republik. Der preußische Protestantismus nach dem Zusammenbruch von 1918, Hamburg 1976, S.246ff.

7 Alfred Herrmann (1879-1960), Akademieprofessor für Geschichte in Posen 1913-1919, dann nacheinander Chefredakteur der „Oldenburgischen Landeszeitung", der „Kieler Zeitung" und Redakteur am „Hamburger Fremdenblatt", Professor an der Universität Hamburg ab 1927, MdNv (DDP) 1919-1920, Gründungsmitglied und Erster Vorsitzender der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien.

8 Die letzte Sozialisierungsdebatte im Reichstag hatte am 20.11.1920 anläßlich einer sozialdemokratischen Interpellation betr. Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Vollsozialisierung des Kohlenbergbaus stattgefunden. Vgl. Sten. Ber. Bd. 345. S. 1133-1160.

del, Landwirtschaft. Ferner, daß wir bei der Stellung zur Sozialisierung den Grundsatz betonen, Erhaltung möglichst weiter Privatinitiativen und Freiheit der Wirtschaft. Daß wir aber diese Freiheit nicht nur gegenüber den Staaten, sondern auch gegenüber den Privatmonopolen und den Industriemagnaten sichern wollen. Von der Volkspartei trennt uns vor allem positiv, daß diese mit Bewußtsein eine bürgerliche Klassenpartei ist. Das dürfen wir nicht sein. Wir müssen den Gedanken der Volksgemeinschaft an die Spitze stellen, dann wird unsere Partei dauernd ihre Existenzberechtigung behalten.

Herr **Hamm**[9]: Wir müssen dafür sorgen, daß die Partei als solche möglichst stark erhalten bleibt. Darum sollten wir auch die Eigenheiten der Zeit etwas mehr achten. Redner exemplifiziert dabei auf die bayrische Einwohnerwehr. In diesem, wie in anderen Fällen, sollten wir die Empfindungen des Volkes achten und das Richtige darin anerkennen. Redner würde es bedauern, wenn es voreilig zu einer Einigung mit der Volkspartei kommt, zu einer Zeit, wo wir gerade schwach sind. In dieser neuen Vereinigung muß unser Geist richtunggebend sein.

Herr **Platen**[10] verteidigt gegenüber einer Bemerkung Böhmes die Kandidatur Hoff in Schleswig-Holstein. Ferner wünscht er, daß über die Frage der großen Mittelpartei in Nürnberg nicht allzuviel gesprochen wird. Unsere Partei geht zugrunde, wenn wir unserer Wählerschaft heute eine große taktische Schwenkung zumuten. Wir dürfen uns bei den Wahlen nicht weiter in die Defensive drängen lassen, sondern müssen offensiv vorgehen und kämpfen auf Grund des Parteiprogramms.

Frau **Bäumer** ist auch der Meinung, daß die Parole der Politik der Mitte unter Nennung der Deutschen Volkspartei, wenn sie in Nürnberg ausgesprochen wird, unsere ganze Kraft lähmen würde. Wir müssen die Ausdauer haben, um während der in der Sozialdemokratie herrschenden Krisis durchzuhalten und dann mit ihr zu einer Volksgemeinschaft zu kommen. Darauf kommt es gar nicht an, daß die Deutsche Volkspartei im Reichstag eine Politik treiben muß, der wir zustimmen können, sondern darauf, was die Deutsche Volkspartei in den Augen der Wähler ist, und da ist sie eine gesellschaftliche, bürgerliche Klassenpartei reinsten Wassers. Es ist äußerst bedenklich, wenn wir gerade in dem Augenblick, wo wir noch schwach sind, die Frage der Fusion oder dergleichen in den Vordergrund schieben.

Herr **Schreiber**: Wenn wir die von Petersen empfohlene Taktik bei den Preußenwahlen betreiben, so kommen wir in eine sehr schwierige Lage. Im Lande wird vielfach der Wunsch nach Bildung einer großen liberalen Partei ausgesprochen. Wenn sich dies nicht durchführen läßt, dann gibt es nur noch eins, nämlich rücksichtslosen Kampf gegen die Volkspartei; ein lauwarmes Verhältnis zur Volkspartei ist nicht möglich. Dringend bedürfen wir eines Aktionsprogramms.

---

9 Eduard Hamm (1879-1944), Rechtsrat im bayrischen Innenministerium 1911-1919, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Industrie- und Handelstages 1924-1933, MdR (DDP) 1920 bis Mai 1924, bayrischer Handelsminister von Mai 1919 bis Juli 1922, Staatssekretär in der Reichskanzlei von November 1922 bis August 1923, Reichswirtschaftsminister von November 1923 bis Januar 1925.

10 Curt Platen (1872-1941), Chefredakteur des „Hamburger Anzeigers", Md Bürgerschaft (Vereinigte Liberale/DDP/Staatspartei) 1910-1933, Senator 1929-1933.

Wir müssen die Führung übernehmen bei den Fragen, die jetzt das Volk bewegen: Revision des Friedens, Arbeitspflicht, Sozialisierungsfragen, Finanzfragen usw.

Herr **Nuschke** schließt sich den Ausführungen von Frau Bäumer an. Er wendet sich insbesondere gegen Äußerungen Petersens, der gesagt hatte, es gebe einen Teil der Demokratischen Partei, der unter allen Umständen und ein für allemal ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie wolle; das sei nicht richtig. Redner verteidigt seine Auffassung zur Stellung der Sozialdemokratie. Er bestreitet ferner, daß die großstädtische Presse der Demokraten den Kampf gegen die Deutsche Volkspartei betreibe. Gerade die volksparteiliche Provinzpresse lasse jede Rücksicht auf uns vermissen.

Herr **Falk** weist absprechende Äußerungen Platens über die frühere Nationalliberale Partei zurück und erklärt dann, die Einigung des Liberalismus durch Zusammenschluß mit der Volkspartei würde lediglich die Geschichte der Sezessionen um eine vermehren, denn zu einem wirklichen Zusammenschluß der gesamten beiden Parteien würde es nicht kommen. Die Phrase von der einen reaktionären bürgerlichen Masse würde wieder aufleben. Außerdem, wenn wir auch geneigt wären, mit der Volkspartei zusammenzugehen, dann würde die Volkspartei im Lande doch nicht zustimmen. Der Kampf mit der Deutschen Volkspartei gehe eben weiter. Dazu stehen wir vor Gefahren, die wir noch gar nicht übersehen können, da die Stimmung in weiten Kreisen so schlecht ist, wie sie nur sein kann. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten kann man in ihrer gegenwärtigen, bösen Lage nur durch den Ausblick auf eine bessere Zukunft beruhigen. Wenn wir sie enttäuschen und uns mit der Deutschen Volkspartei vereinigen, dann verlieren sie das Vertrauen zu uns und gehen alle nach links. Darum bleibt uns gar nichts anderes übrig als eine Wahlschlacht nach zwei Fronten.

Herr **Preuß** spricht seine Freude über den Verlauf der Debatte aus, während er anfänglich gefürchtet hatte, daß die Stimmung allgemein für einen Zusammenschluß sein würde. Wenn wir uns mit der Volkspartei einigen, dann ist der bürgerliche Block fertig, und dann entsteht automatisch der sozialistische Block. Alsdann haben wir unsere Existenzberechtigung aufgegeben, da wir dann die Brücke nach links abbrechen und innerhalb der Deutschen Volkspartei jede Bedeutung verlieren. Es ist für jede Partei verhängnisvoll, wenn sie aus der Regierung ausscheidet; das gilt für uns, das gilt auch für die Sozialdemokratie. Die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie ist gerade jetzt sehr schwer, aber gerade deshalb müssen wir den Sozialdemokraten entgegenkommen. Über kurz oder lang wird doch eine Umbildung der Parteien eintreten, und da ist das Vorhandensein einer unbescholtenen Partei nötig, die an dem demokratischen und sozialen Programm festhält und den Kristallisationspunkt für die neue Bildung angibt.

Herr **Fischer** bemerkt gegenüber Cohnstaedt: Die Fraktion habe ihre Stellung zur Sozialisierung bereits in Ulm[11] genügend klargelegt. Damals wurde auch ein

11 Bei einer Tagung der Reichstagsfraktion in Ulm im Oktober 1920 hatte die Fraktion einen besonderen Ausschuß zur Prüfung der Frage eingesetzt, in welcher Weise die Kohlewirtschaft dem Allgemeininteresse dienstbar gemacht werden und wie Arbeiter und Angestellte am wirtschaftlichen Ertrag beteiligt werden könnten. Dem Ausschuß gehörten Fischer, von Siemens, Ziegler, Schiffer, Gothein und Erkelenz an. Vgl. Demokrat v. 14.10.1921 Nr. 1. Schiffer regte in der ersten

positives Programm aufgestellt, was der Redner im einzelnen nachweist. Der Gedanke der Einigung des Liberalismus ist trotz aller Fehler der Vergangenheit auch heute noch des Schweißes der Edlen wert. Das Ziel ist durchaus erstrebenswert, die Wähler zu gewinnen, die augenblicklich bei der Deutschen Volkspartei stehen. Bei dem Kampf nach zwei Fronten haben wir Rücksicht zu nehmen auf die Gefühle des Deutschen Volkes, und diese gehen dahin: „Los von der sozialistischen Welle!"

Herr **Herrmann**: Petersen hat in dem einen Teil seiner Rede es so dargestellt, daß der Mittelblock schon zu ⅘ fertig wäre. Hiervon möchte ich in Nürnberg nichts hören, weil das die unerquicklichste Debatte heraufbeschwören würde. Ich bitte ihn, nur den zweiten Teil seiner Rede in Nürnberg zu wiederholen, worin er sagte, daß wir unsere Selbständigkeit behalten wollten.

Herr **Menzel**[12] wendet sich gegen die Stellung Fischers zur Sozialdemokratie. Eine Koalition mit der Volkspartei bedeutet heute eine Sprengung der Deutschen Demokratischen Partei. Wir können nur auf die Leute rechnen, die von uns zur Volkspartei übergegangen sind, deshalb können wir auch nur etwas gewinnen, wenn wir gegen die Volkspartei kämpfen.

Herr **Dechamps**[13] unterstützt den Wunsch nach einem Aktionsprogramm. Bei uns im Westen denkt die Deutsche Volkspartei gar nicht an eine Fusion mit uns.

Herr **Brand**[14] polemisiert gegen Böhme, dessen Worte einen außerordentlichen Geschmack gehabt hätten. Wir wollen es halten wie bisher, d.h. wir setzen den tüchtigsten Mann auf die Kandidatenliste, einen solchen, von dem die Partei glaubt, daß er die meisten Stimmen erhält. Beruf und Stand sind Nebensache.

Herr **Strass**: Wir brauchen eine klare Taktik bei den Wahlen und auch richtige Waffen für die Wahlen.

Herr **Oeser**: Wir dürfen nicht bei jedem Problem fragen, was die Wähler dazu sagen, im Gegenteil, die Wähler wollen geführt sein. Wir leiden an zu vielen taktischen Bedenken, in erster Linie brauchen wir eine gründliche Erziehungsarbeit für die Partei. In Nürnberg werden wir uns hoffentlich mit den großen grundlegenden Fragen beschäftigen, so daß das Volk erfährt, was wir wollen.

Herr **Koch[-Weser]**: Wir müssen uns vor allem entscheiden, was wir selbst wollen. Nichts ist so falsch, als zu behaupten, die politischen Ziele der Demokratie seien erfüllt. Darum ist unsere Partei auch noch lange nicht überflüssig. In wirtschaftlichen Fragen sind wir von der Sozialdemokratie getrennt. Unser krankes Wirtschaftsleben verträgt die Experimente nicht, daher müssen wir bei der Sozialisierung durchaus vorsichtig sein. Den Wahlkampf haben wir nach beiden Fronten zu führen. Wir müssen den Wählern vor Augen halten, daß die Sozialdemokratie durch die Abstinenzpolitik im Reiche die ruhige Entwicklung verhindert und zerstört. Und wenn sie im Reiche nicht in der Regierung sein will,

---

Sitzung des Ausschusses an, die DVP an den Besprechungen zu beteiligen, da sie die Hauptsachverständigen auf diesem Gebiet besitze. Protokolle von drei Sitzungen vom Oktober 1920 im Nachlaß Gothein 12.

12 Landrat in Trebnitz.

13 Rechtsanwalt in Koblenz.

14 Justizrat in Herford.

dann kann sie auch in Preußen nicht mit uns gehen. Ebenso notwendig ist aber auch klare Stellung gegen rechts.

Herr **Wachhorst de Wente**[15] schließt sich vollständig dem Minister Koch[-Weser] an. Besonders aus dem Lande verlangt man von uns ein klares Sozialisierungsprogramm.

Herr **Schmidthals**[16]: Angesichts des Streiks[17] und der sonstigen Ereignisse der letzten Wochen ist es für uns von Vorteil, daß wir auf die Sozialdemokraten nicht mehr Rücksicht zu nehmen haben. Der Weg, den uns Petersen gezeigt hat im Verhältnis zur Deutschen Volkspartei, ist der einzig richtige.

Herr **Böhme** wendet sich in einer persönlichen Bemerkung gegen Herrn Brand.

Herr **Petersen** führt in seinem Schlußwort aus: Die Diskussion hat eine weitgehende Übereinstimmung ergeben. An eine Fusion oder ein engeres Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei denkt kein Mensch. Mit Nachdruck erklärt er: Wir bleiben auf unserer Linie geradeaus und halten an der Politik unserer Partei fest. Herrn Schreiber bittet der Redner um ein neues Aktionsprogramm[18] mit einer positiven Lösung des Sozialisierungsprogramms. Er würde damit der Partei einen großen Dienst leisten. Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

Schluß 18 Uhr.

---

15 Friedrich Wachhorst de Wente (1863-1939), Landwirt zu Groß-Mimmelage b. Osnabrück, Vorsitzender des Geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Bauernschaft, MdR (NL/DDP) 1907-1912, Mai 1914 bis 1920, MdL Preußen 1913-1918, 1922-1932.

16 Wilhelm Schmidthals (1873-1951), Rittergutspächter in Riemberg/Schlesien, MdNv (DDP) 1919-1920.

17 Vom 10.-11.11.1920 war in den Berliner Gasanstalten und Elektrizitätswerken „wild" gestreikt worden. Vgl. Schulthess 1920 I S. 291f.

18 Vgl. Nr. 46.

72.

3.12.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: zunächst Schiffer, dann Petersen. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 15.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Frau Baum, Frau Bernhardt, Böhme, Cohnstaedt, Dominicus, Erkelenz, Fischer, Frankfurter, Gerland, Goetz, Grund, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Kundel, Nuschke, Petersen, Schiffer, Frau Uth, Wachhorst de Wente, Weinhausen, Wießner.

Schiffer *eröffnet. Der Vorstand erledigt einige den Parteitag betreffende Angelegenheiten. Die demokratische Parteiorganisation Lübecks hat vor einem Eintritt in den Reichsbürgerrat gewarnt. Der Reichsbürgerrat hat nun die Parteileitung ersucht, zu diesem Beschluß Stellung zu nehmen. Der Vorstand erklärt sich unter*

Hinweis auf seine frühere Stellungnahme zum Reichsbürgerrat[1] bereit, den Lübecker Parteifreunden eine Revision ihres Beschlusses nahezulegen.

Der Vorstand stimmt einem bereits auf dem letzten Parteitag gestellten Antrag des Verbands der Parteisekretäre zu, der darum ersucht, ihm eine Vertretung von acht Mitgliedern zu gewähren, und beschließt, auf dem Parteitag eine entsprechende Satzungsänderung zu beantragen[2].

Pape, Mitglied der Lübecker Bürgerschaft, ist aus der Lübecker Parteiorganisation ausgetreten, betrachtet sich aber weiterhin als Angehörigen der Gesamtpartei. Die Lübecker halten dieses Verhalten für satzungswidrig und haben von Pape die Niederlegung seines Bürgerschaftsmandats verlangt. Petersen wird beauftragt, den Fall mit Pape zu besprechen. Im übrigen ist der Vorstand ebenfalls der Meinung, daß Pape im Fall seines Austritts sein Mandat niederlegen müsse.

Im Verlauf einer längeren Aussprache wird festgestellt, daß die Mehrheit der anwesenden Vorstandsmitglieder eine Änderung der Reichsliste bei den Nachwahlen[3] nicht wünscht.

Herr **Petersen** berichtet über das Telegramm der Schleswig-Holsteinischen Landespartei, in dem die Landespartei sich als Vermittlerin zwischen Deutscher Demokratischer Partei und Deutscher Volkspartei anbietet behufs Herbeiführung eines Zusammenschlusses der genannten drei Parteien zu einer liberalen Partei[4]. Unsere schleswig-holsteinischen Freunde fassen es so auf, als wenn der Zusammenschluß sich auf das ganze Reich beziehen soll. Der Vorsitzende schlägt eine entgegenkommende Antwort vor etwa in dem Sinne, daß wir den Vorschlag nicht ablehnen und um Mitteilung bitten, ob die Deutsche Volkspartei bereit ist, der Anregung entgegenzukommen.

Herr **Schiffer** berichtet über eine Unterredung, die er mit dem schleswig-holsteinischen Abgeordneten Iversen über die Angelegenheit gehabt hat. Dieser habe ihm mitgeteilt, daß in Schleswig-Holstein die demokratische Presse die Frage des Zusammenschlusses mit großer Begeisterung behandle, die Deutsche Volkspartei nicht unsympathisch. Das Zusammengehen der beiden Parteien sei insofern schon praktisch geworden, als zum Provinziallandtag eine gemeinsame Liste aufgestellt wird. Auch für die allgemeinen Parlamentswahlen werden die beiderseitigen Organisationen eine enge Fühlung nehmen. Es handle sich keineswegs um einen rein provinziellen Vorschlag, sondern um eine Anregung, die über Schleswig-Holstein hinaus das ganze Reich angehe. Innerhalb der Demokratischen Partei Schleswig-Holsteins, so habe Iversen weiter erklärt, beständen auch ohnehin große Meinungsverschiedenheiten, so daß eine Spaltung auch ohne den liberalen Zusammenschluß zu erwarten sei.

---

1 Siehe Nr. 45 a.

2 Das Protokoll des Nürnberger Parteitags verzeichnet keinen derartigen Antrag; das Mitgliederverzeichnis des PA für 1921 nennt jedoch acht Personen, die auf Vorschlag des Verbandes der demokratischen Parteibeamten zugewählt worden waren. Vgl. S. 766–801.

3 In den Abstimmungsgebieten (Schleswig-Holstein, Ost- und Westpreußen, Oberschlesien) war bei der Reichstagswahl am 6.6.1920 noch nicht gewählt worden, die Wahlen sollten im Verlauf der Jahre 1921 und 1922 nachgeholt werden. Vgl. Schulthess 1920 I S. 146.

4 Vgl. Nr. 71 Anm. 5.

Die Debatte erstreckt sich nicht nur auf die Erörterung des Telegramms, sondern behandelt auch die ganze Frage des Zusammenschlusses der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei überhaupt.

Frau **Baum**[5] übt Kritik an der Art, wie die ganze Frage behandelt werde, und spricht die Vermutung aus, daß in der Frage des Zusammenschlusses schon ohne Kenntnis des Gesamtvorstandes gewisse Fäden gesponnen worden sind.

Herr **Fischer**: Wir dürfen einem solchen Vorschlag gegenüber nicht glatt nein sagen. Wir binden uns ja auch gar nicht und schaffen dadurch keinen Widerspruch mit unserem Wunsche, eine Regierungsbildung zusammen mit der Sozialdemokratie zu ermöglichen. Die Organisation unserer Partei im Lande ist sehr schlecht bestellt, ebenso unsere Finanzverhältnisse. Es ist kaum daran zu denken, daß wir aus den Preußenwahlen einigermaßen leidlich herauskommen. Wir dürfen nicht sagen, mag unsere Partei auch kleiner werden, unsere Idee wird schon siegen. Ich handle im Interesse der Demokratie mehr, wenn ich versuche, in einen größeren Kreis hereinzukommen und dort meine Grundsätze durchzusetzen. Redner erinnert bei dieser Gelegenheit an den Einfluß, den die kleine jungliberale Gruppe in der nationalliberalen Partei errungen hat. Wir brauchen uns heute nicht festzulegen über das, was bei den Verhandlungen durchzusetzen ist. Sollte die Deutsche Volkspartei diese Verhandlungen ablehnen, dann haben wir zu erwarten, daß wir einen ganz anderen, viel günstigeren Wahlkampf vor uns haben, indem wir sagen, wir sind es gewesen, die eine große Partei, einen Block der Mitte bilden wollten, und die Deutsche Volkspartei wollte es nicht.

Herr **Erkelenz** hält eine Debatte nur für ersprießlich, wenn die maßgebenden Herren des Vorstandes Auskunft geben über die Vorgänge, über das, was geschehen ist und das, was sie wollen. Redner verweist hierbei auf die neuliche Zusammenkunft von Parteiführern in Weimar, über die die widersprechendsten Gerüchte umliefen.

Herr **Petersen**: Ich habe mich auf dem Leipziger Parteitag, wie schon stets vorher auf den Standpunkt gestellt, daß neben der Sozialdemokratie, mit der ich nach wie vor zusammenarbeiten will, eine möglichst große, auf demokratischem Boden stehende nationale und soziale Partei vorhanden sein muß. Erstens deswegen, weil die Sozialdemokratie unzuverlässig ist und sich jetzt sogar nicht an der Regierung beteiligen will, zweitens, weil sie ein Programm vertritt, mit dem kein Wiederaufbau zu betreiben ist. Versagt sich die Sozialdemokratie, dann muß die Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei eintreten. Diese Zusammenarbeit ist im Reiche erfolgt und wird geführt auf Grund der Thesen, die unsere Partei als die maßgebenden aufgestellt hat[6]. Die Deutsche Volkspartei hat in dieser Regierung tadellos mitgewirkt, wir brauchen hier keine Konzessionen zu machen. Darauf habe ich zu Beginn des Winters Reden gehalten, in denen ich ausgeführt habe: Wir brauchen eine nationale und soziale Politik, und zu ihrer Durchführung kommt heute die große deutsche Mitte in Betracht. Diese muß die Sozialdemokratie mit umfassen, dagegen habe ich nicht gesagt: Ohne die Sozialdemokratie kann keine

5 Marie Baum (1874-1964), Leiterin der Sozialen Frauenschule Hamburg seit 1917, MdR (DDP) 1919 bis Februar 1921. Vgl. M. Baum, Rückblick auf mein Leben, Heidelberg 1950.

6 Vgl. Nr. 63. Anm. 1.

Regierung gebildet werden. Weiter habe ich gesagt, es stellt sich immer mehr heraus, daß es ein großer Fehler war, daß 1918 zwei bürgerliche Linksparteien gebildet worden sind und daß die Kräfte nicht zusammengefaßt worden sind. Es ist notwendig, *eine* Partei zu schaffen, die auf *unserm* Boden steht. Für eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei bin ich nicht eingetreten. Dagegen habe ich immer betont, daß eine große demokratische Partei bestehen muß, nicht Parteisplitter, die einer möglichst reibungslosen Koalition entgegen wirken. Für mich ist der werbende Gedanke vorhanden: dem Deutschen Volke zu zeigen, daß im jetzigen demokratischen Staate große zusammenfassende Parteien geschaffen werden müssen. Diesen Gedanken halte ich für stark werbend. Gegenüber falschen Gerüchten betone ich, es hat nie eine einzige Besprechung mit irgend einem Führer der Deutschen Volkspartei stattgefunden über das Thema der Fusion. Neulich in Weimar sind einige Parteifreunde: Haußmann, Hieber, Payer[7], Koch[-Weser], Schiffer, Gessler, Dominicus, Degenhardt[8] und ich sowie mehrere Thüringer zusammengewesen. Das war schon vor Monaten. Wir unterhielten uns dort auf Wunsch der Thüringer mit ihnen über die Frage der Bildung der thüringischen Regierung. Selbstverständlich ist dabei auch über die Frage der Zusammenfassung der beiden liberalen Parteien gesprochen worden, auch über die Regierungsbildung in Sachsen. Aber nur nebenbei. Alle Herren in Weimar sind der Meinung gewesen: Ablehnung einer Regierung mit den Deutschnationalen und Ablehnung einer Regierung mit der äußersten Linken. Im Parteiausschuß habe ich nichts weiter gesagt, als daß ich vorschlug, den Gedanken der Bildung einer großen Partei, die auf unserem Boden steht, offiziell in die Debatte zu werfen[9]. Die Parteiausschußdebatte hat kein klares und einmütiges Urteil ergeben. Ich habe schließlich festgestellt, daß man heute eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei ablehnt und sich mit einer gewissen taktischen Annäherung bezüglich der preußischen Wahlen begnügen will. Diese Idee habe ich auch neulich in der Fraktion entwickelt. Die Fraktion hat dann mit 14 gegen 9 Stimmen beschlossen, man solle der Anregung der Schleswig-Holsteinischen Landespartei dahin nachgeben, daß wir die Sache nicht zum Scheitern bringen wollen. Nun steht hier heute dieselbe Frage zur Entscheidung, und es fragt sich, ist es richtig und zweckmäßig, daß ich auch auf dem Nürnberger Parteitag die genannte Linie weiter verfolge: Bildung einer großen Mitte einschließlich der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie mit dem Mittelpunkt der Demokratischen Partei? Auf das schleswig-holsteinische Telegramm können wir entweder nur antworten: Wir lehnen es ab, mit der Deutschen Volkspartei in Verhandlungen zu treten, oder, wir sind nicht abgeneigt, darüber zu verhandeln; wir bitten zunächst die Landespartei, festzustellen, ob bei der Deutschen

7 Friedrich von Payer (1847-1931), Rechtsanwalt und Notar in Stuttgart, MdR (Süddeutsche Volkspartei/Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1877-1878, Mai 1880 bis 1887, 1890 bis November 1917, 1919-1920, Md. II. württ. Abgeordnetenkammer 1884-1912, Vizekanzler von November 1917 bis November 1918, Vorsitzender der Nationalversammlungsfraktion der DDP von Februar bis Juni 1919 und von Oktober 1919 bis Juni 1920, Ehrenvorsitzender der Partei 1925-1930. Vgl. Payers Aufzeichnungen aus seiner politisch bedeutsamsten Zeit: Von Bethmann-Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder, Frankfurt/M. 1923.

8 Lehrer in Erfurt, MdLv Preußen (DDP) 1919-1921.

9 Vgl. Nr. 71.

Volkspartei Meinung dafür vorhanden ist. Wir werden von der Volkspartei sicherlich eine ablehnende Antwort erhalten, und das wird uns bei den Wahlen ihr gegenüber sehr in den Vorteil setzen.

Herr **Gerland** bemerkt noch über die Weimarer Tagung, er habe mit Schiffer eine Besprechung für Anfang August für einen kleinen Kreis von Mitgliedern in Thüringen verabredet. Redner setzt weiter auseinander, wie der Kreis von Teilnehmern sich allmählich vergrößert hat und wie weit über die Frage des Zusammenschlusses gesprochen worden ist. Über diese Frage ist nur verhältnismäßig kurz verhandelt worden. Fast die ganze Debatte wurde von thüringischen Angelegenheiten in Anspruch genommen.

Herr **Erkelenz** bittet Petersen um eine Erweiterung seiner Ausführungen nach der persönlichen Seite hin, in dem Sinne: Wie wirkt nach Petersens Auffassung diese ganze von ihm entwickelte Gedankenreihe auf unsere Partei und wie auf die Deutsche Volkspartei.

Herr **Schiffer** bestätigt die Angaben Petersens und Gerlands über die Vorgänge in Weimar und rechtfertigt die Zusammenkunft. Er setzt auseinander, daß solche Zusammenkünfte wie in Weimar wiederholt werden sollen in möglichst vielen Gegenden Deutschlands, weil diese Veranstaltungen für die Partei wertvoll seien. Ohne persönliches Vertrauen sei keine Politik zu machen, um Klüngel und Konventikel handle es sich durchaus nicht. Er werde sich niemals vorschreiben lassen, mit wem und worüber er sich privatim zu unterhalten habe. Er teilt bei dieser Gelegenheit mit, daß er neulich mit dem Abgeordneten von Kardorff[10] eine private Unterredung gehabt habe, in der er aber die Stellung der Partei in keiner Weise gebunden habe. Verhandlungen mit Kardorff über den Zusammenschluß mit der Deutschen Volkspartei habe er gar nicht geführt.

Herr **Dominicus** kann nicht verbindlich für seine Fraktion sprechen, da diese noch keinen offiziellen Entschluß gefaßt hat. Aber ungefähr kennt er die Stellung der Fraktion und führt aus, daß die große Mehrheit der jetzigen Preußenfraktion die Aufrechterhaltung des augenblicklichen Verhältnisses mit der Deutschen Volkspartei für unmöglich hält. Wir fürchten, daß es uns bei den Preußenwahlen ebenso gehen wird wie am 6. Juni[11] und jetzt in Sachsen[12]. Die ganz große Mehrheit der Preußenfraktion hält eine Fortführung dieses Kampfes mit der Deutschen Volkspartei für unmöglich. Dieser Kampf hat gar keinen Zweck. Ich sehe jetzt tatsächlich in Berlin, mit welcher Roheit die Sozialdemokraten uns bekämpfen. Die Mehrheitssozialdemokraten sind vollständig abhängig von dem kleinen Häuflein der Kommunisten. Unter diesen Umständen vermag ich nicht einzusehen, weshalb wir genötigt sein sollen, mit ihnen zusammenzugehen, und warum wir da nicht versuchen, auf der andern Seite die nicht sozialistischen Massen zusammenzufassen. Ich habe auch erhebliche Sorgen wegen unserer finanziellen Zukunft. Es fehlt uns jedes Ziel, das die großen Massen begeistert,

---

10 Siegfried von Kardorff (1873-1945), MdL Preußen (Freikonservative Vereinigung/DNVP/DVP) 1909-1924, MdR 1920 bis Juli 1932.

11 Reichstagswahl.

12 Bei den sächsischen Landtagswahlen am 14.11.1920 hatte die DDP nur acht Mandate erhalten; 1919 waren es 22 gewesen. Vgl. Schulthess 1920 I S. 296.

und unsere Versammlungen sind außerordentlich schlecht besucht. Wegen der Antwort nach Schleswig-Holstein stimmt Redner mit Petersen dahin überein, daß man nicht nein sagen dürfe.

Herr **Böhme** weist darauf hin, daß in absehbarer Zeit eine Regierungsbildung ohne die Deutsche Volkspartei nicht möglich ist. An dem Tage, an dem im Reiche oder in einem Bundesstaat der Versuch gemacht werden sollte, ein Verhältnis zwischen Deutscher Demokratischer Partei und Unabhängigen herzustellen, würde der Bauernbund seine Beziehungen zur Demokratischen Partei abbrechen. Es wäre wünschenswert, die Mehrheitssozialdemokratie bei der Koalition zu halten, weil im allgemeinen heute gegen die Massen regiert werden muß. Aber gerade deshalb ist der Zusammenschluß mit der Deutschen Volkspartei nötig, und zwar ein solcher, der sich nach den Wahlen vielleicht auch noch auf Teile der Deutschnationalen Volkspartei ausdehnen wird. Was wolle man eigentlich in dem Wahlkampf gegen die Deutsche Volkspartei sagen? Die Leute kümmern sich heute nur noch um die Wirtschaftsfragen. Der Gedanke der großen Partei ist das, was in einem parlamentarischen Staat jeder in den Vordergrund stellen muß. Redner bittet dringend, die Anregung aus Schleswig-Holstein nicht zurückzuweisen, sondern eine freundliche Antwort zu erteilen, die in der Öffentlichkeit erträglich ist. Die Abbröckelung nach rechts wird sich bei uns in steigendem Maße vollziehen, und zwar noch mehr, wenn jetzt noch eine Wahlniederlage kommt. Daß eine solche erfolgt, ist klar. Ihre Einschränkung ist nur zu erzielen, wenn die Deutsche Volkspartei gegenüber dem Zusammenschluß in Unrecht gesetzt wird.

Wießner: Die Parteien an sich sind nicht das Wesentliche, die Deutsche Demokratische Partei insbesondere hat nur die Bedeutung einer Übergangsschöpfung. Die Demokratie und die Republik sind jetzt aufs allerhöchste gefährdet, da das Aufstehen eines Diktators zu erwarten ist. Die Mehrheitssozialdemokratie trägt den Todeskeim in sich, denn der Marxismus ist längst überlebt. Diese Partei verdient es gar nicht mehr, gehalten zu werden. Was können wir nun machen, um die Demokratie zu retten? Wir müssen endlich das kleinliche Gezänke zwischen benachbarten Parteien im Deutschen Reiche beenden und endlich die große Mitte schaffen. Darum muß der Kampf gegen die Deutsche Volkspartei eingestellt werden. Wenn sich dann eine große nicht-sozialistische Partei gebildet hat, dann wird die Sozialdemokratie eine ganz andere Rücksicht als jetzt auf uns nehmen müssen. Taktisch wäre es nicht richtig, unmittelbar vor dem gegenwärtigen Wahlkampf nach außen hin auch nur den geringsten Eindruck zu erwecken, als ob wir in irgend einer Form zu Fusionsverhandlungen bereit wären, denn wir dürfen unseren linken Flügel nicht nötigen, öffentlich aufzutreten und Protest gegen eine solche Politik zu erheben. Das würde große Verwirrung in die Wählerschaft tragen. Dieser Flügel würde zwar nichts hinter sich haben, aber er würde immerhin dazu beitragen, daß die Sozialdemokratie bei den Preußenwahlen nicht die sonst zu erwartenden Verluste erleidet und sich veranlaßt sieht, gleich wieder Reichstagswahlen zu machen. So würde unser Volk, statt zur Ruhe zu kommen, von einer Wahl zur andern gejagt werden, das müssen wir verhindern. Das Richtigste wäre, wenn es sich ermöglichen ließe, eine Plattform aufzustellen unter dem Gesichtspunkte der Bildung einer großen Mitte. Wir müßten dann positive Ziele angeben. Wenn das nicht gelingt, dann sollte mit der Deutschen Volkspartei

wenigstens eine gewisse Verständigung über eine Wahlplattform herbeigeführt werden. Redner würde sich freuen, wenn es überhaupt nicht nötig wäre, auf das schleswig-holsteinische Telegramm zu antworten.

Frau **Bäumer** findet es eigentümlich, daß ein Plan, wie der vorliegende, von dem Vorsitzenden ohne weiteres vor den Parteiausschuß gebracht wird, ohne daß der Vorstand sich damit beschäftigt hat. Zur Sache selbst ist die Rednerin sich völlig darüber unklar, was eigentlich gewollt wird. Wir werden durchaus nicht in eine glückliche Lage kommen, wenn die Deutsche Volkspartei den Zusammenschluß ablehnt. Bei einem Zusammenwirken mit der DVP kann gar nicht unsere Grundlage, sondern muß die Grundlage des mächtigeren Kontrahenten angenommen werden. Bei dieser Lage wäre der Zusammenschluß eine bloße Kapitulation. Was Dominicus gesagt hat, überzeugt mich gar nicht. Wenn man den Zersetzungsprozeß in der Sozialdemokratie verfolgt, so muß man sagen: In der Sozialdemokratie ist das Programm nicht das Entscheidende, sondern der Klasseninstinkt, und wir dürfen in dem Augenblick, wo die Sozialdemokratie sich zersetzt, nicht etwas tun, was diese Klassenleidenschaften wieder weckt. Es ist eine offene Frage, ob man etwas erreicht, wenn wir uns nicht mit der DVP bekämpfen; aber die Deutsche Volkspartei auf eine wirklich demokratische Basis zu ziehen, ist nach meinem Dafürhalten unmöglich, darum müssen wir in diesem Wahlkampf unser Programm klar herausstellen. Die Anfrage aus Schleswig-Holstein solle man mit einer Erklärung beantworten, die unsere positive Überzeugung ausdrückt und die sagt, von diesem Boden können wir nicht herunter. Wenn unter diesen Voraussetzungen die DVP verhandeln will, dann bitten wir, mit uns wieder in Verbindung zu treten.

Herr **Wachhorst de Wente** steht auf dem Boden der Anschauungen von Petersen und Böhme. Die Niederlage wird bei den Landtagswahlen noch viel größer sein als bei den Reichstagswahlen. In Hannover werden wir höchstens noch ein Mandat retten. Dazu kommt die elende finanzielle Lage. Unsere demokratische Bewegung in Hannover steht vor dem Zusammenbruch, wenn wir nicht die Wege beschreiten, die unsere Wähler wollen, und das Volk will heute eine starke Staatsautorität sehen. Es fühlt eine instinktive Angst vor einer zu weit gehenden Sozialisierung, besonders gilt das für unsere Landwirte. Wenn wir nicht rechtzeitig bei der Führung einlenken, dann werden unsere Wähler allein den Weg suchen. Das vorliegende Telegramm müssen wir beantworten. Ich bin fest überzeugt, wenn die DVP ablehnen sollte, was anzunehmen ist, dann befinden wir uns taktisch in einer unendlich viel besseren Lage als jetzt.

Herr **Frankfurter** verliest den Wortlaut einer Antwort auf das schleswig-holsteinische Telegramm, die er formuliert hat.

Zur Geschäftsordnung wird beschlossen, keine Mittagspause zu machen, sondern durchzutagen. In Aussicht wird genommen, die Beschlußfassung ungefähr um 14.30 Uhr stattfinden zu lassen.

Herr **Nuschke** stellt fest, daß Professor Herrmann, Oldenburg, auf dem Parteiausschuß in Hannover konstatiert hat, die überwiegende Meinung des Ausschusses gehe dahin, daß eine Fusion mit der DVP unter keinen Umständen stattfinden dürfe[13]. Das Telegramm der Schleswig-Holsteinischen Landespartei

13 Vgl. Nr. 71.

habe dem Preußenausschuß[14] im Wortlaut vorgelegen. Wenn eine zustimmende Antwort hätte gegeben werden sollen, dann hätte sie also vom Preußenausschuß erfolgen müssen. Die Stimmung dort aber war, daß eine Antwort nicht erteilt werden sollte. Außerdem hat die DVP bereits den Antrag der Schleswig-Holsteinischen Landespartei abgelehnt[15]. Wer ist denn überhaupt die Schleswig-Holsteinische Landespartei? Es sind zum Teil unsere Leute, und zwar diejenigen, die bei der Kandidatenaufstellung übergangen worden sind. Die ganze Geschichte ist nur von Kandidatenschmerzen diktiert. Wir können doch eine Antwort jetzt gar nicht abgeben, ohne daß wir vorher unsere schleswig-holsteinischen Parteitagsmitglieder gehört haben. Redner stellt einen Antrag in diesem Sinne. Was das gesamte Reich betrifft, so stimmt Redner Frau Bäumer zu. Aus inneren und äußeren Gründen müssen wir an unserem republikanischen und demokratischen Standpunkte festhalten, das müßten wir auch in dem Antwortschreiben zum Ausdruck bringen. Redner verliest den Entwurf eines solchen Schreibens, den er entworfen hat. Es lautet wie folgt:

„Der Parteivorstand *lehnt* die Anregung der Schleswig-Holsteinischen Landespartei, in Verhandlungen über eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei, sei es in Schleswig-Holstein, sei es sonst im Reiche, [einzutreten,] *ab*. Die allgemeinen Redensarten von „liberaler Gemeinsamkeit" usw. sind durch die geschichtliche Entwicklung überholt. Heute hängt Deutschlands innerer Bestand und seine Herausführung aus der furchtbaren Lage, in die es durch den Friedensvertrag von Versailles geraten, in erster Linie davon ab, daß die Grundsätze sozialer Gerechtigkeit und republikanisch-demokratischer Aufrichtigkeit mit Schärfe vertreten werden. Dafür ist in den Reihen der volksparteilichen Mitglieder infolge der falschen Wahlpolitik ihrer Führer Verständnis nicht zu erwecken. Wir geben uns gewiß der Hoffnung hin, daß die praktische Parlaments- und Regierungspolitik der DVP auf die Dauer nicht ohne erzieherische Rückwirkungen auf die volksparteilichen Wähler bleiben wird. Heute fehlen diese Voraussetzungen, und wir bedauern daher, Ihrer sicher von den besten Beweggründen geleiteten Anregung im Interesse der politischen Klarheit keine Folge geben zu können. Der Vorstand glaubt, die Gelegenheit dieser Antwort nicht vorübergehen lassen zu dürfen, auf die schweren Bedenken partikulärer Parteigründungen hinzuweisen. Die Deutsche Demokratische Partei ist die Partei, die im Interesse der Stammeseigenart und der provinziellen Rechte für eine berechtigte Autonomie der Provinzen eintritt. Sie bietet darum den Mitgliedern der Schleswig-Holsteinischen Landespartei weitgehendste Gelegenheit zur Betätigung ihrer Grundsätze. Wir würden uns darum außerordentlich freuen, wenn die Frage eines Zusammenschlusses oder eines gemeinsamen Zusammengehens bei den Wahlen zwischen unserer Partei und der Ihren erörtert würde. Wir sehen, besonders nachdem die Deutsche Volkspartei Ihren Vorschlag schon vorher abgelehnt hat, Ihrer Antwort über unseren Vorschlag gemeinsamer Verhandlungen mit uns entgegen."

---

14 Siehe Nr. 70.

15 Auf einer Tagung des Zentralvorstands der DVP hatte Stresemann erklärt, von Fusionsverhandlungen sei ihm nichts bekannt, und Generalsekretär Wenken aus Kiel hatte festgestellt, bei der Verschiedenheit der Auffassungen sei eine Fusion undenkbar. Vgl. Frankfurter Zeitung v. 3.12.1920 Nr. 896.

Herr **Nuschke** fährt fort: Wie kommt die Landespartei, eine ganz partikularistische Gründung, dazu, die Frage des Zusammenschlusses in die Hand zu nehmen? Wenn Petersen keine Fusion will, sondern eine Einigung auf unserem Standpunkte, so werden wir uns gewiß nicht dagegen sträuben, daß die DVP zu uns kommt. Aber die jetzt getriebene Taktik unterhöhlt unsere Lage im Lande und stärkt die Volkspartei. Von dieser trennt uns, daß wir nicht eine Klassenpartei sein wollen und daß wir eine Partei der demokratischen Republik sein wollen. Die DVP denkt ja gar nicht daran, sich mit uns zu fusionieren. Sie hofft auf die Taktik, die jetzt von uns betrieben werden soll, weil sie damit unsere Wähler gewinnt. Demgegenüber müssen wir warten, bis die DVP an ihren eigenen inneren Unwahrhaftigkeiten zugrunde geht.

Herr **Cohnstaedt** wünscht, daß Besprechungen wie in Weimar wenigstens den Mitgliedern des Vorstandes mitgeteilt werden. Der Vorstand muß doch über solche politischen Fragen informiert werden. Was den Fusionsgedanken angeht, so hat Redner schon auf dem Parteiausschuß seinen Standpunkt klargelegt[16]. Wenn Petersen gesagt hat, die DVP ist ja eigentlich schon auf unserem Boden, so ist das eine große Illusion, die DVP draußen im Lande ist noch meilenweit von uns entfernt. Zwischen der liberalen Politik der Volkspartei und der demokratischen Politik ist, wie Redner näher darlegt, ein großer Unterschied. Wir dürfen im Wahlkampf keine einseitige Bindung eingehen und müssen uns bei den Wahlen, wie auch sonst, selbständig halten. Die Behandlung des Telegramms der Schleswig-Holsteinischen Landespartei hätte für die Vorstandssitzung etwas mehr vorbereitet werden müssen. Es hätte mit den Parteifreunden in Schleswig-Holstein erst Rücksprache stattfinden müssen. Redner meint, daß die von Frankfurter vorgeschlagene Antwort die richtige ist. Von Fusion dürfen wir nichts reden. Schon das bisherige Gerede darüber hat uns sehr geschädigt.

Frau **Baum** bestätigt die völlige Bedeutungslosigkeit der Schleswig-Holsteinischen Landespartei. Wir haben deshalb keine Veranlassung, dieser Partei eine große und eingehende Antwort zu geben. Nach Erörterung einiger persönlicher Fragen lehnt Rednerin einen bürgerlichen Block gegen die Sozialdemokratie ab, der sich auch hinter den Worten des Vorsitzenden verbirgt. Gegen Dominicus führt sie aus, die Ausnahmeverhältnisse in Berlin dürften nicht zur Grundlage der prinzipiellen Stellungnahme der Partei genommen werden. Die Unterschiede zwischen DDP und DVP sind so groß, daß wir selbständig bleiben und warten müssen bis zu den nächsten Wahlen, bis die Wähler sich nach vier Jahren uns wieder zuwenden. Wir müssen eine Verbindungsbrücke zwischen der Sozialdemokratie und den Rechtsparteien bilden.

Herr **Goetz**: Die Einleitung der Sache ist vielleicht nicht ganz so erfolgt, wie es hätte geschehen müssen. Wir wollen wohl eine Partei der Brücke bleiben, aber wenn die Brücke auseinanderbricht, dann können wir uns doch über diese Tatsache nicht einfach hinwegsetzen. Da ist der Gedanke einer Fusion jedenfalls nicht ohne weiteres abzuweisen. Die alte Naumannsche Idee von der großen liberalen Partei haben wir immer gepflegt und müssen auch heute noch dafür eintreten. Nun scheint aber die Sache so zu sein, daß wir zunächst auf einen Erfolg nicht rechnen können. Wir dürfen uns nicht in einen Gedanken verrennen, der

16 Vgl. Nr. 71.

nicht durchführbar ist. In Württemberg wenigstens ist an eine Fusion zunächst nicht zu denken, in Sachsen liegt es ebenso. Es scheint überhaupt so, als wenn die DVP im ganzen Reiche in die Fusion nicht hinein will. Sollen wir da die Fusionsstimmung im Lande machen? Da wir die Geschlagenen und Schwächeren sind, können wir augenblicklich die Initiative dazu nicht übernehmen. Es handelt sich zur Zeit ja auch gar nicht um eine praktische Entscheidung. Auf das Telegramm der Schleswig-Holsteiner haben wir nur kurz zu antworten. Wir sollten bei der Frage kühl bis ans Herz hinan bleiben. Redner betont schließlich, daß Veranstaltungen wie Weimar der Vorstand sich nicht aus der Hand nehmen lassen sollte.

Herr **Kauffmann** würde es fürs Beste halten, wenn der Schleswig-Holsteinischen Landespartei überhaupt nichts geantwortet wird. Allenfalls sollte eine ausweichende Antwort gegeben werden. Was den Fusionsgedanken anlangt, so debattieren wir über Dinge, die gar nicht mehr sind. Das einzige, was wir zu tun haben, ist, daß wir in der Jugend Stimmung für die Demokratie schaffen. Der Marxismus ist beim Zusammenbruch. Die Massen, die dadurch frei werden, wollen aber nicht zu einer Fusionspartei. Sie wollen nicht ihren neuen Wein in alte Schläuche gießen, sondern wünschen neue Gebilde. Wir müssen uns demgegenüber vorbereiten auf das, was kommen wird.

Herr **Frankfurter** schließt sich den Ausführungen von Goetz an. Es herrscht eine Atmosphäre des Mißtrauens in der Partei, die einfach unerträglich geworden ist. Vielleicht ist das Wort „Fusion" die Ursache davon. Wir sind zu diesem Worte und zu dem Mißtrauen gekommen durch eine Wahlniederlage, die uns in einer sehr erregten Zeit getroffen hat. Wenn man eine positive Idee hat und daran glaubt, dann sollte man sich doch durch eine solche Niederlage nicht gleich völlig aus dem Häuschen bringen lassen. Wir müssen uns auf die Zukunft verlassen. Auch davon dürfen wir uns nicht beirren lassen, daß die Jugend uns zeitweilig verlorengegangen ist. Wenn man Verbeugungen nach allen Seiten macht, so bekommt man auch von allen Seiten Prügel. Unsere Führer machen uns ängstlich und nehmen uns den Mut zum Arbeiten. Durch die Ablehnung der Fusion seitens der DVP werden wir gar nicht in eine günstigere Lage geraten, das genaue Gegenteil wird der Fall sein. Wenn die DVP das schleswig-holsteinische Angebot schon abgelehnt hat oder wenn sie es bestimmt tun wird, wozu denn das ewige Nachlaufen? Müssen wir nicht sagen: Wenn sich einer fusionieren will, so mag er zu uns kommen? Aus diesen Erwägungen heraus habe ich das Wort des Vorsitzenden bedauert: Wir haben keine Ziele. [Dominicus][17] hat das zwar anders gemeint, aber die Stimmung ist doch vielfach für die wörtliche Auslegung dieses Ausspruches. Wenn in Weimar eine Zusammenkunft stattfindet über die Frage der thüringischen Regierung usw., so sind das politische Fragen von Bedeutung; und es ist zu bedauern, daß der ganze Vorgang mit so viel Geheimnistuerei umgeben worden ist. Unsere Aufgabe im allgemeinen fassen wir dahin auf, daß wir die Brücke zwischen rechts und links bilden und das Übergewicht einer einzelnen Klasse verhindern. Kommt es zur Fusion, dann erhalten wir eine sozialistische Mehrheit, denn ein großer Teil von uns wird den Schritt der Fusion nicht mitmachen, und diese Leute werden entweder beiseite

17 Im Or.: „Petersen".

stehen oder direkt zur Sozialdemokratie gehen. Darum ist unsere Existenz als eigene Partei die Rettung Deutschlands. Drei demokratische Abgeordnete können immer noch das Zünglein an der Waage bilden und den Faden, um den sich die zukünftige Entwicklung kristallisiert. Zum Schluß begründet Redner seinen Entwurf einer Antwort nach Schleswig-Holstein.

Herr **Erkelenz** wünscht ebenfalls, daß über solche Veranstaltungen wie in Weimar dem Vorstand wenigstens vertraulich Mitteilung gemacht wird. Hinsichtlich des Verhältnisses zur DVP ist es richtig, daß uns viele Demokraten unter den Händen weggelaufen sind. Wer garantiert uns nun, daß nach ein paar Jahren die Wähler nicht wieder von der fusionierten Partei weglaufen? Es ist mit Sicherheit zu erwarten, daß sich rechts und links Teile von der Partei absplittern werden, und darum solle man in diesen Zeiten auch Festigkeit besitzen und auf eine bessere Zukunft warten. Grundsätzlich kann niemand den Zusammenschluß ablehnen, aber es handelt sich darum, wann und unter welchen Voraussetzungen. Die DVP ist die einzige deutsche Partei, die sich mit den gelben Gewerkschaften kompromittiert hat. Der Gewerkschaftsring[18] stellt den Zusammenschluß der Arbeitnehmer auf demokratischer Grundlage dar. Sie schlagen uns diesen Gewerkschaftsring völlig tot, wenn Sie jetzt mit der DVP zusammengehen. Machen Sie die Fusion zu früh, dann bekommen Sie eine Arbeiterpartei, die von Legien bis Stegerwald[19] geht.

Herr **Schiffer** stellt nach einigen Bemerkungen der Vorredner über Weimar fest: Es ist einfach nicht möglich, vorher oder nachher Mitteilungen über zwanglose Besprechungen mit Freunden aus dem Lande zu machen. In bezug auf den Zusammenschluß bemerkt Redner, es sei ganz gut, daß eine neutrale Organisation wie die Schleswig-Holsteinische Landespartei nun die Sache angeregt hat, denn sonst wäre sie aus unseren Reihen gekommen, und wir hätten den ersten Schritt tun müssen, was sehr verhängnisvoll gewesen wäre. Zu warnen ist vor der Anschauung von den drei Demokraten, die das Zünglein an der Waage bilden. Eine gute Politik läßt sich nur auf großer Grundlage bilden, nicht mit drei Leuten. Wir müssen unbedingt antworten. Wenn die Deutsche Volkspartei mit ja antwortet, müssen wir natürlich darauf eingehen, sonst beginnt eine Massenflucht, die alles weit übersteigt, was bisher vorgekommen ist. Wenn der Vorschlag nicht von der anderen Seite angenommen wird, können wir den Leuten sagen, wir haben das Unsere getan, und man wird dies anerkennen. Der Gedanke einer Zurückstellung der Parteidifferenzen wird sich, auch wenn er heute noch nicht in der DVP wirksam ist, doch auch dort geltend machen. Es ist auch nicht richtig, daß die Sozialdemokratie sich zersetzt, sondern im Gegenteil, die Sozialdemokratie massiert sich unter der Führung der alten Mehrheitspartei zu einer großen Summe. Wir haben also zu antworten: Der Gedanke einer näheren Zusammenfassung der liberalen Gruppe soll an uns nicht scheitern, und wir geben anheim, festzustellen, wie die DVP dazu steht, wir wollen uns dann nicht versagen.

---

18 Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände.

19 Adam Stegerwald (1874-1945), MdR (Z) 1919 bis November 1933, MdLv Preußen 1919-1921, preußischer Volkswohlfahrtsminister von Mai 1919 bis November 1921, preußischer Ministerpräsident von April bis November 1921, Reichsverkehrsminister von April 1929 bis April 1930, Reichsarbeitsminister von April 1930 bis Mai 1932. Stegerwald war Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften.

Herr **Gerland** kommt noch einmal auf Weimar zurück und berichtet über den Gang dieser Veranstaltung. Er bedauert, daß Frau Dr. Bäumer nicht eingeladen worden ist, das sei nur infolge eines Versehens geschehen. Wenn man glaubt, daß die demokratischen Wähler gegen die Fusion sind, dann irrt man sich bedeutend. Deshalb ist eine entgegenkommende Antwort nötig.

Herr **Wießner** setzt sich mit Äußerungen von Frau Dr. Baum auseinander. Aus den bisherigen Wahlresultaten ist der Schluß zu ziehen, daß wir auf unserer engbegrenzten Basis keine Zukunft haben. Wenn wir es nicht tun, dann wird sich die DVP zur demokratischen Partei der Mitte machen. Mit der Antwort an Schleswig-Holstein sollten wir uns nicht so beeilen. Wird die Sache wirklich ernsthaft, dann sollten das die beiden Provinzialparteitage der DDP und der DVP tun. Heute sollten wir keine Antwort geben, die uns nach irgend einer Seite festlegt. Warten wir erst einmal den Nürnberger Parteitag ab.

Herr **Koch[-Weser]**: Es handelt sich ausschließlich um die taktische Frage, was wir auf das Angebot aus Schleswig-Holstein zu antworten haben. Im übrigen kommt es zur Zeit nicht zur Fusion, da die DVP nicht will. Die schwierige Lage rührt lediglich her von den unglückseligen preußischen Landtagswahlen, die jetzt bevorstehen. In 2 bis 3 Jahren kann die DVP gar keinen Wahlkampf mehr gegen uns führen, denn sie hat dann die ganze Zeit die Politik getrieben, mit deren Bekämpfung sie uns gegenüber Geschäfte gemacht hat. Bei den nächsten Preußenwahlen dagegen wird sie vielleicht noch Erfolg haben, aber in 2 bis 3 Jahren ist das unmöglich, und darum steht dann die Sache für uns sehr günstig. In derselben Zeit verbessert sich auch unsere Situation gegenüber den Sozialdemokraten, denn die Sozialdemokratie muß innerhalb der nächsten Jahre von dem Linksradikalismus zurückkommen. Da sie auf die Dauer nicht von jedem Einfluß fernbleiben will, so wird sie sich in absehbarer Zeit bereit finden, in eine Regierung einzutreten, wo sie dann aber nur nach ihrer wirklichen Bedeutung vertreten ist. Wenn wir nicht unklug sind, so kommt es also in einiger Zeit von selbst zu einer Koalition von der DVP bis zur Sozialdemokratie[20]. Die ganzen Schwierigkeiten liegen also darin, über die allernächsten Jahre hinwegzukommen. Deshalb handelt es sich für uns darum, mit Rücksicht auf die kommenden Preußenwahlen die beste Stellung zu finden. Etwas weiteres ist nicht nötig. Wir dürfen daher niemand vor den Kopf stoßen. Wir müssen auch den Parteitag abwarten.

Herr **Grund**: Man kann diese Frage nicht nur von dem Standpunkt aus beurteilen, wie wir angesichts der Wahlen das Telegramm aus Schleswig-Holstein zu beantworten haben; es handelt sich hier um eine prinzipielle Frage. 2 bis 3 Jahre können wir gar nicht mehr warten, weil unsere Organisationen alsdann zerstört sind. Redner warnt aber dringend davor, den Wahlkampf gegen die DVP zu dämpfen, das wäre der Ruin der DDP. Wir müssen das Telegramm in einem Sinne beantworten, der einen ernsthaften Willen zum Zusammenschluß enthält.

Herr **Cohnstaedt**: Die Antwort darf nicht strikt ablehnend sein, aber sie darf auch nicht die andern vor den Kopf stoßen. Bis zum Nürnberger Parteitag dürfen wir

20 Am 30.11.1920 hatte Koch-Weser anläßlich der Fusionsgespräche in der Fraktion notiert, in ein paar Jahren werde „eine große Aufbaukoalition" zustande kommen. „Das ist dann der Sieg unserer Idee, wenn auch nicht unserer Partei." Nachlaß Koch-Weser 27.

nicht warten, sonst bekommen wir dort eine böse Diskussion über dieses Thema. Redner empfiehlt den inzwischen neuformulierten Entwurf Frankfurters.

Herr **Petersen** verliest den gemeinsamen Entwurf der Herren Frankfurter, Schiffer, Petersen, Gerland, Cohnstaedt. Er lautet wie folgt:

„Der Vorstand der DDP dankt der Schleswig-Holsteinischen Landespartei für ihre Anregung. Er hat volles Verständnis dafür, daß es erstrebenswert ist, die unerquicklichen deutschen Parteiverhältnisse durch Verständigung zwischen einander nahestehenden Parteien auf der Grundlage der Weimarer Verfassung und einer wahrhaft nationalen und demokratischen, sozialen und liberalen Politik zu verbessern.

Der Vorstand der DDP gibt anheim, bei der DVP festzustellen, ob dort die Voraussetzungen für die weitere Verfolgung dieser Gedanken vorhanden sind."

Es wird zuerst über den Antrag Nuschke abgestimmt, vor einer Beantwortung des Telegramms die schleswig-holsteinischen Parteifreunde zu hören. Dieser Antrag wird gegen eine kleine Minderheit abgelehnt. Darauf wird der Antrag Kauffmann-Wießner, „der Landespartei zu antworten, daß wir nach unserem Parteitag auf ihr Telegramm zurückkommen", ebenfalls gegen eine kleine Minderheit abgelehnt. Nunmehr wird der gemeinsame Antrag FrankfurterSchiffer mit 17 gegen 2 Stimmen (Bäumer, Nuschke) angenommen.

Schluß 15.30 Uhr.

III.

Vom Nürnberger zum Bremer Parteitag (Dezember 1920 bis November 1921)

73.

12.12.1920: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Petersen. Beginn: 18.40 Uhr. Ende: 20.30 Uhr. Ort: Nürnberg.

Anwesend: Frau Bäumer, Frau Baum, Böhme, Cohnstaedt, Crämer, Erkelenz, Falk, Fischbeck, Frankfurter, Gerland, Grund, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Nuschke, Petersen, Wachhorst de Wente, Wießner.

Petersen *eröffnet und gibt bekannt, daß Frau Lüders nach Mitteilung des Wahlschiedsrichters aus dem Reichstag ausscheiden müsse und Trieschmann*[1] *an ihre Stelle treten werde. Er teilt weiter mit, daß die Wahlkreise Ostpreußen, Schleswig-Holstein und Bremen eine Änderung der Reichsliste*[2] *wünschten.*

Nach längerer Diskussion erfolgt eine Abstimmung, die eine große Mehrheit gegen die Änderung der Reichsliste ergibt.

1 Cornelius Trieschmann (1875-1939), Landwirt, Bürgermeister in Oberellenbach, MdR (DDP) März 1921 bis Mai 1924.

2 Vgl. Nr. 72 Anm. 3.

74 a.

26.2.1921: Sitzung des Vorstandes (1.Tag)

Vorsitz: Petersen. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 18.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Frau Bernhardt, Blunck, Böhme, Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falk, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Gerland, Grund, Haas, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Kuhle, Kundel, Nuschke, Petersen, Schiffer (später), Siehr, Sparrer, Frau Uth, Weinhausen, Wießner.

Petersen *eröffnet. Der Vorstand erledigt eine Reihe geschäftlicher Dinge, teils durch bloße Kenntnisnahme, teils durch Beschlußfassung. Anschließend beginnt eine Aussprache über die politische Lage.* **Petersen** *vertritt die Ansicht, daß die Wähler rein gefühlsmäßig entschieden hätten*[1]*. Er glaubt nicht, daß die Demokratische Partei in absehbarer Zeit wieder erstarken könne, obgleich sie als einzige Partei die für Deutschland notwendige Politik vertrete. Diese einzig mögliche*

1 Bei den preußischen Landtagswahlen vom 20.2.1921 hatte die DDP 26 Mandate erhalten, 1919 waren es 65 gewesen. Bei den zum gleichen Datum erfolgten Teilneuwahlen zum Reichstag in Ostpreußen und Schleswig-Holstein (vgl. Nr. 72 Anm. 3) hatte die Partei ebenfalls Stimmen verloren; sie besaß im Reichstag jetzt 40 statt 45 Mandate. Vgl. Schulthess 1921 I S. 63.

Politik bestehe in einer Zusammenfassung der Kräfte der Mitte, jedes Zusammengehen mit einem Block der Rechten oder der Linken müsse abgelehnt werden.

Wießner *kritisiert die uneinheitliche Haltung der Reichstagsfraktion bei wichtigen politischen Fragen wie dem Friedensvertrag, der Flaggenfrage und der Steuerpolitik. Dieses Verhalten habe die Partei Stimmen gekostet. Als mögliche politische Lösung erscheint ihm eine Minderheitsregierung der Sozialdemokratie im Reich und in Preußen, die dann bald abgewirtschaftet haben würde.* **Fischbeck** *weist auf die Erfolge der Wirtschaftspartei hin. „Das Schlimme an unserer Partei ist, daß sie keine geschlossene Masse hat, um die herum sich die anderen Wähler kristallisieren können. Die Freisinnigen hatten als solche Masse das Kleinbürgertum. Das ist uns jetzt davongelaufen, weil wir es nicht mehr an uns kitten können durch den Kampf gegen Steuern und Zölle. Wir wollen rein ideell wirken. Damit hält man die Wähler nicht zusammen. Darum werden wir uns bemühen müssen, die Bevölkerungsklassen, auf die wir rechnen können, ganz anders zu bearbeiten als bisher."*

Fischbeck hält es für unumgänglich, in Preußen mit der Sozialdemokratie zu koalieren, da die Duldsamkeit der Sozialdemokratie im Reich vor allem auf der Tatsache beruhe, daß sie sich in Preußen in der Regierung befinde.

Die Debatte wird unterbrochen, um auf Schiffer zu warten, der bisher nicht teilnehmen konnte. Inzwischen begründet **Fischer** *im Namen des Ausschusses für Handel vnd Industrie einen Antrag, der verlangt, daß künftig Flugblätter der Bezirke vor ihrer Herausgabe dem Spitzenkandidaten des betreffenden Wahlkreises zur Genehmigung vorgelegt werden sollen, um diesen zu zwingen, der Partei gegenüber für den Inhalt die Verantwortung zu übernehmen. Anlaß zu diesem Antrag hat, wie Fischer mitteilt, ein demokratisches Hamburger Flugblatt gegeben, das sich unter Nennung von Namen rechtsstehender Politiker gegen hohe Dividende, Trusts und Bekleidung von Aufsichtsratsstellen ausgesprochen habe. An diesen Antrag knüpft sich eine lebhafte Diskussion.*

Nach der Mittagspause entwickelt **Rohrbach**[2] *einen Plan, auf welche Weise die Öffentlichkeit des In- und Auslandes durch Presseartikel, Schriften und Vorträge systematisch über die Kriegsschuldfrage aufgeklärt werden könne. Die Kosten dieser Aufklärungsaktion beziffert Rohrbach für die ersten drei Monate mit 50 000 M.* **Cohnstaedt** *ist der Ansicht, daß der Name Rohrbach die Sache in der Öffentlichkeit schädigen werde. Die Partei könne eine solche Aktion nicht einleiten, sondern sie höchstens unter der Hand unterstützen.*

Die am Vormittag unterbrochene politische Aussprache wird wieder aufgenommen. **Haas** *wendet sich gegen den Gedanken sozialistischer Minderheitsregierungen. Die Ursache für die Niederlage sieht er im mangelnden Rückhalt an einer bestimmten Bevölkerungsschicht und in der Zweideutigkeit der demokratischen Politik.* **Schiffer** *hält es für möglich, auf die Dauer enttäuschte Wähler von der Deutschen Volkspartei zu gewinnen, da diese sich immer mehr zu einer freikonservativen Partei entwickle. Er plädiert im Sinne der Besprechungen im Interfraktionellen Ausschuß*

2 Paul Rohrbach (1869–1956), Publizist, Kommissar für Ansiedlungswesen in Südwestafrika 1903–1906, Dozent für Kolonialgeschichte an der Handelshochschule Berlin. Vgl. P. Rohrbach, Um des Teufels Handschrift. Zwei Menschenalter erlebter Weltgeschichte, Hamburg 1953; ferner Bieber.

für Homogenität der Regierungen im Reich und in Preußen[3]. **Cohnstaedt** *sieht die Ursache der Niederlage in der unklaren Politik der Partei. Es sei bedenklich, daß einige demokratische Redner im Wahlkampf nur vom Liberalismus gesprochen hätten und nicht von Demokratie. Bei der Regierungsbildung sei für die demokratische Partei als kleinster Fraktion Zurückhaltung am Platze.* **Frankfurter** *begründet drei Anträge. Sie fordern:*

1. Ein Vorstandsbeschluß, die Reichstags- und die preußische Fraktion zu einer gemeinsamen Aussprache über die Regierungsbildung in Preußen und eventuell im Reich einzuladen[4].

2. Ein Beschluß des Vorstands, den beiden Fraktionen mitzuteilen, daß nach Ansicht des Vorstands das Verbleiben bzw. der Eintritt in eine Regierung, der die Sozialdemokratie nicht angehöre, nicht angängig sei[5].

3. Eine Mitteilung des Vorstands, daß er es für angezeigt halte, die Initiative bei der Regierungsbildung in Preußen dem Zentrum und der Sozialdemokratie zu überlassen, wobei die Partei allerdings erklären müsse, daß sie zu positiver Mitarbeit bereit sei[6].

Im weiteren Verlauf der Diskussion wird verschiedentlich davor gewarnt, sich durch fest formulierte Anträge zu binden. **Frankfurter** *zieht daraufhin seinen zweiten und dritten Antrag zurück und hält nur den ersten Antrag aufrecht, der sich für gemeinsame Verhandlungen des Vorstands, der Reichstags- und der preußischen Fraktion über die Regierungsbildung ausspricht. Nachdem sich noch einige Redner kritisch mit Schiffers Ausführungen auseinandergesetzt haben, wird der Antrag Frankfurter angenommen.*

---

3 Am 4.2.1921 war auf einer Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses, an dem für die DDP–Fraktion Schiffer und Erkelenz teilgenommen hatten, über Möglichkeiten einer Erweiterung der Koalition beraten worden. Vgl. Kabinett Fehrenbach S. 455.

4 Liegt vor.

5 Liegt vor.

6 Liegt vor.

74 b.

27.2.1921: Sitzung des Vorstandes (2.Tag)

Vorsitz: Petersen. Beginn: kurz vor 15 Uhr. Ort: Reichstag.

Petersen *eröffnet.* **Fischer** *teilt Einzelheiten über die Vorbereitung eines Wirtschaftsprogramms im Ausschuß für Handel und Industrie mit.*

Petersen *geht auf das umstrittene Hamburger Flugblatt ein und empfiehlt, die Hamburger zu bitten, die im Flugblatt gewählte Form der Polemik künftig nicht fortzusetzen. Fischers Antrag könne man dem Organisationsausschuß zur Beratung überweisen. Der Vorstand stimmt diesen Vorschlägen zu.*

Weinhausen *teilt mit, daß die Kosten für Rohrbachs Aktion monatlich etwa 20000 M betragen würden. Nach längerer Aussprache erklärt sich der Vorstand*

bereit, Rohrbachs Angebot anzunehmen. Der Vorstand beschließt, einen Ausschuß zur Beratung außenpolitischer Fragen zu bilden. Schiffer wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

Jansen *berichtet im Namen des Organisationsausschusses über die dem Parteiausschuß vorzulegende Vorschlagsliste für die Wahlen zum Parteivorstand. Der Vorstand stimmt den Vorschlägen zu und beschließt, über die satzungsgemäße Zuwahl von vier Personen hinaus noch sieben weitere Persönlichkeiten für die Zuwahl vorzuschlagen.*

75 a.

12.3.1921: Sitzung des Parteiausschusses (1. Tag)

Vorsitz: zunächst Jansen, dann Gerland, dann Petersen. Beginn: kurz vor 10.30 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Reichstag.

Die Versammlung beschließt auf Vorschlag Jansens, wegen der Abwesenheit der Reichstags- und der preußischen Fraktion die politische Aussprache auf den Nachmittag zu verlegen[1]*. Der Parteiausschuß genehmigt dann die vom Vorstand unterbreitete Vorschlagsliste für die Wahl der Berliner Vorstandsmitglieder. Damit sind in den Vorstand gewählt: Frau Bernhardt, Böhme, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Kalkoff, Kempner, Koch-Weser, Nuschke, Schacht und Schiffer. Der Vorstand teilt mit, daß er die ihm zustehenden vier Zuwahlen in folgender Weise vornehmen werde: Jäckh, Kauffmann, Preuß und Wießner. Der Vorschlag des Vorstands, den Vorstand aus praktischen Gründen um insgesamt sechs Personen*[2] *aus Berlin und aus dem Reich zu erweitern, wird angenommen; aus der Versammlung heraus werden verschiedene Namen genannt, die endgültige Auswahl wird dem Vorstand überlassen. Anschließend finden die Zuwahlen zum Parteiausschuß statt.* **Jansen** *legt einen Antrag vor, der die Wahlkreisorganisationen in den preußischen Provinzen, die mehrere Reichstagswahlkreise umfassen, ersucht, möglichst bald über die Bildung von Provinzialverbänden zu verhandeln*[3]*. Der Antrag wird nach einer Debatte mit einem Amendement angenommen, das die Parteileitung ermächtigt, Richtlinien für die Aufgaben der Provinzialinstanzen und für ihre Finanzierung festzulegen*[4]*. Der Parteiausschuß vertagt sich dann zu einer Mittagspause.*

Der Stellvertretende Vorsitzende Professor **Gerland** eröffnet die Verhandlungen nach der Pause um 15.15 Uhr und erteilt das Wort dem Abg. **Dominicus** zu seinem Referat über die Regierungsbildung in Preußen. Redner führt aus, es

1 Die Reichstagsfraktion war wegen Außenminister Simons' Rede über die Londoner Konferenz verhindert; die preußische Fraktion war wegen der Beratungen über die Regierungsbildung unabkömmlich.

2 In Abänderung eines früheren Beschlusses. Vgl. Nr. 74 b.

3 Liegt vor.

4 Liegt vor.

beständen theoretisch drei Möglichkeiten zu einer Mehrheitsregierung in Preußen. 1. Die alte Koalition[5], die, wenn man die Deutsch-Hannoveraner hinzuzählt, noch 30 Stimmen Mehrheit besitzt. 2. Verstärkung der alten Koalition durch Hinzutritt der Deutschen Volkspartei. 3. Eine Mehrheitsbildung der Rechten, bestehend aus Deutschnationaler Volkspartei, Deutscher Volkspartei und Zentrum. Die Sozialdemokratische Partei hat demgegenüber schon von vornherein beschlossen, daß ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei zur Zeit völlig unmöglich sei. Mit dieser Stellungnahme zeigt die Sozialdemokratie den Wunsch nach Erhaltung ihres großen Einflusses in der Regierung. Auf der anderen Seite ist ihre ganze Politik von dem Streben beeinflußt, den Rest der Unabhängigen mit sich zu verschmelzen. Das Zentrum hat den Beschluß gefaßt, daß es in die alte Koalition nicht wieder eintreten, sondern diese durch die Deutsche Volkspartei verstärkt sehen will. Wie sollen wir uns demgegenüber stellen? Unsere Fraktion hat zunächst den Grundsatz aufgestellt, daß wir infolge unserer geringen Zahl jedes Hervortreten vermeiden müssen. Insbesondere muß auch auf das Ängstlichste der Vorwurf vermieden werden, als ob die Fraktion sich an Ministersesseln[6] festklammern wollte. Natürlich sollen wir nicht alles willenlos über uns ergehen lassen, sondern müssen uns unsere Ziele klar vor Augen halten. Welches sollen diese Ziele sein? Von unserer Fraktion ist zunächst der Gedanke der Gestaltung einer Rechtsregierung zurückgewiesen worden. Positiv wünschen wir den Hinzutritt der Deutschen Volkspartei zur Koalitionsregierung. Bestimmend dafür ist einmal die Rücksicht auf das Reich. Natürlich darf man den Begriff der Homogenität nicht überspannen. Es hat auch früher Reibungen zwischen dem Reich und Preußen gegeben, als hier wie dort noch eine homogene Regierung bestand. Aber immerhin wird es leichter sein, eine Harmonie zwischen Reich und Preußen herzustellen, wenn dieselben Parteien in beiden Regierungen sitzen. Vor allem aber kommt in Betracht, daß die alte Koalition nicht mehr tragfähig ist. Bei der geringen Mehrheit, die sie besitzt, könnte sie nur dann tragfähig sein, wenn die drei Parteien, die sie bilden, im wesentlichen auf demselben Fundamente stehen. Das ist aber nicht der Fall. Eine Regierung mit einer kleinen Mehrheit hat auch nicht genügend Autorität.

Nunmehr übernimmt Herr Petersen den Vorsitz.

Es liegt ferner ein nicht unerhebliches Parteiinteresse vor, das den Hinzutritt der Deutschen Volkspartei erfordert; es handelt sich um die Frage von neuen Steuern, wobei die Grundsteuer eine große Rolle spielt. Da würde es für unsere Partei außerordentlich gefährlich sein, wenn wir in einer schwachen Regierung ein solches Gesetz verabschieden würden gegen die Opposition der Deutschen Volkspartei, die uns dann einen großen Teil unserer Wähler abspenstig machen würde. Endlich verlangt auch das Staatsinteresse die Verbreiterung der Koalition im Hinblick auf die Zusammensetzung der Provinziallandtage. Bei vielen dieser Landtage hat die bisherige Koalition die Mehrheit nicht. So kann das Bild eines völligen Gegeneinander-Regierens des von den Provinziallandtagen gewählten Staatsrates und der Mehrheit der Landtage entstehen. Wir haben schon interfrak-

5 In Preußen hatte bis zu den Wahlen eine Koalition aus SPD, Zentrum und DDP regiert.

6 In der letzten preußischen Regierung hatte die DDP zwei Ministerien besetzt: öffentliche Arbeiten (Oeser) und Handel (Fischbeck).

tionell mit Zentrum und Sozialdemokratie verhandelt und versucht, eine Brücke zu schaffen durch den Vorschlag einer Verhandlung mit der Deutschen Volkspartei, um diese eventuell bei ihrer Haltung auf sachlichen Gründen festnageln zu können. Die Vertreter der Sozialdemokratie haben aber auch diesen Vorschlag zur Zeit abgelehnt. Nun wurde von dem Zentrum zunächst einmal das Druckmittel ausgespielt, daß das Zentrum erklärte, dann käme eben eine Minderheitsregierung in Preußen zustande nach der Analogie im Reiche. Dieser Gedanke wurde aber nur bei der ersten vorläufigen Besprechung vom Zentrum zum Ausdruck gebracht. Später wurde erklärt, es bleibe nichts anderes übrig, als einstweilen die Bildung der Regierung zu vertagen. So ist es zur Vertagung bis nach Ostern gekommen. Die Lage ist für uns so lange klar, als das Zentrum festbleibt. Die bisherige Koalition ist für uns nicht erträglich, vor allem nicht die gegenwärtige Präponderanz der Sozialdemokraten im Ministerium. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen würden wir nur ein bedeutungsloses Anhängsel der Sozialdemokraten werden. Ebenso ist es unmöglich, die Personalpolitik im Ministerium des Innern weiter zu betreiben wie bisher. Nichts hat uns in der Agitation so geschadet wie die Ämterbesetzung durch das Ministerium des Innern. Dabei ist darauf aufmerksam zu machen, daß es dem Eingreifen unseres parlamentarischen Staatssekretärs Meyer zu verdanken ist, wenn im Ministerium nicht unendlich viel mehr Unheil vorgekommen ist. Wir müßten bei der Koalitionsbildung den Sozialdemokraten schriftliche Mindestgrundsätze für die Besetzung von Ämtern auferlegen und deren Durchführung dauernd kontrollieren lassen. Auch auf anderem Gebiete muß eine Änderung stattfinden, so auf dem des Siedlungswesens, das ganz anders geführt werden muß als bisher. Für uns ist der gegenwärtige Zustand der Unsicherheit sehr unbehaglich, denn er bedeutet eine große Diskreditierung des Parlamentarismus, weil wir in dem ersten Sessionsabschnitt nichts haben zustande bringen können. Gestern haben die Deutschnationalen den Antrag gestellt, den Landtag auf den nächsten Tag wieder zusammenzuberufen mit der Tagesordnung: Die Wahl des Ministerpräsidenten. Die Deutsche Volkspartei stimmte zu. Aber heute hat sich das Bild wesentlich verändert. Die Deutsche Volkspartei hat sich entschlossen, heute gegen einen derartigen Antrag der Deutschnationalen zu stimmen. Der Führer der Deutschen Volkspartei[7] hat sogar seinerseits den Antrag gestellt, es müsse vorgeschlagen werden, das Parlament solle sich bis spätestens zum 7. April vertagen. Demgegenüber haben die Deutschnationalen heute ihren Antrag gar nicht mehr eingebracht, und daraufhin zog Abgeordneter von Krause namens der Deutschen Volkspartei seinen Antrag zugunsten eines Vertagungsantrages der Koalitionsparteien zurück. Das ändert aber nichts daran, daß der negative Ausgang der Sache sehr wenig befriedigend ist. Die Deutschnationalen haben an die verschiedenen in Betracht kommenden Parteien ein Schreiben gerichtet, in dem sie sich bereit erklärt haben zu Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der Demokratischen Partei betreffs Bildung einer gemeinsamen Regierung. Unsere Fraktion hat bisher nichts erwidert, um dem Parteiausschuß nicht vorzugreifen. Das Zentrum hat heute geantwortet etwa in dem Sinne: Ihr Brief traf bei uns ein, als wir unseren grundsätzlichen Beschluß zur Regierungsbildung gefaßt hatten,

7 Paul von Krause (geb. 1852), MdL Preußen (NL/DVP) 1888-1924.

der von uns veröffentlicht worden ist und auf den wir hinzuweisen uns erlauben. Die Demokratische Fraktion ist sich darüber einig, daß wir die Anfrage in zwei Richtungen beantworten sollen. Wir sollen davon ausgehen, daß auch uns eine möglichst breite Regierungsbasis erwünscht erscheint, daß es uns aber unmöglich ist, einen sogenannten Bürgerblock zu bilden. Wir möchten nun von Ihnen hören, ob Sie mit diesen Prinzipien einverstanden sind. Alsdann wird heute noch eine kleine Kommission den Wortlaut des Briefes abfassen.

Herr **Koch[-Weser]** als Korreferent: Es muß erwünscht sein, eine möglichst breite Basis für die Regierungsbildung zu gewinnen, aus außenpolitischen wie aus innenpolitischen Gründen. Die Dinge liegen heute nicht so, daß ein einziges Parteiprogramm für die Führung der Regierung maßgebend sein kann. Die Notwendigkeit, sich zusammenzufinden, ist damit ohne weiteres gegeben. Unsere Partei hat alle Veranlassung zu betonen, daß sie grundsätzlich Gewicht darauf legt, eine möglichst breite Koalition im Reiche und in Preußen herzustellen. Danach haben wir alle schon im Sommer bei der Regierungsbildung im Reiche gehandelt. Unsere Bemühungen sind damals leider mißlungen und an der Haltung der Sozialdemokratie gescheitert. Diese Partei ist seitdem immer mehr in die Opposition gegangen, grundsätzlich und absichtlich, weil sie auf ein einziges politisches Ziel hinstarrt, nämlich auf das Ziel der Aufsaugung der Unabhängigen. Auch für die Zukunft muß man sehr schwarzsehen. Etwas aufzusaugen gibt es immer; solange die Sozialdemokraten zu fürchten haben, Arbeiter nach links zu verlieren, solange werden sie Opposition machen. Auch der Zusammenbruch der Kommunisten in Rußland würde diesem Bestreben kein Ende machen. Die Sozialdemokratie wird sich stets als die Wächterin des Klassenkampfes aufspielen. Alles kommt darauf an, die in der Sozialdemokratie organisierte Arbeiterschaft zu einer regierungsfähigen Partei zu machen. Wenn wir aber trotz allem Entgegenkommen dazu genötigt werden, den Bruch mit der Sozialdemokratie zu vollziehen, dann sollen wir in der Regierung nicht verdächtigt werden, eine sozialistenfeindliche Politik zu machen, wenn wir uns nach Kräften gegen die Opposition zur Wehr setzen. Wir müssen uns im Reiche mit dieser Situation eine Zeitlang abfinden, daß die Sozialdemokratie keine Neigung hat, die schwere Verantwortung der Regierung wieder auf sich zu nehmen. Wenn also im Reiche der Sozialdemokratie auf absehbare Zeit die kalte Schulter gezeigt werden muß, so müssen die Verhältnisse in Preußen auch unter dem Gesichtswinkel ihrer Rückwirkung auf die Reichspolitik betrachtet werden, denn ein Auseinanderlaufen der Politik Preußens und des Reiches ist auf die Dauer weder für das Reich noch für Preußen noch für die Deutsche Demokratische Partei erträglich. Die Dinge lassen sich in Deutschland nur meistern, wenn ein einheitlicher Wille Preußen und Deutschland beherrscht. Ohnehin ist der Dualismus zwischen diesen beiden Faktoren in gewissem Sinne eine Erschwerung. Es handelt sich dabei übrigens gar nicht ausschließlich oder auch nur vorwiegend um parlamentarische Dinge, sondern um sachliche Differenzen. Diese Schwierigkeiten nun, die zu meistern unsere Aufgabe ist, werden natürlich unerträglich, wenn zwei verschiedene Koalitionen im Reiche und in Preußen vorhanden sind, weil naturgemäß in diesem Falle die Möglichkeit der Verständigung erheblich erschwert wird und die Neigung hervortritt, immer dem anderen die Schuld zu geben. Dadurch ergeben sich besonders große Nachteile für die Parteien, die in beiden Koalitionen sitzen.

Das ist die Demokratische Partei und das Zentrum. Das letztere aber kann aus naheliegenden Gründen dies viel eher vertragen, als die unsere. Man kann ja unter diesen Umständen gar keinen Wahlkampf mehr führen, weil man weder nach rechts noch nach links schlagen kann. Deshalb besteht ein großes Interesse daran, dafür zu sorgen, daß die Koalition im Reiche und in Preußen eine einheitliche wird. Allerdings ist auch die Deutsche Volkspartei kein zuverlässiger Bundesgenosse. Am besten wäre es für uns, daß wir vielleicht zusammen mit dem Zentrum allein eine Regierung bilden könnten. Da dies aber nicht der Fall ist, so müssen wir uns verstärken. Es erscheint am wünschenswertesten, wenn wir dies so tun, daß rechts und links Parteien sind, zwischen denen wir die Rolle des Schiedsrichters spielen könnten. Das wäre also eine Koalition von der Sozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei. Ob das möglich ist, das ist aber eine Frage, die in erster Linie unsere Freunde in Preußen auszukämpfen haben. Man soll die Sozialdemokratie nicht freilassen davon, daß sie sich den nicht gerade lohnenden Aufgaben der Reichspolitik entzieht, und gelingt es in Preußen nicht, diese Partei einschließlich der Deutschen Volkspartei zu einer Koalition zusammenzufassen, dann muß die Demokratische Partei darauf verzichten, in der alten Koalition zu bleiben.

Grossmann[8] *wendet sich gegen den Gedanken eines Bürgerblocks und warnt davor, die Politik der Partei unter dem Einfluß der Wählerstimmung nach rechts zu orientieren.* **Baumgarten** *bekennt sich ebenfalls als Gegner eines Bürgerblocks. Die Partei dürfe ihre Position einer Brücke zwischen der Sozialdemokratie und dem Bürgertum nicht aufgeben.* **Gerland** *stimmt den Ausführungen Baumgartens zu.* **Schmidthals** *ist gegen eine Fortsetzung der bisherigen Koalition in Preußen, weil sie den bereits bestehenden Zug nach rechts weiter verstärken würde. „Die Rechtsregierung wird doch einmal kommen, und darum ist zu überlegen, ob man nicht selbst dazu beitragen soll, daß ihre Bildung zu einem für uns möglichst günstigen Zeitpunkt stattfindet."* **Gothein** *hält eine Beteiligung der Demokraten an der Regierungsbildung nur für vertretbar, wenn ihre Forderungen dann auch wirklich von der Regierung erfüllt würden.* **Falk** *berichtet über die schwierige Situation der Rheinprovinz nach der Durchführung der Sanktionen*[9]*. Er empfiehlt die Einsetzung eines besonderen Reichsministers für die besetzten Gebiete*[10]*.* **Petersen** *stimmt diesem Vorschlag zu.* **Böhme** *tritt für die Einbeziehung der Deutschen Volkspartei in die Regierung ein. Falls die Sozialdemokratie nicht mitgehe, müsse man eben in Preußen ebenso wie im Reich eine Minderheitsregierung schaffen.* **Cohnstaedt** *warnt davor, den nach rechts abgewanderten Wählern nachzulaufen. Bei der Regierungsbildung sei die Berücksichtigung der wirtschaftlichen und nationalen Fragen entscheidend; daher verbiete sich eine Koalition, bei*

---

8 Hermann Grossmann, Senatspräsident am Kammergericht in Berlin seit 1922, Zweiter Vorsitzender des Republikanischen Richterbundes.

9 Auf der Londoner Konferenz vom 1.–7.3.1921 war die Reparationsfrage behandelt worden; dabei hatte Lloyd George die deutschen Gegenvorschläge zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz in scharfer Form abgelehnt und wirtschaftliche und politische Sanktionen angekündigt, u. a. die Besetzung der Städte Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf, die am 8.3. vollzogen worden war. Vgl. Schulthess 1921 II S. 240-259. Zu den weiteren angedrohten oder ausgeführten Sanktionen vgl. Kabinett Fehrenbach S. 506 Anm. 6 u. S. 581 f. Anm. 7.

10 Die Reichsregierung bestellte im April einen Staatssekretär für die besetzten Gebiete. Vgl. Kabinett Fehrenbach S. 590 f. und 637.

der die Sozialdemokratie in die Opposition getrieben werde. **Helfferich**[11] *unterstützt die Ausführungen von Gothein und Schmidthals.* **Preuß** *warnt vor der Etablierung einer Rechtsregierung in Preußen, da sie zu einer Stabilisierung der Reaktion führen würde. Den Gedanken einer Minderheitsregierung mit Zentrum und Deutscher Volkspartei lehnt er gleichfalls ab, da eine solche Regierung rasch von der Sozialdemokratie gestürzt werden würde und damit letztlich Wegbereiter des Bürgerblocks mit allen Konsequenzen wäre. Unter diesen Umständen erscheint ihm die Fortsetzung der bisherigen Koalition als plausibelste Lösung. Nachdem noch weitere Redner gesprochen haben, die sich überwiegend für die Bildung einer Koalition unter Einbeziehung der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei aussprechen, wird nach Ablehnung verschiedener Anträge mit großer Mehrheit ein Antrag Dechamps angenommen, der die Haltung der Fraktion in der Frage der Regierungsbildung in Preußen billigt und für eine „Regierungsbildung der Mitte auf möglichst breiter Grundlage" und Übereinstimmung der Regierungskoalitionen im Reich und in Preußen eintritt und die weiteren Verhandlungen der Landtagsfraktion im Einverständnis mit der Reichstagsfraktion und dem Parteivorstand überlassen will*[12].

11 Philipp Helfferich, Fabrikant in Neustadt/Pfalz.

12 Liegt vor. Abgedruckt in: Wippermann A 1921 I S. 286.

75 b.

13.3.1921: Sitzung des Parteiausschusses (2. Tag)

Vorsitz: zunächst Gerland, dann Petersen. Beginn: kurz vor 10.30 Uhr. Ende: 18 Uhr. Ort: Reichstag.

Gerland *eröffnet und teilt auf Anfrage einiges über die bisherige Tätigkeit des Kulturausschusses mit. Dann wird in die Tagesordnung eingetreten.*

Herr **Schiffer** hält sein Referat über die auswärtige Politik. Es ist bedauerlich, daß die auswärtige Politik in Deutschland bisher vollständig hinter die Fragen der inneren Politik zurückgetreten ist. Das muß entschieden anders werden. Die Geschichte lehrt, daß die Staaten zugrunde gingen, weil die innere Politik überwucherte und man sich nicht genügend um das kümmerte, was jenseits der Grenze vorging. Überschwenglich wird neuerdings die Lehre gepredigt, als wenn die alte europäische Diplomatie ausgespielt hätte und nunmehr nur die Kenntnis des parlamentarischen und wirtschaftlichen Lebens für die auswärtigen Vertreter Deutschlands genügte. Die Wahrheit liegt aber in der Mitte. Am letzten Ende gibt doch immer die Persönlichkeit den Ausschlag. Die Beobachtung angenehmer und vornehmer Verkehrsformen in der Diplomatie ist keineswegs Servilismus, und die Anwendung grober Formen ist keineswegs ein Zeichen von Stärke. Umgekehrt dürfen wir wohlwollende Äußerungen fremder Staatsmänner nicht wörtlich nehmen und allzu viel Wesens davon machen. Man soll auch nicht etwaige Disharmonien zwischen den alliierten Mächten künstlich zu erweitern suchen. Wir

werden damit wenig Glück haben, da wir vielleicht Neigung, aber kein Talent zur Intrige haben. Ebenso sollen wir aber auch nicht das, was wir wollen und wünschen, in die Welt hinausposaunen. Bei der Betrachtung der auswärtigen Dinge sollen wir überhaupt nicht von uns ausgehen als dem Mittelpunkt, sondern von den anderen. Deshalb müssen wir die anderen zu verstehen suchen und nicht nur ihre objektive Lage würdigen, sondern vor allem auch die subjektive Auffassung, die drüben herrscht. Redner geht nun auf das Verhältnis zwischen England und Amerika ein, auf den Wettbewerb Amerikas mit England, das in Gefahr steht, seine Seeherrschaft und damit seine Weltherrschaft an Amerika zu verlieren. England ist infolgedessen auf das lebhafteste an dem Verhältnis Amerikas zu Japan interessiert, und deshalb ist die deutsche Frage für England durchaus nicht die Hauptfrage. Dazu kommt, daß England Frankreich gegenüber unfrei ist. Es kann es auf den Bruch mit Frankreich nicht mehr ankommen lassen. In Frankreich aber herrscht die französische Kammer, die unvernünftig, rachsüchtig und blind ist. Nun gibt es noch einen Faktor in der Welt, der Beachtung verdient. Das ist Rußland. Dieses Land liegt zur Zeit vollständig am Boden, und doch erweist es sich als unangreifbar für die Entente. England ist sehr lebhaft daran interessiert, daß, nachdem Deutschland sehr gegen die eigensten Interessen Englands infolge der Fehler der englischen Staatsmänner machtlos gemacht worden ist, wenigstens ein Land in Europa existiert, das Frankreich den Widerpart hält. Wenn es der Entente nicht möglich gewesen ist, Rußland zu bezwingen, so liegt das vor allen Dingen an der ungeheuren Ausdehnung des Landes. Nun befindet sich zur Zeit die bolschewistische Herrschaft vielleicht in einer ernsten Krisis. Ob sie fallen wird, ist zweifelhaft. Jedenfalls aber sind die expansiven militärischen Kräfte Rußlands jetzt durch die inneren Wirren gebunden. Und das müssen wir in Rechnung stellen bei der Behandlung Polens. Polen kann bei der jetzigen Lage immer mehr Truppen an unsere Grenze werfen, und wir haben hier mit bevorstehenden Verwicklungen ernsthaft zu rechnen. Im neutralen Auslande ist vielfach die Meinung vertreten, daß Frankreich sich nach dem Versailler Frieden wirtschaftlich so übernommen hat, daß es seinen Gewinn nicht verdauen kann. Tatsache ist, daß es sich nur durch brutale Macht an der Spitze halten kann. Wie sehr es die Macht ausnützt, geht daraus hervor, daß die neuen Staaten Mitteleuropas, in denen zuerst die größte Begeisterung für Frankreich herrschte, jetzt einer Verständigung mit Deutschland das Wort reden, weil es eben ohne Deutschland nicht geht. Hier eröffnet sich für uns ein weites Gebiet für positive Tätigkeit. Wir haben dabei auch mit der Unterstützung von Italien zu rechnen. Ein überaus wichtiges Ziel im Rahmen dieser mitteleuropäischen Politik wäre uns dann noch folgendes: Nach der Abstimmung in Oberschlesien und nachdem diese Abstimmung zugunsten Deutschlands ausgefallen ist, mit Polen in ein erträgliches Verhältnis zu treten. Gegenüber der Entente können wir eine aktive Politik vorläufig nur so treiben, daß wir den Widerstand gegen die Sanktionen[1] möglichst stark machen, nicht nur stimmungsgemäß, sondern auch faktisch. Darüber dürfen wir aber die großen Grundlinien unserer Zukunftspolitik nicht aus dem Auge lassen. An solchen Grundlinien hat es in den letzten Jahrzehnten durchaus gefehlt. Dafür müssen wir uns jetzt ein Ziel schaffen; nicht ein phantastisches, sondern ein

1 Siehe Nr. 75 a Anm. 9.

erreichbares. Wir müssen darauf bedacht sein, daß wir alle Fähigkeiten, die in uns liegen, zur Geltung bringen, daß wir uns aber nicht übernehmen. Wir wollen die Stellung in der Welt haben, die der Begabung unseres Volkes entspricht.

Der **Vorsitzende** dankt dem Referenten herzlich und weist auf die Gleichartigkeit der Lage hin, in der sich augenblicklich die Demokratische Partei im Innern Deutschlands und Deutschland in der äußeren Politik befindet. Eine Besserung wird in beiden Fällen dadurch kommen, daß wir eine starke und sittliche Politik betreiben.

Herr **Haas** glaubt nicht daran, daß es uns möglich sein wird, in ein besseres Verhältnis zu Polen zu gelangen. Der polnisch-deutsche Gegensatz in der Politik ist unüberwindlich. Er ist nicht nur rationaler, sondern auch religiöser Natur. Die große Zukunftslinie kann nur bestehen in einer Verbindung mit Rußland. In dieser Beziehung haben wir recht viele Fehler gemacht. Wir sind hier zu ängstlich und zu zurückhaltend gewesen aus Besorgnis vor der bolschewistischen Propaganda durch die russischen Agenten. Andererseits ist der Wiederaufbau Rußlands nur mit Deutschlands Hilfe möglich. Das Wichtigste für uns ist jetzt eine klare, starke und unabänderliche demokratische Haltung dem Ausland gegenüber. Wir sind jetzt in der Lage zu zeigen, daß der Gegner nicht allein mit Kanonen die Dinge regeln kann. Das verleiht uns wieder eine gewisse Stärke, so daß die anderen geneigt sein werden, zu Verhandlungen an uns heranzutreten. Redner beklagt die ungezogene Art, wie die Deutschen bei den diplomatischen Verhandlungen traktiert worden sind[2]. Wir müssen verlangen, daß endlich einmal wieder bessere und würdigere Methoden der Verhandlungen eingeführt werden. Wir sollten es auch ablehnen, auf Grund des sogenannten Schuldbekenntnisses von Deutschland zu verhandeln. Nicht zu verstehen ist es, daß wir in die Konferenz mit der Entente ohne stärkere Fühlungnahme mit unseren Botschaftern eingetreten sind. Bedauerlich ist die Haltung eines Teiles der demokratischen Presse (Vossische Zeitung und Frankfurter Zeitung). Der **Vorsitzende** verliest hierauf eine von den Elberfelder Delegierten gestellte Resolution, die dem Außenminister Simons[3]) das Vertrauen ausspricht. Er weist bei dieser Gelegenheit darauf hin, daß die Besprechung einen vertraulichen Charakter hat.

Herr Dr. **Kauffmann** hat die Überzeugung, daß man sich nicht allseitig über die Konsequenzen klar ist, welche die Politik, für die sich gestern im Reichstag eine überwältigende Mehrheit ausgesprochen hat[4], eigentlich nach sich zieht. Dabei brauchte man nur auf Österreich zu sehen, um zu erkennen, was die Politik der Entente an Rücksichtslosigkeit schaffen kann[5]. Man soll nicht sagen, daß das

2 Vgl. ebd.

3 Walther Simons (1861-1937), Mitglied der Versailler Friedensdelegation, Außenminister von Juni 1920 bis Mai 1921, Präsident des Reichsgerichts 1922-1929. Vgl. Gründer.

4 Am 12.3.1921 hatte Außenminister Simons dem Reichstag über den Verlauf der Londoner Konferenz berichtet; nach der anschließenden Debatte war ein Antrag der Regierungsparteien, der die Haltung der Regierung billigte, mit 268 gegen 49 Stimmen angenommen worden. Vgl. Sten. Ber. Bd. 348 S. 2839-2849 (Simons' Rede), S. 2849-2881 (Debatte).

5 Die Entente hatte der österreichischen Regierung mehrfach zu verstehen gegeben, daß Österreich den zur Stabilisierung seiner wirtschaftlichen Lage dringend benötigten Kredit des Völkerbunds nur erhalten könne, wenn alle auf den Anschluß zielenden Bestrebungen unterbunden würden. Vgl. Walter Goldinger, Geschichte der Republik Österreich, München u. Wien 1962, S. 67-76.

deutsche Volk einem solchen Schicksal unzugänglich ist. Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß wir mit unserer heutigen Politik die wirtschaftliche, gesundheitliche und politische Zukunft des deutschen Volkes aufs Spiel setzen. Gewiß kann man auch dann sagen, daß auch dieser Preis nicht zu hoch ist. Aber Klarheit müssen wir über die Konsequenzen erst schaffen und uns fragen: Ist es wirklich der einzige Weg, den wir vor uns haben, daß wir die Hände in die Taschen stecken und die Entente auffordern, sich zu holen was sie will? Es bleibt zu überlegen, ob es nicht doch möglich ist, daß wir unsererseits noch einmal, jetzt aber mit wirklichen und wohlüberlegten Plänen, rechtzeitig an die Entente herantreten.

Herr **Gessler** widerspricht dem Vorredner. Alle diese Dinge sind im Kabinett sehr genau besprochen und überlegt worden. Es ist auch nicht richtig, daß es Frankreich lediglich um den Ersatz der Kriegsschäden zu tun ist, sondern um die Zerschmetterung Deutschlands. Wenn wir die Zahlung der 266 Milliarden[6] unterschrieben hätten, dann würde Frankreich nach acht Tagen neue 100 Milliarden gefordert haben. Solange sich in Frankreich die Mentalität nicht umstellt, werden alle unsere Verständigungsversuche ergebnislos sein. Unsere Presse ist darüber genau unterrichtet gewesen; aber gewisse Personen haben es nicht über sich gewinnen können, ihren einmal eingenommenen Standpunkt zu revidieren, schon weil sie die Sensation gebrauchen. Redner bespricht die Schwierigkeiten, die unsere deutschen Unterhändler gegenüber der Koalitionspolitik der Entente haben, und wünscht, daß unsere Presse sich nicht nur von der Gegenseite aufklären läßt, sondern auch zu der deutschen Regierung kommt.

Herr **Graf Bernstorff**: Die Mittel und Formen unserer auswärtigen Politik waren vor dem Kriege hauptsächlich deshalb falsch, weil sie niemals konsequent durchgeführt worden sind. Vielleicht wäre es früher möglich gewesen, die von Herrn Kauffmann vorgeschlagene Politik zu betreiben, aber nach dem gestrigen Beschluß des Reichstags ist das nicht mehr möglich. Wir würden unsere auswärtige Politik vollkommen diskreditieren, wenn wir jetzt nicht bis zu den alleräußersten Konsequenzen gingen; einfach weil man im Auslande gewöhnt ist anzunehmen, daß in Deutschland heute so und morgen so auswärtige Politik getrieben wird. Das Ausland muß sich daran gewöhnen, daß wir nunmehr eine folgerichtige Politik betreiben. Redner erklärt und rechtfertigt die Haltung der Demokraten in Sachen der parlamentarischen Verhandlungen am gestrigen Tage. Die gemeinsame Koalitionserklärung sei zu billigen, wenngleich ein demokratischer Redner den Friedenswillen vielleicht etwas stärker betont hätte[7]. Wir denken auch gar nicht daran, die Hände in den Schoß zu legen. Die Regierung wird vielmehr sachliche Gegenvorschläge vorbereiten, um im geeigneten Moment gerüstet zu sein. Nur darf unter keinen Umständen der Versuch zur Einleitung von Unterhandlungen von uns ausgehen, und unter allen Umständen muß von uns durchgehalten werden. Was die Schuldfrage anlangt, so hat es eine moralische Schuld Deutschlands niemals gegeben. Von einer aktiven Außenpolitik kann auf

---

6 In der Begleitnote der Alliierten vom 29.1.1921 zu den Beschlüssen der Pariser Konferenz zur Entwaffnungs- und Reparationsfrage war die Zahlung dieser Summe verlangt worden, verteilt auf 42 Annuitäten. Vgl. Schulthess 1921 II S. 236f.

7 Der Standpunkt der Regierungsparteien war von dem Zentrumsabgeordneten Trimborn begründet worden. Vgl. Anm. 4.

lange Zeit hinaus nicht die Rede sein. Unsere Politik kann nur bestehen in einer Hervorhebung der internationalen Solidarität der wirtschaftlichen Interessen. Die Auffassung Schiffers über das Verhältnis Amerikas zu England und Japan ist nicht zutreffend. Kriegerische Auseinandersetzungen zwischen diesen Staaten sind gar nicht so nahe bevorstehend und so sicher, wie man vielfach annimmt, weil die englischen Kolonien durchaus friedliebend sind.

Die Redezeit wird nunmehr auf zehn Minuten beschränkt.

Im weiteren Verlauf der Debatte spricht u. a. **Dirr** *über die bayrischen Verhältnisse, vor allem über die Rolle der Orgesch und der Einwohnerwehren, wobei er letztere gegen den Vorwurf verteidigt, sie unterstützten die Wiederherstellung der Monarchie.* **Gothein** *hält eine Einheitsfront für das Gebot der Stunde, das „Nein" sei in diesem Moment das einzig Mögliche gewesen.*

Nach einer Mittagspause wird die Aussprache fortgesetzt. Frau **Bäumer** *ist der Ansicht, daß es sich bei den Sanktionen nicht um vorübergehende Strafmaßnahmen handele, sondern um eine Methode der Pfänder, welche die Franzosen nicht nach Unterzeichnung des Vertrags, sondern nur nach entsprechenden sachlichen Leistungen freigeben würden. „Die Organisation des Widerstands wird nun im wesentlichen darin bestehen, daß man diese Methode wirtschaftlich ad absurdum führt." Diese Politik würde am besten gemeinsam mit der Sozialdemokratie geführt. Auf jeden Fall dürfe man die Sozialdemokratie nicht weiter in die Opposition treiben und selbst ins Fahrwasser der Deutschen Volkspartei geraten. Die Rednerin warnt davor, sich die Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen mit der Entente zu verbauen, indem man dauernd an einem starren „Nein" festhalte. Im weiteren Verlauf der Debatte wird auch das Verhältnis zwischen der Partei und der demokratischen Presse angesprochen, wobei die anwesenden Redakteure*[8] *die Haltung der Presse verteidigen.* **Petersen** *warnt davor, Simons das Vertrauen auszusprechen, und stellt fest, daß die überwiegende Mehrzahl der Redner sich dazu bekannt habe, die jetzige Politik trotz aller wirtschaftlichen Belastungen durchzuhalten. Die von der Ortsgruppe Elberfeld eingebrachte Dankesresolution an Simons wird zurückgezogen. Nach weiteren Diskussionsbeiträgen zu verschiedenen Themen und einigen geschäftlichen Mitteilungen des* **Generalsekretärs** *schließt der* **Vorsitzende** *die Sitzung mit einem Dank an die Anwesenden.*

8 Cohnstaedt, Guttmann (Frankfurter Zeitung) und Oehlke (Breslauer Zeitung).

76.

14.3.1921: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Petersen. Beginn: 17.45 Uhr. Ende: 20.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Böhme, Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischer, Frankfurter, Gerland, Hamm, Issberner, Jäckh, Jansen, Kauffmann, Kempner, Nuschke, Petersen, Preuß, Schiffer, Sparrer, Weinhausen.

Petersen *eröffnet. Der Vorstand kooptiert Jäckh, Kauffmann, Preuß und Wießner. Da mit Genehmigung des Parteiausschusses weitere sechs Personen*

zugewählt werden dürfen[1]*, wählt der Vorstand zunächst fünf Personen aus: den jeweiligen Vorsitzenden der preußischen Fraktion*[2]*, Bartschat*[3]*, Hamm, Landahl*[4] *und Vogt*[5]*.*

Es wird beschlossen, die Wahlkreise bzw. Provinzialleitungen anzuweisen, bei der Arbeit in den Provinziallandtagen nach Möglichkeit zu versuchen, demokratische Vertreter für den Staatsrat durchzusetzen sowie eine politische Kombination der Mitte herzustellen.

Petersen *schlägt unter Zustimmung der Versammlung vor, eine Tagung von Landwirten über das Thema der Siedlungsfrage abzuhalten.*

Der Vorstand beschließt, Rohrbachs Projekt einer allgemeinen Aufklärungskampagne über die Kriegsschuldfrage[6] *offiziell zur Sache der Partei zu machen, da die Frage inzwischen durch die Londoner Konferenz*[7] *in ein neues Licht gerückt worden sei. Gegen ein persönliches Hervortreten Rohrbachs sei nunmehr nichts einzuwenden, zumal er die Agitation nicht allein, sondern gemeinsam mit Männern wie Schücking, Haas und Jäckh betreiben werde.*

Im Anschluß an einen Vortrag von **Hamm** *befaßt sich der Vorstand in einer längeren Debatte mit der Frage der bayrischen Einwohnerwehren.*

1 Vgl. Nr. 75 a.

2 Zu diesem Zeitpunkt: Dominicus, ab Mai 1921: Oeser.

3 Franz Bartschat (1872-1952), Klempnermeister in Königsberg, MdR (Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1912 bis Februar 1921, Dezember 1924 bis 1928, März bis September 1930, Vorsitzender des Mittelstandsausschusses der DDP.

4 Heinrich Landahl (geb. 1895), Lehrer in Hamburg, Md Bürgerschaft (DDP/Staatspartei) 1924-1933, MdR März bis Juli 1933.

5 Gerhard Vogt, Sekretär des Verbandes der Deutschen Post- und Telegraphenbeamten, Erster Vorsitzender des Beamtenausschusses der DDP.

6 Siehe Nr. 74 a.

7 Siehe Nr. 75 a Anm. 9.

77.

6.4.1921: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Petersen. Beginn: kurz vor 17.30 Uhr. Ende: 21 Uhr. Ort: Preußischer Landtag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bartschat, Böhme, Frau Dönhoff, Falk, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Gerland, Grund, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Kempner, Koch-Weser, Kuhle, Landahl, Nuschke, Petersen, Preuß, Schiffer, Sparrer, Vogt, Wießner, die preußische Landtagsfraktion (nur im ersten Teil der Sitzung anwesend).

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung gegen 17.30 Uhr und begrüßt vor allem die Mitglieder, die in den Vorstand neu eingetreten sind[1].

Frage der Regierungsbildung[2].

1 Siehe Nr. 76.

2 Es handelt sich um die Regierungsbildung in Preußen. Vgl. Nr. 75 a.

Herr **Dominicus** referiert über die letzten Ereignisse und Verhandlungen. In der Zeit über Ostern ist es nicht möglich gewesen, die Frage der Regierungsbildung zu fördern. Da hat sich der Reichspräsident Ebert auf Verlangen bereit erklärt, die Sache in die Hand zu nehmen. Am letzten Sonntagvormittag fand bei ihm eine Besprechung statt, an der außer Ebert Dominicus von der demokratischen Fraktion, Herold[3] von der Zentrumsfraktion und Siering[4] von der sozialdemokratischen Fraktion teilnahm: Siering zeigte einigermaßen Entgegenkommen. Er erklärte, für die Deutsche Volkspartei wäre eine Hereinnahme in die Koalition möglich, wenn sie sich für die Republik und die Demokratisierung ausspricht. Ebert war über dieses Entgegenkommen so erfreut, daß er sogar schon veranlaßte, in eine Besprechung über die Personalien der neuen Minister einzutreten. Am Sonntagnachmittag fand eine weitere Konferenz der drei bisherigen Mehrheitsparteien statt, an der seitens der Sozialdemokratie Siering, Heilmann[5] und Limbertz[6] teilnahmen. Hier war das Bild schon etwas anders. Heilmann, der die Aufsaugung der Unabhängigen für das Hauptziel der Sozialdemokraten betrachtet, stellt sich auf einen intransigenten Standpunkt. Immerhin ging man auseinander, indem man in Aussicht nahm, am nächsten Tage eine Besprechung unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei stattfinden zu lassen. Diese Aussicht konnte aber nicht verwirklicht werden. Am Montag Vormittag 11 Uhr erschien Siering bei Dominicus und Herold und teilte ihnen mit, am Sonntagabend hätte eine Besprechung stattgefunden mit dem Ergebnis, daß er, Siering, sich an der heutigen Konferenz nicht beteiligen könne. Siering überbrachte zugleich die Abschrift eines Briefes, den die Sozialdemokratie an Krause von der Deutschen Volkspartei gerichtet hatte und in der vier Bedingungen niedergelegt waren, deren befriedigende Erfüllung erst der Sozialdemokratie eine Diskussion über die Frage der Beteiligung der Deutschen Volkspartei an der Regierungskoalition ermöglichen könnte. Diese Bedingungen waren folgende: 1. Ein Bekenntnis der Deutschen Volkspartei zur bereitwilligen Mitarbeit auch in der Agitation auf dem Boden der Verfassung in republikanischem Geiste. 2. Fortführung der Demokratisierung der Verwaltung in der bisherigen Art und Weise. 3. In bezug auf die Abfindung der Hohenzollern Fortführung der durch Lüdemann[7] eingeleiteten Reduzierung der bisherigen Liquidatsumme. 4. Zustimmung dazu, daß die Sozialdemokratie in dem neuen Kabinett den Ministerpräsidenten, den Minister des Innern und den Landwirtschaftsminister stellt. Das Schriftstück schloß mit der Bitte an das Zentrum und die Demokratie, das Schreiben evtl. der Deutschen Volkspartei zu übermitteln und eine Antwort herbeizuführen. Bei der Besprechung mit Krause über dieses Schreiben erklärte dieser, daß durch einen derartigen schriftlichen Weg eine Verständigung außerordentlich erschwert würde. Es sehe so aus, als ob die

3 Carl Herold (1848-1931), MdL Preußen (Z) 1889-1928, MdR 1903 bis Januar 1931. Herold war Stellv. Vorsitzender der preußischen Landtagsfraktion.

4 Wilhelm Siering (geb. 1875), MdL Preußen (SPD) 1919-1932.

5 Ernst Heilmann (1881-1940), MdL Preußen (SPD) 1919-1933, MdR 1928 bis Juni 1933. Heilmann war Vorsitzender der preußischen Landtagsfraktion.

6 Heinrich Limbertz (1874-1932), MdL Preußen (SPD) 1919-1924, MdR Mai 1924 bis April 1932.

7 Hermann Lüdemann (geb. 1880), MdL Preußen (SPD) 1919-1928, preußischer Finanzminister von März 1920 bis April 1921.

Sozialdemokratie eine Abweisung durch die Deutsche Volkspartei provozieren wolle. Die Deutsche Volkspartei sei durchaus bereit, auf dem Boden der Reichsverfassung und der preußischen Verfassung in den Ministerien mit den anderen Parteien zusammenzuarbeiten. Die Demokratisierung der Verwaltung könne dagegen durchaus nicht in der bisherigen Weise weiter betrieben werden. Die Abfindung der Hohenzollern sei eine reine Rechtsfrage. Zur Frage der Besetzung der Ministerien habe seine Partei die größten Bedenken sowohl gegen Severing[8] wie gegen Braun[9]. Krause erklärte sich aber schließlich bereit, einen der beiden Posten der Sozialdemokratie zu überlassen. Die Sozialdemokratie verlangt eine bündige Erklärung der Deutschen Volkspartei über ihre Bedenken, ist aber auch mit einem mündlichen Bescheid zufrieden. Die demokratische Partei beharrt auf dem Standpunkt, daß sie die Erweiterung der bisherigen Koalition durch die Deutsche Volkspartei als geboten erachte. Die bisherige Koalition ist nicht tragfähig genug, zumal wenn die oberschlesischen Abgeordneten ausfallen, d. h. wenn die Koalitionsmehrheit 19 Mitglieder und die Opposition nur 3 Mitglieder verliert. Der Vertreter des Zentrums machte auch geltend, daß bei dem Draußenbleiben der Deutschen Volkspartei die Rechtsparteien gemeinsam eine Anzahl von Anträgen stellen würden, die dem Zentrumsprogramm entsprechen und für die das Zentrum also stimmen müßte. Alsdann würde die bisherige Mehrheit geworfen werden. Dazu kommen ferner vor allem aber auch außenpolitische Gründe, die eine Erweiterung der Regierungsmehrheit notwendig machen. Für den Fall, daß es nicht gelingt, die streitenden Brüder zusammenzubringen – die Deutsche Volkspartei hat auch gewisse Bedenken gegen den Eintritt zusammen mit den Sozialdemokraten und möchte am liebsten eine Minderheitsregierung in Preußen genau so wie im Reich herstellen – so bleibt die Möglichkeit entweder der Wiederherstellung der alten Koalition oder der Schaffung einer gleichen Koalition wie im Reich. Beide Möglichkeiten hat die demokratische Fraktion erklärt, ablehnen zu wollen, und sie bleibt auch jetzt noch auf demselben Standpunkt. Maßgebend ist vor allem dafür die Erwägung, daß man in Preußen die jetzt notwendigen neuen Gesetze, namentlich das über die Grundsteuer, nicht ohne die Deutsche Volkspartei machen kann. Andererseits würde das Herausgehen der Sozialdemokraten aus der preußischen Regierung nicht erträglich sein. Bei der gestrigen interfraktionellen Besprechung wurde der Sozialdemokratie der Standpunkt der Demokratie mitgeteilt und mit peinlicher Überraschung aufgenommen. Das Zentrum hat gestern die bestimmte Erklärung abgegeben, daß es nicht daran dächte, die alte Koalition wieder aufzurichten. Zur Frage der Minderheitsregierung hat sich das Zentrum amtlich noch nicht geäußert. Heute nachmittag berät die Deutsche Volkspartei über die Antwort auf den sozialdemokratischen Brief. Die drei Mehrheitsparteien werden heute abend zur Beratung zusammentreten. Kommt es nicht zum Zusammenschluß der vier Parteien, so bleibt nur übrig entweder ein nochmaliger Appell an Ebert, was aber ein Hilfsmittel für den

8 Carl Severing (1875-1952), MdR (SPD) 1907-1912, 1919 bis Juni 1933, MdL Preußen 1919-1933, preußischer Innenminister von März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Oktober 1926 und Oktober 1930 bis Oktober 1932, Reichsinnenminister von Juni 1928 bis März 1930.

9 Otto Braun (1872-1955), MdL Preußen (SPD) 1913-1918, 1921-1933, MdR 1919 bis März 1933, preußischer Landwirtschaftsminister von November 1918 bis April 1921, preußischer Ministerpräsident von März 1920 bis April 1921, November 1921 bis Februar 1925, April 1925 bis März 1933.

allerletzten Augenblick bleiben soll, oder in einer der nächsten Sitzungen des Abgeordnetenhauses wird ein Ministerpräsident gewählt, dem es dann seinerseits überlassen bleibt, die Verhandlungen über die Regierungsbildung zu führen. Unsere Fraktion will auch in dieser Beziehung durchaus zurückhaltend sein. Die ganze Entwicklung ist höchst unerfreulich, denn wenn die Deutschnationalen morgen beantragen, für Freitag die Wahl des Ministerpräsidenten auf die Tagesordnung zu setzen, so gibt es für uns augenblicklich keinen Grund, dagegen zu stimmen.

Herr **Petersen**: Die Situation in Preußen ist jetzt genau so wie im vorigen Juni im Reich. Das Schlimme aber ist, daß der Ministerpräsident vom Parlament gewählt werden muß. Aber es geht nun einmal nicht anders. Wir haben an dem Standpunkt festzuhalten, den wir von vornherein eingenommen haben: Ablehnung der bisherigen Koalition, Ablehnung der Minderheitsregierung, und müssen versuchen, so gut oder so schlecht wie es geht, eine Persönlichkeit mit der Kabinettsbildung zu beauftragen. Wir vom Vorstand haben also keine Veranlassung, etwas anderes zu beschließen, als was bisher geschehen ist, und können nur die Fraktion bitten, bei ihren Bedingungen zu bleiben. Daß unsere Partei sich wegen ihrer Kleinheit nicht hervordrängt, ist ein einfaches Gebot der Klugheit.

Da zunächst das Wort nicht weiter gewünscht wird, geht der **Vorsitzende** auf einen Artikel ein, den die "Sozial[demokratische Partei]korrespondenz"[10] über die Regierungsbildung gebracht hat. Darin befinden sich neben Angriffen auf Reichsminister anderer Parteien auch ein solcher auf Koch[-Weser], von dem es heißt, daß er eine schwere Belastung der Deutschen Demokratischen Partei darstelle. Der Vorsitzende hebt hervor, daß wir uns nicht gefallen lassen könnten, daß von einem sozialistischen Organ in dieser Weise gegen uns gearbeitet wird. Er schlägt vor, in dem "Demokratischen Zeitungsdienst" mitzuteilen, daß der Ausfall der Korrespondenz gegen Koch[-Weser] im Vorstand zur Sprache gekommen ist und daß dieser Protest eingelegt habe gegen derartige Behandlung eines Mannes, der sich des vollen Vertrauens der Partei erfreut. Der Vorstand beschließt demgemäß.

Zur Frage der Regierungsbildung sprechen noch die Herren **Fischer, Nuschke, Wießner, Falk, Preuß, Gerland, Berndt**[11], **Dominicus, Wendorff**[12] und **Böhme**.

Auf Vorschlag des **Vorsitzenden** wird unter allgemeiner Zustimmung darauf verzichtet, über die Stellung des Vorstandes zur Frage der Regierungsbildung eine ausführliche Veröffentlichung in der Presse vorzunehmen. Es soll nur mitgeteilt werden, daß die Angelegenheit von dem Vorstand gemeinsam mit der Landtagsfraktion besprochen worden ist und daß sich der Vorstand in völliger Übereinstimmung mit der Fraktion befindet[13].

10 Im Or.: „Sozialistische Korrespondenz".

11 Conrad Berndt (geb. 1871), Rechtsanwalt in Stettin, MdL Preußen (DDP) 1919-1924.

12 Hugo Wendorff (1864-1945), Gutsbesitzer im Kreis Grimmen, MdR (Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1912-1920, MdLv Mecklenburg-Schwerin 1919-1921, MdL Preußen 1921-1924, Ministerpräsident und Staatsminister von Mecklenburg-Schwerin von November 1918 bis Juli 1920, preußischer Landwirtschaftsminister von November 1921 bis Februar 1925.

13 Vgl. Berliner Tageblatt v.4.4.1921 Nr. 156.

Böhme *begründet einen Antrag zum Fall Gerlach*[14], *der den Vorstand ersucht, dem Schöneberger Verein, wo Gerlach organisiert ist, den Ausschluß nahezulegen. Der Antrag wird abgelehnt und stattdessen beschlossen, dem Schöneberger Verein die bei der Zentrale eingelaufenen Anträge auf Ausschluß Gerlachs zu übermitteln.*

Der Vorstand wählt anstelle des einen noch zu kooptierenden Mitglieds[15] *drei Personen hinzu: Weinhausen, Schneider (Sachsen) und Frau Brönner*[16].

Fischer *berichtet über die unbefriedigende finanzielle Lage der Partei. Er empfiehlt, die Organisationen schriftlich an ihre Pflicht zur restlosen Abführung der „Kopfsteuer" zu erinnern, und regt ferner an, die wohlhabenden Parteifreunde in allen Wahlkreisen zu einer intimen Veranstaltung einzuladen und bei dieser Gelegenheit um größere Spenden zu bitten. Der Vorstand beschließt, die Finanzfrage wegen ihrer Bedeutung auf einer besonderen Tagung zu behandeln und das von Fischer vorgeschlagene Schreiben an die Organisationen zu versenden.*

Jansen *berichtet über den Plan einer Tagung aller Fachausschüsse der Partei in Eisenach. Die Ausschüsse sollen dort ihr gegenwärtiges Programm aufstellen, der Vorstand soll dann ein diesen Beschlüssen entsprechendes Aktionsprogramm schaffen. Nach längerer Aussprache kommt der Vorstand überein, dieses Projekt auf der nächsten Vorstandssitzung näher zu besprechen.*

Fischer *teilt mit, daß der Dammert-Verlag von der Schwerindustrie angekauft worden sei*[17], *und empfiehlt, das bestehende Vertragsverhältnis zwischen dem „Demokratischen Zeitungsdienst" und dem Dammert-Verlag zu lösen, zumal der Zeitungsdienst offenbar in der Lage sei, sich künftig selbst zu erhalten. Der Vorstand stimmt diesem Vorschlag zu.*

---

14 Siehe Nr. 30.

15 Siehe Nr. 76.

16 Elisabeth Brönner-Höpfner (geb. 1880), Lehrerin in Königsberg, Schriftleiterin der „Hartungschen Zeitung" seit 1915, MdR (DDP) 1919 bis Februar 1921.

17 Verkauf an die Telegraphen-Union, in welcher der Hugenberg-Konzern bereits 1919 die Anteilsmehrheit besaß. Vgl. Otto Groth, Die Zeitung. Ein System der Zeitungskunde, 4 Bde, Mannheim, Berlin u. Leipzig 1928-1930, Bd. 2 S. 604ff.

78.

27.4.1921: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: zunächst Petersen, dann Gerland. Beginn: kurz vor 15.30 Uhr. Ende: nach 19.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Frau Bernhardt, Blunck, Böhme, Frau Brönner, Erkelenz, Falk, Fischer, Frankfurter, Gerland, Haas, Hamm, Hieber, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Kuhle, Landahl, Nuschke, Petersen, Preuß, Schneider, Sparrer, Frau Uth, Vogt, Weinhausen, Wießner. Gäste: Graf Bernstorff (nur im zweiten Teil der Sitzung anwesend).

Petersen *eröffnet. Der Vorstand beschließt u. a., die Eisenacher Tagung*[1] *auf Anfang Juli festzusetzen. Zuvor soll eine Besprechung einzelner Vorstandsmitglieder mit den Vorsitzenden und Geschäftsführern der Ausschüsse stattfinden.*

Die Behandlung verschiedener Anfragen und Beschwerden wird auf die nächste Sitzung verlegt.

Einige Organisationen haben angesichts des Ausfalls der Parlamentswahlen die Vornahme neuer Stadtverordnetenwahlen verlangt. Der Vorstand ist der Ansicht, daß er nicht in der Lage sei, in diesem Sinne auf die preußische oder die Reichsregierung einzuwirken.

Die Frankfurter Organisation hat Rohrbachs Propagandaaktion in der Frage der Kriegsschuld[2] *kritisiert, da sie ohne Kontakt mit den demokratischen Organisationen im Land erfolge. Die Beschwerde wird an den zuständigen Ausschuß verwiesen.*

Petersen *berichtet über die Lage im Reich und warnt davor, Simons im gegenwärtigen Zeitpunkt zu kritisieren. Nach längerer Debatte einigt sich der Vorstand darauf, jetzt nichts zu unternehmen, was zu Simons Sturz führen könne. Über die Frage, ob es angebracht sei, Simons jetzt direkt zu schützen, gehen die Meinungen auseinander.*

1 Siehe Nr. 77.

2 Siehe Nr. 74 a u. Nr. 76.

79.

9.5.1921: Sitzung des Vorstandes gemeinsam mit der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion

Vorsitz: zunächst Erkelenz, dann Petersen. Beginn: 21 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend vom Vorstand: Frau Bäumer, Bartschat, Frau Bernhardt, Frau Brönner, Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischbeck, Frankfurter, Gerland, Grund, Haas, Hamm, Hieber, Issberner, Jäckh, Jansen, Kauffmann, Koch-Weser, Kuhle, Landahl, Nuschke, Petersen, Preuß, Schiffer, Schneider, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Weinhausen, Wießner.

Erkelenz *eröffnet und berichtet über die Situation in Oberschlesien*[1]*, über das Ultimatum der Entente*[2] *und die bisherigen Beratungen der Reichstagsfraktion*[3]*.*

1 Sogenannter dritter polnischer Aufstand. Seit dem 3.5. hatten polnische Insurgenten das von ihnen beanspruchte Gebiet Oberschlesiens großenteils besetzt, wobei es zu zahlreichen Übergriffen gegen die deutsche Bevölkerung gekommen war.

2 Am 5.5.1921 war Deutschland von den Alliierten unter Androhung der Besetzung des Ruhrgebiets aufgefordert worden, sich innerhalb von sechs Tagen bereit zu erklären: 1. ohne Vorbehalt die von der Reparationskommission auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen, 2. die hinsichtlich dieser

Gegen die Annahme des Ultimatums sprechen **Heile** *und* **Wießner**; *dafür sprechen sich* **Kauffmann** *und* **Bahr**[4] *aus.* **Oeser** *legt dar, aus welchen Gründen die Landtagsfraktion sich für die Annahme des Ultimatums entschieden habe;* **Bartschat** *berichtet über die Stellungnahme des Reichswirtschaftsrats zu der Frage. Anschließend wenden sich* **Gothein** *und* **Wachhorst de Wente** *gegen die Annahme;* **Schiffer, Cohnstaedt, Schücking** *und* **Brodauf**[5] *sprechen dafür*[6].

Verpflichtungen vorgeschriebenen Sicherheiten anzunehmen, 3. die Abrüstungsmaßnahmen durchzuführen und 4. die Aburteilung der Kriegsverbrecher unverzüglich vorzunehmen. Vgl. Schulthess 1921 II S. 264f.

3 Am 6.5.1921 hatte Koch-Weser über die Auseinandersetzungen innerhalb der Fraktion notiert: „Aber die Tapferkeitshelden arbeiten in allen Fraktionen. Unsere ist besonders wild. ‚Die Sanktionen kommen doch' heißt das Schlagwort [. . .] Schneid zeigen ist alles. Keiner weiß, wie sehr er selbst ein kleiner Ludendorff ist." Nachlaß Koch-Weser 27.

4 Max Bahr (1848-1930), Besitzer einer Gerberei und Jutespinnerei in Landsberg a. d. W., MdR (DDP) 1919 bis Mai 1924. Vgl. M. Bahr, Eines deutschen Bürgers Arbeit in Wirtschaft und Politik. Lebenserinnerungen und Erfahrungen aus den Jahren 1848-1926, Berlin 1926.

5 Alfred Brodauf (geb. 1871), Richter in Chemnitz, MdL Sachsen (Fortschrittliche Volkspartei) 1909-1918, MdR (DDP) 1919-1928.

6 Die Reichstagsfraktion entschied sich schließlich intern mit 16 gegen 15 Stimmen für die Ablehnung des Ultimatums. Nachlaß Koch-Weser 27.

80.

30.5.1921: Sitzung der Berliner Mitglieder des Vorstandes[1]

Ort: Preußischer Landtag.

Die Berliner Mitglieder des Vorstands beraten über die Frage, ob man angesichts der politischen Situation den Parteivorstand oder den Parteiausschuß einberufen solle[2]. *Nach einer Debatte wird beschlossen, die auswärtigen Mitglieder des Vorstands zu ersuchen, sich für eine unter Umständen rasch anzuberaumende Sitzung bereit zu halten.*

---

1 Siehe Nr. 75 a.

2 Nach dem Rücktritt der Regierung Fehrenbach war am 10.5.1921 aus Mitgliedern des Zentrums, der Sozialdemokraten und der Demokraten das neue Kabinett Wirth gebildet worden, das am 1.6.1921 vor dem Reichstag seine Regierungserklärung abgeben wollte. Dem Kabinett gehörten von der DDP Gessler (Reichswehrministerium) und Schiffer (Justiz) an, ab 29.5.1921 auch Rathenau als Wiederaufbauminister. Vgl. Kabinette Wirth I u. II. S. XIX-XXVII.

81.

13.6.1921: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Petersen. Beginn: 17 Uhr. Ende: 21.15 Uhr. Ort: Preußischer Landtag.

Anwesend: Frau Bäumer, Frau Bernhardt, Frau Brönner, Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falk, Fischbeck, Frankfurter, Gerland, Harteck, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Kuhle, Landahl, Nuschke, Petersen, Preuß, Frau Stritt, Frau Uth, Weinhausen, Wießner.

Zunächst gibt **Petersen** einen Rückblick auf die Verhandlungen, die vor der Annahme des Ultimatums[1] und der Regierungsbildung gepflogen worden sind. Er legt es ausführlicher dar, aus welchen Gründen die Deutsche Demokratische Partei wieder in die Regierung eingetreten ist, besonders betont er dabei, daß die Deutsche Demokratische Partei unbedingt auf der Forderung bestehen müsse, daß die Koalition erweitert werde, damit eine tragfähige Regierung zustande komme. Er weist darauf hin, daß unter der gegenwärtigen Situation die Sozialdemokratische Partei, die sich in ihrem Verhalten von rein parteitaktischen Gründen leiten lasse, es zu einer Auflösung des Reichstags bringen werde, bei der sie gegenüber der Unabhängigen Sozialdemokratie ihre Wahlgeschäfte machen könne. Diese Reichstagsauflösung werde dann unter der Parole: „Besitzende gegen nicht Besitzende" bei irgend einer Steuervorlage vorgenommen werden. Es komme alles darauf an, eine solche Entwicklung zu vermeiden. Eine andere Möglichkeit als die Schaffung einer auf breiter Grundlage beruhenden Regierung der Erfüllung sei nicht gegeben.

In der Aussprache gehen die Meinungen über die Vorgänge bei der Regierungsbildung ziemlich weit auseinander, so daß von mehreren Seiten gemahnt wird, man möge, da die einzelnen Angaben sich doch zu sehr widersprächen, das Vergangene vergangen sein lassen und sich mit den Gegenwartsfragen beschäftigen. Es beteiligen sich an der Aussprache: **Nuschke**: der vor Herbeiführung einer Regierungskrise und vor Neuwahlen warnt und die Taktik der Reichstagsfraktion für falsch erklärt, da sie einem Nachlaufen hinter der Deutschen Volkspartei gleichkomme. **Koch[-Weser]**: der die Politik, die Petersen heute vertreten habe, für richtig erklärt. **Erkelenz** betont, daß ein Austritt aus der Koalition eine Gefährdung der Politik Wirths bedeuten würde. Man dürfe die Deutsche Volkspartei nicht drängen, aber ebensowenig die Sozialdemokratie. **Falk** erklärt, wir hätten eine Politik der verpaßten Gelegenheit gemacht, sowohl beim Rücktritt von Simons und Fehrenbach wie bei der ursprünglichen Bereitwilligkeit der Sozialdemokratie, in das Kabinett einzutreten. Er tadelt die Reichstagsrede

1 Am 10.5.1921 hatte der Reichstag mit 220 gegen 172 Stimmen bei einer Enthaltung der Unterzeichnung des Londoner Ultimatums zugestimmt; bei der DDP waren 17 Ja- und 21 Nein-Stimmen abgegeben worden. Vgl. Sten. Ber. Bd. 349 S. 3654. Vgl. Ultimatum und Regierungsbildung. Die Haltung der Deutschen Demokratischen Partei, hrsg. v. d. Reichsgeschäftsstelle der DDP, Berlin o. J., S. 47 f. Diese Schrift versucht zu rechtfertigen, weshalb die DDP sich trotz dieses Abstimmungsverhaltens an der neuen Regierung beteiligte.

Petersens[2]. Der Gedanke einer Verschmelzung mit dem Zentrum erscheine ihm unfaßbar. Er wäre vernichtend für die Partei. Wir müßten in der Regierung bleiben, um die Durchführung des Ultimatums zu sichern. **Preuß** tadelt das Werben um die Deutsche Volkspartei. Haupterfordernis sei für uns, ein demokratisches Finanzprogramm in der Partei für die Reparationsforderungen zu schaffen. Die Taktik allein führe uns weiter in den Sumpf. Wir sollten nicht nach rechts und nach links fragen, sondern geradeaus gehen. **Cohnstaedt** tadelt ebenfalls die Reichstagsrede Petersens. Es fehle der Partei an Führung. Er verlangt ebenfalls ein Finanzprogramm. **Bäumer**: Eine Reichstagsauflösung zum Zwecke von Neuwahlen sei aus außenpolitischen Gründen unmöglich, innerpolitisch nur möglich, wenn eine gute Wahlparole gefunden wird. Näher an das Zentrum heranzurücken, sei ein falscher Weg. **Koch[-Weser]** stellt den Antrag, der Vorstand solle beschließen, in Preußen sei für die Neubildung der alten Koalition kein Raum, solange im Reiche keine Klarheit geschaffen sei. **Cohnstaedt** und **Nuschke** widersprechen dem Antrag, da die Frage der preußischen Regierungsbildung nicht auf der Tagesordnung stehe. **Petersen** opponiert dagegen. **Gerland**: Was geschehen solle, habe bisher niemand gesagt. Richtiger sei es, wir bestimmen den Zeitpunkt der Neuwahlen, dazu aber müßten wir uns sofort ein Steuerprogramm schaffen, dieses Programm der Regierung unterbreiten und sie vor die Alternative stellen, ob sie es ausführen will. **Wießner** glaubt nicht, daß mit der Sozialdemokratie eine Mehrheit für die Steuern zu finden sei. Es wäre besser gewesen, man hätte sich heute darüber ausgesprochen, ob die Partei für sozialistische Experimente zu haben sei. Eingriffe in die Substanz dürften nicht geduldet werden. In Preußen sei an dem Kabinett Stegerwald festzuhalten. **Nuschke** plädiert für eine Verbreiterung der Regierung in Preußen. Gerade unsere Partei habe ja immer die Homogenität der Regierung im Reiche und in Preußen verlangt. Dr. **Frankfurter** erklärt die Taktik der Fraktion in den kritischen Maitagen für richtig. Der Antrag Koch[-Weser] sei abzulehnen, da wir uns damit festlegen. Neuwahlen herbeizuführen, wäre für uns gefährlich. **Koch[-Weser]** zieht seinen Antrag zurück, verlangt aber, daß die Preußen-Fraktion keine Beschlüsse über Neubildung des Kabinetts Stegerwald fassen solle, ehe der Parteivorstand darüber Beschluß gefaßt hat. **Gerland** und **Petersen** unterstützen dies. **Nuschke** sagt es zu[3]. **Cohnstaedt** bringt folgende Entschließung ein:

„Der Parteivorstand hält es für notwendig, (daß die Deutsche Demokratische Partei in ihrer Politik nicht in erster Linie von taktischen Gesichtspunkten der Koalitionsbildung sich leiten lasse, sondern von dem sachlichen Bestreben,) ein klar umschriebenes Programm ehrlicher Erfüllung des Ultimatums zu schaffen, auf dessen Grundlage eine starke dauernde Regierungsmehrheit gebildet werden kann, die vollkommen einig ist in dem Willen zu konsequenter Erfüllung des Ultimatums und zu ehrlichem Schutz der Verfassung.

Preuß: Wir dürften uns nicht dazu hergeben, daß die Deutsche Volkspartei in Preußen in die Regierung eintrete, ohne im Reiche die Verantwortung mitzutra-

2 Vgl. Sten. Ber. Bd. 349 S. 3765-3770.

3 Vgl. das Protokoll der Sitzung der preußischen Fraktion vom 14.6.1921. DDP/Staatspartei R 45/III 64.

gen. **Petersen** warnt vor Annahme der Entschließung und erklärt seinerseits, den eingeklammerten Satz nicht annehmen zu können, da er ein Mißtrauensvotum gegen die Fraktion enthalte. Im übrigen müßten wir endlich einmal den Mut aufbringen, gegenüber der Sozialdemokratie selbständige Politik zu machen. Wenn man uns nötig habe, dürften wir auch Rücksicht auf uns verlangen. **Frankfurter** beantragt getrennte Abstimmung über die beiden Sätze der Entschließung. **Cohnstaedt** bestreitet, daß die Entschließung ein Mißtrauensvotum enthalten solle, die Antragsteller wollten nur von der Anschauung über die Politik der Fraktion abrücken, die in der Öffentlichkeit herrsche.

Es erfolgt getrennte Abstimmung. Der erste Satz wird mit sieben gegen vier Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt, die Entschließung selbst darauf bei einer Stimmenthaltung einstimmig angenommen.

Erkelenz erklärt, der Fraktionsausschuß werde sein Steuerprogramm rechtzeitig dem Vorstand vorlegen.

Petersen teilt mit, der Parteiausschuß solle nicht vor Erledigung der oberschlesischen Frage einberufen werden, und erhält den Auftrag, dies zu veranlassen. Er teilt ferner mit, daß die Eisenacher Woche[4] aus finanziellen Gründen nicht abgehalten werden solle.

Die Sitzung, die um fünf Uhr begonnen hatte, schließt um 21.15 Uhr.

4 Siehe Nr. 77 u. Nr. 78.

82.

27.8.1921: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Nuschke. Beginn: 17.15 Uhr. Ende: 19.45 Uhr. Ort: Reichsgeschäftsstelle.

Anwesend: Böhme, Erkelenz, Fischer, Issberner, Kauffmann, Koch-Weser, Nuschke, Schiffer, Vogt, Wießner.

Nuschke *eröffnet und skizziert die Lage, die sich durch „das Treiben der Rechtsbolschewisten" und die Ermordung Erzbergers ergeben habe. Aus Zeitmangel sei es nicht möglich gewesen, die auswärtigen Vorstandsmitglieder zu der heutigen Sitzung hinzuzuziehen, dennoch müßten die Anwesenden heute einen Beschluß fassen, den man veröffentlichen könne.* **Böhme** *fordert, nicht nur den „Rechtsbolschewisten", sondern auch den Linksradikalen scharf entgegenzutreten, und verweist in diesem Zusammenhang auf die Begnadigung von mitteldeutschen „Bolschewisten".* **Erkelenz** *hält einen Aufruf einer kleinen Anzahl von Vorstandsmitgliedern für sinnlos und empfiehlt stattdessen eine prorepublikanische Kundgebung der Regierungsparteien. Nach Erörterung der Frage, ob es ratsam erscheine, den Organisationen prorepublikanische Demonstrationen auch unter Beteiligung der Unabhängigen zu empfehlen, formuliert* **Nuschke** *eine Anweisung an die Parteisekretäre, die sich dafür ausspricht, etwaige prorepublikanische Veranstal-*

tungen als Kundgebung der drei Regierungsparteien zu gestalten und sie nötigenfalls auch gemeinsam mit den Unabhängigen und der Deutschen Volkspartei stattfinden zu lassen, Kundgebungen mit Beteiligung der Kommunisten oder Deutschnationalen jedoch abzulehnen. Die Anweisung wird gebilligt. Fischer, Kauffmann und Erkelenz werden beauftragt, sofort einen Aufruf an die Parteigenossen zu entwerfen. **Schiffer** *weist Böhmes Angriffe wegen angeblich ungerechtfertigter Begnadigungen von Kommunisten zurück. Nach einer längeren Aussprache über die innen- und außenpolitische Lage verliest* **Erkelenz** *den Entwurf eines Aufrufs an die Partei, der von der Versammlung gebilligt wird*[1].

Fischer *berichtet über Schwierigkeiten, die sich bisher bei den Vorbereitungen für einen in Köln geplanten Parteitag ergeben haben.*

---

1 Abgedruckt in: Demokrat v. 1.9.1921 Nr. 35; Zusammenfassung in: Schulthess 1921 I S. 257.

83.

11.9.1921: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Petersen. Beginn: kurz vor 10.30 Uhr. Ende: 19.30 Uhr. Ort: Preußischer Landtag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bartschat, Frau Brönner, Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischer, Grund, Haas, Issberner, Jäckh, Jansen, Kauffmann, Landahl, Nuschke, Petersen, Schneider, Sparrer, Frau Uth, Weinhausen, Wießner.

Petersen *eröffnet und bittet die Anwesenden, zunächst Beschluß über den Ort des nächsten Parteitags zu fassen. Da sich bei Veranstaltung des Parteitags in Köln wegen der Besetzung des Rheinlands Schwierigkeiten ergeben, wird einstimmig beschlossen, Bremen als Tagungsort zu wählen. Als Termin wird die Zeit vom 5. bis 7. November festgesetzt.*

Gegen die Bestellung Rathenaus zum Referenten für Probleme der Erfüllungspolitik sind verschiedentlich Bedenken erhoben worden. Der Vorstand beschließt deshalb, eine Besprechung zwischen Rathenau und Keinath herbeizuführen, um zu klären, ob beide Redner oder nur einer von beiden sprechen soll, und um eine Abstimmung des Inhalts der Referate zu erreichen.

Im Hinblick auf verschiedene aus Kreisen der Partei eingegangene Vorschläge zur Umbildung der Führungsgremien der Partei beschließt der Vorstand, die nötigen Korrekturen nicht durch Statutenänderung, sondern durch persönliche Aussprache des Vorstands mit der Fraktion in die Wege zu leiten.

Verschiedene Organisationen haben eine Änderung des politischen Kurses der Partei verlangt. Der Vorstand stellt fest, daß der Parteitag das angemessene Forum zur Klärung derartiger Fragen sei.

Nachdem eine Beschwerde des Ausschusses für Handel und Industrie gegen einen Artikel von Erkelenz in der "Hilfe" in einer längeren Aussprache behandelt worden ist, tritt eine Mittagspause ein.

Nach 15 Uhr eröffnet Herr **Petersen** die Sitzung wieder und eröffnet durch einen einleitenden Vortrag die Diskussion über die politische Lage. Er bezeichnet es als erforderlich, alle Kräfte, die sich auf den Boden der Verfassung zu stellen bereit sind, mit zur Stütze der demokratisch-republikanischen Staatsform zu machen und dabei die grundsätzliche Stellung der einzelnen Parteien außer acht zu lassen. Es käme also eine Arbeitsgemeinschaft in Frage von der Deutschen Volkspartei bis zur Unabhängigen Sozialdemokratie. Die republikanischen Einrichtungen sind nicht allein im deutschen Reich auf breiten Boden zu stellen, sondern auch in den Ländern und Gemeinden. So kann Braunschweig nicht zur Ruhe kommen, weil die Deutsche Volkspartei im Reiche nicht an der Regierung beteiligt ist[1]. Je mehr Parteien wir haben, desto mehr Parteigezänk wird entstehen und desto mehr werden die Differenzpunkte statt des Einigenden hervorgerufen. Ziel muß daher sein der Aufbau einer großen sozialliberalen Partei. Der Moment dazu ist allerdings nicht gegeben. Dann aber sollten sich alle, die sich zum Schutz der Demokratie bereit erklären, wenigstens zu gemeinsamem Wirken in diesem Sinne zusammenfinden. Die Macht des Staates sei unbedingt gegen alle Versuche in Anwendung zu bringen, gewaltsam die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Staates zu ändern. Die Zusammenfassung der sogenannten bürgerlichen Parteien sei grundsätzlich abzulehnen, aber taktisch könne sich die Möglichkeit eines Zusammengehens der übrigen Parteien gegen die sozialistischen Parteien ergeben. Wir müssen den Satz herausstellen, daß wir bereit sind, mit allen verfassungstreuen Parteien eine Koalition zu bilden und die jetzige Staatsform auf möglichst breite Basis zu stellen, die ausreichend ist, um für Reich, Land und Gemeinden eine klare, genügende und dauerversprechende Mehrheit zu schaffen. Zu begrüßen wäre es, wenn wir nebenher eine Aufforderung an die anderen Parteien erließen des Inhalts, daß wir es ablehnen, die Erinnerung der Großtaten des deutschen Volkes in der Vergangenheit parteipolitisch auszunutzen. Gerade aus nationalen Gründen ist eine solche Warnung durchaus angebracht. Zum Schluß weist Redner darauf hin, daß wir durch die Zersplitterung der Parteien und durch ihre gehässige Polemik untereinander die Frauen und die Jugend verlieren. Demgegenüber müssen wir uns von engherzigen Auffassungen fern halten. Die Deutsche Demokratische Partei muß eine Partei der Mitte und des Ausgleiches sein.

Herr **Haas**: Das Vertrauen der Parteifreunde zur Reichstagsfraktion und zur Parteileitung hat einen außerordentlich schweren Stoß erlitten. Unzufriedenheit herrscht nicht nur unter den beiden extremen Flügeln der Partei, sondern auch in ihrem Kern. Einmal wird der Parteileitung der Vorwurf gemacht, daß sie überhaupt keine Politik einer bestimmten Linie vertritt, sondern ewig hinüber und herüber schwankt. Der andere Vorwurf ist: Es werde peinlich empfunden, daß wir bei der Regierungsbildung eine gewisse Gschaftelhuberei getrieben haben, während eine größere Passivität in dieser Beziehung zu empfehlen sei. Im einzelnen sagte man, unsere Aufgabe ist nicht dadurch erfüllt, daß wir theoretisch eine

1 Dort hatte der Landtag im Mai 1921 einen Antrag der dem Landeswahlverband angehörenden bürgerlichen Parteien und der DDP abgelehnt, Neuwahlen auszuschreiben. Der Landeswahlverband war daraufhin zur parlamentarischen Obstruktion übergegangen, an der sich auch die DDP beteiligte. Die parlamentarische Arbeit war dadurch auf längere Zeit hin blockiert worden. Vgl. Schulthess 1921 S. 150 u. 241.

republikanische Verfassung aufgestellt haben, sondern unsere Aufgabe ist es, die republikanische Staatsform auch mit dem rechten Leben zu erfüllen. In dieser Beziehung ist nicht alles geschehen, was wir hätten leisten können. Wenn beispielsweise energisch gegen die reaktionären Staatsanwaltschaften vorgegangen würde, dann würde es schnell vorwärts gehen. Das Richterproblem ist ja außerordentlich schwer. Aber man muß dafür sorgen, daß der gefährliche Zustand beseitigt wird, daß Richter das Recht beugen und mit ungleichem Maße gegen rechts und links messen. Wenn wir da lange zögern, so bekommen wir eine zweite Revolution, die alles zerschlägt, was wir noch an Ordnung und Sicherheit besitzen. Bezeichnend ist, daß, sobald die Regierung jetzt nach der Ermordung Erzbergers endlich einmal einen starken Willen gezeigt hat, aus unserer eigenen Partei Bedenken gegen die erlassenen Maßnahmen kommen[2]. Dadurch wird die Regierung wieder unsicher. Weite Kreise der Partei sind auch seltsam berührt von unserer Stellung in der Flaggenfrage[3]. Man hat den Eindruck, als ob darin die Verleugnung des republikanischen Gedankens liegt. Schwarz-Weiß-Rot kann man nicht mehr zum gemeinsamen Symbol machen, weil die Sozialdemokratie dagegen ist. Darum muß man sich mit Ernst an die Flagge Schwarz-Rot-Gold halten. Die Stellung der Fraktion kam bei der letzten Abstimmung über die Flaggenfrage wohl auch daher, daß sie zu viel Rücksicht auf die Reeder nahm. Das ist nicht zu billigen. Zur Frage der Regierungsbildung billigt Redner den Standpunkt, daß es am besten wäre, eine Regierung zu schaffen von den Unabhängigen bis zur Deutschen Volkspartei. Aber fraglich ist, ob sich dies ermöglichen läßt. Wenn diese Kombination scheitert, so dürfen wir nicht wieder sagen: Die Deutsche Volkspartei muß so schnell als möglich hinein. Derartige Äußerungen haben im Lande Erbitterung erzeugt. Auch darin stimmt Redner mit Petersen überein, daß die Bildung großer Parteien zu erstreben ist. Aber augenblicklich ist das bloße Theorie. Dann würde Redner auch wünschen, daß zu dem Problem Reich und Länder und in Sonderheit zu dem Fall Bayern[4] ganz klare Stellung genommen werde. Wir können den Föderalismus in seinem heutigen Umfange nur aufrechterhalten, wenn die einzelnen Länder nicht fortgesetzt Schwierigkeiten machen, wie

2 Nach der Ermordung Erzbergers hatte die Regierung aufgrund des Artikels 48 eine Verordnung zum Schutz der Republik und einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen. Vgl. Schulthess 1921 I S. 254 bis 257. Koch-Weser notierte am 1.9.1921: „Erzbergers Tod wirkt wie der Kapp-Putsch. [. . .] Wirth gießt Öl ins Feuer, indem er von einer Gefährdung der Republik durch die Rechte spricht. Gefährdet ist sie, wenn man die Linke zu unbesonnenen Handlungen und Forderungen aufreizt." Nachlaß Koch-Weser 27.

3 Am 27.6.1921 hatte der Reichstag einen gemeinsamen Antrag der Rechtsparteien, des Zentrums und der Demokraten mit 120 gegen 119 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt, der die Außerkraftsetzung der Verordnung vom 11.4.1921 verlangte, die für die Handelsflagge die Farben schwarz-weiß-rot mit der Gösch in den Reichsfarben festgelegt hatte. Vgl. Sten. Ber. Bd. 350 S. 4189. Koch-Weser notierte am 30.6.1921, daß die Flaggenfrage die Gemüter errege. „Auf die Dauer geht es mit der radikalen Presse und dem radikalen linken Flügel nicht so weiter. Es muß zum Bruch kommen. Aber wohin sollen die Gemäßigten, solange die Volkspartei monarchisch ist?" Nachlaß Koch-Weser 27.

4 Die bayrische Regierung hatte unter Hinweis auf den noch bestehenden bayrischen Ausnahmezustand durch ihren Gesandten gegen die Republikschutzverordnung des Reichspräsidenten vom 29.8.1921 protestiert. In Berlin war eine Kommission aus Vertretern der bayrischen Regierung und der bayrischen Koalitionsparteien eingetroffen, um mit der Reichsregierung über die Verordnung zu verhandeln. Vgl. Kabinette Wirth I u. II S. 223-237 u. 242-247.

das jetzt in Bayern geschieht. Dadurch wird schließlich die Atmosphäre für den Unitarismus geschaffen. Die Regierung muß Bayern auch zeigen, daß das Reich über Bayern steht, und die bayrischen Demokraten müßten dafür sorgen, daß eine Politik in Bayern gemacht wird, die mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse des Reiches nimmt.

Herr **Petersen** liest einen Brief von Minister Hamm vor, in dem die gegenwärtige Situation dargelegt wird.

Herr **Cohnstaedt** schließt sich den Ausführungen von Haas an. Herr Petersen habe einen Gegensatz zwischen seiner Politik und derjenigen der "Frankfurter Zeitung" aufzustellen gesucht und hinzugefügt, der Parteitag werde zwischen einer von beiden zu wählen haben[5]. Demgegenüber betont Redner, daß er in den grundsätzlichen Fragen mit Petersen völlig einverstanden ist. Differenzen ergeben sich nur über deren Ausführung in der praktischen Politik. Gewiß ist eine breite Basis für die Regierung als notwendig zu betrachten. Die Frage ist nur, ob die Deutsche Volkspartei hineingenommen werden kann, ohne daß die Sozialdemokratie hinausgedrängt wird. In weiten Kreisen der Partei hat man den Eindruck gehabt, es solle hier eine Verschiebung der Basis einseitig nach rechts vorgenommen werden. Eine kleine Partei ist gewiß nicht ideal. Aber heute erscheint die Bemühung um die Bildung großer Parteien nur als Theorie. Bei der jetzigen Stimmung in der Partei tritt die sehr gefährliche Situation ein, daß viele bisherige Parteigenossen zwar nicht zu einer anderen Partei übergehen, sich aber verärgert zurückziehen. Demgegenüber ist die "Frankfurter Zeitung" bemüht gewesen, auf diese Leute zu wirken, daß sie in der Partei weiter arbeiten. In der Flaggenfrage schließt sich Redner gleichfalls den Anschauungen von Haas an. Auch in der Steuerfrage hat die bisherige Haltung der führenden Persönlichkeiten unserer Partei lebhafte Bedenken erregt. Dabei handelt es sich aber nicht um die Frage der Goldwerte, die noch nicht geklärt ist. Aufgefallen ist vielmehr, daß von allen Mitgliedern der Reichstagsfraktion, die sich geäußert haben, immer nur die negative Seite betont und Kritik geübt wurde. Redner weist auf Gothein hin, dem niemand aus der Fraktion entgegengetreten sei.

---

5 Im Nachlaß Payer befindet sich ein Briefwechsel Payer – Cohnstaedt vom Spätsommer 1921, der die unterschiedliche Einschätzung der politischen Situation und zugleich die wachsende Entfremdung zwischen der „Frankfurter Zeitung" auf der einen und führenden Fraktionsmitgliedern auf der anderen Seite verdeutlicht. Am 23.8.1921 hatte Cohnstaedt Payer geschrieben, die Frankfurter Zeitung erhalte zahlreiche Zuschriften, die alle auf den Satz hinausliefen: „Wir wollen und können keine nationalliberale Politik unter demokratischer Flagge mitmachen." C. hatte hinzugefügt: „Im Parteivorstand ist übrigens die demokratische Richtung etwas stärker vertreten als in der Fraktion, aber sie hat sich bisher trotz mancher Bemühungen nicht viel Einfluß auf diese erwerben können." In seiner Antwort vom 26.8.1921 hatte Payer die Haltung der Fraktion verteidigt und gewarnt, falls die Zeitung ihre Schärfe nicht milderte, würde sie „den ohnedies kleinen Einfluß" in innerpolitischen Fragen auf die Abgeordneten verlieren. „Es schmerzt mich genug, daß die Zeitung, deren Ansicht früher in der Fraktion so schwer in die Waagschale fiel, dort nun seit Jahren keine Autorität mehr ist, so daß man sagen kann, daß in der Fraktion jetzt gar keine Zeitung mehr etwas gilt". Am 2.9.1921 hatte C. geschrieben: „Nach unseren Parteisatzungen hat der Vorstand ‚die politische Leitung' der Partei. Diese Bestimmung hat sich als Unsinn erwiesen. Die Politik der Partei wird ausschließlich von der Fraktion gemacht. Die Satzung muß deshalb geändert werden [. . .]" Nachlaß Payer 14.

Herr **Sparrer** spricht über die süddeutschen Verhältnisse. Für Bayern ergibt sich für die Demokraten die Schwierigkeit, daß wir dort in einer Regierung sitzen, die im Grunde genommen deutschnational geworden ist, denn Kahr[6] kann nur als Deutschnationaler gewertet werden. Wenn die Reichsregierung jetzt in dem Konflikt mit Bayern nachgibt, dann ist die Gefahr viel größer, als wenn durch Festigkeit etwa Komplikationen entständen. Vielleicht ist in ersterem Fall die Möglichkeit einer Ausschiffung Kahrs und der Deutschnationalen gegeben. Möglicherweise könnte die Regierung den Bayern in der Frage des Ausnahmezustandes entgegenkommen, indem sie den allmählichen Abbau zuläßt[7]. Es wäre wünschenswert, wenn man die Deutsche Volkspartei zur Mitarbeit heranziehen könnte. Die Haltung der „Frankfurter Zeitung" und ihre Polemik gegen unseren Parteivorsitzenden in dieser Frage hat bei uns in Bayern sehr unangenehme Gefühle erregt. Dort gehen die Leute in Scharen von uns weg. Das ist nur zu verhindern, wenn es gelingt, auch die Deutsche Volkspartei zur positiven Mitarbeit in die Regierung hereinzuholen. Redner betont zum Schluß, daß die Gefahr eines Rechtsputsches in Bayern nicht zu unterschätzen ist.

Herr **Fischer**: Wenn wir eine Partei der Mitte sein wollen, dann müssen wir nicht sowohl den republikanischen als vielmehr den demokratischen Gedanken in den Mittelpunkt stellen, sonst ist eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei gar nicht zustande zu bringen. Was die Steuerfragen anlangt, so denken wir nicht daran, nur die Besitzenden zu schützen und nur negative Kritik zu üben. Worauf es ankommt, ist vielmehr, klar zum Ausdruck zu bringen, daß es sich in erster Linie nicht um Steuerfragen, sondern um Wirtschaftsfragen handelt. Es muß die Erkenntnis kommen, daß auch der Versuch, bis zu einem gewissen Teil das Ultimatum[8] zu erfüllen, nur erfolgversprechend sein kann, wenn unsere Leistungsfähigkeit gestärkt wird. Deshalb widersprechen wir auch grundsätzlich der sogenannten Erfassung der Goldwerte. Solange es uns nicht gelingt, den jetzigen Überschuß der Importe über den Export (ungefähr drei Milliarden Gold) zu beseitigen und auszugleichen, ist es unmöglich, den Etat zu balancieren und das Ultimatum zu erfüllen. Nun hängt die Steigerung unseres Exportes in einem gewissen Umfang von der Entente ab. Nämlich soweit, als die Entente sich unserem Export nicht verschließt. Wir können daher nur die inneren Voraussetzungen für die Erhöhung der Produktion schaffen. Das ist einmal die Frage des achtstündigen Arbeitstags, zweitens die Frage der Beschränkung der Ein- und Ausfuhr. Mit was kann ich nun diese Probleme lösen? Wenn ich mich danach richten muß, was eine Partei tut und sagt, die grundsätzlich mit meinen wirtschaftlichen Anschauungen in Widerspruch steht, dann verschließe ich mir den Weg. Infolgedessen können wir die Sozialdemokratie nur dann in die Koalition aufnehmen, wenn sie sich durch uns von Fall zu Fall überzeugen läßt zu einem Verzicht auf ihre eigenen wirtschaftlichen Gedanken. Des Pudels Kern ist aber die Lösung der wirtschaftlichen Probleme, und da können wir nicht von dem Anschluß nach rechts Abstand nehmen. Es ist Utopie anzunehmen, daß wir hier mit den

6 Gustav von Kahr (1862-1934), bayrischer Ministerpräsident von März 1920 bis September 1921, Generalstaatskommissar 1923.

7 Vgl. Anm. 4.

8 Siehe Nr. 79 Anm. 2.

Unabhängigen zusammenarbeiten können, auch wenn sich diese auf den Boden der Republik stellen. Wenn davon gesprochen worden ist, uns fehle die politische Linie, so ist das in einem gewissen Umfang richtig. Einen fehlerhafteren Schritt beispielsweise als den, welchen die Regierung getan hat, indem sie gerade jetzt das Gesetz über die Festlegung des achtstündigen Arbeitstages einbringt, gibt es nicht. Es wäre nicht glücklich, wenn wir uns auf dem Parteitag in Bremen mit Fragen beschäftigen wollten, die nicht aktuelle Bedeutung haben, wie mit denen der Republik oder der Reichsfarben. Vielmehr müssen wir uns über die wirtschaftlichen und die Steuerfragen aussprechen.

Herr **Erkelenz**: Unsere Aufgabe sollte darin liegen, zu erreichen, daß die Bayerische Volkspartei und die Deutsche Demokratische Partei sich von der Bayerischen Mittelpartei trennen[9]. Was die allgemeine Lage der Partei anlangt, so kommt zu den von Petersen und Haas vorgebrachten Gründen für die Schwierigkeiten unserer Partei vor allem, daß wir in der Reichstagsfraktion eine Politik gemacht haben, die nicht in Übereinstimmung mit dem Willen unserer Wähler steht. Der Ausfall der Reichstagswahl hat uns eine Fraktion gebracht, die überwiegend nach rechts orientiert ist, obwohl ein großer Teil der Arbeitgeber uns schon vorher verlassen hatte. Die Wählerschaft hat ganz andere Abgeordnete nach Berlin geschickt, als sie nach ihrer Überzeugung hätte schicken sollen. Die Schwierigkeit wird immer größer und läßt sich auch nicht in absehbarer Zeit ändern. Sicher ist, daß eine Partei sich nur durchsetzen kann, wenn sie einen gewissen Standpunkt konsequent vertritt. Wir haben immer zwei Standpunkte. Was die Deutsche Volkspartei anlangt, so kann man ja sagen, wir müssen uns so schnell wie möglich mit ihr verschmelzen. Man kann aber auch sagen, die Volkspartei ist durch den Wind hochgetragen und wird auch wieder zerfallen können. Durch eine Verschmelzung wird auch keine Einheitspartei geschaffen werden. Es werden dann Teile sich wieder absplittern. Die Deutsche Volkspartei ist in einem Stadium, daß sie sich selbst durch innere Krisen schwächt. Darauf weisen die Erklärungen von Stresemann und Kahl[10] im 8. Ausschuß hin[11]. Man muß deshalb versuchen, die Volkspartei von innen zu sprengen und den Teil heranzuziehen, der mit uns harmoniert. Wir haben keine Veranlassung, unsererseits so stark auf den Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung zu drängen. Wenn die Sozialdemokratie den Eintritt der Volkspartei in die Regierung nicht mitmacht, dann schreitet in der Volkspartei der Zersetzungsprozeß fort, der jetzt begonnen hat. Denn die in Betracht kommenden Schichten wollen nicht dauernd in der Opposition stehen bleiben. Wenn der Eintritt der Volkspartei nicht zu erzielen ist, dann müssen wir die Sache mit der Sozialdemokratie allein machen, auch in Preußen. Gegenüber Fischer betont Redner: Den Achtstundentag schaffen wir nicht ab. Das Schematische im Achtstundentag wird sich im

9 Vgl. Wippermann A 1921 II S. 139f.

10 Wilhelm Kahl (1849-1932), MdR (DVP) 1919 bis Mai 1932.

11 Im 8. Ausschuß (zur Überwachung der Reichsregierung in Zeiten, in denen der Reichstag nicht tagt), hatte Kahl am 2.9.1921 betont, er erkläre für sich und, wie er vermute, auch für seine Partei, daß sie zur republikanischen Verfassung stehe und die Regierung beim Schutz dieser Verfassung unterstütze. Auf Aufforderung von Braun (SPD) hatte Stresemann diese Erklärung wiederholt und für die Partei bekräftigt. Vgl. Berliner Tageblatt v. 2.9.1921 Nr. 413 u. v. 3.9.1921 Nr. 414.

Laufe der Zeit abschleifen, wenn man es jetzt nicht um den Grundsatz selbst zu einem Kampf kommen läßt. Es ist politisch auch unmöglich, daß einer von uns heute sagt: An die Goldwerte darf man nicht herangehen, aber an den Achtstundentag. Die Notwendigkeit einer Produktionssteigerung ist allgemein anerkannt. Aber wir können die nötigen Voraussetzungen dafür bei den Arbeitern nicht schaffen, solange gesagt werden kann, daß der Besitz noch immer nicht genügend zu den Steuern herangezogen wird. Darum muß die Deutsche Demokratische Partei die Opferwilligkeit im Staatsinteresse predigen.

Herr **Jansen** berichtet gegenüber einigen Bemerkungen der Vorredner über die Frage der Regierungsbildung in Preußen[12]. Bei den Verhandlungen mit den Sozialdemokraten haben diese sich grundsätzlich auf den Standpunkt der Heranziehung der Volkspartei gestellt, aber betont, man solle die Sache hinausziehen und erst den Görlitzer Parteitag abwarten, damit dieser den Beschluß von Kassel betreffend das Zusammenarbeiten mit der Deutschen Volkspartei[13] umwirft. Das haben wir abgelehnt. Die Sozialdemokraten haben durchblicken lassen, daß die neue Regierung in Preußen auf das Wohlwollen der Unabhängigen angewiesen sein sollte. Auf eine solche Situation konnte sich die Partei nicht einlassen, angesichts der bestehenden Steuergesetze und der sonstigen Aufgaben im Reich.

Herr **Kauffmann**: Man klammert sich bei den meisten Parteien zu sehr an Schlagworte und verschließt die Augen vor den Tatsachen. Das gilt auch für die Flaggenfrage und für die Erfassung der Goldwerte. Der Grund, weshalb die Deutsche Demokratische Partei nach ihrem ersten Aufschwung zurückgegangen ist, liegt darin, daß sie von Anfang an sich vorgenommen hat, nur das Vernünftige zu tun. Für uns handelt es sich nun darum, ob wir uns der Schlagwortepolitik anschließen oder die bisherige Politik der Vernunft weiter führen sollen. Natürlich muß das Letztere geschehen. Dabei fragt es sich, ob nicht das Herausgehen aus der Regierung eine rasche Ansichten[wandlung][14] bei den noch einigermaßen vernünftigen Menschen herbeiführen wird. Im übrigen ist ein Punkt noch nicht genügend beachtet worden. Das ist die Haltung der Fraktion beim Ultimatum[15]. Man darf sich nicht wundern, daß die Bevölkerung im Lande sagt: Was haben wir für eine Partei, deren Fraktion sich in der wichtigsten Frage gegenseitig aufhebt! Redner betont zum Schluß, daß wir nach links kaum noch Wähler zu verlieren haben. Wenn sie uns verlassen, dann gehen sie nach rechts hin.

Frau **Brönner** schließt sich dem an, was Haas und Erkelenz gesagt haben. Die Duldung, die wir ausgeübt haben, hat die Leute von rechts nur noch frecher gemacht. Rednerin bestätigt insbesondere die Darlegungen von Haas über die Klassenjustiz. Dies gereicht uns namentlich darum zum Schaden, weil wir den

12 Einzelheiten über die weiteren Verhandlungen in Preußen enthält Robert Jansens Broschüre: Die Große Koalition in Preußen, Berlin o. J.

13 Der betreffende Antrag lautete: „Die Zusammenarbeit mit einer Partei, die nicht grundsätzlich und tatsächlich auf dem Boden des republikanischen Staates steht, kann nicht in Frage kommen." Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten in Kassel vom 10. bis 16. Oktober 1920. Berlin 1920, S. 321.

14 Im Or. Text beschädigt.

15 Siehe Nr. 81 Anm. 1.

Justizminister[16] aus unseren Reihen gestellt haben. Uns wird auch in die Schuhe geschoben, was unter dem Reichswehrminister[17] geschieht. Nach diesen Richtungen müßte mehr Energie aufgewandt werden. Ähnlich ist es in Bayern, wo allem Anschein nach Reichsmittel, die für Oberschlesien und die Ostmarken bestimmt waren, von den Putschisten gegen das Reich verwandt werden.

Herr **Petersen** betont, er habe nicht gesagt, daß man Duldung nach rechts üben solle, aber er meine, die Republik könne nicht aufrechterhalten werden, wenn wir uns nicht eventuell bis zum Ausscheiden aus der Regierung dafür einsetzen, daß diejenigen Parteien, die die Verfassung anerkennen, auch zur Koalition herangezogen werden. Wir dürfen nicht davon ablassen, nur darum, weil die Sozialdemokratie nicht mitmachen will. Was die "Frankfurter Zeitung" anlangt, so liegt die Sache so, daß, wenn eine so prominente Zeitung einen der Parteileitung entgegengesetzten Standpunkt geltend macht, dann der Parteivorstand erklären muß: Das ist nicht der Standpunkt der Partei. Die Klagen von Frau Brönner lassen sich nicht von heute auf morgen abschaffen. Zur Erfüllungspolitik brauchen wir alle Kräfte, die sich aufrichtig um den Aufbau Deutschlands bemühen. Dazu gehören die Intellektuellen, namentlich aber auch die Industriellen. Wir müssen also erklären: Jede Partei, die sich auf den Boden der Verfassung stellt, sind wir bereit aufzunehmen, um die Basis der Regierung zu verbreitern[18].

Herr **Nuschke**: Die Heranziehung der Deutschen Volkspartei und die Schaffung einer breiteren Mitte ist einfach eine Staatsnotwendigkeit. Die Meinungsverschiedenheit bezieht sich nur auf die Taktik. Petersens Taktik hat die Sache nicht um einen Schritt vorwärts gebracht. Man muß solche Dinge der Entwicklung überlassen. Es ist verhängnisvoll, wenn man den Zusammenhang zwischen den rein politischen Fragen, wie denen der Republik und der Reichsfarben, und den wirtschaftlichen Fragen nicht sieht. Deshalb darf man die ersteren nicht einfach zurückstellen. Wir müssen auch den Besitzenden klarmachen, die Gesundung Deutschlands führt nur über die Republik. Es ist damit zu rechnen, daß es Katastrophenpolitiker auf der Rechten gibt, die auch den politischen Mord in ihre Pläne einbeziehen. Es ist gesagt worden, die Deutsche Volkspartei muß uns näher stehen als die Unabhängigen. Doch dürfen wir die große Veränderung nicht verkennen, die mit der Unabhängigen Sozialdemokratie vorgegangen ist. In der praktischen Politik haben sie die Räteforderung jetzt völlig über Bord geworfen. Sie haben in dieser Hinsicht ihre Feuerprobe in Mitteldeutschland bei dem Kommunistenputsch überstanden[19]. Die Wiedervereinigung von Unabhängigen und Sozialisten ist nur noch eine Frage der Zeit. Wenn sich eine solche Entwicklung vollzieht, so sollten wir nicht um eines Teils unserer Anhänger willen die Unabhängigen zurückstoßen. Redner bespricht dann noch die preußische

16 Schiffer.

17 Gessler.

18 Vgl. Lothar Albertin, Die Verantwortung der liberalen Parteien für das Scheitern der Großen Koalition im Herbst 1921, in: HZ 205, 1967, S. 566-627.

19 Bei Unruhen im sächsischen Industriegebiet im März 1921 hatte sich die USPD gemeinsam mit SPD und den Gewerkschaften gegen den von den Kommunisten proklamierten Generalstreik gewandt. Vgl. Schulthess 1921 I S. 106.

Frage und bedauert, daß die sozialdemokratische Landtagsfraktion unter dem Einfluß von Heilmann steht. Er schließt mit der Aufforderung, zu versuchen, eine Regierung des Wiederaufbaus herzustellen auf der breiten Fläche von Deutscher Volkspartei bis Unabhängiger Sozialdemokratie.

Herr **Schneider:** Wenn wir bei den Steuerfragen die Beseitigung des Achtstundentags fordern würden, dann würden wir uns den Vorwurf zuziehen, noch päpstlicher zu sein als der Papst. Denn der Achtstundentag ist einer freien Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entsprungen. Redner legt dar, wie die Forderung der Erfassung der Goldwerte besonders bei den Arbeitnehmern psychologisch zu erklären ist, und geht dann auf die Verhältnisse in Mittelschlesien ein, wo sich eine Art Orgesch gebildet habe. Was die Deutsche Volkspartei anlangt, so erregt es Verstimmung, daß man bei uns immer nur von dem Hineinnehmen dieser Partei in die Regierung spricht, nicht aber von der Hinzuziehung der Sozialdemokratie. Dadurch wird der Eindruck erweckt, daß wir dasselbe tun, wie die Sozialdemokraten gegenüber den Unabhängigen, daß wir nämlich nicht selbständig zu handeln vermögen, wenn die Deutsche Volkspartei nicht ihren Segen dazu gibt.

Frau **Dönhoff**[20]: Die Frauen sind an der Partei irre geworden, weil sie keine konsequente Richtung verfolgt. Namentlich machte sich diese Inkonsequenz bei der Abstimmung über das Ultimatum geltend. Bei der Steuerfrage ist tatsächlich das Negative betont worden, während positive Vorschläge fehlten. Es ist fraglich, ob es gelingen wird, die breiten Massen der Deutschen Volkspartei zur Anerkennung der Verfassung zu bringen.

Herr **Haas** betont, daß er prinzipiell auf dem Boden von Petersen steht; Schaffung einer Regierungsbasis von Deutscher Volkspartei bis zu den Unabhängigen. Nur der Eindruck darf nicht entstehen, als ob wir der Volkspartei nachliefen. Gegenüber Fischer erklärt Redner, daß man im Lande gerade von der Republik sprechen soll. Die Erfassung der Goldwerte ist nicht das Richtige. Aber wir sollten nicht so scharf dagegen auftreten, sondern abwarten, wie die Verhältnisse laufen.

Herr **Grund** betont gleichfalls, daß er auf dem Boden der Grundsätze von Petersen steht. Er macht dann Mitteilung von der letzten Sitzung des Reparationsausschusses des Reichswirtschaftsrates, wo sich hinsichtlich der Steuern eine einheitliche Front von Richthofen bis Hilferding[21] gebildet hat, auch in bezug auf die Besteuerung der Goldwerte. Redner gibt dann noch Aufklärung über den von Schneider erwähnten Selbstschutz in Mittelschlesien.

Nach weiteren Bemerkungen von Herrn **Schneider** und Frau **Uth** schließt die Debatte. Als ihr Ergebnis stellte Herr **Petersen** folgendes fest: Es hat sich einmütig über alle brennenden Tagesfragen herausgestellt: Jede Regierung hat ihre Macht gegen alle Unternehmungen einzusetzen, die das Ziel verfolgen, durch gewalttätiges Vorgehen die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Staates zu ändern. Selbstverständlich muß sich das Vorgehen der Regierung in gleicher

20 Martha Dönhoff (geb. 1875), Vorsitzende des Rheinisch-Westfälischen Frauenverbandes, MdL Preußen (DDP/Staatspartei) 1919-1932, Erste Vorsitzende des Reichsfrauenausschusses der DDP.

21 Rudolf Hilferding (1877-1941), MdR (SPD) Mai 1924 bis Juni 1933, Reichsfinanzminister von August bis November 1923 und von Juni 1928 bis Dezember 1929.

Weise gegen alle richten, die trotz des Ernstes der innerpolitischen und außerpolitischen Lage solche Schritte unternehmen. Sie kann und darf auch Beamte, die mit solchen Bestrebungen sympathisieren oder sie gar offen unterstützen, nicht im Dienste behalten. Der demokratische Parteivorstand billigt daher die Erlasse und Verordnungen der Reichsregierung und erwartet von ihr, daß sie ihren Willen auch der bayrischen Regierung gegenüber durchsetzt. So notwendig derartige Maßnahmen sind, so vermögen sie freilich noch nicht unsere verfassungsrechtlichen Zustände völlig zu sichern. Vielmehr muß jede Regierung, zumal gegenüber der ungeheuren Belastung unseres Volkes, möglichst breite Schichten der Nation zur verantwortlichen Mitarbeit in den Parlamenten und den Regierungen heranziehen. Kein Parteiegoismus und keine parteipolitische Engherzigkeit darf der Durchführung dieser staatserhaltenden Politik im Wege stehen. Koalitionspolitik ist Arbeitsgemeinschaft, nicht Gesinnungsgemeinschaft. Deshalb kann zur Koalitionsgemeinschaft die allerdings notwendige Erklärung einer Partei genügen, die Weimarer Reichsverfassung als Rechtsgrundlage erachten zu wollen und bereit zu sein, jede gewalttätige Änderung der verfassungsrechtlichen Zustände durch die Machtmittel des Staates zu bekämpfen. Das gilt für jede Partei, also auch ebenso für die Deutsche Volkspartei wie für die Unabhängige Sozialdemokratie.

Die großen geschichtlichen Taten unseres Volkes vor und im Weltkriege empfinden wir als wertvollen nationalen Bestand unseres gemeinsamen vaterländischen Lebens. Gerade deshalb fordert die Deutsche Demokratische Partei in der jetzigen Zeit tiefgehender Erregungen alle deutschen Volksgenossen innerhalb und außerhalb der Parteiorganisation, die es ernst mit ihrer vaterländischen Gesinnung nehmen, auf, dagegen anzukämpfen, daß die Erinnerung an Taten, die das gesamte Volk aller Parteirichtungen und Klassen vollführt hat, zum Gegenstand einseitiger parteipolitischer Ausnutzung und gehässiger Agitation gemacht wird[22].

22 Abdruck der von Petersen formulierten Zusammenfassung der Diskussion in: Wippermann A 1921 II S. 169.

84.

12.10.1921: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: zunächst Fischer, dann Petersen. Beginn: 17.15 Uhr. Ende: kurz vor 19.30 Uhr. Ort: Preußischer Landtag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bartschat, Blunck, Böhme, Frau Brönner, Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falk, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Gerland, Hieber, Issberner, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Kuhle, Landahl, Nuschke, Oeser, Petersen, Preuß, Schiffer, Schneider, Schreiber, Siehr, Sparrer, Vogt, Weinhausen.

Der Vorstand bespricht Personalfragen, die auf dem Parteitag entschieden werden müssen. Dazu gehört u. a. die Verkleinerung des Vorstands auf die der Satzung

entsprechende Mitgliederzahl[1]*. Der Vorstand beschließt, zu diesem Zweck einen Antrag einzubringen, der den jeweiligen Ministern der Partei gestattet, für das laufende Jahr an den Sitzungen des Vorstands teilzunehmen. Außerdem soll auf die Wiederwahl verschiedener Vorstandsmitglieder verzichtet werden, die nur selten an den Sitzungen teilgenommen haben. Der Organisationsausschuß wird beauftragt, eine Vorschlagsliste für die Berliner und die auswärtigen Mitglieder des Vorstands aufzustellen und sich dabei an die satzungsgemäße Anzahl zu halten. Ferner wird beschlossen, dem Parteitag die Wiederwahl Petersens zum Vorsitzenden des Vorstands zu empfehlen.*

Der Vorstand diskutiert dann über die Tagesordnung des Parteitags und über die geplante gemeinsame Sitzung des Vorstands mit den demokratischen Fraktionen der Länder etc., auf der im Hinblick auf den Parteitag eine einheitliche Haltung zu strittigen politischen Problemen wie dem Ultimatum, der Flaggenfrage und der Steuerfrage erarbeitet werden soll[2]*.* **Schiffer** *und* **Fischbeck** *teilen anschließend streng vertrauliche Einzelheiten über den Stand der oberschlesischen Frage mit.*

1 Laut Satzung bestand der Vorstand aus dem Vorsitzenden und 22 Mitgliedern. Vgl. S. 817.
2 Siehe Nr. 85.

85.

13.10.1921: Sitzung des Vorstandes gemeinsam mit der Reichstagsfraktion, den Fraktionen der Länder, den Mitgliedern der Provinziallandtage, des Staatsrates, des Reichswirtschaftsrates und des Revisionsausschusses

Vorsitz: zunächst Petersen, dann Gerland. Beginn: kurz vor 10.30 Uhr. Ende: kurz vor 19 Uhr. Ort: Reichstag.

Herr **Petersen** eröffnet die Sitzung gegen ½ 11 Uhr und legt die Zwecke der Aussprache dar. Der Vorstand habe es für nötig gehalten, bei der jetzigen Situation vor dem Bremer Parteitag einen Meinungsaustausch herbeizuführen, um in Bremen der deutschen Wählerschaft eine möglichst geschlossene, einheitliche Partei zu zeigen. Im letzten Augenblick ist ein Ereignis eingetreten, das alles andere in den Schatten stellt. Das ist der Beschluß des Völkerbundrates in Genf[1]. Der Vorsitzende erklärt, er werde nur ein kürzeres Referat halten, um zu einer ausführlichen Diskussion Gelegenheit zu geben. Da die Verhandlungen sich voraussichtlich lange hinziehen werden, so sei eine Mittagspause geplant.

Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten gibt Herr **Petersen** einen Überblick über die bisherige Politik der Deutschen Demokratischen Partei. Ihre Hauptaufgabe war, eine für die gegebene Staatsform genügende Unterlage zu gewinnen. Dazu ist nötig eine gut funktionierende Führung. Es ist auch nicht zulässig, Gefühle großer Teile des Volkes zu verletzen. Aus demokratischen Gründen muß das im Interesse der Verfassung unterlassen werden. Wir müssen

1 Vgl. Kabinette Wirth I u. II S. LIII f.

möglichst weite Kreise des Deutschen Volkes, die bereit sind mitzuarbeiten, auch heranziehen, und die Koalition der Mehrheit muß so breit wie möglich gemacht werden. Es geht nicht an, einen Gegensatz von Grundsatz und Taktik zu konstruieren. Taktik ist nur das Mittel, die Grundsätze durchzuführen. Dabei ist die Taktik die einzig richtige, die sich aus der gegebenen Situation ergibt. Diese verlangt aber die Herbeiführung einer breiten Koalition der Mitte. Koalition ist nicht Gesinnungsgemeinschaft, sondern Arbeitsgemeinschaft. Dieses Wort, das von uns geprägt ist, ist von Stresemann, Scheidemann und Wirth aufgenommen worden. Redner geht nun auf die einzelnen Vorgänge ein, die in der Partei Kritik hervorgerufen haben. Er bespricht zunächst die Flaggenfrage[2]. Die ganze Verschärfung dieser Frage hat erst nach dem Beschluß vom letzten Sommer eingesetzt. Es sind durchaus ideale Gründe, die die Süddeutschen bewegen, an der schwarz-rot-goldenen Fahne festzuhalten. Aber wir in Norddeutschland haben auch ein Herz und wissen, was uns die schwarz-weiß-rote Fahne bedeutet. Die Tatsache, daß wir die Flagge gewechselt haben, macht unsere sämtlichen Auslandsdeutschen zu Antirepublikanern. Redner bittet die Parteifreunde, nicht etwa durch einen endgültigen Beschluß in Bremen einen Streit innerhalb der Partei hervorzurufen. Auch an dieser Stelle brauchen wir uns zur Zeit gar nicht zu streiten, denn diese Frage kann unter den obwaltenden Umständen von uns gar nicht berührt werden. Es ist bedauert worden, daß die Fraktion in dieser Angelegenheit nicht einmütig gestimmt hat. Gewiß ist das zu bedauern, aber man sollte diese Tatsache nicht gar so aufbauschen. Redner geht dann auf das Steuerprogramm ein[3]. Hier muß man genau unterscheiden zwischen Herbeiführung des Gleichgewichtes im inneren Budget und der Gewinnung von Mitteln zur Erfüllung unserer Verpflichtung gegen die Entente. Die Partei steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß neben indirekten Steuern der Besitz bis an die Grenze des Möglichen herangezogen werden muß. Wir betrachten das Kapital aber nicht als feindliche Macht, auf die wir uns lostürzen müssen. Wir wissen, daß das Kapital, namentlich in Privathand, nach Möglichkeit belassen werden muß. Ganz anders liegt die Frage des Reparationsproblems. Innerhalb Deutschlands gibt es, was man auch tun möge, als Ertrag der Steuern immer nur Papier, und wie kann man da bei der schwankenden Mark irgend ein Steuerprojekt vorlegen, das die Garantie gibt, daß wir die Reparation in Gold erfüllen können? Deshalb steht die Fraktion einmütig auf dem Standpunkt, daß der Eingriff in die Substanz eine Notwendigkeit ist, daß sie aber nur einen Zweck hat, wenn Sicherheit besteht, daß damit auch die Reparation ausgeführt werden kann. Was die Annahme des Ultimatums[4] anlangt, so lag damals die Frage so: Lehnten wir das Ultimatum ab, so ging uns damals schon sicher Oberschlesien verloren, nahmen wir das Ultimatum an, so war wenigstens die Möglichkeit vorhanden, Oberschlesien zu behalten. Die Mehrheit der Fraktion war der Meinung, daß Frankreich Deutschland noch mürber

2 Siehe Nr. 83 Anm. 3.

3 Das Steuerprogramm der Regierung umfaßte insgesamt 15 Steuervorlagen, die dem Reich größere Mittel erschließen sollten. Abgedruckt in: Vorwärts v. 6.8.1921 Nr. 368. Daneben erwog die Regierung Möglichkeiten, den Besitz mit heranzuziehen; die Sozialdemokraten hatten ihre Zustimmung zum Steuerprogramm von einer solchen „Erfassung der Substanz" abhängig gemacht. Vgl. Kabinette Wirth I u. II S. XLVII-XLIX u. 237.

4 Vgl. Nr. 79 Anm. 2 und Nr. 81 Anm. 1.

machen will, als es schon durch Versailles erreicht ist. Da sei es schon besser, daß wir dem Schrecken ohne Ende ein Ende machen. Die Entscheidung dieser Frage hat mit dem demokratischen Programm nicht das geringste zu tun. Dafür kommt einzig und allein die Einschätzung der politischen Lage in Betracht. War es dann aber nicht gerade um so mehr geboten, eine einheitliche Front herzustellen? Und wenn die Frage von solcher Bedeutung ist, wäre da nicht ein Fraktionszwang angemessen gewesen? Redner erklärt, er hätte sich einem Zwang, nein zu sagen, nicht gefügt. Es sei also kein haltbarer Vorwurf, daß die Fraktion nicht zu einer einheitlichen Stellung hat kommen können. Nicht zu verstehen ist, daß man den Jasagern vorgeworfen hat, daß sie in diese Regierung gegangen sind. Dieser Vorwurf ist völlig unsinnig. Ist es aber nicht ein Widerspruch, daß die Personen, die mit Nein gestimmt haben, sich in der Fraktion an der Regierungsbildung beteiligt haben? Auch dieser Vorwurf ist unbegründet. Wir sind eine parlamentarische und demokratische Partei, und wenn wir sehen, daß im Reichstag eine Mehrheit für eine Frage vorhanden ist, dann sind wir verpflichtet, den Willen der Mehrheit auch zum Ausdruck zu bringen. Gerade aus demokratischen Gründen ist die Beteiligung der Neinsager durchaus anzuerkennen. Die Hoffnung bei Annahme des Ultimatums, daß wir nunmehr ein ungeteiltes Oberschlesien bekommen würden, hat sich jetzt nicht erfüllt. Von der anderen Seite ist der Friedensvertrag gebrochen worden. Es könnte nun in Betracht kommen, durch Neuwahlen das deutsche Volk zu befragen, ob es nunmehr gewillt ist, alles das auf sich zu nehmen, was sich aus dem Bruch des Versailler Friedensvertrags ergibt. Die andere Politik ist die, die wir bei dem Versailler Frieden und dem Ultimatum gemacht haben und die jedesmal eher zu rechtfertigen war: Wir müssen unter schärfstem Protest erklären, wir wollen weiter erfüllen. Die Tatsache aber, daß Oberschlesien uns genommen ist, macht diese Absicht unausführbarer als vorher schon. Zentrum und Sozialdemokraten werden für eine Katastrophenpolitik unter keinen Umständen zu haben sein. Wir haben uns noch nicht entschieden. Wie ist in letzterem Falle nun die richtige Politik des Kabinetts, Umbildung oder Neubildung eines Ministeriums? Nach parlamentarischen und demokratischen Grundsätzen ist durchaus die Begründung dafür gegeben, daß das Kabinett bleibt. Wir lassen dem Reichstag wie dem Reichspräsidenten freie Hand für die Bildung eines neuen Kabinetts. Wenn Wirth das Kabinett umbildet, so ist die Sozialdemokratie ganz anders in der Lage, ihre kleinen Häkeleien bezüglich der Steuern fortzuführen. Wird vom Reichspräsidenten ein neues Kabinett gebildet, so wird die außenpolitische Frage in den Vordergrund geschoben, und unter dieser Parole würden wir schneller und sicherer zur Koalition der Mitte kommen.

Herr **Schiffer** erwähnt, daß er eine Anzahl Karten mitgebracht hat. Diese lassen einmal die verschiedenen, im Laufe der Zeit vorgeschlagenen Grenzlinien erkennen, zweitens die Verschiebung des Kohlenaufkommens nach Maßgabe der beabsichtigten Teilung des Industriebezirkes, drittens die Grenze der sogenannten autonomen Industrieprovinz. Absolute Richtigkeit wohnt den Karten, die auf nicht offiziellen Angaben aufgebaut sind, nicht inne. An dem Charakter des Ganzen wird aber durch kleine Berichtigungen nichts geändert. Es ist nun einmal Tatsache, daß die bisherige Politik der Regierung eine ganz entschiedene Niederlage erlitten hat. Die Grundlage der Regierungspolitik ist in ihrem tiefsten Innern erschüttert. Wir

müssen die Frage kühl behandeln, dürfen aber an der Erregung, die der Verlust Oberschlesiens herbeiführt, nicht blind vorübergehen. Die Frage der Regierungsbildung ist nicht die zentrale Frage. Die Regierungsbildung ist nicht der Endpunkt, sondern der Anfang der neuen Entwicklung. Die beiden Arten der Zukunftspolitik sind einmal die Katastrophenpolitik und sodann die Politik, die versucht, auf dem Wege des Fortarbeitens (Zwischenruf: Fortwurstelns) aus dem Elend herauszukommen. Welche Entscheidung wir auch treffen mögen, es ist nicht die letzte Krisis, sondern die erste von vielen neuen. Auch die Regierung war sich klar, daß auf dem Wege, den sie einschlug, eine Krisis kommen mußte, da man das Ultimatum eben nicht dauernd erfüllen kann. Kein Mensch denkt daran, die bisherige Politik unverändert fortzusetzen. Wenn man die Katastrophenpolitik will, so ist die Demission der Regierung die Einleitung dazu. Die Folgen sind Neuwahlen, Zerreibung der Mitte, Stärkung der Rechtsparteien usw. Und dann das Chaos. Die Politik der verdorrten Hand[5] dürfen wir auf keinen Fall treiben. Bei der anderen Politik würde die Niederlegung der Regierung nur ein feierlicher Protest, eine Fasson, sein. Man könnte der Ansicht sein, daß dann die neue Regierung durch eine Umbildung der jetzigen hergestellt werden könnte, denn es liegt kein Anlaß vor, eine große Geste zu machen, um bald darauf dieselbe Regierung, nur mit einigen Änderungen, wieder einzusetzen. Trotzdem muß, schon um des Eindruckes im Volke willen, eine derartige Manifestation vorgenommen werden. Deshalb ist es richtig, daß für alle Fälle eine Niederlegung der Regierung erfolgt. Dann müßte aber vorher schon die neue Regierung im Kern vorhanden sein. Wenn wir eine Politik der Schwäche betreiben müssen, so dürfen wir doch keine schwache Politik betreiben. Es ist die große Aufgabe des Reichstags, jetzt seine Rolle als führendes Element durchzuführen. Unbedingt nötig aber ist eine Erweiterung der Basis der Regierung. Es ist eine Verschärfung der Gegensätze, wenn die Deutsche Volkspartei nicht in die Regierung eintritt. Nahe liegt anzunehmen, daß die Deutsche Volkspartei gerade jetzt keine Neigung hat, in die Regierung zu gehen. Redner versichert aber, daß nach seiner Kenntnis der Dinge diese Annahme unrichtig ist. Das nationale Pflichtbewußtsein in den führenden Ständen setzt sich auch in der Deutschen Volkspartei durch. Dazu kommt die Rücksicht auf die eigenen Interessen. Die Industrie ist auch von ihrem Angebot nicht zurückgetreten[6]. Natürlich ist eine gewisse Erschütterung auch hier zu verzeichnen, aber abgebrochen sind die Verhandlungen nicht, und in der Tat spielen sie die entscheidende Rolle. Die Sozialdemokratie hat ihre bisherige Stellung nicht aufgegeben, die dahin ging, die Verbreiterung der Koalition nicht ohne Garantien zu übernehmen. Die Annäherung der Parteien in der Steuerfrage ist eine sehr weit vorgeschrittene gewesen. Das zweite Drittel des Reichsnotopfers sollte erhoben werden mit Sonderzuschlägen für die Sachwerte und mit Abschlägen für die Papierwerte. Ob es möglich ist, darüber hinaus noch andere Wege, insbesondere zur Erfassung des mühelosen Gewinns, zu finden, mag dahin gestellt

5 Scheidemann hatte bei der Kundgebung der Nationalversammlung gegen die Friedensbedingungen am 12.5.1919 gesagt: „Welche Hand müßte nicht verdorren, die sich und uns in diese Fessel legt?" Sten. Ber. Bd. 327 S. 1083.

6 Bei Verhandlungen mit der Reichsregierung hatte die Industrie ihre grundsätzliche Bereitschaft erkennen lassen, im Ausland eine Anleihe aufzunehmen, um dem Reich für ein bis eineinhalb Jahre die Aufbringung der Reparationsleistungen zu ermöglichen. Vgl. Kabinette Wirth I u. II S. 239.

sein. Jedenfalls ist hier eine Basis zur Zusammenarbeit gefunden. Hierauf legt die Sozialdemokratie auch entscheidendes Gewicht. Es täte dringend not, die Erledigung der Kabinettsbildung sehr zu beschleunigen, weil die Sache fertig sein muß, wenn die Entscheidung fällt. Natürlich wäre es jetzt verfrüht, über Personalfragen zu sprechen, aber die Frage des Reichskanzlers muß schon jetzt erörtert werden. Nun läßt sich ja gegen Wirth vieles sagen. Aber demgegenüber ist zu bedenken einmal, daß für eine Opposition gegen die Entente gerade derjenige am geeignetsten ist, der der Entente so weit als möglich entgegenkommen wollte. Vom Standpunkt der inneren Politik aus aber würde die Frage der Beseitigung Wirths die Schwierigkeiten außerordentlich vergrößern. Das gilt für das Zentrum und ebenso für die Sozialdemokratie, die beide an Wirth unter allen Umständen festhalten. Deshalb müssen wir diesen Standpunkt sehr stark in Rechnung stellen. Die Deutsche Volkspartei ist nach der Entscheidung über Oberschlesien in Sachen Wirth in neues Schwanken geraten. Aber es ist nicht anzunehmen, daß sie hieran die Koalition scheitern lassen wird. Darum sollte man es nicht für angeraten halten, daß wir diese Frage in den Vordergrund stellen. Es muß alle Kraft darauf verwandt werden, in dieser Sache in der Fraktion eine einheitliche Auffassung herbeizuführen. Wenn wir noch einmal auseinanderfallen, so würden wir uns den Aufgaben einer Partei bei Schicksalsfragen nicht gewachsen zeigen. Das würde den Eindruck mangelnder Konzentrationsfähigkeit machen.

Herr **Gothein** hat die Empfindung, daß, wenn wir eine derartige Politik machen, wie sie uns hier vorgeschlagen worden ist, wir dann nicht nur den letzten Boden im Volke, sondern auch das letzte Ansehen im Ausland verlieren. Man sagt im Ausland, man kann ja dem deutschen Volke alles zumuten, es schluckt doch alles. Der Friedensvertrag war ein Vertrag gegen das deutsche Volk. Die jetzige Situation ist verschieden von derjenigen beim Ultimatum, denn was jetzt geschieht, ist keine Konsequenz aus dem Friedensvertrag. Beim Ultimatum haben wir auf dem Standpunkt gestanden: Wir wollen erfüllen, aber unter der Voraussetzung ehrlichen Spiels mit Oberschlesien. Das ist jetzt weggefallen. Für den Redner ist es eine Unmöglichkeit geworden, sich jetzt bloß mit einer Fasson zu behelfen. Das ist ja doch nur die Geste der verdorrten Hand. Es ist eine Illusion zu glauben, daß man das Gleichgewicht im Haushalt durch Ersparung und neue Steuern erreichen kann. Die Valuta muß automatisch fallen, und daran ändert das Abkommen von Wiesbaden[7] auch nicht das geringste. Wir sind heute in einer Situation, daß wir uns auf dem Wege der Erfüllung nicht mehr weiter bewegen können. In bezug auf die Regierungsbildung kann nur das eine geschehen, daß jetzt das ganze Kabinett seine Demission gibt und daß eine Anzahl von Ministern die Geschäfte weiterführt, aber nur solange, bis das neue Kabinett gebildet ist; daß aber von vornherein in diesem Kabinett nicht mehr sitzen dürfen Wirth, Rosen[8] und Rathenau, denn sie sind diejenigen, die am schwersten von der Niederlage getroffen sind. Das muß geschehen dem Auslande gegenüber, damit dieses weiß:

7 Am 6. und 7.10.1921 hatten Rathenau und der französische Minister für die befreiten Gebiete, Loucheur, in Wiesbaden ein Hauptabkommen über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs durch deutsche Sachlieferungen sowie mehrere Nebenabkommen über Ablösung der Frankreich geschuldeten Restitutionen geschlossen. Vgl. Schulthess 1921 II S. 269-271.

8 Friedrich Rosen (1856-1935), Außenminister von Mai bis Oktober 1921.

Wir sind nicht diejenigen, die alles schlucken wie die Hunde. Nichts fürchtet das Ausland so wie diese starke geschlossene Haltung und wie die Katastrophe, die über Deutschland hereinbrechen könnte. Wir können das Chaos ja doch nicht vermeiden, und es ist auch ein Irrtum zu glauben, daß die Industrie jetzt noch die Devisen beschaffen würde. Ferner ist es nicht richtig, daß das ganze Zentrum an Wirth hängt. Die einzige Rettung, die sich für uns findet, ist die Verschlimmerung der Wirtschaftskrisis, und in diesem Moment sollen wir klein sein und uns an Wirth klammern? Jetzt gilt es, einmal fest zu bleiben in der Ablehnung, und wenn die anderen das nicht wollen, so wollen wir doch als Demokraten die Ehre des deutschen Volkes hoch halten.

Herr **Fegter**[9]: Man muß sich die Sache mit etwas mehr Überlegung ansehen, als es Gothein tut. Der Grundfehler war die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages. Alles, was darauf gefolgt ist, war nur die logische Folge jenes Friedens. England tritt für uns nicht ein. Darum sollten wir uns genau überlegen, ob diese Katastrophenpolitik richtig ist. Die Demokratische Partei sollte versuchen, unser Vaterland in seinem jetzigen Bestand zu erhalten, denn die Katastrophenpolitik bedeutet auch das Auseinanderfallen der Stämme. Redner erklärt sich mit der allgemeinen Politik Petersens durchaus einverstanden. Er hätte nur eine einheitliche Haltung in der Ultimatumsfrage gewünscht. Die Flaggenfrage ist eine sekundäre Frage, und Bremen sollte darüber keine definitive Entscheidung bringen. Dies alles ist auch jetzt klein gegenüber Oberschlesien.

Herr **Dirr** erklärt eingangs, daß die bayrische Partei noch keine Entscheidung getroffen hat und daß er deshalb für seine Person spricht. Er weist auf den eben veröffentlichten Aufruf der bayrischen Demokratie hin[10]. Hier handelt es sich nicht mehr um Dinge, die man mit dem Verstande auseinanderwirren kann. Wir dürfen aber auch gar nicht vor der Erregung des Volkes zurückweichen. In der oberschlesischen Frage ist eine gemeine Schiebung internationaler Art betrieben worden. Da gibt es kein Zurückschrecken mehr. Hier ist ein Bruch entstanden, aus dem man die Konsequenzen ziehen muß. Diese Folgerung ist das vollständige Verschwinden des jetzigen Kabinetts. Wir können einen Mann wie Wirth in diesem Augenblick nicht wieder wählen. Wenn Wirth in dieser Weise von der Entente einen Tritt bekommt, so können wir ihn nicht an den Rockschößen zurückhalten. Die Fraktion muß zu einer einheitlichen, geschlossenen Haltung kommen, aber zu einer anderen als der von den Referenten vorgeschlagenen. Wir müssen uns nach unseren eigenen Grundsätzen entscheiden. Was die Deutsche Volkspartei tut, kommt erst in zweiter Linie in Betracht. Es ist unmöglich, die Partei in Bayern und vielleicht auch anderswo zu halten, wenn hier eine Haltung wie die der Referenten eingenommen wird. Es müssen ganz andere lapidare Sätze gesprochen werden, als sie Herr Schiffer vorgebracht hat.

Herr **Gerland**: Die Politik, wie sie Herr Schiffer und Herr Petersen vorschlagen, ist mit dem Standpunkt unserer Partei nicht zu vereinbaren. Es gibt Dinge, die man dem Volke nicht mehr zumuten kann. Städte mit 80000 Einwohnern sollen entgegen dem Friedensvertrag in polnische Hände gegeben

9 Jan Fegter (1852-1931), Landwirt in Süderneuland, MdR (Freisinnige Vereinigung/Fortschrittliche Volkspartei/DDP) April 1908 bis 1918, November 1919 bis 1920, Md preuß Staatsrats.

10 Abgedruckt in: Wippermann A 1921 II S. 222.

werden, und wir sollen nichts dazu tun dürfen? Schiffer stellt nur die Alternative zwischen Kabinett Wirth und Katastrophenpolitik. Das ist falsch. Es ist nicht richtig, daß nach dem Verschwinden Wirths Katastrophenpolitik getrieben wird. Das Vertrauen des Auslandes gilt nicht lediglich der Person Wirths, sondern der Politik des Reichstags. Es ist einfach die Frage, wollen wir den letzten Rest von politischem Kredit riskieren, oder wollen wir eine Politik treiben, die uns wieder diesen Kredit verschafft? Als Wirth die Politik der Erfüllung inaugurierte, wurde in allen Zeitungen erklärt, das Kabinett Wirth steht und fällt mit der oberschlesischen Frage. Hier ist die Hand, die verdorrt, und wenn diese Hand weiter die Geschicke Deutschlands leitet, so gibt das nur dem Auslande Grund zum Hohnlächeln. Wollen Sie die Komödie dem Deutschen Reiche ersparen, dann haben Sie doch den Mut, Wirth erst gar nicht zum Rücktritt zu veranlassen, sondern lassen Sie ihn in der Regierung mit einem Vertrauensvotum. Was hat uns das Vertrauen Wirths im Auslande genutzt? Das Vertrauen zu Wirth ist das Vertrauen zu einem guten Hausknecht, der einem das Gepäck bis an die Bahn bringt, gar nichts anderes. Wenn das ganze Ausland sagt, Deutschland hat wieder das verächtliche Spiel getrieben: Protest und nochmals Protest, dann ist das ein Negativposten in unserer auswärtigen Politik von größter Tragweite. Glauben Sie doch auch nicht, daß das deutsche Volk die Sache noch länger mitmacht. Wenn wir in diesem Moment nationale Politik betreiben, dann haben wir die große deutsche Demokratie. Sie können alles ablehnen, aber Sie können eins nicht: ignorieren die Stimme von hunderttausenden von Parteiangehörigen. Die Katastrophenpolitik wird doch nicht vermieden. Nötig ist ein Kabinett neuer Männer, welches nicht etwa eintritt für Fortsetzung des gegenwärtigen Kabinetts. Die neuen Männer haben feierlichste Verwehrung gegen den Bruch des Friedensvertrages einzulegen und dann eine Politik zu führen, die ganz klar ist. Eine Politik der Notwendigkeit, die sich von derjenigen der Erfüllung vielleicht nur dadurch unterscheidet, daß sie nicht so große Reden mit sich bringt. Noch eins ist zu bedenken. Bei dem gegenwärtigen Ministerium handelt es sich um prominente Männer. Lassen Sie dieses Ministerium bleiben, dann wird es doch mit Schimpf und Schande nach einiger Zeit zurücktreten müssen. Dann aber sind diese Männer für die Politik für immer verloren, da sie dann mit gebrochenem Rückgrat daliegen.

Herr **Falk**: An diese Frage darf man nur mit kühlem Verstande herantreten. Daß das Kabinett nicht mehr bleiben kann, ist eine Folge nüchternster Erwägung. Das Kabinett hat ehrliches Wollen gehabt. Hinter seiner Politik hat auch die Demokratische Partei gestanden. Solange die oberschlesische Frage in einem deutschen Sinne gelöst werden konnte, war sie auch zutreffend. Unbedingte Voraussetzung für die Erfüllung des Ultimatums war das Verbleiben Oberschlesiens bei Deutschland. Nach dem Verlust von Oberschlesien ist neben der wirtschaftlichen Frage vor allem auch der moralische Zusammenbruch Deutschlands zu beklagen. Redner fragt Rathenau, ob beim Wiesbadener Abkommen auch auf Oberschlesien Rücksicht genommen ist. Wenn das nicht geschehen ist, dann müsse er sagen, es gehöre schon ein ungeheurer Dolus dazu, mit uns das Abkommen in Wiesbaden zu treffen mit dem Bewußtsein, daß die Entscheidung über Oberschlesien so ausfallen würde, wie sie ausgefallen ist. Schiffer hat gesagt, entweder Katastrophenpolitik oder die andere Politik. Wir wollen die

Katastrophenpolitik nicht. Wir nehmen die Katastrophe aber als ein unabänderliches Schicksal auf, wenn sie kommen muß. Aber der zweite Weg Schiffers führt nicht weniger zur Katastrophenpolitik, denn er bricht die Moral im Volke zusammen. Die Politik, die wir treiben, führt entgegen unserem Willen dazu, daß das Volk moralisch immer tiefer kommt, und das macht Redner nicht mehr mit. Was jetzt mit Oberschlesien geschieht, das wird binnen kurzem mit dem Rheinlande geschehen, wenn sich das deutsche Volk das jetzt gefallen läßt. Das jetzige Kabinett ist gescheitert an dem Nichtwollen des Auslandes. Nicht wir stürzen das Kabinett. Das Ausland hat es bereits gestürzt, und wir tragen nur einer bestehenden Tatsache Rechnung. In dem historischen Augenblick, in dem wir stehen, braucht das deutsche Volk neue Führer.

Herr **Rathenau**: Was die Herzensseite der Frage anlangt, so gibt es keinen von uns, der sich nicht auf das tiefste verzweifelt fühlt. In der Gefühlsfrage stimmen wir überein bis zum letzten Mann. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß wir in diesem Augenblick politische Dinge betrachten und das Gefühl zurückdrängen müssen. Politik besteht in der Reihenfolge von Ursache und Wirkung. Wenn man sich durch das Gefühl verleiten läßt, etwas zu tun, was nicht mit dem wahren Zusammenhang übereinstimmt, so begeht man einen Fehler. Wie liegen die Dinge? Die Kabinettsfrage ist nicht die entscheidende Frage. Im Kabinett ist nicht einer, der nicht viel lieber ginge als bliebe. Die Frage ist: 1. Wie haben die Dinge in der Vergangenheit gelegen? 2. Wie werden sie in Zukunft liegen? Redner erinnert daran, daß er gegen das Waffenstillstandsangebot und den Friedensvertrag protestiert hat, ebenso gegen das Ultimatum. Der Vertrag von Versailles sieht die Teilung von Oberschlesien vor. Freilich mußte sich Wirth für das ungeteilte Oberschlesien aussprechen um der Wirkung nach außen hin, aber der Vertrag bestimmt es anders. Tatsache ist auch, daß 400 000 Personen für Polen gestimmt haben. Die Teilung ist jetzt durchgeführt in einer Weise, die uns die schwerste Belastung bringt, indem sie das Industriegebiet teilt. Der Völkerbund hat hier eine schlechthin unverantwortliche Arbeit geleistet. Aber das abzuwehren, lag nicht in unserer Hand. Im Sommer schwebte die Korfantylinie und nachher die Sforzalinie über uns. Das Kabinett hat noch das große Gebiet erhalten, das zwischen der Korfantylinie und der neuen liegt. England ist von uns veranlaßt worden, sich auf unsere Seite zu stellen[11], sogar bis zum Bruch der Entente, bis zu den Pariser Verhandlungen[12]. Als es dann später aber hieß, entweder das Kabinett Wirth oder das Kabinett Briand stürze, da mußte sich England für Briand einsetzen. Der Völkerbund hat nicht unseren Wünschen entsprochen. Aber was vorher in Paris geschehen wäre, wäre viel schlimmer gewesen, als was jetzt in Genf geschehen ist. Was Oberschlesien betrifft, so ist das Ergebnis unserer Politik also kein so negatives, wie viele annehmen. Das Ruhrgebiet ist heute für niemand mehr so sehr verlockend, da es allgemein reichlich Kohlen gibt. Aber im Frühjahr war es anders. Damals war es nur durch die Erfüllungspolitik zu halten. Was das Kabinett erreicht hat, hat es durch das Vertrauen erreicht, das es im Auslande genießt. Dieses Vertrauen war nur zu gewinnen durch die Persönlichkeit Wirths und zweitens durch die Tatsache, daß man mit den Zahlungen Ernst machte. Das

11 Vgl. Wippermann B 1921 II S. 28f.

12 Pariser Ententekonferenz vom 8.-14.8.1921.

Programm von Wiesbaden war innerhalb des Erfüllungsprogrammes nur eine technische Form der Abwicklung. Diese war unentbehrlich, denn schon die Wiesbadener Nebenabkommen[13] machen ein Ende mit vielen unerträglichen Bestimmungen des Versailler Friedens. Loucheur hatte schließlich keine Lust mehr, die Nebenabkommen zu unterschreiben. Hätte man nun noch bis zur Entscheidung über Oberschlesien gewartet, wäre aus den Nebenabkommen überhaupt nichts geworden. Wie steht es nun mit der Zukunft? Wir werden geltend machen, daß sich jetzt unsere Leistungsfähigkeit verringert hat. Die Tatsachen sind da. Sie sind aber nicht in dem Maße da, wie wir es behaupten werden. Weiter zu gehen ist im Kabinett unmöglich, denn mit kriegerischen Mitteln ist nicht Politik zu führen. Auch das nächste Kabinett muß ein Kabinett der bedingten Erfüllungspolitik sein. Wird dieses Kabinett dafür die nötigen Unterlagen und das Vertrauen haben? Das Vertrauen im Auslande muß es erwerben. Redner spricht sich weder für das Verbleiben des Kabinetts noch für seinen Ersatz aus. Aber Offenheit und Deutlichkeit der Entscheidung in dieser Versammlung ist notwendig. Das Wort „Vertrauen im Auslande" ist dreifach zu unterstreichen, denn was wir ändern müssen und ändern werden, das sind die Zahlungsbedingungen des Ultimatums. Das Kabinett Wirth würde eine Änderung dieser Bedingungen herbeiführen können. Dafür gibt es Beweise.

Nach persönlichen Bemerkungen der Herren **Falk** und **Gerland**, die sich gegen Ausführungen von Herrn Rathenau wenden, und nach einer Aufforderung des Herrn **Dirr** an die Minister, auch bei der weiteren Diskussion zugegen zu bleiben, erfolgt um 13.30 Uhr eine Vertagung der Sitzung.

Herr **Petersen** eröffnet die Sitzung wieder um 15.45 Uhr und empfiehlt, die Fragen zu trennen: Welche Politik sollen wir treiben, und welches Kabinett soll die von uns gewünschte Politik treiben? Er erteilt zunächst Herrn Kopsch das Wort zu einer persönlichen Bemerkung gegenüber einer Redewendung des Herrn Rathenau vom Vormittag.

Herr **Keinath** hält es für unfaßlich, wie das jetzige Ministerium trotz allem wiederkommen will, und er kann das umso weniger verstehen, als Herr Schiffer erklärt hat, die Ereignisse, vor denen wir stehen, bedeuten eine entschiedene Niederlage der Regierung. Wenn das wahr ist, dann fallen die meisten Ausführungen Rathenaus in sich zusammen. Wenn diese Dinge sich in Frankreich oder England abgespielt hätten, dann hätte die Regierung selber unter allen Umständen demissioniert. Wir haben schon einmal diesen Fall gehabt, damals, als Simons aus London zurückkam und seine Anweisungen überschritten hatte[14]. Das war ein schwerer Fehler. Ähnlich liegt es heute wieder. Wir haben wiederholt dem Auslande gegenüber Entrüstung gezeigt, aber hinter der Entrüstung stand weiter nichts. Daraus zieht das Ausland schon seine Schlüsse. Für die kommende Zeit ist es immerhin von Bedeutung zu sehen, daß man in Deutschland beginnt, sich aufzulehnen gegen das, was man ihm tut, nicht mit Waffen, sondern in anderer Art. Wir haben alle Ursache, nach außen hin den Glauben zu verbreiten, daß auch

13 Siehe Anm. 7.

14 Am 7.3.1921 hatte Außenminister Simons auf der Londoner Konferenz einen Vermittlungsvorschlag unterbreitet, mit dem er die ihm vom Kabinett gegebenen Richtlinien überschritt. Vgl. Kabinett Fehrenbach S. XLII.

im deutschen Volke etwas von innerer Widerstandskraft ist. Es ist auch nicht richtig, daß die Versuche, das Kabinett Wirth zu halten, auf außenpolitischen Gründen beruhen, vielmehr liegen innerpolitische Gründe vor. Die Sozialdemokratie hat Wirth ins Amt eingesetzt und sagt heute: Den wollen wir und dem habt ihr euch zu fügen. Wenn wir nur nach außenpolitischen Gründen unser Verhalten einrichten wollen, dann müßte das Kabinett Wirth fallen. Gegenüber Rathenau bemerkt Redner, daß ein Engländer ausgeführt hat: Was für Deutschland so verletzend ist, daß ist die Tatsache, daß, wenn die Abstimmung in Oberschlesien umgekehrt ausgefallen wäre, dann gar kein Zweifel daran gewesen wäre, daß ganz Oberschlesien den Polen zugefallen wäre. Jetzt beruft man sich auf den Friedensvertrag. Aus diesem Vertrag könnte man höchstens schließen, daß nur die Gebiete mit polnischen Mehrheiten an Polen fallen. Das wäre Pless und Rybnick. Damit hätten wir uns schon abgefunden. Aber das Entscheidende liegt darin, daß Gebiete mit deutschen Mehrheiten an Polen kommen. Das Kabinett Wirth hat auch nichts für die bürgerlichen Interessen aus der Sozialdemokratie herausgeholt. Vielmehr ist Wirth jeder sozialdemokratischen Forderung entgegengekommen. Wir leiden zur Zeit an einer Entnervung unseres öffentlichen Lebens. Da ist es Pflicht der Regierung, auf den wenigen Gebieten, wo das möglich ist, wenigstens den Versuch zu machen, eine Wendung zum Guten herbeizuführen. Jetzt aber wird die Seele des deutschen Volkes wieder mißhandelt. Dann entsteht daraus jener verhängnisvolle Pessimismus, der allen Willen lähmt. Redner weist auf das Beispiel von Ungarn und der Türkei hin, die den Mut haben, einen eigenen Willen einzusetzen in den Gang der Weltereignisse. Bei uns liegt die Sache gewiß in vielen Beziehungen anders, aber wir haben doch ein Volk, das seine Zahl in die Waagschale werfen kann. Die jetzigen Verhandlungen mit der Entente beruhen auch nicht auf deren Vertrauen gerade zu dem gegenwärtigen Kabinett. Sie ergeben sich aus der allgemeinen Weltlage. Auch schon vor dem Kabinett Wirth ist mit der Entente verhandelt worden. Jedenfalls dürfen wir nicht von der natürlichen Linie abweichen, die darin vorgezeichnet ist, daß dieses Kabinett eine entscheidende Niederlage erlitten hat. Daraus ergibt sich das Verlangen nach dem Rücktritt des Ministeriums Wirth und der Nichtwiederkehr des Kanzlers.

Herr **Oeser**: Man soll sich bei der Leitung der Politik von Erregungen und von Sentimentalität frei halten. Die erste Aufgabe Deutschlands ist, den Staat zu festigen und sich zu ihm zu bekennen, die zweite eine Revision des Versailler Friedens. Hierbei spielen wirtschaftliche und finanzielle Gesichtspunkte die Hauptrolle. Wirth ist der erste gewesen, der diese Linie gezeigt hat, indem er durch ein Experiment nachzuweisen suchte, daß der Vertrag unerfüllbar und unerträglich ist. Das Ausland hat hierfür Verständnis. Oberschlesien darf man nicht nur politisch betrachten, und man darf Oberschlesien nicht für sich allein betrachten. Die Politik Wirths hat insofern Schiffbruch gelitten, als weder die Sanktionen restlos beseitigt worden sind noch Oberschlesien uns geblieben ist. Unter den obwaltenden Umständen wäre ein Verbleiben des Kabinetts Wirth eine Dummheit ersten Ranges. Wenn der Reichstag ihm auch ein Vertrauensvotum erteilte, so werden die Schwierigkeiten sehr bald beginnen, denen der Reichskanzler nicht standhalten kann. Redner weist auf die Folgen des Valutatiefstandes hin, der eine Art Blockade herbeiführt. In der auswärtigen Politik steht die Sache so, daß wir immer gesagt haben, ohne Oberschlesien ist das

Ministerium Wirth erledigt. Sollen wir jetzt wieder Wortbruch treiben? Wir können es heute nicht mehr mit schönen Redensarten und hochtönenden Sentenzen schaffen. Die Sozialdemokratie legt den größten Wert darauf, Wirth zu behalten, nämlich aus Gründen der Steuerpolitik. Was die Politik angeht, die wir weiter zu betreiben haben, so müssen wir, wenn die These richtig ist, daß sich um die Revision des Friedensvertrages alles zu gruppieren hat, auch ohne Wirth seine Politik fortführen und das Experiment fortsetzen, ob wir leisten können und was wir leisten können. Die Dinge treiben dem Ende entgegen. Der Zeitpunkt ist abzusehen, in dem die Politik der Entente zusammenbrechen muß. Das einzige ist, dafür zu sorgen, daß wir dann noch ein neues Leben anfangen können.

Herr **Wachhorst** spricht namens weiter ländlicher Kreise über die auswärtige Politik der Regierung. Wenn Herr Rathenau uns geschildert hat, was die Engländer für uns getan haben, so ist zu sagen, daß sie das doch nicht um unserer schönen Augen willen getan haben, sondern aus egoistischem Interesse. Was Frankreich anlangt, so hat sich kein Ministerium mit uns einigen können, weil die öffentliche Meinung es dann sofort beseitigt haben würde. Wenn die Politik des ewigen Nachgebens weitergeht, wohin soll das führen? Muß nicht der Zeitpunkt kommen, wo auch der frommste Deutsche sagt, bis hierher und nicht weiter? Die schlechte deutsche Valuta ist unser bester Bundesgenosse. Wenn die Jugend heute nicht mehr mit uns geht, so geschieht das, weil sie die Betonung des nationalen Gefühls vermißt. Eine Regierung wie die jetzige, die ein derartiges Mißtrauensvotum hat, muß verschwinden, mit dem Reichskanzler an der Spitze. Wir müssen eine Politik treiben, die dahin geht, daß wir der Entente zu verstehen geben, wir können nicht mehr. Und wenn wir doch schon sterben müssen, so ist es vielleicht besser, wir tun es heute, als daß wir nächstens gezwungen werden zu sterben.

Die Redezeit wird jetzt auf fünf Minuten beschränkt.

Herr **Kauffmann**: Herr Rathenau hat auf die Frage Falks über den Zusammenhang von Wiesbaden und Genf eine Antwort gegeben, mit der man nichts anfangen kann. Offenbar sind die Franzosen solange entgegenkommend, als sie noch was herausschlagen können. Ferner steht Rathenau auf dem Standpunkt, daß eine Teilung Oberschlesiens nach dem Friedensvertrag erlaubt ist, während die Regierung monatelang das Gegenteil gesagt hat. Das ist eine innere Unwahrhaftigkeit. Mit diesen Mitteln läßt sich nicht länger arbeiten. Wir dürfen auch nicht das Kabinett erhalten, es steht und fällt mit Oberschlesien. Was soll nun aber für eine Politik getrieben werden? Die Politik Wirths und Rathenaus muß fortgesetzt werden. Es handelt sich also um einen Personenwechsel, nicht um einen Wechsel der Politik.

Cohnstaedt: Für uns ist das wesentliche, welche Politik in Zukunft gemacht wird. Erst in zweiter Linie kommt, welches Kabinett sie machen muß. Redner versteht nicht, wie man den Standpunkt vertreten kann, daß wir die Politik Wirths fortsetzen wollen, daß Wirth aber fallen soll. Wir haben auch eine Innenpolitik, und auch hier kommt in Frage, über welche Möglichkeiten der Umbildung des Ministeriums wir uns zu entscheiden haben. Ein großer Teil der Redner hat sich hier auch so gestellt, als ob das Schicksal Wirths heute bei uns entschieden wird. Aber die Entscheidung hängt doch von den großen Parteien ab. Wirth hat den

Sozialdemokraten keine Konzessionen gemacht, die ihnen auch nicht von jedem gut demokratischen Minister hätten gemacht werden sollen. Auch innerhalb unserer Partei gibt es große Teile, die in dem Reichskanzler Wirth einen gut demokratischen Mann erblicken.

Herr **Schreiber**: Das Kabinett Wirth muß unter allen Umständen restlos weg, da immer gesagt worden ist, daß es nur mit der Entscheidung über Oberschlesien in deutschem Sinne bestehen bleibt. Wir haben auch gesagt, im Falle eines Verlustes Oberschlesiens ist überhaupt keine Kabinettsbildung möglich. Wenn das ehrlich gemeint war, dann müssen wir auch Ernst damit machen. Das bedeutet keineswegs die Katastrophe und das Chaos. Es wäre möglich, ein Direktorium einzusetzen, dem aus jeder Partei ein Mitglied angehört, mit dem Auftrag einer Verhandlung mit der Entente über Änderung des Ultimatums.

Herr **Dietrich**: Das schlimmste ist die schwächliche Haltung der Regierung in der ganzen Politik. Wir haben eine Regierung, die seit Wochen und Monaten gesagt hat, sie werde gehen, wenn wir nicht Oberschlesien behalten. Jetzt wollen wir diese Regierung behalten. Glauben Sie, daß dies für das Volk erträglich ist? Scheidemann mit der verdorrten Hand ist wenigstens gegangen, aber Wirth will bleiben. Wir wollen eine Regierung, die freie Hand hat der Entente gegenüber. Es handelt sich nicht darum, ob die Regierung Erfolge erzielt hat, sondern ob die Regierung ihrer Politik ohne Widerspruch eine andere Wendung geben kann, und darum, ob unsere Partei ein Anhängsel anderer Parteien bleiben soll oder einen eigenen Willen zeigen will. Redner hofft, daß die Versammlung einen klaren Willen zum Ausdruck bringt.

Herr **Bernhard** hat bisher nur zwei Ansichten gehört. Die eine, die der Katastrophenpolitiker, von denen Herr Gothein am schärfsten gesprochen hat. Das ist eine Politik, die rundweg abgelehnt werden muß. Die andere ist die, daß die Politik Wirths fortgesetzt werden soll. Das ist keine neue Idee. Wenn hier Wirth gesagt wird, so meint man in erster Linie Rathenau. Redner würde es verstehen, wenn gesagt wird, wir wollen überhaupt keine Kabinettsbildung. Aber nun zu sagen, wir wollen die alte Politik fortsetzen, aber mit neuen Männern, das ist eine Unmöglichkeit. Unter der Ägide Wirths und durch die Hand des Ministers Rathenau ist das Wiesbadener Abkommen abgeschlossen worden. Das ist wichtig, weil es den Anfang mit dem Abbau des Versailler Friedens gemacht hat. Wenn jetzt die beiden Männer, von denen dieses Abkommen getragen ist, von uns gestürzt werden, so bedeutet das eine neue Beunruhigung der auswärtigen Politik. Innerpolitisch kann man erst recht nicht an eine Beseitigung Wirths denken. Das würde das tiefste Mißtrauen, namentlich in den sozialistischen Kreisen, hervorrufen.

Herr **Petersen** verliest eine Kundgebung zugunsten Oberschlesiens und bittet um alsbaldige Abstimmung darüber.

Die Kundgebung wird ohne Widerspruch angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Nach Mitteilungen, an deren sachlicher Richtigkeit wohl nicht zu zweifeln ist, hat der Völkerbundsrat eine Teilung Oberschlesiens und Losreißung seiner wertvollsten Teile von Deutschland beschlossen. Hiergegen erhebt die Deutsche Demokratische Partei den schärfsten Widerspruch.

Wir müssen in dieser Entscheidung eine willkürliche Handlung erblicken, die mit der feierlichen Zusage von fair play im Widerspruch steht: gegen das Recht, gegen den in der Abstimmung klar ausgesprochenen Volkswillen und gegen die Gesetze der wirtschaftlichen Vernunft verstößt, den gefährlichen Keim neuer Wirren in sich trägt und die Erfüllung der dem deutschen Volk auferlegten wirtschaftlichen und finanziellen Verpflichtungen zur Unmöglichkeit macht.

Das deutsche Volk steht im Norden und Süden in geschlossener Abwehr gegen diese Entscheidung. Die Deutsche Demokratische Partei weiß sich mit den Deutschen aller Parteien einig, wenn sie die Zerreißung Oberschlesiens als einen gegen das Recht verstoßenden Gewaltakt und als eine schwere politische Versündigung an der Zukunft Europas erklärt."[15]

Herr **Sparrer**: Wir sollen nicht an der Vergangenheit Kritik üben. Redner schließt sich den Ausführungen Schiffers an, der den Rücktritt des Ministeriums für unerläßlich hält. Das übrige sollte man der parlamentarischen Entwicklung überlassen. Wir haben ja gar nicht den großen Einfluß, um eine Entscheidung auszuüben. Darum ist es zwecklos, sich über die Personenfrage zu besprechen.

Herr **Erkelenz**: Die Demokratische Partei hat sich in den letzten Jahren immer hin und hertreiben lassen und nie einen festen Standpunkt eingenommen. Das geschieht auch jetzt wieder allem Anschein nach. Nachdem im Ministerium die Entscheidung für die Erfüllungspolitik gefallen ist, können wir nicht mehr davon abweichen. Wir haben jetzt die Aufgabe, auf einen Abbau des Londoner Ultimatums hinzuwirken. Wir haben zweitens die Politik des Großblockes in Deutschland zu machen. Wie wollen Sie diese Politik machen, wenn wir so vorgehen, wie es mehrere Redner verlangt haben? Wenn der Abbau des Friedensvertrages durchgeführt werden muß, dann kann es am besten das Kabinett Wirth machen. Die Bildung des Großblockes in der inneren Politik ist auch nur so möglich, da die Sozialdemokratie nur in ein Kabinett Wirth hineingeht. Wir haben jetzt neun Zehntel des Leidensweges in der Durchführung des Versailler Friedensvertrages zurückgelegt, nämlich soweit die Erledigung der großen Streitfragen in Betracht kommt, Ablieferung der Schiffe usw. Es handelt sich jetzt nur darum, die Bedingungen des Londoner Ultimatums zu ermäßigen. Vor dem letzten Zehntel schrecken wir nun zurück. Das ist eine unmögliche Politik. Darum sollen wir uns dringend hüten, eine Erklärung herauszugeben, die für einen Versuch des Sturzes des Kabinetts ausgelegt werden könnte.

Herr **Hamm** betont, daß der Friedensvertrag nicht ohne weiteres den Zwang zu einer Teilung Oberschlesiens in sich schließt. Selbst wenn man aus seinen Bestimmungen die Möglichkeit einer Teilung ableiten sollte, dann kann man doch nur ableiten die Ziehung einer Grenze, aber nicht die Möglichkeit einer sich durchschneidenden wirtschaftlichen und politischen Grenze. Es soll geteilt werden. Und das wird nicht getan, und deshalb setzen wir uns einem, auch von den Engländern anerkannten Unrecht unserer Feinde entgegen und zugleich einer Entsittlichung unseres Staatslebens. Es liegt auch heute noch kein Grund vor, auf diejenigen einen Stein zu werfen, die am 10. Mai mit Ja stimmten[16]. Wohl aber

15 Abgedruckt in: Wippermann A 1921 II S. 223.

16 Vgl. Nr. 81 Anm. 1.

haben wir uns darüber zu unterhalten, wie wir die Politik weiterführen wollen. Das Ultimatum stand auf der Voraussetzung der Erhaltung Oberschlesiens, und darum haben wir die Pflicht, der Politik des non possumus eine stärkere Farbe zu geben. Wir müssen von dem non volumus wegkommen. Die Revision des Friedens muß stärker angestrebt werden als bisher. Dazu kommt auch die Schuldfrage. Wir haben darin zu sehr geschwiegen. Hier liegen Aufgaben vor, für die die Regierung, Wirth nicht der geeignete Träger sein kann. Wir brauchen eine starke Regierung, und wir müssen auch der Erregung des Volkes einen feierlichen Ausdruck geben. Es wäre zu wünschen, daß Wirth von selbst seinen Rücktritt vollzieht. Wenn er es nicht tut, so müssen wir es tun. Ohne uns wird das Zentrum die Sache nicht machen.

Herr **Preuß**: Auch ein entwaffnetes Volk kann unerträglichen Zumutungen Protest entgegensetzen. Redner selbst hat dazu bei dem Versailler Frieden gedrängt. Aber man darf politisch einen Fehler nicht wiederholen. Nachdem wir die bittere Erfahrung von Versailles gemacht hatten, mußten wir wissen, daß es für uns nur drei Möglichkeiten gibt. Entweder sich zurückzuziehen oder bolschewistische Politik zu treiben, d. h. Forderungen aufzustellen, aber nicht zu sagen, wie es gemacht wird, drittens, den Leidensweg zu gehen und das Beste aus ihm zu machen. Gewiß müssen wir den nationalen Standpunkt betonen. Aber was ist in diesem Falle national? Forderungen aufzustellen oder aus dem Schlimmen das Erträgliche zu machen? Wenn wir eine regierungsfähige Opposition hätten, dann käme diese jetzt heran. Aber die haben wir nicht. Wenn heute der Name Wirth in Deutschland zum Exponenten des demokratischen Gedankens geworden ist, so ist es schmerzlich zu bedauern, daß diese Stellung nicht unserer Partei zukommt, deren nationaler Beruf es gewesen wäre. Dann hätten wir auch nicht auf den Namen Wirth zurückzukommen brauchen. Was wird dann, wenn ein Wechsel eintritt? Tritt Wirth in den Hintergrund, so tritt Stegerwald in den Vordergrund oder wenigstens seine Richtung. Was wäre dann von unserem Standpunkt gewonnen? Nach außen nichts, nach innen eine Rechtsverschiebung, die doch vermutlich mit einem Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie enden würde. Ob wir das vertragen könnten, möchte ich bezweifeln. Unsere Haltung muß von dem nationalen Gedanken getragen sein: Wie dienen wir unserem Vaterlande am besten. Nicht eine Verzweiflungspolitik, sondern eine geduldige Politik.

Herr **Rönneburg**[17]: Es ist gesagt worden, die Sozialdemokratie kenne die Volksseele. Gewiß, aber auch wir kennen die Volksseele. Wir dürfen für uns nicht immer maßgebend sein lassen, was im Zentrum und der Sozialdemokratie vor sich geht. Wenn die Partei wiederum an einer Politik mithilft, die für eine Unterwerfung unter die Gewaltpolitik der Entente eintritt, dann ist sie glatt erledigt. Wir haben gewiß Politik mit dem Verstand und der Logik zu machen, aber es gibt auch Momente, wo die Imponderabilien ihre Rechte fordern. Wir werden endlich einmal

17 Heinrich Rönneburg (1887-1949), Lehrer in Braunschweig, dann Landrat in Barth, Gründer und Vorsitzender der braunschweigischen Landesbeamtenorganisation und des Kleinbauern- und Pächterverbands, Mitglied des Geschäftsführenden Ausschusses der Deutschen Bauernschaft, MdL Braunschweig (DDP) 1918-1924, 1927-1928, MdR Dezember 1924-1930, braunschweigischer Kultusminister von Juni 1919 bis Juni 1920, braunschweigischer Wirtschafts- und Innenminister 1922, Staatskommissar für Osthilfe 1930, Vorsitzender des Agrarausschusses der DDP.

fragen müssen, was wünschen die Volksteile, die in unseren Reihen stehen und die wir für uns zurückgewinnen wollen? Die nationale Welle sollten wir nicht nur mitmachen, sondern geradezu leiten. Es muß ein Kabinett gebildet werden mit den Aufgaben der Vertragsrevision und der Aufrollung der Schuldfrage. Die vorhin angenommene Resolution ist zu lendenlahm. Es wäre eine kraftvollere Kundgebung zu wünschen gewesen. Wenn die Feinde den Vertrag brechen, so müssen wir auch den bisherigen Weg verlassen.

Herr **Feiler** wendet sich gegen die Auslegung des Friedensvertrages durch Hamm. Wir können ja keine andere Politik treiben als bisher. Die Frage ist, ob wir sie mit anderen Männern treiben können. Das ist zu verneinen. Wenn wir uns gegen das Kabinett Wirth wenden, so betreiben wir die Politik der Deutschen Volkspartei.

Herr **Heile**: Die Entscheidung für Oberschlesien ist überraschend günstig ausgefallen gegenüber dem, was wir hätten fürchten müssen. Es ist nicht richtig, dem Ministerium Wirth einen Vorwurf daraus zu machen, daß es sich drüben ein gewisses Kapital an Vertrauen erworben hat. Im Gegenteil wäre das an sich ein Vorzug. Aber leider hat es das Vertrauen nicht zu einem Aktivum für die gesamte Politik machen können, weil man zu Wirth nur das Vertrauen hatte, daß er alles leisten würde, was man von ihm verlangte. Man spekuliert drüben, daß die Deutschen tun, was die Entente will, und daß wir alles schlucken. Die Hinnahme des Verlustes von Oberschlesien wäre eine glatte Ermutigung für die Entente, uns noch manch andere Lasten aufzubürden. Demgegenüber müssen wir sagen, wir sind nicht imstande, noch etwas zu tragen.

Herr **Haußmann** bekennt sich als Anhänger Wirths und Rathenaus. Trotzdem ist er der Meinung, daß für Wirth nur die Demission möglich ist. Er hat nun einmal mit seiner Politik Fiasko gemacht, deshalb muß er, solange die Frage der Teilung noch in der Schwebe ist, erklären, daß er seine Politik nicht fortzusetzen in der Lage ist, wenn er von den anderen enttäuscht wird. Dann freilich muß er auch zu seinem Wort stehen. Wenn er es tut, dann ist er auch kein verbrauchter Politiker. Das ist er aber, wenn er bleibt. Redner bittet die Herren, die nachher zum Ministerpräsidenten gehen[18], in diesem Sinne zu sprechen. Wirth soll nicht gestürzt werden, der Rücktrittswille soll aus ihm selbst herauskommen. Redner fragt, ob nicht Herr Hamm gleichfalls zu der Konferenz mit dem Ministerpräsidenten entsendet werden kann. Wir dürfen keine schwankende Politik treiben, sondern müssen einen festen Willen zeigen.

Herr **Fischer**: Das Ultimatum haben wir seinerzeit voraussetzungslos angenommen. Für uns handelt es sich nicht um eine neue Verpflichtung, sondern um Ausführung desjenigen, was der Friedensvertrag vorschlägt. Dann bleibt nur übrig, daß wir die Politik, die in der Annahme des Ultimatums lag, fortsetzen, allerdings in einem anderen Charakter. Es gilt zu handeln, und wir müssen uns einig werden in der Frage, ob für oder gegen Katastrophenpolitik. Von Bedeutung für den Redner ist, ob diese neue Entschließung von einer großen Masse des

18 Vermutlich handelte es sich um eine Besprechung beim Reichskanzler. Haußmann notierte: „Es soll Hamm mitgehen mit dem Vorstand zum Reichskanzler. Von Petersen als Mißtrauensvotum gegen Vorstand erklärt und deshalb zurückgezogen." Nachlaß Haußmann 64.

Volkes und des Reichstags getragen wird. Hier spielt die Persönlichkeit Wirths eine Rolle. Eine Entscheidung ist noch nicht möglich. Erst die Entwicklung muß sie bringen. Was Haußmann gesagt hat, ist sehr richtig. Kann Wirth durch die Androhung seines Rücktrittes die Sache in Oberschlesien ändern, dann muß er es tun. Anderenfalls sollen wir uns nicht festlegen.

Herr **Böhmert**[19] teilt eine einstimmige Entschließung des demokratischen Bremer Ausschusses mit, in der erklärt wird, daß das Verbleiben Wirths vollständig unmöglich ist. Wenn man solche Stimmen aus dem Volke fortdauernd mißachtet, dann wird man bald eine Politik ohne demokratische Wähler und demokratische Fraktion machen müssen.

Herr **Koch[-Weser]**: Die Frage des Rücktritts des Kabinetts ist lediglich eine Sache der politischen Ehrlichkeit. Redner kann sich nicht denken, daß eine Partei wie die unsere diese Angelegenheit lediglich vom Standpunkt eines kleinen politischen Kulissengeschäftes betreiben kann. Das Bedenkliche ist, daß heute schon durch die offiziöse Presse das Volk darauf vorbereitet wird, daß nichts kommt. Redner erinnert daran, daß er vor einigen Monaten namens der Fraktion erklärt hat, seine Partei halte das Kabinett Wirth nicht für haltbar, wenn Oberschlesien verlorengeht. Eine ganz andere Frage ist es, inwieweit es möglich ist, eine andere Politik zu treiben. Das Ausland sieht die Sache vielmehr als eine Personenfrage an. Es war richtig, das Ultimatum anzunehmen. Aber vom ersten Augenblick an war zu unterscheiden zwischen Erfüllungswillen und Erfüllungsmöglichkeit. Wirth hat die letztere zu stark betont. Heute kommt es darauf an, dem Auslande zu sagen, daß das Ultimatum unhaltbar ist. Darum ist ein Wechsel im Kabinett notwendig. Vor allem muß die Spitze die Konsequenzen ziehen.

Herr **Gessler** stimmt Herrn Haußmann zu. Wir können den Kanzler nicht stürzen. Es muß ihm überlassen bleiben, die Entscheidung zu treffen. Den Weg des Ultimatums müßten wir unter allen Umständen gehen. Im Kabinett waren wir einhellig der Ansicht, daß das Ministerium zurücktreten muß, vor allem Rathenau und Schiffer[20]. Aber die Regierungsneubildung hängt von vielen Faktoren ab. Heute schon die Herren, die die Sache betreiben müssen, bindend festzulegen, ist ausgeschlossen. Wenn Wachhorst gesagt hat, schlimmer kann es nicht werden, so ist zu fragen, geht es in Deutschland wirklich so schlimm? Wenn eine Katastrophenpolitik getrieben wird, dann wird es noch viel schlimmer.

Herr **Hermann**[21] stimmt Haußmann und Gessler zu und meint, daß Wirth selbst den Gedankengängen von Haußmann sehr nahesteht. Auch der Verlust von Rathenau wird damit leider verbunden sein. Aber lassen wir den verant-

---

19 Wilhelm Böhmert (1866-1946), Direktor des Statistischen Amts in Bremen, Md Bürgerschaft (Vereinigte Liberale) 1909-1919, MdNv (DDP) 1919-1920.

20 In der Kabinettssitzung vom 10. und 12.10.1921 war v. a. Rathenau entschieden für einen sofortigen Rücktritt des Kabinetts eingetreten, Schiffer hatte sich dagegen zurückhaltend geäußert. Vgl. Kabinette Wirth I u. II S. 311f. u. 314-317.

21 Carl Hermann (1886-1933), Syndikus der Handelskammer Reutlingen 1911-1921, Zweites Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Reichsverbands des Deutschen Handwerks, MdR (DDP/Wirtschaftspartei) 1919-1920, Februar bis März 1922, 1930 bis Juli 1932, Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats.

wortlichen Männern jetzt freie Hand. Auch das Kabinett müsse Ruhe zeigen und abwarten, bis die Entscheidung vorliegt.

Herr **Dernburg** steht auf dem Standpunkt von Haußmann. Es ist unerträglich, daß wir von uns aus unsere Leute, die wir in das Ministerium entsandt haben, nun in die Wüste schicken wollen. Wir haben jetzt das Recht der Entente gegenüber, das non possumus zu betonen. Im übrigen ist es verkehrt, jetzt zu sagen, wer der Nachfolger des Kabinetts sein soll, wenn das jetzige Ministerium geht.

Herr **Petersen** stellt als Resultat der Besprechung fest: Die überwiegende Mehrheit dieses Kreises ist nach wie vor der Ansicht, wir dürfen nicht das non volumus aussprechen, müssen aber das non possumus stärker unterstreichen unter Hinweis auf Oberschlesien. Die Herren, die non volumus sagen, haben nur eine ganz geringe Unterstützung gefunden. Wir sind ferner darüber einig, daß das Ministerium zurückzutreten hat. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur darüber, ob völlige Neubildung der Regierung oder Umbildung der jetzigen erfolgen soll. Redner bittet, keine Resolutionen zu fassen. (Es liegt je eine Resolution von Dietrich und Oeser vor.) Wir sind auch darüber einig, daß niemand Veranlassung hat, Wirth zu stürzen. Wirth muß sich vielmehr aus eigener Entscheidung erklären. Endlich haben wir das Vertrauen zu unseren Unterhändlern, daß sie die richtige Entscheidung treffen werden.

Es entspinnt sich eine Geschäftsordnungsdebatte darüber, ob, wenn schon eine Resolution nicht für die Öffentlichkeit gefaßt werden soll, nicht durch Abstimmung die zahlenmäßige Stärke der einzelnen Richtungen in der Versammlung zur eigenen Kenntnisnahme festgestellt werden soll. Die Mehrheit aber beschließt, überhaupt keine Resolution zu fassen.

Da der Vorsitzende jetzt zu einer Besprechung in das Ministerium gehen muß[22], übergibt er den Vorstitz Herrn Gerland.

Herr **Dirr** verliest eine Anzahl von Anfragen, die sich auf die Ausführungen Rathenaus beziehen. Er fügt hinzu, wenn die Rede Rathenaus in die Öffentlichkeit käme, wäre sie für uns absolut vernichtend, denn niemand ist in der Lage, diese logischen Sprünge mitzumachen. Ein Politiker, der in einem so kleinen Zeitraum seine Meinung wechselt, ist für den Redner erledigt. Es ist zu bedauern, daß die verlesenen Anfragen in Anwesenheit unserer Minister nicht haben erörtert werden können. Er bittet die Versammlung, darüber zu bestimmen, ob es ihm ermöglicht werden kann, seine Anfragen im Parteiausschuß zur Debatte zu bringen, und behält sich vor, sie noch genauer zu formulieren.

Im Anschluß hieran entsteht eine längere Geschäftsordnungsdebatte, als deren Resultat der **Vorsitzende** verkündigt, daß die überwiegende Meinung der Mehrheit der Anwesenden dahin gehe, daß, ehe die Regierungsbildung eine Tatsache geworden ist, der Vorstand noch einmal einberufen wird. Diese Auffassung des Vorsitzenden wird durch eine Abstimmung der Versammlung bestätigt. Herrn Dirr wird anheimgestellt, seine Anfragen dem Vorstand zu einer Rückäußerung zu unterbreiten. Schluß gegen 19 Uhr.

---

22 Siehe Anm. 18.

86.

10.11.1921: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Petersen. Ende: 20.45 Uhr. Ort: Bremen, im Rathaus.

Anwesend: Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falk, Fischer, Frankfurter, Gerland, Haas, Jansen, Kauffmann, Landahl, Petersen, Preuß, Schneider, Siehr, Sparrer, Wachhorst de Wente.

Der Vorsitzende, Senator Dr. **Petersen**, eröffnet die Sitzung mit dem Hinweis darauf, sich zuerst über die finanziellen Angelegenheiten der Partei zu unterhalten, die von Sitzung zu Sitzung des Vorstandes bisher immer wieder verschoben wurden, nunmehr aber in Anbetracht des übermorgen beginnenden Parteitages unbedingt notwendig seien. Für den Bericht über die finanzielle Lage erteilt er dem Schatzmeister der Partei das Wort.

Dr. **Fischer** gibt eine ausführliche Darstellung über die Einnahmen und Ausgaben und macht ferner Mitteilung von den Unternehmungen, die gemacht worden sind, um immer und immer wieder Geld für die Partei zu beschaffen, da die nach den Satzungen eingehenden Kopfsteuern leider so unzulänglich einliefen, daß er gezwungen war, immer und immer wieder an die Opferfreudigkeit wohlhabenderer Parteifreunde zu appellieren. Dr. Fischer führt weiter aus, daß die Tatsache, nun auch noch diejenigen Parteifreunde, die ihre Arbeitskraft in den Dienst der Partei stellen, um finanzielle Unterstützungen anzugehen, nicht gerade angenehm sei, daß aber die Not dazu zwinge. Er schließt seine Ausführungen damit, daß, wenn es der Partei im kommenden Jahr nicht möglich sei, die Mittel aus sich selbst aufzubringen, die Partei sich selbst aufgebe und er es dann für das zweckmäßigste halte, die Bude zuzumachen, wenn die Mittel nicht in dem Maße fließen, daß den einzelnen Ausschüssen, die ja doch die Arbeit für die Partei leisten, die erforderlichen Zuschüsse gegeben werden können.

Dr. **Petersen**: Wir können auch hierbei Naumann folgen, der die Nationalsoziale Partei aufgab, als sie finanziell nicht mehr leben konnte. Er weist darauf hin, daß er auf allen Parteitagen wiederholt gesagt habe, daß, wenn die finanziellen Angelegenheiten nicht endlich so in Ordnung gebracht würden, daß die erforderlichen Beträge zur Fortführung der Geschäfte ohne Sorge aufgebracht werden, er nicht mehr in der Lage sei, das Amt eines Parteivorsitzenden zu übernehmen. Für unerträglich halte er es, immer und immer wieder aus dem Lande Beschwerden zu sehen, die die Unzufriedenheit mit der Reichsgeschäftsstelle ausdrücken. Wenn man in die Reichsgeschäftsstelle komme, könne man nur feststellen, wie dort voll Hingabe und Opferfreudigkeit gearbeitet würde und daß nicht mehr gemacht werden könne, weil es eben immer wieder an Geld fehlt. Er müsse unbedingt darauf bestehen, daß die Partei sich aus ihren Mitgliederbeiträgen erhalte. Durch freiwillige Beiträge könne man sonst mit der Zeit in die Abhängigkeit derjenigen Kreise hineingeraten, die diese Mittel immer und immer wieder zur Verfügung stellen, und das könne er als Parteivorsitzender nicht mitmachen. Er schlägt zum Schluß vor, folgenden Beschluß zu fassen: „Wenn im nächsten Jahre bis zum 31. März 1922 die zu erwartenden Kopfsteuerbeiträge nicht eingegangen sind, der Vorstand sich solidarisch erklärt, die Geschäfte abzugeben."

Prof. **Gerland** stimmt dem bei, was Dr. Petersen ausgeführt hat, ist aber dafür, die Zeit, die Petersen für diesen Beschluß festgesetzt hat, noch kürzer zu setzen, und weist weiter auf die Lage in Thüringen hin, wo tatsächlich nur die Ortsgruppe Jena ihre Kopfsteuer abgeführt hat. Er hält es für durchaus zutreffend, daß man schließlich politisch ins Fahrwasser derjenigen gerät, die immer wieder geben müssen.

Erkelenz glaubt, daß der Eingang der Kopfsteuer und Aufbau der Partei nur in allmählicher Erziehungsarbeit geleistet werden könne und man sich daher entschließen müsse, den aufgestellten Etat so zu verringern, daß man mit den dann zur Verfügung stehenden Mitteln auskomme. Er glaube dies dadurch zu erreichen, daß die Zuschüsse für die Parteisekretariate nicht geleistet werden und ferner auch der Zuschuß zum Mitteilungsblatt „Der Demokrat" wegfallen müsse. Den Antrag des Organisationsausschusses, die Kopfsteuer für das Jahr 1922 auf M 8.– zu erhöhen, halte er für nicht durchführbar. Weiter warnt er davor, in dieser Beziehung auf den Parteitag einen Druck auszuüben und glaubt, daß die von Petersen beabsichtigten Ausführungen nur im Parteiausschuß gemacht werden sollten.

Dr. **Fischer** stellt fest, daß planlos nicht gearbeitet worden sei, sondern nach einem sorgfältig aufgestellten Budget. Er gibt nunmehr die einzelnen Zahlen der gesamten Ausgaben und des für das Jahr 1922 aufgestellten Budgets bekannt.

Dr. **Frankfurter** bedauert, daß der Vorstand sich nicht mit einer für die Partei so wichtigen Frage befaßt habe. Erfolge für die Partei sind nur mit Geld zu erreichen. Wenn genügend Geld vorhanden wäre, würde die Partei ganz anders aussehen. Am Etat sind M. 100000.– an Zuschüssen zu sparen, worüber jedoch erst noch im Organisationsausschuß gesprochen werden müsse. Ersparnisse könnten jedoch nicht gemacht werden an der Zahl der beschäftigten Beamten. Er ist der Ansicht, daß die Ziffern des Etats für 1922 ungünstig, aber relativ nicht schlecht seien. Er bittet den Vorstand, den Antrag des Organisationsausschusses auf Erhöhung des Kopfsteuerbeitrages von M 8.– für das Jahr 1922 einstimmig zu unterstützen, und zwar anders, als er in Nürnberg behandelt worden ist[1].

Professor **Preuß** hält den Etat für 1922 für zu klein. Geldnot der Partei unserer Richtung sei auch in England vorhanden. Wir müssen vor allem versuchen, uns durchzubeißen. Das scheine ihm die Hauptsache. Er ist für die Erhöhung der Kopfsteuer auf M 8.–.

Falk bewundert den Mut von Dr. Frankfurter, noch einen Haushaltsplan aufzustellen. Ihm ist der Pessimismus von Dr. Fischer lieber. Er spricht sich gegen die Erhöhung des Kopfsteuerbeitrages auf M 8.– aus; er hält aber die von der Reichsgeschäftsstelle aufgenommenen Mitgliederzahlen nach von ihm auf der Reichsgeschäftsstelle bei Herrn Kuhle vorgenommenen Stichproben für zu niedrig. Er teilt dann weiter mit, daß er auf der Reichsgeschäftsstelle die Liste der Parteifreunde eingesehen habe, die Beiträge gezeichnet haben und daß er dabei feststellte, daß die reichen Leute unserer Partei jammervoll zahlen; er ist dafür,

1 Auf dem Nürnberger Parteitag war die vom Vorstand geforderte „Kopfsteuer" in Höhe von sechs Mark abgelehnt worden, stattdessen hatte die Versammlung nur vier Mark bewilligt. Vgl. Zweiter ordentlicher Parteitag S. 32.

diese schärfer anzufassen. Falk ist einverstanden damit, daß in der morgigen Sitzung des Parteiausschusses carte blanche gelegt wird, ist aber dagegen, daß dies auf dem Parteitag auch geschieht.

Jansen tritt für weitere Unterstützung der Parteisekretariate ein, weil er es nur auf diesem Wege für möglich hält, die Organisationen zur Abführung der Kopfsteuern zu erziehen. Er bedauert, daß sein Vorschlag auf dem Nürnberger Parteitag, von dem vierteljährlichen Eingang der Kopfsteuer abhängig zu machen die weitere Unterstützung der Parteisekretariate, nicht durchging. Bittet aber, da der Antrag jetzt wiederum gestellt wird, ihn unbedingt zu unterstützen, da die Reichsgeschäftsstelle mit diesem Antrag dann ein Druckmittel gegenüber den Parteisekretariaten und Organisationen in der Hand hätte. Die augenblickliche Differenz zwischen den gezahlten Unterstützungen und der eingegangenen Kopfsteuer in Höhe von M 225 000.– sei nur durch das Nichtbestehen des vorerwähnten Druckmittels geschaffen worden. Weiterhin tritt er aber deshalb für die Unterstützung der Parteisekretariate ein, weil die Beamten im Reich viel lieber Angestellte der Reichsgeschäftsstelle als Angestellte der einzelnen Organisationen sein wollen. Als weiterer Mißstand wird von den Parteibeamten empfunden – und er könne das nur bestätigen –, daß den meisten Beamten im Lande schlechte Gehälter gezahlt werden und keine Sicherungen gewährt würden für die Zukunft ihrer Familien. Er bittet daher, in der morgigen Parteiausschußsitzung – zu der ja auch die Vorsitzenden der Wahlkreise eingeladen sind –, dies den Organisationen zur Pflicht zu machen, daß sie die Parteisekretäre in eine Versicherung gegen Tod, Unfall usw. einkaufen. Weiter bittet er, auf dem Parteitag einen Beschluß dahingehend durchzubringen, daß die Wahlkreisvorsitzenden verpflichtet sind, die Anzahl der für jeden Wahlkreis gemeldeten eingeschriebenen Mitglieder durch ihre Unterschrift zu bestätigen, weil einige Anhaltspunkte dafür vorhanden sind, daß die angegebenen Mitgliederzahlen aus den Wahlkreisen nicht zutreffend sind.

Dr. **Cohnstaedt** bestätigt, daß unmöglich noch mehr gespart werden könne. Als eine Ersparnis kommen nur die Unterstützungen der Parteisekretäre in Betracht. Die Anregung J a n s e n halte er für sehr wertvoll, besonders deshalb, weil dadurch die Parteisekretäre Angestellte der Reichsgeschäftsstelle werden. Er regt an, den Parteiausschuß entscheiden zu lassen, entweder M 8.– Kopfsteuer und die halben Zuschüsse zu den Parteisekretariaten oder M 4.– Kopfsteuer ohne den Zuschuß, und eventuell auch diese Frage auf dem Parteitag zu besprechen und hier stark mit moralischem Druck zu arbeiten. Hält für sehr ernst die Geldgeber, die außerhalb der Partei stehen. Er schlägt vor eine progressive Einschätzung der Mitglieder des Parteiausschusses zu freiwilligen Beiträgen.

Erkelenz erklärt sich nach den gemachten Ausführungen mit der Begründung der M 8.– Kopfsteuer auf dem Parteitag einverstanden und hält es ferner nach den Ausführungen von Dr. F i s c h e r auch für ausgeschlossen, daß auf der Reichsgeschäftsstelle weitere Ersparnisse gemacht werden können. Kann jedoch die weitere Gewährung der Parteisekretariatsunterstützung nicht einsehen, da das jetzige System viele Parteisekretäre schütze, die das Geld aber nicht wert seien. Er stimmt den Ausführungen Dr. F r a n k f u r t e r s zu, sehe aber noch nicht den Weg, um weiterhin die erforderlichen Zuschüsse zahlen zu können.

Landahl ist für M 6.– Kopfsteuer statt M 8.–.

Schneider schlägt vor, den Parteisekretären eine Provision auf die abgeführten Kopfsteuerbeiträge zu zahlen.

Dr. **Frankfurter** teilt zur Aufklärung der aufgetauchten Mißverständnisse mit, daß die Partei zur Deckung der laufenden Ausgaben keine Gelder von irgendeiner Gruppe erhalten habe, sondern solche nur bekommen hat für die Wahlen. Er begründet weiter nochmals den Antrag auf M 8.– Kopfsteuer.

Sparrer erklärt sich mit M 8.– Kopfsteuer einverstanden, bittet jedoch um Zufügung des Nachsatzes, daß die örtlichen Organisationen angewiesen werden, einen jährlichen Mindestbeitrag von M 24.– zu erheben.

Prof. **Gerland** regt an, die Wahlkreisvorsitzenden zu einer Besprechung der ganzen Angelegenheit nach dem Parteitag nach Berlin zu laden und ihnen dabei die Bücher vorzulegen, damit sie sich selbst überzeugen können davon, daß die Gerüchte, die im Lande in der Art umhergehen, daß die Sitzungen des Vorstandes an M 160 000.– im Jahre 1920 verschlungen hätten, ein Märchen sind.

Dr. **Petersen** läßt abstimmen über die Höhe der zu erhebenden Kopfsteuer: ob M 6.– oder M 8.–. Das Ergebnis ist 9:6 Stimmen für M 8.–, mit der Einfügung, daß die örtlichen Organisationen einen Jahresbeitrag von mindestens M 24.– erheben sollen. Es wird ferner abgestimmt über den Antrag, Zuschüsse der Reichsgeschäftsstelle nur in den Fällen zu zahlen, wo 3 000 eingeschriebene Mitglieder nachgewiesen sind. Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Es gelangt alsdann die Tagesordnung für den Parteiausschuß zur Besprechung, weiterhin die Tagesordnung für den Parteitag.

Nach einer angeregten Aussprache wird beschlossen, an der vorgesehenen Aussprache über den Bericht der Fraktion und an dem Referat Rathenau[2] festzuhalten.

Schluß 20.45 Uhr.

2 Rathenaus Thema lautete: „Das Erfüllungsproblem und die deutsche Wirtschaft". Vgl. Dritter ordentlicher Parteitag S. 34-50; ferner Abdruck in: Demokrat v. 17.11.1921 Nr. 46.

87.

11.11.1921: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: zunächst Petersen, dann Gerland. Beginn: 9.45 Uhr. Ort: Bremen, im „Parkhaus".

Petersen eröffnet die Sitzung um 9.45 Uhr.

Jansen schlägt vor, eine Kommission einzusetzen zur Vorbereitung der Wahlen[1]. Es werden gewählt: Dr. Frankfurter (Berlin), Heese (Düsseldorf)[2], Kalbs-

1 Laut Satzung mußte der PA die Wahlvorschläge für die Wahl aller Organe der Partei auf dem Parteitag aufstellen.

2 Gustav Heese, Telegrafensekretär in Düsseldorf.

kopf (München)[3], Dr. Haas (Karlsruhe), Reinhold (Leipzig)[4], Prentzel (Berlin)[5].

Petersen weist auf die schwierige Lage in außenpolitischer Hinsicht hin, die schnelle Entschlüsse fordere, die im Lande nicht immer verstanden würden und daher Kritik auslösen. Auch der Parteitag werde in diesem Zeichen stehen. Die Garantie-Kommission sei soeben in Berlin eingetroffen[6]. Das Ausland blicke auf unseren Parteitag, denn wir gelten dort als die wahren Träger der Demokratie. Deshalb möge sich jeder bei aller sachlichen Schärfe Reserve auferlegen.

Gerland übernimmt den Vorsitz.

Petersen: Im letzten Jahr seien wir aus der Revolution in die Evolution getreten. Die Kommunisten seien eine ziemlich bedeutungslose Clique geworden. Die Unabhängigen entwickeln sich mehr und mehr zur Demokratie. Die Mehrheitssozialisten seien seit Görlitz[7] stark nach rechts gerückt. Die radikale Rechte besinne sich ebenfalls und werde ruhiger. Die Deutsche Volkspartei dränge immer mehr nach einer Politik der Mitte. Unsere Partei sehe sich also als Partei der Mitte einer neuen Konstellation gegenüber.

Wenn unsere Partei bei ihrer Gründung so großen Erfolg hatte, so geschah es, weil man sie als Zufluchtsstätte ansah. Innerlich überzeugte Republikaner gibt es nicht allzu viel in Deutschland, wohl aber verstandesmäßige; die ersteren auch bei uns. Das Volk müsse erst gewonnen werden, mit der Schaffung der Verfassung allein sei das nicht zu erreichen. Aufgabe der Partei ist es, die Massen zu gewinnen, um dann aus verstandesmäßiger Einstellung eine seelische zu machen. Taktik und Grundsatz seien keine Gegensätze. Es sei also falsch, demnach zwei Klassen von Republikanern als vorhanden zu betrachten und die einen als von minderer Güte zu bezeichnen. Petersen schildert dann die schwierige innenpolitische Lage; die Demokratie habe alle äußeren Demütigungen mittragen müssen. Das schade ihr natürlich, und die Wählerschaft laufe nach rechts. Das Volk sehne sich nach der guten Verwaltung von einst, die bei allen Fehlern des alten Regimes eben doch gut war. Das Volk sehne sich nach sachverständigen, integren Menschen. (Sehr richtig!) Die jetzige Art der Ämterbesetzung habe Hunderttausende nach rechts geführt. Die Sozialdemokratie habe törichte Verwaltungspolitik getrieben. Ebert betone immer, die Arbeiterschaft allein könne nicht Träger des Staates sein; nötig sei auch das Unternehmertum und die geistigen Schichten. Heute heißt das Problem, die gewordene Form der Republik zu wahren und das Volk durch solche Politik zu gewinnen. Dazu darf man nicht unnötig die Vergangenheit in den Staub ziehen. Auch nicht das Institut der Monarchie. Die militärischen Führer seien mit den Fürsten davongejagt worden, nicht die Monarchen schlechthin. Darum dürfe

3 August Kalbskopf, Vorsitzender des Landesausschusses der DDP in Bayern.

4 Peter Reinhold (1887-1955), Verleger und Leiter des „Leipziger Tageblatts" seit 1913, MdL Sachsen (DDP) 1919-1924, MdR (DDP/Staatspartei) 1928 bis Juli 1932, sächsischer Finanzminister 1920 und 1924-1926, Reichsfinanzminister 1926-1927.

5 Regierungsrat in Berlin.

6 Es handelte sich dabei nicht um die Garantiekommission, sondern um den Besuch von Mitgliedern der ihr übergeordneten Reparationskommission. Vgl. Kabinette Wirth I u. II S. 357-365.

7 Vom 17.–24.9.1921 hatte in Görlitz der Parteitag der SPD stattgefunden, auf dem die Partei sich ein neues Programm gegeben hatte.

man nun aber nicht die Beamtenschaft monarchisch eingestellt sein lassen. Hier müsse noch viel mehr geschehen. Aber wir müßten hier wie in allem unabhängig von der Sozialdemokratie dastehen. Die Demokratisierung der Verwaltung kommt und müsse von uns *mehr* gefordert werden. Aber ein Sozialdemokrat als preußischer Innenminister könne viel weniger Sympathien gerade dafür schaffen als ein Demokrat. Wenn die Deutsche Volkspartei ernstlich gewillt sei, die Verantwortung im demokratischen Staat mitzutragen, so dürfen wir diese Kreise nicht zurückstoßen. Das alte Regime habe der Sozialdemokratie gegenüber diesen Fehler gemacht. So gewinnt man das Volk zum Unterbau der Republik durch Heranziehung breitester Massen zur verantwortlichen Mitarbeit. Das sei der tiefere Sinn der Großen Koalition. Nicht Anlehnungsbedürfnis führe uns dazu, sondern unsere Verantwortlichkeit für den deutschen Staat. Nicht Liebe zur Deutschen Volkspartei heiße uns diesen Weg gehen. Mit grundsätzlicher Politik schaffe man diese Mehrheit für die Republik nicht, sondern stoße weite Kreise ab.

Petersen kommt dann auf die Haltung der Reichstagsfraktion zu sprechen, die zum ersten Mal Widerspruch ausgelöst habe bei ihrer Abstimmung über die Getreideumlage[8]. Was habe denn das mit Demokratie zu tun? Nach sachlicher und fachlicher Beratung habe sie entschieden. Dann kam die Stellung der Fraktion zum *Londoner Ultimatum* an die Reihe[9]. Demütigungen hinzunehmen oder abzulehnen sei Gewissenssache, habe mit nationaler Einstellung an sich nichts zu tun. Die Mehrheit der Fraktion stand auf dem Standpunkt: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. England sei mit eigenen Sorgen überlastet, das parlamentarische Frankreich wolle unsere Vernichtung. War es ein Wunder, daß nun in der Fraktion keine Einmütigkeit bestand? Auch die Wählerschaft war sich nicht einig: Tausend Briefe an ihn bewiesen es. So zerfiel die Fraktion in zwei Teile. Es wäre moralisch nicht zu verantworten, den einen Teil zu zwingen. Die Mehrheit der Fraktion war gegen die Annahme, die Minderheit war nicht bereit, sich zu fügen. Aber was hat das alles mit Demokratie, mit programmatischen Dingen zu tun? Im Reichstag selbst war eine Mehrheit für die Annahme vorhanden. Die *Mehrheit,* die *dagegen* war, entschied deshalb demokratisch und stimmte für den Eintritt in die Regierung.

Dann kam die Abstimmung über die *Flaggenfrage*[10]. Es wäre für die Demokratie gefährlich, diese Frage auf dem Parteitag zu behandeln. Das käme der Reaktion zugute, da sie einen Gefühlsverrat aus der Vergangenheit für das Volk darstelle. Es sei falsch gewesen, ohne Österreich die schwarz–rot–goldene Flagge aufzuziehen. Es sei ein Verhängnis, daß die schwarz–weiß–rote Flagge parteipolitisch ausgenutzt wurde. Es war im Reichstag ja nur zu entscheiden, ob die reine

8 Das Getreideumlagegesetz war am 16.6.1921 aufgrund eines Kompromisses von Zentrum, DVP und DDP, das den Vorstellungen der Rechtsparteien etwas entgegenkam, gegen die Stimmen der Linken angenommen worden. Vgl. Sten. Ber. Bd. 349 S. 3928-3930 (3. Beratg.), Anl. Bd. 367 Drucks. Nr. 2197 Burlage, Petersen, Stresemann u. Gen. Petersen auf dem Bremer Parteitag: „Wir haben das Verbrechen begangen, statt für drei Millionen für zweieinhalb Millionen Tonnen bei der Getreideablieferung zu stimmen. Wir haben also anders gestimmt als die Sozialdemokraten." Dritter ordentlicher Parteitag S. 31.

9 Siehe Nr. 79 Anm. 2 u. Nr. 81 Anm. 1.

10 Siehe Nr. 83 Anm. 3.

Handelsflagge über den 31. Dezember hinaus bestehen solle. Jetzt soll man die Frage ruhen lassen, so wie sie liege. Er bedauere selbst, daß die Fraktion bei der Abstimmung nicht einig gewesen sei. Aber sei denn das so schlimm und verbrecherisch?

Zur Abstimmung *über die oberschlesische Frage* bemerkt **Petersen**: Die Entscheidung der Entente[11] sei ein Bruch des Friedensvertrages. Es sei furchtbar, daß deutsches Volk und Land wider allen Rechts den Polen zugesprochen sei. Redner schildert dann die bekannte Sitzung des Vorstandes, der Fraktionen, der Vorsitzenden der Landesfraktionen, der demokratischen Mitglieder des Staats- und Reichswirtschaftsrats[12]. Wirth habe sein Wort verpfändet gehabt, daß er zurücktreten müsse, und dieses Wort mußte gehalten werden[13]. Als die Fraktion dann Beschluß faßte, war mit keinem Volksparteiler vorher ein Wort gewechselt worden[14]. Ebert bat uns dann, mit der Volkspartei wegen Bildung einer Koalition Fühlung zu nehmen. Petersen und Koch[-Weser] verhandelten dann mit Stresemann und Kempkes[15] und einigten sich. Das Protokoll enthält kein Wort von einer Bindung an die Volkspartei, sondern nur die Grundlagen für Ebert[16]. Auch die Sozialdemokratie war damit einverstanden. Dann fand abends eine Besprechung bei Ebert statt zwischen allen vier Parteien. Dort lehnte die Sozialdemokratie ab, fest zu bleiben, sie sei durch[aus bereit,] die Rechtsverwahrung mitzumachen, würde aber auf Verlangen der Entente akzeptieren und konsekrieren[17]. Hier begann der große Riß. Ihm folgte die törichte Indiskretion der Volkspartei[18], durch die die Welt erfuhr, daß diese Koalition nicht fest bleiben, daß die Sozialdemokratie zum Umfallen bereit sei. Deshalb erklärten wir, unter diesen Umständen mit der Sozialdemokratie keine Koalition bilden zu können. Andere Besprechungen, vor allem mit der Volkspartei, als die hier geschilderten fanden nicht statt.

Nun zum Rücktritt Wirths. Wirth habe viel zu oft sein Wort verpfändet, er werde zurücktreten, wenn Oberschlesien ungünstig entschieden würde. Nach der ersten Nachricht aus Genf ließ er es noch durch unsere Botschafter den fremden Regierungen erklären. Deshalb erklärten wir es für unerträglich, daß Wirth bleibe oder mit den gleichen Männern wiederkomme. Wir drückten uns nun aber nicht vor der Verantwortung, sondern waren bereit, mit dem Zentrum die Regierung zu bilden, wenn es fest bleibe. Das Zentrum aber lehnte ab. Darauf berief Ebert von neuem Wirth. Der erklärte, er würde ad hoc ein unpolitisches

---

11 Siehe Nr. 85 Anm. 1.

12 Siehe Nr. 85.

13 Zum Rücktritt der Regierung am 22.10.1921 und zur Bildung des zweiten Kabinetts Wirth vgl. Kabinette Wirth I u. II S. XXXf. u. LII-LIV.

14 In der Sitzung vom 23.10. hatte die Fraktion sich für schärfste Rechtsverwahrung gegen die Entscheidung über Oberschlesien ausgesprochen und war für Bildung einer Regierung auf breiter Basis mit Einschluß der DVP eingetreten. Vgl. Demokrat v. 27.10.1921 Nr. 43.

15 Adolf Kempkes (1871-1931), MdR (DVP) 1919-1930.

16 Wortlaut des Protokolls im Nachlaß Haußmann 64.

17 "Konsekrieren" hier offenbar im weltlichen Sinne gebraucht, und zwar wie im Französischen, wo „consacrer" auch die Bedeutung von „sanctionner" haben kann.

18 Durch einen Brief Stresemanns an Ebert. Vgl. Kabinette Wirth I u. II S. XXXI.

Kabinett bilden und fragte, ob wir eintreten würden. Wir erklärten uns dazu bereit, für diesen einzigen Fall. Darauf präsentierte uns Wirth die alten Männer. Das war für uns unmöglich. Deshalb beschlossen wir, unsere Minister an dem neuen Kabinett nicht teilnehmen zu lassen. Schiffer allein zurückzuziehen, war ein Ding der Unmöglichkeit. Gessler blieb aus den bekannten Gründen auf dringenden Wunsch Eberts. Die ganze Frage war eine außenpolitische und mußte aus außenpolitischen Gesichtspunkten betrachtet werden. Alle Oberschlesier verlangten ausnahmslos die Entsendung eines Kommissars. *Mit dessen Ernennung hat die Fraktion nichts zu tun; sie geschah ohne Fühlungnahme mit der Fraktion*[19].

Petersen schließt mit der Mahnung, sachlich zu kritisieren, wenn auch scharf. Die Garantiekommission[20] sei in Berlin, und alles blicke nach Bremen. (Starker Beifall und Händeklatschen.)

Aussprache

Waldstein: Es dürfte eigentlich nur über außenpolitische Dinge gesprochen werden, aber dafür sei leider das Volk nicht reif. Die Haltung der Fraktion sei nicht überall verstanden worden; auch nach Petersens Darlegungen könne er sie nicht ganz billigen, wenn sie auch verständlicher geworden sei. Wirths Rücktritt sei in der Tat notwendig gewesen; man hätte den letzten Kredit Deutschlands aufs Spiel gesetzt, nachdem er so oft sein Wort verbürgt. Der Protest war natürlich nötig. Nach außen hin habe es später aber erschienen, als hätten sich die Demokraten von der Volkspartei ins Schlepptau nehmen lassen. Sie war mit uns über die Entsendung eines Kommissars einverstanden. Dann kam jener Streich der Volkspartei. Die Volkspartei nutzte die Lage nur dazu aus, um sich zu drücken. Dieser ihrer Haltung haben wir eine Legitimation verliehen, indem wir nicht an der Regierung teilnahmen. Das sei nicht nötig gewesen, ihr diesen Triumph zu gönnen. Gegen eine Verbreiterung der Koalition habe niemand etwas einzuwenden. Wir dürfen nicht so handeln, daß wir *nur* in eine Regierung eintreten, wenn auch die Volkspartei mitmache. Sonst hätten wir keine Daseinsberechtigung mehr. Unsere grundsätzliche Haltung haben wir jetzt aus taktischen Gründen aufgegeben. Den Schaden, den wir durch unsere Mitregierung erlitten haben, haben wir voll erlitten. Es begann jetzt wieder aufwärts zu gehen. Diesen Aufstieg hat vielleicht die Haltung der Reichstagsfraktion gestört. Die Behauptung, daß ein Anerkenntnis die Geister hätte scheiden müssen, ist eine gefährliche Formulierung. Ein erzwungenes Anerkenntnis sei ebenso wenig bindend wie erzwungene Taten, umsoweniger, als wir ja schon so viel erzwungen anerkannt haben. Wir hätten also sagen müssen, wir wünschen die Große Koalition, drückt

19 Am 28.10.1921 hatte Wirth Schiffer zum Bevollmächtigten der deutschen Regierung für die in der Note der Botschafterkonferenz vorgesehenen Wirtschaftsverhandlungen über Oberschlesien ernannt. Vgl. Schulthess 1921 I S. 308. Am gleichen Tag hatte Eduard Hamm Schiffer brieflich gebeten, das ihm angebotene Amt nicht anzunehmen; er sähe es lieber, wenn die Verhandlungen von einem Beamten, und nicht von einem Politiker geführt würden. „[. . .] und wenn von einem Politiker, dann sicher nicht von einem Politiker unserer Fraktion. Der Austritt aus der Regierung würde damit in seiner Bedeutung wesentlich verlieren." Nachlaß Schiffer 6.

20 Siehe Anm. 6.

sich aber die Volkspartei, machen wir die kleine Koalition, aber ohne Wirth, der sich zu sehr belastet hat. Die jetzige Haltung verstehe kein Mensch mehr; Austritt aus der Regierung, Belassen Gesslers, Vertrauensvotum für Wirth, Ernennung Schiffers zum Kommissar! Dieses Rein-in-die-Kartoffeln – Raus-aus-die-Kartoffeln verhinderte die Schaffung einer Autorität der Regierung. Wir können diese ewigen Krisen nicht ertragen. Die Große Koalition sei nicht zustande gekommen, der Erfolg habe also gegen die Haltung der Fraktion entschieden. Ebert sei der einzige ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht; wir hätten ihm außerordentlich dankbar zu sein, daß er trotz allem seine Bürde weiter trage, und hoffen, daß er noch recht lange bleibe. England könne uns nicht helfen, denn es habe zur Zeit auch kein Schwert. Komme bei uns ein Zustand wie die dette ottomane, so sei dies furchtbar. Wir würden nicht von Gläubigern, sondern von feindlichen Konkurrenten verwaltet werden. Darum sei Erfüllung nötig! – Die Fraktion habe das Recht ihrer Meinung und Fehler zu machen wie andere auch. Deshalb aber Krisen hervorzurufen, sei falsch, gefährlich und undemokratisch! Sprechen wir uns aus, ruhen wir, aber arbeiten wir gemeinsam weiter. (Beifall.)

Herrmann (Danzig): Petersen habe vieles nicht gesagt, was man habe hören wollen. Wir seien stark vom Nürnberger Geist abgewichen. Der republikanische Gedanke sei ein zartes Pflänzchen, aber Petersen verkenne die Psyche der Kreise rechts von uns. Wenn wir die Demokratisierung der Verwaltung in dieser lächerlichen Form fortführen, werden wir keine Freunde für die Republik erwerben. Über die Haltung der Fraktion sei er mit Waldstein einverstanden: Aus ethisch-politischen Gründen müßten wir uns gegen Wirth wenden, aber für Wirths Politik eintreten. Der Volkspartei gegenüber aber sei unsere Politik falsch, aber nicht selbständig gewesen. Stehen, wenn man die außenpolitischen Dinge voranstelle, Partei und Fraktion auf dem Standpunkt, daß wir bis zur Grenze des Möglichen erfüllen wollen? Stehen wir wirtschaftlich noch auf dem Boden von Nürnberg? Es gehe nicht, daß heute Gothein so, morgen Erkelenz so schreibe. Notwendig sei, daß die Partei sich klarwerde, daß der Besitz nicht in Steuern zahle, die er zahlen müsse, und nicht Steuersabotage treibe. Auch hierin sei ein Ende mit Schrecken besser, als ein Schrecken ohne Ende.

Dr. **Böhme**: Die Fraktion stehe auf dem Standpunkt, daß eine Belassung des Besitzes unvermeidlich sei. Uns Beihilfe zur Steuersabotage anzudichten, sei ein starkes Stück. Steuersachverständige hätten ihm erklärt, jeder Steuerapparat müsse versagen, wenn nicht Ruhe in die Steuerprobleme komme. Die Steuerbeamten fänden einfach keine Zeit; der Apparat funktioniere nicht mehr. Das sei auch der Standpunkt der Fraktion. Natürlich müsse auch die Landwirtschaft bluten, hier könne es keine Sonderpolitik geben. Freilich, Einzelbedenken gebe es hier nicht. Die schrankenlose Einführung des gemeinen Wertes bedeute eine schwere Schädigung der ländlichen Erbsitte; die Güter seien dann nicht mehr zu halten wegen der Abfindung. Das gäbe die schwersten Familienkonflikte. Die Demokratisierung der Verwaltung wünsche jeder im Reichstag und Landtag. Die Sozialdemokratie habe hierin zu viel gesündigt; die sozialistischen Landräte machten entsetzlich viele Fehlgriffe. Die Sozialdemokratie treibe hierin viel zu viel Personalpolitik. Redner kritisiert scharf die Zustände bei Post und Eisenbahn. Die Beamten- und Arbeiterzahl müsse verringert werden, die Zuschüsse vermindert.

Es herrsche hier eine Sauwirtschaft! Wir müssen uns frei machen von der schematischen Durchführung des Achtstundentags. So können wir zur Erfüllung kommen. Die Einfuhr überschreitet die Ausfuhr noch immer unheimlich. Dieser Zustand ist nur durch Mehrarbeit, mehr Produktion und kleineren Verbrauch zu beseitigen. Einem Industrieunternehmer sei ein ausländischer Auftrag verlorengegangen, weil die Gewerkschaft den Arbeitern, die es wollten, verboten habe, deshalb die nötige Zehn-Stunden-Arbeit zu machen. Der Volkspartei sei niemand nachgelaufen, auf beiden Seiten seien eben dieselben sachlichen Erwägungen maßgebend gewesen. Die Sozialdemokratie stelle uns in die Ecke, wo sie uns nicht mehr braucht, wie die Beispiele von Sachsen und Thüringen lehren. Die Mehrheitssozialisten hätten wohl zugenommen, die Sozialisten im ganzen aber abgenommen. Braun als Landwirtschaftsminister in Preußen sei auch für die Demokraten unerträglich gewesen. Wendorff, der die Siedlungsfrage fördern werde, werde uns große Teile der Landbevölkerung wiedergewinnen[21]. (Beifall.)

Antrag der Regine Deutsch[22] auf Beschränkung der Redezeit wurde angenommen.

Mayer (Köln)[23] klagt über mangelnde Selbständigkeit der Partei. Zwischen Wählern und Parteileitung klaffe nach dem Referat Petersen ein Riß. Dem Zug nach rechts Rechnung zu tragen, wie Petersen gesagt habe, sei nicht würdig einer Führernatur, die die Dinge meistern müsse. Unser Elend sei die Folge des verlorenen Krieges und wäre nicht kleiner, wenn wir noch die Monarchie hätten. Es sei unser geschichtliches Verdienst, daß wir noch nach der Revolution die absolute Mehrheit der Sozialdemokraten verhindert haben. Der Schaden durch Nichtdemokratisierung der Verwaltung sei größer als der Nutzen, wenn sie vorwärts getrieben werde. Es sei hier wohl mit der Möglichkeit einer Revolution von rechts zu rechnen. Der Ausdruck: „Lieber ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende" in der Außenpolitik erinnere an Helfferich. Ein Volk dürfe nicht untergehen. Frankreich werde im eigensten Interesse einmal seine Wucherpolitik gegen uns aufgeben müssen, nicht um unseretwillen. Er verurteilt am Schluß die Haltung der Reichstagsfraktion. Es sei Flucht vor Verantwortlichkeit gewesen.

Gerland: Wie habe Görlitz im Lande gewirkt? In Thüringen haben die Sozialdemokraten nach den Wahlen sofort eine Regierung ohne „Bürgerliche" gebildet und die Politik der Mitte über den Haufen geworfen, alte Demokraten aus der Schulverwaltung beseitigt, das Reformationsfest beseitigt und den 9. November zum Feiertag gemacht. So sehe Görlitz im Lande aus und die Demokratisierung der Verwaltung! Wenn man demokratisieren wolle – woher wolle man das Personal nehmen, das von der inneren Verwaltung etwas versteht? Wenn die Sozialdemokraten im Reiche die Mehrheit bekommen, werden wir dieselben Dinge erleben, wie in Thüringen. (Beifall.)

Ludwig Haas: Wir wollen alle, daß alle Stellen mit tüchtigen Leuten besetzt sind, müssen aber verlangen, daß sie auf dem Boden der Republik stehen. In Baden

21 Bei der Neubildung der preußischen Regierung am 5.11.1921 hatte Wendorff das Landwirtschaftsministerium übernommen. Vgl. Schulthess 1921 I S. 314.

22 Regine Deutsch, Stadtverordnete in Berlin.

23 Siegmund Mayer, Rechtsanwalt in Bonn, vertrat im PA den Wahlkreis Köln-Aachen.

seien nur die Ministerstellen politisch besetzt, sonst sei der alte Beamtenapparat geblieben. Dort habe sich eben die Beamtenschaft richtig eingestellt. In Preußen sei dieses nicht der Fall. Wäre man dort mit der Rücksichtslosigkeit des alten Systems vorgegangen, so wäre rasch demokratisiert gewesen. In der Frage der Monarchie müssen wir offensiv vorgehen, uns nicht in die Defensive drängen lassen, müssen darauf hinweisen, daß die Ära Wilhelms uns ins Elend geführt hat. Zur Flaggenfrage meint Haas, eine Aussprache darüber werde sich morgen nicht verhindern lassen. Sie könne zu einem schweren Riß bei uns führen. Weite Kreise unserer Partei erblicken unsere Aufgabe als Schützer der Verfassung in der Verteidigung von Schwarz-Rot-Gold. Es dürfe jetzt kein „Zurück" mehr geben, zumal die Flagge von rechts nationalistisch ausgebeutet werde. Die Arbeiter seien für Schwarz-Weiß-Rot nicht mehr zu haben. Die Politik der Reichstagsfraktion sei nicht klar und logisch gewesen. Entweder ganz mitmachen, oder ganz fernhalten. Er sei damals ganz zusammengebrochen von Berlin abgereist. Viele Kreise hätten diese Politik als unmoralisch empfunden. Bisher hätten wir eine Politik der Staatsnotwendigkeiten getrieben, auch wenn sie der Partei geschadet habe. Diese klare Linie, zu der wir sehr bald wieder zurückkehren müßten, sei verlassen worden. Die Aussprache darüber müsse im Geiste der Freundschaft erfolgen. (Stürmischer Beifall.)

Mittagspause.

15 Uhr. Prof. **Rade** (Marburg): Petersens Rede sei eine Verteidigungsrede gewesen. Es sei der Reichstagsfraktion nicht gelungen, die Welt davon zu überzeugen, daß sie Charakter habe, wenn sie auch sicher in der Überzeugung lebe, daß ihre Politik durchaus charaktervoll sei. Es mangele an Fühlung zwischen Vorstand und Partei. Im Lande sei die Haltung der Fraktion unverständlich geblieben; alles sei auf die eine Karte Volkspartei gesetzt worden. Mißstimmung sei vorhanden, viele Jüngere, die einst unsere Führer werden sollen, überlegen sich, ob sie noch bei der Partei bleiben sollen. Es sei betrüblich, daß wir hier unter der schwarzweißroten Fahne tagen. (Demonstrativer Beifall.)

Melchior (Hamburg)[24]: Das vorige Kabinett trug die Signatur Wirth–Rathenau und trug für das Ausland das Gesicht der Erfüllung. Nach der vertragsbrüchigen Entscheidung über Oberschlesien war ihm die Basis nach außen entzogen. Er hätte abtreten sollen mit der großen Geste: Das Ausland hat unsere Erfüllungspolitik verschlagen. Es war also richtig, daß Wirth ging. Ebenso richtig ist, daß Gessler blieb. Schiffer habe auf eigene Faust gehandelt. Die Fraktion habe demnach ganz richtig gehandelt. Die englische Regierung wünscht die Große Koalition, schon der Erfüllung wegen, da sie das Kapital repräsentiert. Bevor unsere Reparationsverhandlungen zustande kommen, haben wir demnach kein Interesse an der Großen Koalition und wollen die Frage ruhen lassen. Was die Steuern angeht, so sei in der Brüsseler Konferenz[25] von den alliierten Delegierten

24 Carl Melchior (1871-1933), Bankier, Mitinhaber der Firma Warburg & Co in Hamburg, Finanzexperte bei zahlreichen internationalen Verhandlungen 1919-1933, Präsidialmitglied des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe der DDP. Vgl. C. Melchior. Ein Buch des Gedenkens und der Freundschaft, Tübingen 1967.

25 Vom 15.–22.12.1920 hatte in Brüssel die Internationale Sachverständigenkonferenz für die Wiedergutmachungsfrage getagt.

nur darauf hingewiesen worden, daß es an indirekten Steuern in genügender Höhe fehle, die direkten Steuern aber zum Teil überspannt seien. Das an die Adresse von Professor Herrmann! Im Reichsausschuß für Handel und Industrie herrsche Einmütigkeit, daß es nicht etwa an den Besitzsteuern liege, sondern an der mangelnden Durchführung, wenn noch immer über Steuerscheu geklagt werde. Es fehle an Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit. (Beifall.)

Koch[-Weser]: Es müsse mehr Fühlung zwischen Partei, Vorstand und Fraktion herrschen. Das gebe er zu. Leider teile auch ein Teil unserer Presse fast nur die Motive der Fraktion mit. Wir seien einig, daß wir die modifizierte Erfüllungspolitik machen wollen und die Große Koalition erstreben. Wir müssen drohende außenpolitische Katastrophen solange wie möglich hinausschieben. Nur keine Katastrophenpolitik! Wenn wir über all das einig seien, müsse es doch auch eine Verständigung geben. Hier lag es so, daß es zwischen einer Katastrophe und einer Erfüllungspolitik noch ein Drittes gab. Wirth mußte mit seinem Rücktritt drohen, dann aber mußte er auch gehen. Dauernden Widerstand zu leisten, war nicht möglich; aber schon vor dem Hieb zurückzuweichen, wäre falsch gewesen. Der Vorwärts hatte das Nachgeben schon tagelang vorher angekündigt. Ein Volk, das den Machtgedanken behoben hat, muß den Rechtsgedanken nunmehr stärker zum Ausdruck bringen. Zusammenarbeit mit den Sozialisten sei unbedingt nötig. Denen seien wir wirklich nachgelaufen. Nötig aber sei auch die Zusammenarbeit mit der Volkspartei. Wie sollten wir einen Wahlkampf bestehen, wenn wir uns von der Sozialdemokratie in den Steuerfragen ins Schlepptau nehmen lassen! Stresemann werde deshalb auch in seiner Partei ebenso verdächtigt, demokratische Politik zu machen, wie Petersen umgekehrt von unserer Partei. In Gemeinderäten spüre man z. B. den Druck von links viel stärker als von rechts. Darauf sei Rücksicht zu nehmen. In Thüringen, Sachsen, Braunschweig seien wir von der Sozialdemokratie überall an die Wand gedrückt worden. Es seien Fragen der Fraktion, die uns trennen, sonst nichts! (Beifall.)

Dr. **Greßler**[26]: Es sei Mißstimmung vorhanden in vielen Kreisen. Möglich, daß viele Leute zu dumm seien, die Haltung der Fraktion zu verstehen. Petersens Rede sei geradezu eine Ovation für die Hohenzollern gewesen. Wenn wir die Volkspartei zur Demokratie erziehen wollen, so scheine es ihm fraglich, wer Subjekt, wer Objekt dabei sein werde. Die starke Anlehnung an die Volkspartei sei zu mißbilligen. Herr Boelitz[27] werde schwerlich guten Nachwuchs zur Demokratisierung der Verwaltung erziehen. (Beifall.)

Antrag Schurig[28], Redezeit auf fünf Minuten zu beschränken, wird abgelehnt.

Rautenstrauch (Trier)[29]: Die Politik, Katastrophen zu vermeiden, sei die richtige, und deshalb sei er mit der Haltung der Fraktion einverstanden. Antrag

---

26 Julius Greßler (geb. 1877), Lehrer, Dezernent für Schulwesen in Barmen seit 1919, MdL Preußen (DDP/Staatspartei) 1925-1932.

27 Otto Boelitz (1876-1951), MdL Preußen (DVP) 1919-1932, preußischer Kultusminister von November 1921 bis Januar 1925.

28 Gottfried Schurig (1865-1941), Brauereidirektor in Bremen, Md Bürgerschaft (DDP), Senator 1919-1920, MdR Dezember 1924-1928.

29 Wilhelm Rautenstrauch, Kaufmann in Trier.

Segall, die Aussprache über die Finanzfrage jetzt einzuschieben. **Gerland** unterstützt den Antrag.

Der Antrag wird angenommen.

Organisationsbericht

Dr. **Frankfurter** berichtet über die Organisation. Diese war nach den Wahlen 1920 niedergebrochen. Es wurde dann ein neuer Plan aufgestellt. Über den Tiefpunkt sind wir wohl weggekommen. Durch den Neuaufbau der Parteisekretariate ist die Fühlung besser geworden, wenn auch noch viel fehlt. Wir haben jetzt 26 Generalsekretariate und 76 Sekretariate. Der Redner schildert dann die Tätigkeit der Reichsgeschäftsstelle. Alles hängt von den finanziellen Mitteln ab. Die Kopfsteuer geht schlecht ein; immerhin sind wir von 200 000.– Mk im vorigen Jahre auf 470 000.– Mk in diesem gekommen. Der Vorstand hat neunmal getagt. Parteiausschuß einmal, Organisationsausschuß über 40 mal, 1919 waren über 3 000 Lokal-Organisationen gemeldet. Antworten haben wir aber stets nur von 643 erhalten. Diese Frage muß endlich einmal geklärt werden, die Anfragen der Reichsgeschäftsstelle müssen beantwortet werden. Die Reichsgeschäftsstelle arbeitet mit großem Eifer bei bescheidenen Mitteln. Es ist sehr viel Broschürenmaterial herausgegeben worden. Es erscheine nur noch der "Demokratische Zeitungsdienst" und "Der Demokrat". Ersterer ist das politische Organ für die demokratische Presse des ganzen Reiches. Der Presseverein, der die kleine Presse finanziell stützen sollte, befindet sich in Liquidation. Der „Demokrat" habe nur 1500 Abonnenten. Die Mitglieder des Parteiausschusses müssen alle abonnieren. Auch die Vorsitzenden der Lokal-Organisationen müssen ihn halten. Ohne reichlicheres Abonnement ist er nicht aufrechtzuerhalten. Sehr zu beklagen ist, daß die führende Presse im Lande so oft gegen uns in Opposition steht. Die Fehler liegen auf beiden Seiten. Störende Elemente in der Organisation waren: Spaltung in der Fraktion (Ultimatum, Flaggenfrage, Oberschlesien); die Haltung der Fraktion, die mehr taktisch als politisch ist. Die Presseabteilung der Reichsgeschäftsstelle ist dabei einfach hilflos. Welche Politik soll sie da vertreten? Das dritte Hemmnis ist die Meinung, daß wir als selbständige Partei keine Berechtigung mehr hätten. In dem Augenblick, wo die Gegensätze zwischen uns und der Volkspartei nicht mehr groß genug wären, müßten wir uns aus organisatorischen Gründen zusammenschließen. Diese Frage ist noch immer zu verneinen. In der Jugend gibt es die Frage Monarchie oder Republik nicht mehr. Die Frage, daß die Partei lebensfähig ist, ist unbedingt zu bejahen. (Beifall.)

Finanzbericht

Dr. **Fischer**: Es handelt sich diesmal um Sein oder Nichtsein der Partei. Mit der Werbekraft der Partei habe die finanzielle Frage nichts zu tun. Die Partei müsse aus der organisierten Mitgliederschaft das Notwendige aufbringen. Die Partei müsse eine starke Zentrale haben. Trotzdem 4.– M pro Kopf abgeführt werden sollen, sind diese 4.– M nicht eingegangen; es ist ja nicht einmal möglich, die Zahl der organisierten Mitglieder festzustellen. Von 1 Million Mark, die eingehen sollten, sind nur 400 000.– M eingegangen. Das ist nicht Schuld der Politik, sondern mangelndes Interesse. Wer kritisieren will, muß doch erst wenigstens

seinen Beitrag zahlen. Der jetzige Parteitag sei nur durch freiwillige Beiträge und Darlehen ermöglicht worden. Es handelt sich um die Lebensfrage der Partei. Dadurch könne es möglich werden, daß der Vorstand einmal irgendwem tributpflichtig werde. Bisher sei noch kein Pfennig Geld auf diese Weise eingegangen, dafür bürge er mit seiner Ehre.

Mit 89 000.– M 1921 begonnen, leben wir heute von einem Kredit von 50 000.– M. Ausgegeben 2 600 000.– M. Größte Sammlung anläßlich der Preußenwahlen 1 100 000.– M. 196 000.– M eingegangen von den Wahlkreisen für Ersatz der Stimmzettelkosten durch das Reich. 477 000.– M Kopfsteuer. Er müsse erwarten, daß die Ortsgruppen ihre Mitgliederzahl genau angeben und jegliche Kopfsteuer abführen. Durch Zufall also blieb die Partei nur noch am Leben. Der Redner teilt die Schulden der einzelnen Wahlkreise an die Reichsgeschäftsstelle mit. Wir haben 300 000.– M mehr ins Land geschickt (für Parteisekretariate), als wir von ihm erhalten haben.

Was kann in der Reichsgeschäftsstelle gespart werden? Nichts! Es wird schwer gearbeitet dort; nicht nur 8 Stunden, und die Gehälter, die wir zahlen, sind schon nicht mehr – demokratisch. Den Hauptteil verschlingt das Schrifttum der Partei und die Zulagen an die Ausschüsse; zusammen 1 300 000.– M. Wer die Kopfsteuer nicht zahlt, wem die Partei nicht soviel wert ist, ist kein Parteimann; der mag austreten. Er bittet, den Antrag Frankfurter auf 8.– M Kopfsteuer anzunehmen. Er bittet weiter, daß jedes Mitglied im ganzen etwa 24.– M zahlt. Dies soll in den Einzelorganisationen beschlossen werden. Bittet ferner die Vorstandsmitglieder, die der Partei und des Revisionsausschusses, einen regelmäßigen Beitrag auf drei Jahre zur Verfügung zu stellen. Die beiden Fraktionen tun dies jetzt schon. Fordert alle Anwesenden zur Selbsteinschätzung auf und bittet, Antrag 8 und 9 anzunehmen (8.– M Kopfsteuerbeitrag), ebenso Antrag 10 (Parteisekretär und Beitrag)[30]. (Starker Beifall.)

Bericht des Revisionsausschusses

Segall: Die Prüfung des Materials der Reichsgeschäftsstelle habe stattgefunden. Ohne 2 bis 2½ Millionen Mark sei die Reichsgeschäftsstelle nicht mehr fortzuführen. Einstimmige Empfehlung von M 8.– Kopfsteuer.

In der anschließenden Aussprache gehen die Ansichten über die Notwendigkeit und über die möglichen Folgen der geforderten Erhöhung auseinander. Verschiedentlich werden Klagen über ungenügende Unterstützung der Frauen durch die Partei vorgebracht. **Fischer** *teilt am Schluß der Diskussion mit, 1921 seien bisher 1 800 000 M an freiwilligen Beiträgen aufgebracht worden, heute seien 30 000 M an Spenden eingegangen. Anschließend finden die Abstimmungen statt. Die Anträge des Vorstands werden angenommen.*

Da der zu Beginn der Sitzung eingesetzte Wahlausschuß seine Arbeiten noch nicht abgeschlossen hat, wird er ermächtigt, dem Parteitag seine Vorschläge als Anträge des Parteiausschusses vorzulegen. Ein Teil der Anwesenden legt gegen diese Regelung Protest ein.

30 Die Anträge liegen nicht im Wortlaut vor. Zu den inhaltlichen Bestimmungen s. o.; vgl. ferner Dritter ordentlicher Parteitag S. 22.

IV.

Vom Bremer zum Elberfelder Parteitag (November 1921 bis Oktober 1922)

88.

3.12.1921: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 16.30 Uhr. Ende: 20.30 Uhr. Ort: Preußischer Landtag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bartschat, Böhme, Cohnstaedt, Erkelenz, Fischer, Frankfurter, Gerland, Haas, Hamm, Hieber, Hummel, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Frau von Koerber, Landahl, Nuschke, Oeser, Petersen, Preuß, Sparrer, Schneider, Tantzen, Vogt, Wachhorst de Wente, Weinhausen.

Erkelenz *eröffnet. Der Vorstand bespricht die Bildung des Parteiausschusses und beschäftigt sich in diesem Zusammenhang mit vereinzelten Protesten, die gegen die vom Organisationsausschuß wegen Zeitmangel auf schriftlichem Wege vorgenommenen Zuwahlen zum Parteiausschuß erhoben worden sind. Die Anwesenden sind übereinstimmend der Auffassung, daß die Mitgliederzahl des Parteiausschusses auf die satzungsgemäße Anzahl*[1] *gesenkt werden müsse; daneben wird auch die Möglichkeit erwogen, die Mitgliederzahl durch Änderung der Satzung auf etwa 250 zu erhöhen. Im Verlauf der Debatte wird festgestellt, daß eine Entscheidung darüber nur der nächste ordentliche Parteitag treffen könne, bis dahin müsse man die Überschreitung der satzungsgemäßen Anzahl in Kauf nehmen.*

Jansen *berichtet über die Vorschläge zu den Vorstandswahlen. Auf Grund des Parteitagsbeschlusses habe man die Minister von der Liste gestrichen, da sie ohnehin berechtigt seien, jederzeit an den Sitzungen des Vorstands teilzunehmen*[2]*. Gegen diese Maßnahme sei bisher nur von Koch-Weser Einspruch erhoben worden. Der Vorstand beschließt nach längerer Diskussion, die Senatoren der Hansestädte den Ministern gleichzustellen und sie ebenfalls zu den Sitzungen zuzulassen. Koch-Weser kritisiert, daß auf Grund des Parteitagsbeschlusses die bisherigen Minister nur für das laufende Jahr Mitglieder des Vorstands bleiben. Demnach könne der Fall eintreten, daß Personen, die dem Vorstand schon lange angehört hätten, bevor sie Minister geworden seien, nun auf Grund der Tatsache, daß sie inzwischen einige Zeit ein Ministeramt bekleidet hätten, aus dem Vorstand ausscheiden müßten. Koch-Weser wird in der Debatte entgegengehalten, daß es durchaus möglich sei, die ausscheidenden früheren Minister in den Vorstand wieder zuzuwählen. Der Vorstand geht damit über Koch-Wesers Protest hinweg und billigt die vorgelegte Liste.*

Auf Grund eines Übereinkommens mit der Reichstagsfraktion wählt der Vorstand einen Politischen Ausschuß, der an den Sitzungen der Reichstagsfraktion teilnehmen und in etwa 14-tägigem Turnus mit ihr beraten soll. Als Mitglieder dieses Ausschusses werden Gerland, Cohnstaedt, Preuß, Frankfurter, Kauffmann und Falk gewählt.

---

1 Laut Satzung bestand der PA aus höchstens 155 Mitgliedern; auf dem außerordentlichen Parteitag in Leipzig war die Mitgliederzahl jedoch auf 200 erhöht worden. Vgl. Nr. 44.

2 Auf dem Parteitag war folgender Antrag des Vorstands angenommen worden: „Die Minister der einzelnen Länder und des Reiches sind berechtigt, an allen Sitzungen des Vorstands teilzunehmen, auch wenn sie im Laufe des Jahres aufhören, Minister zu sein." Dritter ordentlicher Parteitag S. 83.

Der **Vorsitzende** *empfiehlt die Wiederwahl des bisherigen Organisationsausschusses*[3]*. Der Vorstand stimmt zu und wählt Böhme in den Ausschuß hinzu.*

Erkelenz *teilt mit, daß die Zentrale von jetzt ab regelmäßig Protokolle über die Sitzungen des Vorstands und des Organisationsausschusses an die Mitglieder versenden werde.*

Nachdem der **Vorsitzende** *noch einige Mitteilungen über den Plan einer demokratischen Werbewoche gemacht hat, tritt der Vorstand in eine Debatte über die politische Situation ein.* **Erkelenz** *eröffnet die Aussprache mit einem Bericht über Streitfragen und Schwierigkeiten, die sich bei den bayrischen und den niederschlesischen Parteifreunden ergeben haben. Anschließend geht er auf die allgemeinen politischen Probleme ein, u. a. in der Steuerpolitik. Er befürchtet, daß es unter der Parole einer Erfassung der Sachwerte zu Neuwahlen kommen könnte, deren Ergebnisse für die Partei nicht günstig wären. Erkelenz empfiehlt, eine Reichstagsauflösung möglichst zu vermeiden und sich im Hinblick auf die Erledigung der Steuergesetze um die Schaffung der Großen Koalition zu bemühen. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob man diese Probleme heute besprechen solle, da der Parteiausschuß am nächsten Tag das gleiche Thema behandeln werde, wird beschlossen, dem Parteiausschuß keinen Antrag zur Steuerpolitik zu unterbreiten, sondern nur die drei Steuerreferenten Keinath, Fischer und Schneider zu ersuchen, vor der Sitzung des Parteiausschusses ihre Vorschläge miteinander abzustimmen. Dann wird die Besprechung der bayrischen Angelegenheiten aufgenommen. Die bayrischen Demokraten sind der Ansicht, daß durch die Bremer „Konkordienformel"*[4] *von allen Parteiangehörigen das Bekenntnis zur republikanischen Gesinnung verlangt werde. Die bayrische Organisation hat ihre Bedenken in einer Erklärung formuliert und wünscht die Abgabe einer ähnlichen Erklärung durch den Vorstand der Gesamtpartei.* **Petersen** *und* **Hamm** *empfehlen Zurückhaltung, da es sich hier um eine Gewissensfrage handele, die jeder selbst entscheiden müsse. Der Vorstand habe lediglich darauf zu achten, ob sich ein Mitglied durch Taten zum Parteiprogramm bekenne oder nicht.* **Haas** *widerspricht. Die Bremer Resolution sei einstimmig – auch unter Zustimmung der Bayern – angenommen worden; nun versuchten die Bayern plötzlich, der Partei in den Rücken zu fallen. „Darum darf nicht die Antwort kommen: ‚Wir treiben keine Gesinnungsschnüffelei', sondern die Antwort muß lauten: ‚Wir und unsere Anhänger sind Republikaner, und die Republik lassen wir uns nicht verekeln'."*

Nach längerer Diskussion wird Hamm gebeten, mit den bayrischen Freunden zu sprechen und ihnen mitzuteilen, daß der Vorstand ihnen nach seiner nächsten Sitzung auf ihre Anfrage antworten werde. Zur Formulierung der Antwort wird ein kleiner Ausschuß gebildet[5]*.*

---

3 Frankfurter (Vorsitzender), Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischer, Jansen, Jäckh, Kalkoff, Nuschke, Weinhausen.

4 Bei der „Konkordienformel" handelte es sich um einen auf dem Bremer Parteitag von einer Redaktionskommission formulierten Antrag zur Demokratisierung der Verwaltung, der nach ausführlicher Debatte über andere kontroverse Anträge zu diesem Thema schließlich einstimmig angenommen worden war. Vgl. Dritter ordentlicher Parteitag S. 80-82.

5 Haas, Petersen, Hamm.

Bartschat *teilt mit, daß der Ausschuß für Handel und Industrie sich bereit erklärt habe, in seinem Büro auch die Angelegenheiten des Mittelstandsausschusses bearbeiten zu lassen. Bartschat fordert Geldmittel zur Finanzierung der notwendigen Büroarbeiten. Er wird angewiesen, zunächst einen entsprechenden Antrag an den Organisationsausschuß zu richten.*

89.

4.12.1921: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: Petersen. Beginn: kurz nach 10.30 Uhr. Ende: 17 Uhr. Ort: Reichstag.

Petersen *eröffnet. Der Parteiausschuß wählt eine Kommission zur Vorbereitung der anstehenden Wahlen*[1]. *Vor Beginn der Beratungen über die Steuerfrage wird die Redezeit auf 20 Minuten beschränkt. Der* **Vorsitzende** *betont im Hinblick auf die anwesenden Pressevertreter den vertraulichen Charakter der Aussprache.*

Keinath *spricht als erster Referent. Er weist zunächst darauf hin, daß die deutsche Wirtschaft heute vor der Aufgabe stehe, nicht nur die inneren Bedürfnisse, sondern auch die „Kriegskontribution" zu bezahlen. Die Reparationen könnten jedoch nicht durch Steuern bezahlt werden, sondern nur aus einem volkswirtschaftlichen Plus, dem Überschuß des Exports über den Import. Dieses Plus sei jedoch gegenwärtig nicht vorhanden, im Gegenteil, die Wirtschaft arbeite mit Unterbilanz, die Konjunktur sei nur eine Scheinkonjunktur. Der Redner sieht zwei Auswege aus dieser Lage: eine Ermäßigung der Reparationen und eine Erhöhung der Produktivität. Er tritt dafür ein, bei der Besteuerung das Sachvermögen und das gewerbliche Einkommen ebenso wie das Rentenkapital und das Arbeitseinkommen zu belasten, wendet sich jedoch gegen eine Erfassung der Sachwerte im Sinne einer Konfiskation eines Teils des deutschen Privatvermögens. Einer solchen Maßnahme könne man nur zustimmen, wenn damit die Befreiung von den Reparationen „auf Jahre hinaus" erzielt würde. Der Redner setzt sich kritisch mit verschiedenen Plänen zur Erfassung der Sachwerte auseinander, sie erscheinen ihm durchweg zum gegenwärtigen Zeitpunkt als ungeeignet und nicht realisierbar. Er empfiehlt, statt nach neuen Steuern zu suchen, „die bisherigen Grundlagen unserer Reichsfinanzen durchzuprüfen, sie im Gesetz richtig zu gestalten und dann auch die Durchführung sicher zu stellen". Der innere Bedarf des Reiches lasse sich durchaus ohne außergewöhnliche Mittel sichern. Die Lösung der Probleme liege in einer Erhöhung der Produktivität; wenn das geschehen sei, könne auch der Besitz sehr kräftig herangezogen werden.*

Schneider, *der nächste Referent, vermißt in Keinaths Ausführungen vor allem praktische Vorschläge und verweist in diesem Zusammenhang auf eine Erklärung, die seine Freunde seinerzeit auf dem Bremer Parteitag eingebracht haben*[2].

1 Peill, Prentzel, Platen, Hausberg, Lauterbach, Merten, Frankfurter, Nuschke, Frau Kiesselbach.

2 Es handelt sich um die Resolution Schneider–Erkelenz–Hartmann, in der die Antragsteller neben der „Revision des Reparationsdiktats" auch den „Rückgriff auf die Substanz des deutschen Volksvermögens" verlangt hatten. Vierter ordentlicher Parteitag S. 89.

Schneider ist der Ansicht, daß das Prinzip der Steuergerechtigkeit auch durch die bisherige Steuergesetzgebung nicht erfüllt worden sei. Er setzt sich kritisch mit den bestehenden Plänen zur Lösung der Krise auseinander. Eine Hebung der Produktivität sei zu begrüßen, aber sie dürfe nicht einfach in einer schematischen Verlängerung der Arbeitszeit bestehen, zunächst müsse man die inneren Betriebsbedingungen verbessern. „Wenn man Opfer verlangt von den anderen, muß man gleichfalls zu Opfern bereit sein." Man könne von den Arbeitern nicht verlangen, mehr zu arbeiten, ohne ihnen gleichzeitig bessere Lebensmöglichkeiten zu geben. Die Verantwortlichkeit gebiete, „von dem Vermögen abzugeben, wenn andere Wege zur Gesundung nicht möglich sind".

Fischer *berichtet über die Vorgänge in den Steuerausschüssen des Reichstags, wo er mit Pohlmann*[3] *die Partei vertreten habe. Er bekennt sich zu dem Satz „Besitz verpflichtet", warnt jedoch davor, eine Steuerquelle so anzuzapfen, daß sie zum Versiegen gebracht werde. Das sei jedoch in gewissem Umfang der Fall, wenn die Sachwerte zur Balanzierung des inneren Etats herangezogen würden. In den Steuerausschüssen habe er mit Pohlmann versucht, Brücken zwischen den unterschiedlichen Auffassungen zu schlagen, um eine breite Mehrheit für die einzelnen Gesetze zu finden, möglichst unter Einbeziehung der Sozialdemokratie. Man müsse die Partei jedoch davor bewahren, noch einmal eine Steuergesetzgebung mitzumachen, welche die wirtschaftlichen Notwendigkeiten nicht berücksichtige. „Wir haben uns infolgedessen auf den Standpunkt gestellt, daß wir möglichst wenig Steuern haben wollen, daß wir die Sachwerte ablehnen und ebenso die Zuwachssteuer, dagegen eine kräftige Vermögenssteuer gewinnen, die auch die Sachwerte angemessen heranzieht."*

Feiler *kritisiert als erster Diskussionsredner die Ausführungen von Keinath und Fischer und protestiert gegen die langsame Arbeitsweise der Steuerausschüsse. Der Begriff der Konfiskation helfe bei der Frage einer Erfassung der Sachwerte nicht weiter; es handele sich dabei im Grunde um den alten Gedanken des Notopfers, nur in erweiterter Form.* **Becher** *kritisiert die Ausführungen von Schneider. Die Fabrikanten seien bereit, Steuern zu zahlen, aber der Eingriff in die Substanz der Betriebsmittel müsse vermieden werden.* **Gothein** *stellt fest, daß der Friedensvertrag die Entente nicht berechtige, auf das deutsche Privatvermögen zurückzugreifen, und warnt eindringlich davor, der Entente einen solchen Weg zu eröffnen.* **Wieland** *ist der Ansicht, daß ein großer Teil der Verluste der Partei bei den Wahlen auf die Steuerpolitik von Weimar zurückzuführen sei. In der Steuerpolitik dürfe es keine Schlagworte geben. Keiner der Befürworter einer Erfassung der Sachwerte habe bisher einen positiven Vorschlag zur Ausführung gemacht. Hauptaufgabe bleibe die Vereinfachung der unübersichtlichen Steuergesetzgebung.* **Künne**[4] *wendet sich gegen die Erfassung der Sachwerte, da sie besonders die mittleren und kleineren Betriebe schädigen würde. Er mahnt, den Angaben der Arbeitgeber in der Partei Glauben zu schenken, sonst werde die Partei*

3 Alexander Pohlmann (geb. 1865), Oberbürgermeister in Kattowitz 1903-1920, Regierungspräsident in Magdeburg 1920-1933, Md preuß Abgeordnetenhauses (Fortschrittliche Volkspartei) 1916-1918, MdR (DDP) 1919 bis November 1922.

4 Robert Künne, Fabrikant in Elberfeld.

auseinanderfallen. **Graf**[5] *bittet, auch den Arbeitnehmern der Partei zu vertrauen. Verglichen mit der trostlosen Lage der Arbeiter und Angestellten sei die Lage der Industrie, des Kleingewerbes und der Landwirtschaft nicht so schlecht. Im weiteren Verlauf der Diskussion wird keine Annäherung der Standpunkte erreicht.* **Keinath** *stellt abschließend fest, daß der eigentliche Gegensatz in der Frage der sofortigen Erfassung der Sachwerte liege, und betont nochmals, ohne einen Nutzen dadurch zu erreichen, dürfe man nicht „den Staat zum Räuber machen an dem wohlerworbenen Privatbesitz".*

Petersen *faßt die Stellung des Parteiausschusses in einer längeren Resolution zusammen, ohne dabei auf Widerspruch zu stoßen. Sie lautet:*

„Der Parteiausschuß sei sich darüber einig, daß bei dem Schwanken des Wertes der Mark die Reparationsschuld, selbst weit ermäßigt, durch Steuern nicht gedeckt werden könne, daß es aber andererseits eine zwingende, sofort zu lösende Aufgabe sei, die Budgets des Reiches, der Länder und Gemeinden in Ordnung zu bringen. Hierzu seien neben Beschränkung der Ausgaben auf das Notwendigste, neben einer rationellen, auf Überschußwirtschaft eingestellten Führung der öffentlichen Betriebe des Reiches und der Länder starke Steuern notwendig. *Der Besitz müsse dabei bis zur Grenze des wirtschaftlich Ertragbaren herangezogen werden.* Das müsse aber geschehen der jeweiligen inneren Kaufkraft der deutschen Inlandsmark entsprechend und in einer Weise, welche die Steuerquelle selbst nicht zum Versiegen bringe. Die *Erhebung der Steuern* müsse *beschleunigt* werden. Es sei nicht zu erkennen, warum die Regierung Schwierigkeiten mache, die Steuern jedenfalls zunächst auf Grund der Selbsteinschätzung unverzüglich zur Einziehung zu bringen. Die Frage der *Besteuerung der Gold- und Sachwerte* würde jedenfalls am besten dadurch gelöst, daß man das Vermögen grundsätzlich *nach seinem gemeinen Werte träfe;* das sei bei einer verständigen Besteuerung eine klare Erfassung der Sach- und Goldwerte. Der Parteiausschuß habe daher einmütig die Stellungnahme der Fraktionsmitglieder in den Steuerausschüssen zu dieser Frage gebilligt und darüber hinaus die Berichte der Herren Keinath und Fischer, der Fraktionsvertreter in der Kommission, gutgeheißen. Insonderheit habe es der Parteiausschuß begrüßt, daß die Fraktion es als ihre Aufgabe ansehe, eine *große Mehrheit der Mitte zur Lösung des Steuerproblems* zu finden, und er erwarte von ihr, daß sie sich weiter in diesen Dienst stelle."

Zur Steuerpolitik liegen mehrere Resolutionen vor. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob es sich überhaupt empfehle, eine Resolution anzunehmen, spricht sich der Parteiausschuß mit 41 gegen 35 Stimmen für die Annahme der von Petersen formulierten Resolution aus[6].

Frankfurter *berichtet über die Arbeit des Wahlausschusses und stellt fest, daß nach Ansicht des Ausschusses und des Vorstands auf dem nächsten Parteitag eine umfassende Änderung der Satzung vorgeschlagen werden müsse. Anschließend finden die Zuwahlen zum Parteiausschuß und die Wahlen zum Vorstand entsprechend den Vorschlägen des Wahlausschusses statt.*

---

5 Georg Graf, Ingenieur in Berlin, Erster Vorsitzender des Reichsarbeitnehmerausschusses der DDP.

6 Siehe oben. Abgedruckt in: Wippermann A 1921 II S. 350; ferner Schulthess 1921 I S. 327f.

90.

10.1.1922: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 14.30 Uhr. Ende: kurz vor 21 Uhr. Ort: Preußischer Landtag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bartschat, Böhme, Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischbeck, Fischer, Grund, Haas, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Frau von Koerber, Kuhle, Landahl, Nuschke, Petersen, Preuß, Schneider, Frau Uth, Wachhorst de Wente, Weinhausen, Wendorff.

Erkelenz *eröffnet. Er teilt mit, daß auf Grund des Bremer Beschlusses betreffs Teilnahme jetziger und früherer Minister an den Vorstandssitzungen*[1] *zur heutigen Sitzung insgesamt 65 Einladungen ergangen seien.*

Koch-Weser hat im Zusammenhang mit dem Bremer Parteitag schriftlich eine Anzahl von Beschwerden vorgebracht, die in einer Aussprache geklärt werden.

Der Vorstand kooptiert Schneider, Weinhausen und Vogt.

Jansen *berichtet über den Wunsch der Parteibeamten, eine Pensionskasse zu gründen. Der Vorstand erklärt sich grundsätzlich einverstanden und beauftragt den Organisationsausschuß mit der Bearbeitung der Angelegenheit.*

Es folgt eine politische Aussprache. **Petersen** *gibt einen Überblick über die innen- und außenpolitische Situation. Er hält Neuwahlen für wenig wahrscheinlich. Eine Regierungsbildung durch Einbeziehung der Unabhängigen betrachte er als unmöglich, da die Unabhängigen auf dem Leipziger Parteitag den Gedanken der Diktatur des Proletariats betont hätten. Er empfiehlt, sich in der Frage der Koalitionsbildung zurückzuhalten. Die außenpolitische Lage beurteilt Petersen relativ optimistisch. Rathenau sei ein Aktivum für die Partei, er habe sehr geschickt operiert. Nachdem* **Erkelenz** *eine gegen den "Demokratischen Zeitungsdienst" eingegangene Beschwerde verlesen hat, bringt* **Petersen** *einen Aufruf der demokratischen Arbeitnehmer an die Arbeitnehmer der anderen bürgerlichen Parteien zur Sprache, in dem diese aufgefordert werden, Druck auf ihre Fraktionen und Parteileitungen auszuüben, um die allgemeine Lage der Arbeitnehmer zu verbessern, und zu diesem Zweck eine vorläufige Notgemeinschaft zu bilden. Petersen kritisiert das Vorgehen des Ausschusses, der diesen Schritt unternommen habe, ohne die Parteiführer vorher zu informieren. Es sei die Pflicht der Partei, „die Demokratie als eine parlamentarische Demokratie zu unterstreichen, bei der die Macht nicht in einzelnen Berufsausschüssen, sondern im Parlament liegt".* **Koch-Weser** *empfiehlt, jetzt taktisch auf die Bildung der Großen Koalition hinzuarbeiten, das Zustandekommen werde dann ohnehin an der Haltung der Deutschen Volkspartei scheitern. Das könne dann die Situation der Demokratischen Partei nur verbessern. Er nennt die Kundgebung der Arbeitnehmer einen „undenkbaren Vorgang" und wünscht eine Stellungnahme des Vorstands gegen die wilden Streiks*[2]. **Fischer** *berichtet über die Lage in den Steuerausschüssen. Er hält ein*

1 Siehe Nr. 88 Anm. 2.

2 Vgl. Kabinette Wirth I u. II 493 f.

Kompromiß nur dann für tragbar, wenn es unter Zustimmung der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei zustande komme. **Nuschke** *bringt das Problem der demokratischen Provinzpresse zur Sprache. Eine große Zahl von Zeitungen sei in den letzten Wochen eingegangen oder von anderen Parteien angekauft worden. In der anschließenden Erörterung dieser Frage wird u. a. betont, daß es sich bei der Abwanderung der Zeitungen nicht nur um eine Geldfrage handele, sondern auch um einen politischen Stimmungswechsel der Bevölkerung, dem von geschäftstüchtigen Verlegern Rechnung getragen werde.* **Böhme** *empfiehlt, den Namen „Demokratische Partei" aufzugeben oder mit der Volkspartei zu fusionieren; dann werde man noch „gewisse Trümmer" retten können. Man müsse das Steuer radikal herumwerfen, Maßnahmen gegen die wilden Streiks fordern und den bürgerlichen Charakter der Partei betonen.* **Haas** *ist der Ansicht, „daß uns im Lande nicht verziehen wird, erstens: daß wir die allerdings harten Steuern mitgemacht haben und zweitens: daß wir mit der Sozialdemokratie zusammen den Staat gerichtet [sic] haben". Im weiteren Verlauf der Debatte wird Böhmes Ansicht verschiedentlich widersprochen. Der Vorstand beschließt, die angesprochenen Probleme in der nächsten Sitzung weiter zu behandeln, und bittet Böhme, vor dieser Sitzung eine Unterredung der Parteiführer mit demokratischen Führern des Bauernbundes zu vermitteln.*

Fischer *berichtet über die ungünstige Finanzlage der Partei. Er hält es für unmöglich, die geplante demokratische Werbewoche durchzuführen. Da die Diskussionsteilnehmer sich sämtlich prinzipiell für die Abhaltung der Werbewoche aussprechen, schlägt* **Fischer** *vor, die notwendigen Geldmittel durch Sammlungen bei den Mitgliedern des Parteiausschusses und sonstigen „sicheren Parteifreunden" aufzubringen. Dieser Vorschlag findet allgemein Zustimmung. Es folgt noch eine kurze Aussprache über Steuerfragen, in deren Verlauf das Verhalten der demokratischen Mitglieder der Steuerausschüsse gebilligt wird.*

91.

22.1.1922: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 11.30 Uhr. Ende: kurz vor 15.30 Uhr. Ort: Preußischer Landtag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bartschat, Böhme, Cohn (Dessau), Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischbeck, Fischer, Gerland, Gessler, Haas, Hamm, Hieber, Issberner, Jansen, Kauffmann, Koch-Weser, Kuhle, Landahl, Neumann-Hofer, Nuschke, Petersen, Preuß, Schacht, Schneider, Sparrer, Tantzen, Frau Uth, Wachhorst de Wente, Weinhausen.

Erkelenz *eröffnet. Stern*[1] *wird in den Vorstand kooptiert.* **Erkelenz** *berichtet über den Fall Gerlach*[2]*. Gothein, der Vorsitzende von Gerlachs Ortsgruppe,*

1 Isidor Stern, Bankier in Berlin, Mitglied des Aufsichtsrats der Schultheiss-Patzenhofer-Brauerei und der Darmstädter- und Nationalbank, Aufsichtsratsvorsitzender der Graumann & Stern K.G.

2 Siehe Nr. 30 u. Nr. 77.

habe Gerlach unter Hinweis auf die gegen ihn eingelaufenen Klagen brieflich gefragt, ob er nicht im Interesse der Partei seinen Austritt erklären wolle. Eine Antwort von Gerlach liege zur Zeit noch nicht vor.

Petersen *eröffnet die politische Aussprache und geht zunächst auf die Differenzen der Partei mit dem Bauernbund ein. Die Ursache dafür sieht er in der Zusammenarbeit der Demokratischen Partei mit der Sozialdemokratie. Zur Erhaltung des Staates und der Wirtschaft und zur Herbeiführung von Sicherheit und Ordnung sei diese Zusammenarbeit unbedingt erforderlich. Leider tendiere die Sozialdemokratie jetzt gegenüber dem früher von ihr vertretenen Standpunkt der Mitte mehr nach links zu einer Politik der Einigung der sozialistischen Parteien, was die Zusammenarbeit mit ihr erschwere. Petersen ermahnt den rechten und den linken Flügel der Partei, trotz aller Schwierigkeiten an einer Politik der Mitte festzuhalten und Kompromisse zu schließen. Der Bauernbund habe in einer Entschließung der Gruppe Magdeburg den Verzicht auf den Namen „Demokratische Partei", die Betonung des bürgerlichen Charakters der Partei und die baldige Fusion mit der Deutschen Volkspartei verlangt und außerdem heftige Angriffe gegen die Haltung der „Frankfurter Zeitung" und des „Berliner Tageblatts" gerichtet. In diesen Forderungen werde Falsches und Richtiges vermengt; in dieser Form seien sie nicht erfüllbar. Petersen geht dann zur Besprechung der allgemeinen politischen Lage über. Rathenau habe einen ungeheuren persönlichen Erfolg[3] errungen, die Bildung eines Kabinetts Wirth – Rathenau sei daher auf Grund der außenpolitischen Situation nicht zu umgehen. Die Fraktion habe beschlossen, den Reichskanzler darauf hinzuweisen. Wirth stehe nun vor der Aufgabe, die entsprechenden Persönlichkeiten – auch aus der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei – ins Kabinett aufzunehmen und ein Vertrauensvotum zu erlangen. Als Forderungen der Fraktion an den Kanzler nennt Petersen: Ablehnung des Streikrechts für Beamte[4], Maßnahmen gegen Streiks in lebensnotwendigen Betrieben, Rationalisierung der Reichsbetriebe, Aufrechterhaltung der parlamentarischen Demokratie gegenüber außerparlamentarischen Gruppen.* **Böhme** *berichtet von einer Ausschußsitzung des Bauernbundes und betont, daß man dort die Verdienste der Deutschen Demokratischen Partei um die Landwirtschaft durchaus anerkenne, die Gesamtsituation der Partei aber als aussichtslos betrachte. „Wir stehen ihr gegenüber wie einem anständigen Kerl, der uns gute Dienste geleistet hat, der nun aber hoffnungslos lungenkrank ist." Böhme bestreitet, daß ein Beschluß über den Übergang zur Deutschen Volkspartei gefaßt worden sei. Er schildert die Stimmung in landwirtschaftlichen Kreisen, wo man der Partei politische Halbheit vorwerfe. Gegen den Streik von „vierzig Schweinehunden" in den Elektrizitätswerken und gegen einen etwaigen Streik der Eisenbahner müsse schärfstens Stellung genommen und die Autorität des Staates gewahrt werden. Der Redner polemisiert gegen die Haltung der liberalen Berliner Presse zur Landwirtschaft und gegen die „Berlinisierung" des Parteivorstands und des Parteiausschusses. Er empfiehlt die*

3 Vom 6.–13.1.1922 war auf einer Konferenz der Alliierten in Cannes die wirtschaftliche Situation Europas besprochen worden, an der Konferenz hatte auch eine deutsche Delegation unter Leitung Rathenaus teilgenommen.

4 Das ausdrückliche Streikverbot für Beamte sprach dann die Reichsregierung durch Verordnung des Reichspräsidenten vom 1.2.1922 aus. Vgl. Wippermann A 1922 I S. 75.

*schleunige Fusion mit der Deutschen Volkspartei, auf dem Lande verlange alles nach der „großen liberalen Partei". **Tantzen**[5] bedauert den Inhalt der heutigen Aussprache. Eine Wirtschaftsorganisation dürfe nicht zu großen Einfluß auf eine Partei gewinnen, darin liege ein zersetzendes Element. Die Demokratische Partei müsse endlich klar darlegen, worin ihre Anhänger einig seien.* **Cohnstaedt** *verteidigt die Presse gegen Böhmes Angriffe und bezeichnet die Agitation des Bauernbunds als schwer verträglich mit dem Parteiinteresse.*

Nach der Mittagspause spricht **Fischer** *über die Finanzlage der Partei. Die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder der Partei sei auf maximal 175 000 zu schätzen, 1921 sei jedoch nur ein Bruchteil der fälligen Kopfbeträge eingegangen. Insgesamt bestehe ein Bedarf von 2,5 bis 3 Millionen Mark, es sei jedoch lediglich mit der Einnahme von 1,7 Millionen zu rechnen. Fischer empfiehlt, auf eine Verschmelzung mit der Deutschen Volkspartei hinzuarbeiten, da die Partei sich allein nicht werde halten können. Er wünscht eine Entschließung in dieser Frage. Frau* **Bäumer** *weist den Gedanken einer Fusion entschieden zurück und betont die Notwendigkeit der Existenz einer radikalen, demokratischen, nicht sozialistischen Partei. Die Redezeit wird auf zehn Minuten begrenzt.* **Haas** *lehnt den Gedanken einer Fusion ab und verweist auf die schlechten Erfahrungen in Baden, wo die ehemaligen Nationalliberalen kurz nach der Fusion wieder nach rechts abgewandert seien.* **Preuß**: *„Wenn Männer wie Petersen und Fischer den Gedanken der Fusion vertreten, dann ist es besser, wir liquidieren heute als morgen." Er warnt davor, sich von den Berufsorganisationen weiter ins Schlepptau nehmen zu lassen.* **Gerland** *nennt die Politik der Sozialdemokratie doppelzüngig und primär sozialistisch orientiert, da sie von der Rücksicht auf die Unabhängigen bestimmt werde, mit denen es für die Demokraten keine Gemeinsamkeit geben könne. Er bekennt sich zu der Idee einer „großen, einigen, liberalen Partei".* **Nuschke** *verteidigt die Presse gegen Böhmes Angriffe und bezeichnet den Gedanken der großen liberalen Partei als Selbsttäuschung.* **Schneider** *wendet sich gegen einseitige Forderungen einzelner Berufsgruppen. „Solche Briefe, wie sie Herr Böhme verlesen hat, lassen sich leicht beschaffen. Das ist Sache der Regie." Er warnt davor, sich grundsätzlich gegen die Streiks zu wenden, das würde zu einer Einheitsfront aller Gewerkschaften führen. Fischer gehe bei seinen finanziellen Berechnungen von falschen Grundlagen aus, er habe die Fraktionen, die Minister, Staatspräsidenten etc. nicht einbegriffen. „Warum zögert man denn, die Gelder von Rathenau zu nehmen? Leidet dabei vielleicht der Verschmelzungsgedanke Schaden?" Die Ursachen für die Verluste bei den Wahlen sieht der Redner weniger in einer verfehlten Politik als in der mangelhaften Organisation begründet.* **Koch-Weser** *tritt für den Gedanken einer einheitlichen liberalen Partei ein, hält den Zeitpunkt jedoch noch nicht für gekommen, da die Volkspartei noch nicht reif dafür sei.* **Hamm** *äußert sich in ähnlichem Sinne.* **Hieber** *unterstützt die Ausführungen von Frau Bäumer.* **Erkelenz** *tritt für den Schluß der Debatte ein. „Ich bin nicht geneigt, noch einmal eine Vorstandssitzung anzuberaumen, die sich mit einem solchen Thema beschäftigt, wenn nicht ganz dringende Gründe vorliegen." Nach seiner Auffassung würde*

5 Theodor Tantzen (1877-1947), Landwirt in Heering/Schleswig-Holst., MdL Oldenburg (Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1910-1930, MdR Januar bis Oktober 1919, 1928 bis Mai 1930, oldenburgischer Ministerpräsident 1919-1923.

eine Fusion mit der Volkspartei zu einer sozialistischen Mehrheit führen. Ein Teil der Parteiführer habe nicht die Festigkeit, einen Standpunkt „auch bei unangenehmem Wetter" zu vertreten. Materiell werde es der Partei wohl immer schlechtgehen, sie besitze jedoch eine große Menge von Aktiva. Erkelenz fordert, die Zweifel zu überwinden und endlich mit praktischer Arbeit zu beginnen. **Weinhausen** *hält eine Fusion erst dann für möglich, wenn längere Zeit eine enge parlamentarische Arbeitsgemeinschaft bestanden und sich bewährt habe.* **Landahl** *warnt vor einer Verschmelzung; sie würde zum Verlust der demokratischen Jugend führen.* **Petersen** *betont, daß er kein Wort von einer Fusion gesagt habe, und ermahnt zur Wahrung der Disziplin. Die Entscheidung über eine Geldannahme von Rathenau werde rein nach sachlichen Gesichtspunkten erfolgen, das habe mit der Fusion nichts zu tun.* **Böhme** *wendet sich gegen die Ausführungen von Schneider. Nicht der Bauernbund als solcher habe Forderungen an die Partei gestellt, das tue nur er als Mitglied des Vorstands. Es folgen noch einige Beiträge, dann schließt* **Erkelenz** *die Diskussion mit dem Hinweis, daß zukünftige Vorstandssitzungen mehr als bisher dazu dienen sollten, „praktische Arbeit zu liefern und die Vertreter mit neuem Mut zu erfüllen".*

92.

19.3.1922: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 15.30 Uhr. Ende: kurz nach 18 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Dominicus, Erkelenz, Falk, Fischbeck, Fischer, Gerland, Gessler, Haas, Hummel, Issberner, Jansen, Kempner, Frau von Koerber, Kuhle, Landahl, Frau Lüders, Neumann-Hofer, Nuschke, Oeser, Petersen, Preuß, Schneider, Sparrer, Stern, Frau Uth, Wachhorst de Wente, Weinhausen.

Erkelenz *eröffnet.* **Cohnstaedt** *führt im Namen des Politischen Ausschusses*[1] *Beschwerde über mangelnde Zuziehung des Ausschusses zu wichtigen Entscheidungen der Reichstagsfraktion*[2]*. Nach einer Aussprache wird ein Antrag angenommen, der vorsieht, daß der Ausschuß regelmäßig zu den Fraktionssitzungen zugezogen werden soll.*

Erkelenz *berichtet über die Finanzierung der geplanten Werbewoche. Bisher seien 179368 M eingegangen, insgesamt würden wohl etwa 200000 M zur Verfügung stehen. Da die Ausgaben der Reichsgeschäftsstelle mit 124388 M veranschlagt worden seien, ergebe sich ein kleiner Überschuß.*

1 Siehe Nr. 88.

2 Cohnstaedt beschwerte sich insbesondere darüber, daß der Politische Ausschuß nicht zu den Verhandlungen über den Steuerkompromiß im Januar und Februar 1922 hinzugezogen worden war. Vgl. Brantz S. 179f.

Erkelenz *skizziert Richtlinien für die Haltung der Partei bei den kommenden endgültigen Reichspräsidentenwahlen*[3]*. Die Wahl eines monarchistischen Kandidaten müsse auf jeden Fall vermieden werden, die Wahl eines Zentrumskandidaten sei ebenfalls nicht wünschenswert. Die Demokratische Partei solle versuchen, eine eigene Kandidatur wegen der beträchtlichen Kosten möglichst zu vermeiden. Falls die Wiederwahl Eberts nicht zu erreichen sei, werde man sich bemühen, die Koalitionsparteien für eine Persönlichkeit aus demokratischen Kreisen zu gewinnen. Die anschließende Aussprache ergibt, daß die Mehrheit des Vorstands für eine Wiederwahl Eberts eintritt, aber keine vorzeitige Festlegung wünscht. Als mögliche demokratische Präsidentschaftskandidaten werden in der Diskussion Hieber, Oeser und Petersen genannt.*

Weinhausen *empfiehlt, angesichts der Notlage der demokratischen Presse eine Zusammenkunft der demokratischen Zeitungsverleger mit den sachverständigen Parlamentariern und Ministern der Partei zu ermöglichen. Der Organisationsausschuß wird beauftragt, diesen Vorschlag weiter zu verfolgen.*

Zur Prüfung der vorliegenden Reformpläne hinsichtlich der endgültigen Gestaltung des Wahlrechts wird ein Ausschuß[4] *eingesetzt.*

3 Von der Nationalversammlung war Ebert am 11.2.1919 nur zum vorläufigen Reichspräsidenten gewählt worden.

4 Gerland, Haas, Jansen, Koch-Weser, Frau Lüders, Nuschke, Preuß.

93.

27.5.1922: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 15.45 Uhr. Ende: 18.30 Uhr. Ort: Preußischer Landtag.

Anwesend: Bartschat, Böhme, Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Frau Fincke, Fischbeck, Gerland, Haas, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Frau von Koerber, Kuhle, Landahl, Nuschke, Petersen, Schall, Schneider, Sparrer, Stern, Stubmann, Tantzen, Vogt.

Erkelenz *eröffnet. Er macht zunächst einige Mitteilungen über den gegenwärtigen Stand der Reichspräsidentenfrage*[1] *und berichtet dann über das politische Schulungsprogramm der Partei. Für diesen Sommer sei die Veranstaltung von drei Kursen über politische Gegenwartsfragen geplant, die an landschaftlich reizvollen Orten stattfinden sollen. Der Gedanke wird in der anschließenden Diskussion lebhaft begrüßt.*

Der Vorstand beschließt, den nächsten Parteitag in Elberfeld stattfinden zu lassen. Der Parteitag soll im Zeichen außenpolitischer Fragestellungen stehen, etwa in dem Sinne: Deutschlands Verhältnis zum Osten und zum Westen.

Tantzen *referiert über die Getreideumlage. Die weitere Erörterung des Themas wird vertagt, bis der Gesetzentwurf der Regierung vorliegt.*

1 Siehe Nr. 92.

94.

28.5.1922: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: Petersen. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: 15 Uhr. Ort: Reichstag.

Petersen *eröffnet mit einem Nachruf auf zwei verstorbene Mitglieder des Parteiausschusses.*

Die Konferenz in Genua[1]

Der Vorsitzende teilt mit, daß der Hauptreferent Minister Rathenau durch die gleichzeitige Tagung des Auswärtigen Amtes in Anspruch genommen worden ist und voraussichtlich auch später nicht mehr erscheinen kann. Infolgedessen berichtet über das Thema als erster

Herr **Bernhard**[2]: Die Konferenz von Genua konnte gar nicht die großen Hoffnungen erfüllen, die man vielfach auf sie gesetzt hat, schon darum nicht, weil die Amerikaner auf ihr fehlten. Trotzdem hat sie eine ganz außerordentliche Bedeutung für Deutschland wie für ganz Europa gewonnen, in erster Reihe durch die Tatsache, daß die sämtlichen Staaten Europas gleichberechtigt an einem Tisch gesessen haben. Die positiven Ergebnisse sind allerdings nicht entsprechend. Es sind in 6 Wochen nichts weiter als Resolutionen erzielt worden von großer Gemeinplätzlichkeit. Aber wenn man an Ort und Stelle gesehen hat, wie um diese Gemeinplätze gekämpft worden ist, so muß man sagen, daß die Arbeit, die dort geleistet ist, gar nicht gering ist. Eine vollkommene Gleichberechtigung der Staaten gab es freilich doch nicht. Es gab einen Unterschied zwischen den einladenden Mächten und allen anderen. Die ersteren erledigten eine ganze Reihe von Dingen vorher und bestimmten, was und wie es auf die Konferenz zu kommen hätte. Dazu trat die Große und die Kleine Entente als eine Macht, die sich allenfalls noch mit den Neutralen in Verbindung setzte, die ganze übrige Masse aber souverän beherrschte. Mit der Gleichberechtigung Deutschlands war es auch recht merkwürdig bestellt. Das gilt ganz besonders für die Behandlung der russischen Frage. In den drei großen Kommissionen waren die einladenden Mächte mit je fünf Sitzen beteiligt, alle anderen mit zwei. Deutschland und Rußland wurden hier den einladenden Mächten gleichgestellt. Ebenso war es in den Unterkommissionen.

In der ersten, der sogenannten politischen Kommission, die in der Hauptsache zur Beratung des russischen Problems niedergesetzt war, wurde eine Unterkommis-

1 Vgl. Kabinette Wirth I u. II S. LVIII-LX.

2 Bernhards Berufung zum Sachverständigen auf der Konferenz von Genua war im Kabinett umstritten gewesen. Wirth hatte ihn am 31.3.1922 selbst mit der Begründung vorgeschlagen: „Privatim gehe er sicher nach Genua, dann sei aber zu befürchten, daß Schwierigkeiten entständen; daher sei es vielleicht besser, ihn offiziell mitzunehmen." Kabinette Wirth I u. II S. 652. Reichswirtschaftsminister Schmidt, Staatssekretär Müller und Finanzminister Hermes hatten sich gegen Bernhards Berufung erklärt, Rathenau fand schließlich einen Ausweg, indem er vorschlug, ihn nicht als politisch-wirtschaftlichen Experten, sondern als Sachverständigen für Journalismus benennen zu lassen. Vgl. a. a. O. S. 655-657.

sion gebildet. In ihr wurde eine große Denkschrift verteilt, die angeblich den Grundriß für die Rekonstruktion Europas enthielt. In Wahrheit enthielt sie aber Bedingungen von Ententesachverständigen, die sich lediglich mit Rußland beschäftigten, namentlich die Bedingungen, die Rußland erfüllen soll, um bei den anderen Staaten Vertrauen zu genießen, also ein sehr einseitiges Dokument. Die deutschen Sachverständigen fanden darin Dinge, die ihre Aufmerksamkeit erregen mußten. Der eine Punkt war der, daß man von Rußland verlangt, es solle eine dette publique bei sich einrichten lassen, die noch viel schlechter war, als die gleichen Institutionen in Ägypten und der Türkei. Deutschland konnte unter keinen Umständen irgendwelchen Bedingungen zustimmen, durch die sich Rußland zu einer dette publique verpflichten würde, denn das hätte letzten Endes auch die Zustimmung zu einer entsprechenden Einrichtung in Deutschland bedeutet. Ferner war in dem Dokument ausdrücklich Bezug genommen auf den Artikel 116 des Versailler Friedensvertrages und dessen unveränderte Geltung ausgesprochen. Dieser Artikel behält Rußland alle Entschädigungsansprüche an Deutschland aus dem Kriege vor. Rußland trat also dann grundsätzlich in die gleichen Rechte wie die Ententemächte ein. Das Memorandum stellte die materielle, wirtschaftliche und finanzielle Gleichberechtigung Rußlands gegenüber Deutschland dar, d. h. es war hier ausdrücklich wiederum festgelegt, daß die Forderungen Rußlands an Deutschland aus dem Kriege aufrechterhalten bleiben. Die deutschen Delegierten waren sich klar darüber, daß sie dem nicht zustimmen konnten, umso weniger, als wir nicht nur auf der einen Seite neu verpflichtet werden sollten, sondern uns alle unsere sämtlichen Rechte, aus denen wir eine Gegenrechnung herleiten konnten, genommen worden waren. Dafür war in diesem Schriftstück gesorgt. Die Entente arbeitete also dahin, daß letzten Endes eine dette publique die ganzen Einkünfte Rußlands mit Beschlag belegte. Diese Einkünfte sollten so groß bleiben wie möglich, daher sollte eine Schmälerung durch deutsche Ansprüche beseitigt werden. Nachdem wir das festgestellt hatten, beabsichtigten wir, unsere Rechte in der Kommission, in der wir ja als gleichberechtigter Staat saßen, geltend zu machen. Diese russische Kommission wurde aber nie einberufen, statt dessen hörten wir, daß irgendwo Verhandlungen stattfanden. Zunächst wurde gesagt: Das sind Besprechungen der einzelnen Mächte. Dagegen ließ sich nichts einwenden. Dann hörten wir, daß die Russen zu den Verhandlungen zugelassen wurden. Auch das war an sich selbstverständlich, da gewisse Meinungsverschiedenheiten mit der russischen Delegation vor der offiziellen Aussprache beseitigt werden mußten. Allmählich aber hörten wir, daß auch mit der Kleinen Entente verhandelt würde und daß Benesch[3], Bratianu[4] und andere in der Villa Alberti ein und ausgingen. Das war eine sehr unangenehme Situation, zumal da wir hörten, daß es sich letzten Endes um die russischen Bedingungen drehte. Nun setzte ein merkwürdiges Zwischenspiel ein. Als eigentlicher Veranstalter der Konferenz war bekanntlich Lloyd George nicht nur anzusehen, sondern er gab sich auch von vornherein als solcher, die deutsche Delegation war daher nicht mit Unrecht der Ansicht, daß wir uns schwer schädigen, wenn wir gegen den Gott der Konferenz irgend etwas unternehmen würden. Deshalb schrieb zunächst unser

3 Eduard Benesch (1884-1948), tschechoslowakischer Außenminister 1918-1935.

4 Joan Bratianu (1864-1927), rumänischer Ministerpräsident 1922-1926.

Außenminister einen Brief an Lloyd George, in dem er ihn um eine Unterredung bat. Dieser Brief blieb 14 Tage lang unbeantwortet, und Lloyd George sagte später, er habe ja nicht gewußt, weshalb Dr. Rathenau ihn sprechen wollte. Es war aber doch von vornherein klar, worum sich die Unterredung drehen sollte. Aber wir taten noch ein übriges, wir setzten uns mit einer Persönlichkeit dauernd in Verbindung, die ein wichtiges englisches Amt bekleidete und die Aufgabe hatte, die Verbindung mit Rußland dauernd aufrechtzuerhalten. Das war Mr. Wise, der dauernd die russischen Angelegenheiten zu bearbeiten hatte. Er war auch Mitglied der Delegation, deren Chef Lloyd George war, und man kann nicht annehmen, daß ein Mitglied der Delegation, wenn ihm wichtige politische Informationen gegeben werden, diese nicht an den Chef weitergibt. Diesem Herrn Wise wurde der deutsche Standpunkt deutlich klargelegt. Trotz der mehrfachen dringenden Mahnungen und der Bitte, Lloyd George einmal sprechen zu dürfen, blieben wir nun aber völlig ohne jede Nachricht. Man hat uns nachher gesagt, warum habt ihr nicht auf die Zusammenberufung der Kommissionen gedrungen? Die Neutralen haben uns das nachher wissen lassen. Das war aber eben alles nachher. Wir wurden nun dringender und ließen wissen, daß wir unter Umständen Gegenmaßnahmen treffen müßten. Diese waren ganz naturgemäß gegeben. Denn wir haben, lange bevor von der Konferenz von Genua die Rede war, mit den Russen in Berlin über einen Vertrag verhandelt. Etwa 2 Monate vor der Konferenz sind die russischen Unterhändler hierher gekommen und haben uns erklärt, einen Vertrag abschließen zu wollen. Wir haben uns diesem Wunsch gegenüber sehr kühl verhalten. Es ist gar keine Frage, daß in unserem Auswärtigen Amt zwar eine sehr russenfreundliche Stimmung besteht, aber auch starke Gegenströmungen haben dort bestanden, und sie waren so stark, daß sie ein Abkommen mit Rußland verhindert haben. Um diese Strömungen zu bekämpfen, haben die Bolschewisten in den Berliner Verhandlungen schon sehr frühzeitig den Artikel 116 des Versailler Friedensvertrages herangezogen und darauf aufmerksam gemacht, daß die Franzosen sich bereit erklärt haben, diesen Artikel zur Geltung zu bringen. Wir sind diesen Behauptungen gegenüber sehr mißtrauisch gewesen. Es ist zweifelhaft, ob die französische Regierung der russischen offiziell solche Mitteilungen gemacht hat. Wir wissen aber, daß Verhandlungen mit den einzelnen Randstaaten plötzlich ins Stocken gerieten, weil den Unterhändlern von französischer und englischer Seite Ansprüche zediert worden sind, die diese Randstaaten als Nachfolger Rußlands aus dem Artikel 116 des Vertrages erheben zu können glaubten. Solange es sich um Geldentschädigungen handelt, ist die ganze Sache bedeutungslos, denn Deutschland kann ja schon die jetzigen pekuniären Verpflichtungen nicht erledigen. Ernst wurde die Angelegenheit aber in dem Augenblick, wo es sich um Sachlieferungen handelte, denn diese waren von Deutschland zunächst einmal zu erlangen. Sie nicht leisten zu wollen, wäre für uns eine sehr schwierige Sache gewesen. Die Möglichkeit solcher Leistungen hätte in der Hand einer Regierung ein sehr starkes Druckmittel auf Deutschland werden können. Daher haben viele Leute schon vor Genua verlangt, daß der russische Vertrag abgeschlossen werde. Er ist aber nicht abgeschlossen worden, weil wir darauf bestanden, daß in der Eigentumsformel nicht eine negative Form gewählt würde, sondern eine viel positivere. Nun waren wir in Genua in einer merkwürdigen Situation. Es gingen uns eine Reihe von Informatio-

nen zu, die uns zeigten, daß die Dinge zwischen Rußland und der Entente vor einem Abschluß standen. Es kommt nicht darauf an, ob ein formeller Vertrag zwischen diesen beiden Kontrahenten zustande gebracht wurde, sondern daß die Dinge überhaupt zu einem Abschluß gelangten. Im Namen der italienischen Regierung nahm Giannini[5] Fühlung mit uns in dieser Hinsicht. Unser Außenminister wünschte ausdrücklich die Zustimmung Deutschlands zu einem eventuellen Abkommen und erinnerte daran, daß er Lloyd George ja um eine Besprechung darüber gebeten habe. Auch auf diese Mahnung erfolgte zunächst gar nichts. Dagegen wurde uns von mehreren Seiten zugetragen, daß tatsächlich die Sache vor dem Abschluß stände. Redner verweist besonders auf Mitteilungen, die ihm gemacht worden sind. Alle diese Nachrichten machten uns einigermaßen hellhörig. Wenn die Entente und Rußland unter sich einig waren, dann hätten wir soviel reden können, wie wir wollten, es hätte uns nichts genützt. So sah die Situation faktisch aus. Nun sagt man: Ihr habt doch gesehen, daß kein Vertrag zustande gekommen ist. Aber darauf ist zu erwidern, daß die Situation nach dem Vertragsabschluß mit uns sich verändert hatte, indem die Lage der Russen gestärkt worden war. Außerdem kam in Betracht, daß wir uns als gleichberechtigter Staat hätten verpflichten müssen, eben wie die übrigen Staaten, gar kein Sonderabkommen mehr zu treffen. So aber konnten wir ein Abkommen schließen. Wenn die deutsche Delegation aus Genua mit einem völlig negativen Ergebnis zurückgekehrt wäre, dann hätte sich bei uns ein Sturm der Entrüstung erhoben. Das wäre Wassser auf die Mühle derjenigen gewesen, die keine Verständigung wollen. Heute sind natürlich eine Menge Menschen sehr klug. Diese unsere Situation ist naturgemäß von den Russen gar nicht ungeschickt ausgenutzt worden.

Dem Grundsatz der Loyalität, den unsere Delegation in Genua immer befolgt hat, weiter folgend, ist am Sonnabend Herr Wise noch einmal benachrichtigt worden, daß wir Gegenmaßnahmen betrieben. Die Entente wußte von den Berliner Verhandlungen. In der Nacht um 24.30 Uhr klingelte Tschitscherin[6] an und teilte mit, daß er bereit sei, morgen früh den Vertrag zu schließen. Morgens um 7 Uhr telefonierte Herr von Maltzan[7] an Herrn Wise. Dieser schlief noch, und es wurde um 11 Uhr noch einmal bei ihm angeklingelt, und nun hieß es, er sei ausgegangen. Jetzt fuhr man nach Santa Margherita, und um 13.30 Uhr lud Lloyd George die deutschen Minister zum Tee ein. Da war der Vertrag aber schon unterschrieben. Nach dem Abschluß setzten dann die Fehler Deutschlands ein. Diese bestanden vor allem in einer ungenügenden Weltpropaganda für den Vertrag. Allerdings wurde dieser Fehler dadurch verursacht, daß der größte Teil unserer Delegation fest davon überzeugt war, daß Lloyd George über den Vertrag unterrichtet war und ihn billigte. Man war daher ungeheuer überrascht, als man plötzlich erfuhr, Lloyd George habe in der englischen Pressekonferenz eine scharfe Rede gegen Deutschland gehalten. Lloyd George tat nämlich das, was wir eigentlich hätten tun müssen, er berief die Presse zusammen und bearbeitete durch sie die Weltmeinung. Freilich hätte die deutsche Delegation

5 Amedeo Giannini, Beamter im italienischen Außenministerium.

6 Georgi W. Tschitscherin (1872-1936), russischer Volkskommissar des Auswärtigen 1918-1930.

7 Adolf Georg Otto (Ago) Freiherr von Maltzan (1877-1927), Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt.

auch jetzt noch die Presse zusammenberufen sollen, und der Außenminister hätte die Tatsache mitteilen sollen. Statt dessen ließ man Lloyd George den Vortritt und trug in die eigenen Reihen Zwietracht, genau wie es zur Kriegszeit gewesen ist. Noch heute besteht ja bei uns dieselbe Psychose wie im Kriege, daß vom Ausland nur etwas gehört zu werden braucht, um bei uns gläubige Anhänger zu finden.

Hervorzuheben ist, daß die deutschen Politiker in Genua zweifellos einig waren über die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit des Vertrages, und diese trugen ja nur die Verantwortung. Es ist getadelt worden, daß wirtschaftliche Sachverständige über den Vertragsabschluß nicht gefragt worden sind. Dieser Vorwurf ist unberechtigt, denn die wirtschaftlichen Sachverständigen hatten keine politische Verantwortung zu tragen. Aber richtig ist, daß einzelne Sachverständige deswegen, weil man sie nicht gefragt hat, in gewisse Mißstimmung geraten sind. Aber daß dies dazu geführt hat, daß man diese Mißstimmung zu ausländischen Journalisten geäußert hat, das ist auch nur in Deutschland möglich. Der Finanzminister[8] hat zunächst dem Außenminister seinen Dank für die wirksame Vertretung ausgesprochen. Er hat in einer Kabinettsitzung ausdrücklich auch diese seine Übereinstimmung mit dem Außenminister bestätigt. Danach kann es unmöglich richtig sein, daß er sich über die Taktik bei dem Abschluß des Rapallovertrages absprechend geäußert hat. Das wäre eine Charakterlosigkeit, die ganz unglaublich ist, und es kann nicht zutreffend sein, daß der Finanzminister in und nach Genua solche Äußerungen gemacht hat[9]. Es trifft zu, daß der Vertrag naturgemäß sehr schnell abgeschlossen worden ist und daß man dabei nicht mehr sehr viel verhandelt hat, sowie daß die etwas ursprüngliche Entschlußkraft des Reichskanzlers an dem Abschluß nicht ganz unschuldig war. In dieser Beziehung ist aber kein Vorwurf zu erheben. Das gerade Gegenteil ist der Fall.

Die Vorwürfe richten sich zunächst dagegen, daß wir auf einer gemeinsamen Konferenz solchen Sondervertrag abgeschlossen haben. Was wäre aber geschehen, wenn wir den Vertrag schon vorher abgeschlossen hätten? Frankreich kam in einer überaus gereizten Stimmung auf die Konferenz, weil auf ihr ein Gegensatz zwischen England und Frankreich ausgetragen werden sollte und Frankreich die Gefahr der Isolierung fürchtete. Wenn nun in die Erregung der ersten Tage die Kenntnis von einem deutsch-russischen Vertrag hineingeplatzt wäre, dann wäre die Konferenz entweder gar nicht zustande gekommen, oder wir wären auf ihr blamiert gewesen. Angenommen, es wäre mit den Russen in Genua ein gewisses Abkommen getroffen worden, so daß sie glauben konnten, sie bekämen Geld, dann hätten sie sicherlich keinen Vertrag mit uns geschlossen. Die Situation wäre dann für uns eine sehr unangenehme gewesen, denn man hätte Zahlungen für den

8 Andreas Hermes (1878-1964), MdL Preußen (Z) 1925-1928, MdR 1928 bis März 1933, Reichsernährungsminister 1920-1922, Reichsfinanzminister 1922-1923.

9 Hermes hatte in der Kabinettssitzung vom 18.4. Bedenken gegen den Rapallovertrag geltend gemacht, da „die Schaffung eines geeigneten Bodens für die Gestaltung der Reparationsfrage wichtiger sei als der Abschluß eines Vertrages, von dem man nicht absehen könne, welche Früchte er Deutschland bringe". Kabinette Wirth I u. II S. 711. Zu seiner Kontroverse mit Rathenau und Pressemeldungen über Differenzen innerhalb der deutschen Delegation vgl. a. a. O. S. 714f. u. 719-725.

Verzicht auf den Artikel 116 verlangt. Auf die Dauer hätte das bedeutet, daß wir so lange hätten ohne Vertrag bleiben müssen, bis die anderen ihre Verträge abgeschlossen hätten. Wenn wir den Vertrag vorher geschlossen hätten, so wären genau diejenigen Argumente geltend gemacht worden, die auch nachher dagegen geltend gemacht worden sind. Wir sollten nämlich die Interessen des Kapitalismus verraten haben. Insbesondere haben sich die Neutralen in diesem Sinne geäußert. Der Eigentumsfanatismus in manchen Staaten, namentlich in Holland, ist ganz besonders groß. In diesen Kreisen herrschte ganz ehrlich eine Entrüstung darüber, daß wir durch den Vertrag Raub, Mord und Totschlag anerkannt hätten. Inzwischen stellt sich jedoch heraus, daß andere Staaten etwas ganz Ähnliches gemacht hatten und daß der ganze Ärger zum größten Teil daher rührte, daß die anderen nicht dazu gekommen waren, ihre Beute rechtzeitig unter Dach und Fach zu bringen. Es stellte sich plötzlich heraus, worin die ungeheuere Gereiztheit der Entente bestand. Zur gleichen Zeit wurde nämlich bekannt, daß die holländisch-englische Petroleumgesellschaft, die Shellgesellschaft, einen Vertrag mit Rußland abgeschlossen hatte, wonach dieser Gesellschaft die Ausbeutung des russischen Petroleums überlassen wurde. Es ergab sich, daß die Franzosen durch diesen Vertrag mächtig übers Ohr gehauen werden sollten. Während man die Belgier und Franzosen nötigen will, auf die Entschädigung in Rußland zu verzichten, erfährt man, daß ein Teil des belgischen Petroleumeigentums in Rußland auf die Engländer übertragen werden sollte. Der Vertrag mußte natürlich platzen, sobald dies bekannt war, und Deutschland wurde von Lloyd George mit großer Geschicklichkeit zum Sündenbock gemacht. Daß man sich in Deutschland einreden läßt, man hätte den Vertrag nicht schließen dürfen, ist nicht zu verstehen, namentlich wenn man berücksichtigt, daß die Tschechoslowakei und Italien inzwischen auch mit den Russen Verträge abgeschlossen haben.

Das einzig Positive, was wir aus Genua mitgebracht haben, ist der Rapallo-Vertrag. Es ist ganz gleichgültig, ob er uns in der nächsten Zeit viel bringen wird. Unanfechtbar hat er uns bereits gebracht die Befreiung von allen Fährnissen aus dem Artikel 116 des Versailler Friedens und ferner ein ungeheures Plus an moralisch-politischer Achtung in der Welt. Dieselben Neutralen, die in den ersten Tagen auf uns herumgepaukt haben, haben uns nachher – und von Lloyd George kann man genau dasselbe sagen – wesentlich anders behandelt. Von dem Tage an, wo sich die erste Aufregung gelegt hatte, war die Atmosphäre gegen uns eine ganz andere. Was steht nun auf der Minusseite? Zunächst ist behauptet worden, daß die Reparationsverhandlungen dadurch gestört worden seien. In Genua wäre aber über die Reparation unter keinen Umständen gesprochen worden. Das scheiterte schon an dem Widerspruch der Franzosen. Alles, was sich jetzt in Paris abspielt, war uns in Genua eigentlich schon bekannt. Wir wußten, daß die Franzosen durchaus den Wunsch hatten zu verhandeln. Die Haltung der Franzosen in den Kommissionen ist nach wie vor durchaus freundlich und höflich gewesen. Ich selbst habe eine gewisse Fühlung mit der französischen Delegation aufrechterhalten und kann sagen, daß bei Barthou[10] noch nach dem Vertrag Neigung bestand, mit uns in Beziehungen zu gelangen. Also man kann nicht

10 Jean Louis Barthou (1862-1934), Leiter der Reparationskommission und der französischen Delegation in Genua.

einmal von einer dauernden Verschlechterung der Stimmung in der französischen Delegation sprechen. Die Welt glaubt ja noch immer, daß hinter dem Vertrag ein militärisches Abkommen steht. Dadurch ist auch vorübergehend die nationalistische Sache in Frankreich gestärkt worden. Aber das ließ sich nicht vermeiden. Dagegen bestreite ich, daß eine Verschlechterung der Reparationsatmosphäre die Folge gewesen ist. Es fragt sich, ob es irgendwelche anderen Nachteile aus dem Vertragsabschluß gegeben hat, und da wird behauptet, daß der Ausschluß Deutschlands von der Haager Konferenz eine Zurücksetzung Deutschlands bedeutet. Nun ist aber ausdrücklich erklärt worden, daß die Konferenz im Haag nichts weiter ist, als eine von Genua nach dem Haag vertagte Sitzung der ersten politischen Kommission. Hier hat Deutschland selbst auf einen Sitz verzichtet, solange dort Dinge beraten werden, die es selbst schon durch Sondervertrag geregelt hat. Wir haben auch gar kein Interesse hinzugehen, sondern wollen abwarten, bis die anderen ein Interesse haben, uns zu rufen. Denn es ist eine Tollkühnheit, über die Kredite an Rußland zu sprechen, ohne daß man den einzigen wirklichen Sachverständigen, nämlich Deutschland, hinzuzieht. Die anderen wissen das auch, und wenn es soweit ist, wird Deutschland schon herangeholt werden. Es ist also keine Schmälerung Deutschlands, wenn es an der Konferenz im Haag nicht teilnimmt.

Wenn man also die Nachteile gegenüber den Vorteilen des Rapallo-Vertrages abwägt, dann sind die letzteren viel größer. Die deutsche Regierung hat sich in der Zwangslage befunden, und es ist anzuerkennen, daß sie hier schnell und tatkräftig gehandelt hat. Man kann sich freuen, daß sie dabei ein moralisches und politisches Plus erworben hat.

Herr **Bonn**[11] als Korreferent: Ich hatte ursprünglich die Absicht, alles Polemische zu unterlassen. Der Rapallo–Vertrag ist nun einmal abgeschlossen. Es ist aber ganz unmöglich, diesen neutralen Standpunkt innezuhalten, wenn die offiziellen Weißwaschungen in einer Weise vorgenommen werden, wie dies unser Freund Bernhard getan hat. Wir sind nicht nach Genua gegangen, um einen Russen-Vertrag zu machen. Wir wollten helfen, daß Europa endlich wieder den Frieden bekommt. Die Art, wie wir das vorbereitet haben, ist schon etwas merkwürdig. Als politischen Sachverständigen haben wir allein den Ressortchef[12] genommen, der andere Sachverständige[13] ist durch Zufall hingekommen. Die Leitung lag in den Händen eines Staatssekretärs[14], der wirtschaftlich genannt wird, weil er größere juristische Kenntnisse hat. Worum ging es denn nun eigentlich?

---

11 Moritz Julius Bonn (1873-1965), Professor der Nationalökonomie an den Handelshochschulen München und Berlin 1910-1933, Mitglied der deutschen Friedensdelegation in Versailles, Sachverständiger für Reparationsfragen auf den Konferenzen von Spa und Genua. Vgl. M. J. Bonn, So macht man Geschichte. Bilanz eines Lebens, München 1953; dort auch ein sehr kritischer Bericht über den Verlauf der Konferenz von Genua, S. 257-267. Wirth hatte selbst vorgeschlagen, Bonn mitzunehmen, da er „die Sekretäre von Lloyd George gut kenne"; Rathenau hatte sich wegen Bonns Sachkenntnis in der Währungsfrage für ihn ausgesprochen. Kabinette Wirth I u. II S. 652 u. 657.

12 Rathenau.

13 Zur Identifikation siehe Kabinette Wirth I u. II S. 652.

14 Vermutlich Ernst von Simson, Staatssekretär für wirtschaftliche Angelegenheiten im Auswärtigen Amt. Vgl. Anm. 13.

Um unser Verhältnis zu Frankreich. Die Franzosen wollten nicht, daß die Reparationsfrage angeschnitten wird. Die Finanzfrage ist aber die einzige politische, die wir haben. Alles andere sind Arabesken. Wir können heute nicht mehr zwischen West und Ost optieren, denn den Osten gibt es heute nicht. Die Frage geht nun sehr weit zurück. Redner erinnert dabei an das Wiesbadener Abkommen[15]. Der Anfang der Genueser Konferenz liegt im Verlust Oberschlesiens, der in England den Gedanken aufbrachte zu überlegen, wie man die Sache wieder in die Reihe bringen könnte. Damals war man zuerst auf dem Standpunkt, ein Moratorium zu bewilligen und die Verzinsung der ersten 12 Milliarden des Londoner Abkommens zu erörtern. Da wurde von uns der Entente gesagt, uns interessiert nur die Frage, können wir den Januar- und Februar-Coupon bezahlen. Den können wir nicht bezahlen. Es wurde erklärt, ihr Engländer müßt das Geld beschaffen, damit wir die Franzosen bezahlen. Damals wurde ein Plan gemacht dahingehend, daß England uns englische Forderungen an Frankreich zediert. Der Besuch von Stinnes[16] und dann besonders von Rathenau in England hat die englische Regierung über die deutschen Verhältnisse aufgeklärt. Rathenau hat einmal die Engländer überzeugt, daß er mit dem Wiesbadener Abkommen die Engländer nicht bemogeln wollte. Zweitens hat Rathenau eingesehen, daß mit Sachlieferungen England gegenüber nichts zu holen war. Dann kam die Dezember-Konferenz der Alliierten. Das Ergebnis war, daß unsere Sachlieferungen auf 1 250 Milliarden und unsere Geldlieferungen auf 500 Millionen für das Jahr 1922 herabgesetzt werden sollten. Nunmehr berief Lloyd George die Canner Besprechung ein. Bekanntlich ist darauf der Sturz Briands erfolgt. Aber vorher ist einmal ein kurzes Provisorium getroffen worden, zweitens ist man mit uns in eine Korrespondenz getreten. Das Ergebnis von Cannes war schlechter als das von London, 720 Millionen und 1450 Millionen Sachlieferungen. Damals wurden alle Bedingungen, über die jetzt verhandelt werden, schon aufgestellt. Der Vater dieser ganzen Dinge ist Sir John Bradbury[17], der auf dem Standpunkt steht, daß durch die bloße Ausgleichung eines Budgets der Wechselkurs stabilisiert werden kann. Nun haben wir am 28. Januar Vorschläge an die Reparationskommission gemacht. Ich habe diese Vorschläge stets für verkehrt gehalten. Unsere Herren haben nicht sagen wollen, daß unser ganzes Budget eine Funktion des Wechselkurses ist. Es kam das Steuerkompromiß[18] usw., das wurde als unsere Pläne der Reparationskommission bekanntgegeben. Diese Pläne haben aber den Herren nicht imponiert. Die Reparationskommission sagte, selbst wenn ihr die nötigen Abstriche macht, so bleiben immer noch 120 Milliarden ungedeckt. 60 Milliarden bekommt ihr vielleicht durch die Zwangsanleihe, da bleiben noch 60 Milliarden Defizit. Das sind die Steuermilliarden. Nach dieser Note haben wir dann das Richtige gesagt, nämlich, daß das Budget eine Funktion der Wechselkurse ist. Das hätten wir aber schon früher sagen sollen. Nun kamen wir nach

15 Siehe Nr. 85 Anm. 7.

16 Hugo Stinnes (1870-1924), Großindustrieller (Reederei und Bergbau), MdR (DVP) 1920 bis Mai 1924.

17 Britischer Delegierter bei der Reparationskommission.

18 Auf den Steuerkompromiß, der aus insgesamt 14 Steuergesetzen und aus einer Zwangsanleihe in Höhe von einer Milliarde Goldmark bestand, hatten sich die Parteien von SPD bis DVP von Juni 1921 bis Januar 1922 geeinigt. Vgl. Kabinette Wirth I u. II S. 262 f. Anm. 1.

Genua. Der Vater der Konferenz mußte die Reparationsfrage zur Sprache bringen trotz der Franzosen, wenn er seinen Hauptplan durchführen wollte, nämlich den Friedenspakt, der Europa befrieden sollte. Wir konnten nun einem Friedenspakt nicht zustimmen, der Frankreich das Recht gab zu einem Einmarsch bei Nichterfüllung des Vertrages. Umgekehrt hätte Frankreich keinem Vertrag zugestimmt, der ihm das Recht dazu nahm. Wenn Lloyd George also mit seinem Pakt ernst machen wollte, so mußte man an die Reparation herangehen.

Lloyd George hat gesagt, daß Herr de Lasteyrie[19] das Versprechen gegeben hat, nach Genua zu kommen. Das war der Grund, daß er in der ersten Konferenzwoche, vom 10. April an, den Minister Rathenau nicht sprechen konnte. Er sagte sich, wenn ich mit den Deutschen die Reparation besprochen habe, bevor die Franzosen da sind, dann ist darin überhaupt nichts mehr zu machen. Diese Sache hat zweifelsohne eine gewisse Nervosität bei uns zur Folge gehabt. Es ist aber nicht richtig, daß der Brief an Lloyd George 14 Tage unerledigt blieb. Am 11. hat der englische Premierminister das Schreiben bekommen, und am 16. war ja bereits die Einladung zum Tee an die deutschen Minister da. Aber immerhin, es waren gewisse Unklarheiten, und diese sind durch die mangelhafte Technik, mit der wir den Verkehr mit Lloyd George geführt haben, nicht behoben worden. Inzwischen kamen wir in die Finanzkommission, und da ist eine Konferenz der Kapazitäten gebildet worden. Dieser Konferenz gehörte ich an, aber nicht als Kapazität (Heiterkeit), sondern als Dolmetsch. Der Vorsitzende[20] war der entscheidende Finanzmann des englischen Finanzministeriums, und den haben wir über alle diese Dinge auf Grund des Londoner Memorandums gesprochen. In diesem Memorandum wird also nicht nur über Rußland gesprochen, sondern es stellt eine Art paragraphierte Tagesordnung dar, die die Meinung der Sachverständigen der Alliierten auf allen Gebieten des Wiederaufbaus Europas ausdrückt. Wir haben die Herren der Kommission soweit bekommen, daß der wichtige § 34 umgearbeitet wurde und nun dahin lautet, daß die Bedingung jeder Ordnung das Gleichgewicht des Staatshaushalts ist, daß es aber Länder gibt mit so schweren Schuldverpflichtungen, daß diese weder ihr Budget noch ihr Geldwesen ohne eine auswärtige Anleihe in die Reihe bringen können. In dem begleitenden Bericht wird die Sache noch deutlicher auseinandergesetzt. Der Gedanke war, es kann gar nichts anderes geschehen, als daß die Reparationsfrage auf die Tagesordnung kommen muß. Dies geschah schon, weil die Anleihefrage auch in Genua verhandelt wurde. Wir sind am Sonnabend spät abends in dieser Kapazitätenkommission fertig geworden, und am Sonntag kam dann der Rapallo-Vertrag, von dem keiner etwas wußte. Wir erfuhren von ihm am Montag, die meisten von uns zufällig.

Das Hauptargument, das Herr Bernhard für den Russenvertrag angeführt hat, war der Zusammenhang von Artikel 116 des Versailler Vertrages mit der Reparationsfrage. Das ist alles juristischer Dreck, denn es handelt sich darum: Wir haben nach dem Londoner Ultimatum 120 Milliarden zu bezahlen, von denen jeder weiß, daß wir die nicht bezahlen können. Wenn nun dazu 10 oder 20 weitere Milliarden kommen, dann ist es auch noch so. In Sachlieferungen können diese

19 Französischer Finanzminister.

20 Sir Robert Horne, britischer Schatzkanzler 1921-1922.

Summen nicht umgelegt werden. Wenn der Sachlieferungsvertrag aber so beschaffen ist, daß eine Macht im Stande ist, die Umlage vorzunehmen, ohne daß wir dabei gefragt werden, dann ist er mit einer solchen Leichtfertigkeit gemacht, daß ich das von niemandem annehmen kann. Das erste was passierte, war die Frage von unseren Finanzfreunden, ob wir von dem Vertrag gewußt hatten, als in dem Kapazitätenausschuß über diese internationalen Dinge gesprochen wurde. Glücklicherweise konnten wir das alle verneinen. Ich bestreite der Regierung durchaus nicht das Recht, Sachverständige zu informieren oder nicht, denn nur die politische Leitung hat die Verantwortung für die Politik zu tragen. Das System der Sachverständigen sollte man überhaupt nach Möglichkeit zurückschrauben. Aber merkwürdig ist, daß alle Leute, die berufen wurden, um sich über die Reparationsfrage zu äußern, von der für diese Frage so wichtigen Angelegenheit gar nichts wußten, während andere, die sich mit der Reparationsfrage gar nicht beschäftigten, sehr genau im Bilde waren. Ich bin sehr dankbar gewesen, daß ich nicht informiert war, denn dann wäre ich entsetzlich blamiert gewesen. Die Frage wäre auch die gewesen: Wie kann man mit Euch verhandeln, wenn Ihr so doppelzüngige Menschen seid? Was die Fühlungnahme mit Herrn Wise anlangt, so ist das ungefähr so, als wenn man mit einem Regierungsrat im Wirtschaftsministerium über eine hohe politische Angelegenheit verhandelt hätte. Wir hatten sehr gute Fühlung mit dem Privatsekretär[21] von Lloyd George und wußten, daß dies die Stellung ist, in der alles gemacht wird. Die Deutschen, die dort aus und ein gingen, haben dem Privatsekretär nichts sagen können, weil sie nichts davon wußten. Man hätte Lloyd George benachrichtigen können und müssen. Es gibt aber auch Mißverständnisse, die man nicht aufklären will. Wie hat nun die Sache gewirkt? Sie hat jeweilig die ganzen Dinge zerrissen. Es hat dann genützt, daß Leute wie Melchior erklärten, sie hätten von nichts gewußt, denn man sagt sich im Auslande, wenn diese Herren nichts wissen, so kann der Vertrag nicht das Produkt einer großzügigen Politik sein. Zuerst klagte man im Auslande darüber, daß der Panther von Agadir wieder ein Junges geboren hätte, dann aber merkte man, daß es ein totgeborenes Geschäft sei. Bei den Neutralen war die Wut sehr viel größer, denn sie sind im besonderen Grade kapitalistisch gesinnt und bourgeois. In dieser kapitalistischen Gesinnung steckt aber auch ein sittliches Element, denn darin steckt die Tatsache, daß man Verträge abschließt, um sie zu halten, und daß ein Kapitalist sein Geld nur hingibt auf Grund eines Rechtsanspruches. Wenn man ihm den aus der Hand schlägt, dann ärgert er sich natürlich. Die Neutralen entrüsteten sich besonders über die Behandlung der Vorkriegsanleihen. Es war in dieser Richtung charakteristisch, daß Herr von Mendelsohn[22] von den Dingen, die die Herren Bernhard, Hilferding usw. gehört haben, keine Ahnung hatte. Man hätte ihn und andere einweihen können, wenn man gewollt hätte. Die Neutralen sagten zu uns: Erst wollt Ihr Geld, und jetzt stellt Ihr Euch als Gläubiger hin und sagt, es ist ganz einerlei, ob die Zinsen bezahlt werden. Wenn Ihr nun Schuldner seid, werdet Ihr da die Zinsen bezahlen?

Das Auswärtige Amt hat zwei Argumente zur Verteidigung seiner Haltung. Das

21 Sir Edward Grigg.

22 Franz von Mendelsohn, Bankier in Berlin, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages 1921-1931, als wirtschaftlicher Sachverständiger Mitglied der deutschen Delegation.

eine ist, daß es sich in einer Zwangslage befunden hat. Die Kunst ist aber, nicht in eine Zwangslage hineinzukommen. Wir dagegen kommen immer hinein. Dann sagt man, wenn der Vertrag auch nicht abgeschlossen wäre, dann wäre in Genua auch nichts herausgekommen. Jedenfalls aber ist de Lasteyrie gerade wegen des Rapallo-Vertrages nicht nach Genua gekommen. Jetzt werden die Anleiheverhandlungen wieder geführt, weil sich die Notwendigkeit ergeben hat, daß sie geführt werden müssen. Aber wir sollten mit den Regierungen verhandeln und nicht mit der Reparationskommission. Jetzt haben wir erlebt, daß ein deutscher Finanzminister in Paris seine Aufwartung gemacht hat. Wir wären gewiß auch hier wieder in einer Zwangslage, aber mußten wir dahin kommen? Nunmehr ist wieder die Reparationskommission Trumpf, und so ist die interessante Situation entstanden, daß gerade diejenigen Herren, die sich über die Reise von Hermes nach Paris nicht gefreut haben, diejenigen gewesen sind, die sie notwendig gemacht haben. Hoffentlich kommt nun wenigstens etwas in Paris zustande. Denn es ist leider Tatsache, daß bei der neutralen und amerikanischen Finanz der deutsch-russische Vertrag für die Anleihe die Bedingungen nicht erleichtert hat. Näheres darüber zu sagen, ist mir unmöglich. Allerdings in einem Punkte haben wir etwas erreicht. Wir haben das einstimmige Gutachten der Reparationskommission, daß unsere Finanzen nur in die Reihe kommen durch eine auswärtige Anleihe. Das ist von unserem Standpunkt aus ein ganz enormer Erfolg. Ferner haben sich die Dinge so entwickelt, daß die Reparationskommission auf ihr altes Programm zurückgegriffen hat, auf die Alliiertenkonferenz von Dezember. Die Kommission verlangt, daß wir unser Budget balancieren, daß wir die Notenausgabe einschränken, daß wir ein etwaiges Defizit nicht länger durch kurzfristigen Schatzwechsel, sondern durch eine fundierte Anleihe decken. Das sind sehr vernünftige Forderungen, wenn sie durchgeführt werden könnten. Aber die Kommission hat diese Dinge von uns ohne die nötige Voraussetzung verlangt. In Genua haben wir sie gezwungen, diese Voraussetzung zu schaffen, nämlich die internationale Anleihe. In Paris wird nun über die sogenannte kleine Anleihe von 4 Milliarden Goldmark verhandelt. Wenn dieses Projekt sich verwirklicht, dann ist anzunehmen, daß ein Sturz der fremden Gelddevisen eintritt. In diesem Augenblick hört natürlich, wenn die Sache lange genug dauert, die Aufwärtsbewegung der Preise auf, es wird dann möglich sein, das Budget schließlich zu balancieren. Ob das im ersten Jahre der Fall sein wird, ist natürlich sehr zweifelhaft. Aber wenn der Geldwert stabilisiert ist, dann wird es auch möglich sein, eine langfristige Anleihe aufzunehmen. Ob das glückt, das kann heute niemand entscheiden. Wenn sich die Dinge lange hinziehen, dann wird der abnorme Preis des heutigen Dollars der normale werden. Deshalb ist die Notwendigkeit die, daß die Anleihe bald zustande kommt. Nun sagen andere, wir wollen die große Anleihe machen. Dies ist ein Projekt des englischen Schatzkanzlers Horne und besteht in einer Zerlegung der Gesamtschulden, einmal in einen Betrag von 65 Milliarden, die auf dem Papier stehen und nur bezahlt werden sollen, wenn die Alliierten ihre Schulden untereinander bezahlen. Es bleiben 45 Milliarden, die in verschiedene Abschnitte aufgeteilt werden sollen. Ich halte es heute für unmöglich, daß diese große Anleihe gemacht werden kann, weil sie uns aus der augenblicklichen Schwierigkeit nicht heraushelfen würde. Die Schwierigkeit ist ja nicht die Gesamtschuld, sondern die augenblicklich fälligen Leistungen. Daß damit Gefahren verbunden sind, wenn

man dem Hunde den Schwanz stückweise abhackt, ist zweifellos. Aber von dem Schwanz ist beinahe nicht mehr genug übrig, um die kleine Anleihe zu machen. Wir müssen also die kleine Anleihe annehmen. Ich verkenne nicht die Bedenken dagegen, aber ich sehe heute keinen anderen Weg. Wir sind im Augenblick nicht im Stande, politisch die Sache wieder in Bewegung zu bringen, sondern sie befindet sich in den Händen der Wirtschaftler. Wir werden also die Bedingungen der Reparationskommission unter der Voraussetzung der internationalen Anleihe annehmen müssen.

Das ist das praktische Ergebnis der Genueser Konferenz. Wir stehen aber der Sache viel zu nahe, um jetzt schon die letzten Auswirkungen erkennen zu können. Ich muß gestehen, die Sache ist doch diesmal ganz anders verlaufen, als in früheren Konferenzen. Wir sind zwar nicht in jeder Kommission gleichberechtigt gewesen, wir haben aber insbesondere gerade mit den Engländern auf dem Fuße völliger Gleichberechtigung verkehrt, und ich betrachte es als persönlichen Triumph des Reichskanzlers, daß er es verstanden hat, sich mit Lloyd George in ein solches Vertrauensverhältnis zu bringen, daß man heute doch in anderer Weise verhandeln kann, als man früher verhandelt hat. Das ist ein politisches Ergebnis, das nicht zu unterschätzen ist. Das Weitere wird der Zukunft überlassen bleiben. Die nächsten Tage gehören jedenfalls nicht der Erinnerung an Genua, sondern der Erwartung dessen, was in Paris erfolgen wird.

Herr **Petersen**: Wir haben die Erörterungen von zwei klugen und versierten Männern gehört. Trotz aller Meinungsverschiedenheiten im einzelnen haben beide die Konferenz von Genua als Gewinn bezeichnet. Der Vorsitzende wendet sich gegen eine Bemerkung des Vorredners, der gesagt hatte, wenn die eine Richtung in Deutschland die Diskussion über den Rapallo-Vertrag haben will, dann soll sie ihn haben. So dürfe man nicht vorgehen. Natürlich haben auch bei uns in der Fraktion Zweifel über die Zweckmäßigkeit des Vertrages geherrscht, aber es herrschte zugleich Einstimmigkeit darüber: Jetzt stehen wir rückhaltlos hinter dem deutsch-russischen Vertrag. Wenn der Lieferungsvertrag derartig ist, wie ihn Herr Bernhard gekennzeichnet hat, nämlich daß die Gegenkontrahenten ein zedierbares Recht an die Sachlieferungen haben, dann hat doch gerade der Rapallo-Vertrag diese Dummheit erledigt. Ferner haben beide Referenten zugegeben, daß durch die Torheit der französischen Politik die seinerzeit ausgelöste schlechte Stimmung über den Abschluß des Vertrages beseitigt worden ist und daß endlich die Meinung zur Anerkennung gekommen ist, daß das deutsche Budget eine Funktion des Wechselkurses darstellt. Daß die Sache jetzt bei der Reparationskommission liegt, scheint mir nicht so bedenklich. Dies hat insofern ein Gutes, als Poincaré dem englischen Premier zu zeigen hat, daß die Konferenz von Genua keinen Erfolg, dagegen die Reparationskommission, die Einrichtung des Versailler Friedensvertrages, einen Erfolg gehabt hat. Wir haben nun die Betrachtungen von zwei Seiten gehört, eine weitere Diskussion darüber halte ich für unfruchtbar und unnötig. Der Vorsitzende betont bei dieser Gelegenheit, daß Referate und Besprechungen streng vertraulich sind. Er bittet die Herren von der Presse, von einem Bericht über die Verhandlungen abzusehen, es werde ein offizieller Bericht über den Inhalt der Parteiausschußberatungen veröffentlicht werden[23].

23 Vgl. Demokrat v. 31.5.1922 Nr. 22.

Der Parteiausschuß erklärt sich damit einverstanden, daß ohne Pause durchgetagt wird und daß Herr Schiffer sein Referat über Oberschlesien hält[24].

Der Abschluß der Verhandlungen in Oberschlesien

Herr **Schiffer**: Das Interesse für unser Grenzgebiet ist leider nicht so stark, wie es eigentlich dringend wünschenswert wäre. In allen besetzten Gebieten hat die Empfindung in bedauerlicher Weise um sich gegriffen, daß man den Deutschen dort gelegentlich einige gute Worte, aber kein warmes Empfinden entgegenbringt. Das ist nicht würdig unseres Volkstums in dieser Lage, das sich durchaus der Gemeinsamkeit bewußt sein muß, die wir jetzt mehr als je betonen müssen. Ich lege den größten Wert darauf, daß Oberschlesien nicht in den großen Exkurs über auswärtige Fragen hineingebracht wird, den wir in den nächsten Tagen haben werden[25]. Diese Frage muß hinaus genommen und für sich behandelt werden, und ich hoffe, daß es gelingen wird, daß die Dinge sich in würdiger Form abspielen werden. Wahrscheinlich wird die Ratifikation des deutsch-polnischen Abkommens am kommenden Dienstag im Reichstag in einer besonderen Vormittagssitzung stattfinden[26].

Redner macht nun in einem Rückblick auf die Verhandlungen über Oberschlesien Mitteilungen und über seine persönliche Beteiligung an den Verhandlungen. Am 27. oder 28. Oktober, so führt er aus, hat der Reichskanzler mich ersucht, die oberschlesischen Verhandlungen in die Hand zu nehmen. Nach anfänglichem Widerstreben habe ich zugestimmt. Bei allen diesen Gesprächen ist von der Partei nicht die Rede gewesen, denn es hat sich nicht um eine Parteiangelegenheit gehandelt. Trotzdem ist mir in manchen Kreisen der Partei verübelt worden, daß ich dieses Amt übernommen hätte, ohne wenigstens vorher mit den Parteifreunden Fühlung zu nehmen. Diese Fühlungnahme war aber unmöglich. Außerdem war vom Standpunkt der Partei aus gegen die Übernahme des Amtes nichts einzuwenden. Ich betone, daß ich das Amt angenommen habe unter wiederholtem Hinweis darauf, daß dies nicht eine auch nur verschleierte Annahme des Genfer Standpunktes[27] bedeutet. Ich habe das Amt angetreten, nachdem ich einstimmig von dem Reichskabinett wie von dem preußischen Kabinett darum ersucht worden war. Die Aufgabe der Zusammensetzung der Delegation war überaus schwierig und gelang mir nur dadurch, daß mir außerordentlich weitreichende Befugnisse übertragen worden waren und ich von den Ressorts unabhängig war. Die an und für sich verständliche Konkurrenz von Preußen gegenüber dem Reich war in dieser Frage im wesentlichen überwunden worden, insbesondere auch dadurch, daß der preußische Ministerpräsident[28] volles Verständnis für meine Aufgabe hatte. Ich habe die Delegation ohne jede Rücksicht auf Parteistellung

24 Vgl. Nr. 87 Anm. 19.

25 Am 29.5. fand im Reichstag eine Debatte über die Ergebnisse von Genua und über den Rapallovertrag statt.

26 Die Annahme fand am 30. Mai in einer Sondersitzung des Reichstags statt, die zugleich als Trauerkundgebung gestaltet war. Vgl. Schulthess 1922 S. 63.

27 Siehe Nr. 85 Anm. 1.

28 Otto Braun.

nach strengen sachlichen Gesichtspunkten zusammengesetzt. Die Zusammensetzung war eine erstklassige. Was die Herren und Damen geleistet haben, ist über die Maßen bewundernswert. Auch die Vertreter der anderen Nationen haben die Leistungen der deutschen Delegation anerkannt. Übrigens haben auch die Polen tüchtige Leute geschickt. Es hat sich nicht nur als nützlich, sondern als beinahe unumgänglich notwendig erwiesen, daß an der Spitze der deutschen Delegation ein Demokrat stand. Das Mißtrauen der Ausländer gegen die deutschen Emissäre ist immer noch ungeheuer. Ob in Deutschland Monarchie oder Republik herrscht, ist dem Auslande an sich völlig gleichgültig. Aber mit dem Begriff der Monarchie verbinden sich dort Gedanken, die so stark sind, daß sie uns im Auslande auf das Schlimmste schädigen. Daher war es wertvoll, daß an der Spitze der Delegation ein Demokrat und Anhänger der Republik stand. Unsere Stimmung, als wir auf die Einladung Calonders[29] nach Genf gekommen waren, mußte sehr schlecht sein. Wir hatten über die Haltung Calonders ganz außerordentlich Schlechtes gehört. Es ist uns aber in den ersten Tagen bereits gelungen, in diesen Wall von ungünstigen Vorurteilen eine Bresche zu legen. Ich habe Calonder erklärt, daß die Berufung des Tschechen Hodacz[30] als Generalsekretär ihm in Deutschland jedes Vertrauen nehmen würde. Hodacz ist dann auch beseitigt worden. Die Polen kamen dann mit dem Entschluß, die Konferenz in Mährisch-Ostrau oder in Danzig stattfinden zu lassen. Wir haben es durchgesetzt, daß die Verhandlungen zunächst in Oberschlesien selbst stattfanden. Dies war durchaus segensreich. Zu allen Fragen haben wir Vertreter der Interessenten zugezogen, so daß stets die Fühlung mit dem wirklichen Leben vorhanden war. Im Zusammenhang damit ist es auch gelungen, Calonder zur Reise nach Oberschlesien zu bewegen, die von grundlegender Bedeutung für die ganze Frage gewesen ist. Diese Reise war ein Triumphzug des deutschen Geistes. Alles was Calonder sah, war deutsch, das ging soweit, daß die Polen selbst zugaben: Ja, das Land ist das, was es geworden ist, durch Deutschland geworden. Daraus ergab sich dann auch der Schluß: Dies Land kann auch in absehbarer Zeit nur im Zustand der Blüte durch Deutsche erhalten werden. Diese Dinge haben es zuwege gebracht, daß sich in Calonders Auffassung ein großer Umschwung vollzog. War es uns gelungen, zu Calonder in persönliche Beziehung zu treten, so war auch die Erwartung, daß wir in Genf schlecht aufgenommmen würden, unzutreffend. Sowohl Calonder wie die Bevölkerung haben uns mit Achtung, sogar mit Freundlichkeit aufgenommen. Diese Freundlichkeit war sogar nicht unverdächtig, und zwar aus folgenden Gründen. Der Sekretär des Völkerbundes[31] hatte von Anfang an Interesse an dem Zustandekommen des Vertrages. Es kommt ihm darauf an, seine Existenzberechtigung darzutun und seine Basis materiell sicher zu stellen. Daher das Entgegenkommen gegen uns, damit wir die Verhandlungen nicht abbrechen und auch die sehr gute gesellschaftliche Stellung. Immer wieder wurden wir gefragt, wann Deutschland in den Völkerbund eintritt. Auch Calonder hat mich darüber interpelliert. Ich habe stets erklärt, daß ich nicht berufen sei, das deutsche Reich in dieser Sache zu vertreten. Mit Rathenau und Wirth stand

29 Felix Calonder (1863-1952), Vorsitzender der oberschlesischen Kommission des Völkerbunds.

30 Tschechischer Sachverständiger beim Völkerbund für die Teilung Oberschlesiens.

31 Sir Eric Drummond (1876-1951), Generalsekretär des Völkerbunds 1919-1932.

ich darüber in reger Berichterstattung. Es ist an sich nicht zu leugnen, daß der Gedanke, in den Völkerbund einzutreten, zunächst etwas Verführerisches hat. Bei den Bestrebungen, die hier vor sich gehen, haben wir aber deutlich zu unterscheiden zwischen dem Völkerbund in Genf und den Staaten, die hinter ihm stehen. Der erstere hat starkes Interesse an unserem Eintritt, aber man muß abwarten, ob die letzteren nicht ganz andere Ideen haben. Die Nachrichten, die ich habe, sind in der Tat geeignet, sehr zur Vorsicht zu mahnen. Es sieht so aus, als ob die Mehrheit der Staaten nicht ernsthaft geneigt wäre, uns aufzunehmen. England ist dagegen scheinbar geneigt, will aber seine Verantwortung auf den Völkerbund aufladen. Die gesamte Stimmung ist in der Schweiz offenbar seit einem halben Jahr verändert, die fanatische Deutschfeindlichkeit besteht in dem früheren Maße nicht mehr. Zum Teil ist der Grund in der miserablen Lage zu suchen, zum Teil aber auch, weil die Freundschaft für die Franzosen in einen tiefen Groll gegen sie umgeschlagen ist. Das gilt ganz besonders auch für Polen. Für uns haben noch zwei weitere Momente gesprochen. Einmal haben die Polen ein großes Interesse daran, über den oberschlesischen Vertrag hinaus mit uns in nähere wirtschaftliche Beziehungen zu treten. Diese Anschauungen und Wünsche habe ich gut benutzt zu einem Druck auf die Polen. Bekanntlich ist eine wirtschaftliche Sperre von uns über Polen verhängt worden. Die Meinung in Deutschland über diese Maßnahme ist geteilt. Tatsächlich ist anfangs diese Sperre für die Polen sehr unbequem und peinlich gewesen, wie natürlich auch für die deutschen Produzenten. Sie hat dazu beigetragen, daß die polnische Valuta so stark zurückgegangen ist. Aber auf die Dauer ist eine derartige Maßregel nicht aufrechtzuerhalten. Sachsen und Rheinland haben uns bestürmt, diese Sperre zu beseitigen. Von einer sofortigen Beseitigung kann aber nicht die Rede sein, weil wir alle Mittel, die wir besitzen, in den Händen behalten müssen.

Über die Frage, worüber mit den Polen verhandelt werden sollte, herrschten Meinungsverschiedenheiten. Die einen schlugen vor, soviel, andere, sowenig wie möglich. Ich habe die beiden extremen Wege vermieden. Ich habe auch dadurch auf die Polen einen Druck ausüben können, daß ich in Aussicht gestellt habe, daß, wenn es nicht zu einem Vertragsabschluß käme, ich an die Deutschen die Parole ausgeben würde: Hinaus aus Oberschlesien! Das wäre für dieses Land die Katastrophe. Ferner habe ich gesagt: Der Deutsche bleibt nicht bloß in Oberschlesien, wenn er etwas verdienen kann, sondern nur, wenn gewisse ideelle und kulturelle Voraussetzungen für ihn gegeben sind. So ist es mir gelungen, eine Magna Charta der Minderheit zu schaffen. Aber gerade bei dieser Frage zeigten sich schwere Konflikte. Ich habe dafür gekämpft, der deutschen Minderheit möglichste Freiheit zu schaffen. Aber alles das müßten wir den Polen auch bei uns gewähren. Der Endeffekt ist jedoch der, daß die deutsche Minderheit in Polen den Hauptvorteil hat. Der zweite Konflikt wäre der, was wir zur Stärkung des polnischen Oberschlesiens täten, wirkte natürlich auch zugunsten des gesamten polnischen Reiches. Das heißt, mit der Stärkung der oberschlesischen Deutschen stärkten wir auch Polen. Auch hier war ein sorgfältiges Abwägen durchaus geboten.

Alles, was wir abmachten, war zunächst Druckerschwärze. Man mußte fürchten, daß die Polen sich über die Bestimmungen des Vertrages hinwegsetzen würden. Demgegenüber gab es nur dadurch einen Schutz, daß man Kontrollinstanzen

schaffte für die sinngemäße Auslegung des Vertrages. Aber jede Stärkung einer internationalen Gewalt beeinträchtigt nun wieder die Souveränität des Deutschen Reiches. Es ergaben sich somit sehr ernste Schwierigkeiten, sich hier ohne allzuviel Einbuße an eigener Souveränität internationalen Schutz zu verschaffen.

Wir haben den ganzen Stoff in 12 Teile gegliedert, die 12 Unterausschüssen überwiesen wurden. Die Ergebnisse wurden dann den beiden Bevollmächtigten[32] vorgelegt. Diese haben den Stoff geprüft und diejenigen Punkte, in denen eine Übereinstimmung nicht zu erzielen war, später zu bereinigen gesucht. Diese Differenzpunkte verminderten sich immer mehr. Bis zur letzten Stunde wurde immer wieder eine Stelle entdeckt, die auszufüllen war. Es war also eine außerordentlich mühevolle Arbeit. Der Vertrag ist französisch abgefaßt. Der französische Text ist also bei der Auslegung des Vertrages in Streitfällen zugrunde zu legen. Die Nebenverträge sind in polnischer und deutscher Sprache abgefaßt, so daß die beiden Texte vertragsmäßige Kraft haben. Die Verhandlungen wurden in Genf durch die Angehörigen des Völkerbundes stark gefördert. Der Referent geht auf die einzelnen Abschnitte näher ein und beleuchtet namentlich die Schwierigkeiten des Währungsproblems und der Frage der Verbindung der deutschen Gewerkschaften in Oberschlesisch–Polen mit der deutschen Zentrale, sowie der Liquidationsfrage[33]. Bei der letzteren ist erreicht worden, daß außerhalb der Großindustrie und des Großgrundbesitzes keine Liquidationen stattfinden dürfen. Das ist eine außerordentlich große Errungenschaft, die der Eindeutschung Oberschlesiens dienen wird. Auch für die Großindustrie und den Großgrundbesitz sind viele Erleichterungen im Interesse der Deutschen erreicht worden.

In dem Vertrag ist innerhalb der den Deutschen gezogenen Grenzen allerlei erreicht worden. Es liegt aller Grund vor, diesen Erfolg ganz besonders zu betonen. Redner schließt mit dem Hinweis darauf, daß wir in den nächsten Tagen nur ein Gefühl haben, das Gefühl der Trauer über die bevorstehende Loslösung Oberschlesiens, aber auch ein Gefühl des Vertrauens darauf, daß die Deutschen, die jetzt bleiben, ihr Deutschtum auch erhalten werden.

Petersen *macht nach Dankesworten noch einige geschäftliche Mitteilungen und einige Ausführungen zur Reparations- und Anleihefrage.*

Anschließend nimmt der Parteiausschuß eine Resolution Falk gegen Separationsbestrebungen im Rheinland an. Sie lautet:

„Der demokratische Parteiausschuß nimmt Kenntnis von der durch die Telegraphen-Union verbreiteten Nachricht, von Rheinländern seien Verhandlungen über die Errichtung einer rheinischen Republik unter englischem Protektorat eingeleitet. Die rheinischen Mitglieder des demokratischen Parteiausschusses erklären, daß nach ihrer Kenntnis diese Nachricht falsch ist und nicht einmal gutgläubig aufgestellt sein kann. Obwohl unter den in dieser Nachricht genannten Personen sich kein Angehöriger der Deutschen Demokratischen Partei befindet, nimmt der Parteiausschuß Anlaß, erneut zu erklären: Die Partei wird niemand in ihrer Mitte dulden, der zu irgendwelcher Zeit und aus irgendwelchem Grunde die Errichtung einer rheinischen Republik betreibt."

32 Von polnischer Seite: Olschowski.

33 Zum Inhalt des Abkommens vgl. Schulthess 1922 S. 317f.

Der Parteiausschuß beschließt, dem Vorstand die Wahl von Termin und Ort des nächsten Parteitags zu überlassen. Anschließend berichtet **Petersen** *über den derzeitigen Stand der Reichspräsidentschaftsfrage*[34].

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen des **Generalsekretärs** *schließt der* **Vorsitzende** *die Sitzung.*

34 Vgl. Nr. 92.

95.

26.6.1922: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 17.15 Uhr. Ende: kurz nach 20.15 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Böhme, Cohnstaedt, Dernburg, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falk, Fischer, Frankfurter, Graf, Haas, Harteck, Issberner, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Kuhle, Landahl, Nuschke, Petersen, Preuß, Schacht, Schiffer, Siehr, Stern, Wachhorst de Wente. Gäste: mehrere Vertreter der demokratischen Presse.

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung um 17.15 Uhr, indem er zugleich mitteilt, daß die Vorstandssitzung auf Wunsch einer Reihe von Vorstandsmitgliedern, besonders derer aus Berlin einberufen sei, um Stellung zu nehmen zu der Lage, die durch die Ermordung Rathenaus geschaffen worden ist. Nach einer warmen Würdigung der Bedeutung Rathenaus betont Herr Erkelenz, daß der Mord gegen die deutsche Republik selbst gerichtet ist. Die Republikaner seien nicht unschuldig daran, weil sie durch die große Nachsichtigkeit gegenüber den Trägern des ehemaligen Systems diese gewissermaßen gezwungen haben, zu versuchen, durch gesteigerte Aktivität die verlorene Macht wiederzugewinnen. Man darf diese Elemente nicht allein mit geistigen Waffen bekämpfen; solange ein Staat so schwach ist, wie es die deutsche Republik nach Lage der Sache nun sei, muß sie sich auf die ihr zu Gebote stehenden Machtmittel stützen.

Herr **Schiffer** spricht über die Verordnung des Reichspräsidenten[1]. Er betont, daß in der genannten Situation etwas geschehen mußte, um Ausbrüche der Selbsthilfe zu vermeiden. Die Regierung hat aber bei ihrer Verordnung wieder ein altes Klischee angewandt und die Fehler der früheren Verordnung[2] ziemlich vollzählig wieder übernommen. Redner weist das im einzelnen nach. Als Forderungen, die zu erheben sind, bezeichnet er in erster Linie diejenige, daß die Verfolgung aller Straftaten gegen die Republik in eine Hand zu legen ist, der alle Staatsanwaltschaften untergeordnet sind. Wenn man die Staatsanwaltschaften nicht in die Hand des Reiches legen will, dann muß man erwägen, ob man neben ihnen für diese Stelle wenigstens die polizeilichen Kräfte für das Reich konzentrie-

1 Zwei Tage nach dem Mord, am 26.6.1922, hatte die Regierung eine Verordnung zum Schutz der Republik erlassen. Vgl. Schulthess 1922 S. 79f.

2 Siehe Nr. 83 Anm. 2.

ren kann. Dabei taucht die bedeutsame Frage auf: Die Stützen der gegenwärtigen Staatsform verfügen nicht über genügende Kräfte, um als Autorität aufzutreten, während die Elemente, die die nötigen Machtmittel haben, nicht dem Staat zu Diensten stehen.

Es gibt nur wenige für die höheren Stellen passende Personen in den Parteien der Linken, doch muß versucht werden, die Beamtenhierarchie anders zusammenzusetzen. Besonders in der Justiz müssen wir dahin kommen, daß die Leute, die sich zur Republik bekennen, in leitende Stellen gelangen. Redner wendet sich in diesem Zusammenhang gegen die Untätigkeit des preußischen Justizministers[3].

Herr **Preuß** kritisiert die Hilflosigkeit, mit der man tatsächlich der Entwicklung der Dinge gegenübersteht. Er stimmt Herrn Schiffer in der Beurteilung der Verordnung zu. Weshalb wir nicht vorwärts kommen können, das ist einmal der Gegensatz zwischen Reich und Ländern, und das ist die Art und Weise der Koalitionsregierung. Eine Reichstagsauflösung könnte heute bei der erregten Stimmung sehr blutige Folgen nach sich ziehen. Die energische Stimmung in der Regierung scheint schon wieder vorüberzugehen. Vielleicht könnten wir Demokraten der Regierung das Rückgrat stärken. Das geht allerdings über den Rahmen der alltäglichen Politik hinaus.

Herr **Koch[-Weser]**: Wir haben hinreichend Beamte für politische Ämter zu stellen. Die Schwierigkeit liegt nur darin, daß die Sozialdemokratie keine unpolitischen Beamten will, sondern Parteipolitik treiben möchte. Das gilt namentlich für Preußen. Man soll die Beamten entfernen, die ihre Stellung zu politischen Zwecken mißbrauchen. Wir müssen eine Bestimmung haben, wonach alle politischen Beamten zur Disposition gestellt werden können. Ohne reichskriminalistische Überwachung kommen wir gar nicht mehr durch. Die Parteien werden auch einen entsprechenden Initiativ-Gesetzentwurf einbringen. Einen Hauptfehler hat die Deutsche Volkspartei mit ihrer verschwommenen Politik gemacht.

Herr **Frankfurter**: Der Vorstand soll sich darüber schlüssig werden, was die Demokratische Partei nach Lage der Dinge zu tun hat. Was unsere Organisationen von uns verlangen, ist eine schleunige Stellungnahme zu den Tatsachen. Zum Beweis dafür verliest Redner mehrere demokratische Anträge aus dem Lande, die dem Vorstand zugegangen sind. Der Vorstand kann die Initiative der Fraktion nicht allein überlassen, und was wir dem Lande zu bieten haben, muß weit hinaus gehen über das, was die Regierung bietet. Wenn wir nichts tun, dann stürzt die Regierung zusammen. Im Anschluß daran begründet Redner einen längeren Antrag, um dessen Annahme er den Vorstand ersucht.

Herr **Falk** erhebt verschiedene Bedenken gegen den Antrag Frankfurter. Er schlägt vor, dafür zu sorgen, daß die reaktionären Beamten aus den maßgebenden Stellungen entfernt werden, eventuell durch Änderung des geltenden Rechts. Die zweite Frage ist die Ausgestaltung der Koalition. Ein Zusammengehen mit den Unabhängigen gehört nahezu zu den Unmöglichkeiten, weil sie nicht wirkliche

3 Hugo am Zehnhoff (1855-1930), MdL Preußen (Z) 1898-1908, 1919-1930, MdR Juni 1899-1918, preußischer Justizminister 1919-1927.

Demokraten und Republikaner sind. Die Deutsche Volkspartei bekennt sich nicht amtlich zum Antisemitismus, sie kann es aber nicht über sich bringen, die Organisationen zu veranlassen, amtlich vom Antisemitismus abzulassen. Solange sie das nicht tut, ist die Deutsche Volkspartei nicht koalitionsfähig.

Frau **Bäumer**: Die Kundgebung der Deutschen Demokratischen Partei sollte sich nicht nur auf die Empfehlung von Strafmaßnahmen beschränken. Die Parteien sollten grundsätzlich in einer offiziellen Darlegung die politische Lage auch nach der Richtung beleuchten, ob das Bürgertum überhaupt als Träger der Republik noch eine Rolle spielen will oder nicht. Es müßten auch noch andere Dinge in der Kundgebung stark betont werden, z. B. die Durchdringung der Schulen mit der rechten republikanischen Gesinnung usw. Auch müßte eine Auseinandersetzung mit der Deutschen Volkspartei darin erfolgen. Rednerin beantragt, daß man die hier gemachten Vorschläge und Anträge einem kleineren Ausschuß zur Durchberatung übergibt.

Herr **Cohnstaedt**: Wir haben die Empfindung, daß der Strich nach rechts so gezogen werden muß, wie er von Falk skizziert worden ist. Die Versuche, die Deutsche Volkspartei heranzuziehen, dürfen in dieser Situation nicht fortgesetzt werden. Das muß auch deutlich gesagt werden. Eine Koalition mit den Unabhängigen ist für uns gar nicht so ganz ausgeschlossen. Wenn die Unabhängigen die Republik schützen wollen, so dürfen wir sie nicht zurückstoßen. Draußen im Lande erwartet man jetzt von uns ein offenes und klares Wort und daß die Kundgebung nicht bloß mit juristischen Fragen sich beschäftigt, sondern daß gezeigt wird, daß wir zum Handeln bereit sind. Wir müssen etwas für die Überführung der Verordnung in das Gesetz tun und dabei die Demokratisierung der Verwaltung betonen, ferner eine Änderung des Disziplinargesetzes. Wir müssen auch politische Richtlinien aufstellen, aber die Vorschläge von Frankfurter würden die Sache zu ausgedehnt machen. Redner empfiehlt den Antrag Bäumer, bis morgen abend müßte der Ausschuß mit seiner Arbeit fertig sein. Zusammengesetzt sollte er werden aus den Vorstandsmitgliedern Bäumer, Erkelenz, Frankfurter.

Herr **Landahl** bedauert, daß unsere Führer die heutige Jugend nicht kennen. Die Republik wird, wenn sie sich mit dem begnügt, was bisher geschehen ist, an Kredit in der Jugend ganz gewaltig verlieren. Die Republik hat nicht den Willen gezeigt, sich durchzusetzen. Energisches Handeln, wie es notwendig ist, ist nur möglich, wenn eine Stelle geschaffen wird, die aktiv ist und die Gesetze gegen die Gegner der Republik zur Anwendung bringt. Redner bittet auch im Auftrage der Hamburger Organisation, daß die regierenden Parteien jetzt mehr zustande bringen als nach dem Erzbergermorde. Gelingt es der Republik nicht, durch Aktionen sich Respekt zu verschaffen, dann wird die Jugend die Republik nicht mehr verstehen. Eine allgemeine republikanische Jugendbewegung ist im Gange. Die Gefahr ist vorhanden, daß diese Jugend der Partei und allen Koalitionsparteien verlorengeht und neue Formen sucht.

Herr **Koch[-Weser]** verliest einen Antrag dahingehend, die Landesregierungen zu ersuchen, Gedächtnisfeiern in den Schulen für Rathenau zu veranstalten.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Herr **Frankfurter** bittet um sofortige Beschlußfassung über den Antrag Bäumer. Die Brücke zur Deutschen Volkspartei muß jetzt abgebrochen werden.

Die von Herrn **Graf** gegebene Anregung, auch die Reichswehr in der Erklärung zu erwähnen, wird nach aufklärenden Bemerkungen des **Vorsitzenden** fallengelassen. Der Vorsitzende schlägt vor, daß der zu wählende Ausschuß auf Grund eines von Frau Bäumer zu verfassenden Entwurfs morgen nachmittag berät.

Der Vorstand erklärt sich damit einverstanden und beauftragt einen Ausschuß, bestehend aus Frau Bäumer und den Herren Erkelenz und Frankfurter, eine Kundgebung zu verfassen und zu veröffentlichen[4]. Schluß kurz nach 20.30 Uhr.

4 In der demokratischen Presse erschienen dann zwei Aufrufe, der erste war vom gesamten Vorstand unterzeichnet, er forderte u. a. eine „Einheitsfront aller Republikaner" und auch in den Parlamenten „den Zusammenschluß von Parteien mit klarem und entschlossenem Willen zum Schutz der Verfassung". Der zweite Aufruf war von Erkelenz und Petersen unterzeichnet und wandte sich u. a. gegen „gewissenlose Parteiagitation und Verhetzung durch monarchistische Kreise". Demokrat v. 30.6.1922 Nr. 25/26.

96.

11.7.1922: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz, dann Fischer. Beginn: 16.15 Uhr. Ende: 22.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Böhme, Cohn (Dessau), Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falk, Frau Fincke, Fischer, Frankfurter, Gerland, Haas, Hamm, Harteck, Hustaedt, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Keinath, Koch-Weser, Frau von Koerber, Kuhle, Landahl, Oeser, Petersen, Preuß, Schiffer, Stern, Tantzen, Weinhausen. Gäste: mehrere Mitglieder der Reichstagsfraktion, einige Vertreter der demokratischen Presse.

Die politische Lage und die Erweiterung der Regierung

Der Vorsitzende, Herr **Erkelenz,** eröffnet die Sitzung um 16.15 Uhr und führt aus: Die Ermordung Rathenaus hat große Erregung hervorgerufen und bewirkt, daß das Pendel nach links geschlagen ist. In dieser Situation waren wir aus politischen Gründen gezwungen, Entschlüsse zu fassen, die man in Zeiten politischer Ruhe nicht gefaßt hätte. Die Beschlüsse der letzten Vorstandssitzung haben aus Bayern Widerspruch gefunden[1]. Sonst hat die Erklärung überall Zustimmung gehabt. Von München liegt ein bedauerlicher Bruch der Disziplin vor, weil man dort eine Veröffentlichung veranlaßt hat, die sich gegen die Beschlüsse der Vorstandssit-

1 Siehe Nr. 95, bes. Anm. 4. Der Beschluß des Landesausschusses der DDP Bayerns vom 2.7. ist kurz referiert bei Wippermann A 1922 II S. 59.

zung wendet[2]. Wir müssen uns über jede Stärkung des wahrhaften republikanischen Flügels, also auch über den Wandel in der USPD freuen[3]. Wenn aber die deutsche Republik sich nur auf die Arbeiterschaft aufbaut, dann wird sie sich nicht halten können. Ein bedingungsloser Eintritt der USPD in die Regierung wird die bürgerlichen Schichten, die jetzt noch zum Schutze der Republik bereit sind, weiter nach rechts drängen. Mit der Gestattung eines solchen Eintritts würden wir die Geschäfte der Deutschen Volkspartei betreiben. Der Eintritt der USPD in die Regierung bedeutet eine Stärkung der republikanischen Front unter der einen Voraussetzung, daß nicht dadurch der rechte Flügel der Republikaner geschwächt wird. In den Verhandlungen mit der SPD hat Petersen gesagt, daß die Demokraten eine ähnliche Frage, wie sie die SPD an die USPD gerichtet habe[4], nun an die Deutsche Volkspartei richten werden. Die SPD hat sich damit einverstanden erklärt. Wir müssen doch einen möglichst großen Bestandteil des Bürgertums in die Koalition zum Schutze der Republik hineinnehmen. In diesem Zusammenhang polemisiert der Vortragende gegen die Haltung der "Frankfurter Zeitung", die sich in mehreren Artikeln gegen die Stellung der Reichstagsfraktion gewandt und damit den Gegnern der Demokraten Agitationsmaterial geliefert habe. Es gehe nicht an, jede abweichende Meinung außerhalb der Partei in alle Welt hinauszuposaunen. Welche Lage ist nun geschaffen? Die Unabhängigen sind offenbar entschlossen, nicht in die Regierung einzutreten, wenn gleichzeitig die Deutsche Volkspartei darin ist. Soweit zu ersehen ist, könnten sich aus der Lage, wie sie sich an diesem Tage darstellt, sechs verschiedene Lösungsmöglichkeiten ergeben, von denen allerdings nur ein Teil ernsthaft in Betracht kommt: 1. Eine gemeinsame Regierungsbildung der alten Koalition unter Zuziehung der USPD und der DVP. Diese Lösung scheitert an dem Widerspruch der Unabhängigen und infolgedessen auch der Mehrheitssozialisten. 2. Könnte gar nichts geändert werden; nachdem gestern die Sozialdemokraten in ihrem Beschluß so etwas wie einen Rückzug angetreten haben[5], drängt sich diese Möglichkeit wieder etwas mehr in den Vordergrund. 3. Wäre denkbar die Beibehaltung der bisherigen Koalition unter Zuziehung nur der Unabhängigen. Das würde die Folge haben, daß der Rest bürgerlicher Schichten uns ziemlich vollständig verlorengeht.

---

2 Die „Münchner Neuesten Nachrichten" hatten am 8.7. eine „angeblich von leitender Stelle der Demokratischen Partei in Bayern" dem Blatt zur Verfügung gestellte Darstellung veröffentlicht, nach der die bayrischen Demokraten den Widerstand der bayrischen Regierung unterstützt und die Forderungen des Parteivorstands zum Republikschutzgesetz kritisiert hätten. Vgl. den Bericht und den dazugehörigen Kommentar in: Frankfurter Zeitung v. 9.7.1922 Nr. 504.

3 Bei einer Besprechung der Regierung mit den Parteiführern am 28.6.1922 hatte Müller-Franken (SPD) mitgeteilt, die USPD sei seit dem Tode Rathenaus gewandelter Auffassung und zu positiver Mitarbeit bereit. Eine Einigung der sozialistischen Parteien sei jetzt zu erwarten. Vgl. Kabinette Wirth I u. II S. 909.

4 Bei einer weiteren Parteiführerbesprechung am 1.7.1922 hatte Müller-Franken mitgeteilt, er habe namens der Partei bei der USPD angefragt, „ob sie bereit sei, zur Sicherung der republikanischen Regierung in diese einzutreten". A. a. O. S. 926.

5 Am 10.7. hatte die SPD-Fraktion festgestellt, die zum Schutz der Republik zu beschließenden Gesetze könnten nur von einer entschieden republikanischen Regierung durchgeführt werden. Die DVP, die gerade erst das Getreideumlagegesetz abgelehnt habe, lasse die notwendige Rücksicht auf das Staatsinteresse vermissen. Deshalb komme für die SPD die Mitarbeit in einer nach rechts erweiterten Koalition nicht in Frage. Vgl. Schulthess 1922 S. 89.

Man muß alles tun, um nicht in diese Lage mit hineinmanövriert zu werden. 4. Wenn sich die Unabhängigen mit den Mehrheitssozialisten verschmelzen, dann würde die Frage für uns allerdings kein direktes Interesse haben. Es wird aber von beiden Seiten behauptet, daß diese Möglichkeit zur Zeit nicht praktisch werden kann. 5. Eine weitere Eventualität ist: Ein couragierter Reichskanzler müßte ein persönliches Kabinett bilden. Das würde allerdings praktisch auf dasselbe hinauslaufen, als wenn wir dem Eintritt der Unabhängigen allein zustimmen. Die 6. Möglichkeit ist die Auflösung. Nach all dem kann ernsthaft nur in Betracht kommen: Die Unabhängigen treten mit unserer Zustimmung in die Regierung ein oder persönliches Kabinett oder Auflösung. Schon aus allgemeinen Gründen hat sich der jetzige Reichstag überlebt. Er ist nicht mehr das Spiegelbild der öffentlichen Meinung des deutschen Volkes, und deshalb braucht man dem Gedanken einer Auflösung gar nicht so fernzustehen. Viele von uns haben die Auflösung zuerst als ein großes Unglück betrachtet. Diese Auffassung hat sich jetzt auch geändert. Gegen die Auflösung gibt es auch keine außenpolitischen Gründe. Es gibt nur einen Grund, das ist die Wirkung auf die deutsche Valuta; doch soll man der Auflösung nicht unter allen Umständen aus dem Wege gehen. Wir könnten sie heute besser bestehen, als vielleicht in einigen Monaten. Die Wahlen werden kaum in den Bürgerkrieg übergehen. Es ist die Wahrscheinlichkeit vorhanden, daß die alte Koalition der Nationalversammlung, wenn auch in geringerer Mehrheit, wiederkehrt. Für die Deutschnationale Volkspartei würde die Wahl einen starken Verlust bedeuten. Dieser Verlust geht zum großen Teil zugunsten der Deutschen Volkspartei. Aber die Ereignisse seit dem Juni 1920 werden beträchtliche Teile des deutschen Bürgertums, die sich bei den letzten Wahlen der Deutschen Volkspartei zugewandt haben, veranlassen, die Deutsche Volkspartei zu verlassen und teils für uns, teils für das Zentrum zu stimmen. Andererseits ist nicht zu glauben, daß die Sozialdemokraten sehr große Geschäfte machen werden. Also das einzige, was gegen die Auflösung geltend zu machen ist, ist die Gefahr einer starken wirtschaftlichen Erschütterung. Darüber werden wir uns jetzt auszusprechen haben. Ich persönlich bin der Auffassung: Wenn ein Reichstag, wie ich es beschrieben habe, zusammenkommt, daß dies dann eine so wesentliche Konsolidierung ist, daß der wirtschaftliche Rückgang dadurch mehr als aufgehoben wird. Wir hätten in diesem Wahlkampfe auch durchaus brauchbare Wahlparolen. 1. Die von 1919: nämlich zu verhindern, daß eine sozialistische Mehrheit zustande kommt, und 2. eine Parole gegen die schwankende Deutsche Volkspartei. Aber auch derjenige, der den Wahlkampf nicht will, muß sich darüber klar sein, daß die fortwährenden Angstrufe über die Auflösung zu nichts weiter führen, als daß immer neue Forderungen hervorgerufen werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat gestern die Koalition mit den Unabhängigen nicht unter allen Umständen verlangt[6]. Vielleicht bleibt demnach alles wie bisher. Es könnten aber auch andere Möglichkeiten in Frage kommen. Wir sind verpflichtet, auch bei schweren Situationen den Kopf hoch zu behalten und nicht aus Angstmeierei verhängnisvolle Beschlüsse zu fassen.

Herr **Petersen** stimmt den Ausführungen des Vorsitzenden zu mit der einzigen Ausnahme, daß er die Auflösung des Reichstags aus inner- wie

6 Vgl. Anm. 5.

außenpolitischen Gründen doch für höchst bedenklich halte. Wir müssen aus der Parteizersplitterung herauskommen. Zum Beweise dafür, daß auch der Vorstand der Partei diese Linie immer innegehalten habe, verliest Redner die Kundgebung des Vorstandes vom September 1921, in der die Heranziehung sowohl der Deutschen Volkspartei wie der Unabhängigen zur Koalition als nötig bezeichnet wird[7]. Genau dieselbe Notwendigkeit liegt jetzt vor. Redner geht dann auf die außenpolitische Bedeutung der Frage ein und betont, daß die auswärtige Anleihe, der Kernpunkt unseres wirtschaftspolitischen Problems, in Gefahr gerate, wenn 70 Sozialisten mehr in der Regierung sind. Das folge schon aus der Mentalität der Engländer und Amerikaner. In der interfraktionellen Besprechung haben wir ausdrücklich gesagt, daß die Unabhängigen in der Regierung uns nur erträglich sind, wenn gleichzeitig die Deutsche Volkspartei eintritt, und umgekehrt. Die Mehrheitssozialdemokratie hat die Berechtigung davon anerkannt, daß wir an die Deutsche Volkspartei wegen Eintritts in die Koalition herangegangen sind[8]. Es ist eine Treulosigkeit sondergleichen, daß der "Vorwärts" sich jetzt gegen unser Schreiben an die Volkspartei gewendet hat. Nur durch die Haltung der "Frankfurter Zeitung" ist ihm dieser Treuebruch möglich geworden, da er sich immer auf die Leitartikel der "Frankfurter Zeitung" berufen konnte. Da die beiden Flügelfraktionen nicht zusammenzubringen sind, so besteht die einzige Möglichkeit in der Belassung der jetzigen Koalition. Wir haben bei der ganzen Frage doch auch Rücksicht zu nehmen auf Preußen, wo die Deutsche Volkspartei mit den Sozialdemokraten in der Koalition ist; dasselbe ist auch in Braunschweig geschehen und wird in Sachsen kommen. Die Deutsche Volkspartei hat auch ein Bekenntnis zur Republik abgelegt. Die Unabhängigen haben das meines Wissens nicht getan. Wir werden uns durch keine Nervosität von der geraden Linie unserer Politik ablenken lassen.

Herr **Cohnstaedt** geht auf die Vorwürfe ein, die gegen die "Frankfurter Zeitung" erhoben worden sind. Er erklärt, daß die Presse nicht um ihre Meinung gefragt worden sei, bevor die Fraktion den Brief an die Deutsche Volkspartei abgesandt habe. Die "Frankfurter Zeitung" hat durchaus nicht die außenpolitischen Gesichtspunkte außer acht gelassen. Sie ist auch nicht für die Hineinnahme der Unabhängigen in die Regierung eingetreten. Die "Frankfurter Zeitung" ist ausgegangen von dem Vorstandsbeschluß vom 26. Juni[9]. Sie war überzeugt, daß damals ein Wendepunkt eintreten mußte; das ist auch in den beiden Aufrufen der Demokratischen Partei ausgesprochen worden. Wie sollen unsere Leute draußen im Lande es verstehen, wenn 8 oder 10 Tage später die Deutsche Volkspartei zu den entschlossenen Parteien gerechnet wird, auf die sich die Regierung stützen wird? Warum richtet die Fraktion ihre Briefe nur an die Deutsche Volkspartei? Warum wendet sie sich nicht auch an die Unabhängigen? Wenn diese keine befriedigende Antwort erteilen, dann hatten wir guten Grund zur

7 Siehe Nr. 83.

8 Am 6.7.1922 hatten sich die Reichstagsfraktionen der DDP und des Zentrums in einem Brief an die DVP gewandt und sie unter Würdigung der jüngsten Äußerungen führender Volksparteiler zur politischen Lage zum Eintritt in die Regierung und zur Mitarbeit am Republikschutzgesetz aufgefordert. Abgedruckt in: Demokrat v. 9.8.1922 Nr. 29/30.

9 Siehe Nr. 95, bes. Anm. 4.

Ablehnung. Wir hätten auch die Deutsche Volkspartei darauf festlegen müssen, ob sie bereit oder nicht bereit sei, mit den Unabhängigen eine Regierung zu bilden. Dieser Brief ist nur eine unverständliche Geste, die sehr mißglückt ist. Die Presse ist nicht dazu da, die Fraktionspolitik blindlings zu verteidigen, sondern die Politik, die für sie richtig erscheint. Sie fühlt sich dem Volke gegenüber genauso verantwortlich wie die Fraktion. Der Brief an die Volkspartei ist deshalb ein schwerer Fehler gewesen, weil er auf die Parteien links von uns unbedingt aufreizend wirken mußte. Die "Frankfurter Zeitung" steht mit ihrer Haltung auch nicht allein; das beweisen verschiedene Stimmen aus dem Lande.

Herr **Falk**: Es war richtig, daß die Fraktion, sobald sie von den Verhandlungen mit den Unabhängigen erfuhr, sagte: Wenn die Unabhängigen in die Regierung eintreten, so müssen wir auch die Deutsche Volkspartei hineinnehmen. Es dreht sich nämlich für uns um die Frage, ob sozialistische oder liberale Politik. Auch der Kredit im Auslande wird dadurch ganz wesentlich beeinflußt. Der Brief an die Volkspartei mußte allerdings den Satz enthalten, ob die Partei auch mit den Unabhängigen zusammen in die Regierung gehen wollte. Wir müssen es aber so darstellen, als wenn diese Voraussetzung bei unserer Anfrage selbstverständlich gewesen wäre. Es scheint, als wenn nur die Reichstagsauflösung der Ausweg bleibt. Ich wünsche sie nicht, aber ich weiche ihr nicht aus. Wenn wir nur mit den Unabhängigen zusammen regieren, wird es binnen kurzem doch zu einer Auflösung kommen, aber unter viel schlechteren Verhältnissen.

Herr **Nuschke**: Kein Mensch denkt, von dem Vorstandsbeschluß vom September vorigen Jahres abzugehen. Aber das heißt doch nicht, in jeder möglichen und unmöglichen Situation die Große Koalition als das alleinige Mittel anzupreisen. In einer völlig neuen Lage, wie sie der Rathenau-Mord geschaffen hat, kann man nicht ohne weiteres auf den alten Beschluß zurückgreifen. Durch unseren Brief haben wir nun die Lage der Unabhängigen erleichtert. Es ist richtig, daß die Volkspartei Konzessionen gemacht hat. Aber die ganze Situation ist so ungeheuer gespannt, daß man nicht lediglich auf Grund einer Augenblicksrede eine Koalition bilden kann. Warten wir doch einmal ab, wie sich die Volkspartei entwickelt. Wie wird außenpolitisch die Aufnahme einer Partei in der Regierung wirken, die grundsätzlich Gegnerin der Erfüllungspolitik ist? Wir müssen jetzt vor allen Dingen die entschlossene Führung wieder gewinnen und die Briefangelegenheit mehr in den Hintergrund treten lassen. Redner bittet, keinen Beschluß zu fassen.

Herr **Fischer** bittet, nach außen hin weder eine Kritik der Münchner Beschlüsse noch des Verhaltens der "Frankfurter Zeitung" laut werden zu lassen. Meinungsverschiedenheiten sollen innerhalb der Partei ausgefochten werden. In dem Brief an die Deutsche Volkspartei ist keine Schwenkung unserer Haltung zu erblicken. Er war eine Zweckmäßigkeitsfrage. Er bedeutete eine Sondierung und hat ergeben, daß die Volkspartei in diesem Augenblick nicht in die Regierung geht. Mit Nuschke ist Redner der Auffassung, daß wir zunächst einmal dafür zu sorgen haben, daß die Gesetze zum Schutze der Republik jetzt im Reichstag eine möglichst große Mehrheit finden. Diese unsere Bemühungen sind nicht ganz erfolglos. Die Reichstagsauflösung braucht von uns parteipolitisch nicht gefürchtet zu werden, es ist aber eine andere Frage, ob ich meine Haltung so einrichte, daß die Auflösung kommen soll oder daß sie nach Möglichkeit vermieden wird. Vom

wirtschaftlichen Standpunkt aus ist die Auflösung als ein Sprung ins Dunkle zu betrachten, darum sollte sie vermieden werden. Es ist unsere Pflicht, unbeirrt an den Schutzgesetzen zu arbeiten, unbekümmert darum, welche Regierungsbildung kommt.

Frau **von Koerber** tadelt die schwankende Politik der Partei. Wir müssen mit den republikanischen Parteien zusammen gehen, so daß niemand mehr glauben kann, daß wir nicht mehr ehrlich zur Republik stehen.

Herr **Koch[-Weser]**: Nach dem Morde Rathenaus kam es für die Partei auf folgendes an: 1. Eine entschiedene Gesetzgebung zum Schutze der Republik einzuführen. 2. Eine Auflösung des Reichstags in dieser Zeit nach Möglichkeit zu verhindern. 3. Zu verhüten, daß die Frage der Koalitionsveränderung voreilig unter dem jetzt herrschenden Sturm gelöst wird. Für uns kann es sich nur darum handeln, diese drei Punkte zum Abschluß zu bringen. Durch unsere Taktik mit dem Brief ist die Frage des Eintritts der Unabhängigen hinausgeschoben und auf eine ruhigere Zeit vertagt worden.

Herr **Gerland**: Es ist ein außerordentlicher Fortschritt, wenn ein Politiker wie Stresemann ausspricht, daß die Republik in Deutschland auf unabsehbare Zeiten die einzig mögliche Staatsform ist. Der Brief an die Volkspartei ist auch gar nicht mißverstanden worden. Die Parteien wußten genau, daß das Schreiben nur im Zusammenhang mit dem beabsichtigten Eintritt der Unabhängigen in die Regierung geschrieben worden war. Ein Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen allein ist für uns nicht tragbar. Redner beweist das an den thüringischen Verhältnissen.

Herr **Kauffmann**: Es war allgemeine Stimmung, daß die Ermordung Rathenaus einen Wendepunkt für die Partei darstelle. Demgegenüber mußte der Brief an die Volkspartei wie ein Schlag ins Gesicht wirken. Es hätte auch noch andere Mittel gegeben, um die Entscheidung über das Anerbieten der Unabhängigen hinauszuschieben, als den Brief an die Volkspartei. Aufgabe der Fraktion ist es, die Reichstagsauflösung zu vermeiden und die alte Koalition ohne Anhängsel zu erhalten.

Herr **Erkelenz** verliest einen Antrag Gerland.

Herr **Tantzen**: Wenn wir noch nicht in allen Punkten einig sind, so dürfen wir jedenfalls nicht an die Öffentlichkeit damit kommen. Für die Republik besteht von links keine Gefahr. Wenn von dort ein Angriff kommt, so würde er sofort niedergeschlagen. Gefährlich sind nur die Angriffe von rechts, weil der Staatsapparat dann nicht in derselben Weise mobil gemacht werden kann. Redner belegt das mit Vorgängen in Oldenburg. Bedauerlich ist es, daß wir nicht verstanden haben, die Machtmittel des Staates einwandfrei für die Republik zur Verfügung zu stellen. Das gilt insbesondere für die Reichswehr. Die zweite Gefahr liegt darin, daß man Beamten zwar die Freiheit der Meinungsäußerung garantiert, aber ihnen ihr Pensionsrecht gelassen hat. Einem großen Teil der Bevölkerung imponiert man nur dann, wenn man zeigt, daß man auch mit starker Hand durchgreift. Gegen eine Reichstagsauflösung spricht die Gefahr eines Bürgerkrieges und das wirtschaftliche Elend. Zur Niederhaltung der Monarchisten müssen wir mit den Gewerkschaften zusammenarbeiten.

Herr **Stubmann**[10] sieht die Lage in der Reichswehr für äußerst ernst an. Unsere Partei hat dabei eine besondere Verantwortung, weil wir den Reichswehrminister gestellt haben. Der Vorstand sollte heute keine Beschlüsse fassen. Er ist nicht dazu da, der Fraktion Zensuren zu erteilen. Eine neue Wahl zum Reichstag ist augenblicklich zu vermeiden. Wir sollen uns vor dem Gedanken hüten, daß die Volkspartei nie und nimmer ein praktisches Mitglied einer republikanischen Regierung werden kann. Wir müssen für die Stützung der Republik auch die Kreise heranziehen, die bis jetzt innerlich noch nicht geworben worden sind.

Herr **Frankfurter** fragt, ob wir offiziell den Sozialdemokraten von dem Brief an die Volkspartei Kenntnis gegeben haben, was Herr **Petersen** bejaht. Die Haltung der "Frankfurter Zeitung" ist bei weitem nicht so ernst zu bewerten als das Vorgehen von demokratischer Seite in Bayern. Das letztere sei die Sabotierung der Reichspolitik durch eine Landespartei. Redner tadelt den Brief an die Deutsche Volkspartei, der im Lande nicht verstanden wurde. Das größte Unglück, was uns heute passieren konnte, wäre eine Reichstagsauflösung. Die Fraktion hat taktisch nicht richtig operiert, um diese Auflösung zu vermeiden. Durch eine Koalition mit der Volkspartei als einer Monarchistenpartei schädigen wir unseren Kredit im Auslande. Aus innerpolitischen Gründen hätten wir auch ohne die Volkspartei die Unabhängigen in die Regierung mit hineinnehmen können. Redner polemisiert gegen den Antrag Gerland und empfiehlt seinerseits eine Resolution.

Herr **Stern**: Die Bedenken gegen die Fraktionspolitik, mit denen ich heute hergekommen bin, sind nach der Debatte zum allergrößten Teil verschwunden. Die Reichstagsauflösung ist von uns zu vermeiden, nicht der Partei, sondern des Volkes wegen, vor allem aus wirtschaftlichen Gründen. Vor einer Mitarbeit der Unabhängigen hat Redner nicht so große Besorgnis, denn im Reichstag haben wir ja nicht wie im Thüringer Landtag eine sozialistische Mehrheit.

Herr **Preuß**: Im preußischen Landtag sind wir mit den Schutzgesetzen soeben fertig geworden[11]. Das gewährt aber keinen sicheren Rückschluß auf das Reich. Zur Durchführung der Schutzgesetze brauchen wir eine starke Regierung. Nichts wird auch sicherer eine Reichstagsauflösung hintanhalten als eine starke Regierung, die den Reichstag zwingt, ihr sein Vertrauen zu geben. Nach dem Tode Rathenaus ist aber Wirth der einzig hervorragende Mann im Kabinett. Auch dem Auslande gegenüber besitzt die jetzige Regierung nicht das wünschenswerte Ansehen. Eine andere ist aber nicht durch Fraktionshilfe herbeizuführen. Hier müßte der Vorstand eingreifen, an den Reichskanzler herantreten und ihn bestimmen, ein Persönlichkeitskabinett auszusuchen, für das er sich von dem Reichstag ein Vertrauensvotum geben lassen kann.

Herr **Weinhausen**: Die von Preuß empfohlene Taktik wird so ausgelegt, als ob wir uns vor der eigenen Verantwortung drücken. Es kommt aber auch noch die

10 Peter Stubmann (1876-1962), Syndikus des Vereins Hamburger Reeder seit 1908, Md Bürgerschaft (NL/DDP) 1913-1925, MdR April 1917-1918, Juni bis Dezember 1920, Vorsitzender des Staatsministeriums von Mecklenburg-Schwerin von November 1918 bis Februar 1919, hamburgischer Senator 1920-1925.

11 Vgl. Hermann Josef Schmal, Disziplinarrecht und politische Betätigung der Beamten in der Weimarer Republik, Berlin 1977, S. 70. Die preußische Fraktion hatte die Gesetzentwürfe am 4., 5. und 6.7.1922 beraten. DDP/Staatspartei R 45/III 64.

Persönlichkeit Wirths hinzu, die in dieser Beziehung nicht die nötigen Garantien bietet. Der Vorstand muß zu der Eventualität Stellung nehmen, daß die Sozialdemokratie uns vor die Frage stellt: Auflösung oder einseitige Hereinnahme der Unabhängigen? Empfehlenswert ist die Resolution Gerlands, evtl. mit Hinzufügung eines kurzen Hinweises auf unsere frühere Stellungnahme, um die Gradlinigkeit unserer Politik zu bestätigen.

Herr **Nuschke** verliest einen weiteren Antrag.

An der fortgesetzten Debatte beteiligen sich die Herren **Cohnstaedt, Erkelenz, Petersen, Fischer, Kauffmann, Nuschke, Preuß, Tantzen, Preuß** (verliest eine weitere Resolution), **Frankfurter, Hamm** sowie Frau **Bäumer.**

Es folgen nun die Abstimmungen. Über die Resolution Gerland wird satzweise abgestimmt; der erste Satz wird einstimmig angenommen. Zu dem zweiten Satz hat Herr Frankfurter ein Amendement gestellt. Dieses wird abgelehnt. Ein zweites Amendement Frankfurter wird zuerst mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen, dann gegen 4 Stimmen abgelehnt. Der dritte Satz wird ohne Widerspruch abgelehnt. In der Gesamtabstimmung wird die Resolution Gerland mit Stimmengleichheit, und zwar mit 9 gegen 9 Stimmen, in zweifacher Abstimmung abgelehnt. Eine Resolution Kauffmann wird mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen. Damit sind die übrigen Resolutionen erledigt.

Die *Resolution Kauffmann* lautet wie folgt:

„Ich beantrage, von einer Resolution auszugehen und nur folgende Pressenotiz zu veröffentlichen:

Der Vorstand der DDP besprach in seiner Sitzung vom 11. Juli die politische Lage. Er billigte die Schritte, welche die demokratische Reichstagsfraktion im Zusammenwirken mit den anderen Koalitionsparteien zum Schutze der Republik bisher unternommen hat, und gab der Erwartung Ausdruck, daß die nötigen Maßnahmen mit Entschlossenheit bis zum Ende durchgeführt werden. Er war in Bestätigung seines Entschlusses vom 26. Juni damit einverstanden, daß hierbei mit jeder Partei zusammengearbeitet werde, deren Zuverlässigkeit gegenüber der demokratischen Republik feststeht".

Mit 8 gegen 5 Stimmen wird darauf beschlossen, noch in eine Erörterung über die bayrische Frage einzutreten.

Herr **Frankfurter** geht auf die Stellung Bayerns zu der Schutzgesetzgebung und auf die dort vorhandenen monarchistischen und föderalistischen Stimmungen ein.

Herr **Cohnstaedt** bespricht besonders den Fall Kahr[12] und die Haltung der demokratischen bayerischen Landtagsfraktion dazu, mit der man sich nicht einverstanden erklären könne.

Herr **Hamm** ist mit einem Teil der Kritik durchaus einverstanden. Bayern will beim Reich bleiben, aber es ist anders in das Reich hineingewachsen als andere

12 Regierungspräsident von Kahr, der frühere bayrische Ministerpräsident, hatte am 30.6.1922 eine monarchistische Rede gehalten. Daraufhin war die Regierung im Landtag von den Linksparteien angegriffen worden, der Innenminister Schweyer hatte Kahr jedoch mit dem Argument verteidigt, die Republik könne von den Beamten nicht die innere Übereinstimmung mit der republikanischen Staatsform verlangen. Vgl. Schulthess 1922 S. 85.

Bundesstaaten und will deshalb auch besonders psychologisch behandelt sein. Mit dem mechanischen Kommandieren kommen wir nicht weiter. Krankheitszustände sind in Bayern vorhanden, aber die gibt es auch anderswo im Deutschen Reiche. Die Gefahr einer Loslösung Bayerns, und zwar des gesamten Bayerns, auch nördlich der Donau, liegt heute mehr im Bereiche der Möglichkeit als früher. Wir haben die Politik des Grafen Lerchenfeld[13] zu stützen, der ehrlich bestrebt ist, mit dem Reiche Versöhnung zu finden. Ein Teil unserer Freunde in Bayern ist in erster Reihe nicht bestrebt, die Reinheit der Parteilehre aufrechtzuerhalten, sondern die Einheit des Reiches. Wenn unsere Freunde in Bayern sich von der Gesamtpartei trennen würden, dann würde gewiß nichts gewonnen werden. Redner verurteilt den Erlaß des bayerischen Ministers des Innern, Schweyer, betreffend die Kriminalpolizei, der aber schon geändert worden sei[14]. Wenn Dr. Dirr keine Maßnahmen gegen die monarchistischen Äußerungen Kahrs verlangt hat, so hatte das guten Grund, denn bestenfalls hätten wir ihn nur zu einem Märtyrer machen können. Wenn Lerchenfeld abdankte, so würde Kahr Ministerpräsident werden. Leute, die bisher Monarchisten waren, mit einem Male zu überzeugten Republikanern zu machen, geht nicht. Es ist nur möglich, ihnen klarzumachen, daß der Wiederaufbau Deutschlands lediglich auf dem Wege der Republik erfolgen kann. Als Partei haben wir die Aufgabe, den Zusammenhalt zwischen dem Reiche und Bayern zu fördern. Das muß auch Ihnen ein gewisses Maß von Zurückhaltung auferlegen. Ich werde mich bemühen, den Vorstandsbeschluß vom 26. Juni in Bayern zu rechtfertigen: Aber ob es gelingt, ist zweifelhaft.

An der weiteren Debatte beteiligen sich die Herren **Bernhard, Weiss**[15] (der mit großem Nachdruck betont, daß in Bayern keine nennenswerten Gebiete daran denken, sich vom Reiche loszulösen), **Haas, Kauffmann** und **Frankfurter.** Der stellvertretende Vorsitzende, Herr **Fischer,** dankt zum Schluß den Herren Hamm und Weiss für ihre Ausführungen.

Der Termin des Parteitages

Nach kurzen Ausführungen bestätigt der Vorstand seinen früheren Beschluß, daß der nächste Parteitag der DDP in Elberfeld, und zwar Anfang Oktober, stattfindet. Der Termin wird von dem Organisationsausschuß nach Verhandlungen mit Elberfeld noch festgesetzt werden.

Schluß 22.45 Uhr.

---

13 Hugo Graf von Lerchenfeld (1871-1944), bayrischer Ministerpräsident 1921-1922.

14 Auf eine Meldung hin, daß dem Reichsrat der Entwurf eines Reichskriminalgesetzes zugegangen sei, hatten offiziöse bayrische Zeitungen sofort betont, ein solches Gesetz würde die Polizeihoheit der Länder aufheben. Vgl. Frankfurter Zeitung v. 4.7.1922 Nr. 490. In diesen Zusammenhang gehört vermutlich der hier angesprochene Erlaß, über den nichts Näheres ermittelt werden konnte.

15 Konrad Weiss (1863-1943), Stadtschulrat in Nürnberg 1911-1926, MdR (Freisinnige Volkspartei/DDP) 1893-1898, 1919 bis Mai 1924.

97.

19.7.1922: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: kurz vor 13.30 Uhr. Ende: kurz vor 16 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Bartschat, Cohn (Dessau), Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Harteck, Issberner, Jäckh, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Krüger, Kuhle, Matthaei, Petersen, Preuß, Rönneburg, Schiffer, Schneider, Stern, Vogt, Weinhausen. Gäste: Bernhard, mehrere Mitglieder der Reichstagsfraktion.

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung gegen 13.30 Uhr und teilt mit, daß die Aussprache der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft gewidmet werden soll[1]. Er verliest mehrere Schreiben und Telegramme, die in dieser Sache von Vorstandsmitgliedern und von demokratischen Verbänden eingelaufen sind[2].

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende noch mit, daß Frau Dr. Lüders ihren Austritt aus dem Vorstand mit Rücksicht auf ihren angegriffenen Gesundheitszustand und sonstige Behinderung erklärt hat. Sie ist seinerzeit auf Vorschlag des Frauenausschusses gewählt worden. Der Frauenausschuß bittet um die Zuwahl von Frau Uth. Der Vorstand wählt Frau Uth hinzu.

Herr **Petersen** gibt einen Überblick über die Ereignisse der letzten Wochen. Er betont, daß die Partei die Festigung der Republik stets und vor allem darin gesehen habe, daß die gegenwärtige Staatsform durch eine möglichst breite Mehrheit der Mitte getragen wird. Nach Charakterisierung der Opposition gegen die Republik, der Bedeutung der Ermordung Rathenaus und der jetzt geschaffenen Schutzgesetze erklärt er, daß jetzt mehr als je die Bildung einer großen republikanischen Mehrheit das Gebot der Stunde sei, und weist auf die außenpolitischen Zustände hin, die für die Zuziehung der deutschen Volkspartei in die Koalition sprechen (Anleihe). Das Zentrum habe angeregt, in eine rein parlamentarische Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei zu treten. Redner habe als Vorbedingung gestellt: klares Abrücken der Deutschen Volkspartei von den Deutschnationalen und unbedingte Bereiterklärung, mit der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft[3] Politik zusammen zu machen. Das sei von der Deutschen Volkspartei ohne weiteres zugestanden. Diese Arbeitsgemeinschaft, die die Fraktion und die Partei unberührt lasse, sei doch wahrhaftig keine Sünde gegen den heiligen Geist, zumal wenn man bedenke, daß die Deutsche Volkspartei in Preußen bereits in der Koalition mit uns steht. Nun sage man, die neue Arbeitsgemeinschaft bedeute den Block der Bürgerlichen gegen den Block der Sozialisten. Das sei aber absolut unrichtig. Wenn wirklich einmal eine solche

1 Am 19.7.1922 hatten sich nach längeren Verhandlungen Vertreter der Reichstagsfraktionen des Zentrums, der DDP und der DVP endgültig geeinigt, im Parlament „eine Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte" zu bilden. Vgl. Schulthess 1922 S. 88, 93 u. 96.

2 Zur unterschiedlichen Beurteilung der Arbeitsgemeinschaft innerhalb der Partei selbst und in ihr nahestehenden Kreisen vgl. die Presseauszüge in: Demokrat v. 9.8.1922 Nr. 29/30.

3 Am 14.7.1922 hatten sich SPD und USPD zu einer parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Vgl. Schulthess 1922 S. 92.

Entwicklung käme, dann würden wir sofort entsprechende Maßnahmen treffen. Gegen die Deutschnationalen wird unter allen Umständen ein scharfer Strich gezogen werden. Das Vielparteiensystem muß zur Erschwerung des parlamentarischen Betriebes führen, und wir müssen gerade als Demokraten den gesunden Weg zur Parteizusammenfassung gehen. Wenn das links von uns, in der Sozialdemokratie, möglich war, so muß es sich auch bei uns in der Mitte ermöglichen lassen. Ferner sage man, daß die Arbeitsgemeinschaft der Beginn einer ungünstigen Entwicklung sei, der Beginn einer Fusion usw. Das heiße Angst vor der eigenen Courage, Angst vor uns selbst. Wir sollen uns doch nicht fürchten, mit anderen Parteien zusammenzuarbeiten. Die Zukunftsentwicklungen sind freilich unübersehbar. Das darf uns aber nicht abhalten zu handeln.

Herr **Erkelenz** legt die Auffassung der Minderheit der Fraktion dar[4]. Durchaus zu erstreben ist die Vereinfachung des Parteiwesens. Das könnte einmal dadurch geschehen, daß die alte Nationalversammlungskoalition sich zu einem gemeinsamen Parteiverband, der noch nicht eine einheitliche Partei zu sein braucht, zusammenschließt. Diese Möglichkeit ist vorläufig aber nur eine theoretische, da ihre Vorbereitung längere Zeit gebrauchen würde. Der andere Weg ist der, zu dem jetzt der erste Schritt gemacht werden soll. Hier weiß man aber nicht, wie die weitere Entwicklung sein würde. Dieser Weg hat das große Bedenken, daß die Trennung in Bürgerschaft und Arbeiterschaft zunächst innerhalb der Regierungskoalition ganz klar hervortritt. Eine dritte Möglichkeit gibt es aber noch. Und diese ist für die außenpolitische Lage die gegebene, solange die erstgenannte nicht praktisch werden kann: Die Demokratie muß die Brücke bilden zur Verhinderung der Bildung eines sozialistischen und eines antisozialistischen Blocks. Entschieden zu verwerfen ist die Arbeitsgemeinschaft. Es ist nicht richtig, daß diese eine rein technisch-parlamentarische Frage ist, die mit allgemeiner Politik nichts zu tun hat. Es handelt sich vielmehr um einen wichtigen, tiefgreifenden politischen Vorgang. Sein Ziel ist die Herbeiführung der Fusion. Das Zentrum arbeitet auch zielbewußt darauf hin. Da ich diesen zweiten und dritten Schritt aber nicht will, so darf ich auch den ersten nicht wollen. Je mehr die drei Parteien zusammenarbeiten, desto schärfer wird sich ihr Gegensatz zur Sozialdemokratie herausstellen. Die jetzige Bildung ist ja gewiß nicht der Bürgerblock, so wie er vor dem Kriege gedacht war. Es kommt aber schließlich nicht auf den Willen der einzelnen Führer an, sondern auf die realen Triebkräfte, die in dem Lande vorhanden sind und sich sehr oft über die Köpfe der Führer hinweg durchsetzen. Der schärfere Wettbewerb zwischen den beiden Blocks wird geschickt von den Deutschnationalen benutzt werden, und diese werden den Ausschlag geben gegenüber den Sozialisten. Das hat sich in Preußen unter Stegerwald gezeigt. Eines Tages werden wir einen Wahlkampf haben, der über die Frage entscheidet: sozialistische Mehrheit oder Bürgermehrheit. Da werden sich die Deutschnationalen auf die bürgerliche Seite schlagen, das Bindeglied liegt ja in dem Bürgerrat[5] schon vor. So werden wir zu der australischen Entwicklung kommen[6]. Das kann ich nicht mitmachen und wende mich daher

4 Vgl. Brantz S. 195f.

5 Siehe Nr. 45a Anm. 2.

6 In Australien bestand eine solche Polarisierung der Parteien, wobei die linke Gruppierung, die Australian Labour Party, die stärkere war; sie regierte seit 1910.

gegen den ersten Schritt. Auch weite Kreise unserer Wähler werden diesen Schritt nicht mitmachen wollen. Vor allem nicht Arbeiter, Angestellte und Beamte. Diese werden nach links gehen, und dann haben wir das, was wir jetzt gerade vermeiden wollen, eine sozialistische Mehrheit. Dazu kommt noch der Gegensatz zu dem Zentrum in kulturellen Fragen. Die Erfahrung hat auch gezeigt, daß mit der Deutschen Volkspartei nicht dauernd zusammenzuarbeiten ist, weil ihre Anhänger jeder nationalistischen und chauvinistischen Phrase nachlaufen, die ihnen präsentiert wird. Aber selbst wenn man sich auf den Standpunkt Petersens stellt, so muß gesagt werden, ebensowenig wie in einer Armee läßt sich in einer Partei eine vollständige Schwenkung innerhalb von 24 Stunden ermöglichen. Da hätte man die Sache viel mehr planmäßig vorbereiten müssen. So aber hat von dieser ganzen Idee fast niemand vor dem vorigen Sonnabend ein Wort gewußt, während im Zentrum dafür schon von langer Hand vorgearbeitet zu sein scheint.

Herr **Cohnstaedt** steht im wesentlichen auf dem Boden von Erkelenz. Natürlich wollen wir die Deutsche Volkspartei für die Republik gewinnen. Die Frage ist aber immer, wie das auf die andere Seite wirkt. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei mag jetzt eine andere Stellung einnehmen, aber anders steht es mit den volksparteilichen Leuten draußen im Lande. Am schlimmsten aber ist, daß unsere Haltung für die sozialistische Arbeitsgemeinschaft einfach nicht verständlich ist. So wird die Kluft zwischen Sozialdemokratie und Bürgertum außerordentlich vertieft. Zwischen der sozialistischen und bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft ist ein wesentlicher Unterschied. Bei den Sozialdemokraten herrscht eine gewisse Übereinstimmung der Anschauungen, zwischen den drei bürgerlichen Parteien nicht. Zunächst kommt es darauf an abzuwarten, wie die Volksparteiler sich entwickeln. Redner wünscht daher, daß man die Dinge bis zum Herbst liegen läßt, und warnt dringend, jetzt an der Politik der Arbeitsgemeinschaft festzuhalten.

Herr **Stern** stellt sich auf den Standpunkt von Petersen, und zwar aus wirtschaftlichen Gründen. Die Arbeitsgemeinschaft darf aber nur lose sein und sich nicht auf alle Fragen erstrecken, namentlich nicht auf Kulturfragen. Wenn das klar hervorgehoben wird, wird auch in der Partei kein Wirrwarr entstehen. Eine Auflösung des Blocks müßte sofort erfolgen, wenn sich ein Gegensatz zwischen Bürgerblock und Sozialistenblock ergeben sollte.

Herr **Weinhausen**: Einig sind wir über die Notwendigkeit der Heranziehung der Deutschen Volkspartei und zwiespältig nur über taktische Fragen. Die Führer der Partei sind doch nicht zur Dekoration da, sondern sie müssen führen und dürfen nicht über jeden einzelnen taktischen Zug um Erlaubnis fragen. Unter den heutigen abnormen Verhältnissen würden wir durch solche Rückfragen den geeigneten Moment verpaßt haben. Die jetzige Politik der Partei bedeutet keinen Zickzackkurs. Es handelt sich ja auch nur um eine rein parlamentarische Zusammenarbeit. Die Parlamentarier müssen doch schließlich am besten wissen, wie sie ihre Arbeit am bequemsten leisten. Der Vorstand hat sich mit einer rein parlamentarischen Frage zunächst gar nicht zu beschäftigen.

Herr **Fischbeck** hält zur Beurteilung der Frage für ausschlaggebend die Rücksicht auf das wirtschaftliche Leben, wie das Petersen schon ausgeführt hat. Wir würden eine große Verantwortung gegenüber der Zukunft übernehmen, wenn wir

die Arbeitsgemeinschaft ablehnen würden. Wir brauchen einen breiten Boden für unsere Außenpolitik. An eine Verschmelzung darf man allerdings nicht denken.

Herr **Preuß**: Wenn es gewiß wäre, daß eine große republikanische Einheitspartei aus dem vorliegenden Plan hervorginge, dann würde ich das für ein großes Ziel halten, gleichgültig, wie man dieser Frage an sich gegenübersteht. Aber der Ausgang wird wahrscheinlich sein, daß die Demokratie in dem Block kompromittiert wird, dann herausgeht und wieder den Anschluß nach links suchen muß, wo man ihr dann eine viel kältere Schulter zeigen wird. Man erreicht nicht die Große Koalition, die wir immer propagiert haben, sondern eine Scheidungslinie zwischen Bürgerlichen und Sozialisten. Vielleicht wäre die Sache weniger bedenklich, wenn unsere Reichstagsfraktion etwas anderes wäre als sie ist. Durch die in Aussicht stehende Stärkung des Klassenkampfgedankens wird die Wirtschaft erst recht der leidende Teil sein. Empfehlenswert wäre die Beibehaltung der alten Nationalversammlungskoalition. Die Frage der Arbeitsgemeinschaft sollte man bis zum Herbst lassen.

Herr **Fischer** wünscht, daß der Vorstand sich nicht als eine Art Kontrollinstanz für die Reichstagsfraktion ansieht. Einer Fraktion, die so außerordentliche Erfolge[7] wie die unsere in den letzten Tagen erzielt hat, sollte man auch in diesem Punkte das Vertrauen entgegenbringen, daß sie die richtige Entscheidung trifft. Durch den Eintritt in die Arbeitsgemeinschaft können wir Demokraten unsere Vermittlerrolle noch viel besser ausführen als bisher. Schon die Ankündigung der Arbeitsgemeinschaft hat bewirkt, daß in den letzten Tagen die Dinge so glatt gelaufen sind, wie es der Fall war. Nachdem nun der Gedanke aufgenommen worden ist, muß er auch sofort durchgeführt werden, sonst zerschlägt sich die Sache.

Herr **Frankfurter** meint, daß die Arbeitsgemeinschaft aus innerpolitischen Gründen nicht notwendig sei. Die Große Koalition der Mitte, die sich jetzt anbahnt, ist nicht das, was wir immer gewollt haben, sondern eine Koalition bürgerlicher Parteien, während wir immer den Einschluß der Sozialdemokraten haben wollten. Der neue Plan ist nicht so harmlos, wie er jetzt hingestellt wird. Es ist auch den Freunden im Lande nicht klarzumachen, daß man unmittelbar nach der Ermordung Rathenaus sagte, der Feind steht rechts, und 14 Tage später mit der Deutschen Volkspartei eine Arbeitsgemeinschaft schließt. Man soll die Sache nicht überstürzen, sondern vorher erst die Parteiinstanzen hören.

Herr **Krüger** geht auf die thüringischen Verhältnisse ein und wendet sich von ihnen aus gegen die Arbeitsgemeinschaft. Diese würde in Thüringen die sozialistisch-kommunistische Herrschaft auf Jahre hinaus befestigen. Bei uns sind die Volksparteiler ausgesprochene Monarchisten.

Herr **Petersen** schlägt vor, dicht vor der Reise der Fraktion nach Ostpreußen einen Parteiausschuß Anfang September in Stettin abzuhalten.

---

7 Fischers Äußerung bezieht sich einmal auf die Zusammenarbeit von Zentrum, DDP und DVP bei der Erledigung des Republikschutzgesetzes, ferner auf die parlamentarische Behandlung eines bürgerlichen Antrags auf Übernahme gewisser aus dem Schutzgesetz gestrichener Bestimmungen über den Schutz von Versammlungen ins Reichsstrafgesetzbuch. Dabei hatte die DDP sich besonders um Vermittlung der Standpunkte von SPD auf der einen und von Zentrum und DVP auf der anderen Seite bemüht. Vgl. Schulthess 1922 S. 95.

Herr **Rönneburg** spricht sich für die Arbeitsgemeinschaft im Sinne Petersens auf Grund der braunschweigischen Erfahrungen[8] aus. Für die starke republikanische Mitte brauchen wir die liberalen Kräfte in der Deutschen Volkspartei. In Braunschweig hat sich diese durch unsere Erziehung von der Umklammerung von der Deutschnationalen Volkspartei befreit. Eine Zusammenfassung der alten Nationalversammlungsmehrheit zu einem Verband läßt sich nicht ermöglichen.

Herr **Matthaei**[9] spricht vom hamburgischen Standpunkt aus und erklärt es für schwer, unseren Anhängern die Arbeitsgemeinschaft schmackhaft zu machen, weil in Hamburg die Volkspartei durchaus reaktionär ist.

Herr **Petersen** gibt auf die Frage des Vorredners über das Wesen der Arbeitsgemeinschaft Auskunft und teilt dabei mit, daß wahrscheinlich morgen früh eine Notiz über die Bildung der Arbeitsgemeinschaft in den Zeitungen erscheinen werde. Der Zweck der Einrichtung sei vor allem eine einheitliche Vorberatung der Gesetze und der Auswahl der Redner für das Plenum. Es handle sich um eine rein parlamentarische Sache, und der Vorstand habe an sich gar nichts damit zu tun.

Herr **Koch[-Weser]**: Die Frage der Arbeitsgemeinschaft ist plötzlich aufgetaucht als taktischer Gegenzug gegen die sozialistische Arbeitsgemeinschaft. Dieser Gegenzug hat den Erfolg gehabt, daß die Auflösung und ebenso die einseitige Verbreiterung der Koalition nach links vermieden wurde und daß die Schutzgesetzgebung schnell zustande kam. Unser Ziel ist die große republikanische Partei. Die Einzelheiten der Taktik zur Erreichung dieses Zieles lassen sich in Vorstandssitzungen nicht festlegen. Die ganze Entwicklung kann nur allmählich vor sich gehen.

Herr **Vogt** spricht sich für die Arbeitsgemeinschaft aus[10]. Die heutige Diskussion ermögliche es, den Freunden im Lande Klarheit über diese Angelegenheit zu schaffen.

Frau **Dönhoff** macht gegen die Arbeitsgemeinschaft geltend, daß die demokratischen Frauen im wesentlichen weiter links ständen und der Deutschen Volkspartei Mißtrauen entgegenbrächten.

Herr **Cohnstaedt**: Es ist nicht so, daß wir in dem Ziele, nämlich in der Bildung einer großen republikanischen Mittelpartei, einig sind. Wir sind eben nicht für diejenige republikanische Partei, die Herr Petersen heute skizziert hat.

Herr **Schneider** glaubt nicht, daß in der demokratischen Angestellten- und Arbeiterschaft große Unruhe über die Arbeitsgemeinschaft herrsche, und bekennt sich als Freund dieser Einrichtung.

Herr **Frankfurter** zieht den von ihm eingebrachten Antrag zurück, da er aus der

---

8 Vgl. Wippermann A 1922 II S. 52f.

9 Walther Matthaei (1874-1953), Landgerichtsdirektor in Hamburg, Md Bürgerschaft (Vereinigte Liberale/DDP) 1910-1929, Senator 1921-1933.

10 Vogt protestierte in einem Brief vom 31.7. gegen diese Wiedergabe seiner Ausführungen im Protokoll und betonte, er habe in der Sitzung ausgeführt, daß er die Arbeitsgemeinschaft von vornherein abgelehnt habe. Diese Kritik wurde in Form eines Nachtrags zum Protokoll berücksichtigt. DDP/Staatspartei R 45/III 18.

Debatte die Überzeugung gewonnen hat, daß es sich tatsächlich nur um eine rein parlamentarische Aktion handelt.

Im Anschluß hieran findet eine Debatte darüber statt, ob man den Parteiausschuß für September nach Stettin einberufen soll. An ihr beteiligen sich die Herren **Koch[-Weser], Erkelenz, Cohnstaedt** und **Fischbeck**. Eine Beschlußfassung hierüber findet nicht statt. Herr **Petersen** behält sich vor, den Parteiausschuß einzuberufen, falls die Frage der Arbeitsgemeinschaft weiter zersetzende Wirkung in der Partei ausüben sollte. Er verliest zugleich die Notiz, die über die Arbeitsgemeinschaft in der Presse morgen erscheinen soll[11].

Von einer Beschlußfassung über die Frage der Arbeitsgemeinschaft sieht der Vorstand gleichfalls ab.

Schluß gegen 16 Uhr.

11 Vgl. Berliner Tageblatt v. 20.7.1922 Nr. 317.

98.

27.9.1922: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 11.30 Uhr. Ende: 16.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Bartschat, Böhme, Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falk, Frau Fincke, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Gerland, Hamm, Issberner, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Frau von Koerber, Kuhle, Landahl, Neumann-Hofer, Nuschke, Petersen, Preuß, Schiffer, Siehr, Sparrer, Stern, Frau Uth, Vogt, Weinhausen.

Erkelenz *eröffnet.* **Weinhausen** *beantragt ein Darlehen für den "Demokratischen Zeitungsdienst" und einen Zuschuß für die Gehälter der Angestellten des Zeitungsdienstes. Der Antrag wird an den Organisationsausschuß verwiesen.*

Der Vorstand bespricht die Tagesordnung des Elberfelder Parteitags. **Petersen** *erklärt für seine Person und zugleich im Namen der Fraktion, daß er nicht zur Wiederwahl bereit sei, falls der Parteitag ein Mißtrauensvotum wegen der Schaffung der Arbeitsgemeinschaft[1] aussprechen sollte. Er befürchtet, daß das eigentliche außenpolitische Thema des Parteitags[2] in einem Streit über die Arbeitsgemeinschaft untergehen werde, und warnt davor, die außenpolitische Diskussion von der ersten Stelle abzusetzen. Er empfiehlt, sich jetzt auf eine Resolution hinsichtlich der Arbeitsgemeinschaft zu einigen, die für die Fraktion*

1 Siehe Nr. 97.

2 Siehe Nr. 93.

tragbar sei. **Erkelenz** *betont, daß er nicht in der Lage sei, für ein unbedingtes Vertrauensvotum einzutreten. Es folgt eine ausführliche Aussprache über die Frage, in welcher Reihenfolge die innen- und außenpolitischen Probleme beraten werden sollen sowie über den Vorschlag, die Behandlung der außenpolitischen Themen zugunsten wirtschaftlicher und innenpolitischer Fragen einzuschränken.* **Preuß** *sieht in der Arbeitsgemeinschaft eine große Gefahr für den Zusammenhalt der Partei und empfiehlt, in einer Resolution eine deutliche Grenze nach rechts zu ziehen.* **Fischer** *bestreitet das Vorhandensein politischer Gegensätze in der Partei, nur in wirtschaftlichen Fragen gebe es Differenzen. Er unterstützt Petersens Ausführungen und betont, daß auch für ihn ein bedingtes oder halbes Vertrauensvotum untragbar sei. Die Mehrheit der Anwesenden spricht sich für die Beibehaltung der vorgesehenen Tagesordnung aus. Ein Antrag Frankfurter auf Bestellung eines zweiten Referenten für die Frage der Arbeitsgemeinschaft wird einstimmig abgelehnt. Nach längerer Debatte wird zur Frage der Arbeitsgemeinschaft gegen eine Minderheit eine Resolution Fischer–Koch-Weser angenommen, die dem Parteitag nach Billigung durch den Parteiausschuß vorgelegt werden soll. Sie lautet:*

„Der Parteitag erwartet von der Arbeitsgemeinschaft, daß sie dazu beiträgt, alle auf dem Boden der Republik stehenden Kräfte zu gemeinsamer Arbeit zusammenzufassen. Parteitag, Vorstand und die Fraktion sind sich hierbei einig, daß diese Arbeitsgemeinschaft die Selbständigkeit der Partei und die Aufrechterhaltung ihrer Grundsätze nicht beeinträchtigt. Insbesondere ist das Ziel, den Zusammenhang zwischen den verschiedenen Schichten der Bevölkerung zu wahren, unverändert im Auge zu behalten."

Danach wird mit 12 gegen 6 Stimmen noch eine weitere Resolution Fischer angenommen, welche die Haltung der Fraktion in der Frage der Arbeitsgemeinschaft billigt[3].

Fischer *berichtet anschließend über die finanzielle Lage der Partei und teilt mit, daß bisher nur ein kleiner Teil der für dieses Jahr fälligen „Kopfsteuer" eingegangen sei.* **Erkelenz** *schlägt vor, die Unterstützung der Parteisekretariate einzustellen und die „Kopfsteuer" künftig ausschließlich für die Reichsgeschäftsstelle zu verwenden. Nach längerer Aussprache wird ein Antrag Fischer angenommen, der dem Parteitag vorschlägt, den Organisationen die Erhebung eines Mindestjahresbeitrags von 180 M zu empfehlen und den Kopfbeitrag auf 50 M festzusetzen. Die Reichsgeschäftsstelle soll sich verpflichten, diejenigen Parteisekretariate zu unterstützen, von denen Kopfsteuerbeiträge überwiesen werden.* **Erkelenz** *behält sich vor, seinen abweichenden Standpunkt auch auf dem Parteiausschuß zu vertreten.*

Der Vorstand beschäftigt sich dann mit den Satzungsanträgen für den Parteitag und beschließt, die Zahl der Delegierten zum Parteitag nach der Höhe der für das ganze Jahr eingegangenen „Kopfsteuer" zu berechnen. Da **Fischer** *verschiedene Bedenken gegen die Anträge geltend macht, werden sie dem Organisationsausschuß zur nochmaligen Beratung überwiesen. Es folgt noch eine „geheime Beratung".*

---

3 Liegt vor.

99.

8.10.1922: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: zunächst Petersen, dann Erkelenz, dann Fischer. Beginn: 9.45 Uhr. Ende: 14.30 Uhr. Ort: Elberfeld, in der „Stadthalle".

Petersen *eröffnet. Er begründet die vorgeschlagene Tagesordnung des Parteitags, die mit großer Mehrheit gebilligt wird. Anschließend werden das Präsidium, das Büro und die verschiedenen Ausschüsse des Parteitags gebildet.*

Der Parteiausschuß beginnt dann mit der Besprechung der zur Frage der Arbeitsgemeinschaft[1] *eingegangenen Anträge.* **Petersen** *empfiehlt einleitend die Annahme der vom Vorstand vorgelegten Resolution*[2] *und betont, es wäre verhängnisvoll, wenn Elberfeld ein zweites Bremen werden würde.* **Rade** *hält die Annahme der Resolution für wünschenswert, unterstreicht aber die Notwendigkeit, abweichende Standpunkte auch öffentlich in Abstimmungen zu artikulieren.* **Bergsträsser**[3] *bezeichnet die Resolution als den Versuch, das Problem der Arbeitsgemeinschaft zu umgehen. Die Gefahr der Arbeitsgemeinschaft liege in der Einbeziehung der Deutschen Volkspartei, die noch nicht völlig auf dem Boden der Republik stehe. Anschließend sprechen zwei Redner für die Resolution, zwei weitere äußern Bedenken.* **Koch-Weser** *legt die Gründe für die Bildung der Arbeitsgemeinschaft dar. Unter anderem sei es ihr Ziel, den guten Elementen in der Volkspartei zum Sieg zu verhelfen oder sie zum Austritt aus der Partei zu bewegen. Er mahnt zur Einigkeit und verweist auf das Beispiel des Zentrums, dem es trotz größter innerparteilicher Gegensätze immer wieder gelinge, nach außen geschlossen aufzutreten.* **Quidde** *legt Anträge zur Präzisierung der Resolution vor*[4]. **Waldstein** *setzt sich für die Aufrechterhaltung des vorliegenden Wortlauts ein. Im weiteren Verlauf der Diskussion treten die meisten Redner für die Resolution ein. Dann folgen die Abstimmungen. Quiddes Vorschläge, die darauf ausgehen, den prorepublikanischen Standpunkt schärfer zu betonen, werden abgelehnt. Die Resolution wird schließlich mit großer Mehrheit mit einem Amendement Barteld angenommen, das den letzten Satz folgendermaßen formuliert: „Der Parteitag erwartet (oder verlangt) von der Arbeitsgemeinschaft, daß sie dazu beiträgt, alle auf dem Boden der Republik stehenden Kräfte restlos zusammenzufassen."*

Fischer *gibt einen Überblick über die finanzielle Entwicklung in der Partei. Er beziffert die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder aufgrund neuer Unterlagen auf 209530. Von den damit zu erwartenden Kopfsteuerbeiträgen von insgesamt 1676599 M seien jedoch nur 986406,32 M eingegangen, davon 600000 M zur Verrechnung (Subvention der Parteisekretariate durch die Zentrale) und 300000 M in bar. Ferner habe die Zentrale an Beiträgen aufgrund regelmäßiger Zahlungsverpflichtungen für 1922 129000 M erhalten. Der Fehlbetrag sei durch Sammlungen*

1 Siehe Nr. 97, bes. Anm. 1.

2 Siehe Nr. 98.

3 Ludwig Bergsträsser (1883-1960), Archivrat am Reichsarchiv in Potsdam, MdR (DDP) Mai 1924-1928.

4 Liegen vor.

„in weiteren Schichten über den Rahmen unserer Parteigenossen hinaus" aufgebracht worden. Fischer betont, daß diese Gelder ohne Auflagen gegeben worden seien. „Es läßt sich aber nicht leugnen, daß selbstverständlich auch ohne vorliegende bestimmte Bedingungen unsere Geldgeber die Hoffnung und Idee haben, daß, wenn immer wieder gebettelt werden muß, sie auch Einfluß auf uns haben. Das ist das Ungesunde." Fischer lehnt weitere Einsparungen bei der Reichsgeschäftsstelle ab. Er wünscht die Zuschüsse der Zentrale zu den Parteisekretariaten aufrechtzuerhalten, da er bei einer Einstellung befürchtet, „daß wir eine Lücke aufmachen, die sich nie wieder schließen läßt". Eine Reihe von Kreisen wäre dann nicht mehr in der Lage, ihre Sekretariate zu erhalten. Fischer möchte das vermeiden, zumal die Partei gerade einen Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen habe. Er empfiehlt der Versammlung die Anträge des Vorstands[5] *zur Annahme.* **Segall** *unterstreicht Fischers Ausführungen und stellt fest, im nächsten Jahr werde man wohl mehr als 10 Millionen benötigen. Er betont, es sei schwer, „für die Demokratische Partei die große Tasche außerhalb der Partei zu öffnen". Wenn wir „freudig zur Arbeitsgemeinschaft stehen", werde es jedoch möglich sein, auch in den Kreisen unserer Freunde größere Beträge zu erhalten.* **Erkelenz** *wendet sich gegen die Aufrechterhaltung der Zuschüsse für die Sekretariate. Er rät, einen bescheidenen Kopfbetrag von 10 M zu erheben und den Wahlkreisverbänden dafür die Unterhaltung der Sekretariate zu überlassen. Sicherlich werde ein Teil der Sekretariate daraufhin eingehen, nach einiger Zeit würden die Organisationen sie jedoch wieder einrichten, vor allem vor den Wahlen. Es sei eine Illusion, einen Kopfbetrag von 50 M zu erwarten. Die weitere Diskussion bringt keine Einigung über die vorliegenden Anträge. Schließlich wird mit großer Mehrheit beschlossen, beim Parteitag die Ermächtigung für den Parteiausschuß zu beantragen, die Beitragsfrage für das kommende Jahr auf einer eigenen Sitzung zu beschließen und die Organisationsfragen erst dem nächsten Parteitag zur endgültigen Beschlußfassung vorzulegen.*

5 Siehe Nr. 98.

V.

Vom Elberfelder zum Weimarer Parteitag (Oktober 1922 bis April 1924)

100.

25.11.1922: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „Stephan". Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 15.30 Uhr. Ende: 20 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Böhme, Cohn (Dessau), Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falk, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Gerland, Gessler, Harteck, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Frau von Koerber, Kuhle, Neumann-Hofer, Nuschke, Petersen, Rönneburg, Schiffer, Schneider, Siehr, Sparrer, Stephan, Stern, Stubmann, Tantzen, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Weinhausen, Frau Wittstock.

Erkelenz *eröffnet.* **Petersen** *teilt mit, daß eine zwischen Fischer und Erkelenz bestehende Differenz inzwischen beigelegt worden sei.*

Frankfurter wird zum dritten Vorsitzenden des Vorstands gewählt. **Erkelenz** *berichtet, daß der Parteiausschuß die ihm satzungsgemäß zustehende Wahl von 11 Berliner Vorstandsmitgliedern bereits auf schriftlichem Wege vollzogen habe, wobei die bisherigen Vorstandsmitglieder wieder gewählt worden seien. Anstelle von Fischer sei Schneider hinzugewählt worden. Anschließend kooptiert der Vorstand entsprechend der Satzung vier weitere Mitglieder: Vogt, Stern, Weinhausen und Graf. Der Organisationsausschuß wird unverändert wiedergewählt*[1]*.*

Der Vorstand beschließt nach einer Aussprache, dem Parteiausschuß zur Regelung der Beitragsfrage folgende Anträge vorzulegen: Die Reichsgeschäftsstelle verlangt ab 1.1.1923 pro Monat eine „Kopfsteuer" in Höhe von 12 M pro Kopf und empfiehlt den Organisationen, als Parteibeitrag für die übrigen Zwecke insgesamt 75 M zu erheben. Der Organisationsausschuß wird ermächtigt, den Kopfsteuerbeitrag monatlich entsprechend der Geldentwertung neu festzusetzen. Die Kopfsteuerbeträge sind monatlich fällig. Zur Behebung der dringendsten Not werden die Wahlkreise aufgefordert, im Laufe des Januar 1923 in Anrechnung auf ihre monatlichen Kopfsteuerverpflichtungen pro eingeschriebenes Mitglied 50 M an die Geschäftsstelle zu zahlen. Die Parteisekretariate werden grundsätzlich mit dem halben Betrag unterstützt, jedoch für jeden Wahlkreis nur ein Sekretariat. Die Zahlung der Unterstützung erfolgt nach Maßgabe des Eingangs der Kopfsteuerbeträge[2]*.*

Koch-Weser *gibt einen Überblick über die Vorgeschichte und über Einzelheiten der letzten Kabinettskrise*[3]*.* **Erkelenz** *warnt vor einer Übertreibung des Grundsat-*

1 Siehe Nr. 88 Anm. 3.

2 Liegen vor.

3 Die Regierung Wirth war am 14.11.1922 zurückgetreten, nachdem die SPD den Wunsch der bürgerlichen Parteien der Arbeitsgemeinschaft und der Bayerischen Volkspartei nach Aufnahme der DVP in die Regierungskoalition abgelehnt hatte. Vgl. Kabinette Wirth I u. II S. 1169f. Vom 16.–21.11.1922 hatte sich dann im Auftrag des Reichspräsidenten der parteilose Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie, Wilhelm Cuno, um eine Regierungsbildung bemüht, und es war ihm schließlich gelungen, ein Geschäftsministerium zu bilden, dem vier parteilose Fachminister sowie

zes, die Fraktionen bei der Regierungsbildung überhaupt nicht zu befragen. **Falk** *berichtet über die ungünstige Lage der Kommunen und über die Situation im Rheinland. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird die Besprechung der politischen Lage abgebrochen. Der Vorstand befaßt sich mit den zwischen Gessler und Tantzen aufgetretenen Differenzen.*

Herr **Tantzen** bringt eine Reihe von Fällen aus dem Ressort des Reichswehrministeriums vor. Er bemerkt einleitend, daß er Herrn Gessler persönlich keine Schwierigkeiten machen wolle und überzeugt sei, aus dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß[4] werde nichts wesentlich Belastendes gegen Gessler herauskommen. (**Gessler** ruft: Man wird mich schon zur Strecke bringen, dann ist der Weg für Sie frei!) Aber diese Fälle seien ein Symptom dafür, was als Geist der Reichswehr zu bezeichnen sei. Redner berichtet dann von einer Anfrage des Reichswehrkommandos Stettin an ihn, die zugleich an den früheren Beamten des Großherzogs gerichtet worden sei, der die Ordensangelegenheiten zu bearbeiten hatte. Die Anfrage ging dahin, welches die höchsten Orden des Landes seien, vor denen militärische Ehrenbezeugungen zu machen seien. Er, Tantzen, habe dieses Schreiben an das Reichswehrministerium gesandt, aber nie eine Antwort bekommen. Ein anderer Fall sei, daß die Oldenburger Reichswehr unter Billigung des Ministeriums die Teilnahme an einer Rathenau-Feier abgelehnt habe mit der Begründung, daß sie an politischen Veranstaltungen nicht teilnehmen dürfe, während doch die Reichswehr ihre Kapelle zu einer Stahlhelmfeier gestellt habe. (Gessler schlägt erregt auf den Tisch und verläßt den Saal.) Auf weitere Fälle in Stettin, Wilhelmshaven usw. wolle er nicht eingehen. Die Reichswehr bilde einen Sonderkörper im republikanischen Staat. Die Personalpolitik Gesslers sei verfehlt. Es müßten unbedingt Republikaner unter den Offizieren eingestellt werden. Die Widerstände müßten durch festen Willen überwunden werden. Dazu aber sei Gessler nicht der Mann. Die Entpolitisierung der Reichswehr habe zur Entrepublikanisierung geführt. (Gessler erscheint wieder im Saal.) Die Reichswehr habe noch den alten Geist und ob sie in ernster Lage zu gebauchen sei, bezweifle er. Eine Feier der Republik sei keine Parteipolitik. (Zwischenruf **Gesslers,** der bestreitet, daß der betreffende General so geantwortet habe.) Die Lektüre der Reichswehr bestehe in monarchistischen Zeitschriften. In kritischen Zeiten könne die Wehr statt eines Schutzes eine Gefahr für die Republik sein. Gesslers erster Zwischenruf sei ihm unverständlich. Er habe nie ihn zur Strecke bringen wollen und strebe nicht nach seinem Posten. Er tue nur hier seine Pflicht als Ministerpräsident und Republikaner.

Herr **Gessler** entschuldigt sich zunächst wegen seines erregten Verhaltens. Er habe durch seinen Zwischenruf nicht andeuten wollen, daß Tantzen nach seinem Posten strebe, sondern nur sagen wollen, daß nach seinem Sturze die Bahn für Tantzens Politik frei sei. Im übrigen werde er seine Politik, die er für richtig hält, weiterführen. Gewiß sei es schwer, die Reichswehr auf den Boden der

---

Vertreter der DVP, des Zentrums, der BVP und der DDP (Gessler als Reichswehrminister, Oeser als Innenminister) angehörten. Vgl. Kabinett Cuno S. XIX-XXI.

4 Der Reichstag hatte am 17.7.1922 einen Ausschuß eingesetzt, der im Zusammenhang mit dem Rathenau-Mord gegen die Reichswehr erhobene Beschuldigungen prüfen sollte. Vgl. Schulthess 1922 S. 94.

Republik zu stellen; während in Preußen früher die Monarchen stets Heerespolitik getrieben haben, ständen die heutigen Parteien dem Heere ganz anders gegenüber. Zwei Möglichkeiten gäbe es, entweder das Offizierskorps verstandesmäßig dazu zu bringen, daß es dem Vaterlande in seiner jetzigen Form treu diene, oder das Offizierskorps innerlich statt äußerlich umzustellen. Er sei den ersten Weg gegangen, was ihm freilich von der Sozialdemokratie und einem Teil unserer Freunde nicht leichtgemacht worden ist. Er könne höchstens äußeren Gehorsam erzwingen; Liebe und Treue lassen sich nicht befehlen. Daß er die auf Befehl der Entente nötige Verkleinerung des Heeres fertigbekommen habe, sei eine Leistung, die immerhin Achtung beanspruchen dürfe. Von acht Offizieren mußten sieben gehen. Es sei merkwürdig zu glauben, daß dieser eine, der geblieben sei, nun gerade ein Ausbund von Reaktion sei. Tüchtige Offiziere wieder einzustellen sei wegen des Widerspruchs der Entente nicht möglich. Die Wiedereinstellung des republikanischen mecklenburgischen Obersten Lange, die er diesem angeboten habe, sei daran gescheitert, daß Lange nur als General habe wiederkommen wollen. Das aber wäre ein Unrecht gegen die anderen gewesen. Er könne seinen Offizieren unmöglich die Überzeugung befehlen, daß die Republik die beste Staatsform sei. Ihm sei die Hauptsache nicht die Republik, sondern das Vaterland. Ihm selbst werde die Republik erst dann Herzenssache sein, wenn sie Kulturtaten vollbringe. Die gegenwärtigen Zustände erwürben ihr keine Sympatie. Im übrigen sei an der Erziehung des Offizierskorps doch sehr viel geändert worden. Er möchte auch darauf hinweisen, daß in die ganze Rathenau-Sache keine aktiven Offiziere verwickelt waren. Wie aber geschürt werde, zeigten die Vorwürfe gegen den General von Seeckt[5] bei der Rathenau-Feier, wo die sozialdemokratische Presse den Vorwurf erhoben habe, er sei zu einfach erschienen, während es doch wohl taktvoll gewesen sei, daß Seeckt bei der Feier nur den Orden pour le mérite getragen habe. An der Rathenau-Feier in Oldenburg hätte die Reichswehr bestimmt teilgenommen, wenn sie von der Regierung veranstaltet gewesen wäre. Sie sei aber von den Parteien ausgegangen. An Regierungsfeiern habe die Reichswehr überall im Reiche teilgenommen. Bei der Stahlhelmfeier habe die Reichswehrkapelle einfach gegen Entgelt spielen wollen, wozu sie ein Recht habe, sofern es sich nicht um politische Veranstaltungen handle. Tantzen hätte ja einfach diese Feier verbieten können, statt dessen habe er von ihm verlangt, er solle das Spielen der Kapelle verbieten. Was er dann auch getan habe. Von allen Fällen Tantzens bleibe also nur die Ordensgeschichte übrig. Diese Anfrage sei in der Tat eine Dummheit gewesen, aber er habe auch dem betreffenden Herrn gegenüber die nötigen Konsequenzen gezogen. Die Sache hänge damit zusammen, daß Bayern gewünscht habe, es sollten auch vor dem Maximilianorden Ehrenbezeugungen gemacht werden. Er habe aber nun angeordnet, daß auch vor dem höchsten Kriegsorden keine Ehrenbezeugungen gemacht werden. Redner erwähnt dann, daß Tantzen mit einem sozialdemokratischen Oldenburger Abgeordneten das telefonische Stichwort "Ehrhardt[6] ist da!" verabredet habe, wenn irgend etwas nicht klappe. Infolgedessen sei neulich eine Schupo-Abteilung vergeblich

5 Hans von Seeckt (1866-1936), Chef der Heeresleitung 1920-1926, MdR (DVP) 1930 bis Juli 1932.

6 Hermann Ehrhardt, der am Kapp-Putsch beteiligte Freikorpsführer, wurde wegen Zugehörigkeit zum Geheimbund „Organisation Consul" polizeilich gesucht.

nach Wilhelmshaven beordert worden. Er erklärt dann, die Herren von der Anschauung Tantzens wollten überhaupt kein Heer. Tantzen habe einmal gesagt, auch wenn er einen Befreiungskrieg führen könnte, würde er es nicht tun. Er könne diese Auffassung nicht teilen, wenn er sie auch verstehe. Demgegenüber setzt er seine Ansicht von den Aufgaben der Reichswehr auseinander und wünscht, daß die Republik endlich die nötige Wärme für das Heer aufbringe, um auch in ihm Wärme für die Republik zu wecken. (Stürmischer Beifall.)

Herr **Tantzen** repliziert kurz über den Vorfall der verweigerten Teilnahme der Reichswehr an der Rathenau-Feier. Er gibt zu, daß es nicht loyal von ihm gewesen sei, daß er in einer Sitzung der Ministerpräsidenten Zweifel an der Reichswehr geäußert habe[7]. Mit einem sozialdemokratischen Abgeordneten habe er kein Stichwort vereinbart, sondern mit dem Leiter der Polizei in Rüstringen, wo Ehrhardts Frau wohne. Dieses Stichwort laute aber natürlich anders, da es in der Tat darauf gemünzt sei, um Ehrhardt bei einem etwaigen Besuch in Rüstringen abzufassen.

In der Aussprache ergreift zuerst Herr **Haas** das Wort. Er geht auf die Schwierigkeiten ein, die Gessler bei der Erziehung der Reichswehr habe. Wir haben alle dasselbe Ziel, wir streiten nur um das Tempo. Es sei richtig, die Reichswehr mit weicher Hand zu behandeln. Gessler habe sich in der Reichswehr eine starke Stellung geschaffen und monarchistische Offiziere der Republik näher gebracht. Wir brauchen Zeit, die Armee zu republikanisieren. Die Reichswehr können wir nur gewinnen, wenn wir ihr Verständnis zeigen. Andererseits muß ihr auch klargemacht werden, daß sie im Ernstfalle nur etwas erreichen kann, wenn auch die Arbeiterschaft hinter ihr steht. Deshalb müssen auch von der Reichswehr zur Sozialdemokratie Brücken geschlagen werden, ebenso auch umgekehrt. Man könnte daran denken, der Reichswehr bald Fahnen zu verleihen, wenn sie die Reichsfarben akzeptiert und wenn andererseits die Sozialdemokratie diese Fahne auch respektiert. Auch ein republikanisches Instruktionsbuch sollte der Soldat bekommen. Jedenfalls müßten endlich Dinge geschehen, die draußen sichtbar sind. Im übrigen müsse alle Kritik aus einem warmen Herzen für den Soldaten fließen. (An der weiteren Diskussion, für die fünf Minuten Redezeit beschlossen wird, beteiligen sich die Herren **Stephan**[8], **Cohnstaedt, Fischbeck**. Nach versöhnlichen Schlußworten von **Gessler** und **Tantzen** reichen sich beide unter dem Beifall der Anwesenden die Hände.)

Schluß 20 Uhr.

---

7 Tantzen hatte sich am 29.6.1922 bei einer Besprechung des Kabinetts mit den Ministerpräsidenten der Länder über das geplante Gesetz zum Schutz der Republik für scharfes Vorgehen gegen antirepublikanische Elemente ausgesprochen, „sei es in der Schule, sei es in der Reichswehr [. . .]". Vgl. Kabinette Wirth I u. II S. 917.

8 Werner Stephan (geb. 1895), Journalist, Leiter der Reichsgeschäftsstelle der DDP von November 1922 bis Mai 1929, Vorsitzender des Organisationsausschusses 1929-1930, Verfasser des Buches: Aufstieg und Verfall des Linksliberalismus 1918-1933. Geschichte der Deutschen Demokratischen Partei, Göttingen 1973.

101.

26.11.1922: Sitzung des Parteiausschusses

Gezeichnet: „Stephan". Vorsitz: Gerland. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: 16.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Gerland *eröffnet. Der Parteiausschuß wählt eine Kommission zur Beratung der am Elberfelder Parteitag eingegangenen Anträge auf Änderung der Satzung*[1]. *Anschließend referiert* **Fischer** *über die Finanzlage der Partei und empfiehlt die vom Vorstand vorbereiteten Anträge*[2]. *Nach seinen Angaben benötigt die Reichsgeschäftsstelle im Jahr 1923 die Summe von 20 Millionen Mark. Fischer betont die Notwendigkeit, die Partei aus sich selbst heraus zu erhalten, andernfalls könne der Moment eintreten, „wo wir in Berlin den Betrieb zumachen müssen".* **Erkelenz** *unterstützt diesen Appell. Die Anträge werden nach einer Aussprache angenommen.*

Dernburg *referiert über die anstehenden wirtschaftlichen Probleme. Er skizziert die Lage nach dem Londoner Ultimatum*[3] *und bezeichnet die Stabilisierung der Mark als vordringlichste Aufgabe. Voraussetzung für eine Stabilisierung sei ein mehrjähriges Moratorium aller Leistungen an die Entente und die Gewährung eines Kredits an Deutschland. Er befürwortet das Wirtschaftsprogramm der Regierung.* **Petersen** *berichtet über den Rücktritt Wirths und die Bildung des Kabinetts Cuno sowie über die Haltung der Reichstagsfraktion zu diesen Ereignissen. Die Reparationskommission habe bei ihrem Besuch in Berlin einen ungünstigen Eindruck erhalten, da die Reichsregierung nicht in der Lage gewesen sei, einen praktikablen Vorschlag zu unterbreiten*[4]. *Die demokratische Fraktion sei vorher an Wirth herangetreten und habe die Veröffentlichung eines Reparationsvorschlags und die Bildung der Großen Koalition zur Stützung der Außenpolitik verlangt. Wirth habe diesen Vorschlägen zugestimmt. Petersen berichtet ferner, daß die Fraktion auf der Basis von Vorschlägen des Ausschusses für Handel und Industrie auch ein Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet habe*[5]. *Er zählt dann die Gründe auf, die seiner Ansicht nach die Bildung der Großen Koalition verhindert haben, und betont, daß die Fraktion sich auch weiterhin für die Heranziehung der Sozialdemokratie einsetzen werde. Petersen rechtfertigt die Bildung der Arbeitsgemeinschaft*[6], *sie erweise sich als wirksames Gegengewicht zur starken sozialdemokratischen Fraktion. Er betont die Notwendigkeit, das liberale Wirtschaftssystem zu erhalten,*

---

1 Boss, Merten, Prentzel, Bergsträsser, Becher, Hübner, Dechamps, Petersen, Erkelenz, Fischer, Frankfurter, Kauffmann.

2 Siehe Nr. 100.

3 Siehe Nr. 79 Anm. 2.

4 Zur Verzögerungstaktik der Reichsregierung beim Besuch der Reparationskommission und der Kritik seitens der sozialdemokratischen und linksliberalen Blätter vgl. Ernst Laubach, Die Politik der Kabinette Wirth I u. II 1921/22 Lübeck u. Berlin 1968, S. 301 u. 325.

5 Die Reichstagsfraktion hatte dem Entwurf am 10.11. zugestimmt. Inhaltsangabe bei Wippermann A 1922 II S. 287f. Marx' Ersuchen, die Veröffentlichung zurückzustellen, lehnte Koch-Weser in einer Parteiführerbesprechung mit dem Reichskanzler am selben Tage als „nicht mehr möglich" ab. Kabinette Wirth I u. II S. 1164.

6 Siehe Nr. 97 Anm. 1.

da dieses allein die Möglichkeit schaffe, die Reparationen zu bezahlen und das Volk zu ernähren. Im Augenblick gehe es um eine Entscheidung zwischen Sozialismus und Sozialliberalismus; Aufgabe der Demokraten sei es, an der sozialliberalen Politik festzuhalten.

Gerland *verliest einen Antrag Vogt–Graf, der die Ablehnung des Wirtschaftsprogramms der Reichstagsfraktion als Parteiprogramm ausspricht und seine Überarbeitung durch eine Kommission unter Hinzuziehung einer gleichen Anzahl von Vertretern des Ausschusses für Handel und Industrie und des Arbeitnehmer- und Beamtenausschusses verlangt*[7]*.*

Bonn *äußert sich als erster Diskussionsredner zum Problem der Stabilisierung. Er empfiehlt, mehrere Pläne zur Stabilisierung auszuarbeiten, um eine negative Entscheidung auszuschließen.* **Rönneburg** *verweist auf die schwierige Lage der Arbeiterschaft. Er kritisiert unter lebhaftem Beifall das Wirtschaftsprogramm der Reichstagsfraktion, weil es die Interessen der industriellen und kapitalkräftigen Kreise über Gebühr berücksichtige und den Standpunkt der Konsumenten und Arbeitnehmer vernachlässige.* **Gothein** *polemisiert gegen den Antrag Vogt – Graf.* **Graf** *verteidigt seinen Antrag mit dem Hinweis, daß nicht nur der Ausschuß für Handel und Industrie, sondern auch der Arbeitnehmerausschuß ein Wirtschaftsprogramm ausgearbeitet habe, das von der Fraktion jedoch nicht hinreichend berücksichtigt worden sei*[8]*. Nach längeren Auseinandersetzungen nimmt der Parteiausschuß mit großer Mehrheit eine Resolution an, auf die sich die beteiligten Gruppen als Kompromiß geeinigt haben: Es wird beschlossen, zur Beratung der Reparations- und Wirtschaftsfragen eine Kommission einzusetzen, in die je zwei Vertreter der Reichstagsfraktion, des Vorstands, des Arbeitnehmer-, Beamten-, Agrar-, Mittelstands- und Industrieausschusses entsandt werden sollen sowie zwei vom Parteivorstand auszuwählende Nationalökonomen*[9]*. Das Ergebnis dieser Beratungen soll dem Parteiausschuß so bald wie möglich unterbreitet werden.*

7 Liegt vor.

8 DDP/Staatspartei R 45/III 11.

9 Liegt vor.

102.

26.11.1922: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz.Beginn: 16.45. Ende: 17 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Frankfurter, Gerland, Graf, Issberner, Jansen, Koch–Weser, Frau von Koerber, Petersen, Stephan, Stern, Frau Uth, Vogt, Weinhausen, Frau Wittstock.

Erkelenz *eröffnet. Der Vorstand beschließt, seine Mitglieder Grund und Stern sowie die Nationalökonomen Bonn und Herkner als Vertreter in die Wirtschaftsprogrammkommission*[1] *zu entsenden.*

1 Siehe Nr. 101.

103.

27.1.1923: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz: Beginn: kurz vor 11.45 Uhr. Ende: 16.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Bahr, Frau Bäumer, Böhme, Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Gerland, Gessler, Gladischewski, Graf, Haas, Harteck, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Frau von Koerber, Kuhle, Landahl, Neumann-Hofer, Oeser, Petersen, Preuß, Rönneburg, Schacht, Schiffer, Schneider, Sparrer, Stephan, Frau Uth, Wachhorst de Wente, Weinhausen, Frau Wittstock, ein Vertreter Hustaedts.

Der Vorsitzende, Herr **Erkelenz**, eröffnet die Sitzung dicht vor 11.45 Uhr. Da Herr Oeser, der das Hauptreferat halten wollte, vorläufig noch nicht anwesend sein kann, referiert zunächst über

die Folgen des französischen Einmarsches ins Ruhrgebiet

Herr **Petersen**. In ausführlicher Darstellung beleuchtet er die Frage der Ruhrbesetzung und die Stellung der Parteien dazu. Durch die Aufnahme der Unabhängigen sei die Sozialdemokratie ein gutes Teil nach links zurückgeworfen worden. Als die Deutschnationale Volkspartei angesichts der Ruhrbesetzung bereit war, in die Einheitsfront[1] einzutreten und dies ihm (Petersen) gegenüber durch Hergt dreimal hatte aussprechen lassen, haben wir uns diesem Wunsche nicht versagt. Diese Einheitsfront hat nun auch dazu geführt, daß der Kampf gegen den Nationalismus in Bayern mit aller Energie aufgenommen worden ist. Das Kabinett Cuno ist nach wie vor zur Aufnahme von Sozialdemokraten bereit, wenn dies ohne Krisis geschehen kann, wozu freilich augenblicklich keine Aussicht vorhanden ist. Redner geht dann auf die Besprechung der Regierungserklärung betr. die Ruhrbesetzung im Reichstage ein, besonders auf die Haltung des sozialdemokratischen Redners Müller (Franken)[2] und auf die Gründe, weshalb Ledebour[3] nicht zum Wort zugelassen sei. Der Weg, den unsere Fraktion zu beschreiten habe, sei: starke entschlossene Abwehr mit dem Ziel der Erfüllung in den Grenzen der Möglichkeit, Ablehnung jeder Handlung der Gewalt. Wir stehen zur Zeit völlig allein auf der Welt. Amerika und England werden nur eingreifen, wenn das deutsche Volk Kraft zeigt. Ebensowenig ist daran zu denken, daß Frankreich zu einem Kompromiß bereit ist. Das deutsche Volk hat also sein Schicksal selbst in der Hand. Wir können uns in der Führung der äußeren Politik völlig hinter die Regierung stellen und können zu unseren Ministern das allergrößte Vertrauen

1 Nach dem französischen Einmarsch hatten Reichspräsident und Reichsregierung Bevölkerung und Parteien aufgerufen, der Notlage „durch festes Zusammenstehen des ganzen Volkes" zu begegnen, und die Parteien waren diesem Appell mit Ausnahme der Kommunisten und Nationalsozialisten gefolgt. Vgl. Schulthess 1923 S. 8-10.

2 Vgl. Sten. Ber. Bd. 357 S. 9424-9428.

3 Georg Ledebour (1850-1947), MdR (SPD/USPD) Oktober 1900 bis 1918, 1920 bis Mai 1924, hatte sehr heftig gegen einen von DVP, DDP, Zentrum und BVP eingebrachten und von den Mehrheitsparteien angenommenen Antrag auf Schluß der Debatte protestiert. Vgl. Sten. Ber. Bd. 357 S. 9434-9435.

haben. Kein Kabinett hat so geschlossen und ausgezeichnet gearbeitet wie das jetzige. Die Hineinnahme Beckers[4] in das Ministerium hat sich als sehr klug und erfolgreich erwiesen.

Herr **Erkelenz** macht ergänzende Mitteilungen als Angehöriger des neubesetzten Gebietes. Die Stimmung im Ruhrgebiet ist absolut einig und einheitlich. Die Betriebsräte, die sich vor Thyssen[5] gestellt haben, gehören zu den wildesten Kommunisten des dortigen Gebietes. Das neubesetzte Gebiet ist erheblich aggressiver als das altbesetzte, freilich verschiebt sich auch in letzterem die Lage von Stunde zu Stunde mehr nach der aggressiven Seite hin. Für die Aufrechterhaltung der Einheitsfront an der Ruhr sorgen die Franzosen durch Verhaftungen usw. Wir haben von dem Mittel des Generalstreiks abgeraten. Dieser hätte nur dann einen Sinn, wenn man mit ihm in wenigen Tagen einen Erfolg, d. h. den Rückzug der Franzosen erzielen könnte. Daran aber kann kein Mensch denken. Wenn ein Generalstreik länger als 48 Stunden dauert, dann ist er immer zum Scheitern verurteilt, weil es dann keine stärkeren Mittel gibt zur Emportreibung der Stimmung, wenn man nicht gerade zur offenen Gewalttat übergehen will, was zu verwerfen ist. Auch die Reichsregierung verwirft den Generalstreik oder will ihn wenigstens nur für den äußersten Fall aufsparen. Die Bevölkerung im alt- und neubesetzten Gebiet muß vor Gewalttätigkeiten gewarnt werden. Wir müssen den passiven Widerstand möglichst lange durchführen. Es kommt nicht darauf an, daß wir die allerstärksten Mittel sogleich benutzen. Zur Zeit liegt der Kampf hauptsächlich bei den Eisenbahnern. Die Franzosen werden die Eisenbahnbetriebe kaum in vollem Umfange aufnehmen können. Sie können ihn durchführen für ihre eigenen militärischen Bedürfnisse, aber nicht für den Verkehr der Bevölkerung und die Abgabe von Kohle. Zum mindesten werden sie viele Monate zur Erlernung des Betriebes brauchen. Sehr wichtig ist, daß nicht die ganze Aktion einen zu weit nach rechts gerichteten Charakter annimmt. Die politisch geschulteren Sozialdemokraten würden jede aktive Kriegsabwehr sabotieren. Im übrigen könnten wir auch materiell einen solchen Krieg nicht aufnehmen. Die Hauptsache: möglichst lange passiven Widerstand leisten mit der Hoffnung, daß sich inzwischen politische Änderungen in Frankreich oder anderswo vollziehen und neue Besprechungen mit Anstand vorgenommen werden können.

Herr **Kauffmann** geht besonders auf die Kohlenfrage ein und weist darauf hin, daß für die Franzosen der springende Punkt die Beschaffung des Koks sei. Die Franzosen würden in der Lage sein, so lange Koks von der Ruhr nach Frankreich zu bringen, solange es dort Koks gibt, und den gebe es, solange es dort Kohle gibt. Andererseits würde ein Streik verderblich sein. Also kommt alles darauf an, die Arbeiterschaft unter der Erde zu beschäftigen, ohne daß sie in nennenswertem Umfange Kohle fördert. Redner fragt zum Schluß, ob die Regierung bereits einen Plan hat, um aus der Affäre herauszukommen.

Herr **Schneider**: Die wichtigste Frage ist neben der Ausfuhr von Kohle die der

4 Johann Becker (1869-1951), MdR (DVP) 1919-1930, hessischer Finanzminister 1916-1918, Reichswirtschaftsminister von November 1922 bis August 1923.

5 Fritz Thyssen war zusammen mit anderen Großindustriellen am 20.1.1923 verhaftet und wegen Verweigerung von Kohlelieferungen vor das französische Kriegsgericht gestellt worden. Während der Verhandlungen hatten Demonstrationen stattgefunden. Vgl. Schulthess 1923 S. 16.

Herbeiführung der Nahrungsmittel. Gerüchtweise verlautet, daß die Tschechei und auch Polen zum Krieg rüsten.

An der weiteren Diskussion beteiligen sich die Herren **Graf, Petersen, Preuß, Wachhorst de Wente**. Herr **Erkelenz** verliest den Wortlaut einer Entschließung, um deren Annahme er bittet[6].

Hierauf referieren die Minister **Oeser** und **Gessler** über die Lage. Herr **Oeser** meint, daß die Besetzung des Ruhrgebietes sich nicht vermeiden ließ. Wegen der Koksfrage ist die Lage zur Zeit für Frankreich gefährlicher als für uns. Finanziell kommt es bei längerer Dauer der Besetzung in eine größere Schwierigkeit. Es fragt sich, wer am längsten aushalten wird. Deshalb ist es unmöglich, heute schon zu sagen, wie die Dinge verlaufen werden. Mutmaßlich werden die Franzosen in einem gegebenen Moment die Vermittlung Englands anrufen. Die Befürchtung besteht, daß es dann zu einem Kompromiß zwischen England und Frankreich auf Kosten Deutschlands kommen wird. Der Gegensatz zwischen der Politik Wirths und Cunos ist nur ein äußerlicher und besteht gar nicht. Ohne Wirth würde die Politik Cunos nicht möglich sein. Aber weil nach außen hin ein Gegensatz besteht, kann daraus der Geist inneren Widerstrebens gegen die Politik Cunos entstehen, weil sie angeblich der Erfüllungspolitik entgegengesetzt ist. Wir sollten unsererseits alles tun, damit es nicht zu einer solchen falschen Gegenüberstellung kommen kann. Wünschenswert wäre auch im gegenwärtigen Moment von der Regierung, insbesondere vom Reichskanzler, ein klares Bekenntnis zur Republik. Verhandlungen werden nicht abgelehnt werden, denn nur durch sie ist die Wiedergewinnung des Ruhrgebietes möglich. Wir können auch nicht erklären, daß wir vor dem Rückzug der Franzosen aus dem Ruhrgebiet nicht verhandeln wollen. Die Stellung der Neutralen ist eine absolut passive. Die Stimmung der Vereinigten Staaten ist außergewöhnlich freundlich zu uns, aber nur eine theoretische. Auch der englische Botschafter[7] in Berlin gilt als Freund Deutschlands. Aber man darf hieran Zweifel hegen. Der Mut der bayerischen Regierung ist schon wieder abgeblaßt. Sie scheint auf einen Kompromiß mit den Nationalsozialisten ausgehen zu wollen[8]. Eine eigentümliche Erscheinung ist das Auftauchen wilder Banden im ganzen Reich. Einige von ihnen wollen nach Oberschlesien, andere nach Ostpreußen, wieder andere nach Hamburg, die meisten nach München. Wenn diese Bewegung weitergeht, so werden wir mit Ausnahmemaßregeln vorgehen. Die Stellungnahme des Kabinetts zur Ruhrbesetzung ist eine absolut einheitliche. Redner persönlich ist der Meinung, daß man die letzten Konsequenzen ziehen müsse, wenn es erforderlich sein sollte. Aufgabe der Demokratischen Partei sei es, der Welt zu sagen, daß wir keine Gewalt, sondern unser Recht haben wollen.

Herr **Gessler** stimmt mit Herrn Oeser völlig überein. Zur militärischen Lage sagt

---

6 Siehe unten.

7 Edgar Lord d' Abernon (1857-1941), Botschafter in Berlin 1920-1926.

8 Nach der Ruhrbesetzung hatten die Nationalsozialisten gegen die „Novemberverbrecher" demonstriert und für einen Parteitag in München agitiert. Die bayerische Regierung hatte wegen der damit verbundenen Unruhen zwar den Ausnahmezustand erklärt, ließ dann jedoch den Parteitag zu; der Münchner Polizeipräsident gestattete sogar in Verbindung damit mehrere Massenversammlungen der NSDAP. Vgl. Schulthess 1923 S. 10f.; ferner Kabinett Cuno S. 197-199.

er, daß die Franzosen offenbar dabei sind, ihre Truppen umzugruppieren. Da der erste Angriff gescheitert ist, müssen sie jetzt an eine systematische Belagerung der Festung herangehen. Diese Erkenntnis hat zu einem Gegensatz geführt zwischen der militärischen Oberleitung und der Regierung, weil letztere Einberufungen vermeiden wollte. In dem Augenblick, wo die Franzosen an die Grenze der neutralen Zone gekommen sind, haben wir ihnen mitgeteilt, daß sie nunmehr darauf rechnen müßten, auf geschlossene deutsche Truppenkörper zu stoßen. Wir haben aber nicht gesagt, was wir tun werden. Die Franzosen haben in der Tat an der neutralen Zone haltgemacht. Wir selbst haben Münster geräumt, allerdings nicht von Truppen, sondern von Vorräten. Die Franzosen planen jetzt, zunächst die deutschen Eisenbahner zu ersetzen. Vermutlich werden sie einen militärischen Gürtel um das Ruhrgebiet herum ziehen, um es von Deutschland abzuschließen. Die Polen und Tschechen fühlen sich nicht veranlaßt, ohne weiteres heute gegen uns loszugehen. Polen steht auch unter dem Druck der sehr vermehrten russischen Armee. Offenbar wird in Polen stark gerüstet. Aber eine eigentliche Mobilisation hat dort nicht stattgefunden, weil man Rücksicht auf Rußland nimmt. Auch die Tschechei rüstet fieberhaft. Aber auch sie hat einen schlimmen Gegner im Rücken, das ist Ungarn. Außerdem hat sie große innerpolitische Schwierigkeiten, nämlich die Widerstände der Deutschen und Slowaken, die mit der Zeit wachsen werden. Auch Rumänien ist in einer militärisch üblen Lage, ebenso Jugoslawien. Jedenfalls machen die Nachrichten aus dem Osten den Eindruck, als ob diese Gebilde des Versailler Friedens ein Kartenhaus wären, das auf irgendeinen Anstoß hin zusammenfällt, so daß keine Nation Lust hat, größere Aktionen zu machen. Wie sich die Sachen gestalten, wenn die Franzosen einen militärischen Druck auf Deutschland ausüben, das kann heute niemand sagen, so kann man nur grundsätzlich auf dem Boden stehen: Wir müssen abwarten, was der Tag bringt, versuchen, uns vor feindlichen Überraschungen zu schützen und verhindern, daß Torheiten bei uns im Lande gemacht werden. Solche Torheiten sind in der Tat zu befürchten. Das zeigt sich besonders in München, wo wir mit besonderer Sorge auf den Namen Ludendorff blicken. Wir hatten gehofft, daß die bayerische Regierung den Fehdehandschuh, der von der Hitlergruppe zugeworfen ist, aufnehmen würde. Stattdessen haben wir heute hören müssen, daß sie 6 Versammlungen der Nationalsozialisten genehmigt hat und ferner zwar keinen großen Umzug, aber mehrere kleinere. Die Situation ist dadurch eine sehr üble geworden, obwohl durch die Reichswehr, die auch in München fest in der Hand der Reichsregierung ist, der Spuk in einer Stunde hätte ausgetreten werden können. Das Verhalten der bayerischen Regierung wird der nationalsozialistischen Bewegung neue Nahrung geben. Das wird auf die Einheitsfront verhängnisvoll einwirken. Die großen, schweren Schlachten auf wirtschaftlichem Gebiet werden erst in Wochen und Monaten geschlagen werden. Eine Gefahr liegt auch in der lauen Art, wie ein Teil der Sozialdemokraten die Frage der Ruhrbesetzung behandelt. Das ist Wasser auf die Mühle der Rechtsradikalen.

Es sprechen noch die Herren **Cohnstaedt** und **Sparrer**, auf die die Herren **Oeser** und **Gessler** erwidern. Der letztere spricht persönlich seine Meinung dahin aus, daß Bayern auf die Dauer nicht beim Reiche zu halten sei. Auch die Wiederherstellung der Monarchie in Bayern sei auf die Dauer nicht aufzuhalten. Unsere Sorge müsse nur sein, daß das jetzt nicht kommt.

Hierauf wird die von Herrn Erkelenz vorgelegte Entschließung angenommen. Sie hat folgenden Wortlaut:

„Der Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei begrüßt die treudeutsche Haltung der Bevölkerung in Rheinland–Westfalen. Er spricht seine Bewunderung und seinen Dank aus für die einheitliche Geschlossenheit des Abwehrwillens aller deutschen Volksteile. Der Kampf um Deutschlands Bestehen und Deutschlands Einheit ist ein Abwehrkampf gegen die räuberischen Übergriffe des französischen Imperialismus. Die Bevölkerung in Rheinland-Westfalen wird dem französischen Militarismus keine Gelegenheit geben, den deutschen Widerstand in einem Blutbad zu ersticken. Passiver Widerstand, ausdauernd fortgesetzt, wird das deutsche Volk retten.

Wir fordern unsere Parteifreunde in Stadt und Land auf, opferwillig an der Volksopferspende für Rhein und Ruhr mit Geld und Lebensmitteln sich zu beteiligen. Das deutsche Volk und die deutsche Republik führen einen Kampf für die Freiheit der Völker, für das Recht, für Demokratie und Selbstbestimmung, gegen Imperialismus und Militarismus. In diesem Ringen hat das deutsche Volk sein Schicksal selbst in der Hand. Es wird sich der Größe der Aufgabe würdig erweisen."[9]

Schluß 16.30 Uhr.

9 Abgedruckt in: Wippermann A 1932 I S. 232.

104.

8.3.1923: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 10 Uhr. Ende: 11 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Bartschat, Böhme, Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischer, Frankfurter, Goetz, Graf, Harteck, Hummel, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Frau von Koerber, Kuhle, Landahl, Oeser, Otto, Petersen, Preuß, Rönneburg, Schneider, Sparrer, Stephan, Stern, Frau von Velsen, Vogt, Wachhorst de Wente, Weinhausen, Weiss, Frau Wittstock.

Erkelenz *eröffnet. Auf Wunsch der bayrischen Organisation wählt der Vorstand Sparrer in den Politischen Ausschuß*[1].

Fischer *begründet folgende vom Organisationsausschuß empfohlene Anträge zur Gestaltung der Parteifinanzen:*

1. „Der Parteiausschuß empfiehlt den Organisationen, von ihren Mitgliedern mindestens 150 M pro Kopf und Monat zu erheben. Ab 1. Januar 1923 sind an die Reichsgeschäftsstelle pro Kopf und Monat 10 M Kopfsteuer abzuführen. Die Kopfsteuerbeiträge sind vierteljährlich fällig. Die von einzelnen Organisationen gemäß dem Beschluß des Parteiausschusses vom 26. November 1922 gemachten

1 Siehe Nr. 88.

Vorauszahlungen von 50 M auf die Kopfsteuer für 1923 werden auf diese angerechnet. Der in Nürnberg und Bremen sowie vom Parteiausschuß bestätigte Beschluß der grundsätzlichen Zahlung des halben Betrages zu den tarifmäßigen Parteisekretärsgehältern wird suspendiert.

2. Dem Wunsch des Verbandes der Parteibeamten entsprechend wird ab 1. April eine ‚Unterstützungskasse für Parteisekretäre und Beamte der Deutschen Demokratischen Partei' ins Leben gerufen. Als Beiträge für diese Kasse sind monatlich 8 % vom monatlichen Gehalt eines jeden der Unterstützungskasse angehörigen Mitglieds zu erheben. Ein Drittel dieses monatlichen Beitrages ist zu tragen von der Reichsgeschäftsstelle, ein Drittel von den anstellenden Organisationen, ein Drittel von den Parteibeamten, sofern sie Mitglieder der Kasse werden, selbst. Die anstellenden Organisationen verpflichten sich, das von ihnen zu tragende Drittel den Parteibeamten allmonatlich mit ihrem Gehalt auszuzahlen, die Parteibeamten wiederum sind verpflichtet, für Abführung an die Verwaltungsstelle der Kasse zu sorgen."

Die Anträge werden nach einer Aussprache einstimmig angenommen.

105.

8.3.1923: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: Petersen. Beginn: kurz nach 11.30 Uhr. Ende: 17.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Das Schulkompromiß

Herr **Weiss** referiert über die Lage des Schulgesetzes[1] im Bildungsausschuß, wo das Gesetz jetzt zu dem entscheidenden Paragraphen gekommen ist. Die Fraktion hat das Bedürfnis, mit der Partei im Lande Fühlung darüber zu nehmen. Die sozialdemokratische Partei hat nicht nur in Weimar ein Kompromiß über die Schulfrage[2] geschlossen, sondern der sozialdemokratische Minister Köster[3] hat

1 Der Entwurf des Reichsschulgesetzes war vom Reichstag vom 23.–24.1.1922 in erster Lesung behandelt und dann an den Ausschuß für Bildungsfragen überwiesen worden. Dort war es trotz ausführlichen Beratungen in insgesamt sieben Sitzungen nicht zu einer Einigung über die entscheidende Frage gekommen: Gemeinschaftsschule als Regelform oder Gleichberechtigung von Gemeinschaftsschule, Bekenntnisschule und Bekenntnisfreier Schule. Auch interfraktionelle Verhandlungen hatten zunächst keine Einigung erbracht und waren im Oktober 1922 abgebrochen worden. Im Januar hatten dann zwischen den Koalitionsparteien DDP, Zentrum, BVP und DVP unter bewußter Ausschaltung der Sozialdemokraten neue Verhandlungen begonnen, wobei es u. a. darum ging, einen Kompromiß über die Definition der Gemeinschaftsschule und der Bekenntnisschule zu finden. Vgl. Grünthal S. 114-144.

2 Im ersten zwischen SPD und Zentrum abgeschlossenen Schulkompromiß hatte die Bekenntnisschule gleichberechtigt neben der Gemeinschaftsschule und der neu aufgenommenen weltlichen Schule gestanden; im zweiten, auch unter Mitwirkung der DDP geschlossenen Schulkompromiß (Art. 146 RV) war die Gleichberechtigung der drei Schularten aufgegeben worden, d. h. neben der „für alle gemeinsamen Grundschule" sollten „auf Antrag von Erziehungsberechtigten Volksschulen ihres Bekenntnisses oder ihrer Weltanschauung" eingerichtet werden können. A. a. O. S. 65.

3 Adolf Köster (1883-1930), Reichsaußenminister von April bis Juni 1920, Innenminister von Oktober 1921 bis November 1922.

auch interfraktionelle Besprechungen über das Gesetz gefördert. Mit dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung hat sich die Sozialdemokratie auch aus den Kompromißverhandlungen herausgezogen. Sie will nun die Verantwortung für das Kompromiß nicht tragen. Die Demokratische Partei ist nach wie vor gegen die Beratung des Gesetzes, die Regierung ist aber dafür, mit Rücksicht auf die unhaltbare Lage in Preußen und in anderen Ländern. Der Referent weist nach, daß der Weg der Schaffung eines Notgesetzes nicht gangbar ist, legt die verhängnisvollen Folgen eines evtl. Volksentscheides über diese Frage dar und meint, man müsse doch versuchen, zu einer Lösung der Schwierigkeiten auf dem Wege eines Kompromisses zu gelangen. Eine gemeinsame Basis mit der Sozialdemokratie gebe es für uns nicht. Das beweise vor allem der Antrag Löwenstein[4], der dahin geht, die Gemeinschaftsschule als eine weltliche Schule einzurichten. Bei Schaffung der Gemeinschaftsschule haben wir aber an eine weltliche Schule nicht gedacht und auch später sie immer nur als die Fortsetzung der Simultanschule angesehen. Schon die Simultanschule hat jetzt leider nicht allzu viel Anhänger, auf den Boden der weltlichen Schule dürfen wir schon gar nicht treten. Darum sollte der Parteiausschuß den Bremer Beschluß aufrechthalten, wonach die Gemeinschaftsschule die Nachfolgerin der Simultanschule sein soll[5]. Kann nun mit der Rechten ein Kompromiß geschlossen werden? Auf der rechten Seite befindet sich auch die Deutsche Volkspartei, die zwar für die Bekenntnisschule eintritt, aber doch die Grundsätze verficht: Erstens: die Schulhoheit des Staates muß unter allen Umständen gewahrt werden, und zweitens: die Lehrerbildung ist zweckentsprechend auszugestalten. Da sich bei der Frage, wie es mit der Gemeinschaftsschule als Regelschule steht, der Reichstag in zwei ziemlich gleiche Hälften spaltet, so muß man sie als eine offene betrachten. In einem Kompromiß muß daher gesagt werden: Diese Schulen sind als Gemeinschaftsschulen einzurichten, diese als Bekenntnisschulen. Damit ist der Frage, welches die Regelschule und welches die Sonderschule ist, gar nicht präjudiziert. Was die Charakterisierung der Schularten anlangt, so ist diejenige der Bekenntnisschule sehr schwer. Leitender Gesichtspunkt muß sein: Keine Klerikalisierung dieser Schulen. Die Schüler werden von Lehrern des Bekenntnisses und im Geiste des Bekenntnisses unterrichtet. Es muß hierbei festgelegt werden, daß auch der weltliche Unterricht in diesen Schulen die gleiche Selbständigkeit hat wie in den Gemeinschaftsschulen. Sodann darf nicht im mindesten die staatliche Hoheit angetastet werden. Ein schwieriger Punkt ist der Satz, der davon spricht, daß die Länder dafür zu sorgen haben, daß für die Bekenntnisschule geeignete Lehrer vorhanden sind. Hier liegt die Gefahr konfessioneller Lehrerbildung vor. Dieser Satz muß daher beseitigt werden. Auch bei der Frage der Erteilung des Religionsunterrichtes muß darauf gesehen werden, daß die staatliche Hoheit nicht leidet und daß die Kirche nicht mehr Rechte erhält, als sie besitzt. Wir haben auch noch besonders festlegen lassen, daß, wenn ein Lehrer nicht Religionsunterricht erteilen will, er dadurch nicht unfähig wird zum Unterricht an der Bekenntnisschule. Ferner haben wir Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht durchgesetzt. Ein gewisses Recht muß freilich hierbei der Kirche gegeben werden, daß sie sich überzeugen kann, ob der

4 Kurt Löwenstein (1885-1939), MdR (USPD/SPD) 1920- Mai 1924, Dezember 1924 bis April 1933.

5 Vgl. Dritter ordentlicher Parteitag S. 114f.

Religionsunterricht in ihrem Sinne gegeben wird. Endlich glauben wir dafür gesorgt zu haben, daß die bestehenden Schulen nicht durch konfessionelle Zwergschulen beeinträchtigt werden. Sache des Parteiausschusses ist, Stellung zu nehmen zu der Frage, ob Fortsetzung und Verbesserung des Kompromisses oder evtl. Kompromiß mit den Sozialdemokraten über die weltliche Schule. Hierzu würde sich Redner allerdings nicht hergeben.

Herr **Külz** als Korreferent: Der Wille der Verfassung war zweifellos auf die Gemeinschaftsschule mit Religionsunterricht gerichtet. Daneben sollte die Bekenntnisschule bestehenbleiben. Es ist Tatsache, daß die Sozialdemokraten jetzt aus Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung in der Frage der weltlichen Schule viel zurückhaltender sind. In der Lehrerschaft sind die Anhänger der rein weltlichen Schule sehr gering. Schwierigkeiten bietet auch die Haltung der Schulverwaltungen, die an ihrem gewohnten Schulsystem festhalten. Der gegenwärtige Zeitpunkt ist der denkbar ungeeignetste zur Schaffung eines Schulgesetzes, aber von den Ländern wird das Reich bedrängt. Je länger wir die Sache hinziehen, desto mehr stärken wir die reaktionären Elemente. Redner fürchtet, das Gesetz werde schließlich noch an der Finanzfrage scheitern. Das Reich will keinen Zuschuß für die Ausführung dieses Gesetzes geben. Bei einem Volksentscheid würde unsere Partei in großem Maße zerrieben werden. Geben Sie uns keine gebundene Marschroute in Einzelheiten mit auf den Weg. Wir sind noch mitten in den Verhandlungen drin; die Fäden mit der Sozialdemokratie sind nicht abgerissen.

Herr **Wehner** (Leipzig) bekennt sich als Anhänger der weltlichen Schule. Wir sehen ein, daß diese zur Zeit nicht als Gemeinschaftsschule eingerichtet werden kann. Deshalb ziehen wir uns auf die Verfassung zurück. Was uns aber hier gesagt worden ist, das geht über die Verfassung hinaus. Es ist ein Unsinn, in einer solchen Situation ein Kompromiß zu machen, das der Verfassung widerspricht. Die zu uns gehörigen Lehrer halten ein solches Kompromiß auch nicht für tragbar, sie betrachten es als Verrat an der Volksschule.

Herr **Hofheinz** (Heidelberg)[6]: Die badische Lehrerschaft steht mit überwältigender Mehrheit auf dem Standpunkt der Simultanschule und wünscht ihre Übertragung auf das Reich. Zweitens ist sie dafür, daß der Religionsunterricht zwar integrierender Bestandteil des Unterrichts ist, aber von einem Geistlichen der Konfession geleitet wird. Was Sie uns als Kompromiß vorlegen, ist nicht die Fortsetzung der Simultanschule, sondern eine Entwicklung nach der reaktionären Seite hin. Die Finanzfrage müßte so geregelt werden, daß die Zuschüsse zu den Pfarrergehältern fortan unter der Bedingung gegeben werden, daß die Geistlichen den Religionsunterricht in der Schule übernehmen. Die Simultanschule ist im Volke doch mehr verankert, als man glaubt. Redner widerspricht auch der Darstellung der Referenten über die Stimmung des Deutschen Lehrervereins.

Herr Dr. **Müller** (Bielefeld)[7] verteidigt das Kompromiß und wünscht auch Beibehaltung des Ausdruckes „christliche" Grundlage.

Herr **Luppe** (Nürnberg): Wir müssen jetzt das Schulgesetz machen. Die augen-

6 Oskar Hofheinz (geb. 1873), Obmann des badischen Lehrervereins, MdL Baden (DDP) 1921-1933.

7 Gymnasiallehrer in Bielefeld.

blicklichen Zustände erheischen das dringend. Die Sozialdemokratie hat uns völlig im Stiche gelassen. Die Fassung des jetzigen Kompromisses steht allerdings mit der Verfassung im Widerspruch. Zu vereinbaren wäre allerdings der ursprüngliche Vorschlag „religiös-sittliche Grundlage". Auf die Formulierung kommt es aber später gar nicht so an, sondern auf die praktische Ausführung.

Herr Dr. **Seyfert** (Dresden)[8] erhebt besonders vom politischen Standpunkt aus Bedenken gegen das Kompromiß namentlich deswegen, weil wir in dieser Frage an der Seite des Zentrums und der Deutschen Volkspartei stehen. Für unsere Partei bedeutet das Kompromiß unserer Vergangenheit wegen eine Katastrophe. Deshalb keine Verständigung mit dem Zentrum. Warten wir bis auf den Zeitpunkt, wo die Sozialdemokratie wieder in die Regierung eintritt. Dann ist ein Gesetz möglich. Beschränken wir uns auf ein weites Rahmengesetz, über das wir uns mit der Sozialdemokratie verständigen können. Schlimmstenfalls empfiehlt sich die Schaffung eines Notgesetzes. Redner bittet, ein kirchliches Recht auf die Kontrolle des Religionsunterrichtes unter allen Umständen abzulehnen.

Es wird jetzt beschlossen, die Redezeit auf zehn Minuten zu beschränken.

Herr **Tews**[9]: Das Kompromiß hat eine gesunde Schale, aber einen ungesunden Kern. Was von der christlichen Grundlage gesagt wird, das ist verfassungswidrig. Solche Dinge können wir unter keinen Umständen unterschreiben. Vollständig ablehnen sollten wir die Vereinbarung aber nicht. Es ist nicht wahr, daß die Simultanschule keine Anhänger mehr hat. Sie hat vielmehr überall die Mehrheit der Bevölkerung für sich. Zu warnen ist vor engherzigen Vorschriften in bezug auf den Religionsunterricht.

Herr **Oeser**: Es liegen augenblicklich starke Bedenken vor, den Entwurf zurückzuziehen und auf später zu verschieben. Das sind zunächst politische Gründe. An den Abstimmungen zugunsten der konfessionellen Schule kann man nicht vorübergehen. Auch Parteifreunde von uns sind da für die konfessionelle Schule eingetreten. Ein Hauptbedenken gegen die Zurückziehung der Schulvorlage ist, daß wir dann einen Schulkampf in der schärfsten Form haben werden mit dem verhängnisvollen Volksentscheid. Darum ist es vernünftiger, den Entwurf in einer möglichst tragbaren Form fertigzubringen. Das Wichtigste ist die Gestaltung der Lehrerbildung. Leider hat das Kabinett meine Wünsche, eine Vorlage darüber an den Reichstag zu bringen, nicht berücksichtigt[10]. Die Parteien sollten gleichwohl das Lehrerbildungsgesetz nicht aufgeben.

Frau **Bäumer**: Die Debatte hat bisher nicht zu konkreten Vorschlägen geführt. Das ist bezeichnend und erklärlich: Der eigentliche Bruch mit der liberalen Anschauung liegt in dem Verfassungskompromiß selbst. So sind wir durch die Verfassung gebunden und gehemmt. Dem Einwand gegen die „christliche"

8 Hermann Seyfert (1862-1940), Schulrat, Professor an der Technischen Hochschule Dresden seit 1924, MdL Sachsen (NL/DDP) 1908-1918, 1920-1929, MdNv 1919-1920, sächsischer Kultusminister von Oktober 1919 bis Dezember 1920, Vorsitzender der sächsischen Landtagsfraktion.

9 Johannes Tews, Geschäftsführer der Gesellschaft für Volksbildung in Berlin.

10 Der Gesetzentwurf eines Lehrerbildungsgesetzes war am 14.12.1922 zum ersten Mal im Kabinett besprochen worden. In einer Sitzung vom 12.1.1923 hatte Oeser die Annahme des Entwurfs empfohlen, das Kabinett schloß sich jedoch den Bedenken des Finanzministers an und lehnte ab. Vgl. Kabinett Cuno S. 67f. u. S. 134.

Grundlage läßt sich nachkommen. Aber die Sache muß nur gleich im Ausschuß formuliert werden. Eine Vertagung der Frage muß dazu führen, daß die konfessionelle Agitation gegen die Simultanschule noch mehr Zeit gewinnt. Was dann zustande kommt, ist schlimmer, als was jetzt zu erwarten ist.

Nach Abschluß der Debatte finden die Abstimmungen statt. Folgende Anträge werden angenommen:

I. „Der Parteiausschuß billigt das Eintreten der Reichstagsfraktion für die religiöse Gemeinschaftsschule als Fortsetzung der alten Simultanschule sowie für unverkürzte Aufrechterhaltung der staatlichen Schulaufsicht. Er erachtet das Zustandekommen eines maßvollen Schulkompromisses für eine dringende Aufgabe zur Befestigung des inneren Friedens. Der Parteiausschuß bittet ferner die Fraktion, in ihren Bemühungen für die Schaffung eines Lehrerbildungsreichsgesetzes nicht zu erlahmen."

II. „Der Parteiausschuß billigt, daß auf der Grundlage einer Fortsetzung der alten Simultanschule ein Kompromiß für das Reichsschulgesetz gesucht wird, wenn irgend möglich mit Einschluß der Sozialdemokratie. Der Parteiausschuß wünscht aber, daß die Reichstagsfraktion gegenüber den vorliegenden Vorschlägen noch weitere Sicherungen sucht, zumal in folgenden Fragen:

1. Freiheit des Profanunterrichts von kirchlichen Bindungen
2. Widerstand gegen jede Konfessionalisierung der Lehrerbildung
3. Sicherung regionaler staatlicher Schulaufsicht auch in Bekenntnisschulen
4. Sicherung möglichster Ausdehnung der Gemeinschaftsschule auch dadurch, daß auch bei weiter bestehenden Schulen das Anmeldeverfahren durchzuführen ist und dabei nicht Angemeldete der Gemeinschaftsschule zugezählt werden."

Der Parteiausschuß beschließt ferner, der Fraktion die Unterlagen über die Regelung der Simultanschule in Baden als Material zu überweisen.

Erkelenz *berichtet über die Verhandlungen des Vorstands zur Finanzfrage und empfiehlt die dort gefaßten Beschlüsse*[11]*. Sie werden mit großer Mehrheit angenommen.*

Es folgt eine Aussprache über die politische Lage. **Oeser** *skizziert einleitend die Situation im Ruhrgebiet. Nach seiner Ansicht ist es das Ziel der französischen Politik, nicht nur die Rheingrenze zurückzugewinnen, sondern auch die Mainlinie neu zu schaffen. Die deutschen Parteien seien mit Ausnahme der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei und der Deutschvölkischen Freiheitspartei einig in der Abwehr des französischen Vorstoßes. Der Redner geht dann auf die links- und rechtsradikalen Bestrebungen in verschiedenen Teilen des Reiches ein und bezeichnet als Ziel der deutschen Politik die Revision des Versailler Vertrages und die Befreiung des deutschen Landes und der deutschen Wirtschaft. Nach Abschluß der Aussprache nimmt der Parteiausschuß einstimmig eine Resolution an, die den Trägern des Abwehrkampfes an der Ruhr Dank und Mitgefühl ausspricht*[12]*.*

---

11 Siehe Nr. 104.

12 Liegt vor.

106.

27.5.1923: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: kurz vor 11 Uhr. Ende: 17.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Cohn (Dessau), Cohnstaedt, Dominicus, Erkelenz, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Graf, Grund, Haas, Hamm, Hellpach, Hummel, Hustaedt, Issberner, Kalkoff, Kauffmann, Kempner, Frau von Koerber, Kuhle, Landahl, Matthaei, Nuschke, Petersen, Schacht, Schiffer, Sparrer, Stephan, Frau Uth, Vogt, Weinhausen, Wendorff, Frau Wittstock.

Erkelenz *eröffnet. Er referiert über die Situation im Ruhrgebiet und betont, daß der Widerstand im besetzten Gebiet nur noch begrenzte Zeit aufrechterhalten werden könne. Nach einer längeren Diskussion stellt* **Petersen** *zusammenfassend fest, daß einander widersprechende Vorschläge gemacht worden seien, während im Grunde doch nur ein Weg gangbar sei. Er hält es für verfehlt, jetzt von England abzurücken und mit Frankreich direkt zu verhandeln. Erkelenz' Hinweis auf die Möglichkeit der Errichtung einer Diktatur bezeichnet er als reine Theorie. Er rät davon ab, das Kabinett Cuno zu stürzen, da es ungewiß sei, wer das neue Kabinett bilden werde und was dieses besser machen solle. Das Garantieangebot der Industrie*[1] *sei positiv zu bewerten; das letzte Wort in dieser Angelegenheit müsse jedoch der Staat sprechen.*

Erkelenz *bringt die zur Zeit wieder einmal grassierenden Fusionsgerüchte zur Sprache. Er hält eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei im gegenwärtigen Zeitpunkt für verfehlt, da ein Teil des linken Flügels der Demokraten und des rechten Flügels der Volkspartei dabei nicht mitgehen würde. Erkelenz wünscht in diesem Sinne eine Anweisung an die Reichsgeschäftsstelle, um sie in den Stand zu setzen, diesbezügliche Anfragen entsprechend zu beantworten.* **Petersen** *hält eine derartige Anweisung nicht für ratsam. Nach einer Aussprache, in deren Verlauf sich die meisten Redner gegen eine Fusion aussprechen, beschließt der Vorstand, den Gerüchten in einer Pressenotiz entgegenzutreten*[2].

Die demokratischen Arbeitnehmer und Beamten haben den Wunsch nach Einberufung einer Sitzung des Parteiausschusses zur Erörterung der Finanz- und Steuerpolitik geäußert. Die Mehrheit der Anwesenden spricht sich im Hinblick auf die politische Gesamtlage gegen eine solche Konferenz zum gegenwärtigen Zeitpunkt aus.

Der Vorstand beschließt, den nächsten Parteitag drei bis vier Monate vor den Reichstagswahlen stattfinden zu lassen.

---

1 Am 25.5.1923 hatte der Reichsverband der Deutschen Industrie dem Reichskanzler in einer Denkschrift eine Garantie für die Jahreszahlungen aus den Reparationsverpflichtungen angeboten; dieses Angebot war jedoch an eine Reihe von Bedingungen geknüpft, die bei den Gewerkschaften und beim Angestellten- und Beamtenbund auf scharfen Widerspruch stießen. Vgl. Kabinett Cuno S. 508-513; ferner Schulthess 1923 S. 106.

2 Vgl. den Artikel „Fusion" in: Demokrat v. 15.6.1923 Nr. 12.

107.

28.7.1923: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: kurz nach 11.15 Uhr. Ende: 18.15 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bernhard, Bonn, Cohn (Dessau), Cohnstaedt, Dernburg, Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Gerland, Gessler, Graf, Grund, Haas, Hamm, Hustaedt, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Frau von Koerber, Külz, Kuenzer, Kuhle, Meyer, Melchior, Neumann-Hofer, Nuschke, Oeser, Petersen, Preuß, Rönneburg, Schacht, Schneider, Sparrer, Stephan, Stern, Frau von Velsen, Vogt, Frau Wittstock.

Erkelenz*eröffnet. Nach einer kurzen Aussprache über einen Konflikt in der pommerschen Organisation wird mit einem Referat zur Außenpolitik in die Tagesordnung eingetreten.*

Herr **Petersen**: Frankreich ist das einzige Land, das jetzt noch die politische Lösung will (nicht die wirtschaftliche); selbst Belgien wendet sich der letzteren immer mehr zu. Deutschland kann augenblicklich nichts anderes tun, als was das Kabinett Cuno schon getan hat. Es kommt jetzt darauf an, ob es England gelingt, Frankreich zu seiner Auffassung hinüber zu ziehen. Jetzt handelt es sich darum, ob Deutschland in den Völkerbund eintreten soll. Die Fraktion ist in dieser Frage nicht geschlossen. Redner persönlich ist Anhänger des Eintritts. Freilich müssen wir von der Stellung unseres Antrages von England und Italien die Zusicherung haben, daß sie unserer Aufnahme zustimmen werden. Zweitens dürfen von uns bei dem Eintritt nicht demütigende Bedingungen verlangt werden. Solange Geld und Lebensmittel nach der Ruhr geschickt werden, wird dort der Zusammenbruch nicht stattfinden. Aber immerhin liegen hier schwere Gefahren vor, wenn sich die Besetzung zu sehr in die Länge zieht. Eine Verständigung mit Frankreich und Belgien ist unhaltbar und unmöglich. Soweit es bei uns liegt, haben wir alles zu tun, um unsere wirtschaftliche und finanzielle Lage in Ordnung zu bringen. Auf diesem Gebiet muß etwas Starkes und Sofortiges geschehen.

Herr **Erkelenz** referiert über die innere Lage. Wenn die Dinge sich so weiter entwickeln wie in den letzten Tagen, dann wächst die Gefahr des Verlustes der Substanz bis ins Riesenhafte. Das gilt namentlich für den Handel. Wir werden bald dahin kommen, daß es nichts mehr zu kaufen gibt. Die Hauptschwierigkeiten liegen in der Tatsache, daß die Mittelparteien durch ihre Politik moralisch ins Unrecht gesetzt zu sein scheinen, daß sie an Kraft und Energie verloren haben, daß sich von rechts und links alles zu einer Entladung drängt. Am wenigsten ist politisch von der kommunistischen Gefahr zu befürchten. Die Kommunisten können keinen großen Putsch, der ihnen die Macht in die Hände spielt, machen. Sie werden durch Vorkommnisse wie in Frankfurt[1] einem Rechtsputsch den Weg bereiten. Augenblicklich liegt aber überhaupt erst dann die Gefahr eines Putsches vor, wenn es über das Ruhrgebiet zur Entscheidung kommt, und dann werden die Nationalisten Oberwasser erhalten. Für diesen Fall ist es wichtig zu wissen, daß

1 Im Juli 1923 war es in verschiedenen Städten zu Unruhen gekommen, so auch in Frankfurt/M., wo am 23.7. ein Staatsanwalt getötet und sein Haus gestürmt worden war. Vgl. Schulthess 1923 S. 137.

der Staat stark genug ist, um Aufstände zu unterdrücken. Merkwürdig ist es, daß der Hauptschwerpunkt der Nationalsozialisten jetzt nicht in Bayern, sondern in Württemberg liegt. Von dort wird dann auch wohl der Anstoß zu Unruhen ausgehen. Redner sieht die innere Gefahr als sehr groß an. Vom Rheinland droht wohl keine große Gefahr für die Aufgabe des passiven Widerstandes, wenn es gelingt, die Finanzfrage für das ganze Reich in größere Ordnung zu bringen. Der jetzige Kampf im Rhein- und Ruhrgebiet muß aber bis zum Frühherbst liquidiert werden. Auch die Demokratische Partei muß sich auf die kommenden Ereignisse einstellen. Die Politik der Regierung sollten wir weiter unterstützen, uns aber andererseits die Frage vorlegen, was geschieht, wenn sich England nicht vorläufig gegen Frankreich durchsetzen kann.

Herr **Fischer** führt zur Wirtschafts- und Finanzpolitik aus: Eine gesunde Finanzpolitik ist zur Zeit der Ruhrinvasion bis zur Neuregelung des Friedensvertrages nicht möglich. Trotzdem aber dürften wir die Hände nicht in den Schoß legen. Der gegenwärtigen Regierung muß der Vorwurf gemacht werden, daß sie es in den letzten Monaten und Tagen an einer einheitlichen Zielsetzung fehlen ließ und daß innerhalb des Kabinetts ganz offensichtlich verschiedene Strömungen an der Arbeit sind. Unserem Gedankengang, namentlich auf dem Wege einer Goldrechnung zu einer neuen Währung zu kommen, steht der Wirtschaftsminister[2] am nächsten. Ganz anders der Reichsfinanzminister[3] und die Reichsbank, die mit einer Fortdauer der Inflation bzw. mit einer Möglichkeit der Besserung der Mark rechnen. Daher die Untätigkeit der Reichsregierung. Auch was die Regierung jetzt vorschlägt, ist nur Stückwerk an einem an sich unmöglichen Steuersystem. Der Übergang zur Goldrechnung wird uns selbstverständlich unendliche Schwierigkeiten bereiten; aber es ist unmöglich, von vornherein ein Rezept zu machen, das diese Schwierigkeit aufhebt. Man muß einmal den Mut haben anzufangen. Es fragt sich für uns: Sollen wir dem Finanzminister erklären, daß wir ihm nicht mehr folgen werden, oder sollen wir von ihm ganze Arbeit verlangen? Das letztere ist zu bejahen. Wir müssen uns aber über die Konsequenzen vollkommen klar sein: Wir geben dann die Mark als Wertmesser auf; es können sich dann auch Ergebnisse der Wirtschaft zeigen, die dazu führen, daß die bisherigen Steuerarten nicht mehr genügen. Wir sind aber dann auch bereit, Steuern zu bewilligen und selbst eine Verringerung der Substanz herbeizuführen. Die Wirtschaftspolitik kann nur bestehen in einer Hebung der Produktion und des Exportes. Unser Wirtschaftsprogramm vom vorigen Herbst[4] ist auch heute noch gültig. Bedauerlich ist, daß die Regierung überhaupt kein Programm gehabt hat.

Herr **Schacht** spricht über die Währungs- und Devisenpolitik. Durch die verkehrte Höchstpreispolitik der Reichsbank in bezug auf die Goldwerte ist es verursacht, daß alle Devisen restlos aus dem Verkehr entschwunden sind. Die Finanzierung des Ruhrkrieges hat eine verzweifelte Ähnlichkeit mit unserem finanziellen Gebaren während des Krieges. Sie ist sogar noch schlimmer, da wir

2 Becker (DVP).

3 Hermes (Z).

4 Siehe Nr. 101.

nicht mit Anleihen, sondern nur mit der Notenpresse operieren. Was seit dem Zusammenbruch der Markstützungsaktion von der Regierung nicht geschehen ist, das spricht ihr das Urteil. Die Situation heute hat eine große Ähnlichkeit mit derjenigen vom Oktober 1918. Die Regierung begreift heute noch nicht, worum es sich handelt. Der Parlamentarismus würde sich in Deutschland um jeden Kredit bringen, wenn das Parlament heute nicht die Entschlußfähigkeit zu eigener Kraftäußerung aufbringt. Wenn Sie diese Regierung weiter fortwursteln lassen, wird das Parlament die Verantwortung dafür tragen. Die gegenwärtige Regierung wird nicht imstande sein, einen Ausweg zu finden. Gibt es aber überhaupt noch einen Ausweg? Für den Politiker darf niemals der Moment kommen, wo er verzichtet, sondern er muß den Weg gehen, wenn er ihn weiß. Wir müssen durch eine sofort ausführbare Steuermaßnahme einen großen Betrag Papiermark herausholen in die Hände der Regierung, zweitens die Papierkreditgewährung unter allen Umständen abschnüren. Was wir heute bewirken müssen, ist die Schaffung der großen demokratischen Front zur Aufrechterhaltung des Widerstandes an der Ruhr. Hierfür genügt nicht die gegenwärtige Regierung. Die Fraktion muß sich zu einer großen Tat aufraffen.

Herr **Melchior**: Was muß geschehen? Nach außen hin: Eintritt in den Völkerbund. Zweitens unverzüglich Gesetze zur Ausführung des Programms, das die Regierung bereits im Juni in ihrem Memorandum entworfen hat[5]. Ferner eine Sanierung der Währung durch Goldrechnung. Redner behandelt hierbei ausführlich auch die Einführung der Festmark in die Steuergesetzgebung. An die Referate schließt sich eine eingehende Aussprache, an der sich die Herren **Schneider, Dernburg, Graf, Oeser, Cohnstaedt, Gerland, Kuenzer**[6], **Preuß, Bernhard, Fischer, Schacht, Grund, Stern, Nuschke, Hamm, Sparrer, Petersen, Bonn** beteiligen. Gleich zu Beginn der Diskussion verliest der **Vorsitzende** eine Entschließung, deren Redaktion einem Unterausschuß übertragen wird, bestehend aus den Herren Petersen, Fischer, Schacht, Rönneburg, Schneider, Melchior. Die von diesem Unterausschuß vorgelegte Entschließung wird einstimmig in der nachfolgenden Form angenommen:

„1. Die Wirtschaft des Reiches, der Länder und der Gemeinden sowie die Einzelwirtschaft sind auf eine rechnungsmäßige Festmark aufzubauen. Die Festmarkberechnung ist für alle Steuern, die Löhne und Gehälter, die kaufmännische Buchführung, den Groß- und Einzelhandel einzuführen. Mit dieser Umgestaltung der Finanz- und Währungspolitik ist ohne Verzug zu beginnen, um die schleunige Erhebung sofort wirksamer direkter Steuern, insbesondere einer Sonderbesitzsteuer für den Ruhrabwehrkampf, zu ermöglichen und der Wirtschaftsführung jedes einzelnen eine festere Grundlage zu schaffen.

Sofort sind zur Eindämmung der Inflation wertbeständige, allen Volkskreisen zugängliche Anleihen auszugeben.

2. Die Erfüllung dieser Forderungen wird den Deutschen am Rhein und an der

5 Am 7.6.1923 hatte die Regierung Cuno in einem Memorandum an die Alliierten zum ersten Mal konkrete Vorschläge zur Gestaltung möglicher deutscher Garantien gemacht. Vgl. Kabinett Cuno S. XXXIII f.

6 Hermann Kuenzer, Oberst a. D., Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung.

Ruhr den unbeugsamen Willen des ganzen Volkes zeigen, mit ihnen in dem Kampf für Einheit und Freiheit unseres Vaterlandes auszuharren."[7]

Weiter wird einstimmig beschlossen, folgende Resolution Graf–Vogt –Schneider der Fraktion als Stimmungsbild zu überweisen: „Vorstand wolle beschließen, die Fraktion aufzufordern, an die Reichsregierung heranzutreten und von ihr die sofortige Durchführung einschneidender finanzpolitischer Maßnahmen im Sinne der Entschließung des Vorstandes zu verlangen. Falls die Regierung nicht bereit ist, diese Maßnahme schnellstens und ohne Rücksicht auf irgendwelche Interessengruppen in gerechter Weise durchzuführen, ist ihr das Vertrauen zu entziehen."

Schluß 18.15 Uhr.

7 Abgedruckt in: Wippermann A 1923 II S. 163.

108.

22.9.1923: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: kurz nach 14.30 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bartschat, Cohn (Dessau), Cohnstaedt, Dominicus, Erkelenz, Falk, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Gerland, Graf, Haas, Hamm, Hieber, Hummel, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Koch–Weser, Frau von Koerber, Kuhle, Neumann–Hofer, Petersen, Preuß, Schacht, Schiffer, Schneider, Siehr, Sparrer, Stephan, Stubmann, Frau Uth, Frau von Velsen, Vogt, Wachhorst de Wente, Weinhausen, Frau Wittstock.

Erkelenz *eröffnet. Er bittet, von einer Besprechung der politischen Lage abzusehen und sich auf die heute anstehenden Fragen, die finanzielle Lage der Partei und den Antrag des Reichsbeamtenausschusses zur Frage der Demokratisierung der Verwaltung*[1]*, zu beschränken. Der Vorstand stimmt diesem Wunsch zu.*

Fischer *berichtet zunächst über die finanzielle Situation der Partei. Seit dem Parteitag von Elberfeld habe man das Personal der Reichsgeschäftsstelle von 18 auf 8 hauptamtliche Mitarbeiter verringert, die Büroräume teilweise weiter vermietet und das Erscheinen des "Demokrat" eingeschränkt. „Der Kopfbeitrag spielt gar keine Rolle mehr, nur durch Sammlungen sind wir in einen einigermaßen lebensmöglichen Zustand gekommen."*[2] *Den Bedarf der Geschäftsstelle für Oktober beziffert Fischer mit 15 Milliarden Mark. Es sei nun die Frage, ob man den Beamtenapparat der Geschäftsstelle noch weiter reduzieren solle, um ihn auf die*

1 Der Antrag war bereits für die Tagung des Reichsausschusses der Deutsch-Demokratischen Beamten am 5. u. 6.5.1923 in Berlin formuliert worden. Abgedruckt in: Demokrat v. 15.4.1924 Nr. 10.

2 Eine Liste „Zahlungen 1923 von prominenten Parteifreunden", die insgesamt 136 Spender mit ihren Beiträgen nennt, befindet sich im Nachlaß Erkelenz 110.

„gesicherten Einnahmen", die festen Zuschüsse der Fraktionen, stellen zu können. Der Referent lehnt diese Möglichkeit ab und empfiehlt stattdessen, die Mitglieder des Parteiausschusses zu bitten, größere Beträge in ihnen nahestehenden Kreisen zu sammeln. **Erkelenz** *ergänzt und unterstützt Fischers Ausführungen und schlägt vor, die Organisationen zur Abnahme eines Exemplars des ''Demokrat'' zu verpflichten. Im Verlauf der Aussprache wird beschlossen, dem Parteiausschuß vorzuschlagen, die Kopfsteuer für die letzten drei Monate des laufenden Kalenderjahres auf monatlich fünf Goldpfennig zu bemessen und das Zwangsabonnement des ''Demokrat'' einzuführen.*

Auf Anregung von **Preuß** *beschließt der Vorstand entgegen seinem ursprünglichen Beschluß, die politische Lage doch zu diskutieren.* **Petersen** *referiert über die Situation im Ruhrgebiet und betont, daß die finanziellen und moralischen Voraussetzungen für die Fortführung des passiven Widerstands nicht mehr gegeben seien. Dieser Meinung sei auch die Regierung, und die Fraktion schließe sich dem an.* **Erkelenz** *bestätigt diese Beurteilung der Lage. Er sieht in einer Unterstützung der Politik Stresemanns das einzige Mittel, um die Bildung eines rheinischen Sonderstaats zu verhindern. Nach einer ausführlichen Debatte billigt der Vorstand Petersens Ausführungen und ersucht ihn, in diesem Sinne zu handeln.*

109.

23.9.1923: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: zunächst Petersen, dann Gerland, dann Frau Bäumer. Beginn: 10 Uhr. Ende: 20 Uhr. Ort: Reichstag.

Petersen *eröffnet.* **Fischer** *berichtet über die finanzielle Situation der Partei und empfiehlt die Annahme der Vorstandsbeschlüsse*[1]*. Der Parteiausschuß stimmt den Anträgen zu.*

Petersen *leitet die Aussprache über die politische Lage mit einem Referat über den Ausgang des Ruhrkampfs ein. Er begründet die Notwendigkeit der Aufgabe des passiven Widerstands und betont die positiven Folgen des Ruhrkampfs: das gesteigerte Ansehen Deutschlands in der Welt.* **Erkelenz** *untersucht in seinem Korreferat die Ereignisse und Entscheidungen, die zur bestehenden Situation geführt haben. Nach seiner Ansicht hat die Regierung Cuno vor allem zwei Fehler gemacht: Sie hat zu spät Verhandlungen angestrebt und hat bei der Finanzierung des passiven Widerstands versagt. Der Redner fordert auf, der im Rheinland herrschenden fatalistischen Stimmung entgegenzutreten und alles für die Erhaltung der Reichseinheit zu opfern. (Die Vertreter aus den besetzten Gebieten begeben sich zur Beratung in ein anderes Zimmer.)*

Fiehn[2] *eröffnet die Diskussion mit einem Angriff auf die Fraktion, die ihre Schuldigkeit nicht getan habe, indem sie Cuno stützte. Er kritisiert das Ausbleiben*

1 Siehe Nr. 108.

2 Regierungsdirektor in Berlin, dann Polizeipräsident in Bielefeld.

der Demokratisierung der Verwaltung und wirft dem Reichswehrminister vor, seine gerühmte Entpolitisierung der Armee bestehe in Wahrheit in der Entfernung aller republikanischen Kräfte aus der Reichswehr. Die Redezeit wird jetzt auf zehn Minuten beschränkt. **Mommsen**[3] *hält eine Initiative der Partei hinsichtlich eines Wechsels im Reichswehrministerium zu diesem Zeitpunkt für völlig unmöglich.* **Grossmann** *bittet die Fraktion, endlich gegen die reaktionäre Heeresleitung vorzugehen und fordert die Preisgabe des Generals von Seeckt. „Eine Prätorianerwirtschaft können wir nicht dulden." Der Parteiausschuß beschließt, nur noch Diskussionsbeiträge zur Rhein- und Ruhrfrage zuzulassen. Zuvor sollen Petersen und Gessler noch zu ihrer Verteidigung das Wort erhalten.* **Petersen** *weist die Angriffe auf die Fraktion zurück und betont, daß für die Berufung Cunos der Reichspräsident die Verantwortung trage. Er führt aus, daß er seit Jahren gesprochen und gehandelt habe, wie es Stresemann jetzt tue. Die Demokratisierung der Verwaltung sei von der Fraktion immer wieder gefordert worden, sie auch durchzusetzen, sei Sache der Minister.* **Gessler**: *„Ich muß zugeben, daß ich republikanisch nicht zuverlässig bin, weil ich bis zu meinem 46. Lebensjahr überzeugter Anhänger der Monarchie gewesen bin, und zwar einer Monarchie im Sinne Naumanns. Diesen Makel trage ich und werde ihn weiter tragen." Gessler weist auf die Schwierigkeiten beim Aufbau der Reichswehr hin und bezeichnet sie „mit meiner Ehre und mit meiner ganzen Reputation" als sichere Stütze der Republik. Er gehe mit Zuversicht in die kommenden Auseinandersetzungen. Er sei froh, daß noch kein Blut an seinen Händen klebe. Wenn der Ruf ergehe, werde er jedoch befehlen in der Überzeugung, daß der klare Vollzug folgen werde. (Stürmisches, wiederholtes Bravo und Händeklatschen.) Im weiteren Verlauf der Debatte wird der Fraktion wiederholt Richtungslosigkeit und mangelnde Initiative vorgeworfen, vor allem auf dem Gebiet der Demokratisierung der Verwaltung.* **Falk** *erkennt im Namen der Vertreter aus den besetzten Gebieten die Notwendigkeit an, den passiven Widerstand aufzugeben. Im Zusammenhang mit verschiedenen Korruptionsfällen verweist er auf die Opfer und Leiden der Bevölkerung an Rhein und Ruhr und warnt die Vertreter des unbesetzten Deutschlands davor, sich hier zum Richter aufzuwerfen. Er fordert die Regierung auf, die Aufgabe des passiven Widerstands mit der Erklärung zu verbinden, daß die Aufgabe unter dem Druck der brutalen Macht der Gegner geschehe und nicht in der Hoffnung, dadurch günstigere Bedingungen zu erhalten. Nur so könne der deutsche Geist in diesen Gebieten bewahrt und der Separatismus überwunden werden.* **Petersen** *begrüßt Falks Ausführungen und betont, daß die Fraktion in allen wesentlichen Punkten der gleichen Auffassung sei. In weiteren Beiträgen wird vor allem auf die Gefahren des bayrischen Separatismus hingewiesen. Die Versammlung beschließt mit Mehrheit den Schluß der Debatte und verzichtet auf Annahme einer Resolution.*

Der nächste Punkt der Tagesordnung, die Besprechung der Finanz-, Steuer- und Währungsfragen, wird durch ein Referat **Fischers** *eingeleitet, in dem er verschiedene im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion stehende währungspolitische Projekte wie Bodenmark, Roggenmark und Goldanleihe bespricht. Nach der Aussprache wird ein Antrag Fischer–Bernhard angenommen, der sich für die Notwendigkeit einer währungspolitischen Zwischenlösung ausspricht und als beste*

3 Wilhelm Mommsen, Professor für Geschichte an der Universität Marburg 1929-1945.

Lösung eine Goldanleihe empfiehlt[4]*. Anschließend wird eine Resolution Fegter über die Ernährungsfrage an die Fraktion überwiesen und der Vorschlag des Landesverbands Brandenburg, baldmöglichst einen Parteitag in Berlin abzuhalten*[5]*, an den Vorstand weitergeleitet.*

4 Liegt vor. Abgedruckt in: Wippermann A 1923 II S. 166.

5 Liegt vor.

110.

11.11.1923: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 20 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bahr, Brodauf, Cohn (Dessau), Frau Dönhoff, Dominicus, Erkelenz, Fischer, Frankfurter, Gerland, Gessler, Graf, Grund, Haas, Hamm, Henrich, Herrmann, Hummel, Hustaedt, Issberner, Jäckh, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Frau von Koerber, Korell, Kuhle, Nuschke, Preuß, Rönneburg, Schacht, Schiffer, Schneider, Schuldt, Stephan, Frau Uth, Frau von Velsen, Vogt, Wachhorst de Wente, Weinhausen, Wiglow, Frau Wittstock.

Erkelenz *eröffnet.* **Fischer** *leitet die Aussprache über die politische Lage mit der Feststellung ein, daß für die Fraktion keine Veranlassung bestehe, ihre Minister aus der Regierung*[1] *zurückzuziehen. Petersen habe im Namen der Fraktion dem Kanzler brieflich folgende Wünsche übermittelt: keine Diskussion über die Personalfrage von Lossow*[2] *und von Kahr, Ablehnung föderalistischer Sonderregelungen für Bayern, Ablehnung einer Trennung der Rheinprovinz vom Reich, Lösung der Währungsfrage durch Einsetzung eines Kommissars, Aufnahme von unbedingt verfassungstreuen Persönlichkeiten in die Regierung. Ein Teil der Fraktion habe auch gegenüber dem Reichswehrminister Bedenken über die Haltung der Reichsregierung zu Bayern zum Ausdruck gebracht. Fischer betont die Notwendigkeit, sich von denjenigen Kräften zu distanzieren, welche Republik und Verfassung nur aus Not duldeten.* **Erkelenz** *geht in seinem Korreferat vor allem auf die Lage der Partei in Bayern ein. Die bayrischen Demokraten hätten ihre Presse und ihre Geldquellen zum größten Teil verloren und betrachteten kommende*

1 Es handelt sich um das Rumpfkabinett Stresemann, dem nach dem Austritt der Sozialdemokraten noch DVP, Zentrum und DDP (mit Oeser als Verkehrs- und Gessler als Reichswehrminister) angehörten.

2 Otto von Lossow, Kommandeur des 7. bayrischen Wehrkreises, war am 20.10.1923 vom Reichswehrminister seines Amtes enthoben worden, da er sich geweigert hatte, das vom Reichswehrministerium erlassene Verbot des „Völkischen Beobachters" in München durchzuführen. Daraufhin hatten die bayrische Regierung und der Generalstaatskommissar von Kahr den bayrischen Teil der Reichswehr selbst „in Pflicht" genommen und Lossow mit ihrer Führung betraut. Vgl. Schulthess 1923 S. 198-202.

Wahlen ziemlich hoffnungslos. Aus dieser Situation heraus befürworteten sie die sofortige Gründung einer liberalen Partei gemeinsam mit der Deutschen Volkspartei und seien entschlossen, auf diesem Wege allein vorzugehen, falls es auf Reichsebene nicht bald zur Fusion komme. Der Redner bespricht dann die Lage im Rheinland und betont, daß es starke Kräfte gebe, die bereit seien, das Rheinland aufzugeben. Erkelenz geht in diesem Zusammenhang auf die Konferenz in Hagen[3] *ein und nennt dabei die Namen Moldenhauer*[4]*, Adenauer*[5] *und Jarres*[6]*.* **Preuß** *rät, zunächst Franken zu retten und dann von dort aus von Altbayern zu bewahren, was möglich sei. Den Vorschlag einer Verschmelzung von Demokratischer Partei und Volkspartei bezeichnet er als indiskutabel.* **Grund** *empfiehlt, in dieser Krise alle Kräfte der Nation zu sammeln und auch die für die Ernährung verantwortlichen Kreise irgendwie an der Regierung zu beteiligen.* **Koch-Weser** *warnt vor einer Verbreiterung der Regierung nach rechts, das Verbleiben der Demokraten im Kabinett müsse davon abhängen, ob der Einfluß der Sozialdemokraten gestärkt werde, die aus der Regierung „hinausgedrängt" worden seien.* **Schacht** *spricht über den Stand der Währungsfrage und wendet sich gegen den Ruf nach einer Diktatur.* **Fischer** *berichtet über die Gründe, die zum Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der Regierung geführt haben, und betont die Notwendigkeit, zur Großen Koalition zurückzukehren.* **Frankfurter** *sieht im gegenwärtigen Kabinett nur eine Übergangserscheinung und hält eine Reichstagsauflösung für unvermeidbar.* **Gessler** *betont, daß die Probleme auf parlamentarischem Weg nicht zu lösen seien, da es keine tragfähige Kombination gebe. Als Kanzler komme nur Stresemann in Frage.* **Vogt** *hält es für ausgeschlossen, mit der Demokratischen Partei in ihrem jetzigen Zustand in einen Wahlkampf zu gehen, und empfiehlt die Umwandlung der Partei in eine „Republikanische Reichspartei".* **Haas** *bezeichnet eine Reichstagsauflösung zu diesem Zeitpunkt als gleichbedeutend mit einer Auflösung des Reiches. Er stellt fest, daß jegliche Kritik an der Reichswehr dazu führe, daß man „wie ein Hund behandelt" werde. „Alle Waffen, die etwa dazu dienen können, die Republik zu verteidigen, werden weggenommen und denjenigen gegeben, die die Republik bekämpfen." Er empfiehlt, die demokratischen Minister aus der Regierung zu nehmen. Der weitere Verlauf der Debatte ergibt keine einheitliche Beurteilung der Lage. Am Ende der Sitzung, an der inzwischen nur noch 11 Mitglieder des Vorstands und 2 Parteiausschußvorsitzende teilnehmen, wird eine Entschließung Bäumer – Erkelenz – Fischer angenommen, die von der Regierung die Erhaltung der Reichseinheit, die Reform der Währung und den Einsatz für die nationale Reichsgewalt und die republikanische Verfasssung fordert und jede Erweiterung der Regierung durch Parteien ablehnt, welche nicht Garantien für die Verwirklichung dieser Forderungen bieten*[7]*.*

---

3 Vgl. Erdmann S. 87-106.

4 Paul Moldenhauer (1876-1947), MdLv Preußen (DVP) 1919-1921, MdR 1920 bis Juli 1932, Reichswirtschaftsminister von November bis Dezember 1929, Reichsfinanzminister von März bis Juni 1930.

5 Konrad Adenauer (1876-1967), Oberbürgermeister von Köln 1917-1933.

6 Karl Jarres (1874-1951), Oberbürgermeister von Duisburg 1914-1933, Reichsinnenminister und Vizekanzler von November 1923 bis Januar 1925.

7 Liegt vor.

111.

26.1.1924: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: kurz vor 16 Uhr. Ende: 19.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bahr, Bartschat, Bernhard, Böhme, Cohn (Dessau), Cohnstaedt, Delius, Dernburg, Frau Dönhoff, Dominicus, Erkelenz, Falk, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Gerland, Graf, Grund, Haas, Heile, Hummel, Issberner, Jäckh, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Frau von Koerber, Landahl, Petersen, Preuß, Rauecker, Reinhold, Rönneburg, Schiffer, Schneider, Schreiber, Schücking, Siehr, Sparrer, Stephan, Stubmann, Tantzen, Frau Uth, Frau von Velsen, Vogt, Wachhorst de Wente, Weinhausen, Weiss.

Erkelenz *eröffnet. Der Vorstand beschließt, dem Parteiausschuß vorzuschlagen, den nächsten Parteitag am 6. April in Weimar abzuhalten.*

Dann wird die Tagesordnung der morgigen Sitzung des Parteiausschusses und die Frage der Nachfolge Petersens[1] *besprochen. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte zwei Kommissionen, die für die Sitzung des Parteiausschusses Resolutionen zur Wirtschaftspolitik*[2] *sowie zur Außenpolitik und zur rheinischen Frage*[3] *ausarbeiten sollen.* **Erkelenz** *dankt Petersen für seine Tätigkeit und nennt als mögliche Kandidaten für Petersens Nachfolge Frau Bäumer, Koch-Weser, Fischer, Hieber, Hummel*[4]*, Schiffer und Oeser. Nach einer ausführlichen Debatte über die in Betracht kommenden Persönlichkeiten sowie über die Frage, ob die Wahl vom Parteiausschuß vorgenommen oder bis zum Parteitag aufgeschoben werden solle, beschließt der Vorstand mit 14 gegen 13 Stimmen, dem Parteiausschuß vorzuschlagen, die Wahl dem Parteitag zu überlassen. Anschließend wird beschlossen, dem Parteiausschuß einen Eventualvorschlag zur Nachfolge vorzulegen. Eine geheime Abstimmung darüber ergibt 10 Stimmen für Koch-Weser, 5 für Hummel, je 4 für Fischer und Oeser, 2 für Tantzen und 1 Stimme für Hieber. In der Stichwahl erhält Koch-Weser 12 Stimmen und Hummel 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen. Auf Vorschlag von* **Erkelenz** *wird beschlossen, zu Beginn der Sitzung des Parteiausschusses eine Kommission einsetzen zu lassen, die beschließen soll, ob gewählt wird, und dann eventuell einen Vorschlag unterbreiten soll.*

Aus dem Land ist ein Antrag eingegangen, in dem vorgeschlagen wird, die Aufstellung der Reichswahlliste nicht durch den Vorstand, sondern durch den

---

1 Petersen war am 9.1.1924 zum Ersten Bürgermeister von Hamburg gewählt worden und hatte deshalb das Amt des Parteivorsitzenden niedergelegt.

2 Fischer, Hummel, Graf, Schneider, Stubmann, Grund.

3 Bäumer, Falk, Koch-Weser, Schücking.

4 Hermann Hummel (1876-1952), Chemiker, Professor an der Oberrealschule in Karlsruhe seit 1906, Eintritt in die BASF 1922, Mitglied des Aufsichtsrats der I.G.-Farben, MdL Baden (Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1909-1925, MdR Dezember 1924-1930, badischer Kultusminister von April 1919 bis November 1922, badischer Staatspräsident 1921-1922.

Parteiausschuß vornehmen zu lassen, unter hinzuziehung von je zwei Vertretern derjenigen Wahlkreise, welche die meisten Stimmen an die Reichsliste abgegeben haben. Der **Vorsitzende** *stellt fest, daß es auch bisher schon üblich gewesen sei, Vertreter der Reichswahlkreise bei der Kandidatenaufstellung hinzuzuziehen.*

112.

27.1.1924: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: zunächst Petersen, dann Gerland. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: kurz vor 19.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Petersen *eröffnet und begründet seinen Rücktritt vom Amt des Parteivorsitzenden*[1]. *„Seine Pflicht gegen seine Vaterstadt, aber auch politische Gründe" hätten ihn zu diesem Schritt veranlaßt. Der stellvertretende Vorsitzende* **Gerland** *spricht Petersen den Dank des Parteiausschusses aus,* **Stubmann** *übermittelt Petersen den Dank seines Wahlkreises und seiner Vaterstadt. Anschließend referiert* **Erkelenz** *über die Empfehlungen des Vorstands hinsichtlich der Neuwahl eines Parteivorsitzenden und schlägt im Namen des Vorstands vor, einen Ausschuß zur weiteren Prüfung der Frage einzusetzen. Der Parteiausschuß stimmt diesem Antrag mit großer Mehrheit zu und wählt eine Kommission aus 17 Mitgliedern, die sofort die Beratung aufnimmt*[2].

Die politische Lage

Der Referent Herr **Koch[-Weser]** beginnt mit dem Hinweis darauf, daß wir jetzt die von vielen Leuten ersehnte Diktatur haben[3]. Man habe sie zuerst begrüßt, aber die Ernüchterung sei außerordentlich schnell eingetreten. Ich habe, so erklärte Abgeordneter Koch[-Weser], immer vorausgesagt, daß, wie die Dinge liegen, diese Diktatur eine solche der Geheimräte sein wird, und so ist es auch gekommen. Die Demokratische Partei hat dieser Diktatur zugestimmt, weil die deutsche Regierung endlich einmal heraus mußte aus der ewigen Krisenmacherei, die von den Deutschnationalen unter zögernder Mitwirkung der Sozialdemokratie betrieben wurde. Der Gedanke der Großen Koalition war im vorigen Herbst wegen der Haltung der beiden Flügelparteien noch nicht völlig ausgereift; sowohl bei den Sozialdemokraten wie bei der Deutschen Volkspartei entstanden wegen dieser Koalition Krisen, und insbesondere Dr. Stresemann hatte als Reichskanzler

1 Vgl. Nr. 111 Anm. 1.

2 Erkelenz, Frankfurter, Haas, Gerland, Hammerschmidt, Friedrich, Lauterbach, Kühns, Grzimek, Hausberg, Schreiber (Halle), Holzapfel, Richter, Korell, Buschmann, Boss, Lemmer. Koch-Weser stellt in seinen Aufzeichnungen fest, diese Kommission sei für ihn „ziemlich ungünstig" zusammengesetzt gewesen. Nachlaß Koch-Weser 30.

3 Am 8.12.1923 hatte der Reichstag einem bis zum 15.2.1924 befristeten Ermächtigungsgesetz zugestimmt, das dem seit dem 30.11.1923 amtierenden Kabinett Marx ermöglichen sollte, die Währungsreform weiterzuführen und die Staatsfinanzen zu sanieren; am 26.9.1923 war schon der militärische Ausnahmezustand verhängt worden, der Vollzug lag seit November 1923 in den Händen des Generals von Seeckt. Vgl. Kabinette Marx I u. II S. XIf.

auf den rechten Flügel seiner Partei darum viel Rücksicht zu nehmen. Nun könnte man ja auf die Große Koalition verzichten, wenn man etwas anderes an ihre Stelle zu setzen in der Lage wäre. Aber das gibt es nicht. Und die jetzige Regierung ist als Minderheitsregierung nur ein Notbehelf bis zu den Wahlen. Ein Bürgerblock bis zu den Deutschnationalen würde bei der Stärke und Arroganz dieser Partei in Verhältnisse führen, wie wir sie zu unserem Schrecken jetzt in Bayern erleben. Das Kabinett Marx krankt immerhin an seiner Zusammensetzung, die mehr mit Rücksicht auf rechts als auf links erfolgte[4]. Eine Erneuerung des Ermächtigungsgesetzes wird die Regierung kaum beantragen, sie würde sie auch bei der Stimmung im Reichstage nicht erhalten. Was auf Grund des Ermächtigungsgesetzes geschehen ist, verdient gewiß manchen Tadel, aber auch manches Lob. Redner geht insbesondere auf drei Regierungsmaßnahmen ein: die Änderung der Prozeßordnung, die Abbauverordnung und die Steuerverordnung. Er verurteilt den Erlaß der Prozeßreform durch Verordnung und kündigt Abänderungsanträge seiner Partei zur Verbesserung der Schöffengerichte und Wiederherstellung der Schwurgerichte an[5]. Er kritisiert die Durchführung der Abbaumaßnahmen[6] stark und hebt dabei die Notwendigkeit, die Beamtenschaft durch bessere Bezahlung und Sicherung ihrer Stellung vor Elend und Verzweiflung zu bewahren, hervor. Er wendet sich bei den Steuerverordnungen namentlich gegen das geplante Verbot der Hypothekenaufwertung und empfiehlt anstatt einer Inflationssteuer eine Vermögens- und Vermögenszuwachssteuer[7].

Die Parteien, die jetzt hinter der Regierung stehen, bringen ein schweres Opfer, indem sie sich zur Zeit einer gewissen Unpopularität aussetzen. Sie können dann aber auch verlangen, daß die Wahlen nicht innerhalb des kritischen Zeitabschnittes vorgenommen werden, wo nur Opfer gebracht werden, sondern erst im Frühjahr, wenn sich die wirtschaftlichen Folgen der neuen Gesetzgebung zeigen werden. Wir haben mit Recht in dieser Zeit die nationale Note betont, gerade weil das Volk bedrückt ist. Das gilt namentlich für die rheinische Frage. Vor einem Vierteljahr war die Meinung weit verbreitet, man müsse das Rheinland vorübergehend sich selbst überlassen, um den Franzosen die Verantwortung für alles, was dort geschieht, zuzuschieben und dann später das Rheinland wieder zurückzunehmen. Wie wir sofort betont haben, war diese Politik falsch, denn sie würde uns das Rheinland dauernd entfremdet haben. Wenn es gelungen ist, die eben erwähnte Auffassung zurückzudrängen und die Regierung bei der Stange zu halten, so hat sich die demokratische Fraktion dabei ein großes Verdienst zuzuschreiben. Eine Quelle der tiefsten Entrüstung bilden die Vorgänge in der Pfalz. Was die Franzosen dort jetzt tun, ist unerhört[8]. Leider ist gerade dort die Haltung der

4 Dem Kabinett Marx gehörten Zentrum, DVP und DDP (Oeser als Verkehrs-, Gessler als Reichswehr- und Hamm als Wirtschaftsminister) an.

5 Vgl. Wippermann A 1924 S. 147f.

6 Vgl. Karl-Bernhard Netzband u. Hans Peter Widmaier, Währungs- und Finanzpolitik der Ära Luther 1923-1925, Basel u. Tübingen 1964, S. 120-129.

7 Vgl. Kabinette Marx I u. II Dok. 25 u. 67.

8 Anfang Januar 1924 hatte die interalliierte Rheinlandkommission zwei Steuerverordnungen der „Regierung der autonomen Pfalz", d. h. der pfälzischen Separatistenregierung, amtlich registriert. Am 10.1.1924 hatte das Reichskabinett deshalb beschlossen, eine Protestnote an die französische Regierung zu senden. Vgl. Kabinette Marx I u. II S. 220f.

Sozialdemokraten nicht überall so einwandfrei wie sie sein sollte. Was die sogenannte Erfüllungspolitik anbelangt, so wird in der Öffentlichkeit noch immer nicht ausreichend betont, daß diese Politik, die in Wirklichkeit nichts anderes ist als Selbsterhaltungspolitik, heute Gemeingut aller Parteien bis zu den Deutschnationalen geworden ist.

Wie die auswärtige Politik geführt werden soll, ob mit England oder mit Frankreich, das läßt sich nicht nach Grundsätzen und Theorien, sondern nur nach den jeweiligen Umständen beurteilen. Augenblicklich scheint der Boden für Verhandlungen mit Frankreich nicht ganz ungünstig.

Auf dem Gebiete der Innenpolitik müssen wir einig sein und nicht in Bierbankreden, sondern auch in der Praxis anerkennen, daß sich ein Reich wie Deutschland nur dann behaupten kann, wenn man den führenden Männern im Reich auch die nötige Macht in die Hand gibt zur Führung der Geschäfte. Deshalb schadet nichts mehr dem Reiche als die Umtriebe, die seit Jahren in Bayern gegen Berlin im Gange sind. Dabei ist es doppelt bedauerlich, daß gerade die norddeutschen Deutschnationalen durch ihre Umschmeichelung der bayrischen Politik den Bayern haben den Kamm schwellen lassen. Wir beklagen dies, daß die Regierung nicht den rechten Augenblick hat finden können, gegen Bayern kräftig vorzugehen. Aber der Moment ist nun einmal verpaßt, und Aufgabe der Demokratischen Partei ist es, dahin zu wirken, daß in den jetzt angeknüpften Verhandlungen mit Bayern wichtiges Reichsgut nicht preisgegeben wird[9]. Die Reichsverfassung von 1919 ist durchaus nicht zu unitarisch; was aber zu Reformvorschlägen Veranlassung gibt, ist die übertriebene Zentralisation, die in Berlin Dinge bearbeiten läßt, die besser der Sachkenntnis örtlicher Behörden überlassen bleiben. Insbesondere das Finanzministerium befindet sich dabei auf einem falschen Wege. Aber mit der Frage des Unitarismus hat das nichts zu tun. Die Wahrung der Gesamtinteressen der deutschen Nation kann nur von einer Stelle geschehen, während eine Dezentralisation durchgeführt werden kann und muß. Wir müssen dafür sorgen, daß der Partikularismus auch in der Form des Föderalismus zurückgedrängt wird, das gebietet das Wohl des Reiches und der Gedanke der Reichseinheit. Die Deutsche Volkspartei steht leider den alten Traditionen der Nationalliberalen in dieser Hinsicht kühl gegenüber. Das Wahlrecht, das wir zur Zeit haben, entspricht zweifellos nicht dem demokratischen Gedanken, der die Entwicklung der Individualität als eine der ersten Forderungen aufstellt, es dient nicht dazu, Persönlichkeiten hochkommen zu lassen, und setzt die beinahe anonyme Liste an Stelle der Personen. Grundsätzlich muß also die Partei dafür eintreten, daß die Persönlichkeit wieder mehr zur Geltung gelangt. Schwierig ist nur die Durchführung des Prinzips. Wogegen sich aber die Parteien unter allen Umständen wehren müssen, das ist, daß das neue Wahlgesetz uns etwa auf Grund des Ermächtigungsgesetzes oktroyiert wird[10]. Ob es möglich ist, jetzt noch eine Wahlrechtsreform auf

9 Am 4.1.1924 hatte der bayrische Gesandte von Preger dem Reichskanzler eine Denkschrift überreicht, welche Vorschläge zu einer Revision der Verfassung im föderalistischen Sinn enthielt. Am 18.1.1924 hatte dann eine Aussprache über die in der Denkschrift angeschnittenen Fragen zwischen dem Reichskanzler Marx und dem bayrischen Ministerpräsidenten von Knilling stattgefunden. Vgl. Schulthess 1924 S. 1-4.

10 Der Gesetzentwurf des Innenministeriums zur Abänderung des Reichswahlgesetzes, über den das Kabinett am 8.2.1924 beriet, sah u. a. eine Verminderung der Abgeordnetenzahl von 459 auf 399

parlamentarischem Wege zustande zu bringen, läßt sich freilich nicht übersehen. Doch soll der Versuch nach Ansicht der Fraktion gemacht werden.

Was die Wirtschaftsfragen anbetrifft, so haben wir seit Jahren gegen eine Bürokratie kämpfen müssen, die geglaubt hat, die ganze Wirtschaft von Berlin aus amtlich leiten zu können. Dieser Kampf ist heute zum größten Teil beendigt. Er ist mit dem Ergebnis ausgegangen, daß sich die Unmöglichkeit einer solchen zentralen Regelung herausgestellt hat. Heute steht eine andere Gefahr im Vordergrund, nämlich die, daß unter dem Feldgeschrei „Wirtschaftsfreiheit" einzelne mächtige Gruppen den Versuch machen, die Wirtschaft unter ihre Herrschaft zu bringen. Um es auf eine schlagwortartige Formel zu bringen: Wir haben bisher gekämpft für die Freiheit der Wirtschaft vom Staate, wir scheuen uns aber auch nicht, zu kämpfen für die Freiheit des Staates von der Wirtschaft. Daß Staat und Wirtschaft nicht in die Hand dieser mächtigen Wirtschaftsgruppen gelangen, ist ein gemeinsames Interesse der Arbeitnehmer, der Verbraucher sowie der verarbeitenden Industrie und des Handwerks. Die von dem Marxismus enttäuschten Elemente aus der Sozialdemokratie sollten sich mit uns in diesem Kampf vereinigen. Die Frachtenpolitik der Reichseisenbahn war nötig, um diese Verwaltung wieder aus der Defizitwirtschaft herauszubringen. Aber dauernd darf sie aus wirtschaftlichen Gründen nicht innegehalten werden. Deshalb erwarten wir, daß mit dem Abbau der hohen Frachttarife fortgefahren wird. Hinsichtlich der Währungsfrage sind wir unserm Freunde Schacht dafür dankbar, daß er das schwere Amt des Währungskommissars trotz aller Anfeindungen übernommen hat, und wir werden Schacht auch auf seinem weiteren Wege volle Unterstützung angedeihen lassen.

Die gleiche Haltung sind wir auch unserem Freunde Gessler schuldig, der so viel zur Festigung und Entpolitisierung der Reichswehr beigetragen hat. Der militärische Ausnahmezustand war notwendig, weil das Reich leider keine zivilen Exekutivorgane besitzt. Um zu normalen Verhältnissen zu kommen, müßte man die zivile Zuständigkeit des Reiches erweitern; aber die Schwierigkeiten in dieser Beziehung sind bei dem Widerstand der Länder sehr groß. Allein, je länger der Ausnahmezustand besteht, desto gefährlicher ist es. Denn die Politisierung der Reichswehr wird dadurch unerfreulich gefördert. Auf die Dauer ist die Lage, daß ein politisch unverantwortlicher General den Ausnahmezustand in der Hand hält, untragbar, und diese Lage muß deshalb möglichst bald beseitigt werden. Dafür wird die Fraktion mit aller Kraft wirken.

Aufgabe der Demokratischen Partei ist es, sich ihre Selbständigkeit zu bewahren. Das Hängen an den Nachbarparteien ist falsch. Wir geraten deshalb niemals in Meinungsverschiedenheiten, weil wir uns über unsere eigenen Anschauungen uneinig sind, sondern immer über die Frage, ob die Parteien rechts oder links von uns die schlechtere Sache vertreten. Man muß hier nach der Seite kämpfen, wo die Übermacht ist und man uns abzudrängen versucht. So standen wir unmittelbar

---

vor; statt auf 60 000 sollte auf je 75 000 Stimmen ein Mandat entfallen, die Anzahl der Wahlkreise sollte von bisher 35 auf 156 erhöht und ihr Umfang entsprechend verkleinert werden. Das Kabinett hatte sich bereits in einer Sitzung am 26. 1. 1924 mehrheitlich dafür ausgesprochen, die Wahlreform auf dem Wege der gewöhnlichen Gesetzgebung durchzuführen. Vgl. Kabinette Marx I u. II S. 275 f. u. 337 f.

nach der Revolution im Abwehrkampfe gegen die Übermacht, gegen die Sozialdemokratie. Heute müssen wir dafür sorgen, daß das Pendel nicht zu weit nach rechts ausschlägt, umso mehr, als sonst eine Zeit kommen wird, wo es ebenso weit nach links zurückschlägt. Dieser ewige Kampf unter schonungsloser Ausnutzung der wirtschaftlichen und politischen Macht zermürbt und verdirbt unser Volk. Wer es um das Volk wohlmeint, muß den Ausgleich und die Volksversöhnung anstreben. Wie die Deutsche Volkspartei jetzt beschaffen ist, dürfen wir mit ihr nicht unbesehen durch dick und dünn gehen. Es ist kaum zu erwarten, daß der neue Reichstag für die drei Parteien, die jetzt hinter der Regierung stehen, eine Mehrheit im Parlament bringen wird. So entsteht dann aufs neue die Frage: Bürgerblock oder Zusammenfassung aller Kräfte der Mittelparteien zur Großen Koalition? Vermutlich werden über diese Fragen die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei eine Krise durchmachen. Wir Demokraten aber sind vor einer Krise bewahrt: Wir können die alten bleiben in unserer Politik der Mitte. Lassalle, leider zu früh verstorben, um seinen Einfluß gegen Marx in der Sozialdemokratie durchzusetzen, hat gesagt, eine Demokratie sei nur denkbar und durchführbar in einem unabhängigen Nationalstaat. Deutschland die Freiheit wiederzugeben gegenüber unserer Bedrückung und sie seinen Bürgern im Innern zu erhalten und zu vermehren, ist auf Jahre hinaus die Aufgabe der Politik der Mitte.

Herr **Falk** gibt einen kurzen historischen Überblick über die Entwicklung der Lage im Rheinland. Dabei bespricht er namentlich die Absicht der Einsetzung eines Direktoriums und der Selbständigmachung des Rheinlandes in bezug auf Verwaltung, Finanzhoheit und Steuerhoheit nach den Plänen von Dr. Moldenhauer[11]. Darauf geht er auf das politische Verhältnis Frankreichs zu Deutschland ausführlich ein. Die Franzosen legen jetzt Wert darauf, aus dem besetzten Gebiet die Erklärung zu bekommen: Wir wollen einen neuen Bundesstaat im Verband des Deutschen Reiches. Wir wollen los von Preußen. Bei uns gibt es viele, die für diese Bildung eines neuen Bundesstaates unter gewissen Bedingungen zu haben sein würden. Diese Bedingungen sind: 1. die endgültige Bereinigung aller Fragen zwischen Deutschland und der Entente. 2. die Beseitigung der Besetzung. 3. die Unterlassung von Ausweisungen usw. durch die interalliierte Kommission. Aber der selbständige Wunsch darf nicht der letzte Schritt sein, sondern nur der erste auf dem Wege Frankreichs, der zur Schaffung eines selbständigen Staates führen soll. Wenn die Bevölkerung im besetzten Gebiet die sittliche Kraft findet, weiter zu dulden und weiter zu handeln, so ist das die einzige Möglichkeit, die uns helfen kann. Außenpolitisch haben wir nichts zu hoffen. Aber allerdings arbeitet die wirtschaftliche Lage in Frankreich für uns. Wenn trotzdem die Katastrophe kommen sollte, so muß sie eben ausgehalten werden. Die Gefahr liegt heute bei den Wirtschaftskapitänen, die der Deutschen Volkspartei nahestehen. Redner tritt energisch für die Weiterzahlung der Besatzungskosten ein[12].

Herr **Raschig**[13] schildert die Verhältnisse in der Pfalz und weist nach, daß der

11 Vgl. Erdmann S. 145.

12 Vgl. Kabinette Marx I u. II Dok. 12 u. 34.

13 Friedrich Raschig (1863-1928), Chemiker, Inhaber der Firma Raschig in Ludwigshafen/Rh. seit 1891, MdR (DDP) 1919-1920, Dezember 1924 bis Februar 1928.

ganze Separatistenschwindel nur durch die Unterstützung Frankreichs hochkommen konnte. Angesichts unserer militärischen Ohnmacht müssen wir noch viel mehr schreien, als es bisher geschehen ist. Das Weltgewissen muß wachgerufen werden. Es handelt sich ja gar nicht um die Pfalz allein, sondern um das Schicksal der ganzen Rheinlande.

Herr **Hammerschmidt**[14] spricht über die politische Lage in Bayern, über die Bestrebungen zur Herbeiführung eines Volksbegehrens mit dem Ziele einer Revision der Verfassung und die bevorstehende Auflösung des Landtags. Ferner bespricht er die Denkschrift der bayrischen Regierung[15] und die Wiederherstellung eines Deutschen Bundesstaates. Der Aufmarsch der Parteien zu den Wahlen vollzieht sich bereits. Wir haben große Schwierigkeiten, vielleicht müßte es für uns notwendig sein, die Wahlen auf eine breitere Basis zu stellen. Man denkt dabei an ein Zusammengehen mit dem Bauernbund und mit den Christlich-Sozialen, auch mit der Deutschen Volkspartei. Wir haben bisher unsere Hände rein gehalten und werden das auch in Zukunft tun. Bisher sind wir an keine andere Parteigruppe herangetreten und werden wohl auch keine Veranlassung haben, das zu tun, sondern aus eigener Kraft zu zeigen haben, was wir vermögen. Der Bayerische Bauernbund hat vor einigen Tagen beschlossen, allein in die Wahlbewegung einzutreten. Die Deutsche Volkspartei ist in Bayern durch die Absplitterung der Nationalliberalen Partei sehr geschwächt, in Schwaben und im Allgäu ist die Stimmung für die Schaffung einer liberalen Einheitsfront vorhanden. Wir bayrischen Demokraten möchten, daß der Versuch einer einigen liberalen Partei, der 1918 mißlungen ist, bei nächster Gelegenheit wiederholt wird. Aber wir werden nicht ohne die Partei im Reiche vorgehen.

Herr **Külz** spricht über die politische Entwicklung in Sachsen: Wir Demokraten widersetzen uns mit der Großen Koalition einer Landtagsauflösung. Die Neuwahlen würden doch nichts anderes und Besseres erreichen als was jetzt da ist, nur daß die radikalen Flügel noch gestärkt werden. Der Ausnahmezustand in Sachsen ist so bald wie möglich zu beseitigen, aber augenblicklich ist es noch nicht möglich. Es wäre zu wünschen, daß er nach und nach unsichtbar gemacht und bei Konsolidierung der Großen Koalition aufgehoben wird.

Herr **Rosenthal**[16] referiert über die Lage in Thüringen und legt dar, aus welchen Gründen die Demokraten sich mit den anderen nichtsozialistischen Parteien zu einer Einheitsfront verbunden haben. Das Alleinregiment der Sozialdemokraten ist unmöglich[17]. Auch für Thüringen sei die Schaffung der Großen Koalition notwendig.

Herr **Gessler** wünscht gleichfalls, den Belagerungszustand möglichst bald zu beheben, aber wir müssen das so machen, daß wir dann dem Lande trotzdem die

---

14 Karl Hammerschmidt (1862-1932), Oberstudiendirektor in München, MdL Bayern (NL/DDP) 1899-1924.

15 Siehe Anm. 9.

16 Eduard Rosenthal (geb. 1853), Professor für öffentliches Recht an der Universität Jena, MdL Thüringen (DDP).

17 In Thüringen hatte die KPD die seit Mitte Oktober 1923 mit der SPD gebildete Regierung am 12.11.1923 verlassen. Vgl. Wippermann A 1923 I S. 306ff.

Ruhe und Ordnung erhalten. An sich muß der Kampf auch gegen revolutionäre Bewegungen mit geistigen Mitteln geführt werden. Aber das kann nur dann eintreten, wenn die Verhältnisse normal sind, d. h., wenn der Staat stark genug ist, um liberal sein zu können. Bei uns ist aber alles noch unsicher. Redner schildert dann die subversive Tätigkeit der Rechts- und Linksradikalen. Lossow, so sagt er, habe sich militärisch bis zur äußersten Konsequenz getrieben. Da die bayrische Regierung sich mit der Verfassung vor Lossow gestellt hat, so ist der Konflikt ein politischer geworden[18]. Dies hat uns vor allem gezwungen, in Sachsen und Thüringen Ernst zu machen. Wäre Kahr mit Hitler gegangen, so wäre die Situation äußerst ernst geworden. Wenn dem Chef der Heeresleitung der Oberbefehl übergeben worden ist, so sollte damit dargetan werden, daß gekämpft, nicht kapituliert werden würde. Auch jetzt noch ist die Aktionsfreudigkeit der Kommunisten und der Völkischen äußerst stark. Wenn wir an die Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes herangehen, müssen wir vorerst fragen, ist die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland so, daß wir mit dem gemeinen Recht hoffen dürfen, der Schwierigkeiten Herr zu werden? Zur Zeit müssen wir uns noch gegen die revolutionären Bestrebungen wehren. Wenn wir den Ausnahmezustand aufheben, dann können wir uns allerdings auf Grund des Artikels 48 der Verfasssung die nötigen Vollmachten zur Bekämpfung der revolutionären Bewegung geben lassen. Dann müssen wir aber auch die Organe haben, um unsern Willen auszuführen. Augenblicklich können wir uns einzig dabei nur auf das Militär stützen, weil sich die Landesverwaltungen vielfach versagt haben.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, keine Diskussion über die politische Lage zu führen.

Gerland *berichtet über die Arbeit der Kommission zur Wahl des Parteivorsitzenden. Die Kommission habe sich zunächst mit Mehrheit dafür ausgesprochen, die Wahl des Parteivorsitzenden heute vorzunehmen. Koch-Weser, Gessler und Hummel seien in die engere Wahl gekommen; bei einer Stichwahl zwischen Koch-Weser und Gessler habe Koch-Weser die meisten Stimmen erhalten. Die Kommission schlage daher vor, Koch-Weser zum Vorsitzenden des Parteiausschusses zu wählen. Der Parteiausschuß verzichtet auf eine Diskussion,* **Gessler** *zieht seine Kandidatur zurück und bittet, Koch-Weser zu wählen. Bei der Abstimmung werden insgesamt 169 Stimmen abgegeben: davon für Koch-Weser 118, für Hummel und Gessler je 22, für Haas 3, für Tantzen 1, zwei Zettel sind unbeschrieben, einer ist ungültig. Damit ist Koch-Weser gewählt, er nimmt die Wahl an*[19].

---

18 Vgl. Nr. 110 Anm. 2.

19 Heuss berichtete am 30.1.1924 in einem Brief an Albert Hopf, den Parteisekretär der DDP in Stuttgart, über den Wahlverlauf: „Wieland und ich verständigten uns, daß wir unsere Stimmen Gessler gaben, der freilich, als die Abstimmung schon beginnen wollte, auf eine Anfrage von Tantzen sagte, er bitte, Koch zu wählen; er selber sehne sich zwar, wie jeder wisse, aus seinem Amte heraus. Damit hatte er diejenigen, die ihn wählen wollten, selber in Unklarheit gesetzt, was er privat nachher auch zugab [. . .] Koch wird ja technisch ein guter Leiter der Partei sein, aber es fehlt ihm ein Stück gefestigte Ruhe, und, wie er selber in einer Aussprache sagte, die Liebenswürdigkeit und das ethische Pathos, was eine repräsentative Parteiführung eigentlich nicht entbehren kann." Nachlaß Heuss 57.

Der Parteiausschuß nimmt ohne Gegenstimmen eine Resolution zur Wirtschaftspolitik an, die sich u. a. gegen den Mißbrauch der Wirtschaftsfreiheit durch Kartelle, Trusts und Syndikate wendet, die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Sozialversicherung durch organisatorische Vereinfachung fordert und die Sicherung der Währungsstabilität verlangt[20]*. Mit großer Mehrheit wird ferner einer Resolution zur Prozeßreform zugestimmt, die sich gegen jede einseitige, bürokratische Revision der Gerichtsverfassung und des Gerichtsverfahrens aufgrund des Ermächtigungsgesetzes wendet*[21]*. Die weiteren Resolutionen werden dem Parteivorsitzenden überwiesen.*

Im Anschluß an einen Bericht von **Erkelenz** *beschließt der Parteiausschuß nach längerer Debatte mit großer Mehrheit, den nächsten Parteitag in Weimar stattfinden zu lassen.*

Erkelenz *referiert über die Vorbereitung für die nächsten Wahlen. Die daran anknüpfende Debatte dreht sich vor allem um die Frage, ob es noch sinnvoll erscheine, ein neues Wahlgesetz mit Bildung von Einmänner-Wahlkreisen zu empfehlen. Verschiedene Anträge, die sich mit der Beteiligung des Parteiausschusses bzw. der Wahlkreise an der Bildung der Reichswahlliste befassen*[22]*, werden dem Parteivorsitzenden überwiesen, ein Antrag zugunsten kleiner Wahlkreise der Fraktion*[23]*.*

---

20 Liegt vor. Abgedruckt bei: Wippermann A 1924 I S. 367 f.

21 Liegt vor. Abgedruckt: A. a. O. S. 368.

22 Einer liegt vor.

23 Liegt vor.

113.

12.3.1924: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „Stephan". Vorsitz: Erkelenz [?]. Beginn: 14 Uhr. Ende: 20.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Bartschat, Böhme, Cohn (Dessau), Cohnstaedt, Dietrich, Erkelenz, Feder, Fischbeck, Fischer, Gerland, Graf, Haas, Hamm, Hellpach, Hieber, Hummel, Jäckh, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Frau von Koerber, Kopsch, Landahl, Merten, Neumann-Hofer, Nuschke, Oeser, Preuß, Reinhold, Rönneburg, Schiffer, Schneider, Slotty, Sparrer, Stangen, Stephan, Stern, Stubmann, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Weinhausen, Wendorff, Frau Wittstock.

Der Vorstand beschäftigt sich zunächst mit einer Beschwerde, die der Landesverband Thüringen gegen Erkelenz und Nuschke erhoben hat, weil diese in der Presse harte Kritik am Thüringer Wahlabkommen[1] *geübt haben. Nach längerer*

---

1 Bei den Landtagswahlen in Thüringen am 10.2.1924 hatten sich die bürgerlichen Parteien mit Einschluß der Deutschnationalen zu einem „Ordnungsblock" zusammengeschlossen und 35 Mandate gewonnen, gegenüber 17 der SPD, 13 der KPD und sieben Mandaten der Deutschvölkischen. Vgl. Wippermann A 1924 I S. 338.

Diskussion wird die Angelegenheit durch die Annahme einer Entschließung beigelegt, in der die führenden Parteimitglieder in ihrer Kritik an Fragen von taktischer Bedeutung um größere Zurückhaltung ersucht werden[2].

Der Vorstand bespricht die bisher getroffenen Vorbereitungen für die Reichstagswahlen. **Fischer** *betont, daß noch nichts über die Finanzierung der Wahl gesagt werden könne.*

Feder[3] *begründet eine von über 80 in der Berliner Parteiorganisation tätigen Mitgliedern unterzeichnete Eingabe, die den Vorstand auffordert, gegen die Spitzenkandidatur des Abgeordneten von Siemens im Wahlkreis II Stellung zu nehmen.* **Merten**[4] *wendet sich gegen ein Eingreifen des Vorstands. Die Debatte wird mit Rücksicht auf die auswärtigen Mitglieder unterbrochen, die ihre Züge erreichen müssen. Stattdessen wird die Frage erörtert, wann und in welcher Form die Reichswahlliste aufgestellt werden soll. Nach längerer Aussprache wird beschlossen, den Vorstand am 24. März zur Beratung des Wahlaufrufs und zur Vorbereitung der Reichswahlliste einzuberufen und die Wahlkreisvorsitzenden für den folgenden Tag dazu zu bitten, um die Reichswahlliste endgültig festzusetzen*[5]. *Die Debatte über den Fall Siemens wird wieder aufgenommen. Im Verlauf der Diskussion wird u. a. vorgeschlagen, den Beschluß des Berliner Parteitags noch einmal überprüfen zu lassen, was* **Merten** *jedoch entschieden ablehnt. Der Vorstand stimmt schließlich mit 13 gegen 6 Stimmen bei 1 Enthaltung einem Antrag Schneider zu, der vorschlägt, die Angelegenheit durch die Aussprache als erledigt zu betrachten.*

Die bayrischen Demokraten haben Einwände gegen die Abhaltung des Parteitags am 5. und 6. April erhoben, da zu diesem Zeitpunkt die bayrischen Landtagswahlen stattfinden sollen. Nachdem **Sparrer** *versichert hat, daß einige bayrische Parteifreunde trotz der Wahl nach Weimar kommen würden, wird der geplante Termin aufrechterhalten.*

Es folgt noch eine Aussprache über die Tagesordnung des Parteitags.

---

2 Liegt vor.

3 Ernst Feder (1881-1964), innenpolitischer Redakteur des „Berliner Tageblatt" 1919-1931, Vorsitzender der Bezirksgruppe Berlin–Mitte der DDP. Zu Feders Stellung in der Redaktion des Tageblatt und zu seinen Beziehungen zur DDP vgl. Feder passim.

4 Otto Merten (geb. 1874), Regierungs- und Gewerbeschulrat in Potsdam ab 1922, Ministerialdirektor im preußischen Handelsministerium seit 1929, MdR (Freisinnige Volkspartei) Dezember 1904-1907, MdL Preußen (DDP) 1925-1928, Vorsitzender des Bezirksverbands Berlin–Mitte und des Wahlkreisverbands Berlin der DDP.

5 Unter den Akten befindet sich kein Protokoll der entsprechenden Sitzungen, sondern lediglich eine Namensliste „Vorschläge zur Reichsliste". DDP–Staatspartei R 45/III 19. Laut Bericht der Parteipresse haben die beiden Sitzungen jedoch stattgefunden. Vgl. Demokrat v. 3.4.1924 Nr. 7. Dort auch Abdruck des Wahlaufrufs und Beschreibung der Reichsliste der DDP.

VI.

Vom Weimarer zum Breslauer Parteitag (April 1924 bis Dezember 1925)

114.

21.5.1924: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: kurz vor 11.45 Uhr. Ende: 17 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Böhme, Cohn (Dessau), Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Gessler, Grund, Haas, Hamm, Hellpach, Hummel, Hustaedt, Issberner, Jansen, Kauffmann, Keinath, Koch-Weser, Frau von Koerber, Landahl, Petersen, Rönneburg, Schiffer, Schneider, Siehr, Sparrer, Stephan, Stern, Stubmann, Frau Uth, Vogt, Weinhausen, Wendorff, Frau Wittstock. Gäste: mehrere Mitglieder der Reichstagsfraktion.

Der Vorsitzende, Herr **Erkelenz**, eröffnete die Sitzung gegen 11.45 Uhr. Sein Vorschlag, die beiden ersten Punkte der Tagesordnung, den Bericht über die Reichstagswahlen und über die politische Lage, zusammenzufassen, wird angenommen.

Herr **Erkelenz** referiert zunächst über die Wahlen[1]. Der verhältnismäßig ungünstige Wahlausgang ist zum guten Teil auf die Wirkung der Inflation zurückzuführen. Auch nach Stabilisierung der Währung verzögerte sich die Wiederingangsetzung der Maschine. Dazu kamen die Folgen des Ermächtigungsgesetzes[2], vor allem der Beamtenabbau, der gegen die Regierungsparteien viel böses Blut erregte. Sodann haben wir vom Standpunkt der allgemein politischen Situation wie vom parteipolitischen Standpunkt aus zu früh gewählt. Außerdem ist in Betracht zu ziehen der Mangel an Geldmitteln und ihre späte Beschaffung. Politisch betrachtet, wäre es von allergrößter Bedeutung gewesen, wenn wir unsern Bestand gehalten hätten. Denn die anderen Parteien hätten dann den Eindruck gehabt, daß das Element der Mitte nicht schwächer geworden ist. Nunmehr ist aber unsere politische Stellung sogar sehr viel schwächer geworden, als sie ziffernmäßig beanspruchen darf. Bei sehr starker Anstrengung unserer Freunde im Lande hätten wir unsere Stellung auch im wesentlichen halten können. Überall da, wo eine tüchtige Organisation und tüchtige Leute vorhanden waren, ist die Stimmenzahl vielfach nicht nur gehalten worden, sondern sogar gewachsen. Das beweist vor allem Berlin. Das Resultat in Bayern ist einem elementaren Erdrutsch zu vergleichen, der selbst durch die beste Organisation nicht aufzuhalten war[3]. Anders liegt es vielleicht in Mitteldeutschland, in Thüringen, Merseburg und Magdeburg. Hier war der Rückgang nicht ein Naturereignis und hätte vermieden werden können. Geschadet haben uns im ganzen Reich die Splitterparteien. Wir hätten im ganzen wohl 35 Sitze bekommen können. Es läßt sich feststellen, daß

1 Zum Ergebnis der Reichstagswahlen vom 4. 5. 1924 siehe S. 821–823.

2 Siehe Nr. 112 Anm. 3.

3 Bei den bayrischen Landtagswahlen am 6.4. und (in der Pfalz) am 4.5.1924 hatte die DDP noch drei (vorher 13) von insgesamt 129 (vorher 158) Mandaten erlangt. Vgl. Schulthess 1924 S. 28. Bei den Reichstagswahlen hatte sie im Vergleich zur Wahl von 1920 im Wahlkreis Franken 8,9 %, im Wahlkreis Oberbayern-Schwaben 3,6 %, im Wahlkreis Pfalz 3,4 % und im Wahlkreis Niederbayern 2,0 % der Stimmen verloren. Vgl. Demokrat v. 7.8.1924 Nr. 24/25. Der Durchschnittsverlust im Reich betrug 2,6 %.

gewisse Parteischlagworte ihre parteibildende Kraft verloren haben; so das Nationale, das Soziale; ebenso treten die Weltanschauungsgrundlagen der Parteien in ihrer Bedeutung zurück. Dafür prägen sich verschiedene neue Schlagworte aus, die anfangen, parteibildend zu wirken. Das Charakteristikum der Wahl ist die Mutlosigkeit der Republikaner. Neu ist der Glaube an eine mögliche Wiederkehr der Glanzperiode vor dem Kriege, insbesondere eine Wiederkehr des außenpolitischen Glanzes. Ferner sind die Wahlen beeinflußt worden durch den Abbau der Lebenshaltung und das schärfere Hervortreten der widersprechenden Interessen. Es wäre gefährlich, demgegenüber zu resignieren, es muß vielmehr ein aktiver Kampf für Republik und Demokratie aufgenommen werden, und er muß sich den neuen Formen der Propaganda anpassen. Die Republik ist zu nüchtern gewesen und hat dem Gemüt zu wenig geboten; das muß anders werden.

Nun zu den politischen Folgen der Wahlen! Was die Deutsche Volkspartei angeht, so ist es falsch anzunehmen, daß jetzt der linke Flügel in ihr Oberwasser hat, im Gegenteil versucht die Deutsche Volkspartei, sich jetzt stark an die Deutschnationale Volkspartei anzupassen. Sie denkt heute gar nicht daran, sich mit uns zu verschmelzen; das ergibt sich klar aus ihrer Haltung bei der Regierungsbildung[4]. Es würde daher eine moralische Schwächung für uns bedeuten, öffentlich über die Verschmelzung zu reden, obwohl man weiß, daß die andere Partei gar nicht will. Aus der Haltung der Deutschen Volkspartei und unserem eigenen falschen taktischen Verhalten erklärt sich auch wohl das schlechte Wahlergebnis in Thüringen und in der Provinz Sachsen. Aufgabe unserer Partei muß die Brechung der deutschnationalen Welle sein. Das geschieht dadurch, daß man sie in die Regierung hineinbringt. Die Deutschnationalen werden dieselbe Außenpolitik machen wie wir, es ist auch gar nichts anderes möglich nach dem Zustandekommen des Sachverständigengutachtens[5]. Wenn die Deutschnationalen nicht an der Führung der Außenpolitik beteiligt werden, so würde man der deutschnationalen Bewegung damit den größten Dienst leisten. Wir würden das Sachverständigengutachten in die Form von Gesetzen prägen, dann würden die Deutschnationalen doch in die Regierung treten und die kleine Koalition für diese Gesetze verantwortlich machen, im übrigen aber eine reaktionäre Herrschaft aufrichten. Dazu kommt, es gibt in diesem Reichstag für die Gesetze nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit ohne Zustimmung der Deutschnationalen. Diese werden aber ihre Zustimmung nicht geben, ohne Anspruch an die Beteiligung an der Regierung zu erheben. Es gebe nun zwei Möglichkeiten: Die Mittelparteien behalten die Führung in der Hand, die Regierung tritt vor den Reichstag und verlangt eine Mehrheit, die sie zunächst mit Unterstützung der Sozialdemokraten bekommt; wenn dann die Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, dann wird man weiter sehen und eventuell auflösen. Das setzt eine Geschlossenheit der drei Mittelparteien voraus, die nicht vorhanden ist. Von Stresemann ist der Vorschlag auf

4 In der ersten Ministerbesprechung nach der Wahl hatte das Kabinett Marx beschlossen, zunächst bis zum Zusammentritt des neuen Reichstags im Amt zu bleiben, um die Arbeiten zur Verwirklichung des Reparationsgutachtens des Dawes-Komitees, das mitten im Wahlkampf am 9.4.1924 veröffentlicht worden war, fortsetzen zu können. Die eigentlichen Koalitionsverhandlungen waren am 21.5.1924 aufgenommen worden. Vgl. Kabinette Marx I u. II S. XVIII f.

5 Siehe Anm. 4.

Herstellung einer gemeinsamen politischen Plattform der drei Mittelparteien ausgegangen. Als dieses Programm fertig war, hatte sich die Situation völlig verschoben infolge der veränderten Haltung der Deutschen Volkspartei, die den Deutschnationalen kein außenpolitisches Programm unterbreiten wollte. Auf unsern Widerspruch lenkte die Volkspartei wieder ein, man könne ja das Programm gelegentlich als Grundlage nehmen, aber nicht sofort als Gegenstand der Verhandlung mit der Deutschnationalen Volkspartei und nicht als offizielles Programm der Mittelparteien. Bei den interfraktionellen Besprechungen heute hat sich herausgestellt, daß die Deutschnationalen gleich eine Persönlichkeit als Kanzler nennen möchten, der dann mit den Parteien zu verhandeln habe. Zentrum und Demokraten haben diesen Vorschlag abgelehnt. Der Gedanke einer großen Fraktion der Mitte ist von der Deutschen Volkspartei abgelehnt worden. Eine Rolle in diesen Erwägungen spielt die wirtschaftliche Lage in Deutschland. Man muß mit großen Zusammenbrüchen in der nächsten Zeit rechnen. Diese Zusammenbrüche werden umso größer und zahlreicher, je länger sich die Annahme des Sachverständigengutachtens hinzieht. Jetzt müssen die Deutschnationalen mit in die Regierung gezogen werden. Wir sollten aber nicht dabei sein. Dagegen sollten wir außenpolitisch dieser Regierung die nötige Unterstützung angedeihen lassen. Wird aber eine solche Regierung in Frankreich nicht den umgekehrten Eindruck erwecken, den wir erwecken müssen? In Frankreich soll die künftige Regierung[6] die Bildung eines Bürgerblocks in Deutschland wünschen[7]. Aber trotz allem sollten wir der Regierung fernbleiben. Es ist nicht zutreffend, daß die Partei in Deutschland für die nächste Zeit das höchste Ansehen genießen wird, die das Sachverständigengutachten annimmt; im Gegenteil werden sich die Deutschnationalen in der Regierung abwirtschaften.

Es wird nunmehr beschlossen, zunächst nur eine politische Debatte zu führen und von den Wahlen selbst nicht zu sprechen.

Herr **Koch[-Weser]** berichtet darauf über die interfraktionellen Verhandlungen. Das Dominierende ist die Frage der Außenpolitik. Auf diesem Gebiet ist es erwünscht, eine möglichst breite Front des deutschen Volkes zu gewinnen, die Erfüllungspolitik treibt. Wir können es nicht verantworten, heute die Politik in Hände derer zu legen, die eine andere Außenpolitik machen als wir. Mit diesen beiden Gesichtspunkten muß man an das außenpolitische Problem herantreten. Die Bildung einer großen Fraktion der Mitte bringt Vorteile, die die Bedenken dagegen überragen. Diese Fraktion ist aber nun an der Haltung der Deutschen Volkspartei gescheitert. Was soll jetzt geschehen? Der Weg, daß das Kabinett Marx ohne Verhandlungen mit den Deutschnationalen im Amte bleibt und sich von dem Reichstag ein Vertrauensvotum holt, ist wiederum an der Haltung der Deutschen Volkspartei, insbesondere des Ministers Jarres, gescheitert. Jetzt steht auch der Reichskanzler auf dem Standpunkt, daß er zurückzutreten hat; um zu verhindern, daß dies geschieht, ohne daß etwas vorbereitet ist, haben wir eine gemeinsame Plattform ausgearbeitet für die politischen Richtlinien der

6 Bei den französischen Kammerwahlen am 11.5.1924 hatte das Kartell der Linken einen großen Sieg errungen, die Bildung einer Regierung Herriot (Radikalsozialist) wurde erwartet. Vgl. Schulthess 1924 S. 222-224.

7 Siehe dagegen S. 322.

Parteien der Mitte[8]. Gestern abend hätten wir diese Plattform der Öffentlichkeit übergeben können. Die Deutsche Volkspartei hat dies jedoch verhindert. Stresemann hat in der Fraktion jeden Boden verloren; führend sind diejenigen, die unter allen Umständen mit der Deutschnationalen Volkspartei zusammengehen wollen. Zu den Verhandlungen mit den Deutschnationalen waren wir nicht eingeladen. Die Deutsche Volkspartei hat unsere Einladung sofort gefordert. Abgeordneter Curtius[9] wurde dann von dem Grafen Westarp[10] aufgefordert, Koch[-Weser] einzuladen, und als dieser eine solche Art der Einladung ablehnte, hat Westarp Koch[-Weser] persönlich eingeladen. Es wäre falsch, sich an diesen Verhandlungen nicht zu beteiligen. Das muß geschehen, weil vor allem über die Haltung der Deutschnationalen Volkspartei Klarheit geschaffen werden muß. Was geschieht nun, wenn über die Außenpolitik eine Klärung erreicht ist? Wenn die Deutschnationalen unsere Außenpolitik nicht mitmachen, dann bleibt die alte Koalition, sie tritt vor den Reichstag und bekommt mit Hilfe der Sozialdemokraten ein Vertrauensvotum. Dann legt sie die Gesetze vor, bei denen Zweidrittelmehrheit erforderlich ist und löst entweder den Reichstag auf oder macht den Volksentscheid oder beides zugleich. Auf alle Fälle ist also die Situation nicht aussichtslos. Denn es ist vorauszusetzen, daß die Deutsche Volkspartei bei uns bleibt. Tut sie es nicht, dann würde die Lage der Demokraten bedeutend besser, diejenige der Deutschen Volkspartei sehr schlecht. Ob die Deutschnationale Volkspartei freilich die bisherige Außenpolitik fortsetzt, ist noch fraglich. Es scheint vorläufig so, als ob die Opposition gestern nicht durchgedrungen ist[11]. Den Deutschnationalen würde in Tirpitz[12] ein gewaltiger Helfer erscheinen. Dieser ist durch die Vergangenheit nicht gebunden und steht scheinbar auf dem Boden der Erfüllungspolitik. Ob es dauernd gelingt, die Deutschnationale Volkspartei herüberzubekommen, wenn man sie vor bestimmte Forderungen stellt, ist zweifelhaft. Wenn die Deutschnationalen in die Regierung hineingehen, so entsteht die Frage, ob man uns auffordert, mit hineinzugehen. Ich glaube, daß es aus innerpolitischen Gründen nicht möglich sein wird, mit den Deutschnationalen in der Regierung zusammenzusitzen[13]. Trotzdem ist unsere Verpflichtung gegeben, die bisherige

8 Abgedruckt in: Schulthess 1924 S. 38f.

9 Julius Curtius (1877-1948), MdR (DVP) 1920 bis Juli 1932, Reichswirtschaftsminister 1926-1929, Außenminister 1929-1931.

10 Kuno Graf von Westarp (1864-1945), MdR (K/DNVP/Konservative Volkspartei) Dezember 1908-1918, 1920 bis Juli 1932.

11 Zur Situation in der DNVP-Fraktion vgl. den Bericht des Abgeordneten Wulle „Das wilde Durcheinander in der Deutschnationalen Volkspartei" im „Deutschen Tageblatt", abgedruckt in: Berliner Tageblatt v. 21.5.1924 Nr. 241.

12 Alfred von Tirpitz (1849-1930), Staatssekretär im Reichsmarineamt 1897-1914, Gründer der Vaterlandspartei 1917, MdR (DNVP) Mai 1924-1928, war bei den interfraktionellen Besprechungen von den Deutschnationalen als Kanzler vorgeschlagen worden.

13 Über die Möglichkeit einer Regierungsbildung unter Beteiligung der Deutschnationalen und der Demokraten wurde in der DDP bereits seit dem Sturz Stresemanns im November 1923 diskutiert. Koch-Weser hatte die damalige Situation in der Fraktion in seinem Tagebuch so skizziert: „Ich in schwieriger Situation, da etwa die Hälfte der Fraktion den Versuch mitmachen wollte, die andere Hälfte sich aufs schärfste dagegen auflehnte." Nachlaß Koch-Weser 30. In einer Eintragung vom 15.5.1924 hatte er im Hinblick auf die bevorstehenden interfraktionellen Verhandlungen festgestellt, es bedürfe vor allem einer einigen Fraktion. „Und ob die bei der Geschwollenheit Siemens',

Außenpolitik auch dann zu unterstützen. In die Regierung hineinzugehen, solange die außenpolitischen Fragen im Vordergrund stehen, und dann hinauszugehen, ist für die Demokraten unmöglich. Nun gibt es noch eine dritte Möglichkeit: Im Laufe der Verhandlungen könnte die Deutsche Volkspartei eine Einigung mit der Deutschnationalen Volkspartei herbeiführen. Das wird jedoch wohl kaum geschehen, da das Zentrum auf seinem jetzigen Standpunkt festbleibt. Eine eigene Plattform könnten aber die Deutschnationalen nicht machen, weil ihnen die Mehrheit fehlt. Redner berichtet dann über die vertraulichen Verhandlungen vom Mittwoch. Hergt eröffnete die Sitzung mit dem Vorschlage, man möge noch nicht in Einzelberatungen über das Außenprogramm eintreten. Das sei sehr schwer. Die einzige Möglichkeit sei die, daß man die Person zu den Verhandlungen zuzöge, die geeignet sei, Reichskanzler zu werden. Als eine solche Person käme für die Deutschnationalen Tirpitz in Frage. Er bäte, daß dieser zu den Verhandlungen zugezogen würde, damit er sein außenpolitisches Programm entwickle. Die Deutsche Volkspartei und das Zentrum verhielten sich demgegenüber etwas unklar. Die Demokraten entschieden ablehnend. Es handelt sich nun darum, ob die Deutschnationalen sich damit einverstanden erklären, daß Tirpitz einfach als ihr Vertreter an den weiteren Verhandlungen teilnimmt, aber nicht als künftiger Kanzler, sondern nur als Mittelsmann, dem gegenüber auch die Deutschnationalen freie Hand haben. Wahrscheinlich wird morgen weiter verhandelt werden. Redner bringt zum Schluß seine Bedenken gegen die Ernennung von Tirpitz zum Reichskanzler vor.

Herr **Petersen** schließt sich den Ausführungen von Koch[-Weser] an. Wenn es gelingt, die Deutschnationalen auf die Basis unserer Außenpolitik zu bringen, so ist schon jetzt dringend davor zu warnen, daß die Demokraten aus der Regierung herausbleiben. In den nächsten Monaten wird es ausschließlich um die äußere Politik gehen. Nicht die Steuervorlagen werden das Entscheidende sein. Wenn die Demokraten diese Politik dann im Stich lassen, so wird sie als ein Erfolg der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei im Volke empfunden werden, und wir werden unserer Früchte beraubt werden. Die innere Politik dürfen wir erst recht nicht den Deutschnationalen überlassen.

Herr **Cohnstaedt**: Wir sollten die Voraussetzungen für die Durchführung der Reparationspolitik schärfer herausarbeiten, nicht bloß die Ehrenpunkte[14], sondern auch die anderen, die noch vorhanden sind. Die bisherige Außenpolitik müssen wir unterstützen, gleichgültig, ob wir in der Regierung sind oder nicht. Wir können es nicht verantworten, in eine deutschnationale Regierung hineinzugehen. Das hat auch Koch[-Weser] auf dem Weimarer Parteitag mit aller Schärfe gesagt[15]. Die

---

der Intrigenhaftigkeit Dietrichs und der Verbohrtheit Keinaths zu erreichen sein wird, bezweifle ich. Möglich, daß es schon über die Frage, ob wir in die Opposition gehen sollen, zur Spaltung kommt." A. a. O. 31.

14 Zu den sogenannten Ehrenpunkten zählten folgende Forderungen: Freilassung der Gefangenen, Rückkehr der Ausgewiesenen, Wiederherstellung der deutschen Souveränität in den besetzten Gebieten, Wiedererrichtung der Zoll-Linien, Räumung des Ruhr- und Sanktionsgebiets von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort. Vgl. Berliner Tageblatt v. 22.5.1924 Nr. 242.

15 "Von einem Bürgerblock befürchten wir dieselbe Ratlosigkeit gegenüber den Rechtsrevolutionären wie gegenwärtig in Bayern [. . .] Nur Regierungen der Mitte sind auf absehbare Zeit möglich." Fünfter ordentlicher Parteitag S. 15f.

große Mehrheit der Partei würde einen Eintritt nicht verstehen und nicht mitmachen.

Herr **Sparrer**: Wenn es in Deutschland gelingen sollte, die sämtlichen bürgerlichen Parteien zu sammeln, dann dürfen wir Demokraten uns nicht von der Regierung fernhalten. Redner spricht dann über die Lage in Bayern und legt die Gründe des dortigen Ausfalls der Reichstagswahl dar.

Herr **Stubmann** führt aus, daß das Sachverständigengutachten keinen ultimativen Charakter trage und daß es unrichtig sei, diesen Charakter zu betonen. Eine Reichskanzlerschaft Tirpitz ist aus außenpolitischen Gründen völlig unmöglich. Deshalb solle man sich entschieden dagegen aussprechen. Bei der künftigen Regierungsbildung haben wir nach dem Ausfall der französischen Wahlen mit einem vollkommenen Einverständnis von England und Frankreich zu rechnen[16]. Ein Zusammenarbeiten der Demokraten mit den Deutschnationalen in der Regierung wäre nur bei unbedingter nationaler Notwendigkeit erträglich. Eine solche Notwendigkeit aber existiert nicht. Darum unter keinen Umständen mit den Deutschnationalen in die Regierung!

Herr **Fischer** hält es im Gegensatz zu Erkelenz für äußerst bedenklich, die Deutschnationalen jetzt zur Regierung heranzulassen. Es wäre sehr wohl möglich, daß die jetzige Regierung doch noch vor den Reichstag hinträte. Wenn wir so wie jetzt mit den Deutschnationalen verhandeln, kommen wir zwangsläufig mit ihnen in die Regierung hinein. Wir hätten also von vornherein ablehnen sollen. Die Verhandlungen können, wie Koch[-Weser] mit Recht gesagt hat, nur den Zweck haben, die außenpolitischen Überzeugungen der Deutschnationalen klarzustellen. Wir können nicht mit den Deutschnationalen in einer Regierung zusammensitzen. Redner schlägt vor, das außenpolitische Programm der drei Mittelparteien als das unsrige alsbald zu veröffentlichen.

Herr **Hellpach**[17]: Bei einer deutschnationalen Regierung wäre es für uns ebenso verhängnisvoll hineinzugehen, wie draußen zu bleiben. Wir hätten die Verhandlungen mit den Deutschnationalen nicht anfangen sollen, aber noch ist es nicht zu spät, umzulenken und energisch für den Bestand der bisherigen Regierung zu kämpfen, damit diese eventuell den Reichstag auflöst. Wenn die Volkspartei das nicht mitmachte, dann müßte man eine Rechtsregierung aufzwingen und dabei darauf hinwirken, daß das Zentrum mit der Volkspartei und den Deutschnationalen nicht mitgeht.

Herr **Rönneburg** spricht sich entschieden gegen die Teilnahme der Demokraten an einem Bürgerblock aus und beruft sich dabei auf die Ausführungen Koch[-Wesers] auf dem Weimarer Parteitag, hinter die man sich jetzt stellen muß. Der Eintritt in den Bürgerblock würde das Ende der Partei bedeuten. In der Opposition haben wir mehr Einfluß als in der Regierung.

Herr **Bergsträsser**: Die Deutschnationalen können keine vernünftige Außenpolitik treiben, weil ihnen niemand trauen kann.

---

16 Vgl. Anm. 6. In England regierte seit dem 23.1.1924 ein Labour-Kabinett unter MacDonald.

17 Willy Hellpach (1877-1955), Arzt, Professor für Psychologie in Heidelberg seit 1926, MdR (DDP) 1928 bis März 1930, badischer Kultusminister 1922-1925, badischer Staatspräsident 1924-1925, Stellv. Vorsitzender des PA der DDP von Dezember 1925 bis März 1930. Vgl. Hellpach.

Herr **Haas** spricht sich gegen die Beteiligung der Demokraten an einem deutschnationalen Bürgerblock aus.

Herr **Gessler** gibt seiner Meinung dahin Ausdruck, daß die Regierung im Amt bleibt. Den Parteien der Rechten die Macht zu geben, ist leicht, sie herauszubringen, sehr schwer. Die Folge würde eventuell eine Präsidentenkrise sein. Die Frage einer Beteiligung an einer deutschnationalen Regierung ist je nach den Umständen zu lösen.

Nach Ausführungen des Herrn **Hummel** wendet sich Herr **Koch[-Weser]** gegen eine inzwischen eingegangene Entschließung Cohnstaedt und Genossen, die sich gegen eine Beteiligung der Deutschnationalen Volkspartei an der Regierung als außenpolitisch bedenklich ausspricht und eine Beteiligung der DDP an einer gemeinsamen Regierung mit den Deutschnationalen als unmöglich erklärt[18]. Man solle ihn verhandeln lassen, damit die Deutschnationalen Farbe bekennen müssen. Er werde versuchen, der Partei schwere Krisen zu ersparen.

Herr **Siehr**[19] widerrät eine Beteiligung an einer deutschnationalen Regierung. Er weist auf die katastrophalen Folgen hin, die daraus für Preußen entstehen könnten, und befürchtet eine Beseitigung aller Republikaner aus der Regierung.

Frau **Uth** schließt sich den Ausführungen Stubmanns an. Sie wünscht sodann, daß über die Organisationsfragen bald eingehend gesprochen wird.

Nachdem nunmehr die Entschließung Cohnstaedt zurückgezogen ist, spricht der Vorstand dem Vorsitzenden das Vertrauen aus und ersucht ihn, die Verhandlungen im Sinne der Aussprache weiterzuführen.

Ein Antrag Vogt und Genossen, als Ersatz für Preuß den Vorsitzenden der deutschen demokratischen Jugend, Lemmer, in den Vorstand zu kooptieren[20], wird ohne Aussprache angenommen.

Schluß 17 Uhr.

---

18 Liegt vor.

19 Ernst Siehr (1869-1945), Rechtsanwalt und Notar in Insterburg, Oberpräsident der Provinz Ostpreußen 1920-1932, MdR (Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1912 bis Februar 1921.

20 Liegt vor.

115.

26.5.1924: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: kurz nach 10 Uhr. Ende: 21 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Böhme, Cohnstaedt, Erkelenz, Fischer, Gerland, Gessler, Goetz, Graf, Haas, Hamm, Hummel, Issberner, Jäckh, Kauffmann, Koch-Weser, Landahl, Petersen, Schiffer, Schneider, Siehr, Sparrer, Stephan, Stern, Tantzen, Vogt, Weinhausen, Frau Wittstock. Gäste: mehrere Mitglieder der Reichstagsfraktion.

Der Vorsitzende, Herr **Erkelenz**, eröffnet die Sitzung nach 10 Uhr und begründet die plötzliche telegraphische Einladung mit der Rücksicht auf die kritische Lage der Regierungsbildung.

Herr **Koch[-Weser]** referiert über die politische Lage. Es ist kein Zweifel, daß wir bestrebt sein müssen, die bisherige Außenpolitik weiterzubetreiben. Historisches Verdienst der Demokraten ist es, ihr ganzes Bemühen dahin gerichtet zu haben, die beiden andern Mittelparteien zu der gleichen Festigkeit anzuhalten. Namentlich die Deutsche Volkspartei war immer geneigt, sich auf eine Linie zu begeben, die in der Mitte zwischen Deutschnationalen und Mittelparteien läuft. Unser Bestreben hat den Erfolg gehabt, daß inzwischen eine Plattform[1] veröffentlicht worden ist, wodurch ein Festhalten der Mittelparteien erleichtert worden ist. Wer diese Außenpolitik machen soll, das ist natürlich nicht ohne Bedeutung. Es gibt Stimmen im Auslande, die eine möglichst breite Basis hierfür haben wollen, während aus Frankreich Stimmen kommen, die es für unerwünscht halten, Konzessionen nach der deutschnationalen Seite zu machen. Für uns als Fraktion lag die Notwendigkeit vor, daß wir uns an den bisherigen Verhandlungen[2] beteiligten, weil dies allein die Gewähr dafür gab, daß die übrigen Mittelparteien festgehalten wurden. Notwendig war es auch im Interesse der Partei selbst. Zweifellos sind in der Partei wie in der Fraktion verschiedenartige Einstellungen zur Regierungsbildung vorhanden. Es gibt Leute, die unter keinen Umständen sich mit den Deutschnationalen koalieren wollen, es gibt aber auch in der Fraktion Leute, die unter Umständen in eine solche Koalition eintreten wollen, und zwar solche, die nur auf außenpolitischem Gebiete von der Rechten Zugeständnisse verlangen, andere, die auch innerpolitische Sicherheiten haben wollen. Das ist der Grund, weshalb ich als Fraktionsvorsitzender die Verhandlungen durchführen muß. Nun besteht auf dem Gebiete der Außenpolitik trotz der Konzessionen der Deutschnationalen und der Mittelparteien eine ungeheure Kluft. Alle Versuche von Marx, diese Kluft zu überbrücken, sind bisher gescheitert und müssen scheitern, weil man nicht durch Worte oder Formeln darüber hinwegkommen kann. Es handelt sich darum, daß die deutschnationale Formel auf das Ausland sehr ungünstig wirken muß[3]. Redner stellt fest, daß die Fraktion unter keinen Umständen in eine Regierung eintreten wird, die in der auswärtigen Politik Kompromisse schließt. Dazu kommen wichtige Fragen der Innenpolitik. Es ist, abgesehen von der Person des Innenministers[4], unmöglich, jetzt Innenpolitik zu machen, wo die Außenpolitik weitaus im Vordergrund steht. Wenn das Zusammengehen an den Fragen der inneren Politik scheitert, so ist schon viel damit erreicht, daß die Deutschnationalen in der Außenpolitik ihren bisherigen

1 Siehe Nr. 114, bes. Anm. 8.

2 Siehe Nr. 114.

3 Bei einer Besprechung der bürgerlichen Parteien am 24.5.1924 hatten die Deutschnationalen bereits den ersten Satz der außenpolitischen Richtlinien der Mittelparteien abgelehnt, der lautete: „Das Gutachten der Sachverständigen bildet den ernsthaften Versuch einer friedlichen Lösung der Reparationsfrage." Im weiteren Verlauf der Besprechung hatten sie erklärt, sie hielten eine Verständigung über das Programm für möglich, falls Tirpitz mit der Führung des Kabinetts betraut würde. Vgl. Kabinette Marx I u. II S. 659f. u. 662.

4 Jarres (DVP).

Standpunkt haben aufgeben müssen. Es würde ein schwerer Fehler sein, wenn ich die Verhandlungen abbräche und damit eine Klärung in der Innen- und Außenpolitik verhinderte. Die Gegner müssen gezwungen werden, ihre Karten auszuspielen.

Herr **Erkelenz**: Wir werden uns hoffentlich darüber einig sein, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen werden können, sondern weitergeführt werden müssen, um völlige Klarheit zu schaffen. Es müssen jetzt aber alle Eventualitäten ins Auge gefaßt werden. Eine Redezeit von fünf Minuten zur Darlegung des Standpunktes wird für die Redner genügen. Eine formale Entschließung des Vorstandes ist nicht notwendig, es genügt, wenn sich aus den Verhandlungen die Willensmeinung des Vorstandes deutlich ergibt. Redner begründet, weshalb nach seiner Ansicht die Demokratische Partei nicht in eine Regierung eintreten darf, in der Deutschnationale sitzen. Es wäre an sich wünschenswert, daß die Deutschnationalen in die Regierung eintreten. Da aber kamen die Folgen der französischen Wahlen[5]. Nachdem es sich herausgestellt hat, daß die französische Demokratie die Regierung übernehmen wird, und nachdem von dieser Seite immer betont worden ist, Konzessionen an Deutschland könnten leichter getragen werden, wenn sie der Demokratie, als wenn sie den Nationalisten gemacht werden, muß man sich darüber klar sein, daß die Demokratie in Deutschland noch einmal den ernsthaften Versuch machen muß, mit der englischen und französischen Demokratie zu einer Regelung der Reparationsfragen zu kommen. Die Außenpolitik muß im Vordergrund aller Erwägungen stehen. Die Politik der Deutschen Volkspartei ist nur von den Rücksichten auf die innere Politik getragen. Schon deshalb lassen sich gegen die Entwicklung der Dinge die schwersten Bedenken geltend machen. Wenn ferner die Deutschnationalen unsere Außenpolitik machen, so werden sie dadurch erkaufen wollen bedeutsame Forderungen auf dem inneren Gebiet. Wenn wir in eine Regierung mit den Deutschnationalen hineinkommen, so gelangen wir in eine Entwicklung nach rechts, deren Endergebnis uns die bayrischen Wahlen gezeigt haben. So wie in Bayern würde es auch im Reiche kommen[6]. Wenn die Regierung Marx ohne uns zustande kommt, so müssen wir ihr selbstverständlich auf außenpolitischem Gebiet Unterstützung geben. Dabei würden wir denselben Einfluß ausüben, als wenn wir in der Regierung wären, wahrscheinlich sogar noch etwas größeren, wie das Beispiel der Sozialdemokraten zeigt. Wir würden uns in der Innenpolitik dagegen volle Selbständigkeit bewahren und unsere Zukunft sichern. Wenn wir aber von unseren Richtlinien abweichen, so würden wir unsere Wähler im Lande völlig irremachen, so daß der Verfall der Partei nicht aufzuhalten wäre.

Herr **Erkelenz** verliest nunmehr ein Telegramm von Dr. Hellpach mit seinen Vorschlägen für die Haltung der Demokraten in der Regierungskrise, ferner Telegramme von Henrich[7] und Dr. Stubmann.

---

5 Siehe Nr. 114 Anm. 6.

6 Nach dem Anwachsen des Völkischen Blocks und der Niederlage der Mittelparteien bei den bayrischen Landtagswahlen vom 6.4.1924 hatten die Deutschnationalen versucht, den Völkischen Block in die Regierungskoalition aufzunehmen. Vgl. Schulthess 1924 S. 49f.

7 Konrad Henrich (1864-1928), im hessischen Finanzministerium seit 1891, Md II. hess. Ständekammer 1911-1918, MdNv (DDP) 1919-1920, hessischer Finanzminister 1918-1927.

Graf **Bernstorff** spricht für ein Eintreten in die Regierung mit den Deutschnationalen zusammen. Er betrachtet die Frage ausschließlich vom außenpolitischen Gesichtspunkt. Wenn die Deutschnationalen heute sich an der Regierung beteiligen auf der Basis unserer Außenpolitik, so ist gar nicht einzusehen, wie wir unsererseits einen Eintritt ablehnen können. Wenn ein innenpolitischer Krach kommt, so würden wir selbstverständlich ausscheiden können, aber es ist nicht zu erwarten, daß es dazu kommt. Wenn eine Vereinbarung mit den westlichen Demokratien zustande kommt, so ist es ganz ausgeschlossen, daß bei uns in Deutschland die Reaktion ans Ruder gelangt. Eventuell müssen wir eine Erklärung abgeben, daß wir nur aus innenpolitischen Gründen ablehnen, dagegen die Außenpolitik unterstützen wollen. Dazu kommt, daß mit der Annahme des Gutachtens[8] sich unsere wirtschaftliche Lage bessern wird. Dann wird es im Lande heißen: Es wird sogleich besser, wenn die Demokraten weggehen und die Deutschnationalen wiederkommen.

Die Redezeit wird jetzt auf fünf Minuten beschränkt.

Herr **Hamm** spricht über die Lage der Demokraten in Bayern. Wir haben dort den Fehler begangen, daß wir nicht von Anfang an scharf die Trennungslinie gegenüber den vaterländischen Verbänden gezogen haben. Ganz etwas anderes ist es mit der Beteiligung an der Regierung. Wir haben die demokratisch Gesinnten in Bayern verloren dadurch, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident Hoffmann die Regierung bei dem Kapp–Putsch fortgeworfen hat und aus der Koalition ausgetreten ist. Damit sind die Machtmittel völlig in die Hand der Rechten gekommen. Der Fall lehrt, daß die Parteien nicht früher die Staatsmacht aus der Hand geben sollen, als bis es unbedingt notwendig ist.

Herr **Petersen** schließt sich Graf Bernstorff an. Daß die Demokratie bei uns so geschädigt worden ist, ist nur dadurch gekommen, daß unsere außenpolitische Lage so schlecht war. In Bayern haben sich die Dinge ganz anders entwickelt als im Reiche und dürfen deshalb gar nicht zum Vergleiche herangezogen werden. Wenn wir aus der Regierung austreten, so verschlechtern wir die Lage Deutschlands gegenüber dem Ausland. Daher müssen wir aus außenpolitischen Gründen unbedingt dabei sein, wenn die Deutschnationalen unser Programm annehmen. Falls die Deutschnationalen jetzt auf Grund der Verfassung in die Regierung eintreten, so werden ihre reaktionären Gelüste nicht gestärkt, sondern geschwächt, schon wegen der Mehrheitsverhältnisse im Reichstag. Der schwarzweiß-rote Antrag der Deutschen Volkspartei[9] ist nur eine Eselei, durch die man sich nicht irre machen lassen darf. Redner sieht eine gewaltige Entwicklung zu unseren Gunsten für die nächste Zeit. Wenn es aber so ist, dann wird diese Besserung den Deutschnationalen und den Volksparteilern zugeschrieben werden, sofern wir nicht mitmachen, und wir werden den Schaden davon haben, und das unpolitische Treibholz werden wir dauernd bei der Rechten festmachen. Es ist falsch, daß man mächtiger ist, wenn man sich außerhalb der Regierung befinde,

8 Siehe Nr. 114 Anm. 4.

9 Die DVP hatte bei Eröffnung des Reichstags einen Antrag auf Einführung der schwarzweißroten Farben als Reichsfarben eingebracht. Vgl. Sten. Ber. Anl. Bd. 382 Drucks. Nr. 54.

als darin. Es würde ein verhängnisvoller Fehler sein, wenn die Demokratie aus der Regierung ausscheiden würde, sobald unsere Außenpolitik gemacht wird.

Herr **Cohnstaedt** betont gegenüber Hamm, daß die bayrischen Verhältnisse sich sehr wohl auf das Reich anwenden lassen. Er spricht gegen einen Eintritt in die Regierung mit den Deutschnationalen zusammen, besonders aus dem Grunde, weil die Demokraten im Lande diese Belastung nicht aushalten, sondern auseinanderfallen würden.

An der weiteren Debatte beteiligen sich die Damen und Herren **Gerland** (für den Eintritt in die Regierung mit den Deutschnationalen zusammen), **Bäumer** (gegen), **Stern** (für), **Bergsträsser** (gegen), **Siemens** (für), **Fischer** (gegen), **Hummel** (gegen), **Sparrer** (für).

Herr **Koch[-Weser]** will sich nicht festlegen, ehe nicht eine entscheidende Wendung eingetreten ist. Da Herr Koch[-Weser] wegen der interfraktionellen Verhandlung um 13.30 Uhr die Vorstandssitzung verlassen muß, so ersucht Herr **Tantzen** um Vertagung bis nach der Rückkehr Koch[-Wesers] und dann Fortsetzung der Sitzung evtl. mit der Fraktion. Hiernach wird beschlossen.

Um 14.20 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet, und Herr **Koch[-Weser]** berichtet über die inzwischen abgehaltenen Besprechungen. Danach wünschen die Deutschnationalen Korrekturen auf außenpolitischer Grundlage. Infolgedessen müßten der Reichskanzler oder der Außenminister fallen. Die auswärtige Politik würde eine Änderung erfahren, aber die Verhandlungen sollen keinen Abbruch erleiden. Die Deutsche Volkspartei hält an Stresemann fest, solange er bleiben will[10]. Für uns kann eine Änderung in der Besetzung des Außenministeriums nur getragen werden, wenn die Deutschnationalen erklären, daß die bisherige Außenpolitik nicht geändert wird. Innerpolitisch müssen die Regierungen der fünf größten Länder gleichartig gebildet werden. – Dies die Forderung der Deutschnationalen.

Bei der Fortsetzung der Debatte sprechen sich die Herren **Landahl**, **Schneider** und **Bernhard** gegen den Eintritt in den Bürgerblock aus. Herr **Haas** teilt mit, der Reichspräsident sei der Auffassung, daß die Demokraten in der Regierung mit den Deutschnationalen bleiben müßten, um Schlimmeres zu verhüten. Redner persönlich ist gegen die Teilnahme am Bürgerblock. Es sprechen noch weiter folgende Redner: **Schiffer** (für Eintritt), **Tantzen** (gegen), **Siehr** (gegen), **Heuss** (für), **Brodauf** (gegen), **Goetz** (evtl. für), **Schücking** (gegen), **Korell**[11] (gegen).

Schluß 21 Uhr.

---

10 Zum Hintergrund von Scholz' Formulierung, daß die Reichstagsfraktion der DVP an Stresemann solange festhalte, „als er selbst will", vgl. Stresemann-Vermächtnis Bd. 1 S. 412f.

11 Adolf Korell (1872-1941), Pfarrer in Niederingelheim, MdL Hessen (Fortschrittliche Volkspartei/DDP) 1911-1918 u. seit 1927, MdR 1920-1928, hessischer Arbeits- und Wirtschaftsminister 1928-1931.

116.

16.8.1924: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: Koch-Weser. Beginn: kurz vor 11 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Reichstag.

Koch-Weser *eröffnet und berichtet über den Vorschlag des Vorstands, den nächsten Parteitag vom 16. bis 18. November in Breslau stattfinden zu lassen. Der Parteiausschuß stimmt zu und überläßt dem Vorsitzenden die Entscheidung über die Gliederung der Diskussion auf dem Parteitag und über die Frage, ob der Parteiausschuß zuvor nochmals einberufen werden solle.*

Koch-Weser *referiert anschließend über die politische Lage. Er begrüßt die Gründung des „Reichsbanners"[1] und untersucht dann die Ursachen für das ungünstige Abschneiden der Partei bei den Wahlen[2]. Einen wesentlichen Grund sieht er im Geldmangel; er ermahnt die Parteifreunde zu größerer Opferwilligkeit, da die Partei sonst in finanzielle Abhängigkeit von den großen Verbänden geraten könne. Koch-Weser bezeichnet die Fragen des Schutzzolls, der Aufwertung und der Siedlung als vordringliche Probleme. In der Innenpolitik sieht er eine Stagnation der demokratischen und republikanischen Reformen, die außenpolitische Entwicklung beurteilt er günstiger und hebt als besondere Erfolge die sofortige wirtschaftliche Räumung der Ruhr, die Amnestie und Rückkehr der Ausgewiesenen und die Zurückziehung der Eisenbahnregie hervor. Rückblickend bezeichnet Koch-Weser die Politik der letzten fünf Jahre als richtig.* **Oeser** *berichtet über den Verlauf der Londoner Konferenz[3], deren Ergebnisse er im wesentlichen positiv beurteilt.* **Dernburg** *gibt einige Erläuterungen zum Dawes-Gutachten.*

Nach einer Mittagspause eröffnet **Rohrbach** *die allgemeine Aussprache. Er bezweifelt, daß durch die Konferenz etwas Entscheidendes erreicht worden sei, da die Bereitschaft der Franzosen, das besetzte Gebiet zu räumen, nicht von ihrer Unterschrift unter das Protokoll abhänge, sondern von innerfranzösischen Zuständen und der Geneigtheit Englands, Druck auf Frankreich auszuüben.* **Cohnstaedt** *hält eine Zweidrittelmehrheit zur Annahme der Dawes-Gesetze für unumgänglich und meint, daß die Partei eine Reichstagsauflösung nicht zu fürchten brauche. Er unterstreicht Koch-Wesers positives Urteil über das „Reichsbanner": „Wir haben hier das stärkste Werkzeug in der Hand, um den Klassenkampfgedanken in der sozialdemokratischen Partei abzubauen." Die Redezeit wird jetzt auf 15 Minuten beschränkt.* **Gerland** *spricht sich für die Annahme des Abkommens aus, tadelt jedoch die schlechte Pressevorbereitung der Konferenz.* **Gothein** *bezeichnet die späte Räumung der Ruhr als Enttäuschung. Die Notwendigkeit einer Zweidrittelmehrheit für die Annahme der Gesetze sei juristisch umstritten, politisch jedoch höchst wünschenswert.* **Hamm** *warnt die Demokraten davor, jetzt nur Optimismus*

---

1 Zur Gründung des Reichsbanners im Februar 1924 und zur Beteiligung prominenter Demokraten vgl. Rohe S. 68-70.

2 Siehe Nr. 114 Anm. 1.

3 Vom 16.7.-16.8.1924 hatte in London eine Konferenz der Alliierten über die Ingangsetzung des Dawes-Planes stattgefunden; ab 5.8.1924 hatte auch eine deutsche Delegation an den Beratungen teilgenommen. Vgl. Schulthess 1924 S. 419-437.

zu zeigen. „Wir sind eine Etappe vorwärts gekommen, aber auch eine Etappe vorwärts auf der Bahn zur Verwirklichung des Versailler Vertrags." Die späte Räumung der Ruhr sei ein Grund zu schwerer Klage und Anklage. **Külz** *und* **Rönneburg** *beurteilen das Ergebnis der Konferenz im wesentlichen negativ.* **Wachhorst de Wente** *greift u. a. das Problem des Schutzzolls auf, das er als rein wirtschaftliche Frage bezeichnet, die keinen Anlaß zu politischer Erregung biete.* **Koch-Weser** *betont, daß die Partei diese Frage auf die Dauer nicht umgehen könne. Nach seiner Ansicht hat die Fraktion in letzter Zeit zu oft versucht, allen Interessen gerecht zu werden, und hat sich dadurch in eine schwierige Lage gebracht. Er warnt davor, diesen Fehler in der Schutzzollfrage zu wiederholen. Der weitere Verlauf der Aussprache bringt keine einheitliche Beurteilung des Londoner Abkommens.* **Koch-Weser** *wendet sich in seinem Schlußwort gegen die Verfassungsbestimmung, die für Verfassungsänderungen eine qualifizierte Mehrheit vorschreibt: „Es ist demokratisch, daß die Mehrheit entscheidet, nicht eine Zweidrittelmehrheit, dabei kann der Staat unter Umständen nicht existieren." Nach seiner Ansicht ist die Stimmung des Volkes der Annahme des Abkommens nicht ungünstig. Anschließend nimmt der Parteiausschuß einstimmig eine Resolution an, die von den Mitgliedern der Demokratischen Partei entschiedene Förderung des Reichsbanners und den Eintritt und die aktive Mitarbeit in dieser Organisation verlangt.*

Stephan *und* **Frankfurter** *referieren über die vom Vorstand vorgeschlagenen Satzungsänderungen*[4]*. Die Änderungen werden genehmigt, ebenso die Ernennung von Payer und Petersen zu Ehrenvorsitzenden der Partei.* **Koch-Weser** *macht darauf aufmerksam, daß der nächste Parteitag Vorstandswahlen etc. vorzunehmen habe, und fragt nach personellen Wünschen des Parteiausschusses hinsichtlich der Auswahl der obersten Parteifunktionäre. Der Parteiausschuß verzichtet auf eigene Vorschläge und ermächtigt den Vorstand, die jetzt amtierenden Persönlichkeiten wieder für die obersten Parteiämter vorzuschlagen.* **Koch-Weser** *schließt die Sitzung.*

4 Vgl. den Abdruck der Satzung von 1925 S. 810–819.

117.

21.10.1924: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 17.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bahr, Bartschat, Bergsträsser, Brodauf, Büll, Cohn (Dessau), Cohnstaedt, Dernburg, Dietrich, Dirr, Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Gessler, Gothein, Haas, Henrich, Heuss, Hummel, Issberner, Jansen, Kalkoff, Kauffmann, Kempner, Koch-Weser, Frau von Koerber, Korell, Neumann-Hofer, Paulsen, Rönneburg, Schneider, Schreiber, Siehr, Sparrer, Stephan, Stern, Frau Uth, Frau von Velsen, Vogt, Wachhorst de Wente, Wald, Weinhausen, Wendorff, Wieland, Frau Wittstock, Ziegler. Gäste: Mitglieder der Reichstagsfraktion, Vertreter der demokratischen Presse.

Erkelenz eröffnet und teilt mit, daß der zweite Teil der heutigen Sitzung der Beratung des Wahlaufrufs dienen solle. Der Parteitag[1] könne angesichts der politischen Entwicklung nicht in der vorgesehenen Form durchgeführt werden. Der Vorstand stimmt diesen Ausführungen zu.

Herr **Koch[-Weser]** berichtet dann über die politische Lage. Er gibt einen kurzen Rückblick auf die Regierungskrise im Mai[2] und August[3] und geht dann auf die Ursachen der Reichstagsauflösung ein[4]. Redner weist auf die Haltung der Deutschen Volkspartei und der DNVP hin und begründet die Weigerung der Demokraten, die Deutschnationalen jetzt in die Regierung mit hineinzunehmen. Er stehe auf dem Standpunkt, daß die DNVP keineswegs ein für allemal zur Regierungsbildung ungeeignet sei, aber heute sei die Zeit noch nicht reif dafür, und die Regierung der Mitte werde noch lange die Geschicke Deutschlands führen müssen. Es könne keine Rede davon sein, daß die Demokraten nach links gegangen seien, die DVP sei aber nach rechts gegangen, und unsere Aufgabe sei es, die Politik der Mitte fortzuführen. Redner setzt dann auseinander, wie sich die Politik des Reichskanzlers Marx psychologisch erklären lasse, und betont dabei, daß die letzte Anfrage von Marx an die Demokraten wegen des etwaigen Verbleibes von Gessler im Kabinett überflüssig gewesen sei, da Herr Marx durch Koch[-Weser] bereits in der vorigen Woche mehrfach darüber nicht im Ungewissen gelassen worden sei, daß die Demokraten unmöglich Gessler im Kabinett lassen könnten, wenn sie selbst der neugebildeten Regierung aus Grundsatz fernbleiben müssen. Es lassen sich Gründe dafür anführen, daß man in dieser Zeit zur Vermeidung der Reichstagsauflösung die Bildung eines Rechtsblocks versuchte – wenn diese Gründe auch nicht durchschlagend sind. Es lassen sich aber keine Gründe anführen für eine halbe Maßnahme, wie sie das Verbleiben Gesslers im Kabinett gewesen wäre. Es wäre die Pflicht des Reichskanzlers gewesen, mit dem gegenwärtigen Kabinett vor den Reichstag zu treten, schlimmstenfalls, wenn die DVP in diesem Augenblick ihre Minister zurückgezogen hätte, auch ohne diese Partei, mit einem anders zusammengesetzten Kabinett. Dann wäre die Verantwortlichkeit der DVP, falls sie dies Kabinett gestürzt hätte, klar zum Ausdruck gekommen. Leider sei dies nicht geschehen. Es sei auffällig, daß in dieser ganzen Krise niemand so sehr in Hyperparlamentarismus gemacht habe wie die DNVP, indem sie die Fraktionen anstelle des Reichstags setzte und jene statt des Reichstags selbst Entscheidungen treffen ließ. Die DDP konnte keinen anderen Weg gehen als den, den sie gegangen ist. Sie hätte Deutschland diesen Wahlkampf gern erspart; daß aber die Deutschnationalen gerade heute in die Regierung eintreten und dadurch die gradlinige Fortführung der Außenpolitik,

1 Siehe Nr. 116.

2 Vgl. Nr. 115.

3 Ende August war wegen der ablehnenden Haltung der Deutschnationalen zu den Dawes-Gesetzen eine Reichstagsauflösung als unvermeidlich erschienen. Sie war jedoch dann durch die Spaltung der deutschnationalen Fraktion bei der entscheidenden Abstimmung vermieden worden. Vgl. Schulthess 1924 S. 74f.

4 Am 20.10.1924 war der Reichstag aufgelöst worden, nachdem auf Wunsch der DVP begonnene Verhandlungen über die Einbeziehung der DNVP in die Regierungskoalition am Widerstand der Demokraten gescheitert waren. Vgl. Kabinette Marx I u. II S. XLV-XLVII.

wie dies uns gegenüber von zuständiger Stelle ausdrücklich anerkannt worden ist, erschweren, dazu konnten die Demokraten ihre Hand nicht bieten. Daß wir in der günstigen Gestaltung der Außenpolitik so weit gekommen sind, ist nicht das Verdienst der Deutschnationalen, das ist auch nur zu einem kleinen Teil das Verdienst der DVP, es ist vielmehr das Verdienst der Demokraten und des Zentrums, teilweise auch der Sozialdemokraten. Heute dominiert die Außenpolitik in Deutschland, Außenpolitik aber zu machen, ohne nach dem Ausland zu sehen, ist ein kindischer Gedanke. Wir müssen bei jedem Schritt prüfen, wie er auf das Ausland wirkt. Und wir müssen insbesondere dafür sorgen, daß Herriot[5] seine bisherige Versöhnungspolitik weiter betreiben kann. Er wird aber politisch auf das Schwerste gefährdet, wenn man ihm vorhalten kann, daß alle seine Zugeständnisse an Deutschland nur zur Folge gehabt haben, daß hier eine Partei ans Ruder kommt, die so bald als möglich Revanche nehmen und das Dawesgutachten zerstören will. Eine schwere Komplikation der äußeren Lage würde sich ergeben, wenn gleichzeitig in Deutschland und England die Rechtsparteien zur Herrschaft gelangten; wir würden keine Erleichterungen für Deutschland mehr durchsetzen können, wenn dann auch in Frankreich nach einem etwaigen Sturz Herriots eine Rechtsregierung gebildet werden sollte. Das macht uns zur vaterländischen Pflicht, dem Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung mit aller Kraft zu widersprechen. Wir treiben dabei keine parteiegoistische Politik, sondern stellen die großen politischen Gesichtspunkte voran[6]. Der Redner schließt mit einem Ausblick auf den Wahlkampf.

Erkelenz *teilt mit, daß der Wahlaufruf zunächst von Frau Bäumer, Erkelenz, Gothein, Haas und Heuss vorberaten werde und dann am Nachmittag von der Versammlung besprochen werden solle. Nach seiner Ansicht haben die Demokraten bei dieser Wahl keine großen Gewinne zu erwarten und müssen zufrieden sein, wenn es ihnen gelingt, ihre Position zu halten. Als Hauptprobleme der Partei bezeichnet er die Presse- und die Geldfrage.* **Fischer** *spricht über die finanzielle Situation der Partei und betont, daß die Finanzierung der Wahl noch nicht gesichert sei; der Reichsausschuß für Handel und Industrie beabsichtige jedoch, einen Wahlaufruf an die deutschen Unternehmer zu versenden, der hoffentlich auch in pekuniärer Hinsicht gute Wirkungen haben werde.* **Dernburg** *äußert sich zum Stand der Aufwertungsfrage, Frau* **Bäumer** *skizziert die Behandlung der Kulturpolitik im Wahlkampf.*

Herr **Wachhorst de Wente** erklärt seine Übereinstimmung mit der Politik der Reichstagsfraktion. Wir dürfen uns nicht an einer Regierung beteiligen, an der die Deutschnationalen teilnehmen. Darin unterscheide ich mich von Dr. Böhme.

---

5 Edouard Herriot (1872-1957), radikalsozialistischer Politiker, französischer Ministerpräsident 1924, 1926 u. 1932.

6 Koch-Weser war, wie seine Tagebucheintragungen zeigen, trotz seiner in der Öffentlichkeit entschiedenen Ablehnung des Bürgerblocks nicht frei von Zweifeln über die Richtigkeit dieser Entscheidung. Im Oktober 1924 erwog er, sich um das Amt des Oberbürgermeisters von Frankfurt/M. bzw. Essen zu bewerben. Am 23.10.1924 heißt es im Tagebuch: „Viele innere Zweifel. War es recht, treu zu bleiben in der treulosen Politik? Beinahe möchte ich glauben, ich hätte besser für den Bürgerblock votiert. Dann wäre ich heute Oberbürgermeister in Essen. D. h., wenn die Sozis treu geblieben wären." Nachlaß Koch-Weser 31.

Der Austritt Böhmes aus der Partei[7] hat zwei Seiten, eine rein persönliche und eine materielle. Was die Person von Böhme anlangt, so möchte ich es mir versagen, mich darüber weiter auszusprechen. Was mich selbst betrifft, der ich der Gründer des Bauernbundes war und auch heute noch Mitglied des Präsidiums bin, so muß ich sagen, daß ich innerlich zur Demokratie ganz anders eingestellt gewesen bin und noch bin als Dr. Böhme. Ich bin Republikaner und habe aus dieser Überzeugung nie ein Hehl gemacht; ich halte es für die vornehmste Pflicht eines demokratischen Abgeordneten, die Verfassung von Weimar zu verteidigen, und ich habe auch immer meinen Mann gestanden, wenn es hieß, auf die Schanzen zu treten. Wenn ich mit meinen Parteifreunden über wirtschaftliche Fragen nicht ganz einer Meinung gewesen bin, so habe ich mich doch stets dem demokratischen Grundsatz gefügt, daß die Mehrheit die Entscheidung hat. Infolgedessen würde ich nie der Partei den Rücken kehren, nur weil ich in einigen wirtschaftlichen Fragen anderer Überzeugung bin. Dagegen spricht auch schon die Nibelungentreue, die ich mir bewahrt habe. Was den Deutschen Bauernbund angeht, so handelt es sich um eine Organisation, die nicht einer Partei verpflichtet ist. Bei der Gründung des Bauernbundes haben wir den Fehler gemacht, daß wir uns zu eng an die Nationalliberalen angeschlossen haben. Alle wirtschaftlichen Verbände sind überparteilich. Genauso ist das heute bei dem Deutschen Bauernbund der Fall. Der Bund wird als solcher die Demokratische Partei nicht bekämpfen, obwohl ich es nicht für unmöglich halte, daß er einzelne demokratische Abgeordnete bekämpft, die andere wirtschaftliche Überzeugungen haben. Er wird aber nicht alle Kandidaten der DDP, sofern sie nicht geradezu im Gegensatz zu ihm stehen, bekämpfen. Redner spricht im Anschluß daran sein Bedauern darüber aus, daß die demokratische Presse den obwaltenden Tatsachen nicht in der Weise Rechnung trägt, wie es wohl zu wünschen wäre. Wenn wir nicht eine Partei bleiben wollen, die aus Beamten, Angestellten und einigen Kaufleuten besteht, so dürfen wir keine reine Konsumentenpolitik treiben, sondern dürfen die Interessen der Produktion nicht ganz vernachlässigen.

Die weitere Aussprache wird durch eine Mittagspause unterbrochen. Am Nachmittag wird der inzwischen vorliegende Wahlaufruf[8] beraten. Der Vorstand beschließt, am 2. November nach Berlin einen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, auf dem eine Kundgebung zur Reichstagswahl stattfinden soll[9].

7 Außer Böhme traten im Oktober sechs weitere prominente Mitglieder aus der DDP aus: Gerland, Schiffer, Keinath, Grund, Dominicus und von Siemens. Vgl. Stephan S. 276f.

8 Abgedruckt in: Demokrat v. 23.10.1924 Nr. 34/35.

9 Bericht über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitags in: Demokrat v. 6.11.1924 Nr. 36/37.

118.

2.2.1925: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 15 Uhr. Ende: 19.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Bernhard, Cohnstaedt, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falk, Fischbeck, Fischer, Gothein, Haas, Hellpach, Heuss, Hieber, Hummel, Issberner, Kalkoff, Kempner, Koch-Weser, Frau von Koerber, Landahl, Lemmer, Rathgen, Rauecker, Rönneburg, Schreiber, Stephan, Stern, Frau Uth, Vogt, Weinhausen, Frau Wittstock.

Erkelenz*eröffnet.* **Stephan***referiert über den Plan einer Werbewoche. Der Vorstand stimmt seinen Ausführungen zu.*

Zur Frage der Nachfolge Gerlands im Vorstand[1] *werden verschiedene Wünsche vorgetragen. Der Vorstand beschließt, bis zum nächsten Parteitag, der ohnehin die Neuwahl des Vorstands vorzunehmen hat, auf jede Zuwahl zu verzichten.*

Die politische Lage

Herr **Koch[-Weser]** als Referent weist darauf hin, daß wir jetzt seit der Revolution zum ersten Mal in der Opposition sind[2]. Nach einer Charakterisierung der Haltung der Deutschen Volkspartei betont er, daß das Zentrum kein zuverlässiger Bundesgenosse im Kampf gegen den Rechtsblock sei. Sein Widerstand gegen die Hereinnahme der Deutschnationalen Volkspartei in die Regierung ist immer schwächer geworden. Der Grund dafür ist, daß das Zentrum durch die Barmat-Affäre[3] innerlich gebrochen ist und nicht die Kraft in sich fühlt, sich der [Schmutz]welle[4] von rechts zu erwehren. Wenn Luther gescheitert wäre durch die Haltung der Deutschnationalen, dann hätten wir jeden Augenblick wieder ein Linkskabinett bilden können, wenn dagegen die Bildung des Kabinetts Luther durch den Umstand gescheitert wäre, daß die Demokraten ihm ein Bein gestellt hätten, so wäre überhaupt keine Lösung der Krise mehr möglich gewesen. Die Krise durfte aber nicht länger dauern, weil das nur im Interesse der Rechten gelegen hätte und dadurch das parlamentarische System an sich in Mißkredit gekommen wäre. Wir konnten also zur Zeit den Kampf nicht zu einem siegreichen

1 Vgl. Nr. 117 Anm. 7.

2 Redner geht davon aus, daß 1919 keine echte Opposition war. Das Kabinett Marx hatte aufgrund des Ergebnisses der Reichstagswahlen vom 7.12.1924 demissioniert. Marx war dann wieder mit der Regierungsbildung betraut worden, war jedoch nach langwierigen Verhandlungen gescheitert. Am 15.1.1925 hatte der parteilose Hans Luther, bisher Finanzminister in den Kabinetten Marx, ein Kabinett aus Vertrauensmännern und Fachleuten gebildet, dem Vertreter von Zentrum, BVP, DVP und DNVP angehörten. Gessler war als „Fachminister" im Kabinett verblieben. Vgl. Kabinette Marx I u. II S. XLVII-XLIX; ferner Schulthess 1925 S. 6f.

3 Im Dezember 1924 war der Konzern der Brüder Barmat zusammengebrochen, die ihre Geschäfte durch Kredite finanziert hatten, die ihnen u. a. vom Reichspostminister Höfle (Z) gewährt worden waren. Vgl. a. a. O. S. 37f.

4 Im Or.:"Schnittwelle".

Ende führen. Daraus ergab sich, daß wir dem Kabinett Luther nicht mit einem Mißtrauensvotum kommen konnten. Denn Luther hätte niedergelegt, wenn die Demokraten ihm das Mißtrauen votiert hätten. Dies hindert aber die Partei keineswegs, fortan in die stärkste Opposition zu treten. Es kommt nur darauf an, den richtigen Augenblick zu finden, wo man das Kabinett stürzen und durch ein uns günstigeres Kabinett ersetzen muß. Vermutlich wird das Ministerium indirekt fallen an dem unüberbrückbaren Widerspruch der jetzigen Haltung der Deutschnationalen gegen ihre frühere. Hiernach wird sich unsere Opposition einzurichten haben. Wir dürfen nicht Opposition à tout prix machen. Aber es wäre auch falsch, wenn wir uns aus irgend einer Rücksicht von einer berechtigten Opposition abhalten ließen, nur, um das Kabinett nicht zu stürzen. Auf dem Gebiete der Außenpolitik werden wir kaum begründete Aussicht zur Opposition haben. Die Außenpolitik wird gewiß vorsichtig sein, es ist nur zu fragen, ob sie nicht der Aktivität ermangeln wird. Es wäre auch nicht richtig, das Kabinett Luther außenpolitisch gewissermaßen zu denunzieren. In der Frage der Aufwertung sind angeblich weitgehende Pläne vorhanden. Wir sollten uns aber in diesen Dingen zurückhalten. In anderen wirtschaftlichen Fragen sind wir freilich freier, und Gelegenheit zur Opposition wird sich hinreichend bieten. Es kommt nur darauf an, daß die Fraktion in diesen Dingen zusammenzuhalten weiß. Deswegen sind die Angriffe bedauerlich, die der Vorsitzende der Fraktion von beiden Seiten erfahren hat und die ihm zu wenig und zu viel Opposition vorwerfen. Wir können hier von den Deutschnationalen lernen. Wir sind bereit und fähig, kraftvolle Opposition zu machen, aber wir müssen dazu auch das geeignete Schlachtfeld aussuchen. Gegensätze in der Fraktion müssen im Geiste der Verständigung und des Entgegenkommens ausgetragen werden. Wir sind in den wichtigsten Punkten einig und haben uns zu verständigen, wenn sich in unwichtigen Punkten Meinungsverschiedenheiten ergeben.

Herr **Erkelenz** rechtfertigt die Abstimmung der Fraktion bei dem Billigungsantrag für die Erklärung Luthers[5]. Er entwickelt eingehend die Gründe, die für die Haltung der Fraktion gesprochen haben. Ein glattes Nein hätte freilich eine absolut klare Stellung gegeben. Wenn wir aber diesem Kabinett von vornherein das Mißtrauen votiert hätten, so wäre auch das Mißtrauen im Auslande so stark gewachsen, daß Luther seine Politik nicht hätte führen können. Wir haben ein Interesse daran, daß die Deutschnationalen jetzt in der Regierung abwirtschaften, nachdem wir ihren Eintritt nicht haben verhindern können. Der zweite Gesichtspunkt hängt mit dem Fall Gessler zusammen. Nachdem sich herausgestellt hatte, daß Gessler in der Regierung blieb, hätte ein volles Mißtrauen gegen diese Regierung ergeben, daß der Fall Gessler sofort aufgerollt worden wäre und zu einer schweren Auseinandersetzung in der Partei geführt hätte. Eine Krise Gessler würde aber sehr viel schwerwiegender für uns sein als die Krise Schiffer[6]. Angenommen aber, wir hätten mit unserer Abstimmung einen Fehler

5 Der Billigungsantrag für die Regierung Luther am 22.1.1925 war mit 246 Ja-Stimmen gegen 160 Nein-Stimmen bei 39 Enthaltungen angenommen worden. Die DDP hatte Stimmenthaltung und Fraktionszwang beschlossen, Schücking, Korell, Schuldt und Lemmer hatten jedoch vor der Abstimmung den Saal verlassen. Vgl. Stephan S. 284f.

6 Siehe Nr. 117 Anm. 7.

gemacht, war es da nötig, die Auseinandersetzung darüber in aller Öffentlichkeit zu führen, und zwar früher, bevor sich die Instanzen der Partei darüber entschieden hatten? Die Presse der Deutschnationalen Volkspartei und ebenso der Deutschen Volkspartei hat in diesen ganzen Wochen bewundernswerte Disziplin gehalten. Das sollten wir uns zum Vorbild nehmen.

Herr **Hieber**: Die württembergische Fraktion steht auf dem Boden der Politik der Reichstagsfraktion.

Herr **Bernhard** hält eine Kritik durch die Presse für berechtigt. In der Entwaffnungsnote muß die DDP unbedingte Offenheit von der Regierung verlangen. Redner spricht dann über die Ruhrentschädigungen[7].

Herr **Hellpach**: Die jetzige Regierung bedeutet die Liquidation der Revolution. Wir haben jetzt eine Bourgeoisie-Republik wie früher Hamburg. Redner ist mit der Haltung der Fraktion einverstanden.

Herr **Cohnstaedt** verteidigt die Haltung der Frankfurter Zeitung gegenüber Gessler.

Herr **Landahl** hätte eine klare, ablehnende Entscheidung gewünscht.

Herr **Gothein** verteidigt die Haltung der Fraktion.

Herr **Heuss** kritisiert die Stellungnahme der Frankfurter Zeitung gegen Gessler.

Die Herren **Fischer** und **Hummel** bezeichnen es als dringende Aufgabe, die Wirtschaftskreise wieder zu gewinnen.

Herr **Lemmer** verlangt klare Opposition und spricht gegen die Gessler-Politik.

Herr **Haas** geißelt die Unerträglichkeit der Behandlung der Ruhrunterstützungen. Der Staat muß stärker sein als alle Wirtschaftsgruppen und -organisationen.

In seinem Schlußwort bedauert Herr **Koch[-Weser]** die mangelhafte Besetzung der Vorstandssitzung. Wir waren im Herbst 1924 bereit, eine deutschnationale Regierung zu tolerieren und nicht sofort Opposition zu machen. Unser jetziges Verhalten ist die einfache Konsequenz aus jenem Standpunkt. Wie kann man uns daraus einen Vorwurf machen? Luther war am Ende seines Könnens, da das Zentrum sich wieder einmal an uns geklammert hatte. Wenn das Kabinett gescheitert wäre, dann wäre tatsächlich aus der Regierungskrise eine Staatskrise geworden. Redner verteidigt den Fraktionszwang, der in solchen Situationen notwendig ist. Es ist besser, den Fall Gessler noch einige Zeit offenzulassen. Gessler ist ohne Zweifel echter Demokrat. Psychologisch liegt es so, daß Gessler sein Werk heute wichtiger ist als alles andere. Er ist allerdings weniger scharf geworden gegenüber dem, was von rechts geschieht. Aber was wollen wir tun? Soll Gessler aus der Partei herausgeworfen werden? Sein Austritt würde gewiß einen starken Sturm in der Partei hervorrufen. Redner glaubt nicht daran,

7 Die Reichsregierung hatte den Ruhrindustriellen im Winter 1924/25 für die von ihnen während der Ruhrbesetzung anstelle des Reiches übernommenen Reparationssachlieferungen ohne vorherige Etatisierung eine Entschädigung in Höhe von 700 Millionen Goldmark gezahlt, was im Reichstag von Sozialdemokraten und Demokraten heftig kritisiert worden war. Vgl. Sten. Ber. Bd. 384. S. 835-841 (Rede Dietrichs).

daß die Schwerindustrie auf die Dauer alle anderen Industrien an sich koppeln werde. Die Frage der Ruhrkredite ist sehr kompliziert. Die Schwerindustrie hat auf jeden Fall ihre Entschädigung erhalten, bevor die anderen eine solche erhielten. Der Presse gegenüber üben wir sehr gern volle Toleranz, aber wir möchten sie bitten, sich vorher zu unterrichten und sich bis dahin zurückzuhalten. Wenn diese Regierung von langer Dauer ist, wird sich Luther durchgesetzt haben und nicht die Deutschnationalen. Dies wird uns jeden künftigen Wahlkampf erleichtern und dem Vaterland nützen. Freilich werden die Deutschnationalen wohl kaum lange in der Regierung bleiben. Die einzige Voraussetzung aber ist, daß es gelingt, die Fraktion in der Opposition zusammenzuhalten.

Hierauf wird einstimmig folgende von Herrn Koch[-Weser] eingebrachte Entschließung angenommen:

„Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei billigt die Haltung der Demokratischen Reichstagsfraktion. Er erwartet von ihr eine entschiedene, selbständige und klare Opposition."

Der Vorstand beschließt nach einer längeren Aussprache, den Parteiausschuß am 1. März einzuberufen und den Parteitag Anfang Herbst stattfinden zu lassen.

Erkelenz *berichtet über die Versuche der Zentrale, eine Organisation der liberalen Provinzpresse zu schaffen.*

Über die Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl befragt, geht er auch auf die Frage zur Kandidatur ein.

Redner äußert als seine persönliche Meinung, daß eine Wiederaufstellung Eberts kaum zweckmäßig ist. Wenn irgend möglich, soll ein einheitlicher republikanischer Kandidat schon für den ersten Wahlgang aufgestellt werden, und es wäre nicht unmöglich, daß dieser dann gleich im ersten Wahlgang gewählt würde. Unerwünscht wäre es, schon aus konfessionellen Gründen, wenn ein Zentrumsmann als gemeinsamer Kandidat aufgestellt werde. Die beste Lösung wäre wohl die Kandidatur eines Demokraten; denn bei der Entwicklung der Wählerschaft nach rechts ist es besser, wenn nicht ein Kandidat von der Partei des äußersten linken Flügels aufgestellt werde. Als Träger der Kandidatur sollten nicht die Parteien fungieren, sondern ein ad hoc gebildetes, überparteiliches Gremium, das sich aus Mitgliedern aller Berufsschichten zusammensetzt. Die Ausführung der Agitation würde allerdings in den Händen der Parteien liegen.

Eine kurze Diskussion ergibt, daß eine Aussprache „noch nicht zweckmäßig" sei.

119.

1.3.1925: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: zunächst Koch-Weser, dann Frau Bäumer. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: kurz nach 17.30 Uhr. Ort: Preußischer Landtag.

Der Vorsitzende, Herr **Koch[-Weser],** eröffnet die Sitzung um 10.30 Uhr. Während die Anwesenden sich erheben, widmet er dem Ableben Eberts[1] einen

1 Ebert war am 28.2.1925 gestorben.

Nachruf, in dem er u. a. ausführt: Das waltende Schicksal und sein eigenes Können haben Friedrich Ebert, den Sohn des Volkes, auf die erste Stelle gehoben, die das deutsche Volk zu vergeben hatte, nicht zu eitlem Tand und nicht zu seinem Wohlergehen, sondern zu Kampf und Arbeit, zu Sorge und Gram. Drei große Aufgaben sind es, die an Ebert nach dem Umsturz herantraten: Die Einheit des deutschen Vaterlandes über alle Not hinweg zu bewahren, dem deutschen Volke die innere Freiheit gegen Bolschewisierungs- und Restaurationsabsichten zu sichern und ihm die äußere Freiheit wieder zu erringen. Man darf nicht sagen, daß Friedrich Ebert diese Aufgaben vollendet hätte. Es ist ihm gelungen, die deutsche Einheit zu erhalten. Es scheint ihm gelungen zu sein, die deutsche Republik vor dem Ansturm von rechts und links zu bewahren. Die äußere Freiheit aber hat er nur anbahnen können. Daneben war es seine Aufgabe, dem neuen Amte, in das er berufen war, Richtung, Ziel und Gestalt zu geben. Eine Aufgabe, deren Schwierigkeiten von den Deutschen im Sturm der Zeiten viel zu wenig anerkannt worden sind. Welcher Mut, welche Standhaftigkeit, welche Berufsfreudigkeit war erforderlich, um die Arbeit zu leisten in einer Zeit unerhörter äußerer Bedrückung und innerer Wirren, in einer Zeit der Verbitterung des deutschen Volkes mit ihren giftigen Schwaden der Verleumdung und des Hasses, in einer Zeit, wo mancher entmutigt und enttäuscht den Kampf um Deutschland verloren gab. Redner schildert dann die drei Perioden, in denen die Wiederaufbauarbeit durch Friedrich Ebert ganz besonders gefährdet war: den schweren Winter 1918–1919, den Kapp-Putsch und die Angriffe, die zu dem Magdeburger Prozeß[2] führten. Friedrich Ebert ist uns ein Beweis dafür, daß ein aus dem Volke hervorgegangener Mann, der mit dem Volke und in dem Volke lebt, sich besser als irgend ein anderer Staatsmann und Führer unseres Volkes bewähren kann. Ich habe neulich bei einer Abiturientenfeier einen Schuldirektor sagen hören: „Das Volk sucht sich seine Helden nicht aus der jetzigen Zeit der Erniedrigung unseres Volkes, sondern aus der Zeit des Hochstandes des deutschen Vaterlandes, aus der Zeit Wilhelms I.“ Es wäre eine furchtbare Ungerechtigkeit, wenn die Weltgeschichte so urteilen würde, denn das wahrhafte und beste Heldentum bewährt sich in schwerster Zeit, wie wir sie heute erleben. Ohne Dank, ohne Anerkennung, ohne Hoffnung, die Vollendung seines Strebens noch zu erleben, nur von einem starken Willen belebt und dem eigenen Gewissen folgend, in Sorge und Gram für das deutsche Volk zu arbeiten, das ist das Los Friedrich Eberts gewesen. Wir haben als Idealisten die Zuversicht, daß das deutsche Volk, daß die Geschichte diesen großen Deutschen richtig zu beurteilen vermögen wird. Friedrich Ebert war ein echter, wahrhafter, edler und tapferer Deutscher, und in diesem Sinne werden wir ihm unser Leben hindurch das beste Andenken bewahren.

Koch-Weser *schlägt unter Zustimmung der Versammlung vor, die Besprechung der politischen Lage und der Reichspräsidentenwahl*[3] *miteinander zu verbinden und*

2 Ebert hatte gegen verleumderische Behauptungen der völkischen Presse im Herbst 1924 Strafantrag gestellt, der Prozeß hatte vom 9.–23.12.1924 vor dem Schöffengericht in Magdeburg stattgefunden. Vgl. Schulthess 1924 S. 110-113.

3 Dieses Thema wurde jedoch im Referat und in der Diskussion nur gestreift; erst am Ende der Sitzung ging Erkelenz darauf ein.

ohne Pause durchzutagen. Koch-Weser leitet sein Referat über die politische Lage mit einem Rückblick auf die Reichstagswahlen ein und betont, daß die Partei sich trotz der Abspaltung einiger Mitglieder[4], trotz der Mängel im Organisations- und Pressewesen, trotz der ungünstigen Finanzlage[5] und der antidemokratischen Propaganda der Rechtsparteien gut gehalten habe[6]. Er rechtfertigt die Haltung der demokratischen Fraktion gegenüber dem Kabinett Luther, dem einmal Gelegenheit gegeben werden müsse zu erfahren, „daß auch auf der Rechten nur mit Wasser gekocht weerden kann", und ermahnt die Partei, in der kommenden Zeit der Opposition den Zusammenhalt zu wahren, auch für den Fall, daß es einmal nötig werden sollte, „forsch und heftig" vorzugehen. Er versichert, daß die Partei dort keine Opposition treiben werde, wo das dem Gesamtinteresse zuwiderlaufen würde. Das gilt seiner Ansicht nach vor allem für den Bereich der Außenpolitik, wo die Regierung Luther gar keine andere Möglichkeit habe als die Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik; es frage sich nur, „wie lange die Deutschnationalen dabei aushalten". Der Redner geht dann auf den Barmat-Skandal[7], die Ruhrentschädigung[8], die Handelsverträge und schließlich auf die Reichspräsidentenwahl ein. Er bezeichnet es im Interesse der Festigung der Republik als erstrebenswert, Sozialdemokratie, Zentrum und Demokratische Partei auf einen Kandidaten zu einigen. Die Wahl eines Demokraten zum Reichspräsidenten wäre seiner Ansicht nach begrüßenswert: maßgebend dürfe dieser Gesichtspunkt jedoch nicht sein. Koch-Weser beschäftigt sich dann ausführlich mit der Denkschrift, die Rohrbach zum Problem des Pazifismus verfaßt und den Mitgliedern des Parteiausschusses zugestellt hat[9]. Er betont, daß Deutschland durch einen Krieg weder heute noch in aller Zukunft etwas gewinnen könne, und bezeichnet einen wohlverstandenen Pazifismus als beste Waffe eines geschlagenen Volkes. Für einen Pazifismus, „der auf das wehrlose Deutsche Reich immer und immer einschlägt, einen Pazifismus,

4 Siehe Nr. 117 Anm. 7. Daß die Sezession vom Oktober 1924 in der Partei Beunruhigung hervorgerufen hatte, zeigt ein Brief von Heuss an Koch-Weser vom 29.10.1924. Er äußert darin die Befürchtung, „daß vielleicht jetzt ein für die Parteientwicklung nicht absolut erwünschtes Vordrängen der Gruppe stattfindet, die sich selber als linke empfindet". Heuss nennt in diesem Zusammenhang die Namen Tantzen, Preuß, Schneider und wendet sich gegen einen stärkeren Einfluß dieser Richtung, „vor allem, weil ich fürchte, daß dann auch eine gewisse Antimilitärstimmung in der Fraktion breiteren Platz gewinnt, die ich nach mancher Seite für sehr unerwünscht und unerträglich halten müßte [. . .] Ich würde mir im ganzen die Argumentation, die unsere drei großen Zeitungen als die Quelle aller Schwierigkeiten ansieht, nicht zu eigen machen, aber manchmal leide auch ich darunter, daß das Triumvirat Feder – Bernhard – Cohnstaedt sich den Auftrag zugewiesen hat, je und je festzustellen, wer noch ein guter Demokrat ist und was eigentlich Demokratie bedeutet." Eksteins, Heuss S. 145.

5 Daß die Ablehnung des Bürgerblocks in finanzieller Hinsicht ungünstige Folgen für die DDP hatte, zeigt beispielsweise ein Brief von Kommerzienrat Fritz Rechberg an den Abgeordneten von Richthofen vom 18.11.1924. Rechberg hatte Richthofens Bitte, ihn in seinem Wahlkreis mit 15000 Mark zu unterstützen, abgelehnt, da es der Industrie schlecht gehe und man sein Geld zusammenhalten müsse. „Im übrigen muß ich Ihnen auch ganz offen sagen, daß ich mit der Politik der Demokratischen Partei in der letzten Zeit nicht einverstanden bin, da dieselbe meines Erachtens entschieden zu weit nach links orientiert war bzw. noch ist." Nachlaß Richthofen 20.

6 Zum Ergebnis der Reichstagswahlen vom 7.12.1924 siehe S. 821–823.

7 Siehe Nr. 118 Anm. 3.

8 Siehe Nr. 118 Anm. 6.

9 Vgl. Bieber S. 55-57.

der den Versailler Frieden anerkennt", sei allerdings in der Partei kein Raum. Der Redner hält persönlich die von Rohrbach behauptete Verbindung der Partei zu den von Rohrbach angegriffenen pazifistischen Richtungen nicht für bewiesen und verteidigt die Partei auch gegen Rohrbachs Vorwurf, daß sie es an nationalen Bekundungen fehlen lasse. Koch-Weser schließt seine Rede mit dem Bekenntnis zur Bereitschaft, die Verfassung und die Republik entschieden und mit allen Mitteln zu verteidigen.

Vor Beginn der allgemeinen Diskussion wird die Redezeit auf zehn Minuten eingeschränkt. **Schreiber** *spricht über den Stand der Regierungsbildung in Preußen*[10] *und bezeichnet eine Rechtsregierung für Preußen als noch weniger erträglich als für das Reich. Er versichert, daß die demokratische Landtagsfraktion nichts unversucht lassen werde, um eine energische republikanische Regierung in Preußen zu erhalten.* **Grossmann** *betrachtet es als widersprüchlich, daß die Partei zwar den Wahlkampf gegen den Bürgerblock geführt habe, sich aber beim Vertrauensvotum für das Kabinett Luther der Stimme enthalten habe. Er verlangt von der Reichstagsfraktion für die Zukunft eine klare Stellungnahme gegen jede Rechtswendung.* **Dechamps** *bedauert das Zurücktreten der Wirtschaftsfragen in der öffentlichen Diskussion und verteidigt die Ruhrentschädigung, die man nicht mit dem Barmat-Skandal auf eine Stufe stellen dürfe.* **Vogelstein** *spricht sich für die rasche Aufstellung eines provisorischen Reichspräsidenten aus und wünscht in Preußen als Übergangslösung die Bildung eines Geschäftsministeriums.* **Rohrbach** *verteidigt seine Ausarbeitung über die Probleme des Pazifismus. Er unterscheidet zwei Arten von Pazifismus: einen, der vom nationalen Standpunkt aus sittlich sei, und einen unsittlichen. Er legt zu dieser Frage einen Antrag vor, dessen Annahme durch den Parteiausschuß er wünscht. Rohrbach wendet sich ferner gegen die Forderung, Parteiämter nur mit überzeugten Republikanern zu besetzen, und bringt eine weitere Resolution ein, die verlangt, daß innerhalb der Partei die Erklärung der Verfassungstreue dem grundsätzlichen republikanischen Bekenntnis als gleichwertig anzusehen sei*[11]. **Quidde** *weist die von Rohrbach in seinem Rundschreiben gegen ihn erhobenen Vorwürfe zurück und teilt mit, daß die „Deutsche Friedensgesellschaft" beschlossen habe, die noch bestehenden Verbindungen zu den Pazifisten um die Zeitschrift "Die Menschheit"*[12] *zu lösen. Er bittet um Ablehnung der Rohrbachschen Anträge.* **Mommsen** *bezeichnet die Methode von Rohrbachs Kampf gegen den Pazifismus als unzweckmäßig und ersucht Rohrbach, seine Anträge zurückzuziehen.* **Graf Bernstorff** *betont, daß die Monarchie in der Schicksalsstunde versagt habe, deshalb sei es unmöglich, sie wieder aufzurichten, ohne dabei das Deutsche Reich zu zertrümmern. Er bekennt sich für die politische Praxis zu einer pazifistischen Politik, da jede andere Politik für Deutschland zur Zeit unmöglich sei, und empfiehlt den Eintritt in den Völkerbund.* **Erkelenz** *weist Rohrbachs Angriffe zurück und betont, daß für die*

10 In Preußen hatte Marx am 18.2.1925 ein Kabinett der Weimarer Koalition gebildet, das jedoch bereits am 20.2.1925 durch Zusammenwirken der DNVP, der DVP und einiger Zentrumsabgeordneter wieder gestürzt worden war. Vgl. Schulthess 1925 S. 33-35.

11 Liegt vor.

12 Die Menschheit. Organ des Bundes für Menschheitsinteressen, begr. v. R. Broda, hrsg. v. Fritz Röttcher, erst Stuttgart, dann Wiesbaden (1914-1930).

ehrlichen Pazifisten durchaus Platz in der Partei sei; man müsse gesunde Toleranz üben. Er legt einen entsprechenden Antrag vor. In der weiteren Diskussion wird Rohrbachs Haltung teilweise kritisiert, verschiedentlich wird aber auch eine Klärung des Verhältnisses der Partei zur ''Menschheit'' verlangt. **Schücking** *lehnt den quietistischen Pazifismus ab, ebenso jene Richtung, die das Recht immer nur auf der Gegenseite sehe, und verteidigt den ,,organisatorischen Pazifismus", der die Herrschaft des Rechts anstelle der Macht setzen wolle. Nach seiner Ansicht kann die Partei stolz sein, daß profilierte Vertreter dieser Richtung aus ihren Reihen hervorgegangen sind.* **Gothein** *betont die Notwendigkeit, der Partei die verlorene Anhängerschaft aus Handel und Gewerbe durch Eintreten für Erleichterung der Steuerlast wiederzugewinnen.* **Rohrbach** *verteidigt sein Rundschreiben und äußert sich befriedigt über Quiddes Mitteilung, daß jede Verbindung mit der ''Menschheit'' gelöst werden solle.* **Cohnstaedt** *bestreitet, daß zwischen der Partei und der ''Menschheit'' jemals eine Verbindung bestanden habe, und nennt die Ruhrentschädigung einen Skandal, der die Barmat-Affäre weit übertreffe.* **Koch-Weser** *verteidigt die Haltung der Fraktion beim Vertrauensvotum für Luther und mahnt nochmals, auch in der Opposition den Zusammenhalt zu wahren. Er beurteilt die Situation der Partei günstig, da der Rechten jetzt ihre früheren Waffen genommen seien, seit sie selbst in der Regierung stehe.* **Bernhard** *spricht sich für den Eintritt in den Völkerbund aus und weist Angriffe zurück, die im Verlauf der Debatte gegen seinen Freund Gerlach laut geworden sind.* **Petersen** *warnt vor einem innerparteilichen Zwist in nationalen Fragen und bezeichnet die Ablehnung jeglicher Verbindung zur ''Menschheit'', die Revision des Versailler Vertrags im Geist der Selbstbestimmung und der Völkerverständigung als verbindliche Grundsätze, die bereits im Parteiprogramm festgelegt seien, ebenso wie das Bekenntnis zur Weimarer Verfassung.* **Haas** *weist darauf hin, daß die Partei es in der Zeit ihres Einflusses aus allzu großer Toleranz versäumt habe, sich für die Besetzung der Führungspositionen im Staat mit überzeugten Republikanern einzusetzen. Er wendet sich gegen ,,Gesinnungsschnüffelei" innerhalb der Partei und tritt für die Beilegung des Streits ein, zumal es in Wirklichkeit gar keine bedeutenden Meinungsverschiedenheiten gebe.*

Nach Abschluß der politischen Debatte nimmt der Parteiausschuß einstimmig eine Resolution Erkelenz – Schücking an, mit der sich nach einigen Änderungen auch **Rohrbach** *einverstanden erklärt hat. Sie lehnt den von der ''Menschheit'' vertretenen Pazifismus ab und tritt für internationale Abrüstung und Ausbau des internationalen Rechts ein mit dem Ziel, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu verwirklichen einschließlich seiner Konsequenzen für den Versailler Vertrag[13]. Außerdem wird eine Resolution Erkelenz zur Außenpolitik angenommen, die der Regierung auf diesem Gebiet mangelnde Aktivität vorwirft und sich für den gleichberechtigten Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ausspricht[14].*

Erkelenz *teilt mit, daß die geplante Werbewoche angesichts des vorzeitigen Reichspräsidentenwahlkampfs gegenwärtig nicht durchführbar sei. Der Parteiaus-*

13 Liegt vor.

14 Liegt vor.

schuß stimmt seinen Ausführungen zu und billigt auch den vom Vorstand vorgeschlagenen Termin des nächsten Parteitags[15]*. Anschließend berichtet* **Erkelenz** *über den Stand der Vorbereitungen zur Reichspräsidentenwahl. Frau* **Bäumer** *schließt die Sitzung.*

15 Siehe Nr. 118.

120.

2.4.1925: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 15 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Reichstag.

Erkelenz *berichtet über die politische Lage und dankt Hellpach im Namen der Partei für seine Leistungen im Reichspräsidentschaftswahlkampf*[1]*. Anschließend spricht* **Koch-Weser** *über die Situation nach dem ersten Wahlgang. Er ist der Ansicht, daß nach der Einigung zwischen Zentrum und Sozialdemokratie nur Marx als Kandidat in Frage komme, da man nicht mit der Rechten zusammengehen könne.* **Schreiber** *referiert über die Lage in Preußen.* **Hellpach** *schildert seine Erfahrungen im Wahlkampf und macht Bedenken gegen eine Zentrumskandidatur geltend, die von* **Schall**[2] *und* **Stubmann** *„von dem Standpunkt ihrer Landesorganisationen aus" ebenfalls zur Sprache gebracht werden.*

Nach dreistündiger Aussprache wird die Debatte geschlossen. Zur Abstimmung steht folgende Resolution:
„Der Vorstand billigt einmütig die Haltung der Parteivorsitzenden bei den bisherigen Verhandlungen.

Er bevollmächtigt die Parteivorsitzenden, die Verhandlungen wegen Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten der verfassungstreuen Parteien zum Abschluß zu führen und das Ergebnis am nächsten Sonntag dem Parteiausschuß zur Genehmigung vorzulegen."[3]

Der Vorstand beschließt, den Parteiausschuß unter allen Umständen zur letzten Entscheidung einzuberufen. Daraufhin wird der Punkt 1 der Entschließung einstimmig vom Vorstand und ebenfalls einstimmig von der Reichstagsfraktion angenommen. Absatz 2 wird vom Vorstand mit 21 gegen 8 Stimmen angenommen, von der Reichstagsfraktion mit 12 gegen 7 Stimmen.

1 Nachdem eine bürgerliche Einheitskandidatur Gessler an Stresemanns Widerspruch gescheitert war, hatte die DDP Hellpach als Kandidaten aufgestellt. Vgl. Hellpachs allerdings sehr subjektiven Bericht über Vorgeschichte und Verlauf seiner Kandidatur in seinen Erinnerungen: Hellpach Bd. 2 S. 252-275. Zu den Ergebnissen des ersten Wahlgangs vgl. Hauss S. 74.

2 Wilhelm Schall (1882-1928), Jurist, Vorstandsmitglied des württembergischen Sparkassengiroverbandes ab 1926, MdL Württemberg (DDP), württembergischer Arbeitsminister 1922, württembergischer Finanzminister 1922-1924.

3 Der Wortlaut des Antrags befindet sich nicht unter den Akten; er ist hier zitiert aus: Frankfurter Zeitung v. 3.4.1925 Nr. 250.

121.

5.4.1925: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: Koch-Weser. Beginn: 11.30 Uhr. Ende: 16.15 Uhr. Ort: Reichstag.

Der Vorsitzende, Herr **Koch[-Weser]**, eröffnet die Sitzung um 11.30 Uhr und empfiehlt unter Zustimmung der Versammlung, keine Mittagspause zu machen.

Reichspräsidentenwahl

Herr **Koch[-Weser]** als Referent dankt den Parteigenossen für die opferwillige, mutige Führung des ersten Wahlkampfes. Trotz allem ist der Ausgang der Wahl befriedigend, in manchen Teilen des Reiches sogar sehr gut. Der Hauptdank gebührt unserem Kandidaten Hellpach (Bravo!), dem der Redner warme Worte der Anerkennung widmet. Unter Beifall wird beschlossen, Herrn Hellpach, der an der Verhandlung nicht teilnehmen kann, ein Danktelegramm zu schicken. Der Redner fährt fort: Es ist bei aller unserer Freude ein schmerzliches Gefühl, daß wir Hellpach nicht im zweiten Wahlgang wieder haben aufstellen können, daß wir einen Mann wählen müssen, der auf dem Gebiete der Kulturpolitik und der Weltanschauung überhaupt eine ganz andere Stellung einnimmt als wir. Es ist auch schmerzlich, daß es nicht gelungen ist, einen überparteilichen Kandidaten aufzustellen, der republikanisch, national und sozial ist. Während dieser ganzen Zeit waren unser aller Bestrebungen dahin gegangen, dies Ziel zu erreichen. Die Behauptung des Gegenteils weise ich ganz entschieden zurück. Ich glaube nicht, daß wir taktisch ungeschickt arbeiten, aber unsere strategische Lage ist durchaus ungünstig, weil sich weite Schichten der Intelligenz und der liberalen Weltanschauung, die am besten die Republik tragen könnten, zersplittert haben. Eine Hauptschuld daran trägt die Deutsche Volkspartei von Anbeginn ihrer Gründung an bis zur Verhinderung einer Einheitskandidatur[1]. Was sollte die Partei nach der ersten Wahl tun? Viele sagen, wir hätten sofort eine Initiative ergreifen müssen. Aber durch allzu große Geschäftigkeit kann man auch die Sache, der man dienen will, schädigen. Die Rechte kann gar keinen schwarzrotgoldenen Kandidaten für die zweite Wahl aufstellen, nachdem, was vor der ersten Wahl vorgefallen ist[2]. Deswegen war ein Mann wie Gessler für die Rechte einfach unmöglich. Der Reichskanzler hat seine Initiative ergriffen, nachdem wir bereits mit dem Zentrum und den Sozialdemokraten in Verhandlungen getreten waren. Es ist aber keine Partei bereit gewesen, auf eine Kandidatur Simons einzugehen, außer der Demokratischen Partei. Auch die Rechte ist nicht für die Kandidatur Simons zu

1 Vgl. Nr. 120 Anm. 1. Am 13.3.1925 hatte Koch-Weser notiert: „Der Dolchstoß Stresemanns gegen Gessler, der alle meine Arbeit, die Gegensätze auf dem Boden der bestehenden Staatsform auszugleichen, illusorisch gemacht hat, hat mich tief getroffen." Nachlaß Koch-Weser 32. Vgl. ferner Gessler S. 333-338; dort auch Abdruck des Briefes von Stresemann, in dem er seine Bedenken gegen eine Kandidatur Gessler darlegt. (S. 506 f.)

2 Der Kandidat der Rechtsparteien im ersten Wahlgang war Jarres gewesen, der als Monarchist galt.

haben gewesen[3]. Es liegt also nicht so, als ob wir es dazu getrieben hätten, es zu einer Kandidatur Marx kommen zu lassen. Es ist ganz sicher, daß, wenn es zwischen den drei Weimarer Parteien zu einer Einigung kam, daß dann das Zentrum sich die Aufstellung eines Kandidaten nicht nehmen ließ. Was sollen wir nun tun? Uns dem Kandidaten des Zentrums und der Sozialdemokratie versagen? Das ist ganz unmöglich; es wäre allenfalls möglich, wenn man sich über eine Persönlichkeit aus unseren Reihen verständigen könnte, auf die das Zentrum schließlich doch noch eingegangen wäre. Am vorigen Mittwoch habe ich mit Gessler gesprochen, und Gessler hat erklärt, es sei völlig aussichtslos, daß das Zentrum sich zu einem anderen Standpunkt bekehrte; die Deutsche Demokratische Partei dürfe unter keinen Umständen von Zentrum und Sozialdemokratie abgehen. Sie müssen Ihrer Führung, die alles versucht hat, ein noch günstigeres Resultat zu erreichen, zugestehen, daß sie verpflichtet war, sofortige Entscheidung zu treffen. Ist denn nun das Unglück auch wirklich so groß? Wir sind doch mit dem Zentrum wiederholt zusammengegangen, Marx und Fehrenbach haben die Politik geführt, und keiner von Ihnen hatte dagegen etwas einzuwenden. Eine Gefahr von Zentrum taucht nur dann auf, wenn das Zentrum nach rechts getrieben wird. Unsere Aufgabe ist, das Zentrum so lange als möglich mit uns in einer Front zu halten, die es verhindert, zur Reaktion zu gehen. Die Behandlung, die namentlich die Sozialdemokratie der Demokratie zuteil werden läßt, ist gewiß nicht so, wie es verlangt werden müßte. Es schädigt die Stellung der Partei, wenn die demokratische Presse in jeder Sache der Sozialdemokratie recht gibt, so wie im letzten preußischen Konflikt[4]. Jetzt kommt es darauf an, einer Persönlichkeit wie Marx zum Siege zu verhelfen. Marx ist der Prototyp des ehrlichen, bedächtigen Zentrummannes, der erkennt, daß die Zukunft Deutschlands in der Republik und in einer vorsichtigen Außenpolitik liegt. Ob sich Marx im Zentrum dauernd wird durchsetzen können, das kann man gewiß nicht bejahen. Marx hat ja auch eine Erklärung abgegeben, die allerdings auf Einzelheiten wie Schulpolitik usw. nicht eingeht[5]. Aber mit Recht. Unter der Hand freilich haben wir mit ihm darüber gesprochen, und wir wissen, daß er darüber mit sich reden läßt. Redner verliest einen Teil aus der Erklärung von Marx, wo er seine Duldsamkeit betont. Die Kandidatur Marx ist die einzige, die das deutsche Volk so führen wird, wie wir das wünschen. Die Kandidatur der Rechten hat den Todeskeim in sich. Geben wir die Machtposition des Reichspräsidenten in diesem Augenblick auf, so verzögern wir die gesunde Entwicklung des Deutschen Reiches auf Jahre. Gelingt es, Marx hineinzubekommen, dann sind wir der Erfüllung unseres Wunsches, daß Deutschland eine Republik nicht nur dem Namen, sondern auch dem Herzen nach wird, dem Wunsche nach einer nationalen und guten internationalen Politik, auf Jahre näher gerückt. Danach wählen Sie!

Herr **Herrmann** (Hamburg): Die Sache liegt so, daß der Beschluß über die Stellungnahme der Partei fix und fertig ist und daß der Parteiausschuß nur seinen Segen dazuzugeben hat. Vielleicht ging das nicht anders. Aber es müßte in

3 Vgl. Gründer S. 214-220; ferner Hauss S. 77-84.

4 Vgl. Anm. 7.

5 Die Erklärung stammte vom August 1924, als eine Kandidatur Marx für das Amt des preußischen Ministerpräsidenten diskutiert worden war. Sie ist abgedruckt in: Demokrat v. 9.4.1925 Nr. 7.

Zukunft alles geschehen, daß der Parteiausschuß nicht zur bloßen Maschine herabgedrückt wird. Es ist nicht alles geschehen, was hätte geschehen können, um uns die heutige Situation zu ersparen. Das ist die Ansicht vieler Parteiausschußmitglieder. Der Reichspräsident sollte über den Parteien stehen, und als Demokraten hätten wir dafür sorgen müssen, daß einer unserer Männer gewählt wird. Wir hätten nicht den Standpunkt einnehmen dürfen: unter allen Umständen mit den Sozialdemokraten! Es müßte möglich gewesen sein, einen wirklich überparteilichen Mann an die Spitze des Reiches zu stellen. Ich habe manchen Vorgängen im Reichswehrministerium skeptisch gegenübergestanden, aber ich betrachte Gessler als den richtigen Repräsentanten der Republik. Es ist sicher, daß Gessler schon das Rennen im ersten Wahlgang gemacht hätte; ganz zweifellos hätten wir diese moralische Chance uns für den zweiten Wahlgang gewinnen müssen. Was ist von der Deutschen Demokratischen Partei aktiv geschehen, um eine Fühlungnahme mit anderen Parteien, insbesondere mit dem Rechtsblock, herbeizuführen? Beim zweiten Wahlgang werden Millionen nicht wählen. Es könnte sein, daß ich dazugehöre. (Lärmende Unterbrechung.) Marx genießt seine Wertschätzung nur durch passive Zurufe[6], er ist ein hervorragender Charakter, aber kein Staatsmann. Auch die Bürgschaften für die Republik sind bei ihm nicht ohne Zweifel gegeben. Redner erinnert daran, wie Marx zum Kandidaten gemacht worden ist und bezeichnet die Affäre Höpker-Aschoff[7] als das Musterbeispiel eines Kuhhandels.

Herr **Koch[-Weser]** legt die Gründe dar, die zu einer Einberufung des Parteiausschusses erst an diesem Sonntage geführt haben. Sie (an die Anwesenden) sind doch vollkommen in der Lage, uns zu desavouieren. Zudem ist der Vorstand bereits am Donnerstag versammelt gewesen[8]. Es ist unzutreffend, daß die Parteileitungen nicht alles mögliche zugunsten von Gessler getan hätten. Der (von Herrmann monierte) Abdruck der Leipziger Rede von Gessler im Berliner Tageblatt[9] war notwendig, um die Partei zusammenzuhalten. Wenn die Presse dann in weiteren Artikeln darüber hinausgegangen ist, so ist das freilich bedauernswert. Soviel steht jedenfalls fest, wenn wir Gessler wollten, dann

---

6 So im Or.

7 Hermann Höpker-Aschoff (1883-1954), Richter in Bochum, dann in Hamm, MdL Preußen (DDP/Staatspartei) 1921-1932, MdR 1930 bis Juli 1932, preußischer Finanzminister von Februar 1925 bis Oktober 1931.
Da das Zentrum im preußischen Landtag plötzlich Bedenken gegen eine erneute Kandidatur Brauns zum Ministerpräsidenten geltend gemacht hatte, war am 31.3.1925 auf Vorschlag des Zentrums überraschend Höpker-Aschoff zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Falk und Nuschke hatten dann im Auftrag der Fraktion mit der Wirtschaftspartei verhandelt, die sich unter gewissen Bedingungen bereit erklärt hatte, ein Kabinett Höpker-Aschoff zu unterstützen. Inzwischen waren jedoch der SPD, die sich zunächst abwartend verhalten hatte, Bedenken gegen diese Lösung gekommen. Höpker-Aschoff hatte das ohnehin nur widerwillig akzeptierte Amt niedergelegt, und am 3.4. war dann doch Braun zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Für Braun hatten – trotz ihres beträchtlichen Unwillens über das Verhalten der SPD – auch die Demokraten gestimmt. Sitzungsprotokoll der demokratischen Landtagsfraktion vom 3.4.1925. DDP/Staatspartei R 45/III 64. Vgl. auch den Bericht über die Affäre in: Berliner Tageblatt v. 1.4.1925 Nr. 154, v. 2.4. Nr. 157, v. 3.4. Nr. 158 u. Nr. 159.

8 Siehe Nr. 120.

9 Vgl. Berliner Tageblatt v. 12.3.1925 Nr. 120.

wollten wir doch den Gessler, der die Leipziger Rede gehalten hat. Eine Kandidatur Gesslers würde unter allen Umständen eine Kandidatur der äußersten Rechten hervorgerufen haben.

Herr **Rohrbach**: Unserer Führung ist kein Vorwurf zu machen. Wir müssen mit allen Mitteln bei dieser Präsidentenwahl eine sichere Front der republikanischen gegen die nicht- oder halbrepublikanischen Parteien herbeiführen. Auch wenn ich innerpolitisch gar nicht republikanisch gesonnen wäre, so müßte ich jetzt, wenn ich eine erfolgreiche auswärtige Politik machen will, eine republikanische Front bilden. Wenn jetzt Marx siegt, so würde das für unsere auswärtige Politik ein gewonnener Feldzug sein.

Herr **Herzberger**[10]: Es wäre für die Wirkung besser gewesen, wenn wir mit einem republikanischen Kandidaten schnell herausgekommen wären. Die Haltung der Parteileitung ist richtig.

Die Redezeit wird nunmehr im allgemeinen auf fünf Minuten beschränkt, doch soll Oppositionsrednern unter Umständen eine längere Zeit zugebilligt werden.

Herr **Fischer** (Württemberg)[11] tadelt den heutigen Artikel von Haas im Berliner Tageblatt[12], der die Partei festlegt, an dem Tage, an dem der Parteiausschuß erst einen Beschluß fassen würde. Redner bespricht die eigenartigen Verhältnisse in Württemberg. Dort ist das Zentrum schon längst nicht mehr republikanisch. Außerdem kennt man in Württemberg aus eigener Erfahrung die Steuerpolitik des Zentrums. In Württemberg spielen die religiösen Dinge eine viel größere Rolle als anderswo. Wir sind in der schwierigen Lage, daß keiner von uns in dieser Wahl praktisch Seite an Seite mit dem Zentrum für die Kandidatur Marx eintreten kann. Redner fragt, wie sich die Parteileitung die praktische Arbeit in Württemberg zugunsten von Marx denkt. Wir sind der Meinung, daß Gessler für die zweite Wahl noch ein geeigneter Kandidat hätte sein können.

Herr **Nuschke** empfiehlt dem Vorredner, seinen Freunden zu sagen: Wir wählen keinen Mann des württembergischen Zentrums, sondern einen Mann, der sich in bewußtem Gegensatz dazu befindet. Das Reichszentrum hat sich bei dieser Wahl bewußt von der Rechten abgetrennt. Man muß den Wählern klarmachen, daß es sich um ein staatspolitisches Amt beim Reichspräsidenten handelt, das nur entfernt mit der Steuerpolitik etwas zu tun hat.

Herr **Scheffen**[13]: Über die Ansichten unserer Parteileitung konnte man sich in diesen letzten Tagen besser aus den Blättern der Rechten als aus denen der Linken orientieren. Die Unentschiedenheit auf der Rechten gibt vielleicht doch noch die Möglichkeit, die Situation anders auszunutzen. Marx ist auf konfessionellem Gebiet Parteimann, wie es nur einen gibt, das hat er als Führer des Katholikentages bewiesen. Darin liegt der furchtbare Ernst der Situation.

Herr **Cohnstaedt** legt namens des Provinzialvorstandes von Hessen-Nassau die Bedenken dar, die in dieser Provinz gegen Marx geltend gemacht werden.

---

10 Hermann Herzberger, Fabrikant in Berlin.

11 Johannes Fischer, Arbeitersekretär und Redakteur in Stuttgart, MdL Württemberg (DDP).

12 "Für Wilhelm Marx", Berliner Tageblatt v.5.4.1925 Nr. 162.

13 Wilhelm Scheffen, Direktor beim Provinzial-Schulkollegium in Berlin.

(Simultanschule.) Auf Grund dieser Bedenken habe der nassauische Parteisekretär neulich sein Telegramm gegen Marx an die Parteileitung verfaßt. Redner ist beauftragt zu erklären, daß der Provinzialvorstand diese Haltung seines Parteisekretärs nicht billigt. Wenn die Sammelkandidatur der Republikaner auf keine andere Persönlichkeit möglich war als auf Marx, so müssen wir uns damit abfinden. Professor Baumgarten hat den Hessen-Nassauern gesagt, daß ein Reichspräsident Marx gerade auf kulturpolitischem Gebiete viel weniger gefährlich ist als ein Reichskanzler Marx.

Herr **Heuss** wendet sich gegen Rohrbach. Wir dürfen die Sache nicht zuspitzen auf die Frage Republik oder Monarchie. Das ist schon darum gefährlich, weil wir im Falle eines Sieges nur mit wenigen hunderttausend Stimmen siegen werden und wir dann die ganze Opposition als Monarchisten bezeichnen müßten. Unmittelbar nach diesem Wahlkampf müssen wir eine wesentliche Korrektur unserer Stellung zu Zentrum und Sozialdemokratie vornehmen. Unsere große Presse hat sich zu einer Art Heiligsprechung der Weimarer Koalition entschlossen. In der Zwischenzeit sind nun aber die Voraussetzungen für diese Koalition zerbrochen worden. Es wird also notwendig sein, daß wir und daß vor allem unsere Presse sich davon etwas entfernt. Redner weist schließlich auf die Schwierigkeit der Einigung für Marx hin.

Frau **Bäumer**: Die Gefahr, um die es sich handelt, ist, daß das Zentrum uns nicht braucht, wenn es nach rechts geht. Alles, was von dem württembergischen Vertreter über die Bedenken gegen das Zentrum gesagt ist, unterstützt die Einsicht in die Notwendigkeit, sich jetzt zu der Kandidatur Marx positiv zu stellen. Das württembergische Zentrum wird dadurch in große Verlegenheit gebracht werden. Eine überparteiliche Kandidatur ist unmöglich. Vorläufig muß jeder Präsidentschaftskampf ein Kampf zwischen den Parteien sein. Was die Kulturpolitik anlangt, so sind die Bedenken gegen das Zentrum gewiß nicht leichtzunehmen, aber wir dürfen nicht vergessen, daß besonders die Rechte bei der Stärkung der Stellung der Kirche gegenüber dem Staat führend ist. Entscheidend muß für unsere Partei sein, daß sie aus staatspolitischen Rücksichten sich entschließen muß, für die Kandidatur Marx einzutreten. Wir dürfen im Wahlkampf unsere kulturpolitische Einstellung nicht verleugnen, sondern sollen offen darüber sprechen. Sodann aber sollen wir den Wert der republikanischen Einheitskandidatur und der demokratischen und sozialen Einstellung des Zentrums betonen. Wir müssen für diesen Wahlkampf alle Kräfte aufbieten und dürfen nicht flau machen.

Herr **Grossmann**: Um der Republik willen müssen wir für Marx stimmen.

Herr **Erdmannsdörffer**[14] billigt namens des anhaltischen Landesverbandes die Politik und Taktik der Parteileitung.

Herr **Fischbeck**: Es ist ganz falsch, daß das Zentrum bewußten Anschluß an die Weimarer Koalition genommen hat. Das Zentrum wittert vielmehr Morgenluft und sieht die Möglichkeit, an die Spitze des Deutschen Reiches zu kommen. Und da heißt es: Der Zweck heiligt die Mittel. Dem Zentrum ist es ganz gleichgültig, wo es

14 Hans-Gustav Erdmannsdörffer, politischer Publizist, Experte für Wahlrechts- und Verfassungsfragen.

die Stimmen für die Stärkung seiner Machtposition herbekommt, ob von links oder rechts. Redner kennzeichnet die ganze unehrliche Zentrumspolitik. Nicht nur in Württemberg, auch im Reiche steht ja das Zentrum auf der Rechten. Wenn Marx eine Majorität erhält, dann erhält er eine sehr kleine, und das wird im Ausland den denkbar schlechtesten Eindruck machen. Die Kandidatur Gessler ist ein Beweis dafür, daß man auf der rechten Seite loskommen will von den Monarchisten. Hinsichtlich der Taktik ist zu sagen, daß der Antrag des Parteivorstandes[15] doch die Entscheidung bedeutete und daß die Einberufung des Parteiausschusses nur noch eine formelle bedeutet. Das Schlimme aber ist, daß unsere Parteileitung ja gar nicht selbständig ist. Die hauptstädtische Presse ist es, die die Führung hat und die uns auch Wege verbaut, die sonst noch hätten gegangen werden können. Wenn wir uns noch am Montag[16] energisch auf eine Kandidatur Gessler gestellt hätten, dann wäre unsere Verhandlungsbasis eine ganz andere gewesen, als sie jetzt geworden ist. Wenn Sie bei dieser Wahl wieder Hunderttausende verlieren, dann werden Sie sie auch für immer verlieren. Die ganze Entwicklung der Verhandlungen ist überaus bedauerlich. Jetzt ist allerdings nichts mehr zu machen, aber wir sollen aus diesem Fall eine Lehre ziehen und uns selbständig machen, ohne uns von der Presse leiten zu lassen.

Herr **Koch[-Weser]**: Wir werden aus den Ausführungen Fischbecks keine Lehre ziehen, da sie uns keine Lehre gegeben haben. Es ist nicht richtig, daß die Presse uns die Führung unserer Politik vorschreibt. Wir haben uns unsere Selbständigkeit der Presse gegenüber immer gewahrt. Der Parteiausschuß konnte nicht früher einberufen werden. Gegenüber den Bedenken von Fischer hebt Redner hervor, daß wir alles getan haben, um eine andere Entwicklung herbeizuführen.

Herr **Bergsträsser**: Wenn wir eine gemeinsame Kandidatur wollten, durften wir sie nicht vorschlagen, sondern mußten sie von anderen vorschlagen lassen. Eine überparteiliche Kandidatur war auch diejenige Gesslers nicht. In evangelischen Gegenden müssen wir darauf hinweisen, daß wir durch diesen Wahlkampf das Zentrum nach links ziehen. Zugunsten der Presse ist zu sagen: Wo wir die große Berliner Presse gehabt haben, haben wir eine Zunahme der Stimmen gehabt. Wenn Marx in seiner Erklärung von der Republik spricht, so ist er persönlich daran gebunden.

Herr **Erkelenz** legt eine Entschließung vor[17].

Herr **Falk** spricht über den jüngsten preußischen Konflikt. Wir mußten die Kandidatur Höpkers für das Ministerpräsidium annehmen, weil in dem Augenblick keine andere Lösung vorhanden war und sonst Herr Peters[18] gewählt worden wäre. Nachdem einmal Höpker-Aschoff gewählt war, haben wir versucht, aus der Not eine Tugend zu machen. Das überraschende Angebot der

15 Siehe Nr. 120.

16 Am Montag, den 1.3., begann die Bayerische Volkspartei einen Vorstoß zugunsten einer bürgerlichen Sammelkandidatur Gessler. Vgl. Hauss S. 81f.

17 Siehe unten.

18 Peters war als Kandidat der Rechtsparteien am 31.5.1925 bei der Wahl des preußischen Ministerpräsidenten mit Höpker-Aschoff in die Stichwahl gekommen. Vgl. Anm. 6.

Wirtschaftspartei[19] bot uns die Möglichkeit, das zu erreichen, um was wir seit dem 6. Januar in Preußen gerungen haben, nämlich um die Aufstellung eines festen republikanischen Kabinetts. Die Erreichung dieses Ziels ist zerschlagen durch den Parteiegoismus des Zentrums und der Sozialdemokratie und durch unsere Presse. Das, was geschehen ist, ist gleichwohl nicht ohne Erfolg für unsere Partei; denn es hat gezeigt, daß das, was Zentrum und Sozialdemokratie trotz heißem Bemühens nicht fertigbringen konnten, von den Demokraten zuwege gebracht worden wäre, wenn man ihnen nur nicht in den Arm gefallen wäre. Die demokratische Fraktion des Preußischen Landtages hat in Höpker-Aschoff einen Mann in ihren Reihen, der unbedingtes Vertrauen genießt, weit in die Kreise der Rechten hinein. Wir werden nicht – wie Herr Fischbeck sagt – Schuhputzer des Zentrums und der Sozialdemokratie werden, wir haben bei den Verhandlungen über das Kabinett Braun Genugtuung in persönlicher Beziehung verlangt und erhalten, und wir haben diesem Kabinett erst zugestimmt, nachdem wir die Zusicherung bekommen haben, daß sich die Tätigkeit Brauns in denselben Bahnen bewegen wird, in denen sich die Tätigkeit Dr. Aschoffs bewegen sollte. Trotz allem ist eine andere Lösung als die Kandidatur Marx nicht mehr denkbar.

Herr **Bonn**: Die Kandidatur Marx bedeutet, daß wir das Zentrum von der konservativen Seite auf die republikanische hinüberziehen.

Herr **Willenberg**[20]: Die Vorbereitung der Kandidatur Marx durch die großstädtische Presse hat bei uns (Niederschlesien) keinen guten Eindruck gemacht. Wir können allerdings heute der Entscheidung der Parteileitung nicht mehr entgegentreten. Ein Teil unserer überzeugten Anhänger wird der Parole für Marx nicht folgen. Auf Erklärungen des Zentrums darf man nichts geben, das Zentrum kann so und kann auch anders. Auf eine Änderung der Zentrumspolitik wage ich nicht zu hoffen. Durch die Präsidentschaftswahl für Marx wird die Demokratische Partei bei den nächsten allgemeinen Wahlen Rückschläge erfahren.

Herr **Völtz** empfiehlt die Kandidatur Marx nicht nur aus allgemein politischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen.

Herr **Wachhorst de Wente** bittet die Presse, die Wirtschaftspartei gut zu behandeln, da sie in Preußen mit der Weimarer Koalition in Verhandlung steht.

Herr **Dove**: Die Rücksicht auf das Ausland darf man nicht außer acht lassen. Für die Richtung der inneren Politik kommt es nicht sowohl auf den Reichspräsidenten als auf den Reichskanzler und die Zusammensetzung des Parlaments an. Marx ist, wie Dove aus persönlicher Erfahrung weiß, keine ausgesprochene politische Persönlichkeit.

Nunmehr wird mit großer Mehrheit die Debatte geschlossen. Herr **Koch[-Weser]** betont in seinem Schlußwort: Der Hauptzweck der heutigen Sitzung war nachzuweisen, daß es nicht unsere Schuld ist, wenn bei dieser Wahl das deutsche Volk in

---

19 In den Protokollen der preußischen Fraktion werden die Verhandlungen mit der Wirtschaftspartei zwar erwähnt, aber nicht näher beschrieben. Die Wirtschaftspartei hatte anscheinend als Preis für eine Unterstützung Höpker-Aschoffs die Ausschaltung Severings und Hirtsiefers verlangt. DDP/Staatspartei R 45/III 64.

20 Artur Willenberg, Berufsschuldirektor in Liegnitz.

zwei Hälften zerfällt. Ich bin ganz offen im Parteiausschuß gewesen und kann verlangen, daß man mir Glauben schenkt. Bei der gesamten Deutschen Volkspartei und bei einem großen Teil der Deutschnationalen ist die Meinung, daß man lieber mit Jarres wolle geschlagen werden als mit Gessler siegen. Die Presse hat uns eifrig unterstützt, aber sie hat damit Unrecht getan, es so darzustellen, als ob wir zu keinen Verhandlungen und zu keinem Brückenbauen bereit wären. Die Weimarer Koalition ist z. Zt. nicht zu entbehren. Marx ist ein kluger Politiker und versteht auch die Zeichen der Zeit. Diese Wahl müssen wir unter der Parole „Volksblock" führen.

Es wird zunächst festgestellt, daß 38 Nichtberliner und 29 Berliner anwesend sind. Weiter betont der **Vorsitzende**, daß er etwaige Stimmenthaltungen nicht zählen lassen wird. Es folgt nun die Abstimmung über die Resolution Erkelenz, nachdem an ihr noch einige kleine Änderungen vorgenommen worden sind.

Über die beiden Teile der Entschließung wird getrennt abgestimmt. Der erste Teil, Dank an Hellpach, wird einstimmig angenommen, der zweite Teil, Billigung der Kandidatur Marx, wird mit 63 gegen 4 Stimmen bei einigen Enthaltungen angenommen.

Herr **Erkelenz** referiert dann noch kurz über die Organisierung der Präsidentschaftswahl. Er bezieht sich dabei auf Richtlinien, die in den nächsten Tagen von der Reichsgeschäftsstelle in das Land hinausgehen werden.

An der Diskussion beteiligen sich die Herren **Fischer, Cohnstaedt, Barteld** und **Erdmannsdörffer**, die noch eine Reihe von Wünschen vortragen.

Schluß 16.15 Uhr.

Die Resolution, die einstimmig bzw. mit großer Mehrheit Annahme gefunden hat, hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteiausschuß spricht dem Kandidaten des ersten Wahlganges, Herrn Staatspräsidenten Hellpach, noch einmal den wärmsten Dank aus für die Übernahme der Kandidatur und für seine kräftige Führung des Wahlkampfes. Die Verkörperung des politischen und Weltanschauungsgehalts des demokratischen Programms, die offene Führung des Wahlkampfes auf dem Boden unserer Partei durch eine Persönlichkeit von der geistigen Bedeutung Hellpachs ist ein dauernder Erfolg für die deutsche Demokratie.

Alle Versuche, für den zweiten Wahlgang eine Gemeinschaftskandidatur aller staatsfreundlichen Parteien zustande zu bringen, sind von uns unterstützt worden, scheiterten aber an der Ablehnung durch fast sämtliche Parteien, sowohl rechts als links. Unter diesen Umständen und angesichts der dem Reich und Volke von außen und innen drohenden Gefahren war die Weimarer Koalition die einzig mögliche feste Grundlage für die Kandidatur eines Präsidenten, der die Gewähr bietet für eine Sicherung der Reichsverfassung, die Fortführung der bisherigen Außenpolitik und den Wiederaufbau einer leistungsfähigen Wirtschaft. Der Parteiausschuß billigt den Beschluß des Vorstandes betreffend die Verhandlungen einer Kandidatur Marx und erblickt in Marx den Gemeinschaftskandidaten des Volksblocks. Er fordert die Organisationen der Partei auf, mit aller Kraft die Wahl des Kandidaten der verfassungsgetreuen Parteien zu fördern."

122.

11.6.1925: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „Stephan". Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 17.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bartschat, Graf Bernstorff, Dernburg, Erkelenz, Falk, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Gothein, Graf, Haas, Hieber, Höpker-Aschoff, Hummel, Kauffmann, Kempner, Koch-Weser, Frau von Koerber, Landahl, Lemmer, Schneider, Schreiber, Siehr, Sparrer, Stephan, Stern, Vogt, Wachhorst de Wente, Frau Wittstock. Gäste: Bernhard, Büll, Heuss, Frau Lüders.

Erkelenz *eröffnet. Er referiert über den Verlauf des Präsidentschaftswahlkampfs und betont, daß kein republikanischer Kandidat mehr Stimmen auf sich hätte vereinigen können als Marx*[1]*. Er geht dann auf die Bestrebungen der Liberalen Vereinigung*[2] *ein und bringt Bedenken gegen die Haltung Fischbecks vor, bittet jedoch, von einem Beschluß in dieser Sache abzusehen. Zum Kabinett Luther müsse die Partei sich verhalten wie bisher, nämlich ablehnend, „ohne seinen Sturz mit allen Mitteln zu betreiben". Als nächstliegende Aufgaben der aktuellen Politik bezeichnet er die Zollvorlage, die Aufwertungsvorlage und die Entwaffnungsvorlage im Zusammenhang mit dem Sicherheitspakt. Erkelenz betont, daß die Regierung ein gewisses Maß an nationaler Opposition benötige, die aber nicht allein von Kommunisten und Völkischen betrieben werden dürfe, nachdem nun die Deutschnationalen zur Erfüllungspolitik übergegangen seien. Anschließend referiert* **Fischer** *über einige Fragen der Finanzpolitik und bezeichnet die Steuerbelastung als untragbar für die Wirtschaft.*

In der anschließenden Diskussion sprechen **Dernburg** *und* **Gothein** *über die Not der Wirtschaft, die in erheblichem Maße aus der Steuerbelastung resultiere.* **Höpker-Aschoff** *berichtet über die Finanzlage in Preußen.* **Koch-Weser** *behandelt Stresemanns Außenpolitik, der er allzu große Rücksichtnahme auf die Rechtsparteien vorwirft. Er bezeichnet es u. a. auch als Aufgabe der Partei, eine Aufnahmestellung für jene Wähler zu bilden, die sich von der Politik der Rechten abgewandt hätten.* **Schneider** *hebt gegenüber Dernburg und Gothein die Not der Arbeitnehmer hervor und bezeichnet falsche Produktionsmethoden als Hauptursache der ungünstigen Wirtschaftslage.* **Fischbeck** *verteidigt die Idee der Liberalen Vereinigung.* **Frankfurter** *spricht scharf gegen die Vereinigung und verlangt eine rasche Klärung der Angelegenheit*[3]*.* **Hieber** *mahnt zur Duldsamkeit innerhalb der Partei.*

Der Vorstand beschließt, den Parteitag Anfang Dezember in Breslau abzuhalten.

---

1 Wahlergebnisse in: Schulthess 1925 S. 58.

2 Anfang Mai 1925 hatten ehemalige Mitglieder der DDP (von Siemens, Schiffer) eine „Liberale Vereinigung" gegründet, für die sie überparteiliche Liberale, aber auch Mitglieder von DDP und DVP zu werben suchten. Vgl. Bürgerliche Parteien Bd. 2 S. 322-324; ferner Jones S. 267, bes. Anm. 5.

3 Koch-Weser notierte während der Sitzung in einem Brief an seine spätere Frau: „Frankfurter greift gerade Fischbeck wegen seiner Mitgliedschaft in der Liberalen Vereinigung an. Aber was hilft es heute? Er hat recht, aber neue Austritte kann ich nicht brauchen." Nachlaß Koch-Weser 32.

123.

16.6.1925: Sitzung des Vorstandes gemeinsam mit der Reichstagsfraktion

Gezeichnet: „Stephan". Beginn: 19.30 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend vom Vorstand: Bartschat, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Gothein, Graf, Haas, Hamm, Hummel, Jäckh, Kalkoff, Koch-Weser, Lemmer, Rönneburg, Schneider, Sparrer, Stephan, Stern, Wachhorst de Wente, Weinhausen, Wendorff, Zeitlin.

Reichstagsabgeordneter **Meyer** referiert über die Zollvorlage[1]. Die vierstündige Aussprache hatte etwa folgendes Ergebnis: Unser Ziel ist der Freihandel, nicht als theoretischer Glaubenssatz, sondern aus wirtschaftlichen und nationalen Zweckmäßigkeitsgründen. Wir wissen, daß bei den Hochschutzzollbestrebungen und der Absprerrung anderer Länder Deutschland nicht mit Freihandelsstandpunkt in die Handelsvertragsverhandlungen hineingehen kann. Aber wenn wir jetzt einen Kampf führen, so führen wir ihn nicht gegen den Freihandel, sondern gegen die Hochschutzzollbestrebungen und den Protektionismus der Regierung. Wir sind unter Umständen einverstanden mit einem Zoll auf Fertigfabrikate, der freilich nicht so gestaltet sein darf wie der Automobilzoll, der die technische Fortentwicklung der deutschen Automobilindustrie verhindert. Wir sind aber gegen Zölle auf Rohstoffe und Halbfabrikate. Höchstens können wir hier autonomen Zöllen zustimmen, die im Wege der Handelsvertragsverhandlungen herabgesetzt werden. Das trifft sowohl auf Getreide wie auf Eisen zu. Das Argument, daß die Reichsregierung nicht vertrauenswürdig sei und die Ermäßigung der Zollsätze bei Verhandlungen gar nicht erstreben würde, ist nicht richtig. Die Regierung hat zum Beispiel bei den spanischen und belgischen Handelsvertragsverhandlungen bewiesen, daß sie von den beantragten Sätzen sogar sehr beträchtlich herab ging. Auf alle Fälle sind wir gegen die Mindestzölle auf Getreide, die die Handelsvertragsverhandlungen erschweren. Der Gedanke, daß man durch die Getreidezölle die deutsche Getreideproduktion so stärken könnte, daß Deutschland sich selbst versorgen könnte, ist aber abwegig: Die Getreideeinfuhr wird immer nötig sein, da das deutsche Getreide nur zum Mischen geeignet ist.

Wenn wir für einen Zoll auf Fertigfabrikate sind, so bezieht sich das auch auf die Fertigfabrikate der Landwirtschaft (Milch, Eier, Butter, Obst, Gemüse und Fleisch). Damit die Landwirtschaft die Weltmarktpreise erhält, müssen die Ausfuhrverbote aufgehoben werden. Die Frage der gleitenden Zölle oder des Bereitschaftszolls kann noch nicht erledigt werden. Einfuhrscheine sind nicht zu

1 Die Zolltarifnovelle, die am 20.5.1925 veröffentlicht worden war und vom 22.–26.6. in erster Lesung im Reichstag beraten wurde, basierte im wesentlichen auf dem Zolltarif von 1902, wobei allerdings viele Positionen beträchtlich erhöht worden waren; sie sollte der Regierung eine Verhandlungsbasis für die bevorstehenden Handelsvertragsabschlüsse geben. Vgl. Schulthess 1925 S. 92f. Wie sehr unter führenden DDP-Politikern, wie Meyer, Dernburg und Melchior, die Auffassungen auseinandergingen, zeigte eine wirtschaftspolitische Tagung in Eisenach am 24.5. Vgl. Schulthess 1925 S. 95f.

entbehren aus Rücksicht auf Ostpreußen, das sein Getreide nicht völlig nach Westdeutschland transportieren kann. Doch sollten die Einfuhrscheine nur für Wiedereinfuhr von Getreide zugelassen werden. Besonders scharf müssen wir gegen die Futtermittelzölle Stellung nehmen, da sie die Verteuerung eines Produktionsmittels bedeuten. Ebenso steht es mit den Zöllen auf Eisenblech. Die Hauptaufgabe ist, das Preis–Niveau zu senken, damit die Handelsbilanz gebessert wird. Freilich wird man Landwirtschaft und Getreidebau aufrechterhalten müssen, selbst auf Kosten einer Verteuerung der Lebenshaltung. Der Zolltarif von 1902 sieht noch zum Teil Finanzzölle vor, die wir heute nicht mehr brauchen können. Gegen den von der Regierung vorgelegten Zolltarif müssen wir auf alle Fälle Sturm laufen.

Beschlüsse werden nicht gefaßt; die Aufwertungsfrage wird von der Tagesordnung abgesetzt.

124.

20.9.1925: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: Koch–Weser. Beginn: 11 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Reichstag.

Koch–Weser *eröffnet. Nach einigen Mitteilungen zur Tagesordnung referiert er über die Ereignisse der abgelaufenen Reichstagssession. Er wirft der Regierung verfehlte Wirtschaftspolitik vor, deren Ziel es sei, durch Hochschutzzölle die einseitigen Interessen gewisser Gruppen zu vertreten. Koch–Weser fordert anstelle eines Guerillakrieges mit einer Reihe von europäischen Staaten über tausende von Zollpositionen eine durch europäische Zollunion ermöglichte Friedensregelung. Zur Außenpolitik bemerkt der Redner, daß die Partei es lieber gesehen hätte, wenn man den Eintritt in den Völkerbund unmittelbar angestrebt hätte, anstatt durch ein Dickicht von Spezialpakten dorthin zu gelangen. Er versichert, daß die Partei die Pakte im Westen*[1]*, wenn auch schweren Herzens, unterstützen werde; gegen die Einbeziehung des Ostens wolle man sich jedoch zur Wehr setzen. Koch–Weser hebt anerkennend hervor, daß es Stresemann gelungen sei, die Politik der Verständigung unbekümmert um die Haltung der Deutschnationalen fortzusetzen. Er spricht sich für eine Verständigung mit Frankreich aus, um Europas Stellung gegenüber Amerika, den Mächten des Ostens und des schwarzen Erdteils zu erhalten.* **Fischer** *spricht zur Finanz- und Steuerpolitik und unterzieht die Maßnahmen der Regierung harter Kritik. Er verlangt ein Steuersystem, daß sich den Schwierigkeiten vorübergehend erhöhter Aufwendungen der öffentlichen Hand anpassen könne und ebenso in der Lage sei, eine vorübergehende stärkere Ergiebigkeit einer Steuerquelle zu regulieren, um eine unnötige Überschußwirtschaft der öffentlichen Kassen zu verhindern.* **Meyer** *berichtet über die Zoll- und Handelspolitik, wo die Fraktion leider nur geringfügige Korrekturen einer durchgängig verfehlten Gesetzgebung habe erreichen können. Nach seiner Ansicht ist eine Senkung des Preisniveaus und damit die Rettung der Handels- und Zahlungsbilanz nur durch Abkehr von der*

1 Die Locarnoverträge.

bisherigen Wirtschaftspolitik möglich. **Stephan** *teilt Einzelheiten über die Arbeit am Organisationshandbuch*[2] *der Partei mit und empfiehlt unter allgemeiner Zustimmung die Zwangsabnahme des Buches durch sämtliche Organisationen. Der Parteiausschuß stimmt diesem Vorschlag zu.* **Fischer** *gibt einen Überblick über die Finanzlage der Partei und bittet nachdrücklich um satzungsgemäße Zahlung der Kopfbeträge. Er teilt mit, daß in der heutigen Sitzung eine Liste zur Zeichnung von Beiträgen zirkulieren werde.*

Die allgemeine Aussprache über die Referate ergibt in allen grundsätzlichen Fragen Übereinstimmung des Parteiausschusses mit der Reichstagsfraktion. Der Parteiausschuß nimmt mit allen gegen eine Stimme eine Resolution gegen die Ausdehnung der „unsozialen und rückständigen Hauszinssteuer"[3] *an und stimmt ohne Gegenstimmen für eine von* **Weiss** *und* **Hofheinz** *begründete und ausgearbeitete Entschließung gegen den Reichsschulgesetzentwurf der Regierung*[4]*. Zuletzt wird noch folgender Antrag einstimmig angenommen: „Der Parteiausschuß beauftragt den Kulturausschuß, möglichst bald herauszuarbeiten, was die Partei gegen den jetzigen Reichsschulgesetzentwurf weiter zu tun hat, und welche Vorschläge der Reichstagsfraktion und der Partei etwa zu machen sind."*

2 Organisationshandbuch der Deutschen Demokratischen Partei, hrsg. v. der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin 1926.

3 Liegt vor.

4 Liegt vor.

125.

10.10.1925: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Fischer. Beginn: 15.15 Uhr. Ende: kurz vor 20.45 Uhr. Ort: Preußischer Landtag.

Anwesend: Frau Bäumer, Cohn (Dessau), Cohn (Hamburg), Cohnstaedt, Fischbeck, Fischer, Frankfurter, Gothein, Graf, Haas, Hieber, Hummel, Issberner, Kalkoff, Koch-Weser, Frau von Koerber, Landahl, Matthaei, Petersen, Rathgen, Rönneburg, Schreiber, Stephan, Stubmann, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Frau Wittstock. Gäste: Hauff, Rauecker.

Fischer *eröffnet. Der Vorstand bespricht im Hinblick auf eine für den nächsten Tag geplante Sitzung des „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" das Verhältnis der Partei zu dieser Organisation. Nach* **Koch-Wesers** *Meinung besteht Gefahr, daß das „Reichsbanner" sich zu einer rein sozialistischen Organisation entwickelt.* **Petersen** *äußert ähnliche Bedenken. Nach einer Aussprache wird beschlossen, mit Hörsing*[1] *deshalb Fühlung zu nehmen und eine Kommission*[2] *zur Beilegung der aufgetretenen Differenzen zu bilden.*

1 Friedrich Hörsing (1874-1937), MdR (SPD) 1919 bis Dezember 1922, MdL Preußen 1925-1933, Oberpräsident der Provinz Sachsen 1920-1927, Bundesvorsitzender des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold.

2 Haas, Cohnstaedt, Stephan.

Fischer *gibt einen Überblick über die materiellen und rechtlichen Verhältnisse des "Demokratischen Zeitungsdienst" und erwähnt die Möglichkeit, die 49 Prozent Anteile, die sich im Besitz von Weinhausens Erben*[3] *befinden, durch den Verlag „Neuer Staat" zu erwerben. Er stellt ferner die Idee zur Diskussion, den "Demokratischen Zeitungsdienst" mit dem "Reichsdienst der Deutschen Presse" zu verbinden.* **Frankfurter** *widerspricht einer solchen Verbindung, da der "Reichsdienst" von einem Angehörigen der Zentrumspartei herausgegeben werde und damit die Gefahr politischer Beeinflussung bestehe.* **Fischer** *hält diese Bedenken für gegenstandslos. Die Meinungen der übrigen Vorstandsmitglieder zu diesem Projekt sind geteilt. Schließlich wird beschlossen, den Vorsitzenden des Vorstands zu weiteren Verhandlungen zu ermächtigen und die endgültige Regelung auf einer eigenen Vorstandssitzung zu treffen.*

Stephan *berichtet über das gespannte Verhältnis der Partei zum „Deutschen Bauernbund", dessen Führungsmitglieder, darunter vor allem Böhme, in letzter Zeit heftige Angriffe gegen die Partei gerichtet hätten.* **Wachhorst de Wente** *warnt vor einem offenen Konflikt der Partei mit dem Bund, da das u. U. zum Anschluß des Bundes an die unter der Leitung des Zentrums stehenden christlichen Bauernvereine führen könne. Er verspricht, im Bauernbund eine Abstimmung darüber herbeizuführen, ob Böhme noch als geeigneter Geschäftsführer betrachtet werden könne, falls er seine Angriffe gegen die Partei fortsetze. Der Vorstand beschließt, die Differenzen mit dem Bund möglichst ohne vollständige Trennung beizulegen; man will „noch einige Monate zusehen".*

Die Tagesordnung des Parteitags wird besprochen.

3 Weinhausen war im August 1925 gestorben.

126.

3.11.1925: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „Stephan". Vorsitz: Fischer. Beginn: 15.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bartschat, Cohnstaedt, Dernburg, Frau Dönhoff, Fischer, Frankfurter, Gothein, Graf, Hummel, Kauffmann, Koch–Weser, Frau von Koerber, Landahl, Lemmer, Nuschke, Petersen, Rönneburg, Stephan, Stern, Stubmann, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Wendorff, Frau Wittstock. Gäste: Bernhard, Brodauf, Heuss, Mattes, Rauecker.

Herr Dr. **Fischer** eröffnet um 15.30 Uhr die Sitzung und gibt zum Bericht über die politische Lage Herrn Reichsminister a. D. Koch[-Weser] das Wort.

Reichsminister a. D. **Koch[-Weser]** weist darauf hin, daß wir mit unserer Behauptung, daß die Deutschnationalen im heutigen Deutschland noch ungeeignet zur Teilnahme an der Regierung seien, recht gehabt haben. Das zeige sich jetzt ganz deutlich bei ihrem Verhalten in der Locarno–Politik[1]. Von uns wäre dazu

1 Am 23.10.1925 hatten der Parteivorstand und die Landesverbandsvorsitzenden der DNVP beschlossen, den Locarno–Vertrag abzulehnen, am 25.10. waren die drei deutschnationalen Minister aus der Regierung ausgeschieden. Vgl. Schulthess 1925 S. 155.

nicht viel zu sagen. Unsere Auffassung sei natürlich zweifelsfrei. Wir würden jedenfalls die Außenpolitik jeder Regierung unterstützen, die sich zur Fortführung einer Politik im Geiste von Locarno verpflichte. Der Reichskanzler tue sehr uninteressiert. Er behaupte, daß ihm der Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung nicht nahegehe und daß er zunächst vom Reichstag den Pakt angenommen haben wolle, dann sei ihm die Regierungsumbildung oder -neubildung weniger wichtig. Jetzt auf eine Reichstagsauflösung hinzuarbeiten, erscheine nicht richtig. Es werde sich kaum durch Neuwahlen eine wesentlich andere Parteikonstellation ergeben als jetzt. Außerdem fehle auch die zugkräftige Wahlparole, denn man würde es nicht verstehen, daß wir jetzt, obgleich für Locarno eintretend, im Reichstag dagegen stimmen würden, um dann im Wahlkampfe wieder für die Annahme von Locarno Propaganda zu machen. Das Zentrum sei für jede Lösung zu haben, und auch die Deutsche Volkspartei möchte eine Reichstagsauflösung vermeiden, aber könne sich zu der günstigsten und vorteilhaftesten Lösung, der Großen Koalition, noch nicht entschließen. Ähnlich stände es bei den Sozialdemokraten, die nach außen stark nach Auflösung schreien, aber gewiß nicht böse sein würden, wenn sie sich vermeiden ließe. Ob die SPD bereit sei, an der Großen Koalition teilzunehmen, und welche Bedingungen sie daran knüpfen würde, sei heute nicht völlig zu klären. Unser Streben müsse es sein, mit allen Mitteln für die Verwirklichung der Großen Koalition zu arbeiten. Koch[-Weser] bittet, die heutige Sitzung in einer Entschließung ausklingen zu lassen, die ausspricht, daß wir uns für die Annahme des Vertrages von Locarno einsetzen werden, aber nur bereit seien, einer Regierung anzugehören, die außenpolitisch im Geiste von Locarno arbeite und innenpolitisch republikanisch und sozial gerichtet sei. Die dazu erforderlichen Garantien müssen vorher vereinbart werden.

Nach einer regen Aussprache, an der sich die Herren **Wachhorst de Wente, Petersen, Cohnstaedt, Dernburg, Brodauf** und Frau Dr. **Bäumer** für die Auffassung des Redners und gegen eine Auflösung aussprechen, während die Herren **Frankfurter** und **Vogt** eine Klärung nur durch die Reichstagsauflösung sehen, wird folgende Entschließung angenommen:

„Der Parteivorstand der Deutschen Demokratischen Partei billigt die Haltung des Parteivorsitzenden zur innen- und außenpolitischen Entwicklung und erklärt sich nur mit einer Lösung der Krise durch eine Regierung einverstanden, die 1. die Annahme des Vertrages von Locarno von einer befriedigenden Lösung der Rückwirkungen abhängig macht, 2. sich für eine sachliche Durchführung der Politik von Locarno und eine Annäherung der europäischen Staaten einsetzt, 3. eine Innenpolitik gewährleistet, die der Festigung der Republik dient und 4. sich auf die Parteien stützt, die diese Außen- und Innenpolitik entschlossen mitmachen."

Zum Punkt "Zeitungsdienst" teilt Herr Dr. **Fischer** mit, daß der Verlag Neuer Staat die 49 Anteile des verstorbenen Herrn Weinhausen übernommen habe[2] und daß der Journalist Herr Brammer[3] zum Nachfolger des Herrn

2 Vgl. Nr. 125.

3 Karl Brammer, Referent in der Presseabteilung der Reichsregierung, Herausgeber des „Demokratischen Zeitungsdiensts" seit 1925.

Weinhausen ausersehen sei. Den Ausführungen über Beteiligung des "Demokratischen Zeitungsdienstes" am "Reichspressedienst" wird nicht allgemein zugestimmt, so daß über diesen Punkt noch einmal verhandelt werden soll. Und zwar sollen die vier in Berlin ansässigen Parteivorsitzenden[4] gemeinsam endgültig über den Abschluß mit dem Reichsdienst der Deutschen Presse entscheiden. Herrn Dr. Fischer wird für die erfolgreiche Durchführung der Verhandlungen wegen Übernahme der Weinhausenschen Anteile durch den „Neuen Staat" besonderer Dank ausgesprochen. Gegen die Einstellung des Herrn Brammer wird kein Widerspruch erhoben. Herr Brammer soll sich den Parteivorsitzenden noch vorstellen. Im übrigen erhalten die Vorsitzenden Vollmacht zur endgültigen Einstellung des Herrn Brammer.

Zu Punkt 3: Finanzlage berichtet Herr Dr. **Fischer** über die bisher getroffenen Maßnahmen zur Sanierung der Partei. Die Herren Kopsch und Vogt sind mit der Werbung von Reichsmitgliedern beauftragt worden. Der größte Teil der restlichen Wahlschulden ist durch Bürgschaftsleistung erledigt worden. Die Kopfsteuer soll für 1925 auf ein Drittel herabgesetzt werden. Auf der Reichsgeschäftsstelle sind Ersparungsmaßnahmen getroffen worden. Der Vorstand stimmt diesen Maßnahmen zu.

Zu Punkt 4: Verschiedenes berichtet der **Vorsitzende** über die Tagesordnung des Parteitages. Die Frauen erheben Anspruch auf zwei Referate. Der Vorstand stimmt zu, daß zum Punkt Kulturpolitik die Vorsitzende des Deutschen Lehrerinnenvereins Fräulein Beckmann[5] neben Herrn Wolff[6] über Bildungsfragen reden soll, ebenso stimmt er zu, daß Frau Dr. Bäumer über die Frau und die Außenpolitik sprechen soll. Ob Abgeordneter Riedel als Vorsitzender des Ostausschusses im Landtag auf der Ostkundgebung zu Worte kommen soll, wird der Vorsitzende nach Fühlungnahme mit der Preußenfraktion entscheiden.

4 Koch-Weser, Frau Bäumer, Erkelenz, Fischer.

5 Emmy Beckmann (1880-1967), Oberschulrätin in Hamburg, Md Bürgerschaft (DDP/Staatspartei) 1921-1933.

6 Georg Wolff, Schulrat in Berlin, Vorsitzender des Deutschen Lehrervereins seit 1925.

127.

4.12.1925: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: Koch-Weser. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: nach 14 Uhr. Ort: Breslau, in der „Hermannloge".

Koch-Weser *eröffnet. Er referiert über die gegenwärtige Regierungskrise*[1] *und betont, daß es ein Unglück wäre, wenn die Demokraten abermals in die Opposition gehen müßten und die Deutschnationalen in die Regierung einträten. „Unsere Politik kann immer nur darauf gerichtet sein, eine Große Koalition zu schaffen, in der die Sozialdemokraten uns davor schützen, daß der rechte Flügel unzuverlässig*

1 Seit dem Austritt der Deutschnationalen aus der Regierung regierte ein Rumpfkabinett Luther. Vgl. Nr. 126 Anm. 1.

wird, und in der Zentrum und Deutsche Volkspartei uns davor schützen, daß die Sozialdemokratie eine einseitige Politik der Sozialisierung betreibt." Koch-Weser warnt vor einer Reichstagsauflösung unter Hinweis auf die ungünstigen Ergebnisse der letzten Landtagswahlen. Er ist der Ansicht, daß sich das Verhalten des preußischen Finanzministers Höpker-Aschoff schädlich für die Partei auswirke, der aus finanzpolitischen Erwägungen eine Gehaltserhöhung der Beamten abgelehnt und sich mehr als nötig für die bestehende Reichssteuergesetzgebung eingesetzt habe. Der Redner geht dann auf den Fall Gessler ein. Er bekennt sich als Gesslers persönlicher Freund und betont, es sei ausgeschlossen, daß Gessler sich so gewandelt habe, wie heute behauptet werde. Er gibt zu, daß Gessler, was die Verhältnisse in der Reichswehr betreffe, allmählich konservativer geworden sei; deshalb bestehe jedoch keine Veranlassung, an Gesslers Gesinnung zu zweifeln oder seinen Ausschluß aus der Partei zu verlangen.

Erkelenz *leitet die allgemeine Aussprache mit der Bitte an die Diskussionsteilnehmer ein, sich ausschließlich auf den Fall Gessler zu konzentrieren.* **Falk** *bedauert, dies nicht tun zu können, und verteidigt in längeren Ausführungen die Haltung Höpker-Aschoffs.* **Grossmann** *spricht zum Fall Gessler. Er unterstützt den vorliegenden Antrag der Ortsgruppe Wilmersdorf, der eine formelle Überprüfung von Gesslers Verhalten fordert, und bringt einen Zusatzantrag ein, der seitens der Partei jede Verantwortung für den Reichswehrminister ablehnt, der sich ferner gegen die Bürgerblockregierung wendet und eine Republikanisierung der Reichswehr verlangt*[2]. **Hartmann** *unterstützt Grossmanns Ausführungen. Nach* **Nuschkes** *Meinung hat Gessler gegenüber umstürzlerischen Bestrebungen der Rechten versagt.* **Haas** *verteidigt Gessler und wendet sich gegen die vorliegenden Anträge; sie würden nicht weiterhelfen, da die Ansichten über den Fall Gessler in der Partei schroff auseinandergingen.* **Koch-Weser** *empfiehlt in seinem Schlußwort, die gegen Gessler gerichtete Resolution abzulehnen. Nach einer Reihe von persönlichen Bemerkungen wird mit allen gegen eine Stimme (Grossmann) ein Antrag Frankfurter angenommen, der den Parteitag ersucht, den Antrag Wilmersdorf für erledigt zu erklären*[3].

Der Parteiausschuß wählt eine Kommission zur Vorbereitung der vom Parteitag vorzunehmenden Wahlen zu Vorstand, Parteiausschuß und Revisionsausschuß[4].

2 Liegt vor.

3 Liegt vor. Für die weiteren zum Parteitag eingegangenen Anträge vgl. Demokrat v. 3.12.1925 Nr. 23; Übersicht über die Verhandlungen des Parteitags in: Demokrat v. 17.12.1925 Nr. 24.

4 Die Mitglieder der Kommission werden im Originaltext nicht genannt.

VII.

Vom Breslauer zum Hamburger Parteitag (Dezember 1925 bis April 1927)

128.

23.1.1926: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: kurz nach 15.45 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bernhard, Cohnstaedt, Dernburg, Dietrich, Frau Dönhoff, Erkelenz, Frankfurter, Gothein, Graf, Haas, Hieber, Issberner, Kalkoff, Kauffmann, Koch-Weser, Frau von Koerber, Külz, Landahl, Lebach, Frau Lüders, Moering, Petersen, Rathgen, Rauecker, Reinhold, Rönneburg, Schneider, Schreiber, Siehr, Stephan, Stubmann, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Frau Wittstock, Zeitlin, Ziegler.

Erkelenz *eröffnet und begrüßt den neuen Vorstand. Frankfurter wird als zweiter stellvertretender Vorsitzender wiedergewählt. Nach einer Aussprache über die in Frage kommenden Kandidaten kooptiert der Vorstand Bernhard, Carbe*[1]*, Böß*[2]*, Zeitlin*[3]*, Stern, Lemmer, Krell*[4] *und Stolper*[5]*. Zwei Plätze werden für eine spätere Zuwahl offengelassen. Die Wiederwahl des Politischen Ausschusses wird nach längerer Diskussion mit großer Mehrheit abgelehnt. Der Vorstand wählt einen Ausschuß, der die Wahlen zum Parteiausschuß vorbereiten soll*[6]*. Die bisherigen Mitglieder des Organisationsausschusses werden wiedergewählt*[7]*, anschließend werden die Delegierten des Vorstands für die Unterausschüsse der Partei bestimmt.*

Erkelenz *berichtet über den Fall Quidde – Rohrbach. Rohrbach fordere, Quidde aus der Partei auszuschließen, da dieser den Vorsitz der „Deutschen Friedensgesellschaft" wieder übernommen habe, obgleich ein Vertreter des radikalen Pazifismus, der früher in der separatistischen Bewegung tätig gewesen sei, mit in den Vorstand gewählt worden sei. Erkelenz teilt weiter mit, daß Rohrbach seinen Antrag bereits dem Breslauer Parteitag unterbreitet habe, dort sei er an den Vorstand weiterverwiesen worden. Da Rohrbach und Quidde, obgleich beide zur heutigen Sitzung geladen, nicht erschienen sind, beschließt der Vorstand, die Entscheidung zu vertagen.*

---

1 Martin Carbe (=Martin Cohn) (1872-1931), Rechtsanwalt und Notar in Berlin, Generalbevollmächtigter im Verlag Rudolf Mosse 1907-1930.

2 Gustav Böß (1873-1946), Verwaltungsjurist, Oberbürgermeister von Berlin 1921-1930. Vgl. Christian Engeli, Gustav Böß. Oberbürgermeister von Berlin 1921-1930, Stuttgart 1971.

3 Leon Zeitlin (1876-1967), Wirtschaftspublizist und Verbandssyndikus in Berlin, MdL Preußen (DDP/Staatspartei) 1928-1932.

4 Heinrich Krell, Uhrenfabrikant in Magdeburg.

5 Gustav Stolper (1888-1947), Herausgeber des „Österreichischen Volkswirt" 1913-1925, Chefredakteur des „Berliner Börsen-Courir" 1925-1926, Chefredakteur des „Deutschen Volkswirt" 1926-1933, MdR (Staatspartei) 1930 bis November 1932. Zur Biographie vgl. Nr. 21 Anm. 3.

6 Vom Vorstand: Koch-Weser, Fischer, Frankfurter, Frau Dönhoff. Der Reichsausschuß sollte ebenfalls vier Mitglieder benennen.

7 Frankfurter (Vorsitzender), Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischer, Graf, Koch-Weser, Kalkoff, Nuschke, Merten, Rönneburg, Frau Riegner, Stephan, Vogt.

Nach längerer Diskussion über Form und Inhalt der Resolution, die dem Parteiausschuß am nächsten Tag bei der politischen Aussprache unterbreitet werden soll, werden Frankfurter, Stubmann und Frau Bäumer beauftragt, Entwürfe für die Resolution herzustellen, die dann im Verlauf der morgigen Debatte endgültig formuliert werden sollen.

129.

24.1.1926: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: zunächst Frau Bäumer, dann Koch-Weser. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 15 Uhr. Ort: Berlin, im „Rheingold".

Die Vorsitzende, Frau **Bäumer**, eröffnet die Sitzung um 10.30 Uhr. Sie bittet um Entschuldigung wegen der Wahl des wenig geeigneten Lokales; an diesem Tage aber waren weder im Reichstag noch im Landtag Räume frei. Die Vorsitzende begrüßt dann besonders die beiden neuen Reichsminister der Partei, Külz und Reinhold. (Beifall.)

Das zweite Kabinett Luther und die DDP

Herr **Koch[-Weser]** (mit großem Beifall empfangen) spricht zu Anfang seines politischen Referats über die Gründe, die in den ganzen Wochen der Regierungskrise[1] für die Haltung der DDP maßgebend gewesen sind. Er weist auf eine Bemerkung hin, die der völkische Abgeordnete Graf Reventlow nach Abschluß der Krisis gemacht hat: „Das deutsche Volk soll um eine Katastrophe betrogen werden." In der Tat, es ging darum, ob es gelingen sollte, das deutsche Volk ohne Katastrophe weiter zu führen auf dem Boden der Republik und der Verfassung. Es kam auch darauf an, ob einer Diktatur der Weg geöffnet werden sollte. Man braucht gar nicht anzunehmen, daß die führenden Personen auf eine solche Diktatur hinarbeiten; die Dinge verlaufen hier so, daß die Führer mitgerissen werden. Es war klar, daß es diesmal zur Katastrophe kommen würde, wenn es nicht gelang, den Parlamentarismus aufrechtzuerhalten. Das war der Grund für unsere Haltung. Je länger eine Krisis dauert, desto schwerer kann man dem Volke klarmachen, daß die Schuld für die Verzögerung nicht am System, sondern an den Personen liegt. So überaus lange hat die Krisis nun eigentlich gar

1 Nach dem Rücktritt des Rumpfkabinetts Luther am 5.12.1925 hatten zunächst Luther, dann Fehrenbach und schließlich Koch-Weser vergeblich versucht, ein Kabinett der Großen Koalition zu bilden. Koch-Weser hatte für seine Verhandlungen mit den Parteien eine Reihe programmatischer Richtlinien aufgestellt, war jedoch gescheitert, weil die Sozialdemokraten Teile dieses Programms ablehnten. Entwurf der Richtlinien im Nachlaß Koch-Weser 32; Abdruck der im Verlauf der Parteiführerbesprechungen geänderten Fassung in: Schulthess 1925 S. 190f.
Am 19.1.1926 hatte dann Luther ein Kabinett aus Zentrum, DDP, DVP und BVP gebildet, dem von den Demokraten Külz als Innenminister und Reinhold als Finanzminister angehörten; Gessler galt als „Fachminister". Die geplante Berufung Koch-Wesers zum Innenminister war an dem Einspruch der BVP gescheitert. Bericht über die Kabinettsbildung in: Schulthess 1926 S. 5-8; ferner Aufzeichnungen im Nachlaß Koch-Weser 32.

nicht gedauert. Was so lange gedauert hat, war ihre große Unterbrechung durch die Weihnachtsferien des Reichstages. Die Krise hat vor Weihnachten 10 Tage gewährt, wovon eine Woche damit hingegangen ist, vorläufige Feststellungen unter den Parteien zu machen. Nach Neujahr hat sie dann 10 Tage gedauert. Also im ganzen ein Schwebezustand von 20 Tagen, etwas durchaus nicht Ungewöhnliches. Aber wir dürfen es nicht verhehlen, daß das parlamentarische System gerade jetzt nach dem Kriege auch in anderen Ländern schlechter funktioniert als jemals vorher. Die Demokratie hat sich in den meisten Ländern mit dem Erstarken aller möglichen politischen und wirtschaftlichen Organisationen gewandelt. Früher formte sich der Führer seine Organisation; jetzt wählt sich die Organisation ihre Führer. So fühlt sich jetzt jeder an die Beschlüsse seiner Organisation gebunden. Und doch kann nur das Hervortreten der Führernaturen eine Besserung der Lage herbeiführen. Man weiß das parlamentarische System noch nicht zu handhaben. Der Kanzler muß sich seine Mitarbeiter aussuchen und dann die Zustimmung der Parteien und des Reichstages gewinnen. Der Reichspräsident, von dem man nicht erwarten kann, daß er diese parlamentarischen Angelegenheiten beherrscht, ist offenbar nicht richtig vorgegangen. Er hat durch seine Methode die Gegensätze nicht geschwächt, sondern verstärkt. Es war verfehlt, daß die Parteiführer berufen wurden, um sich an einen Tisch zu setzen und sich zu verständigen. Es war auch nach meiner heutigen Meinung absolut richtig, daß wir den Versuch zur Schaffung einer Großen Koalition unternommen haben. Man darf eben nicht nur von der Großen Koalition reden, sondern man muß auch dafür handeln. Der andere Fehler besteht darin, daß man vom ersten Augenblick an geglaubt hat, auch die Personenfrage durch die Parteien lösen zu können. Dazu kommt das Nebeneinander der vielen Parteien. Wir haben eigentlich nur 4 Möglichkeiten einer Kabinettsbildung, die im Grunde genommen sämtlich Unmöglichkeiten sind. 1. Eine Koalition wie unter dem ersten Kabinett Luther. Diese Möglichkeit ist vorbei seit der Opposition der Deutschnationalen gegen Locarno und den Völkerbund. Sie kann auch zunächst nicht wieder aufleben, da die Deutschnationalen den Beschluß des Reichstages über die Locarno–Verträge als ungültig erklärt haben. Die Koalition der Linken, die Weimarer Koalition, bedeutet gleichfalls eine Unmöglichkeit im Reichstage, denn sie würde die Deutsche Volkspartei mit der Deutschnationalen Volkspartei wieder in eine einheitliche Front zusammendrängen. Trotzdem würde sie von uns mitgemacht werden, wenn sie auf die Tagesordnung käme. Sie scheitert aber an dem Widerstand des Zentrums. Die Große Koalition, die in keinem Augenblick der deutschen Parlamentsgeschichte so sehr möglich gewesen wäre wie gerade jetzt, ist an dem Widerstand der Sozialdemokraten gescheitert. Und doch hätten diese wirtschaftliche und finanzielle Vorteile dabei erzielen können, die größer waren, als die Unbequemlichkeiten der Großen Koalition. Unterschiede zwischen den Parteien dieser Koalition wären zu überbrücken gewesen angesichts der großen zu bewältigenden Aufgabe. Die Sozialdemokraten hätten in ihr eine außerordentlich bedeutsame Rolle gespielt. Sie haben das nicht gewollt und ihre Abneigung verschiedenartig begründet. Alle ihre Gründe aber sind unzutreffend. Ihr großer Fehler ist gewesen, daß sie nicht den Mut gehabt haben, in diesem Augenblick in die Verantwortung hineinzugehen. Es ist auch ganz abwegig zu sagen, man müsse die Große Koalition für eine bessere Gelegenheit aufsparen. Wer weiß, ob die

Große Koalition überhaupt noch einmal kommt, wenn sie nicht bald kommt. Die Sozialdemokratie zieht es jetzt offenbar lieber in die Opposition, in der man große Aktionen machen kann wie neuerdings die Enthüllungen Dittmanns[2]. Diese Aktionen sind vielleicht ganz schön, sie sind aber für die ganze politische Entwicklung bedeutungslos. So steht es auch mit der Fürstenabfindung. Gleich nach dem Kriege war es unsere Aufgabe, mit den Fürsten schleunigst sich zu vergleichen, um Schlimmeres zu verhüten. Eine Reihe von Fürsten hat sich auch verglichen. Aber die Hohenzollern und andere haben wieder einmal gezeigt, daß sie ihre Zeit verpassen. Sie haben protestiert und dann zu einem ungeheuerlichen Vergleich ihre Zustimmung gegeben. Nun sind wir mit dem neuen Antrag hervorgetreten[3]. Er ist überstürzt worden durch einen Antrag der Linken auf entschädigungslose Enteignung[4]. (Vereinzeltes Bravo.) Es wäre aber absolut falsch, den Fürsten unbestrittenes Privateigentum fortzunehmen. Der sozialistische Antrag hat gar keine Aussicht, die erforderlichen 20 Millionen Stimmen zu bekommen. Durch den Antrag auf Volksentscheid ist auch im Reichstag die Möglichkeit einer Zweidrittelmehrheit für unseren Antrag vermindert worden. Uns muß es aber auf einen positiven Erfolg ankommen. Wäre die Sozialdemokratie in der Regierung, dann würde über diese Frage innerhalb der Regierung ein Kompromiß zustande kommen, das noch ungünstiger für die Fürsten wäre als jetzt, wo die Dinge zwischen den Mittelparteien ausgehandelt werden müssen. So ist das Fernbleiben der Sozialdemokraten aus der Regierung innerpolitisch sehr bedenklich. Auch in der Außenpolitik ist das Nichtzustandekommen der Großen Koalition sehr bedauerlich. Es bedeutet einen gewissen Fehlschlag der Politik, die wir jahrelang getrieben haben. Wie sollen wir unsere Kraft anwenden, um Republik und Demokratie zu schützen, wenn die größte demokratische Partei in einen Winterschlaf verfällt, aus dem sie nicht erwacht? Wir werden nun gewiß nicht dauernd die Sozialdemokraten als einen Faktor einstellen, mit dem nicht mehr zu rechnen ist, aber wir werden ihnen mit allem Ernst zu sagen haben, daß sie sich bei Wiederholung solcher Vorgänge dauernd als politischen Faktor ausschalten. Die Haltung der Deutschen Volkspartei bei diesen Verhandlungen um die Große Koalition hat man zwiespältig beurteilt. Die Partei ist aber ernsthaft für eine Große Koalition eingetreten. Schon weil sie in der Regierung bleiben will. Auch die großen wirtschaftlichen Kräfte, die hinter der Deutschen Volkspartei stehen, haben sich für die Große Koalition ausgesprochen. Darum hat die Deutsche Volkspartei zwar Verbesserungen zu meinem Regierungsprogramm vorgebracht, aber nicht darauf unter allen Umständen bestanden. Wir sind jetzt genötigt, uns mit der Deutschen Volkspartei zu verständigen, was in vieler Beziehung sehr schwer sein wird, wegen ihres Hinneigens zu den Deutschnationalen. Aber selbst wenn die drei Mittelparteien zusammenhalten, so bleibt eine

2 Wilhelm Dittmann (1874-1954), MdR (SPD/USPD/SPD) 1912-1918, 1920 bis Juni 1933, hatte vor dem Untersuchungsausschuß des Reichstags über die Marinemeutereien von 1917 und 1918 berichtet. Vgl. Das Werk des Untersuchungsausschusses der Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung und des Deutschen Reichstages 1919-1928. Vierte Reihe. Die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918, Bd. 9, Berlin 1928, Sitzung v. 22., 23. u. 25. Januar 1926.

3 Sten. Ber. Anl. Bd. 405 Drucks. Nr. 1527 Koch-Weser u. Gen.

4 A. a. O. Drucks. Nr. 1539 Stöcker u. Gen.

Minderheitskoalition ein überaus gefährliches Experiment. Wenn Ihnen jetzt manches an der Politik, die unsere Partei macht, nicht gefällt, wenn wir auf manchen Gebieten innerhalb der Regierung nicht dasjenige erreichen, was wir eigentlich wünschen, und wenn wir das Gefühl haben, daß der Kurs weiter nach rechts geht, als uns lieb ist, dann schlagen Sie nicht auf die Führer los, sondern machen Sie sich klar, daß unsere Schwäche von dem Versagen der Sozialdemokraten herrührt. Das Zentrum hat uns in dieser ganzen Frage der Regierungsbildung die wenigsten Schwierigkeiten gemacht. Es hatte zunächst zwar Bedenken gegen die Besetzung des Innenministeriums durch einen Demokraten wegen des Schulgesetzes; diese Bedenken aber wurden bald zurückgezogen. Wir legten Wert darauf, 2 Ministerien in unserer Hand zu haben und eines davon mit dem Fraktionsführer zu besetzen. Nachdem das Zentrum das Justizministerium für Marx, die Deutsche Volkspartei das Außenministerium für Stresemann genommen hatte, lag es nahe, das Innenministerium der Demokratischen Partei zuzuerkennen. Die Deutsche Volkspartei beantragte eine Zeitlang, das Innenministerium für sich zu besetzen, weil ihre Anhänger Wert darauf legten, daß die Richtung dieses Ministeriums eine maßvolle bliebe; eine Personenforderung stellten sie nicht. Am Sonnabendmorgen aber ließen sie diesen ganzen Einwand fallen. Nunmehr kam die Bayerische Volkspartei mit dem am Sonnabend angekündigten und am Montag offiziell erhobenen Protest gegen die Besetzung des Innenministeriums durch Koch[-Weser]. Ich hätte dieses Ministerium nicht gern übernommen, weil ihm jede Exekutive sowie jede sichere Begrenzung der politischen Aufgaben fehlt. Die Leitung der Fraktion hätte ich auch ungern aufgegeben. Die Fraktion präsentierte mich aber, weil auch die übrigen Parteien ihre Fraktionsführer präsentiert hatten. Was die Bayerische Volkspartei an Bedenken wegen meiner unitarischen Einstellung vorgebracht hat, darüber habe ich mich in einem Zeitungsartikel bereits geäußert und will nun hinzufügen: Föderalismus ist etwas, mit dem sich der Unitarier jeden Augenblick verständigen kann. Die Grenzen schwanken ja zwischen den Befugnissen der Zentrale und der Selbstverwaltungskörper. Aber in dem ganzen Streit handelte es sich nicht hierum, sondern nur darum, ob Bayern das Recht haben sollte, unbotmäßig zu sein. Die Bayern haben sich ja auch nicht gescheut, in die Verhältnisse anderer Bundesstaaten einzugreifen. Das beweist schon ihr Programm, das offenbar einen Einbruch in die preußischen Dinge enthält[5]. Auch Herr Held[6] steht unzweifelhaft auf dem Standpunkt, daß er das Recht hat, die Monarchie wieder einzuführen. Der Referent verliest zum Beweise dafür Stellen aus einer Rede Helds, die lebhafte Entrüstung bei der Versammlung erregen. Luther hat in dieser Frage keine dezidierte Haltung eingenommen, wie er bei der Kabinettsbildung überhaupt eine eigene Initiative vollständig hat mangeln lassen. So kam es, daß er weder gegen die früheren Ansprüche der Deutschen Volkspartei in der vorangegangenen Woche, noch gegen die Ansprüche der Bayerischen Volkspartei aufgetreten ist. Als dann kein Ausgleich zustande kam, ist im letzten Augenblick die Zusammenstellung der

5 Koch-Weser spielt hier offenbar auf die von der bayrischen Regierung am 4.1.1924 vorgelegte Denkschrift über die föderalistische Revision der Reichsverfassung an. Vgl. Nr. 112 Anm. 9.

6 Heinrich Held (1868-1938), MdL Bayern (Z/BVP) 1907-1933, bayrischer Ministerpräsident 1924-1933.

Ministerliste durch Luther erfolgt. Ich glaube, daß Luther eine große Meinung von der Loyalität und dem Staatssinn der Demokratischen Partei haben muß, wenn er überzeugt gewesen ist, daß sie nicht nur der Bildung des Kabinetts zustimmt, sondern es auch später vorbehaltlos unterstützen wird. Der Anspruch der Bayerischen Volkspartei war so unbegründet, daß die Demokraten hätten erklären können, diese Zumutung geht über dasjenige hinaus, was man von uns verlangen kann. Wir lehnen eine Beteiligung an der Kabinettsbildung ab. Diese Stellungnahme hätte auch in dem politisch interessierten Teile des Volkes Verständnis gefunden. Aber unser Volk im ganzen besitzt noch nicht das nötige Verständnis dafür. Das Volk hätte immer nur den Eindruck gehabt, daß die Demokraten die Kabinettsbildung verzögern, um ihrem Führer Koch[-Weser] ein Ministerium zuzuschanzen. Der Mann auf der Straße sieht nur das Parteigezänk und das persönliche Interesse. Und eine solche Meinung findet schließlich auch Glauben in Kreisen, von denen man es nicht voraussetzen sollte. Das war der parteipolitische Grund für unser Nachgeben. Dazu kommt der viel wichtigere staatspolitische Grund: Es müsse endlich wieder einmal eine Regierung kommen, die Deutschland vertreten kann. Nachdem uns in der Zusammensetzung des Kabinetts die Sicherheit gegeben ist, daß unsere Interessen dort gut aufgehoben sind, konnten wir uns nicht der kleinen Koalition versagen, weil die Bayerische Volkspartei einen partikularistischen Vorstoß unternommen hatte. Augenblicklich mag ja bei uns eine gewisse Verstimmung über den Verlauf der Sache vorhanden sein, aber die Zeit wird uns Recht geben. Wenn es gelingt, in alle Parteien die Staatsgesinnung hineinzupflanzen, die bei uns herrscht, dann wird eine Aussicht auf Besserung sein. Wir empfinden Schmerz und Entrüstung über den Verlauf der Dinge. Entrüstung gegen die Bayerische Volkspartei wegen ihrer Offensive sowie gegen den Kanzler und die beiden anderen Parteien wegen ihrer mangelnden Defensive. Aber für die Frage, ob wir aus dieser Entrüstung das Ergebnis ziehen dürfen, daß wir draußen bleiben, oder ob wir mitarbeiten sollten, ist in letzter Linie der Gesichtspunkt entscheidend, ob wir uns vorzugsweise als Mitglieder einer Partei oder als Glieder des großen Deutschen Reiches ansehen. Unterscheiden Sie nicht innerhalb der Fraktion zwischen Mehrheit und Minderheit! Ich erkläre ausdrücklich, daß, wenn ich am Dienstagabend auf dem Standpunkt beharrt hätte, die Fraktion kann diese Kränkung nicht dulden, daß dann keine einzige Stimme für den Eintritt abgegeben worden wäre. Die Verantwortung für das Auseinandergehen der Stimmen trifft mich ganz allein. Die Fraktion ist sich noch niemals innerlich so nahe gewesen als in dem Augenblick, als sie sich in zwei Teile zerlegte[7]. Hätten wir anders entschieden, so wäre ein Schaden für die Partei eingetreten, der schwer wiedergutzumachen gewesen wäre. Wir haben in diesem Kampf einige Schrammen davongetragen; jetzt aber haben wir die Sicherheit, daß uns niemand vorwerfen kann, daß bei uns Parteigeist herrscht, sondern daß wir mustergültig in der Staatsgesinnung sind, die wir bewiesen haben. (Lebhafter, lang anhaltender Beifall.)

Nachdem die Vorsitzende, Frau **Bäumer**, dem Referenten gedankt hat, wird in die Besprechung eingetreten.

---

7 Die demokratische Reichstagsfraktion hatte mit einer Mehrheit von nur einer Stimme (Koch–Weser) dem Eintritt ihrer Minister zugestimmt. Vgl. Schulthess 1926 S. 7.

Herr **Gothein**: Wir sind in die neue Regierung eingetreten, nicht leichten Herzens, aber aus der Empfindung heraus, daß es hier dem Vaterlande gilt. Es wäre gefährlich gewesen, aus der Kränkung heraus an der Regierungsbildung nicht teilzunehmen. Wir müssen Koch[-Weser] für sein Opfer dankbar sein.

Herr **Boss**[8] hätte gewünscht, daß der Referent ein kräftiges Wort über die Frage gesagt hätte, in deren Brennpunkt der Name Gessler steht. Der Parteiausschuß muß dazu Stellung nehmen. Die nachträgliche Berufung des Parteiausschusses entspricht nicht den Satzungen, da der Ausschuß vor den politischen Ereignissen zu berufen ist. Es ist überaus wichtig, daß er vor der Entscheidung gehört wird, und er muß das mit aller Klarheit fordern. Die anderen Parteien, bis auf die demokratische, haben ihren Parteiausschuß berufen.

Herr **Cohnstaedt**: Wir sind uns einig in der Dankbarkeit, die wir unserem Parteiführer Koch[-Weser] schulden. Wir haben die Pflicht, der Sozialdemokratie für ihre Haltung schwere Vorwürfe zu machen. Aber wir sollten uns davor hüten, die Schuld zu einseitig nur der Sozialdemokratie beizumessen. Es ist sehr fraglich, ob die Große Koalition, wenn sie zustande gekommen wäre, so fruchtbar und dauernd hätte arbeiten können, wie es unser Vorsitzender geschildert hat. Das Verhalten der Parteien rechts zeigt, daß das sehr schwer gewesen wäre. Denn es ist außer Zweifel, daß die Deutsche Volkspartei das Innenministerium nicht nur deshalb für sich verlangt hat, weil sie einen Minister mehr haben wollte, sondern weil Koch[-Weser] ihr ein zu entschiedener Demokrat an dieser Stelle gewesen wäre. Der rechte Flügel des Zentrums denkt auch nicht viel anders als die Deutsche Volkspartei; erst recht gilt das von der Bayerischen Volkspartei. Unsere Partei muß deshalb wachsam sein gegenüber der Deutschen Volkspartei. Wir draußen im Lande müssen unsere Fraktion und Minister dabei unterstützen. Von den Kräften, die dieses Kabinett zustande gebracht haben, wird es nur als ein Übergang zu einem Rechtskabinett angesehen.

Herr **Grossmann** meint, daß gegen die Beteiligung an der Regierung doch sehr gewichtige Gesichtspunkte sprechen. Dazu gehört vor allem die Person des Kanzlers selbst, der eine ungeheure Gefahr darstellt und das Kabinett andauernd nach der falschen Richtung wird ziehen wollen. Wir konnten wegen der Brüskierung Koch[-Wesers] jede Beteiligung ablehnen. Das wäre uns nicht als Parteigeist ausgelegt worden. Aber die Sache ist nun einmal geschehen, und der Parteiausschuß kann keinen gegenteiligen Beschluß fassen. Wir Demokraten müssen das Kabinett loyal unterstützen, so lange es eine Linie hält, die wir vertreten können. Freilich walten in dieser Beziehung große Sorgen ob. Man denke nur an die Fürstenabfindung. Es wird hier ein Wechselbalg herauskommen, der dann nicht mehr tragbar sein wird. Redner bespricht dann die Frage Gessler. Es ist bedauerlich, daß sich Gessler wieder zum Eintritt in das Kabinett hat bestimmen lassen. Koch[-Weser] hat auf die preußische Große Koalition hingewiesen; aber seine Bemerkungen darüber waren zu optimistisch, weil der Einfluß der Deutschen Volkspartei dort zu groß war. Redner bittet um Annahme einer Resolution betreffs Demokratisierung der Verwaltung. Werden unsere Minister unserem Standpunkt in dem Kabinett den nötigen scharfen Nachdruck

8 Wilhelm Boss, Gymnasialprofessor in Duisburg.

geben? Die Aufgaben von Külz und Reinhold, die persönlich jedes Vertrauen verdienen, sind außerordentlich schwer. Koch[-Weser] hat die Gründe hervorgehoben, die die Mehrheit der Fraktion für ihre Abstimmung ins Feld führen konnte; es wäre nun wünschenswert, aus der Fraktion heraus auch die Gründe der Minderheit zu hören.

Herr **Koch[-Weser]**: In bezug auf die letztere Bemerkung erkläre ich, daß ich glaube, meinen Bericht erschöpfend erstattet zu haben. (Sehr richtig.) Was die Einberufung des Parteiausschusses anlangt, so wäre ich mit Herrn Boss einverstanden, wenn der Parteiausschuß sich bereit erklärte, in Berlin Winterquartiere zu beziehen. Solange die Krisis nicht zu einer Klärung gekommen ist, haben die Verhandlungen des Parteiausschusses keinen Zweck, weil man sich dann nur auf Allgemeinheiten beschränken kann. (Widerspruch.) Wir sind die ganze Zeit einig miteinander gegangen; es konnte nicht darauf ankommen, sich durch juristische Beschlüsse zu binden, die nach drei Tagen veraltet sind, sondern darauf, die nötige Fühlung miteinander zu behalten. Schon während des Parteitages sind wir uns vollkommen klar darüber geworden, was zu geschehen hat. Ganz etwas anderes ist es, ob in dem Augenblick, wo die Entscheidung kommt, noch der Parteiausschuß zusammenberufen werden soll. Das hat bisher keine Partei im Reichstag verlangt. Wir konnten am Dienstag, als die Entscheidung getroffen werden mußte, nicht noch um drei Tage Aufschub bitten, nur um den Parteiausschuß vorher noch beschließen zu lassen. Herr Boss hat den § 17 unserer Satzungen auch nur zum Teil vorgelesen; die späteren Sätze (die der Redner verliest) rechtfertigen unser Verhalten[9]. Herr Koch[-Weser] wiederholt noch einmal, daß bei der jetzigen Zusammensetzung des Kabinetts sich in der nächsten Zeit politische Dinge ereignen können, die uns nicht ganz gefallen. Er bespricht dann die Frage Gessler. Der bisherige Reichswehrminister wollte in dem Kabinett der Großen Koalition nicht mitarbeiten, schon wegen seiner Stellung zur Sozialdemokratie nicht, er wollte auch in die kleine Koalition nicht hineingehen und hatte dafür die ernsthaftesten Beweggründe. Aber wir müssen doch auch fragen, was dann gekommen wäre. Hätten wir als Nachfolger Gesslers etwa Herrn Brüninghaus[10] oder Schnee[11] oder irgend einen General haben wollen? In der kleinen Koalition, wo wir auf uns allein angewiesen waren, hatten wir nicht den Anspruch auf sämtliche Ämter. Wäre die Sozialdemokratie in der Koalition gewesen, dann war es etwas ganz anderes. Dann hätte Gessler zurücktreten und durch eine geeignete Persönlichkeit in unserem Sinne ersetzt werden können. Für Gessler ist die Lösung wirklich nicht bequem. Und nun gibt es noch eine neue Überraschung durch den Fall Dittmann. Aus dem Auftreten des Herrn Canaris[12] kann man nicht auf die endgültige Haltung des Kabinetts schließen. Dieses Auftreten war unangenehm, provozierend und einseitig. Canaris hatte nur Tatsachen zu berichten, Proteste zu erheben war er nicht berechtigt. Was

9 Siehe S. 815.

10 Franz Brünninghaus (1870-1951), Konteradmiral a. D., MdR (DVP) 1920-1930.

11 Heinrich Schnee (1871-1946), Gouverneur von Deutsch-Ostafrika 1912-1919, MdR (DVP/NSDAP) Mai 1924 bis Juli 1932, November 1933-1945.

12 Wilhelm Canaris, Dezernent der Flottenabteilung in der Marineleitung, hatte ebenfalls vor dem Untersuchungsausschuß ausgesagt. Vgl. Anm. 2.

seine Beteiligung an der Begünstigung der Luxemburg-Mörder anlangt, so hat ihn Noske damals im Dienste behalten, weil es sich herausgestellt hat, daß Canaris an den fraglichen Tagen überhaupt nicht in Berlin gewesen ist. Unterscheiden Sie also zwischen dem Auftreten des Canaris und dem unbegründeten Vorwurf, er hätte als belastet gar nicht in den Ausschuß geschickt werden dürfen. Gegenüber Herrn Cohnstaedt hebt der Vorsitzende hervor, daß es für die Sozialdemokratie keine Entschuldigung gibt: Sie hat sich der Teilnahme an der Regierung versagt.

Herr **Hausberg**: Nicht um der Person Koch[-Wesers] willen hätte die Fraktion einen anderen Beschluß fassen müssen, sondern aus dem Grunde, weil Koch[-Weser] nicht abgelehnt worden ist als Person, sondern als Vertreter des deutschen Einheitsgedankens, und weil Luther den Partikularisten nachgegeben hat. Wenn die Deutsche Demokratische Partei sich versagt hätte, dann wäre die Minderheitskoalition um 32 Personen kleiner geworden. Sie hätte aber weiter bestehen können. Denn auch heute ist die Regierung ja auf die Unterstützung von rechts oder links angewiesen. Die Außenpolitik würde dann sicher in dem gleichen Sinne weitergeführt worden sein wie bisher. Daß der Parteiausschuß in dem kritischen Moment zusammenberufen wird, ist technisch unmöglich. Wir sollen zu den Führern Vertrauen haben. Aber wie kommt es, daß bei der entscheidenden Fraktionssitzung nur 20 demokratische Reichstagsabgeordnete zugegen gewesen sind? Wo waren denn die anderen in der Schicksalsstunde?

Herr **Meyer** (Berlin) beantwortet diese Frage folgendermaßen: Die Situation stand am Sonnabend so, daß sie als völlig geklärt gelten konnte, niemand in unserer Fraktion hat damals mit dem Dazwischentreten der Bayerischen Volkspartei gerechnet. Da Montag und Dienstag parlamentsfrei war, haben unsere auswärtigen Kollegen es nicht für erforderlich gehalten, in Berlin zu bleiben, sondern sich ihren Geschäften zu Hause gewidmet. (Zwischenruf: Eisenbahn!) Dieser Zwischenruf ist nur gerechtfertigt, wenn Sie dem Fraktionsvorstand die Voraussicht zumuten, daß am Montag sich eine wichtige Änderung vollziehen wird. Koch[-Weser] hat gesagt, die Fraktion wäre in der Ablehnung völlig einig gewesen, wenn er nicht seinen Verzicht ausgesprochen hätte. Ich füge hinzu, sie wäre darin einig gewesen, wenn er nicht sein ganzes Gewicht eingesetzt hätte für den Eintritt in die Regierung. Denn Koch[-Weser] hatte sich ja geweigert, in jedes Kabinett einzutreten, und so fehlte uns die Fahne, um die wir hätten kämpfen können. Der Widerspruch gegen Luther ist erst nachträglich gekommen; niemand hat daran gezweifelt, daß nach dem Scheitern der Großen Koalition Luther der gegebene Mann für den Reichskanzlerposten war. Hausberg gegenüber bemerkt der Redner: Wenn wir nicht in die Regierung eingetreten wären, so wäre entweder ein Beamtenkabinett gekommen, eine Lösung, die den Bankrott des Parlamentarismus deutlich kundgibt, oder die Auffüllung des Rumpfkabinetts Luther. Dies hätte bedeutet, daß nicht nur das Reichswehrministerium von Gessler auf Brüninghaus übergegangen wäre, sondern daß auch alle anderen Ministersessel in einem uns ungünstigen Sinne besetzt worden wären, und daß insbesondere in das Ministerium des Innern ein Gegner der Demokratie gekommen wäre. Es wäre auch möglich gewesen, daß Luther auf die Kabinettsbildung verzichtet hätte und daß Herr Marx oder Herr Gessler beauftragt worden wäre. Die von diesen zusammengestellte Ministerliste hätte dann nicht anders ausgesehen als die jetzige. Alsdann hätten unsere Wähler gesagt: Wozu der ganze Radau und die

Verzögerung bei einer so kritischen Lage? In bezug auf den Fall Gessler (in diesem Augenblick tritt Gessler, stürmisch begrüßt, in den Saal) ist zu sagen: Die Fraktion konnte unmöglich an seiner Person im Kabinett Anstoß nehmen, da doch die ganze Kombination gerade durch das parteitreue Verhalten Gesslers herbeigeführt worden war[13]. Haben Sie das Vertrauen zu uns, daß wir die Ziele unserer Partei zur Geltung bringen werden!

Herr **Bernhard**: Gegen Luther ist schon vorher ein starkes Mißtrauen vorhanden gewesen, aber es wäre unklug gewesen, dies in der Presse kundzugeben. Daß Mißtrauen war auch sehr wohl berechtigt, wie der Verlauf der Kabinettsbildung bezeugt. Aber wie dem auch sei, jetzt handelt es sich nur um die Frage, wie verhalten sich unsere Freunde im Kabinett? Koch[-Weser] hat schon von vornherein darauf aufmerksam gemacht, daß Entscheidungen fallen werden, die uns nicht passen werden. Aber unsere drei Minister im Kabinett haben doch eine besonders starke Position, da sie mit ihrem Austritt drohen können. Dazu gehört freilich, daß sie sich mit der Partei solidarisch erklären. Das möchte ich besonders hinsichtlich Gesslers betonen. Der Gessler des neuen Kabinetts ist für uns ein anderer als der in dem früheren Kabinett. (Gessler schüttelt den Kopf.) Denn er hat sich bei der Bildung der Regierung mit der Partei ausdrücklich solidarisch erklärt, und diese Solidarität ist akzeptiert worden. Redner spricht in diesem Zusammenhang über die letzten Vorgänge im Untersuchungs-Ausschuß. Gessler muß sich als politischer Minister fühlen und darf nicht einmal den Eindruck erwecken, als ob er sich mit den Offizieren seines Ressorts solidarisiert.

Der **Vorsitzende** verliest eine Resolution Bäumer-Frankfurter-Stubmann[14] und dann noch einen zweiten Antrag.

Herr **Gessler** (mit Beifall begrüßt) spricht zunächst über die Regierungsbildung[15]. Ich bin seit 1919 im Kabinett. Wer da weiß, was das für eine Fülle von Aufregungen bedeutet und was mich an persönlichem Leid getroffen hat und wem bekannt ist, daß der Arzt mir mit Rücksicht auf mein Befinden dringend Enthaltung von den Staatsgeschäften angeraten hat, der darf mir glauben, daß ich mein Amt gern niedergelegt hätte. Ich bin aber im Amte geblieben, weil für mich kein Nachfolger zu finden gewesen ist. Dieser Meinung ist auch Ebert stets gewesen. Auch im Kabinett Marx habe ich mich stets im engsten Einverständnis mit dem Parteivorsitzenden gehalten. Ebert hat mit seinem Rücktritt gedroht, wenn ich nicht bliebe. Redner weist auf das entschiedenste zurück, daß er jemals bei den Bemühungen um das Kabinett Marx im vorigen Januar gegen Koch[-Weser] intrigiert hätte. Im letzten Dezember habe ich gegenüber Luther und Hindenburg energisch die Wiederaufnahme in das Ministerium abgelehnt. Da kam eines Abends Brauns[16] zu mir, um mir mitzuteilen, bei meiner dauernden Weigerung würde es nicht zu einem parlamentarischen Kabinett kommen, sondern zu einem Beamtenkabinett, was eine Bankrotterklärung des Parlamentarismus bedeuten würde. Ich habe Brauns erklärt: Ich bin bereit, eine

13 Vgl. unten.

14 Siehe unten.

15 Vgl. den subjektiven, aber amüsanten Bericht über diese Gessler-Rede bei Feder S. 32f.

16 Heinrich Brauns (1868-1939), MdR (Z) 1919 bis März 1933, Reichsarbeitsminister 1920-1928.

Aussprache von ihm mit Koch[-Weser] zu vermitteln. Brauns hat dann zu Koch[-Weser] ebenso gesprochen. Darauf haben dann Koch[-Weser], Haas, Erkelenz und ich über die Lage verhandelt, und darauf habe ich allerdings auf Wunsch der drei Herren unter ausdrücklicher Zustimmung von Erkelenz mich dem Reichskanzler gegenüber bereit erklärt, mein Amt zu behalten, wenn eine Koalition der Mitte, d. h. eine Einigung mit den Demokraten zustande kommt. Luther hatte ausdrücklich die Formel „Kabinett der Mitte" gewünscht, damit ich nicht bei der Anrechnung der Ministerien den Demokraten zugerechnet würde. Da kam der Montag-Artikel von Wolff[17], der eine Art Absage für mich darstellte. Entweder bin ich Parteiminister, dann verlange ich auch eine Deckung durch die Partei. Womit ich keineswegs sachliche Kritik zurückweise. „Man hat mich in den ersten Jahren für dumm gehalten, jetzt hält man mich für schlau: Die Wahrheit liegt in der Mitte. (Große Heiterkeit.) Die Dummschlauen sind die Gefährlichen, ich warne Sie deshalb vor mir." (Stürmische Heiterkeit.) Bei den Angriffen, die die demokratische Presse gegen mich gerichtet hat, bedauere ich, daß sie es nicht für nötig gehalten hat, sich zunächst mit mir in Verbindung zu setzen, um den wahren Tatbestand festzustellen. So habe ich unfreundliche Kritik gerade in der demokratischen Presse gefunden. Freilich darf ich keine Staatsgeheimnisse verraten, ich darf auch sonst meine Karten nicht offen aufdecken, weil ich dann nicht weiter spiele. Redner bespricht dann den Fall Canaris. Persönlich ist dieser Mann tadellos. Sachlich bin ich mit ihm absolut nicht einverstanden über die Art, wie er gestern im Ausschuß aufgetreten ist. Wir müssen jede Verantwortung für das, was hier geschehen ist, ablehnen und haben im Reichswehrministerium gar keine Veranlassung, das zu decken. Meine Vertreter haben auch nur den Auftrag, sich auf die Mitteilung von Tatsachen zu beschränken. Gutachten sollen sie nicht abgeben. Nun hat der Vorsitzende Dr. Philipp[18] den Herrn Canaris über Dinge reden lassen, über die zu sprechen er gar keinen Auftrag hatte. Bedenken muß man allerdings, daß die Offiziere nervös geworden sind. Das militärische Denken ist nun einmal anders als das zivile. „Wenn ich einem Offizier sage: ‚Du gehst da und da hin und läßt Dich totschießen' – den Offizier möchte ich sehen, der dagegen Einspruch erhebt. Wenn ich aber meinen Geheimräten dasselbe sage, so protestieren sie und bitten um eine Nachprüfung." (Große Heiterkeit.) Ich werde morgen dem Ausschuß einen Brief schicken, der wohl die Sache in Ordnung bringen wird. Ich bin niemals Vorwürfen aus dem Wege gegangen. Aber wenn irgendwo eine Reichswehrkapelle spielt, dann darf man nicht dafür den Minister verantwortlich machen. Die Verfassung garantiert die politische Meinungsfreiheit der Beamten. Der Eid auf die Verfassung zwingt auch uns dazu, das anzuerkennen. Ich harre des Beweises, daß jemand in der Reichswehr mir genannt wird, der seine Pflicht gegen die Verfassung nicht getan hat. Eine einzige Ausnahme hat es gegeben: den Fall

17 In seinem Leitartikel im Berliner Tageblatt v. 19.1.1926 „Wünsche an einer leeren Wiege" hatte Wolff u. a. geschrieben: „Zu erwähnen bleibt, daß Gessler zum zwölften Mal Reichswehrminister geworden ist – nicht von den Demokraten vorgeschickt, sondern von Luther ernannt. Wir wünschen ihm, daß ihm beim zwölften Male all das gelingen möge, was ihm, gewiß nicht immer durch eigene Schuld, elfmal mißlang."

18 Albrecht Philipp (geb. 1883), MdR (DNVP) 1919-1930, Vorsitzender des Untersuchungsausschusses.

Lossow[19]. Aber Lossow ist mit schlichtem Abschied aus dem Amte entlassen, während seine bürgerlichen Genossen, die Herren Kahr usw. noch im Amte sind. Man darf auch nicht vergessen, daß in der Weimarer Nationalversammlung das Reichswehrgesetz im Sinne des Föderalismus gerade durch sozialdemokratische Minister so gestaltet worden ist, wie es jetzt ist. Ich beklage mich darüber, daß ein Teil unserer Presse die persönliche Kampfesweise der sozialdemokratischen Presse gegen mich mitgemacht hat. Dagegen wehre ich mich. Bei Justizskandalen greift ja auch keiner den Justizminister selbst an. Ich bin bereit zur Solidarität, wenn sie angenommen werden sollte. Ich bin freilich mißtrauisch und glaube noch nicht recht daran. Aber dann muß das auf Gegenseitigkeit beruhen. (Beifall.) Sie schaden nicht mir, sondern der Partei. Ich bin eine Persönlichkeit in Deutschland und wenn die Deutsche Demokratische Partei mit dieser Persönlichkeit nichts zu tun haben will als einer minderwertigen, dann stoßen Sie hunderte und tausende unserer Parteigenossen vor den Kopf. Ich habe immer Parteidisziplin gewahrt. Ich habe keinen politischen Ehrgeiz und wäre froh, wenn ich von der ganzen Sache nichts mehr sähe und hörte. Immer bin ich entschiedenster Gegner der Diktatur gewesen, trotzdem habe ich sehr unfreundliche Bemerkungen in dieser Beziehung gegen mich gelesen. Ich sage Ihnen offen, ich würde mich nicht scheuen, die Diktatur zu vertreten, wenn davon die Rettung des Vaterlandes abhängt. Aber ich halte das für den allergrößten Blödsinn. Wir müssen, um das Vertrauen des Auslandes zu behalten, parlamentarische Zustände aufrechterhalten; wir brauchen den Parlamentarismus, um der Krisis des Staates und der Partei zu begegnen. Ich habe mich nicht als Diener der Partei und der Fraktion gefühlt, aber ich bin immer bereit gewesen, mich mit der Partei auseinanderzusetzen, und bleibe in keinem Kabinett, zu dem die Demokratie in der Opposition steht. Im Zusammenhang mit dem Hinweis auf die eben gehörten kritischen Bemerkungen Bernhards und die Haltung der "Vossischen Zeitung" überhaupt erzählt Redner: „Mein Ministerialdirektor, der jetzt in Pension geht, hat dieser Tage zu mir gesagt: ‚Ich stehe auf dem Standpunkt der Vossischen Zeitung'. Ich wußte nicht, sollte ich diese Äußerung nun als Affront für mich ansehen oder als eine Huldigung für den demokratischen Gedanken. (Stürmische Heiterkeit.) Ich habe schließlich das letztere getan." Wenn man deutsche Politik machen will, dann muß man die Reichskarte in die Hand nehmen und sich klarmachen, daß manches, was in Berlin großen Beifall findet, in Stuttgart, Hamburg ganz anders betrachtet wird. In 100 Jahren wird man vielleicht das, was Sie als einen Fehler an mir ansehen, meine Dickhäutigkeit und Beharrlichkeit (Heiterkeit), mit ganz anderen Augen betrachten und sehen, daß ich eine bestimmte Linie eingehalten habe: Das Heer darf nicht Parteiinstrument sein, es muß ein Staatsinstrument sein, das Heer muß sich in der Politik absolut zurückhalten. Den einzelnen auf seine politischen Überzeugungen zu kontrollieren, das kann ich im Hinblick auf die Verfassung nicht. „Ich bleibe der Alte, bessern Sie sich!" (Große Heiterkeit.) Dann bin ich überzeugt, daß wir das Reich wieder aus dieser schwierigen Lage herausbringen werden. (Stürmischer Beifall.)

Herr **Reinhold**: Ich bin nach Berlin gefahren, weil die Not ruft, und trete mit dem jugendlichen Optimismus an meine Aufgabe heran. Die ungeheure Wirtschaftsnot

19 Siehe Nr. 110 Anm. 2.

würdige ich vollständig. Vernünftige Handelspolitik und vernünftiges Steuersystem sind die einzigen Maßnahmen, die uns dauernd aus der Not herausbringen werden. Der Hauptgrund an den jetzigen kläglichen Zuständen ist die zu starke Steuererhebung, die Überfüllung der öffentlichen Kassen bei Blutleere der Wirtschaft. Wir müssen sofort prüfen, welche Gesamtbelastung denn die deutschen Steuerzahler tragen können, und die Lasten durch rigoroseste Sparsamkeit erträglich machen. Ich bin kein Minister des Glücks, sondern der Not, aber ich habe die Überzeugung, daß die Quellen deutscher Kraft gerade in der höchsten Not am reichlichsten sprudeln und daß das deutsche Volk die Stärke und den Willen finden wird, wirklich vorwärts zu kommen. Helfen Sie mir durch Kritik und noch mehr durch Ihr Vertrauen! (Bravo!)

Frau **Bäumer** bezeichnet den Fall Gessler als ein ungelöstes Problem. Wenn Gessler sagt, das Heer müsse Staatsinstrument sein, dann müsse hinzugefügt werden, daß das Heer auch volkstümlich sein müsse. Daran fehle es jetzt sehr. Das hänge an dem Unterschied zwischen militärischem und bürgerlichem Denken. Dieser Gegensatz muß beseitigt werden. Als Mitglied der Fraktion, die der Minderheit angehört hat, erklärt dann die Rednerin: Der Parlamentarismus wird schwer kompromittiert, wenn man den Fraktionen erlaubt, Kritik an den Personalangelegenheiten anderer Parteien zu üben. Wir konnten unseren Standpunkt aber nur aufrechterhalten, wenn wir überzeugt gewesen wären, daß die ganze Partei draußen das verstanden hätte. Aber daran war zu zweifeln. Wir müssen uns jetzt geschlossen hinter das neue Ministerium stellen, weil wir dahin zu wirken haben, daß dieses Kabinett einen Übergang zur Großen Koalition bedeutet. Darum dürfen wir auch das Übelwollen der Deutschen Volkspartei nicht in aller Breite an den Pranger stellen.

Herr **Tempel**[20]: Die Abstimmung unserer Reichstagsfraktion haben wir Bayern als taktisch sehr glücklich empfunden. Sie hat uns bayrischen Demokraten sehr genützt. Wir vertrauen auch, daß der Vorsitzende den Parteiausschuß dann einberuft, wenn Not am Mann ist. Wir haben zur Fraktion volles Vertrauen. Der Sozialdemokratie müssen wir ihren großen Fehler vorhalten. Unter Beifall erklärt der Redner, daß die Nürnberger Demokraten geschlossen hinter Oberbürgermeister Luppe stehen[21].

Herr **Erkelenz**: Die Sache Gessler ist nicht so leicht, wie es anscheinend ein Teil des Parteiausschusses aufgefaßt hat. Wir mußten verhindern, daß ein Kabinett gebildet wurde, das seine Politik mit rechts macht. In diesem Kabinett konnten wir mit den Sozialdemokraten wegen deren negativer Haltung nicht zusammen gehen. Aber wir müßten dahin streben, daß die Politik ebensowohl mit links wie mit rechts gemacht werden konnte. Gessler hat dadurch, daß er sich mit der DDP solidarisierte, dem Vaterland einen großen Dienst geleistet. Es sind aber in der Reichswehr Dinge vorgekommen, die man nicht mehr verteidigen kann. Nur ein Fall: Wie konnte es geschehen, daß an dem Begräbnis von

20 Adam Tempel, Obersteuerinspektor in Nürnberg.

21 Luppe hatte sich gezwungen gesehen, einen Prozeß gegen den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Streicher anzustrengen, der ihn im „Stürmer" angegriffen hatte. Streicher wurde zu zwei Monaten Gefängnis und zur Zahlung der Prozeßkosten verurteilt. Vgl. Demokrat v. 7.1.1926 Nr. 1.

Richthofens[22] alle vaterländischen Verbände teilnahmen, aber nicht das Reichsbanner? Wir müssen uns mit Gessler auseinandersetzen, damit die streitigen und belastenden Punkte ausgeräumt werden. Gessler tut das, was im Interesse der Republik liegt, zuviel im stillen; er sollte sich an Severing ein Beispiel nehmen, in dessen Verwaltung es nicht anders ist als in der Reichswehr, der aber von Zeit zu Zeit eine große Aktion macht zugunsten der Republik. Wenn wir in das Kabinett nicht eingetreten wären, wäre vermutlich ein Kabinett Gessler gekommen. Gessler ist viel besser als Reichskanzler denn als Reichswehrminister. Freilich hätte ein Ministerium Gessler aus außenpolitischen Gründen (Gerede von der Militärdiktatur) starke Bedenken gegen sich gehabt. Wir dürfen die gestrige Entscheidung nicht als eine solche auffassen, die uns für alle Ewigkeiten festlegt.

Herr **Halstenberg** bedauert, daß wir uns viel mehr über das Vergangene unterhalten, als daß wir auf die Zukunft blicken. Der Reichswehrminister muß eingreifen gegenüber der Haltung, die Reichswehroffiziere gegen das Reichsbanner einnehmen. Gegenüber Reinhold bemerkt Redner: Solange man versucht, die Bedürfnisse von Reich, Ländern und Gemeinden aus einem großen Topf von Berlin aus zu befriedigen, solange werden wir an diesen schlechten Verhältnissen leiden. Das Reich muß es den Ländern und Gemeinden überlassen, selbst sparsam und so wirtschaftlich zu arbeiten wie nur möglich; sie müssen dann aber auch selbst über ihre Steuern beschließen können. Notwendig ist daher ein Abgehen von dem Erzbergerschen Steuersystem, und zwar tunlichst bald. Ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ist erträglich, wenn demokratische Politik gemacht wird. Eine Berufung des Parteiausschusses nach dem Wunsche von Boss war in diesem Falle nicht möglich.

Herr **Stephan** verliest eine Resolution Falk über das besetzte Gebiet[23].

Alsdann wird auf Antrag Moering[24] die Debatte geschlossen.

Herr **Koch[-Weser]** beschränkt sich in seinem Schlußwort auf wenige Bemerkungen. Bei der langen Krisis mußte die Idee um der Tat willen preisgegeben werden. Sonst hätte die Entwicklung zum Untergang des Parlamentarismus geführt und der Partei wäre eine ungeheure Verantwortung auferlegt worden. Indem wir gehandelt haben unter Verzicht darauf, in diesem Augenblick die berechtigte Idee des Unitarismus ausschlaggebend zu machen, haben wir uns und dem Vaterland einen Dienst erwiesen. Die "Kreuzzeitung" hatte schon begonnen, die Haltung der Deutschen Demokratischen Partei als den Ausbund persönlicher Eitelkeit des Vorsitzenden hinzustellen; nach der Entscheidung hat das Blatt die Demokratie gelobt, dagegen die Bayerische Volkspartei wegen ihrer Schwachheit und Nachgiebigkeit getadelt. Das gibt einen Fingerzeig dafür, wie die Sache demagogisch ausgenutzt worden wäre, wenn wir nicht an der Regierung teilgenommen hätten. Für alle künftigen Kabinettsbildungen ist unser Prestige nicht geschwächt, sondern gestärkt. Wir können also in dieser Frage bestehen. Und nun haben wir einen schweren Weg vor uns, nämlich in der Koalition der Mitte unsere

22 Manfred Freiherr von Richthofen, ehemaliger Kommandeur der Garde-Kavallerie-Division.

23 Siehe unten.

24 Ernst Moering, Pfarrer in Breslau.

Anschauungen durchzusetzen. Dabei werden wir unsere ganze Kraft einsetzen. Die Demokratie wird stark genug sein zu verhindern, daß über unser Vaterland Unheil hereinbricht.

Nunmehr folgen die Abstimmungen über die drei vorliegenden Resolutionen. Sie werden sämtlich einstimmig angenommen. Ihr Wortlaut ist folgender:

1. Resolution Bäumer–Frankfurter–Stubmann

„Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei spricht dem Parteivorsitzenden Koch[-Weser] sein volles Vertrauen und seinen wärmsten Dank aus für die Führung der mit der Regierungsbildung zusammenhängenden Aufgaben.

Der Parteiausschuß ist einig in der dankbaren Anerkennung, daß in beiden Stadien der Regierungsbildung nach dem Rücktritt der Deutschnationalen von der nationalen Verantwortung die Haltung unseres Führers die Grundsätze der Partei und ihre vaterländische Verantwortlichkeit in vollstem staatspolitischem Sinne zur Geltung gebracht hat.

Der Parteiausschuß bedauert, daß die Sozialdemokratie in parteiegoistischer Verkennung der großen außen- und innenpolitischen Aufgaben, zu denen in der gegenwärtigen Lage Deutschlands gerade die republikanischen Parteien berufen sind, ihre Mitwirkung versagt und die Große Koalition unter demokratischer Führung zum Scheitern gebracht hat.

Der Parteiausschuß erkennt an, daß nach diesem Versagen der Sozialdemokratie die Bildung einer Minderheitsregierung der Mittelparteien die einzige parlamentarische Möglichkeit war, in gefährdeter Lage des deutschen Volkes die deutsche Politik wieder aktionsfähig zu machen. Die Nachgiebigkeit des Reichskanzlers und der beteiligten Parteien an die partikularistischen Tendenzen der Bayerischen Volkspartei verurteilt der Parteiausschuß auf das nachdrücklichste; er sieht in ihr eine folgenschwere Gefährdung des Reichsgedankens, in dessen Vertretung er sich mit seinem Führer Koch[-Weser] in vollem Umfange eins weiß. Diese Nachgiebigkeit macht die Beteiligung der Demokratischen Partei an der Regierung zu einem schweren Opfer, dem der Parteiausschuß nur um der kritischen parlamentarischen Lage willen im Staatsinteresse zustimmt.

Der Parteiausschuß erwartet von der jetzigen Regierung, daß sie in ihrer Innenpolitik den Geist der Republik und der Reichseinheit vertritt und in der Außenpolitik die mit dem Vertrag von Locarno begonnene Linie mit nationaler Entschiedenheit und im Geiste der europäischen Verständigung weiterführt."

2. Resolution Grossmann–Darmstädter[25] und Genossen[26]

„Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei richtet an die der Partei angehörenden Minister und an die Fraktionen das dringende

25 Fritz Darmstädter-Helversen, Prokurist in Berlin.

26 Die Resolution Grossmann hatten mit unterzeichnet: Halstenberg, Wendorff, Moering, Krell, Satz, Bornemann, Hausberg, Behrendt, Varrentrapp, Heese.

Ersuchen, mit größter Entschiedenheit auf die Republikanisierung der Verwaltung, der Justiz, des Unterrichtswesens und der Reichswehr hinzuarbeiten. Insbesondere ist die Abstellung an der Justiz, an den Universitäten, an den höheren Lehranstalten u. a. herrschenden außerordentlichen Mißstände das erste Erfordernis einer demokratischen Innenpolitik. Es ist vor allem dafür Sorge zu tragen, daß die in Frage kommenden Personalreferate der Ministerien in die Hände von verfassungstreuen Republikanern gelegt werden."

3. Resolution Falk–Erkelenz und Genossen[27]

„Der Parteiausschuß erhebt den lebhaftesten Widerspruch gegen die gesteigerte Belastung, die dem besetzt bleibendem Gebiete durch die vermehrte Truppenstärke der Besatzung entgegen den in Locarno gegebenen Zusicherungen auferlegt werden soll.

Der Parteiausschuß verlangt mit größtem Nachdruck, daß der „Geist von Locarno" sich vor allem in einer sofortigen und sichtbaren Änderung des Besatzungsregimes durchsetzt, daß die Zeitdauer der Besetzung auf ein Mindestmaß beschränkt wird und daß das Saargebiet in kürzester Zeit die Möglichkeit erhält, in freier Abstimmung seine Zukunft zu bestimmen."

Der Vorsitzende, Herr **Koch[-Weser]**, schließt darauf die Versammlung mit Dankesworten.

Schluß 15 Uhr.

27 Die Resolution Erkelenz hatten mit unterzeichnet: Halstenberg, Lebach, Heese, Tiemann, Boss, Natzler, Mayer; ein Name unleserlich.

130.

10.3.1926: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: Koch-Weser. Beginn: 11.30 Uhr. Ende: 18 Uhr. Ort: Preußischer Landtag.

Der Vorsitzende, Herr **Koch[-Weser]**, eröffnet die Sitzung um 11.30 Uhr mit einer Begrüßung der Erschienenen und teilt mit, daß eine Mittagspause in Aussicht genommen sei, um eine recht gründliche Aussprache zu ermöglichen.

Einziger Punkt der Tagesordnung ist

die Stellung der Parteien zum Volksbegehren[1]

Freiherr von Richthofen referiert über den Inhalt des soeben abgeschlossenen Kompromisses betr. der Fürstenabfindung[2]. Der jetzige Entwurf sei das Produkt

1 Vom 4.–17.3.1926 lief das von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam unterstützte Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürsten. Vgl. Schulthess 1926 S. 51.

2 Am 2.2.1926 hatten die Koalitionsparteien im Rechtsausschuß des Reichstags einen Kompromißantrag über die Abfindung der früheren Fürstenhäuser eingebracht. Danach sollte ein Reichssonder-

der ersten Lesung; bei der zweiten Lesung würden wesentliche Änderungen wohl nicht mehr vorgenommen werden. Zugestimmt hätten diesem Kompromiß Demokraten, Zentrum, Deutsche Volkspartei, Bayerische Volkspartei und Wirtschaftliche Vereinigung. Der Referent behandelt besonders ausführlich die Frage der Rückwirkung des geplanten Gesetzes, die nicht zustande gekommen sei, aber auch kaum praktischen Zweck hätte, da dort, wo endgültige Vereinbarungen zwischen Ländern und Fürstenhäusern schon abgeschlossen sind, keiner von beiden Teilen eine Wiederaufrollung der Angelegenheit wünsche. Das treffe auch auf Braunschweig zu. Rückwirkende Kraft habe das Gesetz aber für den Fall, wo bisher nur erst eine teilweise Auseinandersetzung stattgefunden habe. Sodann erörtert der Redner eingehend die Frage der Zusammensetzung des Gerichts und bezeichnet es zum Schluß als wünschenswert, daß die Demokratische Partei dem Kompromiß zur Annahme verhelfe.

Herr **Koch[-Weser]** bedauert, daß die Partei in dieser Frage ein Bild so mangelhafter Geschlossenheit zeige, wie er es seit Beginn seiner Stellung als Parteiführer noch nicht erlebt habe und wie er es auch nicht wieder erleben möchte. Ein wesentlicher Grund für die unerfreuliche Lage ist die Haltung der Sozialdemokratischen Partei, die sich veranlaßt gesehen hat, sich zu radikalisieren. Das ist keine Erscheinung, die sich nur auf Deutschland beschränkt, man findet sie auch in anderen Ländern, beispielsweise macht die Sozialdemokratie es genauso in Frankreich. Das kommt daher, daß diese Partei eine Klassenpartei ist und daß ihr ein agitatorischer Erfolg lieber ist als ein Erfolg für die Republik. Der Referent wendet sich dann gegen Stimmen aus unserer Partei, die den Demokraten nahelegen, ihre Handlungsweise derjenigen der Sozialdemokraten anzupassen. Eine Partei stirbt daran, wenn man von ihr mit Recht sagen kann, daß sie keine selbständige Politik betreibt, sondern die Politik einer anderen Partei. Es ist auch falsch, daß es für die Sozialdemokratie vorteilhaft ist, wenn wir bei jeder Gelegenheit zu den offiziellen Beschlüssen der Sozialdemokraten Ja und Amen sagen. Daß wir unsern Kurs nicht ändern, dafür sorge ich, solange ich an der Spitze der Partei stehe. Unser Kurs geht nicht nach rechts, aber wir machen auch nicht jede Kurve mit, die die Sozialdemokratie nach links zu machen für angemessen hält. Wir haben im Reichstag die Frage der Fürstenabfindung auf Veranlassung unserer preußischen Freunde aufgerollt[3]. Damals standen wir selbst unter dem Eindruck, daß es höchst unwahrscheinlich sein würde, ein Reichsgesetz im Sinne der preußischen Wünsche durchzusetzen. Das war auch die allgemeine Meinung. Wir haben trotzdem unseren Antrag eingebracht, und wir haben die Stimmung im Lande für ein rücksichtsloses Vorgehen gegen die übertriebenen und ungeheuerlichen Forderungen der Fürsten unsererseits geschaffen. Das hat nicht die Sozialdemokratie getan, die ja überhaupt nur auf ihre eigenen Parteifreunde

---

gericht unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten aufgrund des Reichs-, Landes- und Gewohnheitsrechts die Rechts- und Eigentumsverhältnisse klären und die Auseinandersetzung „nach Billigkeit" vornehmen. Vgl. a. a. O. S. 23 f.; ferner den Artikel von Brodauf „Der Todeskampf des monarchischen Gedankens" in: Hilfe v. 14.2.1926 Nr. 4.

3 Die preußischen Protokolle sagen über eine solche Initiative nichts aus. Der Antrag der Reichstagsfraktion war am 2.12.1925 zugleich mit einem kommunistischen und einem sozialdemokratischen Antrag beraten und dann an den Rechtsausschuß überwiesen worden. Vgl. Sten. Ber. Bd. 388 S. 4716-4740 u. 4745-4762; ferner Nr. 129 Anm. 3 u. 4.

wirken kann, während wir auch die Kreise über unsere Partei hinaus zu beeinflussen vermögen. Hierdurch sind wir dazu gekommen, Schritt für Schritt bei den Parteien rechts Terrain zu gewinnen. Selbstverständlich gehörte dazu auch das Motiv, daß in allerletzter Linie die Drohung mit dem Volksentscheid stand. Aber dieses Moment mußte in der Reserve bleiben, und der Volksentscheid mußte ein Ziel haben, das auch wirklich die Mehrheit des Volkes für sich gewinnen konnte. Da ist der Sozialdemokratie der schwere Vorwurf zu machen, daß sie der kommunistischen Agitation nachgegeben hat und zu früh mit einem Antrag herausgekommen ist, ohne daß der Versuch einer Verhandlung mit uns vorher stattgefunden hätte. Der Angelpunkt der schwierigen Situation ist der Anschluß der Sozialdemokratie an die Kommunistische Partei. Wir konnten das Volksbegehren damals deswegen nicht mitmachen, weil der Erfolg der gesetzgeberischen Arbeit dadurch illusorisch geworden wäre und die Anrufung des Volksentscheides voraussichtlich dazu geführt hätte, daß nichts zustande kam. Vor allem konnten wir den Volksentscheid nicht mitmachen, weil er in seinem Inhalt (entschädigungslose Enteignung) außerordentlich bedenklich ist. Wenn der Volksentscheid gemacht werden sollte, so hätte er eine entschiedenere Fassung haben müssen als das jetzt zustande gekommene Kompromiß, aber nicht die entschädigungslose Enteignung. Warum gab denn nun damals die Partei nicht die Parole gegen das Volksbegehren aus und hat die Wirrnis entstehen lassen? Darauf ist zu sagen: Man kann manchmal keine Parole ausgeben, ohne das zu schädigen, was man erreichen will. Notwendig war nur, daß wir unsere Parteifreunde im Lande aufklärten, und das haben wir in zwei Schriftstücken[4] getan. Wenn wir uns öffentlich gegen das Volksbegehren gewandt hätten, dann hätten wir unsere Situation im Ausschuß geschädigt. Es war sehr nützlich, daß im Lande eine immer entschiedenere Stimmung durchgriff; aber jede Agitation muß dann ein Ende finden, wenn es darauf ankommt, nunmehr sachlich das in die Scheunen zu bringen, was man durch die Agitation erreichen wollte. Sollten wir jetzt noch weiter warten? Wenn wir jetzt die Sache ohne Kompromiß hätten laufen lassen, dann wäre die Neigung der Rechtsparteien, ein Kompromiß mit uns zu schließen, rettungslos vorbei gewesen. Deshalb mußten wir den Augenblick abpassen, wo wir etwas zustande bringen konnten. Lesen Sie die Zeitungen der Rechten und beachten Sie, was ihr unangenehmer ist, ob Kompromiß oder Volksentscheid! Ganz sicher das erstere. Was das Kompromiß anlangt, so ist von besonderer Bedeutung die Tatsache, daß es gelungen ist, Vereinbarungen zu treffen, die weit hinaus gehen über den ursprünglichen demokratischen Antrag. Die materiell-rechtlichen Bestimmungen des Gesetzentwurfes sind so gestaltet, daß dem Ermessen nur noch in geringem Umfang Spielraum bleibt und im wesentlichen eine Beschränkung der Fürsten auf ihr unbestritten aus privaten Titeln und mit privaten Mitteln erworbenes Eigentum gewährleistet wird. Alle bisher in der öffentlichen Meinung umstrittenen Objekte, wie der durch öffentliches Recht den Hohenzollern und ihren Nebenlinien zugefallene Grundbesitz, gehen jetzt in das Eigentum des Staates über. Das gleiche gilt für die Schlösser, Museen, Theater, Parks, usw., die aus Gründen der Billigkeit den Fürsten nur solange gewährt wurden, als sie Träger der Souveränität

4 Ende Februar/Anfang März hatte die Reichsgeschäftsstelle vertrauliche Rundschreiben zum Thema der Fürstenabfindung verschickt. DDP/Staatspartei R 45/III 34.

waren. Weiterhin ist es nach harten Auseinandersetzungen gelungen, die Zusammensetzung des Reichssondergerichts befriedigend zu gestalten. Diese Zusammensetzung trägt dem Umstande Rechnung, daß es sich um die Entscheidung über eine Frage handelt, die nicht nur nach formal-rechtlichen, sondern auch nach staatspolitischen, wirtschaftlichen und sozialpolitischen Grundsätzen geregelt werden muß. Eine etwaige Aufwertung der Fürstenvermögen geschieht künftighin im Rahmen der allgemeinen Aufwertungsgesetze. Die Rückwirkung des Gesetzes ist auf diejenigen Fälle ausgedehnt, die noch strittig sind und bei denen deswegen ein Interesse an einer Nachprüfung vorhanden ist. In den übrigbleibenden Fällen würden die betreffenden Landtage von dem Recht der Revision ohnehin keinen Gebrauch machen. Das den Fürsten zugesprochene Privatvermögen darf aber auch nicht zu politischen Zwecken mißbraucht werden, im Falle des Mißbrauchs tritt eine Vermögenssperre ein. Was wünschen nun die Gegner innerhalb der Partei? Daß sie durch ihre Vorgehen mehr erreichen, als in dem Kompromiß enthalten ist, das ist unmöglich, wie ich oben gesagt habe. Einer anderen Meinung ist auch wohl nur der kleinere Teil der Opposition. Der größere Teil von ihnen besteht aus Herren, die den Willen haben, uns durch Fortsetzung der Bewegung zu helfen. Es gibt aber eine Grenze. Wenn man mit der einen Hand ein Kompromiß schließt, dann können und dürfen die anderen Kontrahenten von dem Parteiführer erwarten, daß er nicht heimlich eine Fortsetzung der Agitation fördert. Es kommt jetzt darauf an, die Rechte an dem Kompromiß festzuhalten. Gestern abend hat die Deutsche Volkspartei dem Kompromiß zugestimmt. Man hat uns aber gefragt: Wie könnt Ihr von uns verlangen, daß wir das Kompromiß machen, wenn ein Teil Eurer Partei fortwährend zur Teilnahme an dem Volksbegehren auffordert? In diesem Vorgehen liegt auch der ungeheure Fehler, daß das Kompromiß diskreditiert wird, und zwar nicht nur bei den Mitgliedern der eigenen Partei. Wir brauchen die Sozialdemokratie zu dem Kompromiß; glauben Sie, daß Sie den Freunden des Kompromisses in der Sozialdemokratie helfen, wenn Sie es schlecht machen? Die Sozialdemokratie hat das Volksbegehren viel weniger ernstgenommen als manche von uns. Aber wenn ein Teil unserer eigenen Anhänger sich immer mehr für das Volksbegehren begeistert, so ist das erst recht bei der Sozialdemokratie der Fall, so daß die Entscheidung der sozialdemokratischen Fraktion gegen das Kompromiß ausfallen würde. Die Situation steht jetzt auf des Messers Schneide, durch eine Fortsetzung der Agitation für das Volksbegehren erschwert man sie außerordentlich. Wenn wir das Kompromiß machen, müssen wir auch zeigen, daß wir eine Partei sind, die es versteht, es zu halten und durchzuführen. Wir haben in der letzten Zeit Erhebliches erreicht trotz unserer geringen Zahl, aber nur durch unsere Geschlossenheit. Man fragt nun noch: Kommt das Kompromiß im Reichstag wirklich durch? Wenn es durch die Schuld der Sozialdemokraten nicht durchkommt, so ist das sehr gefährlich. Auf die Sozialdemokratie kann man nur dadurch einwirken, daß wir uns fest auf den Boden des Kompromisses stellen. Scheitert das Kompromiß an der Deutschnationalen Volkspartei, so ist es absolut gleichgültig, ob man das Volksbegehren unterstützt hat oder nicht. In diesem Falle kann man aber mit viel größerem Recht die Massen in den Volksentscheid hineinzwingen. Man kann dann zu den Deutschnationalen sagen: Wenn durch Eure Schuld eine gerechte Entschädigung der Fürsten nicht zustande gekommen ist, dann müßt Ihr jetzt die Entscheidung des Volkes auf Euch nehmen. Die

Agitation für das Volksbegehren hat damit gar nichts zu tun. Der Volksentscheid kommt, wenn das Volksbegehren durchgedrungen ist und wenn der Reichstag zu dem vorgelegten Gesetzentwurf Stellung genommen hat. Eine Gefahr aber, daß das Volksbegehren mißlingt, ist überhaupt nicht vorhanden. Die Entscheidung, die wir zu treffen haben, hat nichts mit republikanischer und demokratischer Zuverlässigkeit zu tun, sondern wird von Männern getroffen, die fest auf dem Boden der Republik stehen und die sachlich etwas erreichen wollen, anstatt sich bloß mit der Agitation zu begnügen. Die Stellung der Partei hat jetzt dieselbe Festigkeit wie bisher. Ich bin durch Naumann in die Parteipolitik hineingekommen und werde stets an den Grundsätzen festhalten, mit denen ich in die Parteibewegung eingetreten bin. Aber daß wir nicht in der Lage sind, jeden Augenblick davon zu leben, daß wir unser Parteiprogramm durchzusetzen suchen ohne jede Rücksichtnahme auf die Situation, das liegt auf der Hand. Eine solche Intransigenz ist nicht die Aufgabe einer Partei, die auf sich hält. Der Liberalismus ist keineswegs im öffentlichen Leben etwas Überflüssiges geworden. Wir werden uns auch zum Liberalismus bekennen müssen, schon damit nicht die Deutsche Volkspartei den Anspruch darauf erhebt, ihn für sich gepachtet zu haben. Die Freude, eine kleine Partei zu führen, hört mit dem Augenblick auf, wenn man nicht die Partei geschlossen hinter sich hat. Andernfalls besteht keine Möglichkeit, die Partei zu führen. Was ich nicht für erträglich halte, ist, daß der Führer und die Fraktion desavouiert werden. Dann hört jede Möglichkeit des Verhandelns auf. Ich kann deshalb nur die Bitte an Sie richten, sorgen Sie dafür, daß die Partei die Geschlossenheit wiedergewinnt, die sie zur Führung der Geschäfte braucht. (Starker Beifall.)

Der Vorsitzende teilt nunmehr mit, daß der Reichsinnenminister Külz leider soeben abgerufen worden ist. Er hätte die Absicht gehabt, in bezug auf die Besetzung des Sondergerichts sehr entgegenkommende Erklärungen abzugeben.

Es wird nunmehr in die Aussprache eingetreten.

Herr **Nuschke**: Es gibt in unserer Gruppe nicht einen Menschen, der auch nur ein Wort persönlicher Kritik gegen den Parteiführer gesprochen, geschweige denn ihn diskreditiert hätte. Worin wir uns unterscheiden, das ist nicht die grundsätzliche Linie, sondern ausschließlich die taktische. Von uns ist niemals die Forderung erhoben worden, daß die Partei nach der letzten Entwicklung im Reichstage nun als Partei zur Beteiligung am Volksbegehren auffordern sollte. Wir wünschten nur die Freigabe der Stellungnahme der Parteiangehörigen. Die Proklamierung der völligen Einigkeit nach außen würde eine Unehrlichkeit sein; dazu ist in unserer Partei der Einfluß der Individualität zu groß. Wäre eine solche unbedingte Einigkeit vorhanden, dann wäre die Partei geistig tot. Wir stehen gar nicht auf dem Standpunkt, daß wir immer dabei sein müssen, wenn die Sozialdemokratie dabei ist. Die Sozialdemokrantie hat Ablehnung an die Kommunisten gesucht, weil sie das Überlaufen von Parteigenossen nach links vermeiden wollte. Unser Aufruf[5] ist erschienen, bevor die letzten Abmachungen vorlagen. Viele Anhänger unserer Partei im Lande riefen sehnsüchtig nach einer Parole und wandten sich an die Männer ihres Vertrauens. Ebenso wie manche von uns die

5 "Für entschädigungslose Enteignung", abgedruckt in: Berliner Tageblatt v.5.3.1926 Nr. 109.

Tuchfühlung nach rechts behalten, so muß es auch bei uns Leute geben, die die Fühlung nach links aufrechterhalten. Wir haben auch vermieden, qua Organisation aufzurufen; der Aufruf geht aus von einem bürgerlichen Ausschuß. Die Opposition in der Partei war so notwendig und für unsere Parteileitung so nützlich, daß sie sogar hätte geschaffen werden müssen, wenn sie nicht vorhanden war. Auch andere Parteien haben eine ähnliche Taktik getrieben, so das Zentrum. Redner erinnert auch an die Opposition in der Deutschnationalen Volkspartei gegen die offizielle Haltung der Parteileitung und an die Abstimmung der Deutschnationalen bei den Dawesgesetzen[6]. Wir verhindern die Fortsetzung des Kompromisses nicht durch Eintreten für das Volksbegehren, sondern stärken sie nur. Dieses taktische Moment hat uns in erster Linie zu unserer Haltung veranlaßt. Unsere Opposition ist durchaus loyal, und man soll als Parteiführer gewisse taktische Meinungsverschiedenheiten, die nun einmal bestehen, kühl in seine Rechnung einstellen. Unsere Freunde sind bereit, Herrn Koch[-Weser] Vertrauen und Dank für seine Führung auszusprechen, bitten aber um die Freigabe der Stellung zum Volksbegehren. Redner verliest eine Entschließung in diesem Sinne[7].

Herr **Höpker-Aschoff**: Die Sozialdemokratie setzt sich weniger um des Zieles als um der Bewegung willen für das Volksbegehren ein. Hier kommt es aber einzig und allein auf das Ziel an, nämlich auf das Ziel einer Auseinandersetzung, bei der der Staat möglichst gut wegkommt. Ist es Aufgabe des Parteiausschusses der Demokratischen Partei, der Stimmung für das Volksbegehren Rechnung zu tragen, oder ist es nicht vielmehr seine Aufgabe, die Stimmen draußen so zu leiten, daß das Beste herausgeholt werden kann? Auf dem Wege über den Volksentscheid kann nichts erreicht werden. Der Volksentscheid kann keinen Erfolg haben. Er könnte uns nur dann etwas nützen, wenn er 20 Millionen Ja-Stimmen aufbringen würde – ist einer hier im Saale, der da glaubt, daß für den Gesetzentwurf der Kommunisten 20 Millionen ihre Stimme abgeben werden? Das ist ausgeschlossen! Wenn der Volksentscheid aber nicht gelingt, dann will ich ihn überhaupt nicht haben. Denn dann würden die Fürsten vor den ordentlichen Gerichten den preußischen Staat nach wie vor verklagen, und sie würden Recht bekommen. Wenn aber mit dem Volksentscheid nichts zu erreichen ist, ist dann das Kompromiß etwas für uns in Preußen und den anderen Ländern wert? Der Redner erinnert hier an die demokratischen Vorschläge, die er selbst im Jahre 1922 dem damaligen preußischen Finanzminister von Richter auf Anfrage gemacht hat. Jene demokratischen Forderungen gingen darauf hinaus, daß die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern nicht allein nach formalrechtlichen Grundsätzen geschehen dürfe, sondern daß auch die politischen Erwägungen mitzusprechen hätten. Weiter wurde von den Demokraten gefordert, daß die Zivilliste ohne Entschädigung abgelöst würde und daß Schlösser, Museen usw. ohne weiteres ins

6 Vgl. Nr. 117 Anm. 3.

7 Der Antrag Nuschke–Grossmann lautete: „Der Parteiausschuß spricht dem Parteivorsitzenden und der Reichstagsfraktion wärmsten Dank aus für die unermüdliche und erfolgreiche Tätigkeit, die sie zur Verbesserung des Gesetzentwurfs über die Fürstenabfindung entfaltet haben. Der Parteiausschuß bedauert, daß das endgültige Schicksal dieses Kompromißentwurfs noch ungewiß ist, und gibt angesichts dieser von der Partei nicht verschuldeten Notlage die Stellungnahme zum Volksbegehren frei."

Staatseigentum übergingen. Für den noch übrigbleibenden Besitz müßten die allgemeinen Gesetze, Steuer- und Siedlungsgesetze, in Anwendung gebracht werden können. Diese 4 demokratischen Forderungen sind durch den jetzigen Kompromißgesetzentwurf nahezu erfüllt, so daß er also einen großen Fortschritt darstellt. Preußen ist gezwungen gewesen, einen Vergleich mit den Hohenzollern zu schließen, auf Grund dessen die Krone 30 Millionen Mark und rund 300 Millionen Morgen Land erhalten sollte. Wenn nicht die thüringischen Fürsten den Bogen überspannt hätten und wenn nicht das Verschwinden der Rechtsregierung im Reiche neue Möglichkeiten eröffnet hätte, so hätte eben der Vertrag geschlossen werden müssen. Soviel sei jedenfalls sicher, daß der vorliegende Gesetzentwurf für Preußen ein weit besseres Ergebnis bringen würde als der unter Druck abgeschlossene Vergleich. In dieser ganzen Sache ist unendlich viel verschuldet worden, aber alles durch Schuld der Sozialdemokratie. Unmittelbar nach der Revolution konnte man in bezug auf das Fürstenvermögen machen, was man wollte; die Verfügungen der Volksbeauftragten wären von den Gerichten ohne weiteres als bindend anerkannt worden. Diese wichtige Gelegenheit ist damals versäumt worden. Aber auch die späteren sozialdemokratischen Finanzminister haben nichts Entscheidendes getan.

Herr **Koch[-Weser]**: Es ist ein Mißverständnis, wenn man glaubt, daß man das Kompromiß machen und dabei die Agitation für das Volksbegehren fortsetzen kann. Wenn für das Volksbegehren nicht mindestens 4 Millionen Stimmen aufzubringen sind (was Herr Nuschke als zweifelhaft hingestellt hatte), so ist die ganze Sache ein Popanz. Was die Taktik der Deutschnationalen Volkspartei anlangt, so kann sie kaum als Muster hingestellt werden, denn die Partei hat sich damit gewiß nicht viel Anhänger gewonnen. Also das Beispiel Hergt kann für mich nicht maßgebend sein. Wenn man es übrigens als meine besondere Klugheit preist, daß ich eine Zeitlang die Minderheit in ihrer Stimmungsmache für das Volksbegehren habe gewähren lassen, so muß man mir jetzt auch glauben, wenn ich sage, daß nunmehr abgeblasen werden muß. Ich kann nur auf das entschiedenste davor warnen, daß die Partei in dieser wichtigen Frage auseinanderfällt, und bitte Sie daher, den Antrag Nuschke abzulehnen.

Nunmehr wird eine Mittagspause eingelegt, die von 13.45 Uhr bis 15.15 Uhr währt.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung führt Herr **Berndt** aus: Es kommt bei solchen Gesetzen sehr auf den Wortlaut an. Das Kompromiß stellt einen großen Fortschritt dar, freilich bestehen auch Bedenken über Einzelheiten. Am wichtigsten dabei ist die Zusammensetzung des Sondergerichts, da die Sache doch wohl so liegen wird, daß die Laienrichter als den entgegengesetzten Parteien angehörig sich gegenseitig aufheben werden und daß die Entscheidung dann doch wieder nur bei den Gerichten liegt. Es ist nicht anzunehmen, daß der Kompromißentwurf Gesetz werden wird, weil noch 5 deutschnationale Stimmen hinzutreten müssen, um die Zweidrittelmehrheit zustande zu bringen. Die wird es aber nicht geben. Auch sind wir nicht sicher, daß alle Koalitionsparteien bei der Stange bleiben. Deshalb soll man unter keinen Umständen die Beteiligung am Volksbegehren um des Kompromisses willen aufgeben. Andererseits kommt es sehr viel darauf an, ob das Volksbegehren mit größerer oder mit geringerer Mehrheit angenommen wird. Redner sucht dann nachzuweisen, daß es sich gar nicht bei dem Volksbegehren

um eine (entschädigungslose) Enteignung handelt, sondern um eine Übernahme streitigen Eigentums in den Staatsbesitz. Wir dürfen bei dieser großen Volksbewegung nicht abseits stehen. Diese Bewegung ist der erste Schritt auf dem Wege, den wir gehen müssen, dem Wege der Revision der Versäumnisse der Jahre 1918/919. Wir sehen uns bei dieser Frage zum ersten Mal einer geschlossenen proletarischen Einheitsfront gegenüber. Das dürfen wir nicht dulden, weil sich diese einheitliche Stellungnahme dann auch bei anderen Fragen wiederholen würde.

Es wird nunmehr beschlossen, jedem Redner nur eine Redezeit von fünf Minuten zu gewähren. Nur für einen Redner der Minderheit, den diese selbst bestimmen solle, wird eine Redezeit von 15 Minuten zugestanden.

Herr **Cohnstaedt**: Diejenigen, die zum Volksbegehren eine andere Stellung einnehmen als die Fraktion, wünschen doch durchaus das Zustandekommen des Kompromisses. Das Volksbegehren soll aber gerade das Kompromiß unterstützen. Dieses ist keineswegs gesichert, und zwar wegen der Haltung eines großen Teiles der Deutschen Volkspartei und wegen der Bayerischen Volkspartei. Ich bin mit dem Inhalt des Volksbegehrens gar nicht einverstanden, und ebenso geht es vielen anderen Unterzeichnern des Aufrufs für das Volksbegehren. Der Parteiausschuß freilich darf nicht die Parteifreunde zur Unterzeichnung auffordern; das würde einer Desavouierung des Vorsitzenden bedeuten, die ich nicht will. Aber auch eine Kundgebung gegen die Unterzeichnung ist nicht angebracht. Denn die Minderheit darf sich darauf berufen, daß Informationen, die von der Reichsgeschäftsstelle ausgegangen sind, zu einer Kundgebung aufgemuntert haben. Das ist wenigstens mein Eindruck gewesen. Nötig wäre es gewesen, daß der Vorstand in der vorigen Woche einberufen worden wäre, um die Wähler im Lande zu orientieren. Auch im Zentrum haben verschiedene Organisationen sich für die Beteiligung am Volksbegehren ausgesprochen.

Herr **Grzimek**[8]: Durch das Kompromiß wird unsere Sache bedeutsam gefördert. Wir dürfen die Schuld an dem Scheitern dieses Entwurfs nicht auf uns nehmen, sondern müssen sie unter allen Umständen der Rechten zuschieben. Darum dürfen wir unserer Fraktion nicht in den Rücken fallen. Was die Minderheit bisher getan hat, ist nun allerdings nicht von Bedeutung gewesen, so daß es leicht wieder rückgängig gemacht werden kann; aber jetzt muß Schluß gemacht werden.

Herr **Grossmann** kritisiert Einzelheiten des Kompromisses, das den Fürsten zuviel gebe. Es enthält Bestimmungen, die die Richter mit Begierde aufgreifen werden, um den Fürsten außerordentliche Vorteile zuzuwenden. Als Mitglied des Parteiausschusses kann ich es nicht verantworten, es zu verschweigen, daß ich diesem Reichssondergericht auf das äußerste mißtraue. Redner wünscht Maßnahmen dagegen, daß die bisher unter der Verwaltung der Hohenzollern stehenden Güter nicht devastiert oder mit Hypotheken belastet werden. Es wäre geradezu schlimm, wenn das Kompromiß fiele, weil es doch einen Fortschritt darstelle. Wir von der Minderheit treten nicht als Demokraten hervor, sondern als staatsbürgerlicher Ausschuß und hoffen auf Zuzug aus dem übrigen bürgerlichen Lager. Von einer Spaltung der Partei kann gar nicht die Rede sein.

8 Günther Grzimek (geb. 1887), Rechtsanwalt und Notar in Berlin, MdL Preußen (DDP/Staatspartei) 1925-1932.

Herr **Falk**: Wir sind alle darin einig, daß wir das Kompromiß Gesetz werden lassen möchten. Es kommt nun darauf an: Soll die Minderheit ihre Agitation für das Volksbegehren fortsetzen oder nicht? Jetzt handelt es sich nicht mehr darum, was der einzelne tut, sondern darum, die Parole für die Partei herauszugeben. Was durch das Kompromiß erreicht worden ist, ist etwas ganz Außerordentliches. Redner weist an der Hand der Verfassungsbestimmungen nach, daß das Gesetz auch ohne die Zustimmung der Deutschnationalen verabschiedet werden kann, da dafür nicht die Zweidrittelmehrheit des Reichstags schlechthin, sondern der Abstimmenden erforderlich ist. Die Wahrscheinlichkeit des Zustandekommens des Kompromisses wird gefährdet, wenn angesehene Teile unserer Partei sich nach wie vor auf den Boden des kommunistisch-sozialistischen Volksbegehrens stellen. Freilich muß die Möglichkeit offengelassen werden für einen Volksentscheid, aber nicht für den vorliegenden. Es scheint daher nötig, daß die Deutsche Demokratische Partei darauf hinweist, daß sie einen Volksentscheid als eventuelles Mittel betrachtet. Redner verliest eine Resolution, in der dieses Moment hervorgehoben wird[9].

Herr **Stubmann** legt den Standpunkt der Hamburger Parteigenossen dar, die sich für das Volksbegehren entschieden haben. Die Parteigenossen sind nicht an die Entschließung der Reichstagsfraktion gebunden. Es muß Wert darauf gelegt werden, den Parteiinstanzen die Möglichkeit zu geben, sich zu einem richtigen Zeitpunkt zu einer so wichtigen Frage zu äußern. Es wäre sehr mißlich, nach dem Mißlingen des gegenwärtigen Volksentscheides sich an einen neuen zu machen. Das Kompromiß ist ein solcher Fortschritt, daß wir alle wünschen, es möchte eher heute als morgen kommen. Aber seine Verwirklichung ist noch durchaus ungewiß. Unsere Hamburger Freunde hatten gewünscht, daß, solange noch nichts Parlamentarisches vorliegt, unsere Fraktion die Abstimmung freigibt. Erst wenn etwas Positives erreicht worden ist, könnte man eine entsprechende Parole geben. Das Sondergericht ist trotz mancher Bedenken notwendig, um entgegengesetzte Urteile verschiedener hoher Gerichtshöfe zu vermeiden.

Herr **Koch[-Weser]** wendet sich gegen die Behauptung des Vorredners, daß die Parteiausschußsitzungen darunter litten, daß die Redner von außerhalb nicht genügend zu Worte kämen, und legt dar, daß seine Führung der Geschäfte gerade die Beteiligung möglichst vieler Redner ermögliche.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Herr **Vogelstein**: Das Kompromiß erfüllt gewiß nicht alle unsere Wünsche, aber es gibt keinen Weg, um etwas Besseres durchzusetzen. Redner bittet im Interesse der Aufrechterhaltung eines gesunden Parlamentarismus, darauf Obacht zu geben, daß die Führung einer einheitlichen Politik möglich ist.

Herr **Frankfurter**: Wir sind auf einem falschen Wege in der Parteiführung und der Fraktionspolitik: Es besteht die Angst, es könnte zuviel von der Stimmung des Volkes in die Zimmer der Fraktion kommen. Der Parteiausschuß ist zu spät einberufen, und wir können jetzt gar nichts anderes machen, als der Fraktion zustimmen. Wir treiben falsche Politik, indem wir dem Phantom der Großen

9 Siehe unten.

Koalition nachjagen. Nach Locarno hätte aufgelöst werden müssen. Genauso ein Phantom ist der Gedanke eines zweiten Volksentscheides.

Herr **Strauss**[10] bringt zum Ausdruck, daß die Ausführungen Berndts nicht die allgemeine Stimmung in Stettin oder gar ganz Pommern wiedergeben. Es ist für uns nicht tragbar, daß wir uns in eine Reihe mit den Kommunisten stellen. Bei einer Beteiligung der Demokraten am Volksbegehren würde es bei uns in Pommern starke gesellschaftliche Schwierigkeiten geben, von dem Wirtschaftlichen ganz zu schweigen.

Nunmehr wird die Debatte geschlossen und nur noch einem Redner aus Braunschweig und aus Mecklenburg-Strelitz das Wort gewährt zu Erklärungen über die Stellung dieser beiden Länder zu dem Kompromiß.

Herr **Meyer**[11] gibt eine kurze Erklärung ab über die Stellung der Demokraten in Braunschweig. Bei dem jetzt in Vorbereitung befindlichen Kompromiß würde eine Wiederaufnahme der Auseinandersetzungen mit den braunschweigischen Fürsten, die wir als sehr wünschenswert betrachten, ausgeschlossen sein. Wir müssen daher als Demokraten Wert darauf legen, daß wir für unsere braunschweigischen Wähler Freiheit des Beitritts zum Volksbegehren erhalten.

Herr **Hustaedt**[12] gibt eine Darstellung von der Auseinandersetzung Mecklenburg-Strelitz' mit seinem Fürstenhaus. Die Abfindungsfrage ist bei uns ziemlich leidenschaftslos behandelt worden. Ein Volksbegehren oder ein Volksentscheid wäre unter gewissen Voraussetzungen nun am Platze. Aber der Text des beantragten Gesetzes muß so formuliert sein, daß er verantwortet werden kann und Erfolg verspricht. Das kommunistische Volksbegehren ist ganz untragbar, und eine Beteiligung unserer Partei daran ist durchaus zu widerraten. Das Kompromiß ist vom Interessenstandpunkt der deutschen Länder aus zu begrüßen.

Nach einem – von dem Anstragsteller akzeptierten – Verbesserungsvorschlag des Herrn Graf an der Resolution Falk hält **Freiherr von Richthofen** das Schlußwort. In Erwiderung auf die Ausführungen des Braunschweiger Redners bestätigt er, daß für die Fürstenabfindung in Braunschweig auf der Grundlage des Kompromisses nichts mehr zu ändern ist. Ferner bestätigt er, daß die Enthaltung vom Volksbegehren eine unbedingte Voraussetzung für das Kompromiß ist. Eine völlige Sicherheit für das Zustandekommen des Kompromisses gibt es natürlich nicht. Scheitert die Vereinbarung, dann ist die Lage für uns besser als heute, falls wir an dem Volksbegehren teilnehmen. Aus der kommunistisch-sozialdemokratischen Niederlage darf nicht eine republikanische Niederlage werden.

Herr **Koch[-Weser]** wendet sich in seinem Schlußwort zunächst gegen die Kritik von Frankfurter. Dieser habe in der Tat nach der Rückkehr der Delegierten aus Locarno einer Auflösung des Reichstages das Wort geredet. Aber, so betont der Redner, ich bin heute noch froh, daß ich seinem Rate nicht gefolgt bin. Auch

---

10 Baurat in Stettin.

11 Otto Meyer, Lehrer in Braunschweig.

12 Roderich Hustaedt (geb. 1878), MdL Mecklenburg-Strelitz (DDP), mecklenburgischer Justizminister von Juli 1920 bis Februar 1928.

bei den Verhandlungen über die Große Koalition habe ich nach meiner Überzeugung keinen Fehler begangen. Die Sozialdemokratie darf nicht ihre parteiegoistischen Interessen vor die Staatsinteressen stellen und wenn sie es doch tut, so haben wir alles Recht, sie zu tadeln. Unser Verhalten bei der letzten Regierungskrise ist, wie ich auch heute noch überzeugt bin, ein durchaus richtiges gewesen. Wir haben auch keine Angst vor der Öffentlichkeit. Wir haben bloß nicht zu früh abblasen wollen, was geschehen wäre, wenn der Parteiausschuß vor 14 Tagen schon einberufen worden wäre. Gegenüber Stubmann sagt Redner, daß der Parteiausschuß doch dazu da ist, um in wichtigen politischen Fragen den Parteigenossen einen Rat und eine Anweisung zu geben, wenn er das nicht soll, sondern die Entscheidung freigeben soll, dann kann er überhaupt einpacken. Gegenüber Cohnstaedt weist Redner darauf hin unter Verlesung der einschlägigen Stellen, daß die Parteileitung in ihren Rundschreiben keineswegs verhüllt einen Anstoß zur Beteiligung an dem Volksbegehren gegeben habe. Wir erreichen viel mehr, wenn wir in die Lage gesetzt werden zu sagen: Wenn das Kompromiß nicht zustande kommt, dann machen wir das Volksbegehren mit und erwarten es auch vom Zentrum. Dieses Druckmittel für die Zukunft ist viel wirksamer, als wenn wir jetzt die Stimmung für das Volksbegehren um 500 000 bis eine Million steigern. Dagegen liegt die Sache ganz anders für den Fall, daß dieses Kompromiß nicht zustande kommt. Welcher Weg dann einzuschlagen ist, das weist Redner an der Hand der Bestimmungen der Verfassung über den Volksentscheid nach. Auf jeden Fall soll man zunächst das Schicksal des Kompromisses abwarten. Die Frage ist eine taktische, und ich behaupte, daß die Taktik der Fraktion sich bisher voll bewährt hat und es nicht richtig ist, sie durch eine andere zu ersetzen. Wenn es aber so ist, dann soll der Parteiausschuß auch eine solche Parole herausgeben. Bieten Sie dem Lande das Bild enger Geschlossenheit.

Nach der Verlesung der beiden Resolutionen Grossmann[13] und Falk wird zunächst über den ersten Satz abgestimmt, der in beiden Entschließungen identisch ist. Er wird einstimmig angenommen. Darauf geben für den Rest der Entschließung Grossmann 13, für den Rest der Entschließung Falk 90 Mitglieder ihre Stimme ab.

Nunmehr gibt Herr **Frankfurter** namens der sogenannten Minderheit eine Erklärung ab, in der er sagt: Wir sind nach Ablehnung des Antrages auf Freigabe der Teilnahme am Volksbegehren der Meinung, daß beim Scheitern des Kompromisses eine Zustimmung zum jetzigen Volksentscheid nicht angängig ist, weil die entschädigungslose Enteignung gegen das von der Partei hochgehaltene Prinzip des Privateigentums verstoßen würde. Wir sind auch der Ansicht, daß im Falle des Scheiterns des Kompromisses ein ganz neuer Volksentscheid nicht ein geeignetes politisches Mittel zur Lösung der Frage sein würde. Wir sehen aber in dem Antrag Falk und der darin vorgesehenen theoretischen Möglichkeit eines anderweitigen Volksentscheides die Möglichkeit mit umfaßt, daß bei Scheitern des Kompromisses neben dem jetzigen Gesetzentwurf des Volksentscheides ein vom Reichstag abgeänderter Entwurf dem Volke zur Beschlußfassung unterbreitet werden darf. Deshalb und um in der schwierigen Situation zu bekunden, daß die Partei, abgesehen von taktischen Differenzen, in sich einig ist, bitten wir alle diejenigen,

13 Siehe Anm. 7.

die zunächst für den Antrag Grossmann, Nuschke und Gen. gestimmt haben, nunmehr für den Antrag Falk zu stimmen.

Hierauf wird die Entschließung Falk in allen ihren Teilen einstimmig angenommen. Sie lautet wie folgt:

„Der Parteiausschuß spricht dem Parteivorsitzenden und der Reichstagsfraktion wärmsten Dank aus für die unermüdliche und erfolgreiche Tätigkeit, die sie zur Verbesserung des Gesetzentwurfes über die Fürstenabfindung entfaltet haben. Die Volksbewegung, die durch die maßlosen Ansprüche der Fürsten entfesselt wurde und deren sich als erste die Demokraten angenommen haben, hat mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurf zwar nicht alle Ziele erreicht, aber einer erträglichen Regelung die Wege geöffnet.

Der Parteiausschuß stimmt dem Gesetzentwurf der Kompromiß-Parteien zu. Für den Fall jedoch, daß die verfassungsmäßige Mehrheit des Reichstages für den jetzigen Gesetzentwurf infolge des Widerstandes der Rechten nicht erreicht werden sollte, behält sich der Parteiausschuß die Regelung der Frage durch einen Volksentscheid vor."

Weiterhin wird folgender Antrag des Herrn Falk (Berlin) ebenfalls einstimmig angenommen:

„Der Reichsparteiausschuß ersucht den Parteivorstand und die Fraktionen des Reichstages und der Landesparlamente, ihren Einfluß auf die Reichsregierung und die Regierungen der Länder dahin geltend zu machen, daß allen Versuchen der Verwaltungsbehörden zur Erschwerung und Vereitelung des Volksbegehrens mit allen Machtmitteln des Staates entgegenzutreten ist. Gegen die Schuldigen ist im Wege des Straf- und gegebenenfalls des Disziplinarverfahrens einzuschreiten. Die Verwaltungsbehörden müssen zur Neutralität in ihrem Dienst den innerpolitischen Kämpfen gegenüber angehalten werden. Insbesondere muß ihnen klargemacht werden, daß die Einrichtung des Volksbegehrens in den Gesetzen vorgesehen ist und seine Durchführung durch keinerlei Verwaltungsschikanen erschwert werden darf. Volksbegehren und Volksentscheid sind Grundlagen der unmittelbaren Demokratie und als solche in Verfassung und Gesetz festgelegt."

Schluß 18 Uhr.

131.

10.5.1926: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 14.30 Uhr. Ende: kurz vor 20 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bernhard, Brammer, Cohnstaedt, Dernburg, Dietrich, Erkelenz, Falk, Fischer, Frankfurter, Gothein, Graf, Haas, Hellpach, Hieber, Hummel, Hustaedt, Issberner, Kalkoff, Kauffmann, Kempner, Koch-Weser, Frau von Koerber, Krell, Külz, Landahl, Lebach, Lemmer, Frau Lüders, Moering, Nuschke, Rauecker, Reinhold, von Richthofen, Rönneburg, Schneider, Schreiber, Stephan, Stern, Stolper, Stubmann, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Weiss,

Frau Wittstock. Gäste: Quidde, Rohrbach, mehrere Mitglieder der Reichstagsfraktion, einige Vertreter der demokratischen Presse.

Der Vorsitzende, Herr **Erkelenz**, eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr.

Stellung zur Deutschen Friedensgesellschaft

Herr **Koch[-Weser]** ersucht, die Angelegenheit[1] dem Revisionsausschuß zu überweisen, der dann dem Vorstand Bericht zu erstatten habe. Da die Herren Quidde und Rohrbach damit einverstanden sind, so wird der Vorschlag ohne Widerspruch angenommen.

Politische Lage

Herr **Koch[-Weser]** als Referent wirft zunächst einen Rückblick auf die Entstehung der Dinge seit der Bildung des zweiten Kabinetts Luther. Die 4 Monate, die seitdem vergangen sind, haben an größeren Erfolgen eigentlich nur die finanziellen Reformen des Herrn Reinhold gebracht. Der Kurs der Regierung wurde ganz und gar vom Reichskanzler beeinflußt, der ein rechtspolitisches Unterbewußtsein hat. Deshalb konnte nicht so gearbeitet werden, wie es in unserem Sinne liegt. Redner bespricht dann die auswärtige Politik, die Duellfrage[2], die Fürstenabfindung und meint hier, daß wir bei dem bevorstehenden Volksentscheid unseren Wählern wohl die Abstimmung freigeben müßten. Sodann geht er auf die Agitation betr. die Neuaufrollung der Aufwertungsfrage ein. So wenig es zu billigen ist, daß diese Sache zum Gegenstand eines Volksentscheides gemacht werden soll, so bedenklich ist es, daß die Regierung durch ein besonderes Gesetz diesen Volksentscheid unmöglich machen will[3]. Freilich werde es sehr schwer sein, den Gesetzentwurf im Reichstage abzulehnen. Was die Flaggenfrage[4] anlangt, so ist es geradezu unverständlich, daß man zu einer Zeit, wo es wahrlich genug Schwierigkeiten gibt, diesen Streitpunkt ohne Not in das Volk geworfen hat, dazu noch, ohne daß vorher die Parteien gehört worden sind. Was jetzt in dem beschwichtigenden Briefe steht, den der Reichspräsident auf Grund der Verhandlungen am Sonntag veröffentlicht, ist so gut wie nichts[5]. Damit entfällt für uns die Möglichkeit, auf die Basis eines Vergleichs zu treten. Wenn es dem Reichspräsiden-

1 Siehe Nr. 128.

2 Vgl. Morsey S. 14 Anm. 2 u. 3 u. S. 22 Anm. 4; ferner Sten. Ber. Bd. 390 S. 6927-6934 (2. u. 3. Beratg.).

3 Vgl. Reinhard Schiffers, Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 40, Düsseldorf 1971, S. 206-210.

4 Am 5.5.1926 hatte der Reichspräsident eine vom Reichskanzler gegengezeichnete Verordnung über den Gebrauch der Flaggen bei Auslandsmissionen erlassen, die in Abänderung der Verordnung vom 11.4.1921 (vgl. Nr. 83 Anm. 3) den gesandtschaftlichen und konsularischen Behörden des Reiches an außereuropäischen Plätzen und europäischen Plätzen, die von Seehandelsschiffen angelaufen wurden, vorschrieb, neben der schwarzrotgoldenen Reichsflagge auch die schwarzweißrote Handelsflagge zu führen. Vgl. Schulthess 1926 S. 93f.

5 Am 9.5.1926 hatte Hindenburg einen Brief an Luther gerichtet, der am 10. in der Presse erschien, in dem er die Verordnung verteidigt und die Versicherung abgegeben hatte, es liege ihm nichts ferner, als die verfassungsmäßigen Farben zu beseitigen. Abgedruckt: a. a. O. S. 94f.

ten gelingen sollte, seine Autorität dahin auszunutzen, daß uns eine einheitliche Fahne gegeben wird, bei der Schwarz-Rot-Gold im Vordergrund steht, dann würde sich niemand dem widersetzen. Die Teillösung der vorigen Woche aber ist ganz ungeeignet. Sie hat Millionen von Deutschen, die für den Staat gewonnen worden waren, vor den Kopf gestoßen. Auch rein sachlich ist die Lösung sehr unglücklich, da das Nebeneinanderhissen von zwei verschiedenen Fahnen ganz ungebräuchlich und unpraktisch ist. Das Verordnungsrecht des Reichspräsidenten mag bestehen, aber ebenso besteht das Recht des Parlamentes, solche Verordnungen zu kritisieren und evtl. sogar aufzuheben. Wir haben gewiß nicht zum Konflikt gedrängt und sind bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Aber die Partei erträgt es nicht, wenn ihr in dieser Frage der Vorwurf der schwankenden Gesinnung gemacht werden kann. Die Chancen eines Wahlkampfes würden wahrscheinlich auch gar nicht so schlecht sein, wie es aussieht. Allerdings ist es eine üble Situation, jetzt schon wieder eine Krisis durchmachen zu müssen. Eine Erschwerung der Lage bedeutet es, daß sich der Reichspräsident mit Luther solidarisch erklärt hat. Er würde also zugleich mit ihm zurücktreten und dann sofort wieder aufgestellt und selbst von Leuten gewählt werden, die jetzt für eine entschädigungslose Fürstenabfindung sind. Es ist kein Zweifel: Luther hat diese Krise herbeigeführt. Er wäre verpflichtet, seinerseits die Konsequenzen zu tragen und zurückzutreten. Mit seinem freiwilligen Rücktritt würde man auch über die Krise hinwegkommen. Daß wir erneut die ganze Belastung für diese Lage auf uns nehmen, das kann ich nicht verantworten. Ich gehe ungeheuer ungern in den Kampf, sehe aber keine andere Möglichkeit.

Herr **Külz** legt dar, von welchem Standpunkt aus er an die Regelung der Flaggenfrage herangegangen ist. Man kann über diese Frage sehr verschiedener Meinung sein. Die zwei namhaftesten demokratischen Publizisten, Hans Delbrück[6] und Theodor Wolff[7], haben sich gerade entgegengesetzt über die Neuordnung ausgesprochen. Die demokratischen Vertreter des Reiches im Ausland wünschten eine Beilegung des Konflikts, und die sozialdemokratischen Vertreter im Auslande haben sich mit der jetzigen Regelung einverstanden erklärt. Ebert hatte sogar die Absicht, nicht neben, sondern an Stelle von Schwarz-Rot-Gold die Handelsflagge zu setzen. Niemand von den Ministern hat vorausgesehen, welche Erregung in dem Volke durch die neue Verordnung entstehen würde. Wir wollten die Öffentlichkeit auch gar nicht überrumpeln, sondern die Parteiführer und die Presse am Tage vor dem Erlaß der Verordnung zu uns bitten und ihnen reinen Wein einschenken. Das wurde nur durch die vorzeitige Veröffentlichung des Erlasses hintertrieben. Die getroffenen Maßnahmen sind verfassungsmäßig. Demokratische und sozialdemokratische Minister sind früher sogar in bezug auf die Fahne noch viel weiter gegangen. Veranlassung zu dieser Neuerung haben die bis jetzt herrschenden unhaltbaren Zustände gegeben. Die Auslandsdeutschen, mit Rücksicht auf welche die Verordnung erlassen ist, müssen doch als durchaus wertvoller Bestandteil des deutschen Volkes gewürdigt und behandelt werden. Wenn die Maßnahme der Regierung aber falsch ist, was folgt daraus? Politisch ist die Frage der Farben durch die Verfassung geregelt. Gefühlsmäßig aber kann sie

6 Der Artikel konnte nicht ermittelt werden.

7 "Die große Dummheit", in: Berliner Tageblatt v. 6.5.1926 Nr. 211.

durch keine Beschlüsse erledigt werden, da sich Gefühle keinen Anordnungen irgend einer Mehrheit unterordnen. Was soll nun, politisch gesehen, kommen? Koch[-Weser] wünscht den Rücktritt von Luther für dessen Person. Wenn durch ein derartiges Verschwinden von Luther eine Reichspräsidentenkrisis vermieden werden könnte, so wäre das wohl das Beste. Im Kabinett ist diese Frage auch ganz offen besprochen worden. Aber auch aus einer solchen Teilkrisis würde der Reichspräsident nicht ohne Minderung seines Ansehens hervorgehen, und er würde darum alsdann doch die Konsequenzen ziehen und zurücktreten. Die Aussichten der Reichstagswahlen würden ganz unsicher sein, und unter der zu erwartenden Parteizersplitterung würden wir Demokraten am meisten zu leiden haben. Das Zentrum hat die Neigung, sich zu verständigen, fühlt sich von uns geprellt und geht ganz sicher in eine Rechtsregierung hinein. Was würde eine solche Rechtsregierung aber außen- und innenpolitisch bedeuten! Andererseits ist anzuerkennen, daß die Demokratische Partei nicht ohne Minderung ihres Prestiges aus der Sache herauskommen könnte, wenn sie sich nicht scharf gegen die Maßnahme der Regierung wendete. Die Schärfe sei möglich, ohne daß man den Streitpunkt auf die Spitze treibe und eine Haltung einnehme, die von den anderen Koalitionsparteien nicht mehr mitgemacht werde. In diesem Sinne legt der Redner eine Entschließung vor.

Die Redezeit wird nunmehr auf zehn Minuten beschränkt.

Herr **Stubmann** behandelt die Frage speziell vom Hamburgischen Standpunkt aus. Er hält es für wahrscheinlich, daß der Hamburger Senator Dr. Burchard[8] den Anstoß zu dem Erlaß der Flaggenverordnung gegeben habe. Die neue Flagge würde nun keine Verminderung, sondern eine Vermehrung der Flaggen bringen, da die Rechte und die Linke bei ihren Flaggen verbleiben würden. Die deutsche Politik kann man nicht nach den Wünschen der Auslandsdeutschen orientieren, so hoch dieser Teil des deutschen Volkes geschätzt werden muß. Luther kann unmöglich im Amte bleiben. Deshalb ist die von Külz vorgeschlagene Lösung ungangbar. Man sollte eine Zurücknahme der Verordnung zu erreichen suchen, um dann planmäßig das Flaggenproblem einer Lösung zuzuführen.

Herr **Erkelenz** gibt eine Meldung vom Bürgermeister Dr. Petersen bekannt, die als Petersens Standpunkt ergibt: Wenn man in Hamburg irgendeine Ahnung gehabt hätte, daß die Sache so ungeschickt aufgezogen würde, dann würde man von Hamburg aus um eine Verschiebung gebeten haben. Petersen trete aber für eine Versöhnung ein und mache darauf aufmerksam, daß, wenn die Demokraten im Reiche aus der Koalition herausgingen, daß dann wahrscheinlich auch die Hamburger Koalition in die Brüche gehen würde.

Herr **Gothein** wendet sich gegen die Absicht, bei dem Volksentscheid über die Fürstenenteignung den Demokraten die Abstimmung freizugeben. Es wäre wünschenswert, daß Luther zurücktrete. Dagegen würde eine Neubildung der ganzen Regierung in der jetzigen Zeit für uns verhängnisvoll sein. Es wird nichts weiter übrigbleiben, als den Standpunkt des Zentrums zu teilen und sich gegen die Verordnung zu wenden, ein Mißtrauensvotum aber zu vermeiden. Durch das

8 Wilhelm Burchhard (1878-1963), Md Bürgerschaft (NL/DVP) 1913-1919, Senator (Deputation für Handel, Schiffahrt u. Gewerbe). 1925-1934.

Zusammengehen mit der Sozialdemokratie haben wir so viele Anhänger verloren, daß es darauf ankommt, durch eine andere Taktik jetzt wieder einmal Wähler von rechts zu uns heranzuziehen.

Herr **Bernhard** kennzeichnet, wie unsinnig es ist, daß wir einen Kanzler besitzen, der ausgesprochen unpolitisch sein will. Ferner macht er darauf aufmerksam, daß jetzt so oft uns eine Präsidentenkrisis vor Augen gehalten wird, wenn wir uns der Regierung nicht fügen wollen. Demgegenüber müssen wir uns auf den Standpunkt stellen, daß es eine Reichspräsidentenkrisis überhaupt nicht gibt. Für uns kommt nur der Reichskanzler und das Kabinett in Frage, und gegen dieses haben wir mit einem Mißtrauensvotum aufzutreten. Es ist auch noch zu bedenken, daß die Sozialdemokraten mit Rücksicht auf uns ihren ursprünglichen Mißtrauensantrag eingeschränkt haben, daß wir also gewissermaßen gezwungen sind, jetzt für diesen Antrag zu stimmen.

Herr **Moering**: Die Deutsche Demokratische Partei darf nicht inkonsequent sein und lavieren. Külz muß unter allen Umständen aus der Regierung verschwinden. Wir müssen auf das Reichsbanner Rücksicht nehmen.

Herr **Cohnstaedt**: In der Flaggenfrage können wir kein Kompromiß machen. Die Forderung des Rücktritts des Reichskanzlers in diesem Zeitpunkt ist logisch, und wir können von der Unterstützung des sozialdemokratischen Antrages nicht zurück. Aber man wird mit diesem Rücktritt allein die Frage noch nicht als gelöst ansehen können. Man kann sich nicht gut denken, daß Külz in der Regierung bleibt. Es ist allerdings sehr schwer, den Weg zur Neubildung der Regierung zu finden. Das einzige Mittel scheint zu sein, daß durch eine Initiative im Reichstag die Regelung der Flaggenfrage vorgenommen wird, wodurch dann die Verordnungen von 1921 und 1926 gegenstandslos werden. Beim Volksentscheid über die Fürstenenteignung ist für uns Freigabe der Stimmen nötig. Jetzt den Reichstag aufzulösen, ist mißlich. Nach dem Volksentscheid werden wir aber eine günstige Situation dafür bekommen und dann auch einen besseren Reichstag erhalten.

Herr **Koch[-Weser]**: Trotz der neuen Flaggenordnung wird der Streit über die Fahne im Auslande weitergehen. Man soll daher nicht durch eine vorzeitige Lösung alles verpatzen. Sollte das neuerliche Vorgehen ein Versöhnungsakt sein, dann durfte es nicht ohne Volk und Parlament gemacht werden. Es wäre bedauerlich, wenn Herr Külz (wie er vorhin angekündigt hatte) über diese Frage im Plenum sprechen und damit den Riß vertiefen würde. Ich habe es abgelehnt, unsere Minister zum Rücktritt aufzufordern, damit die Sozialdemokraten nicht sagen können, wir hätten das Kabinett gestürzt; die Sozialdemokraten sollen vielmehr die Verantwortung übernehmen. Aber wir dürfen dann auch im Plenum nicht im vollen Kampf einander gegenüberstehen. Ebenso ist es unratsam, auf die Sünden früherer linksstehender Minister zurückzugreifen. Ich sehe keinen Weg, wie wir ein Mißtrauensvotum vermeiden könnten. Es ist auch nicht möglich, die Sache bis nach dem Volksentscheid zu verschieben. Denn da würden uns alle Wähler davonlaufen.

Frau **Bäumer**: Es wäre sehr bedauerlich, wenn es über diese Frage zu einem Wahlkampf käme. Denn der Riß im Volke würde dadurch unüberbrückbar werden. Die Aktion wäre auch überflüssig, da es sich um eine reine Gesinnungsfrage handelt, die nicht durch Mehrheit entschieden werden kann. Es ist nicht

abzusehen, wie wir jetzt nachgeben können. Durch den Rücktritt von Luther allein kann die Krise nicht gelöst werden.

Herr **Stolper**: Wenn Möglichkeiten für eine Einigung vorhanden waren, so sind sie durch den heutigen Brief des Reichspräsidenten zerschlagen worden. Stimmen wir morgen für den Mißtrauensantrag gegen Luther, dann ist sein Sturz da, und tun wir es nicht, dann wird er in 8 Tagen von den Sozialdemokraten bei einer anderen Gelegenheit gestürzt. Wir haben also gar keine Wahl. Zudem sind die Sozialdemokraten jetzt bereit, in die Regierung einzutreten; es ergäbe sich also eine Regierung der Weimarer Koalition. Lehnt das Zentrum das ab, dann ist es immer noch besser, wenn wir eine klare Rechtsregierung erhalten. Auf die Drohung mit dem Rücktritt Hindenburgs können wir keine Rücksicht nehmen.

Herr **Külz**: Ein Mißtrauensvotum gegen Luther unter Zustimmung der Demokratischen Partei würde selbstverständlich zur Folge haben, daß ich sofort aus der Regierung austrete. Zur Deutschen Volkspartei würde ich aber dann nicht übergehen. (Heiterkeit.)

Herr **Hellpach**: Die fortwährende Berufung auf den Reichspräsidenten und seinen Rücktritt ist für Demokraten nicht erträglich. Auffällig ist die plötzliche Rücksichtnahme auf die Wünsche der Auslandsdeutschen, während die Regierung bisher sich um die Interessen der Deutschen in der Tschechoslowakei und in Südtirol nicht gekümmert hat. Die richtige Lösung wäre der Rücktritt des Reichskanzlers. Ein Wahlkampf würde freilich nicht günstig sein. Doch ist eine Nachgiebigkeit für unsere Partei unmöglich.

Herr **Hieber** vertritt den Standpunkt von Gothein. Es ist zweifellos, daß wir eine vollständige Regierungskrisis erhalten, wenn das Mißtrauensvotum gegen Luther angenommen wird. Dann wäre eine Rechtskoalition das Wahrscheinliche. Und wir würden für diese Entwicklung verantwortlich gemacht, insbesondere von den Wirtschaftskreisen, deren Vertrauen wir gerade erst wiedererlangt haben, während die Schuld der Sozialdemokratie gar nicht beachtet würde. Deshalb wäre es politisch und taktisch richtig, wenn wir uns bei der Abstimmung auf den Zentrumsantrag[9] stellen. In dem Wahlkampf würde es unmöglich sein, die Person des Reichspräsidenten auszuschalten.

Herr **Reinhold**: An der Abstimmung am Kabinett habe ich nicht teilgenommen, weil ich erst 12 Stunden vor der Kabinettssitzung davon erfahren habe. Wenn ich anwesend gewesen wäre, hätte ich genauso wenig wie Külz die Folgen übersehen, ich trage deshalb genau dieselbe Verantwortung wie Külz. In bezug auf die Flaggenfrage war zu erwarten, daß im Laufe der Zeit eine Heilung und Beruhigung erfolgte und die Farben Schwarz-Rot-Gold zur allgemeinen Anerkennung kamen. Die Demokraten sollten jetzt von sich aus durch einen Initiativantrag eine Einheitsflagge vorschlagen. Wenn wir ohne vorherige Vereinbarung mit dem Zentrum und den Sozialdemokraten die Regierung stürzen, so würde zweifellos eine Rechtsregierung kommen, und das ganze Odium dafür würde unserer Partei zugeschoben werden. Es ist deshalb dringend zu raten, sich vorher erst mit

9 Das Zentrum mißbilligte die Verordnung und wünschte die Einsetzung einer Kommission, die eine befriedigende Lösung der Frage ausarbeiten sollte. Vgl. Zentrums-Fraktion Dok. 38 u. 39; ferner: Berliner Tageblatt v. 12.5.1926 Nr. 221.

Zentrum und Sozialdemokraten zu verständigen behufs späterer gemeinsamer Übernahme der Regierung. Wenn das nicht möglich ist, dann eine gemeinsame Mißbilligungserklärung mit dem Zentrum.

Herr **Landahl** untersucht die Stellung der Auslandsdeutschen und der deutschen Vertreter im Auslande zu den Reichsfarben. Es ist nicht richtig, daß alle demokratischen und sozialdemokratischen Vertreter im Auslande mit der Flaggenordnung einverstanden gewesen sind; es handelt sich nur um einzelne, andere sind offenbar gar nicht gefragt worden. Die schließliche Entwicklung wird die sein, daß Schwarz-Weiß-Rot die Alleinherrschaft erlangt. Die Entwicklung der Angelegenheit beurteilt er genauso wie Herr Koch[-Weser].

Herr **Frankfurter** erklärt, er stehe ungefähr auf dem Boden von Hieber. Es muß sehr sorgfältig geprüft werden, ob es richtig ist, zu sagen: Mißtrauensvotum, komme, was kommen mag! Man kann sich nicht vorher einigen, wie Reinhold vorschlägt, denn das Zentrum wird sich alle Schritte vorbehalten. Wahlen wegen dieser Frage sind das Ungünstigste, was passieren kann; dann wird gefühlsmäßig gewählt, und wir werden diese Wahl elend verlieren. Wenn daher irgendein Ausweg gefunden werden kann, muß er benutzt werden. Ist das nicht möglich, so bleibt, weil sich die Fraktion festgelegt hat, nur das Mißtrauensvotum übrig, obwohl das die größte Dummheit zu sein scheint, die wir jemals begangen haben. Nun scheint aber noch ein Ausweg möglich: So ungeschickt der Brief von Hindenburg ist, so bietet er doch eine Brücke, weil darin gesagt wird, man wolle diese Frage endgültig regeln. Ist es da nicht möglich, daß man hier weiterbaut? Das könnte ja nur vom Kabinett ausgehen, aber wir könnten unsere Abstimmung davon abhängig machen, daß eine endgültige gesetzliche Regelung alsbald herbeigeführt und bis dahin die Verordnung suspendiert wird.

Herr **Haas**: Wir sind gewiß bereit, einen gangbaren Ausweg zu benutzen. Aber es gibt keinen Ausweg. Wir müssen daher die von Koch[-Weser] vorgeschlagene Politik machen, wobei wir uns darüber klar sind, daß das Mißtrauensvotum von zwei Übeln das kleinere ist. Wenn die Große und die Weimarer Koalition sich nicht finden lassen, dann wird voraussichtlich die bisherige Koalition unter einem anderen Kanzler fortarbeiten. Dieser neue Mann könnte dann für das Verschwinden der Flaggenverordnung sorgen, während das für Luther unmöglich ist.

Es wird nunmehr beschlossen, die Abstimmung über die eingelaufenen Entschließungen um 18.15 Uhr vorzunehmen.

Herr **Wachhorst** steht auf dem Boden von Reinhold und Hieber. Eine Reichstagswahl muß unter allen Umständen vermieden werden, da sie ein Debakel für unsere Partei werden würde. Wenn es möglich ist, die Mißbilligung über die Verordnung auszusprechen, ohne dem Reichskanzler ein Mißtrauensvotum zu erteilen, so sollten wir das mit dem Zentrum zusammen machen. Die Weimarer Koalition ist nicht möglich. Das Zentrum könnte auch sehr gut wieder mit der Rechten gehen, und dann hätten wir uns aus der Reichsregierung glücklich herausmanövriert.

Herr **Fischer**: Der Vorschlag von Frankfurter sollte doch unter allen Umständen versucht werden. Redner bittet unsere Minister, in diesem Sinne tätig zu sein. Zugleich müssen wir mit den Sozialdemokraten verhandeln, ohne uns dabei

auf die Große Koalition festzulegen, da ja auch die Weimarer Koalition in Frage käme. Hierauf Verhandlungen mit dem Zentrum! Verhält sich die Sozialdemokratie ablehnend, dann könnten wir es ebenso machen wie das Zentrum.

Herr **Dernburg**: Eine Kabinettskrise muß jetzt aus außenpolitischen Gründen möglichst vermieden werden. Eine Reichstagsauflösung ist höchst verhängnisvoll. Die Haltung des Zentrums ist ungewiß. Aber das ist sicher: Wenn wir gegen den Reichskanzler stimmen, werden wir in diesem Moment unsere Minister zurückziehen und die Krise des gesamten Kabinetts herbeiführen und das Odium dafür auf uns nehmen müssen. Dafür aber ist die Flaggenverordnung gar nicht bedeutsam genug. Sollten wir Luther die Hand dazu bieten, daß er seine Politik jetzt wieder mit rechts macht? Wir sollen nicht eine Krise beginnen, ohne zu wissen, wohin wir treiben.

Herr **Graf**: Ein Zurückweichen der Fraktion würde für die organisierten Mitglieder unverständlich sein. Das würde von schweren Folgen für uns begleitet werden. Wenn der Versuch mißlingt, durch Sistierung der Verordnung eine Brücke zu finden, dann müssen wir gegen das Kabinett stimmen.

Herr **Külz**: Die Demokratische Partei hat noch nie so stark in der Regierung gesessen wie jetzt. Es wäre töricht, diese Macht aufzugeben wegen einer Frage, die mit der materiellen Politik absolut nichts zu tun hat, sondern eine Gesinnungsfrage ist. Redner erklärt sich bereit, auf Hindenburg einzuwirken, daß er die Verordnung sistiert. Aber so einfach ist das nicht. Vielleicht ist es möglich, daß die Verordnung ausgesetzt wird, wenn der Reichstag das Mißtrauensvotum gegen Luther ablehnt. Vorher ist eine Zusage des Reichspräsidenten unwahrscheinlich. Herr Külz verliest dann seine Entschließung, die er inzwischen umgearbeitet hat.

Nachdem Herr **Haas** Mitteilungen gemacht hat über den Beschluß der Zentrumsfraktion, verliest Herr **Erkelenz** die eingegangenen Anträge.

Herr **Koch[-Weser]** stellt in seinem Schlußwort fest, daß er in den ganzen letzten Tagen krampfhaft versucht hat, einen guten Weg zu finden, um die Fraktion aus der schweren Situation herauszubringen. Wir sind durchaus damit einverstanden, daß die Verordnung sistiert wird; dann mag Luther auch im Amte bleiben. Wird aber die Verordnung nicht sistiert oder geändert, dann ist es unmöglich, sich dem Verfahren des Zentrums anzuschließen. Diesen Weg lehne ich grundsätzlich ab, so wenig ich die Gefahren eines Kampfes in diesem Augenblick unterschätze. Die organisierten Mitglieder gehen uns verloren, wenn wir ihnen sagen müssen, daß wir um des Wohles Deutschlands willen in dieser Frage den Rückzug angetreten haben. Ohne die Organisierten aber können wir niemals einen Wahlkampf führen. Wir müssen daher einen Schritt weiter gehen und entweder den sozialdemokratischen Mißtrauensantrag mitmachen oder unseren eigenen Antrag stellen. Werden diese Anträge abgelehnt, so müssen wir unsere Minister ersuchen, aus der Regierung auszutreten. Die Sache ist vom Kanzler ausgegangen, er trägt die Verantwortung, und wir können daher ihm allein sehr wohl das Mißtrauen aussprechen. Die Sozialdemokraten betrachten sich als verpflichtet, jetzt in die Regierung einzutreten. Das Zentrum würde wohl auch bereit sein, aber darüber jetzt mit ihm zu verhandeln, ist ausgeschlossen, da diese Partei zunächst eine abwartende Haltung wird einnehmen wollen. Der Antrag, den wir stellen würden,

würde den Inhalt haben: Sistierung der Verordnung und neues Gesetz! Es hat keinen Zweck, diese Eventualitäten in einer Resolution des Vorstandes niederzulegen. Vorzuziehen ist eine einfache Billigung der Haltung der Fraktion durch den Vorstand.

Es folgt eine längere Debatte über die Frage der Formulierung der Entschließung. Dazu sprechen die Herren **Falk, Erkelenz, Rönneburg, Gothein, Külz, Koch[-Weser], Bernhard, Nuschke, Cohnstaedt**. Darauf wird um 19 Uhr beschlossen, eine Pause von einer Stunde eintreten zu lassen, um dem Vorsitzenden der Fraktion Zeit zu Verhandlungen mit dem Zentrum zu geben.

Um 20 Uhr eröffnet der Vorsitzende, Herr **Erkelenz**, die Sitzung wieder.

Herr **Koch[-Weser]** berichtet über die Verhandlungen, die inzwischen mit dem Zentrum gepflogen sind. In Übereinstimmung mit der Auffassung der Vertreter des Zentrums schlägt Herr Koch[-Weser] vor, der Fraktion nur die Billigung auszusprechen. Der zur Abstimmung gelangende Antrag lautet also einfach:

„Der Vorstand billigt die entschiedene Haltung der Fraktion und fordert sie auf, dabei zu beharren."

In dieser Fassung wird die Resolution einstimmig angenommen.

Fürstenabfindung

Nach einigen einleitenden Worten des **Vorsitzenden** entsteht eine Debatte darüber, ob es sich empfiehlt, diesen Gegenstand schon heute zu behandeln. An der Aussprache beteiligen sich die Damen und Herren **Erkelenz, Koch[-Weser], Hieber, Bäumer, Dernburg, Richthofen**. Es wird beschlossen, die Frage zu vertagen. Der **Vorsitzende** teilt mit, daß er zur Behandlung dieser Angelegenheit den Vorstand auf den 19. Mai einberufen werde, wenn die politische Entwicklung nicht zu einem anderen Termin nötige.

Ort des nächsten Parteitages

Der Vorsitzende teilt mit, daß Einladungen von Braunschweig, Hamburg, Frankfurt/Main, Düsseldorf und Dresden vorliegen. Der Organisationsausschuß schlage vor, Veranstaltung des Parteitages im Dezember in Düsseldorf. Nach einer Aussprache, an der sich die Herren **Erkelenz, Lebach**[10], **Koch[-Weser], Landahl** und **Heuss** beteiligen, wird Vertagung beschlossen.

Schluß gegen 20.30 Uhr.

10 Willy Lebach, Fabrikant in Düsseldorf.

132.

20.5.1926: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: zunächst Erkelenz, dann Fischer, dann wieder Erkelenz. Beginn: kurz nach 14.15 Uhr. Ende: 18 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bernhard, Brammer, Cohnstaedt, Dernburg, Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischer, Gothein, Graf, Haas, Haase, Issberner, Kauffmann, Koch-Weser, Krell, Külz, Lebach, Lemmer, Frau Lüders, Nuschke, Rauecker, von Richthofen, Schneider, Stephan, Stern, Stolper, Stubmann, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Zeitlin.

Der Vorsitzende, Herr **Erkelenz**, eröffnet die Sitzung kurz nach 14.15 Uhr.

Die Flaggenfrage und die Regierungsbildung

Herr **Koch[-Weser]** berichtet über die Entwicklung der Flaggenfrage[1] und der sich daran schließenden politischen Ereignisse[2]. Er erwähnt dabei: Die Abstimmung in der demokratischen Reichstagsfraktion über das Mißbilligungsvotum, die das Verhältnis von 16:13 ergab, bezog sich auf eine viel schärfere Fassung des Votums; für die später vorgeschlagene mildere Fassung sprach sich die überwiegende Mehrheit der Fraktion gegen 2 oder 3 Mitglieder aus[3]. Weiter betonte er: Bei uns ist nicht nur die Logik, sondern auch der Erfolg gewesen. Wir haben jetzt ein Kabinett, das wieder mit links arbeiten kann. Daß es unmöglich war, die Flaggenverordnung als solche rückgängig zu machen, ist ganz selbstverständlich. Herr Koch[-Weser] bittet, der Vorstand möge sein Verhalten ausdrücklich billigen, damit er in der Lage sei, sein schweres Amt weiterzuführen[4].

---

1 Siehe Nr. 131, besonders Anm. 4.

2 Am 11. und 12.5.1926 war die Flaggenverordnung im Reichstag besprochen worden. Luther hatte sie auf eine Art und Weise verteidigt, die von der Linken als provozierend empfunden worden war; auf Anfrage der Deutschnationalen, ob die Regierung etwa beabsichtige, die Durchführung der Verordnung auszusetzen, hatte er betont, sie werde selbstverständlich durchgeführt werden. Vgl. Sten. Ber. Bd. 390 S. 7161-7167 u. 7215.
In der Nacht vom 11. zum 12.5. war die DDP-Fraktion übereingekommen, einen Antrag einzubringen, dessen erster Teil die Anregung des Reichspräsidenten begrüßte, alle Kräfte zu einer Lösung der Frage in versöhnlichem Sinne einzusetzen, dessen zweiter Teil aber das Verhalten des Reichskanzlers in der Flaggenfrage mißbilligte. In der Reichstagssitzung vom 12.5.1926 war der zweite Teil des demokratischen Antrags mit 176 gegen 146 Stimmen bei 103 Enthaltungen (der Deutschnationalen und der Völkischen) angenommen worden. Daraufhin war Luther zurückgetreten, am 17.5.1926 hatte Marx die Regierung übernommen, die bisherigen Kabinettsmitglieder waren in ihren Ämtern verblieben. Vgl. Schulthess 1926 S. 99-101.

3 Ernst Feder, der während der entscheidenden Sitzung im Reichstag anwesend war, berichtet in seinen Aufzeichnungen: „Um acht Uhr tritt dann die demokratische Fraktion zur entscheidenden Sitzung zusammen. Es herrscht in ihr großer Wirrwarr. T[heodor] W[olff] und ich fangen alle uns erreichbaren Mitglieder ab, um auch den Widerstrebenden klarzumachen, daß dieser Luther als Kanzler unmöglich ist. Erbittert wird bis 12 Uhr in der Fraktionssitzung gekämpft, schließlich mit 15 gegen 13, beziehungsweise 16 gegen 13 Stimmen bei drei Fehlenden (Lutherfreunden) Mißbilligungsantrag gegen Luther beschlossen..." Feder S. 56. Zur Situation in der Fraktion vgl. auch den Bericht der Frankfurter Zeitung v. 12.5.1926 Nr. 350.

4 Koch-Weser beschreibt in seinem Tagebuch ausführlich die Entwicklung der Flaggenfrage und rechtfertigt sein Vorgehen. In einer Eintragung vom 9.6.1926 berichtet er, in der Fraktion herrsche

Herr **Fischer** übernimmt jetzt den Vorsitz und schlägt die Formel vor, der Vorstand möge das Verhalten der Fraktion und ihres Vorsitzenden billigen. Es entspinnt sich eine längere Besprechung, an der sich beteiligen die Herren **Cohnstaedt, Stubmann, Fischer, Dernburg, Gothein, Koch[-Weser], Haas, Wachhorst de Wente, Krell, Vogt, Bernhard, Stolper**. Dabei erstatten die Herren **Cohnstaedt, Stubmann** und **Krell** Bericht über die der Fraktionstaktik zustimmende Stellung, die von den Parteiorganisationen in Frankfurt/Main bzw. Hamburg bzw. Magdeburg zur Flaggenfrage und zur Neubildung des Kabinetts eingenommen worden ist. In der Aussprache wird überwiegend der Standpunkt Koch[-Wesers] in der Regierungskrise gebilligt und begrüßt. Eine etwas abweichende Stellung nimmt Herr **Dernburg** ein, obwohl die Organisation seines Wahlkreises der Taktik Koch[-Wesers] zustimmt. Herr Dernburg spricht über die Gründe, die für die Haltung der Minderheit der Fraktion maßgebend gewesen sind. Der Erfolg hat allerdings der Mehrheit Recht gegeben. Eine Sistierung der Flaggenverordnung könnte zu einer Staatskrise führen. Unter den jetzigen Verhältnissen dürfen wir aber unsere Regierung nicht erschüttern. Wir können nicht ohne weiteres den sozialdemokratischen Antrag, der auch im Auslande nur die Beflaggung mit Schwarz-Rot-Gold zulassen will, unterstützen, da wir dadurch womöglich die Koalition sprengen würden. Derselben Meinung ist Herr **Gothein**, der noch besonders betont, daß wir der Auffassung nicht neue Nahrung geben dürfen, als ob wir ein Anhängsel der Sozialdemokratie wären. Ähnlich spricht sich dann noch Herr **Wachhorst de Wente** aus. Herr **Koch[-Weser]** weist darauf hin, daß der Grund für den Sturz Luthers nicht die Flaggenverordnung gewesen ist, sondern seine ganze rechts gerichtete Politik. Der Antrag der Sozialdemokraten sei gemäßigt, und es sei ein Akt staatsmännischer Gesinnung, wenn sie nicht weiter gegangen sind. Wir können uns nicht dem widersetzen, daß ihr Antrag einem Ausschuß überwiesen wird. Genau derselben Meinung ist Herr **Haas**, der eine Entschließung, enthaltend eine Billigung der Politik Koch[-Wesers], verliest. Über die andere Formulierung dieser Entschließung werden noch eine Reihe von Wünschen laut, die z. T. durch eine Umänderung des Wortlautes berücksichtigt werden. Schließlich wird die Entschließung in folgender Fassung einstimmig angenommen:

„Der Parteivorstand stellt fest, daß der Reichskanzler Luther in der Flaggenfrage einen Konflikt unnötig heraufbeschworen und die Beilegung dieses Konflikts durch seine Nachgiebigkeit gegen die Deutschnationalen unmöglich gemacht hat.

Der Parteivorstand billigt, daß die Fraktion die Zusammenarbeit mit dem Reichskanzler Luther abgelehnt hat. Ohne Rücksicht darauf, daß seine Außenpolitik, Handelspolitik und Wirtschaftspolitik nur von den Parteien der Mitte und der Linken getragen werden konnte, hat Dr. Luther durch sein Verhalten in der Flaggenfrage und seine Nachgiebigkeit gegen rechts die Voraussetzungen für die

Nervosität und Zweifel, und die anderen Parteien seien der Meinung, er habe aus Ranküne gegen Luther gehandelt. Nachlaß Koch-Weser 34. Koch-Wesers Parteifreund Gessler beschreibt die Situation vor Luthers Sturz im Rückblick folgendermaßen: „Koch-Weser, den man sich als Kanzlerkandidaten hatte totlaufen lassen und dann auch noch bei der Besetzung der freien Portefeuilles enttäuscht hatte, machte aus seiner schlechten Laune keinen Hehl. Ein neuer Konflikt lag in der Luft. Es fehlte nur am konkreten Anlaß. Den lieferte eine Flaggenverordnung, für die sich Luther persönlich unnötig exponierte." Gessler S. 366.

Fortführung der bisherigen Politik unter seiner Führung zerstört. Der Parteivorstand spricht dem Parteivorsitzenden seinen uneingeschränkten Dank aus für die kraftvolle, unbeirrte Führung der Fraktion und weist die gegen ihn von rechts in gewohnter Kampfesweise erhobenen persönlichen Vorwürfe auf das schärfste zurück."

Die Fürstenabfindung

Der Vorsitzende, Herr **Erkelenz** (der inzwischen den Vorsitz wieder übernommen hat), gibt einen kurzen Überblick über die bisherige Entwicklung[5]. Bayerische und Deutsche Volkspartei möchten eine Erledigung der Aktion im Parlament am liebsten erst im Herbst. Das ist aber aus mehreren Gründen bedenklich. Es wäre durchaus nicht unmöglich, daß dann ein Fürstenabfindungsgesetz mit Hilfe der Deutschnationalen gegen die Demokraten gemacht würde. Wir müssen also dabei bleiben, daß eine beschleunigte Erledigung noch vor den Sommerferien des Reichstags vorgenommen wird. Was den Volksentscheid[6] anlangt, so verliest der Vorsitzende einen Brief von Schacht an Koch[-Weser], worin sich Schacht gegen eine völlige Enteignung ausspricht und daher auch gegen eine Freigabe der Abstimmung für die Demokraten[7]. Der Vorsitzende fügt hinzu, daß auf der anderen Seite, wenn der Volksentscheid keinen Erfolg hat, uns alle Waffen für eine tragbare Lösung der Fürstenabfindung aus der Hand genommen sind. Dazu kommt, daß wir Beschlüsse fassen können, wie wir wollen – große Teile unserer Wähler haben ihre Stellung schon zugunsten der Enteignung eingenommen. Allerdings können wir auf keinen Fall die Parole für die Enteignung ausgeben. Es kommt also darauf hinaus, daß der Parteivorstand die Abstimmung über die Stellung zum Volksentscheid freigibt. In diesem Sinne legt Redner eine Resolution vor. Wenn wir die Freigabe der Stimme beschließen, so müssen wir zugleich ausdrücklich hinzufügen, daß keine Organisation das Recht hat, ihrerseits einen Zwang auf die Mitglieder auszuüben. Höchstens könnte man in Einzelfällen (Braunschweig) eine Ausnahme gestatten[8]. An der Aussprache beteiligen sich die Herren **Dernburg, Koch[-Weser], Stubmann, Bernhard, Erkelenz, Stolper, Gothein, Zeitlin, Kauffmann, Graf, Cohnstaedt, Stern, Wachhorst de Wente, Nuschke, Haas, Freiherr von Richthofen** und Frau **Lüders**. Herr **Koch[-Weser]** verliest eine von ihm verfaßte Resolution[9]. Er ist der Meinung, daß man den Ortsvereinen absolut verbieten sollte, auf die Stellungnahme ihrer Mitglieder einen Druck auszuüben. Die weit überwiegende Mehrheit der vorhin genannten Redner tritt für die Freigabe der Abstimmung ein.

---

5 Siehe Nr. 130.

6 Das Volksbegehren auf entschädigungslose Enteignung der Fürstenvermögen hatte 12 523 939 Unterschriften erbracht. Vgl. Nr. 130 Anm. 1. Der sozialdemokratisch-kommunistische Gesetzentwurf war am 6.5.1926 im Reichstag in zweiter Lesung mit 236 gegen 142 Stimmen abgelehnt worden. Daraufhin hatte die Regierung als Termin für den nun notwendig gewordenen Volksentscheid den 20.6. festgesetzt. Vgl. Schulthess 1926 S. 95 u. 100.

7 Schacht trat dann wegen des auf dieser Sitzung gefaßten Beschlusses aus der Partei aus und begründete seinen Schritt in einem Brief an Koch-Weser. Abgedruckt in: Demokrat v. 17.6.1926 Nr. 12.

8 Siehe Nr. 130.

9 Siehe unten.

Dagegen spricht sich grundsätzlich nur Herr **Gothein** aus[10]. Herr **Haas** erklärt, daß er für eine entschädigungslose Enteignung nicht eintreten könnte mit Rücksicht auf Versprechungen, die er und einige andere Herren seinerzeit dem badischen Fürstenhause gemacht haben.

Nach Schluß der Erörterung wird die von Herrn Koch[-Weser] vorgeschlagene Resolution mit 18 gegen 2 Stimmen in folgender Fassung angenommen:

„Als das Volksbegehren stattfand, konnte die Deutsche Demokratische Partei noch hoffen, daß auf Grund der Verhandlungen mit der Regierung und den anderen Regierungsparteien die Auseinandersetzungsfrage in annehmbarer Form auf gesetzlichem Wege vor dem Volksentscheid geregelt werden würde. Diese Hoffnung ist heute wesentlich verringert, da es scheint, daß diejenigen, die im Gegensatz zur Deutschen Demokratischen Partei alles auf die Karte des Volksentscheides setzten, ihren Willen durchsetzen. Hierbei ließen sich die einen von der Hoffnung leiten, der Volksentscheid werde mißlingen und hinterher ein Entgegenkommen bei der gesetzgeberischen Regelung dieser Frage überflüssig werden, die anderen von der Hoffnung, der Volksentscheid werde umso eher gelingen, je weniger es vorher zu einer befriedigenden Lösung gekommen sei. Unsere maßvollen Vorschläge zu einer rechtzeitigen gesetzlichen Regelung waren nicht durchzusetzen.

Auch der Versuch der Deutschen Demokratischen Partei, die Fragestellung beim Volksentscheid dadurch zu verbessern, daß durch einen Zusatz zu dem begehrten Gesetz die Länder zu einer angemessenen Entschädigung der Fürstenfamilien verpflichtet werden sollen, ist im Reichstag gescheitert. Kriegsbeschädigte, Auslandsdeutsche, Vertriebene, Sparer, Kriegsanleihebesitzer, Hypothekengläubiger, Abgeltungsgläubiger, Besitzer von ausländischen Wertpapieren und die große Zahl all der anderen durch Krieg und Kriegsfolgen Geschädigten haben durch Kriegsmaßnahmen und Eingriffe des Staates fast alles verloren; in einer solchen Zeit den Fürsten die großen Vermögen zu lassen, die sie nur als Herrscher ansammeln konnten und die sie nur als Herrscher zu repräsentativen Zwecken brauchten, betrachtet der Parteivorstand als ein Unrecht. Dieses Unrecht durch eine gerechte Regelung zu beseitigen, hat die Deutsche Demokratische Partei von ihrem ersten Antrage an durch die ganzen Verhandlungen sich bemüht und wird sie sich weiter bemühen.

Auf der anderen Seite vermag die Partei zu einer entschädigungslosen Enteignung nicht die Hand zu bieten, da sie das Privateigentum als die Grundlage jeder produktiven Wirtschaftsform betrachtet und als eine durch die Verfassung gewährleistete Einrichtung anerkannt.

Bei dieser durch eine unglückliche Fragestellung verwirrten Sachlage lehnt es die Partei ab, eine Parole auszugeben. Sie muß es jedem einzelnen ihrer Wähler überlassen, sich nach gewissenhafter Prüfung zu entscheiden. Die Parteileitung

10 Gothein schrieb dann einen Artikel für das „Stuttgarter Neue Tageblatt", in dem er sich wiederum gegen die entschädigungslose Enteignung aussprach. Chefredakteur Brackmann lehnte es unter Hinweis auf die in Stuttgarter DDP-Kreisen herrschende Stimmung ab, den Artikel abzudrucken; in seinem Brief vom 11.6.1926 heißt es: „Und diese Stimmung ist, wie die Vertreterversammlung am letzten Sonntag gezeigt hat, zu mindestens 90, wenn nicht 95% für die entschädigungslose Enteignung." Nachlaß Gothein 31.

erwartet, daß auch die Parteiorganisationen die Gewissensfreiheit ihrer Mitglieder in dieser Frage durch keinerlei Beschlüsse beeinträchtigen."[11]

Der Vorstand beschließt, den nächsten Parteitag Anfang Oktober in Düsseldorf stattfinden zu lassen.

Cohnstaedt *regt eine Initiative der Partei auf dem Gebiet des landwirtschaftlichen Siedlungswesens an und schlägt vor, der Agrarausschuß möge sich mit dieser Frage beschäftigen.* **Erkelenz** *unterstützt diesen Gedanken. Der Vorstand ist einverstanden und beschließt außerdem, das auf dem Breslauer Parteitag vorgelegte Agrarprogramm dem Agrarausschuß nochmals zur Umarbeitung zu überweisen.*

Die „Bürgerlich-Demokratische Arbeitspartei" Österreichs[12] *hat zwecks engerer Verbindung mit der Demokratischen Partei vorgeschlagen, zu den Vorstandssitzungen der beiden Parteien jeweils ein Mitglied der anderen Partei als Gast einzuladen. Der Vorstand beschließt, zu seiner nächsten Sitzung einen Vertreter der „Bürgerlich-Demokratischen Arbeitspartei" einzuladen, vor der Entsendung eines Vertreters der Demokraten nach Wien jedoch zunächst Informationen über diese Partei einzuholen.*

---

11 Daß die Entscheidung auf Freigabe der Abstimmung in manchen Kreisen der Partei Beunruhigung auslöste, zeigt ein vertrauliches Rundschreiben Fischers an die Vorstandsmitglieder des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe vom 11.6.1926. Darin heißt es u. a.: „Wenn in der Entschließung des Vorstands der Gesamtpartei gesagt worden ist, daß keinerlei Bindung für die Parteimitglieder seitens der Partei erfolgen solle, so wird selbstverständlich uns die Möglichkeit gegeben, in allen uns nahestehenden Kreisen dafür zu wirken, einen Erfolg des Volksentscheids zu verhindern [. . .] Seit Gründung des Reichsausschusses hat dieser es stets für seine besondere Pflicht gehalten, sich innerhalb der Partei auf die ihm zugewiesenen Funktionen einer wirtschaftspolitischen Beratungs- und Mitarbeitsstelle zu beschränken. Die Entwicklung der letzten Wochen dürfte aber die Frage nahelegen, ob wir wegen der Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaftsfragen, die sich gerade jetzt gezeigt haben, seitens des Reichsausschusses nicht in Zukunft in weit stärkerem Umfange als bisher uns auch der Beobachtung der allgemeinen politischen Entscheidungen der Partei zuwenden sollen und ob es nicht notwendig ist, daß wir auch auf dem eigentlich politischen Gebiet uns darum bemühen, die in unseren Kreisen vertretenen Auffassungen gegenüber dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion zur Geltung zu bringen." Nachlaß Dietrich 83. Die öffentliche Erklärung des Parteivorstands v. 2.7.1926 zum erfolgten Volksentscheid, deren Vorbereitung in den Protokollen nicht belegt ist, findet sich bei Wippermann A 1926 II S. 230f.

12 Siehe Nr. 65 Anm. 2.

133.

6.11.1926: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 13.30 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bernhard, Böß, Brammer, Cohnstaedt, Dernburg, Dietrich, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falk, Fischer, Frankfurter, Gothein, Graf, Haas, Hummel, Issberner, Kalkoff, Kauffmann, Frau Kiesselbach, Frau von Koerber, Krell, Külz, Landahl, Lebach, Lemmer, Petersen, Rauecker, Reinhold, Rönneburg, Schneider, Siehr, Stephan, Stern, Stolper, Stubmann, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Weiss, Frau Wittstock. Geladene Gäste: Meincke, Seyfert, Tantzen.

Erkelenz *eröffnet und referiert anschließend über die politische Lage. Er konstatiert, daß gegenwärtig gerade jene Parteien, die zur Übernahme von Verantwortung bereit seien, in wachsendem Maße von ihren Wählern verlassen würden, und verweist in diesem Zusammenhang auf den Aufstieg der Wirtschafts- und der Aufwertungspartei*[1]*. Die Ursache dieser Entwicklung sieht er einmal darin, daß die Bevölkerung die Demokraten, die seit acht Jahren im Reich und in vielen Ländern und Gemeinden an der Regierung sind, verantwortlich mache „nicht für das, was Gutes zustande gekommen ist, sondern was Schlechtes nicht hat beseitigt werden können". Einen weiteren Grund sieht er in der wachsenden Schwierigkeit, einen Interessenausgleich zwischen den einzelnen Gruppierungen innerhalb der Partei zu finden. Erkelenz wendet sich gegen einen plötzlichen Rückzug aus der Regierung mit dem Ziel, sich in der Opposition zu „erholen", schließt aber eine solche Möglichkeit für die Zukunft nicht aus. Er schlägt die Einsetzung eines Ausschusses vor, in dem die Parteiführer nicht vertreten sein sollen, damit dieser der Parteileitung Bericht über die Zukunftsmöglichkeiten der Partei erstatte.*
Seyfert *spricht über die Lage der sächsischen Demokraten und bezeichnet die Vernachlässigung der Wirtschaftsfragen und die Mängel der Organisation als Ursachen des Rückgangs der Partei.* **Stubmann** *begründet eine schriftliche Anfrage von Frankfurter und Genossen zu angeblichen Besprechungen zwischen Vertretern der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei*[2] *und zur Rolle der Liberalen Vereinigung.* **Erkelenz** *versichert, daß sich kein Gremium der Partei mit derartigen Fragen beschäftigt habe. Er bezeichnet die gegenwärtigen Parteiverhältnisse auf die Dauer als unhaltbar, hält aber eine Fusion mit der Volkspartei zu diesem Zeitpunkt für unmöglich. Die Liberale Vereinigung nennt er ein „höchst unglückliches" Gebilde, das immer dann in Erscheinung trete, wenn die Partei Schwierigkeiten habe.* **Frankfurter** *betont, er sei von dieser Antwort nicht befriedigt. Die Liberale Vereinigung besteht nach seiner Ansicht aus „Verrätern unserer Partei", mit denen es keine Gemeinschaft geben dürfe, ebensowenig wie mit der Deutschen Volkspartei. Er verlangt, die angeschnittenen Fragen auf die Tagesordnung des Parteiausschusses und des Parteitags zu setzen. Im weiteren Verlauf der Diskussion werden verschiedene Probleme gestreift: die Frage eines Konkordats zwischen dem Reich und der Kurie, das Ausführungsgesetz zum Artikel 48 sowie Einzelheiten des geplanten Finanzausgleichs zwischen Reich, Ländern und Gemeinden.* **Fischer** *mahnt zum Abschluß der Debatte, Ketzergerichte innerhalb der Partei zu vermeiden, und warnt vor einem Beschluß gegen die Liberale Vereinigung. Auf Antrag* **Erkelenz** *wählt der Vorstand vier Mitglieder in einen Ausschuß, der die Lage der Partei prüfen und auch die Wirtschaftsfragen vorberaten soll*[3]*.*

1 Zu den Erfolgen dieser Parteien vgl. Wippermann A 1926 II S. 184.

2 Am 19.8.1926 hatte Gessler Koch-Weser in einem Brief mitgeteilt, man habe ihn um eine Initiative in der Fusionsangelegenheit gebeten. Dieser hatte geantwortet, er habe im Januar 1926 so viel getan wie möglich und könne sich keinem weiteren Fehlschlag aussetzen; er stelle Gessler jedoch anheim, mit Stresemann zu sprechen. Nachlaß Koch-Weser 34. Feder berichtet in einer Eintragung vom 9.11.1926, Schneider habe ihm erzählt, „das Gerücht gehe, daß Koch vor seiner Amerikareise mit Volksparteilern über eventuelle Annäherung oder Verschmelzung verhandelt und vor seiner Abreise drei Demokraten zur eventuellen Fortsetzung dieser Verhandlungen ermächtigt habe, weiter sei dann aber nichts geschehen". Feder S. 83.

3 Frankfurter, Hellpach, Stubmann, Bernhard; drei weitere Mitglieder sollte die Fraktion benennen.

Fischer *berichtet über die Finanzlage der Partei. Er bezeichnet die Kassenlage gegenwärtig als gut, klagt jedoch über mangelhaften Eingang der Kopfsteuerbeträge.*

Der Vorstand diskutiert die Frage, ob das Agrarprogramm der Partei in seiner jetzigen Form en bloc angenommen werden könne. Da Bedenken bestehen, wird ein Ausschuß zur Vorberatung des Programms für die nächste Vorstandssitzung eingesetzt, der das Recht haben soll, den Entwurf als Diskussionsgrundlage zu publizieren[4].

Der Vorstand beschließt nach kurzer Debatte, den nächsten Parteitag direkt nach Ostern in Stuttgart stattfinden zu lassen.

4 Wachhorst de Wente, Tantzen, Rönneburg, Meincke, Gothein, ein Name unleserlich, Dietrich.

134.

27.11.1926: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: kurz nach 14.15 Uhr. Ende: 17.15 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Barteld, Brammer, Cohnstaedt, Cramer (Prenzlau), Erkelenz, Gothein, Graf, Haas, Hieber, Issberner, Frau von Koerber, Kopsch, Landahl, Lebach, Frau Lüders, Meincke, Nuschke, Rauecker, Schneider, Schreiber, Siehr, Stephan, Stern, Strauss, Stubmann, Tantzen, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Weiss, Frau Wittstock, Zeitlin.

Erkelenz *eröffnet mit einigen geschäftlichen Mitteilungen.*

Rönneburg *berichtet über die Arbeit der in der letzten Sitzung eingesetzten Agrarkommission*[1]. *Es sei der Kommission nicht gelungen, sich auf ein detailliertes Programm zu einigen; sie habe lediglich ein kurzes, in der Art eines Flugblatts gehaltenes Programm ausgearbeitet, das sie dem Vorstand zur Annahme empfehle. Rönneburg hält es für besser, die Abfassung eines ausführlichen Agrarprogramms zu vertagen. Nach längerer Debatte schlägt* **Erkelenz** *vor, das gesamte Material an den Agrarausschuß mit der Bitte zu überweisen, einen neuen Entwurf herzustellen. Erkelenz empfiehlt, einen Mehrheitsentwurf vorzulegen, falls es nicht gelingen sollte, sich auf einen einheitlichen Entwurf zu einigen. Er erklärt sich bereit, die "Hilfe" für eine öffentliche Diskussion der Agrarprobleme zur Verfügung zu stellen. Der Vorstand stimmt diesen Vorschlägen zu.*

Lebach *macht darauf aufmerksam, daß einige Mitglieder des Parteiausschusses beabsichtigten, heute abend über die Frage der Liberalen Vereinigung zu beraten.* **Cohnstaedt** *teilt Näheres über dieses Treffen mit.* **Erkelenz** *ist der Ansicht, daß die Behandlung des Problems der Liberalen Vereinigung auf der morgigen Sitzung*

1 Siehe Nr. 133 Anm. 4.

des Parteiausschusses keine Schwierigkeiten bereiten werde. **Hieber** *warnt davor, das Thema des Unitarismus in den Mittelpunkt des Stuttgarter Parteitags zu rücken, da die Mehrzahl der Parteiangehörigen für diese Frage noch nicht reif sei.* **Erkelenz** *weist darauf hin, daß die Tagesordnung für Stuttgart noch nicht feststehe.*

135.

28.11.1926: Sitzung des Parteiausschusses

Gezeichnet: „Issberner 7.1.27". Vorsitz: Koch-Weser. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Reichstag.

Der Vorsitzende, Herr **Koch[-Weser]**, eröffnet die Sitzung um 10.30 Uhr. Er teilt mit, daß wegen der beschränkten Zeit das Finanzreferat Reinholds ausfällt. Es sei unbedingt nötig, die Beratungen um 17.30 Uhr nachmittags zu beenden, so daß dann die Abstimmungen stattfinden könnten. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Die politische Lage

Herr **Koch[-Weser]** als Referent: Deutschland sieht vom Auslande ganz anders aus, als wenn man mitten in den Wirren steckt[1]. Überall in Amerika herrscht Bewunderung darüber, daß ein Land wie Deutschland in 7 Jahren so weit wieder hat emporkommen können, wie es der Fall ist. Man weiß dort drüben auch, wie großen Anteil an dem Wiederaufstieg Deutschlands die Demokratische Partei trägt. Der Redner legt im einzelnen die Wandlungen seit 1919 dar. Wir dürfen feststellen, daß wir Demokraten die jetzt von allen Seiten gutgeheißene auswärtige Politik von Anfang an geführt haben; auch in der inneren Politik sind wir führend gewesen. Bedauerlich ist die Taktik der Sozialdemokraten, sich von der Regierung fernzuhalten. Die Deutschnationalen haben ihnen denn auch an einem großartigen Beispiel gezeigt, daß dies eine verfehlte Haltung ist[2]. Jetzt aber, wo die Sozialdemokraten in die Regierung eintreten wollen, lehnt wieder die Deutsche Volkspartei ab. Bei der Besprechung der Wirtschaftslage kritisiert der Redner die Politik der Wirtschaftspartei. Diese Partei hat auf jedem Gebiete der Innen- und der Außenpolitik versagt. Gerade der Mittelstand muß sich darüber klar sein, daß er zerrieben wird zwischen den mächtigen Gruppen der Arbeitnehmer und des Kapitalismus, wenn eine Gliederung des Reichstages nach Berufsgruppen sich einrichten sollte und die Interessen des Mittelstandes nur noch von einer Minderheit wahrgenommen werden würden. Die Schwierigkeiten innerhalb der Partei rühren zum guten Teil davon her, daß wir eine Partei der Köpfe sind, sogar

1 Koch-Weser war gerade von einer mehrmonatigen Reise durch Kanada und die Vereinigten Staaten zurückgekehrt. Vgl. Demokrat v. 25.11.1926 Nr. 22.

2 Diese Bemerkung bezieht sich vermutlich auf die Vorgänge im Reichstag am 8.11.1926, wo die DNVP aus rein taktischen Überlegungen heraus einem Antrag der SPD auf 30- bzw. 20%ige Erhöhung der Sätze der Hauptunterstützungsempfänger und der Familienzuschläge in der Erwerbslosenfürsorge zur Annahme verholfen hatte. Vgl. Sten. Ber. Bd. 391 S. 7950 (Rede Westarps).

der vielen Köpfe, sogar eine Partei der Vielköpfigkeit. Wir haben die Eigentümlichkeit, uns auch bei gleichen Anschauungen in großen Dingen um kleinerer Dinge willen so zu bekämpfen, als ob es überhaupt nichts Gemeinsames mehr zwischen uns gäbe. Das ist bei uns mehr als bei irgendeiner anderen Partei der Fall. Eine Partei verträgt das aber nicht, wenn das nach außen zu scharf hervortritt. Nachdem der Referent noch einmal auf seine Haltung im vorigen Sommer eingegangen ist, die gleichfalls in der Partei Widerspruch gefunden, dann aber sich als durchaus zutreffend herausgestellt hat, weist er darauf hin, daß der Hauptschuldige bei den ganzen Konflikten im Frühsommer unzweifelhaft Luther persönlich gewesen ist[3]. Das gilt für die Flaggenfrage. Und wenn man dann bedenkt, daß dieser selbe Luther im Frühjahr die Deutsche Allgemeine Zeitung gekauft hat[4], die seitdem die Deutsche Demokratische Partei eifrig bekämpft hat, so ergibt sich auch hier die Unmöglichkeit, loyal mit einem Manne zusammenzuarbeiten, der entsprechend deutschnationalen Wünschen mit Hilfe der Demokraten zu regieren beabsichtigte. Unter diesen Umständen konnte ich mir und der Partei in der Flaggenfrage niemals eine Ohrfeige geben lassen. Daß ich bei jener Gelegenheit der Partei nicht die Herbeiführung eines Kabinettswechsels empfehlen konnte, ist damals oft genug überzeugend dargetan worden. Es gab gar keine andere Möglichkeit als die Ersetzung Luthers durch einen anderen Kanzler, um eine nach außen erkennbare Sühne zu erreichen und im übrigen die bisherige Politik weiterzuführen.

Was die Fürstenabfindung anlangt, so möchte ich wissen, welches Rezept diejenigen empfehlen, die der Haltung von Höpker-Aschoff widersprechen[5]. Der Vergleich in Preußen ist die einzig mögliche Lösung gewesen. Er geht im Interesse des Staats weiter als der, den die Sozialisten unter Südekum[6] seinerzeit für möglich und erträglich gehalten haben.

Darauf das Schund- und Schmutzgesetz![7] In unserer Partei sind Anhänger und

3 Vgl. Nr. 131 u. Nr. 132.

4 Vgl. Groth Bd. 2 S. 268-271.

5 Nachdem das geplante Kompromiß zur Frage der Fürstenvermögen (vgl. Nr. 130 Anm. 2) im Reichstag am Widerstand der SPD und der DNVP gescheitert war, hatte die Regierung den Entwurf zurückgezogen; nach dem Scheitern einer reichsgesetzlichen Lösung waren nun die Länder genötigt, sich mit ihren einstigen Fürsten zu vergleichen. Am 11.10.1926 hatte Höpker-Aschoff als preußischer Finanzminister dem Landtag eine entsprechende Vorlage vorgelegt, die am 12.10. angenommen worden war. Vgl. den Bericht über die sehr stürmisch verlaufenden Debatten in: Berliner Tageblatt v. 12.10.1926 Nr. 481 u. 482 u. v. 13.12. Nr. 484; vgl. ferner Protokolle der Fraktionssitzungen v. 6., 11. u. 12.10.1926. DDP/Staatspartei R 45/III 65.

6 Albert Südekum (1871-1943), MdR (SPD) Mai 1900 bis 1918, preußischer Finanzminister von November 1918 bis März 1920.

7 Der Gesetzentwurf zur Bewahrung der Jugend vor Schmutz- und Schundschriften war bereits Ende 1925 vom Reichsinnenministerium vorgelegt worden und hatte die Fraktionen unter Beteiligung der Ländervertreter im Ausschuß bereits ein Jahr lang beschäftigt. Die Ausschußvorlage sah vor, in den Ländern Prüfstellen zu schaffen mit der Aufgabe, eine Liste von „Schmutz- und Schundschriften" aufzustellen, die nicht öffentlich angeboten und nicht an Jugendliche verkauft werden sollten. In der Fraktion und in der Partei war der Entwurf von Anfang an heftig umstritten; zu seinen Befürwortern gehörten vor allem Gertrud Bäumer und Theodor Heuss, während er vor allem von den Mitgliedern, die der demokratischen Presse angehörten, erbittert bekämpft wurde. Vgl. die Schilderung der Auseinandersetzung bei Stephan S. 326-330; ferner Gertrud Bäumers Artikel „Wozu der Lärm?" in: Hilfe v.1.12.1926 Nr. 23; ferner Feder S. 83f., 86 u. 89.

Gegner dieses Gesetzes. In Wirklichkeit sind wir gar nicht so weit auseinander in dieser Frage, weil dies Gesetz sich von vornherein viel weiser beschränkt, als das je Zensurgesetze getan haben. Nach meiner persönlichen Auffassung würde man in einem idealen Staate einem solchen Gesetz zustimmen können. Aber ich kenne aus bitterer Erfahrung die Gefahren, die in der Handhabung solcher Gesetze durch die Bürokratie liegen. Darum kann ich dem Gesetz, auch wenn es in einzelnen Punkten abgeändert wird, nicht zustimmen. Aber ich muß mich dagegen wenden, daß diejenigen, die sich bemüht haben, ein brauchbares Gesetz zu schaffen, nunmehr dem Vorwurf ausgesetzt werden, daß sie Gegner der Kunst und des Liberalismus sind. Prüfstellen der Länder, wie sie Preußen gefordert hat, sind eine unerträgliche Attacke auf die Einheit des Reiches. Nach meiner Meinung hätte hieran Külz das Gesetz scheitern lassen müssen; es ist wohl nicht geschehen, weil das Kabinett dem nicht zustimmen wollte. Im ganzen ist keine Veranlassung, über das Gesetz so schroff miteinander zu reden, wie es geschehen ist. Wir müssen solche Fragen vorsichtiger austragen, um nicht die Partei zu zerbrechen. Es wäre sehr bequem, den Führer der Partei für die unerfreuliche Lage verantwortlich zu machen. Aber die Stellung eines Parteiführers ist bei uns nicht eine derartige, daß ihm die Verantwortung auferlegt werden kann. Ich bin durchaus der Meinung, daß die Minister der Demokratischen Partei sehr oft Dinge tun und sagen, die sie im Interesse der Partei besser vermeiden wollten. Auch ein Minister muß in seinen öffentlichen Äußerungen auf das Parteiinteresse Rücksicht nehmen. Der Mut zur Wahrheit ist wunderschön, aber es gibt Verhältnisse, wo man sich zurückhalten muß; sonst ist man kein Politiker. Ich muß sagen, daß der Finanzminister Höpker-Aschoff doch leider auch die Fähigkeit hat, unpopuläre Dinge in zugespitzter Form in die Öffentlichkeit zu bringen. Beispielsweise das Wort von der „Verewigung der Hauszinssteuer". Dabei liegt es doch zunächst in der Hand des Reichstages, darüber zu bestimmen. Im Gegensatz zu Höpker-Aschoff hat Reinhold auch von dem Abbau der Steuer gesprochen. Was nützt da alle Arbeit, wenn der Rechten und der Wirtschaftspartei derart eine Agitation geliefert wird, gegen die man nicht aufkommen kann. Die Gefahr besteht darin, daß Worte verdreht werden, die ein Minister in ganz harmloser Absicht und in einem ganz anderen Zusammenhange gesagt hat. Das bezieht sich auch auf die Äußerung des preußischen Finanzministers aus dem vorigen Jahre, daß die Beamten keinerlei Gehaltsaufbesserung erfahren könnten, ferner auf das Wort aus diesem Sommer von der Begehrlichkeit des Mittelstandes gegenüber Staatskrediten. Unsere Minister müssen ihre Äußerungen so wählen, daß die Partei nicht dadurch geschädigt wird. Die beste Sachlichkeit hilft uns dagegen im Wahlkampfe nichts.

Ich bin auch über den gesetzgeberischen Eifer von Minister Külz nicht immer voll entzückt. Gesetze wie das über Titel und Orden sind überaus bedenklich[8]. Ich bin gar kein Gegner von Orden, aber ich frage mich, ob eine solche Vorlage zu einer Zeit erträglich ist, wo sie von den Sozialdemokraten wahrscheinlich abgelehnt werden und auch in unserer Partei erhebliche Gegnerschaft finden wird, noch in höherem Grade als das Schund- und Schmutzgesetz. Was die Reichswehr anbetrifft, so müssen wir hoffen, daß es bald mit einer Reorganisation zu einer

8 Siehe unten.

republikanischen Truppe vorwärts geht. Ich richte einen dringenden Appell an alle Minister, in der Frage der Besetzung der öffentlichen Ämter unsere Freunde zwar nicht zu bevorzugen, aber dafür zu sorgen, daß sie durch schlechte Qualifikationen, die ihnen von rechtsgerichteten Vorgesetzten erteilt werden, in ihrem Fortkommen nicht behindert werden. Jede Stunde Arbeit, die auf die Nachprüfung solcher schlechten Qualifikationen verwandt wird, lohnt sich. Und es ergibt sich, daß hier zumeist übelwollende rechtsgerichtete Vorgesetzte die Schuld haben. Ich erkenne an, daß schon vieles besser geworden ist in dieser Beziehung, besonders hebe ich das hervor, was von beiden Reichsministern geschehen ist. Auf einmal kann die Reform auch nicht durchgesetzt werden. Aber in dem Vorgehen beispielsweise, das Reinhold im Finanzministerium geübt hat, liegt ein gutes Stück Kampf gegen einseitig reaktionäre Elemente in seinem eigenen Ministerium[9]. Auch in Preußen wird es allmählich besser. Namentlich ist anzuerkennen, was die Referenten der Landtagsfraktion in dieser Beziehung getan haben. Aber trotz allem muß doch noch entschiedener und rascher gehandelt werden. Denn wichtiger als manche politische Frage ist für das Bestehen der Partei die Frage des Nachwuchses in der Beamtenschaft.

Mit noch mehr Freudigkeit muß die Arbeit für die Partei, namentlich die Agitation in engerem Sinne, geleistet werden. Das muß ich sagen bei aller Anerkennung der Tätigkeit der Parlamentarier im allgemeinen. Bei kommenden Wahlen werde ich, das künde ich heute schon an, den Wahlkreisen mitteilen, ob nach meiner Kenntnis der für die Aufstellung in Betracht kommende Kandidat ersprießliche Arbeit im Dienste der Partei getan hat. Das ist kein Absolutismus, sondern ich bin damit nur der Vollstrecker demokratischer Wünsche. In die Beschlüsse eines Landtages würde ich mich nur einmischen, wenn ich danach gefragt werde, und ich werde sehr wenig gefragt. Auch in den Ländern werden große Fehler gemacht, die der Partei schaden. So ist aus Preußen zu erwähnen die Behandlung der Siedlungsfrage. (Differenzen zwischen Meincke[10] und Wachhorst gegenüber Articus[11].) Ich hätte auch gern an den Vorgängen in Lübeck mitgewirkt, wenn man meine Beteiligung gewünscht hätte. Das Verhalten von Bürgermeister Neumann[12] war gewiß unerträglich. Ob aber der Konflikt von unserer Partei richtig erfaßt worden ist und ob wir dabei nicht eine schwere Einbuße erlitten haben, das steht auf einem anderen Blatte. Was Bayern anlangt, so führt Ministerpräsident Held seit einem Jahre einen heftigen Kampf gegen Reinhold. Dieser ist im großen und ganzen auf dem rechten Wege und faßt die Dinge

9 Zur Verwaltungsvereinfachung und dem damit verbundenen Personalabbau im Reichsfinanzministerium vgl. Politisches Jahrbuch 1926, bearb. u. hrsg. v. Georg Schreiber, M. Gladbach 1927, S. 74f.

10 Ernst Meincke (geb. 1875), Regierungslandmesser in Merseburg, MdL Preußen (DDP) 1925-1928.

11 Gustav Articus, Ministerialdirektor im preußischen Landwirtschaftsministerium.

12 Der Lübecker Bürgermeister Johann Neumann war im Sommer 1926 von den republikanischen Parteien gestürzt worden, nachdem sich herausgestellt hatte, daß er in einen „Putschplan" der extremen Rechten verwickelt worden war. Vgl. Stephan S. 325. Die Auseinandersetzungen darüber führten u. a. zu einer Spaltung der Lübecker Demokraten, von denen bei der Wahl am 14. November nur ein Teil für die demokratische Liste eingetreten war, während der andere Teil Neumanns „Hanseatischen Volksblock" gewählt hatte. Die DDP hatte nur zwei Mandate erhalten. Vgl. Demokrat v. 25.11.1926 Nr. 22.

mit großem Geschick an. Die Angriffe Helds sind daher durchaus unangebracht[13]. Wenn nun aber im Bayerischen Landtag mit unseren Stimmen ein Beschluß im Sinne von Held gegen Reinhold gefaßt wird, dann weiß ich nicht, was für eine Rede ich in München halten soll, wenn ich wieder einmal dorthin eingeladen werde. Der Referent spricht dann sein Bedauern aus über die Haltung, die die demokratische Presse manchmal einnimmt, und führt einige Beispiele dafür an (Vossische Zeitung, Berliner Morgenpost). Solche Angriffe gegen die Fraktion müssen die Leser der demokratischen Blätter einfach kopfscheu machen. Wir erkennen jede sachliche Kritik an, bitten aber um Würdigung der Schwierigkeiten, damit den Leuten draußen nicht die Achtung vor den Führern der Partei genommen wird. Auffällig ist auch die Bereitwilligkeit, mit der die demokratische Presse sich Männern wie Brunner[14] und Mahraun[15] zur Verfügung stellt. Mahraun ist ein Condottiere, wie die anderen auch, nur daß er gegen Rußland mit Frankreich, die anderen mit Rußland gegen Frankreich gehen wollen. Wir sollten uns für zu gut halten, um solchen Männern die Tür zu öffnen. Auch in dieser Hinsicht ist seitens der Presse die Haltung der Partei mehr zu würdigen.

Der Redner bespricht nunmehr die Sonderorganisationen innerhalb der Partei. Zu einer Zeit, wo Interessengegensätze bestehen, sind legitime Sonderorganisationen nicht ganz zu vermeiden. Aber jedes öffentliche Hervortreten von Gegensätzen in der Partei hat von diesen Organisationen zu unterbleiben. Ehe die eine Organisation etwas an die Öffentlichkeit bringt, wird sie Fühlung mit der anderen Gruppe nehmen müssen, damit ein Ausgleich zwischen den beiden Gruppen stattfindet. Noch vielmehr als für die wirtschaftlichen gilt das für die politischen Sonderorganisationen, die sich in der Partei immer wieder zeigen. Wenn es dahin kommt, daß viele Kreise in der Partei in diesen Sonderorganisationen die bessere Vertretung ihrer Anschauungen sehen als in der Partei selbst, wenn sie mit Hilfe von Außenstehenden auf die Partei drücken, dann ist es gar nicht möglich, daß die andern sich einen solchen Druck gefallen lassen. In Betracht kommt hier hauptsächlich die unbequeme Haltung der Liberalen Vereinigung in diesem Jahre[16]. (Starker Beifall.) Ich würde wünschen, daß die Pflege des liberalen Gedankens möglich wäre, ohne daß dabei eine öffentliche Spitze gegen die Partei gerichtet würde. Aber auf der anderen Seite sind ganz ähnliche Erscheinungen vorgekommen, und wenn ich die Liberale Vereinigung nicht dulden will, dann kann ich auch alle die Bünde auf der linken Seite nicht dulden. Es ist für einen Parteiführer nicht angenehm, wenn ihm gesagt wird: Du bist ja ganz in der Hand des Reichsbanners; andernfalls läuft Dein linker Flügel Dir weg. Wir hatten gehofft, daß wir durch das Reichsbanner weitere Kreise der Sozialdemokraten zu

13 Bayern hatte das gegenwärtige System des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern angegriffen, da es in verfassungswidriger Weise auf die „finanzielle Aushungerung" der Länder abziele. Vgl. Schulthess 1926 S. 160.

14 Nicht ermittelt.

15 Artur Mahraun (1890-1950), Hochmeister des Jungdeutschen Ordens.

16 Im Juli 1926 hatte Koch-Weser über die Liberale Vereinigung geschrieben: „In der Tat hat Fischbeck anscheinend die Zeit verpaßt. Im Frühjahr dieses Jahres hätte er die Parteien einigen können, jetzt vermag er nur noch, uns Schwierigkeiten zu bereiten." Nachlaß Koch-Weser 34.

uns herüberziehen würden. Ich halte diese Hoffnung für verfehlt; denn ich sehe immer wieder, wie die radikalen Elemente sich bei diesen gemeinsamen Organisationen durchsetzen.

Es ist unverkennbar, daß Gegensätze und Unterschiede in der Partei vorhanden sind, und es fragt sich, ob es nicht besser ist, wenn die Partei in zwei Hälften auseinanderfällt. Aber wie soll das geschehen? Wir haben zwar einen rechten und einen linken Flügel, aber dieser besteht in jeder politischen Frage aus ganz verschiedenen Personen. Ich sehe also nur, daß zwei Parteien, die sich etwa neu bilden würden, genau dieselben Schwierigkeiten haben würden, wie jetzt die ungeteilte Partei. Deswegen halte ich an der Meinung fest, daß nur, wenn die Partei zusammenhält, nur wenn es gelingt, innere Schwierigkeiten zu überwinden, daß dann die Angehörigen unserer Partei in der praktischen Politik Berücksichtigung finden. Wir haben noch sehr viel wichtige Aufgaben zu erfüllen, besonders die Stärkung der Reichseinheit. (Lebhafter Beifall.) An diese Aufgaben sollen wir herangehen, nicht mit materialistischem Skeptizismus, sondern mit dem erhabenen Idealismus, der zum Wiederemporkommen Deutschlands notwendig ist. Unsere Aufgabe ist es, Deutschland mit neuen Idealen zu erfüllen. (Lebhafter Beifall.)

Der Parteiausschuß beschließt nunmehr, zunächst den Bericht von Herrn Külz zu hören.

Herr **Külz**: Die Linien der deutschen Politik sind auf lange Zeit hinaus bedingt. Was zunächst die Außenpolitik anlangt, so steht zur Zeit die Frage der Militärkontrolle im Vordergrund. Das bedeutet innenpolitisch das Problem der Wehrverbände. Es ist die Auffassung des Auslandes, daß wir in den Wehrverbänden eine zweite Reservearmee besitzen. Aber das ist Unsinn. Es entsteht die Frage: Soll man die Verbände durch Gesetz auflösen? Eine solche Forderung ist auch von der preußischen Regierung nicht gestellt worden. Allgemein und auf Grund eines Gesetzes ist die Auflösung der Wehrverbände nicht zu empfehlen. Dagegen von Fall zu Fall, sobald unzweifelhaft militärische Tätigkeit sichtbar ist. Jede legitime oder illegitime Verbindung zwischen den Wehrverbänden und der Reichswehr ist auf alle Fälle aufzuheben. Die Demokratische Partei hat bei der Festigung des Reiches noch auf lange hinaus eine ausschlaggebende Mission zu erfüllen. Denn sie erhält den republikanischen und demokratischen Staatsgedanken unverfälscht. Aber wir sind als Partei nicht allein im Reichstag und in der Regierung, wir zählen nur 7%, besitzen jedoch allerdings 30% der Minister. Bei dieser Sachlage müssen wir Koalitionsregierungen und Konzessionen machen, um zum Ziele zu kommen. Die Träger des Staatswillens, die Beamten, müssen auf das engste innerlich mit dem Staate verbunden werden. In dieser Richtung bewegen sich der Gesetzentwurf über das Reichsverwaltungsgericht, zur Nachprüfung der Verfassungsmöglichkeit von Gesetzen, zur Sammlung des Reichsrechts. Ferner gehören dahin das Allgemeine Beamtengesetz und das Disziplinargesetz sowie noch viele andere. Was die Frage der Fürstenabfindung anbelangt, so wird diese hoffentlich wie in Preußen so auch in den anderen noch in Betracht kommenden Ländern eine zweckmäßige Erledigung finden. Ich habe mich den beteiligten Ländern zur Vermittlung angeboten. Weiter schwebt die Frage der Wiedereinführung von Titeln und Orden. Die Verfassungsbestimmung hierüber wird in der Praxis einfach

nicht gehandhabt[17]. Dafür gibt es allerdings auch viele beachtliche Gründe. Es ist nur eine Änderung dahin möglich, daß die Verfassungsbestimmung aufgehoben und die Verleihung von Titeln und Orden nur durch Reichsgesetz gestattet wird. Der Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern läßt sich nur zweckmäßig gestalten, wenn gleichzeitig das Problem der Wohnungsreform in Angriff genommen wird. Zur Festigung des Staates gehört auch die Reform des Wahlrechts. Es ist ganz natürlich, daß das in Vorbereitung befindliche Gesetz im Parlament den stärksten Widerstand finden wird. Das Gesetz wird auch gewiß Unbequemlichkeiten für die Parteien mit sich bringen. Unter diesen Umständen muß die öffentliche Meinung einen Druck auf die Parteien ausüben. Die wesentlichsten Neuerungen des Gesetzentwurfs sind: kleinere Wahlkreise, Wegfall der Reichsliste und nur einen Vertreter für jeden Stimmbezirk. Die jetzigen Wahlkreise bleiben bestehen als Wahlkreisverbände, innerhalb deren die Aufrechnung der überschüssigen Stimmen stattfindet. Die Wählerzahl für einen Abgeordneten steht zwischen 60 und 70 000. Die Besorgnisse der Mittelparteien von der ungünstigen Wirkung dieses Wahlrechts sind ganz unbegründet. Ferner ist die Erhöhung des aktiven Wahlrechts auf das 21. Jahr geplant. Es wird sich wohl kaum die notwendige Zweidrittelmehrheit dafür finden; aber wenn man einmal das Wahlgesetz ändert, dann wird man nicht an dem Widersinn vorübergehen dürfen, daß das 20. Lebensjahr die Wahlmündigkeit herbeiführt, aber erst das 21. die private Mündigkeit. Weiter befindet sich in Vorbereitung das Ausführungsgesetz zu Artikel 48 der Verfassung. Eine Verschärfung dieses Artikels, wie mehrfach befürchtet wird, kommt auf keinen Fall in Frage, schon weil die erforderliche Zweidrittelmehrheit dafür nicht zu haben sein wird. Es kommt nur darauf an, die Verfassungsbestimmungen ganz sicher zu stellen, daß Mißbrauch ausgeschlossen ist. In der öffentlichen Diskussion spielte eine große Rolle das Gesetz gegen Schund und Schmutz. Ich habe volles Verständnis dafür, wenn Kunst und Literatur eifersüchtig über die Geistesfreiheit wacht. Aber die Künstler vergessen, daß wir inzwischen einen Volksstaat bekommen haben, in dem ein solches Gesetz sich ganz anders auswirken muß als in einem Obrigkeitsstaat. Die Sache liegt auch so, daß uns nahestehende Kreise diesen Jugendschutz gefordert haben. Dann handelt es sich noch um das Schulgesetz. Es ist fertig und wird nächstens eingebracht werden. Die Aufgabe des Gesetzes kann nur sein, eine Organisation der Volksschule zu gewährleisten, die sich die nötige Entwicklungsmöglichkeit schafft und sich die Dinge fernhält, die nicht in die Schule hineingehören. Daraus ergibt sich Staatlichkeit der Aufsicht der Schule, Rechte und Pflichten des Lehrers auf der Grundlage der Volksgemeinschaft, Möglichkeit für den Lehrer, ohne Schädigung seiner persönlichen Stellung die Erteilung des Religionsunterrichts abzulehnen. Die Gesetzgebung muß vorbeugende Maßnahmen treffen, um eine Zersplitterung des Schulwesens zu vermeiden und die richtige Mitte zu finden zwischen den Erfordernissen der Pädagogik und dem Recht der Erziehungsberechtigten. Redner schließt unter starkem Beifall mit dem Wunsche, daß es

17 Der entsprechende Passus des Artikels 9 RV lautete: „Titel dürfen nur verliehen werden, wenn sie ein Amt oder einen Beruf bezeichnen; akademische Grade sind hierdurch nicht betroffen. Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staat nicht verliehen werden. Kein Deutscher darf von einer ausländischen Regierung Titel oder Orden annehmen."

gelingen möge, für die vom Reichsministerium des Innern vorbereiteten Gesetzentwürfe eine Mehrheit im Reichstage zu finden.

Nunmehr beginnt die Diskussion. Die Versammlung beschließt die Beschränkung der Redezeit für jeden Redner auf 10 Minuten.

Herr **Stubmann** spricht zunächst über das Emporkommen der Wirtschaftspartei. Die Demokratische Partei möge in den Wettbewerb mit dieser Partei nicht die Methoden der Wirtschaftspartei nachahmen; wir würden dabei doch auch immer nur den kürzeren ziehen. Was wir brauchen, ist ein Ausgleich zwischen den wirtschaftspolitischen Überzeugungen, die wir in unserer Partei vereinigen. Redner kritisiert dann das Schmutz- und Schundgesetz sowie besonders die Zustände im Reichswehrministerium. Es ist auf die Dauer geradezu die Ruinierung des parlamentarischen Systems, wenn es möglich sein kann, daß eine Partei für einen Minister verantwortlich gemacht wird, der gar nicht mehr als Vertreter seiner Partei das Ministerium zu führen glaubt und sich in erster Linie der Zufriedenheit der Opposition erfreut, während die eigene Partei Rücksicht nimmt. Zum Schluß trägt der Redner seine starken Bedenken gegen die Liberale Vereinigung vor und spricht sich für die Große Koalition aus.

Herr **Hellpach** wundert sich über die Begeisterung der Presse für die Republikanische Union[18], während es doch so ist, daß man uns dabei nur als geistiges Aushängeschild benutzt. Wenn einer von uns von einer Koalition nach rechts spricht, dann wird er auf das schwerste verdächtigt; das Zentrum dagegen läßt sich alle Möglichkeiten nach rechts und nach links offen, ohne daß jemand etwas daran auszusetzen hat. Redner äußert sich dann kritisch über das Jugendschutzgesetz und über das Gesetz betreffend Titel und Orden.

Herr **Frankfurter** liest im Auftrage von etwa 60 Mitgliedern des Parteiausschusses einen Antrag vor und begründet ihn. Der Antrag wendet sich dagegen, daß die Liberale Vereinigung zur Gründung von Ortsgruppen übergeht und damit das Zeichen einer politischen Partei annimmt, ferner, daß Mitglieder des Vorstandes der Demokratischen Partei der Vereinigung angehören[19]. Er betont, daß in diesem Antrag keine Opposition gegen Koch[-Weser] liege, und würdigt die Verdienste Koch[-Wesers]. Was dagegen zu tadeln ist, ist die Regie der Parteiausschußsitzungen. Auch heute haben wir drei Stunden lang Referate bekommen und danach sofort beschlossen, den Diskussionsrednern nur 10 Minuten zu gewähren. Herr Koch[-Weser] hat heute gesagt, wir seien die Partei, in der am meisten Kritik nach außen geübt wird. Das Gegenteil aber ist richtig. Wir müssen Koch [-Weser] fragen: Wohin geht Deine Führung? Die Liberale Vereinigung wünscht ein Zweiparteiensystem, bei dem die Trennungslinie mitten durch die Deutsche Demokratische Partei gehen würde. Die Schaffung einer großen liberalen Partei ist

18 Joseph Wirth hatte im Juli 1926 im „Berliner Tageblatt" in Gemeinschaft mit Haas von den Demokraten und Löbe von der SPD zur Gründung einer „Republikanischen Union" aufgerufen; im Oktober 1926 war dann die erste Nummer der „Deutschen Republik" erschienen, der Monatsschrift der neuen Vereinigung. Vgl. Feder S. 63 u. 70f.; ferner Haas' Artikel „Liberalismus und Republikanische Union" in: Berliner Tageblatt v. 26.7.1926 Nr. 348.

19 „In Anbetracht der Tatsache, daß die Liberale Vereinigung dazu übergeht, Ortsgruppen zu gründen, und dadurch immer mehr zu einem parteiähnlichen Gebilde wird, hält es der Parteiausschuß für unerwünscht, daß Mitglieder der DDP der Liberalen Vereinigung angehören."

überhaupt eine Utopie. Der Liberalismus ist überwunden. Wir sind nicht liberal, sondern sozial und demokratisch, und so wollen wir uns weiter entwickeln und die Partei aufbauen. (Lebhafter Beifall.) Somit entfällt für die Liberale Vereinigung jede Möglichkeit, die große liberale Partei zustande zu bringen. Es ist nicht angängig, sich Gebilden anzuschließen, die dazu dienen sollen, die Partei zu zerstören. Die Liberale Vereinigung ist die Gründung von Überläufern der Deutschen Demokratischen Partei. Man spricht von Toleranz, aber Parteien dürfen als solche keine Toleranz üben. Und ich verstehe nicht, wie Angehörige der Deutschen Demokratischen Partei sich mit solchen Leuten an einen Tisch setzen können. Redner geht dann auf die Gründe des Austritts von Gerland und von Keinath ein[20], seinen Ausführungen aber in bezug auf Keinath wird aus der Versammlung widersprochen. Zwischen der Liberalen Vereinigung und der Republikanischen Union ist ein himmelweiter Unterschied. Welche Wirtschaftskreise haben überhaupt ein Interesse an der Liberalen Vereinigung? Wer finanziert sie? Die Teilnahme Koch[-Wesers] an dem Bierabend im vorigen Februar war nach der damaligen Sachlage praktisch richtig, aber es mußte heute einmal über diese Dinge gesprochen werden. Wir bitten den Parteiausschuß, Stellung zu nehmen.

Herr **Koch[-Weser]**: Auf die Frage des Vorredners, wohin der Weg geht, ist zu erwidern: Mein Weg geht nicht zum Kampf, sondern mein Weg geht dahin, alle zusammenzuhalten, die wir brauchen, um die Republik zu festigen, unsere Außenpolitik zu sichern und uns dem sozialen Ausgleich zu nähern. Wenn wir nicht zusammenbleiben, so ist die Hoffnung, daß in unserem Sinne in Deutschland gearbeitet wird, verloren. Ich muß aber gestehen, daß ich mich mit allen Fasern gegen Auffassungen wende, wonach der Liberalismus in der Welt überwunden sei. Einen solchen Ausspruch kann Mussolini tun, aber nicht Dr. Frankfurter. Gerade die Ereignisse in anderen Ländern beweisen uns, daß wir auf diesem Gebiet noch viel zu arbeiten haben. Deshalb ist ein Beschluß schädlich, der eine Trennung herbeiführt. Ich bin gewiß mit vielem nicht einverstanden, was manche Parteimitglieder tun. Aber ich bin der Meinung, daß es meine Aufgabe ist, Gegensätze zu überbrücken, und ich bin der Auffassung, daß unsere Partei trotz verschiedenartiger Anschauungen im einzelnen noch immer einheitlich geführt worden ist. Ich halte auch die Ausführungen Frankfurters im einzelnen nicht für richtig, so z. B. die Mitteilungen über den Austritt von Keinath. Außerdem ist die Parallele zwischen Gerland und Haas falsch. Ich kann nur sagen, wer mir die Mühe der Arbeit erleichtern will, die Partei zusammenzuhalten, der darf in diesem Augenblick nicht die Fackel der Zwietracht in die Partei werfen.

Hierauf vertagt sich die Versammlung von 14 bis 15.15 Uhr.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung stellt Herr **Riedel** gegenüber den Bemerkungen des Referenten fest, daß die preußischen Minister des Kabinetts, z. B. in der Groß-Hamburg-Frage[21], sich gerade von den unitarischen Tendenzen haben leiten lassen, die der Vorsitzende als notwendig bezeichnet. Die Vorwürfe der Presse gegen Höpker-Aschoff seien unberechtigt, da dieser Minister gar

20 Siehe Nr. 117 Anm. 7.

21 Zur Groß-Hamburg-Frage vgl. Schulthess 1926 S. 123-126 u. 1927 S. 50-52.

nicht die ihm unterschobenen Äußerungen getan habe. Es sei eine Berichtigung erfolgt, aber die Presse habe davon keine Notiz genommen. Redner rechtfertigt dann das Verhalten der demokratischen Landtagsfraktion und ihrer Minister in Sachen der Fürstenabfindung. Als charakteristisch teilt er mit, die sozialdemokratische Fraktion des Landtages habe Beschwerde darüber geführt, daß einige Demokraten gegen die Abfindungsvorlage stimmten; wenn sich das bei der dritten Lesung wiederhole, dann würden die Sozialdemokraten eine Koalitionsfrage daraus machen. Wir müssen dahin kommen, daß nicht weiterhin Disziplinlosigkeit für gleichbedeutend gehalten wird mit Demokratie, wie das jetzt manchmal geschieht. Unsere Parteigenossen wollen eine einheitliche gemeinsame Linie sehen, sie wollen nicht, daß durch Rede und Schrift unseren Parteiführern in den Rücken gefallen wird. Deshalb auch keine Sonderaktion gegen Doktrinäre!

Herr **Rönneburg** behandelt die Reichswehrfrage und bedauert, daß das politische Element gegenüber dem organisatorischen hier zu kurz gekommen ist. Wir haben lange geschwiegen, obwohl es uns nicht immer leicht war; jetzt ist es vaterländische Pflicht, über diese Dinge einmal zu sprechen. Es muß Ernst gemacht werden mit der inneren Einstellung der Reichswehr zu dem heutigen Staat. Wir müssen als Partei nach außen zu erkennen geben, daß wir eine Änderung in der Rekrutierungsmethode verlangen. In diesem Sinne legt Redner eine Entschließung vor[22]. Von der Liberalen Vereinigung sagt Redner, diese sei uns in den Rücken gefallen, gerade wenn wir in schlimmer Situation waren, während sie dasselbe gegenüber der Deutschen Volkspartei nicht getan habe. Will die Liberale Vereinigung den liberalen Gedanken fördern, dann gibt es einen besseren Weg als den jetzt von ihr beschrittenen: Sie soll ihre Kraft und ihr Geld unserer Partei zur Verfügung stellen.

Frau **Bäumer** erklärt das Entstehen des Schmutz- und Schundgesetzes und seine Bedeutung. Es ist zu beklagen, daß die durchaus zu billigenden Tendenzen des Gesetzes so mißverstanden worden sind, daß daraus ein großer Kampf um die Geistesfreiheit geworden ist. Dieser ganze Kampf ist der Ausdruck eines Mißtrauens der Demokratie gegen sich selber. Wenn die Demokratie es nicht fertig bekommt, diese Verblödungsliteratur aus der Welt zu schaffen, dann soll man sich begraben lassen. Die demokratische Presse habe die ganze Sache höchst einseitig dargestellt. Das Gesetz ist das kleinere Übel gegenüber der Gefährdung der Jugend.

Herr **Landahl**: Es ist ein Unterschied zwischen einer guten Absicht und einem guten Gesetz. Unsere Jugend sieht und erlebt zum großen Teil schon viel schlimmere Dinge, als in diesen Schundheften enthalten sind. (Langanhaltender Beifall.) Deshalb sollten Herr Heuss und Frau Bäumer lieber die Wohnungsverhältnisse bessern. Das wäre das beste Mittel, um die Jugend zur Gesundung zu führen. Mit Bezug auf die Resolution Frankfurter bemerkt Redner, es müsse doch einer Partei gestattet sein, daß sie eine Teilnahme ihrer Mitglieder an einer andern Partei als nicht wünschenswert bezeichnet.

Herr **Koch[-Weser]** erklärt zu einer Bemerkung Landahls, daß er nach allen Seiten hin Rügen ausgeteilt habe: Ich nehme für mich dasselbe in Anspruch, was

22 Siehe unten.

ich anderen zubillige. Wogegen ich mich aber wehre, ist der Angriff auf die Einigkeit der Partei, der dann entstellt an die Öffentlichkeit kommt.

Herr **Weiss**: Die bayrischen Parteigenossen arbeiten mit der Parteileitung in vollkommenster Harmonie. Zu der von Herrn Koch[-Weser] gerügten Haltung der demokratischen Landtagsfraktion macht Redner darauf aufmerksam, daß bereits Remedur eingetreten sei und der Fraktionsvorsitzende Eisenbeis[23] die Sache im Landtage wieder gutgemacht habe. Zum Schulgesetz sei der Minister auf zweierlei aufmerksam gemacht: Eine Ausdehnung des Elternrechts über die Verfassungsbestimmungen darf nicht erfolgen und zweitens, wenn den Ländern neue Befugnisse erteilt werden sollen, dann muß Vorsorge für Einrichtung eines Verwaltungsrechtsverfahrens getroffen werden. Auch in Bayern hat die Liberale Vereinigung uns Schwierigkeiten gemacht. Wir haben schließlich den Standpunkt eingenommen: Tolerieren! Wenn der einzelne hineingehen will, so wollen wir es ihm nicht verbieten, aber keine offizielle Freigabe des Beitritts. Die Bildung von Ortsgruppen in Vereinigung billigen wir nicht. Daß im übrigen der Liberalismus lebt, das zeigt der scharfe Kampf des Zentrums gegen ihn. Vom Liberalismus reden viele, die überhaupt nichts von ihm verstehen. Die Hauptsache ist, daß wir jetzt fest zusammenhalten und uns nicht bekriegen, wie es durch die Annahme der Resolution Frankfurter geschehen würde.

Herr **Oskar Meyer** wendet sich gegen die Resolution Frankfurter. Die Liberale Vereinigung sei allerdings unter Teilnahme von Persönlichkeiten entstanden, die uns in einer schweren Stunde verlassen haben. Jetzt besitzt die Vereinigung jedoch einen anderen Vorstand. Darauf ist von maßgebender Stelle der Fraktion erklärt worden, daß die früheren Bedenken gegen die Beteiligung entfallen sind. Hierauf sind drei weitere Mitglieder aus der Fraktion der Liberalen Vereinigung beigetreten, darunter ich. Ich habe mehrfach mit Erfolg im Sinne der Demokratischen Partei wirken können. (Lebhafter Widerspruch, der den Redner zu der Bemerkung veranlaßt, er bedauere, daß er nicht so ruhig angehört wird wie Dr. Frankfurter.) Die Liberale Vereinigung wünscht nichts anderes als eine Stärkung des Liberalismus in Unabhängigkeit von rechts, von der Sozialdemokratie und vom Zentrum. Auf dem Gebiete der Kultur ist noch alles, auf dem Gebiete der Wirtschaft noch manches zu erreichen, der Liberalismus ist alles andere als tot. Daß Ortsgruppen bestehen, war mir nicht bekannt; in einigen Orten kommen die Herren von der Liberalen Vereinigung gelegentlich zusammen, wogegen doch keine Bedenken zu erheben sind. Ich behalte mir vor, auf diese Frage zurückzukommen. Heute stehen alle politischen Parteien in einer Art Krise, dagegen entwickeln sich die unpolitischen Gruppen, die Wirtschaftspartei und die Aufwertungspartei. Demgegenüber gibt es schließlich nur eine Rettung, nämlich den Zusammenschluß gleichgerichteter politischer Gruppen zu einer großen Partei. Für uns ist allerdings eine Zusammenfassung nur möglich unter dem Stempel der Republik. Wenn wir eine große Partei sind, werden wir auch die verschiedenen Stimmungen leichter tragen können, die heute in einer kleinen Partei stören. Redner erinnert dann an den Zusammenschluß der Freisinnigen mit den Nationalsozialen, der anfangs auch für unmöglich gehalten wurde. Er erinnert weiter daran, daß die Gründer der Demokratischen Partei anfangs an der Unterschrift

23 Friedrich Eisenbeis (geb. 1869), Lehrer in Fürth, MdL Bayern (DDP).

Naumanns als eines Imperialisten Anstoß genommen und vor Stresemann die Tür zugemacht hätten. Am schroffsten sei dies von Schacht geschehen, der jetzt aus der Demokratie ausgetreten sei, weil diese ihm zu weit links stehe. Lernen wir doch aus der Geschichte! Der Weg zur Macht führt nicht durch Splitterrichterei, sondern durch Einigung und Duldung. (Lebhafter Beifall.)

Herr **Cohnstaedt**: Unser Antrag verstößt nicht gegen den Geist des Liberalismus und treibt keine Splitterrichterei. Die ganze Wirkung der Liberalen Vereinigung hat sich gegen uns gerichtet und nicht gegen die Deutsche Volkspartei. Gegenüber Frankfurter ist zu sagen: Es gibt Liberalismus, und es ist unsere Aufgabe, ihn zu vertreten. Was das Ausführungsgesetz zu Art. 48 der Verfassung anlangt, so ist die Hauptsache dabei die Überordnung der zivilen Gewalt über die militärische. Redner verliest eine Resolution, die diesen Gedanken zum Ausdruck bringt[24].

Herr **Bernhard** sucht die Kritik an der Presse zurückzuweisen und setzt sich dabei namentlich mit dem Abgeordneten Riedel auseinander (Fürstenabfindungsgesetz). Betreffs des Schmutz- und Schundgesetzes polemisiert Redner mit Frau Dr. Bäumer.

Auf Antrag Waldstein wird nunmehr die Redezeit auf fünf Minuten beschränkt.

Herr **Hauff**[25] stellt fest, daß die republikanischen Offiziere jetzt schon fast ganz verschwunden sind. Das Reichsbanner ist wichtig für die Demokratische Partei auch bei den Wahlen. Wenn sich manche unerfreuliche Ereignisse abgespielt haben, so liegt das eben daran, daß die Demokraten sich nicht genügend am Reichsbanner beteiligen.

Herr **Luppe** wünscht, daß sich Minister Külz bei der Reform des Wahlrechts die Erfahrungen in den Ländern zunutze macht. Die Wiederverleihung von Titeln ist nach den in Bayern gemachten Erfahrungen zu widerraten. Der Standpunkt Höpker-Aschoffs in bezug auf die Hauszinssteuer ist korrekt. Das Vorgehen des Reichsfinanzministers bei der provisorischen Regelung des Finanzausgleichs für 1927 ist bedauerlich; Bayern ist damit zu einem billigen Triumph verholfen worden. In bezug auf die Liberale Vereinigung ist zu bemerken, daß sich diese Gruppe in Bayern nicht anders werten läßt als anderswo. Redner wendet sich aber gegen die Resolution Frankfurter. Diejenigen, die in republikanischen Organisationen mitarbeiten, dürfen nicht mit der Liberalen Vereinigung auf eine Stufe gestellt werden.

Herr **Grossmann**: Zweimal hat die Deutsche Demokratische Partei einen großen Zugang von Wählern gehabt, 1918 und dann wieder 1924, als Koch[-Weser] den Bürgerblock zerschlug, den Gessler schaffen wollte. Von da an ist die Werbekraft der Partei in dem Maße zurückgegangen, wie die Abtrünnigen sich uns wieder genähert haben. Gegenüber dem Vorsitzenden betont Redner, unsere Wählerschaft habe einen Anspruch darauf zu wissen, was auf dem Parteiausschuß vorgegangen ist. Deshalb sei gegen die Annahme der Resolution gegen die Liberale Vereinigung nichts einzuwenden. Es ist bedauerlich, daß der Name Gessler uns immer wieder in den Versammlungen entgegengehalten wird. Wenn irgend

24 Siehe unten.

25 Bruno Hauff (geb. 1885), Major a. D., Mitglied des Bundesvorstands des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, MdL Preußen (DDP/Staatspartei) 1928-1932.

jemand, dann hat sich die Demokratische Partei ihrerseits gegen Gessler zu wenden. Von diesem Standpunkt aus empfiehlt Redner eine von ihm zur Verlesung gebrachte Resolution gegen Gessler[26].

Herr **Tantzen**: Der Liberalismus behält nicht nur in politischer, sondern auch in ökonomischer Beziehung seinen Wert. Zur Bewahrung des liberalen Gedankens brauchen wir aber keine Liberale Vereinigung. Die Resolution Frankfurter will zudem auch nicht verbieten, sondern nur aussprechen, daß ein Eintritt in die Vereinigung nicht notwendig ist. Die Existenz der Republik wäre ganz ungefährdet, wenn wir uns auf die Reichswehr unbedingt verlassen können. Die Resolution Grossmann aber ist abzulehnen, da alles Persönliche unterbleiben muß. Da die Resolution Rönneburg andererseits wieder nicht weitgehend genug ist, so verliest Redner eine dritte Resolution[27].

Die Begrenzung der Aussprache bis ungefähr auf 19.30 Uhr wird jetzt mit 57 gegen 53 Stimmen abgelehnt. Doch wird mit Mehrheit die Redezeit auf 3 Minuten beschränkt.

Frau **Lange**[28]: Die demokratischen Frauen in ihrer übergroßen Mehrheit haben gar kein Verständnis für die Liberale Vereinigung. In dem Augenblick, wo diese Vereinigung Ortsgruppen bestellt, wird sie zu einer akuten Gefahr für die Partei. Rednerin empfiehlt schließlich eine Resolution gegen das Schmutz- und Schundgesetz[29].

Herr **Quidde** wünscht Annahme der Anträge betreffend die Reichswehr, da unsere Außenpolitik nur erfolgreich sein wird, wenn das Ausland Vertrauen zu uns hat.

Herr **Hieber** spricht sich gegen den Antrag über die Liberale Vereinigung aus mit den gleichen Gründen, die Herr Meyer vorgebracht hat. Wenn wir eine große Partei werden wollen, dann kann man das nur auf dem Boden einer sehr weitgehenden Toleranz. Wir stehen in Gefahr, von einer Partei zu einer kleinen Sekte zu werden. In Abwesenheit Gesslers ist es nicht angängig, eine Resolution gegen ihn zur Abstimmung zu bringen, zumal da diese sachlich sehr viele Bedenken weckt.

Herr **Bergsträsser**: Die Methode Gesslers ist überaus bedenklich, doch soll man sich gegen die Person Gesslers in seiner Abwesenheit nicht wenden. Ketzergerichte, auch gegenüber denen von uns, die der Liberalen Vereinigung

---

26 Die Resolution lautete: „Der Parteiausschuß bedauert, daß der Reichswehrminister Dr. Gessler sich bei der Leitung seines Ministeriums immer weiter von den Grundgedanken der Deutschen Demokratischen Partei entfernt und das Vertrauen der republikanischen Bevölkerung völlig verloren hat. Er fordert den endlichen sofortigen Rücktritt Gesslers."

27 Diese Resolution lautete: „Die Reichswehr als einziges Machtinstrument der deutschen Republik darf nicht weiter von einem rückwärts gerichteten Geist erfüllt bleiben wie es bisher der Fall ist. In der Reichswehr muß die Republik zur Anerkennung gebracht werden. Der Parteiausschuß ersucht die Reichstagsfraktion der DDP, mit dem bisherigen System der parlamentarischen Zurückhaltung zu brechen und dem ganzen Volk sichtbare Schritte zur Erneuerung des Geistes in der Reichswehr und damit zur Sicherung der Republik zu tun."

28 Elsbeth Lange, Berlin, Mitglied des Reichsfrauenausschusses der DDP.

29 Siehe unten.

angehören, sind zu verwerfen, so viel auch gegen die Vereinigung geltend gemacht wird.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird nun beschlossen, noch drei Herren das Wort zu geben, nämlich den Herren Feder, Heuss und Fischbeck, alsdann aber die Aussprache zu schließen.

Herr **Feder** geht auf die Angriffe gegen die Presse ein und empfiehlt die Annahme der Resolutionen Rönneburg und Tantzen über die Reichswehr und Frankfurter über die Liberale Vereinigung.

Herr **Heuss** spricht über das Schund- und Schmutzgesetz und verteidigt sich namentlich gegen die Angriffe, die gegen ihn wegen seiner Parlamentsrede zu diesem Gesetz[30] erhoben worden sind.

Herr **Fischbeck** geht auf die in der Liberalen Vereinigung obwaltenden Verhältnisse ein. Die Herren Gerland und Schiffer besäßen kein Amt mehr. Die Vereinigung denke nicht daran, eine neue Partei zu gründen, sondern habe im Gegenteil jedem zugerufen, in seiner Partei zu bleiben. Zur Fürstenabfindung habe die Vereinigung erst Stellung genommen[31], nachdem der Aufruf von Nuschke, Rönneburg und Genossen zugunsten der Beteiligung an der Abstimmung erschienen sei. Von einer Bildung von Ortsgruppen weiß Redner nichts. Es gibt keine demokratische oder republikanische Weltanschauung, das Weltanschauungsmäßige ist vielmehr der Liberalismus, und deswegen pflegen wir ihn. Wenn Sie uns ausschließen wollen durch eine solche Resolution (Widerspruch.), dann kommen Sie dahin, wo Naumann ursprünglich gewesen ist, nämlich zu dem Versuch, mit einer kleinen Zahl Intellektueller eine Partei aufzurichten. Naumann selbst hat das später als falsch erkannt. Wir wollen zu werben suchen für die Republik. Aber der Boden, der erobert werden muß, liegt rechts und ihn zu beackern, ist Aufgabe der Liberalen Vereinigung.

Herr **Stephan** verliest die Resolutionen[32]. Darauf erhält Herr **Külz** das Schlußwort und nimmt zu den einzelnen eingebrachten Resolutionen Stellung.

Herr **Koch[-Weser]** erklärt sich in seinem Schlußwort mit der Resolution zum Schmutz- und Schundgesetz einverstanden. Es ist falsch, daß in Sachen des Jugendschutzes keine Fühlung mit der Partei genommen worden ist. Das ist namentlich durch den Kulturausschuß[33] geschehen. Nicht wir haben uns gewandelt, die wachsende Opposition hat die Stimmung verschärft. Redner bittet Herrn Külz, sich die Frage eines Gesetzes über Titel und Orden und des Schulgesetzes in allen Einzelheiten genau zu überlegen, ebenso auch des Wahlgesetzes, um zu verhindern, daß diese Dinge eine neue Brandfackel in die Partei werfen. Was die Frage der Hauszinssteuer und die Haltung von Dr. Höpker-Aschoff anlangt, so möchte ich wissen, was wir denn tun sollen, wenn wir über die Angelegenheit nicht richtig unterrichtet werden. Hinsichtlich des Gesetzes zur Ausführung des

30 Vgl. Sten. Ber. Bd. 391 S. 8265-8267.

31 Die Liberale Vereinigung war beim Volksentscheid für Stimmenthaltung eingetreten. Vgl. Schulthess 1926 S. 118.

32 Siehe unten.

33 Es handelt sich um den Kulturausschuß der Partei.

Art. 48 bin ich damit einverstanden, daß die vorliegende Resolution der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen wird. Ich warne aber vor einer Veröffentlichung, um Mißdeutungen seitens der Rechtspresse zu verhindern. Die Resolution gegen Gessler ist unerträglich, ich habe mich aber auch gefragt, woher es kommen mag, daß Herr Rönneburg jetzt so plötzlich seine frühere begeisterte Stellung zur Reichswehr geändert hat. Die Reichswehrresolution, die die Namen Erkelenz und Bäumer trägt[34], entspricht demjenigen, was bekanntgegeben werden muß. Es ist zu hoffen, daß es nach dem Abgang von Seeckt[35] im Reichswehrministerium besser werden wird. Zu dem Antrag über die Liberale Vereinigung ist zu sagen, daß wir unsere volle Unabhängigkeit nach rechts und ebenso auch nach links wahren müssen. In diesem Zusammenhang betont Redner, daß der Liberalismus nicht tot ist, sondern sich sehr lebhaft regt und auch noch große Aufgaben zu lösen hat. Es hat gar keinen Zweck, über einen Zusammenschluß mit der Deutschen Volkspartei zu sprechen, weil diese Partei die Einigung gar nicht will. Die Deutsche Volkspartei ist für eine Fusion auch noch nicht reif, weil in ihr Elemente sind, die nicht als liberal bezeichnet werden können. Aber das Ideal muß sein, von kleinen Parteien zu großen zu kommen. Das lasse ich mir nicht rauben. Nach den bestimmten Erklärungen von Fischbeck muß denn doch die Behauptung nachgeprüft werden, ob die Liberale Vereinigung wirklich Ortsgruppen bildet. Gemäß den Äußerungen Fischbecks ist das wohl ausgeschlossen. Ich bitte Sie dringend, die Resolution Frankfurter abzulehnen, weil es unerträglich für den Fortbestand der Partei ist, wenn die eine Seite die andere mit Resolutionen bombardiert. Machen Sie aus der Partei keinen Tummelplatz des Kampfes, sondern suchen Sie sich auch da zu vertragen, wo Sie verschiedener Meinung sind.

Ein Antrag Frankfurter, nochmals die Diskussion zu eröffnen, wird abgelehnt. Es folgen noch persönliche Bemerkungen des Herrn **Grossmann**. Hierauf werden die Abstimmungen vorgenommen.

Die Resolution Bergsträsser – Frankfurter über die Liberale Vereinigung wird mit 94 gegen 53 Stimmen abgelehnt.

Die Resolution Grossmann gegen Gessler wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Die Resolution Rönneburg über die Reichswehr wird mit großer Mehrheit angenommen.

Die Resolution Tantzen über die Reichswehr wird abgelehnt.

Die Resolution Erkelenz – Bäumer über die Reichswehr wird zunächst gegen drei Stimmen angenommen; nachträglich nehmen die drei Herren, die dagegen gestimmt haben, ihren Einspruch zurück, so daß die Annahme einstimmig erfolgt.

Die Resolution betreffend das Ausführungsgesetz zu Art. 48 der Verfassung wird gegen drei Stimmen angenommen.

Die Resolution zur Hauszinssteuer[36] wird mit großer Mehrheit angenommen.

---

34 Siehe unten.

35 Zur Verabschiedung Seeckts vgl. die Schilderung bei Gessler S. 301-305.

36 Siehe unten.

Die Resolution zu dem Gesetz gegen Schmutz und Schund wird mit großer Mehrheit angenommen.

Eine Resolution zugunsten von Groß-Deutschland[37] wird einstimmig angenommen.

Hierauf übermittelt der **Vorsitzende** im Auftrage der demokratischen Organisation des Saargebietes (Dr. Faber) ein Treuegelöbnis der Saardeutschen und ebenso Dr. **Herrmann** ein solches der Stadt Danzig. Herr **Koch[-Weser]** weist unter stürmischem Beifall der Versammlung darauf hin, daß die Demokratische Partei es als ihr Verdienst mitansehen könne, wenn jetzt die Befreiung des Saargebietes in Aussicht gerückt und die Hoffnung auf den Wiederanschluß Danzigs an Deutschland gewachsen sei.

Die angenommenen Resolutionen haben folgenden Wortlaut:

1. „Der Parteiausschuß ersucht die Fraktion, mit ernstem Nachdruck auf die Abstellung der Mängel zu drängen, die sich in der Reichswehr geltend gemacht haben, und sich für entscheidende, dem ganzen Volk sichtbare Schritte zur Sicherung des republikanischen Charakters der *Reichswehr* einzusetzen."

2. „Die DDP begrüßt die Anregung einer Kontrolle bei der Einstellung von Rekruten und Offiziersanwärtern in die *Reichswehr.* Die Republik braucht keine politische, aber eine bewußt republikanische Truppe, die von sich aus und in allen ihren Stellen jede Verbindung mit irgend welchen Wehrverbänden ablehnt."

3. „Die DDP begrüßt die Absicht, den *Artikel 48 der Reichsverfassung* endlich durch das in ihm vorgesehene Ausführungsgesetz zu ergänzen, um die immer wieder auftauchenden Pläne der Reaktion zu vereiteln.

Die Sicherung von Republik und Verfassung hat jedoch *nur* dann Aussicht auf Erfolg, wenn das angekündigte Gesetz die volle Überordnung der bürgerlichen Gewalt über die militärische in jeder einzelnen Phase der Durchführung eines Ausnahmezustandes gewährleistet. Nur eine derart begrenzte Heranziehung militärischer Kräfte als Hilfsorgane der Verwaltungs- und Polizeibehörden entspricht dem Geist und Willen unserer demokratischen Reichsverfassung."

4. „Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei dankt der preußischen Landtagsfraktion für ihre tatkräftige Stellungnahme gegen die Pläne des Ministers Hirtsiefer[38], betreffend *Erhöhung der Hauszinssteuer;* der Parteiausschuß bittet die Landtagsfraktion und die der Partei angehörenden Minister, mit aller Kraft entsprechend dem Programm des Ministers Reinhold, die jeder vernünftigen Wirtschafts- und Finanzpolitik widerstrebenden Pläne Hirtsiefers auf Erhöhung und Verewigung der Hauszinssteuer weiterhin energisch abzuwehren."

5. „Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei billigt die Absicht des *Gesetzentwurfes gegen Schmutz und Schund,* hält aber den Entwurf in der vorliegenden Fassung aus kulturellen und rechtlichen Gründen für unannehmbar."

---

37 Siehe unten.

38 Heinrich Hirtsiefer (1876-1941), MdL Preußen (Z) 1919-1933, preußischer Wohlfahrtsminister von November 1921 bis März 1932.

6. „Die Forderung nach einer in allen hauptsächlichen Fragen der äußeren und inneren Politik einheitlich geführten *Großdeutschen Republik* gehört zum Programm der Deutschen Demokratischen Partei seit ihrer Gründung. Die allgemeinpolitische Entwicklung seit dem Weltkriege hat die Bedeutung dieser Forderung für Deutschlands Zukunft nur zu erhöhen vermocht. Der Parteiausschuß erwartet von der Parteileitung und den Fraktionen, daß sie alle Kräfte in den Dienst dieser großen nationalen Sache stellen."

Der nächste Parteitag

Wie der **Vorsitzende** mitteilt, ist geplant, den allgemeinen Parteitag, der eigentlich Ende Dezember dieses Jahres hätte stattfinden müssen, im nächsten April (Woche nach Ostern in Stuttgart) zu veranstalten. Mit den erforderlichen Anträgen werden wir rechtzeitig an den Parteiausschuß herantreten.

Herr **Kauffmann** wünscht bezüglich der Tagesordnung die Beschränkung auf ein oder höchstens zwei Referate, um Platz für die Aussprache zu schaffen.

Herr **Koch[-Weser]** verspricht Erfüllung dieses Wunsches, soweit sich das nur irgend ermöglichen läßt.

Hierauf schließt der Vorsitzende die Sitzung des Parteiausschusses mit den üblichen Dankesworten.

Schluß 19 Uhr.

136.

12.2.1927: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 14.30 Uhr. Ende: 19.15 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Böß, Bohner, Brammer, Buschmann, Cohnstaedt, Dietrich, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falk, Fischer, Frankfurter, Gothein, Graf, Haas, Hieber, Höpker-Aschoff, Issberner, Kauffmann, Koch-Weser, Frau von Koerber, Landahl, Lantzsch, Frau Lüders, Petersen, Rauecker, Rönneburg, Schneider, Schreiber, Siehr, Stephan, Stern, Stolper, Strauß, Frau Uth, Vogt, Wiglow, Frau Wittstock, Zeitlin. Entschuldigt: Frau Bäumer, Frau Kiesselbach, Lebach, Moering, von Payer.

Der Vorsitzende, Herr **Erkelenz**, eröffnet die Sitzung um 14.30 Uhr nachmittags.

Die politische Lage

Herr **Koch[-Weser]** als Referent gibt zunächst einen kurzen Rückblick auf die Ereignisse der letzten Zeit und erörtert dann die Zukunftsaussichten. Er kann es sich nicht denken, daß das Zentrum sich auf den Boden eines Schulgesetzes stellen wird, das für uns auch nur einigermaßen annehmbar ist. Hier ist keine Brücke zu sehen. Der Referent widerlegt auch die Anschauung derjenigen, die der Ansicht sind, die Demokraten hätten zu lange damit gewartet, ehe sie der neuen

Koalition[1] ihre Absage erteilten. Man muß sich in solchen Tagen vor Nervosität hüten. Die Langsamkeit der Entwicklung der Krise hat den Vorteil gehabt, daß ihr Verlauf in allen Abschnitten klar und verständlich geworden ist. Dadurch ist die Einmütigkeit in der Demokratischen Partei dauernd gewahrt und unerschüttert geblieben. Bei diesen ganzen Regierungsverhandlungen hat das Zentrum im Grunde genommen eine moralisch viel bedenklichere Rolle gespielt als die Deutschnationale Volkspartei. Unser Standpunkt ist nicht etwa der, daß ein Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung unter allen Umständen ausgeschlossen erscheint; wir meinen aber, daß die Deutschnationalen heute noch nicht für die Regierung reif sind. Im Verlauf seiner Rede geht der Referent näher auf den Fall Keudell[2] ein, der nach seiner Meinung, soweit es sich um den Boykott des Herrn von Treskow[3] handelt, noch nicht zu Ende sein kann. Minister Gessler sei persönlich sehr hoch zu achten[4]. Die Partei habe dem auch Rücksicht getragen, indem sie sich den vorhandenen Differenzen gegenüber sehr duldsam gezeigt habe. Aber schließlich sei der Schritt doch notwendig gewesen[5]. Was unsere weitere Politik angeht, so wird man natürlich nicht von einer kleinlichen Kritik der jetzigen Regierung leben können und wollen, so zerrissen diese Regierung auch ist. Wir müssen unsererseits ein sicheres Programm aufstellen und neue Ziele weisen; das muß jetzt unsere Aufgabe sein. Mit dem Gedanken der Festigung der Republik allein werden wir uns nicht begnügen dürfen. Unsere Aufgaben liegen einmal auf dem Gebiete der Kulturpolitik, namentlich der Schulgesetzgebung, sodann auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik, in der Propagierung einer vernünftigen Handels- und Siedlungspolitik. Sodann kommt Schutz des Mittelstandes gegen seine Zerreibung zwischen Großkapital und Arbeiterschaft in Frage. Es wird sich also empfehlen, unser Wirtschaftspro-

1 Die Regierung Marx war am 17.12.1926 durch ein Mißtrauensvotum der Sozialdemokraten gestürzt worden. Nach langwierigen Verhandlungen war am 29.1.1927 erneut ein Kabinett Marx zustande gekommen, dem Zentrum, BVP, DVP und DNVP sowie Gessler als sogenannter Fachminister angehörten. Vgl. Schulthess 1927 S. 10–21.

2 Am 11.2.1927 war im Reichstag eine Interpellation der Kommunisten gegen den neuen Innenminister von Keudell (DNVP) behandelt worden, dem sie vorwarfen, er habe während seiner Amtszeit als Landrat zur Zeit des Kapp-Putsches Anordnungen der Kapp-Regierung befolgt und habe außerdem Angehörige einer verbotenen paramilitärischen Organisation auf seinem Schloß beherbergt. Vgl. Sten. Ber. Bd. 392 S. 8973-8991.

3 von Treskow, Komtur des Jungdeutschen Ordens, wurde von Keudell und von dessen Standesgenossen, den Großgrundbesitzern im Kreise Königsberg (Neumark), gesellschaftlich boykottiert, da er wegen militärischer Vorbereitungen, die dort für den Fall einer Diktatur Hindenburg getroffen worden waren, beim Reichswehrministerium angefragt hatte, wodurch diese Vorfälle an die Öffentlichkeit gelangt waren. Vgl. Hilfe v. 15.2.1927 Nr. 4.

4 Ursprüngliche Fassung: „[. . .] sei auch jetzt noch persönlich [. . .]".

5 Gessler hatte am 28.1.1927 in einem Gespräch mit Koch-Weser im Hinblick auf sein Verbleiben im Kabinett Marx seinen Austritt aus der DDP mitgeteilt, und Koch-Weser hatte Verständnis für diesen Entschluß bekundet. Anschließend hatten beide ihren Standpunkt öffentlich in einem Briefwechsel dargelegt. Abgedruckt in: Gessler S. 502f. Koch-Wesers private Aufzeichnungen zeigen, mit welcher Erleichterung er Gesslers Schritt aufnahm. Am 13.12.1926 hatte er noch notiert: „Ich verliere mehr und mehr Achtung vor ihm [Gessler], der sich jetzt dadurch halten zu können glaubt, daß er alle Schuld auf Seeckt schiebt." Nachlaß Koch-Weser 34. Am 29.1.1927 bemerkt er anläßlich des Briefes, in dem Gessler seinen Austritt mitteilt: „Aber im ganzen ist es doch eine gute Lösung, die so gefunden worden ist. Und ihm gebührt Dank dafür, daß er Schärfen vermieden hat." A. a. O. 36.

gramm[6] einer Durchsicht zu unterziehen. Unser Bekenntnis zum Unitarismus muß entschiedener und entschlossener werden als bisher. Ob man auf dem Gebiete des Kirchenwesens ein Konkordat billigen soll oder nicht, darüber wird man noch sprechen müssen. In der Finanzpolitik werden wir die von Fischer so oft ausgesprochenen Gedanken zur Durchführung zu bringen versuchen. Doch kann die Partei nicht darauf verzichten, finanzielle Forderungen zu stellen, die im Widerspruch zu einer rigorosen Sparpolitik stehen.

Herr **Erkelenz** ergänzt die Ausführungen des Referenten. Die Veränderung im Reiche hat keine Rückwirkung auf Preußen. Das, was wir in der Opposition wiedergewinnen wollen, werden wir uns mit vieler Arbeit verschaffen müssen, da kaum eine Welle der Begeisterung die Massen zur Mitte treiben wird. Wir müssen der Gefahr ausweichen, daß wir in der Oppositionsstellung zu nahe an die Sozialdemokratie herangeraten. Unsere Aufgabe ist es nicht, Opposition um jeden Preis zu machen, sondern wir müssen uns die Möglichkeiten und die Methoden zur Opposition mit Klugheit aussuchen. Dabei haben wir uns vor Augen zu halten, daß wir ein Interesse daran haben, daß die jetzige Regierungskoalition bis zur nächsten Wahl hält. Die beste Hilfe für uns werden die Fehler der Regierung sein. Deshalb nicht allzu stürmisch!

Herr **Hieber** bedauert, daß es in unserer Presse an freudiger Anerkennung für die Tätigkeit unserer Minister fehlt. Es hat einen überaus schlechten Eindruck gemacht, daß die demokratische Fraktion bei dem Schund- und Schmutzgesetz auseinandergefallen ist[7]. Die Minderheit sollte sich der Mehrheit fügen. Weite Kreise unserer Wähler können sich schwer darein finden, daß die Demokratische Partei jetzt in die Opposition tritt. Umso mehr wird die Fraktion darauf achten müssen, daß sie sich richtig von der Sozialdemokratie abhebt. Der Austritt Gesslers aus der Partei bedeutet für uns besonders in Süddeutschland einen großen Schaden. Redner warnt vor einem Konkordat, auch wenn es sich nur auf die Kirche bezieht. Wenn wir in Württemberg eine Wirtschaftspartei bekommen, dann wird das auch dort auf Kosten der Demokratischen Partei geschehen. Es ist sehr zu bedenken, ob es nötig ist, gerade jetzt die Frage des Unitarismus in den Vordergrund zu stellen. Mit einem unitarischen Programm würde unsere Partei bei den nächsten württembergischen Wahlen völlig zerrieben werden.

Herr **Cohnstaedt** erklärt sich mit der Politik der Demokratischen Partei in den letzten Wochen einverstanden. Man wirft der Presse zu Unrecht vor, daß sie zu scharfe Kritik an unsern Ministern geübt hat. Weite Kreise in Württemberg stehen, besonders in bezug auf die Reichswehrpolitik, anders als es Hieber darstellt. Auch dieser Redner warnt vor einem Konkordat.

---

6 Es ist unklar, an welches Wirtschaftsprogramm Koch-Weser hier denkt. Einmal kann es sich um den Entwurf der in der Parteiausschuß-Sitzung vom 26.11.1922 eingesetzten Kommission handeln (siehe Nr. 101 u. Nr. 102.), es kann aber auch der Entwurf des Reformausschusses gemeint sein (siehe Nr. 133 Anm. 2), der nach der Aussage Frankfurters wohl „vorgelegt, aber nie beraten" worden war. Nr. 146 a.

7 Vgl. Nr. 135 Anm. 7. Der Gesetzentwurf war am 3.12.1926 in der dritten Lesung mit 250 gegen 158 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen worden. Von der DDP hatten 11 Abgeordnete dafür und 17 dagegen gestimmt; 4 waren der Abstimmung ferngeblieben. Vgl. Feder S. 89.

Herr **Höpker-Aschoff** spricht zunächst über die Konkordatsfrage. Im Staatsministerium sind die Dinge noch nicht besprochen worden, doch bestehen bereits Vorverhandlungen Preußens mit der Kurie. Gerade staatliche Gründe, die Einflußnahme auf die Auswahl der höheren Kirchenfürsten, empfehlen den Abschluß eines Konkordats, das sich aber nur auf kirchliche Punkte beschränken muß. Dagegen wäre es überaus bedenklich, wenn in dem Konkordat in bezug auf die Schule auch nur die Bestimmungen zur Wiedergabe gelangten, die in der Verfassung enthalten sind. Aber andererseits kann für den preußischen Staat bei der Bischofsfrage die Personenwahl durchaus nicht gleichgültig sein, und darum ist auf seine Mitwirkung bei der Ernennung der Bischöfe entscheidendes Gewicht zu legen. An sich wirkt die Reichskoalition auf die Dinge in Preußen nicht zurück. Aber auf dem Gebiete der Schul- und Kirchenfragen könnten leicht Konflikte eintreten, die auch die jetzige Koalition in Preußen erschüttern und aufheben. Was die unitarischen Probleme anlangt, so ist zu beachten, daß wir in Bayern vor einer ganz entscheidenden Wendung stehen: vor einer Übertragung des ganzen Steuerwesens auf die Reichsorgane. Das wird seine Rückwirkung auf die ganze Entwicklung nicht verfehlen. Zu warnen ist davor, daß man den Unitarismus so erstrebt, daß das Reich Kompetenzen der Länder an sich zieht, sie den Ländern aber noch zum Teil beläßt. Es würde viel besser sein, wenn in solchen Fällen das Reich auf eine eigene Verwaltung verzichtet. Bedauerlich ist die Haltung der demokratischen Presse gegenüber den Ministern der Partei gewesen; besonders deutlich hat sich das bei der Stellungnahme der Berliner demokratischen Organe in Sachen der Fürstenabfindung gezeigt.

Herr **Gothein** tadelt gleichfalls das Verhalten der demokratischen Presse gegenüber ihren Ministern. Im übrigen verteidigt er das Recht einer Mittelpartei wie der Demokratischen Partei, unter Umständen auch eine Koalition nach rechts abzuschließen. Es ist unerträglich, daß, wie der Fall Reinhardt[8] zeigt, die Generale sich schon wieder in die Politik mischen. Es war keine unbedingte Notwendigkeit, daß wir gegenüber dem neuen Kabinett unseren eigenen Mißtrauensantrag einbrachten, wir hätten uns der Stimme enthalten sollen. In Sachen Unitarismus stimmt Redner Herrn Höpker-Aschoff zu. Hinsichtlich der Finanzen müssen wir uns davor hüten, um der Popularität willen Anträge auf neue Ausgaben zu stellen. Populär werden wir nur dann, wenn wir es zu einem Abbau der Ausgaben und damit der Steuern bringen.

Herr **Koch[-Weser]**: Bei der Regierungsdebatte durften wir uns unter keinen Umständen mit Stimmenthaltung begnügen, das hätte niemand verstanden. Wenn wir aber für ein Mißtrauensvotum stimmen wollten, dann konnte es nur für einen eigenen Antrag geschehen. Was die Finanzfrage anlangt, so ist es durchaus verfehlt zu glauben, daß eine Partei davon leben kann, daß sie Sparsamkeit

8 General Walther Reinhardt, der Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 2 in Kassel, hatte am 8.1.1927 in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" einen Artikel „Der Heeresersatz" veröffentlicht, der Sozialdemokraten und Demokraten mangelndes Verständnis für die Aufgabe der Reichswehr vorwarf. Koch-Weser hatte diese Vorwürfe in einem offenen Brief an Reinhardt zurückgewiesen und hatte von Gessler eine Stellungnahme zu den Ausführungen des Generals verlangt. Abdruck des Artikels und des anschließenden Briefwechsels Koch-Weser – Gessler in: Schulthess 1927 S. 4-7.

predigt. Das ist vom Standpunkt praktischer Parteipolitik aus eine Unmöglichkeit. In der Fraktion ist Disziplin gewiß möglichst zu wünschen, aber es gibt auch Grenzen. Richtig ist es, daß wir unsere oppositionelle Politik nicht nach der Haltung der Sozialdemokratie einrichten dürfen. Wir werden versuchen, nach der Sozialdemokratie wieder eine Brücke zu schlagen, aber soweit nur, als die Sozialdemokratie ihre Politik ändert. Wenn Preußen ein rein kirchliches Konkordat abschließt, so sind dem keine Schwierigkeiten zu machen; aber energisch ist davor zu warnen, die Schule in dies Konkordat mit einzuschließen. Wenn an der Schulpolitik des Reiches die jetzige Koalition in Preußen zerbricht, so muß das hingenommen werden. Wir sind uns in der Partei absolut nicht klar, wie wir denn den Weg zum Unitarismus – den wir alle wünschen – finden. Viele unserer Freunde wünschen den Weg über Großpreußen. Dieser ist aber so bedenklich, daß wir damit nicht weit kommen werden und daß es Pflicht der Partei ist, sich gegen seine Einschlagung zu wehren. Man kommt nur dadurch zum Ziele, daß die Kompetenzen der Länder allmählich auf das Reich übergehen. Allerdings muß das Reich sich hüten, zu viele Behörden neben die staatlichen Behörden zu setzen.

Herr **Falk** spricht uneingeschränkte Anerkennng für die Haltung der Reichstagsfraktion in den letzten Wochen aus. Das beziehe sich auch auf das Vertrauensvotum im Reichstage. Die Sparsamkeit darf nicht so in den Vordergrund geschoben werden, daß dahinter alles Übrige zurücktritt. Von einem Fraktionszwang sollte man nur in den äußersten Fällen Gebrauch machen; liegt aber ein solcher Fall vor, dann muß er auch angewandt werden. Das Zentrum ist heilfroh, wenn in Preußen nichts an der Koalition geändert wird – mit Rücksicht auf die Stimmung in den westlichen Landesteilen. Ereignisse auf dem Gebiete der Schul- und Kirchenpolitik können allerdings eine Änderung herbeiführen, das ist aber eine sehr entfernte Möglichkeit. Auf die Schule darf sich ein Konkordat nicht beziehen. Nach Ansicht des Redners gibt es unter den maßgebenden Personen in Preußen keine, die den Unitarismus auf dem Wege über Großpreußen herbeiführen wollen. Der Weg zu ihm kann sich nur so vollziehen, wie es 1866 bei der Schaffung eines Norddeutschen Bundes geschehen ist, also durch den freiwilligen Zusammenschluß zunächst der norddeutschen Länder.

An der weiteren Debatte beteiligen sich die Herren **Stolper, Schreiber, Petersen, Rönneburg**. Darauf hält Herr **Koch[-Weser]** ein kurzes Schlußwort, in dem er die Einmütigkeit des Vorstandes in der Billigung der Politik der demokratischen Reichstagsfraktion während der letzten Wochen feststellt.

Hieber *beantragt, im Auftrag des Württembergischen Landesvorstands, den Parteitag nicht in Stuttgart zu veranstalten, weil er befürchtet, daß es dort zu parteischädigenden Erörterungen über die Frage des Unitarismus und über den Fall Gessler kommen werde. Nach einer Aussprache entscheidet sich der Vorstand in einer Abstimmung mit großer Mehrheit für Hamburg als Tagungsort. Anschließend berichtet* **Erkelenz** *über die Vorschläge des Organisationsausschusses für die Tagesordnung des Parteitags.*

137.

26.3.1927: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 14.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bernhard, Böß, Brammer, Buschmann, Cohnstaedt, Cramer (nur im zweiten Teil der Sitzung anwesend), Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischer, Frankfurter, Gothein, Haas, Hummel, Issberner, Kauffmann, Frau Kiesselbach, Koch-Weser, Frau von Koerber, Krell, Lantzsch, Lemmer, Frau Lüders, Meincke (nur im zweiten Teil der Sitzung anwesend), Moering, Frau Planck, Rauecker, Rönneburg, Sparrer, Stephan, Stern, Strauss, Stubmann, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Frau Wittstock, Zeitlin. Gäste: Brunner (nur im ersten Teil der Sitzung anwesend).

Erkelenz *eröffnet. Er begrüßt die Gäste, insbesondere Herrn Brunner, den Vertreter der Bürgerlich-Demokratischen Arbeitspartei aus Österreich*[1]*. Anschließend referiert* **Brunner** *über die parteipolitische Lage Österreichs vor den Wahlen und bezeichnet es als wünschenswert, ein engeres Verhältnis zwischen seiner Partei und der Deutschen Demokratischen Partei herzustellen, etwa in der Weise ,,wie dasjenige der Berliner Zentrale zu der Demokratischen Landesorganisation in Bayern".* **Koch-Weser** *stellt fest, daß die Partei die österreichischen Demokraten im Wahlkampf nicht mit Geldmitteln, wohl aber durch Redner unterstützen könne.* **Brunner** *teilt mit, daß seiner Partei aus bestimmten Kreisen in Österreich ein Wahlfonds zur Aufstellung einer Kandidatur zur Verfügung gestellt worden sei. Er hält es jedoch für unzweckmäßig, dieses Angebot zu akzeptieren, ,,weil nach den an die Hergabe der Gelder geknüpften Bedingungen die Partei den Stempel einer jüdischen Partei erhalten würde, was ein Teil der österreichischen Demokraten nicht mitmachen dürfte". Im weiteren Verlauf der Aussprache wird von den Rednern übereinstimmend versichert, daß die Demokratische Partei für die österreichischen Demokraten tun werde, was in ihren Kräften stehe.*

Der Vorstand bespricht den von der Agrarkommission vorgelegten Entwurf eines Agrarprogramms[2]*. Die Debatte ergibt keine Übereinstimmung in der Beurteilung des Entwurfs. Auf Vorschlag von* **Erkelenz** *wird beschlossen, den Entwurf in der vorliegenden Form zu drucken und ihn allen Organisationen und Interessenten in der Partei zuzustellen*[3]*. Der Agrarausschuß wird ermächtigt, über eventuelle Erweiterungen des Programms zu beraten und noch einen zweiten, für die praktische Arbeit bestimmten Teil anzufügen.*

Der Termin und die Tagesordnung des Parteitags werden nochmals besprochen.

1 Vgl. Nr. 132.

2 Vgl. Nr. 134.

3 DDP/Staatspartei R 45/III 36.

138.

8.4.1927: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: kurz vor 10.30 Uhr. Ende: 13.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bartschat, Bernhard, Cohnstaedt, Dietrich, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falk, Feder, Fischer, Frankfurter, Gothein, Haas, Heuss, Issberner, Kauffmann, Koch-Weser, Lantzsch, Lemmer, Frau Lüders, Möller, von Richthofen, Rönneburg, Schücking, Stephan, Stubmann, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Frau Wittstock, Zeitlin. Entschuldigt: Hellpach, Hummel, Stern.

Erkelenz *eröffnet. Der Vorstand diskutiert Wünsche und Anregungen, die noch zum Themenkreis des bevorstehenden Parteitags eingegangen sind*[1]*. Dabei wird auch die Frage besprochen, ob man Hellpach nicht dazu bewegen könne, auf seinen Beitrag zu verzichten, da er in letzter Zeit verschiedentlich Artikel veröffentlicht habe, die gegen die Partei ausgenutzt werden könnten. Der Vorstand kommt schließlich überein, Hellpach nicht zu einem Verzicht auf seine Rede zu veranlassen.*

Frankfurter *referiert über die Arbeit und die Vorschläge des Reformausschusses*[2]*. Der Vorstand beschließt nach längerer Aussprache, die Vorschläge an den Reformausschuß zurückzuverweisen mit der Maßgabe, sie dem Vorstand nach weiterer Beratung nach Ostern erneut vorzulegen. Im Sommer sollen dann die noch zu klärenden Fragen auf einer besonderen Vorstandssitzung unter Beteiligung von Delegierten der Fraktionen und der Parteibeamten besprochen werden.*

1 Bericht über die Verhandlungen des Parteitags in: Demokrat v. 28.4.1927 Nr. 8.

2 Vgl. Nr. 133, bes. Anm. 3.

VIII.

Vom Hamburger zum Mannheimer Parteitag (April 1927 bis Oktober 1929)

139.

21.6.1927: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: kurz nach 11.15 Uhr. Ende: nach 18 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bartschat, Bernhard, Brammer, Buschmann, Dernburg, Frau Dönhoff, Erkelenz, Feder, Fischer, Frankfurter, Gothein, Grzimek, Haas, Hellpach, Hieber, Hummel, Issberner, Koch-Weser, Frau von Koerber, Krell, Külz, Lantzsch, Lebach, Lemmer, Frau Lüders, Meincke, Meyer, Nuschke, Preuß, Rönneburg, Schneider, Stolper, Strauss, Stubmann, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Weiss, Frau Wittstock, Zeitlin.

Erkelenz *eröffnet. Der Vorstand wählt anstelle des verstorbenen Vorstandsmitglieds Maximilian Kempner dessen Sohn Paul Kempner*[1] *und kooptiert Hauff, Höpker-Aschoff, Tantzen, Bernhard, Carbe, Krell, Lemmer, Stolper, Zeitlin und Rönneburg. Frankfurter wird als zweiter stellvertretender Vorsitzender wiedergewählt, Zeitlin wird zum zweiten Schatzmeister gewählt. Zur Unterstützung der Schatzmeister wird ein Finanzausschuß eingesetzt*[2].

Der Vorstand berät über das Agrarprogramm[3] *und nimmt es schließlich mit geringfügigen Änderungen an.* **Gothein** *wünscht eine ausführlichere Besprechung der von ihm eingebrachten Änderungsvorschläge. Er fühlt sich durch die Verhandlungsführung des Vorsitzenden übergangen und legt unter Protest sein Vorstandsmandat nieder. Der Vorstand vertagt sich wegen dieses Zwischenfalls für kurze Zeit.*

Nach Wiederaufnahme der Beratungen beschließt der Vorstand auf Anregung von **Vogt,** *das vom Beamtentag im letzten Jahr verabschiedete Programm*[4] *als für die Partei verbindlich anzuerkennen.*

Koch-Weser *referiert über Probleme des Einheitsstaats und bedauert, daß es in der in diesem Zusammenhang augenblicklich so aktuellen Groß-Hamburg-Frage*[5] *zwischen ihm und der preußischen Fraktion so wenig Fühlung gebe. Der Vorstand wählt einen „Ausschuß zur Frage des Einheitsstaats“*[6].

---

1 Paul Kempner (1889-1956), Mitinhaber des Bankhauses Mendelsohn & Co in Berlin.

2 Frankfurter, Hummel, Meyer, Schneider, Stern, Kempner, Abegg.

3 Siehe Nr. 137. Auf dem Hamburger Parteitag war das Programm ausführlich diskutiert worden. Gothein hatte zwei Änderungsanträge gestellt, die jedoch abgelehnt worden waren, daraufhin hatte er weitere Abänderungsanträge zurückgezogen. Das Programm war dann angenommen worden mit der Maßgabe, es vom Vorstand noch redaktionell überarbeiten zu lassen. Vgl. Demokrat v. 28.4.1927 Nr. 8.

4 Abgedruckt in: Demokrat v. 3.6.1926 Nr. 11.

5 Vgl. Nr. 135 Anm. 21. Vom 20.–23.6. fand im preußischen Landtag die zweite Lesung der Groß-Hamburg-Gesetze statt.

6 Koch-Weser, Höpker-Aschoff, Falk, Petersen, Meinecke, Mommsen, Fick, Luppe, Apelt, Külz, Falck, Hieber, Cohnstaedt, Preuß, Abegg.

Nach der Mittagspause rechtfertigt **Erkelenz** *seine Verhandlungsführung bei der Beratung des Agrarprogramms und erklärt seine Bereitschaft, sich bei Gothein für etwaige ihm unterlaufene Schärfen zu entschuldigen*[7].

Der Vorstand tritt in eine Diskussion der in der letzten Sitzung vorgelegten Vorschläge des Reformausschusses ein. **Erkelenz** *bezeichnet die Vorschläge als Versuch, seitens des Vorstands die Arbeit der Organisationen im Lande im Hinblick auf die kommenden Reichstagswahlen fruchtbarer zu gestalten. Nach seiner Ansicht hat sich das hergebrachte System der Agitation mit großen öffentlichen Versammlungen überlebt. Er empfiehlt, systematisch Adressen interessierter Personen zu sammeln und diese vor jeder Wahl laufend mit Material zu versorgen, ferner wünscht er die vermehrte Einstellung von Parteibeamten sowie regelmäßige Besuche der Wahlkreise durch sachverständige Kräfte aus Berlin. Außerdem regt er die Ausbildung eines Stabes von „Kleinagitatoren" für die Wahlen an. Er schlägt vor, im Herbst eine Konferenz des Vorstands, der Wahlkreisvorsitzenden und der Parteibeamten zu veranstalten, um die Vorschläge des Reformausschusses im einzelnen zu beraten. Nach* **Fischers** *Ansicht wird das vorliegende Reformprogramm bei den Reichstagswahlen keine große Rolle spielen; wichtig sei die praktische Arbeit und nicht die Theorie. Für entscheidend und an erster Stelle diskussionswürdig hält Fischer die im Reformprogramm aufgeworfene Frage, ob die Demokratische Partei weiterhin eine Partei aller Bevölkerungsschichten bleiben oder Vertreterin bestimmter Bevölkerungsgruppen werden solle.* **Frankfurter** *stimmt Fischer darin zu, daß dies die prinzipielle Frage sei, die zuerst besprochen werden sollte. Er ist überzeugt, daß die Partei sich aufgrund der Vorherrschaft wirtschaftlicher Interessen im öffentlichen Leben neu orientieren und sich auf die Interessenvertretung bestimmter Berufsschichten konzentrieren müsse; der Hauptgegner sei heute das Großkapital.* **Koch-Weser** *widerspricht dieser These und betont, es bedeute die Aufgabe aller bisher vertretenen Prinzipien, wenn man die Dinge nicht mehr vom Standpunkt der allgemeinen Wohlfahrt, sondern von einem spezifischen Interessenstandpunkt her betrachten wolle. Nach seiner Ansicht gibt es für die Partei keine andere Möglichkeit, als ihren bisherigen Weg weiterzugehen*[8]. *Im weiteren Verlauf der Debatte stößt Frankfurters Vorschlag, die Partei in eine Interessenpartei zu verwandeln, auf entschiedenen Widerspruch. Die meisten Redner sehen die Ursachen für den Rückgang der Partei in Mängeln der Organisation und der Agitation und in der allgemeinen politischen Entwicklung.* **Frankfurter** *betont am Schluß der Aussprache, daß auch er die Aufgabe der Partei letztlich darin sehe, einem Ausgleich der Interessen zu dienen; aus diesem Grund müsse sie sich gegen einseitige Interessen auf der Rechten und auf der Linken wenden, wobei jedoch zu beachten sei, „daß die große Gefahr der Zukunft von der*

---

7 Erkelenz schrieb Gothein am 22.6.1927 einen Entschuldigungsbrief, Gothein teilte in seiner Antwort mit, daß er bei seinem Entschluß bleibe, nicht mehr im Vorstand mitzuarbeiten. Nachlaß Gothein 19. Koch-Weser versuchte gleichfalls vergeblich, Gothein umzustimmen.

8 Auf den Verlauf dieser Vorstandssitzung bezieht sich offenbar eine allerdings unrichtig datierte Tagebucheintragung Koch-Wesers, in der es heißt: „Gestern eine große Auseinandersetzung unter der schrecklichen Leitung von Erkelenz im Parteivorstand über die Zukunft der Partei und die Möglichkeit, ihr aufzuhelfen. Jeder ritt sein Steckenpferd. Es blieb aber doch dabei, daß man eine Flut nicht künstlich herbeiführen kann, solange Ebbe ist." Nachlaß Koch-Weser 36.

rechten Seite droht". Frankfurter wünscht eine Fortsetzung der Diskussion auf der nächsten Sitzung des Parteiausschusses. **Erkelenz** *wiederholt seine Empfehlung, die Reformvorschläge auf einer Konferenz im Herbst gründlich zu beraten und sie dann zu verabschieden. Der Vorstand stimmt dieser Anregung zu.*

140.

3.12.1927: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „Issberner". Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 14.30 Uhr. Ende: 19.15 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Bernhard, Böß, Cohnstaedt, Dernburg, Dietrich, Frau Dönhoff, Erkelenz, Faber, Falk, Fischer, Franke, Graf, Haas, Hauff, Höpker-Aschoff, Hummel, Issberner, Kauffmann, Koch-Weser, Frau von Koerber, Krell, Külz, Landahl, Lantzsch, Lebach, Lemmer, Frau Lüders, Moering, Müller, Nuschke, Rönneburg, Schneider, Schreiber, Siehr, Stephan, Stern, Stolper, Stubmann, Tantzen, Frau Uth, Vogt, Frau Wittstock. Gäste: einige Mitglieder der Reichstagsfraktion.

Erkelenz *eröffnet. Der Vorstand berät über die Durchführung der Eilsener Beschlüsse*[1] *und die Aufstellung der Kandidaten für die Reichstags- und die preußischen Landtagswahlen.* **Erkelenz** *betont einleitend, daß die Partei bis Mai oder Juni für die Reichstagswahlen gerüstet sein sollte und dabei anstreben müsse, die ungünstigen Ergebnisse der bisherigen Landtagswahlen zu verbessern. Er schlägt vor zu versuchen, während des Wahlkampfes eine Volksbewegung gegen den Schulgesetzentwurf*[2] *in Gang zu bringen. Erkelenz kritisiert die säumige Ausführung der Eilsener Beschlüsse und empfiehlt, seitens der Zentrale in dieser Hinsicht Druck auf die Wahlkreise auszuüben.* **Stephan** *bestätigt und ergänzt Erkelenz' Ausführungen: Noch gebe es sieben Wahlkreise ohne Parteisekretäre, der Verkehr der Parteisekretäre mit der Presse lasse zu wünschen übrig, die notwendigen Wahlkreiskonferenzen würden nicht durchgeführt, aus sechs Wahlkreisen seien die für Ende November fälligen Situationsberichte nicht eingegangen.* **Koch-Weser** *äußert sich kritisch zur Kandidatenaufstellung, besonders hinsichtlich der Besetzung der Reichsliste. Nach seiner Schätzung gibt es 25 bis 30 Personen, die für die Reichsliste in Betracht kommen. Die Wahlkreise müßten dazu beitragen, diese Liste*

1 Vom 17.–18.9.1927 hatte in Bad Eilsen eine Tagung des Organisationsausschusses und vom 18.–20.9. eine Tagung der Parteisekretäre stattgefunden, auf der Beschlüsse zur Reorganisation der Partei gefaßt worden waren. Tagungsprotokoll, Anwesenheitsliste und Beschlüsse der Organisationstagung in: DDP/Staatspartei R 45/III 29; Anwesenheitsliste der Parteisekretärstagung ebd.

2 Der Keudellsche Schulgesetzentwurf war vom 18.–20.10.1927 im Reichstag beraten und dann an den Bildungsausschuß überwiesen worden. Der Entwurf legte einerseits die Gleichberechtigung der drei Schultypen Gemeinschaftsschule, Bekenntnisschule und Bekenntnisfreie Schule fest, andererseits erkannte er gemäß Art. 146 Abs. 1 RV eine gewisse Vorzugsstellung der für alle gemeinsamen Schule an, machte jedoch keine Vorschläge, wie eine solche Vorzugsstellung angesichts der Situation in den meisten Ländern überhaupt verwirklicht werden könne. Vgl. Grünthal S. 210; vgl. ferner Nr. 105, bes. Anm. 1 und 2.

zu entlasten. Koch-Weser bezeichnet die voraussichtliche Zusammensetzung der Reichstags- und der preußischen Fraktion als bedenklich; in der Reichstagsfraktion werde es vermutlich zu einem Übergewicht an Wirtschaftsvertretern, in der preußischen Fraktion zu einem Übergewicht an Lehrern kommen, während Bauern und Beamte unterrepräsentiert seien. Er mahnt, die Frauen in hinreichendem Maße heranzuziehen und auch diejenigen Gegenden zu berücksichtigen, die nicht aus eigener Kraft in der Lage seien, einen Kandidaten durchzubringen. Er hält den von den Wahlkreisen vorgetragenen Wunsch nach Garantierung eines Sitzes auf der Reichsliste für undurchführbar, weil es in dieser Frage nicht möglich sei, nach mathematischen Formeln vorzugehen. Koch-Weser schlägt vor, dem Parteiausschuß die Ablehnung dieser Anträge zu empfehlen und die Bildung eines Ausschusses zu beantragen, der die Reichs- und Landesliste vorbereiten und Möglichkeiten zur Einflußnahme auf die Wahlkreislisten prüfen solle. **Hieber** *hält es für aussichtslos, eine Bewegung gegen den Schulgesetzentwurf zu entfachen, da die akademischen Kreise die Partei in dieser Frage im Stich gelassen hätten und die evangelische Kirche für den Entwurf eintrete. Im weiteren Verlauf der Debatte werden verschiedene Vorschläge zur Intensivierung der Wahlagitation unterbreitet; die meisten Redner sprechen sich dafür aus, den Kampf gegen das Schulgesetz in den Wahlkampf einzubeziehen.* **Erkelenz** *faßt das Ergebnis der Diskussion zusammen: Annahme des Vorschlags Koch-Weser, Schaffung einer Organisation zur Popularisierung des Schulkampfes, Agitation gegen die Gefahren der Parteienzersplitterung, besondere Berücksichtigung der Jungwähler und der freien Berufe.*

Der Vorstand bespricht einen Konflikt, der unter den Anhängern der Partei im Saargebiet ausgebrochen ist und zur Spaltung der Partei in zwei rivalisierende Gruppen geführt hat. Haas wird beauftragt, ins Saargebiet zu reisen und die strittigen Fragen durch Verhandlungen zu klären.

141.

4.12.1927: Sitzung des Parteiausschusses

Gezeichnet: „Issberner". Vorsitz: Koch-Weser. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: 17.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Koch-Weser *eröffnet. Er schlägt vor, zunächst die Frage der Kandidatenaufstellung zu beraten. Der Parteiausschuß stimmt diesem Vorschlag zu.* **Koch-Weser** *berichtet über die Überlegungen des Parteivorstands zu dieser Frage, die mit seiner eigenen Auffassung übereinstimmten, und beantragt die Einsetzung einer Kommission. Anschließend werden verschiedene Anträge zur Kandidatenaufstellung eingebracht, u. a. auch ein Antrag von Frau von Zahn, der die Schaffung einer besonderen Frauenparteiliste fordert. Nach einem Schlußwort* **Koch-Wesers** *wählt der Parteiausschuß eine Kommission aus 15 Mitgliedern*[1] *zur Vorbereitung der*

1 Frau Dönhoff, Frau von Zahn-Harnack, Frau Bäumer, Frau Baum, Koch-Weser, Erkelenz, Falk, Graf, Heuss, Külz, Moering, Schreiber, Kallmann, Vogt, Weiss.

Kandidaturen, der auch die vorliegenden Anträge zur Prüfung und Erledigung überwiesen werden. Anschließend tritt eine kurze Pause ein.

Die politische Lage

Der **Vorsitzende** führte zur Kennzeichnung der gegenwärtigen politischen Situation aus:

Es hat sich gezeigt, wie recht die Demokraten hatten, daß sie sich nicht an einer Rechtsregierung beteiligten. *Für die Rolle, die die Deutsche Volkspartei in der gegenwärtigen Regierung spielt, bedankt sich die Demokratische Partei.* Es ist unmöglich, mit den Deutschnationalen zu einer Zusammenarbeit zu kommen, da deren ganze Grundtendenz darauf hinzielt, die engherzigen Anschauungen der Vorkriegszeit wieder zu neuem Leben zu erwecken. Es ist auf die Dauer unmöglich, wie die Deutschnationalen unter der Parole „Nie mit der Sozialdemokratie!" Politik zu machen. Wohin eine solche Politik in Wahrheit führt, zeigen die Wahlen der letzten Monate. Selbst wenn man der Auffassung ist, daß eine Verminderung des Einflusses der Sozialdemokratie zweckmäßig erscheint, so sind doch die Mittel der Deutschnationalen dazu völlig ungeeignet. Es handelt sich in Deutschland wie überall in Europa nicht darum, ob, sondern was für eine Sozialdemokratie man haben will. Deutschland kann auf die Dauer nicht ohne oder gegen, aber auch nicht allein durch die Arbeiter regiert werden. Es ist nötig eine verständige Mischung, in der alle Volksteile sich zusammenfinden. Das Gegenteil führt über die Reaktion zum Bolschewismus. Die gegenwärtige Rechtsregierung kann schon jetzt, nach zehn Monaten, nicht mehr weiter. Sie steht vor einer Mauer. Was der Reichsminister von Keudell sich gegen den preußischen Kultusminister Becker erlaubte, ist der Gipfel der Disziplinlosigkeit, ist eine Erschütterung von Autoritäten, für deren Stärkung sich gerade immer die Deutschnationalen eingesetzt haben wollen[2].

Der Redner gab alsdann ein Bild der *außenpolitischen Lage.* Hat Deutschland sich nicht vielleicht im Völkerbund zu sehr in die „gute Gesellschaft" der „Großen" begeben, statt Führer der Kleinen und Unterdrückten zu sein? Erst Wahlen, sagt Stresemann, können den Stillstand der Außenpolitik beenden; er denkt dabei an Frankreich und England, und von Deutschland kann er nicht sprechen, denn er ist der Außenminister einer Rechtsregierung. Der Konservatismus hat überall seine Unfähigkeit erwiesen; nur die Evolution kann verhindern, daß die Stimmung der enttäuschten Völker ins Revolutionäre umschlägt. Für solche maßvolle und doch energische Taktik ist das geschickte Verhalten unseres Grafen Bernstorff in Genf[3] vorbildlich, der in der Abrüstungsfrage eine tapfere und zugleich besonnene Politik getrieben hat. Auf dem Gebiet der deutschen Finanzpolitik ist die bürokratische Ungeschicklichkeit noch bedenklicher als der grundsätzlich falsche Weg. Man braucht nur die geschickte Art unseres Freundes Reinhold

2 Die Studentenschaft lehnte das vom preußischen Kultusminister vorgeschlagene neue Studentenrecht ab; von Keudell hatte sich mit einem „Sympathietelegramm" an eine im Zirkus Busch tagende Studentenversammlung in diese Auseinandersetzung eingeschaltet. Vgl. Schulthess 1927 S. 185 u. 187.

3 Vierte Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission vom 30.11. bis 3.12.1927.

mit der des heutigen Finanzministers Köhler[4] zu vergleichen. Eine Erschwerung unserer Finanzpolitik kann auch durch eine Fortsetzung der ausgedehnten Anleihedebatten erfolgen. Für unsere Wirtschaft ist es heute unmöglich, die notwendigen Mittel für Rationalisierung und Betriebsverbesserungen allein aus den Überschüssen zu nehmen. Freilich ist der deutsche Föderalismus ein Hindernis für eine rationelle Anleihepolitik, weil insbesondere kleine oder von Wettbewerbsideen gegenüber anderen Ländern geleitete Landesregierungen keine objektive Prüfung der kommunalen Anleihewünsche und Finanzgebarungen gewährleisten. Andererseits ist es falsch, einseitig gegen die Kommunen Stellung zu nehmen: Es ist auch nötig, daß die Städte ihren sozialen Aufgaben gerecht werden. Ein Volk, dem der Aufstieg seiner unteren Schichten nicht Aufgabe der Gesamtheit ist, wird sich niemals in der Welt behaupten können. (Lebhafter Beifall.) Deshalb darf auch an der *Besoldungserhöhung* nicht gerüttelt werden. Das ist der Standpunkt, den die Deutsche Demokratische Partei in dieser Frage immer eingenommen hat und weiter einnehmen wird. Die vorsichtige Finanzpolitik unseres Freundes Höpker-Aschoff hat die Besoldungserhöhung überhaupt ermöglicht. Auch Liquidationsgeschädigte und Rentner kann man nicht länger hinhalten. Es geht nicht an, die Liquidationsgeschädigten noch länger als zwölf Jahre warten zu lassen und sie damit zu vertrösten, daß vielleicht in zwei oder drei Jahren Geld da sein würde. Die Mittel müssen durch eine rücksichtslose Staats- und Verwaltungsreform aufgebracht werden. Aber die Behördenhäufung und -überschneidung kann nur durch Beseitigung der Reste einer mittelalterlichen Staatsverfassung beseitigt werden, wie sie die Länderbürokratien als Erbe fürstlichen Partikularismus' aufrechterhalten. Man muß dem Übel auf den Grund gehen, indem man den *dezentralisierten Einheitsstaat* schafft. Staattdessen finden sich noch im neuen Strafgesetzentwurf[5] Paragraphen, die gegen den „Landesverrat" eines deutschen Landes, der unter Umständen sogar zugunsten des Reiches verübt sein kann, gerichtet sind. Die Reichsregierung darf auch nicht, wie Stresemann und Marx es wollen, alles der Freiwilligkeit überlassen. Die Reichsregierung hat die Pflicht, gemäß der Reichsverfassung sich um die Neugliederung des Reiches zu kümmern. Eines aber sei auch an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit festgestellt: *Der Weg zum Einheitsstaat kann nicht über Groß-Preußen führen.* (Lebhafter Beifall.) Dadurch kommt Süddeutschland völlig aus dem gleichen Tritt mit Norddeutschland. Auf diesem Wege bekommen wir auch nicht den Einheitsstaat mit weitgehender Selbstverwaltung. Der Redner streifte die *Frage des Schulgesetzes*[6] und bedauerte die schwankende Haltung der Deutschen Volkspartei. Wenn die Deutsche Volkspartei die deutsche Volksschule preisgibt, dann gibt es nur noch *eine* liberale Partei. Leider ist auch das Verhalten der Sozialdemokratie sehr unentschieden, weil sie durch den Köder der weltlichen Schule in ihrer Opposition gehemmt ist. Der Redner bekannte sich dann unter

4 Heinrich Köhler (1878-1949), MdL Baden (Z) 1913-1927, MdR 1928 bis Juli 1932, badischer Finanzminister von März 1920 bis Januar 1927, Reichsfinanzminister von Januar 1927 bis Juni 1928.

5 Der Entwurf eines Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuches vom 14.5.1927 war nach der ersten Lesung am 21. u. 22.6.1927 an einen besonderen Ausschuß überwiesen worden, der seit dem 21.9. beriet. Vgl. Sten. Ber. Bd. 393 S. 10937-11000.

6 Siehe Nr. 140 Anm. 2.

starkem Beifall der Versammlung als Gegner der Todesstrafe. Er wies aber darauf hin, daß diese Frage keine grundsätzliche Frage der Demokratie sei, sondern die Entscheidung danach getroffen werden müsse, ob der einzelne an die sittliche Kraft der Überzahl des deutschen Volkes glaube. Zur Frage der Neuwahlen erklärte der Redner, einen Termin dafür nicht prophezeien zu können. Es müsse aber gesagt werden, daß Marx kein Mann der Präventivkrisen sei. Der Kanzler würde den Reichstag jedenfalls erst auflösen, wenn er nicht mehr aus noch ein wüßte. Von Linkssiegen können wir so lange nicht sprechen wie die ziffernmäßigen Erfolge nur auf der sozialdemokratischen Seite liegen. Eine uneigennützige Anschauung, die bei sozialdemokratischen Wahlerfolgen jubelt: „Dein Volk ist mein Volk, Dein Sieg ist mein Sieg!" liegt mir fern. Ich sage das nicht aus parteiegoistischen Gründen, aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Demokratie in Deutschland zum Teil deshalb so schwer vorwärtsgekommen ist, weil die Republik manchem in den ersten Jahren zu sozialdemokratisch gekommen ist. Die Rettung 1918/19 wäre nicht möglich gewesen, wenn nicht eine starke republikanische Bürgerpartei neben der sozialistischen Arbeiterschaft gestanden hätte. Ernste Sorge macht neuerlich die Haltung des Zentrums. Das Bündnis mit der Bayerischen Volkspartei stärkt den rechten Flügel dieser Partei[7]. Unser Streben, so schloß der Redner, geht von der unvollkommenen Republik von heute zur vollkommenen Republik der Zukunft.
Seine Ausführungen fanden den stürmischen Beifall der Versammlung.

Frau Abgeordnete Gertrud **Bäumer** sprach sodann über das *Reichsschulgesetz.* Sie gab zunächst einen Überblick über den Verlauf und das bisher erreichte Ergebnis der Verhandlungen im Bildungsausschuß des Reichstages. Diese Verhandlungen haben die Richtigkeit des Standpunktes erwiesen, den die Demokratische Partei von vornherein eingenommen hat. Die Verhandlungen sind deshalb sehr schwierig, weil die Regierung eine Vorlage eingebracht hat, die von den kompetentesten Stellen, besonders von den Länderregierungen im Reichsrat, abgelehnt worden ist, und für die die Reichsregierung, da sie ihren Entwurf nicht zurückziehen wollte, die Kenntnisse und Erfahrungen der Länder nicht verwerten konnte. So ist die *Vorlage unvollständig und nicht durchgearbeitet;* die Regierungsparteien verhindern Auseinandersetzungen, die die Vorlage verbessern, und wollen sie durchpeitschen. Die Reichsregierung spricht im Ausschuß überhaupt nicht. Auch die Regierungsparteien vermeiden grundsätzlich Auseinandersetzungen, und so muß die ganze politische und verwaltungstechnische Arbeit von der Opposition geleistet werden. Hier hätten eigentlich die Länder die Aufgabe und in ihrem eigenen Interesse die Möglichkeit, viel aktiver im Ausschuß mitzuwirken. Der Entwurf ist im Ausschuß bis zum § 11 behandelt. Der wichtige § 2[8] ist zurückgestellt, da die Regierungsparteien sich über ihn noch nicht geeinigt haben; doch soll er in dieser Woche erledigt werden. Wo die Regierungsparteien aktiv mitgearbeitet haben, ist der Entwurf noch verschärft worden. So im § 1, der die Rechte des Staates gegenüber dem Elternrecht noch weiter zurückgedrängt hat,

7 Am 28.11.1927 hatten Zentrum und Bayerische Volkspartei sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen, deren Ziel zunächst in einer engeren Kooperation im Reichstag und bei den Wahlen bestand. Vgl. Schulthess 1927 S. 184f.

8 § 2 regelte das Verhältnis der Schularten zueinander.

und in der Gestaltung der evangelischen Bekenntnisschule, von der es nun zahllose Sonderarten geben soll, die in der Vorstellung des Volkes den Begriff der Staatsschule immer mehr durch den der Kirchenschulen verdrängen werden. Der Versuch, die weltliche Schule zu einer heidnischen Schule zu stempeln, ist allerdings abgewehrt worden, der indirekte Zwang zur Konfessionsschule ging auch der Deutschen Volkspartei zu weit. Auch der Versuch, auf dem Umwege über sogenannte Minderheitsschulen die Stellung der konfessionellen Schule zu erweitern, ist gescheitert. Andere Verbesserungswünsche sind auch gescheitert. Minderheitenrecht und Elternrecht werden in dem Umwandlungsverfahren durchaus willkürlich von den Regierungsparteien gewertet, und ihnen gegenüber ist der demokratische Standpunkt der, daß das Elternrecht niemals ein Verfügungsrecht über die Kinder anderer Eltern sein darf. Auf der anderen Seite werden die Elternkreise immer mehr und mehr in Abhängigkeit von politischen und kirchlichen Organisationen geführt, und die hier bereits sehr lebhaft einsetzende Agitation zeigt, mit welchen Mitteln dabei gearbeitet werden soll. *Die Wirkung des Gesetzes wird eine völlige äußere Desorganisation* und eine innere Einengung der staatlichen Schule sein. Auf diese Gefahr, die man im Lande noch nicht klar genug erkennt, muß besonders eindringlich hingewiesen werden. Große grundsätzliche Fragen stehen in den noch nicht erledigten Paragraphen des Entwurfs noch zur Entscheidung. Das Problem ist dabei immer die Haltung der Deutschen Volkspartei. Sie ist aus inneren Gründen im Kampf für die Gemeinschaftsschule kein zuverlässiger Kampfgenosse. Von den übrigen Parteien nimmt die *Wirtschaftspartei eigentlich die Stelle einer Filiale der Deutschnationalen ein;* sie unterstützt alles, was die Desorganisation des Schulwesens fördert. Die Sozialdemokratie auf der anderen Seite hat den Wunsch, daß das Schulgesetz von dieser Regierung verabschiedet wird, damit sie davon unbelastet bleibt, und sie vermeidet deshalb eine entschlossene, auch vor Obstruktion nicht zurückschreckende Opposition. Die Deutsche Demokratische Partei wird Verbesserungsvorschläge der Deutschen Volkspartei, die weitgehend genug sind, um vertreten werden zu können, unterstützen; sie hält es aber für ihre Pflicht, den Nachweis zu erbringen, daß *dieses Gesetz keine verfassungsmäßige Grundlage hat.* Die erste Lesung des Entwurfs im Ausschuß wird wahrscheinlich noch vor Weihnachten erledigt werden. Nach der Weihnachtspause soll eine zweite Ausschußberatung folgen. Auch mit einer Verabschiedung des Gesetzes ist der Kampf noch nicht beendet, denn es wird erst nach zwei Jahren seine praktische Verwirklichung erfahren können, und wenn es nicht im ersten Ansturm gelingt, das Gesetz zu beseitigen, so wird dieses zweite Etappe des Kampfes um so größere Aussichten auf Erfolg bieten, wenn die Gefahren dieses Gesetzes der Allgemeinheit verständlich geworden sind. (Lebhafter Beifall.)

Zu Beginn der Aussprache wird die Redezeit auf zehn Minuten begrenzt. Die Debatte beschäftigt sich vor allem mit einem Antrag Leser[9]–Eyck[10] auf Abschaffung der Todesstrafe[11] und einem Antrag Cohnstaedt zur Wahlreform[12];

9 Guido Leser (geb. 1883), Amtsrichter in Heidelberg, MdL Baden (DDP) 1919-1921.

10 Erich Eyck, Rechtsanwalt und Notar in Berlin.

11 Liegt vor.

12 Liegt vor.

ferner werden die Schulfrage, das Problem der Parteienzersplitterung und der Schaffung des Einheitsstaats in den Diskussionsbeiträgen angesprochen.

Nach Abschluß der Aussprache nimmt der Parteiausschuß mit großer Mehrheit den Antrag an, der die Beseitigung der Todesstrafe im künftigen Strafgesetzbuch fordert, ferner den Antrag, der sich gegen die Listenwahl und die großen Wahlkreise ausspricht und die Fraktion ersucht, sich für eine Wahlreform auf Basis der Vorschläge von Külz einzusetzen. Eine Resolution, die der Fraktion und dem Parteivorsitzenden das Vertrauen ausspricht[13]*, wird einstimmig angenommen.*

13 Liegt vor.

142.

6.3.1928: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „Issberner". Vorsitz: Erkelenz. Beginn: kurz nach 13.45 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bernhard, Cohnstaedt, Dernburg, Dietrich, Frau Dönhoff, Ehlermann, Erkelenz, Falk, Fischer, Frankfurter, Graf, Haas, Hellpach, Hieber, Hummel, Issberner, Kauffmann, Koch-Weser, Frau von Koerber, Külz, Lantzsch, Lebach, Lemmer, Frau Lüders, Mende, Moering, Nuschke, Petersen, Rauecker, Rönneburg, Schneider, Siehr, Stephan, Stern, Stolper, Stubmann, Tantzen, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Frau Wittstock, Zeitlin. Gäste: mehrere Mitglieder der Reichstagsfraktion, einige Vertreter der demokratischen Presse.

Erkelenz *eröffnet. Er berichtet über den Stand der Vorbereitungen zur Reichstagswahl im Mai*[1]*. „Die Energie unserer Organisationen draußen im Land entspricht nicht den Ansprüchen, die wir stellen müssen." Erkelenz stellt fest, daß die geplanten neuen Agitationsmethoden, vor allem die Adressensammlung, gescheitert seien; als Agitationsmittel bleiben lediglich der Film und die Grammophonplatte, auch die geplanten Informations-Kurse seien wegen des frühen Wahltermins ausgefallen. Trotz der skizzierten Mängel in der Vorbereitung hält er die Aussichten der Partei bei den Wahlen für nicht ungünstig.* **Stephan** *teilt Einzelheiten über die Wahlvorbereitungen der Zentrale mit. An die beiden Referate knüpft sich eine längere Aussprache.*

Koch-Weser *referiert über die politische Lage und bittet einleitend die Presse, der Partei wegen der Reichsliste keine Schwierigkeiten zu bereiten. Er geht dann auf die*

1 Die Regierungskoalition war Mitte Februar aufgrund unüberbrückbarer Differenzen über das Schulgesetz zerbrochen; die Regierung hatte sich jedoch bereit erklärt, zur Abwicklung bestimmter Gesetzesvorlagen bis zu den für Ende Mai vorgesehenen Reichstagswahlen im Amt zu bleiben. Vgl. Schulthess 1928 S. 60-62.

Gründung der neuen Bauernpartei[2] *ein und fragt, was die Parteifreunde im Vorstand der Deutschen Bauernschaft*[3] *getan hätten, um dieser Bewegung entgegenzutreten. Er äußert sich kritisch über die Haltung des Reichsbanners gegenüber den Demokraten und dann generell über die Stellung der Sozialdemokratie zur Demokratischen Partei. Er stellt fest, daß eine Stärkung der Sozialdemokratie bei den Wahlen keineswegs eine Stärkung des Staates und der Republik bedeuten würde, und betont die Notwendigkeit der Existenz einer starken bürgerlichen Mittelpartei, deren Aufgaben vom Zentrum und der Deutschen Volkspartei nicht in befriedigender Weise erfüllt werden könnten. Allgemeine Wahlparolen lehnt der Referent ab, „wir müssen in erster Linie den Umstand ausbeuten, daß eine Rechtskoalition ein Jahr lang am Ruder war und daß sie nichts geleistet hat". Nach Koch-Wesers Ansicht kommt für die nächste Regierung nur die Große Koalition in Betracht. In der folgenden Diskussion geht* **Wachhorst de Wente** *auf die neugegründete Bauernpartei ein, deren Aussichten in den Wahlen er als mäßig beurteilt. Er rät von einem Austritt der demokratischen Bauern aus der Deutschen Bauernschaft ab und betont, daß er persönlich den Demokraten stets treu bleiben werde, daß er jedoch im Fall eines Austritts aus der Deutschen Bauernschaft auch das Interesse an seiner parlamentarischen Arbeit verlieren würde. Die Frage, wie man sich zu der neuen Bauernpartei verhalten solle, bestimmt auch die weitere Aussprache. Frau* **Bäumer** *geht noch näher auf die Schulfrage ein.*

Nach einem Schlußwort von **Koch-Weser** *wählt der Vorstand eine Kommission für Verhandlungen mit dem Reichsbanner*[4] *und eine Kommission zur Prüfung der Gründung der Deutschen Bauernpartei*[5]*. Ferner wird beschlossen, von der Veranstaltung eines Parteitags vor den Wahlen abzusehen, den Parteiausschuß jedoch nach Ostern einzuberufen.*

2 Der Bayerische Bauernbund, dessen sechs Vertreter im Reichstag der Fraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung angehörten, hatte seinem Namen die Bezeichnung „Deutsche Bauernpartei" hinzugefügt und erklärt, er werde bei den Reichstagswahlen seine Listen auch auf das übrige Reich ausdehnen. Vgl. Demokrat v. 18.3.1928 Nr. 6.

3 1927 hatten sich der Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe, der Deutsche Bauernbund und der Bayerische Bauernbund zur „Deutschen Bauernschaft" zusammengeschlossen. Vgl. Bürgerliche Parteien Bd. 1 S. 299-301.

4 Haas (Vorsitzender), Hauff, Cohnstaedt.

5 Koch-Weser, Tantzen, Rönneburg, Wachhorst de Wente, Lemmer, Weber.

143.

3.4.1928: Sitzung des Vorstandes gemeinsam mit den Wahlkreisvorsitzenden[1]

Vorsitz: zunächst Erkelenz, dann Fischer, dann wieder Erkelenz. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: kurz nach 19 Uhr. Ort: Berlin, im „Vereinshaus Deutscher Ingenieure".

Anwesend vom Vorstand: Bernhard, Cohnstaedt, Dietrich, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falk, Fischer, Frankfurter, Graf, Haas, Hauff, Höpker-Aschoff, Hummel,

1 Siehe Anwesenheitsliste.

Kempner, Frau Kiesselbach, Koch-Weser, Frau von Koerber, Krell, Külz, Landahl, Lebach, Lemmer, Frau Lüders, Moering, Nuschke, Rönneburg, Schneider, Schreiber, Stephan, Stern, Tantzen, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Weiss, Zeitlin. Anwesend von den Wahlkreisvorsitzenden: Adler (Oberbayern–Schwaben), Behrendt (Oppeln), Beutler (Ostpreußen), Bindseil (Frankfurt/O.), Böhmert (Weser–Ems), Bohner (Magdeburg–Anhalt), Boss (Düsseldorf West), Brettschneider (Chemnitz–Zwickau), Brockhaus (Düsseldorf Ost), Dehne (Dresden–Bautzen), Engelsehr (Franken), Ehlers (Thüringen), Ehrich (Leipzig), Fischer (Württemberg), Freudenberg (Baden), Gries (Koblenz–Trier), Lösenbeck (Westfalen Süd), Merck (Hannover Ost), Merten (Berlin), Möller (Mecklenburg), Müller (Bielefeld, Westfalen Nord), Otto (Potsdam II), Renker (Halle–Merseburg), Riedel (Potsdam I), Rohde (Schleswig-Holstein), Schäfer (Köln–Aachen), Staudinger (Niederbayern–Oberpfalz), Stümpke (Hannover Süd, Braunschweig), Zehm (Pommern).

Erkelenz *eröffnet. Er gibt einen Überblick über den derzeitigen Stand des Wahlkampfes und bezeichnet die Aussichten der Partei im Vergleich zu 1924 als wesentlich günstiger; seitens der Reichsgeschäftsstelle sei zur Information durch Verbreitung von Material dieses Mal alles geschehen, was möglich sei. Erkelenz schlägt vor, nach dem Bericht von Koch-Weser in eine allgemeine Diskussion einzutreten und anschließend die Abstimmungen ohne weitere Debatte vorzunehmen. Der Vorstand erklärt sich damit einverstanden. Zunächst entwickelt sich eine Geschäftsordnungsdebatte über die Frage, ob die endgültige Abstimmung nur vom Vorstand oder vom Vorstand zusammen mit den Wahlkreisvorsitzenden vorgenommen werden solle. Die Diskussion darüber wird ohne Entscheidung geschlossen.*

Koch-Weser *betont aber, daß die Wahlkreisvorsitzenden nur als Gutachter anwesend seien, eine gemeinsame Abstimmung erscheine unmöglich. Anschließend berichtet Koch-Weser über die Arbeit der Kommission zur Aufstellung der Reichsliste. Hier dürfe nicht das Prinzip herrschen, Personen, die in ihrem Wahlkreis nicht wieder aufgestellt werden sollten, auf die Reichsliste abzuschieben, sondern man müsse umgekehrt Plätze auf der Reichsliste für unbekanntere Personen reservieren, um diese, wenn sie bekannter geworden seien, auf eine Wahlkreisliste setzen zu lassen. Nach Koch-Wesers Schätzung wird die Partei für die Reichsliste acht bis neun Mandate erhalten. Die Liste lautet nach dem Vorschlag der Kommission, wobei die römischen Ziffern die tatsächliche Stellung auf der Liste bedeuten, das heißt unter der Voraussetzung, daß die anderen Kandidaten in einem Wahlkreis gewählt werden:*

1. *Bäumer I*
2. *Erkelenz*
3. *Fischer II*
4. *Haas*
5. *Schneider*
6. *Hellpach*
7. *Schuldt III*
8. *Dernburg IV*
9. *Lüders*
10. *Lemmer*
11. *Fischbeck V*
12. *Bartschat VI*
13. *Tempel VII*
14. *Tantzen*

15. *Kolshorn VIII*
16. *Schäfer*[2] *IX*
17. *Müller–Heintz*[3] *X*
18. *Frankfurter XI*
19. *Kastner*[4] *XII*
20. *(reserviert für Frankfurt a. O.) XIII*
21. *Schlotterhose*[5] *XIV*
22. *Rauecker*[6] *XV*
23. *Pohlmann XVI*
24. *Schwarz*[7] *XVII*
25. *Frau Kiesselbach*[8] *XVIII*

Im Verlauf der Aussprache werden verschiedene Einwände gegen die Liste erhoben. **Cohnstaedt** *beanstandet, daß man sämtliche Kandidaten, die auch auf einer Wahlkreisliste aufgestellt seien, im Wahlkreis als gesichert ansehe und deshalb für die Reichsliste als wegfallend betrachte. Er kritisiert ferner Frankfurters ungünstige Plazierung, dieser gehöre mindestens auf Platz 13.* **Koch-Weser** *verteidigt die Beschlüsse des Ausschusses, tritt allerdings gleichfalls für eine bessere Plazierung Frankfurters ein.* **Frankfurter** *bezeichnet den ihm zugedachten Platz als untragbar und bittet um Platz 13.* **Freudenberg** *tadelt u. a. das Überwiegen von Syndizi und Verbandsvorsitzenden und das Fehlen von Erwerbstätigen auf der Liste.* **Koch-Weser:** *„Wenn man Arbeitnehmer haben will, muß man ihre Verbandsvorsitzenden oder Syndizi nehmen." – Die Diskussion wird nach einer Mittagspause wieder aufgenommen.* **Koch-Weser** *teilt mit, daß Fischer seine Bereitschaft erklärt habe, die Kandidatur im Wahlkreis Frankfurt an der Oder zu übernehmen. Frankfurters ungünstige Plazierung wird mehrfach kritisiert, ebenso das Fehlen Rönneburgs auf der Reichsliste und die allzu günstige Plazierung Fischbecks.* **Koch-Weser** *verteidigt in seinem Schlußwort nochmals die getroffene Auswahl und betont, daß man an Fischbeck festhalten müsse. Die Generaldebatte wird geschlossen.*

Koch-Weser *weist vor der Abstimmung darauf hin, daß der Vorstand sich die endgültige Gestaltung der Liste vorbehalten müsse, u. a. aufgrund der Tatsache, daß ein Teil der Volksrechtpartei*[10] *u. U. bereit sein werde, seine Liste mit der Reichsliste der Demokraten zu verbinden, was noch zu kleinen Änderungen führen könne. Dann finden die Abstimmungen statt. Auf Antrag Nuschke werden die ersten zwölf Namen en bloc angenommen. Bei den folgenden Abstimmungen läßt der Vorsitzende* **Fischer** *zunächst die Wahlkreisvorsitzenden, sodann die Vorstandsmitglieder abstimmen, wobei jeweils die Abstimmung des Vorstands als entscheidend angesehen wird. Die Abstimmungen ergeben:*

---

2 Hermann Schäfer, Syndikus in Köln, Generalsekretär des Verbandes der Leitenden Angestellten.

3 Rechtsanwalt in München.

4 Hermann Kastner (geb. 1886), Syndikus in Dresden, MdL Sachsen (DDP).

5 Oberlehrer in Liegnitz.

6 Bruno Rauecker, Regierungsrat, Geschäftsführer des Reichsarbeitnehmerausschusses der DDP.

7 Paul Schwarz, Legationsrat im Auswärtigen Amt.

8 Luise Kiesselbach, München, Erste Vorsitzende des Hauptverbandes Bayerischer Frauenvereine.

9 Richard Freudenberg, Fabrikant in Weinheim.

10 „Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung", eine Absplitterung der DNVP.

13. *Tempel*
14. *Rönneburg*
15. *Kolshorn*
16. *Frankfurter*
17. *Müller-Heintz*
18. *Schäfer*
19. *Rauecker*
20. *Kastner*
21. *Schlotterhose*
22. *Franzen*

Frankfurter *erklärt nach Feststellung seines Platzes, daß er sich noch nicht schlüssig sei, ob er seinen Sitz annehmen werde.* **Koch-Weser** *stellt fest, er hoffe, daß Frankfurter akzeptieren werde, und schlägt vor, dem Vorstand den Ausgleich der letzten Schwierigkeiten zu überlassen.*

Nach einer Pause, in der die nichtpreußischen Mitglieder des Vorstands und die Wahlkreisvorsitzenden der außerpreußischen Gebiete den Saal verlassen, folgt die Beratung der preußischen Landesliste. Sie lautet nach den Vorschlägen des Ausschusses:

1. *Schreiber*
2. *Frau Dönhoff I*
3. *Höpker-Aschoff*
4. *Falk*
5. *Hartmann II*
6. *Graue III*
7. *Wachhorst de Wente*
8. *Kniest*
9. *Stephan IV*
10. *Zeitlin V*
11. *Meincke VI*
12. *Rave*[11] *VII*
13. *Frau Brönner-Höpfner VIII*
14. *Wiglow*[12] *IX*
15. *Gramse*[13] *X*

Koch-Weser *setzt sich für die Kandidatur Stephans ein*[14]. *Stephan werde größere Autorität bei den Organisationen im Land besitzen, wenn er Abgeordneter sei, die Freifahrkarte werde eine finanzielle Entlastung für die Partei bedeuten, außerdem benötige die Parteileitung einen Verbindungsoffizier zwischen Landtag und Reichstag.* **Falk** *wendet sich gegen die vorgesehene Plazierung Stephans. Die Fraktion sei sich einig, daß Stephan die von Koch-Weser bezeichneten Aufgaben doch nicht hinreichend werde erfüllen können, in der Fraktion benötige man vor allem Vertreter der freien Berufe und der Wirtschaft*[15]. *Falk empfiehlt,*

11 Julius Rave, Polizeisekretär in Berlin.

12 Emil Wiglow (geb. 1865), Direktor der Deutschen Landesbankenzentrale in Berlin, MdL Preußen (DDP) 1919-1928.

13 Stadtinspektor in Berlin.

14 Feder, der als Zuhörer der Sitzung beiwohnte, notierte über diesen Teil der Beratung: „[. . .] dann wieder zum Ingenieurhaus, wo jetzt das Geraufe um Stephan beginnt, den Koch gern als Vertrauensmann in der preußischen Fraktion haben möchte, während diese ihn wie ein Mann ablehnt, entschlossen, jeden Zuzug fernzuhalten (beide haben unrecht)". Feder S. 171.

15 Die preußische Fraktion hatte am 17.2. einstimmig die folgende Liste vorgeschlagen: Schreiber, Höpker-Aschoff, Frau Dönhoff, Falk, Hartmann, Wachhorst de Wente, Kniest, Meincke, Rave, Wiglow. Ein einstimmiges Ersuchen, drei bekannte Fraktionsmitglieder zur Aufstellung der Landesliste hinzuzuziehen, hatte der Vorstand abgelehnt. Protokoll der Fraktionssitzung v. 17.2. u. 27.3.1928. DDP/Staatspartei R 45/III 65.

Zeitlin auf Platz neun zu setzen. Außer Koch-Weser treten vor allem **Lemmer, Tantzen, Graf,** *Frau* **Bäumer** *und* **Frankfurter** *für Stephan ein, während* **Höpker-Aschoff** *entschieden dagegen spricht.* **Koch-Weser** *polemisiert in seinem Schlußwort gegen Höpker-Aschoff und betont, daß sich die preußische Fraktion in dieser Frage nicht zum Richter machen dürfe. Anschließend finden die Abstimmungen statt. Auf Antrag Falk werden die ersten acht Plätze der Liste en bloc angenommen. Die weiteren Abstimmungen ergeben:*

9. Stephan

10. Zeitlin.

Die Plätze 11–15 werden auf Antrag Riedel nach der Liste en bloc angenommen. Platz 16 wird auf Antrag Falk neu geschaffen und mit Eickhoff[16] *besetzt.* **Stephan** *erklärt nach der Abstimmung über seinen Platz, daß er das Mandat annehme, es jedoch niederlegen werde, falls Zeitlin nicht gewählt werden sollte.* **Koch-Weser** *weist abschließend auf die Verpflichtung der Kandidaten beider Listen hin, auf jeden Fall die Wahl im Wahlkreis anzunehmen. Der Vorstand beschließt, den Parteiausschuß am 29. April einzuberufen und zu einer weiteren Vorstandssitzung nur zusammenzukommen, wenn eine Änderung der Liste notwendig werden sollte. Man einigt sich, die Liste vorläufig als vertraulich zu behandeln.*

16 Richard Eickhoff (1854-1931), Gymnasialprofessor in Remscheid, MdR (Freisinnige Volkspartei/ Fortschrittliche Volkspartei) 1898-1912.

144.

28.4.1928: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: kurz nach 15.15 Uhr. Ende: 17.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Böß, Brammer, Carbe, Cohnstaedt, Ehlermann, Erkelenz, Falk, Fischer, Frankfurter, Graf, Höpker-Aschoff, Hummel, Issberner, Kauffmann, Frau Kiesselbach, Koch-Weser, Frau von Koerber, Krell, Lantzsch, Lebach, Frau Lüders, Meyer, Moering, Petersen, Rauecker, Riedel, Stephan, Stern, Tantzen, Frau Uth, Vogt, Frau Wittstock, Zeitlin.

Erkelenz *eröffnet.* **Stephan** *teilt Einzelheiten über das für den Wahlkampf hergestellte Propagandamaterial mit. Daran knüpft sich eine Aussprache, in der Fragen der Agitation und Wahlpropaganda besprochen werden.*

Koch-Weser *und* **Stephan** *berichten über die Verhandlungen mit dem linken abgesplitterten Flügel der Volksrechtpartei*[1]*. Dieser habe den Demokraten vorgeschlagen, ihm auf der demokratischen Reichsliste die Plätze 17 bis 19, auf der Landesliste die Plätze 12 bis 13 einzuräumen. Dadurch würden die betroffenen demokratischen Kandidaten schlechter gestellt; ihre Situation könne jedoch in den Wahlkreisen selbst durch Listenverbindungen verbessert werden. Eine Listenverbin-*

1 Vgl. Nr. 143.

dung zwischen beiden Parteien könne in den Wahlkreisen vorgenommen werden, die das selbst wünschten. In anderen Wahlkreisen wollten die „Aufwertler" Kandidaten aufstellen, ohne eine Listenverbindung mit den Demokraten einzugehen. Das würde bedeuten, daß die hier für die Aufwertungspartei abgegebenen Stimmen der demokratischen Reichsliste zugeführt würden. In der anschließenden Aussprache werden von mehreren Seiten Einwände gegen ein solches Abkommen erhoben. **Koch-Weser** *betont, daß er die Verantwortung für die Verbindung nur übernehmen könne, wenn sich eine große Mehrheit dafür entscheide. Die Abstimmung ergibt 15 Stimmen dafür, 4 Stimmen dagegen und 1 Enthaltung.* **Erkelenz** *stellt unter allgemeiner Zustimmung fest, daß die Partei bei den Besprechungen mit den „Aufwertlern" davon ausgehe, daß die Aufwertungskandidaten auf beiden Listen eingeschoben würden und daß man keine demokratischen Kandidaturen streichen werde[2]. Koch-Weser, Erkelenz, Fischer und Stephan werden ermächtigt, die endgültige Umstellung der Listen vorzunehmen.*

Frankfurter *teilt im Zusammenhang mit seiner Plazierung auf der Reichsliste[3] und der Behandlung dieser Frage durch Koch-Weser mit, daß er sein Amt als stellvertretender Vorsitzender niederlege.* **Erkelenz** *und* **Koch-Weser** *sprechen sich dafür aus, diese Angelegenheit erst nach den Wahlen zu regeln.*

Cohnstaedt *regt an, Graf Bernstorff in den Vorstand zu kooptieren. Der Vorstand nimmt diesen Vorschlag einstimmig an.*

---

2 Am 12.5.1928 teilte Stephan in einem Brief an die Mitglieder des Vorstands mit, daß die Verhandlungen mit der Volksrechtpartei gescheitert seien, „weil der Nutzen einer Verbindung in keinem Verhältnis gestanden hätte zu den vorgebrachten Forderungen". DDP/Staatspartei R 45/ III 19.

3 Siehe Nr. 143.

145.

29.4.1928: Sitzung des Parteiausschusses

Bericht des „Demokratischen Zeitungsdienstes" vom 30.4.1928. Vorsitz: Petersen. Ort: Preußischer Landtag.

Petersen *eröffnet. Zu Beginn der Veranstaltung verliest Frau* **Bäumer** *einen Brief der Ehrenvorsitzenden Helene Lange[1], in dem diese für die ihr von der Partei zu ihrem achtzigsten Geburtstag erwiesenen Ehrenbezeugungen dankt. Im Anschluß an die Verlesung würdigt Frau Bäumer das Lebenswerk Helene Langes.* **Petersen** *verliest Begrüßungstelegramme der Danziger Liberalen und der Bürgerlich-Demokratischen Arbeitspartei[2] in Wien.*

---

1 Helene Lange (1848-1930), Schriftstellerin und führendes Mitglied der deutschen Frauenbewegung, Ehrenvorsitzende der DDP von Dezember 1925 bis Mai 1930. Vgl. H. Lange, Lebenserinnerungen, Berlin 1921; ferner Emmy Beckmann, Helene Lange, Berlin 1931.

2 Siehe Nr. 65 Anm. 2.

Sieben Ziele für den neuen Reichstag.
Koch-Wesers Hauptreferat

Der Führer der Deutschen Demokratischen Partei, Reichsminister a. D. **Koch-Weser,** der von der Versammlung stürmisch begrüßt wurde, hielt alsdann das Hauptreferat „Sieben Ziele für den neuen Reichstag". Koch-Weser führte u. a. aus: Der letzte Reichstag war ein Reichstag der wechselnden Regierungen und des Wankelmuts. Der neue muß ein Reichstag der Beständigkeit und Zielsicherheit werden. Das ist Kern und Stern des Wahlkampfes. Kann man heute noch verstehen, daß uns 1924 Parteigenossen verlassen haben, weil wir ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen für unmöglich hielten? Kann man noch den Widerspruch verstehen, als ich 1927 ausführte, daß die Unterschrift der Deutschnationalen unter die Richtlinien[3] nicht einmal ein Lippenbekenntnis, sondern eine Maskerade sei? Es hat sich herausgestellt, daß die Deutschnationalen nirgends daran gedacht haben, sich an diese Richtlinien zu halten. Man sollte meinen, daß Zentrum und Deutsche Volkspartei daraus eine entschlossene Lehre gezogen hätten und den neuen Wahlkampf mit einem klaren Bekenntnis führen würden, daß ein dritter Versuch mit den Deutschnationalen nicht in Frage kommt. Aber man scheint diplomatisches Schweigen in einem Augenblick für angebracht zu halten, wo das Volk ein Recht auf Klarheit hat. Herr Stresemann hat zwar erklärt, wir haben schon so viel für sie getan, daß uns zu tun fast nichts mehr übrigbleibt, aber ob er sich weigern wird, im neuen Reichstag auch noch den Rest zu tun, verschweigt er. Und Herr Marx rühmt sich in seinem Bericht an die Partei der Richtlinien, als ob sie eine Tat und nicht eine Fiktion seien. Die Deutschnationalen haben auf dem Gebiete der Außenpolitik die Sprache erst nach ihrem Austritt[4] wiedergewonnen. Sie schwanken zwischen Republik und Monarchie; sie waren agrarpolitisch untätig, um nachher mit den Bauernunruhen zu sympathisieren. Sie haben ihren Kampf gegen die Nichtfachminister mit einer Apotheose des Abgeordneten Quaatz[5] auf den durch das Leben gebildeten Minister Dr. Koch[6] abgeschlossen[7]. Sie hat niemanden befriedigt, die Partei geschädigt, das Volk verwirrt und das Ausland befremdet. (Sehr richtig!) Es bleibt nur noch der Kampf gegen die rote Gefahr als Wahlparole. Wenn aber Herr von Keudell die Gemeingefährlichkeit des Rotfrontkämpferbundes erst vier Monate später entdeckt, nachdem das Reichsgerichtsurteil, auf das er sich beruft, ergangen ist[8], so wäre er überhaupt nicht in der Lage gewesen, Reichsminister des Innern zu werden, wenn wir in den ersten Jahren nach Errichtung der Republik den Kampf gegen rechts- und linksradikale Putsche mit gleicher Lässigkeit geführt hätten.

3 Während der Regierungsbildung im Januar 1927 waren vom Zentrum „Richtlinien der künftigen Regierungspolitik" ausgearbeitet worden, denen DVP und DNVP nach gewissen Modifikationen zugestimmt hatten. Vgl. Schulthess 1927 S. 17f.

4 Siehe Nr. 142 Anm. 1.

5 Reinhold Quaatz (1876-1940), MdR (DVP/DNVP) 1920 bis November 1933.

6 Wilhelm Koch (1877-1950), MdR (DNVP) 1919 bis November 1933, Reichsverkehrsminister von Januar 1927 bis Juni 1928.

7 Vgl. Sten. Ber. Bd. 395 S. 13846-13850.

8 Innenminister von Keudell hatte die Landesregierungen am 16.4.1928 um Auflösung und Verbot des „Rotfrontkämpferbundes" ersucht, die Länder hatten sich jedoch mit Ausnahme von Württemberg und Bayern geweigert, seinen Erlaß durchzuführen. Vgl. Schulthess 1928 S. 98.

Noch schlimmer aber ist der rücksichtslose und ergebnislose Kampf, den Graf Westarp unter der Parole „Nieder mit der Sozialdemokratie" gegen sie führt, ohne von den Mißerfolgen Wilhelms II. gelernt zu haben. Wir sind in mehr Koalitionen ohne Sozialdemokraten gewesen als mit Sozialdemokraten. Wir verkennen auch nicht den schweren Fehler, den die Sozialdemokratie gemacht hat, als sie in der Frage der Fürstenabfindung ihren Volksentscheid mit Hilfe der Kommunisten machte, anstatt mit Zentrum und Demokraten. Wir verkennen ebensowenig den schweren Fehler, den sie gemacht hat, als sie im Jahre 1927 sich der Großen Koalition widersetzte. Wir haben auch manches an dem Verhalten der bayrischen Sozialdemokratie gegenüber der Entrechtung der Mittelparteien im bayrischen Wahlgesetz auszusetzen[9]. Wir sind auch in der Frage des Klassenkampfes und in wirtschaftlichen Fragen von der Sozialdemokratie weit getrennt. Aber wir bekämpfen die Politik des Grafen Westarp, weil sie die Sozialdemokratie nur festigt, stärkt und radikalisiert und weil wir mit der Sozialdemokratie, die vorwärts schaut, auf dem Wege der Außenpolitik und Innenpolitik ein gut Stück Weges besser zusammen gehen können als mit den Deutschnationalen. Wir wollen unter allen Umständen vermeiden, daß aus einer dauernden parlamentarischen Opposition der Sozialdemokraten eine Opposition gegen den Staat wird wie im Kaiserreich. Wer Rußland kennt, wird alles daran setzen, die Sozialdemokratie beim Staate zu halten, indem man ihr die Mitwirkung einräumt. Wieweit die neuen Parteien an der Regierungsbildung beteiligt werden können, steht dahin. Von der Wirtschaftspartei kennt man heute noch keine klare Einstellung zu den Fragen der Außenpolitik, des Einheitsstaates und der Handelsvertragspolitik, obwohl alle diese politischen Fragen eine viel größere Bedeutung für Wirtschaft und Ermäßigung der Steuerlast haben als die Fragen, mit denen die Wirtschaftspartei die Wähler zu interessieren versucht. Die Aufwertungspartei ist ein Kind deutschnationaler Wahlversprechungen. Sie wird mehr und mehr einsehen, daß auf dem Wege der Aufwertung den Massen nicht geholfen werden kann und daß unser von vornherein gewiesener Weg einer Rentnerversorgung und sozialer Wiedergutmachung der richtige ist. *Wir sind grundsätzlich Anhänger der Großen Koalition im Reich und Preußen.* (Beifall.) Auf alle Fälle aber muß eine feste und sichere Mehrheit geschaffen werden, und zwar von Leuten, die nicht jeden Augenblick aus der Koalition herauslaufen, wenn ihnen irgend etwas nicht paßt. Diese feste Mehrheit ist nötig, damit der Reichstag es sich endlich abgewöhnt, nur Programme zu deklamieren, auch solche, deren Verwirklichung in absehbarer Zeit unmöglich ist, anstatt politische Ziele zur Durchführung zu bringen.

Ich sehe sieben große Ziele, zu denen die Parteien Farbe bekennen müßten: Erstens in der *Außenpolitik* Rheinlandräumung, europäische Verständigung, Regelung der deutschen Kriegsschäden und Minderheitenschutz. In der Außenpolitik, in der sich alle Deutschen einigen sollten, wird der heftigste innenpolitische Kampf geführt, weil hier ein agitatorischer Appell an Stimmungen und Gefühle des deutschen Volkes möglich ist, die deswegen am leichtesten mißbraucht werden, weil sie die edelsten sind. Der Redner verliest eine Resolution des Alldeutschen Verbandes, in der dem Auswärtigen Amt jedes Vertrauen abgesprochen und ihm vorgeworfen wird, daß es durch seine Maßnahmen dem Ausland die Waffen gegen

9 Vgl. Wippermann A 1928 S. 140.

Deutschland liefere und große reichsdeutsche Interessen schädige. Er fügt unter der Heiterkeit der Versammlung hinzu, daß diese Resolution aus dem Jahre 1910 stamme und sich gegen den Fürsten Bülow wende[10]. Gegenüber dem fortwährenden nationalistischen Gerede, das im Inland niemand, im Ausland aber viel zu viele Menschen ernst nehmen, so erklärte der Redner weiter, haben wir Herrn Stresemann unsere Zustimmung zu seiner Außenpolitik nicht versagt, auch wenn Herr von Rheinbaben in seinem Buche[11] den verzweifelten Versuch gemacht hat nachzuweisen, daß zwischen dieser Politik und der von Rathenau geführten ein tiefer Schnitt zu machen sei. Nur die Etikette ist geändert, die Medizin ist dieselbe. (Heiterkeit.) Wir verlangen aber für die Zukunft, daß die deutsche Außenpolitik sich im Völkerbund der Unterdrückten annimmt. Dazu gehören namentlich die Minderheiten. Wir können mit Stolz feststellen, daß sich die Beziehungen zwischen den deutschen Minderheiten und Neudeutschland wesentlich enger gestaltet haben. Wir sind nicht mehr angewiesen, in den Deutschen im Auslande in erster Linie die Untertanen eines befreundeten Monarchen zu sehen, sondern Deutsche, die ein Gewaltakt oder ihre weite Entfernung von der Zugehörigkeit zum Reiche fernhält. Der Begriff des Volkstums muß überall in Europa ein juristischer Begriff von gleicher Bedeutung werden wie der der Staatsangehörigkeit. Wer wie Mussolini seine eigenen Volksgenossen unterdrückt, ist auch dem Schutze der Minderheiten in seinem Staate am meisten abgeneigt. Daß die Rechtspresse ihn demgegenüber verteidigt, beweist, daß ihr die Staatsform der Diktatur lieber ist als das Deutschtum. Wir wollen aber einmal, ohne in den früheren Fehler der Ruhmredigkeit zu verfallen, vor aller Öffentlichkeit feststellen, daß nach unseren Erfahrungen das Ansehen Deutschlands in der Welt wegen seines vierjährigen Verteidigungskampfes und wegen der ungeheuren Schnelligkeit, mit der es sich nach dem Kriege aufgerafft hat, nicht gefallen, sondern gestiegen ist.

Das zweite Ziel ist die Festigung der Republik gegen den Diktaturgedanken. Er taucht jetzt in der milderen Form auf, dem Reichspräsidenten das Recht zu übertragen, Minister ohne Rücksicht auf den Reichstag zu berufen und zu entlassen und jeden Reichstagsbeschluß zu verhindern. Sie denken dabei in ihrer Kurzsichtigkeit wohl nur an den gegenwärtigen Reichspräsidenten. Um das Vertrauen in die Demokratie, das darin liegt, daß man die durch das Volk alle sieben Jahre getroffene Wahl für maßgebend für das Schicksal Deutschlands auf sieben Jahre macht, beneide ich die Deutschnationalen. (Große Heiterkeit.) Der gegenwärtige Zustand gibt gegen eine Fehlwahl bessere Garantie. Wenn Herr Stresemann aus Genf nicht mit vollem Erfolg heimkehrt oder wenn der Arbeitsminister den Deutschnationalen unangenehme Entscheidungen trifft, so kann man ihnen nicht gestatten, ihm ihr Mißtrauen auszudrücken, aber trotzdem in der Regierung zu bleiben. Dann ist es schon besser, wenn sie – wie beim Dawes-Plan – gezwungen werden, 50 Prozent ihrer Abgeordneten für den Vertrag stimmen zu lassen. Die Hauptsache aber ist, daß kein Minister das Vertrauen des Auslandes und des Inlandes behält, wenn er das des Reichstages

10 Die von Koch-Weser zitierte Resolution der Alldeutschen war nicht gegen Bülow, sondern gegen Bethmann Hollweg gerichtet. Vgl. Schulthess 1910 S. 95f.

11 Rochus Freiherr von Rheinbaben, Stresemann. Der Mensch und der Staatsmann, Dresden 1928.

nicht hat, und daß er zum Schluß isoliert dasteht. – Der Redner ging dann auf den *Einheitsstaat* ein. Er weist darauf hin, daß in jeder großen Frage, z. B. jetzt in der Frage der Unzufriedenheit der Bauern, heute ein Hin- und Herschieben der Verantwortlichkeit stattfindet. Koch-Weser spottet darüber, daß bei der Ernennung eines sächsischen Gesandten für Bayern bekanntgegeben werde, daß das „Agrément" eingeholt worden sei. (Heiterkeit.) Er wundert sich, daß in Bückeburg ein Staatsvertrag wegen Grenzberichtigungen mit Preußen genehmigt sei, obwohl er geglaubt habe, daß das Land nur aus Grenzen bestehe. Ich freue mich darüber, so fährt der Redner fort, daß im Reichstag unsere Anträge wegen Einführung einer Reichsangehörigkeit, einer Reichsstädteordnung und Beseitigung der Enklaven wenigstens prinzipiell angenommen sind. Der Einheitsstaat muß mit einer Ausdehnung der Selbstverwaltung, wie sie nur in einem gutgegliederten Staate möglich ist, verbunden sein. Ich bedauere, daß das Zentrum in dieser Frage die Richtlinien Erzbergers und Trimborns[12] verlassen hat[13]. Ich bedauere, daß auch Stresemann sich in München auf die Beteuerung festgelegt hat, daß der Einheitsstaat nur auf voller Freiwilligkeit aufgebaut werden kann. Wenn man abwarten will, bis der letzte Holzfäller in Bayern dem Einheitsstaat zustimmt, kann es noch Jahrhunderte dauern. Herr Stresemann verehrt doch sonst Bismarck, der Deutschland mit Blut und Eisen geeinigt hat. Diese Zeiten sind heute vorbei, aber verantwortlich für eine politisch und wirtschaftlich vernünftige Gestaltung des Reiches ist nach der Reichsverfassung die Reichsregierung und der Reichstag. Sie sind im nächsten Reichstag verpflichtet, diese Frage durch Vorlegung von Gesetzesvorlagen in Fluß zu bringen. Auf dem Gebiete der Kultur lehnt der Redner es entschieden ab, daß wir einen Kulturkampf heraufbeschwören. Wir befinden uns nicht in einer Kulturoffensive, sondern in einer Kulturdefensive. Das bayrische Konkordat, das von den Rechtsparteien mitbeschlossen ist, macht die Zustimmung zu der Besetzung von Professuren der Geschichte und der Philosophie an den Universitäten von der Zustimmung der Kirchenbehörde abhängig. Auch im Reiche sind die Anhänger der Simultanschule beim Schulgesetz nicht über eine schwächliche Defensive hinausgekommen. Dem Zentrum bleibt seine hervorragende Mitwirkung beim Kampf um den Rhein und um Oberschlesien unvergessen. Aber der liberale Gedanke lebt noch. Wir haben kein katholisches oder ein evangelisches, sondern nur ein deutsches Volk. (Lebhafter Beifall.) Der Redner geht nunmehr eingehend auf die Wirtschafts-, Agrar- und Handelsvertragspolitik ein. Seine Rede gipfelt in dem Satz, daß wir bisher keine Grundsatzpolitik, sondern Liebesgabenpolitik getrieben haben. Curtius in Berlin und Stresemann in Genf verkünden Handelsvertragspolitik auf Termin, die Deutschnationalen machen in Deutschland Schutzzollpolitik per Kasse.

Auf dem Gebiete der *Sozialpolitik* stellt der Redner an die Spitze eingehender Ausführungen den Satz, daß der Mensch unser höchstes Wirtschaftsgut ist. Er

12 Karl Trimborn (1854-1921), MdR (Z) Januar 1896 bis Juli 1921, Md preuß. Abgeordnetenhauses 1896-1918.

13 Das Zentrum hatte im März 1928 Richtlinien zur Frage der Reichsreform veröffentlicht, die nach Ansicht der DDP eine Abkehr von der Haltung bedeuteten, die führende Zentrumspolitiker in den Anfängen der Republik zu diesen Fragen eingenommen hatten. Vgl. Demokrat v. 18.3.1928 Nr. 6; ferner Rudolf Morsey, Die Deutsche Zentrumspartei 1917-1923, Düsseldorf 1966, S. 199-208.

verlangt mit Nachdruck eine Rentnergesetzgebung. Es nützt aber nichts, auf dem Gebiete der Sozialpolitik den ärmeren Schichten in Pfennigen zu geben, was man ihnen durch eine falsche Wirtschaftspolitik in Talern weggenommen hat.

Unter dem besonderen Beifall der Versammlung beschäftigt sich der Redner endlich mit der Wahlreform. So kann es nicht weitergehen. Die Wahlkreise müssen von einer Persönlichkeit erobert, aber nicht von der Parteimaschine verrechnet werden. Nur dadurch gelingt es, Parlamentsnachwuchs zu bekommen aus Schichten, die über ihren Bezirk hinaus noch nicht bekannt sind. Wenn es der Deutschen Demokratischen Partei fast als einziger trotzdem gelungen ist, so erklärt der Redner, neue aussichtsreiche Kräfte heranzuziehen, so hat das einer besonders nachdrücklichen Arbeit bedurft. – Koch-Weser faßte die sieben Ziele für den neuen Reichstag wie folgt zusammen:

1. Räumung des Rheinlandes und europäische Verständigung sowie Minderheitenschutz. 2. Festigung der Republik gegen den Diktaturgedanken. 3. Einheitsstaat, Selbstverwaltung, Finanzreform. 4. Liberale Kulturdefensive. 5. Wirtschafts-, Handelsvertrags- und Agrarpolitik, die nicht Liebesgaben-, sondern Grundsatzpolitik ist. 6. Ausbau der Sozialpolitik und Rentnerversorgung. 7. Reform des Wahlgesetzes.

Der demokratische Parteiführer schloß seine durch vielfache Beifallskundgebungen unterbrochene Rede unter dem stürmischen Beifall der Versammlung mit den Worten: Die konservative oder reaktionäre Weltauffassung hat sich als unfähig erwiesen, ein zukunftsfrohes, aufwärtsstrebendes Volk zu leiten. Reaktion führt zur Revolution. Zwischen einer unfruchtbaren Reaktion und zwischen einer Revolution, die auch vieles Gute mit hinwegschwemmt, führt der Weg, den wir zehn Jahre gegangen sind, auch in Zukunft weiter zu einer tatkräftigen Evolution voller Glauben an die Zukunft unseres Volkes.

Petersen *referiert über das Thema „Reichseinheit und Liberalismus". Er bezeichnet als wichtigste politische Aufgabe der Republik im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens die Existenzsicherung nach außen und nach innen. Nach seiner Ansicht ist diese Aufgabe im Sinne der Demokratischen Partei gelöst worden, und die Republik ist heute nicht mehr gefährdet. Petersen lehnt den unklaren Liberalismus-Begriff der Deutschen Volkspartei ab und charakterisiert dagegen den von den Demokraten vertretenen Liberalismus-Begriff als Liberalismus, der „die Freiheit des einzelnen Individuums in dem Rahmen verteidigt, der durch das Allgemeininteresse gegeben ist". Der Redner wendet sich dann der Frage des Einheitstaats zu. Im unliberalen Geist der „Kleinstaatenwirtschaft" sieht er das Haupthindernis auf dem Weg zur optimalen Organisation der wirtschaftlichen und politischen Kräfte Deutschlands. Neben der Schaffung des Einheitsstaats, die er als Fortsetzung des in Weimar begonnenen Werks sieht, fordert er Verwirklichung der Selbstverwaltung durch Schaffung von Verwaltungsgebilden, „die in sich geschlossene Einzelheiten sind, ohne die große Einheit zu gefährden und zu stören". Er wendet sich jedoch gegen die Anwendung von Gewalt bei der Verwirklichung des Einheitsstaats; diese Idee müsse aus dem Volkswillen herauswachsen. Petersen bezeichnet die unitaristische Idee als die große Forderung der heutigen deutschen Innenpolitik und als die zentrale Forderung im Programm des demokratischen Liberalismus.*

Höpker-Aschoff *berichtet über die „Erfolge und Ziele demokratischer Politik in*

Preußen". Der Redner stellt fest, daß die preußische Regierung zielbewußt und durchaus erfolgreich regiert habe. Die Finanzen seien in Ordnung, die Lehrerbildung neugeordnet, das Landwirtschafts- und gewerbliche Berufsschulwesen sei ausgebaut und die Besoldungsordnung durchgeführt worden. Höpker-Aschoff betrachtet auch die Regelung der Abfindung der Hohenzollern als Erfolg, weist allerdings darauf hin, daß hier durch die Schuld der Sozialdemokratie die bessere, von den Demokraten vertretene Lösung verhindert worden sei. Der Redner betont, daß der demokratische Einfluß sich in der Koalitionsregierung in starkem Maße durchgesetzt habe und daß die preußische Regierung und die demokratischen Minister dieser Regierung den Wahlkampf nicht zu scheuen brauchten.

Frau **Lüders** *spricht über das Thema „Gleiches Recht für die Frauen – Hilfe für die Notleidenden". Sie weist darauf hin, daß die Frauen zu Beginn der Republik von allen Parteien stark umworben worden seien, wobei es nur bei den Demokraten bereits eine Tradition des Einsatzes für die Rechte der Frauen gegeben habe. Die Rednerin wendet sich gegen „juristische Tüfteleien an der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung der Staatsbürgerinnen" und betont die Bereitschaft der Frauen, der Nation zu dienen, vor allem durch Eintreten für die Belange ihrer benachteiligten Schichten, der Kleinrentner, der Jugendlichen, der Mütter und der unehelichen Kinder.*

Graf Bernstorff über Abrüstung

Graf Bernstorff, der dann das Wort nahm, legte zunächst die Gründe dar, die ihn veranlaßt haben, eine Kandidatur für den Reichstag nicht wieder anzunehmen. Es sei ihm sehr schwergefallen, von dem Wahlkreis zu scheiden, der ihm so lange die Treue gehalten habe; aber er stehe auf dem Standpunkt, daß man eine einmal übernommene Pflicht vollkommen erfüllen müsse, und darum wolle er sich jetzt ganz seiner außenpolitischen Tätigkeit im Völkerbund widmen.

In seinen Ausführungen über die Außenpolitik betonte der Redner, außenpolitische Fragen seien wenig zur Erörterung in Wahlversammlungen geeignet, und die Demokratische Partei berühre in der Polemik diese Fragen, die ja Fragen des ganzen deutschen Volkes sind, nur, wenn sie von den Gegnern dazu provoziert werde. Wir müssen uns vorstellen, so fuhr Graf Bernstorff fort, was es in der ganzen Welt für einen Eindruck machen muß, wenn in München, der zweiten Stadt Deutschlands ihrer Bedeutung nach, der so verdiente deutsche Außenminister in einer Versammlung ausgepfiffen wird[14]. Daraus müssen im Ausland Konsequenzen gezogen werden, die nur nachteilig sind sowohl für die Gedanken unserer Außenpolitik als auch für die Einschätzung der geistigen Qualitäten des deutschen Volkes. (Lebhafte Zustimmung.) Die Außenpolitik muß mit einer gewissen Ruhe geführt werden. Wir sprechen immer noch von der Außenpolitik der Verständigung. Das ist heute eigentlich eine vollkommene Tautologie, eine Überflüssigkeit. Die Bezeichnung war vollkommen berechtigt, als zuerst Rathenau und dann Stresemann die Politik der Verständigung einleitete, die uns schließlich über London, Locarno und den Eintritt in den Völkerbund in den Kreis

14 Stresemann hatte am 25.4.1928 im Bürgerbräu-Keller in München gesprochen; die Versammlung war von Nationalsozialisten gesprengt worden. Stresemann-Vermächtnis Bd. 3 S. 293.

der Staaten wieder eingeführt hat. Heute aber ist die Politik der Verständigung für uns eine Selbstverständlichkeit, denn wir sind heute Mitglieder des Völkerbundes und als solche durch vertragliche Verpflichtung an eine Verständigungspolitik gebunden. Selbst wenn wir Kriege führen könnten und wollten, so gäbe es dafür nur ein Loch in dem Artikel 15 des Völkerbundspaktes[15]; sonst ist eine solche Eventualität für alle Mitglieder des Völkerbundes ausgeschlossen. Für die deutsche Republik ist es selbstverständlich, daß sie ihre vertraglich übernommenen Pflichten vollkommen erfüllt. Die deutsche Außenpolitik heute würde ich lieber Völkerbundspolitik als Verständigungspolitik nennen. Seitdem wir in den Völkerbund eingetreten sind und die Friedensverträge bis auf den letzten I–Punkt erfüllt haben, stehen wir heute den anderen fast ausschließlich als Fordernde gegenüber. Alles das, was wir in der Außenpolitik verlangen, sind gleichzeitig Forderungen im deutschen Interesse und Forderungen zur Erreichung der Ideale des Völkerbundes. Wer in Genf erfolgreich arbeiten will, muß auch selbst an die große Idee des Völkerbundes glauben, auch wenn er Enttäuschungen erlebt und merkt, daß heute der Völkerbund eigentlich nur eine Diplomatenversammlung ist. In Genf geht immer mit der praktischen Arbeit Hand in Hand das Streben, das Ideal des Völkerbundes zu vervollkommnen. Das ist besonders auffallend in der Abrüstungsfrage. Man kann sagen, es ist ein Ideal der Menschheit, daß sich die Völker friedlich verständigen sollen. Das aber, was wir heute in Genf tun, ist eine rein konkrete auf völkerrechtlicher Basis stehende Verhandlung, die sich ausschließlich nach den bestehenden Verträgen richtet. Die Basis dieser Arbeit ist einerseits der Versailler Vertrag, andererseits der Völkerbundspakt. Diese Arbeit ist nicht vom idealen Standpunkt aus zu betrachten, sondern es ist eine völkerrechtliche Betätigung aufgrund der Verträge. Im Völkerbund gilt noch mehr als sonst das berüchtigte Wort des ehemaligen Reichskanzlers Michaelis „Wie ich es auffasse“[16]. Unser Glück in Genf ist, daß die deutschen Wünsche und Empfindungen immer Hand in Hand gehen mit den Idealen des Völkerbundes. Wir haben alle Verträge erfüllt. Wir stehen heute voll auf der Basis des Völkerbundes, und wir wünschen nur, daß von der anderen Seite das gleiche geschehe. Wir haben mit großer Freude das Vorgehen der amerikanischen Regierung in den letzten Wochen gesehen[17]. Wir haben dabei aber auch gesehen, wie schwer es ist, mit solchen idealen Forderungen in der Wirklichkeit durchzudringen. Zur Frage der Rheinlandräumung muß betont werden, daß der Besetzungsartikel des Versailler Vertrages nach unserer vollkommenen Abrüstung eigentlich längst überfällig ist. Wir haben vertraglich das Recht, zu verlangen, daß mit der allgemeinen Abrüstung mindestens begonnen wird. In bescheidener Weise haben wir uns damit einverstanden erklärt, daß zunächst die erste Etappe in der Abrüstung folgt,

15 Artikel 15 behandelt die Schlichtung von Streitigkeiten durch den Rat oder die Bundesversammlung. Vgl. Die Satzung des Völkerbundes, mit Einleitung und Erläuterungen v. Frhr. von Freytagh-Loringhoven, Berlin 1926, S. 167 f.

16 Georg Michaelis (1857-1936), Reichskanzler von Juli bis November 1917, hatte die Worte „wie ich sie auffasse“ im Zusammenhang mit der Friedensresolution der Reichstagsmehrheit am 19.7.1917 gebraucht. Vgl. Sten. Ber. Bd. 310 S. 3572 A.

17 Dieser Satz bezieht sich auf die Aktivitäten der amerikanischen Regierung zur Vorbereitung eines multilateralen Vertrages zur Ächtung des Krieges (Kellog-Pakt); ein entsprechender Vertragsentwurf war Deutschland am 13.4.1928 unterbreitet worden. Vgl. Schulthess 1928 S. 491-493.

die aber muß nun bald folgen. Ich fürchte fast, daß ich in meiner halbamtlichen Stellung bei der Bearbeitung der Abrüstungsfrage gar nicht mehr die endgültige Abrüstungskonferenz erleben werde[18]. Wenn eine Abrüstung kommen soll, dann müssen die Völker sie sich nehmen. Ich freue mich besonders, daß auf dem Heidelberger Kongreß auch der Weltkirchenbund sich auf diesen Standpunkt gestellt hat[19]. Die Kirchen müssen solche Volksbewegungen mitmachen, sonst verpassen sie ihre Zeit. (Beifall.) – Die Minderheitenfrage ist eine der wichtigsten im Völkerbunde, aber sie kann nur schwer vorwärts kommen, weil bei den Ratstagungen und den Vollversammlungen des Völkerbundes dafür unmöglich die notwendige Zeit übrigbleibt. Die deutsche Liga für Völkerbund wird deshalb auf dem im Juli stattfindenden Weltkongreß der Völkerbundsligen beantragen, daß beim Völkerbund eine ständige Kommission für die Minderheitenfrage eingerichtet wird. Der großdeutsche Nationalstaat ist für uns keine Frage des Ob, sondern nur des Wann. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird immer noch als ein Teil der Friedensverträge und als eine Basis des heutigen Völkerrechts anerkannt. Dann aber ist es vollkommen unmöglich, ein Volk auf die Dauer daran zu hindern, auf dem Wege der Abstimmung dahin zu gehen, wohin es gehen will. Ich bin fest überzeugt, daß der Völkerbund auf die Dauer nicht widerstreben wird, wenn einmal die Abstimmung in Österreich den Anschluß verlangt. Auf alle diese Forderungen haben wir ein Recht aufgrund der bestehenden Verträge. Die Verständigung, wie ich sie auffasse, ist, daß die anderen die Verträge ebensogut halten wie wir es tun. (Stürmischer Beifall.)

Petersen *dankt Graf Bernstorff für die Besonnenheit, Geduld und Würde, mit der er den deutschen Standpunkt in Genf vertreten habe, und teilt unter stürmischem Beifall der Versammlung mit, daß die Partei ihn in den Vorstand gewählt habe.*

In der anschließenden Aussprache kritisiert **Dechamps**[20] *die Wirtschaftspolitik der Regierung, die er als „Liebesgabenpolitik ohne einheitliche Führung" bezeichnet. Frau* **Kolshorn** *dankt der Partei im Namen der Beamtenschaft für das Zustandekommen der Beamtenbesoldungsreform, die der jetzige Finanzminister*[21] *nur auf der von seinem demokratischen Vorgänger*[22] *geschaffenen finanziellen Grundlage habe durchführen können. Sie wendet sich dann gegen übertriebene Rationalisierungsbestrebungen der Behörden, etwa nach amerikanischem Muster, und bezeichnet die Schaffung eines einheitlichen deutschen Beamtenrechts als vordringlichste Aufgabe.* **Lüth**[23] *ruft die Jugend zum Kampf für die demokratischen Ideen auf und weist darauf hin, daß bei dieser Reichstagswahl drei*

18 Auf der fünften Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz in Genf vom 16. bis 24.3.1928 hatte Bernstorff die baldige Einberufung einer ersten internationalen Abrüstungskonferenz gefordert. Vgl. Wippermann B 1928 S. 13.

19 Am 24.4.1928 hatte die deutsche Abteilung des Weltkirchenbundes auf einer Tagung in Heidelberg einen Abrüstungsappell an die Regierungen gerichtet. Vgl. Schulthess 1928 S. 101.

20 Gustav Dechamps, Generaldirektor der Concordia Bergbau AG in Oberhausen.

21 Heinrich Köhler (Z).

22 Reinhold.

23 Erich Lüth, Vorsitzender der Hamburger Jungdemokraten.

Millionen junger Deutscher zum ersten Mal wählen werden. **Czieslik**[24] *tritt im Namen der unteren und mittleren Arbeitnehmergruppen der Partei für die Gleichberechtigung dieser Schichten ein.* **Thiele**[25] *spricht über die Stellung der Demokratischen Partei in der Schulpolitik und dankt Frau Bäumer und Rönneburg im Namen der deutschen Lehrerschaft für ihre „kluge und tapfere Haltung" im Bildungsausschuß.*

Petersen *schließt die Aussprache mit der Feststellung, daß jetzt bei den Parteien die Besinnung auf die großen weltanschaulichen Fragen einsetze und daß die Demokratische Partei angesichts dieser Entwicklung mit gutem Gewissen und voller Hoffnung in den Wahlkampf gehe.*

24 Alfred Czieslik, Gewerkschaftssekretär in Berlin (Hirsch-Duncker).

25 Fritz Thiele, Lehrer in Stettin.

146 a.

14.6.1928: Sitzung des Vorstandes (1. Tag)

Vorsitz: Erkelenz. Beginn: kurz vor 11 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bernhard, Böß, Carbe, Cohnstaedt, Dernburg, Dietrich, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falk, Fischer, Frankfurter, Graf, Haas, Hauff, Hellpach, Höpker-Aschoff, Hummel, Kauffmann, Kempner, Koch-Weser (später), Frau von Koerber, Krell, Landahl, Lebach, Lemmer, Frau Lüders, Moering, Nuschke, Reinhold, Rönneburg, Schneider, Schreiber, Siehr, Stephan, Stern, Stolper, Tantzen, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Zeitlin. Entschuldigt: Hieber, Frau Kiesselbach, Külz, Weiss. Gäste: Heuss, Frau Lange (später), Leers, von Richthofen, Stubmann, mehrere Mitglieder der Reichstagsfraktion, mehrere Mitglieder der Reichsgeschäftsstelle, einige Vertreter der demokratischen Presse.

Der Vorsitzende, Herr Erkelenz, eröffnet die Sitzung kurz vor 11 Uhr und betont die Vertraulichkeit der Verhandlung. Herr **Cohnstaedt** findet es unverständlich, wie man das oberste politische Gremium der Partei nach einem solchen Wahlausgang[1] erst zusammenberufen kann, wenn der Reichstag bereits zusammengetreten ist und der Fraktionsführer unmöglich wegen der Regierungsbildung dauernd zugegen sein kann. (Herr Koch-Weser ist während dieser Auseinandersetzung noch nicht anwesend.) Es wiederholt sich stets dieselbe Erscheinung, daß der Vorstand erst einberufen wird, wenn der Reichstag zusammengetreten ist, die Fraktion bereits getagt hat und die Führer nicht ständig zur Stelle sein können. Es ist notwendig, den Vorstand schon zu einer Zeit einzuberufen, wo ihm eine Mitwirkung auf die Verhandlungen noch möglich ist.

Herr **Erkelenz**: Es wäre unzweckmäßig gewesen, den Vorstand bereits sofort nach der Enttäuschung der ersten Tage einzuberufen. Später stellte sich als

1 Zum Ergebnis der Reichstagswahlen vom 20. 5. 1928 siehe S. 821–823.

Hindernis heraus, daß Herr Koch-Weser ermüdet und krank war und auf 14 Tage von Berlin abwesend sein mußte.

Es wird zunächst in Aussicht genommen, bis 13.30 Uhr zu tagen, alsdann darüber Beschluß zu fassen, ob die Verhandlung mit oder ohne Mittagspause fortgesetzt werden soll.

Die Lage nach den Reichstagswahlen

Der **Vorsitzende** stellt fest, daß Herr Koch-Weser, der als erster Referent in Aussicht genommen war, noch durch die Beratungen über die Regierungsbildung ferngehalten wird, daß der als weiterer Referent in Aussicht genommene Herr Schall (Stuttgart) wegen der parlamentarischen Lage in Württemberg nicht abkömmlich war, und erteilt dem dritten Referenten, Herrn Stubmann, das Wort.

Herr **Stubmann** betont die Notwendigkeit einer rückhaltlosen Aussprache[2]. Zur Sache selbst sei zu bemerken, daß die Parteizentrale wesentlich besser gearbeitet habe als bei jedem früheren Wahlkampf. Immerhin sei von Berlin eine Menge Material ins Land geschleudert worden, das dort nicht brauchbar war. Es sei[3] in den letzten Jahren üblich geworden, mehr und mehr von der Meinung im Lande zu abstrahieren und von Berlin aus den Dingen eine politische Richtung zu geben. Wir haben doch wohl viel zu wenig die wirtschaftlichen Unterlagen der letzten Entwicklung in Betracht gezogen, womit freilich nicht gesagt sein soll, daß wir etwa wirtschaftliche Interessenpolitik hätten treiben müssen. Seit der Stabilisierung ist in der Wirtschaft eine Entwicklung eingetreten, die sich in einer Unterminierung des Mittelstandes dokumentiert, vor allem aber in einer fortschreitenden Verdrängung der bisher selbständigen Existenzen und ihrer Umwandlung in abhängige[4]. Diese zunehmende Unfreiheit des Menschen ist die Ursache des ungeheuren Zustroms zur Sozialdemokratie, an dem auch die unteren und mittleren Klassen der Beamten, die kaufmännischen Angestellten und kleine, früher selbständige Existenzen beteiligt sind. Dazu die Schwierigkeit des Wohnungsproblems und die Verteuerung der Lebenshaltung, die der Sozialdemokratie ebenfalls zugute kommt. Für die Deutsche Demokratische Partei ist hier eine Entscheidung nötig, nach welcher Seite sie sich wenden soll; beide wirtschaftliche Richtungen zusammen zu befriedigen, ist unmöglich. Ferner besteht in weiten Kreisen das Gefühl, daß bei den oberen und unteren Schichten die wirtschaftliche Entwicklung eine ganz entgegengesetzte ist. Dafür hat unsere Partei an sich nicht einzustehen, aber es würde sich doch empfehlen, den Klageliedern über die ungeheure Steuerlast der „Wirtschaft" nicht so unbedingt nachzugeben; wenigstens müssen wir Maßnahmen zugunsten der Wirtschaft mit Maßnahmen begleiten zugunsten der abhängigen wirtschaftlichen Schichten. Da das nicht geschieht, so

2 Im Or. ist der folgende Zusatz gestrichen: „und erklärt sodann, daß er sich nicht zu dem Referat gedrängt habe, sondern dazu aus Berlin aufgefordert worden sei".

3 Ursprüngliche Fassung: „Der Hauptgrund des Mißerfolgs sei darin zu suchen, daß es in [. . .]".

4 Im Or. ist der folgende Zusatz gestrichen: „selbst da, wo sich die wirtschaftliche Situation durchaus nicht verschlechtert hat."

glaubt man uns in weiten Kreisen nicht, daß wir es ehrlich meinen. Daneben ist in bezug auf die Organisation und die Finanzen der Zustand vorhanden, daß für die Parteizentrale in Berlin verhältnismäßig viel besser gesorgt ist als für die Organisationen im Lande. Die Deutschnationale Volkspartei hat ihre ganze Kraft auf die Arbeit im Lande fundiert. Wir haben umgekehrt gearbeitet, und deshalb hat man im Lande nicht das Nötige getan. Es ist dringend notwendig, daß die Organisation im Lande gestärkt wird. Berlin erfreut sich vielen Geldes und vieler Parteiredner im Gegensatz zur Provinz. Das ist eine Verberlinerung der Partei, die auf die Dauer auch sachlich nicht erträglich ist. Diese Verberlinerung ist übrigens auch in politischen Fragen bemerkbar, so in denen des Außenhandels[5]. Es ist nötig, daß Berlin mit der Provinz dauernd Fühlung behält[6]. Die vorhin geäußerten Beschwerden Cohnstaedts sind in einem Punkt energisch zu unterstützen: Das individuelle Befinden des einen oder anderen Berliner Führers darf keine Rolle spielen, wenn es sich um wichtige Entscheidungen handelt. Allerdings nicht unmittelbar nach der Wahl, aber 14 Tage später hätte eine Vorstandssitzung stattfinden müssen. Diese war umso dringender nötig, als der Vorsitzende vor dem Entschlusse über die Liberale Vereinigung stand[7]. Wenn Herr Koch-Weser der Meinung war, daß es für ihn erforderlich war, in sichtbare Beziehungen zur Liberalen Vereinigung zu treten, dann hätte er den Parteivorstand telegraphisch zusammenberufen müssen. Das Vertrauen zu seiner Führung ist bei meinen Parteifreunden in Hamburg durch diese Entschließung und die ganze Behandlung der Frage auf das allerschwerste erschüttert. Die Frage der Verständigung mit der Deutschen Volkspartei kann nicht so behandelt werden, wie dies in den letzten Wochen geschehen ist. Mit Propaganda ist diese Verständigung überhaupt niemals zu erzielen. Unsere Wähler lassen sich nicht einreden, daß sie auf diese Weise herbeizuführen sei. Wenn sich eine Grundlage finden soll, dann muß diese im Reichstag in gemeinsamer Arbeit entstehen. Ich glaube, es wäre kühn zu behaupten, daß solche gemeinsame Arbeit geleistet worden ist – siehe: Reichsschulgesetz[8]. Auf welchen anderen Gebieten hat sich eine Verständigung angebahnt? Etwa auf wirtschaftlichem Gebiet? In welcher Abhängigkeit befindet sich die Deutsche Volkspartei heute noch von der Großindustrie! Aber selbst wenn eine solche Verständigung sich sachlich angebahnt hätte, dann dürfte doch darüber kein Zweifel bestehen, daß man sie erst praktisch ausprobieren muß. Das kann doch nur erfolgen im geschlossenen Kämmerlein, nicht vor aller Öffentlichkeit auf der Straße. Man hat behauptet, daß die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei[9] notwendig seien, weil man in einer gemeinsamen liberalen Partei die Kräfte gegenüber der Sozialdemokratie zusammenfassen müsse. Redner betont, daß er auf die „Deutsche Einheit", in der diese Gedanken vorgetragen seien, seit ihrer Übersiedlung nach Berlin nicht mehr den Einfluß ausübe wie

5 Sprecher der Partei in handelspolitischen Fragen war Oscar Meyer.

6 Im Or. ist der folgende Satz gestrichen: „Der unerfreuliche gegenwärtige Zustand erstreckt sich auch auf die Finanzlage der Partei: für die Finanzierung der Partei draußen im Lande ist nicht hinreichend gesorgt worden."

7 Siehe unten.

8 Siehe Nr. 140 Anm. 2.

9 Es ist unklar, welche Verhandlungen hier gemeint sind. Feder berichtet in einer Eintragung vom 30.5.1928 von Gerüchten über Fusionsabsichten von DVP und DDP. (S. 108f.)

früher; er habe die betreffenden Artikel vor der Drucklegung nicht gesehen und billige sie auch nicht[10]. Die Verhandlungen mit der Deutschen Volkspartei haben schon jetzt unsere Partei entkräftet. Mindestens 50% unserer Wähler werden das nächste Mal zur Sozialdemokratie gehen und deren Größenwahn noch weiter steigern, wenn wir die Verhandlungen fortsetzen. Wenn die Deutsche Demokratische Partei einen Sinn haben soll, dann kann sie ihre Zukunft nur auf dem Grundsatz aufbauen, daß sie, völlig unabhängig von den Gesichtspunkten, die die Deutsche Volkspartei nach rechts vertritt, sich als radikale bürgerliche Partei verhält. Ist dieser Radikalismus nicht gesichert, dann ist einem weiteren Wachstum der Sozialdemokratie Tür und Tor geöffnet. Die Demokratische Partei sollte auch mit dem Begriff einer Mittelpartei sehr vorsichtig umgehen. Gehen Sie also auf diesem Wege nicht weiter, sondern verbessern Sie die Organisation und sorgen Sie dafür, daß wir als Partei die Rolle weiter spielen, die wir bisher gespielt haben. Auch eine kleine Partei kann etwas leisten, sie behält ihre Zukunftsaufgaben auch, wenn die Fraktion nur klein ist.

Herr **Erkelenz** sieht in der Entwicklung eine Zwangsläufigkeit, die in den Dingen liegt und die sich auch weiter fortsetzen wird. Wir haben von Berlin aus in stetig wachsendem Maße gearbeitet, während im Lande weniger als früher gearbeitet wurde. Daraus hat sich ein Zentralismus herausgebildet, der aber keineswegs beabsichtigt war. Bei einer Partei ist der Zentralismus überhaupt nicht angebracht, und so haben die Bemühungen der Reichsgeschäftsstelle denn auch nicht den erhofften Erfolg gehabt. Bei der Wohnungspolitik sind wir darauf angewiesen, ein Kompromiß zwischen Hausbesitzern und Mietern zu suchen. Es ist auch gesagt worden, daß die Haltung der hauptstädtischen Presse an dem Wahlergebnis Schuld hat. Darauf ist zu erwidern, daß es sich hier gar nicht um eine Parteipresse im eigentlichen Sinne handelt. Gewiß hat diese Presse in mancher Richtung zu wenig Rücksicht genommen. Aber man kann von ihr nichts Unmögliches verlangen, sie hat im großen und ganzen getan, was sie leisten konnte. Wir haben versucht, der Wählerschaft durch Herangehen an ihre Interessen näher zu kommen. Das ist nicht gelungen. Zu bedenken ist ferner, wie verheerend die Politik mancher Länder gewirkt hat, bei denen wir notgedrungen in der Regierung sitzen, sodann: Wie können die zahlreichen Demokraten, die in der Kommunalpolitik sitzen, gegenüber der Demagogie der Wirtschaftspartei aufkommen? Die Entwicklung scheint sich so zu vollziehen, daß die Mittelparteien zusammenschmelzen und die Flügelparteien die eigentlichen Gewinner sind. Daher auch der Rückgang der Deutschen Volkspartei und des Zentrums. Was soll nun geschehen? 1. Glaubt die Partei, daß es jemanden gibt, der die Partei besser führen kann als der bisherige Führer, dann hat schleunigst ein Wechsel stattzufinden. 2. Wir arbeiten in derselben Richtung wie bisher, nur mit verdoppelter Energie. Das ist angesichts der zwangsläufigen Enwicklung ein unerfreulicher Zustand. In steigen-

10 Die Wochenschrift „Deutsche Einheit", die bisher in Hamburg erschienen war, wurde seit dem 1.4.1928 in Berlin verlegt. Stubmann, der frühere alleinige Herausgeber, schied zum 1.7.1928 aus dem Kreis der Herausgeber aus. Vgl. Deutsche Einheit X 1928 S. 547 f. In den anonymen Artikeln „Schließet die Reihen", „Demokratie und Liberalismus" und „Große Republikanische Partei oder Deutsche Liberale Partei?" war der parteipolitische Zusammenschluß des Liberalismus erörtert und befürwortet worden. A. a. O. S. 446-450, 466-468, 486-490.

dem Maße wird es vor allem schwer werden, den bisherigen Organisationsapparat aufrechtzuerhalten. 3. Die von Theodor Wolff vorgeschlagene Republikanische Partei[11] ist gar nicht möglich, schon wegen der Abneigung des Zentrums und der Deutschen Volkspartei. 4. Versuch der Verschmelzung der Deutschen Volkspartei und der Demokratischen Partei. Die Deutsche Volkspartei hat zur Zeit nicht die Absicht, auf diesen Plan einzugehen. Wenn die Verschmelzung stattfindet, wird ein großer Teil von uns zur Sozialdemokratie und ein beträchtlicher Teil von der Deutschen Volkspartei weiter nach rechts gehen. Da die erstgenannten drei Wege wenig aussichtsvoll sind, muß sich der Vorstand darüber klarwerden, ob man trotz allem dem Gedanken einer Verständigung mit der Deutschen Volkspartei näher treten soll. Der Redner behält sich seine endgültige Stellungnahme zu dieser Frage vor.

Im Anschluß an seine Ausführungen verliest der **Vorsitzende** auf Wunsch des Vorstands einen Brief von Theodor Wolff an den Vorstand der Partei, worin sich Wolff mit dem angeblichen Vorwurf Koch-Wesers auseinandersetzt, daß die Presse an dem unglücklichen Wahlausgang schuld sei.

Im Verlauf einer Geschäftsordnungsdebatte betritt Herr **Koch-Weser** den Saal und teilt mit, daß jetzt sofort eine Fraktionssitzung unbedingt stattfinden muß. Er gibt anheim, Vertagung bis 16 Uhr zu beschließen. Dem stimmt der Vorstand zu. Es erfolgt also um 12 Uhr Vertagung.

Die Sitzung wird um 17 Uhr wieder eröffnet.

Herr **Koch-Weser** als Referent: Die Parteileitung ist von dem Wahlergebnis überrascht worden. Während der Wahlbewegung konnte man überall in Deutschland eine zufriedene, ja eine optimistische Stimmung feststellen. Jetzt freilich hat sich ergeben, daß unsere ganze Agitation an der Oberfläche geblieben ist. Das kommt daher, daß das Gros der Wähler sich seine Meinung nicht erst während der Wahlagitation bildet, sondern schon während der vorausgegangenen vier Jahre, und zwar zum guten Teil aus der politischen Presse oder, was noch schlimmer ist, aus der Fachpresse ihres Berufs. An diese Schichten kommt man nicht mehr heran, wenn man ihre Fachpresse nicht hat. Es ist kaum anzunehmen, daß gegen die Vorbereitung der Wahl durch die Reichsgeschäftsstelle von irgendwelcher Seite erhebliche Klagen laut werden können. Es ist die Pflicht des Parteiführers, der Reichsgeschäftsstelle und namentlich deren Führer Stephan allerwärmsten Dank auszusprechen. Es ist auch nicht anzunehmen, daß unsere Versammlungen schlechter als früher besucht gewesen wären. Also an der Wahlvorbereitung liegt es nicht. An der Haltung der Partei in den letzten vier Jahren liegt es auch nicht. Während der letzten vier Jahre war aus der Partei nur sehr wenig Kritik zu hören. Was jetzt an Kritik kommt, ist nur post festum. Gewiß ist vieles vorgekommen, was uns geschadet hat: Reichspräsidentenwahl[12], Gessler-Angelegenheit[13], Schund- und Schmutz[14]. Aber alles dies hat in der jetzigen Wahlbewegung keine

11 Theodor Wolff hatte Ende Mai einen Aufruf zur Gründung einer „Republikanischen Partei" veröffentlicht. Vgl. Feder S. 181-184.

12 Siehe Nr. 120, 121 u. 122.

13 Siehe Nr. 136 Anm. 5.

14 Siehe Nr. 135 Anm. 7 u. Nr. 136 Anm. 7.

große Rolle mehr gespielt[15]. Ich bin gerne bereit, die Schuld auf mich zu nehmen, wenn mir eine Schuld nachgewiesen wird, aber bisher fehlt noch der Nachweis. Ob wir zu stark zur Sozialdemokratie oder zur Deutschen Volkspartei gehalten haben, in dieser Beziehung gehen die Meinungen völlig auseinander. Wir können nur den Weg gehen, den wir gegangen sind. In allen diesen Fragen sehe ich nicht den Hauptgrund unserer Niederlage, ich sehe ihn auch nicht in der Haltung unserer Presse[16]; ich habe dergleichen auch nie gesagt. Den Hauptgrund an dem Niedergang einer Weltanschauungspartei sehe ich darin, daß alle großen Fragen, die uns interessieren, überhaupt kein Echo mehr in der Bevölkerung finden, der es nur auf materielle Fragen ankommt. Das hat man bei der Einheitsstaatsfrage, bei der Schulfrage usw. gesehen. In der heutigen Zeit gibt jeder Wähler seine Stimme nicht dem Vertreter von Staatsinteressen, sondern dem Vertreter seiner eigenen Standes- und Berufsinteressen, davon wird die Partei am meisten betroffen, die sich am wenigsten auf bestimmte Interessentengruppen zu stützen vermag. Die Deutschnationale Volkspartei hat auch nur da verloren, wo sie sich die Gunst der Interessenten (Aufwertungsleute usw.) verscherzt hat, d. h. hauptsächlich in den Städten. Ich sehe also hier eine gewisse Naturgewalt, von der wir betroffen sind, wie alle politischen Parteien, und die wir abzuwehren nicht in der Lage sind. Sollte es wirklich der Fall sein, daß wirtschaftliche Fragen künftig dominieren, dann würde das zu einer Atomisierung des Parlamentarismus führen. Wir müssen also diese Politik bekämpfen und uns an Schichten halten, die ein Interesse daran haben, daß keine Klassenpolitik gemacht wird. Das sind die Schichten der Gewerbetreibenden, Angestellten, Beamten usw. Dies ist die einzige Politik, die wir durchhalten können. Voraussetzung ist allerdings, daß wir uns sehr bald entschließen, ein eigenes Wirtschaftsprogramm aufzustellen, das sich von allen marxistischen Ideen freihält, es aber auch vermeidet, ein einseitiges Programm der Arbeitgeber oder gar der Großindustriellen zu sein. Die Sozialdemokratie hat gewonnen, nicht weil man sie für republikanisch zuverlässiger hielt, sondern weil sie den Eindruck erweckt, als ob sie die Interessen der kleinen Leute besser wahrnähme. Es gibt natürlich auch noch Nebengründe, die unseren Rückgang erklären. Wir haben den Wahlkampf nach zwei Richtungen zu gedämpft geführt, einmal gegenüber der Deutschen Volkspartei (rühmende Hervorhebung von Stresemann), ebenso aber auch gegenüber der Sozialdemokratie. Das gilt besonders auch für die Haltung der Presse, die uns in gewissem Umfang geschadet hat. Sehr betrüblich ist es, daß die Sozialdemokratie auch auf unsere Kosten gewonnen hat, namentlich, wenn man an die Zusammenarbeit der Sozialdemokratie mit der Bayerischen Volkspartei behufs Verschlechterung des Wahlrechts denkt[17]. Tatsache ist auch, daß das „Berliner Tageblatt" den Wahlkampf gegenüber der Sozialdemokratie so eigenartig geführt hat, daß der kleine Mann in Berlin für die Sozialdemokraten gestimmt hat. Auch gegen das Zentrum muß man mit größerer Schärfe sprechen, als das bisher geschehen ist. Dagegen bin ich nicht der Meinung, daß die Kandidatenaufstellung für die Partei eine schlechte gewesen

15 Im Or. ist der folgende Satz gestrichen: „Das demokratische Bauernprogramm kann es auch nicht sein, ebenso kann die Budget-Bewilligung von 1927 uns nicht geschadet haben."

16 Im Or. gestrichen: „wie es Theodor Wolff behauptet;".

17 Vgl. Nr. 145 Anm. 9.

ist. Wir haben im ganzen zu viel Prominente aufgestellt, aber jeder Wahlkreis ist von uns immer wieder gefragt worden, ob er nicht selbst frische Kräfte habe, die sich sicher bewähren würden; die Wahlkreise haben jedoch immer abgelehnt, solche neuen Männer zu präsentieren. Für die Wahlbewegung hat das wohl kaum geschadet. Umso verwunderter bin ich, daß man die Kandidatenaufstellung in Berlin zum Gegenstand der Kritik vor und nach der Wahl gemacht hat[18]. Die Wahlvorbereitung in Berlin ist gewiß nicht geschickt gewesen. Ich habe schon vor einem Jahr bei Merten die Aufstellung von Böß befürwortet und habe nichts dazu getan, daß die Kandidatenaufstellung den Verlauf genommen hat, wie es der Fall ist. Durch die Kritik an diesen Vorgängen ist die Partei sehr geschädigt worden. Ich bleibe also dabei: Der Hauptgrund unseres Rückgangs ist das Sich-Vordrängen wirtschaftlicher Interessen. Nur wenn es der Partei gelingt, durch ein Wirtschaftsprogramm weite Kreise an sich zu fesseln, ist es möglich, neuen Auftrieb zu gewinnen. Alle anderen Gründe sind sekundär.

Nun die Frage, was geschehen soll. Der Gedanke einer Republikanischen Partei soll selbst nach der Meinung von Theodor Wolff erst in fernerer Zukunft verwirklicht werden. Je länger man aber mit der Gründung einer solchen Partei wartet, umso schwerer ist es, lediglich auf republikanische Bekenntnisse hin eine Partei aufzubauen. Dies hat sich schon im letzten Wahlkampf gezeigt. Natürlich bedeutet das nicht, daß wir jemals aufhören könnten, den republikanischen Gedanken als eines der wichtigsten Ziele zu betrachten. Aber dieser Gedanke allein interessiert den Wähler nicht mehr. Wie kann man aber glauben, daß es gelingen sollte, Teile der Deutschen Volkspartei und des Zentrums für diese Partei zu gewinnen? Die Schwierigkeit, ein eigenes Wirtschaftsprogramm aufzustellen, würde dann noch erheblich wachsen, auch in kultureller Beziehung würde die Stellung ganz verschwommen werden. Mit der republikanischen Partei geht es also nicht. Andererseits ist es aber auch zu bedauern, daß von der Frage der liberalen Einigung gesprochen wird, ehe diese Frage reif ist. Wenn es mir möglich gewesen wäre, darüber, ob ich in der Liberalen Vereinigung den Ehrenvorsitz übernehmen sollte, in unserem Vorstande eine Beratung herbeizuführen – was mir an sich sehr lieb gewesen wäre –, dann hätte sich gewiß herausgestellt, daß die Meinungen darüber sehr weit auseinander gehen. Was ich auch tue, von einer Seite bekomme ich immer die heftigsten Vorwürfe. Nachdem diese Aufforderung wegen dieses Ehrenvorsitzes an mich ergangen war, mit der Erklärung, daß Stresemann den Vorsitz bereits angenommen hätte, würde es die Partei aufs schwerste geschädigt haben, wenn ich nicht dasjenige auch getan hätte, was Stresemann schon getan hatte. Ich behalte mir vor, solche Entscheidungen zu treffen, wenn sie dringend sind, und bin gern bereit, die Konsequenzen daraus zu ziehen. Das soll nicht bedeuten, daß ich ungern Schritte zu einer liberalen Einigung tue, sondern ich bin umgekehrt der Meinung, daß es ein Glück sein würde, wenn es gelänge, eine liberale, soziale und nationale Partei in Deutschland zu gründen. Ich bin der Meinung, nach 10 Jahren wird es nicht mehr zwei liberale

18 In Berlin hatte die DDP Koch-Weser, Malermeister Könke, die Hausfrau von Hülsen-Reicke und den Volkswirt Taubmann aufgestellt. Vgl. Demokrat v. 10.5.1928 Nr. 9. Von diesen Kandidaten war nur Koch-Weser gewählt worden, der Stimmenverlust der DDP in Berlin lag mit 32,2% um 10,5% über dem Durchschnittsverlust im Reich. Vgl. Demokrat v. 14.6.1928 Nr. 11/12.

Parteien nebeneinander geben. Es fragt sich dann nur, welche der beiden Parteien bei der Gelegenheit erdrückt wird, und mein Kampf geht schon lange dahin zu verhindern, daß es unsere Partei ist, die zerquetscht wird. Ich glaube daran, daß einmal die Zeit kommt, wo die Parteien sich verschmelzen werden. Das bedeutet gewiß für manche einen schweren Verzicht, aber es ist auf die Dauer ganz unmöglich, zwei liberale Parteien nebeneinander zu halten[19]. Schon für eine Partei ist die Existenzfrage schwierig. Auch in England, wo die Verhältnisse ganz ähnlich liegen wie in Deutschland, haben sich die Liberalen vereinigt. Die ganze demokratische Provinzpresse hat sich fast ausnahmslos auf meinen Standpunkt gestellt, und der Einfluß der Provinzpresse ist für uns doch sehr wichtig. Wenn solch eine geeinigte Partei einmal kommt, dann kann sie neben den anderen Parteien von ganz anderer Bedeutung werden, man muß es daher für ein Glück halten, wenn die Einigung einmal zustande käme. Trotzdem wäre es mir viel lieber gewesen, die Liberale Vereinigung hätte sich in diesem Augenblick nicht vorgewagt. Stresemann hat bei seiner Aufstellung in Bayern mit mir Fühlung gesucht, um zu erforschen, ob nicht in Bayern ein Zusammengehen der Parteien möglich ist. Er konnte aber in Franken keine Gegenleistung bieten, und so scheiterte das Abkommen. Eine Fusion der beiden Parteien wird so bald nicht kommen. Ich möchte aber wünschen, daß unsere Partei so bald als möglich aus diesem Zustand der Unsicherheit herausgelangt. Die Deutsche Volkspartei ist heute für eine Fusion noch nicht reif: Verwandtschaft mit dem Stahlhelm, innere Vorbehalte gegen den Gegenwartsstaat, Rücksichten auf die Großindustrie. Redner bittet zum Schluß um ruhige Prüfung aller Fragen, unbeeinflußt durch den Ausgang des Wahlkampfes.

Nunmehr beginnt die Aussprache. Die Redezeit wird auf 20 Minuten festgesetzt. Vorher verliest Herr **Koch-Weser** noch ein Telegramm von Petersen (Hamburg) zugunsten einer Annäherung an die Deutsche Volkspartei.

Herr **Frankfurter** hält den Aufsatz von Koch-Weser im Demokratischen Zeitungsdienst über den Wahlausgang für zu wenig tiefgehend. Wir sind nicht überrascht über den Wahlausgang und haben schon vor etwa einem Jahr vorhergesagt, was jetzt eingetroffen ist. In der Reformkommission, die damals niedergesetzt worden ist[20], sind leider die großen politischen Fragen nicht besprochen worden. Das Wirtschaftsprogramm, das Koch-Weser heute verlangt, ist damals vorgelegt, aber nie beraten worden.

Auf unsere Voraussagen über den Niedergang der Partei ist nichts geschehen. Es ist auch nicht richtig, daß die Presse eine Dämpfung des Wahlkampfes vorgenommen hat. Richtig ist, daß der Materialismus der Hauptgrund für die Verluste ist. Wir hätten aber einen großen Teil unserer Wähler an die Wirtschaftspartei usw. nicht zu verlieren brauchen, sondern die Pflicht gehabt, an die Interessen der in Not befindlichen Deutschen heranzugehen. Auch an die Jugend sind wir nicht herangekommen. Das Verhältnis von Koch-Weser zur Liberalen Vereinigung

19 In einer Tagebucheintragung vom 22.6.1928 heißt es in diesem Zusammenhang: „Daß die Deutsche Demokratische Partei in ihrer gegenwärtigen Organisation und Finanzkraft einen neuen Wahlkampf nicht mehr wird bestehen können, ist meine Überzeugung. Irgendeine Reorganisation muß kommen." Nachlaß Koch-Weser 37.

20 Siehe Nr. 133 Anm. 3.

ist nicht zu billigen. Wie soll jemand für eine Partei arbeiten, wenn er nicht weiß, ob nicht die Partei morgen kaputt geht. Der Hinweis auf die Große Koalition während des Wahlkampfes hat uns mindestens hunderttausende von Wählern gekostet[21]. Die Liberale Vereinigung ist von Leuten gegründet worden, die die Absicht hatten, die Deutsche Demokratische Partei zu zerstören, und jetzt geht der Führer unserer Partei hin, nachdem wir den Wahlkampf verloren haben, und sagt: Ihr habt recht. Ich wehre mich gegen diese Dinge, gerade weil ich nicht zur Sozialdemokratie will. Von dem linken Flügel der Demokratie ist keiner aus der Partei ausgetreten. Aber Sie stellen die Leute vor die Wahl, ob sie nicht zur Sozialdemokratie gehen müssen. Der Vorsitzende mußte unmittelbar nach der Wahl eine Kundgebung erlassen. Was wir zu tun haben? Wir müssen arbeiten, die Partei mit Mut erfüllen, Jugend heranziehen! Vorstand und Fraktion müssen immer einig gehen und sich miteinander aussprechen.

Herr **Bernhard**: Der linke Flügel der Partei befindet sich gegenüber den jetzigen Vorgängen in einer schweren Gewissensnot: Wir wollen nicht zur Sozialdemokratie, fürchten aber, dorthin getrieben zu werden. Gegen die Sozialdemokratie müssen wir freilich den Strich ganz energisch ziehen. Wir sind auch nicht irgendwie gegen eine größere liberale Partei, aber wir wollen, daß sich diese Partei organisch entwickelt. Kein schärferes Hindernis für die große liberale Partei der Zukunft gibt es, als die Liberale Vereinigung. Wir haben uns gegen die Anschauung zu wenden, als ob die einzige Rettung für unsere Partei der Anschluß an die Deutsche Volkspartei ist. In den jüngsten Kundgebungen des Hansabundes[22] ist der Strich nach links so gezogen, daß voreingenommene Leser und Hörer glauben mußten, es handle sich um eine Kundgebung des alten liberalen Manchestertums. Der Wahlkampf ist nicht gedämpft worden, wenigstens nicht in Potsdam I[23]. Es kommt jetzt nicht darauf an, die Fusion mit irgendeiner Partei nach außen sichtbar zu betreiben, sondern darauf, für die Fusion den Wert der eigenen Aktiva zu steigern, und das kann man nur, wenn man nach außen optimistisch hervortritt und erklärt, wir sind jetzt notwendiger als je und werden weiter kämpfen.

Herr **Lemmer**: Die Demokratische Partei hat eine sehr bewegte Anhängerschaft bei diesem Wahlkampf gehabt, so daß wir eigentlich am Wahlkampf mit gutem Gewinn hätten abschneiden müssen. Wenn das nicht der Fall gewesen ist, so rührt das daher, daß wir den nichtpolitischen Teil der Wählerschaft nicht erfaßt haben. Und das resuliert wieder daraus, daß die Demokratische Partei als die Partei des Hochkapitalismus gilt. Es ist die Frage, ob unsererseits alles geschehen ist, um diesen Eindruck zu verhindern. Man denke an die Rede des Abgeordneten Fischer auf dem Hansa-Tage[24]. Man kann zweifelhaft sein, ob ein Wirtschafts-

21 In ihrem Wahlaufruf hatte sich die DDP indirekt für die Große Koalition ausgesprochen. Vgl. Demokrat v. 10.5.1928 Nr. 9.

22 Vgl. den Bericht über die außerordentliche Sitzung des wirtschaftspolitischen Gesamtausschusses des Hansabundes mit Auszügen aus der Rede Fischers und mit kritischem Kommentar in: Berliner Tageblatt v. 9.6.1928 Nr. 270.

23 Bernhard war im Wahlkreis 4 (Potsdam I) gewählt worden.

24 Siehe Anm. 22.

programm unter allen Umständen neu hergestellt werden muß. Dringend erforderlich ist die Herausgabe einer Erklärung, die unseren Wählern sagt, daß wir an die Deutsche Demokratische Partei glauben. Die Fusion darf man nicht allzu rationalistisch behandeln, da es sich hier um lebendige Menschen handelt. Die Theorie des Zweiparteiensystems ist unzutreffend.

Der Vorsitzende, Herr **Erkelenz**, begrüßt unter Beifall das heute zu den Verhandlungen erschienene Ehrenmitglied Frau Helene Lange.

Frau **Bäumer** stellt im Gegensatz zum Vorredner aus ihren Erfahrungen im Wahlkampf selbst fest, daß unsere Parteifreunde leider nicht genügend bewegt gewesen sind. Ein zweiter Grund für die Wahlniederlage liegt darin, daß die Partei vielfach keine Presse in der Provinz hat. Dazu kommt die Art, wie die großstädtische Presse Dinge behandelt, die von den Wählern draußen viel traditioneller gesehen werden. In der deutschen Jugend, die von uns zu gewinnen wäre, sind zwei ganz verschiedene Stimmungen vorhanden; ein Teil der Jugend will durchaus nichts von Radikalismus wissen. Zwischen Sozialdemokratie und Deutschnationaler Volkspartei muß eine einheitliche Partei wirken. Wir müssen den Boden für eine solche Partei schaffen und dafür sorgen, daß die beiden Fraktionen innerhalb des Reichstags zusammen arbeiten. Aber das ist ausgeschlossen, daß man dabei mit dem Stichwort des Liberalismus wieder ins Volk geht. Der Begriff des Liberalismus ist zum Teil überlebt, zum Teil paßt er überhaupt nicht auf die neuen Verhältnisse. Im Hintergrunde muß noch eine größere Partei stehen, der auch Gruppen wie die Wirtschaftspartei und die Deutsche Bauernpartei anzugehören hätten.

Es wird hierauf nach längerer Debatte beschlossen, eine Essenspause eintreten zu lassen.

Wiederaufnahme der Sitzung um 21.15 Uhr.

Herr **Stephan** lenkt die Aufmerksamkeit auf die Wahlstatistik und betont, daß man den richtigen Standpunkt zur Beurteilung des Wahlausganges finde durch einen Vergleich der Reichstagswahl mit den Landtagswahlen, die in den Jahren vorher stattgefunden haben. Da zeigt sich, daß, wenn wir Ende 1926 oder Anfang 1927 Reichstagswahlen gehabt hätten, dann der Rückgang noch viel schlimmer gewesen wäre. Wir haben seitdem schon wieder ein gut Teil aufgeholt. Eine Umschichtung der Partei ist durch den Fortgang des gewerblichen Mittelstandes und durch Zugang von Beamten und Angestellten eingetreten. Diesen Umstand muß man mit in Ansatz bringen. Wie die Dinge jetzt liegen, wird es schwer sein, an die Handwerker noch heranzukommen. Demgegenüber haben wir uns an die Schichten der Arbeitnehmer, der Angestellten und Beamten zu wenden, zu denen wir Verbindungsmänner haben. Vielleicht ist es möglich, daß wir uns in Zukunft der Landtagswahlen mehr annehmen, auch im Interesse der Reichstagswahlen. Denn es hat auf weite Kreise entmutigend gewirkt, daß die Demokraten 1926 bei den Landtagswahlen so starke Verluste erlitten haben. Es wäre schon ein großer Vorzug, wenn wir aus der Tradition der Niederlagen herauskommen könnten. Schon deshalb wäre es ein Gewinn, wenn es möglich wäre, neu zu beginnen.

Herr **Kempner** wünscht Erörterung der Frage, wie man sich gegenüber der

Einladung der Liberalen Vereinigung auf Leistung der Unterschrift unter ihrem Aufruf zu verhalten habe[25].

Herr **Erkelenz** erwidert, die Fraktion habe einmütig beschlossen, sich an der Unterschrift nicht zu beteiligen. Über die Beteiligung an der Kundgebung am 1. Juli hat die Fraktion noch keinen Beschluß gefaßt. In der Fraktion ist ein großer Teil der Mitglieder der Meinung, daß die ganze Aktion verfehlt ist. Eine solche Aktion mache man, aber man bereite sie nicht in Aufrufen vor.

Herr **Cohnstaedt**: Wenn die Fraktion der Meinung ist, daß ihre Mitglieder die Unterschrift nicht geben sollen, dann sollte auch der Vorstand dieser Meinung sein. Es ist nicht richtig, wenn Stephan sagt, daß wir eine Partei der Arbeitnehmer und Beamten sind. Viel mehr sind noch viele Mittelstandsleute bei uns geblieben; deshalb ist dringend vor den Folgerungen Stephans zu warnen. Die Schuld für unsere Niederlage liegt nicht an bestimmten Wählerklassen, liegt auch nicht an der Politik der letzten Zeit. Wir büßen heute für die mangelhafte Politik, die wir von 1920 bis 1924 gemacht haben und die der klaren Linie entbehrte. Wir haben seitdem den Menschen nicht eine starke suggestive Meinung beigebracht und werden untersuchen müssen, wie wir sie wieder für uns interessieren können. Oft haben wir eine Politik des kleineren Übels getrieben, und das war sehr bedenklich. Ich bin früher ein energischer Gegner der Fusion gewesen, aber man muß bei den gegenwärtigen Zeitläufen diese Dinge genau durchdenken, und es ist verständlich, daß unsere Führer sich diesen Weg überlegen. Ein großer Fehler aber ist das Fusionsgerede. Bedenklich war die Annahme des Ehrenvorsitzes in der Liberalen Vereinigung durch Koch-Weser; das hat genau so gewirkt, wie das ganze Fusionsgerede, nämlich wie eine Preisgabe der Demokratischen Partei. Es ist mir auch trotz der Darlegungen von Koch-Weser jetzt noch absolut unverständlich, weshalb er den Ehrenvorsitz übernommen hat. Eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei, die annehmbar wäre für einen Demokraten, ist auf absehbare Zeit nicht möglich. Was den Gedanken einer großen liberalen Partei anlangt, so trifft das alles zu, was vorhin Frau Dr. Bäumer gesagt hat. Solange wir noch nicht einen Weg zu einer neuen Partei haben – und den haben wir nicht – müssen wir zu unserer Partei stehen.

Herr **Moering** macht auf viele Umstände aufmerksam, die im Lande Mißtrauen gegen die Politik der Deutschen Demokratischen Partei erregt haben. Wir sind eine Partei der Pietät, auch insofern, als wir es nicht mehr wagen, größere politische Auseinandersetzungen vorzunehmen. Wir haben auch nicht wie die Sozialdemokraten kleine Leute, denen es eine Ehre ist, für die Partei zu arbeiten. Die Haltung der Berliner Presse ist nicht einwandfrei gewesen. Überaus schwierig würde sich das Zusammengehen der Wähler der Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei gestalten. Die Gruppe des entschiedenen Liberalismus, der die heutige Demokratische Partei entspricht, ist in Deutschland immer klein gewesen; jetzt ist sie allerdings über Gebühr zusammengeschrumpft. Unser Bemühen muß sein, sie wieder hochzubringen, und das können wir.

---

25 Die Liberale Vereinigung plante für den 1.7.1928 eine Tagung in Berlin und hatte dazu nicht nur ihre Mitglieder, sondern auch weitere, für ihre Bestrebungen interessierte Kreise zur Beteiligung aufgerufen. Vgl. Demokrat v. 14.6.1928 Nr. 11/12.

Herr **Koch-Weser** ist im übrigen mit Herrn Moering einverstanden, meint aber, daß das gegenwärtige Wahlrecht es uns zweifellos nicht ermöglichen wird, uns auch nur in der Größe der Partei eines Eugen Richter[26] zu behaupten. Eine der wichtigsten Aufgaben ist es vielmehr, das Wahlrecht zu ändern. Das ewige Gerede über die liberale Einigung ist gewiß von Übel, aber wie sich die Dinge jetzt zugespitzt haben, lassen sich die Leute nicht mehr zum Schweigen bringen. Dr. August Weber[27], der in der Liberalen Vereinigung die eigentliche Leitung hat, hätte die Sache auch gegen unsere Partei gemacht, ich mußte daher die Ehrenmitgliedschaft annehmen. Den Aufruf aber unterschreibe ich nicht. Wem daran liegt, daß die Partei zusammenbleibt, der kann nicht anders handeln, als ich getan habe. Gegenüber Cohnstaedt ist zu betonen, daß es nicht anders möglich ist, als eine Politik des kleineren Übels zu betreiben. Der Vorwurf allzu großer Pietät gegen unsere Partei ist unbegründet, man könnte ihr eher vorwerfen, daß sie übergroße Rücksichtslosigkeit übt. Jedenfalls habe ich seit 1924 dafür gesorgt, daß es mit der Kritik besser geworden ist. Früher haben wir eine große Reihe gehässiger Diskussionen auf Parteiausschüssen und Parteitagen gehabt, die uns in der Öffentlichkeit sehr geschadet haben. Das ist jetzt anders geworden. Wenn Herr Frankfurter sagt, ich hätte die Gründe der Niederlage noch nicht erkannt, so muß ich darauf erwidern, daß ich auch nach seiner Rede die Gründe nicht kenne. Redner setzt sich dann ausführlich mit den Vorwürfen Frankfurters auseinander und betont besonders, daß sich ein Wirtschaftsprogramm nur am Anfang, nicht am Schluß einer Wahlperiode machen lasse. Das sei auch der Grund gewesen, weshalb er die Vorschläge Frankfurters im vorigen Herbst hinausgezögert habe. Jetzt aber sei er bereit, das Programm ohne weiteres in Angriff zu nehmen.

Der Vorstand wählt nunmehr einen Ausschuß, der morgen früh eine Einigungsresolution vorbereiten und dem Plenum des Vorstandes vorlegen soll. Der Ausschuß soll bestehen aus den Herren Haas, Bernhard, Fischer, Höpker-Aschoff, Lemmer. Hierauf vertagt sich der Vorstand auf Freitagvormittag.

---

26 Eugen Richter (1838-1906), MdR (Fortschrittspartei/Deutschfreisinnige Partei/Freisinnige Volkspartei) Februar bis August 1867, 1871 bis März 1906, Md preuß. Abgeordnetenhauses 1869-1906, linksliberaler Parteiführer. Richters Ideal war nach seinen eigenen Worten „[. . .] eine Fraktion von fünfzehn Mann, mit der ich manövrieren kann". Konstanze Wegner, Theodor Barth und die Freisinnige Vereinigung. Studien zur Geschichte des Linksliberalismus im wilhelminischen Deutschland (1893-1910), Tübingen 1968, S. 107.

27 August Weber (1871-1957), Bankier, Vorstandsmitglied des Hansabundes und des Reichsverbands der Deutschen Industrie, MdR (NL/Staatspartei) 1907-1912, 1930 bis Juli 1932. Fraktionsvorsitzender der Staatspartei von Oktober 1930 bis Juli 1932.

146 b.

15.6.1928: Sitzung des Vorstandes (2. Tag)

Gezeichnet: „Issb."[erner]. Vorsitz: Erkelenz.[?] Beginn: 10.45 Uhr. Ende: kurz vor 16 Uhr. Ort: Reichstag.

Herr **Wachhorst de Wente**: Je schlechter die Wirtschaftslage, desto schlimmer für unsere Partei. Die Sorge um die Existenz steht bei den Wählern heute weitaus im Vordergrund. Namentlich in der Landwirtschaft sieht es sehr traurig aus. Die Grenze gegenüber der Sozialdemokratie müssen wir schärfer ziehen. Das Berliner Tageblatt beispielsweise macht ebensoviel Propaganda für die Sozialdemokraten wie für die Demokraten. Sehr viel geschadet hat uns auch der Antrag der demokratischen Reichstagsfraktion auf Erhöhung des herabgesetzten Gefrierfleischkontingents[1]. Dazu kommt, daß wir überall als Judenpartei angesehen werden. Es würde für uns von großem Nutzen sein, wenn unsere jüdischen Parteifreunde sich etwas mehr zurückhalten würden. Die überscharfe Kritik an Koch-Weser ist nicht berechtigt gewesen, die Annahme des Ehrenvorsitzes in der Liberalen Vereinigung war vielmehr ein Ausfluß großer politischer Klugheit. Die Demokratische Partei hat eine Zukunft, aber Sie dürfen uns Bauernvertretern nicht die Basis nehmen[2], auf der wir stehen.

Herr **Graf** ist über den Wahlausfall, zu dem wohl in erster Linie die große materielle Not weiter Kreise beigetragen hat, sehr überrascht gewesen. Eine ganze Reihe unserer Führer zeichnet sich durch eine kühle Geistigkeit aus, sie sind infolgedessen nicht sehr populär. Ein Wirtschaftsprogramm wird die Lösung nicht bringen, wir sind nicht imstande, es schlagkräftig und klar auszugestalten. Immerhin könnte doch der Versuch zur Schaffung eines populären Wirtschaftsprogramms gemacht werden. Unbedingt muß heute ein Aufruf kommen mit der Aufforderung, bei der Stange zu bleiben.

Herr **Hellpach**: Das schlechte Wahlergebnis ist nicht einzelnen Vorgängen zuzuschreiben, denn wir haben unter allen Umständen und unter den verschiedensten Verhältnissen verloren. Der Wahlausfall ist das Ergebnis einer längeren und zum guten Teil zwangsläufigen Entwicklung. Für die Zukunft der Partei sind die großen Wirtschaftsfragen maßgebend. Wenn wir nur eine Angestellten- und Beamtenpartei wären, dann hätte für mich die Demokratische Partei ihren Sinn verloren. Wir müssen uns immer auf freischaffende Stände stützen. Eine wirtschaftsprogrammatische Erklärung brauchen wir, sollen sie aber nicht schon heute abgeben. Überaus bedauerlich ist es, daß unsere Zeitungen sich mehr um die Sozialdemokraten und das Zentrum kümmern als um unsere eigenen Prominenten. Die alten Methoden der Wahlagitation sind vollständig überlebt. Aber auch die neuen amerikanisierten Methoden haben nicht eingeschlagen. Das Wichtigste ist die Bearbeitung von Mensch zu Mensch. Ferner ist die Mitarbeit im

1 Am 20.3.1928 hatte der Reichstag die Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingents auf 50 000 t beschlossen; ein demokratischer und ein sozialdemokratischer Abänderungsantrag waren abgelehnt worden. Vgl. Schulthess 1928 S. 78.

2 Ursprüngliche Fassung: „[. . .] nehmen, sonst können wir nicht in der Partei bleiben."

praktischen Leben der Kirche zu empfehlen. Gegen die Liberale Vereinigung erheben sich mancherlei Bedenken. Ob die Annahme des Ehrenvorsitzes durch Koch-Weser richtig gewesen ist, muß sich erst noch herausstellen. Wenn die liberale Einigung kommt, dann kommt sie gewiß nicht auf dem Wege der Liberalen Vereinigung, eine Annäherung der beiden liberalen Parteien kann sich nur im Parlament vollziehen. Letztes Ziel wird nicht nur die Vereinigung von Deutscher Volkspartei und Demokratischer Partei sein, sondern die Zusammenfassung gleichzeitig eines großen Teils der Splitterparteien.

Herr **Feder** spricht über die Frage der Presse und verteidigt das Berliner Tageblatt gegen den Vorwurf, daß es nicht warm genug für die Demokratische Partei eingetreten ist und den Wahlkampf gegenüber den Nachbarparteien gedämpft geführt habe. Ebenso sucht er die Haltung des Berliner Tageblatts gegenüber den Berliner demokratischen Kandidaturen zu rechtfertigen. Bei der Besprechung des Problems der liberalen Einigung erklärt Redner die Übernahme des Ehrenvorsitzes durch Koch-Weser für einen Fehler. Um das wiedergutzumachen, müßte man klar und deutlich von dem abrücken, was nunmehr in der Liberalen Vereinigung geschieht[3].

Freiherr von Richthofen erblickt den Grund für den Wahlausfall in einer Art Naturgewalt, in einer Entwicklung, die sich ganz von selbst vollzogen hat: der Konkurrenz der übermächtigen Sozialdemokratie. Immer mehr noch werden die Lohn- und Gehaltsempfänger ihr Heil bei der Sozialdemokratie suchen, je mehr die traditionellen Bedenken gegen die Sozialdemokratie fallen. Gegen diese Konkurrenz erfolgreich anzukämpfen, ist unserer Partei zur Zeit unmöglich. Ein Kampf gegen die Deutsche Volkspartei würde von Erfolg sein, wenn jene Partei nicht gerade Stresemann an ihre Spitze gestellt hätte. Nach alledem ist den Geschicken unserer Partei keine günstige Prognose zu stellen. Die große Berliner Presse nützt uns nichts im Lande, sie bringt uns dort aber auch keinen allzu großen Schaden. Wir kommen an der Tatsache nicht vorüber, daß die Demokratische Partei als die Partei des jüdischen Kapitalismus gilt. Eine Aufrechterhaltung der Demokratischen Partei ist auf die Dauer nicht möglich, es muß deshalb eine parteipolitische Neuorientierung einsetzen. Da die Schaffung einer großen republikanischen Partei durchaus ungangbar ist, so gibt es nur den Weg eines Zusammengehens mit der Deutschen Volkspartei. Um dies zu erreichen, muß man letzten Endes jeden Weg gehen, auch den über die Liberale Vereinigung. Einstweilen empfiehlt sich Erhaltung und Festigung der demokratischen Organisation und Aufrechterhaltung der Provinzpresse.

Herr **Erkelenz** bedauert, daß sich im Laufe der Diskussion immer wieder das Bestreben bemerkbar macht, bestimmte Kreise der Partei auszuschließen, weil sie unbequem sind. Zieht man die Konsequenzen hieraus, so würde schließlich niemand mehr in der Partei übrigbleiben können.

---

3 Feder schildert diesen Teil der Sitzung in seinen Aufzeichnungen: „Die Vorstandssitzung geht weiter, am Vormittag komme ich zu Wort und erwidere (. . . Presse,. . . Liberale Vereinigung), Stimmung sehr deprimiert, Richthofen und Schreiber sagen direkt, daß die Partei allein nicht mehr zu halten ist, Hummel sagt mir, er sei verzweifelt, aber er wolle das nicht öffentlich sagen. Nuschke, der vorher große Töne geredet, erscheint heute gar nicht mehr! Koch scheint doch der Liberalen Vereinigung (August Weber) stärker verpflichtet, als er sagt. . ." (S. 183.)

Herr **Koch-Weser** möchte diese Beobachtung nicht als richtig anerkennen. Es geschehe weiter nichts, als daß die einzelnen Teile der Partei aneinander Kritik üben. Die jüdische Frage geht in ihrer Bedeutung andauernd zurück. Redner wendet sich dann ausführlich gegen den Brief von Theodor Wolff[4] und die Ausführungen von Feder und erläutert, was er in seinem angegriffenen Artikel gesagt habe.

Herr **Krell** sieht die Schwierigkeit darin, daß die Partei sich – kaufmännisch gesprochen – auf einen größeren Bedarf eingerichtet habe, während dieser in Wirklichkeit zur Zeit nicht vorhanden war. In einer solchen Situation sinnt man darüber nach, wie man neue Kunden gewinnen kann. Zu diesem Behufe müssen wir, um unter den Bauern werben zu können, unseren Standpunkt zu den Zollfragen revidieren. Ebenso müssen wir die Wohnungsfrage neu prüfen, im Hinblick auf die Erfolge der Wirtschaftspartei. Eine Einigung mit der Deutschen Volkspartei lehnt die Demokratische Wählerschaft in Magdeburg ab.

Die Redezeit wird jetzt auf 15 Minuten festgesetzt.

Herr **Fischer** macht darauf aufmerksam, daß Petersen, dessen Eingreifen in die Politik doch nach allgemeiner Annahme für unsere Stimmenzunahme in Hamburg von so großem Nutzen gewesen ist[5], für die Verständigung mit der Deutschen Volkspartei ist. Er polemisiert dann gegen Frankfurters gestrige Rede. Das Berliner Tageblatt hat leider nicht genügend die Notwendigkeit einer selbständigen demokratischen bürgerlichen Partei hervorgehoben, sondern den Gegensatz gegen die Sozialdemokratie verschleiert. Alsdann verwahrt sich Redner gegen die Pressekritik, die seine Hansabund-Rede gefunden hat. Wer ihn in dieser Weise kritisiert, habe seine Rede nicht gelesen. Er habe nichts gesagt, was nicht jeder Demokrat sagen konnte. Die Verständigung mit der Deutschen Volkspartei geschehe nur durch die Fraktionen, und diesen solle man Zeit dazu lassen. Was jetzt durch Dr. Weber in der Liberalen Vereinigung geschieht, das ist eine Bewegung, die aus dem Volke kommt. Koch-Weser mußte hier das Gleiche tun wie Stresemann. Im übrigen muß sich Herr Koch-Weser überlegen, daß es nicht mehr im Sinne der Entwicklung liegt, wenn wir uns nun zu der Einladung und der Kundgebung der Liberalen Vereinigung ablehnend verhalten würden[6]. Uns jetzt fern davon zu halten, wäre ein großer Fehler.

Frau **Uth**: Die Annahme des Ehrenvorsitzes in der Liberalen Vereinigung durch Koch-Weser ist ein taktischer Fehler gewesen. Die Wurzel des Übels liegt allerdings schon in der Gründung jener Gruppe. Rednerin beklagt die Haltung des „Ulk", mit dem wir keine Jugend gewinnen können, während doch eine parteipolitische Einwirkung auf die Jugend sehr wünschenswert wäre. Übrigens gilt alles, was vom Tageblatt gesagt wird, auch von der „Vossischen Zeitung".

---

4 Siehe Nr. 146 a.

5 Bei der Vorbereitung der hamburgischen Bürgerschaftswahl am 19.2.1928 hatte Petersen seine sonst beobachtete parteipolitische Neutralität aufgegeben; der Wahlkampf war von der hamburgischen DDP mit seiner Zustimmung unter der Parole „Wählt Euren Bürgermeister!" geführt worden. Vgl. Bürgermeister Petersen S. 19f. Die DDP hatte über 20000 Stimmen und damit 5 Mandate hinzugewonnen. Vgl. Schulthess 1928 S. 63.

6 Siehe Nr. 146 a, besonders Anm. 25.

Herr **Dietrich**: Die Presse ist gewiß nicht von entscheidender Bedeutung bei der Wahl gewesen. Trotzdem ist es richtig, daß man sich hier mit der großstädtischen Presse beschäftigt hat. Denn es hätte keinen Zweck, über den hier vorliegenden schweren Konflikt hinwegzugehen. Der Brief von Theodor Wolff, der leider gestern öffentlich verlesen worden ist, anstatt daß man ihn einer Camera caritatis überwiesen hat, enthält Angriffe auf den Vorsitzenden, die diesen herabsetzen müssen und die nicht ohne Konsequenzen sein können. Die Niederlage bei der Wahl ist zu erklären aus wirtschaftlichen Gründen. Die abhängigen Existenzen in den Mittelschichten, die keine Möglichkeit mehr zur Erlangung einer Selbständigkeit sehen, gehen zur Sozialdemokratie, und andere Gruppen, die Bauern und Mittelständler aller Art, gehen zur Wirtschaftspartei. Diese Dinge können wir nicht von Partei wegen verhindern. Es muß dahingestellt bleiben, ob wir daraus einen Ausweg finden. Mit den Beamten und Angestellten allein können wir keine Partei machen. Die Judenfrage hat diesmal nicht eine ebensolche Rolle gespielt wie 1924. Das Wichtigste ist, daß wir die Partei zusammenhalten. Im übrigen sehe ich betrübt in die Zukunft. Vielleicht läßt sich der Versuch machen, ein Zusammengehen mit dem linksgerichteten Teil der Volkspartei herbeizuführen.

Herr **Tantzen**: Die Schuld an der Niederlage ist in der wirtschaftlichen Entwicklung zu suchen. Unsere Aufgabe muß sein, die breite Mittelschicht, die uns verlorengegangen ist, wiederzufinden. Das ist allerdings nur möglich, wenn der ökonomische Liberalismus noch lebt. Dies aber ist der Fall. Ich hätte gewünscht, daß Koch-Weser über seinen Beitritt zur Liberalen Vereinigung vorher mit dem Vorstand gesprochen hätte. Jedenfalls ist es richtig, daß nun der Vorstand sich von der Versammlung am 1. Juli fernhält, indem er sich dem Vorgehen der Fraktion anschließt. Überhaupt ist das Ziel einer einheitlichen liberalen Partei nicht mit der Liberalen Vereinigung zu erreichen.

Herr **Schreiber**: Die Unpopularität unserer Partei rührt daher, daß das Volk uns in Verbindung bringt mit gewissen kapitalistischen Institutionen, in denen angeblich die Juden dominieren. Man denke an die Warenhäuser und an die Banken. An der Zukunft der Demokratischen Partei möchte man beinahe verzweifeln. Ein Hauptübel ist die mangelnde Presse, ein Fehler, der leider durch eine bessere Organisation sich nicht ausgleichen läßt. Eine engere Vereinigung mit der Deutschen Volkspartei wäre, wenn sie möglich wäre, sehr zu begrüßen. Wir sollten versuchen, uns mit den modernen Wirtschaftsformen programmatisch auseinanderzusetzen. Das wäre auch nötig, wenn wir an eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei denken. Ja, dann erst recht.

In einer Geschäftsordnungsdebatte beantragt Herr **Bernhard** Vertagung der jetzigen und Einberufung einer neuen Sitzung. Es wird beschlossen, die Debatte vorläufig weiterzuführen.

Frau **Lüders** setzt sich mit der großen Presse auseinander, die tatsächlich den Eindruck hervorgerufen habe, als ob republikanisch und sozialistisch dasselbe sei, und kritisiert in scharfen Worten die Haltung des „Ulk" sowie überhaupt des Berliner Tageblatts. Es ist sehr fraglich, ob wir noch lange einen wirtschaftlichen Individualismus haben werden. Wir sollen zum Ersatz unseres überlebten Programms die neuen wirtschaftlichen Verhältnisse zum Gegenstand eines Programms machen. Es ist richtig, auf das Ziel einer größeren Partei loszusteuern.

Die Vermittlung durch die Liberale Vereinigung ist freilich aus psychologischen Gründen das Allerungeeignetste.

Herr **Koch-Weser** weist darauf hin, daß er stets Kritik gefunden haben würde, wie er sich auch gegenüber der Liberalen Vereinigung verhalten hätte. Es ist nicht der Fall, daß Männer, die von uns weggegangen sind, in jener Vereinigung an der Spitze stehen. Welches die Absichten von Dr. Weber sind, läßt sich nicht genau erkennen. Auf jeden Fall ist es meine Aufgabe, in dieser Zeit die Partei selbständig oder verhandlungsfähig zu halten. Das muß geschehen, weil es mir obliegt, die ganze Partei geschlossen[7] zu halten. Auch die Bedeutung der Veranstaltung vom 1. Juli läßt sich noch nicht übersehen. Mir erscheint es gleichfalls unmöglich, daß Vorstand und Fraktion in dieser Sache einen verschiedenen Standpunkt einnehmen. Da wir jetzt für ein Wirtschaftsprogramm reif sind, so wäre zu empfehlen, heute eine kleine Kommission von 3 Leuten zu wählen, die bereit sind, die Programmfrage in die Hand zu nehmen. Es ist bemängelt worden, daß unmittelbar nach den Wahlen keine Kundgebung der Parteileitung herausgekommen ist. Ich hatte die Absicht, eine derartige zu erlassen, aber mir ist damals abgeraten worden. Wenn wir aber heute nach 3 Wochen ohne eine Resolution auseinandergingen, so wäre das unter allen Umständen schlimm. Wenn die von der Kommission[8] vorgelegte (vorher von **Haas** verlesene) Entschließung nicht gefällt, so sollte man einen anderen Wortlaut nehmen, aber keinesfalls auf eine Resolution verzichten. Gegenüber einer Bemerkung Tantzens, daß von ihm (Koch-Weser) keine suggestive Kraft ausgehe, fragt Redner, wo es denn überhaupt außer Stresemann einen Führer gibt, der solche suggestive Kraft besitzt[9]. Populär sei, wer handle, nicht, wer rede.

Herr **Carbe** verzichtet auf längere Darlegungen gegenüber den verschiedenen Angriffen auf das Berliner Tageblatt mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit. Er hofft, daß ihm noch einmal Gelegenheit zu einer ausführlichen Erwiderung gegeben wird.

Herr **Landahl** stellt verschiedene Angaben richtig, die Herr Fischer vorher über die Hamburger Verhältnisse gemacht hat, besonders geht er auf das Verhältnis Petersens zur Hamburger Demokratischen Partei ein. Er bespricht dann noch die Frage der Liberalen Vereinigung, wobei er sich auf den Standpunkt der Hamburger Resolution[10] stellt. Schließlich empfiehlt er Schaffung eines neuen Wirtschaftsprogramms.

Auf eine Anfrage des **Freiherrn von Richthofen** gibt Herr **Koch-Weser** bekannt, daß er über die Veranstaltung der Liberalen Vereinigung am 1. Juli mit Dr. Weber noch einmal verhandeln und darüber an die Fraktion berichten

7 Ursprüngliche Fassung: „[. . .] geschlossen in die Fusion hineinzuführen."

8 Siehe Nr. 146 a.

9 Im Or. ist der folgende Satz gestrichen: „Es werde nur gelingen, eine ähnliche Persönlichkeit zu gewinnen, wenn einer das Glück haben sollte, in eine Stellung hineinzukommen, in der er so zu handeln in der Lage ist, daß er populär wird."

10 Bericht über die Tagung der Hamburger Demokraten und Abdruck der dort angenommenen scharfen Resolution gegen jegliche Annäherungstendenz an die DVP in: Berliner Tageblatt v. 13.6.1928 Nr. 276.

werde. Auch der Vorstand solle benachrichtigt werden. Nach kurzen Bemerkungen der Herren **Schneider, Cohnstaedt** und **Stephan** wird mit großer Mehrheit folgende Entschließung angenommen:

„Trotz unermüdlicher Arbeit unserer Freunde und der bewährten Führung durch unseren Vorsitzenden Koch-Weser hat das Ergebnis der Reichstagswahl uns eine Enttäuschung gebracht. Dieses Ergebnis lähmt uns nicht. Wir empfinden nun erst recht die Notwendigkeit und Verpflichtung, mit vermehrter Kraft an der Durchsetzung unserer Gedanken und am Ausbau unserer Organisation zu arbeiten."

Verschiedenes

Die Einberufung eines Parteiausschusses noch vor der Sommerpause wird abgelehnt. Dagegen wird in Aussicht genommen, den Parteiausschuß im Herbst einzuberufen.

Der von Herrn **Stephan** gemachte Vorschlag auf Abhaltung einer *Organisationskonferenz* im Frühherbst wird allgemein gebilligt.

Zur Vorbereitung eines Wirtschaftsprogramms wird ein Ausschuß gewählt, bestehend aus den Damen und Herren: Lüders, Fischer, Lemmer, Bernhard, Schreiber, Stolper, Bonn. Der Ausschuß wird beauftragt, im September das Ergebnis seiner Beratungen vorzulegen. Einberufen werden soll der Ausschuß von Herrn Stolper.

Gegenüber der Bemerkung Hellpachs über das Berufsbeamtentum in seinem Buch „Politische Prognose"[11] hat der Beamtenausschuß eine Resolution gefaßt, um deren Annahme er bittet.

Herr **Hellpach** erklärt, daß er mit dieser Resolution nicht einverstanden sei, da es sich um ein Ketzergericht handelt. Dagegen ist er bereit, für den „Demokratischen Zeitungsdienst" einen entsprechenden kurzen Artikel zu schreiben, um die aufgetauchten Bedenken in der Beamtenschaft zu zerstreuen.

Auf Vorschlag von Herrn **Koch-Weser** ist der Vorstand damit einverstanden, daß von der Annahme der Resolution abgesehen und Herrn Hellpach Gelegenheit gegeben wird, in einem Artikel im „Demokratischen Zeitungsdienst" Mißverständnisse aufzuklären[12].

Schluß gegen 16 Uhr.

---

11 Politische Prognose für Deutschland, Berlin 1928.

12 Der Beamtenbund richtete daraufhin einen offenen Brief an Hellpach, in dem er ihm vorwarf, er sei in seinem Buch für die Abschaffung des Berufsbeamtentums zugunsten eines Wahlbeamtentums eingetreten. Hellpach antwortete auf diese Vorwürfe in einem offenen Brief, der in Auszügen in der demokratischen Presse erschien, in dem er diese Interpretation seiner Ausführungen entschieden zurückwies. Vgl. Demokrat v. 19.7.1928 Nr. 13/14.

147.

20.10.1928: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Fischer. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 15 Uhr. Ort: Berlin, in der „Gesellschaft der Freunde".

Anwesend: Bernhard, Brammer, Cohnstaedt, Dernburg, Frau Dönhoff, Fischer, Frankfurter, Haas, Hauff, Hellpach, Heuss, Hieber, Hummel, Issberner, Kallmann, Kauffmann, Frau Kiesselbach, Koch-Weser, Frau von Koerber, Krell, Külz, Landahl, Lantzsch, Lebach, Leers, Lemmer, Frau Lüders, Mende, Moering, Nuschke, Rauecker, Rönneburg, Schneider, Schreiber, Stephan, Stolper, Stubmann, Tantzen, Frau Uth, Vogt, Weiss, Zeitlin. Entschuldigt: Frau Bäumer, Erkelenz, Graf, von Payer, Reinhold. Gäste: mehrere Mitglieder der Reichstagsfraktion, einige Vertreter der demokratischen Presse.

Fischer *eröffnet. Er übermittelt dem kranken Erkelenz zu seinem 50. Geburtstag die Glückwünsche des Vorstands und schlägt vor, Heuss in den Vorstand zu kooptieren, da dieser nicht wieder in den Reichstag gewählt worden sei. Der Vorstand ist damit einverstanden.*

Der Vorstand bespricht nochmals den Fall Hellpach[1] *und beauftragt Falk und Hieber, mit Hellpach und Vogt Rücksprache zu nehmen, um eine Erörterung des Konflikts auf dem Parteiausschuß zu vermeiden.*

Stephan *referiert über die organisatorische Lage der Partei und stellt fest, daß sich die Berufsverbände als Folge des Wahlausgangs der Partei gegenüber zurückhaltend verhielten. Nach Ansicht des Redners ist das Verhältnis der Partei zur Jugend und in gewissem Umfang auch zu den höheren Beamten schwieriger geworden, da man dort an der geringen Mandatszahl Anstoß nehme. Er teilt mit, daß der bisherige demokratische Landtagsabgeordnete Meincke zur Sozialdemokratie übergetreten sei. Die Hauptgefahr für die Partei sieht Stephan jedoch nicht in einer möglichen Abwanderung, sondern im Fehlen des Nachwuchses. Er empfiehlt Verjüngung der Kräfte in den Wahlkreisverbänden und Ortsgruppen und rasche Aufstellung der Kandidaten für die nächste Reichstagswahl. Stephan berichtet dann von Überlegungen, eine neue Partei aus den Demokraten, dem größten Teil der Deutschen Volkspartei und der Bauernpartei zu schaffen, betont jedoch, daß zur Verwirklichung dieser Pläne vorläufig wohl nichts geschehen werde.* **Fischer** *referiert anschließend über die finanzielle Lage und ergänzt Stephans Ausführungen zum Organisationsproblem.*

Im Verlauf der Aussprache teilt **Hieber** *mit, daß der Konflikt zwischen Hellpach und den Beamtenvertretern der Partei endgültig beigelegt worden sei.* **Fischer** *weist darauf hin, daß der vom Vorstand eingesetzte Ausschuß für Wirtschaftsfragen*[2] *Feiler, Meyer und Kniest kooptiert habe und deshalb Indemnität erbitte. Sie wird gewährt. Mehrere Redner gehen auf die von Fischer als Präsidialmitglied mit unterzeichnete Kundgebung des Hansabundes gegen den Gedanken der*

1 Siehe Nr. 146 b, bes. Anm. 12.

2 Siehe Nr. 146 b.

Wirtschaftsdemokratie ein[3]. **Fischer** *betont, er habe stets darauf geachtet, daß der Hansabund nicht mit der Demokratischen Partei in Zusammenhang gebracht werde, und versichert, daß er persönlich dem Begriff der Wirtschaftsdemokratie, wie die Partei ihn auffasse, durchaus zustimme.* **Koch-Weser** *nimmt u. a. zu den neuerlichen Fusionsgerüchten Stellung und bezeichnet es als seine Aufgabe, falls etwas Neues zustande kommen sollte, ,,die wertvollen in der Deutschen Demokratischen Partei vorhandenen Kräfte zusammenzuhalten und geschlossen der neuen Organisation zuzuführen, damit sie hier eine entsprechende Wirkung ausüben".* **Stolper** *berichtet, daß der Reichsausschuß für Handel und Industrie sich in einem Schreiben an ihn gewandt und dagegen protestiert habe, daß Lemmer in einer Rede dafür eingetreten sei, den Begriff der Wirtschaftsdemokratie in das neue demokratische Wirtschaftsprogramm aufzunehmen.* **Fischer** *erklärt, er übernehme die Verantwortung für das Schreiben des Ausschusses, obgleich er es nicht gelesen habe, und betont, daß es sich dabei ja nicht um eine öffentliche Kundgebung, sondern um ein vertrauliches Schreiben gehandelt habe. Der Organisationsausschuß teilt mit, daß er dem Parteiausschuß zwei Entschließungen zur Wahlreform und zur Reichsreform vorlegen werde.* **Fischer** *faßt die Ergebnisse der Aussprache zusammen: Die Wahlkreisvorsitzenden werden beauftragt, bis Anfang Februar eine Persönlichkeit auszuwählen, die geeignet ist, den Wahlkreis agitatorisch zu bearbeiten und später als Reichstagskandidat aufzutreten. Am 16. November soll das zehnjährige Bestehen der Demokratischen Partei gefeiert werden.*

Die Neuwahl des dritten Vorsitzenden des Vorstands wird bis zur nächsten Sitzung vertagt[4].

3 Nicht ermittelt.

4 Frankfurter hatte dieses Amt im April aus Protest gegen seine ungünstige Plazierung niedergelegt. Vgl. Nr. 144.

148 a.

20.10.1928: Sitzung des Parteiausschusses (1. Tag)

Vorsitz: zunächst Fischer, dann Hellpach, dann Koch-Weser. Beginn: 17 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Berlin, in der „Gesellschaft der Freunde".

Fischer *eröffnet. Er übermittelt Erkelenz zu seinem 50. Geburtstag die Glückwünsche des Parteiausschusses und wünscht ihm baldige Genesung. Nachdem Fischer auf die Vertraulichkeit der Verhandlungen hingewiesen hat, referiert* **Koch-Weser** *über die politische Lage. Er beurteilt das Ergebnis von Genf*[1] *positiv, man habe immerhin erreicht, daß Verhandlungen über die Räumung des Rheinlands und die Reparationsfrage aufgenommen würden, ohne daß der Eindruck entstanden sei, die Deutschen hätten als einzige an diesem Thema Interesse. Der Redner verteidigt dann die Erfüllungspolitik und die Politik von Locarno, deren Bedeutung über Tageserfolge und Tagesmißerfolge hinausgehe, da sie Deutschland*

1 Vom 3.–26.9.1928 hatte die Völkerbundsversammlung in Genf getagt.

in politischer Hinsicht vor dem gewaltsamen Zugriff seiner Gegner schütze und in wirtschaftlicher Hinsicht durch die Transferklausel die Furcht vor einer neuen Inflation beseitige. Koch-Weser beklagt die fortdauernde Besetzung des Rheinlands, die er eine Versündigung am Verständigungsgedanken nennt. Er weist Angriffe radikaler pazifistischer Kreise auf die Partei zurück und geht anschließend auf die Frage des Ersatzbaus des Panzerkreuzers[2] ein. Koch-Weser bekennt sich als Gegner des Panzerkreuzerbaues, da er für Deutschland das Heer für wichtiger halte als die Flotte. Zur Frage der Reichsreform stellt der Redner fest, daß das von ihm seit einem Jahrzehnt angestrebte Ziel, die Schaffung des dezentralisierten Einheitsstaats, endlich näher zu rücken scheine, und gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Länderkonferenz in nächster Zeit einen weiteren Schritt in Richtung auf die endgültige Lösung tun werde[3]. Koch-Weser wendet sich dann der Frage der Dauerhaftigkeit der gegenwärtigen Regierungskoalition zu[4]. Er lehnt die Festlegung auf ein bestimmtes Regierungsprogramm ab und bezeichnet es als erstrebenswert, den Zusammenhalt der gegenwärtigen Koalition für diese Wahlperiode zu bewahren. Der Parlamentarismus diskreditiere sich, wenn man fortfahre, alle Jahre die Regierungen zu wechseln. Im Hinblick auf die allgemeinen Auflösungserscheinungen der bürgerlichen Parteien stellt er fest, daß auf die Dauer keine Partei bestehen werde, wenn sie einseitige Interessen vertrete; nur wer „im Wege der Evolution Wirtschaftsreformen will", könne sich behaupten. Eine Überführung der Betriebe in Staatseigentum bedeute keinen Fortschritt, da die staatliche Bürokratie häufig in sozialer Hinsicht nicht besser und in wirtschaftlicher Hinsicht schlechter arbeite als die Privatbürokratie. Er bekennt sich zu dem Begriff der Wirtschaftsdemokratie, den er so versteht, daß der Staat sich einer „verständigen Kontrolle" über die Betriebe nicht entzieht, daß er sich um Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bemüht und daß er die im modernen Arbeitsprozeß entstehenden Schäden abstellt und bei Lohnstreitigkeiten mitwirkt. Koch-Weser betont zum Abschluß seiner Rede die Notwendigkeit, ein Wirtschaftsprogramm auszuarbeiten, das sowohl für Gegner des laissez-faire wie für Gegner der Sozialisierung annehmbar sei[5].

---

2 Der Reichstag hatte die erste Rate zum Bau des Panzerschiffes bei der zweiten Lesung des Marineetats am 27.3.1928 gegen die Stimmen der DDP, SPD, KPD und einiger Abgeordneter der Wirtschaftspartei bewilligt. Vgl. Sten. Ber. Bd. 395 S. 13782-13812. Am 10.8.1928 hatte das neue Kabinett, dem auch die DDP angehörte (siehe Anm. 4), beschlossen, den Bau in Angriff zu nehmen. Vgl. Kabinett Müller II S. 61-64.

3 Am 22.10.1928 sollte der von der Länderkonferenz ins Leben gerufene Ausschuß für Verfassungs- und Verwaltungsreform tagen. Vgl. Schulthess 1928 S. 174-178.

4 Am 28.6.1928 war nach längeren Verhandlungen ein Kabinett der Großen Koalition unter Hermann Müller (SPD) zustande gekommen, dem von der DDP Dietrich (Ernährung und Landwirtschaft) und Koch-Weser (Justiz) angehörten. Vgl. Kabinett Müller II S. VIII-XV.

5 Welche Beunruhigung das Aufgreifen des Begriffs der „Wirtschaftsdemokratie" durch den Parteivorsitzenden im Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe auslöste, zeigt ein Bericht seines Geschäftsführers Ernst Mosich über den Verlauf der Vorstandssitzung des Ausschusses vom 22.10.1928. Der Bericht war für die Mitglieder des Gesamtvorstands des Reichsausschusses bestimmt. Darin heißt es u. a.: „Der Vorstand beschäftigte sich nach einem einleitenden Referat des Vorsitzenden, Geheimrat Dr. Wieland, MdR, über die politische Lage in erster Linie mit der Stellung des Unternehmertums zur Partei angesichts der im Parteiausschuß zu Tage getretenen Differenzen. Zahlreiche Äußerungen, aus denen das Unternehmertum den Eindruck gewinnen muß, innerhalb der Partei politisch suspekt zu sein, und die unsachliche Art,

Hellpach *dankt Koch-Weser für seine Ausführungen und eröffnet die Aussprache.* **Weiss**[6] *protestiert im Namen der Pfälzer Parteifreunde gegen einen Artikel Bernhards in der „Vossischen Zeitung", in dem dieser habe durchblicken lassen, daß die Pfälzer Bevölkerung aus pekuniären Interessen die Fortdauer der Besatzung wünsche.* **Koch-Weser** *teilt mit, daß Bernhard am nächsten Tag zu den Vorwürfen Stellung nehmen werde. Anschließend vertagt sich die Versammlung auf Vorschlag des* **Vorsitzenden**.

---

mit der vielfach in Kreisen der Partei das Kartellproblem behandelt und vor allem auch das Schlagwort der Wirtschaftsdemokratie propagiert wird, haben, wie immer wieder festgestellt wurde, in den weitesten Kreisen des Unternehmertums außerordentlich befremdend gewirkt. [. . .] Eine große Rolle in den Erörterungen spielte auch die Frage, ob es möglich sei, durch ein neues Wirtschaftsprogramm der Partei einen neuen Antrieb zu geben. Diese Möglichkeit wurde verschieden beurteilt. Einmütig wurden aber die Versuche abgelehnt, die Arbeiten des zur Formulierung des neuen Wirtschaftsprogramms eingesetzten Ausschusses [. . .] durch Entschließungen von außen her zu beeinflussen. In diesem Sinne wurde die Äußerung des Parteivorsitzenden auf dem Parteiausschuß, der Begriff der Wirtschaftsdemokratie solle im Mittelpunkt des neuen Programms stehen, und die entsprechende Resolution des Parteiausschusses abgelehnt." Nachlaß Dietrich 228.

6 Christian Weiss, Bürgermeister von Ludwigshafen/Rh.

148 b.

21.10.1928: Sitzung des Parteiausschusses (2. Tag)

Vorsitz: Koch-Weser, dann Frau Bäumer. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 18.30 Uhr. Ort: Berlin, in der „Gesellschaft der Freunde".

Koch-Weser *eröffnet und bittet die Redner, sich mit einer Redezeit von zehn Minuten zu begnügen.* **Vogt** *spricht über verschiedene, die Beamten betreffende Fragen und teilt mit, daß die Auseinandersetzung zwischen Hellpach und dem Beamtenausschuß der Partei zu allseitiger Zufriedenheit beigelegt worden sei*[1]. *Vogt beklagt dann die mangelnde Volkstümlichkeit der Partei und empfiehlt, sich mehr auf die „Hauptkraft" der Partei, die abhängigen und arbeitenden Schichten zu stützen. Schädlich für die Partei habe sich das nach der Wahl eingetretene Fusionsgerede und die Annahme des Ehrenvorsitzes in der Liberalen Vereinigung durch Koch-Weser ausgewirkt. Der Redner spricht sich gegen den Bau des Panzerkreuzers*[2] *und den Abschluß eines Konkordats*[3] *aus.* **Hellpach** *unterstreicht Vogts Äußerungen zur Beilegung des Streits.* **Lewin**[4] *klagt über willkürliche Handhabung der Rednerliste, man müsse in erster Linie die Freunde aus dem Land*

---

1 Siehe Nr. 146 b, bes. Anm. 12.

2 Siehe Nr. 148 a Anm. 2.

3 Seit Anfang Oktober waren verschiedentlich optimistische Berichte über den Fortgang der seit Jahren ergebnislos geführten Konkordatsverhandlungen des preußischen Staates an die Öffentlichkeit gelangt; der Amtliche Preußische Pressedienst hatte daraufhin betont, daß von einem Abschluß der Verhandlungen keine Rede sein könne. Vgl. Schulthess 1928 S. 166.

4 Arnold Lewin, kaufmännischer Angestellter in Berlin.

und nicht die Vorstandsmitglieder zu Wort kommen lassen. **Stephan** *verteidigt die von ihm gewählte Reihenfolge.* **Koch-Weser** *unterstützt ihn und stellt fest, die Rednerliste werde so geführt, daß möglichst alle Richtungen zu Wort kämen.* **Bernhard** *weist die von Weiss erhobenen Anschuldigungen zurück und betont, sein Artikel sei falsch interpretiert worden, falls er jemand verletzt habe, bedaure er das. Nach* **Falks** *Ansicht hat Bernhard mit diesem Artikel dem Rheinland und Deutschland mehr geschadet, als alle Aufsätze der ,,Vossischen Zeitung'' zur Separatistenfrage jemals genützt haben.* **Wildermuth**[5] *sieht die Gründe für das Abbröckeln der demokratischen Wählerschaft darin, daß die Partei sich mit formaler Demokratie ohne lebendigen Inhalt begnügt habe; er empfiehlt, sich besonders um die nach links abgewanderten Wähler zu bemühen.* **Kallmann**[6] *übt im Namen der demokratischen Jugend Kritik an der Haltung der Parteiführung, die vor allem nach den Wahlen unentschlossen und unsicher gewesen sei. Er bittet Koch-Weser, den Ehrenvorsitz in der Liberalen Vereinigung niederzulegen.* **Cohnstaedt** *betont, die Partei habe die Pflicht, ihr Wahlkampfversprechen auf Ablehnung des Panzerkreuzers einzulösen.* **Lemmer** *wendet sich gegen die Liberale Vereinigung und begrüßt den Gedanken eines neuen Wirtschaftsprogramms, der ,,hochkapitalistische Monopolismus'' müsse ,,endlich an die Kette gelegt'' werden. Er hält es für nicht ausgeschlossen, neue Anhänger in der Landwirtschaft zu gewinnen, und warnt vor Zweifeln an der Existenznotwendigkeit der Partei.* **Dietrich** *spricht über handels- und finanzpolitische Fragen und verteidigt die Stellung der demokratischen Minister in der Panzerkreuzerfrage.* **Stubmann** *unterstreicht die Widersprüche in der Haltung der demokratischen Minister und der Haltung der Partei im Wahlkampf zu dieser Frage, das werde im Lande nicht verstanden. Er bittet Koch-Weser, den Ehrenvorsitz in der Liberalen Vereinigung niederzulegen.* **Koch-Weser** *nimmt zu den bisher eingebrachten Anträgen Stellung und äußert sich zum Fall Bernhard und nochmals zum Panzerkreuzerbau. Die Forderung nach Rücktritt vom Ehrenvorsitz der Liberalen Vereinigung lehnt er mit dem Hinweis ab, daß das ein ,,Mißtrauensvotum'' gegen ihn bedeute.*

Nach der Mittagspause wird die Redezeit auf fünf Minuten festgesetzt. Nach persönlichen Bemerkungen **Stubmanns** *und* **Koch-Wesers** *nimmt* **Quidde** *zu einem Zwischenfall auf einer Sitzung der Friedensgesellschaft Stellung, bei der ein Parteiangehöriger von Pazifisten scharf angegriffen worden war. Quidde verteidigt die pazifistische Bewegung und betont, daß er zu Foerster*[7] *in starkem Gegensatz stehe, aber von seiner moralischen Integrität überzeugt sei.* **Heuss** *wendet sich gegen die im Wahlkampf betriebene Verquickung sozialpolitischer Forderungen wie Kinderspeisung etc. mit militärpolitischen Fragen*[8]*. Nach seiner Ansicht ist die Frage des Panzerkreuzerbaus schon 1920 entschieden worden, als Sozialdemokratie und Demokraten für den Ersatz eines Auslandskreuzers stimmten. Er bedauert, daß*

---

5 Eberhard Wildermuth, Vorstandsmitglied der Deutschen Bau- und Bodenbank in Berlin. Vgl. Wilhelm Kohlhaas, Eberhard Wildermuth. Ein aufrechter Bürger. Ein Lebensbild, Bonn 1960.

6 Hans Kallmann, Vorstandsmitglied der Jungdemokraten.

7 Friedrich Wilhelm Foerster, Pazifist, Herausgeber der Wochenschrift ,,Die Menschheit".

8 Die Sozialdemokratie hatte den Wahlkampf unter der Parole ,,Keine Panzerkreuzer, sondern Kinderspeisung!" geführt. Vgl. Eyck Bd. 2 S. 201.

Quidde den Strich zu den Pazifisten um die „Menschheit" nicht schärfer gezogen habe. In den weiteren Diskussionsbeiträgen wird der Plan eines Wirtschaftsprogramms und auch der Begriff der Wirtschaftsdemokratie im allgemeinen begrüßt, wobei der Inhalt dieses Begriffs durchweg nicht näher bestimmt wird. Die Meinungen zur Panzerkreuzerfrage sind geteilt. Am Schluß der Sitzung erfolgen die Abstimmungen über die eingelaufenen Anträge.

Abstimmungen.

1. Konkordat. „Die grundsätzliche Stellung der DDP zum Konkordat ist durch die Entschließung des Hamburger Parteitags zum Ausdruck gebracht. Die DDP hält an dieser Stellung fest." (Gegen 16 Stimmen *angenommen.*)

(Die Hamburger Entschließung zum Konkordat hatte folgenden Wortlaut: „Eine Verständigung über die tatsächlich vorhandenen Beziehungen zwischen Staat und Kirche entspricht der Demokratie. Die Deutsche Demokratische Partei sieht jedoch in der Form des Konkordats eine Beschränkung der Freiheit der Gesetzgebung, eine Gefahr für die Hoheit des Staates, für die Rechte des Volkes und der Volksvertretung und für die Freiheit des Gewissens und des geistigen Lebens und lehnt daher ein Konkordat ab. Das Verhältnis von Kirche und Schule ist durch die Weimarer Verfassung in seinen Grundsätzen geregelt. Die Ausführung soll nach der Verfassung durch ein Reichsgesetz erfolgen. Die Deutsche Demokratische Partei hält an dieser Regelung, die die Gegensätze der Konfessionen überbrücken und den konfessionellen Frieden verbürgen soll, fest. Jede konkordäre Vereinbarung auf diesem Gebiet ist für die Deutsche Demokratische Partei unannehmbar, selbst dann, wenn sie nur eine Bestätigung der Verfassungsbestimmung enthielte, weil jede solche Vereinbarung mit der Hoheit des Staates über das Bildungswesen unvereinbar ist und den konfessionellen Frieden gefährdet.")

2. Organisation. „Zur Durchführung einer lebendigen und umfassenden Organisation der Partei muß ab 1. Januar 1929 jeder Reichstagswahlkreis ein hauptamtlich besetztes Sekretariat haben. Der Wahlkreis, der finanziell nicht in der Lage ist, Einrichtung und Unterhaltung eines Sekretariats zu bestreiten, erhält für ein Jahr die Mittel in entsprechender Höhe aus der Parteikasse." (Dem *Organisationsausschuß* zur weiteren Behandlung überwiesen.)

3. *Wirtschaftsfragen*

a) „Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei bekennt sich erneut zu dem im Parteiprogramm vom Jahre 1920 enthaltenen wirtschaftsdemokratischen Richtlinien. Ihre alsbaldige Verwirklichung erscheint dringend geboten. Insbesondere ist anzustreben: sofortige Errichtung des endgültigen Reichswirtschaftsrates, paritätischer Ausbau der im Artikel 165 der Verfassung vorgesehenen Wirtschaftskammern, Ausbau des Betriebsrätegesetzes, Schaffung von Kartell- und Monopolaufsichtsbehörden unter Beteiligung der Arbeitnehmer. Der Parteiausschuß fordert Vorstand und Fraktion auf, von der Regierung die Einbringung dahingehender Gesetzentwürfe zu verlangen."

b) „Der Parteiausschuß wolle beschließen: Die demokratische Reichstagsfraktion und die demokratischen Minister werden ersucht, bei den kommenden Finanzvorlagen mit aller Kraft dahin zu wirken, daß die von der Erzbergerschen Gesetzgebung seiner Zeit gemachten schweren Fehler der überspannten direkten Besteuerung nicht wiederholt werden und daß auf den Wiederaufbau der deutschen Spartätigkeit Bedacht genommen wird. Noch über die jetzigen Sätze hinausgehende, schärfere Vermögens- und Erbschaftssteuern können allenfalls nur in einem mit eigenem Kapital gesättigten Lande Platz greifen, nicht aber in Deutschland, wo das Kapital zum größten Teil zerstört wurde und erst wieder neu aufgebaut werden muß. Besonders erscheint auch die unterschiedslose Besteuerung des Gattenerbes nicht tragbar, vor allem auch im Interesse des bäuerlichen und gewerblichen Mittelstandes. Überhaupt ist bei den kommenden Vorlagen in erster Linie auf die besondere Lage des städtischen und bäuerlichen Mittelstandes Rücksicht zu nehmen."

Amendement zu der Entschließung b „In der Steuerresolution die Worte ‚und Erbschaftssteuern' zu streichen."

(Die Anträge a, b und c werden dem *Wirtschaftsausschuß* überwiesen.)

4. Wirtschaftsdemokratie. „Der Parteiausschuß hat mit besonderer Befriedigung von den Ausführungen des Parteivorsitzenden über die Notwendigkeit und die Ziele der Wirtschaftsdemokratie Kenntnis genommen und erwartet, daß diese Idee in dem von ihm dargelegten Sinne in den Mittelpunkt des demokratischen Wirtschaftsprogramms gestellt wird." (Überweisung an den Wirtschaftsausschuß abgelehnt; sofort gegen drei Stimmen *angenommen.*)

5. Wahlreform

a) „Es droht die Gefahr, daß der Entwurf einer Wahlreform die bestehenden Wahlkreise nur wenig verkleinert und an einem Reichswahlvorschlag festhält. Da die den Parlamentarismus aufs schwerste gefährdende Zerfaserung des deutschen Parteilebens in Interessengruppen in erster Linie auf das Listensystem und die großen Wahlkreise zurückzuführen ist und der gegenwärtige Zustand zur staatspolitischen Verdrossenheit führt, ersucht der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei die Reichstagsfraktion, einen Initiativantrag einzubringen, der grundsätzlich den Einerkandidaten-Wahlkreis unter Festhaltung des Proporzes festlegt. Die Reichstagsfraktion wird aufgefordert, den Kampf für eine so gestaltete Wahlrechtsreform mit allen Mitteln zu führen." (Der in dem ursprünglichen Antrag folgende Satz: „Versagt der Reichstag, so ist diese Wahlrechtsreform durch einen Volksentscheid herbeizuführen" wird dicht vor der Abstimmung von den Antragstellern zurückgezogen.)

b) Unterantrag hierzu: „Die Worte ‚und an einem Reichswahlvorschlag festhält' zu streichen, eventuell über den Antrag Nuschke – Frankfurter getrennt abstimmen zu lassen."

(Der Unterantrag b wird an den Vorstand zur weiteren Beschlußfassung überwiesen. Für die Überweisung der dergestalt abgeänderten Entschließung a an den Vorstand werden 56 Stimmen abgegeben, eine erhebliche Mehrheit beschließt

aber sofortige *Annahme* und Veröffentlichung.) Danach hat die angenommene Entschließung folgenden Wortlaut:

„Es droht die Gefahr, daß der Entwurf einer Wahlreform die bestehenden Wahlkreise nur wenig verkleinert. Da die den Parlamentarismus aufs schwerste gefährdende Zerfaserung des deutschen Parteilebens in Interessengruppen in erster Linie auf das Listensystem und die großen Wahlkreise zurückzuführen ist und der gegenwärtige Zustand zur staatspolitischen Verdrossenheit führt, ersucht der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei die Reichstagsfraktion, einen Initiativantrag einzubringen, der grundsätzlich den Einerkandidaten–Wahlkreis unter Festhaltung des Proporzes festlegt. Die Reichstagsfraktion wird aufgefordert, den Kampf für eine so gestaltete Wahlrechtsreform mit allen Mitteln zu führen."

6. Reichsreform. Auf Antrag eines der Antragsteller (Dr. Frankfurter) wird der ursprüngliche Antrag in folgender Form einstimmig *angenommen:*

„Die aus Gründen der nationalen Einheit und einer gesunden Finanzwirtschaft so dringliche Reichsreform stößt bei Länderbürokratien und Parlamenten deutscher Länder auf kurzsichtige und egoistisch-partikularistische Widerstände, die sich auch auf die Reichstagsfraktionen großer Parteien erstrecken. Sofern es nicht gelingt, die Angelegenheit durch die Reichsregierung in der nächsten Zeit voranzutreiben, und angesichts der außerordentlichen Notwendigkeit, eine Reichsreform ohne den gefährlichen Umweg einer Zwischenlösung in absehbarer Zeit zustande zu bringen, ersucht der Parteiausschuß den Verfassungsausschuß[9] der Partei, dem führende Männer auch süddeutscher Länder angehören, gemeinsam mit der Reichstagsfraktion einen einheitlichen Entwurf einer Reichsreform auszuarbeiten, der die Grundlage von Verhandlungen mit allen reichsreformfreundlichen Organisationen (Wirtschaftsverbänden wie politischen Ausschüssen und Bünden) bildet, um durch eine große Volksbewegung den Gedanken der Reichsreform zu verwirklichen."

7. Die Panzerkreuzerfrage. Der Antrag: „Der Parteiausschuß ersucht die Reichstagsfraktion, in Konsequenz ihrer bisherigen Haltung auch weiterhin sich dafür einzusetzen, daß der Bau des von Fachleuten für unbrauchbar erklärten Panzerkreuzers A verhindert werde", wird mit 74 gegen 53 Stimmen *abgelehnt.*

Herr **Koch-Weser** erklärt dazu: Er sei Gegner des Panzerkreuzerbaus und nehme an, daß er durch den eben gefaßten Beschluß *nicht* desavouiert werden solle, sondern daß der Parteiausschuß vielmehr auf dem Standpunkt stehe, der Fraktion sei freie Bewegung zu lassen und keine gebundene Marschroute mitzugeben, die eventuell zu einer Auflösung des Reichstags führen könne. (Allgemeine Zustimmung des Parteiausschusses.) Minister Dietrich habe, wenn er sich schon jetzt für die Bewilligung der zweiten Rate des Kreuzers ausgesprochen habe, damit nur der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Sozialdemokratische Partei schließlich doch der Bewilligung der weiteren Raten zustimmen werde. Er, Koch-Weser, habe als Prinzip hingestellt, daß man in dieser Frage die Sozialdemokratie nicht aus der Verantwortung herauslassen dürfe. (Zustimmung der Versammlung.)

9 Damit ist offenbar der „Ausschuß zur Frage des Einheitsstaats" gemeint. Vgl. Nr. 139 Anm. 6.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag Bernhard *angenommen:* „Der Parteiausschuß lehnt es ab, in der Panzerkreuzerfrage die Fraktion zu binden." Außerdem bezeichnet der Parteiausschuß durch seine Zustimmung die Auffassung von Koch-Weser als richtig, daß die Versammlung nach den Erklärungen des Vorsitzenden vom vorhergehenden Tag die Angelegenheit als erledigt angesehen hat. Der Antrag Bernhard wird mit großer Mehrheit angenommen.

8. Vertrauensvotum. Von zwei vorliegenden Vertrauensanträgen wird unter dem Vorsitz von Frau Dr. Bäumer der folgende angenommen: „Der Parteiausschuß spricht aufgrund der von den Herren Koch-Weser und Dietrich gegebenen Ausführungen den beiden Herren und dem Vorstand sein volles Vertrauen aus." Die Annahme des Antrags erfolgt mit allen gegen 9 Stimmen.

Frau **Bäumer** *schließt die Sitzung mit der Feststellung, daß diese Tagung des Parteiausschusses im Gegensatz zu früheren Sitzungen bis zum letzten Augenblick eine lebendige Diskussion gebracht habe; das beweise die Lebendigkeit der Partei.*

149.

16.11.1928: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Fischer. Beginn: 15.30 Uhr. Ende: 18.15 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bernhard, Graf Bernstorff, Brammer, Dernburg, Dietrich, Frau Dönhoff, Falk, Fischer, Frankfurter, Haas, Hauff, Heuss, Issberner, Kallmann, Frau Kiesselbach, Koch-Weser, Frau von Koerber, Krell, Külz, Landahl, Lantzsch, Lebach, Lüders, Moering, Nuschke, Rönneburg, Schneider, Schreiber, Stephan, Stern, Stubmann, Tantzen, Frau Uth, Wachhorst de Wente. Entschuldigt: Cohnstaedt, Hummel, Kauffmann, Zeitlin. Gäste: Bohner, Möller, Riedel.

Fischer *eröffnet und hält anläßlich des Gründungstages der Deutschen Demokratischen Partei vor zehn Jahren eine kurze Ansprache.*

Stephan *referiert über die Ausführung der Parteiausschußbeschlüsse zur Reichsreform und zur Wahlreform*[1]. *Auf* **Fischers** *Vorschlag wird beschlossen, die Behandlung der Reichsreformfrage dem zuständigen Ausschuß*[2] *zu überlassen.* **Stephan** *berichtet über einen in Vorbereitung befindlichen Wahlgesetzentwurf der Regierung, den Demokraten stehe es frei, einen eigenen Entwurf einzubringen oder den der Regierung abzuwarten. Er weist darauf hin, daß der Vorstand sich heute entscheiden müsse, ob die Reichsliste bleiben solle oder nicht. Nach einer Aussprache, in der unterschiedliche Ansichten über die optimale Form der Reichsliste und der Wahlkreise vertreten werden, beauftragt der Vorstand Külz,*

1 Siehe Nr. 148 b.

2 Siehe Nr. 139 Anm. 6.

Nuschke und Riedel, für die Partei eine eigene Wahlreformvorlage auszuarbeiten.

Fischer *teilt mit, daß die Zentrale die Wahlkreise inzwischen gemäß dem Beschluß der letzten Vorstandssitzung aufgefordert habe, bis spätestens Februar nächsten Jahres die Kandidaten für die nächsten Reichstagswahlen zu nominieren. Aus den Wahlkreisen sei angefragt worden, was für den Fall der Einführung kleiner Wahlkreise mit diesen Nominierungen geschehen werde, er habe geantwortet, daß die Kandidaten der großen Wahlkreise dann als Dank für ihren Einsatz die aussichtsvollste Kandidatur in einem der kleinen Wahlkreise des bisherigen Gebiets erhalten würden. Der Vorstand billigt diese Erklärung.*

Falk *berichtet über den Stand der Beratungen über das Konkordat. Er bittet, die Fraktion nicht festzulegen, und versichert, sie werde sich auf keinen Fall in Gegensatz zu den Beschlüssen des Hamburger Parteitags*[3] *setzen.* **Moering** *hält genauere Informationen über die Haltung der Landtagsfraktion für wünschenswert.* **Koch-Weser** *erklärt, er sei von den demokratischen Ministern und der Fraktion loyal auf dem laufenden gehalten worden und sei überzeugt, daß die Fraktion sich von der richtigen Stellungnahme nicht abbringen lassen werde.* **Falk** *und* **Schreiber** *wenden sich gegen weitere Diskussionen über die Konkordatsfrage in den Parteiinstanzen, da das lediglich Anlaß zu Gerüchten über die Haltung der Partei gebe. Der Vorstand sieht von einer Beschlußfassung in dieser Angelegenheit ab.*

Auf Vorschlag des Organisationsausschusses wird beschlossen, vom 11. bis 13. Januar in Eisenach eine Organisationskonferenz zu veranstalten.

Frankfurter *kommt noch einmal auf die Ereignisse zurück, die ihn seinerzeit veranlaßt haben, das Amt des dritten Vorsitzenden niederzulegen*[4]. *Auf Antrag Moering wird er durch Akklamation wiedergewählt und nimmt die Wahl an.*

3 Siehe Nr. 148 b.

4 Siehe Nr. 144.

150.

12.2.1929: Sitzung des Vorstandes

Erste Seite oben Mitte maschinenschriftlicher Vermerk: „Abschrift!" Gezeichnet unten links: „Lantzsch", unten rechts: „Fischer". Vorsitz: Fischer. Beginn: 10.45 Uhr. Ende: 17.15 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bohner, Cohnstaedt, Dernburg, Dietrich, Frau Dönhoff, Erkelenz (nur im ersten Teil der Sitzung), Fischer, Hauff, Heuss, Hummel, Issberner, Kallmann, Kauffmann, Kempner, Koch-Weser, Krell, Külz, Landahl, Lantzsch, Lebach, Lemmer, Mende, Nuschke, Reichelt, Reinhold, Schneider, Schreiber, Stephan, Stolper, Tantzen, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Weiss, Frau Wittstock, Zeitlin. Entschuldigt: Bernhard, Graf Bernstorff, Böß, Falk, Haas, Hieber, Frau von Koerber, Moering, Rönneburg, Siehr, Stern.

Fischer *eröffnet. Er begrüßt den nach längerer Abwesenheit zum ersten Mal wieder zu einer Vorstandssitzung erschienenen Erkelenz. Der Vorstand kooptiert anstelle der verstorbenen Frau Kiesselbach deren Tochter, Frau Rath*[1]*.*

Das von der Reichstagsfraktion ausgearbeitete Wehrprogramm[2] *wird beraten.* **Külz** *erläutert den Entwurf und betont die Notwendigkeit, zur Wehrfrage nicht bloß kritisch, sondern auch positiv Stellung zu nehmen.* **Kauffmann** *ist der Ansicht, daß die Aufstellung eines Wehrprogramms Sache des Vorstands und nicht der Reichstagsfraktion sei. Er beantragt zur Geschäftsordnung, einen Ausschuß des Vorstands einzusetzen, der im Einvernehmen mit der Fraktion ein Programm ausarbeiten solle.* **Tantzen** *und* **Fischer** *widersprechen,* **Cohnstaedt** *unterstützt Kauffmanns Antrag.* **Koch-Weser** *stellt fest, der Vorstand sei der ewigen Geschäftsordnungsdebatten müde, für die Behandlung grundsätzlicher Fragen bleibe immer weniger Zeit. Er unterstreicht das Recht der Fraktion, Entwürfe an die Öffentlichkeit zu geben.* **Landahl** *und* **Cohnstaedt** *kritisieren, daß die Fraktion den Vorstand durch die Veröffentlichung des Entwurfs vor vollendete Tatsachen gestellt habe.* **Koch-Weser** *spricht gegen die Verweisung des Programms an einen Ausschuß. Er wendet sich gegen weitere „Instanzenringkämpfe" und verlangt, in die sachliche Beratung einzutreten. Der Antrag Kauffmann wird mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt. Auf Antrag Erkelenz wird beschlossen, nicht in eine Spezialdebatte, sondern in eine allgemeine Aussprache über den Entwurf einzutreten.* **Erkelenz** *befürchtet, daß ein Wehrprogramm – ebenso wie das Agrarprogramm – seine Wirkung auf die Massen verfehlen werde. Er empfiehlt, einen möglichst großen Mitgliederkreis an der Beratung zu beteiligen, und schlägt vor, auf dem nächsten Parteitag eine Kommission zur Vorbereitung eines Wehrprogramms einzusetzen, das dann dem nächsten Parteitag vorgelegt werden könne. Den vorliegenden Entwurf hält er für widersprüchlich und unbefriedigend.* **Hauff** *spricht sich für eine positive Stellungnahme der Partei zur Wehrpolitik aus. Frau* **Uth** *hält eine solche Stellungnahme für überflüssig, sie befürchtet, daß der Entwurf der Fraktion die Partei in Schwierigkeiten bringen und in außenpolitischer Hinsicht Mißtrauen säen werde.* **Külz** *verteidigt das Programm.* **Stephan** *unterstützt ihn und äußert sich befriedigt über den Parteiaustritt des Generals von Schönaich*[3]*, der „mit sanfter Nachhilfe durch uns" erfolgt sei.* **Cohnstaedt** *ist mit Stephan der Meinung, daß man auf die Pazifisten um Schönaich keine Rücksicht zu nehmen brauche, rät jedoch, die gemäßigten Pazifisten um Quidde nicht abzuschrecken. Er glaubt, daß der Entwurf auf dem Parteitag scharfe Auseinandersetzungen hervorrufen und nur gegen eine große Minderheit angenommen werden würde. Nach seiner Ansicht besteht die Aufgabe der Partei nicht darin, die Notwendigkeit des Aufbaus der Wehrmacht zu betonen, sondern auf Abbau der Rüstungen in aller Welt zu drängen. Frau* **Bäumer** *glaubt, daß man sich in der Partei über den Entwurf verständigen könne, und unterbreitet verschiedene*

1 Gusta Rath, Ärztin in Heilbronn.

2 Abgedruckt in: Demokrat v.14.2.1929 Nr. 3.

3 Paul Freiherr von Schönaich, Generalmajor a. D., Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft und der Liga für Menschenrechte. Vgl. seine politisch-autobiographischen Schriften: Mein Damaskus. Erlebnisse und Bekenntnisse, 2. Aufl. Hamburg-Bergedorf 1929; ferner Mein Finale. Mit dem geheimen Tagebuch 1933-1945, Flensburg u. Hamburg 1947.

Änderungsvorschläge. **Dernburg** *spricht sich für den Entwurf aus.* **Nuschke** *schlägt Änderungen vor.* **Landahl** *hält es für ausreichend, einige Sätze des Entwurfs in das offizielle Parteiprogramm zu übernehmen.* **Kallmann** *regt an, dem Parteitag zugleich mit dem Wehrprogramm ein Aktionsprogramm vorzulegen, da ein Grundsatzprogramm allein lediglich „Verärgerungspazifisten" schaffen würde.* **Kauffmann** *lehnt den Entwurf grundsätzlich ab und hält seine Diskussion auf dem Parteitag für schädlich.* **Tantzen** *widerspricht: Es müsse versucht werden, Versäumnisse wiedergutzumachen, und es komme darauf an, daß die Reichswehr niemals mit „Diktatoren von rechts" gemeinsame Sache mache. Man benötige eine Basis, auf der die Verbindung mit der Reichswehr hergestellt werden könne.*

Nach einem Schlußwort von **Koch-Weser** *wird über die im Verlauf der Diskussion gestellten Anträge abgestimmt. Die Anträge Kauffmann*[4] *und Landahl*[5] *auf Ablehnung des Entwurfs bzw. Änderung der wehrpolitischen Teile des bestehenden Parteiprogramms werden mit allen gegen 4 Stimmen abgelehnt. Der Antrag Nuschke*[6]*, den Entwurf nach einigen Änderungen als Entwurf des Vorstands für den Parteitag zu betrachten, wird mit allen gegen 4 Stimmen angenommen, ebenso ein Antrag Lemmer*[7]*, außer dem Wehrprogramm noch ein Aktionsprogramm für Wehrfragen auszuarbeiten. In die Redaktionskommission zur Überarbeitung des Entwurfs werden Nuschke, Külz und Frau Bäumer gewählt.*
Der Vorstand tritt hierauf in die Beratung der *Organisationsfragen* ein.

Herr **Stephan** berichtet über die Maßnahmen zur Reorganisation der Partei und über die Organisationskonferenz in Eisenach, die gute Ergebnisse gezeitigt hätte. Er verweist auf die gedruckten Leitsätze[8] seines dort gehaltenen Referats, in denen alle wesentlichen organisatorischen Maßnahmen, die erforderlich sind, aufgezählt seien. Besonders wertvoll sei das Referat von Dr. Schäfer (Köln) gewesen, der seine Forderungen in den zwei Sätzen zusammengefaßt habe: „Seid primitiv!" und „Alle Macht den Wahlkreisgeschäftsstellen!". Der Redner schildert die Schwierigkeiten, die sich einer erfolgreichen Organisationsarbeit entgegenstellen. In fünf Wahlkreisen fehlten hauptamtliche Parteibeamte. Außerordentlich störend würde es empfunden, daß die Bereitwilligkeit der Abgeordneten, sich zur Verfügung zu stellen, noch nie so gering gewesen sei, wie jetzt. Unter den in Eisenach angenommenen Beschlüssen seien die besonders bemerkenswert, die eine Verjüngung der Vorstände, die Einrichtung von Verbandskartotheken in den Parteigeschäftsstellen und die Mitwirkung von Parteibeamten bei der Kontrolle der Durchführung der Eisenacher Beschlüsse behandelten. Außerordentlich bedauerlich sei, daß die Durchführung der Eisenacher Beschlüsse dadurch ins Stocken gerate, weil infolge Verhinderung sowohl des Vorsitzenden des Vorstandes wie des Vorsitzenden des Organisationsausschusses der Organisationsausschuß bisher nicht habe tagen können. Dieser Zustand sei völlig unhaltbar.

4 Liegt vor.

5 Liegt vor.

6 Liegt vor.

7 Liegt vor.

8 Die Leitsätze befinden sich nicht unter den Akten.

Herr Dr. **Fischer** ergänzt die Ausführungen Herrn Stephans über die Eisenacher Tagung und hebt die zuversichtliche Stimmung hervor, die der Grundzug der Tagung gewesen sei. Auch er halte es für unerläßlich, daß überall hauptamtliche Parteibeamte in den Wahlkreisen vorhanden seien, und habe daher zugesagt, daß einer Reihe von Wahlkreisen Ankurbelungsbeihilfen für die Errichtung von Sekretariaten gewährt würden. Der Redner berichtete sodann über eine Sitzung des Finanzausschusses vom 15. Januar d. J. Man habe den Bedarf für 1929 mit 200000 Mark angenommen. Davon entfielen 42000 Mark auf die Deckung von Schulden, 25000 Mark auf Zuschüsse für die Wahlkreise und der Rest auf die laufenden Bedürfnisse. Auf der Einnahmeseite könnte als gesichert der Eingang von 85000 Mark bezeichnet werden; es wären also noch 115000 Mark aufzubringen. Er hoffe, daß das gelingen würde, schon jetzt wolle er mit einem gewissen Optimismus 10000 Mark für die Wahlkreissekretariate zur Verfügung stellen. Er halte es für nötig, daß sich der kommende Parteitag mit Organisationsfragen in stärkerem Umfange befasse, da es darauf ankomme, in Zukunft einen arbeitsfähigen Vorstand zu haben. In den Vorstand müßten Personen gewählt werden, die die Eignung und die notwendige Zeit hätten. Jetzt bestände der Zustand, daß einzelne unter der Last der Arbeit zusammenbrächen. Der Redner verliest einen Brief des Parteivorsitzenden an den Vorstand, in dem Herr Koch-Weser bitte zu prüfen, in welcher Weise ihm eine Entlastung von den Parteigeschäften zuteil werden könne und in dem er darauf hinweist, daß er infolge der Erkrankung des [Vorstands]vorsitzenden[9] mit einem viel zu großen Teil der Parteiarbeit belastet sei, derer er nur in beschränktem Umfange Herr zu werden in der Lage sei. Es sei erforderlich, die im Vorstand geleistete Arbeit wesentlich zu verstärken. Auch er (Dr. Fischer) sei in Sonderheit seit der Erkrankung Erkelenz' – für die Dauer betrachtet – überlastet. Der Brief Herrn Koch-Wesers sei im engsten Gremium besprochen worden. Die Schwierigkeiten datierten eigentlich seit der Bremer Vorstandswahl – Wahl des Parteivorsitzenden und Wahl von zwei Vorsitzenden des Vorstandes – und er schlage vor, in Zukunft neben dem Parteivorsitzenden nur einen Vorsitzenden des Vorstandes auf dem Parteitag zu wählen, eine notwendige Stellvertretung könne dann der Vorstand in sich regeln. Für den Vorsitz des Vorstandes müsse eine geeignete Persönlichkeit gesucht werden. Die Stellung des Vorsitzenden des Organisationsausschusses müsse gehoben werden; es sei erforderlich, daß er außerhalb der Wahlzeit im Lande herumreise und besonders in den Organisationen spreche und hier für Ordnung und Belebung persönlich wirke. Der Redner gibt davon Kenntnis, daß Herr Stephan voraussichtlich in nicht zu langer Zeit seine gegenwärtige Position mit einer Stellung in der Reichspressestelle vertauschen wolle, und kennzeichnet unter Hervorhebung der Tätigkeit Stephans den großen Verlust, den die Parteiorganisation durch Herrn Stephans Weggang erleide. Auch dieser Umstand gebe Veranlassung, der Regelung der Personalfragen im Vorstand um so größere Beachtung zu schenken. Im übrigen müsse die gesamte Vorstandswahl, die der Reichsparteitag vorzunehmen habe, so vorbereitet werden, daß auch jüngere Kräfte, Frauen wie Männer, mehr herangezogen würden.

9 Im Or.: „Parteivorsitzenden".

Herr **Kauffmann** bittet Herrn Dr. Fischer um Angabe konkreter personeller Vorschläge.

Herr **Fischer** hält es demgegenüber, um die Aussprache von vornherein nicht vom sachlichen aufs persönliche Gebiet abgleiten zu lassen, nicht für richtig, schon jetzt Personen zu nennen.

Herr **Vogt** tritt dem bei, ebenso die Mehrheit der Versammlung.

Herr **Koch-Weser** erklärt, der gegenwärtige Zustand sei unerträglich. Deshalb habe er den von Herrn Dr. Fischer verlesenen Brief geschrieben. Die Partei ginge an der Unlust weiter Schichten in der Führung zugrunde. Die Parteiarbeit werde durch zu geringe Mitarbeit und fehlende Aussprache unerhört erschwert. Manche kämen grundsätzlich nicht in die Sitzungen, und der Zusammenhang gehe verloren. Die Wähler würden irre, wenn z. B. Höpker-Aschoff in Dortmund äußere: „Die Idee ist gut, aber die Führung schlecht." Es läge nahe zu sagen, die Situation sei unrettbar. Das wollten wir aber nicht. Sachlich setzten sich unsere Ideen durch. Es müsse bald und entschlossen an eine organisatorische Änderung herangegangen werden. Die verantwortliche Organisation sei durch die Krankheit von Erkelenz lahmgelegt. Frankfurter habe keinerlei Fühlung mit der Fraktion. Nun käme der Verlust durch den Fortgang Stephans. Er selbst trenne sich am schwersten von ihm, habe sich aber selbst für Stephan bemüht, weil er einsehe, daß ein Mann von den Qualitäten Stephans, wenn man ihm nicht Aussichten für seine Zukunft biete, in seiner jetzigen Stellung nicht gehalten werden könne, und er bedaure noch heute außerordentlich, daß die Landtagsfraktion in der Frage des Landeslistensitzes für Stephan so wenig entgegenkommend gewesen sei[10]. Überall sähe er Lücken. Wenn sie nicht bald ausgefüllt würden, wären wir verloren. Die Partei sei nicht um der Personen willen da, sondern umgekehrt. Die Partei müsse jetzt so aktionsfähig gestaltet werden wie nur irgend möglich. Es gehe um die Zukunft der Partei.

Herr **Tantzen** zog einen Vergleich zwischen dem, was Zusammenarbeit vor dem Kriege war, und dem, was daraus geworden ist. Wir müßten vertrauensvoll zusammenhalten. Das Zusammengehörigkeitsgefühl sei zum größten Teil verlorengegangen. Entscheidend für die Partei sei die in der Fraktion geleistete Arbeit. Er müsse leider sagen, daß eine aktionsfähige Fraktion gegenwärtig kaum vorhanden sei. Die Fraktionssitzungen seien ganz ungenügend besucht, und es bestände eine ungenügende Erkenntnis der Pflichten oder Überlastung. So könne es jedenfalls nicht weitergehen.

Frau **Uth**: Die Organisation lasse sehr viel zu wünschen übrig. Sie erkenne die sachliche Notwendigkeit an, eine andere Regelung zu treffen. Im Falle Erkelenz empfehle sie größte Vorsicht und schonungsvollstes Vorgehen. Seine Krankheit bestände in einer starken seelischen Depression, die sich jetzt zu lockern beginne; sie dürfe nicht verstärkt werden. Eine Regelung im freundschaftlichen Geiste sei erforderlich. Der Vorsitzende des Organisationsausschusses müsse eine Persönlichkeit sein, die die Hand am Puls der Wähler habe. Sie begrüße die Anregung, die „Hilfe" mehr in den Dienst der Partei zu stellen.

---

10 Vgl. Nr. 143, bes. Anm. 14.

Herr **Fischer** betont, daß rücksichtsvollste Behandlung Erkelenz' Selbstverständlichkeit sei, das habe auch die Fraktion bei notwendigen Änderungen im Fraktionsvorstand bewiesen[11].

Herr **Wachhorst de Wente** wünscht die Berufsorganisationen mehr für die Arbeit der Partei nutzbar gemacht zu sehen.

Herr **Fischer** nennt jetzt nach Schluß der Aussprache unter Zustimmung Koch[-Wesers] die Namen der Persönlichkeiten, die nach Meinung des kleinen Gremiums, das die Personalfragen vorberaten hat, bei der Neuwahl in Betracht kommen, und zwar Herrn Külz für den Posten des vom Parteitag zu wählenden Vorsitzenden des Parteivorstandes und Herrn Lemmer als vom Vorstand zu bestellenden Stellvertreter und gleichzeitige Übertragung des Amtes als Vorsitzenden des Organisationsausschusses. Außerdem sei angeregt, Herrn Heuss für den Schriftendienst enger heranzuziehen, vielleicht auch durch Verhandlungen mit der „Hilfe", hier handele es sich um eine Anregung; Entscheidung könne naturgemäß der Vorstand diesbezüglich nicht treffen.

Herr **Koch-Weser** stellt fest, daß bei dieser Sachlage Herr Fischer auf das Amt eines Vorsitzenden des Parteivorstandes zu verzichten bereit sei, und empfiehlt, die Herren Erkelenz und Fischer neben Frau Dr. Bäumer und Herrn Hellpach als Stellvertreter des Parteivorsitzenden und Herrn Hieber zum Ehrenvorsitzenden der Partei auf dem Parteitag wählen zu lassen.

Frau Dr. **Bäumer** erklärt, daß die Frage „Hilfe" und die Herstellung einer engeren Verbindung zwischen Herrn Heuss und ihr hier ausscheiden müsse; ihre Behandlung sei zunächst eine interne Angelegenheit der Herausgeber Erkelenz und Bäumer. Herr Dr. **Fischer** bestätigt, daß auch seine Worte so zu verstehen seien.

Herr **Kauffmann** wünscht auch seinerseits schonungsvollste Behandlung der Fälle Erkelenz und Frankfurter und gibt seinem Bedauern über den Fortgang Stephans Ausdruck. Die Partei befinde sich an einem Wendepunkt. Die Vorschläge Herrn Fischers würden bedeuten, daß alle grundlegenden Fragen von Parlamentariern und hauptamtlichen Politikern behandelt würden. Darin lägen gewisse Gefahren.

Herr **Fischer**: Die Gelegenheit zu einer vertraulichen Aussprache über diese wichtigen Fragen im Vorstand selbst hätte gegeben werden müssen. Die Nennung der Namen sollte nicht bedeuten, „das muß so werden". Nur die Eignung der Persönlichkeiten solle entscheiden.

Herrn **Koch-Weser**: Die Aussprache fände deshalb statt, um die Meinung des Vorstandes zu erkunden. Er wünschte nicht, daß Beschlüsse gefaßt würden, sondern schlage vor, daß eine Kommission zur weiteren Behandlung der personellen Fragen gebildet würde.

Herr **Fischer** stimmt dem zu und bittet, daß äußerste Vertraulichkeit gewahrt wird.

Herr **Vogt** erklärt sich mit den Gedankengängen Herrn Fischers einverstanden. Der Fall Erkelenz müsse im Sinne der Vorschläge von Herrn Fischer gelöst

11 Die Fraktion hatte anstelle von Erkelenz Schneider in den Fraktionsvorstand gewählt.

werden. Er wende sich gegen den Vorschlag, Herrn Lemmer zum Vorsitzenden des Organisationsausschusses zu bestellen, weil Lemmer mit das beste Aktivum der Partei in politischer Hinsicht sei und weil er dann seinen Wahlkreis vernachlässigen müßte. Für die Stelle des Vorsitzenden des Organisationsausschusses müßte ein Nichtparlamentarier, der Zeit hätte, gesucht werden. Eine Personalunion von Fraktions- und Parteivorsitz halte er für untunlich.

Frau **Uth** spricht sich ebenfalls gegen die Wahl Lemmers zum Vorsitzenden des Organisationsausschusses aus. Im Falle Erkelenz warne sie davor, den Heilungsprozess zu stören, dadurch, daß man ihn deprimiere. Die Rednerin spricht sich für den Vorschlag aus, eine Kommission zur Behandlung der personellen Fragen zu wählen.

Herr **Lemmer** erklärt, es sich selbst sehr reiflich überlegen zu müssen, ob Herrn Fischers Vorschlag für seine Person akzeptabel sei. An sich sei er der Meinung, daß der Vorsitzende des Organisationsausschusses ein Parlamentarier sein solle, weil er als Parlamentarier mit den Menschen draußen in dauernder enger Fühlung stehe.

Herr **Tantzen** schlägt durch Zwischenruf Herrn von Richthofen für den Posten des Vorsitzenden des Organisationsausschusses vor.

Herr **Fischer** gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Diskussion so ausgewertet werde, wie sie gewollt sei, und bittet, daß die weitere Behandlung der personellen Fragen, insbesondere die Entscheidung über Fühlungnahme mit den Herren Erkelenz und Frankfurter, nur ihm überlassen bleibe. Für die Wahl in die Kommission für die Personalfragen schlage er vor: Frau Dönhoff und die Herren Schreiber, Landahl, Tantzen, Haas und Stephan. Herr Fischer stellt die Übereinstimmung des Vorstands mit diesem Vorschlag fest[12].

Anschließend berät der Vorstand über Ort, Termin und Tagesordnung des Parteitags. Es wird beschlossen, den Parteitag vom 26. bis 28. April in Heidelberg stattfinden zu lassen. Nach längerer Aussprache einigt sich der Vorstand über die dort zu behandelnden Themen.

12 Feder hatte bereits am 31.10.1928 von Plänen über personelle Veränderungen in der Führung der DDP berichtet. Stephan habe ihm mitgeteilt, er wolle zur Reichspressestelle, „weil ihm die Stellung als Geschäftsführer auf die Dauer zu unsicher ist. Man will Lemmer an die Stelle von Erkelenz, Heuss an die von Frankfurter setzen." Feder S. 198.

151.

23.3.1929: Sitzung des Vorstandes

Erste Seite oben links handschriftlicher Vermerk: „Gesehen 12.4.29 Erkelenz"[1]. Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 10 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Graf Bernstorff, Cohnstaedt, Dietrich, Frau Dönhoff, Erkelenz, Fischer, Frankfurter, Haas, Hauff, Hellpach, Heuss, Hummel, Issber-

1 Die im wörtlichen Teil des Protokolls wiedergegebenen Korrekturen stammen von Erkelenz' Hand.

ner, Kauffmann, Kempner, Koch-Weser, Frau von Koerber, Krell, Külz, Landahl, Lebach, Mende, Meyer, Moering, Nuschke, Frau Rath, Rauecker, Reichelt, Rönneburg, Schreiber, Stephan, Stern, Stolper, Tantzen, Frau Uth, Vogt, Frau Wittstock, Zeitlin.

Erkelenz *eröffnet. Er berichtet, daß die Reichstagsfraktion sich für die Verlegung des Parteitags ausgesprochen habe, da zum vorgesehenen Termin*[2] *auch der Reichstag tagen werde. Erkelenz teilt weiter mit, daß Stephan und der Organisationsausschuß am ursprünglichen Termin festzuhalten wünschten, da die Vorbereitungen bereits sehr weit gediehen seien. Nach längerer Aussprache findet eine Abstimmung statt, in der sich 14 Vorstandsmitglieder für die Verlegung des Parteitags auf den Herbst und 10 für die Abhaltung im Mai aussprechen.*

Haas berichtet über die Arbeit des Ausschusses des Vorstandes zur Vorbereitung der Vorstandswahlen[3]. An die Spitze seiner Ausführungen stellt er das Bekenntnis der Freude über die Fortschritte im Befinden von Erkelenz, den er herzlich begrüßt. Er berichtet dann über die Situation, die durch die Krankheit von Erkelenz entstanden sei, über die Verhandlungen in der letzten Vorstandssitzung und die Auffassung des Ausschusses. Der Ausschuß war der Meinung, daß bei der Krankheit von Erkelenz eine Vertretung bis zum übernächsten Parteitag nicht angängig sei. Falls Erkelenz jetzt erkläre, daß er seine Arbeit wieder voll aufnimmt, entsteht eine neue Situation. Der Ausschuß hat sich von dem Gedanken leiten lassen, möglichste Rücksicht auf Erkelenz' Befinden zu nehmen. Er hat sowohl das Parteinteresse wie die persönlichen Umstände berücksichtigt. Deshalb muß der Auffassung von Erkelenz scharf und schroff entgegengetreten werden, daß die Ursache für die Erörterung der personellen Dinge im Richtungsstreit zwischen einzelnen Gruppen der Partei liege. Das ist keineswegs der Fall. Die Frage der Vorstandspersonalien mußte in jedem Falle erörtert werden, im Hinblick auf die notwendige Verjüngung, auf die Zweckmäßigkeit der Organisation und die Einteilung der leitenden Parteigremien.

Der Ausschuß hat sich mit der Frage beschäftigt, ob ein Provisorium zu schaffen sei. Haas hat dazu schon im Ausschuß erklärt, daß eine kämpfende Truppe zwar auf einen Musketier Rücksicht nehmen könne, aber nicht auf einen General. Der Ausschuß hat den jetzigen Zustand für unmöglich gehalten und ein Provisorium abgelehnt. Seine Vorschläge sind folgende:

Die Ämter des Parteivorsitzenden und des Vorsitzenden des Vorstandes werden in der Person von Koch-Weser vereinigt.

Die bestehende Zweiteilung wird, ohne Rücksicht auf Personen, für schädlich gehalten. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß sie zu Reibungen führt. Nach Auffassung des Ausschusses ist der jetzige Zustand unerwünscht und deshalb die Vereinheitlichung geboten. Zu Stellvertretern des Parteivorsitzenden schlägt der Ausschuß vor: Erkelenz, Fischer, Frau Dr. Bäumer und Hellpach.

Zu Stellvertretern des Vorsitzenden des Vorstandes werden vorgeschlagen: Külz, Lemmer und Frankfurter.

---

2 Siehe Nr. 150.

3 Siehe Nr. 150.

Der Parteivorstand bestimmt von sich aus einen Geschäftsführenden Ausschuß von 9 Mitgliedern (davon 2 aus dem Reich und 7 aus Berlin), der sich mit organisatorischen Fragen zu beschäftigen hat und dessen Vorsitz Külz und Lemmer übernehmen. Külz und Lemmer führen auch den Vorsitz im Organisationsausschuß, der, weil er zahlreiche wertvolle Mitglieder hat, die nicht dem Vorstand angehören, bestehenbleibt.

Die Zahl der Vorstandsmitglieder (bisher 17 auswärtige, 13 Berliner und 10 zugewählte) wird vermehrt auf 23 auswärtige, 17 Berliner und 10 zugewählte, insgesamt also 50 statt bisher 40, dazu die geborenen Mitglieder, nämlich der Parteivorsitzende, seine Stellvertreter, die Ehrenvorsitzenden und der Hauptgeschäftsführer.

Zur Neuwahl in den Vorstand werden vorgeschlagen:

Schäfer (Köln), Freiherr von Richthofen (Berlin), Oskar Meyer (Berlin), Kallmann (Berlin), Koerber (Münster), Else Reinhardt (Falkenstein)[4], Dehler (Bamberg)[5], Dessauer (Altona)[6], Wildermuth (Berlin).

Es ist gefragt worden, ob man die gesamte Angelegenheit jetzt behandeln oder zurückstellen soll. Man muß sie jetzt zum Abschluß bringen! Und man muß sie so zum Abschluß bringen, daß bei Erkelenz keine Verstimmung zurückbleibt. Der Ausschuß hat die Frage mit aller Sympathie für ihn behandelt. Entscheidend war nur, ob er voll arbeitsfähig ist oder nicht. Man macht mir, schließt Haas, oft den Vorwurf, daß ich zu weich sei; aber ich bin hart, wenn es um das Schicksal der Partei geht.

Erkelenz: Er geht in seinen Ausführungen von der Konstruktion der Parteileitung aus und stellt Amt und Aufgaben des Vorsitzenden des Vorstandes sowohl an sich wie gegenüber dem Parteivorsitzenden dar. Bis vor einigen Jahren hat eine klare Arbeitsteilung zwischen ihm und Koch-Weser bestanden, die durch Koch[-Wesers] Verlangen, alles an sich zu reißen, zerstört worden sei.

Dann legt er die Entwicklung der gegenwärtigen Krise dar. Im Juni 1928 hat er Fischer gebeten, die Stellvertretung zu übernehmen. Beschwerden über die damit geschaffene Regelung sind ihm nicht bekanntgeworden. Niemals ist jemand an ihn herangetreten mit der Frage, wie lange seine Krankheit noch dauern könne. Er wäre immer bereit gewesen, eine Stellvertretung zu akzeptieren, aber der Wunsch danach ist vorher nicht laut geworden. Deshalb ist er ganz ahnungslos in die Vorstandssitzung am 12. Februar gekommen[7], und auch dort hat ihn vorher niemand über die Pläne unterrichtet. Obgleich er zu Beginn der Sitzung ein Gespräch mit Fischer hatte, worin er erwähnte, daß er nicht bis zum Ende der Sitzung ihr würde beiwohnen können, ist die Tagesordnung plangemäß erledigt worden, so daß die Personalfragen in seiner Abwesenheit zur Besprechung kamen. Er protestiert gegen diese Behandlung, und er protestiert vor allem gegen das Schweigegebot, das den Vorstandsmitgliedern über den Verlauf der Vorstandssit-

4 Else Reinhardt, Lehrerin in Falkenstein.

5 Thomas Dehler, Rechtsanwalt, Vorsitzender der DDP Bamberg 1926–1933.

6 Friedrich Dessauer.

7 Siehe Nr. 150.

zung auferlegt wurde. Darin erblickt er eine Kränkung, dagegen hat er sich zur Wehr gesetzt. Er betont nochmals, daß er für eine Stellvertretung durchaus zu haben gewesen wäre.

Eine zweite Frage ist, ob der Aufbau der Organisation der Partei zweckmäßig ist. Er verweist auf seine jahrelange Erfahrung und bejaht die Zweckmäßigkeit des Aufbaus, solange Petersen Parteivorsitzender gewesen sei. Etwas anderes sei es in der Zusammenarbeit mit Koch[-Weser] gewesen. Dem Parteivorsitzenden und dem Vorsitzenden des Vorstandes sei eine Kollektivaufgabe gestellt. Beide sind gleichberechtigt mit der Maßgabe, daß der Parteivorsitzende primus inter pares ist. Vor dem Breslauer Parteitag sei Koch[-Weser] an ihn herangetreten mit dem Wunsch, auch Vorsitzender des Vorstandes zu werden. Er hat damals geantwortet, solange er in der Partei sei, gebe es keine Parteidiktatur. Der gegenwärtige Zustand ist an sich durchaus zweckmäßig, aber Koch[-Weser] sabotiert ihn. Der Hauptunterschied zwischen Koch[-Weser] und Erkelenz besteht darin, daß Koch[-Weser] für die Zentralisation eintritt und Erkelenz für die Selbständigkeit der Wahlkreisorganisationen. Als Beispiel nennt er die Vorgänge bei der Kandidatenaufstellung 1927 und folgert daraus ein einseitiges Übergewicht[8].

Die mich zum Vorsitzenden gewählt haben, machen den Vorwurf[9], daß er während seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Vorstandes zu weich und biegsam gewesen ist. Er wollte Konflikte vermeiden[10]. Wenn es nicht anders möglich ist, wird er den Kampf auf der Plattform des Parteitages zum Austrag bringen, mit der Fragestellung Demokratie oder Diktatur. Entscheidet sich der Parteitag für das zweite, dann ist für ihn kein Platz mehr in der Partei.

Zur Satzungsänderung über die automatische Wahl des Parteivorsitzenden zum Vorsitzenden des Vorstandes äußert er wiederholt, daß diese Bestimmung in Breslau 1925 ohne sein Wissen in die Satzungen eingefügt sei[11].

Zusammenfassend stellt er fest, daß der von Haas vorgetragene Vorschlag des Ausschusses für ihn nicht in Frage kommt, daß er zu einer provisorischen Regelung bereit ist und daß Külz und Lemmer jederzeit in den Vorsitz des Vorstandes gewählt werden können.

Koch-Weser: Die Austragung der personellen Differenzen wird auf dem Parteitag nicht erfolgen. Sollte das doch der Fall sein, so wird er nicht zum Parteitag gehen. Es ist unmöglich für den Führer einer kleinen Partei, derartige Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit zu führen. Es ist ihm vorgeworfen worden, daß er andere tyrannisiere. Man solle einmal im Kabinett nachfragen, ob dort auch diese Meinung verbreitet sei. Er glaube das nicht. Er kann unmöglich den Ruf auf sich sitzen lassen, daß er mit anderen nicht zusammenarbeiten könne. Warum beschäftigen wir uns mit dieser Angelegenheit? Nicht etwa um Erkelenz zu beseitigen. Aber seit Erkelenz' Erkrankung ist Koch[-Weser] gegen seinen

8 Ursprüngliche Fassung: „[. . .] daraus eine Tyrannei von Koch."

9 Ursprüngliche Fassung: „Man hat ihm den Vorwurf gemacht, daß [. . .]"

10 Ursprüngliche Fassung: „Wenn es darauf ankommt, wird er kämpfen!"

11 Der entscheidende Passus der Breslauer Satzung lautet: „Der Parteivorsitzende oder einer seiner Stellvertreter kann gleichzeitig Vorsitzender des Vorstands sein." Siehe S. 813.

Willen sehr stark belastet. Deshalb hat er im Dezember 1928 an Fischer geschrieben. Ambitionen auf den Vorsitz im Vorstand liegen ihm fern. Es ist gleich, ob Külz oder Lemmer oder andere den Vorsitz führen; er hat nur Interesse an einer guten Organisation und Arbeitsfähigkeit der Partei. Wesentlich ist, *daß eine Entscheidung* getrofffen wird, *wie* ist eine zweite Frage. Er äußert sich zu den Ansichten, die Erkelenz in einem Teil seiner Briefe vertreten hat. Erkelenz' Meinung bezüglich der Satzungsänderung ist falsch. Koch[-Weser] wiederholt, daß er keinen Ehrgeiz habe, Vorsitzender des Vorstandes zu werden. Man hat sich aber im Laufe der Zeit mehr und mehr an ihn gewandt, eben weil Erkelenz für Dezentralisation und Selbständigkeit der Wahlkreise eintrete und man deshalb eher zu Koch[-Weser] komme, der den zentralen Gedanken vertrete. Er geht dann auf das von Erkelenz herangezogene Beispiel der Kandidatenaufstellung ein und betont, daß alles im Vorstand besprochen und nichts geheimgehalten sei.

Abschließend betont er, daß er mit Rücksicht auf die Partei entlastet sein wollte. *Deshalb* hat er auf eine Regelung der personellen Fragen gedrängt, aber niemals wollte er gegen Erkelenz vorgehen, sondern alles tun, um ihn nicht zu kränken.

Tantzen hat das Gefühl, vor wichtigen politischen Entscheidungen zu stehen. Er freut sich herzlich über Erkelenz' Anwesenheit. Einmal, weil die Klärung der Dinge nur in offener Aussprache erfolgen könne, zweitens, weil damit der Beweis erbracht sei, daß Erkelenz' Krankheit nur eingebildet sei und er bald wieder arbeitsfähig werde.

Die Vorwürfe gegen Koch[-Weser] hält er für unberechtigt. Seiner Überzeugung nach muß ein Parteiführer autoritativ entscheiden können. Er stellt sich hinter Koch[-Wesers] Ausführungen, daß er auf dem Parteitag nicht kämpfen werde, daß die Organisation schlagkräftig sein muß und daß die Form der Lösung erst in zweiter Linie kommt.

Als Mitglied des Ausschusses für die Vorbereitung der Vorstandswahlen bestätigt er, daß den Ausschußmitgliedern jede persönliche Stellungnahme ferngelegen habe. Er wehrt sich entschieden gegen die Konstruktion eines Falles Lambach[12]. Der gegenwärtige Zustand kann aber nicht bestehenbleiben. In der von Haas vorgeschlagenen Lösung hält er die Personalunion zwischen dem Parteivorsitzenden und dem Vorsitzenden des Vorstands nicht für zweckmäßig. Er schlägt vor, Erkelenz für eine gewisse Zeit zu beurlauben, so daß er keine Verantwortung trägt. Er darf aber auch keine Verantwortung tragen wollen. Ein ständiger Stellvertreter wäre für ein halbes bis ein Jahr zu wählen. Dann ist die Frage sowohl im Sinne von Erkelenz gelöst, dessen Stellung gewahrt bleibt, wie im Sinne von Koch[-Weser], der entlastet wird. Gesundet Erkelenz, so wird der bisherige Zustand wiederhergestellt; wenn nicht, wird er selbst einsehen, daß er seinen Platz räumen muß.

Frau **Bäumer**: Sachlich stimmt sie mit Tantzen überein. Die Schwierigkeit liegt darin, daß zwei Fragen miteinander verkoppelt sind. Einmal die sachliche Frage

---

12 Walther Lambach (1885-1943), MdR (DNVP/Konservative Volkspartei) 1920 bis Juli 1932. Zum „Fall Lambach" vgl. Friedrich Frhr. Hiller von Gaertringen, Die Deutschnationale Volkspartei, in: Ende der Parteien, S. 546.

nach der Zweckmäßigkeit des organisatorischen Aufbaus und zweitens die Personenfragen.

Zur ersten Frage ist sie der Meinung, daß die Parteiorganisation nicht richtig konstruiert sei. Sie erinnert daran, daß nicht nur zwei Spitzen vorhanden sind, sondern drei, da seinerzeit Erkelenz und Fischer als Vorsitzende mit gleichen Rechten gewählt sind. Der von Erkelenz gewählte Vergleich des Parteivorsitzenden mit dem Aufsichtsrat und des Vorsitzenden des Vorstandes mit dem Vorstand einer Erwerbsgesellschaft sei nicht richtig, da doch ganz wesentliche Unterschiede vorliegen. Die Frage kann nicht jetzt, sondern erst nach Erkelenz' Genesung grundsätzlich diskutiert werden. Von einer Diktatur könne man innerhalb der Partei nicht sprechen, bei dem heutigen Zustand allenfalls von einer Doppeldiktatur.

Erkelenz hätte richtiger gehandelt, in der Vertretungsfrage selbst den Anstoß zu geben. Seit den Wahlen geht eine Unruhe durch die Partei. Die Landesparteitage müssen dazu benutzt werden, Entmutigung, Mißstimmung, Vorwürfe abzuwehren. Deshalb muß die Frage des Vorsitzes im Vorstand gelöst werden.

Moering: Die Arbeit im Lande wird durch die Krise im Vorstand erschwert. Reibereien kommen überall vor, aber diese Auseinandersetzungen bedeuten das Ende der Partei, wenn mit Übertreibungen wie „Diktatur" u. ä. gearbeitet wird. Diktatur ist in einer Partei am allerwenigsten möglich. Die heutigen Schwierigkeiten sind das Ergebnis des Bremer Parteitags. Es zeigt sich, daß Vorsitz der Partei und Vorsitz des Vorstandes in einer Hand liegen müssen. Die endgültige Lösung muß vertagt werden, bis die Atmosphäre zwischen den Beteiligten gebessert ist. Sofort notwendig ist ein ständiger Stellvertreter, der in das Land hinausgeht. Erkelenz und Koch[-Weser] müssen im Interesse der Partei einen Weg der Verständigung finden.

Fischer: Er ist zu jedem Ausweg bereit, aber er muß sich gegen die Unterschiebung von Motiven wehren, die er nicht hat, und gegen die von Erkelenz gewählte Bezeichnung „unfair". Er stellt noch einmal die Entwicklung der Dinge seit Erkelenz' Erkrankung dar; schildert die Arbeit, die für ihn die Vertretung mit sich gebracht hat, die Belastung durch die Teilnahme an Wahlkreisparteitagen. Dies alles kann er mit seiner sonstigen Tätigkeit auf die Dauer nicht vereinigen; es ist für ihn unmöglich, einen so bestimmt umschriebenen Posten, wie den des Vorsitzenden des Vorstandes, auf die Dauer auszufüllen. Er erwähnt dann die Vorwürfe, die auf dem Beamtentag in Regensburg schon im September 1928 wegen der ungelösten Vertretungsfrage für Erkelenz erhoben seien. Er erwähnt ferner Koch[-Wesers] Brief vom Dezember 1928. Diesen Brief hat er lange überlegt und schließlich eine Sitzung im engsten Kreise (Koch-Weser, Bäumer, Haas) einberufen, die über die Lösung der durch Erkelenz' Erkrankung geschaffenen Fragen und über Organisationsfragen überhaupt verhandelt hat. Auf einen Zuruf von **Erkelenz** begründet er, warum man Erkelenz nicht vorher unterrichtet habe. Man hielt es für richtig, erst in kleinerem Kreise eine Lösung vorzubereiten und ihn dann durch eine ihm nahestehende Persönlichkeit zu unterrichten und seine Zustimmung herbeizuführen. Genau so hat auch die Fraktion gehandelt, als sie Schneider an Erkelenz' Stelle in den Fraktionsvorstand wählte.

Fischer gibt dann einen Überblick über die Konstruktion des Vorsitzes im Vorstand, wie sie in Bremen geschaffen wurde. Damals wählte man Erkelenz und Fischer zu gleichberechtigten Vorsitzenden und traf damit eine politische Entscheidung. Er erwähnt diese Dinge, um zu begründen, warum er sein Amt zur Verfügung stellt. Er glaubt, Erkelenz den Übergang zu erleichtern, wenn beide aus dem Vorsitz im Vorstand ausscheiden und die Stellvertretung des Parteivorsitzenden übernehmen.

Zum Schluß erklärt er noch einmal die Behandlung der Angelegenheit in der Sitzung vom 12. Februar und seitdem. Er ebenso wie der Parteivorstand waren von dem besten Willen getragen, Erkelenz schonend zu behandeln und die notwendigen Maßnahmen mit aller Rücksicht zu treffen. Leider ist diese Absicht durch die zwar gutgemeinte, aber unzweckmäßige Indiskretion eines Vorstandsmitgliedes vereitelt worden. Das von Erkelenz gerügte Schweigegebot war keine feindselige Maßnahme, sondern sollte die vorzeitige Erörterung der Dinge verhindern. Unter Zurückweisung der persönlichen Behandlung der Frage durch Erkelenz und der von ihm erhobenen Vorwürfe erklärt Fischer sich mit der von Tantzen vorgeschlagenen Regelung einverstanden.

Külz (zur Geschäftsordnung): Eine Fortsetzung der Debatte erscheint sachlich nicht nötig. Die Dinge sind geklärt; die vom Ausschuß erstrebte organisatorische Neuregelung scheitert am Widerspruch von Erkelenz. Er schlägt deshalb Zurückverweisung an den Ausschuß vor, dem Vollmacht zur Bestellung eines Stellvertreters zu geben ist, und stellt den Antrag auf Schluß der Debatte.

Nuschke, der soeben eingetroffen ist (zur Geschäftsordnung), wendet sich gegen den Beschluß auf Verschiebung des Parteitages, von dem er und seine preußischen Freunde schmerzlich überrascht seien. Er bittet, die Frage noch einmal zu erörtern.

Der Einspruch wird zurückgewiesen.

Der Antrag Külz auf Schluß der Debatte wird mit 17 gegen 12 Stimmen angenommen.

Erkelenz lehnt den von Külz im Zusammenhang mit seinen Briefen gebrauchten Ausdruck „neurotischer Zustand" als „Entschuldigung" ab. Er wendet sich auch dagegen, daß man ihm sozusagen „Gespensterseherei" vorwürfe, und äußert noch einmal seine Meinung über die Vorstandssitzung vom 12. Februar und die Art, wie er allmählich Kenntnis davon bekommen habe. Die Erörterung der grundsätzlichen Frage im Verhältnis zwischen Parteivorsitzendem und Vorsitzendem des Vorstandes stellt er zurück; man wird sich später darüber unterhalten.

Frankfurter (persönlich) bedauert den Schluß der Debatte. Er wendet sich gegen die vertrauliche Behandlung persönlicher Dinge, die auch ihn betroffen hat, da er den Vorsitz des Organisationsausschusses verlieren soll. Für einen Wechsel im Vorsitz des Ausschusses tritt er selbst ein. Die Art, wie man in der Vorstandssitzung vom 12. Februar gehandelt habe, hat auch ihn verletzt. Er verbreitet sich dann über die Ursprünge der Teilung der Ämter der beiden Vorsitzenden und über die Fassung des Satzungsabschnittes, den Erkelenz bemängelt hat. Er stellt fest, daß die Bestimmung, nach der von der Wahl eines besonderen Vorsitzenden des Vorstandes abgesehen werden kann, Erkelenz bekannt sein mußte.

Koch-Weser (zur Geschäftsordnung) betont die Zurückhaltung, die er in der ganzen Frage im Ausschuß und bei der sonstigen Vorbereitung geübt hat. Nachdem die Vorwürfe von Erkelenz gegen ihn in zahlreichen Briefen ins Land hinausgegangen sind, muß er verlangen, daß der Vorstand von Erkelenz' Vorwürfen abrückt. Wird ein Stellvertreter für Erkelenz gewählt, dann muß er auch die Vertretung der Partei im Lande übernehmen, durch die Koch[-Weser] bisher sehr belastet wurde.

Frau **von Koerber** (persönliche Bemerkung) äußert sich im wesentlichen referierend über die Vorstandssitzung vom 12. Februar, das darüber angefertigte Protokoll und kritisiert heftig die Behandlung der Frage.

Frau **Bäumer** (zur Geschäftsordnung) tritt für Schluß der in persönlichen Bemerkungen und Bemerkungen zur Geschäftsordnung fortgesetzten Debatte ein, weil sie unfruchtbar sei.

Dr. **Cohnstaedt** (persönlich) beantragt Wiedereröffnung der Debatte. Der Antrag wird nach kurzer Aussprache mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Frankfurter (zur Geschäftsordnung) stellt den Antrag, eine provisorische Regelung dadurch zu schaffen, daß Külz und Lemmer zur Ergänzung von Fischer und Frankfurter als stellvertretende Vorsitzende des Vorstandes zu wählen und mit der Geschäftsführung zu beauftragen sind.

Cohnstaedt (persönlich) stellt fest, daß auf dem Bremer Parteitag Erkelenz nicht als Arbeitnehmer zum Vorsitzenden des Vorstandes gewählt ist, sondern daß diese Wahl eine politische Entscheidung war.

Erkelenz bestätigt diese Auffassung, und **Fischer** erklärt zur gleichen Frage, daß nicht er, sondern der Ausschuß für Handel und Industrie zur Vermeidung von Mißverständnissen ihn in Bremen zum Mitvorsitzenden des Vorstandes vorgeschlagen hat. Nachdem **Hummel** in derselben Frage einen zeitlichen Irrtum von Cohnstaedt berichtigt und eine Debatte zur Geschäftsordnung über die Abstimmung stattgefunden hat, schlägt **Frankfurter** vor, die Arbeitsteilung innerhalb des Vorsitzes des Vorstandes so zu regeln, daß Külz und Fischer für die Reichsgeschäftsstelle und die Vetretung nach außen zur Verfügung stehen, Frankfurter und Lemmer für den Organisationsausschuß. Der Antrag Erkelenz[13] auf Zuwahl von Külz und Lemmer in den Vorsitz des Vorstandes wird mit allen gegen zwei Stimmen (Heuss und Landahl) angenommen.

Erkelenz: Das Zusammenarbeiten mit einer Persönlichkeit, von der sachliche Meinungsverschiedenheiten trennen, braucht nicht gestört zu sein. Sachliche Meinungsverschiedenheiten werden immer vorliegen. In persönlicher Beziehung gibt er gegenüber Fischer und Koch[-Weser] die Erklärung ab, daß er von deren Ausführungen Kenntnis genommen, sie akzeptiert hat und daß weitere Störungen für eine Zusammenarbeit nicht vorliegen. Die in seinen Briefen erhobenen Vorwürfe könne er vielleicht nicht völlig aufrechterhalten.

Koch-Weser verlangt ein ausdrückliches Vertrauensvotum, da durch die Ausführungen in Erkelenz' Briefen sein Ruf gelitten habe.

---

13 Ursprüngliche Fassung: „Der Antrag Frankfurter auf [. . .]"

Moering hält ein Vertrauensvotum für unnötig, da das Vertrauen des Vorstandes zu Koch[-Weser] keinen Augenblick schwankend geworden sei.

Erkelenz gibt die Erklärung ab, daß er ohne jede Einschränkung die in seinen Briefen und seinen sonstigen Ausführungen erhobenen Vorwürfe gegen Koch[-Weser] und Fischer nicht aufrechterhalten wolle.

Der Vorstand gibt durch lauten Beifall seine Befriedigung über diese Erklärung zu erkennen. **Fischer** erklärt sich für befriedigt; Koch[-Weser] verläßt den Saal.

Nachdem **Hummel** und Frau **Bäumer** Erkelenz' Ausführungen interpretiert haben, erklärt **Moering** nochmals, daß keine Notwendigkeit vorliegt, ein Vertrauensvotum zu formulieren.

Heuss, der inzwischen mit Koch[-Weser] Rücksprache genommen hat, berichtet, daß Koch[-Weser] verlangt, die Angelegenheit restlos zu bereinigen. Er müsse darauf bestehen, da die Vorwürfe gegen ihn nicht nur Vorstandsmitgliedern gegenüber ausgesprochen seien, sondern durch Erkelenz' Briefe weiteren Kreisen bekanntgeworden seien.

Erkelenz wiederholt seine vorher abgegebene Erklärung und gibt für die Dauer der Behandlung dieser Frage den Vorsitz an Fischer ab.

Haas empfindet jede Beschlußfassung als überflüssig und schädlich. Er schlägt vor, eine Feststellung zu formulieren, die Koch[-Weser] Genüge tut.

Lebach spricht sich gegen ein Vertrauensvotum aus, weil es für Koch[-Weser] unnötig sei und als gegen Erkelenz gerichtet erscheinen könne.

Heuss unterstützt den Vorschlag von Haas.

Frankfurter (zur Geschäftsordnung) beantragt, aufgrund der Beschlüsse des preußischen Landtags über die Einbeziehung der freien Berufe in den Kreis der Gewerbesteuerpflichtigen eine Resolution zugunsten der freien Berufe zu fassen.

Haas verliest folgende Formulierung: „Niemand im Vorstand nimmt an, daß Koch[-Weser] sich irgendwie an Aktionen gegen Erkelenz in seiner Eigenschaft als Arbeitnehmer und auch gegen Erkelenz persönlich beteiligt hat."

Gegen diese Auffassung erhebt sich kein Widerspruch. Sie wird von allen Anwesenden gebilligt.

Stephan (persönliche Bemerkung) äußert sich über seine Stellung in den Vorgängen der letzten Wochen, betont die außerordentliche Schwierigkeit seiner Lage und hofft, derartiges nicht noch einmal erleben zu müssen.

Fischer gibt dem Verständnis für Stephans Lage und dem Dank für seine tapfere Behandlung der Frage Ausdruck, was von den Vorstandsmitgliedern durch spontanen Beifall bekräftigt wird. Fischer bezeichnet Erkelenz' offene Erklärung über die Grundlosigkeit seiner Meinung über Koch[-Wesers] und Fischers Motive als eine Erlösung und vertritt mit Nachdruck die Auffassung, daß nunmehr alle persönlichen Dinge beigelegt sind.

Anschließend entwickelt sich anläßlich der Beschlüsse des Preußischen Landtags über die Einbeziehung der freien Berufe in die Gewerbesteuerpflicht eine Debatte

über die Stellung der Partei zu den freien Berufen[14]. **Koch-Weser** *bedauert, daß die preußische Fraktion sich bei der Abstimmung gespalten habe, dadurch werde die Agitation in dieser Frage erschwert. Auf Vorschlag von* **Erkelenz** *werden Meyer, Schreiber, Stolper, Krell und Frankfurter beauftragt, eine Resolution gegen die Einbeziehung der freien Berufe auszuarbeiten.*

Der Vorstand berät inzwischen über das Wehrprogramm[15]. **Külz** *berichtet über die Arbeit des Redaktionsausschusses am Entwurf.* **Cohnstaedt** *und Frau* **Uth** *empfehlen Zurückstellung und weitere Beratung des Entwurfs,* **Nuschke, Fischer** *und* **Heuss** *treten für seine Annahme und Veröffentlichung ein.* **Graf Bernstorff** *kritisiert, daß in dem Entwurf der Artikel acht des Völkerbundpakts*[16] *nicht genügend betont werde. Nach längerer Diskussion wird die Veröffentlichung des Entwurfs als vom Vorstand angenommenes Wehrprogramm unter dem Titel „Richtlinien der Deutschen Demokratischen Partei für die Wehrfragen" mit zehn gegen acht Stimmen beschlossen*[17].

Der Vorstand nimmt mit einer Gegenstimme die von dem dafür eingesetzten Ausschuß entworfene Resolution zur Gewerbesteuer an. Sie spricht sich angesichts der steuerlichen Belastung der Wirtschaft für eine radikale Umgestaltung der Gewerbesteuer aus, die aber nicht durch „untaugliche und kulturfeindliche Mittel wie die Doppelbesteuerung der schwer ringenden freien Berufe" herbeigeführt werden dürfe[18].

Der Vorstand wendet sich dann der Frage des Wahlreformentwurfs zu[19]. **Erkelenz** *tritt für eine Überweisung des Entwurfs an die Fraktion ein.* **Külz** *wünscht sofortige Beratung, da die Gefahr bestehe, daß das Zentrum den Demokraten mit einem eigenen Entwurf zuvorkomme; die Partei dürfe sich jedoch auf diesem Gebiet nicht die Führung nehmen lassen. In der Aussprache werden verschiedentlich Bedenken gegen eine Veröffentlichung vorgebracht, da der Entwurf noch nicht ausgereift sei und die Fraktion sich noch nicht mit ihm beschäftigt habe. Der Vorstand einigt sich schließlich darauf, ihn mit dem Hinweis zu veröffentlichen, daß es sich dabei um den Entwurf des vom Parteivorstand und der Reichstagsfraktion eingesetzten Unterausschusses handele, zu dem die Reichstagsfraktion in ihrer ersten Sitzung nach Ostern Stellung nehmen werde*[20].

---

14 Vgl. Protokoll der Sitzung der preußischen Fraktion v. 20. u. 22.3.1929. DDP/Staatspartei R 45/III 65.

15 Siehe Nr. 150.

16 Artikel 8 behandelte die Abrüstungsfrage.

17 Abgedruckt in: Demokrat v. 5.4.1929 Nr. 7.

18 Liegt vor.

19 Siehe Nr. 149. Der Entwurf befindet sich unter den Akten. „Reichswahlgesetz". DDP/Staatspartei R 45/III 21.

20 Abgedruckt in: Demokrat v. 5.4.1929 Nr. 7. Zur weiteren Entwicklung der Frage siehe Nr. 153.

152.

28.4.1929: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: zunächst Petersen, dann Fischer. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 17 Uhr. Ort: Leipzig, im „Kaufmännischen Vereinshaus".

Petersen*eröffnet. Er weist auf die bevorstehenden sächsischen Landtagswahlen hin und unterstreicht die Bedeutung des demokratischen Gedankens. Dann dankt er Koch-Weser für seine Umsicht und Energie in der Leitung des Justizministeriums und für die Selbstlosigkeit, mit der er dieses Amt im Interesse der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt habe*[1]. **Herz**[2] *begrüßt die Mitglieder des Parteiausschusses im Namen der Leipziger Demokraten. Anschließend berichtet* **Dehne**[3] *über den sächsischen Wahlkampf und setzt sich kritisch mit der Politik der Wirtschaftspartei und der Sozialdemokratie auseinander.*

Nach Dr. Dehne hielt **Koch-Weser** sein Referat. Er dankte den sächsischen Parteifreunden für die freundliche Begrüßung und wünschte ihnen im kommenden Landtagswahlkampf einen vollen Erfolg. Der Landtagswahlkampf ist notwendig geworden durch die Haltung der sächsischen Sozialdemokratie, die in Abweichung von der Haltung der Reichsparteileitung sich der Großen Koalition widersetzt und ein Wahlgesetz angefochten hat, das sie selbst geschaffen hat. Wie Hugenberg[4] mit seiner Intransigenz die Hebamme der Großen Koalition im Reiche gewesen ist, so verdankt die gegenwärtige sächsische Regierung ihre Existenz dem Radikalismus der sächsischen Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Wer wie ich immer dafür eingetreten ist, daß man die Sozialdemokratie durch Mitarbeit am Staate zur Mitverantwortlichkeit bringe, hat das Recht zu sagen, daß es ebenso gefährlich ist, wenn der Arbeiter ohne den Bürger regiert, als wenn der Bürger ohne den Arbeiter regiert. Die Deutsche Demokratische Partei wird im neuen Landtage erneut ihre Bedeutung haben als Sammlungsstätte aller Freiheitlich-, Fortschrittlich- und Sozialgesinnten, die gegen Klassenkampf und für Volksgemeinschaft, gegen Fanatismus und für Völkerverständigung eintreten. Der Republik ist es zu verdanken, daß das deutsche Volk in den letzten Jahren vor Hunger, Bolschewismus und dem Vernichtungswillen seiner Gegner bewahrt geblieben ist. Wir sehen mit Genugtuung auf unsere Mitwirkung in diesen zehn Jahren. Aber wir haben keine Veranlassung, uns für alles verantwortlich machen zu lassen, was geschehen ist. Es ist vielleicht ein Schaden für die Deutsche Demokratische Partei gewesen, daß sie, um überhaupt nur den Staat am Leben zu erhalten, die Verantwortung auch da hat mit übernehmen müssen, wo nicht oder nicht voll in ihrem Sinne

1 Am 13.4.1929 war Koch-Weser aus dem Justizministerium ausgeschieden, da dieses Ressort gemäß den bei der Regierungsbildung im Juni 1928 getroffenen Vereinbarungen jetzt vom Zentrum beansprucht wurde. Vgl. Kabinett Müller II S. 545.

2 Reinhard Herz, Vorsitzender des Ortsvereins Leipzig.

3 Julius Dehne (geb. 1873), Direktor der Sächsischen Bank in Dresden, MdL Sachsen (DDP), sächsischer Finanzminister 1926, sächsischer Innenminister 1927.

4 Alfred Hugenberg (1865–1951), MdR (DNVP/NSDAP) 1919–1945, Reichswirtschafts- und Landwirtschaftsminister von Januar bis Juni 1933, Vorsitzender der DNVP 1928-1933.

gearbeitet wurde. Wir kommen mit der schrankenlosen Bejahung des Bestehenden nicht durch. Die Republik besteht, aber sie wird nur bestehenbleiben, wenn sie nicht stehen bleibt, sondern sich entwickelt. Das gilt in erster Linie auch für die Handhabung der Verfassung.

Niemand darf sagen, daß die Verfassung und ihre Handhabung ein fertiges Werk sei. Nicht darum, ob sie fertig oder unfertig sei, geht der Streit mit unsern Gegnern, sondern darum, ob sie eine geeignete Grundlage ist oder ob man diese Grundlage wieder aufbrechen soll. Wir wehren uns gegen einen Parteiismus, der die Parteien an die Stelle der Regierung zu setzen versucht, der bei den Ministerernennungen die Zahl anstelle der Persönlichkeit setzt, der eine starke und verantwortungsbewußte Regierung erschwert und der unausführbare Beschlüsse faßt in der Hoffnung, daß die Regierung Mittel und Wege finden werde, sie nicht auszuführen. (Großer Beifall.) Gegen eine solche Handhabung ist das Volk aufzurufen und hätte vielleicht schon im letzten Jahre aufgerufen werden müssen. Mit einer Verfassungsänderung, wie sie die Deutsche Volkspartei in der Form der Einführung einer qualifizierten Mehrheit für ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung beantragte, ist allerdings nichts gewonnen. Es war geradezu grotesk, daß diese Forderung an einem Zeitpunkt aufgestellt wurde, wo man keine Regierung zusammenbringen konnte. Fast alle Regierungen sind nicht durch Mißtrauensvoten gestürzt, sondern deswegen, weil sie ihr Ziel infolge des Widerstandes ihrer Gefolgschaft nicht erreichen konnten. Wenn aber die Verfassung wirklich auf die Dauer falsch gehandhabt werden sollte, so wird man auch die Frage einer verständigen Änderung der Verfassung nicht ohne weiteres verneinen wollen, um die Form der Verfassung ihrem Sinn anzupassen. Wir sind weiter Vorkämpfer für eine Reichsreform, weil wir immer der Anschauung gewesen sind, daß die Weimarer Verfassungsgeber ja die Bahn für eine gesunde Gliederung und Organisierung Deutschlands frei gemacht haben, aber noch nicht bis zum Ende schreiten konnten. Ich freue mich, daß auch über den Weg zum dezentralisierten Einheitsstaat heute zwischen fast allen führenden Personen eine Einigung erzielt worden ist. Innerhalb der Partei bedeutet das, daß auch Höpker-Aschoff und ich uns auf einer mittleren Linie gefunden haben[5]. (Beifall.) Das Ergebnis liegt dem Parteiausschuß in der Form formulierter Anträge des vorbereitenden Ausschusses vor[6]. Dieses Ergebnis deckt sich fast völlig mit den Beschlüssen der Ausschüsse der Länderkonferenz. Es klang neulich so, als wenn der Reichsinnenminister Severing sich über die Arbeiten der Länderkonferenz skeptisch ausgesprochen habe. Ich verstehe das nicht recht. Die beiden maßgebenden Ausschüsse, Organisationsausschuß und Zuständigkeitsausschuß, kommen zu denselben

5 Während Höpker-Aschoff und Koch-Weser im erstrebten Endziel, der Schaffung des dezentralisierten Einheitsstaats, übereinstimmten, waren sie bisher unterschiedlicher Auffassung über die Lösung des damit verknüpften preußischen Problems gewesen. Höpker-Aschoff war für die sogenannte großpreußische Lösung eingetreten, während Koch-Weser dem Gedanken der Dezentralisation des preußischen Staates bzw. der Personalunion bestimmter preußischer mit bestimmten Reichsministerien zugeneigt hatte. Vgl. Schulz S. 251–257; ferner Koch-Wesers Leitsätze auf dem Hamburger Parteitag und die anschließende Diskussion, abgedruckt in: Demokrat v. 28.4.1927 Nr. 8.

6 Abgedruckt unter dem Titel: „Für den deutschen Einheitsstaat! Richtlinien der DDP", in: Demokrat v. 5.5.1929 Nr. 9.

Ergebnissen. Wenn sich das Plenum ihnen auch nur mit Stimmenmehrheit anschließt, ist eine feste Basis für die Arbeit des Reichsministers des Innern geschaffen. Es bedarf dann der zähen Arbeit der politischen Leitung, den Reichstag zu Entschlüssen zu bringen oder in einem Volksentscheid das Volk aufzuklären. Die Länder mit wesentlich sozialistischer Regierung auf diesen Weg zu bringen, kann doch gerade dem gegenwärtigen Minister des Innern nicht schwerfallen.

Wir alle, die wir uns mit der Frage beschäftigen, sind heute darin einig: *Der Einheitsstaat kann nur mit einer einmaligen großen Maßnahme erreicht werden.* Er muß eine gute und gleichmäßige Gliederung Deutschlands bringen, bei der sich die Grenzen der Länder mit denen der Reichsverwaltungsbezirke decken müssen. Die Gewalt, die in Preußen verkörpert ist und die Norddeutschland einen festen Zusammenhalt gibt, muß auf die Reichsregierung überführt werden. Wir halten es mit Rücksicht auf die erforderliche Neugliederung auch für erträglich, wenn für Norddeutschland Gesetzgebung und Verwaltung noch in weiterem Umfange in der Hand des Reiches sind als für Süddeutschland. Um die Errichtung reichseigener Behörden überall draußen im Lande unmöglich zu machen, zugleich aber dem Reiche den nötigen Einfluß auf für das Reich bedeutungsvolle Angelegenheiten zu geben, ist zwischen die Reichseigenverwaltung und Landeseigenverwaltung die Reichsauftragsverwaltung zu setzen. Das parlamentarische System in unserem Sinne ist auf das Reich, wo große politische Entscheidungen fallen, zu beschränken. Der Reichsrat ist als eine Vertretung der Länder beizubehalten. Der badische Minister Remmele[7] hat die Sachlage richtig erkannt, wenn er immer sagt, daß den Ländern das Recht auf Verwaltung garantiert werden muß. Verzichten sie auf das alte Souveränitätsgefühl, so finden sie in einer ausgedehnten Verwaltungsarbeit für sich und ihre Bevölkerung einen mehr als vollwertigen Ersatz. Den Ländern und Gemeinden ist Einnahmebewilligung und Ausgabendeckung wieder zu übertragen. Ich habe sogar Hoffnung, daß auch Bayern den Ideen des Einheitsstaates jetzt freundlicher gegenübersteht, wo es im Reichsrat ein Reichshopfengesetz beantragt hat, weil die Länder allein nicht in der Lage seien, hier Ordnung zu schaffen. Was aber dem Bier billig ist, sollte auch den gesamten staatlichen und wirtschaftlichen Interessen recht sein. (Große Heiterkeit.) Die Ungültigkeitserklärung von Landtagswahlen dort, wo sich das Land der Entscheidung des Staatsgerichtshofes unterwirft, die Aufrechterhaltung von Landtagswahlen aufgrund verfassungswidriger Gesetze wie in Bayern, weil man dort mit rückwirkender Kraft den Staatsgerichtshof ausgeschlossen hat, ist auf die Dauer unmöglich. Die verschiedenartigen Entscheidungen des Staatsgerichtshofes zeigen die Verwirrung, die durch das Kunterbunt angerichtet wird, das heute im Verfassungsleben herrscht. Die Verschiedenartigkeit der Ausgestaltung des Wahlrechts hat nichts mit der Eigenheit der Stämme, aber alles mit dem Eigensinn des Dezernenten zu tun. Auch die Finanzwirtschaft wird erst in Ordnung kommen, wenn eine Verwaltungsreform geschaffen ist, die nur nach einer Verfassungsreform einheitlich und durchgreifend für Deutschland möglich ist. Der jetzige

7 Adam Remmele (1877–1951), MdL Baden (SPD) 1919–1929, MdR 1928 bis März 1933, badischer Innenminister 1919, badischer Kultusminister 1925–1926, badischer Staatspräsident 1922-1923 und 1927-1928.

Finanzausgleich beeinträchtigt die industriellen Länder und Städte, die zwar höhere Einnahmen haben, aber auch viel höhere sozialpolitische Pflichten. Ein Abbau der Sozialpolitik würde der Wirtschaft teuer zu stehen kommen. Die Sozialpolitik, die die Arbeitnehmer zum kollektivistischen Sparen bringt, ist tragbarer als das amerikanische System. (Hugenbergs Sturmlauf dagegen ist ein Kampf gegen Windmühlen, der seine Diktatur schon in der eigenen Partei gefährdet.) Daß aber die Erwerbslosenversicherung auf den ersten Anhieb nicht gelungen ist und sich so in der Entvölkerung des flachen Landes, in der Behandlung der Saisonarbeiter und in der Kontrolle schwere Mißstände ergeben, kann gerade derjenige nicht leugnen, der rechtzeitig die Mißstände beseitigen will, um die Aufrechterhaltung des Grundgedankens nicht zu gefährden.

Auch in der Außenpolitik darf man die Entwicklung der letzten Jahre nicht ohne Kritik hinnehmen. Die Diplomaten haben die gute Idee eines Völkerbundes, der gleichmäßig zu allen Staaten steht und alle Streitigkeiten souverän schlichtet, durch eine Fülle von Papier, „bilateralen" und „multilateralen" Sicherheits-Schiedsverträgen, zugedeckt, die die große Idee ersticken. Es ist gröblich gegen den Grundsatz gesündigt, daß diese Idee Gemeinschafts–Verständigung sein muß, wenn sie sich durchsetzen soll. Die gegenwärtigen Verhandlungen von Paris[8] geben ein trübes Bild. Noch niemals hat ein Industrieland ohne viel Bodenschätze oder ohne große Kapitalrenten von auswärts einen guten Lebensstandard behauptet, noch weniger geldliche Leistungen ans Ausland vollbringen können. Ich habe keinerlei Veranlassung, in eine voreilige Kritik unserer Pariser Unterhändler einzutreten, die von der Reichsregierung bestellt sind. Ich billige es, daß sie in ihren Angeboten nicht über die Grenzen der deutschen Leistungsfähigkeit hinausgegangen sind. Meine Hoffnung, daß es jetzt noch zu einer Einigung kommt, ist gering. Die Konferenz schon jetzt abzuhalten, entspricht dem Betreiben des Reparationsagenten[9], aber leider hält sich bisher Amerika ganz zurück. Jedenfalls sehen wir aber den Erfolg einer zehnjährigen Verständigungspolitik darin, daß Deutschland dadurch die Sicherheit erhalten hat, auch bei einem Scheitern dieser Verhandlungen von terroristischen Maßnahmen und gewaltsamen Sanktionen verschont zu bleiben und auf gleicher Stufe wie seine Gegner auf eine endgültige Verständigung warten zu können.

Keine Partei kann heute mehr darum herumkommen, zu den Wirtschaftsproblemen ein festes Programm zu entwickeln. Wenn man einen Staat hat, der einen Einfluß auf die Gestaltung des Schicksals von etwa 90 % unserer Volksgenossen ausübt, darf man nicht annehmen, daß dem Wähler die wirtschaftliche Einstellung seines Abgeordneten gleich sei. Die sozialistische Lehre ist gewiß faszinierend, und sie bleibt es auch deswegen, weil sie niemals in die Praxis umgewandelt wird. Sie wird gewiß nicht durch die Überführung möglichst vieler Privatbetriebe in die öffentliche Hand erfüllt, und ich verstehe nicht, daß man schon daran eine Freude haben kann, wenn viele öffentliche Betriebe vorhanden sind, die keineswegs sozialer, aber vielfach wirtschaftlich schlechter geleitet werden als die privaten.

---

8 In Paris tagte seit dem 9.2.1929 der internationale Sachverständigenausschuß zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage. Vgl. Schulthess 1929 S. 477–485.

9 Seymour Parker Gilbert (1892-1938), amerikanischer Bankier, Generalagent für die Reparationszahlungen 1924-1930.

Gerade eine nichtsozialistische Partei darf sich nicht der Notwendigkeit verschließen, ein Wirtschaftsprogramm aufzustellen, allein mit dem Schlagwort von der freien Wirtschaft kommt man nicht mehr durch. Freiheit der Wirtschaft darf nicht Freiheit der Monopole bedeuten. Das Wirtschaftsprogramm der Deutschen Demokratischen Partei, das unter der Führung von Dr. Stolper ausgearbeitet wird, geht seiner Vollendung entgegen. Wir haben bei einer mehrtägigen Zusammenkunft von Sachverständigen der Partei aus den verschiedensten Berufsschichten vor einigen Wochen feststellen können, daß wir oft um Worte gestritten haben, in der Sache uns aber fast völlig eins sind. Die Deutsche Demokratische Partei hat nicht nur darunter gelitten, daß sie keine Interessenpartei ist, sondern auch unter dem Vorwurf, als wolle sie sich einseitigen Interessen dienstbar machen. Ich bin überzeugt, daß das Wirtschaftsprogramm den Beweis dafür liefern wird, daß die DDP feste Wirtschaftsziele hat, die niemandem Sonderbegünstigung zuteil werden lassen, aber den Aufstieg der leistungsfähigen Persönlichkeit und die Hebung der Massen fördern und Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkte sichern. Wir wissen genau, daß Fanatismus und Interessenpolitik uns vielfach Anhänger abgenommen haben. Aber wir sehen trotz allem die Zukunft der Partei in einer unbeirrbaren Sachlichkeit, die jeden an sein Ziel kommen läßt und dem Ganzen dient.

Vor Beginn der Aussprache macht Herr **Stephan** Mitteilungen über die Anordnung der Rednerliste und verliest die Rednerliste, die in der Weise aufgestellt ist, daß alle Personen, die sich vor und während des Referates von Koch-Weser gemeldet haben, als gleichzeitig gemeldet angesehen und in zweckmäßiger Weise geordnet worden sind.

Herr **Wachhorst de Wente** beantragt eine Redezeit von 10 Minuten. Auf Antrag von Herrn Koch-Weser beschließt die Versammlung, den beiden ersten Diskussionsrednern eine Redezeit von je 20 Minuten zu gewähren, dann aber die Zeit auf zehn Minuten zu beschränken.

Prof. **Goldschmidt** (Köln)[10] begründet die Richtlinien der Kölner Organisation zur Wirtschaftsfrage. Wir betreiben absolut keine Stürzerei irgendeines Führers, aber wir werden mißtrauisch der Partei gegenüber in bezug auf das Wirtschaftsprogramm, namentlich, da eine Äußerung eines Führers bekanntgeworden ist dahingehend, daß die Partei nicht gewillt ist, an das heiße Eisen eines Wirtschaftsprogramms zu fassen. Die offizielle Kommission ist auch nicht vorangekommen. Ich habe keine Hoffnung, daß wir zu einem Wirtschaftsprogramm gelangen werden, mit dem alle Demokraten einverstanden sind. Die obersten Linien eines Wirtschaftsprogramms sind Sache des politischen Wollens, nicht eine Zusammentragung von Material. Schon aus dem Grunde nicht, weil vieles, was darin niedergelegt würde, heute schon nicht mehr passen würde. Die Sache muß daher so schnell wie möglich durch die Parteiinstanzen gebracht werden in großen Zügen. Das Übrige, die Ausarbeitung im einzelnen, mögen die Sachverständigen dann ausführen. Die freie Wirtschaft ist durch die Entwicklung überholt, die Organisationswirtschaft ist eine weltwirtschaftliche Erscheinung und kommt unter allen Umständen. Das müssen wir in unser Programm hineinschreiben. Der

10 Hans Goldschmidt, Professor für Wirtschaftsrecht an der Universität Köln.

Mittelstand muß besonders pfleglich behandelt werden. Daher Abbau der Hauszinssteuer, auch allmählicher Abbau der Wohnungszwangswirtschaft, sodann Wiederaufrollung der Aufwertungsfrage, allerdings mit genügender Vorsicht. Wir haben in dieser Beziehung in der Öffentlichkeit nicht mit der Resonanz gekämpft, wie wir es hätten tun sollen. Wir wünschen kein Programm, bei dem Gegensätze zu sehr überbrückt sind. Das Recht der Kritik wollen wir in höherem Maße in Anspruch nehmen, als bisher gebräuchlich war, und wir hoffen, daß unser Vorgehen auch Nachahmer finden wird. Wenn die offizielle Kommission praktische Arbeit leistet, dann werden wir die größte Befriedigung darüber empfinden.

Herr Dr. **Stolper**: Goldschmidt hat ungefähr gesagt: Erstens kenne ich das Programm nicht, zweitens mißbillige ich es. Er hat es ein Programm des Kompromisses genannt. Redner legt an einem Beispiel dar, daß das Kölner Programm auch Kompromisse enthält. Dafür muß man volles Verständnis haben, da es bekannt ist, daß die Dinge sich hart im Raume stoßen. Goldschmidt sagt, es komme auf die Grundeinstellung an. Diese Einstellung soll angeblich in dem ersten Satze seines Programms stehen: mit der Anerkennung der Organisationswirtschaft. Damit ist aber noch gar nichts gewonnen. Die wirtschaftspolitische Einstellung der Partei kann nicht darin bestehen, daß man eine Tatsache anerkennt, die Partei hat vielmehr in ihrem Programm zu erklären, was ihren Wünschen für die Zukunft entspricht. Bei dieser Grundfrage unterscheide ich mich ebenso wie die anderen Männer der Kommission wohl etwas von Goldschmidt. Es ist nicht so, daß sich alles, was sich Trust, Konzern usw. nennt, auf einen gemeinsamen Nenner bringen läßt; es werden hier sehr verschiedene Dinge häufig unter einem Namen zusammengefaßt. Es ist zu fürchten, daß die Resignation in bezug auf die Organisationswirtschaft uns in zu großer Nähe der Sozialdemokratie bringt. Wenn das aber eintritt, dann vermögen wir niemandem klarzumachen, warum er nicht lieber gleich Sozialdemokrat wird. Eine Hauptfrage ist, welche Rolle wir dem Unternehmer in der Wirtschaft einräumen wollen. Der Unternehmer ist auch in der Organisationswirtschaft der Träger aller wirtschaftlichen Organisation. Er ist heute noch unentbehrlich, und er wird es auch später sein. Wir gehen davon aus, daß die Menschen und nicht die Organisationen die Wirtschaft machen. (Lebhafter Beifall.) Die Organisationen dürfen den Menschen nicht ersticken und nicht unterdrücken.

Herr **Barteld** untersucht die Frage, wie die Maßnahmen der Partei auf die Stimmung der Wähler im Lande gewirkt haben. Eine Besserung in der Stimmung gegenüber der Deutschen Demokratischen Partei ist gewiß vorhanden, sie ist hervorgerufen worden durch die Haltung der Partei bei der langen Regierungskrise und besonders durch die Haltung Koch-Wesers, der leider aus dem Justizministerium hat austreten müssen. Bei den einfachen Leuten im Lande ist die Stimmung durch diese Tätigkeit allerdings nicht gefördert worden. Reformen des Familienrechts, der Ehescheidung usw. sind gewiß notwendig, aber man sollte sie ohne zu viel Geschrei vornehmen. Ein sehr großes Plus für uns ist die Stellung zur Reichsreform und ferner zur Wahlrechtsreform[11]. Diese beiden Ideen sollten wir mit größter Energie unseren Wählern vorführen. In bezug auf die Wirtschaftspoli-

11 Siehe Nr. 148b.

tik stehen wir nicht alle auf demselben Boden. Das Wort „Wirtschaftsdemokratie" schadet uns draußen im Lande. Bei der Wahlreform müssen Reichs- und Landeslisten verschwinden, dann würde auch die Interessenpolitik verschwinden. Die Neuregelung der Gewerbesteuer in Preußen wird uns sicher keine Freunde bringen. Es genügt, nicht die Befreiung der freien Berufe von der Gewerbesteuer zu fordern, wir haben vielmehr im Zusammenhang damit für eine vollständige Steuerreform einzutreten, namentlich für die Wiedereinführung des Zuschlagsrechts der Gemeinden[12]. Die sozialen Lasten sind für den Mittelstand in Stadt und Land jetzt nahezu unerträglich. Es ist daher eine Revision erforderlich, in erster Linie bei der Arbeitslosenversicherung.

Herr **Jäger**[13]: Die große Aufgabe der jungen Demokratie liegt darin, die Jugend zur Demokratischen Partei zu führen. Wie können wir an diese Kreise herankommen? Es ist mit dem Jungdeutschen Orden Fühlung genommen worden[14]. Hier könnte sich vielleicht etwas Brauchbares ergeben, wenn man die nötige Vorsicht walten läßt. Dann müssen wir uns allerdings loslösen von dem politischen Kleinkram und wenige, aber bedeutsame Gesichtspunkte hervorheben. Fragen der Reform des Familienrechts usw. können sehr wohl dazugehören. Organisatorisch ist es notwendig, daß die junge Generation stärker in unseren Parteiapparat verwoben wird, als es bisher geschieht, und daß sie mit Lust und Liebe und ohne Voreingenommenheit aufgenommen wird.

Herr Dr. **Grzimek**: Es ist nötig, die Seelen der Demokraten aufzurütteln. Wir müssen ganz anders arbeiten als etwa die Sozialdemokratie, wenn wir die Chance ausnutzen wollen, und wir haben eine Chance. Auf einer Reihe von Gebieten können wir führend vorangehen. Wir müssen uns dafür einsetzen, daß im Reiche schärfer und stärker regiert wird. Mit Müller ist eine Politik nicht zu machen, weil er viel zu weich ist. Ebenso steht es mit Hilferding, der nur ausführt, was Popitz[15] will. Auch Stresemann bedarf einer Ankurbelung dahin, daß er sich um die Dinge im Auswärtigen Amte mehr kümmert. Ein Wirtschaftsprogramm bringt uns nur neue Anhänger, wenn es so sensationelle Sachen bringt, wie ich sie nicht erwarte. Machen Sie jetzt bloß kein Wehrprogramm![16]

Frau **Dönhoff** spricht über die sächsischen Landtagswahlen und insbesondere die Deklassierung, die den bisherigen weiblichen Abgeordneten der DDP bei der Aufstellung der Wählerliste zugedacht war. Frauen müssen nun einmal an die

---

12 Siehe Nr. 38 Anm. 17.

13 Hellmuth Jäger, Kammergerichtsreferendar in Berlin, Vorstandsmitglied des Reichsbunds Demokratischer Studenten.

14 Seit Anfang 1929 hatten offenbar verschiedentlich Kontakte mit dem Jungdo stattgefunden. Feder berichtet in einer Eintragung vom 30.3.1929: „Am Donnerstag erzählt mir Lemmer, daß er vom Jungdeutschen Orden sehr umworben wird, hat mit Mahraun große Auseinandersetzung, der ihm dabei erzählte, daß sich auch eine Anzahl demokratischer Abgeordneter an sie gewendet haben: so Hellpach, Reinhold, Tantzen. Auch Koch-Weser soll verhandelt haben." (S. 211.) Koch-Weser berichtet in einer Tagebucheintragung vom 27.2.1929, der Jungdo habe sich vor einiger Zeit mit ihm in Verbindung gesetzt, seine Ziele seien jedoch so unklar, daß eine Zusammenarbeit noch nicht möglich erscheine. Nachlaß Koch-Weser 39.

15 Johannes Popitz (1884–1945), Staatssekretär im Reichsfinanzministerium 1925–1929, Reichsminister ohne Portefeuille Reichskommissar für das preußische Finanzministerium 1932–1933.

16 Siehe Nr. 150.

führenden Stellen der Partei gesetzt werden. Gerade an den Frauen haben wir noch zu erziehen; wir haben aber doch schon manches in diesen zehn Jahren staatsbürgerlicher Frauenarbeit erreicht. Wenn die Frauen sich nicht beiseite schieben lassen wollen, dann handeln sie nur im Sinne der Politik, deren hervorragendes Merkmal die Selbstbehauptung ist. Werden die Frauen in der Partei zurückgedrängt, so empfinden sie das als einen schweren Konflikt, da sie sich die Frage stellen, ob sie dann in der Partei noch weiter mitzuwirken imstande sind. Rednerin schloß mit tiefem Dank dem Vorsitzenden der Partei gegenüber, daß er sich für die Durchsetzung des Standpunktes der Frauen eingesetzt hat. Dank gebührt aber auch sämtlichen Parteiinstanzen, die den Frauen geholfen haben.

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, daß sich die Diskussion auch auf das Programm der Reichsreform erstreckt, nachdem jetzt die gestern vom Ausschuß angenommenen Leitsätze verteilt worden sind. Er verliest mehrere Begrüßungstelegramme, darunter auch eines von Hellpach aus Oslo.

Herr **Stephan** verliest eine Resolution, die der deutschen Delegation in Paris den Dank ausspricht[17].

Herr **Luppe**: Das Gesetz über die Arbeitslosenversicherung[18] ist das schlechteste, das in den letzten zehn Jahren gemacht worden ist, und das will etwas bedeuten. In normalen Verhältnissen ist der Gedanke der Arbeitslosenversicherung richtig. Ihn aber jetzt unter diesen Ausnahmezuständen durchzuführen, war falsch. Es muß eine gründliche Revision vorgenommen werden, wobei viele Zweige aus der Versicherung zu verschwinden haben. In bezug auf die Wahlreform bedeutet unser Entwurf ein Fiasko. Redner kritisiert die Einzelheiten des Entwurfs und weist besonders nach, daß die Gefahr der gegenseitigen Zerfleischung innerhalb der Partei vorliege, wie das Beispiel von Bayern und Württemberg lehre. Es ist sehr erfreulich, daß die Einheitsstaatskommission einen brauchbaren Weg zwischen den beiden früheren Richtungen Koch-Weser und Höpker-Aschoff zeigt und eine Form gefunden hat, die unbedingt Stoßkraft haben wird. Nachdem wir nun in dieser Frage einig geworden sind, wird die Sache auch verhältnismäßig schnell in die Wirklichkeit umgesetzt werden.

Herr **Wildermuth**: Das große Maß von Mißvergnügen, das bei uns und auch bei anderen Parteien vorhanden ist, kann durch Verhandlungen wie die heutigen nicht behoben werden. Die Resolution über die Pariser Konferenz spricht an den Dingen vorbei. Die Hauptsache ist, daß die Reparationsfrage nicht von Männern der Wirtschaft allein unter Ausschaltung alles Politischen behandelt werden kann. Herr Luppe hat mit Recht an der Wahlrechtsvorlage der DDP Kritik geübt, aber dann müssen wir auch den Mut haben, den Proporz überhaupt abzuschaffen, wenn mit seiner Beibehaltung eine Reform unmöglich ist. Bei den Richtlinien zum Einheitsstaat vermißt man die Fanfare, die Wirkung nach außen.

Herr **Schäfer** (Köln): Es ist ein Fehler unserer Partei, daß man allzusehr die großen staatsmännischen Gesichtspunkte betont und übersieht, daß die Wähler ganz andere Wege gehen. Um den Wähler für uns zu gewinnen, müssen wir die

17 Siehe unten.

18 Vgl. Preller S. 373 f.

Beschlüsse, selbst auf Kosten der sachlichen Richtigkeit, ihnen psychologisch nahebringen. Wir müssen versuchen, mehr Froschperspektive und weniger Adlerperspektive zu betreiben. Daher glaube ich nicht, daß die Art, wie Stolper die Kölner Richtlinien zur Wirtschaftspolitik abgetan hat, richtig ist. Auch die Kölner Richtlinien wollen den Persönlichkeitsgedanken vertreten gegenüber einer kollektivistisch gewordenen Wirtschaft. Es kann nur gelingen, die jüngere Generation heranzuziehen, wenn man den Unterschied in der Denkweise zwischen der älteren und jüngeren Generation erkennt und berücksichtigt. Wir haben diejenigen Führer herauszustellen, die den Ansprüchen der Jugend gerecht werden. Ferner ist erforderlich Kampf gegen Korruption aller Art.

Herr **Staudinger**[19]: Unsere Partei besteht aus Offizieren, wir haben aber keine Mannschaft. Das kommt daher, daß uns die rechte Organisation fehlt und daß wir keine Presse haben. Wir brauchen eine Presse, die der Eigenart unseres Volkes angepaßt ist. Das Volk ist langsam und allmählich und ohne, daß es etwas merkt, zur Demokratie zu erziehen. In unserer Agitation dürfen wir dem Kampf nicht aus dem Wege gehen, sondern müssen ihn geradezu suchen, damit wir von uns reden machen. Daneben starke Betonung des Grundsätzlichen! Wir können nicht zugleich die Warenhäuser und die kleinen Handwerker unterstützen. Die jetzt notleidenden Kreise, das sind diejenigen, die für unsere Partei in Betracht kommen. Es ist ein Fehler, wenn wir alles in Programmen niederlegen wollen; Zurückhaltung wäre hier besser. Der Staat ist aufzubauen auf der Demokratie, aber nicht auf dem Liberalismus der alten Zeit. Unsere Frauen sollen wir nicht nur als Dekoration an die Spitze stellen, sondern wir haben darauf zu sehen, daß sie auch praktisch mit uns mitarbeiten.

Herr **Cohnstaedt**: Die Richtlinien über die Reichsreform sind im ganzen gelungen. Es liegt in der Natur der Sache, daß sie sachlich gehalten sind. Wenn sie nicht ausreichend als Fanfare wirken, so liegt das zum Teil daran, daß sie ein Jahr zu spät kommen. Es ist gewiß sehr erfreulich, daß wir eine einheitliche Linie für Koch-Weser und für Höpker-Aschoff gefunden haben. Das hätten wir aber schon vor einem Jahr tun können. Damals waren wir unbedingt führend in der Einheitsfrage, und es hat den Ruhm unserer Partei etwas beeinträchtigt, daß wir seitdem in dieser Angelegenheit nicht aktiv gewesen sind. Man sollte gerechterweise aber auch nicht die schweren Kräfte übersehen, die sich unserem Wirken entgegengesetzt haben. Das ist nicht sowohl der bayrische Partikularismus, sondern in noch höherem Maße die abweisende Haltung innerhalb der preußischen Regierung. Von dieser Seite wird alle Arbeit für den Einheitsstaat sabotiert. Davor haben wir auf der Hut zu sein.

Herr **Dietrich**: Das Ausscheiden von Koch-Weser, mit dem ich im Ministerium außerordentlich gut zusammengearbeitet habe, habe ich sehr schmerzlich empfunden. Zunächst aus persönlichen Gründen, weil ich nun der einzige Demokrat im Ministerium bin. Zum zweiten deswegen, weil Koch-Weser imstande war, viele Sachen im Ministerium geschickt zu bearbeiten, und weil uns allen nun seine Geschicklichkeit fehlen wird. Ich stehe gewiß auf keinem ruhigen Boden im Ministerium, aber es ist mir doch eine Art Trost, daß ich jetzt in die

19 Karl Staudinger, Lehrer in Regensburg.

zweite Linie gerückt bin, weil sich z. Zt. aller Mißmut auf den Finanzminister[20] entlädt. Es ist billig, auf diesen mit Steinen zu werfen, im Hinblick auf die Kassenmisere des Reiches, unter der wir leiden. Aber doch sind solche Äußerungen, wie sie von einigen Vorrednern gemacht worden sind, nicht berechtigt. An dem Scheitern der Verhandlungen in Paris sind nicht bloß die Franzosen und Engländer schuld, sondern auch die Amerikaner, die von ihren Forderungen an England und Frankreich nichts aufgeben wollen. Leider ist wieder einmal festzustellen, daß die deutsche Presse sich nicht einheitlich dauernd hinter unsere Sachverständigen in Paris stellt. Das schadet diesen außerordentlich. Die Jugend schmollt dem Gegenwartsstaate, weil sie der Ehrlichkeit seiner Führer nicht völlig vertraut. Wenn die Mittelparteien es nicht verstehen, die Jugend mit Vertrauen zu ihrer Uneigennützigkeit zu erfüllen, dann haben wir ausgespielt, dann werden die Sozialisten die Herrscher werden. Es ist jedoch davor zu warnen, auf die sozialistischen Minister loszuhauen in einem Augenblick, wo wir die Große Koalition haben. Es besteht eine Gefahr nicht nur für die Wirtschaft, sondern auch für die politische Entwicklung, daß die Zahl der selbständigen Unternehmer immer mehr zusammenschrumpft. Die landwirtschaftliche Frage muß heutzutage alle Bürger interessieren. Denn sie ist eine nationale: Es kommt darauf an, ob es gelingt, das platte Land des Ostens angemessen zu besiedeln.

Herr **Oscar Meyer** (Berlin): Es wird nicht möglich sein, nach dem Vorschlage von Staudinger auf ein Wirtschaftsprogramm zu verzichten. Im Gegensatz zu Goldschmidt ist zu betonen, daß ein Ausgleich der Gegensätze überaus wünschenswert ist. Es muß davor gewarnt werden, daß wir vorzeitig durch das Schlagwort von der Wirtschaftsdemokratie wieder einen Kampf in der Partei hervorrufen. Ebensowenig ist es aber auch angebracht, dieses Wort von vornherein abzulehnen. Vielmehr wird es unsere Aufgabe sein, den Begriff der Wirtschaftsdemokratie in demokratischem Geist auszulegen, und das ist die Aufgabe des Wirtschaftsprogramms. Wir sollten wirklich nicht die nicht zu unserer Partei gehörigen Minister des Reichskabinetts kompromittieren. Diese Männer sind doch die Träger des Koalitionsgedankens, und wir haben keine Ursache, sie herabzusetzen. Das hindert nicht, daß wir uns gegen diese Minister wenden, wenn wir sachlichen Grund dazu haben. Es ist auch sehr gut, daß unsere Presse die Arbeit unserer Minister lobt. Gegen die vorhin verlesene Resolution über die Pariser Konferenz sind gewisse Bedenken zu erheben. Ein allgemeiner Dank an die Adresse von Schacht erscheint nicht angebracht; wir dürfen auch nicht den Eindruck erwecken, als wollten wir das Zustandekommen einer Einigung verhindern. Redner empfiehlt daher eine veränderte Entschließung, deren Wortlaut er verliest.

Frau **Uth**: Die Richtlinien zum Einheitsstaat sind zu nüchtern, als daß sie anregend wirken könnten. Eine entsprechende Änderung wäre nötig. Das Programm ist überhaupt zu früh veröffentlicht worden, ebenso wie das Wehrprogramm. Wenn gesagt worden ist, daß die Frauen sich nicht genügend zur Arbeit drängen, so ist zu erwidern, daß die Frauen allerdings gearbeitet haben. Aber sie wollen dann auch für sich einen Erfolg sehen. Deshalb ist auch die Wahlreform zu begrüßen. Bei dem jetzigen Wahlrecht haben wir Frauen nicht Fortschritte,

20 Hilferding (SPD).

sondern Rückschritte gemacht. Auch Frauen können sich in Einzelwahlkreisen durchsetzen.

Herr **Landahl**: Wir sollten nicht so viel von den Verdiensten der Demokraten in den vergangenen zehn Jahren sprechen, sondern mehr von dem, was wir in den kommenden zehn Jahren tun wollen; das interessiert die Wähler am meisten. Das sicherste Mittel, eine Sekte zu werden, ist: Programme machen. Wir wollen aber eine große Partei werden. Das Wehrprogramm nützt uns nichts, wir werden dadurch nicht einen einzigen Wähler bekommen. Ebenso muß man sich gegen den Wahlrechtsentwurf ablehnend verhalten. Das einzig richtige ist, die völlige Beseitigung des Proporzes und eine Umkehr zum Mehrheitswahlsystem. Der Kölner Entwurf eines Wirtschaftsprogramms ist unglücklich, weil er jedem etwas geben will, aber niemandem etwas gibt. Zu wünschen ist, daß das Programm der offiziellen Kommission einige wenige Punkte enthält, diese aber klar herausstellt.

Herr Dr. **Külz** macht grundsätzliche Bemerkungen zur Wehrfrage. Die vorliegenden Richtlinien sind vielfach zu tragisch aufgefaßt worden. Wenn wir wollen, daß die Wehrmacht sich innerlich dem Staate verbunden fühlt, dann müssen wir auch sagen, wie wir uns zu der Wehrmacht stellen. Die Reichsreform-Richtlinien enthalten zwar keine Fanfaren, aber fortwährend Fanfarenblasen ist auch nicht angebracht. Wir haben doch seit zwei Jahren in Sachen des Unitarismus die Führung gehabt und während dieser Zeit uns nach außen hin kräftig durchgesetzt. Bei der Frage des Wahlrechts ist zu beachten, daß auch das beste Wahlrecht sehr schnell veraltet. Das jetzige Wahlverfahren war wohl für die Nationalversammlungswahl geeignet, es ist es aber heute nicht mehr. Redner betont, daß er nach wie vor das Proportionalwahlsystem für das gerechteste halte. Aber die Technik muß geändert werden. Vor allem muß die Reichsliste fallen. In erster Linie ist zu berücksichtigen, daß wir mit der Förderung einer Wahlreform eine ungemein populäre Forderung erheben.

Herr **Kauffmann** bedauert, daß auf der heutigen Tagung von den Reichsfinanzen so wenig gesprochen worden ist, obwohl sie im Mittelpunkt der ganzen Politik stehen. Das Zentrum unseres Nachdenkens muß die Frage bilden: Wie bringen wir das Reich in Ordnung? Wir dürfen uns nicht wieder in eine finanzielle Verwirrung hineinbringen lassen. Der ganze Wahlreformvorschlag von Külz ist durch die Einwände von Luppe totgeschlagen. Die Wurzel des Übels ist eben der Proporz. Es kommt nicht darauf an, daß hier alles bis auf das letzte Tüpfelchen zurechtgemacht wird, sondern darauf, daß in Deutschland regiert werden kann, und das erreichen wir nie mit dem Proporz. Unsere Partei wird bei dem Mehrheitswahlrecht nicht untergehen. Sie wird Zeit genug haben, sich darauf umzustellen. Schlimmstenfalls aber wäre auch ein Opfer an Mandaten mitzunehmen.

Herr Fischer übernimmt jetzt den Vorsitz.

Herr **Koch-Weser** bemerkt im Schlußwort: Die Anregungen der Debatte werden geprüft werden. Nur eine Kritik muß ich von vornherein zurückweisen: Schäfer hat gesagt, daß die Organisation in den letzten Jahren dauernd zurückgegangen ist. Diesen Vorwurf lehne ich ab. Die Frage der Organisation liegt nicht beim Parteivorsitzenden, sondern bei dem Parteivorstand und dessen Vorsitzenden, und die Dinge liegen nun einmal so, daß Erkelenz leidend ist und daß der

Vorstand beschlossen hat, das Provisorium, das dadurch notwendig geworden ist, noch eine Zeitlang aufrechtzuerhalten. Dazu wird Stephan, dessen unermüdliche Arbeit wir alle anerkennen (Beifall.), uns jetzt verlassen. Dieser Vorfall soll uns eine Lehre sein und uns veranlassen, einem so verdienten Mann rechtzeitig in der Partei die Stellung zu verschaffen, die ihm gebührt, und ich bedauere noch heute die Niederlage, die ich vor den letzten Wahlen erlitten habe, als ich versucht habe, Herrn Stephan eine Stelle auf der preußischen Landesliste zu verschaffen[21]. Für weitere Provisorien bezüglich der Leitung des Vorstandes bis über den nächsten Herbst hinaus kann freilich eine Verantwortung von mir nicht mehr übernommen werden. Schließlich muß das Schicksal der Partei in fester Hand liegen. Herr Barteld hat mit einer gewissen Indifferenz davon gesprochen, welche Bedeutung meine Tätigkeit auf dem Gebiete der Justiz auf die Stimmung im Lande ausgeübt hat. Ich kann nicht anerkennen, daß die Aufgaben, für die ich als Minister gearbeitet habe, für das Schicksal der DDP bedeutungslos gewesen sind. Ich kann nur hoffen, daß es gelingen wird, den größten Teil dieser Arbeit zum Ziele zu führen. Insbesondere gilt das für meinen Kampf gegen den Meineid, ferner für die von mir eingeleitete Reform des Eherechts. Wenn solche praktische Arbeit nicht zu dem Pensum eines Politikers gehört, dann würden Sie den besten Teil aus seiner Arbeit herausnehmen. Gegenüber Herrn Grzimek sei betont, daß die preußische Landtagsfraktion doch auch nicht den Mut aufgebracht hat, Minister der Koalitionsregierung aus den Parteien anzugreifen, während er es uns für das Reich empfiehlt. Es ist überhaupt ungerechtfertigt, dem Reichskanzler Müller so heftige Vorwürfe zu machen. Es ist nicht wahr, daß Müller weich und schwächlich ist. Im Gegenteil weiß er, was er will, daher verdient er nicht die abfällige Kritik. Von einigen Seiten ist bemängelt worden, daß die Richtlinien zum Einheitsstaat nüchtern ausgefallen sind. Auf keinem Gebiet aber haben wir so schwungvolle Reden gehalten als auf dem Gebiet des Einheitsstaates. Jetzt lag doch die Sache so, daß wir immer gefragt wurden: Ihr redet immer vom Einheitsstaat, wie soll er denn nun aussehen? Es war daher nötig, nüchtern und klar zu sagen, wie man ihn sich denkt. Wenn Sie aber Fanfaren vermissen, meine Herrschaften, dann blasen Sie doch. (Heiterkeit.) Ich bin doch nicht der einzige, der blasen kann. In Sachen des Wehrprogramms ist zu sagen, daß es notwendig war darzustellen, welches unser Standpunkt in dieser Frage ist. Wenn Herr Landahl aus einem Hilfe-Artikel das Wort vom „Waffengang" moniert hat, so ist es nicht zu mißbilligen, wenn unser Freund Erkelenz einmal dem General Reinhardt das Wort erteilt hat[22]. Ein bißchen Bewegung ist für die Partei sehr nötig, und so schadet es gar nichts, wenn über solche Probleme hin und her debattiert wird. Was das Wahlgesetz anlangt, so meine ich, daß es nicht einmal, wie Külz sagte, zehn Jahre hindurch das Volk befriedigt. Das heutige Wahlrecht würde viel besser sein, wenn das politische Leben draußen aktiver wäre. Die jetzigen Mängel des Gesetzes sind also auch zum guten Teil auf die mangelnde politische Reife zurückzuführen. Ich glaube nicht daran, daß auf dem Boden des

21 Vgl. Nr. 143.

22 In der „Hilfe" war das neue Wehrprogramm der DDP von verschiedenen Persönlichkeiten besprochen worden, u. a. hatte auch der General Reinhardt einen Diskussionsbeitrag geliefert. Vgl. Hilfe v. 1.4.1929 Nr. 7.

Proporzes überhaupt ein brauchbares Wahlrecht gefunden werden kann. Was an dem Proporz schlecht ist, das ist gerade das mathematisch Richtige an ihm. Auch der Entwurf von Külz hat diesen Umstand nicht aus der Welt schaffen können. Sollen wir denn aber mit jedem Versuch der Verbesserung so lange warten, bis wir das Proportionalwahlrecht nicht mehr haben? Die Sozialdemokratie wird niemals eine Gesetzesänderung genehmigen, bei der der Proporz wegfällt. Wir müssen also den Versuch machen, auf dem gegenwärtigen Fundament die Wahl etwas besser zu gestalten. Hinsichtlich des Wirtschaftsprogramms lasse ich mir den Glauben an eine Belebung der Partei nicht rauben. Unsere Agitatoren im Lande haben den Wunsch, ein festes Wirtschaftsprogramm in die Hände zu bekommen. Redner weist zum Schluß an einer großen Zahl von Beispielen unter der Heiterkeit der Versammlung nach, daß die Wünsche der Diskussionsredner sich vielfach widersprechen, so daß daraus keine Direktiven zu gewinnen sind. Der Führer kann nicht alles tun. Worauf es ankommt, das ist die Geschlossenheit der Partei und die Lust zur Mitarbeit im Parlament und auch draußen im Lande. Gehen Sie an die Arbeit, dann wird der Lohn nicht ausbleiben! (Starker Beifall.)

Herr **Fischer** dankt Herrn Koch-Weser für seine Ausführungen und hebt hervor, daß dieser Dank, begleitet von den Beifallskundgebungen der Versammlung, wertvoller sei, als irgendwelche ausdrückliche Formulierungen des Vertrauens. Stellen wir uns geschlossen hinter unsere Führer!

Herr **Fischer** läßt nunmehr abstimmen über die *Richtlinien zum Einheitsstaat.* Der Parteiausschuß nimmt diese Richtlinien einstimmig an.

Hierauf wird über die nachstehende Entschließung abgestimmt:

„Der Parteiausschuß billigt es rückhaltlos, daß die deutschen Sachverständigen in Paris eine Lösung der Reparationsfrage, welche die deutsche Leistungsfähigkeit übersteigt, abgelehnt haben. Der Parteiausschuß erwartet von der Regierung, daß sie zwar nach wie vor bemüht sein wird, auf eine befriedigende Lösung hinzuwirken, aber nicht den Standpunkt verlassen wird, Abmachungen von der Hand zu weisen, die Deutschlands Wirtschaft auf die Dauer erschüttern und schließlich nicht innegehalten werden können".

Auch diese Entschließung wird einstimmig angenommen.

Anschließend berät der Parteiausschuß über den Termin des Parteitags und beschließt, ihn Anfang Herbst in Heidelberg stattfinden zu lassen. **Fischer** *dankt dem Parteivorsitzenden und den Mitgliedern des Parteiausschusses und schließt die Sitzung.*

153.

3.6.1929: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet unten links: „Issberner", unten rechts: „Fischer". Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 10.45 Uhr. Ende: kurz vor 15 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bernhard, Bohner, Brammer, Buschmann, Cohnstaedt, Dernburg, Dietrich, Frau Dönhoff, Ehlermann, Erkelenz, Falk, Fischer, Frankfurter, Haas, Hauff, Heuss, Höpker-Aschoff, Hummel, Issberner, Koch-Weser, Frau

von Koerber, Külz, Lantzsch, Lebach, Lemmer, Meyer, Moering, Petersen, Reichelt, Reinhold, Rexrodt, Riedel, Rönneburg, Schneider, Schönemann, Stephan, Stern, Tantzen, Vogt, Wachhorst de Wente, Wolff.

Erkelenz *eröffnet. Er stellt dem Vorstand den neuen Hauptgeschäftsführer Rexrodt*[1] *vor und dankt Stephan für seine Arbeit im Dienst der Partei. Der Vorstand beschließt, Stephan zu kooptieren, da durch den Tod von Graf eine Stelle frei geworden ist, und ihm den Vorsitz des Organisationsausschusses zu übertragen.* **Stephan** *nimmt beide Ämter an.*

Der Vorstand berät ausführlich über Termin und Tagesordnung des Parteitags und kommt überein, ihn Anfang Oktober stattfinden zu lassen.

Erkelenz *teilt mit, daß vom Agrarausschuß der Partei ein Aktionsprogramm veröffentlicht worden sei, das beträchtliches Aufsehen erregt habe*[2]*. Er kritisiert, daß dieses Programm, das wichtige politische Forderungen enthalte, nicht vor der Veröffentlichung im Vorstand besprochen worden sei.* **Lantzsch**[3] *verteidigt die Veröffentlichung und betont, es handele sich bei dem Entwurf lediglich um eine Aktualisierung des bestehenden Agrarprogramms.* **Erkelenz** *stellt fest, daß man auch bereit sein müsse, die Konsequenzen zu tragen, wenn man die bisherigen agrarpolitischen Anschauungen verlassen wolle: „Schon jetzt ist der gesamte Getreidehandel aus der Partei ausgetreten." Nach einer Aussprache erklärt* **Erkelenz**, *daß die Agrarfrage wegen ihrer großen Bedeutung einmal grundsätzlich im Vorstand erörtert werden sollte. Auf seinen Vorschlag wird ein Ausschuß aus den Vorstandsmitgliedern Meyer, Hummel, Wachhorst de Wente und Schneider eingesetzt, der die Agrarprobleme gemeinsam mit vier Vertretern des Agrarausschusses*[4] *vorberaten soll.*

Külz *referiert über den gegenwärtigen Stand der Wahlrechtsreformfrage: Die Koalitionsparteien hätten sich geeinigt, nicht einzeln, sondern nur gemeinsam Anträge zur Reform des Wahlrechts zu stellen. Die Fraktion habe beschlossen, deshalb mit den anderen Parteien Fühlung zu nehmen.*

Das Konkordat

Herr **Höpker-Aschoff** berichtet *vertraulich* über diese Frage[5] und sagt dabei u. a.: Die Verhandlungen sind nunmehr zu einem Abschluß gekommen. Das letzte Wort hat der Landtag zu sprechen. Die Hauptfrage ist: Soll überhaupt eine Vereinbarung getroffen werden, oder soll man die in Betracht kommenden Punkte als Gesetzgeber regeln? Zu der letzteren Eventualität besteht aber formell keine Möglichkeit. Denn es gibt ja bereits eine Vereinbarung, an die wir uns halten müssen, und zwar aus den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Abgesehen

1 Wilhelm Rexrodt, Generalsekretär der DDP für den Wahlkreis Franken seit 1923, Leiter der Reichsgeschäftsstelle von Juni 1929 bis November 1930.

2 Abgedruckt in: Demokrat v. 5.5.1929 Nr. 9.

3 Rudolf Lantzsch, Generalsekretär des Bezirksverbands Mittelschlesien, dann Pressereferent beim Oberpräsidium in Stettin.

4 Rönneburg, Tantzen, Dohrn, Lantzsch.

5 Siehe Nr. 148 b u. Nr. 149.

von diesem formellen Grunde – was soll denn auch gesetzgeberisch geregelt werden? Die Kurie kann, wenn keine Vereinbarungen vorhanden sind, Bistümer schaffen, so viel sie will, und der Staat müßte noch obendrein nach der Reichsverfassung diese Bistümer mit den Rechten der öffentlichen Körperschaften ausstatten. In der Frage der Dotationen freilich könnte der Staat als Gesetzgeber handeln. Was sodann die Zusammensetzung der Domkapitel anlangt, so hat der Staat augenblicklich das Recht, die Hälfte der Mitglieder zu ernennen. Tritt der Staat als Gesetzgeber auf, so entfällt für ihn überhaupt jede Mitwirkung bei der Besetzung der Stellen. Hinsichtlich der Bestellung der Bischöfe hat der Staat jetzt ein Einspruchsrecht. Es ist aber sehr umstritten, ob der Staat sich gesetzlich ein solches Einspruchsrecht zulegen kann, ebenso wie es zweifelhaft ist, ob er als Gesetzgeber in die Frage der Bischofswahl einzugreifen vermag. Die Frage der Anstellung der Geistlichen ist durch Gesetz vom Jahre 1873 geregelt. Es bestehen aber Zweifel, ob der Staat auch in dieser Beziehung als Gesetzgeber weiterhin die Voraussetzungen für die Anstellung festlegen kann. Auch in diesem Punkte wäre eine Vereinbarung am besten. Endlich die Besetzung der katholischen Fakultäten! Das Recht des Staates zur Berufung katholischer Professoren kann natürlich nicht bestritten werden. Aber sagen diese Professoren der Kirche nicht zu, dann würden sie keine Hörer haben. Das ist aber sehr wichtig, denn wir haben ein großes Interesse daran, daß möglichst viele katholische Pfarrer Universitätsbildung erhalten. Die Breslauer und Bonner Statuten über die Ausbildung der katholischen Geistlichen sollten auch weiterhin in Geltung bleiben[6].

Aus alldem ergibt sich, daß der Gesetzgeber in diesen kirchlichen Angelegenheiten sehr wenig regeln kann, ganz abgesehen schon von der anfangs erwähnten formalen Frage. Wenn man daher Einfluß auf die erwähnten kirchlichen Fragen haben will, dann ist es ratsam, den Weg der Vereinbarung zu gehen. Der Inhalt der neuen Vereinbarungen ist auch derart, daß sie bei der Veröffentlichung niemanden in unserer Partei aufregen werden.

Eine Schwierigkeit entsteht durch die Haltung der DVP für den Fall, daß die Große Koalition nicht kommt. Hier liegt eine gewisse Gefahr für die DDP vor. Man kann allerdings durch den Inhalt der Vereinbarungen der DVP die Waffe aus der Hand schlagen. Ferner kann man auf die Verhandlungen hinweisen, die gerade der Kultusminister Boelitz mit der Kurie gehabt hat. Übrigens sollte auch mit der evangelischen Kirche nunmehr eine Vereinbarung getroffen werden. Das beste freilich wäre es, wenn die evangelische Kirche auf eine solche Vereinbarung verzichtete. Aber man muß anerkennen, daß es sich hier um eine Prestigefrage handelt.

Die Vereinbarungen mit der Kurie sind in allen Punkten tragbar. Nur ein Punkt könnte eine gewisse Aufregung hervorrufen, das ist die Frage des Collegium Germanicum in Rom. Die Kurie legt größten Wert darauf, daß die Ausbildung auf diesem Kollegium mit der Ausbildung auf Universitäten gleichberechtigt ist. Das ist unangenehm, aber immerhin ist zu bedenken, daß hierdurch an dem de facto-

6 Das Verhältnis der katholisch-theologischen Fakultäten in Bonn und Breslau zur kirchlichen Behörde wurde durch Statuten geregelt, die auch für die übrigen katholisch-theologischen Fakultäten in Preußen bestimmend sein sollten. Vgl. den entsprechenden Passus im Text des Konkordats in: Schulthess 1929 S. 108.

Zustand auch nicht viel geändert wird. Was das Wahlrecht der Bischöfe betrifft, so soll eine Mitwirkung der Domkapitel nach dem Willen der Kurie immerhin in gewissem Umfange bestehenbleiben. An dem Einspruchsrecht des Staates wird nichts geändert.

Durch die Annahme des Konkordats würde der letzte Rest der Kulturkampfstimmung unter den deutschen Katholiken ausgerottet werden. Das wäre ein großer politischer Gewinn.

Herr **Koch-Weser** teilt nicht ganz den Optimismus des Vorredners. Die wunde Stelle im Konkordat besteht darin, daß die in der katholischen Bevölkerung vorhandenen Selbständigkeitsbestrebungen gegenüber Rom nicht gestärkt, sondern unterdrückt werden. Auch Einzelbestimmungen sind bedenklich, so der Verzicht des Staates auf die Ernennung der Domkapitulare, die Ausschaltung der Mitwirkung der Domkapitel bei der Bischofswahl. Es ist ferner zu beachten, daß die „Römer", d. h. die im Collegium Germanicum ausgebildeten Geistlichen, in starkem Gegensatz zu dem in Deutschland ausgebildeten Klerikern stehen. Die Praxis wird sich in Zukunft dahin entwickeln, daß auf höhere geistliche Stellen nur derjenige Anspruch hat, der im Kollegium zu Rom seine Ausbildung erfahren hat. Auch die Auswahl der Professoren an den Universitäten wird in Zukunft mehr von Rom aus in die Hand genommen werden. Es ist durchaus anzuerkennen, daß ohne die Tätigkeit der demokratischen Minister das Konkordat außerordentlich viel ungünstiger ausgefallen wäre. Aber trotzdem wird uns die Entscheidung nicht so leicht werden. Die Stellung der DVP wird eine überaus große Bedeutung haben. Die Volkspartei wird in die Opposition gehen und uns zwingen, allein die Verantwortung für das Konkordat zu übernehmen. Die demokratische Landtagsfraktion sollte sich nicht eher binden, als bis Verhandlungen mit der DVP stattgefunden haben. Gerade um des Konkordates willen hätte die DVP schon längst in die Regierung mithineingenommen werden müssen.

Herr **Höpker-Aschoff** stellt richtig, daß die Wahl der Domkapitulare eigentlich nur von dem Staat auf das Domkapitel übergegangen ist. Auch bei der Bischofswahl ist das Wahlrecht der Kapitel in gewissem Umfang aufrechterhalten. In dieser ganzen Frage hat übrigens der deutsche Klerus versagt, da er nicht den Mut gehabt hat, zu kämpfen. Die Frage der Herbeiführung der Großen Koalition ist nicht eine Angelegenheit der Demokratischen Partei allein. Die Sozialdemokratie und das Zentrum sind schärfste Gegner der Großen Koalition.

Frau **Bäumer** verweist auf die Stellung des Kulturausschusses der Demokratischen Partei[7]. Sie bezweifelt, ob es angebracht ist, den Versuch zu machen, die Reste der Kulturkampfstimmung bei den Katholiken zu beseitigen. Denn das Zentrum konserviert gerade absichtlich aus taktischen Gründen diese Stimmung. Der Abschluß des Konkordats wird unter allen Umständen, welches auch sein Inhalt sein mag, als ein großer Erfolg des Papstes angesehen werden. Dazu kommt, daß das Konkordat tatsächlich der Kurie Vorteile bringt. So auch in Sachen der Bestellung der Theologieprofessoren. Sehr bedenklich ist auch die Konzession in bezug auf das Collegium Germanicum. Das Konkordat ist nur

7 Der Kulturausschuß hatte vermutlich die Konkordats-Resolution des Hamburger Parteitags formuliert. Siehe Nr. 148 b.

erträglich, wenn die DVP es mitmacht. Wird das jetzt abgeschlossene Konkordat kündbar sein oder auch wieder Ewigkeitscharakter haben? Das letztere wäre für uns nicht annehmbar.

Herr **Moering**: Die Staatsregierung sollte nunmehr an die evangelische Kirche herantreten und ihre Bereitwilligkeit zum Abschluß von Vereinbarungen erklären. Wird so die Parität gewahrt, dann bedeutet das einen großen Erfolg für die DDP.

Herr **Koch-Weser** würde es ungemein bedauern, wenn die demokratische Landtagsfraktion das Konkordat ohne Rücksicht auf die DVP annehmen würde. Er seinerseits lehne einen solchen Standpunkt mit größter Entschiedenheit ab.

Herr **Falk**: Die Fragen der Zusammensetzung der Domkapitel, der Wahl der Bischöfe und der Ernennung der Professoren sind auch für uns sehr bedenklich. Es fragt sich, ob man das Konkordat wegen dieser Punkte ablehnen soll oder nicht. Über diese Frage hat sich der Redner noch keine endgültige Meinung bilden können, da der Wortlaut des Konkordats noch nicht vorliegt. Der wunde Punkt ist unsere Stellung zur DVP. Unmöglich ist es, daß die Volkspartei jetzt in die Regierung eintritt. Das kann sie nicht, da sie sich nicht dem Vorwurfe aussetzen darf, daß sie um des Eintritts in die Regierung willen ihre Grundsätze reformiert hat. Davon abgesehen wollen Sozialdemokratie und Zentrum absolut keine Erweiterung der Koalition. Die DVP hält am 10.6. eine Fraktionssitzung ab; wir unsererseits haben auf den 13.6. eine Fraktionssitzung einberufen und zu ihr auch Männer wie Thoma[8], Anschütz[9] und Hermelink[10] eingeladen, damit sie uns über die juristischen Probleme beim Konkordat unterrichten[11]. Wir werden zunächst abwarten, was die Volkspartei am 10.6. erklärt; sollte die DVP noch zu keinem Resultat an diesem Tage kommen, dann werden auch wir uns am 13.6. noch nicht endgültig entschließen. Gegenüber Moering stellt der Redner fest, daß die demokratische Fraktion unter allen Umständen die Annahme des Konkordats davon abhängig machen werde, daß die Regierung auch an die evangelische Kirche herantrete.

Herr **Külz**: Ohne die Volkspartei ist die Annahme des Konkordats völlig undenkbar. Draußen im Lande wird eine wilde Hetze gegen uns losgehen. Die Schaffung der Großen Koalition wird von der demokratischen Landtagsfraktion Opfer verlangen. Aber es ist besser, die Große Koalition auf Kosten der Landtagsfraktion zu machen, als das Konkordat auf Kosten der Gesamtpartei anzunehmen. Die demokratische Fraktion muß fest auf dem Standpunkt bleiben, daß sie die Sache ohne die Volkspartei nicht macht.

Herr **Koch-Weser**: Das Zentrum und auch die Sozialdemokratie sind davon überzeugt, daß die DDP schließlich doch um der Koalition willen das Konkordat

8 Richard Thoma, Professor für öffentliches Recht an der Universität Heidelberg.

9 Gerhard Anschütz, Professor für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Heidelberg.

10 Heinrich Hermelink, Professor für Theologie und Kirchengeschichte an der Universität Marburg.

11 Die Sitzung der preußischen Landtagsfraktion fand am 13.6. in Anwesenheit einiger Mitglieder der Reichstagsfraktion und des Kulturausschusses der Partei statt, die geladenen Professoren hatten ihre Stellungnahme schriftlich übermittelt. Koch-Weser betonte am Ende der Sitzung, seine Bedenken seien noch verstärkt worden, Falk stellte jedoch fest, daß keiner der Anwesenden unbedingte Ablehnung gefordert habe, und versicherte, die Fraktion werde in ihrer Entscheidung auf jeden Fall dem Parteiinteresse Rechnung tragen. DDP/Staatspartei R 45/III 65.

hinnehmen wird. Wenn sie damit recht behalten sollten, dann würde die Partei ruiniert werden. Für die Sozialdemokraten ist es dabei äußerst wertvoll, daß ein liberaler Mann wie Becker das Konkordat macht[12]. Nachher soll er dann weggeschickt werden. Es ist sehr wohl zu erwägen, ob man der evangelischen Kirche nicht auch ein Konkordat anbietet, wenn eines mit der Kurie zustande kommt. (Frau **Bäumer** widerspricht mit dem Hinweis darauf, daß die liberalen Evangelischen gar kein Konkordat haben wollen.) Jetzt rächt es sich, daß man die DVP so lange von der Regierung ferngehalten hat. Es wäre zweckmäßig festzustellen, ob hier im Vorstand jemand ist, der das Konkordat haben will, ohne daß die DVP es annimmt. Auf diese Weise hätte die Fraktion eine Stütze für ihren Widerstand gegen das Konkordat.

Herr **Ehlermann**[13] teilt den Standpunkt von Frau Bäumer und Herrn Koch-Weser. Auch auf dem Lande, so in Nordwestdeutschland, besteht ein absoluter Widerstand gegen ein Konkordat, dem wir zustimmen, aber nicht die DVP.

Herr **Reinhold**: Am besten wäre es, wenn wir das Konkordat ablehnten, während die DVP es annimmt. (Heiterkeit.) Es ist doch so, daß wir mit der Annahme des Konkordats von unseren alten liberalen Grundsätzen abgehen. Auch wenn die Volkspartei mitmacht, wird man uns draußen im Lande Vorwürfe machen. Nicht auszulassen ist auch die Rücksicht auf die finanzielle Auswirkung des Konkordats.

Herr **Cohnstaedt** stimmt Reinhold zu, der die Stimmung besonders in West- und Südwestdeutschland richtig geschildert hat. Auch die Parität der evangelischen Kirche gegenüber würde uns bei unseren Anhängern nicht viel helfen. Unser wirtschaftlicher Standpunkt hat uns schon viele frühere Anhänger entfremdet; wenn wir nun auch in Geistesfragen den Menschen nichts mehr bieten können, so besitzen wir nichts, womit wir unsere Wähler noch bei uns zu halten vermögen.

Herr **Bohner**[14] hat überall den Eindruck gewonnen, daß die Lehrer es für einen Sieg gegenüber der Kirche ansehen, wenn wir erreicht haben, daß die Schule nicht in dem Konkordat drinsteht. Man darf sehr wohl die Überzeugung haben, daß die ganze Konkordatsfrage gar keine Rolle mehr spielt, nachdem die Schule herausgelassen ist. Die Lehrer sind nunmehr desinteressiert.

Herr **Frankfurter** wünscht eine Abstimmung in der Weise, daß zunächst gefragt wird, wer prinzipiell gegen ein Konkordat ist, und sodann, wer die Annahme des Konkordats von der Zustimmung der DVP abhängig macht. Redner bekennt sich als grundsätzlichen Gegner eines Konkordats.

Herr **Vogt** beantragt die Einberufung des Parteiausschusses, damit dieser zur Konkordatsfrage Stellung nimmt.

Herr **Höpker-Aschoff** weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß die Trennung von Staat und Kirche eine Utopie ist und daß die Verfassung, wenn sie sie auch

---

12 Vgl. Erich Wende, C. H. Becker, Mensch und Politiker. Ein biographischer Beitrag zur Kulturgeschichte der Weimarer Republik, Stuttgart 1959, S. 296–298.

13 Gustav Ehlermann (1885–1936), Rechtsanwalt in Oldenburg, MdL Oldenburg (DDP) 1919-1920, MdR 1928-1930.

14 Theodor Bohner (1882–1963), Oberschulrat und Schriftsteller in Magdeburg, MdL Preußen (DDP/Staatspartei) 1925–1932.

theoretisch ausspricht, sachlich gegen sie entscheidet. Redner erinnert Herrn Koch-Weser daran, daß er (Koch-Weser) auf der Parteiausschußsitzung in Berlin im vorigen Jahre dieselbe Stellung eingenommen habe wie Redner jetzt; er habe sich damals unter gewissen Bedingungen mit einer Vereinbarung von Staat und Kirche einverstanden erklärt[15]. Diesen Standpunkt habe die Fraktion auch seit Jahren eingenommen. Das Konkordat selbst regt in der Öffentlichkeit keinen Menschen auf, und wir werden damit nicht den geringsten Anstoß bei unseren Wählern erregen. Höchstens könnte uns die Agitation der Volkspartei schaden; der können wir ja aber immer durch den Hinweis auf die Verhandlungen von Boelitz mit der Kurie die Spitze abbrechen.

Der **Vorsitzende** stellt nunmehr fest, daß die endgültige Stellungnahme zum Konkordat erst in einem späteren Stadium der Verhandlungen vorzunehmen ist. Er befragt den Vorstand, ob er mit einer Abstimmung im Sinne des Vorschlages von Frankfurter einverstanden ist. Der Vorstand widerspricht einer Abstimmung mit 12 gegen 7 Stimmen.

Es entspinnt sich nun eine Debatte, an er sich außer dem **Vorsitzenden** die Herren **Koch-Weser, Falk, Fischer, Riedel** und **Frankfurter** beteiligen, darüber, ob und welche zusammenfassende Würdigung des Ganges der Debatte von dem Vorsitzenden auszusprechen ist. Der **Vorsitzende** stellt auch am Schluß dieser Debatte als Effekt der Aussprache hin den dringenden Wunsch an die Landtagsfraktion, das Konkordat nur zusammen mit der DVP anzunehmen.

Schluß gegen 15 Uhr.

---

15 Aus dem Wortlaut des Protokolls geht das nicht hervor. Vgl. Nr. 145.

154.

28.8.1929: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „G. Richter". Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 10 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Erkelenz *eröffnet. Er erinnert daran, daß sich Naumanns Todestag heute zum zehnten Mal jährt, und stellt fest, daß die Partei sich in diesen zehn Jahren zwar bemüht habe, ihre Aufgabe so gut wie möglich zu erfüllen, daß sie aber möglicherweise nicht genug getan habe, um das Andenken Naumanns wachzuhalten; die Zeit für eine gute Naumannbiographie sei gekommen.*

Rexrodt *berichtet über die Tagesordnung des Parteitags und teilt mit, Stubmann und Landahl hätten vorgeschlagen, einige Referate abzusetzen, um eine Überlastung der Tagesordnung zu vermeiden. An diesen Vorschlag knüpft sich eine längere Aussprache.* **Stolper** *referiert über die Arbeit am Wirtschaftsprogramm. Die Vorbereitung sei noch nicht abgeschlossen, deshalb werde er auf dem Parteitag nur persönliche, die Partei in keiner Weise bindende Ausführungen zu diesem Thema machen. Um eine möglichst zahlreiche Beschickung des Parteitags zu sichern, beschließt der Vorstand mit allen gegen 4 Stimmen, den mit ihren*

Zahlungen im Rückstand befindlichen Wahlkreisen ausnahmsweise ihre Schulden für sechs Monate zu stunden und sie entsprechend der Zahl ihrer Mitglieder zuzulassen. Ferner wird beschlossen, die Diskussion über Stolpers Wirtschaftsreferat vorzubereiten. Die Reichsgeschäftsstelle soll zu diesem Zweck eine Anzahl von Persönlichkeiten schriftlich auffordern, in der Diskussion das Wort zu ergreifen.

Erkelenz *teilt mit, daß er beabsichtige, auf dem Parteitag sein Amt als Vorsitzender des Vorstands niederzulegen. Er begründet diesen Schritt mit seinem schlechten Gesundheitszustand, der es ihm nicht gestatte, nach Wunsch zu reisen und in Versammlungen zu sprechen sowie den übertriebenen Pessimismus zu bekämpfen, der zur Zeit in der Partei grassiere*[1]*. Diese Mitteilung erregt „allgemeine Überraschung und tiefes Bedauern".* **Fischer** *spricht als erster und dankt Erkelenz für das Verantwortungsgefühl und die Sachkenntnis, mit der er sich um die Geschicke der Partei und des Vaterlandes bemüht habe. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Schritt keine dauernde Trennung, sondern lediglich eine Unterbrechung bedeute, um Kräfte für die parlamentarische Tätigkeit zu sammeln.* **Erkelenz** *dankt für die freundlichen Worte und fragt, was nun weiter geschehen solle, notwendig sei vor allem eine grundsätzliche Erörterung der Organisationsprobleme.* **Moering** *empfiehlt, das Amt des Parteivorsitzenden und des Vorstandsvorsitzenden in einer Hand zu vereinigen.* **Külz** *schlägt vor, die organisatorische Seite der Frage vom Organisationsausschuß und die personelle Seite von dem früher dafür eingesetzten Sonderausschuß*[2] *klären zu lassen.* **Erkelenz, Koch-Weser** *und* **Frankfurter** *widersprechen.* **Koch-Weser** *stellt fest, er lehne es ab, jetzt zu Erkelenz' Rücktritt Stellung zu nehmen, er werde „diesen für die Parteigeschichte bedeutsamen Entschluß" auf dem Parteitag kommentieren.* **Fischer** *schlägt vor, einen neuen Ausschuß einzusetzen, da die personelle Konstellation sich inzwischen geändert habe.*

Nach der Mittagspause wird die Frage weiter besprochen. **Erkelenz** *hält die Vereinigung beider Ämter in einer Hand aufgrund seiner langjährigen Erfahrung für unmöglich, das Amt des Vorstandsvorsitzenden erfordere vollen Einsatz für die organisatorischen Fragen, der Parteivorsitzende mit seinen im wesentlichen politischen Aufgaben könne diese Doppelbelastung nicht tragen.* **Haas** *tritt für die Vereinigung beider Ämter in einer Hand ein und empiehlt, außerdem einen geschäftsführenden Vorstandsvorsitzenden zu wählen, der sich um die organisatorischen Fragen kümmern solle.* **Koch-Weser** *stellt fest, daß es keine Frage gebe, die*

1 Koch-Wesers Tagebuchaufzeichnungen aus dieser Zeit stützen Erkelenz' Bemerkung über den in der Partei herrschenden Pessimismus. In einer Eintragung vom 8.6.1929 heißt es: „Die Partei geht langsam der Auflösung entgegen. Jeder arbeitet nur noch für sich selbst. Die passive Beharrlichkeit Erkelenz' hindert jeden organisatorischen Aufschwung." Am 5.7. notiert er: „Auch Fischers Sammlungen für die Partei versagen mehr und mehr. Einmal, weil er keine Zeit hat, zum anderen, weil er immer gleichzeitig für alle seine anderen Verbände (Hansabund, Industrieausschuß, Verein gegen Antisemitismus) sammelt, zum dritten, weil er so unbeliebt ist." Koch-Weser beklagt die Gleichgültigkeit und Trägheit vieler Abgeordneter und nennt in diesem Zusammenhang die Namen Reinhold und Hellpach. Er erwägt sogar den Übertritt zur Deutschen Volkspartei: „[. . .] daß die beiden Parteien sich in ihren Anschauungen völlig überschneiden und daß für zwei Parteien in der Mitte kein Raum mehr ist, bedarf keiner Erörterungen. Ich schrecke aber vor dieser letzten Entscheidung aus inneren Gründen noch zurück." Nachlaß Koch-Weser 39.

2 Siehe Nr. 150.

nicht gleichzeitig einen politischen und einen organisatorischen Aspekt besitze. Er tritt für einen oder zwei geschäftsführende Vorsitzende ein und betont, daß es ihm nicht darauf ankomme, mehr Macht, Arbeit und Verantwortung an sich zu reißen. Die weiteren Redner sprechen sich für die Übertragung beider Ämter an eine Person aus und empfehlen, dem Parteiführer einen zuverlässigen Assistenten zur Seite zu stellen. Der Vorstand setzt zur weiteren Beratung eine Kommission[3] ein, die etwa 14 Tage vor Beginn des Parteitages über die Ergebnisse ihrer Arbeit berichten soll.

Der Vorstand bespricht die gegen Lüth wegen seiner radikal-pazifistischen Äußerungen eingelaufenen Beschwerden und berät darüber, ob man ihn aus der Partei ausschließen solle. **Stubmann** *und* **Frankfurter** *geben zu bedenken, daß die Jugend häufig etwas radikaler gesinnt sei, und wenden sich gegen Schulmeisterei und Intoleranz seitens der Parteileitung.* **Koch-Weser, Külz** *und* **Falk** *betonen die parteischädigende Wirkung derartiger Äußerungen. Die Debatte wird ohne Beschlußfassung beendet. Anschließend wird der Fall Hustaedt besprochen und beschlossen, das Ergebnis des Untersuchungsausschusses zum Fall Hustaedt in der Parteipresse zu veröffentlichen[4].*

Rönneburg *weist auf die kommenden Provinziallandtags-, Kreis- und Kommunalwahlen hin und schlägt vor, den dafür in Frage kommenden Parteien eine Listenverbindung anzubieten, um die Position der Partei zu verbessern. Diese Anregung wird abgelehnt.*

---

3 Frau Dönhoff, Haas, Meyer, Landahl, Schreiber, Stephan, Erkelenz, Fischer.

4 Hustaedt hatte es als Justizminister von Mecklenburg-Strelitz im Februar 1926 abgelehnt, einen zum Tode Verurteilten zu begnadigen. Später hatte sich aufgrund neu bekanntgewordener Umstände die Unschuld des Verurteilten herausgestellt. Auf Initiative der Jungdemokraten hatte sich ein innerparteilicher Untersuchungsausschuß mit der Frage beschäftigt, ob Hustaedt wegen seiner Entscheidung „ein Mangel an sittlicher Gewissenhaftigkeit oder eine Verletzung von Parteigrundsätzen" vorgeworfen werden könne. Der Ausschuß war zu dem Ergebnis gekommen, daß dies nicht der Fall sei. Vgl. Demokrat v. 5.9.1929 Nr. 17.

155.

30.9.1929: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „Issberner". Vorsitz: Erkelenz. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 12 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Bernhard, Brammer, Dernburg, Erkelenz, Frankfurter, Haas, Halter, Hauff, Hellpach, Heuss, Höpker-Aschoff, Issberner, Koch-Weser, Frau von Koerber, Krell, Külz, Lemmer, Mende, Meyer, Moering, Frau Rath, Reinhold, Rexrodt, Schönemann, Stephan, Stern, Stolper, Tantzen, Frau Uth, Vogt, Wolff, Ziegler.

Erkelenz *eröffnet.* **Haas** *berichtet über die Arbeit der Kommission, die zur Beratung der organisatorischen und personellen Fragen eingesetzt worden war. Sie empfiehlt, Koch-Weser vom Parteitag zum Vorsitzenden des Parteiausschusses*

und zum Vorsitzenden des Vorstands wählen zu lassen und ihm zur Entlastung bei seiner Tätigkeit als Vorstandsvorsitzender Meyer und Lemmer als Stellvertreter zur Seite zu stellen, wobei Meyer für den internen Betrieb der Reichsgeschäftsstelle und Lemmer für den Außendienst verantwortlich sein soll. Die Kommission schlägt ferner vor, Frau Bäumer, Fischer und Erkelenz zu stellvertretenden Vorsitzenden des Parteiausschusses und Hieber zum Ehrenvorsitzenden zu wählen. Haas weist darauf hin, daß diese Änderung der Organisation zwangsläufig eine Änderung der Satzung mit sich bringe und daß der jetzige Vorstand für diese Fragen nicht mehr zuständig sei, jedoch zweifellos das Recht habe, dem Parteitag Vorschläge zu machen. In einer längeren Aussprache wird vor allem über die Frage beraten, ob man dem Parteitag Külz oder Meyer für die Stellvertretung in der Reichsgeschäftsstelle empfehlen solle und ob es überhaupt angebracht erscheine, seitens des jetzigen Vorstands Empfehlungen zu unterbreiten. Mit 11 gegen 6 Stimmen wird beschlossen, dem Parteitag Vorschläge vorzulegen. Bei der Abstimmung über das Amt des Stellvertreters des Vorstandsvorsitzenden für die Arbeit in der Reichsgeschäftsstelle erhält Meyer 10, Külz 6 Stimmen. Anschließend referiert **Haas** *über die personellen Empfehlungen der Kommission zu den Wahlen zum Vorstand. Der Vorstand beschließt, dem Parteitag bzw. dem vom Parteitag zu wählenden Wahlausschuß alle Vorschläge der Kommission als Material zu überweisen.*

Der Vorstand billigt die Empfehlungen des Organisationsausschusses hinsichtlich der Behandlung der zum Parteitag eingegangenen Anträge[1].

Külz *berichtet über die Maßnahmen, die bisher getroffen worden sind, um eine Lebensversicherung der Parteibeamten zu schaffen. Der Vorstand spricht seine grundsätzliche Zustimmung zu dem Plan einer solchen Versicherung aus.*

1 Abdruck der Anträge in: Demokrat v. 20.9.1929 Nr. 18; Bericht über die Verhandlungen in: Demokrat v. 20.10.1929 Nr. 20.

IX.

Vom Mannheimer Parteitag bis zur Auflösung der Deutschen Demokratischen Partei (Oktober 1929 bis November 1930)

156.

13.12.1929: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet unten links: „Issberner", unten Mitte: „Meyer", unten rechts: „Lemmer". Vorsitz: Koch-Weser. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: kurz vor 15.15 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Abegg, Frau Bäumer, Bernhard, Brammer, Cohnstaedt, Czieslik, Dernburg, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falck (Berlin), Falk (Köln), Fischer, Frankfurter, Halter, Hauff, Heuss, Hummel, Issberner, Jäger, Kauffmann, Kempner, Koch-Weser, Frau von Koerber, Külz, Lemmer, Frau Lüders, Mewes, Meyer, Moering, Mosich, Muhle, Nuschke, Petersen, Frau Rath, Rauecker, Reinhold, Rexrodt, Rönneburg, Schäfer, Schönemann, Schreiber, Siehr, Stephan, Stern, Stolper, Tantzen, Frau Ulich-Beil, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Wieland, Frau Wittstock, Wolff, Zeitlin. Gäste: Poetzsch-Heffter.

Koch-Weser *eröffnet und begrüßt den neuen Vorstand. In seinem anschließenden Bericht über die politische Lage untersucht er die Ursachen für den Rückgang der Partei bei den letzten Wahlen und bezeichnet Geldmangel, unzureichende Organisation und Versagen der Presse als Gründe des Mißerfolgs. Er empfiehlt, trotz allem Ruhe zu bewahren und das Thema der Fusion nicht zu erörtern. Koch-Weser spricht sich für einen Zusammenschluß der Mitte aus*[1]*, lehnt aber einen Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie ab. „Es kann ganz unmöglich die Aufgabe der Demokratischen Partei sein, systematisch die Sozialdemokratie von der Mitarbeit im Staate auszuschließen. Das würde nur ein Anwachsen der Kommunistischen Partei bedeuten." Koch-Weser bezeichnet den Gedanken einer Fusion mit der Deutschen Volkspartei als „vollständig unzeitgemäß und überholt"; falls es zu Veränderungen im Parteiwesen komme, könne es sich nur um eine Neugründung handeln.*

Muhle[2] *wendet sich in der Diskussion gegen Fusionspläne und beklagt die Passivität der Partei, vor allem der demokratischen Parlamentarier.* **Schäfer** *unterstützt Muhles Ausführungen und stellt fest, die Demokraten erweckten den Eindruck „konservativer", nicht „fortschrittlicher" Vertreter der Republik. Nach* **Vogts** *Ansicht muß die Partei versuchen, arbeitswillige Mitarbeiter zu gewinnen und arbeitsunfähige Mitarbeiter abzustoßen. Er empfiehlt, am Jahresende einen Aufruf an die Öffentlichkeit zu erlassen.* **Frankfurter** *bezeichnet als Hauptgrund des Rückgangs „die Krise, die in der Partei besteht".* **Czieslik** *hält es für möglich, durch Initiativen auf wirtschafts- und sozialpolitischem Gebiet neue Anhänger bei Arbeitern und Angestellten zu gewinnen.* **Meyer** *bezeichnet alle Erörterungen über eine mögliche Fusion als überflüssig und schädlich, da man sich nicht „anbieten" dürfe.* **Rönneburg** *kritisiert die mangelhafte Mitarbeit der Organisationen im*

1 Feder berichtet in einer Notiz vom 9.11.1929, Koch-Weser habe mit Luther wegen der Gründung einer neuen Partei verhandelt. (S. 229.) Im Nachlaß Koch-Weser befinden sich vom Herbst 1929 Korrespondenzen mit Wilhelm Kahl, August Weber und verschiedenen, der DVP angehörenden oder nahestehenden Gruppen, die sich offenbar seit Stresemanns Tod isoliert fühlten; alle diese Briefe und Aufzeichnungen behandeln die Möglichkeiten für eine Sammlung der Mitte.

2 Hans Muhle, Regierungsrat in Berlin, Mitbegründer des „Sozialrepublikanischen Kreises" der DDP.

Lande, außerdem habe die Sklarek-Affäre[3] *der Partei geschadet. Er wünscht, der Organisationsausschuß möge sich überlegen, wie man das platte Land besser als bisher bearbeiten könne.* **Fischer** *berichtet über die Finanzlage der Partei und betont, daß die „Kopfsteuer" nach wie vor nur in sehr bescheidenem Maße eingehe; die Hauptsache stamme immer von „Sammlungen bei potenten Leuten".* **Stephan** *stellt fest, daß die Hälfte der Reichstagsfraktion sich in den Jahren 1928 und 1929 an 50 % der Abstimmungen nicht beteiligt habe, und verlangt, die Reichstagsfraktion möge sich mit dieser Frage beschäftigen.* **Külz** *sieht die Ursachen des Rückgangs im Wahlrecht und in den Großsprechereien der radikalen Parteien. Er empfiehlt, sich auf Aufgaben wie Reichsstädteordnung und Beamtenrecht zu konzentrieren, für den Gedanken des Einheitsstaats sei das Volk noch nicht reif.* **Abegg**[4] *wendet sich gegen eine Fusion und bezeichnet das Erstarken der Nationalsozialisten als Folge der mangelnden Aktivität der Demokraten. Er hält feste Mitgliedsbeiträge für unabdingbar.* **Lemmer** *kritisiert von der Zentrale nicht autorisierte Fusionsgespräche und rät, zum Jahreswechsel einen knappen Aufruf an die Wähler herauszugeben.* **Stolper** *bezeichnet die Vorstellung einiger Redner, daß die Partei heute noch ein Machtfaktor sei, als Fiktion. Für ihn gibt es nur noch die Alternative Fusion oder Parteineubildung, wobei er der Deutschen Demokratischen Partei die Aufgabe zuweist, der neuen Partei das „ideologische Fundament" zu geben.*

Nachdem **Koch-Weser** *sich mit den bisher vorgebrachten Argumenten auseinandergesetzt hat, wird die Aussprache unterbrochen, um die letzten Beschlüsse der Länderkonferenz zum Einheitsstaat zu besprechen*[5]. **Koch-Weser** *gibt einen Überblick über die Entwicklung der Frage. Nach einer Aussprache wird einstimmig bei einer Enthaltung eine Resolution angenommen, die sich für die Beschlüsse der Länderkonferenz ausspricht und die Reichsregierung ersucht, die Reichsreform tatkräftig weiterzuführen*[6]. *Außerdem wird eine Resolution Meyer angenommen, die sich gegen eine Beteiligung am Volksentscheid gegen den Young-Plan ausspricht*[7].

Die politische Debatte wird wieder aufgenommen. **Bernhard** *verteidigt die Verlage Mosse und Ullstein gegen Vorwürfe, die Stephan in einem internen Rundschreiben der Reichsgeschäftsstelle erhoben hat, und betont, daß die Blätter beider Verlage nicht demokratisch gebunden seien.* **Feder** *stellt einen Mißbilligungsantrag, zieht ihn jedoch zurück, als* **Koch-Weser** *erklärt, Stephans Kritik habe*

3 Die Gebrüder Sklarek, Inhaber der Berliner Kleiderverwertungsgesellschaft, die einen großen Teil der für die städtischen Anstalten benötigten Konfektion lieferten, waren am 26.9.1929 wegen betrügerischer Transaktionen festgenommen worden. Einer der Brüder war Mitglied der DDP. Die Untersuchung ergab, daß die Sklareks mehreren städtischen Beamten und Kommunalpolitikern Zuwendungen gemacht hatten, darunter auch dem der DDP angehörenden Berliner Oberbürgermeister Böß. Vgl. Schulthess 1929 S. 174; ferner Engeli passim.

4 Wilhelm Abegg (1876–1951), Jurist, Staatssekretär im preußischen Innenministerium 1926–1932.

5 Vom 18.–19.11.1929 hatten die Unterausschüsse des Verfassungsausschusses der Länderkonferenz in Berlin getagt, sie waren mit großer Mehrheit für die „differenzierende Gesamtlösung" eingetreten. Zu den inhaltlichen Bestimmungen dieser Empfehlung vgl. Schulthess 1929 S. 200f.

6 Liegt vor.

7 Liegt vor.

sich nicht gegen die großen Berliner Zeitungen gerichtet. Der Vorstand beschließt mit Mehrheit, zum Jahreswechsel einen Aufruf[8] zu veröffentlichen, und stimmt dem Antrag Koch-Wesers zu, die Vorstandssitzungen künftig alle zwei Monate stattfinden zu lassen.

8 Abgedruckt in: Demokrat v. 5.1.1930 Nr. 1.

157.

23.1.1930: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Vorsitz: Koch-Weser[?].

Der Geschäftsführende Vorstand bespricht die Bitte Stolpers und Landahls, Heuss in der Reichsgeschäftsstelle mit der Aufgabe zu beschäftigen, politische Ausspracheabende in den Wahlkreisen zu veranstalten. **Fischer** *hält es für möglich, die Geldmittel für diesen Plan aufzubringen.* **Stephan** *sieht in dem Vorschlag ein Mißtrauensvotum gegen den jetzigen Geschäftsführenden Vorstand;* **Koch-Weser** *weist darauf hin, daß es rein rechtlich unmöglich sei, den Geschäftsführenden Vorstand zu vergrößern. Man einigt sich, vorläufig 5000 M zur Verfügung zu stellen, um Ausspracheabende zu veranstalten, im übrigen soll sich der Organisationsausschuß der Sache annehmen.*

Der Geschäftsführende Vorstand beschließt, den Regierungseintritt der württembergischen Demokraten[1] auf der nächsten Vorstandssitzung zu behandeln.

Der soeben erschienene Aufruf des Jungdo[2] wird diskutiert und beschlossen, „mit den Führern des Jungdo bei Koch-Weser zusammenzukommen". Außerdem soll die Reichsgeschäftsstelle in einem Rundschreiben[3] und Stephan in einem Zeitungsartikel Stellung zu dem Aufruf nehmen. **Meyer** *fragt nach der Stellung des Jungdo zur Judenfrage. „Soviel bekannt ist, wird der Orden das arische Prinzip aufrechterhalten, die aus dem Jungdo entstehende Partei keineswegs dem Antisemitismus huldigen."*

Der Geschäftsführende Vorstand bespricht noch einige innerparteiliche Streitfälle und setzt die Tagesordnung der nächsten Vorstandssitzung fest.

1 Am 19.1.1930 waren die bisher in Opposition stehenden württembergischen Demokraten mit Maier (Wirtschaftsminister) ins Kabinett eingetreten und beteiligten sich damit an einer Koalition, in der auch die DNVP vertreten war. Vgl. Schulthess 1930 S. 5.

2 Der Jungdeutsche Orden hatte Ende Januar in einem Aufruf die Bildung der „Volksnationalen Reichsvereinigung" angekündigt. Vgl. dazu den Artikel von Rexrodt „Fusionen und kein Ende" in: Demokrat v. 20.2.1930 Nr. 4.

3 In dem Rundschreiben vom 30.1.1930 wurde festgestellt, daß der Jungdo schon seit längerem Fühlung mit der DDP gesucht habe; die Parteifreunde wurden ersucht, sich mit Stellungnahmen für oder gegen den Aufruf zurückzuhalten. DDP/Staatspartei R 45/III 43.

158.

8.2.1930: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „Meyer". Vorsitz: Koch-Weser. Beginn: kurz nach 10.30 Uhr. Ende: nach 19 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Bartschat, Frau Beckmann, Bernhard, Bruckmann, Cohnstaedt, Czieslik, Dietrich, Erkelenz, Falck (Berlin), Falk (Köln), Hauff, Hellpach, Heuss, Hieber, Höpker-Aschoff, Hopf, Hourtz, Hummel, Jäger, Kauffmann, Koch-Weser, Frau von Koerber, Külz, Landahl, Lemmer, Frau Lüders, Mewes, Meyer, Moering, Muhle, Nuschke, Petersen, Frau Rath, Rexrodt, Rönneburg, Schäfer, Schneider, Siehr, Stephan, Stern, Stolper, Stübmann, Frau Ulich-Beil, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Weiss, Wildermuth, Frau Wittstock, Zeitlin.

Koch-Weser *eröffnet.*

Regierungsumbildung in Preußen[1]

Herr **Höpker-Aschoff** als Referent weist darauf hin, daß es an sich bei der Stärke der sozialdemokratischen Fraktion begreiflich sei, wenn diese ihren Einfluß im Kabinett habe verstärken wollen. Der Vorsitzende der Fraktion, Heilmann, habe bereits jahrelang dem Ministerpräsidenten den Abgeordneten König[2] als Kultusminister präsentiert. Braun hat sich lange Zeit dagegen gesperrt, er wollte diesen Ministerwechsel nur im Zusammenhang mit der Wirkung der Großen Koalition durchführen. Die Besprechungen sind dann im vorigen Sommer eingeschlafen, und wer sie dann im Dezember wieder in Fluß gebracht hat, läßt sich noch nicht übersehen. Vor etwa 14 Tagen trat Braun an die demokratische Landtagsfraktion wegen der Kabinettsumbildung heran. Diese behandelte die Sache zunächst etwas dilatorisch, nahm Fühlung mit den Kreisen der Volkspartei und führte die Besprechung mit Braun vertraulich. Die Vertreter der Volkspartei hatten den ernsthaften Wunsch, in das Ministerium einzutreten. Am Montag voriger Woche hat dann die demokratische Fraktion Braun endgültig geantwortet: Wir sind bereit, für die Große Koalition Opfer zu bringen, aber wir sind der Meinung, daß die Opfer nicht von uns allein gebracht werden können. Wir sind auch der Meinung, daß man bei der Besetzung des Kultusministeriums auf die konfessionellen Verhältnisse der evangelischen Kirche Rücksicht nehmen muß. Der Referent begründet eingehend, weshalb die Fraktion in ihrer Formulierung auf die evangelischen Belange Bezug genommen hat[3]. Die Erklärung der Demokraten

1 Seit Herbst 1929 war in Preußen über die Schaffung der Großen Koalition verhandelt worden; schließlich blieb es jedoch bei der regierenden Weimarer Koalition; allerdings war der der DDP nahestehende Kultusminister Becker durch einen Sozialdemokraten ersetzt worden. Vgl. Beer S. 124–131.

2 Christoph König (geb. 1882), MdL Preußen (SPD) 1919–1932.

3 Der entsprechende Passus der Fraktionserklärung vom 27.1.1930 lautete: „Bei der Besetzung des Kultusministeriums muß auf die Stimmung der evangelischen Bevölkerung Rücksicht genommen werden, weil der derzeitige Staatssekretär dem katholischen Bekenntnis angehört". DDP/ Staatspartei R 45/III 65.

hat ihre Wirkung auf die Kandidatur König, der persönlich ein ganz ungeeigneter Kultusminister gewesen wäre, nicht verfehlt. Die Deutsche Volkspartei ging aber auf die Vorschläge Brauns nicht ein, und Braun konnte nun nicht mehr die Taktik durchhalten, die Besetzung des Kultusministeriums von der Bildung der Großen Koalition abhängig zu machen. Die Prominenten der sozialdemokratischen Fraktion empfahlen dringend die Ministerkandidatur Wäntig[4]. Braun forderte Becker zum Verzicht auf, und dieser trat zurück, nachdem er sich mit Höpker-Aschoff ins Einvernehmen gesetzt hatte. In einer Besprechung mit Braun hat dann Becker den Abgeordneten Grimme[5] als Nachfolger empfohlen. Übrigens ist Wäntig vor 14 Tagen aus der evangelischen Kirche ausgetreten. Seine Ernennung zum Minister würde zu einer Sprengung der Koalition geführt haben. Grimme ist immerhin der beste Minister nach Becker. Es ist bedauerlich, daß die Volkspartei sich mit den beiden ihr angebotenen Ministerien nicht begnügt hat. Vorläufig wird die Frage der Großen Koalition wohl wieder einmal beseitigt sein, es sei denn, daß der Staatsgerichtshof am 15. Februar gegen die preußische Regierung entscheidet und dadurch eine neue Situation schafft[6].

Nachdem die Herren **Meyer** und **Stephan** Fragen gestellt haben über die künftige Besetzung der frei gewordenen Oberpräsidien und Regierungspräsidien, macht Herr **Falk** (Köln) noch einige ergänzende Mitteilungen über die Koalitionsverhandlungen. Nach seiner Meinung kam es den Sozialdemokraten gar nicht auf die Bildung der Großen Koalition an, sondern nur um die Gewinnung des Kultusministeriums[7]. Was die Besetzung der Oberpräsidien anlangt, so sollte nach Kassel ein Sozialdemokrat kommen, nach Stettin ein Volksparteiler. Falk verlangte demgegenüber, daß dem Handelsminister Schreiber, wenn er bei der Bildung der Großen Koalition aus dem Amte scheidet, Kassel angeboten werde. Diese Bedingung wurde schließlich zugestanden. Aber Schreiber erklärte, er nehme kein Oberpräsidium an. Jetzt ergibt sich folgende Lage: Kassel fällt an die Sozialdemokraten (Abg. Haas)[8], über Stettin war auch schon verfügt (Volksparteiler von Halfern)[9]. Falk hat das dem Minister des Innern für untragbar erklärt, es kam jedoch nicht zur Einigung. Am folgenden Tage ist er dann bei dem Ministerpräsidenten gewesen und hat ihm die Sache gleichfalls klargelegt. Wenn auch die Personenfrage in Stettin für die Demokraten Schwierigkeiten macht, so werden wir das Oberpräsidium dort doch halten, wenn wir fest bleiben. Das Regierungspräsidium in Magdeburg wird sicher den Demokraten verbleiben, ebenso dasjenige in Erfurt. Als gefährlicher Feind bei den Verhandlungen über

---

4 Heinrich Waentig (1870–1943), MdL Preußen (SPD) 1921–1928, preußischer Innenminister 1930.

5 Adolf Grimme (1889–1963), MdL Preußen (SPD) 1932–1933, preußischer Kultusminister 1930–1932.

6 Der Völkisch-nationale Block und die Volksrechtspartei des preußischen Landtags hatten gegen das Land Preußen wegen Benachteiligung kleiner Parteien durch das preußische Wahlgesetz geklagt, der Staatsgerichtshof wies diese Anträge jedoch am 17./18.2.1930 zurück. Vgl. Schulthess 1930 S. 41.

7 Vgl. auch Falks Ausführungen in der Sitzung der preußischen Fraktion vom 4.2.1930. DDP/Staatspartei R 45/III 65.

8 August Haas (geb. 1881), MdL Preußen (SPD) 1919–1932.

9 Carl von Halfern, Regierungspräsident in Stettin 1927-1930, Oberpräsident der Provinz Pommern 1930–1933.

Stettin hat sich leider ein Teil der demokratischen Presse erwiesen (Eintreten der Vossischen Zeitung für Halfern).

Nachdem zwischendurch die württembergischen Verhältnisse erörtert worden sind, wird dann die Debatte über die Preußensache fortgesetzt. An der Diskussion beteiligen sich die Damen und Herren **Cohnstaedt, Vogt, Koch-Weser, Bernhard, Meyer, Nuschke, Hellpach, Bäumer, Rönneburg, Falck** (Berlin).

Hierauf wird eine von Herrn Meyer eingebrachte Resolution einstimmig angenommen. Diese Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Der Parteivorstand billigt die Haltung der deutschen demokratischen Landtagsfraktion bei der preußischen Regierungskrisis sowohl hinsichtlich der Ablehnung einer Besetzung der leitenden Ämter nach dem schematischen Maßstab der Fraktionsstärke als auch hinsichtlich der Forderung, daß bei der Auswahl der Persönlichkeiten für diese Ämter das Staatsinteresse über das Parteiinteresse gestellt wird. Der Parteivorstand weist die Angriffe zurück, die aus diesem Anlaß namentlich von sozialdemokratischer Seite gegen die Deutsche Demokratische Partei erhoben worden sind und völlig das Maß von Achtung vermissen lassen, auf das die Partei durch die bisherige Tätigkeit der Demokraten in Preußen Anspruch hat. Er bittet die Preußenfraktion, auch fernerhin bei aller Rücksichtnahme auf koalitionstaktische Notwendigkeiten die politische Freiheit der Partei zu wahren und jeder Zurückdrängung des demokratischen Einflusses in Preußen bestimmten Widerstand entgegenzusetzen."[10]

Regierungsumbildung in Württemberg[11]

(Mit diesem Punkte werden im Laufe der Diskussion auch die Punkte 4 und 5 der Tagesordnung – Stellung zur Volksnationalen Vereinigung und Anträge des Organisationsausschusses – verbunden.)

Herr **Bruckmann**[12] hebt als Referent hervor, daß die Struktur der Demokratischen Partei in Württemberg wegen der größeren Zahl der selbständigen Existenzen eine ganz andere ist als sonst im Reiche. Die Verhältnisse in der Wirtschaft sind so bedrohlich, daß man der Demokratischen Partei Einfluß in der Regierung verschaffen muß. Die württembergische Sozialdemokratie hat sich immer mehr radikalisiert, so daß man sich darüber klar sein muß, ob die Bundesgenossenschaft mit den Sozialdemokraten nicht zu einem Punkt hinführt,

10 Abgedruckt in: Wippermann A 1930 S. 146.

11 Siehe Nr. 157 Anm. 1.

12 Peter Bruckmann (geb. 1865), Inhaber der Silberwarenfabrik Bruckmann& Söhne, MdL Württemberg (DDP), Erster Vorsitzender der DDP Württembergs. An Heuss hatte Bruckmann am 3.2.1930 geschrieben, er sehe der Kritik der Berliner Zentrale am Vorgehen der württembergischen Demokraten mit Ruhe entgegen: „Seit der Reichspräsidentenwahl, wo uns Herr Marx als Kandidat aufgezwungen wurde und wo wir in letzter Stunde gebeten hatten, diese für Württemberg untragbare Kandidatur nicht zu unterstützen; seit so verschiedenen anderen Dingen, die wir in Württemberg nicht verstanden haben, hatte ich das Zutrauen verloren, daß die Reichsparteileitung so viel Überblick über die hiesigen Verhältnisse hat, um uns Vollmacht zu einem entscheidenden Schritt zu geben." Nachlaß Heuss 75.

wo im Interesse des Bestandes unserer Partei und der Wirtschaft eine Änderung erfolgen muß. Die Frage, ob wir in der Opposition bleiben sollen, beschäftigt uns schon seit den Wahlen 1928. Zur Großen Koalition ist es damals nicht gekommen, weil das Zentrum vorläufig ablehnte und die Sozialdemokratie es für günstiger fand, in der Opposition zu stehen. Bazille[13] ist nicht der gefährliche Mann, als den man ihn hinzustellen beliebt. Er redet nur viel und stark. Jedenfalls durften wir die ganze Koalitionsfrage nicht auf den Haß gegen eine einzige Person stellen. Aber es stand doch so, daß wir 1928 nicht in eine Regierung eintreten konnten, in der sich Bazille befand. Diesem Standpunkt hat sich auch die Deutsche Volkspartei angeschlossen. Aber nun wurde von der Wirtschaft ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei und ein Eintritt in die Regierung immer dringender verlangt, besonders auch von den Handwerkern, die dadurch eine weitere Niederhaltung der Wirtschaftspartei erhoffen. In einem Lande wie Württemberg stehen auch nicht die rein politischen, sondern praktischen Fragen im Vordergrund, so diejenige der Fachschulen, von denen die Zukunft Württembergs abhängt. Sollte unsere Erwartung getäuscht werden und sollten wir uns in der Regierung nicht durchsetzen können, dann erfolgt die Abberufung unseres Ministers.

Herr **Hieber** erklärt als Korreferent: Payer hat keinen übereilten Beschluß gefaßt, als er aus der württembergischen Demokratie austrat; er hält auch jetzt noch seinen Beschluß aufrecht[14]. Es ist unrichtig, daß die Person Bazilles zu sehr in den Vordergrund gestellt worden sei. Bazille ist nicht eine beliebige Person, sondern im ganzen Deutschen Reich bekannt als der Exponent der Gegnerschaft gegen die bestehende Staatsform, gegen Demokratie und Liberalismus. An der inneren Stellung Bazilles gegen uns und den Staat hat sich auch neuerlich nicht das Geringste geändert. Da kann man ihm jetzt nicht ein Vertrauensvotum ausstellen. Bazille ist zur Zeit der reaktionärste Kultusminister Deutschlands. Mich mit ihm an einen Tisch zusammenzusetzen, das geht mir gegen das einfachste Gefühl. Es ist eine starke Abwanderung der Volksschullehrer aus unserer Partei zu erwarten. Das Wirtschaftsministerium, das jetzt unser Maier[15] leitet, ist bisher lange Jahre hindurch von einem Staatsrat vorbildlich verwaltet worden, ein neuer Wirtschaftsminister kann es auch nicht besser machen; er kann auch nichts Besonderes tun, da die Zuständigkeit des Ministeriums einen viel zu geringen Umfang hat. Das volksparteiliche Blatt in Württemberg, der „Schwäbische Merkur", steht den Deutschnationalen viel näher als uns. Wir schätzen unseren Minister auch, aber der Gesamtregierung einschließlich Bazilles können wir nicht das Vertrauen votieren. Nach alledem kann man sich für unsere Partei aus dem Eintritt in die Regierung keinen Vorteil

13 Wilhelm Bazille (1874–1943), MdL Württemberg (DNVP) 1919–1933, MdR 1920–1930, württembergischer Staatspräsident 1924–1928, württembergischer Kultusminister 1924–1933.

14 Payer hatte seinen Austritt aus der DDP Württemberg in einem Brief an Koch-Weser vom 22.1.1930 begründet: „[. . .] einen solchen Purzelbaum kann ich nicht mitmachen." Nachlaß Koch-Weser 104.

15 Reinhold Maier (1889-1971), Rechtsanwalt in Stuttgart, MdL Württemberg (DDP) 1924–1933, MdR (Staatspartei) November 1932 bis Juli 1933, württembergischer Wirtschaftsminister 1930–1933, zusammen mit Petersen und Dietrich Vorsitzender der Staatspartei von September 1932 bis Juni 1933.

versprechen; im Gegenteil ist zu befürchten, daß ein Rückgang eintreten wird. Der Gewinn, der aus dem Zusammenschluß der liberalen Parteien heraus springt, ist zu teuer erkauft.

Herr **Koch-Weser**: Der vorliegende Fall ist eine interessante Illustration zur Frage der Reichsreform. In diesen kleinen Parlamenten, die eigentlich nur Verwaltungskörper sind, erfüllt jede Opposition mit Ungeduld, weil man das Gefühl hat, von der Verwaltung ausgeschlossen zu sein. Darum ist das Bestreben verständlich, möglichst weit den Rahmen der Parteien zu spannen, die an der Regierung beteiligt sind. Dazu kommt die brutale Haltung der Sozialdemokratie, aber auf der anderen Seite muß man mit dem Ergebnis des Erreichten sehr unzufrieden sein. Vielleicht ist Bazille wirklich gar nicht eine so große Vogelscheuche, wie er von uns allen gemacht worden ist. Da ist es aber auf jeden Fall schwer, sich von einem Tag zum anderen umzustellen und einen Wolf zum Schafe zu erklären. Wenn aber in den Einzelländern überhaupt Politik zu machen ist, dann ist sie auf dem Gebiete der Kulturpolitik zu machen, und da ist es höchst bedauerlich, daß dieses Kultusministerium in Württemberg in der Hand eines der größten Reaktionäre liegt. Am besten wäre es gewesen, wenn der Parteivorsitzende in der Lage gewesen wäre, einen Delegierten zu der betreffenden Sitzung nach Stuttgart zu senden. Dann wäre das Resultat vermutlich ein anderes geworden. Das Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei ist an sich gut, aber es war nicht zu erwarten, daß es zu einem Eintritt in die Regierung kam. Seitdem wir Herrn Heuss nicht mehr im Parlament haben, sind die Stricke nach Württemberg in bedauerlicher Weise gerissen. Diese Verbindung muß wieder angeknüpft werden, das sollte die Lehre sein, die uns der Vorfall gibt. Ganz verfehlt ist es, unter den obwaltenden Umständen aus dem württembergischen Fall eine grundsätzliche Frage machen zu wollen. Durchaus zu tadeln ist, daß man sich an die Deutsche Volkspartei fortwährend herandrängt, anstatt daß man sie auf sich zukommen läßt. Ich habe es daher auch nicht verstanden, daß Hellpach in einem Brief das Vorgehen in Württemberg als das aufgehende Licht bezeichnet hat. Nun kommt aber alles darauf an, was soll werden? Ganz ausgeschlossen ist, daß wir auch nur den Versuch machen, die Württemberger aufzufordern, wieder aus der Regierung auszutreten. Der Eintritt ist nun einmal geschehen, und wir müssen versuchen, das Beste daraus zu machen. Auch Payer ist der Meinung, daß man nicht an die Sache rühren, sondern den Männern eine Chance geben soll.

Herr **Wildermuth** spricht für Minister Maier, der leider am Erscheinen verhindert ist. Wir überschätzen wohl die Bedeutung von Regierungsbildungen in Württemberg. Württemberg ist in der Hauptsache ein Verwaltungsverband, große politische Fragen sind dort nicht mehr zu erledigen. Bazille ist gewiß eine schwierige Belastung, aber er ist ein ganz kleiner Mann. Die Interessen des Mittelstandes und der Industrie sind ausschlaggebend für Württemberg. Ihretwegen sind unsere Freunde in die Regierung hineingegangen.

An der Debatte, die nach einer vorausgegangenen Mittagspause eröffnet wird, beteiligen sich die Damen und Herren **Muhle, Hourtz**[16], **Landahl, Cohnstaedt, Stephan, Hellpach, Dietrich, Heuss, Weiss, Rath, Koch-Weser,**

16 Carl Hourtz (geb. 1883), Bäckermeister in Bochum, MdL Preußen (DDP) 1925-1928.

Hopf. Es folgen hierauf die Abstimmungen über die vorliegenden Anträge. Mit übergroßer Mehrheit gegen 2 Stimmen wird folgende von Herrn Meyer eingebrachte Resolution angenommen:

„Die Vorgänge bei der Koalitionsbildung in Württemberg sind ein neuer Beweis für sie schädliche Wirkung der Vielheit deutscher Landesparlamente auf die deutsche Politik.

Der Eintritt der Deutschen Demokratischen Partei in die württembergische Regierungskoalition ist ohne Fühlungnahme mit der Parteileitung erfolgt. Die Parteileitung hätte sonst ihre Bedenken, insbesondere kulturpolitischer und persönlicher Art, geltend gemacht. Der Parteivorstand erwartet nunmehr von den Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei in Kabinett und Landtag von Württemberg, daß sie in der neuen Koalition mit voller Kraft mitarbeiten und dabei mit Entschiedenheit die Grundsätze der Demokratie zur Geltung bringen, daß sie jedoch, wenn ihnen das nicht gelingt, entschlossen die Folgerung des Ausscheidens aus der Koalition ziehen werden."[17]

Außerdem wird ein Antrag des Organisationsausschusses angenommen, der die Wahlkreis- und Landesorganisationen der Partei auffordert, die Reichsgeschäftsstelle zu allen Wahlkreisparteitagen und Wahlkreisausschußsitzungen einzuladen und auch die benachbarten Wahlkreise rechtzeitig zu benachrichtigen[18].

Stephan *berichtet über den Konflikt zwischen Lüth und dem Vorstand der Jungdemokraten. Er betont, daß die Jungdemokraten Lüth nicht wegen des von ihm vertretenen radikalen Pazifismus und seiner sonstigen politischen Anschauungen ausgeschlossen hätten, sondern wegen der disziplinlosen Weise, in der er seine Ansichten durchzusetzen suche. Der Vorstand bespricht den Fall und beschließt mit allen gegen eine Stimme, einen Ausschuß[19] einzusetzen, der die Angelegenheit gemeinsam mit der Hamburger Organisation weiter untersuchen und auf der nächsten Vorstandssitzung Bericht erstatten soll.*

17 Abgedruckt in: Wippermann A 1930 S. 146.

18 Liegt vor.

19 Meyer, Stephan, Stubmann, Moering.

159.

21.2.1930: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Vorsitz: Koch-Weser[?].

Külz *berichtet über die Regierungskrise in Sachsen[1] und stellt fest, daß die Demokratische Partei dort für die Große Koalition eintrete.*

Lemmer *referiert über die letzte Bundesvorstandssitzung des Reichsbanners, wo man darüber beraten habe, daß einige Parteifreunde wegen ihrer taktischen Haltung bei den Wahlen zu den Stadtparlamenten aus dem Reichsbanner ausge-*

1 Die sächsische Regierung war am 28.2.1930 durch ein nationalsozialistisches Mißtrauensvotum gestürzt worden. Vgl. Schulthess 1930 S. 41.

schlossen worden seien. Lemmer teilt mit, der Bundesvorstand habe sich aufgrund seines Protestes sowie eines Briefes von Meyer namens des Parteivorstands bereit erklärt, die Ausschlüsse rückgängig zu machen.

*Der Geschäftsführende Vorstand bespricht die Neubesetzung der Oberpräsidien in Kassel und Stettin[2]. **Koch-Weser** erklärt, daß die Besetzung mit Angehörigen anderer Parteien für die Demokraten untragbar sei und u. U. zum Austritt aus der preußischen Regierung führen könne. Er wird beauftragt, die Angelegenheit mit Falk zu besprechen.*

Es wird beschlossen, an der geplanten Besprechung mit den Führern des Jungdo festzuhalten, obgleich der Jungdo bisher nicht auf Stephans Artikel reagiert hat[3].

Lemmer *berichtet über die weitere Entwicklung des Konflikts mit Lüth. Lüth sehe seinen Ausschluß aus dem Verband der Jungdemokraten als juristisch anfechtbar an[4].*

Die Ortsgruppe Wilhelmshaven-Rüstringen hat alle Organisationen schriftlich aufgefordert, die Frage der Parteineubildung zu diskutieren. Der Parteivorstand hat daraufhin gebeten, derartige Aktionen zu unterlassen, da er selbst die Frage ständig im Auge behalte.

---

2 Siehe Nr. 158.

3 Siehe Nr. 157.

4 Siehe Nr. 158.

160.

11.3.1930: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Vorsitz: Koch-Weser[?].

Meyer *berichtet von den Verhandlungen der Kommission über den Konflikt mit Lüth[1].*

Der Fall Böß[2] wird besprochen und beschlossen, zunächst das Disziplinarverfahren gegen Böß abzuwarten.

Der Geschäftsführende Ausschuß berät über die Frage, welche Persönlichkeiten aus dem Kreis der Partei für die Besetzung des Regierungspräsidiums in Erfurt und des Oberpräsidiums von Magdeburg vorgeschlagen werden könnten.

Lemmer *berichtet, daß es zwischen dem Edeka-Verband und der Partei zu Spannungen gekommen sei, weil Hummel und Sparrer versäumt hätten, einer Einladung des Edeka-Verbandes Folge zu leisten. Meyer wird beauftragt, in der Angelegenheit zu vermitteln.*

---

1 Siehe Nr. 158.

2 Siehe Nr. 156 Anm. 3.

161.

18.3.1930: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Vorsitz: Koch-Weser[?].

Der Geschäftsführende Vorstand bespricht mehrere innerparteiliche Streitigkeiten, darunter auch den Fall Lüth. Er beschließt, Lüth aufzufordern, sich von der Gründung einer „Radikal-Demokratischen Vereinigung" in Dortmund zu distanzieren.

Hustaedt hat Koch-Weser brieflich um eine Zusammenkunft gebeten, um ihm seine von Koch-Wesers Ansicht abweichende Auffassung über einen Anschluß von Mecklenburg-Strelitz an Preußen darzulegen. Rexrodt wird beauftragt, eine Zusammenkunft vorzubereiten.

Koch-Weser *berichtet über den Fall Ullstein – Bernhard*[1]*. Man einigt sich darauf, das Ergebnis des Prozesses abzuwarten. Lemmer soll inzwischen mit Bernhard sprechen.*

Der Geschäftsführende Vorstand bespricht einige Kandidaturen für die nächste Reichstagswahl.

Bernhard ist der „Liga für Menschenrechte" beigetreten. Meyer wird gebeten, Bernhard darauf hinzuweisen, daß der Parteivorstand für diesen Schritt kein Verständnis aufbringe.

---

1 Dabei handelte es sich um Familienzwistigkeiten im Hause Ullstein, in die auch Bernhard in seiner Eigenschaft als Chefredakteur der „Vossischen Zeitung" und als Partner der Brüder Ullstein verwickelt war. Gedruckte Unterlagen über die Affäre befinden sich im Nachlaß Heuss 382; vgl. ferner die Erwähnung bei Feder S. 239f.

162.

5.5.1930: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „Issb."[erner]. Vorsitz: zunächst Koch-Weser, dann Meyer, dann wieder Koch-Weser. Beginn: 11.15 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Abegg, Frau Bäumer, Bartschat, Frau Beckmann, Bernhard, Graf Bernstorff, Cohnstaedt, Czieslik, Dechamps, Dernburg, Dietrich, Frau Dönhoff, Erkelenz, Falck (Berlin), Falk (Köln), Fischer, Frankfurter, Hauff, Hellpach, Heuss, Hieber, Höpker-Aschoff, Hourtz, Hummel, Kauffmann, Kempner, Koch-Weser, Frau von Koerber, Külz, Landahl, Lemmer, Frau Lüders, Mewes, Meyer, Moering, Muhle, Nuschke, Petersen, Frau Rath, Rexrodt, Rönneburg, Schäfer, Schneider, Schreiber, Siehr, Stephan, Stern, Stolper, Tantzen, Frau Ulich-Beil, Frau Uth, Vogt, Wachhorst de Wente, Weiss, Frau Wittstock. Entschuldigt: Carbe, Haas, Jäger, Reinhold, Zeitlin. Gäste: mehrere Reichstagsabgeordnete, einige Vertreter der demokratischen Presse, einige Parteifunktionäre.

Koch-Weser *eröffnet. Er referiert über die politische Entwicklung seit der letzten Vorstandssitzung und betont, daß alle maßgebenden Persönlichkeiten der Partei die Große Koalition als einzige Möglichkeit einer festen und dauerhaften Regierung betrachtet hätten; die Schuld an ihrem Zusammenbruch treffe die Sozialdemokraten wegen ihrer ,,Fahnenflucht"*[1]*. Er rechtfertigt den Eintritt der Demokraten in das Kabinett Brüning, da es sonst zur Reichstagsauflösung und zum Kampf aller Parteien rechts von der Demokratischen Partei gegen Demokraten und Sozialdemokraten gekommen wäre*[2]*. Einen Erfolg der Regierungsbeteiligung sieht Koch-Weser darin, daß die Sozialdemokratie erkannt habe, ,,daß man zur Not auch ohne sie regieren kann", während die Deutsche Volkspartei eingesehen habe, ,,wie gefährlich es ist, die Sozialdemokraten aus der Regierung auszuschalten und wie groß die agrarische Gefahr ist, wenn man nicht an der Sozialdemokratie einen gewissen Rückhalt hat". Koch-Weser hofft, man werde im Herbst zur Großen Koalition zurückkehren. Als weitere Erfolge des Kabinetts Brüning betrachtet er den Zerfall der Deutschnationalen und die Vermeidung der Anwendung des Artikels 48. Er empfiehlt, das ,,Ostprogramm" der Regierung nicht von vornherein zu bekämpfen, sondern darauf zu achten, daß es nicht zu einer Subventionspolitik für den Großgrundbesitz ausarte. Zum Austritt aus der Regierung sieht er im Augenblick keinen Anlaß. Der Redner geht dann auf Angriffe ein, die in jüngster Zeit gegen ihn gerichtet worden sind, und bezeichnet die Vorwürfe, die Grzimek im ,,Berliner Tageblatt" wegen angeblicher Fusionsgespräche der demokratischen Führer erhoben hat, als ungerechtfertigt. Grzimek und Abegg hätten ihn im Oktober letzten Jahres besucht und selbst darauf gedrängt, sofort eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei einzuleiten.*

Hier bittet **Abegg** *zur sofortigen Richtigstellung um das Wort. Er erklärt, daß er sich bei diesem Besuch nicht für eine Fusion mit der Volkspartei, sondern für eine Neubildung ausgesprochen habe, die auf dem Boden der Demokratischen Partei stehen und sich bis zum linken Flügel der Deutschen Volkspartei erstrecken sollte. Zu diesem Schritt habe ihn Stresemanns schwere Erkrankung veranlaßt.* **Meyer, Rexrodt** *und* **Stephan** *stellen übereinstimmend fest, daß Abegg sich damals für den Zusammenschluß beider Parteien als Anfang einer Parteineubildung ausgesprochen habe.* **Meyer** *und* **Hummel** *wenden sich gegen Grzimeks*

1 Das Kabinett Müller war am 27.3.1930 wegen unüberbrückbarer Differenzen über den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zurückgetreten. Vgl. Kabinett Müller II S. LXVIII. Am 30.3.1930 war dann das Kabinett Brüning gebildet worden, dem Zentrum, DDP (Dietrich als Vizekanzler und Wirtschaftsminister), DVP, BVP, DNVP, Volkskonservative und Wirtschaftspartei angehörten. Vgl. Schulthess 1930 S. 93 f.

2 Über die Auseinandersetzungen in der demokratischen Fraktion nach dem Sturz der Regierung Müller notierte Feder am 28.3.1930 nach Mitteilungen Lemmers: ,,Koch-Weser sagte, wir müßten, nachdem die Sozialdemokraten derart versagt haben, auf jeden Fall mitmachen, sogar mit Hugenberg. Dem stimmen schließlich alle zu, auch Schneider und Ziegler (Schuldt schweigt), mit Ausnahme von Lemmer und Erkelenz, und auch diesen wird dargelegt, daß sie im Ernstfall nicht gegen die Fraktion demonstrieren dürften." (S. 252 f.) Am 8.4. heißt es: ,,Ich telefoniere mit Lemmer. Er sagt, alles zieht nach rechts, zu ihm hält in der Fraktion höchstens noch Erkelenz, Ziegler, Lüders, gelegentlich Tantzen. . ." (S. 254.) Am 9.4.: ,,. . .Lemmer besucht mich, erzählt von dem trostlosen Zustand in der demokratischen Fraktion, wo er mit Erkelenz ganz allein in der Opposition steht. . ." (Ebd.)

Behauptung, sie hätten Verhandlungen über eine Fusion geführt, und verlangen, Grzimek möge seinen Gewährsmann für diese Information nennen. Auf Antrag Frankfurters wird beschlossen, Grzimek zu ersuchen, dem Vorstand für sein Vorgehen Rede zu stehen.

Koch-Weser *setzt seine Ausführungen fort und tadelt, daß einige Organisationen einfach Resolutionen an die Öffentlichkeit schickten, ohne zuvor mit der Parteileitung Fühlung zu nehmen. Er gibt einen Überblick über den Gang der Überlegungen hinsichtlich einer Parteineubildung. Die Frage habe längere Zeit geruht und sei dann durch Theodor Wolffs Bestrebungen, eine Fusion der Mittelparteien herbeizuführen, neu belebt worden. Koch-Weser erklärt, daß Stresemann mit ihm wegen einer Neugründung Fühlung genommen habe, diese Entwicklung sei jedoch durch Stresemanns Krankheit und Tod abgebrochen worden*[3]*. Jetzt wäre eine Fusion mit der Volkspartei „eine verlorene Sache". Er berichtet ferner, daß Mahraun ihn brieflich aufgefordert habe, zur Volksnationalen Reichsvereinigung überzugehen*[4]*. Falls es je zu einer Neugründung kommen sollte, werde es sich dabei nicht um die Bildung eines „Besitzbürgerblocks" handeln, sondern um eine Zusammenfassung aller staatsbewußten Elemente, „die Deutschland und die Republik nicht verlottern lassen wollen". Koch-Weser schließt mit dem Appell, die Selbstzerfleischung zu beenden und den Worten der Führer Glauben zu schenken.*

Zu Beginn der Diskussion wird die Redezeit auf zehn Minuten festgesetzt. **Nuschke** *empfiehlt, die innerparteilichen Auseinandersetzungen nicht überzubewerten, sie seien ein Anzeichen für das rege Leben der Partei. Als bedenklich betrachtet er dagegen die Beteiligung am Kabinett Brüning; hierüber müsse eine grundsätzliche Auseinandersetzung erfolgen.* **Leers**[5] *gibt der demokratischen Presse die Schuld an der herrschenden Verstimmung, da sie lieber das Zerstörende aufgreife als das Einigende. Grzimek erscheint und wird von Koch-Weser über den Gang der Verhandlungen informiert.* **Grzimek** *wiederholt – häufig durch Widerspruch unterbrochen – seine im „Berliner Tageblatt" aufgestellten Behauptungen, darunter vor allem den Vorwurf, daß die demokratische Reichstagsfraktion wegen der Fusionsverhandlungen mit anderen Parteien im Kabinett Brüning geblieben sei. Er weigert sich, seinen Gewährsmann zu nennen.* **Koch-Weser** *geht im einzelnen auf die Vorwürfe ein und weist sie zurück;* **Hummel, Meyer, Rönneburg** *und* **Falk** *wenden sich gleichfalls gegen Grzimeks Darstellung.* **Grzimek** *stellt fest, die abgegebenen Erklärungen hätten ihn überzeugt, daß er sich getäuscht habe.* **Koch-Weser** *besteht auf einer öffentlichen Zurücknahme der Vorwürfe. Nach kurzer Debatte wird beschlossen, von einer formellen Erklärung*

---

3 Eine Aufzeichnung Koch-Wesers über sein Treffen mit Stresemann, das kurz vor dessen Tod in Vitznau stattfand, befindet sich im Nachlaß Koch-Weser 101.

4 Mahraun hatte Koch-Weser am 23.4.1930 geschrieben: „Ich hoffe doch sehr, daß, wenn die große Aufteilung der Mitte kommt – nur nicht verschwommene Sammlung – Sie dann unser Mitkämpfer in der volksnationalen Front sein werden." Mahraun betonte weiter, er sei überzeugt, daß Koch-Weser niemals seine Hand „zur Pseudosammlung in einer besitzbürgerlichen Front" bieten werde. A. a. O.

5 Otto Leers (geb. 1875), Verwaltungsjurist in Karlsruhe, MdL Baden (DDP) 1929-1933, badischer Kultusminister 1926-1929.

abzusehen, aber in dem vom „Demokratischen Zeitungsdienst" zu veröffentlichenden Bericht einen entsprechenden Passus einzufügen[6].

Nach der Mittagspause wird die Aussprache wieder aufgenommen. **Stubmann** *verlangt die Einberufung des Parteiausschusses, um die anstehenden politischen Fragen zu besprechen.* **Heuss** *warnt davor, die Fraktion festzulegen und „bestimmte Koalitionen als die einzig wahren zu betrachten und sie heilig oder zum mindesten selig zu sprechen". Frau* **Bäumer** *betont, daß es heute viele Fragen gebe, die nicht mit dem Programm der alten Parteien gelöst werden könnten.* **Fischer** *beklagt den Mangel an Vertrauen in der Partei.* **Koch-Weser** *verliest Berichte des „Berliner Tageblatts" und der „Vossischen Zeitung" über den Verlauf der heutigen Vorstandssitzung, die nach seiner Ansicht dem tatsächlichen Verlauf völlig widersprechen.* **Cohnstaedt** *kritisiert, daß Dietrich im Kabinett die Politik von Schiele*[7] *habe mitmachen müssen, und bemängelt den unzureichenden Kontakt der Parteileitung mit den Parteiangehörigen im Land.* **Dietrich** *verteidigt die Rolle der Demokraten im Kabinett.* **Muhle** *spricht über die Absichten des neugegründeten Sozialrepublikanischen Kreises, der sich als „sozialpolitische Stoßtruppe" der Partei betrachte*[8]. *Frau* **Bäumer, Bartschat, Fischer, Stolper** *und* **Meyer** *wenden sich gegen die Gründung eines solchen Kreises.* **Lemmer** *verteidigt den Kreis und betont, er bedeute keine Spitze gegen die Parteileitung. „Wenn man sich auf die Parteidisziplin beruft, so sollte man bedenken, daß die Erörterung der Gründung des Sozialrepublikanischen Kreises nicht getrennt werden kann von der Erörterung über die Liberale Vereinigung." Der Vorstand stimmt* **Koch-Wesers** *Vorschlag zu, die endgültige Stellungnahme zu dieser Gründung zu vertagen.* **Wachhorst de Wente** *billigt die Politik der Reichstagsfraktion und des Parteiführers und dankt Dietrich im Namen der Bauernschaft für seine Agrarpolitik.*

Nach einem Schlußwort von **Koch-Weser**, *in dem er nochmals um bessere Wahrung der Parteidisziplin bittet und sich gegen Annahme der beiden Resolutionen Abegg wendet, erfolgen die Abstimmungen. Der Vorstand lehnt die erste Resolution Abegg, die sich gegen jegliche Fusion wendet*[9]*, mit 27 gegen 14 Stimmen ab, die zweite Resolution Abegg, die für den Fall eines weiteren Verstoßes der Regierung Brüning gegen die demokratischen Prinzipien für Rückzug der DDP aus dem Kabinett plädiert*[10]*, wird daraufhin zurückgezogen. Mit 32 Stimmen – bei einigen Enthaltungen – wird eine Resolution Petersen angenommen, die der Reichstagsfraktion das Vertrauen ausspricht und die*

---

6 Vgl. den Bericht über die Vorstandssitzung in: Demokrat v. 6.5.1930 Nr. 9, dort auch ein Auszug aus dem Bericht des „Demokratischen Zeitungsdiensts".

7 Martin Schiele (1870–1939), MdR (K/DNVP) Februar 1914 bis März 1930, Reichsinnenminister 1925, Reichsernährungsminister 1927–1928 und 1930–1932.

8 Feder hatte am 1.5.1930 notiert: „[. . .] viel Besuch, abends Lemmer, jetzt fest entschlossen, Sozialrepublikanischen Kreis zur Partei zu erweitern. Abegg und Grzimek machen mit, wohl auch Erkelenz und Ziegler, wollen eigene Geschäftsstelle aufmachen." (S. 258.)

9 Liegt vor.

10 Liegt vor.

Erwartung ausdrückt, daß sie ebenso wie der demokratische Reichswirtschaftsminister die Grundsätze der Partei wahren werde[11].

Der Vorstand bespricht den Termin und die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Parteiausschusses.

---

11 Liegt vor. Abgedruckt in: Wippermann A 1930 S. 327; ferner Schulthess 1930 S. 121. Einige Tage nach dieser Vorstandssitzung erschien in der demokratischen Presse ein Artikel Koch-Wesers mit dem Titel „Keine Parteikrise", der sich v. a. mit dem Verlauf der Vorstandssitzung befaßte und die einstimmige Annahme der Vertrauenserklärung für die Reichstagsfraktion besonders betonte. Vgl. Demokrat v. 20.5.1930 Nr. 10. Cohnstaedt schrieb daraufhin einen Brief an Koch-Weser und warf ihm vor, er habe in seiner Darstellung alle in der Sitzung hervorgetretenen Gegensätze verkleistert. Ähnliche Kritik übte auch Hermann Schäfer in einem Schreiben vom 12.5. Schäfer betonte ferner, man dürfe von den Mehrheitsverhältnissen in Vorstand und Parteiausschuß nicht unbedingt auf die Stimmung der Parteimitglieder oder gar der Wähler schließen. „Der Parteivorstand wie der Parteiausschuß enthält so viel Traditionsgrößen, daß seine Zusammensetzung keineswegs der in den letzten Jahren eingetretenen Umschichtung unserer Wähler entspricht [. . .]" Nachlaß Koch-Weser 101.

163.

25.5.1930: Sitzung des Parteiausschusses

Vorsitz: Fischer. Beginn: 10 Uhr. Ende: kurz vor 19 Uhr. Ort: Halle, im „Stadtschützenhaus".

Herr **Fischer**, der an diesem Tage die ganzen Verhandlungen leitet, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr mit einem tiefempfundenen Nachruf auf die kürzlich verstorbene Ehrenvorsitzende der Partei, Frau Helene Lange, der von der Versammlung stehend angehört wird. Herr Fischer führt u. a. aus: Die liberale und demokratische Idee hat Helene Lange unaufhaltsam an die Spitze der Bewegung für die Erkämpfung der Freiheit der Frau in Staat und Gesellschaft geführt. Außergewöhnliche Willenskraft, überlegene Geistigkeit und eine unerschöpfliche Frische – alles in allem ein außerordentliches Maß von Führerqualitäten, machten sie bald zur unbestrittenen Führerin in diesem Kampfe. Voll Genugtuung können wir in diesem Augenblick der Trauer feststellen, daß hier eine Kämpferin von uns gegangen ist, der in ihrem Leben in denkbar hohem Maße die Gnade des Erfolges gegeben worden ist. Den schönsten Ausdruck nach außen hin hat das darin gefunden, daß diese gegenüber jedem Lob und Dank so bescheidene Frau als erste Alterspräsidentin eines der ersten deutschen Parlamente eröffnen durfte, in dem Männer und Frauen gleichberechtigt als Erwählte des Volkes saßen, nämlich die hamburgische Bürgerschaft. Helene Lange hat immer mit Nachdruck betont, gleiches Recht bedinge auch das gleiche Bewußtsein der Verantwortung. Gerade deshalb galt in all den Jahren nach der Revolution ihre ganze Liebe und Sorge unserer Deutschen Demokratischen Partei, weil sie in ihr mit Recht die deutsche Partei des verantwortungsbewußten Staatsbürgertums erblickte. Mit aller Kraft wirkte sie dahin, die Frauen davon zu überzeugen, daß allein die liberalen und demokratischen Ideen, die Deutschlands Frauen zur

Gleichberechtigung führten, die Ideen seien, die auf die Dauer eine wirklich innerliche Verknüpfung der Frau mit dem Staat und der Gesellschaft über die formale Gleichberechtigung hinaus herbeiführen können. Daneben aber war es der feste Glaube an die deutsche Jugend, der die Hochbetagte für die Arbeit in unserer Partei beseelte. Sie war von dem Glauben durchdrungen, daß die hohen nationalen und ethischen Werte der demokratischen Ideen in immer stärkerem Maße diese Jugend im Geiste des neuen Deutschlands zusammenführen werden.

Herr **Schwarz**[1], der Vorsitzende der Halleschen Organisation, begrüßt den Parteiausschuß namens des Ortsvereins Halle. Die Tagung in Halle möge einen Wendepunkt in der Partei bedeuten, in dem Sinne, daß von Halle ein neues Aufwärts und Vorwärts ausgehen möge.

Herr **Fischer** begrüßt darauf seinerseits die Mitglieder des Parteiausschusses, die Gäste und die Presse. Er entschuldigt Minister Dietrich wegen Krankheit, erbittet und erhält die Ermächtigung, den Herren Dietrich und Haas in Telegrammen die besten Wünsche zur Genesung auszudrücken. Besonders begrüßt Herr Fischer auch den preußischen Minister Schreiber (Minister Höpker-Aschoff erscheint später) und den Vertreter der saarländischen Demokratie, Eberhard, dem er zuruft: Den Saarbrückern Treue um Treue! (Starker Beifall.)

Der Vorsitzende schlägt Unterbrechung der Sitzung zu einer kurzen Mittagspause um 13.30 Uhr vor, womit sich der Parteiausschuß einverstanden erklärt, und macht die anwesenden Pressevertreter darauf aufmerksam, daß die Verhandlungen des Parteiausschusses an sich vertraulich seien, worauf Rücksicht zu nehmen sei. Insbesondere gelte das für die Rede von Herrn Koch-Weser, in bezug auf die man sich an den zur Ausgabe gelangenden offiziösen Auszug halten möge. Zunächst erscheine in der Diskussion eine Redezeit von 15 Minuten angebracht. (Zustimmung.) Die Rednerliste solle so zusammengesetzt werden, daß alle Richtungen und alle Gebiete Deutschlands gebührend zu Worte kommen. (Zustimmung.)

Die politische Lage

Herr **Koch-Weser** als Referent gedenkt einleitend der Tatsache, daß uns nur noch wenige Wochen von dem Augenblick trennen, da der Rhein frei wird. Die Deutsche Demokratische Partei hat allen Anlaß zu betonen, daß es keine Partei gibt, die die Politik zur Befreiung Deutschlands, die die Gegner höhnisch Erfüllungspolitik nennen, konsequenter und energischer betrieben hat als die Demokratische.

Der Redner weist dann darauf hin, es seien Beschwerden darüber erhoben worden, daß die demokratische Fraktion sich überhaupt an der Bildung des Kabinetts Brüning beteiligt habe. Koalitionen aber sind keine Ewigkeitsbeschlüsse und keine Bekenntnisse von theoretischen Weltauffassungen. Bei den in Deutschland herrschenden Parteiverhältnissen kommt es darauf an, Weggenossen

1 Walter Schwarz, Bankier in Halle.

zu finden, die die Last der Regierung eine Zeitlang gemeinschaftlich tragen wollen. Unsere Partei hat sich von der Auffassung tragen lassen, daß nur die Weimarer oder die Große Koalition das für die Demokratische Partei Gemäße ist, obwohl gewiß während der Dauer des Kabinetts Müller durchaus nicht allgemeine Zufriedenheit in unserer Partei mit diesem Kabinett geherrscht hat. Aber es müßte die Möglichkeit geschaffen werden, daß, wenn die Sozialdemokratie versagte, auch eine Zeitlang ohne sie regiert werden konnte. Wenn sie sich versagte, so war es Naturnotwendigkeit, bei der Bildung einer neuen Koalition weiter nach rechts hinüber zu greifen, als es an sich wünschenswert war. Um solche Dinge in Zukunft zu vermeiden, gibt es nur die Hilfe, daß wir die Mitte stärken. Aber die Lösung von der Sozialdemokratie war im letzten Frühjahr unvermeidlich. Wir können doch nicht Politik treiben, ohne die wirtschaftliche Lage und die Gefahren, die ihr drohen, im Auge zu behalten. Deutschland verblutet an der Arbeitslosigkeit, wenn es nicht gelingt, auf diesem Gebiete Reformen zu schaffen. Die beste Möglichkeit für einen arbeitsfreudigen und arbeitsfähigen Arbeiterstand besteht darin, daß man den Arbeiter sicherstellt. Wenn aber hier ein Mißstand besteht, dann ist es falsche konservative Politik, den Mißstand nicht zu beheben. Nun stellte es sich aber bald heraus, daß es unmöglich ist, zwei bis drei Millionen Arbeitslose zu kontrollieren. Es war daher unzweifelhaft, daß wir an eine Revision des Arbeitslosengesetzes herantreten müssen. Der von Demokraten und Zentrum eingebrachte Kompromißantrag hätte an sich sehr wohl von der Sozialdemokratie angenommen werden können. Aber ein hervorragender Führer der Sozialdemokratie hat mir neulich gesagt: Wir können auf jedem Gebiete nachgeben; aber wir sind 152 Sozialpolitiker in unserer Fraktion, auf dem sozialpolitischen Gebiete also können wir nicht nachgeben. Die Demokraten andererseits sind nicht die Vasallen der Sozialdemokratie, mit der sie unter allen Umständen durch dick und dünn gehen müßten. Die Sozialdemokratie hat sich auf dem Felde der sozialpolitischen Reform nicht fruchtbar erwiesen. Wir haben daher mit ihr nicht immer zusammengehen können, sondern eigene Wege betreten müssen. Bei alledem muß natürlich vermieden werden, daß die parlamentarische Opposition der Sozialdemokratie sich zu einer grundsätzlichen Opposition gegen den heutigen Staat entwickelt. Auch innerhalb der Sozialdemokratie ist die Überzeugung vorhanden, daß für eine so große Partei eine prinzipielle Opposition gar nicht möglich ist. Daher gebe ich die Hoffnung nicht auf, daß es doch zur Großen Koalition kommt. Aber der Sozialdemokratie muß gezeigt werden, daß es zur Not auch ohne sie geht, wenngleich die gegenwärtige Situation beweist, daß eine prinzipielle Loslösung von der Sozialdemokratie Schwierigkeiten schafft.

Bei unserer Stellungnahme zum Kabinett Brüning war auch zu bedenken, daß wir vor der Gefahr einer Regierung aufgrund des Artikels 48 der Verfassung standen. Das wäre der Anfang vom Ende gewesen. Hier lag also eine ernsthafte Gefahr für den Bestand der Republik vor. Es ist unser Verdienst gewesen, daß diese ganze Steuer- und Zollgesetzgebung ohne den Artikel 48 durchgeführt werden konnte. Ein großer Gewinn für uns ist es auch, daß die Deutschnationale Volkspartei zerschlagen worden ist[2]. Hätten wir beiseite gestanden oder wären wir

2 Dieser Satz bezieht sich auf den Anfang Dezember 1929 aus Protest gegen Hugenbergs Politik erfolgten Austritt von 12 Abgeordneten aus der DNVP. Die Ausgeschiedenen hatten am 28.1.1930 eine „Volkskonservative Vereinigung" gegründet. Vgl. Schulthess 1929 S. 213f. u. 1930 S. 10-12.

ganz draußen geblieben, dann wäre keine Regierung zustande gekommen, dann hätten wir eine Auflösung bekommen, die bei dem heutigen Wahlrecht keine wesentliche Änderung in dem Bestande der Parteien herbeigeführt hätte. Das Beiseitestehen ist das Allerschlimmste, was man in solcher Situation tun kann. Das erfährt jetzt die Deutsche Volkspartei in Preußen. Wir gehören in solchen Fällen in die Regierung hinein. Ich bleibe in jeder Regierung, wenn ich Aussicht habe, in ihr einen Teil meines Programms durchzuführen. Auch in Preußen kann unsere Partei bei einer ganz anders gearteten Koalition nicht alles erreichen, was an sich für sie wünschenswert gewesen wäre.

Was ist denn nun in dieser Koalition bisher geschehen? In den Osterferien herrschte große Beunruhigung in der Partei. Alles aber war wieder beruhigt durch die eine Etatsrede des Abgeordneten Meyer[3]. Wir haben erreicht, daß die Biersteuer zu zwei Dritteln bewilligt worden ist, während die Bayerische Volkspartei eigentlich gar keine Biersteuererhöhung haben wollte. Das verdanken wir der Zähigkeit des Ministers Dietrich. Gegen ein Beamtennotopfer, wie es vorgeschlagen worden ist, habe ich die schwersten Bedenken. Während den Beamten damit gedient ist, daß sie zwar ein bescheidenes, aber sicheres Einkommen genießen, würde die Sicherheit dieses Einkommens verlorengehen, wenn ihnen in dem einen Jahr drei, in dem anderen fünf Prozent usw. als Notopfer abgezogen würden. Die Wirtschaftspartei kann als einzigen Erfolg die erhöhte Umsatzsteuer buchen. Bei der Agrarpolitik ist zweierlei festzustellen: Das bisherige Programm Schieles ist weiter nichts als die Fortsetzung des Programms von Dietrich; und zweitens handelt es sich um ein Notprogramm, das aus der ganz unheimlich verschlechterten Lage der Landwirtschaft entstanden ist. Die neue Zollpolitik können wir nicht mit dem Schlagwort von der Verteuerung der Lebensmittel bekämpfen, denn es hat keine Verteuerung stattgefunden. Grundsätzlich aber wollen wir auf der Meinung stehenbleiben, daß eine Umstellung der Landwirtschaft auf die Viehwirtschaft allein Rettung bringen kann. Darum haben wir für den viehzüchtenden Bauern billige Rohstoffe verlangt und auch durchgesetzt. Eine Agrarpolitik, die Subventionspolitik für den Großgrundbesitz ist, bekämpfen wir; kommt es zu einer solchen Politik, dann wird die Deutsche Demokratische Partei keinen Augenblick mehr in der gegenwärtigen Regierung bleiben. (Bravo!) Genauso ist es mit der Frage des Ostprogramms. Unsere Partei ist ja auch die erste gewesen, die ein Ostprogramm verlangt hat. So wie dieses Ostprogramm im Kabinett angenommen worden ist, erweckt es in keiner Weise die Vermutung, daß die Mehrheit des Kabinetts bereit wäre, sich für uferlose Pläne Schieles gewinnen zu lassen.

In der Frage des neuen Panzerkreuzers ist die Politik des Kabinetts Brüning gewiß nicht klar gewesen, aber auch beim Panzerkreuzer A hat die Stellung des Kabinetts Müller durchaus Klarheit vermissen lassen. Nach alledem ist dem Kabinett Brüning mindestens eine Probezeit zuzubilligen, zumal da die Gefahr der Auflösung und der Anwendung des Artikels 48 droht und – was noch wichtiger

3 Meyer hatte in einer Rede anläßlich der ersten Lesung des Etats am 3.5.1930 die Stellung der Fraktion gegenüber der Regierung Brüning und ihrem Programm umrissen. Vgl. Sten. Ber. Bd. 427 S. 5061-5064.

ist – das Ausland von Mißtrauen erfüllt wird gegen die Stabilität und die Sicherheit der deutschen Wirtschaft.

Nun hat man auch gesagt, daß die Politik der Deutschen Demokratischen Partei deshalb kein Verständnis gefunden hat, weil es an der nötigen Aufklärung gefehlt habe. Allein schon im letzten Jahre habe ich immer wieder auf die Trostlosigkeit und Unfähigkeit der Großen Koalition hingewiesen. Ich konnte aber doch nicht mit lauter Stimme schreien: Los von der Großen Koalition! Ich habe ferner nach der Bildung des neuen Kabinetts, nachdem sich Brüning zunächst durchgesetzt hatte, in sehr ausführlichen Darlegungen die Situation beleuchtet. (Zuruf: Zu spät!) Nein, nicht zu spät. Der Referent weist dies unter Anführung von Daten nach. Wenn die Aufklärungen, die ich durch die Reichsgeschäftsstelle in das Land hinausgeschickt habe, nicht rechtzeitig in die Hände der Organisationen kommen, so liegt hier ein Mangel der Organisation vor. Ich bin für die Organisation nicht verantwortlich gewesen, wir haben vielmehr einen sogenannten Organisator wie Erkelenz an die Spitze gestellt, um Reformen durchzuführen. Aber der chronische Geldmangel hat es leider nicht zugelassen, daß unsere Organisationen verbessert wurden. Was aber die mündliche Aufklärung durch die Reichstagsabgeordneten anlangt, so ist es irrig zu glauben, daß nur die paar Abgeordneten die Verbindung der Fraktion und der Parteileitung mit dem Lande aufrechterhalten können. Die Überlastung ist mit der Hauptgrund, weshalb so viele unserer Abgeordneten zusammenbrechen. Wir müssen auch im Lande Redner finden, die bereit sind, das in Versammlungen zu verbreiten, was ihnen von Berlin gesagt wird, auch wenn sie es kritisch tun. Außerdem habe ich auch dem „Börsen-Courir" ein Interview gegeben, das durch den „Demokratischen Zeitungsdienst" verbreitet worden ist. Ich möchte aber einmal herumfragen, wie viele von den Anwesenden dieses Interview gelesen haben. Wir sind aber gern bereit, auf diesem Gebiete alles zu tun, was Verbesserung heißt. Aber so rasch wie falsche Nachrichten kann man wahre Nachrichten nicht ins Volk bringen. (Heiterkeit.) Wenn unsere Parteigenossen so schnell auf eine falsche Nachricht hineinfallen, dann weiß ich wirklich nicht, was werden soll. Es sind die dümmsten Nachrichten über die Parteileitung verbreitet und auch geglaubt worden, ohne daß man der Parteileitung irgendwelches Vertrauen geschenkt hätte. Man soll nicht protestieren aufgrund von Gerüchten, sondern aufgrund von Tatsachen. Außerdem aber stärken öffentliche Auseinandersetzungen dieser Art nicht die Zugkraft der Partei, sondern schwächen sie. Ich habe vor meinen Berliner Wählern gesprochen und ein einmütiges Vertrauensvotum erzielt. Aber dieses Votum ist viel weniger bekannt geworden als eine Protestresolution, die ein kleiner Kreis von zehn Personen (von denen auch nur sechs Personen dafür gestimmt haben), in dem kleinen Bezirksverein Berlin–Mitte unter dem Vorsitz des Redakteurs Feder gefaßt hat. In anderen Parteien, beispielsweise im Zentrum, kommen solche Disziplinlosigkeiten nicht vor, auch nicht in der Deutschen Volkspartei. Es muß eben Vertrauen herrschen zwischen Partei und Parteiführung. Ich habe immer mit der Fraktion dieselbe Richtung innegehalten. Aber das Maß, mit dem in den letzten Wochen meine persönlichen Führerqualitäten vor dem ganzen Deutschen Reiche öffentlich kritisiert worden sind, geht über das Erträgliche hinaus. Eine solche Kritik muß für die Partei den allergrößten Schaden stiften. Ich glaube von mir sagen zu können, daß ich immer neuen Ideen zugänglich bin, und habe viel

eher das Gefühl, daß meine Ideen fortschrittlicher sind als die konservative Anschauung mancher Leute. Der Meinung bin ich allerdings, daß man allein mit einem Kampf für die Republik die Masse nicht mehr gewinnen kann. (Großer Beifall.) Ich habe auch immer Fühlung mit der Jugend zu halten versucht und habe Verständnis für sie. Aber ich glaube, daß diejenigen, die sich im politischen Kampfe bewährt haben und die heute noch kampflustig sind, nicht für alt und verbraucht angesehen werden dürfen, wenn sie die 50 Jahre gerade überschritten haben, sondern daß wir die Verpflichtung haben, verdiente Männer zu schätzen und zu halten. (Großer Beifall.) Es ist ein absoluter Fehler, immer in Bausch und Bogen die Generationsfrage in den Vordergrund zu stellen und jeden älteren Mann als unfähig zur Mitarbeit zu betrachten. Im übrigen ist meine politische Bedeutung nicht davon abhängig, ob ich Vorsitzender der Deutschen Demokratischen Partei bin. Aber meine politische Bedeutung ist davon abhängig, daß ich nicht an der Spitze einer Partei bleibe, die immer wieder betont, daß ich der Stellung an der Spitze nicht wert bin. Ich verlange Ehrlichkeit und bitte Sie, mir das Vertrauen zu geben, damit ich an der Spitze der Partei bleiben kann. (Beifall.)

In der Fusionsfrage sind wir mehr und mehr in die Defensive gedrängt worden, weil man uns hier falsche Tatsachen unterstellt hat. Demgegenüber ist festzustellen: 1. Bei der Frage der Koalition Brüning hat die Frage der Neuordnung des Parteiwesens überhaupt keine Rolle gespielt. Die Fraktion ist sich hinsichtlich der Stellung zum Kabinett Brüning in allen Richtungen einig gewesen. 2. Niemals hat jemand von uns an eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei gedacht. Es wäre ein Unsinn zu glauben, daß zwei lecke Schiffe besser schwimmen, wenn man sie zusammenbindet. 3. Es haben niemals Verhandlungen wegen einer Mandatsverteilung unter den Parteien stattgefunden. Die ganzen Gerüchte sind daher entstanden, daß ein Parteigenosse, der übrigens dem linken Flügel der Partei nahesteht, ein unverbindliches Gespräch geführt und aus bestem Willen heraus sich als Parteistratege mit diesen Fragen befaßt hat. Ich habe seinerzeit nie etwas davon gehört. Das Fusionsgerede, das man uns vielfach vorgeworfen hat, ist Unsinn. Wir haben uns bemüht, über dieses Problem öffentlich überhaupt nicht zu reden, weil das für die Partei schädlich ist. Aber Sie können von mir nicht verlangen, daß ich nicht zu ergründen suche, wie sich die Dinge in Deutschland entwickeln. Ich bin nicht der Gefangene der Partei, sondern ihr Führer, und meine Pflicht ist es, mich auf einen Turm zu stellen, um einen weiten Überblick über die Lage zu gewinnen. Das ganze Leben Naumanns ist doch auch nur ein Ringen um eine große deutsche Partei gewesen. Zu diesem Berufe hat er aus Taktik auch manches Opfer der Überzeugung bringen müssen.

Der Gedanke einer neuen Parteigründung ist zunächst im „Berliner Tageblatt" im vorigen Jahr wieder lebendig geworden durch einen Artikel von Theodor Wolff. Im Laufe des vorigen Herbstes sind eine ganze Reihe von Personen zu mir gekommen, die verlangt haben, daß der Parteiführer in dieser Frage irgendwie tätig wäre. Ich habe auch mit Stresemann Verhandlungen zu führen gesucht. Das habe ich Ihnen auch auf dem letzten Parteitag offen gesagt. Nun sind diese Dinge entstellt und mir zum Vorwurf gemacht worden. Eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei halte ich für ganz unmöglich, für genauso unmöglich aber auch, daß wir uns zu einem Teil mit neuen Gruppen verbinden unter Abstoßung eines Flügels. Nach dieser Richtung sind aus der Partei ziemlich

weitgehende Verhandlungen geführt worden, aber nicht von mir[4]. Der Jungdeutsche Orden zählt in seinen Reihen viele junge aufstrebende Kräfte. Aber mit dem Jungdo zusammenzugehen, das kann nach meiner Auffassung doch nur bedeuten, daß die ganze Demokratische Partei zu einem Zusammenschluß mit dieser Gruppe kommt, es kann aber nicht bedeuten, daß der Jungdo einige von uns aufnimmt, die ihm gerade genehm sind. Das wäre ganz unerträglich. Ich halte es mit meiner Pflicht und Ehre nicht für vereinbar, einen Flügel der Partei zurückzulassen und mit den übrigen in die Volksnationale Vereinigung hineinzugehen. Der Jungdo ist übrigens gerade von dem demokratischen Flügel, den er zu gewinnen hofft, recht weit entfernt, so in der Frage des Nationalismus und des Agrariertums. Durchaus verdient auch Zurückweisung das Schlagwort des Jungdo vom „Besitzbürgertum". Wir wollen doch nicht aus Besitzbürgern Proletarier machen, sondern wir wollen aus Proletariern Besitzbürger machen (Großer Beifall.), gleichgültig, ob wir ihnen einen gesteigerten Arbeitslohn verschaffen, wie bei den Beamten, oder Kapital, wie bei dem gewerblichen Mittelstand. Aufgrund dieses Schlagwortes bei einer Einigung weite Teile der Partei auszuschließen, ist eine volle Unmöglichkeit. Das bisherige Auftreten des Jungdeutschen Ordens hat zudem nicht zu einer Einigung, sondern zu einer Zersplitterung geführt. Genauso wenig aber glaube ich daran, daß der Gedanke einer großen liberalen Partei als Grundlage einer Parteineubildung dienen kann. Deshalb nicht, weil der Liberalismus längst weit über die Parteien hinausgewachsen ist, die ihn ursprünglich vertreten haben, und daher nicht mehr als Inhalt einer besonderen Partei dienen kann. Ein Bürgerblock gegen die Sozialdemokratie kommt gleichfalls niemals in Frage aus Gründen, die offen auf der Hand liegen: Die Sozialdemokratie darf niemals mehr zu einer staatsverneinenden Partei hinabgedrängt werden.

Mit wem will man sich denn nun eigentlich einigen? Wenn Hellpach eine Einigung propagiert[5], so frage ich ihn, ob er denn den Boden auch sondiert hat; wird die Einigung nicht eine neue Abspaltung bilden? Die Frage einer Arbeitsgemeinschaft mit anderen Parteien ist eine rein taktische Frage, die das Parlament angeht. Die Volkskonservativen denken gar nicht daran, mit uns zusammen zu gehen, sie wollen vielmehr als Aufnahmestelle für diejenigen gelten, die sich der Tyrannei Hugenbergs nicht unterwerfen wollen. Es genügt doch aber nicht, daß man über ein paar theoretische Punkte spricht, sondern man muß die eigene Partei erst auf ein Programm einigen. (Beifall.) Der Redner geht in diesem Zusammenhang auf das widerspruchsvolle Verhalten Tantzens ein, der ebenso wie Hellpach den Boden für die Fusion nicht geprüft hat[6]. Hellpach möge doch einmal darlegen, wieweit seine Bemühungen in dieser Richtung gegangen sind. Es ist recht eigentümlich, wenn er seiner Partei gegenüber eine ultimative Frist setzt zur Entscheidung über die Fusion.

Die Zukunftsaufgabe der Partei sehe ich darin, die Republik, die bisher bei allen

4 Vgl. Nr. 152 Anm. 14.

5 Anfang April 1930 hatte Hellpach in einem Vortrag in Köln die Schaffung einer großen konservativen Volkspartei „von Lindeiner bis Lemmer" gefordert. Vgl. Hornung S. 97.

6 Tantzen war seit Anfang 1930 mehrfach für die Gründung einer Partei von „Treviranus bis Lemmer" eingetreten; am 26.4.1930 hatte er seinen Austritt aus der DDP erklärt und etwas später auch sein Reichstagsmandat niedergelegt. Vgl. Demokrat v. 20.5.1930 Nr. 10.

großen Reformen versagt hat, fähig zu machen, umfangreiche Reformarbeit zu leisten. Verkennen wir nicht, daß weite Schichten des Volkes mit der Entwicklung in Deutschland unzufrieden sind. Zum Glück besitzen wir ein großes demokratisches Gedankengut, das wir nur praktisch zu machen haben. Man soll sich einigen über eine Wahlreform, die Persönlichkeitswerte nicht so verhängnisvoll zerstört wie das heutige Wahlgesetz und den jungen, noch nicht in der großen Öffentlichkeit bekannten Menschen den Eintritt in das Parlament frei macht. Man soll eine Parlamentsreform betreiben, die das Parlament schlagkräftig macht, und es aus bürokratischer Kleinarbeit wieder zu einem führenden Organ der öffentlichen Meinung erheben. Man soll eine Parteireform erstreben, die die Regierungsbildung, dem Sinne der Verfassung entsprechend, unabhängiger gestaltet. Man soll eine Reichsreform erstreben, die die mittelalterliche, Geld und Kraft verschlingende Gestaltung des Reiches beseitigt und endlich einmal eine klare Verteilung der Zuständigkeiten mit sich bringt. Man soll eine Finanzreform anstreben, die das schwindende Verantwortlichkeitsgefühl in Ländern und Gemeinden für Einnahmen und Ausnahmen wieder weckt. Man soll eine Wirtschaftsreform nach dem Muster der Stolperschen Leitsätze[7] anstreben, die dafür sorgt, daß zwischen Kapital und Arbeit die Leistung wieder zur Anerkennung kommt und daß der Staat und die Städte von der Berlin so verhängnisvoll gewordenen Beschäftigung mit Aufgaben nachlassen, für die sie sich nicht eignen. Man soll eine Reform des Beamtenwesens herbeiführen, die dem verfassungstreuen Beamten sein Fortkommen sichert, ohne daß er von der zufälligen Parteikonstellation abhängig wäre. Man soll sich einigen über eine Bildungsreform, die das undemokratische Privileg einer langdauernden, kostspieligen und der Praxis abgewandten Vorbildung durch weitgehende Fortbildungsmöglichkeiten ersetzt und damit eine Kluft im deutschen Volk schließt, die verhängnisvoller zu werden droht als jemals eine andere zuvor.

Wenn sich eine neue Partei auf solchen Grundsätzen zusammenfinden würde, würde wohl niemand von uns sich ihrer Bildung widersetzen. Es ist höchste Zeit, daß man an diese Reformen mit der größten Wucht herangeht. Alle schlummernden Kräfte im deutschen Volke sollten sich in solcher Arbeit vereinen. Aber das erfordert eine weitgehende Aufklärungsarbeit, wie sie zur Zeit nur in der Deutschen Demokratischen Partei geleistet wird. Ich halte es für unmöglich, mit dem Gedanken an ihre Zerschlagung zu spielen, solange nicht die Sicherheit für eine größere Neubildung in dem vorgezeichneten Sinne geschaffen wird. Ich verlasse mich nur auf die Partei. Innerhalb der Partei muß Vertrauen und Solidarität bestehen, wenn sie an diesen großen Aufgaben, die ein Menschenalter füllen können, fruchtbar mitarbeiten will. Neugründungen wie der Sozialrepublikanische Kreis würden einen Konflikt heraufbeschwören, wenn sie zu einer Zellenbildung führten und sich nicht darauf beschränkten, geistige Arbeit innerhalb der Partei zu leisten. Zur Durchführung aller der Aufgaben, von denen ich vorhin sprach, brauche ich das Vertrauen der Partei. (Sehr lebhafter Beifall.)

Herr **Fischer** als der Versammlungsleiter dankt dem Redner und wünscht Herrn Erkelenz, der wegen Krankheit leider auch nicht zu der Sitzung hat kommen können, baldige Wiederherstellung.

7 Es handelt sich um die Richtlinien für ein demokratisches Wirtschaftsprogramm, die Stolper auf dem Mannheimer Parteitag skizziert hatte. Vgl. Demokrat v. 20.10.1929 Nr. 20.

Herr **Landahl**: Niemand von uns bindet sich an ein Koalitionsdogma; aber müssen wir immer im Kabinett sein? Wenn der Vorsitzende dieser Ansicht ist, so trenne ich mich hierin von ihm; der Eintritt ins Kabinett hat zu unterbleiben, wenn er nur durch Opfer an unserem Programm erkauft werden kann. Wir haben Steuergesetze angenommen, die unserem Wirtschaftsprogramm ins Gesicht schlagen. Die Agrarpolitik Schieles will etwas ganz anderes, als was wir wollen. Die Furcht vor der Anwendung des Artikels 48 hat allmählich eine Angstpsychose hervorgerufen. Wenn wir der Ansicht sind, daß wir immer dabei sein müssen, dann kann es uns auch passieren, daß wir mit Nationalsozialisten zusammen regieren müssen. (Herr **Koch[-Weser]** erklärt in einem Zwischenruf, daß er etwas Derartiges nicht gesagt habe.) Bei der Bildung des Kabinetts Brüning sind auch Fehler gemacht worden, die uns bedenklich stimmen müssen, insbesondere die Herausstellung der Person des Reichspräsidenten. Das Kabinett Brüning hat unsere wirtschaftliche Lage nicht besser gemacht. Seit 8 Jahren wird über Fusionen gesprochen. Wir in Hamburg tun das nicht, deshalb haben wir eine starke Partei dort. Wir wollen in Zukunft weder von Fusion noch von einer Parteineubildung reden; das bringt Unsicherheit und Schwäche in die eigene Partei. Zu bedauern ist auch die Politik Hellpachs[8]. (Zwischenrufe: Lüth!)[9] Lüth ist richtig behandelt worden und aus der Partei ausgetreten. Unsere Partei hat ihre Aufgaben noch lange nicht erfüllt, sie müßte geschaffen werden, falls sie nicht bestände. Wenn Sie heute ein Vertrauensvotum verlangen: wir Hamburger sprechen Ihnen kein Mißtrauen aus, aber nach den letzten Wochen haben wir keinen Anlaß zu Vertrauen.

Herr **Dechamps**: Wenn wir sehen, wie man sich hier gegenseitig mit Mißtrauen behandelt und wie Artikel in die Zeitungen kommen, an denen kein wahres Wort ist, während man sich unschwer von dem wahren Hergang hätte überzeugen können, dann habe ich Verständnis dafür, daß unsere Führer nicht mehr die Möglichkeit haben, Aufklärung zu schaffen. Demokratie ist Vertrauen. Die Darstellung Landahls über die Verhältnisse im Kabinett Brüning sind unrichtig. Wir müssen nicht in die Vergangenheit blicken, sondern in die Zukunft. Im Lande ist Sorge gewesen, ob wir überhaupt noch Zukunftsideen haben. Ich begrüße es, daß Koch[-Weser] heute unsere Zukunftsaufgaben so klar dargelegt hat. Wir Demokraten werden niemals eine Partei der Masse sein, sondern uns immer auf eine kleine Menge im ganzen Lande zersplittern, die aber den anderen vorauseilen und sie nach sich ziehen. Die Verhältnisse haben sich seit 1918 geändert, wir müssen daher unser ganzes Programm revidieren. Wenn wir vorläufig keine umfassende Wahlreform machen können, dann sollten wir wenigstens die Besetzung der Reichsliste reformieren, indem wir sie unabhängig machen von irgendeiner Parteiinstanz.

Der Vorsitzende, Herr **Fischer**, verliest die bisher eingegangenen Entschließungen.

---

8 Hellpach hatte Anfang März 1930 sein Reichstagsmandat niedergelegt und hatte diesen Schritt mit dem Wunsch begründet, „Bindungen abzustreifen, die seine Meinungsäußerung oder Entschlußfassung zu den großen innerpolitischen Problemen der Zeit beschränken müßten." Schulthess 1930 S. 59.

9 Vgl. Nr. 158.

Herr **Körber**[10]: Der Volksstaat ist innerlich noch nicht lebendig geworden. Viele stehen ihm mißtrauisch oder gar ablehnend gegenüber, und wirtschaftliche Gruppen suchen sich eigensüchtig durchzusetzen. Die Mission unserer Partei ist demgegenüber, leidenschaftlich den republikanischen Staatsgedanken zu vertreten dadurch, daß wir uns ihm verpflichtet fühlen auch in unserem persönlichen Leben. Kampf gegen den Geist der Korruption und des wirtschaftlichen Egoismus! Unsere Arbeit muß gelten einer Wahlreform mit Abschaffung der Reichsliste, gegen Überwuchern des Bürokratismus, für Finanzreform, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, tatkräftige Bauern- und Siedlungspolitik. Redner empfiehlt in diesem Sinne eine Entschließung[11]. Durch den Sozialrepublikanischen Kreis wird die Möglichkeit geschaffen, daß junge Leute aus den Bünden zu uns kommen. Dadurch wird der Partei ein neues Herz und neues Blut zugeführt.

Herr **Hellpach**: Es liegt eine Situation vor, in der jede Diskussion über praktische Einzelfragen die Erfordernisse der Zeit völlig verkennt. Es geht nicht um Taktik, sondern um ganz große Sachen. Es handelt sich in den nächsten zwei oder drei Jahren nicht um das Schicksal der äußeren Hülle des Staates, sondern um den Inhalt, darum, ob wir in drei Jahren noch eine demokratische Republik oder eine Republik des kalten Faschismus haben werden. Es handelt sich nicht um das Schicksal der Demokratischen Partei, sondern der Demokratie. Ich bin allerdings der Überzeugung, von der Existenz unserer Partei wird in den nächsten Jahren auch das Schicksal des demokratischen Staatsinhaltes abhängen. Es geht darum, ob wir das Feld überlassen sollen einem von dem Klerikalismus geführten Block gegen die Sozialdemokratie oder einem nationalistischen Block gegen den Sozialismus. Beide Möglichkeiten bringen die Gefahr mit sich, daß das Lager der bürgerlichen Freiheit völlig zerrieben oder unfruchtbar gemacht wird. Das Wort „bürgerlich" ist hier in dem Sinne gemeint: auf sich gestellt, für sich allein verantwortlich. Dieses Bürgertum ist noch lange nicht am Ende seiner geschichtlichen Sendung angekommen. (Beifall.) Diesem Lager müssen wieder junge, neue Menschen zugeführt werden. Das kann man nicht leisten mit einer großen Anzahl leicht beweglicher Gruppen. Schon deshalb nicht, weil die Sozialdemokratie als große feste Partei diesen kleinen Gruppen dominierend gegenübersteht. Das sozialdemokratische Lager wird nicht Wesentliches von seiner Stärke einbüßen,

10 Norman Körber, Kassel, Jungdemokrat.

11 „Von der Auffassung ausgehend, daß in einer Zeit interessen- und klassenmäßiger Zersplitterung des deutschen Volkes eine republikanische Staatspartei eine nationale Notwendigkeit ist, bekundet der Parteiausschuß seinen entschlossenen Willen, die politische und organisatorische Selbständigkeit und Unabhängigkeit der DDP aufrechtzuerhalten. Die Partei hat ihre politische Sendung noch nicht erfüllt. Angesichts der Tatsache, daß weite Kreise des deutschen Volkes dem neuen Staat bisher gleichgültig gegenüberstehen, gilt es, den Gedanken des republikanischen Volksstaats leidenschaftlich zu vertreten, ihn durch Arbeit und Leben der Führer darzustellen und von ihm aus zu einem klar umrissenen Aktionsprogramm zu gelangen. Im Vordergrund steht heute für die Demokratische Partei: die Wahlreform zur Herbeiführung einer gesunden Führerauslese, die Reichsreform zur Vereinfachung des Staatsapparats und zur Kräftigung des Reichsgedankens, die Finanzreform mit dem Ziel der Kapitalbildung im Interesse der Wirtschaft sowie der Verbrauchermassen und insbesondere eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eine tatkräftige Bauern- und Siedlungspolitik. So bekennt sich der Parteiausschuß zu einer Belebung und Aktivierung der Deutschen Demokratischen Partei, und zur Arbeit in diesem Geist und in diesem Willen ruft er alle Freunde und Mitglieder auf."

und wir haben nur die Wahl, ob wir um die Sozialdemokratie als den Löwen wie eine kleine Maus herumspielen wollen oder ob wir durch Zusammenfassung der Kräfte ihm eine bürgerliche Lösung gegenüberstellen wollen, mit der er sich abwechselnd paart oder mit der er kämpft. (Heiterkeit.) Redner begründet seinen Antrag[12] und bemerkt dabei: Auf dem Worte „volksbürgerliche" reite ich ebensowenig herum wie auf jedem anderen Worte. Der Ausdruck soll nur das Gegenteil des Begriffes „Ich-Bürgertum" bedeuten, der sich bei uns leider im vorigen Jahrhundert entwickelt hat entgegen den Absichten des Freiherrn vom Stein. Ich habe auch nichts dagegen, wenn Sie dafür das Wort „Staatsbürgertum" setzen wollen. Es erscheint mir völlig aussichtslos, den Vorstoß der Sammlung nach links hin zu machen. Übrigens ist in diesem Zusammenhang zu sagen: Die Sozialrepublikaner haben bisher noch nicht angegeben, welche Grenze sie von der Sozialdemokratie trennt; das, was sie machen, ist eine kleine Vereinsmeierei. Die Neuschaffung der Partei der Mitte muß sich also angesichts des festen Blocks der Sozialdemokratie nach rechts erstrecken. Redner betrachtet nun die Gruppen rechts von uns, die bei dem Zusammenschluß in Frage kommen könnten. Was die Deutsche Volkspartei anlangt, so ist zu bedenken, daß ein Mann wie Stresemann doch nun einmal die Befreiungspolitik betrieben hat, es ist ferner zu beachten, daß in Baden eine Arbeitsgemeinschaft zwischen Demokratischer Partei und Deutscher Volkspartei zustande gekommen ist. (Da die Redezeit abgelaufen ist, wird dem Redner vom Parteiausschuß eine Verlängerung zugestanden.) Hinsichtlich des Jungdeutschen Ordens darf man erwarten, daß der Wahlkampf in Sachsen[13] uns das erste Bild über die Werbekraft der Volksnationalen bringen wird. Mit den Volkskonservativen muß man auf jeden Fall in Fühlung bleiben, denn aus dem Zerfall der Deutschnationalen wird die Sehnsucht nach einer Neubildung und einem neuen Anschluß laut. In der Volkskonservativen Vereinigung befinden sich zudem viele junge Kräfte, die uns eigentlich nahestehen. Das große Erwachen der evangelischen Kirche sodann bringt das Bedürfnis zu völlig neuer Orientierung zustande, in diesen Kreisen werden Gruppen entstehen, die für die große Staatsbürgerpartei von Bedeutung sind. Dazu kommen große Teile der Bauernpartei. Ausgeschlossen ist selbstverständlich alles, was nationalistisch und was konservativ im alten Sinne ist. Übrigens gibt es nicht nur ein Fusionsgerede, sondern auch ein Antifusionsgerede. Es ist auf Naumann zu verweisen, der allen seinen früheren Anschauungen zum Trotz in die Freisinnige Vereinigung und später in die Fortschrittliche Volkspartei eingetreten ist. Gestaltet worden ist neu noch niemals von unten, oben sitzen die Elemente, die die Gestaltung durchführen müssen. Im weiteren Verlauf seiner Rede verliest Herr

12 „Der am 25. Mai 1930 zu Halle versammelte Parteiausschuß der DDP erkennt und bejaht die Notwendigkeit und Dringlichkeit einer großen neuen Parteischöpfung der volksbürgerlichen Zusammenfassung, durch welche der Bestand der demokratischen Grundordnung, der Ausgleich zwischen individueller, sozialer, nationaler und internationaler Wirtschaftsgestaltung, die politische Befriedung zwischen Geistigkeit und Gläubigkeit und die Wiedererarbeitung einer der deutschen Nation angemessenen Weltstellung gesichert werden. Der Reichsparteiausschuß beauftragt die Parteiführung und Geschäftsführung, in dieser Richtung tätig zu wirken und in der Zusammenarbeit mit Gruppen, die für dasselbe Ziel guten Willens sind, das Trennende zweiten Ranges vor dem Verbindenden ersten Ranges unbeirrt zurückzustellen."

13 Die sächsischen Landtagswahlen fanden am 22.6.1930 statt.

Hellpach eine Einladung zur Gründung einer staatsbürgerlichen Partei, unter der neben anderen Personen als Unterzeichneter Herr Stephan steht. Der Redner betont schließlich, daß die Sache dringlich ist, weil jeden Tag ein Wahlkampf kommen kann und niemand den Ausgang dieses Wahlkampfes kennt. In der nächsten Zukunft wird es sich entscheiden, ob der demokratische Geist für unabsehbare Zeiten sein wird oder nicht. (Stürmischer Beifall.)

Herr Oskar **Meyer** rechtfertigt gegenüber Landahl die Haltung der Reichstagsfraktion während der letzten Monate, indem er dabei die Verantwortung auch für die Zeit übernimmt, da er wegen Krankheit dem Reichstag hat fernbleiben müssen. Koch-Weser hat nicht gesagt, daß man immer dabei sein müsse. Wir sind ja auch nicht immer dabei gewesen: 1925 waren wir aus der Regierung und ebenso 1927, und dieser Opposition folgte 1928 eine Reichstagswahl, bei der wir eine Niederlage erlitten. Wir lassen uns keineswegs durch die Drohung mit einer Staatskrise und der Anwendung des Artikels 48 einschüchtern. In dem vorliegenden Falle aber war in der Tat die Anwendung des Artikels 48 ernsthaft zu gewärtigen, darüber kann kein Zweifel sein. Was die Herausstellung des Reichspräsidenten betrifft, so frage ich, ob nicht sehr viele von uns in der letzten Zeit sehnsüchtig nach dem Präsidenten geblickt haben, ob er auch den Youngplan unterschreiben würde, trotz allen Versuchungen, die an ihn von rechts herantraten. Außerdem ist die Stellung des Reichspräsidenten nun einmal in der Verfassung so verankert worden. Wenn wir das nicht wollen, dann müssen wir die Verfassung ändern. Was Landahl gegen Steuern und Agrarpolitik gesagt hat, ist gewiß richtig. Aber man darf daran erinnern, daß seinerzeit die Umsatzsteuer auf Empfehlung von Oskar Tietz[14] eingeführt worden ist. Jedenfalls haben wir erreicht, daß die Biersteuer erheblich erhöht worden ist entgegen dem Willen der Bayerischen Volkspartei; wir haben ferner erreicht, daß der Prozentsatz der erhöhten Umsatzsteuer entgegen dem Willen der Wirtschaftspartei statt um 1 ½ % nur um ½ % erhöht wurde. Aber es ist zuzugeben, daß die Zustimmung zu dieser Steuer ein Opfer unseres Intellekts bedeutete. Aber wären die Steuern abgelehnt worden, dann wäre aufgelöst und der Art. 48 angewandt worden, und dann hätten wir in den Wahlkampf gehen müssen unter der Parole der Rechten: Die Demokratische Partei hat die Reichstagsauflösung herbeigeführt, weil sie die Warenhäuser schützen wollte. In der Agrarpolitik ist kein Hehl daraus zu machen, daß ich schon der Politik Dietrichs mit starken Bedenken gegenübergetreten bin. Wir haben ja auch gegen das Maismonopol gestimmt, und ein Teil der Fraktion hat die Erhöhung des Zolls auf Futtergerste abgelehnt. Trotzdem kann man sich der Überzeugung nicht verschließen, daß die besondere Notlage der Landwirtschaft hier vielleicht besondere Schutzmaßnahmen verlangt hat, die prinzipiell in solchem Umfange von uns nicht anzuerkennen sind. Übrigens hat die Monopolpolitik Dietrichs gerade bei der Sozialdemokratie wie bei der Rechten Unterstützung gefunden. Hinsichtlich der von Landahl getadelten Reichswehrpolitik des Kabinetts Brüning ist darauf aufmerksam zu machen, daß der Etat von dem Kabinett Müller vorgelegt worden ist. Der neue Panzerkreuzer ist von uns und im wesentlichen durch unseren Widerstand abgelehnt worden. Grundsätzlich ist aber zu sagen, daß wir für die Wehrhaftigkeit der Nation eintreten (Beifall.)

14 Oskar Tietz (1858-1923), Vorsitzender des Verbandes Deutscher Waren- und Kaufhäuser.

und daß wir uns lediglich vorbehalten, Einzelheiten unter militärtechnischen und finanziellen Gesichtspunkten zu prüfen. Dem Amnestiegesetz hat die demokratische Fraktion in der Kompromißfassung nur zugestimmt, weil sie es nicht für tragbar hielt, daß, nachdem den Separatisten durch das Übereinkommen mit der Entente eine Begnadigung erteilt werden mußte, die Gegner der Separatisten[15] noch bestraft wurden. Aus dem besetzten Gebiet haben wir auch den einmütigen Ruf nach Amnestie erhalten, besonders aus der Pfalz. Die Herren Tantzen und Hellpach sind aus der Fraktion herausgegangen, weil sie mit ihr nicht einverstanden sind; unter diesen Umständen kann niemand behaupten, daß die Fraktion ihnen gefolgt ist.

Was die Ausführungen von Koerber betrifft, so ist unter seinen Forderungen nicht eine einzige, die nicht schon jahrelang vorher von den Fraktionen des Reichstags oder des Landtags erhoben worden wäre. Daß die Parteileitung hier durchaus den Forderungen der Zeit gerecht wird, zeigen die Anträge, die zu der heutigen Sitzung eingebracht sind betr. ein demokratisches Aktionsprogramm[16]. In ihnen ist lediglich die Bauern- und Siedlungspolitik nicht erwähnt, und zwar deshalb nicht, weil hierüber noch ein besonderer Antrag eingebracht werden wird. In der Frage der Parteiumbildung sind wir einiger, als es nach den bisherigen Auseinandersetzungen aussieht. Unsere Ziele müssen sein: demokratische Republik, soziale Republik, liberale Kulturpolitik. Nur mit solchen Parteien können wir uns zusammenschließen, die diese Ziele annehmen. Dazu ist aber vorläufig keine Veranlassung gegeben, und solange dies nicht der Fall ist, kämpfen wir für unsere eigene Partei. Unter diesen Umständen haben wir aber auch nicht nur das Fusionsgerede, sondern auch das Antifusionsgerede zu unterlassen. Befreien Sie unsere Parteiorganisationen von unfruchtbaren Debatten, dann können wir in Einigkeit herangehen an die großen Probleme, von denen vorhin gesprochen worden ist. (Starker Beifall.)

Es wird nunmehr von 13.45 bis 15.15 Uhr eine *Mittagspause* eingelegt. Nach der Pause wird die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt.

Herr **Hofheinz**: Die Politik der Zukunft ist viel weiter gespannt, als Hellpach annimmt. Sie steht unter dem Zeichen des Kampfes mit dem Bolschewismus. Dieser Kampf ist nur zu gewinnen durch Benehmen mit der Sozialdemokratie. Die liberale Arbeitsgemeinschaft in Baden ist lediglich ein Zweckverband für die Führung der Opposition. Die praktische demokratische Politik muß frei von Bindungen sein und darf sich nicht nur nach den Parteien rechts von der Demokratischen Partei orientieren.

Herr **Hammerschmidt** begründet einen von ihm eingebrachten Vertrauensantrag für Koch-Weser[17].

Frau Dr. **Bäumer**, vom Parteiausschuß stürmisch begrüßt, untersucht den objektiven Tatbestand der heutigen Parteisituation. In den Fällen des Versagens der Sozialdemokratie bei der Großen Koalition braucht die Mehrheitsbildung nicht die Gefahren in sich zu bergen, die die gegenwärtige Situation aufweist. Das

15 Ursprüngliche Fassung: „[. . .] die Fememörder[. . .]"

16 Siehe unten.

17 „Der Parteiausschuß spricht dem Parteivorsitzenden Koch-Weser sein volles Vertrauen aus."

Zentrum darf nicht unter allen Umständen die Führung haben, wir dürfen nicht kulturpolitisch vom Zentrum und der Gruppe Mumm[18] – Keudell, agrarpolitisch vom Landbund und militärpolitisch gar von den Deutschnationalen abhängig sein. Bei den Neugestaltungen hat man zwischen den Parteineuschöpfungen und den übrigen Formen des politischen Zusammengehens zu unterscheiden. Ein Zusammenschluß nur mit der Deutschen Volkspartei würde lebendige Kräfte der deutschen Jugend nicht zur aktiven politischen Mitarbeit bringen. Wir müssen uns für alle Neugestaltungen bereit, offen und aktiv halten, aber wir dürfen den in der eigenen politischen Arbeit gewonnenen Boden nicht verlieren. Wenn wir diesen Boden verbreitern wollen, dürfen wir auch nicht bei uns selbst Gruppen bilden. (Beifall.)

Herr **Schäfer**: Unsere politischen Methoden können nicht richtig sein, da wir seit zehn Jahren kleiner und kleiner geworden sind. Wir sind zu wenig Bewegung und zu viel Partei oder Wahlapparat. Wir müssen uns zur politischen Aktion entschließen, es muß eine Klärung zwischen den aktiven Menschen und den Opportunisten herbeigeführt werden. Der Anfang darf nicht gemacht werden mit dem Programm, sondern mit der Bewegung. Es kommt nicht auf einen großen Mischmasch an, sondern auf eine homogene, wenn auch kleine Gruppe.

Herr **Gothein** erinnert an die Kämpfe, die er zusammen mit Theodor Barth[19] und anderen für die politische Gleichberechtigung der Sozialdemokratie geführt hat. Jetzt hat der gewerkschaftliche Flügel bei der Sozialdemokratie den Sieg davongetragen über den staatsverantwortlichen Flügel, und darum ist die Möglichkeit nicht mehr gegeben, mit ihr zusammen zu arbeiten, und es mußte jetzt eine Koalition eingegangen werden, die gewiß keinem von uns nach dem Herzen ist. Der richtige Zeitpunkt für Fusionen muß abgewartet werden; jetzt ist diese Zeit noch nicht gekommen, doch mag Herr Hellpach ruhig in seiner Agitation für die große Mitte fortfahren. Redner schildert dann die Gefahren der gegenwärtigen Preispolitik und der anwachsenden Arbeitslosigkeit.

Regierungspräsident **Friedensburg**[20] wünscht, daß Partei und Reichstagsfraktion über die gegenwärtige Zwangslage hinaus schöpferischen Reform- und Erneuerungswillen zeigen.

Herr **Heuss**: Es ist eine Parteibewegung in Deutschland vorhanden, auf die wir sorgfältig achten müssen. Die Parteienbewegung in Deutschland orientierte sich zunächst an der Staatsform. Das ist jetzt anders geworden. Das deutsche Parteiwesen ist in seinem dynamischen Gehalt schon längst nicht mehr starr. Der parlamentarische Betrieb in Deutschland muß elastisch sein. Das Bürgerblockgerede stärkt immer nur die Sozialdemokratie und ist eine Unterstützung dieser Partei. Ob der Sozialrepublikanische Kreis die Erneuerung der Partei bringen wird, weiß ich nicht; als Koerber vorhin seine Resolution vorlas, glaubte ich, daß

18 Reinhard Mumm (1873-1932), MdR (Christlichsoziale Wirtschaftliche Vereinigung/DNVP/Christlich-sozialer Volksdienst) 1912 bis Juli 1932.

19 Theodor Barth (1849-1909), MdR (Liberale Vereinigung/Deutschfreisinnige Partei/Freisinnige Vereinigung) 1881-1898, Dezember 1901 bis 1903, Md preuß. Abgeordnetenhauses 1898-1903, Gründer der „Demokratischen Vereinigung", Herausgeber der Wochenschrift „Die Nation".

20 Ferdinand Friedensburg (1886-1972), Polizeivizepräsident von Berlin 1925-1927, Regierungspräsident in Kassel 1927-1933. Vgl. F. Friedensburg, Lebenserinnerungen, Frankfurt/M. u. Bonn 1969.

sie von Hermann Fischer geschrieben worden sei. (Heiterkeit.) Es handelt sich eben in allen diesen Fragen um Dinge, über die bei uns gar keine Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Herr **Buschmann**[21]: Der Partei muß durch organisatorische Maßnahmen neues Leben eingeflößt werden. In diesem Sinne hat der Wahlkreis Westfalen–Süd einen Antrag betr. die Gestaltung der Reichswahlliste gestellt, den der Redner empfiehlt[22]. Bedauerlich ist, daß Herr Koch-Weser vorhin nicht erklärt hat, er werde im Sinne dieses Antrags die demokratische Reichsliste abändern. Wenn er das nachträglich tut und eine entsprechende Erklärung abgibt, dann würden wir heute davon absehen, ihm das Vertrauen zu versagen.

Herr **Lemmer**: Wenn ich in Stettin gesagt habe: lieber eine kleine, aber aktionsfähige Partei, als eine große, aber aktionsunfähige Partei, so möchte ich dem hinzufügen, daß alle unsere Erörterungen über Parteineu- und -umbildung von akademischer Natur sind und bleiben müssen, weil keiner in der Lage ist, irgendwie einen praktischen Weg aus den Schwierigkeiten zu zeigen. Gegenüber den Parteikoalitionen gibt es schließlich eine Grenze, die von einer Fraktion um der Selbsterhaltung willen nicht mehr überschritten werden kann. Für eine Partei wie die unsere muß in solchem Falle ihr Machtwille evtl. ganz rücksichtslos zum Ausdruck gebracht werden. Der Fehler bei allen Parteiumbildungen ist bisher immer der gewesen, daß diese Fragen oben theoretisch behandelt wurden, ohne daß von unten her die Bewegung in Fluß gebracht wird.

Herr **Höpker-Aschoff**: Über das Ostprogramm ist grundsätzlich eine Verständigung zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung in der nächsten Zeit zu erwarten. Das Ostprogramm wolle die planmäßige Fortführung der Siedlung. Dazu sollen Zwischenkredite in Dauerkredite umgewandelt werden. Dagegen sei nichts einzuwenden, wenn es durch die Landesrentenbank geschehe. Eine frühere Möglichkeit zur Siedlung im Osten sei aus politischen Gründen unter Caprivi nicht ausgenützt worden. In der nächsten Zeit würden jährlich 8000 bis 10000 Siedlungen erstehen. Der Übergang vom Großgrundbesitz zur Siedlung müsse aber allmählich geschehen, und der Großgrundbesitz müsse vor dem plötzlichen Zusammenbruch geschützt werden, sonst würden die Folgen sehr ernst sein. Als Schiele zum ersten Male Reichsernährungsminister gewesen sei, sei sehr einseitig zugunsten des Großgrundbesitzes verfahren worden. Seit aber

21 Hugo Buschmann, Verleger und Chefredakteur des „Schwelmer Tageblatt".

22 „Der Bezirksausschuß der DDP Südwestfalens fordert den Reichsparteivorstand anläßlich der Sitzung des Reichsparteiausschusses auf, einen Beschluß auf praktische Abschaffung der Reichsliste (auch der Landesliste) herbeizuführen, auch wenn die Gesetzgebung bis zur nächsten Wahl die Reichsliste beseitigen sollte. Auch innerhalb der Partei sind die Abschaffung der Reichsliste (Landesliste) oder wenigstens der mit ihr verbundenen Schäden möglich, indem die Reichsliste (Landesliste) durch Beschluß des Parteivorstands nur mit den Spitzenkandidaten der Wahlkreise in der Reihenfolge der bei dem letzten Wahlgang in den einzelnen Bezirken aufgebrachten Stimmen besetzt wird. Der Reichsparteiausschuß wird aufgefordert, den Reichsparteivorstand durch Beschluß in diesem Sinne festzulegen. Liegen in der Frage der Zusammensetzung der Reichsliste (Landesliste) auf der Parteiausschußsitzung keine Bindungen des Reichsparteivorstandes vor, dann ist die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages notwendig mit dem Ziel der Abänderung der Statuten der Gesamtpartei. Die praktische Abschaffung der Reichsliste (Landesliste) im Sinne dieses westfälischen Antrages muß dann durch den Parteitag festgelegt werden."

Rönneburg als Reichs- und Staatskommissar in Ostpreußen tätig sei, sei ein Kurswechsel erfolgt, für den Rönneburg Dank gebühre. Preußen würde am Ostprogramm mitarbeiten, aber Preußen wolle ein entscheidendes Wort mitsprechen, und die Ausführungsbestimmungen müßten im Einvernehmen mit der preußischen Staatsregierung festgelegt werden. Wir danken es dem Minister Dietrich, daß er die Idee Schieles, ein allgemeines Moratorium im Osten zu schaffen, zum Scheitern gebracht hat. Wir können das Ostprogramm jetzt ohne Bedenken mitmachen. Es handelt sich darum, ob durch die Osthilfe die Weltgeltung Deutschlands wieder errungen werden kann.

Herr Höpker-Aschoff befaßt sich dann noch mit den Erörterungen über die Parteiumbildung und spricht sich für die große Staatspartei der Mitte mit demokratischem Gedankengut aus. Geistigen Erörterungen über diese Frage sollten wir nicht aus dem Wege gehen. Abzulehnen ist eine schematische Fusion. Wenn dem so ist, so müssen wir jetzt in unserer Partei die Grundlagen schaffen für das, was kommen kann.

Frau **Bäumer** verliest den Wortlaut einer Resolution, die eine Kombination der bereits vorliegenden Anträge (Hellpach, Lemmer[23] und Parteileitung) darstellt[24].

Frau **Kopp**[25] tritt dafür ein, daß den Frauen in weitestem Maße die Möglichkeiten zur Mitarbeit geschaffen werden. Auch die Mitarbeit der Jugend ist notwendig. Es werden hier große Fehler gemacht. Tatsächlich gibt es doch eine Generationsfrage.

Herr **Stolper** teilt Hellpachs Auffassungen von der deutschen Zukunftsfrage. Aber wenn Hellpach meint, die Sozialdemokratie sei in ihrer Größe und Einheit unangreifbar, so ist das nicht richtig. Wir müssen unseren Kampf in erster Linie gegen die Sozialdemokratie richten, besonders deshalb, weil die Sozialdemokratie, so wie sie heute ist, das schwerste Hindernis für eine wirkliche Reform in Deutschland darstellt. Wir haben zunächst unsere eigene Partei zu stärken; erst wenn wir ein Machtfaktor geworden sind, dann sollten wir über Parteineubildungen reden. (Beifall.)

Herr **Cohnstaedt**: In der Partei ist nirgends der Parteileitung die Trennung von der Sozialdemokratie zum Vorwurf gemacht worden. Es ist doch richtig, daß Koch-Weser gesagt hat, wir müssen immer dabei sein. Er hat es selbst in einem Artikel geschrieben, er hat es andererseits den Württembergern zum Vorwurf gemacht, daß sie diesen Grundsatz für ihre Politik zur Geltung gebracht haben. Redner empfiehlt die Resolution Koerber, die die Bedeutung hat, die darin enthaltenen politischen Forderungen wirklich aktiv zu machen und für diese Forderungen zu werben.

Herr **Fischer** als Vorsitzender verliest zwei Anträge von Rönneburg[26].

---

23 Gemeint ist der Antrag Körber (Anm. 11), den Lemmer mit unterzeichnet hatte.

24 Siehe unten.

25 Wilma Kopp, Kommunal-Beamtin in Stuttgart.

26 Dabei handelt es sich vermutlich um die mit „Ostprogramm" und „Agrarhilfe" bezeichneten Resolutionen. Siehe unten.

Freiherr von Richthofen, als Mitunterzeichner der Resolution Hellpach, zieht diese Resolution zugunsten der Resolution Bäumer zurück.

Herr **Lemmer** erklärt, nicht in der Lage zu sein, den Antrag Koerber gleichfalls zugunsten der Resolution Bäumer zurückzuziehen.

Frau Dr. **Lüders**: Die Haltung von Lemmer ist nicht verständlich. Es ist bedauerlich, daß diese Sache gerade von der Jugend ausgeht. (Stärkster Beifall.)

Herr **Bernhard**: Die Fraktion hat manche Beschlüsse gefaßt, die dem demokratischen Standpunkt nicht entsprechen. Aber sie war sich bewußt, daß unter Umständen solche Beschlüsse notwendig sind. Neben der praktischen Politik müssen wieder einmal heute die großen Ziele der Partei herausgestellt werden. Insofern sind wir Hellpach sehr dankbar, daß er heute diese großen Gesichtspunkte in den Vordergrund der Diskussion gestellt hat. Die Demokratische Partei darf die günstige Situation nicht verfehlen, die zur Sozialdemokratie herübergewanderten Nicht-Kollektivisten wieder zurückzugewinnen.

Hierauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Herr **Koch-Weser** spricht sich in seinem Schlußwort zunächst über den Antrag Westfalen-Süd aus. Es wird für mich nicht leicht, eine Erklärung abzugeben, da das so gedeutet werden könnte, als wollte ich um des Vertrauensvotums willen die Parteifreunde aus Süd-Westfalen gewinnen. Ich bitte die Parteigenossen, den Antrag dem Parteivorstand zur möglichsten Berücksichtigung zu überweisen. Wir werden diesen Antrag im Vorstand beraten unter Zuziehung der süd-westfälischen Freunde. Auf einen Punkt aber möchte ich die Parteigenossen aus Süd-Westfalen schon heute aufmerksam machen: Sind sie tatsächlich bereit, die beiden Frauen, die auf der Reichsliste stehen, Frau Bäumer und Frau Lüders, als Spitzenkandidatinnen zu übernehmen? Das Ausscheiden dieser Frauen aus dem Reichstag würde ein unersetzlicher Verlust sein. (*Bemerkung:* Am Schluß der Verhandlungen erklären sich die Antragsteller bereit, die ersten drei Stellen der Reichsliste der Parteiführung und den führenden Frauen zur Verfügung zu stellen.) Auch in anderer Weise sei eine mechanische Änderung der Liste zu vermeiden: Jemand, der sich opferfreudig als Kandidat einem Wahlkreis mit geringer demokratischer Stimmenzahl zur Verfügung gestellt hätte und der dann die Stimmenzahl erheblich steigerte, käme trotzdem durch die vorgeschlagene Neuregelung ins Hintertreffen.

Es ist unrichtig, wenn Landahl sagt, daß ich unter allen Umständen eine Krise vermeiden wolle. Im Herbst 1924 habe ich ja gerade eine Auflösung veranlaßt, weil ich damals ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen unbedingt ablehnte. Aber die Verhältnisse liegen heute ganz anders als 1924. Treviranus[27] und seine Leute haben sich restlos auf den Boden der Republik gestellt; das ist ein großer Unterschied. Ich bin gewillt, die Schlacht da anzunehmen, wo es mir gelegen erscheint. Hätten wir anläßlich der Arbeitslosenunterstützung eine Auflösung gehabt, dann hätten wir mit Sicherheit die Schlacht verloren. Ich habe auch die

27 Gottfried Treviranus (1891-1971), MdR (DNVP/Konservative Volkspartei) Mai 1924 bis Juli 1932, Reichsminister für die besetzten Gebiete von März bis September 1930, Minister ohne Portefeuille von Oktober 1930 bis Oktober 1931, Reichsverkehrsminister von Oktober 1931 bis Mai 1932. Treviranus gehörte zu der Gruppe von Abgeordneten, die im Dezember 1929 aus der DNVP ausgeschieden war. Vgl. Anm. 2.

Württemberger nicht anders behandelt, als ich jetzt selbst gehandelt habe. Ich habe mich nur dagegen gewandt, daß die Württemberger Freunde sich mit demselben Bazille verbündet haben, den sie zwei Jahre lang heftig bekämpft haben.

Was den Sozialrepublikanischen Kreis anbetrifft, so ist eine Gründung innerhalb der Partei nur erträglich, wenn sie eine jungdemokratische Bewegung ist. Ich bin verpflichtet, mich gegen eine andere Bildung zu wehren. Gegenüber Zwischenrufen, daß es nicht richtig sei, diese Frage jetzt zur Sprache zu bringen, da sie ja vorher erst in einem kleinen Ausschuß bereinigt werden solle, erklärt Redner, er würde auf die Angelegenheit nicht eingegangen sein, wenn nicht vorher Friedensburg davon gesprochen hätte. Die Fraktion habe gestern beschlossen, in Sachen des Sozialrepublikanischen Kreises im Parteiausschuß einig aufzutreten. Heute aber habe Herr Lemmer sich bereits wieder abseits gestellt.

Der Redner legt dann noch einmal seine Stellung zum Fusionsproblem kurz dar. Über Fusionen habe ich fast nur in der Defensive gesprochen. Nur im vorigen Herbst habe ich ausführlicher gesprochen, und zwar deshalb, weil ich aus der Partei heraus dazu gedrängt war. Aber es muß Schluß sein mit dem fortwährenden Gerede über Fusion und eine Neubildung der Partei. Wir sind ja auch gar nicht so weit auseinander und unterscheiden uns nur über die Frage, wann das Wunschbild der größeren Partei durchgeführt werden kann. Andererseits hat der Parteiführer doch die Aufgabe, seine Augen aufzuhalten und alles auf dem Gebiete des Parteiwesens zu kontrollieren. Zum Schluß bittet Herr Koch-Weser die Versammlung, ihm ein deutliches Vertrauensvotum zu geben, damit er weiter an der Spitze der Partei arbeiten kann.

Herr **Stephan** (persönlich): Gegenüber einer Bemerkung Hellpachs führt Redner aus, daß es einen Kreis Jungfront der parteipolitischen Sammlung gibt, dem mehrere im allgemeinen auf dem Boden der Deutschen Volkspartei stehenden Vereine angehören. Irgendeine demokratische Organisation gehört dieser Jungfront nicht an. Er, Redner, und Mende[28] haben an einer Versammlung der Jungfront, zu der sie eingeladen waren, teilgenommen, von der Einladung der Parteileitung auch vorher Kenntnis gegeben, von ihr aber keinen Widerspruch erhalten. Eine Ermächtigung, seinen Namen unter die Einladung zu setzen, habe er, Stephan, nicht erteilt. Es folgen dann noch einige persönliche Bemerkungen der Herren **Lemmer** und **Meyer** über die Frage, wie sich am Tage vorher die Reichstagsfraktion in Sachen des Sozialrepublikanischen Kreises schlüssig geworden sei.

Der Stand unserer Organisation

Der Vorsitzende, Herr **Fischer**, berichtet über die Situation in den Organisationen. Diese Lage ist verhältnismäßig günstig. In vier Wahlkreisen ist neuerdings ein eigenes Parteisekretariat geschaffen worden; es sind jetzt nur noch vier Wahlkreise vorhanden, die eines Parteisekretärs entbehren und über die zur Zeit noch verhandelt wird. In verschiedenen Wahlkreisen haben Neugründungen von

28 Dietrich Mende, Pressereferent in Berlin.

Ortsgruppen stattgefunden, in einigen von ihnen in großem Umfange. Redner verliest einen Antrag, den Abg. Hauff über die Neuregelung der Parteifinanzen gestellt hat. Ebenso einen Antrag über die Neugestaltung der Reichsliste. Diese Anträge werden von dem Parteivorstand, und zwar zunächst im Finanz- und Organisationsausschuß, beraten werden.

Die Abstimmungen

Es wird zunächst über den Antrag Bäumer abgestimmt. Dieser Antrag wird mit 118 gegen 25 Stimmen angenommen. Der Vorsitzende, Herr **Fischer**, stellt fest, daß damit der Antrag Koerber erledigt ist.

Nunmehr gelangen die einzelnen Teile des Antrages der Parteileitung zur Abstimmung. Die Abschnitte „Reichsreform und Verwaltungsreform", „Wahlreform" und „Steuerreform" werden einstimmig angenommen. Der Antrag über „Arbeitslosenversicherung" wird gegen fünf Stimmen angenommen. Der Abschnitt „Kulturpolitik" findet einstimmige Annahme, der Abschnitt „Ostprogramm" wird gegen 2 Stimmen angenommen, ebenso der Antrag „Agrarhilfe".

Der Antrag Höpker-Aschoff, Stolper und Genossen[29] wird einstimmig dem Vorstand überwiesen.

Das Vertrauensvotum für Koch-Weser wird unter lebhaftestem Beifall mit allen gegen vier Stimmen angenommen.

Die von dem Parteiausschuß endgültig angenommenen Anträge haben folgenden Wortlaut:

„Die Deutsche Demokratische Partei würdigt die Bedeutung des staatspolitischen Zieles, die Front einer republikanischen und demokratischen Mitte gegen rechts und links durch die *Zusammenfassung gesinnungsverwandter Kräfte über den Parteirahmen hinaus* zu stärken. Sie ist, ihrer Überlieferung getreu, zur Mitwirkung hieran bereit, wobei sie sich bewußt ist, daß eine bloße Addition benachbarter Parteien ohne Übereinstimmung in den nationalen, sozialen und kulturellen Grundsätzen nicht zu jenem Ziele führt. Darum betrachtet es die Deutsche Demokratische Partei als *ihre nächste Aufgabe,* die *eigenen Grundlagen zu befestigen* als den sicheren Boden, von dem aus sie die geistige Auseinandersetzung mit verwandten Bewegungen und die Mitarbeit an der *Parteigestaltung der Mitte* allein führen kann[30].

Angesichts der Tatsache, daß weite Kreise des deutschen Volkes dem neuen Staate bisher gleichgültig gegenüberstehen, gilt es, den Gedanken des *republikanischen Volksstaates* zu vertreten und von ihm aus zu einem klar umrissenen *Aktionsprogramm* zu gelangen. Im Vordergrund steht heute für die Demokratische Partei die *Wahlreform* zur Herbeiführung einer gesunden Führerauslese, die

29 „Der Reichsparteiausschuß spricht dem Reichsminister Dietrich Dank und Vertrauen aus und bittet ihn, innerhalb der Reichsregierung mit Nachdruck auf eine Führung der Außenpolitik hinzuwirken, die durch engere wirtschaftliche Verbindung mit den ost- und südosteuropäischen Staaten und verstärkte Anteilnahme am Schicksal der deutschen Minderheiten die Voraussetzung für eine mitteleuropäische Organisation als Vorstufe eines organisierten Europa schafft." Mit unterzeichnet von: Rönneburg, Rauecker, Heuss, Stephan; ein Name unleserlich.

30 Bis hier abgedruckt in: Wippermann A 1930 S. 328.

Reichsreform zur Vereinfachung des Staatsapparates und zur Kräftigung des Reichsgedankens, die *Finanzreform* mit dem Ziele der Kapitalbildung im Interesse der Wirtschaft sowie der Verbrauchermassen und insbesondere eine wirksame Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, eine tatkräftige *Bauern- und Siedlungspolitik.* So bekennt sich der Parteiausschuß zu einer Neubelebung und *Aktivierung der Deutschen Demokratischen Partei,* und zur Arbeit in diesem Geist und diesem Willen ruft er alle Freunde und Mitglieder auf."

Reichsreform und Verwaltungsreform:

„Der Parteiausschuß fordert die Reichstagsfraktion und die Fraktionen der Länderparlamente auf, mit allem Nachdruck auf die Beschleunigung der Reichsreform zu drängen. Der staatsschädigenden Vielheit des Nebeneinander-, Durcheinander- und Gegeneinanderregierens und -verwaltens in Deutschland muß endlich Einhalt geboten werden. Völlig unaufschiebbar ist die konsequente Abgrenzung der Kompetenzen, ohne welche die Vereinheitlichung und Verbilligung der Verwaltung nicht erreichbar ist."

Wahlreform:

„Der Parteiausschuß begrüßt es, daß sich der gegenwärtige Reichsminister des Innern[31] zu einer Reform des Wahlrechts bekannt hat. Er fordert die Reichstagsfraktion auf, im Sinne ihres früheren Antrags auf der baldigen Durchführung einer Wahlreform zu bestehen, durch welche die enge Verbindung zwischen Wählern und Gewählten wiederhergestellt wird."

Steuerreform:

„Der Parteiausschuß erhebt schwere Bedenken dagegen, daß zur Deckung der neu hervorgetretenen Fehlbeträge im Reichshaushalt wieder zu Mitteln gegriffen wird, die auf eine vermehrte Belastung der Allgemeinheit oder der Wirtschaft hinauslaufen. Er fordert die Reichstagsfraktion auf, auf der sofortigen Vorlegung des Sparprogramms und auf der Erschöpfung aller tunlichen Sparmöglichkeiten zu bestehen. Darüber hinaus ist unverzüglich an eine radikale Reform des Steuersystems heranzugehen, wobei eines der wichtigsten Ziele die Beseitigung der Gewerbesteuer sein muß."

Arbeitslosenversicherung:

„Mit wachsender Sorge beobachtet die Deutsche Demokratische Partei die Entwicklung des Arbeitsmarktes. Sie erwartet von der Reichsregierung, daß sie nichts unversucht läßt, um durch wirtschaftliche und finanzielle Maßnahmen den Arbeitsmarkt zu entlasten. Soweit derartige Maßnahmen nicht ausreichen, muß den unfreiwilligen Opfern der schlechten Wirtschaftslage mit öffentlichen Mitteln geholfen werden, denn es wäre unbillig, die ungewöhnlichen Lasten der Arbeitslosigkeit den Erwerbsständen und der Versicherung allein aufzubürden.

Die in Aussicht genommene Beitragserhöhung auf 4 ½ % ist von den Beteiligten nur schwer zu tragen. Sie zwingt zur Nachprüfung, ob die gegenwärtige Form der Arbeitslosenversicherung aufrechterhalten werden kann. Die unterschiedslose Zusammenwerfung verschiedenartiger Risiken muß zu einem ständigen Mißverhältnis zwischen Beitrag und Leistung, zu einer Benachteiligung der nur durch

31 Joseph Wirth (Zentrum).

konjunkturelles Risiko bedrohten Versicherten, zu einer Bevorzugung der in regelmäßigen Zeitabschnitten arbeitslos Werdenden (Saisonarbeiter) und zu einer dauernden Bedrohung der Finanzen der Reichsanstalt und damit mittelbar zur Erschütterung der Reichsfinanzen führen. Diese Nachteile und Gefahren sind nur durch Bildung von Gefahrenklassen abzuwenden.

Der Parteiausschuß fordert die Reichstagsfraktion auf, in diesem Sinne unverzüglich mit Vorschlägen für eine Reform der Arbeitslosenversicherung hervorzutreten, durch welche im Rahmen der Reichsanstalt und unter Beibehaltung des Versicherungscharakters die unberechtigte Inanspruchnahme der Leistungen verhindert und die Sanierung der Arbeitslosenversicherung herbeigeführt wird."

Kulturpolitik:

„Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei fordert die Reichstagsfraktion auf, der Wiederaufnahme von Verhandlungen über ein Reichsschulgesetz den entschiedensten Widerstand entgegenzusetzen, dagegen die Inangriffnahme folgender dringender kulturpolitischer Aufgaben:

1. Vereinheitlichung des deutschen Bildungswesens im Sinne des früher von der demokratischen Reichstagsfraktion eingebrachten Initiativgesetzes unter besonderer Berücksichtigung des Ausbaues der Volksschule.

2. Vereinfachung des Berechtigungswesens mit dem Ziel, die sinngemäße Eingliederung der verschiedenartigen Begabungen in die Volkswirtschaft zu erleichtern.

3. Systematischer Ausbau der Erziehung und Studienbeihilfen."

Ostprogramm:

„Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei spricht sich aus volkswirtschaftlichen und nationalpolitischen Gründen für die baldige Verabschiedung eines Hilfsgesetzes aus, das die Landwirtschaft wie Handel und Gewerbe der Ostprovinzen in ihrem schweren Existenzkampfe wirksam stärkt.

Sie lehnt aber mit Entschiedenheit jede Subventionspolitik ab, die die Erhaltung nicht mehr lebensfähiger Großbetriebe zum Ziele hat. Derartige Betriebe sollen der bäuerlichen Siedlung zugeführt werden."

Agrarhilfe:

„In dankbarer Anerkennung für die Arbeit, die der Minister Dietrich für die schwer ringende deutsche Landwirtschaft geleistet hat, erwartet der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei von der demokratischen Reichstagsfraktion, daß sie mit aller Energie darauf dringt, daß die künftige Agrarpolitik vor allem anderen die Förderung der bäuerlichen Veredlungsproduktion zum Ziel hat."

In seinem Schlußwort dankt Herr **Fischer** den Erschienenen und gibt der Freude über den guten Verlauf der denkwürdigen Sitzung Ausdruck. Die zur Annahme gelangten Anträge werden der Reichstagsfraktion eine willkommene Waffe und Hilfe gegenüber der Regierung Brüning sein. Der Vorsitzende spricht auch den Halleschen Parteifreunden für ihre liebenswürdige Aufnahme seinen Dank aus und schließt mit einem Hoch auf die Deutsche Demokratische Partei und das Deutsche Vaterland.

Schluß gegen 19 Uhr.

164.

25.6.1930: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Vorsitz: Koch-Weser[?].

Der Geschäftsführende Vorstand bespricht den Reichslistenantrag aus Westfalen[1] *und einigt sich darauf, ihn in der vorgeschlagenen Form abzulehnen.*

Es wird beschlossen, den Ausschuß zur Schaffung eines demokratischen Wirtschaftsprogramms auf der nächsten Vorstandssitzung neu zusammenzusetzen, da der alte Ausschuß[2] *sich als arbeitsunfähig erwiesen hat.*

Die Versammlung berät über die Frage, ob die Parteileitung diejenigen Parteimitglieder, die Mitglieder der Volksnationalen Reichsvereinigung sind, anweisen solle, ihre Mitgliedschaft aufzuheben. Der Geschäftsführende Vorstand hält dies vorläufig nicht für angebracht. Er ist der Ansicht, daß nach dem Fehlschlag in Sachsen[3] *neue Verhandlungen mit dem Jungdo erfolgreich sein könnten. Diejenigen Parteimitglieder, die jetzt schon Mitglieder des Jungdo sind, sollen einzeln gefragt werden, ob sie es nicht für zweckmäßiger hielten, aus dem Jungdo auszutreten.*

Der Geschäftsführende Vorstand beschließt, die Jungdemokraten nicht um den Ausschluß L ü t h s aus ihrem Verband zu bitten[4]*. Ein Artikel der Jungdemokraten und ein Rundschreiben des Demokratischen Studentenbundes werden wegen ihres parteischädigenden Inhalts scharf kritisiert.*

Die Klärung der Frage des Sozialrepublikanischen Kreises[5] *wird vorläufig zurückgestellt.*

1 Siehe Nr. 163 Anm. 22.

2 Siehe Nr. 146 b.

3 Die Volksnationale Reichsvereinigung hatte bei den sächsischen Wahlen am 22.6.1930 zwei Mandate erhalten. Vgl. Schulthess 1930 S. 147.

4 Vgl. Nr. 158 u. Nr. 159.

5 Siehe Nr. 162, bes. Anm. 8.

165.

10.7.1930: Sitzung des Vorstandes

Vorsitz: Koch-Weser. Beginn: kurz nach 10.15 Uhr. Ende: nach 23 Uhr. Ort: zunächst im Reichstag, dann im Demokratischen Klub.

Anwesend: Frau Bäumer, Bernhard, Cohnstaedt, Cuno, Dechamps, Frau Dönhoff, Ehlermann, Erkelenz, Falk (Köln), Falk (Magdeburg), Fischer, Halter, Hauff, Herzog, Heuss, Hild, Höpker-Aschoff, Hourtz, Issberner, Kauffmann, Kempner, Frau Kiep-Altenloh, Koch-Weser, Frau von Koerber, Külz, Lemmer, Frau Lüders, Mende, Meyer, Moering, Nuschke, Rauecker, Reif, Reinhold, Rexrodt, Schäfer, Schönemann, Schreiber, Sparrer, Stephan, Stern, Stubmann, Frau Ulich-Beil, Frau Uth, Wachhorst de Wente, Frau Wittstock, Wolff, Zeitlin. Gäste: Buschmann, Loesenbeck, Rohrbach (Dortmund), von Voss.

Koch-Weser *eröffnet und teilt u. a. mit, daß Böß sein Mandat niedergelegt habe*[1].

Loesenbeck[2] *begründet im Namen des Bezirksausschusses Westfalen-Süd eine modifizierte Form des Antrags, den der Bezirksausschuß bereits der Tagung des Parteiausschusses in Halle zugeleitet hatte*[3]. *Nach dem jetzt vorgelegten Antrag soll die Reichsliste bei den nächsten Wahlen nur mit Kandidaten besetzt werden, deren Wahlkreise bzw. Wahlkreisverbände nicht 62000 Stimmen aufgebracht haben.* **Stephan** *weist darauf hin, daß der jetzige Antrag von dem seinerzeit in Halle eingebrachten Antrag völlig abweicht, und bezeichnet ihn als reine Zahlenspielerei.* **Heuss** *sieht in dem Antrag ein mechanisches Prinzip, dessen Verwirklichung die Demokratie ad absurdum führen würde.* **Moering** *hält den Antrag ebenfalls für unbrauchbar, billigt jedoch seinen Grundgedanken, „die Absicht, die Reichsliste von der Parteibürokratie unabhängiger zu machen".* **Koch-Weser** *betont, daß auch er mit dem Grundgedanken des Antrags sympathisiere, es müsse jedoch unter allen Umständen vermieden werden, daß Wahlkreise an die erste Stelle rückten, deren Kandidaten inzwischen völlig versagt hätten. Nach längerer Diskussion nimmt der Vorstand mit allen gegen eine Stimme einen durch Vorschläge von* **Loesenbeck** *ergänzten Antrag Koch-Weser an, der folgende Forderungen enthält: Eintreten für Abschaffung der Reichsliste, Abänderung des mechanischen Wahlrechts, Besetzung der Reichsliste mit Personen, die auch in den Wahlkreisen als Kandidaten an erster oder zweiter Stelle aufgestellt worden sind, sowie Einsetzung einer Kommission, die bis zum 1. Oktober Vorschläge zur Regelung der Frage ausarbeiten soll*[4]. *Die Kommission wird sofort gewählt*[5] *und beauftragt, auch über die Aufstellung der Reichstagskandidaturen zu beraten.*

Reinhold *referiert stellvertretend für Meyer über die politische Lage. Er kritisiert die Deckungsvorlagen, für deren Annahme die Regierung auf die Hilfe der Deutschnationalen rechne, was die Vorlagen bedenklich verschlechtert habe. In der Aussprache werden die Steuervorlagen unterschiedlich beurteilt. Uneinigkeit herrscht auch über die Frage, in welchem Umfang man neue Steuern schaffen bzw. Einsparungen vornehmen solle.* **Koch-Weser** *umreißt die voraussichtliche Stellung der Reichstagsfraktion dahingehend, „daß wir die ursprünglichen Regierungsvorlagen annehmen, die Bürgerabgabe*[6] *ablehnen; wenn aber der Artikel 48 kommt, dann werden wir den Regierungsvorlagen gleichfalls zustimmen, aber nicht der Bürgerabgabe". Nach weiteren Ausführungen von* **Fischer, Koch-Weser** *und* **Höpker-Aschoff** *wird die Sitzung ohne Beschlußfassung vertagt.*

---

1 Vgl. Nr. 156 Anm. 3.

2 Max Loesenbeck, Kaufmann in Hagen.

3 Siehe Nr. 163 Anm. 22.

4 Liegt vor.

5 Dechamps, Loesenbeck, Schäfer, Buschmann, Külz, Nuschke, Stephan, Frau Dönhoff, Frau Ulich-Beil, Frau Hoffmeier.

6 Die geplante Bürgerabgabe war eine Kopfsteuer, die jeden Bürger ohne soziale Staffelung gleichmäßig treffen sollte. Vgl. Dietrichs Rede bei der ersten Lesung der Deckungsvorlage am 7.7.1930 in: Sten. Ber. Bd. 428 S. 6188–6197.

Am Abend wird die Sitzung im Demokratischen Klub fortgesetzt. **Von Voss**[7] *begründet seine in einer Denkschrift näher ausgeführte Empfehlung, ein Aktionsprogramm zu schaffen. Eine längere Aussprache schließt sich an.* **Koch-Weser** *betont zum Abschluß die Schwierigkeit, programmatischen Erklärungen breite Resonanz zu verschaffen, und verweist als Beispiel auf Stolpers Wirtschaftsprogramm. Er empfiehlt, ein allgemein verständliches außenpolitisches Programm zu veröffentlichen und sich in innerpolitischen Fragen zurückzuhalten und zunächst das Wirtschaftsprogramm fertigzustellen. Der Vorstand beauftragt den Organisationsausschuß zu beraten, auf welche Weise das Informationsmaterial, der „Demokratische Zeitungsdienst" und die Kundgebungen und Stellungnahmen der Parteispitze den Organisationen im Land besser zugänglich gemacht werden könnten. Zur Vorbereitung eines außenpolitischen Programms wird ein Ausschuß*[8] *eingesetzt.*

7 Karl Johann von Voss, liberaler Publizist.

8 Frau Bäumer, (Vorsitzende), Mewes, Heuss, Jäckh, Herz, Goetz, Frau Uth, Wildermuth, Frau von Zahn-Harnack, Schäfer, Graf Bernstorff, Dernburg, Mende, von Voss.

166.

25.7.1930: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „Issberner". Vorsitz: Koch-Weser. Beginn: 15.45 Uhr. Ende: 18.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Die politische Lage und die Reichstagswahlen[1]

Herr **Meyer** (Berlin) erstattet ein einleitendes Referat. Wir haben bei der Unterstützung der Dietrichschen Finanzpolitik immer wieder drei Voraussetzungen in den Vordergrund gestellt: 1. Keine Sonderbelastung eines bestimmten Berufsstandes! 2. Keine Steuererhöhung ohne eine Reform der Steuern! 3. Gleichzeitige Sanierung der Reichs- und der Gemeindefinanzen! Die Anträge, die wir schließlich mit unterschrieben haben, haben nur einen kleinen Teil dieser unserer Forderungen erfüllt[2]. Der Referent legt das im einzelnen dar und bemerkt dann weiter: Wenn wir trotz allem die Anträge mit eingebracht haben, so war für uns maßgebend, daß wir solange als möglich versuchen mußten, auf parlamentarischem Wege eine Verbesserung der Lage zu erreichen und eine Anwendung des Art. 48 der Verfassung zu vermeiden. Aber auch das ist uns nicht gelungen. Die

1 Am 16.7.1930 war der Artikel 2 der Deckungsvorlage vom Reichstag abgelehnt worden; noch am Abend des gleichen Tages hatte das Kabinett beschlossen, die abgelehnten Vorschläge mittels des Artikels 48 in Kraft setzen zu lassen. Am 18.7. war dann ein sozialdemokratischer Antrag auf Aufhebung der Notverordnung angenommen worden, daraufhin hatte Brüning den Reichstag aufgelöst. Vgl. Schulthess 1930 S. 172–180.

2 Bericht über die Behandlung der Deckungsvorlage im Ausschuß und über das bei den interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien ausgehandelte Kompromiß in: Berliner Tageblatt v. 12.7.1930 Nr. 325 u. v. 15.7. Nr. 328.

Frage, ob die Anwendung des Art. 48 nicht zu umgehen gewesen sei, haben wir zu verneinen. Aber die Regierung hatte sich zu sehr auf die Absplitterung von Hugenberg verlassen. Das war eine unbegründete Hoffnungsseligkeit. Deshalb hat man darauf verzichtet, mit den Sozialdemokraten die gebotene Fühlung zu nehmen, obwohl wir es dringend verlangt hatten. Allerdings haben die Sozialdemokraten auch durch ihren ultimativen Brief[3] höchst ungeschickt der Regierung einen Grund gegeben, von Verhandlungen abzusehen. Wir haben in der ganzen Zeit der schweren Krisis alles getan, um die Finanznot des Reiches zu lindern. Wir haben als einzige Partei niemals eine Bedingung gestellt[4]. Das ist keine Politik der Schwäche bei einer Partei, die nicht durch die Zahl ihrer Mandate wirken kann. Die Frage, ob bei Erlaß der Notverordnungen die Verfassung gewahrt ist, soll hier nicht erörtert werden. Jedenfalls verlangte die Regierung sofort Indemnität, und wir mußten uns entscheiden, ob wir sie erteilen sollten. Die Fraktion war sich völlig einig darin, daß Indemnität erteilt werden mußte. Denn ihre Versagung hätte bedeutet, daß wir für die Aufhebung derselben Gesetze eintraten, die in einem von uns unterschriebenen Antrag enthalten waren. Die Aufhebung der Verordnungen ist mit einer Mehrheit von 15 Stimmen erfolgt. Wären also noch acht Abgeordnete von Hugenberg weg und zur Regierung gegangen und hätten wir dann für die Aufhebung gestimmt, dann wäre durch unsere Stimmen die Auflösung des Reichstags notwendig geworden. Eine solche Situation war für uns unmöglich. Seit der Auflösung ist am wichtigsten der Schritt von Scholz[5], der darauf ausgeht, eine Sammlung der Parteien, die hinter der Regierung gestanden haben, mit Ausnahme des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei herbeizuführen. Wir werden wohl darüber einig sein, daß es die schwersten sachlichen Bedenken hätte, die Sammlung im Sinne eines organischen Zusammenschlusses mit der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei oder gar mit dem konservativen Flügel zu machen, weil uns von diesen Parteien außerordentlich vieles trennt, weil in der Deutschen Volkspartei diejenigen Mitglieder des Reichstages sitzen, die von unseren sozialen Anschauungen am weitesten entfernt sind, weil eine derartige Blockbildung die Front gegen die Sozialdemokratische Partei richten und die Heranziehung der Sozialdemokraten zur Regierung erschweren würde. Aber andererseits läßt sich nicht leugnen, daß der ganze Schritt von Scholz für uns sehr unbequem ist. Vielleicht ist er sogar darauf berechnet, uns in eine unbequeme Lage zu bringen. Deshalb dürfen wir auf die Einladung keine schroffe Absage erteilen, dagegen unsere Bedingungen stellen und sehen, ob die Sache an den anderen scheitert. Wir wünschen nicht als Friedensstörer aufzutreten, halten es aber erst recht für unmöglich, einen solchen Zusammenschluß zu vollziehen, weil dann weite Kreise unserer Wähler zur Sozialdemokratie übergehen oder

3 Die Sozialdemokraten hatten dem Zentrum schriftlich angeboten, an der parlamentarischen Verabschiedung der Deckungsvorlagen mitzuwirken, hatten allerdings den Wegfall der Bürgersteuer zur Bedingung gemacht. Vgl. Breitscheids Rede vom 16.7.1930 in: Sten. Ber. Bd. 428 S. 6400–6402; ferner Morsey Protokolle S. 471.

4 Zur Haltung der DDP in den interfraktionellen Verhandlungen über die Arbeitslosenversicherung vgl. a. a. O. S. 472.

5 Ernst Scholz (1874–1932), MdR (DVP) März 1921 bis Juni 1932, Reichswirtschaftsminister 1920-1921. Scholz war Vorsitzender der DVP. Zu Scholz' Sammlungsbemühungen vgl. Jones S. 268 bes. Anm. 9.

eigene Listen aufstellen würden. Wir müssen natürlich in den Wahlkampf gehen mit einem möglichst zugkräftigen Programm. Das Wichtigste hierbei ist die Stellung zur Finanzfrage. Daher werden wir uns schlüssig zu machen haben, ob wir die Politik des Ministers Dietrich unsererseits verteidigen sollen oder nicht. Ich bin der Überzeugung, daß uns in diesem Wahlkampf nichts übrigbleiben wird, als mit aller Entschiedenheit hinter die Person des Reichsfinanzministers zu treten. Das zieht auch der Kritik an den Regierungsmaßnahmen gewisse Grenzen. Wir sollen allerdings die Distanz zur Regierung nicht verleugnen. Außerdem haben wir ins Auge zu fassen das Problem der Preissenkungsaktion und müssen mit Nachdruck zurückkommen auf die Forderung der Reichsreform, und dann zum Schluß ist jetzt stärkste Betonung nötig der Frage der Wahlreform.

Herr **Blau**[6]: Der Reichsarbeitnehmerausschuß, der neulich getagt hat, ist zu der Überzeugung gekommen, daß unsere Partei den Wahlkampf allein zu führen hat, und zwar auf der rein staatsbürgerlichen Basis ohne irgendwelche Berufsgruppeninteressen. Es ist Wunsch des Ausschusses, daß der bisherige Abgeordnete Schneider auf der Reichsliste an günstiger Stelle plaziert wird; auch auf den Wahlkreislisten sollte man die Arbeitnehmer auf gute Plätze stellen.

Herr **Stubmann**: Die parlamentarische Situation ist für den normalen Wähler draußen derartig unverständlich gewesen, daß wir in vier oder sechs Wochen keine Aufklärung schaffen können. Der Brief von Scholz ist der Versuch, unsere Partei durch ein taktisches Manöver in Verlegenheit zu bringen. Wir sollten dem durch ein anderes Manöver begegnen und zunächst bei Scholz anfragen, wie er sich zur Frage der Regierungsbildung mit den Nationalsozialisten stellt.

Herr **Cohnstaedt**: In den Vordergrund unserer politischen Ziele müssen wir die Staatsgesinnung stellen. Erforderlich ist Propaganda für Wahlreform und Reichsreform. Ob wir damit aber einen starken Eindruck erzielen, ist zweifelhaft. Gegenüber Herrn Scholz können wir uns nicht durch den einfachen Hinweis helfen, daß sich die Partei auf sich selbst stellen soll. Wir müssen uns hinter Dietrich stellen. Aber die Regierung muß sich auch danach einrichten und ein großes Reformprogramm aufstellen.

Herr **Kauffmann** bezweifelt, ob die von Stubmann vorgeschlagene Zwischenfrage an Scholz von Bedeutung sein wird, denn Scholz würde gewiß antworten, daß kein Gedanke an eine Kabinettsbildung mit den Nationalsozialisten ist. Wenn wir den Kampf allein führen, dann können wir es nur tun als die Partei Dietrichs.

Herr **Stolper** zweifelt daran, daß die Regierung und insbesondere Dietrich augenblicklich ein großes Reformprogramm erwägen. Wie unsere Partei mit der Verfassung umgesprungen ist, das ist mir unerträglich. Die Rechte hat bewirkt, daß für Anwendung des Artikels 48 ein Präjudiz geschaffen worden ist, das sie sich im Herbst zunutze machen werde. Als dringendste Forderung müsse gelten ein Ausführungsgesetz zum Art. 48.

Herr **Koch-Weser**: Das Wirrsal der letzen Wochen hat begonnen in dem Moment, als die Sozialdemokratische Partei sich auf sozialpolitischem Gebiete jeder Reform widersetzt hat, in dem Augenblick, wo die Sozialdemokratische Partei sich der

6 Alfred Blau, Werbeleiter beim Gewerkschaftsbund der Angestellten in Berlin.

staatspolitischen Führung der Herren Müller und Severing entzogen und die gewerkschaftliche Führung des Herrn Wissell[7] akzeptiert hat. Es wäre unerträglich gewesen, wenn man sich damals dem Diktat der Sozialdemokratie gebeugt hätte. In diesem Reichstag war tatsächlich keine Mehrheit für die Steuerprojekte vorhanden. Um die Bürgerabgabe allein ist es nicht zum Krach gekommen. Es war ein Fehler der Regierung, daß sie die Reform der Sozialgesetzgebung nicht rasch mit der Rechten unter Dach und Fach brachte, ehe über die Steuergesetze entschieden wurde. Ich glaube nicht daran, daß bei den nächsten Wahlen die bürgerliche Mitte so stark wird, daß sie in Zukunft regieren kann, selbst wenn Westarp hinzutritt. Ich würde aber hoffen, daß es mindestens zwei oder drei Monate lang doch möglich sein würde. Eine Regierung zusammen mit Westarp wäre aber wohl kaum möglich. Das ist der letzte Grund, weswegen ich Bedenken habe, mich jetzt in Form eines Bürgerblocks irgendwie auf eine Regierung festzulegen, die auf die Dauer für Deutschland unmöglich ist. Auch im neuen Reichstag muß man die Große Koalition ins Leben zu rufen suchen. Die Vorschläge von Scholz sind so unbestimmt, daß sie nichts anderes bezwecken, als die Wiederholung der schon öfter geübten Manier, nämlich einen von vornherein aussichtslosen Versuch zu machen, um nachher sagen zu können, wir sind die einzigen, die eine Sammlung wollen, und die anderen widersetzen sich. Das ist der Grund, weshalb Sie uns gestatten müssen, auf diese Verhandlungen einzugehen, auch wenn wir wissen, daß sie zum Scheitern gelangen. Auch Scholz will nicht eine Fusion nur zwischen Deutscher Volkspartei und Demokraten, er will eine Fusion nur, wenn er auch von rechts etwas mitbekommt, damit die Balance bei der Deutschen Volkspartei liegt. Wir haben dafür zu sorgen, daß die Schuld an dem Scheitern der Verhandlungen nicht uns zugeschoben wird. Wenn es dagegen gelingen sollte, mit dem „Jungdo" zu einem Zusammenschluß zu kommen, so würde in der Partei wohl kein Widerspruch dagegen erhoben werden. Vielleicht würde auch noch der linke Flügel der Deutschen Volkspartei hinzukommen. Aber sich mit deren rechten Flügel zusammenzuschließen, wäre verhängnisvoll. Leute wie Schmid[8] und von Gilsa[9] sind für uns wie für weite Kreise des Volkes unendlich viel gefährlicher, als weiter rechtsstehende Personen. Was soll unsere Wahlparole werden? Gegen den Nationalsozialismus! Das würde auch bei unseren Parteifrauen Anklang finden. Was das Verhältnis zu Dietrich betrifft: Wenn die DDP in diesem Wahlkampf von Dietrich abrücken würde, dann würde der Kampf überhaupt nicht geführt werden können. Dabei braucht man sich durchaus nicht mit allen Einzelheiten seiner Steuerprojekte einverstanden zu erklären. Dem Beamtennotopfer haben wir zugestimmt, damit überhaupt etwas zustande kommt. Wie ist es möglich, daß es demokratische Beamten gibt, die jetzt aus Ärger über das Notopfer sozialistisch wählen wollen? Die Sozialdemokratie hat niemals Anstoß an dem Notopfer der Beamten genommen. Sie ist auch ihrer ganzen Struktur nach alles andere als eine beamtenfreundliche Partei. Im übrigen

7 Rudolf Wissell (1869–1962), Md Bürgerschaft Lübeck (SPD) 1905–1908, MdR März 1918 bis Juni 1933, Volksbeauftragter von Dezember 1918 bis Februar 1919, Reichswirtschaftsminister von Februar bis Juli 1919, Reichsarbeitsminister von Juni 1928 bis März 1930. Vgl. Nr. 163.

8 Carl Schmid (1886–1955), MdL Preußen (DVP) 1925–1928, MdR 1928 bis Juli 1932.

9 Erich von Gilsa (1879–1963), MdR (DVP) 1928–1930.

müssen wir den Wahlkampf als Reformpartei führen und darauf hinweisen, daß Reformen auf allen Gebieten notwendig sind. Gegenüber Blau versichert Redner, daß wir eine Kraft wie Schneider unter keinen Umständen im Reichstage entbehren können. Wir werden uns demnächst im Vorstand entschließen müssen, die Reichsliste nach den Grundsätzen aufzustellen, die wir in der letzten Parteivorstandssitzung festgelegt haben[10]. Zu einem übertriebenen Pessimismus ist kein Grund vorhanden. Das bisherige Überragen der Deutschen Volkspartei war lediglich auf die Person von Stresemann zurückzuführen und ist heute beseitigt. Auf der anderen Seite wird eine Abwanderung von uns nach der Sozialdemokratie kaum in erheblichem Umfange stattfinden, wenn der Wahlkampf mutig und sicher geführt wird. Für die Sozialdemokraten selbst würde es am allerunangenehmsten sein, wenn sie mit den Kommunisten und Nationalsozialisten zusammen die Mehrheit erhalten würden. Allerdings werden wir damit rechnen müssen, daß wir in diesem Wahlkampf von den Sozialdemokraten auf das heftigste angegriffen werden. Es muß dann auf einen groben Klotz ein grober Keil gesetzt werden. Als bedeutsames Aktivum betrachte ich, daß wir in diesem Wahlkampf einiger sind als jemals.

Herr **Stern**: Das taktische Vorgehen der Reichstagsfraktion in den letzten Wochen müssen wir ganz klar von unserem Programm unterscheiden. Den Wählern gegenüber haben wir uns ganz besonders auf das Stolpersche Programm zu beziehen. Bei der Sozialreform müssen wir betonen, daß der Abbau von sozialen Leistungen überhaupt nicht in Betracht kommt, sondern nur der Mißbrauch der Einrichtungen.

Herr **Frankfurter**: Wir bringen für diesen Wahlkampf etwas mit, was keine andere Partei hat: Wir können darauf hinweisen, daß, wenn es zum Äußersten kommt, immer wieder auf Demokraten zurückgegriffen werden muß, so jetzt beim Reichsfinanzministerium. Eine wichtige Frage ist, wie wir an die Nichtwähler herankommen. Man kann diese Wahl nur machen als Dietrich-Wahlen. Wahlreform usw. sind für diesen Wahlkampf nicht gut zu gebrauchen.

Herr **Vogt** legt die Gründe dar, weshalb die Beamten sich vielfach zur Sozialdemokratie wenden. Andererseits muß man damit auch rechnen, daß weite Kreise der Beamten zu den Nationalsozialisten gehen. Gegenüber einem offenbar mißverstandenen Worte von Koch-Weser in der letzten großen Mittwochs-Versammlung[11] stellt Redner fest, daß eine Kürzung des Gehalts immer erst nach erfolgter Preissenkung stattfinden kann, nicht umgekehrt.

Herr **Külz**: Dem Wähler ist nicht mit großen politischen Betrachtungen gedient, sondern ihm imponieren nur sinnfällige Ziele. Das beweist die Wirkung des Auftretens von Dietrich. Für den Wahlkampf kommen in Betracht fünf Punkte: 1. Heraus aus dem finanziellen Elend! 2. Sicherung der Sozialpolitik und Beseitigung ihrer Auswüchse. 3. Ankurbelung der Wirtschaft. 4. Verbilligung und Vereinfachung des Staatsaufbaus. 5. Sicherung des demokratischen und parlamentarischen Regierungssystems.

Frau Dr. **Bäumer**: Die Diskussion im Reichstag hat sich so im Kreise gedreht, daß

10 Siehe Nr. 165.

11 Am 23.7.1930 hatte die DDP eine Wahlkundgebung veranstaltet, auf der Koch-Weser und Dietrich gesprochen hatten. Vgl. Demokrat v. 5.8.1930 Nr. 14/15.

schließlich alle schwindlig geworden sind. Eine rückschauende Betrachtung dieser Dinge ist nicht nur unnötig, sondern auch gefährlich. Wenn man fragt, wie der Reichstag eine regierungsfähige Mehrheit erhalten soll, so ist es klar, daß die bestehenden Parteien der Mitte diese Mehrheit nicht schaffen können. Wenn man eine größere Basis für die Mitte sucht, dann ist zu beachten, daß das soziale Element in der Mischung stärker vorhanden sein muß. Eine neue Zusammenstellung der bisherigen Parteien der Mitte würde aus dem Wahlkampf nicht stärker herauskommen, als sie hineingegangen ist. Die Volksnationale Reichsvereinigung kann das Element, das bisher in der Mitte fehlt, darstellen. Die Nichtwähler können nicht mit den alten Parteiformen gewonnen werden, man muß deshalb auch im Wahlkampf andere Methoden der Werbung anwenden. Man muß das Gefühl zu erwecken verstehen, daß jetzt eine neue Auseinandersetzung über Staat und Reich beginnt, daß ein neuer Anfang da ist und daß auch die Jugend herangezogen wird. Es muß intensiver gearbeitet werden, nicht mit den Ramschmethoden.

Frau Dr. **Lüders** bekennt, daß sie sich zum ersten Mal wieder auf den Wahlkampf freut. Allerdings in der Voraussetzung, daß die richtigen Personen, die richtige Art und die richtigen Worte heraustreten. Es muß eine ganz neue Auseinandersetzung, ein neuer Anfang sein. Auch in bezug auf die Agitationsmethoden muß ein ganz anderer Weg eingeschlagen werden.

Herr **Fischer** (Württemberg) unterstreicht die Ausführungen der beiden Vorrednerinnen aus den Erfahrungen seiner Praxis heraus. Der Kampf gegen die Nationalsozialisten ist mit besonderem Nachdruck zu führen. Redner bespricht dann die Ersparnismöglichkeiten im Reichshaushalt, die noch in großem Maße vorhanden seien, und macht Mitteilungen über die Agitationsmethoden, die in Württemberg angewandt werden.

Herr **Leers**: Dietrich ist unser Spitzenkandidat und als Persönlichkeit eine ausgezeichnete Zugkraft, mag man auch nicht in allen Einzelheiten mit ihm einverstanden sein. Trotzdem würden wir es sehr begrüßen, wenn die Basis unseres Kampfplatzes vergrößert werden könnte. Wir in Baden arbeiten mit der Deutschen Volkspartei sehr gut zusammen. Man sollte sich auf die Verhandlungen mit Scholz einlassen und sei es auch nur, damit wir nicht als die Störenfriede angesehen werden. Den Art. 48 sollte man jetzt nur anwenden, wenn es sich um unbedingt notwendige Reformen handelt.

Frau **Dönhoff**: Der Wunsch nach Verbreiterung der Basis besteht nicht nur bei den Frauen der Partei, sondern auch in anderen Parteikreisen. Es wäre nicht ganz richtig, nur mit Keulen auf die Nationalsozialisten loszuschlagen. Wirksam wäre vielleicht ein Appell an die Nichtwähler, wenn er von einer möglichst großen Zahl von Parteien ausgeht.

Herr **Koch-Weser** betont die in der Aussprache hervorgetretene Einmütigkeit in allen großen Fragen. Dadurch werde ein Erfolg verbürgt. Der Vorstand wird sich später noch mit der Aufstellung der Reichsliste zu beschäftigen haben. Vorher werden noch Einzelkonferenzen zwischen Wahlkreisvorsitzenden und Vorstand erforderlich sein. Die Aufstellung der Kandidaten ist mit aller Schnelligkeit zu betreiben.

Schluß um 18.30 Uhr.

167.

30.7.1930: Sitzung des Parteiausschusses

Gezeichnet: „Issberner". Vorsitz: zunächst Frau Bäumer, dann Fischer. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 18.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Die stellvertretende Vorsitzende, Frau **Bäumer**, eröffnet die Sitzung um 10.30 Uhr und begrüßt die zahlreich erschienenen Mitglieder sowie insbesondere Herrn Dr. Herrmann (Danzig). Darauf erteilt sie sofort Herrn Koch-Weser das Wort.

Herr **Koch-Weser**: Sie haben die Stunde noch in Erinnerung, als ich die Führung der Partei übernommen habe. Ich habe Ihnen damals gesagt, daß mir bei der Führung der Partei und namentlich bei den Reden, die ich Ihnen zu halten habe, das edle Feuer Naumanns und das echte Pathos Petersens fehlen wird. Ich glaube, daß ich im ganzen immer nüchtern zu Ihnen gesprochen habe. Aber Sie gestatten mir doch, daß ich in dieser Stunde zu Beginn meiner Ausführungen der tiefen Wehmut Ausdruck gebe, wenn ich als das Ziel unserer Politik die Aufgabe unserer Organisation nenne, in der wir so lange, nicht immer ohne Reibungen, aber doch immer wieder einmütig, wenn es das große Ziel galt, zusammengearbeitet haben[1]. Aber ich tue es trotzdem mit Befriedigung und mit der inneren Überzeugung, daß wir, wenn auch in neuer Form und teilweise auch wohl mit rüstigerem Schritt doch das gleiche Ziel verfolgen werden, das wir bisher miteinander verfolgt haben. Ich muß Sie in der heutigen Stunde um Entschuldigung bitten, wenn ich vorgegangen bin, ohne Sie zu fragen, aber der Parteiausschuß hat in seiner letzten Sitzung eine Resolution angenommen, die das Ziel, auf das wir losgesteuert sind, angedeutet hat[2]. Ich habe mir in der Sitzung des Vorstandes am Freitag[3] und ebenso in der Beratung der Wahlkreisvorsitzenden[4] die Sicherheit geholt, daß diese Organe zwar mit Entschiedenheit gegen eine Addition bestehender Parteien, aber mit ebenso großer Freudigkeit für die Neuschaffung einer größeren Partei, namentlich unter Annäherung an die volksnationale Bewegung, eingetreten sind, und ich glaube, im Sinne der Partei gehandelt zu haben. Über den Weg brauche ich Ihnen nicht viel Entschuldigungen zu sagen, denn das Vorgehen, wie es Herr Scholz heute übt[5], beweist, daß man auf die althergebrachte Weise zu keinem Ergebnis kommt. Ich betrachte es als das Wichtigste, was hier erreicht worden ist, daß ganz geräuschlos eine Tatsache in

1 Am 27.7.1930 war nach vertraulichen Verhandlungen Koch-Wesers mit den Volksnationalen das „Gründungsabkommen" über die Schaffung der „Deutschen Staatspartei" abgeschlossen worden; am 28.7. war ein Aufruf der neuen Partei erschienen. Vgl. Ende der Parteien S. 32f.; ferner Jones S. 268, bes. Anm. 8. Im Nachlaß Koch-Weser 105 befinden sich zahlreiche Briefe, in denen prominente Parteimitglieder zu der Gründung Stellung nehmen; sie reichen von begeisterter Zustimmung (Petersen) über Kritik an der „Überrumpelung" (Hieber) bis zu schroffer Ablehnung (Dechamps, Erkelenz).

2 Siehe Nr. 163.

3 Siehe Nr. 166.

4 Über diese Beratung konnte nichts ermittelt werden.

5 Siehe Nr. 166, bes. Anm. 5.

die Welt gesetzt worden ist, die aber nur erreicht werden konnte, wenn jeder einzelne seine persönlichen Interessen zurückstellte und wenn er vertrauensvoll es den Führern überließ, den Weg zu gehen, der zum Ziele führt. Alle Störungserscheinungen und Einwände, die mir aus allen möglichen Richtungen zugegangen sind, haben mir hinterher bewiesen, daß es notwendig war, den Weg so geräuschlos und still, aber auch von Ihrem Vertrauen getragen zu gehen, wie ich es getan habe. Wir sind uns alle, die wir diesen Weg nun eingeschlagen haben, bewußt, daß wir ein großes Wagnis eingehen, aber ich würde meine Führerrolle falsch aufgefaßt haben, wenn ich das Wagnis nicht unternommen hätte. Wir sind überzeugt davon, daß wir mit unserer Handlungsweise recht gehandelt haben. Denn man muß sich darüber klar sein, daß eine Situation wie die heutige nur gemeistert werden kann, wenn die Führer den Mut haben zu handeln. Wir haben uns ja seit Jahren über die Frage einer Umgestaltung unseres Parteiwesens unterhalten. Wir haben alle gewußt, daß die eigene Partei schwer ringt, daß viele von uns sich in dem furchtbar schweren Kampf als schmale Partei zwischen rechts und links aufgerieben und geopfert haben, und bei uns allen ist der Wunsch vorhanden gewesen, Bundesgenossen zu bekommen. Bei uns allen ist aber auch der Grundsatz maßgebend gewesen, daß wir niemals in eine neue Organisation eintreten würden, wenn sie die Grundsätze, für die wir kämpfen, und unsere politische Richtung gefährden würde. Deswegen habe ich Ihnen immer und immer wieder gesagt: Es kommt darauf an, eine Neuschaffung unter Heranziehnung der schlummernden jungen Kräfte in unserem Volk vorzunehmen. Es ist falsch und ergebnislos, wenn man die bestehenden Parteien addieren wollte. Die bestehenden Parteien sind nicht restlos so zusammengesetzt, daß wir mit ihnen zusammen gehen könnten. Es kam darauf an, daß junge unverbrauchte Kräfte einen starken Anteil an der Führung übernahmen, die unbefangen durch alten Parteistreit an die neuen Aufgaben unseres politischen Lebens herangehen konnten. Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß die letzten 10 Jahre, soviel auch geleistet worden ist, doch weiten Schichten unseres Volkes eine Enttäuschung gebracht haben, weil der Wiederaufbau nicht so rasch vor sich ging. Deshalb sind junge treibende Kräfte in Verbindung mit alten erprobten Parlamentariern notwendig, die aus Erfahrung und mit jugendlicher Frische gemeinsam an die neuen großen Aufgaben des Staates herangehen. Ich bin aber keineswegs der Ansicht, daß mit dem, was hier in drei Tagen geschaffen worden ist, die Entwicklung beendet ist. Ich habe immer wieder betont, daß dies ein Anfang, kein Abschluß sein soll und daß wir auf immer weiteren Zuzug aus allen Kreisen hoffen, die sich fest auf den Boden der Republik stellen, die eine freiheitliche und fortschrittliche Entwicklung unseres Staatswesens wünschen, die an dem privatwirtschaftlichen Aufbau festhalten, die keine Interessentenvertreter sind und die die Politik geführt zu wissen wünschen unabhängig von den Gewerkschaften und den Einflüssen großer Unternehmer- und Kapitalistenverbände. Das ist eine große Aufgabe. Die Zahl derer, die eine solche Politik mitmachen wollen, ist längst nicht erschöpft. Wir halten die Tore weit offen für die, die noch kommen werden. Ich lasse mich aber nicht ein auf Verhandlungen von Partei zu Partei, weil bei solchen Verhandlungen nur eine gegenseitige Entfremdung herauskommt.

Nun zu dem sachlichen Programm: Sie wissen, daß wir in der neuen Partei nicht immer dieselbe Sprache sprechen, denn wir kommen aus ganz anderen Ideengän-

gen, die Volksnationalen haben sich von rechts her zur Bejahung einer fortschrittlichen Politik durchgerungen, während wir auf der linken Seite gestanden haben. Die Sprache ist wohl verschieden, aber sie wird und muß ausgeglichen werden. Es muß aber als Hauptsache festgestellt werden, daß in dem Ziel auch zwischen den Volksnationalen, auch zwischen den jungen Volksparteilern und auch zwischen den Angehörigen der Christlichen Gewerkschaften und uns nicht der geringste Unterschied besteht. Wir haben bei der Aufstellung des Programms nirgends solche Unterschiede festgestellt. Wir sind uns einig auf dem Gebiete der Aufrechterhaltung der Reichsverfassung, wir sind uns einig in dem höchsten Ziel unserer Partei, der Verteidigung der Republik gegen alle Antastungen von rechts und links. Wer den Zulauf beobachtet, den die Nationalsozialisten auf der Rechten und die Kommunisten auf der Linken haben, muß es begrüßen, wenn es gelingt, in der Mitte eine große Partei zu schaffen mit jungen Elementen, in der alle kraftvoll die Republik gegen den Radikalismus von rechts und links zu verteidigen entschlossen sind. Diese Hauptaufgabe, die wir solange erfüllt haben, in kraftvollere Hände abzugeben, ist also die wichtigste Errungenschaft, die mit der Gründung der neuen Partei verbunden ist. Auch auf dem Gebiete der Außenpolitik werden wir gemeinsame Ziele verfolgen. In der Stellung zur Wirtschaft ist ein starker sozialer Einschlag durch die neuen Männer festzustellen. Weiter ist es eine ganz besondere Errungenschaft, daß sich hier Männer der Wirtschaft und der Politik, daß sich Gewerkschaftler zweier Richtungen zusammengefunden haben unter einem festen und klaren Bekenntnis zur privatwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung und unter Ablehnung aller sozialistischen Experimente. Ich brauche mich nur auf die Rede unseres Freundes Stolper in Mannheim zu berufen, wenn ich sage: Die heutige Wirtschaftsordnung muß sich endlich einmal zur Wehr setzen, und es muß endlich einmal klargestellt werden, daß man sich nicht schämen muß, in einem privatwirtschaftlichen Staat zu leben, sondern es muß anerkannt werden, daß dieser Staat besser ist als je ein sozialistischer Aufbau eines Staates es sein kann. Ich halte das für einen außerordentlichen wertvollen Faktor, daß wir Bundesgenossen bekommen, die auf sozialpolitischem Gebiet fortgeschritten sind, die aber andererseits auch sich mit aller Macht dagegen stemmen, daß man die Privatwirtschaft dadurch zugrunde richtet, daß man ihre Aufgaben in die öffentliche Wirtschaft übernimmt. Wichtiger noch als diese Frage für die nächste Zeit ist der starke Reformwille, der die neue Partei beseelen wird. Wir brauchen Reformen, und ich muß diese Reformen nicht erst begründen. Wir brauchen eine Reichsreform, wir brauchen eine Wahlreform, wir brauchen eine Bildungsreform, eine Reform unseres Gemeindewesens, die den Gemeinden wieder ihre Selbstverantwortung gibt, wir brauchen eine Wirtschaftsreform in dem Sinne, wie sie unser Freund Stolper vorgeschlagen hat, und wir brauchen eine finanzielle Reform, die dafür sorgt, daß die Finanzen des Reiches ohne das billige Mittel der Steuererhöhungen in Ordnung kommen. Auf allen diesen Gebieten wird die neue Partei arbeiten und besser arbeiten können als wir. Ich halte es für meinen Teil für eine der ersten Aufgaben der neuen Partei, zu gegebener Zeit ein Volksbegehren für eine Wahlreform und ein Volksbegehren für eine Reichsreform ins Leben zu rufen. Ich bin also der Meinung, daß sich hier eine reformfreudige Partei zusammentun muß. Ein Wort auch zur Stellung der neuen Partei zur Sozialdemokratie. Es muß gegenüber aller gehässigen Behandlung der neuen Partei durch die

Sozialdemokratie immer wieder festgestellt werden, daß hier Menschen zusammenkommen, die der sozialdemokratischen Bewegung unbefangen gegenüberstehen, die bereit sind, mit ihr zusammenzugehen, wenn es erforderlich wäre. Wir sagen uns zwar, daß die Sozialdemokratische Partei zwar keinen Anspruch darauf hat, in jeder Koalition vertreten zu sein, wenn sie wie bei der Arbeitslosenversicherung die Mithilfe versagt, aber wir denken nicht daran, einen Block gegen sie zu bilden, sondern wir stehen unsererseits der Sozialdemokratie völlig objektiv gegenüber. Wir sind aber auch bereit, da zu kämpfen, wo sie aufgrund ihrer sozialistischen Doktrin das Deutsche Reich in Gefahr zu bringen droht. Ich bedauere es außerordentlich, wenn die Situation bei den Sozialdemokraten verkannt wird und wenn sie die Brücke abbrechen wollte zu einer rechts von ihr stehenden Partei, die ihr allein auch im neuen Reichstag die Möglichkeit zu positiver Mitarbeit gewährt. Ich muß aber noch eine andere Frage zur Sprache bringen, die im Interesse wertvoller Freunde, die auch in Zukunft in keiner Weise entbehrt werden können, erörtert werden muß und die wir auch mit den Volksnationalen eingehend erörtert haben: Die neue Partei steht mit absoluter Geschlossenheit und mit großer Energie auf dem Standpunkt der völligen Gleichheit aller Staatsbürger. Es gibt hier keine politischen, sozialen, konfessionellen oder rassenmäßigen Unterschiede.

Ich kann hinzufügen, daß Herr Mahraun mir für seine Partei die Erklärung abgegeben hat, daß Antisemitismus ihnen fern sei und daß sie es als eine Verleumdung ansehen würden, wenn man ihnen Antisemitismus vorwerfen wollte. Wir alle wissen, daß der Jungdeutsche Orden in seiner Vergangenheit zu dieser Frage anders gestanden hat als heute. Aber ist es denn nicht gerade im Interesse der jüdischen Staatsbürger ein ungeheurer Fortschritt, wenn alle diese Menschen sich heute nicht mehr zu solchen Ideen bekennen? Kann es wirklich die Aufgabe dieses Kreises sein, Menschen abzustoßen, die zu ihnen kommen und sagen, daß sie mit uns auf dem Standpunkt der absoluten Gleichheit aller Staatsbürger stehen? Wie will man denn verhindern, daß junge Menschen zu Nationalsozialisten und Extremisten übergehen? Kommen Sie in unsere Organisation, arbeiten Sie zusammen mit den früheren Volksnationalen, zeigen Sie ihnen, wie ehrliche und begeisterte Staatsbürger Sie sind, zeigen Sie ihnen, wie gute Deutsche Sie sind, dann werden Sie auch nach dieser Richtung in der neuen Partei eine wertvolle Aufgabe im Sinne des Judentums erfüllen. Auch die Frage des Reichsbanners ist an mich herangetreten, und ich kann dazu nur sagen, daß die Volksnationalen auf diesem Gebiet ganz vorurteilsfrei sind.

Ich habe Ihnen bereits zu Beginn meiner Ausführungen gesagt, daß unsere Arbeit nicht abgeschlossen ist. Die nächsten Tage werden weitere Entscheidungen auf diesem Gebiet bringen. Es ist unverkennbar, daß auch Kreise rechts von uns von der Bewegung ergriffen werden, wie wir sie in Halle nicht geglaubt, aber damals schon in der Resolution gefordert haben. Der Gedanke des Herrn Scholz, eine Sammlung von den Konservativen über die Wirtschaftspartei zu den Demokraten ist undurchführbar. Wie soll man Ersparnisse machen mit Gegnern des Einheitsstaates, wie die Wirtschaft heben mit Gegnern der Handelsverträge? Das ist die hauptsächlichste Grenze nach rechts. Ich hoffe, daß auch rechts von uns Menschen stehen werden, die das Gefühl haben, daß das deutsche Volk kein

Interessentenhaufen sein darf, sondern ein wahres Staatsvolk[6]. Soviel steht schon jetzt fest, daß die Ziele der neuen Partei sich mit denjenigen Zielen decken, denen wir in den letzten zehn Jahren, leider nur auf wenigen Gebieten, erfolgreich entgegengestrebt haben. Wir werden in diesem neuen Reichstag uns nicht mehr auf Deklamationen beschränken müssen, sondern mit Taten vorangehen. Wenn die Republik nicht eine einzige Reform lösen kann, ist alles verloren. Reaktion wird immer durch Revolution abgelöst. Nur wenn die Republik sich evolutionär den Erfordernissen der Zeit anpaßt, wird sie sich halten. Die neue Partei wird dazu beitragen, aus unserer Republik eine fortschrittliche evolutionäre Republik zu machen.

Nun zu dem Wahlkampf. Es ist natürlich ausgeschlossen, daß die Konstituierung der Partei jetzt schon vollzogen wird. Wir haben vorläufig einen Aktionsausschuß, der sich natürlich noch ändern wird, gebildet. Die Konstituierung der Partei kann erst nach den Wahlen erfolgen. Was aber heute getan werden kann, ist, daß Sie uns die Billigung zu unserem eigenmächtigen Vorgehen für die kommenden Wahlen der neuen Partei zur Verfügung stellen. Wir werden in der Form verfahren, daß wir Sie bitten, Aktionsausschüsse in den einzelnen Wahlkreisen zu bilden für diejenigen in unserer Partei, aus den Volksnationalen und aus den anderen Organisationen, die den Übertritt zu uns beschlossen haben. Ich darf bemerken, daß die volksnationale Organisation in manchen Teilen des Reiches sehr stark ist und z. B. in Dortmund ca. 5000 Mitglieder hat. Nicht so leicht ist die Frage der Kandidatenaufstellung. Hier wird es nicht gut anders gehen, als daß eine Zentralstelle aus Ihrer Mitte 16 bis 18 Personen beruft, die über diese Frage mit uns verhandeln werden und mit unseren Organisationen draußen im Lande Fühlung nehmen, um dort eine Einigung herbeizuführen. Die Volksnationalen haben auf die Frage, wie viele ihrer Leute in den Reichstag einziehen, kein entscheidendes Gewicht gelegt. Sie müssen allerdings in den Provinzen, wo sie stark vertreten sind (Thüringen, Sachsen, Westfalen, Hannover, Düsseldorf, Schleswig–Holstein), eine besondere Berücksichtigung fordern. Es wird aber im ganzen darauf hinauskommen, daß überall in den Wahlkreisen junge Menschen auch neben erfahrenen Politikern an die erste Stelle kommen. Diese Forderung kann dem Reichstag nur zugute kommen, weil in der Tat die politische Jugend unserem politischen Leben viel zu ablehnend gegenübersteht.

An anderen Stellen wird man Gewicht darauf legen, die zweite oder dritte Stelle mit jungen Menschen zu besetzen. Es wird sich hier bei beiderseitigem guten Willen ein Ausgleich ermöglichen lassen. Ich bitte Sie aber dringend, bei dieser Aufstellung von Kandidaturen nicht die von mir wiederholte Forderung zu vergessen, daß Frauen mindestens an zweiter Stelle in den Wahlkreisen zu berücksichtigen sind. Die neue Partei muß mit der Heranziehung von Frauen Ernst machen.

Sie müssen sich mit uns sagen, daß in einem solchen Augenblick persönliche Empfindlichkeiten in den Hintergrund gehören und daß wir eine Partei schaffen

---

6 Dieser Satz spielt auf Dietrichs Reichstagsrede vom 18.7.1930 an, die er mit dem Satz beendet hatte: „Die Frage ist jetzt nachgerade die, ob wir Deutsche ein Haufen von Interessenten oder ein Staat sind." Sten. Ber. Bd. 428 S. 6517 A.

müssen, die möglichst kraftvoll von vornherein in die Öffentlichkeit tritt. Es entsteht kein glatter Bau, wenn man in drei Tagen eine solche Arbeit zimmern muß, wie die hier gezimmerte, aber das muß ertragen werden, denn der Bau mußte in kurzer Zeit fertig gemacht werden, wenn nicht feindliche Hände ihn niederreißen sollten.

Ich weiß sehr wohl, daß ich in dieser Stunde an Ihre Vaterlandsliebe, an Ihre Opferwilligkeit ungeheure Ansprüche stelle, aber ich habe noch niemals vergebens an Sie appelliert, wenn es galt, unsere Ideen, die bestehenbleiben müssen, wenn Deutschland nicht untergehen soll, zu fördern und ihnen zum Siege zu verhelfen. Indem ich der Überzeugung bin, daß wir durch unser formalistisch nicht ganz einwandfreies Verhalten der Partei und ihren Ideen in gewaltigem Maße genutzt haben, gebe ich der Kritik in Ihren Ausführungen gern einen breiten Raum, bitte Sie aber, nicht zu vergessen, daß dasjenige, was uns geleitet hat, das wahre Wohl der Republik gewesen ist.

Zu Beginn der Aussprache wird die Redezeit auf zehn Minuten beschränkt.

Herr **Mosich**[7]: Eine neue Basis für die Partei ist gewiß nötig, aber das, wodurch wir überrascht worden sind, ist nicht richtig. Die sonstigen Möglichkeiten zum Zusammenschluß der Mitte unter Heranziehung des linken Flügels der Deutschen Volkspartei sind auch nicht erschöpft worden. In der gegenwärtig vorliegenden Zusammenfassung der Kräfte besteht nicht eine Sicherheit für die Durchsetzung der Ideen, die wir bisher hochgehalten haben. Der „Jungdo" hat heute noch den Arierparagraphen; erst vor fünf Monaten ist dieser ausdrücklich bestätigt worden. Auch sonst ist in der Volksnationalen Reichsvereinigung eine Politik getrieben worden, die nicht mit unseren Grundsätzen übereinstimmt. Das ergibt sich namentlich aus den Vorgängen bei den sächsischen Wahlen. Wir stehen aber nun einmal vor einer vollendeten Tatsache, und es darf nicht unsere Aufgabe sein, Verwirrung in die Reihen der Parteifreunde und der Wählerschaft zu tragen. Die Verwirrung, die Herr Koch-Weser angerichtet hat, ist überaus groß. (Widerspruch.) Wir werden versuchen müssen, die neue Gründung, nachdem sie einmal auf die Füße gestellt ist, zu stützen. Aber wir werden zugleich versuchen müssen, daß das auf einer geeigneten Plattform geschieht, die eine breitere liberale und demokratische Partei aufnehmen kann. Redner verliest eine Resolution, die in diesem Sinne gehalten ist.

Herr **Koch-Weser** bittet um Ablehnung der Resolution. Wenn eine solche Resolution vom rechten Flügel kommt, dann kommt auch eine vom linken Flügel, und dann ziehen wir als eine gebrochene Partei in die neue Gruppe ein. Wir brauchen Ihre glatte Zustimmung. Ich habe keine Verwirrung angestiftet, sondern die Möglichkeit geschaffen, daß eine Partei, die einem schweren Wahlkampf entgegengeht, in einen aussichtsvollen Wahlkampf geht. Es hat keinen Sinn, nachträglich einzelnes zu bemängeln im „Jungdo" oder in der Volksnationalen Reichsvereinigung. In der gegenwärtigen Situation insbesondere ist es falsch, einen Gegensatz zwischen uns und den Volksnationalen in der auswärtigen Politik

7 Ernst Mosich (geb. 1892), Wirtschaftspublizist, Präsidialmitglied des Hansabundes, Geschäftsführer des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe der DDP.

zu konstruieren. Ebenso ist kein Unterschied im wirtschaftlichen Programm. Man darf auch nicht alle Gewerkschaftler als politische Interessenten ansehen.

Herr **Heile**: Wie die Dinge liegen, ist es notwendig, die neue Partei, deren Gründung doch nun einmal vollzogene Tatsache ist, zu bejahen, aber dann auch mit Enthusiasmus! Man hat sich hinter das Ganze zu stellen und der Partei auf dem Platze zu dienen, wohin man gewiesen ist, auch wenn er einem nicht paßt. Nicht, was bisher zu dem Gedankengut des „Jungdo" gehörte, steht hier zur Debatte, sondern die Frage: Was haben die Herren vom „Jungdo" mitzumachen sich verpflichtet? Das neue Programm enthält Satz für Satz Dinge, für die wir eintreten können. Wir wollen hoffen, daß die neuen Mitglieder mit derselben Leidenschaft der neuen Partei dienen werden, wie sie es dem „Jungdeutschen Orden" getan haben. Sie bringen mit einen starken Idealismus und das lebhafte Temperament, mit dem sie an die Zukunft ihrer Gedanken glauben. Wir wollen mit ihnen als ehrliche Kampfgenossen arbeiten.

Herr **Hellpach**: Was geschehen ist, ist nicht eine Lösung, sondern nur der Anfang. Die Fortsetzung wird hoffentlich noch vor dem eigentlichen Wahlkampf kommen. Es ist bedauerlich, daß dieser Schritt geschehen ist unter systematischer Nichtinkenntnissetzung derjenigen, die den Kampf für die Einigung seit Jahren führen. Eine miserable Regie hat in diesem so großen Schritte geherrscht, beispielsweise wußten nicht einmal die demokratischen Provinzzeitungen am Montag Bescheid. So etwas macht den Eindruck eines schlechten Gewissens. Wenn es Ihnen gelingt, die Deutsche Volkspartei in den nächsten Tagen auseinanderzusprengen, dann war das richtig, was Sie getan haben; wenn es Ihnen nicht gelingt, dann haben Sie ein Jeu gespielt und verloren. Daß etwas geschehen ist, ist sachlich freilich überaus erfreulich. In dem Aufruf fehlt aber das Zündende, es sind darin zum großen Teil die alten Ladenhüter enthalten, mit denen wir zusammengeschmolzen sind. Aber es kommt bei dieser Gelegenheit gar nicht auf Programme an, sondern auf die Persönlichkeit, und hier wollen wir vollkommene Sicherheit. Es erscheint mit als ganz unmöglich, daß die Deutsche Staatspartei belastet ist mit der ziellosen und unklaren Führung, die die Demokratische Partei im letzten Jahre gehabt hat. Sie darf nicht wieder in die Öffentlichkeit treten. (Starker Beifall.) Die ganze Angelegenheit darf nicht wieder wie in Halle auf die Frage eines Vertrauens- oder Mißtrauensvotums hinausgespielt werden[8]. Es ist beinahe undenkbar, daß unser Führer Dietrich sich nicht in dieser Versammlung befindet. Sonst würden wir ihm sagen müssen: Du bist jetzt der Mann, der an die Spitze und vor die Front gehört. (Beifall.) Und an die Spitze neben Dietrich gehört Mahraun: Dieser soll jetzt vor dem ganzen Lande bekennen, daß er diese Bewegung führt und dafür verantwortlich ist. Deshalb soll er nicht hinter der Front sitzen und von da seine Fäden spinnen, sondern mit seinem Namen die volle Verantwortung mit übernehmen. Kein Optimismus und Enthusiasmus, sondern das Bewußtsein, daß wir in einen schweren Kampf hineingehen! Wenn die Erneuerung des politischen Lebens damit beginnt, daß eine radikale Erneuerung der Führung stattfindet, dann könnte ich der Partei mit allen Kräften dienen. Andernfalls könnte ich mich ihr nicht zur Verfügung stellen. (Starker Beifall.)

8 Siehe Nr. 163.

Herr **Reif**[9]: Wir haben heute überhaupt nicht mehr zu entscheiden. Die Staatspartei ist gegründet. Wir haben auch nicht zu entscheiden, ob die „Demokratische Partei" bestehenbleiben soll. Aber das darf uns doch nicht blind machen gegenüber dem, was geschehen ist, und nicht allzu vertrauensvoll gegenüber dem, was geschehen kann, und willenlos gegenüber dem, was geschehen soll. Wie sehen die Männer und Frauen aus, die das Programm verwirklichen sollen? Dem Gründungskonsortium ist ein Vorwurf nicht zu ersparen: Man hat Gewerkschaftsführer wie Baltrusch[10] herangeholt, aber bedeutende Wirtschaftsführer unserer Partei nicht. Gegen die Beteiligung der Jugend ist bestimmt nichts einzuwenden, aber bedenklich ist doch der immer wiederkehrende Schrei nach der Jugend. Wir wollen niemand zurückstellen, weil er zur Jugend gehört, aber wir wollen auch niemand an einen hervorragenden Platz stellen, nur weil er zur Jugend gehört, auch wenn er nichts kann. Es hat gerüchtweise verlautet, daß Dernburg nicht wieder kandidieren will – wie soll denn eine so kenntnisreiche Persönlichkeit anderweitig ersetzt werden?

Herr **Muhle** spricht als Vorsitzender des Sozialrepublikanischen Kreises: Die Gründung der Deutschen Staatspartei wird von uns begrüßt, weil sie in der Linie unserer Politik liegt. Wir haben schon früher, persönlich und rein menschlich, Beziehungen zu dem „Jungdo" angeknüpft. Daß wir nicht in die Einzelheiten der Gründung eingeweiht worden sind, nehmen wir nicht übel. Lemmer ist ja wesentlich dabei beteiligt gewesen, und ihm vertrauen wir unbegrenzt. Redner spricht unter Unruhe der Versammlung, direkt an Lemmer gewandt, diesem seinen Dank aus. Es ist auch zu begrüßen, daß Koch-Weser und Meyer sich für die neue Partei eingesetzt haben. Redner fügt hinzu, er wünsche auch persönliche Spannungen der Vergangenheit durch diese Erklärung ausgeräumt zu sehen. Der Sozialrepublikanische Kreis wird auch in der neuen Partei seine Tätigkeit auszuüben haben, ist sie doch sehr stark durch Männer der alten Partei belastet. Wünschenswert ist für die Staatspartei positive Stellung zum Reichsbanner im Sinne aktiver Mitarbeit. Antisemitische Instinkte dürfen in der neuen Parteibildung nicht Platz greifen.

Frau **Bäumer**: Bisher hat sich die Diskussion nur in sachlichen Auseinandersetzungen über die Elemente der Partei ergangen, aber man hat sich mit den Reformsätzen des Aufrufs nicht beschäftigt. Es steht außer Frage, daß ganz andere Stimmungsgehalte und Ideenkreise es sind, von denen aus die anderen Gruppen, die sich mit uns in der Deutschen Staatspartei zusammengeschlossen haben, auf den Boden der Republik treten. Einer solchen Erscheinung gegenüber dürfen wir nicht, wie es Herr Mosich tut, untersuchen, was einmal von jenen Gruppen gesagt und getan worden ist. Wir müssen das Vertrauen haben, diese Bewegung uns einmal zu amalgamieren. Hellpach gegenüber betont Rednerin: Wir haben in der „Hilfe" als die Erben Naumanns Verständnis dafür gehabt, daß auch aus anderen Lagern mit anderen seelischen Gehalten Kräfte kommen

9 Hans Reif, Geschäftsführer des Reichsausschusses für Handel, Handwerk und Industrie der Staatspartei. Der Ausschuß wurde am 25.9.1931 anläßlich des Parteitags der Staatspartei in Berlin gegründet. Vgl. Deutscher Aufstieg v. 11.10.1931 Nr. 6.

10 Friedrich Baltrusch (1876-1949), Geschäftsführer und Vorstandsmitglied des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften, MdR (Volksnationale Reichsvereinigung) 1930 bis Juli 1932.

können, die sich für unsere Ideen fruchtbar machen lassen. Unsere Partei war erstarrt. Es wäre geistige Bankrotterklärung, wenn wir sagen wollten, wir wären nicht fähig, mit den neuen Kräften etwas Neues zu schaffen. Politik ist nicht nur wissenschaftliche Erforschung der Dinge, um die es sich handelt, sondern wesentlich auch Wille. Wir wollen beweisen, daß unser Kreis jugendlich, produktiv, lebendig genug ist, um sich eine solche Bewegung anzugleichen. Von Antisemitismus kann keine Rede sein. Sowie auch nur eine Note von Antisemitismus in diese Bewegung hineingelangt, ist sie für mich erledigt. Was die Führerfrage anlangt, so bin ich jederzeit bereit, meine Mitarbeit einzustellen, wenn man jemand anderes an meine Stelle setzen will. Es würde aber einen sehr merkwürdigen Eindruck machen, wenn von uns aus eine Desavouierung unserer Führer erfolgte in dem Augenblick, wo der andere Kontrahent, der „Jungdo", Koch-Weser und die anderen als Führer anerkannt hat. Bei der Konstituierung der Partei nach den Wahlen wird es ja deutlich werden, wen das Vertrauen der dann Versammelten zum Führer beruft. Die Entscheidung, ob das, was wir gemacht haben, als richtig oder falsch zu bewerten ist, hängt nicht davon ab, ob die Deutsche Volkspartei bei diesen Wahlen auseinanderfällt oder nicht. Das Entscheidende ist, daß der Zusammenschluß der Mitte auf unserem Boden stattfindet.

Herr **Schäfer**: Daß der getane Schritt richtig war, das haben gerade die ersten Diskussionsredner bewiesen mit ihren Ausführungen voll Beschränktheit und Phantasielosigkeit. Es kommt darauf an, im großen und ganzen eine sichere und klare Linie zu zeitigen und im entscheidenden Moment tätig zu sein. Wir konnten in unserem Parteirahmen nicht weiterkommen. Durch Addieren der alten Partei hätten wir die neue Partei nicht erhalten. Machen wir einen Schlußstrich unter das Vergangene! Aber keine Resignation! Wenn Sie damit anfangen, dann fangen Sie nicht mit uns an, sondern dann bleiben Sie draußen! (Beifall.) Nur wer sich darüber klar ist, daß wir in der Mitte der deutschen Politik etwas brauchen, der soll sich der Staatspartei anschließen. (Beifall.)

Herr **Weill**[11]: Die Außenpolitik der Volksnationalen Vereinigung ist überaus bedenklich: Es ist noch nicht zwei Monate her, daß ein führender Mann dieser Vereinigung in Paris eine Rede hielt, die ein einziger Aufschrei im Sinne der Revanche gegen Frankreich war. Redner verliest einige Sätze dieser Pariser Rede. Was die Frage der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung angeht, so sind weite Kreise des Judentums, die bisher zur Deutschen Demokratischen Partei gehalten haben, von einem erheblichen Gefühl der Verlassenheit befallen wegen des Zusammenschlusses der Demokraten mit den Volksnationalen. Es sollte daher von unserer Seite alles geschehen, daß diese Kreise, die im Falle eines Austrittes fast ausschließlich auf die Seite der Sozialdemokratie fallen werden, bei uns festgehalten werden. Redner zitiert auch hier einige Zitate aus dem „Jungdeutschen"[12] und fügt hinzu, es werde nötig sein, bei irgendeiner passenden Gelegenheit in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise darzutun, daß die

11 Bruno Weill, Rechtsanwalt und Notar in Berlin, Vorsitzender des Centralvereins Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens.

12 Der Jungdeutsche, zuerst in Kassel erschienen, ab 1924 in Berlin (1920-1933).

Staatspartei entschlossen ist, die gute alte Tradition der Demokratischen Partei in dieser Beziehung fortzusetzen.

Frau Dr. **Bäumer** weist auf die Vertraulichkeit der Verhandlungen hin.

Herr **Höpker-Aschoff**: Unsere auswärtige Politik besteht seit jeher aus dem stärksten Widerspruch gegen das Versailler Diktat. (Beifall.) Das war auch der Inhalt der Rathenauschen Politik. Hier besteht also kein Unterschied gegenüber den Volksnationalen. In dem Kampf um das Volksbegehren[13] haben sich die Geister geschieden. Damals war der „Jungdo" auf unserer Seite gegen das Volksbegehren, und damit hat er positiv die Richtung seiner auswärtigen Politik gekennzeichnet. Es ist eine große Sehnsucht im deutschen Volke nach etwas Neuem. Namentlich bei den Hunderttausenden, die politisch heimatlos sind und die nicht wissen, an welche Partei sie sich anschließen sollen. Daraus ergibt sich die Notwendigkeit, etwas Neues zu schaffen. Daß es nicht möglich war, die Deutsche Volkspartei zum Zusammenschluß heranzuziehen, das beweist schon die Einladung von Scholz. Der Erfolg der Neugründung hängt nicht von der Spaltung der Deutschen Volkspartei ab, sondern davon, ob wir die außerhalb der Parteien stehenden Heimatlosen gewinnen können. Die Demokratische Partei kann mit Hutten sagen: Ich hab's gewagt. Mit der Huttenschen Tapferkeit aber wollen wir auch in den Wahlkampf hineingehen. (Beifall.)

Herr **Quidde**: Die Parteileitung stellt uns vor eine vollendete Tatsache: Ich mache ihr allerdings daraus keinen Vorwurf. Die Entwicklung der Volksnationalen zu uns herüber ist ganz unverkennbar. Aber ebenso ist kein Zweifel daran, daß sich in dieser neuen Vereinigung das, was mir besonders am Herzen liegt und was wir in der Deutschen Demokratischen Partei immer hochgehalten haben, nicht durchsetzen wird. Für mich als alten Demokraten ist es schwer erträglich, daß man das Wort „demokratisch" um des neuen Bundesgenossen willen nicht gebraucht hat. Weiter wird in dem Aufruf nur das schwächliche Wort von dem „Ehren" der Symbole der Verfassung gebraucht[14]. Das ist aber viel zu wenig. Außerdem kann es doch einen Kampf zwischen Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot innerhalb dieser Partei nicht mehr geben. Denn diese Angelegenheit ist für uns entschieden. Mahraun hat selbst von einer Synthese zwischen Schwarz-Weiß-Rot und Schwarz-Rot-Gold gesprochen. Die Anhänger der ersten Farbe sind aber doch wohl die Gegner der Republik. (Widerspruch.) Wie wird denn das Verhältnis zum Reichsbanner? Zum Widerspruch fordern auch die außenpolitischen Anschauungen der Volksnationalen Reichsvereinigung heraus. Ebenso ist an der antisemitischen Frage Kritik zu üben. Die Staatspartei darf sich nicht dauernd in eine Koalition begeben, in der sie von Westarp abhängig ist, sie muß vielmehr so bald als möglich auf die Große Koalition hinwirken. Ich kann heute noch nicht erklären, ob ich abseits stehen werde oder nicht. Den Weg von Erkelenz werde ich aber nicht gehen[15]. Lassen Sie sich aber warnen vor dem, was die Politik der Partei angerichtet hat an einem Manne wie Erkelenz.

---

13 Gegen den Youngplan.

14 Der Aufruf ist abgedruckt in: Demokrat v. 5.8.1930 Nr. 14/15; ferner Schulthess 1930 S. 182-184.

15 Erkelenz war am 29. Juli zur SPD übergetreten. Er hatte seinen Austritt in einem ausführlichen Brief an Koch-Weser begründet. Nachlaß Koch-Weser 105.

Herr **Külz**: Wir stehen an einem Grabe, aber an einem Grabe, wo sich das Wort befindet: Stirb und werde! Die neue Parteigründung ist wirklich etwas ganz Neues. Die Staatspartei ist dazu bestimmt und geeignet, den Staatsgedanken gegenüber den Interessen der Berufsstände zur Geltung zu bringen. Es ist das Verdienst der Volksnationalen Vereinigung, die national gesinnten Kreise der Jugend in die aktive Arbeit am Staate einzureihen. Wir sollten nicht mit kleinlicher Kritik darauf sehen, was Mahraun oder andere einmal gesagt haben, sondern sollten auf die Entwicklung und auf die Zukunft blicken.

Herr **Stolper**: Es ist ganz natürlich, daß hier Mißtrauen gegen die Volksnationalen geäußert worden ist. Denn man kannte die Braut vielfach nicht, mit der die Ehe geschlossen werden soll. Aber diese Ehe ist notwendig. Alle Bedenken verlieren ihren Wert gegenüber der schweren kritischen Zeit, die uns jetzt bevorsteht. Der Kapitalismus wird zeigen müssen, daß er sozial wirksamer ist als der Sozialismus, und die neue Partei gibt ihm Gelegenheit dazu. Wir sollten alles aufbieten, um die liberalen und sozialen Elemente der Deutschen Volkspartei zu gewinnen. Erhalten wir sie aber nicht, dann ohne die Deutsche Volkspartei oder gegen die Deutsche Volkspartei! Es ist nicht zu befürchten, daß sich unsere Ideen in der neuen Partei nicht durchsetzen werden.

Herr **Herz** begrüßt es, daß wir mit dem „Jungdo" zusammengehen. Es hat keine Bedeutung, daß das Wort „demokratisch" aus dem Titel der Partei verschwindet, denn die Demokratie hat sich ja praktisch durchgesetzt. Vorteilhaft erscheint es, daß wir mit einer Gruppe zusammengehen, die sich gegen das Finanzkapital wendet. Die Flaggenfrage sollte man hier nicht aufwerfen. Schwarz-Rot-Gold wird sich schon durchsetzen, ebenso sollte man auf die bisherige auswärtige Politik und den Antisemitismus des „Jungdo" nicht ausschlaggebend Gewicht legen.

Um 14 Uhr findet eine Mittagspause bis 15.45 Uhr statt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird zunächst ein Antrag auf Schluß der Debatte abgelehnt.

Herr **Ohlshausen**[16]: Im Auslandsdeutschtum würde der Versuch einer Zusammenfassung der Strömungen der Mitte mit großer Genugtuung aufgenommen werden. Namentlich ist der Friedensschluß zwischen den beiden Fahnen zu begrüßen. Auch unter Schwarz-Weiß-Rot gibt es gute Republikaner.

Die Redezeit wird nunmehr auf fünf Minuten verkürzt.

Herr **Körber**: Wir waren in dem Sozialrepublikanischen Kreis in Kassel von der Nachricht der Gründung der neuen Partei angenehm überrascht. Die neue Gründung werden wir mit unserem politischen Profil zu durchdringen haben. Es besteht bei uns die Empfindung, daß die Volksnationalen uns allzu stark überrannt haben. Dadurch sind die Parolen zweideutig geworden. In der Volksnationalen Vereinigung sind gewiß Männer, die noch recht weit politisch zurück sind. Da wird es schon sehr schwer, eine Verschmelzung soweit vorzuführen, daß wir uns wenigstens verstehen. Wir bedürfen einer klaren Wahlparole, und weiter müssen wir Klarheit in der Führung fordern. Es würde für uns nicht tragbar sein, wenn Mahraun allein der Führer wäre. Daneben wird ein Führer aus der Demokratischen Partei sein, und zwar aus der neuen Generation. Einen solchen Führer besitzen wir. Wir sind für Lemmer.

16 Franz Olshausen, Gesandter in Belgrad 1924-1926, in Santiago 1926-1933.

Herr **Blau**: Ein Zusammenschluß ist schwierig, aber die Schwierigkeiten sind dazu da, um überwunden zu werden. Wir kennen die Mentalität der Leute vom Jungdo und trauen uns die Kraft zu, sie in unseren Kreis einzuführen. Darum sollten wir uns als Partei hinter die Staatspartei stellen. Sonst sind wir erledigt. Redner verliest eine Kundgebung des Reichsarbeitnehmerausschusses zugunsten des Zusammenschlusses[17].

Herr **Grzimek**: Wir haben volles Verständnis für die Bedenken besonders der Herren Quidde und Weill. Aber die jetzt gefundene Lösung ist für uns die einzig mögliche.

Herr **Stündt**[18]: Die Staatspartei wird eine furchtbare Blamage werden. Der Namenswechsel wird gar nichts nützen, das Volk wird doch sagen, das sind die alten Demokraten. Sie stoßen den linken Flügel ab, ohne zu wissen, wie stark der rechte Flügel sein wird. Dazu kommt, daß die ganze Einleitung der Sache von oben herab auf die Demokraten im Lande einen durchaus verstimmenden Eindruck machen muß. Wenn schon die jetzige Führung der Demokraten deren soziales Programm nicht durchführen konnte, wie sollen wir das Vertrauen haben, daß es durchgesetzt werden wird, nachdem wir Zuwachs von rechts erhalten haben? Ich habe dieses Vertrauen nicht. Sie machen uns Jungdemokraten heimatlos, und Sie machen es uns unmöglich, mitzugehen.

Herr **Heuss**: Der Führung ist das Recht einzuräumen, im gegebenen Augenblick zur Tat zu schreiten. Vielleicht kommt wirklich die Erneuerung, derer wir als Partei bedürfen, von dem Jungdo. Andererseits wird sich an den Volksnationalen voraussichtlich ein politischer Anpassungsprozeß vollziehen.

Herr **Koch-Weser** berichtet über die Verhandlungen, die soeben mit Scholz stattgefunden haben und bei denen außer den Demokraten und der Deutschen Volkspartei Volkskonservative und Wirtschaftspartei vertreten waren. Das Ergebnis sei gewesen, daß eine Fusion der bestehenden Parteien abgelehnt worden sei; die beiden Flügelparteien seien naturgemäß am wenigsten dazu geneigt gewesen. Darauf sei vorgeschlagen worden, einen gemeinsamen Wahlaufruf zu veröffentlichen zugunsten der Beseitigung der Finanzkrise. Zu diesem Zwecke sei auch die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft der betreffenden Fraktionen im neuen Reichstag vorgeschlagen. Der Aufruf soll entworfen werden, und bei dieser Gelegenheit werde man sehen, ob auch nur in diesem beschränkten Umfange eine Zusammenarbeit möglich sei. Die Staatspartei werde als Vorbedingung für die Arbeitsgemeinschaft verlangen, daß später im Reichstage unter keinen Umständen die Rechtsradikalen hinzugezogen werden. Redner geht dann auf die Angriffe Hellpachs ein und widerlegt sie im einzelnen. Insbesondere weist er darauf hin, daß er sich stets einer größeren Partei zur Verfügung gestellt habe, an der Demokratischen Partei aber festhalten müßte, solange nichts Besseres da war. Hellpach habe getadelt, daß die Führung jetzt eigenmächtig gehandelt habe, ohne ihn zu fragen. Früher habe er immer darüber geklagt, daß nur geschwätzt, aber nicht gehandelt werde. Wenn jemand wie ich, so fährt Redner fort, sechs Jahre lang eine Partei geleitet habe, so ist das lange genug, besonders, wenn die

17 Abgedruckt in: Demokrat v. 5.8.1930 Nr. 14/15.

18 Otto Stündt, Erster Vorsitzender der bayerischen Jungdemokraten.

Partei klein ist. In dieser Zeit macht sich auch ein großer Haufen von Verstimmtheit gegen den Führer geltend. Ich denke also gar nicht daran, mich dauernd zur Verfügung zu stellen. Aber das Vertrauen der Volksnationalen bei diesen Verhandlungen beruhte doch zum guten Teil auch auf dem Zutrauen zu meiner Person, und da wäre es doch nicht recht gewesen, wenn ich aus dem Aktionsausschuß ausschied. Mahraun hat auch dringend gebeten, die Personalfrage bis zur Zeit der Parteigründung zu verschieben. Für mich wird es ein Stolz und eine Genugtuung sein, daß ich hier echten Führerwillen gezeigt habe, indem ich die Partei in eine Zukunft hineingeführt habe, die mir als die einzig mögliche erscheint.

Herr **Fischer** übernimmt nunmehr den Vorsitz anstelle von Frau Bäumer und macht bei dieser Gelegenheit längere Ausführungen. Er sei an den ganzen Verhandlungen unbeteiligt, gehöre aber zu denjenigen, die dem Führer in seinen Entschlüssen weitestgehende Freiheit lassen[19]. Er muß nur die ihm anvertraute Partei später von der Richtigkeit seiner Anschauungen überzeugen. Wenn der Führer aber nicht allein handelt, sondern sich einen Kreis von Freunden aussucht, so wird die Frage der Auswahl schon schwerer. Aber ich will diese Sache hier nicht vertiefen. Wenn Sie mich jetzt als Unbeteiligten fragen, so muß ich erklären: Die Art, wie sich jetzt die Diskussion entwickelt, scheint mit eine Unmöglichkeit. Es kann sich jetzt nur darum handeln, die grundsätzliche Tat des Vorsitzenden zu billigen oder zu mißbilligen, wobei hinzuzufügen ist, daß jetzt gar keine Wahl mehr besteht. Wenn wir heute eine Mißbilligung Koch[-Wesers] aussprechen, so ist zu bedenken, daß die Demokratische Partei nach dem, was inzwischen geschehen ist, keinen Wahlkampf mehr allein führen kann. Es kommt jetzt also nur noch auf die Art der Ausführung der Beschlüsse an. Welche Stellung ich einnehmen soll, darüber bin ich mir selbst noch nicht klar, denn ich kenne die Männer nicht näher, mit denen die Verhandlungen geführt worden sind. Die Verhandlungsführer aus unserer Partei haben sich mit jenen ausgesprochen; uns war das nicht möglich. Was nun aber die taktischen Fragen anlangt, auf die es jetzt ankommt, um die Partei schlagkräftig zu erhalten, so herrscht hier noch große Unklarheit, die wir beseitigen müssen. Es ist da von einem Aktionskomitee gesprochen worden. Welche Aufgaben hat dieses Komitee? Soll es noch einen besonderen Wahlaufruf machen oder Flugschriften oder Plakate verfertigen? Es ist auch von einem Wahlausschuß gesprochen worden. Soll er nur dazu dienen, eine Reichsliste aufzustellen, oder soll er sich auch in die Verhältnisse der einzelnen Wahlkreise einmischen? Ich sehe überhaupt noch nicht, wie die Sache praktisch durchgeführt werden soll. Die Gründung der neuen Partei soll erst nach den Wahlen stattfinden. Das scheint mir nicht glücklich, das muß vor den Wahlen geschehen. (Beifall.) Wir müssen auch unsererseits einen Aktionsausschuß wählen, der mit dem Aktionsausschuß der Staatspartei verhandelt. Es zeigt sich auch, daß die Wahlfragen schon in der neuen Partei besprochen worden sind. Mahraun wird nicht kandidieren, und er ist dazu bestimmt worden, die außerparlamentarische Führung der Partei zu übernehmen. Von wem ist diese Anordnung getroffen? Eine Beantwortung meiner Fragen scheint doch unbedingt nötig.

---

19 Feder, der der Sitzung beiwohnte, notierte: „Fischer beklagt sich bei mir, daß er, den Jungdeutschen zuliebe, völlig beiseite geschoben worden ist [. . .]" (S. 261.)

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird die Debatte geschlossen, soweit die grundsätzliche Frage des Zusammenschlusses in Betracht kommt. Im Rahmen einer neuen Geschäftsordnungsdebatte weist Herr **Hofheinz** auf einen Aufruf hin, der in der soeben erschienenen Nummer des „Jungdeutschen" veröffentlicht worden ist und der sehr bedenkliche Stellen über die beabsichtigte Rechtsentwicklung der neuen Partei enthält.

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, daß die sachliche Debatte geschlossen sei, hält es aber für zweckmäßig, daß, wenn von einzelnen Stellen noch Fragen gestellt werden, der Parteivorsitzende bestehende Unklarheiten aufhellt.

Herr **Koch-Weser**: Der Inhalt des Aufrufs der Jungdeutschen ist daraus zu erklären, daß Mahraun gewisse Schwierigkeiten zu überwinden hat und daß er in einem solchen Augenblick bei seinen Freunden nicht Anstoß erregen darf. Wenn da von einer Erweiterung der Front nach rechts gesprochen wird, so ist darauf zu verweisen, daß gerade die Volksnationalen gegen ein Zusammengehen mit Scholz den allerschärfsten Widerspruch erhoben haben, ferner auch auf das entschiedenste ein Zusammengehen mit Treviranus ablehnen. Die Redewendung Mahrauns ist vielleicht so zu verstehen, daß er hofft, daß Freunde von Baltrusch in den Gewerkschaften gewonnen werden können. Was die Äußerung Mahrauns gegen die pazifistischen Schwärmer in dem Aufruf anlangt, so ist gar nicht daran zu denken – wie Hofheinz gemeint hatte –, daß etwa diejenigen aus der Partei ausgeschlossen werden, die für [die] Artikel [8 und 14][20] eintreten. Irgendein Ausschluß kommt überhaupt nicht in Betracht, denn ich bin bei den Verhandlungen immer dafür eingetreten, daß alle meine demokratischen Freunde, auch diejenigen vom pazifistischen und kapitalistischen Flügel, in der Partei bleiben.

Die Geschäftsordnungsdebatte wird fortgesetzt. Herr **Lemmer** beantragt Wiedereröffnung der sachlichen Debatte. Dieser Antrag aber wird abgelehnt, nachdem Herr **Höpker-Aschoff** sich in einer kurzen Ansprache an die Versammlung gewandt und gesagt hat: Sie stehen vor einem wichtigen Wendepunkt der Geschichte, der Geschichte nicht nur einer Partei, sondern auch unseres Vaterlandes. Es soll entschieden werden, ob es noch möglich ist, den Parlamentarismus nach unseren Grundsätzen zu führen. Achten Sie darauf, daß dieser große Moment nicht ein kleines Geschlecht findet! (Starker Beifall.)

Herr **Hauff** wünscht noch eine deutliche Erklärung über die Stellung zum Reichsbanner.

Herr **Lemmer** (zur Auskunft): Mit der Volksnationalen Vereinigung sind wir über das Reichsbanner sehr rasch zu einer Einigung gekommen. In den allernächsten Tagen wird eine Erklärung herauskommen, die alle Reichsbannerkameraden befriedigen wird[21].

Es folgt nun die Abstimmung über den einzigen noch vorliegenden Antrag. Der erste Absatz wird mit allen gegen fünf Stimmen angenommen. Er hat folgenden Wortlaut:

20 Im Or.: „[. . .] für den Artikel 148 eintreten". Artikel 8 der Völkerbundssatzung behandelte die Abrüstungsfrage, Artikel 14 die Errichtung eines ständigen internationalen Gerichtshofs.

21 Abgedruckt in: Demokrat v. 5.9.1930 Nr. 17.

„Der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei stimmt der Gründung der Deutschen Staatspartei zu und stellt die Parteiorganisation für den Wahlkampf zur Verfügung."

Der zweite Absatz wird alsdann mit allen gegen eine Stimme angenommen. Er lautet:

„Der Parteiausschuß wünscht und erwartet, daß die Deutsche Staatspartei mit größtem Ernst bemüht sein wird, alle gesinnungsverwandten Kräfte zu vereinigen und zu einheitlicher politischer Arbeit zusammenzufassen."[22]

Das Abstimmungsergebnis wird mit stürmischem Beifall begrüßt. Die fünf dissentierenden Stimmen werden abgegeben von den Herren Quidde, Hesslein[23], Braubach[24], Stündt und Leser.

Es wird jetzt in die Aussprache über die praktische organisatorische Arbeit der Partei eingetreten.

Herr **Meyer** (Berlin) gibt in Beantwortung der vorhin gestellten Fragen Auskunft über das, was bisher bereits in Aussicht genommen ist. Zunächst stellt er in Berichtigung einer Mitteilung des „Jungdeutschen" über den Verlauf der heutigen Parteiausschußsitzung fest, daß Herr Weill vom Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens sich gar nicht gegen die Neubildung der Deutschen Staatspartei ausgesprochen habe wegen des Arierparagraphen des Jungdeutschen Ordens, sondern daß er nur in einigen Punkten Bedenken erhoben habe. Das die Mitteilung des „Jungdeutschen" falsch sei, gehe daraus hervor, daß Herr Weill soeben für den Antrag auf Eintritt in die Deutsche Staatspartei gestimmt habe.

Zur Sache selbst weist Herr Meyer darauf hin, daß wir uns vorläufig an dem tatsächlichen Bestehen der Deutschen Staatspartei genügen lassen müssen; wir können uns nicht den Luxus leisten, vor dem Wahltag noch einen Parteitag einzuberufen, dessen Ergebnis zudem absolut unzweifelhaft feststeht. Ein Parteitag der neuen Partei kommt auch nicht in Betracht; da müssen Vorbereitungen getroffen werden, zu denen wir keine Zeit haben. Was sofort unbedingt notwendig ist, sind gemeinsame Veranstaltungen. Es ist beabsichtigt, in einer Stadt Mitteldeutschlands, etwa in Kassel, den Wahlkampf durch eine gemeinsame Veranstaltung von Demokraten und Volksnationalen zu eröffnen, daran sollen sich dann große Versammlungen in Berlin und in den anderen Hauptorten schließen. Bei diesen Veranstaltungen kommen die Leiter aller zusammengeschlossenen Richtungen zu Wort. Es ist dann nötig die Schaffung eines Aktionsausschusses. Dieser Ausschuß wird sich auch um die Kandidatenaufstellung zu kümmern haben. Man kann da nicht absolute Demokratie walten lassen, die Parteileitung muß sich vielmehr einmischen können und im Lande eine Verständigung der verschiedenen Gruppen herbeiführen, wo diese nicht von selbst eintritt. Bisher ist übrigens keine bereits nominierte demokratische Kandidatur von der anderen Seite angefochten worden. Nicht in das Gebiet des Aktionsausschusses fallen

22 Abgedruckt in: Wippermann A 1930 S. 454;Teilabdruck in: Schulthess 1930 S. 185.

23 Paul Hesslein, Herausgeber des Nachrichtenblatts des Deutschen Beamtenbundes.

24 Willy Braubach, Rechtsanwalt in Berlin.

würde die Aufsicht über die Agitationsreden und die Beseitigung von etwaigen Widersprüchen daraus. Natürlich wird man sich über gewisse Grundsätze der Agitation verständigen müssen. Wir haben in Aussicht genommen, daß unter der Leitung von Frau Bäumer und Herrn Bornemann[25] ein kleiner Kreis zusammentritt, dem besonders kundige Mitglieder der verschiedenen Richtungen angehören. Die Führung der Partei muß später nach demokratischen Methoden gewählt werden, natürlich auf einem Reichsparteitag. Aber es läßt sich nicht vermeiden, daß zunächst gewisse Dinge provisorisch geregelt werden. Zu diesem Zweck ist ein Ausschuß eingesetzt worden, dem die Herren Koch-Weser, Mahraun, Winschuh[26] und Glimm[27] angehören. Später sollen die verschiedenen Richtungen in der Leitung berücksichtigt werden. Herr Mahraun ist Führer der Organisation außerhalb des Parlaments; das ist ihm zugebilligt worden. Wenn wir Demokraten unsererseits eine gleiche Nennung eines Führers, der neben Mahraun steht, unterlassen haben, so ist das aus demokratischen Erwägungen heraus geschehen. Die Frage, wie der Zusammenschluß in den Wahlkreisen vor sich gehen soll, ist noch nicht erörtert worden. Man wird auch den Wahlkreisführern zutrauen dürfen, daß sie das richtige Verfahren von selbst üben. In manchen Fällen wird auch wohl der provisorische Vorstand angerufen werden, um ein Einvernehmen zwischen den verschiedenen Gruppen herzustellen. Es ist gelungen, für die Deutsche Staatspartei auf dem Reichswahlzettel die Liste Nr. 6 der Demokraten zu erhalten.

Herr **Koch-Weser** teilt zur Ergänzung mit: Der Aktionsausschuß ist gebildet aus fünf Demokraten, fünf Volksnationalen und fünf Vertretern der andern Richtungen. Diese 15 Herren werden also den provisorischen Vorstand bilden. Durch ihn werden wir an die Leitungen der Wahlkreise herangehen mit der Bitte, aus den Organisationen der verschiedenen Gruppen einen entsprechenden Aktionsausschuß zu bilden, der die eigentliche Wahlarbeit zu leisten haben und dabei die vorhandenen Büros der Parteien benutzen wird. Wir haben in Berlin eine eigene Geschäftsführung geschaffen. Das Büro setzt sich zusammen aus Regierungsrat Stephan, Dr. Eschenburg[28] und Glodschey. Der Aktionsausschuß wird Streitigkeiten über Kandidaturen in Wahlkreisen zu schlichten suchen, ferner wird er über die Zusammensetzung der Reichsliste zu entscheiden haben, alles unter Hinzuziehung von 16 heute von uns zu wählenden Personen. Wir werden daran festhalten, daß auf die Reichsliste nur Personen kommen, die auf einer Wahlkreisliste stehen. Eine Ausnahme werden wir vielleicht nur mit dem augenblicklich schwer kranken Dr. Haas machen, den wir ohne weiteres auf die Reichsliste setzen werden.

Nach Ausführungen der Herren **Waldstein, Baake[29], Bruckmann** und Frau

25 Otto Bornemann (1891-1964), Justizobersekretär, MdR (Volksnationale Reichsvereinigung) 1930 bis Juli 1932, Kanzler des Jungdeutschen Ordens.

26 Josef Winschuh (geb. 1897), wirtschafts- und sozialpolitischer Redakteur der „Kölnischen Zeitung" 1925-1929, dann Herausgeber der „Deutschen Führerbriefe", MdR (Staatspartei) November 1930 bis Juli 1932.

27 Erich Glimm, Sekretär der Christlichen Gewerkschaften.

28 Theodor Eschenburg, Historiker und Publizist.

29 Wilhelm Baake, Studiendirektor in Treptow.

Dönhoff wird der Aktionsausschuß gewählt, also der Ausschuß von Mitgliedern der Demokratischen Partei, der dem Aktionsausschuß der Deutschen Staatspartei zur Seite stehen wird. Herr **Bruckmann** (Heilbronn) hatte noch darauf hingewiesen, daß in Württemberg die Volksnationalen so gut wie gar nicht vertreten seien, daß die Demokraten dort aber mit der Deutschen Volkspartei sehr erfolgreich zusammenarbeiteten. Dieser Weg der Zusammenarbeit werde auch für die Reichstagswahlen das Gegebene sein.

Die Wahl in den Aktionsausschuß hat folgendes Ergebnis: Gewählt werden die Damen und Herren: Bäumer, Czieslik, Dönhoff, Fischer, Kempner, Külz, Koch-Weser, Leers, Lemmer, Oscar Meyer, Muhle, Nuschke, Rath, Schreiber, Stubmann, Zeitlin. Hierauf wird beschlossen, noch sechs Personen hinzuzuwählen, und zwar die Damen und Herren Vogt, Reif, Schäfer (Köln), Lüders, Rönneburg, Ulich-Beil[30].

Der Vorsitzende, Herr **Fischer**, schließt darauf die Sitzung des Parteiausschusses mit dem Hinweis auf die Bedeutung des Tages. Er dankt den Mitgliedern und bittet sie, nunmehr in die Wahlvorbereitungen einzutreten.

Schluß ½ 7 Uhr.

30 Else Ulich-Beil (geb. 1886), Leiterin der staatlichen Wohlfahrtsschule in Dresden, MdL Sachsen (DDP).

168.

12.8.1930: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „Issberner". Vorsitz: zunächst Lemmer, dann Meyer. Beginn: 17.15 Uhr. Ende: kurz vor 22 Uhr. Ort: Reichstag.

Lemmer *eröffnet.* **Höpker-Aschoff** *berichtet von Verhandlungen des Aktionsausschusses*[1] *über die Kandidatenaufstellung. Er betont, daß der Aktionsausschuß keine „diktatorische Gewalt" besitze. Da die Gruppen im Land jedoch vielfach noch nicht zu einer Einheit zusammengefaßt seien, müsse seitens der Zentrale ein gewisser Zwang ausgeübt werden. Anschließend wird die Aufstellung der Reichstagskandidaturen im einzelnen besprochen. Auf heftigen Widerspruch stößt die Entscheidung des Aktionsausschusses, Frau Lüders von der zweiten Stelle im Wahlkreis Potsdam II zugunsten eines Volksnationalen zu entfernen und auf die Reichsliste zu versetzen. Bernhards Ablösung durch einen Volksnationalen wird ebenfalls scharf kritisiert. Frau* **Bäumer** *verteidigt die Beschlüsse des Aktionsausschusses mit der Feststellung, es gebe keinen Rechtsanspruch für bisherige Abgeordnete, wieder aufgestellt zu werden. Sie bestreitet, daß man den Volksnationalen die Hälfte aller Kandidaturen zugesagt habe.* **Kauffmann** *tadelt, daß keine Protokolle über die Gründungsverhandlungen der neuen Partei existierten.*

1 Siehe Nr. 167.

Nuschke *kritisiert die Zusammensetzung der Reichsliste, sie lasse diejenigen Namen vermissen, die für die Kontinuität der Fraktion unentbehrlich seien. Er beantragt, dem demokratischen Parteivorstand die endgültige Reichsliste nochmals vorzulegen.* **Höpker-Aschoff** *hält diesen Antrag für annehmbar, falls er nicht nach außen dringe, und stellt fest, die öffentliche Meinung verlange „nicht Kontinuität, sondern neue Gesichter".* **Fischer** *bemängelt, daß der Aktionsausschuß seine Zuwahlen selbst vornehme, und schlägt vor, ihn durch vom Vorstand vorgenommene Wahlen zu ergänzen. Er fragt nach der Finanzierung der Wahl.* **Höpker-Aschoff** *erwidert, man werde die Parteifreunde um Spenden bitten müssen; der Jungdo bestreite die Kosten aus Mitgliedsbeiträgen. Frau* **Lüders** *empfindet es als schmerzlich, daß man sie nicht befragt habe, und lehnt es ab, sich wie eine „alte Rangierlokomotive" verschieben zu lassen. Widerspruch erregt auch der Beschluß, Rönneburg nicht wieder aufzustellen bzw. durch Czieslik zu ersetzen.* **Lemmer** *entschuldigt das mit dem Argument, die Partei sei nach Erkelenz' Austritt gezwungen, wieder einen Vertreter der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in die Fraktion aufzunehmen; Erkelenz habe unter den Gewerkschaftlern eine Agitation zugunsten des Übertritts zur Sozialdemokratie eingeleitet, der man auf diese Weise wirksam zu begegnen hoffe.* **Kauffmann**: *„Man durfte nicht Leute vor vollendete Tatsachen stellen, mit denen man jahrelang zusammengearbeitet hatte."*

Der Antrag Nuschke[2] *wird angenommen mit allen gegen eine Stimme und seine Geheimhaltung beschlossen. Ferner stimmt der Vorstand einem Antrag Wachhorst de Wente zu, der die Wiederaufstellung Rönneburgs in seinem bisherigen Wahlkreis gemäß dem Beschluß der Wahlkreisorganisation verlangt*[3]. **Stephan** *betont angesichts der allgemeinen Unzufriedenheit, daß man bei den Verhandlungen sehr viel „herausgeholt" habe, weiter könne man den Partner nicht zurückdrängen. Auf Antrag Fischer wählt der Vorstand fünf seiner Mitglieder in den Aktionsausschuß*[4]. **Meyer** *schließt die Sitzung mit einem Nachruf auf den verstorbenen Ludwig Haas.*

2 Liegt vor.

3 Liegt vor.

4 Frankfurter, Vogt, Kauffmann, Kempner, Frau von Zahn-Harnack.

169.

20.8.1930: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „Issberner". Vorsitz: Meyer. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 13.30 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Bartschat, Beutner, Blau, Brammer, Cuno, Czieslik, Ehrich, Fischer, Frankfurter, Hauff, Hummel, Issberner, Kauffmann, Koch-Weser, Külz, Lantzsch, Frau Lüders, Mende, Mewes, Meyer, Muhle, Nuschke, Reif, Rexrodt, Rönneburg, Schäfer, Schönemann, Stegemann, Stolper, Vogt, Frau Wittstock, Wolff, Zeitlin.

Meyer *eröffnet. Er teilt mit, daß eine große Anzahl von Telegrammen mit der Forderung eingetroffen sei, Schuldt an einer sicheren Stelle auf der Reichsliste zu plazieren. Außerdem habe Kempner sich für eine sichere Aufstellung von Frau Lüders ausgesprochen und angekündigt, daß er sonst sein Amt als Schatzmeister niederlegen werde. Meyer weist darauf hin, daß der Vorstand sich heute vor allem mit der Reichsliste beschäftigen müsse. Sie lautet nach den Beschlüssen des Aktionsausschusses:*

1. *Koch-Weser*
2. *Bornemann (nimmt im Wahlkreis an)*
3. *Bäumer*
4. *Baltrusch*
5. *Fischer*
6. *Weber (oder auch 5. Weber und 6. Fischer)*
7. *Lemmer*
8. *Winschuh (nimmt auf der Reichsliste an)*
9. *Lüders*
10. *Schuldt*
11. *Frau Schüler*[1]
12. *Henne*[2]
13. *Stephan*
14. *Dohrn*[3]

Hauff *bezeichnet Adolph*[4] *für den Wahlkreis Potsdam I als „untragbar". ***Frankfurter*** empfiehlt, Adolph „schlimmstenfalls" auf die Reichsliste zu setzen. Er schlägt vor, Frau Lüders möge die Spitzenkandidatur in Potsdam I übernehmen, und bemängelt, daß Koch-Weser nur auf der Reichsliste und nicht zugleich an der Spitze eines Wahlkreises stehe.* **Koch-Weser** *bedauert, daß es keine nichtdemokratische Kandidatur gebe, die nicht von seiten der Demokraten kritisiert werde. Er stimmt dem Vorschlag zu, Adolph auf die Reichsliste und Frau Lüders in Potsdam I an die Spitze zu setzen. Koch-Weser betont, daß er weder von demokratischer noch von volksnationaler Seite aus Berlin verdrängt worden sei, er habe sich vielmehr dem Argument Höpker-Aschoffs gebeugt, daß der Gegensatz des „Berliner Tageblatts" zu ihm die demokratische Sache in Berlin schädigen könne.* **Meyer** *stellt fest, daß der Vorstand keine Änderung der Reichsliste vornehmen könne, die endgültige Festsetzung sei Aufgabe des Aktionsausschusses. Er erklärt sich jedoch bereit, dem Aktionsausschuß den*

1 Elly Schüler, Hausfrau in Berlin.

2 Otto Henne, Flaschnerobermeister, Präsident der Handwerkskammer Reutlingen, MdL Württemberg (DDP).

3 Gutsbesitzer in Hökendorf/Pommern.

4 Arthur Adolph (1896-1957), Sekretär des Deutschen Beamtenbundes, MdR (Volksnationale Reichsvereinigung) 1930 bis Juli 1932.

Wunsch des Vorstands nach einer Spitzenkandidatur von Frau Lüders in Potsdam I zu unterbreiten.

Im weiteren Verlauf der Diskussion bezeichnet **Bartschat** *die Kandidatur von Siehr in Ostpreußen als unsicher und verlangt für Siehr die sechste Stelle auf der Reichsliste.* **Zeitlin** *erinnert daran, daß der Vorstand sich in seiner letzten Sitzung u. a. für die Wiederaufstellung Rönneburgs in Liegnitz eingesetzt habe, und weist darauf hin, daß dieser Wunsch nicht berücksichtigt worden sei.* **Vogt** *wünscht eine sichere Stelle für Schuldt auf der Reichsliste. Nach seinen Informationen haben die meisten demokratischen Beamtenvertreter den Beitritt zur Staatspartei abgelehnt.* **Koch-Weser** *bezeichnet die für Schuldt vorgesehene Stelle als absolut sicher; die Beamtenschaft sei hinreichend berücksichtigt, zumal, wenn Adolph noch dazu komme.* **Rönneburg** *beschuldigt Koch-Weser und Lemmer, sie hätten seine Kandidatur in Liegnitz hintertrieben.* **Koch-Weser** *bestreitet das entschieden.* **Meyer** *lehnt Bartschats Vorschlag, Siehr auf die sechste Stelle der Reichsliste zu setzen, mit dem Hinweis ab, daß noch für Adolph Platz geschaffen werden müsse.* **Frankfurter** *schlägt vor, jeder Kandidat der Reichsliste möge sich schriftlich verpflichten, sein Mandat niederzulegen, falls er aus der Staatspartei austrete. Außerdem wird angeregt, Heile hinter Henne einen Platz auf der Reichsliste zu geben.* **Meyer** *verspricht, beide Empfehlungen im Aktionsausschuß zur Sprache zu bringen. Er schließt die Sitzung mit der Aufforderung, den Wahlkampf mit aller Kraft und Entschiedenheit zu führen.*

170.

27.9.1930: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „Issberner". Vorsitz: zunächst Koch-Weser, dann Meyer. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 19.45 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Herr **Koch-Weser** als Vorsitzender eröffnet die Sitzung um 10.30 Uhr. Er teilt in den einleitenden Worten mit, Herr Rönneburg habe ihm einen Brief gesandt, in dem er mit dem Ausdruck des Bedauerns die in einer früheren Vorstandssitzung aufgestellte Behauptung zurücknimmt, daß Herr Koch-Weser gegen seine Kandidatur in Schlesien intrigiert habe.

Die politische Lage

Herr Koch-Weser spricht in kurzen Worten über die augenblickliche Situation im Deutschen Reiche. Diese sei so düster und krisenhaft, wie sie noch nie gewesen sei. Die Krise begann in dem Augenblick, als die Sozialdemokratie aus der Regierung austrat. Brüning hat in diesen ganzen Monaten nicht gezeigt, was er eigentlich will. Die Reichstagsauflösung wurde in dem ungünstigsten Augenblick vorgenommen. Die Schwierigkeiten im Wahlkampf zu überwinden, hat die Regierung nichts getan, was sich schon äußerlich darin kennzeichne, daß die ganzen direkten Wahlausgaben der Regierung nur 10000 M betragen. Es ist kein

Versuch gemacht worden, das Volk gründlich aufzurütteln. Das Ergebnis ist denn auch geradezu katastrophal gewesen[1]. Auch wenn die Regierung will, läßt sich die Große Koalition rein zahlenmäßig gar nicht mehr bilden. Allerdings wäre es denkbar, daß ein kühner Versuch zur Bildung der Großen Koalition doch noch zum Ziele führen würde. Soviel ist sicher: Eine Minderheitsregierung, sie mag aussehen wie sie will, ist heute nicht in der Lage, Herrin der Schwierigkeiten zu werden. Nur eine fest fundierte Regierung kann das Reich noch retten. Die Finanzen haben sich offenbar in den letzten Monaten weiterhin wesentlich verschlechtert. Infolgedessen steht die Regierung vor ganz neuen schweren Aufgaben, die sie vermutlich nicht einmal sachlich bisher hat meistern können. Umso notwendiger ist es für uns, die eigenen Schwierigkeiten, die bei uns bestehen, zu meistern und eine Geschlossenheit herbeizuführen, damit dem Reichstag und dem Lande eine Gruppe erhalten bleibt, die in sich einig ist und die vielleicht auf das Schicksal Deutschlands in den bevorstehenden Zeiten einen Einfluß ausüben kann.

Die Lage der Partei

Herr Oskar **Meyer** referiert: Von den 25 Mitgliedern der alten demokratischen Fraktion sind nur neun in den Reichstag zurückgekehrt. Unter Beifall des gesamten Vorstandes spricht der Referent denen, die aus der parlamentarischen Tätigkeit ausgeschieden sind, den Dank der Partei für ihre bisherige Arbeit aus. Die meisten der nicht Zurückgekehrten sind in der politischen Tätigkeit verblieben; es darf erwartet werden, daß sie späterhin wieder auf die Stelle gesetzt werden, auf der sie sich bewährt haben. Zu den dauernd Ausgeschiedenen gehört auch Dr. Dernburg. Dieser Mann verdient besonderen Dank dafür, daß er seine außergewöhnliche Autorität und seine fast unvergleichlichen Kenntnisse und Erfahrungen in den Dienst der Sache gestellt hat. (Bravo!) Der Referent schlägt vor, daß der Parteivorstand den ausgeschiedenen Mitgliedern der demokratischen Fraktion Dank und Anerkennung auch schriftlich zum Ausdruck bringt. (Beifall und Zustimmung.)

Herr Meyer weist darauf hin, daß er nicht ohne schwere Bedenken und ein gewisses Gefühl der Erbitterung den Vorgängen der letzten Zeit gegenübersteht. Trotzdem müsse das Ziel erreicht werden, das wir uns gesetzt haben: die Bildung der Staatspartei. Dieses Ziel könne auch erreicht werden, wenn man nur ernstlich wolle. Was die Rechtslage anlangt, so bestehen Deutsche Staatspartei und Deutsche Demokratische Partei zur Zeit noch nebeneinander. Es läßt sich auch nicht beanstanden, daß Staatsbürger beiden Parteien zugleich angehören. Notwendig ist nun ein Parteitag, der die Auflösung der Partei beschließen soll. Dieser Parteitag sei möglichst bald einzuberufen.

Der Referent wirft alsdann einen Rückblick auf die Vorgänge, die sich seit dem Parteiausschuß abgespielt haben, in dem die Gründung der Staatspartei gebilligt worden war. Im Anschluß an diese Ausschußsitzung haben zunächst die Verhandlungen über die Kandidaturen stattgefunden. Dabei hat auch der Vorstand im

1 Zum Ergebnis der Reichstagswahlen vom 14. September 1930 siehe S. 821–823.

gewissen Sinne mitgewirkt durch Kenntnisnahme und durch Vorbringung von Wünschen[2], die teils berücksichtigt worden sind, teils nicht. Es ist ein Irrtum, wenn zwischen den beiden Parteien von den beiderseitigen Vertretern Parität verabredet worden ist. Es sind lediglich den Volksnationalen und den anderen Gruppen bestimmte Kandidaturen eingeräumt worden, insbesondere in solchen Wahlkreisen, wo diese Gruppen größere Bedeutung hatten. Darüber hinaus ist verabredet worden, an den zweiten und folgenden Stellen der Listen nach Möglichkeit einen Wechsel der beiden Parteien eintreten zu lassen. Trotzdem ist unleugbar, daß bei der Kandidatenaufstellung die anderen Richtungen verhältnismäßig günstig abgeschnitten haben. Die Schilderung der Volksnationalen von den hinter ihr stehenden Wählerkreisen sind nicht ganz zutreffend gewesen. Sie haben von 600000 volksnationalen Wählern gesprochen und die Gewinnung von 10 Mandaten durch ihre Wähler allein in Aussicht gestellt. Daß solche Erklärungen nicht ganz gutgläubig abgegeben worden sind, hat man später aus einem geheimen Rundschreiben der Jungdeutschen gesehen, das die Lage ganz anders darstellt. Die Erfahrungen über ein Zusammenarbeiten mit den Jungdeutschen im Wahlkampf sind in den verschiedenen Gebieten ganz verschieden gewesen. Man hat uns die Aufbringung des Geldes überlassen und sich damit einverstanden erklärt, daß auch in volksnationalen Kreisen das demokratische Geld die einzige Grundlage der Führung des Wahlkampfes war. Nicht ganz angenehm ist im Wahlkampf die Behandlung der Flaggenfrage und der Judenfrage gewesen. Allerdings sind die Demokraten dabei nicht von aller Schuld freizusprechen: Wenn nicht überall stets die republikanischen Farben gezeigt worden sind, so ist das vielfach Schuld der Aktionsausschüsse gewesen. In Sachen der Judenfrage ist die Haltung der anderen Seite doch nicht ganz so gewesen, wie man nach den vorhergegangenen Aufklärungen hätte erwarten müssen. Auch in diesem Falle trifft uns ein Vorwurf, weil wir nicht stets mit aller Entschiedenheit diese Frage zur Sprache gebracht haben. So haben wir es erlebt, daß von volksnationaler Seite die Unterschriften von Juden unter Aufrufen usw. mit Erfolg hintertrieben worden sind. Dazu kam eine mangelnde Harmonie der Redner.

Das Ergebnis der Wahl ist eine schwere Niederlage gewesen. Freilich wäre auch der Demokratischen Partei diese Niederlage unter keinen Umständen erspart geblieben, weder wenn wir selbständig geblieben wären, noch wenn wir uns mit der Deutschen Volkspartei verbunden hätten. Demgegenüber besteht ein Aktivum der Staatspartei darin, daß eine Reihe von Kräften, die sich bisher außerhalb des politischen Lebens und der Demokratie befunden haben, in die staatsbejahende Front eingegliedert worden sind. Leider ist nun in den Kreisen der Volksnationalen die Betrachtung des Wahlergebnisses eine wesentlich andere gewesen als bei uns, eine solche, die bei den Demokraten eine große Verstimmung hervorgerufen hat. Der „Jungdeutsche" hat es für seine Aufgabe gehalten, seit der Wahl eine Artikelserie zu veröffentlichen mit sehr unangenehmen Bemerkungen über die Deutsche Demokratische Partei. Dabei hat man sich völlig darüber ausgeschwiegen, daß diese Wahl eine Niederlage war, und es im Gegenteil so dargestellt, als ob den Volksnationalen ein Erfolg beschieden gewesen wäre; langsam ist aus diesem Erfolggerede dann ein wahres Triumphgeheul geworden. Dabei hat man gesagt,

2 Vgl. Nr. 168 u. 169.

die Demokraten seien eine tote Partei, die allgemein versagt habe und die nach den verschiedendsten Richtungen auseinandergewählt habe, ein Teil habe sozialistisch gewählt, viele hätten sich überhaupt nicht beteiligt, und die Kraft sei nur bei den neuen Elementen gewesen. Nur durch sie sei der Sturzflut des Radikalismus ein Damm entgegengesetzt worden. Bei alledem hat es an kränkenden Äußerungen über uns nicht gefehlt. Man ist auch der schwierigen Lage der Demokratie gerecht geworden, aber keineswegs der schwierigen Lage der Jungdeutschen. Leider sind von unserer Seite auch den Jungdeutschen Argumente zu solchen Behauptungen in die Hände gespielt worden.

Wir tun jetzt aber gut, diese Betrachtungen über die Vergangenheit nur als Lehre für die Zukunft zu verwerten. Denn die Deutsche Staatspartei ist da, und es kommt nicht in Betracht, an dieser gegebenen Tatsache irgendwie rütteln zu wollen. Würde man versuchen, die Deutsche Demokratische Partei aufrechtzuerhalten, so würde man der Demokratie nichts nützen, aber auf der anderen Seite nur Zersplitterung und Mißmut erreichen und damit dem Vaterlande den denkbar übelsten Dienst erweisen. Wir sollten uns daher möglichst einmütig dahin verständigen: Die Deutsche Staatspartei muß bleiben. Unsere Aufgabe wird es sein, die Staatspartei mit demokratischem Geiste zu erfüllen und dafür zu sorgen, daß auch die personellen Kräfte der Demokratischen Partei in der neuen Partei die Achtung und Berücksichtigung finden, die ihnen zukommt. Deshalb sollten wir unsere volle Aufmerksamkeit auf die Organisation der Staatspartei richten. Mahraun hat sich immer als den Führer der Partei hinstellen lassen. Aber künftig kann alles nur durch ordnungsmäßige Beschlüsse des Parteitages geregelt werden, und der Parteitag ist völlig frei darin, wen er an die Spitze der Partei setzen will. Bis zum Parteitag bleibt allerdings das Provisorium bestehen, das es Herrn Mahraun schließlich gestattet, sich als den Leiter der Partei zu betrachten; ob er sich Reichsführer nennt, das ist eine Geschmackssache ohne besondere Bedeutung. Wir wollen haben einen politischen Führer (der Demokrat sein müßte), einen Organisationsführer (das könnte Mahraun sein), und wir haben unseren parlamentarischen Führer, den Vorsitzenden der Reichstagsfraktion, das ist Dr. Weber. Schon vor der Auflösung der Demokratischen Partei sollten sich unsere Mitglieder als Mitglieder der Staatspartei betrachten und auf den Wahlkreisparteitagen ihren Einfluß vollinhaltlich zur Geltung bringen. In dem Rundschreiben der Staatspartei ist ja auch gesagt worden, daß jeder Demokrat Mitglied der Staatspartei ist, wenn er nicht ausdrücklich das Gegenteil festsetzt. In der gestrigen Sitzung des Aktionsausschusses ist nun freilich beschlossen worden, daß nur eine ausdrückliche Beitrittserklärung zur Mitgliedschaft berechtigt. Würde das durchgeführt, so würde das für unsere Parteimitglieder vielfach ein starkes Hemmnis zum Eintritt sein. Die Angelegenheit muß also im Aktionsausschuß noch einmal durchberaten werden. Es ist wichtig, daß wir unseren Organisationsapparat behalten. Im Gegensatz zu den Volksnationalen wollen wir auch hauptamtliche Parteisekretäre haben. Die Bewegung allein kann es nicht schaffen. Wir werden also mit voller Entschiedenheit darauf dringen müssen, daß unsere Parteisekretäre nicht abgebaut und daß die Personen nicht ohne Grund in den Parteisekretariaten gewechselt werden. Unbedingte Voraussetzung ist, daß sich auch die Volksnationale Reichsvereinigung auflöst. Unbedingt aufgelöst werden müßte auch bei uns der Sozialrepublikanische Kreis. Es würde, so erklärte

der Referent, mir eine organisatorische Mitarbeit in der Partei unmöglich machen, wenn wir auch in der neuen Partei einen solchen Sozialrepublikanischen Kreis hätten, der nur eine Zellenbildung innerhalb der Partei hervorruft. Auf einem anderen Blatte steht die Frage des Jungdeutschen Ordens. Dieser wird sich nicht auflösen. Hier handelt es sich allerdings um eine Konstruktion so eigener Art, daß es wohl nicht möglich ist, die Forderung der Auflösung zu stellen. Natürlich ist das Weiterbestehn des Ordens eine große Stärkung der anderen Seite, aber damit müssen wir uns abfinden. Zum Schluß betont der Referent die strenge Vertraulichkeit der heutigen Verhandlung und empfiehlt dann eine Resolution, deren Wortlaut er verliest[3].

Herr **Koch-Weser** widmet vor Fortgang der Beratungen dem kürzlich verstorbenen Max Bahr ehrende Worte des Angedenkens, die die Versammlung stehend anhört.

Herr **Dornblüth**[4] referiert nach einer kurzen Würdigung des Wahlergebnisses über das Verhältnis des Parteiapparates zur neuen Partei. Die Wünsche der Parteisekretäre gingen dahin: Die bisherigen Geschäftsführer in der Reichsgeschäftsstelle und im Reichsfrauenausschuß sollten beibehalten werden. Die hauptamtlichen Geschäftsführer im Lande können unter keinen Umständen beseitigt werden; auch die bisherigen brauchbaren Kräfte unter den Parteisekretären sind in die Deutsche Staatspartei zu übernehmen. Bei Entlassungen, soweit sie notwendig sind, sollte eine menschlich erträgliche Form gefunden werden. Es ist nicht zu empfehlen, daß die bisher der Demokratischen Partei angehörigen Wähler durch eine besondere Unterschrift ihre Mitgliedschaft in der neuen Partei zu bekunden haben. Empfehlenswert wäre auch ein korporativer Eintritt demokratischer Organisationen in die Staatspartei. Zum Schluß legt der Referent eine schriftliche Entschließung vor, die sich gegen die falsche Ausdeutung des Wahlresultats durch den „Jungdeutschen" wendet. Der Referent bittet, diese Resolution berücksichtigen zu wollen.

Herr **Koch-Weser** gibt den Herren, die in unseren Diensten gestanden und sich bewährt haben, die Versicherung ab, daß wir es für eine Selbstverständlichkeit halten, dafür einzutreten, daß ihre Arbeitskraft auch weiterhin der neuen Partei erhalten bleibt. (Bravo!)

Aussprache

Die Redezeit für die Diskussionsredner wird auf 15 Minuten beschränkt. Außerdem wird beschlossen, um 14 Uhr eine einstündige Mittagspause eintreten zu lassen.

Herr **Falk**: Wir stehen vor einem vollständigen Trümmerhaufen. Die Hoffnungen, die sich an die Gründung der Staatspartei geknüpft haben, haben sich in keiner Weise bewährt. Die Demokratische Partei krankte an zwei Fehlern: Einmal haben wir nicht verstanden, die Jugend an uns zu ketten, und zweitens bestand ein Mangel an Vertrauen zur Führung, der ein gedeihliches Zusammenarbeiten

3 Siehe unten.

4 Johannes Dornblüth, Generalsekretär des Wahlkreisverbands Halle-Merseburg.

ausschloß. Die Hoffnung, daß evangelische Kreise zu der Staatspartei kommen würden, hat sich nicht bewährt; diese Leute sind zum Evangelischen Volksdienst gegangen. Zu allem ist der Unwille gekommen über die Verhältnisse in der Demokratischen Partei. Er hat sich verdichtet sogar zur Ablehnung der Führer. Beweis: Koch[-Weser] ist in Berlin nicht wieder aufgestellt worden. Ich gehöre zu denen, die von der Gründung der Staatspartei vollständig überrascht worden sind, die aber Parteidisziplin gehalten haben, die jedoch auch heute noch nicht im klaren darüber sind, ob die Gründung der Partei nötig und nützlich gewesen ist. Ganz anders ist die Frage, ob man das Geschehene zurückrevidieren kann. Ein vorzeitiges Aufgeben der Deutschen Demokratischen Partei wäre jedenfalls der größte Fehler, den man begehen kann. Es ist nicht möglich aufzulösen, solange nicht feststeht, daß auch die Volksnationale Reichsvereinigung vollständig aufgelöst wird. Die Durchsetzung der Staatspartei mit unseren Ideen und Personen erreichen wir nicht, wenn wir uns nicht erst dann auflösen, sobald wir wissen, daß die Dinge in der Staatspartei ganz anders werden als bisher. Der Jungdo war in Preußen vor der Wahl 15 000 Personen stark, seitdem hat sogar noch eine große Abwanderung stattgefunden. Wir müssen viel mehr festen Boden unter den Füßen haben, ehe wir das Erbe der Vergangenheit, die Deutsche Demokratische Partei, preisgeben. Mit dem Kulturprogramm der Deutschen Staatspartei können wir nicht fertig werden[5]. Überaus bedenklich ist auch die Behandlung der Flaggenfrage in der Staatspartei. Hier müssen wir einen klaren Bescheid haben. Dann muß die Stellung des „Jungdeutschen" geklärt werden. Es genügt nicht, von seinen Artikeln abzurücken, sondern es muß die Garantie geschaffen werden, daß dergleichen nicht wieder vorkommt, sonst entsteht ein nicht wiedergutzumachender Schaden. Es geht auch nicht, daß sich jemand aus eigener Machtvollkommenheit zum Reichsführer der Staatspartei ernennt. Der „Jungdo" bleibt bestehen. Er ist eine Kraftquelle, die es verhindern will, daß sich unsere Ideen durchsetzen. Es muß überlegt werden, ob es nicht möglich ist, ein Gegengewicht zu schaffen. Man hat eine Organisation derart erwogen, daß Volksnationale Reichsvereinigung und Deutsche Demokratische Partei in ein Kartellverhältnis zueinander treten und daß die Staatspartei nur das obere Dach bildet. Ich weiß nicht, ob das möglich ist. Aber jedenfalls ist die neue Partei nur dann möglich, wenn das Land ganz anders vorbereitet ist. Wir müssen daher einen Parteitag einberufen. Aber ihn 8 oder 14 Tage vor dem Parteitag der Staatspartei einzuberufen, wäre eine Ungeheuerlichkeit, denn dabei würden die Verhandlungen unseres Parteitages einfach zu einer Farce werden. Es muß uns die Möglichkeit gegeben werden, uns zunächst im Lande in den demokratischen Organisationen auszusprechen und außerdem auch ganz anders mit den Herren von der anderen Seite zu reden als bisher. Dann muß das Führerproblem gelöst werden. Es geht nicht, daß Mahraun die Organisation der Partei in die Hand bekommt. Wir haben also noch lange Zeit, bis wir die Staatspartei gründen. Wir wissen ja auch nicht, wie die Dinge sonst laufen werden (Änderung des Verhältnisses zur Volkspartei). Es muß aber auch irgendein Gegengewicht in der Staatspartei gegen den Jungdo geben. Man sollte also darauf hinwirken, daß die Gründung der Staatspartei hinausgeschoben wird. Das gilt

5 Am 22.8.1930 hatte der Hauptaktionsausschuß ein „Manifest der Deutschen Staatspartei" veröffentlicht, das auch einen Abschnitt über Kulturpolitik enthielt. Vgl. Ende der Parteien S. 33.

auch mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Preußen, wo die Regierung es bis auf weiteres am liebsten mit einer Fraktion der Deutschen Demokratischen Partei zu tun haben möchte.

Herr **Stephan** stellt fest, daß an die Organisationen im Lande kein Rundschreiben ergangen ist, das die Parität für die beiden Richtungen in den Aktionsausschüssen fordert. Im Gegenteil ist ausdrücklich gesagt worden, daß eine Parität nicht vorgeschrieben ist. In diesem Sinne habe Herr Rexrodt auch den demokratischen Organisationen geschrieben.

Herr **Bernhard** erklärt das Gerücht für unrichtig, daß er sich um die Sprengung der Staatspartei im Lande bemühe. Von der Staatspartei gilt das, was von der Novemberumwälzung gesagt worden ist: Sie ist keine Revolution, sondern ein Zusammenbruch und eine Flucht der Führer. In der Parteiausschußsitzung, die nicht lange vor der Gründung stattfand[6], sind auch nicht die mindesten Mitteilungen über den beabsichtigten Schritt gemacht worden. Niemand konnte darauf gefaßt sein, daß der gesamte Parteiapparat an den Jungdo ausgeliefert werden würde und an Kräfte, die ihrer ganzen Natur nach antidemokratisch sind. Im Wahlkreis Potsdam I ist uns ein Aktionsausschuß aufgezwungen worden, in dem die Demokratische Partei in der Minderheit stand. Der schlechte Wahlausfall ist zum Teil zurückzuführen auf die bewußte Desavouierung der alten demokratischen Ideen in Wahlkundgebungen der Staatspartei (Außenpolitik, Judenfrage, Flaggenfrage). Wenn der Jungdo in der bisherigen Form bleibt, dann wird die Demokratie durch eine faschistische Umgestaltung durchaus in den Hintergrund gedrängt werden. Einen außenparlamentarischen Führer kann es nicht geben, denn auch das ist eine faschistische Einrichtung. Die Demokratische Partei muß aufrechterhalten bleiben. Man weiß noch gar nicht, ob die staatsparteiliche Fraktion als eine Einheit anzusehen ist. Redner betont, daß er auch im Auftrage von Rönneburg spreche, der seine Auffassung teile. Vor allem müsse verhindert werden, daß jetzt bereits in den einzelnen Wahlkreisen versucht werde, die Organisationen der Demokraten an die Staatspartei zu überführen.

Herr **Landahl** zweifelt, ob es bei uns Personen gibt, die aus innerer Überzeugung und Anteilnahme für die Gründung der Staatspartei eintreten. Ich habe die Sache nur mitgemacht, weil wir sonst bei den Wahlen noch übler abgeschnitten hätten als jetzt. Wertvolle Kräfte haben wir durch den Zusammenschluß nicht bekommen. Die Jungdeutschen sind politische Kinder. Auch als Vorbereitung eines weiteren, umfassenden Zusammenschlusses hat sich die Aktion nicht herausgestellt. Bei den Jungdeutschen, die in die Partei gekommen sind, ist die bewußte Absicht der Sektiererei festzustellen. Wir wissen nicht einmal, ob die Reichstagsfraktion zusammenarbeiten kann. Wenn wir Mahraun zum Organisationsführer der Partei machen wollen, lehne ich es ganz klar ab, weiter mitzumachen. Der Jungdo hat zur Finanzierung des Wahlkampfes nicht beigetragen, aber das Geld, das von unserer Seite kam, nicht zurückgewiesen. In dem Jungdo befand sich von Anfang an Antisemitismus. Mir fehlt der Glaube an die ehrliche Durchführung des Versprechens, daß die Volksnationale Reichsvereinigung nicht weiter bestehenbleiben soll. Diesen Verdacht legen unehrliche Machenschaften nahe, die seitens

6 Siehe Nr. 163.

der Volksnationalen in Hamburg vorgekommen sind. Im gegenwärtigen Moment würde die Auflösung der Deutschen Demokratischen Partei eine Auslieferung an den Jungdo bedeuten. Sie darf daher nicht aufgelöst werden. Mahraun als Reichsführer und als Leiter der Organisation muß abgelehnt werden, weil er die Organisation nicht fördert. Die Deutsche Staatspartei kann nur dann die Auffangsorganisation für die vom Radikalismus zurückkehrenden Massen bilden, wenn sie die nüchternen demokratischen Auffassungen gegenüber dem Nationalsozialismus zur Geltung bringt, während Mahraun in einer gewissen Konkurrenz mit dem Hitlertum steht. Eine Rückkehr zur Deutschen Demokratischen Partei ist nun freilich nicht möglich. Wenn wir eine organisatorisch und politisch gesunde Partei schaffen und wenn wir neue Kräfte für uns gewinnen wollen, dann darf die Demokratische Partei heute noch nicht aufgelöst werden. Wir werden die Staatspartei gründen, aber sie wird im wesentlichen das Gesicht einer Kartellpartei zeigen müssen, da wir die Demokratische Partei zu behalten haben.

Herr **Hauff**: Die Frage der Staatspartei ist uns auf dem Parteiausschuß als ein Versuch gekennzeichnet worden. Es kann deswegen keine Rede davon sein, daß wir die Deutsche Demokratische Partei einfach in die neue Partei überführen. Zum mindesten muß die ganze Frage des Zusammenschlusses in der Schwebe bleiben, solange die preußische Landtagsfraktion besteht. Es geht nicht an, daß die Demokraten eine ausdrückliche Erklärung für ihren Eintritt in die Staatspartei brauchen. Der Vorstand sollte heute nicht einmal dem kommenden Parteitag die Auflösung der Demokratischen Partei empfehlen, sondern alles in der Schwebe lassen.

Frau **Bäumer**: In einem Augenblick, da die Geschlossenheit des Auftretens nach außen hin eine unbedingte Voraussetzung ist, ist es wunderbar, daß man den Gedanken eines Auseinandergehens erwägt. Wir haben verloren, aber doch nicht so viel, wie etwa die Volkspartei. Die Volksnationalen haben geglaubt, daß das Begraben des Flaggenstreites auf die Bevölkerung gut wirken würde, und haben darum beide Flaggen gezeigt, aber sie haben nicht einen Zweifel darüber gelassen, daß das nicht die Anerkennung der alten Farben als Reichsfarben bedeuten sollte. Was die nebenamtliche Parteiarbeit anbetrifft, so ist das ein alter Gedanke von Naumann gewesen, den wir doch wirklich viel stärker beachten sollen. Es wird nicht gelingen, die Jungdeutschen uns zu amalgamieren, wenn man die beiden Gruppen nebeneinander bestehen läßt. Wenn aber die beiden Lager vollkommen zusammengeführt werden, dann wäre es doch schwach bestellt um unsere politische Energie, wenn es dann nicht gelingen sollte, diese Kreise mit unseren Ideen zu durchdringen. Wenn wir den Zustand der zwei Lager noch lange bestehen lassen, dann wird vielleicht aus dem Ganzen nichts. Sie müssen jetzt ganz Ja sagen und mit Optimismus. Wir sind dadurch klein geworden, daß wir unsere Dogmatik immer mehr verengert haben. Wenn wir das Heranwachsen neuer Bewegungen nicht mehr verstehen und sie nicht mehr aufzunehmen imstande sind, dann können wir überhaupt einpacken. Stoßen wir jetzt die neuen Kreise wieder ab, so ist das absolut lächerlich und ein Ohnmachtsbekenntnis gegenüber dem Gedanken der Sammlung. Es muß eine ganz geschlossene Front allem Gerede von dem Auseinanderfall der Staatspartei entgegengestellt werden. Sobald wir auch nur den Anschein des Schwankens böten, würde das verhängnisvoll sein.

Herr **Koch-Weser**: Ich möchte nicht, daß jetzt der Eindruck entsteht, als ob noch Aussicht gewesen wäre auf ein langes Leben oder auf ein Wiederhochkommen der Demokratischen Partei zur Zeit, als wir den Schritt zu den Volksnationalen taten. Gerade die Leute, die jetzt hier sprechen, haben früher immer den tiefsten Pessimismus geäußert. Wir haben auch immer wieder gefühlt, wie schwer es war, die Partei noch durchzuhalten. Seit 1924 haben wir dauernden Rückgang der Partei. Das lag daran, daß unsere Gedanken sich zum Teil politisch verwirklicht hatten, sowie daran, daß die Schicht, die uns trägt, keine gesicherte Existenz mehr hatte, daß innerhalb der Partei der Gegensatz zwischen jung und alt ein ganz ungeheurer gewesen ist. Wenn wir so in den Wahlkampf gezogen wären, dann hätten wir eine starke Niederlage erlitten. Wenn die Staatspartei nicht gebildet worden wäre, dann wäre die Jugend unserer Partei mit den Volksnationalen zusammengegangen und wir hätten erlebt, daß die „Kapitalisten" sich an die Deutsche Volkspartei als linker Flügel herankristallisiert hätten. Mein Bestreben ist während dieser ganzen Zeit gewesen, die Deutsche Demokratische Partei zum Mittelpunkt einer Sammlung zu machen und einen möglichst großen Teil unserer Führer in die neue Partei mit hinüberzunehmen. Wenn ich damals nicht den Entschluß gefaßt hätte, dann wären wir in gebrochener Front in den Wahlkampf gegangen. Niemand kann sagen, daß die Sache unvorbereitet gekommen ist. Ich habe vielmehr schon in vielen Sitzungen auf die Volksnationalen hingewiesen als auf ein Element, mit dem wir zusammengehen könnten. Ich habe damit immer Beifall gefunden. Wenn die Deutsche Staatspartei zusammenhält, besteht sehr wohl die Möglichkeit eines stärkeren Einbruchs in die Deutsche Volkspartei. Der Versuch einer Sammlung von Schiele bis zu uns ist erfreulicherweise mißlungen, ohne daß wir dabei Schaden genommen hätten[7]. Im übrigen verstehe ich nicht, wie die Deutsche Demokratische Partei fürchten kann, von der Volksnationalen Reichsvereinigung untergekriegt zu werden. Mahraun wird vielfach verkannt. Er hat darum Erfolg, weil er primitiv ist, und es ist bedauerlich, daß uns diese Primitivität fehlt. Von einer Parität kann nicht die geringste Rede sein. In der künftigen Führung der Partei müssen allerdings zwei gleichberechtigte Führer nebeneinander stehen. Redner geht dann auf einzelne Streitpunkte ein wie Außenpolitik, Antisemitismus, Flaggenfrage. Nirgendwo ergeben sich hier Momente, die zu übergroßem Bedenken Anlaß gäben und die sich nicht bereinigen ließen. Für die Demokratische Partei gibt es nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie versucht, eine eigene Partei wieder aufzustellen – das halte ich für ausgeschlossen; oder sie versucht, die Staatspartei so auszugestalten, wie es ihren Anschauungen entspricht, mit einer Entschlossenheit, die den Gegnern verbietet zu sagen, daß die neue Partei schon von vornherein krank ist. Es ist nicht richtig, den demokratischen Parteitag schon jetzt abzuhalten. Der Parteitag darf erst dann stattfinden, wenn die Verhandlungen über die Organisation der neuen Partei zu einem positiven Erfolg geführt haben. Vorläufig darf der Parteitag nicht einberufen und darf die Deutsche Demokratische Partei nicht aufgelöst werden. Es kann sich heute nur darum handeln, daß diejenigen, die auf dem Boden des Staates stehen, in möglichster Versöhnlichkeit zusammenstehen, um zu verhüten, daß die feindliche Welle uns nicht verschlingt.

7 Vgl. Nr. 166 Anm. 5.

Um 14 Uhr tritt eine *Mittagspause* ein. Wiederbeginn der Verhandlungen kurz nach 15 Uhr.

Herr **Vogt** hebt hervor, daß er sich als einer der ersten der Staatspartei zur Verfügung gestellt habe, macht aber darauf aufmerksam, daß die demokratischen Wähler nicht mitgehen würden, wenn nicht das abgestellt wird, was uns die Jungdeutschen zumuten. Redner bringt eine große Reihe von Klagen über das Verhalten der Volksnationalen vor. Unbestreitbar aber ist, daß die Staatspartei unter allen Umständen gebildet werden muß, schon um des Eindrucks nach außen willen. Aber es ist unmöglich, damit lange zu warten. Deshalb muß man spätestens in 4 Wochen den demokratischen Parteitag einberufen, wenn Ende November der Parteitag der Staatspartei stattfinden soll.

Herr **Dernburg**: In dem neuen Reichstag muß die Fraktion der Staatspartei als eine schlagfertige Gruppe auftreten. Die Aufrechterhaltung der Deutschen Demokratischen Partei als solcher ist auf die Dauer nicht möglich; aber auch aus taktischen Gründen sollten wir uns die Möglichkeit offen halten, mit den Gruppen, die rechts von uns sind, auch noch etwas zusammenzukommen. Es liegt die Notwendigkeit vor, unter allen Umständen ein Ministerium zu besitzen, das das deutsche Reich regiert. Zu diesem Behufe muß eine bürgerliche oder bürgerlich-demokratische Mehrheit geschaffen werden. Auf jeden Fall muß das Reich erhalten werden. Die Finanzen müssen in Ordnung gebracht, die Ruhe auf der Straße muß aufrechterhalten werden.

Herr **Cohnstaedt**: Die Diskussion hat zuerst einen niederdrückenden Eindruck auf mich gemacht, es schien dabei ein allzu enger Parteistandpunkt zur Geltung gebracht zu werden. Das ist aber nur möglich, wenn man die Augen vollständig verschließt vor der ungeheuren Erschütterung, die jetzt durch das Volk geht. Demgegenüber kommen einem alle Ressentiments unendlich klein vor. Wir müssen Koch-Weser dankbar sein dafür, daß er uns nun endlich einmal geführt hat. Wenn bei diesem Zusammengehen mit den Volksnationalen nicht billigenswerte Dinge vorgekommen sind, so haben unsere Führer in den Wahlkreisen mehr Schuld als die Gegenseite, weil wir uns haben an die Wand drücken lassen. Die Artikel im „Jungdeutschen" sind ein Skandal, aber was haben unsere Führer öffentlich darauf geantwortet? Eine Antwort müßte jetzt noch erfolgen. Die Demokratische Partei ist wesentlich daran kaputt gegangen, daß sie als die Judenpartei galt. Wir sollten daher zufrieden sein, daß die Staatspartei nicht auch als Judenpartei gelten kann. Auch über den Pazifismus haben im „Jungdeutschen" sehr unkluge Äußerungen gestanden, die wir uns nicht gefallen lassen können. Aber wir haben darauf hinzuwirken, daß das besser wird. Vollständig undurchführbar scheint es mir zu sein, daß die Demokratische Partei weiterbestehen kann. Wir müssen mit beiden Füßen in die Staatspartei hineinspringen. Ob man den Parteitag früher oder später anberaumt, ist eine Frage der Opportunität. Ende November müssen wir jedenfalls aufhören zu existieren.

Herr **Frankfurter**: Die führenden Persönlichkeiten haben, ohne jemandem ein Wort zu sagen, etwas getan, was die Sprengung der Partei bedeutet. Dafür werden sie auf dem Parteitag Rede und Antwort stehen müssen. Für Herrn Koch-Weser ist es noch belastender, daß er einige Wochen vorher den Sozialrepublikanischen Kreis ausschließen wollte (Widerspruch des **Vorsitzenden**), nachher

aber den Bund der Jugend[8] mitmachte. Wie werden die finanziellen Verhältnisse geregelt werden? Die Partei kann doch nicht als Bankrotteur auseinandergehen. Wie steht es mit den „Nachrichten der Staatspartei", die als Beilage des „Demokratischen Zeitungsdienstes" erscheinen? Redner behandelt dann noch eine Reihe persönlicher Fragen, namentlich den Fall der Kandidatur Weill in Berlin. Er verliest hierauf einige Stellen aus einem vertraulichen Rundschreiben des Jungdo vom 16. August, das Bornemann im Auftrag von Mahraun verfaßt hat und das eine Reihe höchst abfälliger Bemerkungen über hervorragende Demokraten enthält. Können wir unter diesen Umständen in die Staatspartei hineingehen? Ich sage nein! Eine Staatspartei als Partei gibt es auch noch gar nicht. Der Parteitag ist so bald als möglich einzuberufen. Dieser Parteitag soll diejenigen Personen bestimmen, die mit den Volksnationalen zusammen erst den Begriff der Staatspartei festlegen. Erst dann ist eine Auflösung der Partei angezeigt. Die Zweiteilung der Führerschaft ist ganz unhaltbar. Redner nennt dann noch mehrere Punkte, die vor dem Eintritt in die Staatspartei geklärt werden müssen, darunter auch die Reichsbannerfrage. Er beantragt, den demokratischen Parteitag vor dem konstituierenden Parteitag der Staatspartei einzuberufen, dem Parteitag nur die Aufgabe zu stellen, durch eine Aussprache die Dinge zu klären und endlich durch diesen Parteitag Personen bestimmen zu lassen, die mit den Volksnationalen zusammen das Grundgesetz der neuen Partei aufstellen.

Herr **Höpker-Aschoff**: Ich habe die Gründung der Staatspartei für notwendig gehalten und mich auf dem letzten Parteiausschuß dafür eingesetzt. Man kann Koch-Weser nicht einen Vorwurf daraus machen, daß er auf dem Wege der Überrumpelung die neue Partei gegründet habe – auf normalem Wege wäre man nicht weiter gekommen. Was damals geschehen ist, konnte also kaum in anderer Form kommen. Nachher habe ich aber eine starke Enttäuschung erlebt in bezug auf die Personen, die von drüben kamen. Ich habe mir unter Mahraun und Bornemann etwas ganz anderes vorgestellt, als ich nachher gefunden habe. Ich habe auch bei Kandidaten Enttäuschungen erlebt, so bei Baltrusch und Adolph. Vielleicht gehört auch Prütz[9] dazu. Andererseits ist der Eindruck, den der „Jungdo" draußen im Lande gemacht hat, viel besser. Guter Wille ist vorhanden und Anständigkeit und Sauberkeit. Zu der Frage der Judenkandidaturen kann der Redner nur erklären: Das ist eine hoffnungslose Sache; jeder Jude hat einen anderen Vorschlag gemacht. Bei den Kandidaturen überhaupt hat eine starke Mitwirkung des Aktionsausschusses stattgefunden. Dabei haben wir uns nicht an die Wand drücken lassen, das beweisen die Kandidaturen Stolper, Fischer, Reinhold und Hummel. Ebenso auch die Kandidatur Weber. Die Ablehnung von Baltrusch und Adolph war nicht durchzusetzen, weil wir auf der demokratischen Seite hier nicht einig waren und weil hier Bindungen von Koch-Weser und Lemmer vorlagen. Ich konnte deshalb daran nichts ändern. Ein Zurück gibt es nicht. Es ist völlig unmöglich, die Geschlossenheit der Reichstagsfraktion aufs Spiel zu setzen, wenn wir noch etwas bedeuten wollen. In

8 Anfang September war in der Staatspartei eine „Reichsgruppe Bündischer Jugend" gegründet worden. Vgl. Hornung S. 102.

9 Max Prütz (1876-1945), Chemiker, MdR (Volksnationale Reichsvereinigung) 1930 bis Juli 1932.

diesem Sinne habe ich mich auch in der Landtagsfraktion durchzusetzen versucht. Den Freunden in Preußen habe ich allerdings geraten, daß die Fraktion zunächst noch als demokratische Fraktion bestehenbleibt[10]. Bei dem Aufbau der Staatspartei spielt sich ein Ringkampf der verschiedenen Gruppen ab, und in diesem Ringkampf geht die Gegenseite einschließlich der früher konservativen Elemente mit Rücksichtslosigkeit und Planmäßigkeit vor, in der Richtung, daß sie die Demokraten überall herauszudrängen sucht. Das muß klar ins Auge gefaßt werden. Gestern ist im Aktionsausschuß eine Änderung der ursprünglichen Richtlinien zur Organisierung der Staatspartei vom 16. September beschlossen worden, und es sind sehr verhängnisvolle Beschlüsse dabei gefaßt worden (wie der Redner im einzelnen auseinandersetzt[11]). Wir werden verlangen, daß in der nächsten Sitzung diese Dinge revidiert werden. Ich werde eine Änderung zur conditio sine qua non machen. In dem Aktionsausschuß führt Mahraun unter stillschweigender Duldung von unserer Seite die Geschäfte. Aber auch die Frage des Vorsitzes im Aktionsausschuß muß klargestellt werden. Unbedingt nötig ist eine Beibehaltung der hauptamtlichen Geschäftsstellen in den Wahlkreisen. Die endgültige Verfügung darüber hat natürlich der Vorsitzende der Wahlkreisorganisation. Der Jungdo als bündische Bewegung wird bleiben; wir werden die Auflösung nicht bewirken können. Aber ganz unmöglich ist es, daß der „Jungdeutsche" für sich in Anspruch nehmen kann, das offizielle Organ der Staatspartei zu sein. Jedoch auch als Organ des Jungdo darf er der Partei keine Schwierigkeiten machen. Ebenso wird man darauf achten müssen, daß der Jungdo selbst uns keine Schwierigkeiten macht. Es wird nötig sein, darüber Stipulationen mit den Herren von der anderen Seite zu Papier zu bringen. Auch Satzungen müssen rechtzeitig aufgestellt werden. Alles dies muß bereits vorliegen, ehe die Deutsche Demokratische Partei einen Beschluß über ihre Auflösung faßt.

Herr **Koch-Weser** erklärt zu einer Bemerkung des Vorredners, daß er bereits angeordnet habe, daß das Rundschreiben, das die gestrigen Beschlüsse des Aktionsausschusses über Änderung der Richtlinien enthält, nicht hinausgehe.

Herr **Höpker-Aschoff** fügt noch hinzu, daß er aus taktischen Gründen den Passus in der Resolution Meyer für bedenklich hält, wo dem Parteitag der Vorschlag der Auflösung der Partei gemacht wird. Es genüge, wenn von einer Einberufung des Parteitages „zur Beschlußfassung" die Rede sei.

Herr **Stephan**: Es ist gar nicht möglich, die Gründung der Staatspartei zu verhindern. Ein anderweitiger Beschluß würde die absolute Zersplitterung der alten Partei herbeiführen. Es empfiehlt sich dringend, unsere Parteigenossen aufzufordern, sich sämtlich in die Staatspartei hineinzubegeben.

---

10 Die preußische Fraktion hatte in einer ganztägigen Sitzung am 23.9. über die Staatspartei diskutiert. DDP/Staatspartei R 45/III 65.

11 In den ursprünglichen Richtlinien war nach Eggeling vorgesehen, daß die Mitglieder der DDP und der Volksnationalen Reichsvereinigung automatisch in die Staatspartei aufgenommen werden sollten. Dagegen wandten sich die Vertreter der jungen Volksparteiler und der bündischen Jugend, weil sie davon ein Übergewicht der Demokraten befürchteten. Daher brachten ein Volksparteiler und ein Jungdeutscher im Hauptaktionsausschuß einen Antrag ein, der besagte, daß zu Vorstands- und Vertreterwahlen nur solche Mitglieder zugelassen seien, die ihren Beitritt ausdrücklich erklärt hätten. Dieser Beschluß wurde in Abwesenheit eines Teils der demokratischen Führer gefaßt. Vgl. Eggeling S. 20f.

Herr **Külz** verliest die von der demokratischen Organisation in Sachsen angenommene Resolution als Muster, wie man die Sache behandeln müsse. Redner schließt sich völlig dem Standpunkt von Höpker-Aschoff an. Zwischen dem Parteitag der Auflösung und dem der Konstituierung der neuen Partei müsse ein genügend großer Zeitraum gelassen werden. Keine Verstimmung, sondern frisch hinein in die Staatspartei.

Frau **Lüders**: Die Wahlen sind so schlecht ausgegangen, weil die Grundlagen unserer Partei, das sogenannte Bürgertum, sowohl sozial wie wirtschaftlich im Laufe der letzten 12 Jahre zerstört worden sind. Meine Skepsis gegen die Staatspartei beruht auf dem Zweifel, ob es möglich ist, in dem engen Kreise, der uns noch geblieben ist, eine Partei aufzubauen. Wir sollten jetzt noch vor Konstituierung der Staatspartei einen Weg finden zur Zusammenarbeit mit dem liberalen Teil der Volkspartei. Die Rednerin schließt sich den Ausführungen Höpker-Aschoffs über die enttäuschende Zusammenarbeit mit dem Jungdo an. Unter diesen Umständen bedürfen wir eines Zuspruchs von der anderen Seite. Insbesondere ist es bedauerlich, daß die Frauen in der Staatspartei absolut preisgegeben worden sind. Das ist der Einfluß des Jungdo. Die Ortsgruppen der Staatspartei sollten nicht eher gegründet werden, bis Klarheit darüber besteht, ob unsere neuen Freunde die demokratischen Grundforderungen anerkennen. Das ist Sache des Aktionsausschusses. Und aus diesem Grunde beantragt Rednerin, in den Hauptaktionsausschuß als Mitglied aufgenommen zu werden. Nach Auflösung der Volksnationalen haben auch die Jungdemokraten und Sozialrepublikaner als besondere Organisationen keinen Raum mehr in der Partei. Daß wir zu den Angriffen des „Jungdeutschen" schweigen, ist unmöglich. Je länger wir schweigen, desto dreister wird die andere Seite. Auf das schärfste ist das geheime Rundschreiben Bornemanns zu verurteilen. Die Demokratische Partei läßt sich nicht aufrechterhalten, aber sie darf sich nicht auflösen, ehe seitens des Jungdeutschen Ordens die Bindungen und die Aufklärungen gegeben sind. Notwendig ist eine Besprechung der führenden Männer der Demokratischen Partei und der Volksnationalen Vereinigung zur Bereinigung aller Zweifelsfragen.

Herr **Koch-Weser**: Wir sind uns alle darin einig, daß wir erst die Klärung der strittigen Fragen herbeiführen wollen, daß wir uns aber zur neuen Partei bekennen und daß wir das der Öffentlichkeit mitteilen wollen. (Zustimmung.) Der Aufruf von Lemmer und Mahraun (nach dem ein Vorredner gefragt hatte), ist in meiner Abwesenheit verfaßt worden[12]. (Herr **Meyer** und Frau **Bäumer** bestätigen gegenüber Herrn **Rexrodt**, daß der Aktionsausschuß diesen Aufruf nicht gebilligt hat.) Der Aufruf geht über den Rahmen des Zulässigen hinaus. Der Redner antwortet dann auf verschiedene Bemerkungen von Frau Lüders und Herrn Höpker-Aschoff. Gegenüber Herrn Falk betont er, daß er freiwillig auf die Führung der Kandidatenliste in Berlin verzichtet hat, sehr gegen den Willen der Berliner Organisation. Ob irgendein Zusammenschluß mit der Deutschen Volkspartei möglich ist, das ist sehr zweifelhaft. Nach seinen Erfahrungen besteht kein Anlaß, in dem Umfange, wie es hier geschehen ist, an der Loyalität der Gegenseite zu zweifeln. Bei den Volksnationalen ist Mißtrauen hervorgetreten, das gewiß zum

12 Abgedruckt in: Demokrat v. 20.8.1930 Nr. 16.

Teil nicht unberechtigt war und das wir zu beseitigen suchen müssen. Eine Verständigung ist also wohl möglich. Aber wir müssen auch unsererseits den guten Willen dazu mitbringen.

Herr **Schäfer** legt die Verhältnisse dar, die bei der Überleitung der alten Partei in die neue zu beachten sind. Der Hauptaktionsausschuß hat hier völlig versagt. Vor vorzeitigen Auflösungsbeschlüssen und vor vorzeitigen Ortsgruppenbildungen der Staatspartei ist zu warnen. Der linke Flügel der Deutschen Volkspartei, wenn er überhaupt besteht, ist durchaus unsicher, so daß man sich keinen großen Hoffnungen hingeben sollte, von dort irgend etwas Nennenswertes zu erhalten. Sehr notwendig ist es, den psychologisch richtigen Augenblick zu wählen, wo wir den Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei den Vorschlag machen, in die Staatspartei einzutreten. Der Aktionsausschuß in Berlin sollte durch Personen aus dem Reiche ergänzt werden.

Herr **Hieber**: Durch die Mitteilungen von Höpker-Aschoff ist ein großer Teil der vorangegangenen Diskussion überholt worden. Wenn die Demokratische Partei sich nicht in die neue Staatspartei überführen läßt, dann ist die große Tragödie des deutschen Liberalismus um einen Akt reicher. Die Sprache des Jungdo ist wohl anders als die unsere, aber seine Gedanken sind von den unseren nicht verschieden. Man darf doch nicht übersehen, daß sich hier die erste Möglichkeit ergibt, einen Kreis der jüngeren Generation in das politische Leben nach unserem Sinne hineinzuziehen. Bei uns in Württemberg müssen noch viele Schwierigkeiten überwunden werden, ehe sich die Überleitung in die Staatspartei reibungslos vollzieht. Der Redner legt noch einmal die Punkte dar, die zwischen Demokraten und Volksnationalen geklärt werden müssen.

Herr **Kempner**: Wenn wir zusammengehen wollen, dann wäre es das Falscheste, vorläufig Zurückhaltung zu üben. Wir müssen gleich in die Partei hineingehen, damit die Jungdeutschen nicht die Oberhand bekommen.

Herr **Wachhorst de Wente** bekennt sich zu den Erklärungen von Höpker-Aschoff. Anzuerkennen ist, daß die Jungdeutschen in Wahlversammlungen die antisemitischen Angriffe der Nationalsozialisten sehr geschickt abgewehrt haben. Es ist erfreulich, daß wir jetzt durch den Jungdo soviel Jugend erhalten haben. Koch-Weser ist dafür zu danken, daß er den Zusammenschluß eigenmächtig gemacht hat. Sehr bedauerlich ist, daß Rönneburg nicht wieder aufgestellt worden ist, weil er in der Bauernschaft sehr beliebt war. Wenn wir Geld gehabt hätten, dann hätten wir auf dem Lande noch ganz andere Erfolge erzielt. In die Staatspartei müssen wir unbedingt hineingehen.

Herr **Siehr** erklärt sich gegen die Schäferschen Anregungen. Der Schwebezustand muß rasch beseitigt werden. Zu billigen ist die Resolution Meyer. Bei der Neuorganisation der Partei dürfen die Aktionsausschüsse im Lande nicht in der fehlerhaften Zusammensetzung erscheinen, die sie jetzt zeigen. Mit der Volksnationalen Vereinigung haben wir in Ostpreußen sehr gut zusammengearbeitet.

Herr **Frankfurter** hat inzwischen einen längeren Antrag ausgearbeitet, den er im einzelnen erläutert[13].

13 Vgl. unten.

Abstimmungen:

Es folgen nun die Abstimmungen. Ein großer Teil der Anträge, über die abgestimmt wird, liegt schriftlich nicht vor.

1. Auf Anregung von Herrn **Schäfer** beschließt der Vorstand einstimmig, den Aktionsausschuß zu ersuchen, zu den Arbeiten, die ihm zunächst obliegen, d. h. besonders zur Schaffung einer vorläufigen Satzung, eine Anzahl von Herren aus dem Lande hinzuzuziehen.

2. Mit großer Mehrheit beschließt der Vorstand, den Aktionsausschuß um die Zuwahl von Frau Dr. Lüders zu ersuchen.

3. Ohne besondere Abstimmung erklärt sich der Vorstand damit einverstanden, daß zur Erleichterung der persönlichen Annäherung in größeren und kleineren Zwischenräumen zwanglose politische Abende veranstaltet werden, die durch ein kurzes Referat eingeleitet werden. Daneben sollen auch einmal die Wahlkreisvorsitzenden nach Berlin zusammenberufen werden, um sie in einer Sitzung mit den Herren von der Volksnationalen Vereinigung bekannt zu machen. Vorausgehen soll dieser Simultansitzung eine Sondersitzung der demokratischen Parteileitung mit den Wahlkreisvorsitzenden. Es wird angenommen, daß zu den gemeinsamen Abenden in erster Reihe die Vorstandsmitglieder der DDP eingeladen werden.

4. Als Fragen, die im Hauptaktionsausschuß noch zu klären sind, werden genannt: Flaggenfrage, Antisemitismus, Außenpolitik, Reichsbanner, der „Jungdeutsche", Jungdeutscher Orden, zweifache Spitze der Partei.

5. Abstimmung über die (inzwischen nach dem Vorschlage von Höpker-Aschoff geänderte) Resolution Meyer. Aus dem Antrage Frankfurter (der zum Teil mit der Resolution Meyer verschmolzen ist), bleibt noch übrig ein Passus, wonach der Vorsitzende beauftragt wird, den Parteitag der DDP einzuberufen. Dieser Passus wird einstimmig angenommen, doch wird beschlossen, ihn in der Veröffentlichung über die heutige Sitzung nicht zu erwähnen. Hierauf wird über die Resolution Meyer abgestimmt, und zwar über jeden Satz besonders. Der 1. Satz wird einstimmig angenommen, der 2. mit allen gegen 5 Stimmen. Der Vorstand beschließt, das Zahlenverhältnis bei der Abstimmung nicht öffentlich bekanntzugeben. Danach lautet die Resolution in der Fassung, in der sie Annahme gefunden hat, folgendermaßen:

„1. Der Parteivorstand wünscht die beschleunigte Fortsetzung der Verhandlungen wegen Konstituierung der Staatspartei, damit der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei möglichst bald zur Beschlußfassung berufen werden kann.

2. Der Parteivorstand empfiehlt den Mitgliedern der Deutschen Demokratischen Partei, durch rege Mitarbeit schon vor Abhaltung des Parteitags der Staatspartei in den Wahlkreisen und in den örtlichen Organisationen bei deren Aufbau dafür zu sorgen, daß die großen demokratischen Grundsätze zur vollen Geltung kommen."

Verschiedenes:

Herr **Zeitlin** fragt Herrn Oskar Meyer, ob er nicht eine Erklärung abgeben könne über sein Verbleiben im Hauptaktionsausschuß.

Herr **Meyer** erklärt, er habe in der letzten Zeit derartige erschütternde Beweise mangelnder Loyalität auf der Gegenseite im Aktionsausschuß erhalten, daß er nicht mehr glaube, mitarbeiten zu können. Er gibt eine längere Darlegung der Punkte, bei denen die Gegenseite besonders illoyal verfahren sei: die Frage der Führung des Vorsitzes (Koch-Weser–Höpker-Aschoff–Weber); Änderung der Richtlinien; Zuwahl von Dr. Muhle mit der ausdrücklichen Betonung, daß er als Vertreter der Sozialrepublikanischen Richtung kooptiert werde. Alle diese drei Vorfälle hätten sich in der letzten Sitzung des Aktionsausschusses abgespielt, die beiden letztgenannten in Meyers Abwesenheit und ohne daß ihm vorher davon Mitteilung gemacht worden sei, daß die Dinge noch zur Sprache kommen sollen. Infolge dieser Vorfälle, so erklärt Herr Meyer, habe er nicht die Absicht, sich an den Sitzungen des Hauptaktionsausschusses noch zu beteiligen. Auf das Zureden von Herrn **Koch-Weser** hin erklärt er sich aber doch später bereit, im Aktionsausschuß zu bleiben, fügt aber hinzu, daß er seine Stellung zum Sozialrepublikanischen Kreis unter keiner Bedingung ändere. Er verlangt von dem Vorstand volle Unterstützung in dem Kampf gegen Sonderbündelei.

Herr **Koch-Weser** erklärt im Anschluß daran: Meine Absicht ist es gewesen, sofort nach dem letzten Parteiausschuß, auf dem ich so scharf angegriffen worden bin, die Arbeit im Aktionsausschuß, die das Vertrauen der ganzen Partei verlangt, an Höpker-Aschoff abzugeben. Ich bin aber von Herrn Meyer, Frau Bäumer und Herrn Stephan gebeten worden, im Aktionsausschuß zu bleiben. Von meiner Erholungsreise bin ich dann auch nicht in der Absicht zurückgekommen, den Vorsitz zu übernehmen. Die Übertragung des Vorsitzes an mich geht vielmehr von den Volksnationalen aus. Ich suche diese Leute zu veranlassen, ihre Bedenken gegen Höpker-Aschoff zu beseitigen. Ich bin der Meinung, daß es richtig ist, wenn Höpker-Aschoff den Vorsitz behält.

Der Vorstand nimmt diese Erklärung zustimmend zur Kenntnis.

Frau **Bäumer** bezeichnet es als großen Mißstand, daß für die Aktionsausschußsitzungen keine besondere Tagesordnung zurechtgemacht wird.

Nach weiteren Bemerkungen der Herren **Bernhard** und **Koch[-Weser]** wird die Debatte geschlossen.

Herr **Frankfurter** legt in einer persönlichen Bemerkung Verwahrung dagegen ein, daß (in der Frage des Vorsitzes) von volksnationaler Seite bestimmt wird, welcher Führer der Demokraten das Vertrauen der Demokraten zu genießen hat.

Herr **Brammer** erkundigt sich, ob und welche Verabredungen über das Weiterbestehen des „Demokratischen Zeitungsdienstes" getroffen sind. Die Volksnationalen wollten ihm eine Persönlichkeit als Mitherausgeber zur Seite stellen. Das gehe aber unter keinen Umständen.

Herr **Meyer** bittet Brammer, die Sache nicht so schroff zu betreiben, sondern sich zu überlegen, ob er nicht eine kleine persönliche Konzession machen könnte. Es brauchte ja kein gleichberechtigter Mitarbeiter zu sein.

Herr **Falk** widerspricht dem Vorredner. Der „Demokratische Zeitungsdienst" könnte nur von *einer* Person geleitet werden. Es komme ja auch nur darauf an, ob die neue Partei wie die alte volles Vertrauen zu Brammer hat.

Wenn die Staatspartei dieses Vertrauen hat, dann bleibt er, wenn er es nicht hat, dann kann er nicht mehr Leiter des Zeitungsdienstes sein.

Herr **Meyer** schließt die Aussprache mit der Versicherung, daß die demokratischen Führer Brammer stützen würden.

Schluß 19.45 Uhr.

171.

16.10.1930: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „Issberner". Vorsitz: zunächst Meyer, dann Fischer. Beginn: kurz nach 9.15 Uhr. Ende: 15 Uhr. Ort: Reichstag.

Herr Oskar **Meyer** eröffnet als Vorsitzender die Sitzung kurz nach 9.15 Uhr. Er weist auf die strenge Vertraulichkeit der Verhandlungen hin und ersucht die Anwesenden, ihm stillschweigend die ehrenwörtliche Versicherung abzugeben, daß sie über die heutige Sitzung nichts nach außerhalb berichten werden, es sei denn, wenn es sich im Kreise der intimsten Parteifreunde um die notwendigen Mitteilungen über den Inhalt der heutigen Sitzung handelt. Ferner weist er darauf hin, daß die dem Vorstande nicht angehörenden Anwesenden, soweit sie nicht Wahlkreisvorsitzende sind, kein Stimmrecht besitzen. Herrn Koch-Weser, der sein Amt als Vorsitzender der Partei niedergelegt hat, widmet der Vorsitzende herzliche Worte des Dankes für seine Tätigkeit an der Spitze der Partei[1]. (Lebhaftes Bravo.)

Sodann verliest der Vorsitzende den Schriftwechsel, den er mit Herrn Hellpach wegen dessen Austritt aus der Partei geführt hat. Er hat Herrn Hellpach gebeten, diesen Schritt nicht zu tun, Hellpach hat aber eine Nachricht über sein Ausscheiden aus der Partei schon nach Heidelberg gelangen lassen, ehe er das letzte Schreiben Meyers in den Händen hatte. Auf dieses ist noch keine Antwort erfolgt.

Ferner verliest der Vorsitzende einen Brief, den Dr. Muhle als Führer des *Sozialrepublikanischen Kreises* an ihn gerichtet hat. In dem Schreiben wird

1 Koch-Weser hatte nach dem Austritt der volksnationalen Mitglieder des Hauptaktionsausschusses aus der Staatspartei den Parteivorsitz niedergelegt. Abdruck seiner Erklärung in: Demokrat v. 10.10.1930 Nr. 19. In den folgenden Tagen war Koch-Weser von verschiedenen Seiten, namentlich von Höpker-Aschoff, Meyer, Weber und Petersen, nahegelegt worden, auch sein Reichstagsmandat niederzulegen. Koch-Weser konnte sich jedoch zunächst nicht zu diesem Schritt entschließen; er hatte seine Sicht der Dinge brieflich mehreren Parteifreunden dargelegt und versucht, sie für die kommende Vorstandssitzung am 16.10.1930 auf eine entsprechende Stellungnahme festzulegen. So heißt es in einem Brief an Ehlermann vom 8.10.1930: „Hätte man die Sache vertraulich an mich herangebracht und etwa von vornherein mit dem Wunsche, Winschuh ein Mandat zu schaffen, begründet, so hätte sich darüber reden lassen. Aber diese ultimative, fast öffentliche Form reizt mich empfindlich und würde immer in mir den Stachel hinterlassen, nach 12 Jahren Parteitätigkeit aus der Partei herausgeworfen zu sein und mich dem aus Angst gefügt zu haben. Ich fühle mich dadurch aufs tiefste verletzt und möchte es auf einen Kampf ankommen lassen, wobei ich nicht einmal weiß, ob die anderen so weit gehen werden." Nachlaß Koch-Weser 110. Vgl. auch Ende der Parteien S. 38.

mitgeteilt, daß der Kreis beschlossen hat, als solcher aus der Partei herauszugehen und sich auf eine überrepublikanische, bündische Basis zu stellen. Soweit die Mitglieder des Kreises der Deutschen Demokratischen Partei angehörten, würden sie in der Partei bleiben.

Der Vorsitzende schließt seine Mitteilungen mit einem Appell an die Anwesenden, in dieser wichtigen Schicksalsstunde der Partei die Gegensätze zwar offen und aufrichtig zum Ausdruck zu bringen, aber in würdiger Form und unter Vermeidung persönlicher Spitzen.

Die Vorgänge in der Deutschen Staatspartei

Herr **Höpker-Aschoff** wirft als Referent zunächst einen kurzen Rückblick auf die Konstellation bei den Wahlen und geht dabei besonders auf seine Mitarbeit im Hauptaktionsausschuß ein. Die Tätigkeit in diesem Ausschuß war nicht die Arbeit von Leuten, die vertrauensvoll miteinander wirken wollen, sondern nur ein Austrag von Meinungsverschiedenheiten. Das war schon der Fall bei der Auseinandersetzung über die Kandidaturen – eine aufreibende und niederdrückende Arbeit. Von den Volksnationalen wurden uns vielfach Kandidaten vorgeschlagen, die auch nicht im entferntesten den Ansprüchen an Wahlbewerber gerecht wurden. Der Redner geht dann auf die Stellung ein, die sich Mahraun als Führer der Partei eigenmächtig angeeignet hat. Diese Eigenmächtigkeit machte sich namentlich bei einer wichtigen Änderung der Richtlinien geltend, die ohne Gegenzeichnung der Demokraten herausgegangen ist[2]. Die Forderung einer Revision dieser Abänderung wurde dabei abgelehnt. Dann planmäßige Angriffe des Jungdo gegen bestimmte Demokraten (Stolper, Reinhold, Höpker-Aschoff). Alle diese Schwierigkeiten führten zu einer Aussprache im engeren Kreise, die in einer zweiten Sitzung fortgeführt wurde und an der von uns die Herren Meyer, Weber und Höpker-Aschoff sowie Frau Bäumer, von der anderen Seite die Herrn Mahraun, Bornemann und Baltrusch teilnahmen. In der zweiten Sitzung hat der Referent die Bedingungen mitgeteilt, unter denen allein ein Weiterbestehen der Staatspartei in ihrer damaligen Form möglich sei: 1. Die Leitung der Partei wird endgültig von dem demnächst zusammentretenden Parteitag der Staatspartei bestimmt, wobei es so gehalten sein möge, daß den Vorsitz zwei Personen, darunter Mahraun, führen. 2. Im Hauptaktionsausschuß führen zwei Personen den Vorsitz, und zwar außer Mahraun ein Demokrat, bei Meinungsverschiedenheiten entscheidet der Aktionsausschuß. 3. Die unerfreulichen Angriffe auf die Demokraten müssen aufhören. 4. Die demokratische Organisation bleibt vorläufig aufrechterhalten und wird dann in die Staatspartei überführt unter der Voraussetzung, daß auch die Volksnationale Reichsvereinigung dann aufhört zu existieren. Aufgabe der Wahlkreisvorstände wird es bei der Überführung sein, darüber zu befinden, ob die bisherigen Geschäftsstellen und die bisherigen Parteisekretäre bleiben. 5. Zurücknahme des Beschlusses über die Abänderung der Richtlinien betr. den Aufbau der Staatspartei. Die Volksnationalen gaben auf diese Forderungen nicht sofort einen endgültigen Bescheid, sondern verwiesen auf die nächste Aktionsausschußsitzung, die am kommenden Dienstag

2 Siehe Nr. 170 Anm. 11.

(30. September) stattfinden sollte. Höpker-Aschoff verlangte inzwischen Waffenruhe, Herr Mahraun erklärte aber, daß er schon für den nächsten Sonntag, wo die Kapitel seines Ordens Zusammenkünfte hätten, Instruktionen erteilen müsse. Es erging dann auch jener bekannte Brief Mahrauns an die Kapitel, worin Mahraun es ablehnt, weiter für die Staatspartei zu werben und sich auf die Volksnationale Reichsvereinigung zurückzieht[3]. Der demokratische Parteivorstand, der am Sonnabend (27. September) tagte und dem damals das Schreiben Mahrauns noch nicht bekannt war, beschloß alles zu tun, um die Überbrückung der Gegensätze herbeizuführen[4]. In der Sitzung des Hauptaktionsausschusses am Dienstag (das ist der 30. September), wurde auch noch von unserer Seite die Verhinderung eines Bruches versucht. Es wurde aber kaum noch sachlich verhandelt. Die Volksnationalen legten eine ultimative Entschließung, die sich vor allem gegen Meyer und Höpker-Aschoff wandte, vor; diese wurde natürlich abgelehnt, und zwar auch von den Jungliberalen und den Vertretern des Reichsbanners[5]. Darauf erfolgte die Austrittserklärung der Volksnationalen. Unsere Organisationen und die Aktionsausschüsse im Lande sind von diesen Vorgängen durch Rundschreiben in Kenntnis gesetzt worden. Der Versuch, wenigstens eine äußerliche Fraktionsgemeinschaft aufrechtzuerhalten, hat auch zu keinem Ergebnis geführt. Wir haben somit keine Fraktionsstärke mehr und sind im Reichstag jeder Aktionsfähigkeit beraubt.

Was soll nun werden? Nach unserem Dafürhalten muß man an dem Gedanken der Staatspartei festhalten. Das ergibt sich einmal aus der Stimmung im Lande. Wir sind ja doch als Staatspartei in den Wahlkampf gegangen, und unsere Kandidaten sind auf die Staatspartei gewählt worden. Wir haben also gar nicht das Recht, die alte Demokratische Partei wieder aufzumachen. Zweitens kommt die sachliche Erwägung hinzu, daß der Gedanke der Staatspartei in dem Wahlkampf zündenden Widerhall gefunden hat und daß also um dieser Idee willen die neue Partei aufrechterhalten werden muß. Es gibt auch viele Volksnationale, die der Staatspartei, wenn sie bestehenbleibt, den Rücken nicht kehren werden. So beispielsweise in Süd-Westfalen. Wir als Demokratische Partei sollten so schnell wie möglich die Überleitung in die Staatspartei vornehmen. Unmittelbar nach dem Parteitag der Demokratischen Partei muß der konstituierende Parteitag der Staatspartei folgen. Bis dahin werden wir noch mit dem Hauptaktionsausschuß arbeiten müssen. In ihm befinden sich außer den demokratischen Mitgliedern zur Zeit noch Jungliberale, ein Vertreter der bündischen Bewegung (der vielleicht auch austreten wird), sowie Vertreter des Reichsbanners. Die Jungliberalen bleiben unter allen Umständen im Ausschuß, auch Winschuh.

Ein Verzicht auf politische Arbeit ist für uns nicht denkbar, solange wir noch die Möglichkeit zu solcher Arbeit sehen. Eine Partei der Mitte oder der linken Mitte

3 Am 3.10.1930 hatte Mahraun an Koch-Weser geschrieben: „Das Bestreben, die Deutsche Staatspartei als eine Fortsetzung der Deutschen Demokratischen Partei und als Linkspartei erscheinen zu lassen, veranlaßt mich zu schärfstem Widerstand." Daher habe er seine Führer angewiesen, sich in der Staatspartei gegenüber der DDP als „gesonderte Heersäule" zu betrachten. Ende der Parteien S. 37 und 73.

4 Siehe Nr. 170.

5 Abdruck der Entschließung in: Demokrat v. 10.10.1930 Nr. 19; vgl. ferner Ende der Parteien S. 37.

oder wie man sie sonst nennen will, muß unter allen Umständen bestehenbleiben, wenn die politische Entwicklung in Deutschland nicht die verhängnisvollste Wendung nehmen soll. Wir und unsere Anhänger würden heimatlos sein. Darum dürfen wir nicht resignieren, sondern müssen die Staatspartei aufbauen.

Nachdem der **Vorsitzende** noch nähere Mitteilungen über den vom Referenten erwähnten Briefwechsel zwischen Meyer und Mahraun[6] gemacht hat, ergreift Herr **Koch-Weser** das Wort, um zunächst für die Anerkennung durch den Vorsitzenden zu danken.

Ich halte mich für verpflichtet, so fährt er fort, Ihnen allen gegenüber mein Bedauern auszudrücken, daß ich Sie in so schwere innere Konflikte und so mannigfache Reibungen während des Wahlkampfes hineingeführt habe. Ich habe einen Teil der Konsequenz hieraus durch Niederlegung des Vorsitzes im Parteivorstand gezogen. Redner bespricht die Situation, die sich ergab, nachdem sein früherer Wahlkreis öffentlich den Rücktritt vom Mandat verlangt hat, und legt die Gründe dar, aus denen heraus er nicht unmittelbar nach der Wahl sein Mandat niedergelegt habe. Augenblicklich kann es keine Freude und keine Ehre sein, im Reichstag zu sitzen bei unseren 14 Mann, und es wäre mir leicht gewesen, mich durch eine Mandatsniederlegung der Verantwortung zu entziehen. Hätte ich das aber getan, dann hätte man mir vielleicht heute im Vorstand darüber Vorwürfe gemacht. Aber etwas Wichtigeres noch ist es, das mir bisher unmöglich macht, mein Mandat niederzulegen. Bisher ist es noch unsicher, was in und mit unserer Partei geschehen soll. Wenn ich in diesem Augenblick einem Mann wie Winschuh mein Mandat hinterlassen hätte, dann hätte ich nicht wissen können, welches der Effekt meiner Mandatsniederlegung sein würde. Aus diesem Grunde muß ich erst eine völlige Klärung dieser Frage abwarten, ehe ich weitere Entschlüsse fasse. Ich habe Winschuh auch mitteilen lassen, daß ich bereit bin, in einiger Zeit niederzulegen, wenn er unserer Staatspartei treu bleiben will. Schwer ist mir die Situation dadurch gemacht worden, daß man auch diese Frage wieder in der Öffentlichkeit behandelt. Ich will nicht den Eindruck hervorrufen, als ob ich aus Furcht vor Angriffen zurückgewichen wäre. Ich sehe das Verbleiben in der Fraktion als ein persönliches Opfer an, das Verbleiben als 14. Rad am Wagen. Es würde auch der Partei nicht nützlich sein, wenn man hier mit Schroffheit einen Sündenbock in die Wüste schicken würde. Wertvolle Mitglieder der Partei haben sich doch auch mit mir solidarisch erklärt, und es wäre sehr unangenehm, wenn diese Mitglieder gezwungen werden, gleichfalls aus der Partei auszutreten.

Der Redner legt dann noch einmal dar, wie seinerzeit die Verhandlungen mit den Volksnationalen von ihm eingeleitet und fortgesetzt worden sind. Es war vielleicht ein Fehler von mir, daß ich dem großen Ansturm von Parteifreunden, die es für unmöglich hielten, im Wahlkampf allein vorzugehen, nicht standgehalten habe. Wenn einer nicht die Berechtigung hat, mich zu kritisieren, dann ist es Hellpach, der am allerernstesten auf eine Fusion hingedrängt und mir deswegen sogar ein Ultimatum gestellt hat. Jetzt aber erklärt er, daß wir einen übereilten Schritt getan hätten. Diejenigen, die von einem Zusammengehen mit

6 Meyers Brief ist abgedruckt in: Eggeling S. 29f.

der Deutschen Volkspartei sprechen, sind durch deren gegenwärtige Haltung vollständig desavouiert. Wenn jetzt gesagt wird, wir hätten die Partei durch ein Zusammengehen mit den Volksnationalen überrumpelt, so ist das formell richtig. Aber materiell liegt es so, daß jeder gewußt hat, daß wir unsere einzige Entwicklungsmöglichkeit nach dieser Richtung zu sehen glaubten – wenn auch fälschlicherweise. Es ist nicht nur die Furcht vor dem Wahlkampf gewesen, die uns drängte, Entschlüsse zu fassen. Wäre dieser Gedanke von der Parteileitung nicht propagiert worden, dann hätte uns ein großer Teil der Jugend verlassen, vor allem der Sozialrepublikanische Kreis. Ein weiterer großer Teil unserer Partei hätte nur in einer Fusion mit der Deutschen Volkspartei die Vorbedingung für einen Weiterbestand der Partei gesehen. Ich habe im Parteivorstand weitgehende Andeutungen gemacht, nachdem wir mit den Volksnationalen vorbereitende Besprechungen gehabt hatten[7]. So ist alles geschehen, was nach Lage der Dinge geschehen konnte. Natürlich übernehme ich die volle Verantwortung für das Vorgefallene. (Bei den weiteren Ausführungen Koch-Wesers kommt es zu Zwischenrufen und Richtigstellungen durch **Höpker-Aschoff**. Dieser erklärt, er habe Koch-Weser nach dem Ausfall der Wahl gesagt, er müsse auf die Führung in der Partei mit einer großen Geste verzichten. Darauf habe Herr Koch [-Weser] erwidert, er lehne es ab, auf die Führung zu verzichten, wenn er trotzdem die Arbeit weiterleisten solle.) Wenn auch Fehler von uns gemacht sein sollten, so sind sie weit übertroffen worden durch den bösen Willen der Volksnationalen. In diesem Zusammenhang erwähnt Redner, daß über die Reichsführung der Partei durch Mahraun mit diesem keine Vereinbarung getroffen worden sei; es sei nur gesagt worden, daß der eine Vorsitzende der neuen Partei ein Volksnationaler sein müsse. Schwer zu bemängeln ist die antisemitische Haltung des Jungdo im Lande. In der Flaggenfrage ist abgemacht worden, daß überall an bevorzugter Stelle die schwarzrotgoldene Flagge gezeigt werden müsse. Bei der Ausführung der Beschlüsse ist von den Volksnationalen dann gerade das Gegenteil geschehen. Wir haben uns menschlich in dem Anstand der Volksnationalen schwer getäuscht. Es liegt nach alledem keine Veranlassung vor, durch öffentliche Gehässigkeit mir die Entscheidung schwerzumachen und mich zu zwingen, daß ich mich zur Wehr setze. Wir dürfen in dieser schweren Stunde der Öffentlichkeit nicht das Schauspiel eines Zerwürfnisses geben. Was von meiner Person geschehen kann zur Vermeidung, das wird geschehen.

Der **Vorsitzende** wendet sich gegen eine Bemerkung des Vorredners. Koch-Weser habe über Winschuh eine Äußerung gemacht, die nicht unwidersprochen bleiben dürfe. Er habe davon gesprochen, daß Winschuh vor seiner endgültigen Erklärung über die weitere Zugehörigkeit zur Staatspartei erst die Wünsche des Arbeitgeberverbandes, in dessen Diensten er sich befindet, abwarten wolle[8]. Darin könne die Unterstellung erblickt werden, daß Winschuh seine politische Haltung nicht nach seiner Überzeugung, sondern nach äußeren mate-

7 Das bezieht sich vermutlich auf den in der Sitzung vom 25.7.1930 geäußerten Satz: „Wenn es dagegen gelingen sollte, mit dem ‚Jungdo' zu einem Zusammenschluß zu kommen, so würde in der Partei wohl kein Widerspruch dagegen erhoben werden." Nr. 166. Vgl. auch den Diskussionsbeitrag Gertrud Bäumers in der gleichen Sitzung.

8 Winschuh war Mitarbeiter der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände.

riellen Rücksichten einnehme. Davon könne keine Rede sein. Unter keinen Umständen dürfe die Auffassung Koch-Wesers in die Öffentlichkeit kommen. Der Vorsitzende ersucht Herrn Höpker-Aschoff, die Angelegenheit klarzustellen, und bittet die Anwesenden, nach erfolgter Klarstellung auf den Fall Winschuh nicht mehr zurückzukommen.

Herr **Höpker-Aschoff** erklärt: Die Jungliberalen haben mit uns im Aktionsausschuß stets in vollem Einvernehmen mit uns zusammengearbeitet. Wir haben diese drei Herren, Winschuh, von Rheinbaben und Eschenburg, ganz außerordentlich schätzen gelernt. Sie haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß sie der Staatspartei treu bleiben wollen, ebenso auch Scheuermann[9]. Winschuh hatte zeitweise gewisse Bedenken, und er hat deshalb mit seinen Kölner Freunden eingehend gesprochen. Diese Freunde haben gleichfalls Bedenken geäußert. Gestern haben wir eine längere Unterredung mit Winschuh gehabt, Dietrich und ich, und auch über das Mandat gesprochen. Winschuh hat hierbei erklärt, falls er aus der Staatspartei austreten würde, dann sei es auch eine Selbstverständlichkeit, daß er das Mandat nicht annehme. Im übrigen hat er sich Bedenkzeit betr. des Verbleibens in der Partei ausgebeten. Heute morgen hat er mich telefonisch angerufen und mir gesagt, daß er sich entschlossen habe, bei der Staatspartei zu bleiben, ein Entschluß, den ich außerordentlich begrüßt habe. Auch von einer evtl. Abhängigkeit von seinem Arbeitgeberverband ist gestern gesprochen worden. Winschuh habe dabei betont, daß er zwar gewisse Schwierigkeiten habe, aber hinzugefügt, das werde für seine politische Entscheidung nicht ausschlaggebend sein. Er habe gewisse Reserven, die es ihm ermöglichen würden, auch bei der Aufgabe seiner jetzigen Stellung der Staatspartei treu zu bleiben.

Herr **Koch-Weser** bedauert, daß er über diese Dinge nicht aufgeklärt ist. Seine Bemerkungen seien durch Äußerungen einiger Jungliberaler veranlaßt worden. Im übrigen denke er gar nicht daran, Winschuh einen Vorwurf daraus zu machen, wenn er auf seinen Arbeitgeberverband Rücksicht nehme. Wir sind doch alle verpflichtet, uns bei Übernahme eines öffentlichen Amtes mit der uns übergeordneten Körperschaft auseinanderzusetzen. Es hat mir ferngelegen, Winschuh schlechtzumachen. Ich würde mich freuen, wenn Herr Winschuh in die Partei eintreten würde. Ein Gegensatz zwischen uns besteht in dieser Angelegenheit nicht.

Der **Vorsitzende** betont, daß niemand ihm gegenüber geäußert habe, Winschuh werde nur in der Partei bleiben, wenn er ein Mandat bekäme. Frau **Bäumer** bestätigt das.

Es beginnt nun die Debatte. Für die Redner wird eine Redezeit von 10 Minuten festgesetzt.

Herr **Külz**: Wenn das erstrebte Ziel erreicht worden wäre, dann wären alle, die dabei mitgearbeitet haben, große Leute gewesen. Was die Jungdeutschen uns ziffernmäßig gebracht haben, das ist sehr minimal. Wir dürfen unter keinen Umständen die Flinte ins Korn werfen. Es handelt sich nicht mehr um eine Parteikrise, sondern um die Krise der Demokratie, des Parlaments und des

9 Rechtsanwalt in Berlin.

Staates. Eine Rückkehr zur alten Demokratischen Partei ist schon aus äußeren Gründen nicht möglich, weil die Diskreditierung der Demokratie uns als Partei aufgehängt worden ist. Also Aufrechterhaltung und Ausbau der Staatspartei!

Herr **Hauff**: Wir sollten uns auf die alte Demokratische Partei zurückziehen, weil die Staatspartei gleich mit einer Niederlage begonnen hat und in der ganzen Öffentlichkeit verspottet worden ist. Auch um der Leute willen, die wegen der Volksnationalen von uns weggegangen sind und die wir doch wiedergewinnen müßten, sollten wir zu unserem alten Programm zurückkehren. Wir müssen uns nach der Niederlage in unsere Ausgangsstellung zurückziehen.

Herr **Nuschke**: Die Frage der Mandatsniederlegung von Koch-Weser muß nach reinen Nützlichkeitsgründen beurteilt werden. Es könnte für den Neuaufbau außerordentlich wichtig werden, wenn man die Jungliberalen auch irgendwie in der Fraktion haben könnte. Gegenüber der Krise gilt es, alle noch vorhandenen Reste zusammenzufassen zu neuem Stoß. Dem Radikalismus gegenüber ist ein Sieg möglich. Die Situation für den Liberalismus ist im Gegenteil nie so günstig gewesen wie jetzt.

Herr **Riedel**: Es geht nur um sachliche Dinge, nicht um persönliche. Um Persönlichkeiten hätten wir uns damals kümmern müssen, als wir das Zusammengehen mit den Volksnationalen planten. Wir müssen uns in den Organisationen umsehen und sie bereinigen und dann einen Parteitag einberufen, um zu beschließen, ob wir Staatspartei werden oder Demokratische Partei bleiben wollen. Wir haben doch die preußische demokratische Landtagsfraktion, die noch aktiv ist und eine große Bedeutung hat, zumal da wir bei Beurteilung dieser Frage auch die preußische Regierungskoalition berücksichtigen müssen. In großen Teilen unserer Partei besteht das Gefühl nicht mehr, daß wir Kameraden und Genossen sind. Da ist das verlorengegangene Vertrauen wiederherzustellen, ehe man an die Konstituierung der neuen Partei denkt. Der Name der Partei ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Redner kritisiert stark das Schreiben des Sozialrepublikanischen Kreises und betont, es sei ein einfaches Ding der Unmöglichkeit, die Vorschläge dieses Kreises anzunehmen. (Starker Beifall.) Es dürfen keine Organisationen geschaffen werden, die nur dazu bestimmt sind, im Lande unbequemen Persönlichkeiten Schwierigkeiten zu machen. (Starker Beifall.)

Herr **Dietrich**: Ich habe zu denjenigen gehört, die den Weg zur Staatspartei gemacht haben, und habe den Schritt ausdrücklich gebilligt. Es hat keinen Zweck, heute zu erörtern, ob es besser gegangen wäre, wenn wir alleine geblieben wären. Wir müssen also einen Strich unter die Vergangenheit machen. Das deutsche Volk hat vielleicht noch keinen Begriff davon, was für einen Reichstag wir haben. Der größte Teil der Nationalsozialisten ist einfach ganz radikal sozialistisch. Bewegende Kräfte im deutschen Parteileben sind zur Zeit Kommunismus, Sozialismus, Nationalsozialismus, Klerikalismus (einschließlich der Evangelischen um Mumm). Diese Strömungen werden sich alle halten. Was sonst noch da ist, das ist so gut wie nichts. Über alle Parteiprogramme ist die Geschichte längst hinweggegangen. Der einzige Kampf, der hier geführt werden muß, ist der Kampf um die Behauptung des Staates. Wir dürfen nicht die Flinte ins Korn werfen. Die Frage ist, wie wir unserer Idee nachgehen. Es ist möglich, eine Partei auf dem Staatsgedanken aufzubauen auf lange Sicht, aber es hat keinen Zweck, in einer

Partei zu bleiben (und ich bin bereit, meine eigenen Wege zu gehen), wenn nicht diese gegenseitige Bekämpfung und Intrigenmacherei aufhört. (Sehr richtig!) Nach außen hin muß Disziplin herrschen, und auch die Presse muß Disziplin halten und wenn sie das nicht tut, dann muß sie energisch abgeschüttelt werden. Auf dem nächsten Parteitag sollten wir sagen: Wir wollen den Namen Staatspartei behalten als Träger des demokratischen und republikanischen Staates. Machen wir ein Statut, daß wir Uneinigkeit und Zank nicht mehr dulden! Es kann keinen Sozialrepublikanischen Kreis geben. Wenn er eine eigene Partei machen will, dann soll er gehen, aber schnell! (Bravo!) Wir können Linksdemokraten und können Jungliberale aufnehmen, es darf aber nur eine Partei geben. Wenn die Sache hier nicht zustande kommt, dann gehe ich meine eigenen Wege. Wir werden uns dann in Baden zusammensetzen und überlegen, was wir machen wollen. Vielleicht gehen wir zusammen mit den Württembergern, obwohl diese schon wieder einen Fehler gemacht haben, indem sie den Namen der Demokratischen Partei behalten haben.

Herr **Vogt**: Was machen wir bis zum Parteitag der Demokratischen Partei? Es wird nicht leicht sein, die Parteifreunde, die an der alten Partei hängen, zu überzeugen, daß wir in der Staatspartei aufgehen müssen. Daher haben wir unseren Anhängern den Inhalt der neuen Partei klarzumachen. Es sieht draußen in den Organisationen sehr schlecht aus: Zusammenbruch bis zu 80%. In gewisser Weise ist es von Vorteil, daß wir keine vollständige Fraktion haben; nun können diese 14 Männer sich vollständig dem Aufbau der Partei widmen.

Herr **Dechamps**: Die Fehler der Vergangenheit liegen weit zurück, sie sind in den Jahren verübt worden, als man noch nicht an ein Zusammengehen mit den Volksnationalen dachte, als man die Partei hat zu eng werden lassen. Darum haben unsere Freunde es als eine Erlösung aufgefaßt, daß wir uns durch ein Zusammengehen mit den Volksnationalen wieder aufschlossen. Es ist im Westen Deutschlands absolut nicht denkbar, noch einmal zu der Demokratischen Partei zurückzukehren. Unsere Freunde dort haben sich in den Gedanken der Staatspartei hineingestellt. Die Rückzugslinie, auf der wir uns sammeln können, ist absolute Geschlossenheit unserer eigenen Partei und Ausschaltung aller Elemente, die Sondergruppen bilden wollen. Die Ortsgruppen lassen sich durchhalten, wenn wir schnell einen Parteitag einberufen, mit dem Ziel des Aufbaus der Staatspartei. Aber sie lassen sich nicht zusammenhalten, wenn wir vorläufig noch immer weiter fortwursteln. Bei uns im Westen gibt es viele Volksnationale, die in der Staatspartei bleiben möchten. Ebenso gibt es dort viele Volksparteiler, die über die heutige Politik von Scholz erbittert sind und die wir vielleicht als Mitläufer mindestens gewinnen können. Vor dem demokratischen Parteitag sollte schon überall die Bildung staatsbürgerlicher Organisationen begünstigt werden.

Herr **Freudenberg**: Wir haben in Baden am 16. November Gemeindewahlen und müssen uns bis dahin entschließen, was wir machen wollen. Daher haben wir am nächsten Sonntag Parteitag. Ein Zurück zur Demokratischen Partei kann es nicht mehr geben. Wir haben die größte Hochachtung für die Ehrlichkeit Koch [-Wesers]. Aber wir müssen unserem Freund Lemmer die tiefe Enttäuschung aller badischen Freunde aussprechen über die Haltung, die er in den letzten Jahren eingenommen hat. Wenn einer Konsequenzen zu ziehen hat, so ist es nicht

Koch[-Weser], sondern Lemmer. Nichts ist verhängnisvoller, als wenn jemand in allzu jungen Jahren ohne Unterbrechung immer parlamentarisch tätig ist, weil der Betreffende dann den Eindruck gewinnt, als ob seine parlamentarische Tätigkeit eine unbedingte Notwendigkeit ist. Solange eine Klüngelpolitik betrieben wird und solange wir nicht für eine völlig einheitliche Partei eintreten, solange werden wir niemals auf einen grünen Zweig kommen. Wir werden in keiner Partei mehr mitarbeiten, bei der wir nicht die Überzeugung haben, daß die inneren Zwistigkeiten ein Ende finden.

Herr **Greve**[10] stellt einige Fragen über das praktische Verhalten der Partei bei den bevorstehenden Mecklenburger Gemeindewahlen. Der **Vorsitzende** stellt ihm anheim, diese Fragen vor dem heute noch zu wählenden Geschäftsführenden Ausschuß zu verhandeln.

Herr **Stubmann**: Selbst die Organisationen wie die Hamburger, die im Juli noch vollkommen intakt waren, haben jetzt einen Neuaufbau nötig. Dieser muß völlig sauber sein. Wir können uns nicht auf eine Position zurückziehen, die restlos zerstört ist, und das ist die Demokratische Partei infolge des Zusammenschlusses vom Juli. Wir können aber auch nicht einfach den Namen ändern, sondern wir bedürfen auch einer materiellen Änderung des Programms. Es muß ein Schnitt gemacht werden, und wir müssen von neuem wieder anfangen. Wir dürfen es nicht riskieren, daß nach außen der Anschein erweckt wird, als ob die alte Demokratische Partei wieder da sei. Darum sollten wir die Jungliberalen an uns fesseln. Darum müßte Koch-Weser auch bald sein Mandat niederlegen. Meine Hamburger Freunde schließen sich dem an, was heute über den Sozialrepublikanischen Kreis und insbesondere über Lemmer gesagt worden ist. Redner erörtert dann noch, welche Maßnahmen man treffen muß, um zu verhindern, daß die Auflösung der Demokratischen Partei an dem Widerspruch von mindestens einem Viertel der Parteiangehörigen scheitert.

Herr **Meyer** (der bis auf weiteres den Vorsitz an Herrn Fischer abgibt), verliest unter großer Erregung eine Notiz des „Berliner Börsen-Courir" vom Donnerstagmorgen, wonach die Zeitung aufgrund von Mitteilungen Koch-Wesers darauf hinweist, daß die politische Haltung Winschuhs sich nach den Auffassungen seines Arbeitgeberverbandes richten werde.

Herr **Koch-Weser** erklärt ehrenwörtlich, daß er der Notiz im „Berliner Börsen-Courir" in jeder Hinsicht fernstehe. Er werde seit langer Zeit von dem Redakteur dieses Blattes, Bondy[11], scharf angegriffen; das Blatt habe gestern auch von dem Gerücht Kenntnis und Notiz genommen, daß er, Koch-Weser, mit Rücksicht auf Winschuh sein Mandat niederzulegen gezwungen werde. Das habe er als außerordentlich peinlich empfunden. Er habe infolgedessen gestern abend Bondy telefonisch aufgeklärt. Als Bondy ihn gefragt habe, ob er das für die Zeitung verwenden könne, habe er das ausdrücklich verboten und bemerkt, die ganze Auskunft diene nur zu Bondys persönlicher Information.

Der Vorsitzende, Herr **Fischer**: Die Hauptsache ist doch, daß die Notiz des „Börsen-Courir" Bezug nimmt auf das Verhältnis Winschuhs zu dem

10 Heinrich Greve, Oberpostsekretär in Rostock.

11 Joseph Bondy, Redakteur des „Berliner Börsen-Courir" 1920–1933.

Arbeitgeberverband und daß man sich da auf eine Mitteilung von Koch-Weser beziehen kann. Der Vorsitzende fragt Herrn Koch-Weser, ob er diese Bezugnahme berichtigen könne.

Herr **Koch-Weser** verzichtet vorläufig auf eine Berichtigung.

Herr **Meyer**: Die Verantwortung für die Verhandlungen mit den Volksnationalen tragen Koch-Weser, Frau Bäumer, Lemmer, Meyer, Stephan. Daraus folgt, daß diese sämtlichen von mir genannten Persönlichkeiten aus der führenden Reihe des öffentlichen Lebens zurücktreten müßten. Aber diese Konsequenz kann nur soweit gezogen werden, als es das politische Interesse zuläßt. Jeder von uns würde es als Verlust für die Sache der Demokratie ansehen, wenn etwa Frau Bäumer eine solche Konsequenz zieht. Wenn ich das Mandat beibehalte, so ist für mich maßgebend einmal die Tatsache, daß in diesem Falle das Mandat an einen Volksnationalen übergehen würde, zweitens die Tatsache, daß mein Wahlkreis den Mandatsverzicht einmütig nicht gewünscht hat. Würde aber dieser Wunsch ausgesprochen werden, dann würde ich das als für mich verbindlich ansehen, weil ich in diesem Zusammenschluß mit mangelnder Vorbereitung ein schweres Vergehen erblicke. Wenn Koch-Weser erklärt hat, erst nach Aufklärung des Falles Winschuh sein Mandat niederzulegen, dann sollte man diesen Entschluß als ein dankenswertes, unter diesen Umständen aber auch notwendiges Opfer betrachten, das er der Partei bringt. Es wäre daher am zweckmäßigsten, wenn die Kritik aus der Diskussion verschwände. Ich halte es weiter für geboten, daß wir die Staatspartei aufrechterhalten. Unbedingt notwendig ist es, daß wir die Jungliberalen bei uns behalten, weil wir nicht die alte Demokratische Partei bleiben wollen. Damit soll keineswegs gesagt sein, daß wir eine Wendung zur Deutschen Volkspartei vornehmen. Niemand von uns denkt daran, gegenwärtig auch nur in der losesten Form in eine Verbindung mit der Deutschen Volkspartei zu treten. Die neue Partei muß geschlossen sein, und in dieser Partei darf keine Kreisbildung geduldet werden. Wenn der Sozialrepublikanische Kreis in unserer Partei eine Vertretung hat, dann ist für mich kein Raum in der Partei. Ich habe den Vorsitz vorläufig übernommen, fühle mich aber nur als Geschäftsführer. Deshalb scheint es mir richtig, wenn der Parteivorstand heute einen kleinen Kreis von Parteifreunden wählt, die bis zum Parteitag eine Art Direktorium bilden und die politische Richtung bestimmen. Zum Schluß liest Herr Meyer eine Resolution vor, um deren Annahme er bittet[12].

Herr **Zehm**[13]: Herr Koch-Weser soll sein Mandat behalten, dasselbe gilt aber auch für Herrn Lemmer. Darin ist die ganze pommersche Organisation einig. Der Sozialrepublikanische Kreis ist auch nicht die Ursache des Zerfalls der Partei.

12 „Der Parteivorstand der DDP beschließt: Der Versuch, das Staatsbürgertum in dem Bekenntnis zur Staatsidee zu sammeln, ist bei der letzten Wahl mißlungen. Er darf dennoch nicht aufgegeben werden, sondern muß mit äußerster Kraftanstrengung fortgesetzt werden, mit dem Ziel, dem Staat, Gesellschaft und Wirtschaft bedrohenden Radikalismus einen wirksamen Widerstand der republikanischen, sozial und liberal eingestellten Mitte entgegen zu stellen. Der Vorstand hält deshalb die Aufrechterhaltung der Staatspartei für geboten. Er wird dem Parteitag der DDP vorschlagen, den Übergang in die Deutsche Staatspartei zu vollziehen, und ruft schon heute die Parteifreunde dazu auf, unter Ausschaltung aller Richtungskämpfe und persönlicher Gegensätze den Aufbau der Partei vorzubereiten."

13 Georg Zehm, Studienrat in Stettin.

Auf Ersuchen von Herrn **Rönneburg** wird jetzt gleich ein Wahlausschuß zur Vorbereitung der Wahl des Direktoriums gewählt, mit der Aufgabe, noch der heutigen Sitzung Vorschläge zur Wahl zu machen. In den Wahlausschuß werden gewählt die Herren Rönneburg, Landahl und Merten.

Herr **Falk** stellt die Frage, ob das Ausscheiden der sechs Volksnationalen[14] aus der Fraktion widerstandslos hinzunehmen sei oder ob man diese Herren zur Niederlegung der Mandate anhalten soll. (Herr **Meyer**: Das ist zu prüfen, aber von dem Parteitag der Staatspartei.) Redner bezeichnet das als richtig, denn diese Herren seien doch auf das Programm der Staatspartei gewählt worden. Weiter begrüßt er es, daß Koch-Weser sein Mandat niederlegt, und stellt fest, daß Koch-Weser keinem Druck gewichen ist, sondern sich aus freiem Entschluß zu dem Schritt verstanden hat, der ihm wohl nicht leicht geworden ist. Es bleibt nichts übrig, als die Demokratische Partei in die Staatspartei zu überführen. In der neuen Partei darf keine Koterie bestehenbleiben. Der Sozialrepublikanische Kreis wird hoffentlich die entsprechenden Konsequenzen ziehen. Gegen Lemmer sind heute schwere Anschuldigungen laut geworden, die sich nicht auf das politische Gebiet beschränkt haben. Niemand kann heute dazu Stellung nehmen. Aber diese Dinge dürfen nicht in der Welt bleiben; ich hoffe, daß die Parteileitung den richtigen Weg finden wird, um die Sache zu bereinigen. Das muß schon vor dem Parteitag geschehen. Redner erklärt sich für die Resolution Meyer und betont dabei, daß das Wort „liberal" nicht aus ihr ausgeschaltet werden darf. Es ist erfreulich, von allen Rednern zu hören, daß ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei gar nicht in Betracht kommen kann. In der Staatspartei darf man nicht zu engherzig sein. Es gibt unter den Leuten, die sich unter dem Namen „Unabhängige Demokraten"[15] gesammelt haben, viele, die jetzt wieder zu uns zurückkommen wollen.

Herr **Hummel**: Es wäre besser gewesen, über die schwere Situation ohne persönliche Opfer hinwegzukommen, weil schließlich in jedem Opfer eine Art geschichtlicher Ungerechtigkeit liegt. Wir sollten die endgültige Entscheidung in diesen Fragen dem außerordentlichen Parteitag überlassen. Es ist nicht unter allen Umständen notwendig, die alte Demokratische Partei aufzugeben, einmal deshalb, weil die Staatspartei auch eine Niederlage erlitten hat, und dann, weil in der Namensgebung gewisse Gefahren für die zukünftige Entwicklung liegen. Das Wort „Staat" und der Staat als Einrichtung ist zur Zeit nicht sehr beliebt. Wenn der Vorstand heute einen Beschluß faßt, in dem implicite die Auflösung der Demokratischen Partei liegt, dann wird das in einer Reihe unserer Organisationen Widerspruch hervorrufen. Es wäre erwünscht, die Resolution so zu fassen, daß die Entscheidung in Wirklichkeit dem Parteitag überlassen bleibt. Die Wahlkreise können dann inzwischen so beschließen, wie sie wollen. Es wäre doch zu vermeiden, daß auch im Lande der Name der Demokratischen Partei völlig

14 Adolph, Bornemann, Hesse, Baltrusch, Abel, Prütz.

15 Nach der Gründung der Staatspartei war am 3.8.1930 in Nürnberg die „Vereinigung unabhängiger Demokraten" unter Vorsitz Quiddes gegründet worden. Vgl. Wippermann A 1930 S. 461. Am 30.11. beschloß eine Vertreterversammlung in Kassel gegen Quiddes Rat die Umwandlung in die „Radikal-Demokratische Partei" und wählte den Berliner Rechtsanwalt Braubach zum Vorsitzenden. Vgl. a. a. O. S. 638.

ausgerottet wird. Unter allen Umständen muß vermieden werden der Eindruck, als ob die neue Partei von einem Berliner Klüngel geschaffen und regiert wird.

Herr **Meyer**: Unsere Organisationen wollen eine Führung haben und wissen, wohin sie gehen sollen. Darum müssen wir ihnen in unserem Beschluß den Weg weisen.

Herr **Rönneburg** berichtet nunmehr über die Vorschläge des Wahlausschusses. Dieser beantragt ein Direktorium von fünf Personen, bestehend aus den Herren Dietrich, Höpker-Aschoff, Meyer, Frau Lüders und Herrn Jäger. Für politische Fragen sollten von dem Direktorium die Vorsitzenden des Reichstags und der preußischen Landtagsfraktion hinzugezogen werden, für finanzielle Fragen die beiden Schatzmeister, für größere Fragen auch die Wahlkreisvorsitzenden.

Der Vorstand erklärt sich hiermit einverstanden, beschließt aber mit großer Mehrheit, den Geschäftsführenden Ausschuß aus sechs Personen zusammenzusetzen und Herrn Fischer als sechstes Mitglied hinzuzunehmen.

Frau **Bäumer**: Ich fühle mich als vollständig mitverantwortlich für das Geschehene und möchte persönlich von der Konsequenz für diese Verantwortung unter keinen Umständen ausgeschlossen sein. Auch von unserer Seite sind gegenüber den Volksnationalen Fehler gemacht worden. In die frühere Enge und Starrheit dürfen wir nicht zurücksinken. Die paar Jungliberalen werden die Sache auch nicht bessern können. An der Resolution ist auszusetzen, daß sie die Aufgabe der Partei lediglich als eine defensive betrachtet. Das ist nicht ausreichend. Die Parteien der Mitte sind wahrscheinlich nicht die Organe, um den Boden für die Lösung des riesigen wirtschaftlichen Problems vorzubereiten. In einer solchen Situation bilden sich nun einmal Gemeinschaften außerhalb der politischen Parteien wie der Sozialrepublikanische Kreis. Der Fehler, der von ihm gemacht worden ist, ist der, daß ein Zwischending zwischen den Parteien geschaffen werden soll. Die Diskussion der großen Fragen, vor denen wir stehen, muß vermutlich einmal auch an anderen Stellen geführt werden als an der parlamentarischen. Wir brauchen deshalb vielleicht so etwas wie den Verein für Sozialpolitik. Die grundsätzliche Ablehnung solcher Kreise ist daher in diesem Augenblick falsch. Die Volksnationalen kann man nicht zwingen, ihre Mandate niederzulegen, es könnte höchstens ein moralischer Druck versucht werden. Weil viele Volksnationale bei uns bleiben wollen, ist es praktisch, sobald als möglich einen Beschluß des Vorstandes über den Übergang in die Staatspartei bekanntzugeben. Wenn Koch-Weser die Konsequenzen aus diesem Vorgehen zieht, dann bin ich genötigt, dasselbe zu tun.

Herr **Meyer** ist mit einer Erweiterung seiner Resolution (positive Ziele) einverstanden.

Herr **Koch-Weser**, der zu einer persönlichen Erklärung das Wort erhält, verliest eine Notiz, die gestern im „Berliner Börsen-Courir" gestanden hat. Diese Notiz mußte mich auf das Empfindlichste berühren, so sagt er, weil ich gar nicht daran denke, einer Lösung Widerstand zu bereiten, die Winschuh in den Reichstag einziehen läßt. Darauf habe ich gestern abend Bondy telefonisch angerufen und ihm gesagt, daß er eine glatte Unwahrheit über mich geschrieben

hat. Der Redner hat dann, wie er weiter erklärt, Bondy auch von dem Verhältnis Winschuhs zu dem Verband der Arbeitgeber gesprochen, aber auf die Frage von Bondy ausdrücklich hervorgehoben, das solle nicht veröffentlicht werden, sondern nur zur persönlichen Information dienen. Ich habe in keiner Weise um Veröffentlichung gebeten, sondern im Gegenteil ausdrücklich ersucht, es nicht zu veröffentlichen. Für die Mitteilung an den „Börsen-Courir" ist der Umstand maßgebend gewesen, daß in kleineren Kreisen von Personen, die Winschuh nahestehen, Erklärungen abgegeben worden sind, die darauf hinausgehen, daß Winschuh bei seinem Verbande gewisse Hemmnisse zu überwinden hat. Das ist doch auch nichts Schimpfliches, wenn man solche Rücksichten nimmt. Die Erklärung, daß ich das Mandat nicht dauernd behalten will, halte ich vollkommen aufrecht.

Herr **Czieslik** beklagt das gegenseitige Mißtrauen, das in der Reichstagsfraktion und in der Partei geherrscht hat. Bei der mangelnden Einigkeit und Geschlossenheit war es ganz natürlich, daß ein Kreis wie der Sozialrepublikanische entstanden ist. Der Name der neuen Partei ist gleichgültig; es kommt darauf an, wie die Partei beschaffen ist.

Frau **Dönhoff** erklärt im Namen der Frauen, daß sie den Wunsch haben, weiter in der Partei mitzuarbeiten, und zwar in einer Staatspartei. Unter den neu Hinzugekommenen haben wir gute Elemente zur Mitarbeit gefunden, die wir nur sehr ungern wieder preisgeben möchten. Bedauerlich ist, daß Frau Lüders nicht mehr der Reichstagsfraktion angehört. Wir wünschen, daß eine Frau auch zu Rate gezogen werden wird bei der Neugestaltung des Programms. Die Frauen möchten wir in allen Spitzenorganisationen der Partei haben, so auch in der Leitung der Wahlkreise.

Herr **Lemmer** bekennt sich nicht nur zu der Tat der staatsparteilichen Gründung, sondern auch zu der Idee, die dieser Tat zu Grunde gelegen hat. Die Zeit war allerdings zu kurz, um den Zusammenschluß sich auswirken zu lassen. Dazu kam die innere Krise. Wenn eine Partei niedergeht, dann scheiden sich die Geister und suchen verschiedene Auswege. Daher die Gründung der Liberalen Vereinigung und des Sozialrepublikanischen Kreises. Der Schritt der Gründung dieser Partei ist unternommen worden, weil der Lebenswille in der alten Partei bei der Auflösung des Reichstags so gut wie erstickt war. Für organische Parteineubildungen ist die Zeit zunächst noch nicht reif. Es ist geklagt worden, daß von mir und meinen Freunden Mißtrauen gesät worden sei. Dieses Mißtrauen aber lag in der Atmosphäre, in der wir gestanden haben. In der alten demokratischen Reichstagsfraktion hat es in dieser letzten Zeit nur noch den Kampf aller gegen alle gegeben. (Widerspruch.) Dann stelle ich fest, daß in der Fraktion keine Atmosphäre des Vertrauens gewesen ist. Redner wendet sich gegen die Gerüchte, in denen andeutungsweise gesagt wird, seine persönliche Ehre sei schwer erschüttert. Es liegt weiter nichts vor als ein ehrlicher Konflikt mit Reif[16]. Reif ist auch nicht schuld an den Gerüchten. So sauber ist keiner in der politischen Arbeit, daß er sich gegen mich als Wächter der Ehre aufspielen könnte. Ich habe die feste Absicht, die Konsequenzen zu ziehen, wie sie angedeutet sind, und habe die ernste

16 Um welchen Konflikt es sich dabei handelte, konnte nicht ermittelt werden.

Absicht, alles zu vermeiden, was Anlaß zu Zweideutigkeiten geben kann. Deshalb werden wir den Sozialrepublikanischen Kreis jetzt zur Auflösung bringen. In diesem Sinne verliest der Redner eine Erklärung[17]. Er bittet, sie jedoch zunächst vertraulich zur Kenntnis zu nehmen. Wir brauchen vielleicht acht Tage, um unsere Freunde zu benachrichtigen.

Der **Vorsitzende** hält es für selbstverständlich, daß für diese Erklärung eine noch höhere Vertraulichkeit gilt als für die anderen Teile der Sitzung. Im übrigen erhebt er Widerspruch dagegen, daß in der alten Reichstagsfraktion eine Atmosphäre gegenseitigen Mißtrauens und gegenseitiger Verhetzung geherrscht habe. Im großen und ganzen könne er im völligen Einklang mit allen anwesenden Mitgliedern der alten Fraktion feststellen, daß die Demokraten mindestens ebenso harmonisch gearbeitet haben, wie jede andere Fraktion, vielfach sogar in vorbildlicher Harmonie. Der Vorsitzende verliest dann eine Erklärung von Dr. Muhle, wonach dieser sein Amt als Vorstandsmitglied niederlegt und jede spätere evtl. Wiederwahl endgültig ablehnt. In seiner Mitgliedschaft und der Mitarbeit in der Partei träten keine Änderungen ein[18].

Herr **Schäfer**: Es ist nicht richtig, die Niederlegung des Mandats wegen der Schuld an dem Zusammenschluß mit den Volksnationalen zu verlangen. Auf der anderen Seite aber ist es begrüßenswert, wenn es gelingt, die Jungliberalen enger an die Partei zu ketten. Wir dürfen aber neben den Jungliberalen auch nicht die Jungdemokraten vergessen. Wir müssen heraus aus der Atmosphäre der Skepsis, die erst das Mißtrauen in der Partei geschaffen hat.

Die Redezeit wird nunmehr auf fünf Minuten verkürzt.

Herr **Frankfurter**: Die Staatspartei existiert, und wir müssen hineingehen. Der Parteitag der Staatspartei muß vor dem demokratischen Parteitag stattfinden. Dieser letztere hat dann nur noch zu bestimmen, ob man der Staatspartei beitreten solle. Das könnte auch mit einfacher Mehrheit beschlossen werden. An der außerordentlichen Persönlichkeit Koch[-Wesers] zweifelt niemand, aber das Mandat ist nicht zu halten, nachdem Koch[-Wesers] früherer Wahlkreis Berlin selbst die Niederlegung verlangt hat.

Herr **Weber** stellt fest, daß ihm Koch-Weser heute schon vor Beginn der Sitzung gesagt habe, er habe die Absicht, heute noch vor Schluß der Sitzung sein Mandat niederzulegen.

Herr **Hieber**: Es ist bedauerlich, daß die Mandatsniederlegung Koch[-Wesers] nun doch so aussieht, als ob er einer Pression gewichen wäre. Redner bittet Frau **Bäumer**, daß sie, ehe sie praktische Entschlüsse faßt, die psychologisch schädigende Wirkung eines evtl. Mandatsverzichtes berücksichtigt. In der

17 „Die unterzeichneten führenden Mitglieder des Sozialrepublikanischen Kreises erklären hierdurch, daß sie sich in jeder Hinsicht auf den Boden der heute durchweg zum Ausdruck gebrachten Auffassung stellen, derzufolge unbedingte Einheitlichkeit und Einigkeit der Partei herzustellen ist. Der Sozialrepublikanische Kreis ist seinerzeit ins Leben gerufen worden, um den demokratischen Gedanken politisch und organisatorisch zu beleben. Die Entwicklung hat diese Hoffnung des Sozialrepublikanischen Kreises nicht verwirklicht. So erklären die Unterzeichneten, daß sie im Sinne des heute bekundeten Aufbauwillens unverzüglich das Erforderliche veranlassen werden, um diese Sonderorganisation im Rahmen der Partei aufzulösen."

18 Liegt vor.

Württemberger Partei herrscht eine schwere Erbitterung über die Vorgänge bei den Wahlen und die zu weitgehende Vertrauensseligkeit gegenüber dem Jungdo. Daher wurde beschlossen, an dem bisherigen Namen der Partei festzuhalten und den Namen Staatspartei hinzuzusetzen. Das hat nicht die Bedeutung einer politischen Distanzierung, sondern drückt nur die Vorliebe für den alten Namen aus.

Herr **Cohnstaedt**: Unsere Freunde in Frankfurt sind einstimmig der Meinung, daß der Name Staatspartei beibehalten werden soll. Von den Volksnationalen in Frankfurt und in HessenNassau überhaupt werden viele bei der Partei bleiben. Auch auf die Kreise um Quidde sollte man Rücksicht nehmen. Redner bittet zum Schluß Frau Bäumer, ihr Mandat nicht niederzulegen.

Herr **Siehr** tritt namens der Ostpreußen für das Aufgehen in der Staatspartei ein. Es ist erfreulich, daß unsere Reichstagsfraktion allem Anschein nach auch nicht in das loseste Verhältnis zu einer anderen Fraktion eintreten wolle. Es ist darauf Gewicht zu legen, daß die Mandatsniederlegung von Koch[-Weser] und Lemmer nicht als die Folge eines Druckes angesehen werden kann. Die Gründung und Tätigkeit der Sozialrepublikaner war verständlich. Anzuerkennen aber ist es, daß sie heute um des Wohles der Partei willen die Auflösung verkündet haben.

An der weiteren Debatte beteiligen sich noch kurz Frau **Ulich-Beil** und Herr **Bernhard**. Der **Vorsitzende** gibt bekannt, daß soeben ein Aufruf aus der Feder von Minister Dietrich ihm übergeben worden sei, der vielleicht anstelle seiner Resolution zur Abstimmung gebracht werden könnte.[19] Er schlage aber vor, erst noch einen kleineren Ausschuß mit der Redaktion des Aufrufes zu betrauen.

Der Vorstand ist hiermit einverstanden und wählt die Herren Meyer, Höpker-Aschoff und Frau Bäumer in den Ausschuß mit der Aufgabe, den Aufruf sofort zweckentsprechend zu redigieren. Das geschieht, und der Aufruf findet in folgender Form Annahme:

„Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei, der am Donnerstag unter dem Vorsitz des Reichstagsabgeordneten Oscar Meyer im Reichstag zu einer Sitzung zusammentrat, hat den nachstehenden vom Reichsfinanzminister Dietrich eingebrachten Antrag angenommen: Der Ausgang der Wahlen gefährdet Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Noch sieht unser Volk die drohende Gefahr nicht. Ihr rechtzeitig unerschütterlichen Widerstand entgegenzusetzen, ist unsere Aufgabe. Wir handeln aus dem Bewußtsein, daß jedes Volk zum Untergang reif ist, welches nicht begreift, daß die Erhaltung der Staatsordnung die Voraussetzung aller wirtschaftlichen Existenz und die Grundlage jeder Kultur ist. Die Stürme der nächsten Monate werden den Verblendeten die Augen öffnen und ihnen die Gefahren zeigen, in die blinder Radikalismus einerseits und bornierte Interessenpolitik andererseits unser Volk zu treiben drohen.

Unsere Aufgabe ist der Kampf um die Behauptung und um die verfassungsmäßige Weiterentwicklung der Republik. Die Deutsche Staatspartei ist gegründet worden aus dem ernsten und festen Willen, diesen Kampf zu führen. Wir sind gesonnen, auf diesem Wege zu bleiben, dessen Verfolgung uns die Pflicht gegenüber dem

19 Liegt vor.

deutschen Volk und unsere nationale Gesinnung gebieten. Wir werden daher *dem Parteitage vorschlagen, den Übergang in die Deutsche Staatspartei zu vollziehen.* Im vollen Bewußtsein der Verantwortung rufen wir allen Staatsbürgern zu: Vergeßt nicht, daß wir einen zweiten Zusammenbruch unseres Staates wie vor zwölf Jahren nicht ertragen und nie wieder gut machen können. Kämpft mit uns um unser Reich und damit um unser Volk!"

Auf Vorschlag des **Vorsitzenden** wird beschlossen, die Frage der Parteitage dem geschäftsführenden Vorstand zur Erledigung zu überlassen. Der **Vorsitzende** meint, daß die Parteitage etwa im November an einem Orte Mitteldeutschlands stattfinden werden.

Damit ist der Parteivorstand einverstanden.

Der **Vorsitzende** spricht heute, als an dem voraussichtlich letzten Sitzungstage des demokratischen Parteivorstandes, Herrn Koch[-Weser] seinen wärmsten Dank dafür aus, daß er das Opfer des Mandatsverzichtes bringen will, und fügt die Bitte hinzu, daß er auch weiter die Partei mit Rat und Tat unterstützen werde[20]. (Bravo)!) Hierauf schließt er die Sitzung mit dem Hinweis darauf, daß die Partei weiterleben werde in einem neuen Kreise mit den alten Grundsätzen und in einem neuen Geiste.

Schluß 15 Uhr.

---

20 Koch-Weser veröffentlichte am gleichen Tag folgenden Brief an Oscar Meyer, den Geschäftsführenden Vorsitzenden der DDP: „Ich erkenne dankbar an, daß der Parteivorstand in so vornehmer und gerechter Weise meine Verantwortung an der Gründung der Staatspartei beurteilt und mir den Dank für meine jahrelange Tätigkeit an der Spitze der Partei einmütig zum Ausdruck gebracht hat. Ich habe nach wie vor die Zuversicht, daß es gelingen wird, in der Staatspartei das notwendige Sammelbecken für diejenigen zu gewinnen, die auf dem Boden der Republik und ohne Konzessionen an die nationalsozialistischen Staatszerstörer die deutsche Zukunft gestalten wollen. Ich selbst aber fühle mich nach den schweren politischen Entscheidungen der letzten Monate nicht mehr imstande, an dieser Arbeit führend und im Parlament mitzuarbeiten. Ich werde deshalb mein Reichstagsmandat niederlegen." Demokrat v. 20.10.1930 Nr. 20. An seinen Freund Ehlermann schrieb er am 5.11.1930 in einem privaten Brief: „Aber ich möchte doch gerade Ihnen nochmals sagen, daß lediglich der Umstand, daß hier in Berlin jedermann zum Rücktritt riet und daß ich mich diesem Ansturm nicht gewachsen fühlte, mich zum Rücktritt veranlaßt hat." Nachlaß Koch-Weser 110.

172.

8.11.1930: Sitzung des Vorstandes

Gezeichnet: „Dr. Issberner". Vorsitz: Meyer. Beginn: 10.45 Uhr. Ende: 14.45 Uhr. Ort: Hannover, in der „Stadthalle".

Anwesend: Frau Bäumer, Bartschat, Becher, Blau, Cohnstaedt, Cuno, Dechamps, Dernburg, Frau Dönhoff, Falk, Fischer, Frankfurter, Hesse, Höpker-Aschoff, Issberner, Jaenicke, Kauffmann, Kempner, Külz, Landahl, Leers, Frau Lüders, Meyer, Nuschke, Petersen, Frau Rath, Reif, Rexrodt, Schäfer, Schneider, Schönemann, Schreiber, Siehr, Stubmann, Frau Ulich-Beil, Vogt, Wachhorst de Wente, Weber, Frau Wittstock, Zeitlin.

Meyer *eröffnet. Er schlägt Fischer und Frau Bäumer für die Leitung des demokratischen Parteitags*[1] *vor. Die Tagesordnung des Parteitags wird besprochen und beschlossen, ihm folgende Beschlüsse zur Annahme zu empfehlen:*

1. Die Deutsche Demokratische Partei wird aufgelöst.

2. Ihr Vermögen wird auf die Deutsche Staatspartei übertragen.

3. Den Organisationen wird empfohlen, sich insgesamt der Deutschen Staatspartei anzuschließen.

Der Vorstand diskutiert das Verhältnis der Partei zu den Unabhängigen Demokraten[2] *und beschließt, sie zum Parteitag zuzulassen.* **Höpker-Aschoff** *wünscht, gegenüber den Unabhängigen einen scharfen Trennungsstrich zu ziehen. Gegen Leute wie Quidde sei nichts einzuwenden, von den radikalen Kräften um Schönaich etc. müsse man sich jedoch mit aller Deutlichkeit distanzieren.* **Schneider** *ist der Ansicht, daß man das Gros der Unabhängigen durch die richtige Politik wieder zurückgewinnen könne.* **Cohnstaedt** *empfiehlt, einen Unabhängigen in den Parteivorstand zu wählen.* **Dechamps** *gibt zu bedenken, daß keine Gruppe der Partei das Recht beanspruchen könne, im Vorstand vertreten zu sein. Frau* **Bäumer** *hält offizielle Verhandlungen mit bestimmten Gruppen oder eine Ablehnung bestimmter Gruppen für untunlich. Auf eine Anfrage* **Wachhorst de Wentes** *zur weiteren Entwicklung des Sozialrepublikanischen Kreises antwortet* **Meyer,** *bei einem Gespräch mit Vertretern des Sozialrepublikanischen Kreises habe man ihm zugesichert, daß der Kreis nicht korporativ innerhalb der Staatspartei auftreten und sich auch nicht in Widerspruch zu ihrem Programm setzen werde. Nach der Stellung der Partei zum Reichsbanner befragt, stellt* **Meyer** *fest, daß die Partei das Reichsbanner stets bejaht habe, was umgekehrt nicht gesagt werden könne. Nach seiner Ansicht besteht die Tendenz, das Reichsbanner zu einer sozialistischen Organisation zu machen, deshalb erscheine es nicht ratsam, sich jetzt „öffentlich dem Reichsbanner ans Herz" zu legen.*

Der Vorstand bespricht die Frage, wer die Partei in Zukunft leiten solle und wie die Wahl des neuen Parteiführers vorbereitet werden könne. Gegen Dietrich, der neben August Weber als Kandidat genannt wird, werden verschiedentlich Bedenken erhoben, man befürchtet, er werde nicht die Zeit haben, sich um die notwendige Reorganisation der Partei zu kümmern. Der Vorstand kommt schließlich überein, nicht sämtliche Wahlen durch den Gründungsparteitag definitiv vornehmen zu lassen, sondern zunächst einen provisorischen Vorstand einzusetzen. Auf Antrag Dechamps wird beschlossen, am Abend die Vorsitzenden bzw. je einen Beauftragten der Wahlkreise mit Höpker-Aschoff, Weber, Falk, Jäger, Frau Beckmann, Frau Fisch[3]*, Frau Misch*[4]*, Frau Eber*[5] *und Frau Müller*[6]

---

1 Abdruck der zum letzten Parteitag der DDP am 8.11.1930 und zum ersten Parteitag der Staatspartei am 9.11.1930 eingegangenen Anträge in: Demokrat v.5.11.1930 Nr. 21; Bericht über die Verhandlungen beider Parteitage in: Demokrat v.20.11.1930 Nr. 22.

2 Siehe Nr. 171 Anm. 15.

3 Else Fisch, Telegraphenassistentin in Berlin.

4 Anna Misch, Charlottenburg.

5 Käthe Eber.

6 Elisabeth Müller, Hauptvertrauensfrau für den Wahlkreis Dresden.

zu einer Besprechung über die Zusammensetzung dieses provisorischen Vorstands einzuladen.

Fischer *referiert über die Kassenlage. Nach seinen Auskünften haben am 30. September 1930 Wahlschulden in der Höhe von 120 755 M bestanden, die inzwischen um 40–50 000 M verringert worden sind. Fischer teilt ferner mit, daß die Volksnationalen sich geweigert hätten, den auf sie entfallenden Anteil der Kosten von etwa 55 000 M zu bezahlen. Er befürchtet, bei einem Prozeß werde nichts herauskommen.* **Frankfurter** *ist der Ansicht, daß man nicht auf einen Prozeß gegen Mahraun verzichten sollte.*

Der **Vorsitzende** *schließt die Sitzung mit einem Dank an Fischer für seine Tätigkeit als Schatzmeister der Deutschen Demokratischen Partei.*

X.

Vom Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei in Hannover bis zu ihrem Ende (November 1930 bis Mai 1933)

173.

17.11.1930: Sitzung der Berliner Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes

Erste Seite oben Mitte in Klammern handschriftlicher Vermerk: „[. . .][1] 1. Sitzung nach Gründung. I[ss]b[erne]r." Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: Dietrich. Ende: kurz vor 12 Uhr.

Dietrich *eröffnet. Der Geschäftsführende Vorstand bespricht Termine von Versammlungen anläßlich der Gemeindewahlen in Bielefeld.*

Dingeldey[2] *hat in einem Brief an Dietrich gegen die Rede protestiert, die Dietrich in Hannover gehalten hat*[3]*. Die Reichsgeschäftsstelle wird beauftragt, eine Antwort an Dingeldey zu entwerfen.*

Fischer *berichtet über die Kassenlage: Bisher seien 55000 Mark gesammelt worden, der weitere Erfolg hänge von der Entwicklung der Staatspartei ab*[4]*. Fischer empfiehlt – entgegen den Vorschlägen von* **Dietrich** *und* **Scheuermann** *– in den nächsten beiden Monaten keine weiteren Sammlungen durchzuführen. Er wird gebeten, einen Schuldentilgungsplan aufzustellen. Es wird beschlossen, wegen der Wahlkosten nicht mit dem Jungdo zu prozessieren*[5]*.*

Der Geschäftsführende Vorstand bespricht die Neuordnung der Geschäftsstelle. Eine Reihe von Angestellten ist aus Ersparnisgründen gekündigt worden.

Dietrich *schlägt eine „Teeveranstaltung" vor, zu der u. a. von Drigalski*[6]*, Poetzsch-Heffter*[7] *und von Bülow*[8] *eingeladen werden sollen. Er bezeichnet es als Ziel solcher Veranstaltungen, „führende Persönlichkeiten an die Partei heranzuziehen, die bisher abseits standen".*

Dietrich bringt das Thema der Presse zur Sprache und betont, daß man versuchen müsse, hier wieder Handlungsfreiheit zu gewinnen. Der Geschäftsführende Vorstand beschließt, im „Demokratischen Zeitungsdienst" eine Unterabtei-

---

1 Nicht zu entziffern.

2 Eduard Dingeldey (1886-1942), MdL Hessen DVP 1919-1933, MdR 1928 bis November 1933, Partei- und Fraktionsvorsitzender der DVP 1930-1933. Die DVP hatte ihre Fraktionsstärke bei den Reichstagswahlen vom Juli 1932 verloren; ab November 1932 bildeten ihre Abgeordneten zusammen mit den Abgeordneten des Christlich-Sozialen Volksdienstes, der Deutschen Bauernpartei und der Deutsch-Hannoverschen Partei die „Fraktion Technische Arbeitsgemeinschaft".

3 Auf dem Gründungsparteitag der Staatspartei hatte Dietrich das Grundsatzreferat mit dem Titel „Ziele und Aufgaben der Staatspartei" gehalten. Dingeldeys Vorstoß richtet sich vor allem gegen denjenigen Passus der Rede, der besagte, die DVP führe „mit dem Ruf gegen den Marxismus letzten Endes den Kampf gegen die abhängigen Schichten". Demokrat v.20.11.1930 Nr. 22.

4 Einblick in die Herkunft und in die Höhe der gesammelten Beiträge gibt ein Brief des Schatzmeisters Zeitlin an Dietrich vom 30.10.1930. Nachlaß Dietrich 255.

5 Vgl. Nr. 172.

6 Karl Wilhelm von Drigalski, Stadtmedizinalrat in Berlin 1925-1933.

7 Friedrich Poetzsch-Heffter, Professor für öffentliches Recht an der Universität Kiel 1932, Bevollmächtigter Sachsens zum Reichsrat.

8 Bernhard von Bülow (1885-1936), Staatssekretär im Auswärtigen Amt 1930-1936.

lung „Mitteilungen der Staatspartei" einzurichten. Der „Demokrat" soll weiter erscheinen, aber unter dem Titel „Blätter der Staatspartei"[9]*.*

Frau **Bäumer** *und Frau* **Lüders** *berichten über die Werbung unter den Frauen. Frau* **Bäumer** *schlägt vor, zu Werbezwecken bei der Geschäftsstelle eine Liste mit prominenten Persönlichkeiten zu führen.*

Heuss wird mit der Vertretung des Geschäftsführenden Vorstands bei der Reichsgeschäftsstelle betraut. **Höpker-Aschoff** *lehnt* **Dietrichs** *Vorschlag ab, ihn als Vorsitzenden zu vertreten.*

9 Blätter der Staatspartei. Organ der Deutschen Staatspartei, Berlin 1931.

174.

17.12.1930: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes gemeinsam mit den Wahlkreisvorsitzenden, der Reichstagsfraktion[1] und den Fraktionen der Länder

Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: Dietrich. Ende: 18.15 Uhr. Ort: Reichstag.

Dietrich *eröffnet. Er mahnt, künftig auf pünktliches Erscheinen zu achten, und skizziert dann die Grundsätze, nach denen die Wahlen zum Gesamtvorstand vorgenommen werden sollen: keine Rücksicht auf alte demokratische Parteifreunde, kein Übergewicht von Berliner Mitgliedern, Berücksichtigung eines Vertreters von Landwirtschaft und Handwerk. Alle Vorstandsmitglieder sollen sich verpflichten, im Jahr mindestens zwölf Mal in Versammlungen zu sprechen. Anschließend referiert Dietrich über die politische Lage. Er bezeichnet das Regierungsprogramm*[2] *als Abwehrmaßnahme gegen den Radikalismus und als erfolgversprechenden Versuch, die Krise zu überwinden. Anfang Januar werde er der Öffentlichkeit Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit unterbreiten*[3]*. Er bittet die Parteifreunde um Mitarbeit bei der Lösung „dieser Lebensfrage unseres Volkes". Dietrich sieht Deutschland zur Zeit gespalten in ein staatszerstörendes und ein staatsbejahendes Lager; bei der Unfähigkeit des Parlaments sei „eine gemäßigte Diktatur" vielleicht das Beste. Die Volkspartei wisse nicht, was sie wolle, die Lage der Sozialdemokratie sei keineswegs leicht, man müsse ihr die Aufgabe erleichtern, die Arbeiterschaft vor der Radikalisierung zu bewahren. Dietrich verteidigt die sechsprozentige Kürzung der Beamtengehälter als unumgängliche Maßnahme, lehnt jedoch eine „Nadelstichpolitik" gegen die Beamten ab. Er kritisiert Schie-*

1 Dietrich war es gelungen, den schlesischen Landwirt August Hillebrand, der seit 1928 als Abgeordneter der Deutschen Bauernpartei Mitglied des Reichstags war, zum Anschluß an die Staatspartei zu bewegen. Damit hatten die 14 staatsparteilichen Abgeordneten den zur Fraktionsbildung notwendigen 15. Abgeordneten gewonnen. Vgl. Stephan S. 476 f.

2 Am 1.12.1930 war das Programm der Regierung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen durch Notverordnung in Kraft gesetzt worden. Vgl. Schulthess 1930 S. 232 f.

3 Zu Dietrichs Vorstellungen vgl. Wippermann A 1931 S. 148 ff.; ferner Saldern S. 173 f.

les Agrarpolitik. Der Handwerkerstand sei im großen und ganzen gesund und müsse gerade von den Demokraten gut behandelt werden. Zum Schluß seiner Ausführungen tritt Dietrich dafür ein, Richtlinien für die Agitation im Lande aufzustellen.

In der Diskussion klagt **Riedel** *über schlechte Zusammenarbeit des Ministers Höpker-Aschoff mit der preußischen Fraktion. Er vermißt Richtlinien für die Agitation, das lähme die Organisationen.* **Rönneburg** *und* **Höpker-Aschoff** *kritisieren Lemmer, weil er gemeinsam mit einem Vertreter des radikalen Pazifismus in einer Versammlung des Reichsbanners gesprochen habe.* **Lemmer** *entschuldigt das als unglücklichen Zufall und setzt sich für Unterstützung des Reichsbanners ein.* **Krängel** *fordert einen entschieden republikanischen Kurs, positive Stellung zum Reichsbanner und Klarheit in der Judenfrage.* **Weber** *wendet sich gegen den von Meyer in einer Versammlung gebrauchten Begriff der „linken Mitte" und betont, die Staatspartei müsse „unbedingt etwas Neues" werden.* **Schäfer** *setzt sich für einen aggressiveren Stil in der Agitation ein; man müsse „an die Leidenschaften der Wähler appellieren, Kampfpartei werden". Er fordert staatliche Mittel zur Bekämpfung der Radikalen.* **Barteld** *empfiehlt, den Einbruch in die Volkspartei zu versuchen und den nationalen Gedanken zu betonen. Im weiteren Verlauf der Aussprache wird mehrfach finanzielle Unterstützung der Organisationen durch die Zentrale verlangt, ferner die Beteiligung am Reichsbanner und eine Stellungnahme gegen den Antisemitismus.*

Nach Abschluß der Aussprache verliest **Dietrich** *folgenden Beschluß des Geschäftsführenden Vorstands über die Sonderausschüsse*[4]*:*

„1. Als inneren Organen der Partei steht den Ausschüssen nicht das Recht zu, eine eigene Politik zu führen, ihre Geschäftsführung unterliegt einer gewissen Oberaufsicht des Reichsgeschäftsführers (z. B. Genehmigung von Rundschreiben). 2. Als Ausschüsse mit organisatorischem Unterbau bleiben der Reichsbeamtenausschuß und der Reichsarbeitnehmerausschuß bestehen. Ferner behalten der Reichsfrauenausschuß und die Jugend ihre Sonderorganisationen. 3. Die Form der Beiräte nehmen der mit dem Mittelstandsausschuß verbundene Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe, der Reichsausschuß für Landwirtschaft, der Kulturausschuß, der Kommunalpolitische Ausschuß und der Ausschuß für freie Berufe an. Diesen Gremien ist ausdrücklich das Recht zugesichert worden, vom Vorstand und den Fraktionen gehört zu werden. Auch bleibt es diesen Ausschüssen überlassen, sich ein Vertretungssystem und einen Förderkreis zu schaffen."

Anschließend gibt **Dietrich** *das Ergebnis der von einer Wahlkommission*[5] *vorgenommenen Ergänzungswahlen zum Gesamtvorstand bekannt*[6]*.*

---

4 Wann dieser Beschluß gefaßt worden war, geht aus den Akten nicht hervor.

5 Das Protokoll vermerkt nichts über die Einsetzung dieser Kommission.

6 Als Ehrenvorsitzende: Petersen, Hieber, Dernburg. Als Mitglieder des Gesamtvorstands: Kniest (Kassel), Henne (Tübingen), Petersen (Lübberstedt), Schuldt (Berlin), Vogt (Berlin), Czieslik (Berlin), Rämisch (Krefeld), Steinmüller (Gummersbach), Frau Urlaub (Nürnberg), Frau Ulich-Beil (Dresden), Kraus (Stuttgart), Eschenburg (Berlin), Kissel (Leverkusen), Bieringer (Heidelberg), Landahl (Hamburg), Siehr (Königsberg), Zeitlin (Berlin), Kempner (Berlin), Hummel (Berlin), Rönneburg (Berlin), Ehlermann (Oldenburg), Goepel (Berlin).

175.

14.3.1931: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Vorsitz: Dietrich. Beginn: 10 Uhr. Ende: 12.45 Uhr. Ort: Reichstag.

Anwesend: Frau Bäumer, Frau Beckmann, Dietrich, Fischer, Hesse, Heuss, Jäger, Külz, Frau Lüders, Nuschke, Reif, Rexrodt, Schäfer, Schneider, Schönemann, Vogt, Weber, Winschuh, Zeitlin.

Dietrich *eröffnet.* **Fischer** *berichtet über die finanzielle Lage. Inzwischen habe ein Werbeessen stattgefunden, dessen Erfolg man als „zufriedenstellend" bezeichnen könne. Er skizziert die Einnahmequellen, die künftig zur Finanzierung der Reichsgeschäftsstelle dienen sollen:*

1. Einnahmen durch ein noch zu schaffendes Wochenblatt. (Vorschlag Nuschke.)

2. Ausbau des Systems der Reichsmitgliedschaft.

3. Überweisungen der Fraktionen.

Darüber hinaus werde man auch die Sammeltätigkeit fortsetzen müssen. Die momentanen Schulden der Partei beziffert Fischer mit 74500 Mark, er hofft, daß es gelingen werde, sie im Laufe des Jahres abzutragen. 50000 Abonnenten sind nach seiner Ansicht nötig, um das Wochenblatt zu einer Einnahmequelle zu machen. **Nuschke** *dankt Fischer für seine Bemühungen und unterstützt seine Vorschläge. Anschließend diskutiert der Geschäftsführende Vorstand die Frage, in welchem Umfang die Sonderausschüsse bei der Zentrale erhalten und finanziell unterstützt werden können.* **Nuschke** *berichtet über die Vorbereitung auf die Wahlen in Lippe und Oldenburg. Er erinnert daran, daß alle Vorstandsmitglieder verpflichtet seien, sich am Wahlkampf zu beteiligen und eine Versammlung zu halten.* **Fischer** *hält es für möglich, „daß im Falle eines Zusammengehens sämtlicher Mittelparteien bei den Wahlen in Oldenburg von gewisser Seite Mittel gegeben würden".*

Der Mindestbeitrag für Reichsmitglieder wird auf 25 Mark pro Jahr festgesetzt.

176 a.

14.3.1931: Sitzung des Gesamtvorstandes (1. Tag)

Vorsitz: Dietrich. Beginn: 14.30 Uhr. Ende: 19 Uhr. Ort: Reichstag.

Dietrich *eröffnet und gibt einen Überblick über die politische Lage. Zu Beginn seiner Ausführungen geht er auf den Auszug der Nationalsozialisten aus dem Reichstag ein*[1]*. Die Ursache dieses Auszugs liege nicht in einer Vergewaltigung seitens der Mehrheit, sondern in der mangelnden Arbeitsfähigkeit und Arbeitswilligkeit der Nationalsozialisten. Dietrich bezeichnet es als nächstliegende Aufgabe,*

1 Am 10.2.1931 hatten sich die Nationalsozialisten aus Protest gegen die von den Mittelparteien mit Einschluß der Sozialdemokraten angestrebte Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags aus dem Parlament zurückgezogen. Vgl. Schulthess 1931 S. 37-39.

den Reichshaushalt rechtzeitig und auf parlamentarischem Wege zu verabschieden. Er hält weitere Einsparungen für notwendig, die Frage sei, ob diese gemäß den Wünschen der Volkspartei im Etatgesetz festgelegt werden sollten. Dietrich wünscht, sie bei den sachlichen Ausgaben und nicht durch Eingriffe in gesetzliche Rechte zu erreichen. Er spricht dann über das Reparationsproblem und über die Handels- und Agrarpolitik und betont, es komme darauf an, beide in ein vernünftiges, ausgeglichenes Verhältnis zu bringen. Er beklagt die Verhetzung, welche die Geister vernebele und sie für Warnungen unzugänglich mache. Das Bürgertum sei zersplittert, die Bauern wüßten nicht mehr, wohin sie gehörten, gewisse industrielle Kreise subventionierten immer noch die Nationalsozialisten, so daß Hitler in der Lage sei, einen Palast mit Wachtposten zu bewohnen. Dietrich schließt mit der Bitte, sachlich weiter zu arbeiten und die Nerven nicht zu verlieren.

Külz *referiert im Anschluß an Dietrichs Ausführungen über die „Richtlinien der Deutschen Staatspartei"[2].*

„Was die Welt und wir mit ihr seit 1918 durchleben, ist die größte politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Umschichtung, die je in der Menschheitsgeschichte zu verzeichnen gewesen ist. Die ungeheure Problematik, die sich vor uns auftut, läßt keinen Raum für parteipolitische und programmatische Dogmatik. Wenn man mit Programmen und Reden ein Volk glücklich machen könnte, wäre das deutsche Volk schon längst wieder das glücklichste der Welt. Nur eine Politik des besonnenen, verantwortungsvollen und zielbewußten Handelns kann zur Überwindung dessen, was auf uns lastet, führen. Ein starker Mann genügt nicht, um unser Schicksal zu meistern, dazu brauchen wir ein ganzes starkes Volk, denn kein Gott und kein Mensch kann ein Volk vorwärts und aufwärts führen, wenn es nicht selbst den Drang und die Kraft dazu in sich fühlt. Die Deutsche Staatspartei stellt deswegen ihre Arbeit auf das Gesamtwohl des deutschen Volkes ab und verwirft jede Einstellung nach den Interessen nur einer Schicht oder einer Gruppe.

Als nationale Arbeitspartei und nationale Reformpartei sieht die Deutsche Staatspartei bei dieser ihrer Arbeit vier große Aufgabengebiete vor sich: *Festigung und Ausbau des Staates, Wiedereinordnung Deutschlands in die Mächtegruppierung der Welt, Festigung der deutschen Wirtschaft und ihre Wiedereinordnung in die Weltwirtschaft, Festigung und Förderung der deutschen Kultur.*

Festigung und Ausbau des Staates

Wir verlangen einen Ausbau des Deutschen Reiches, der es zur stärksten Zusammenfassung und zum stärksten Garanten der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leistungskraft des deutschen Volkes macht. In der deutschen Republik ist kein Raum für Staaten, deren Eigenstaatlichkeit nur beruht auf dynastischer Tradition und nicht auf eigener staatlicher Lebenskraft. Wir brauchen ein in lebensfähige Gebietsteile organisch gegliedertes Staatswesen, einen starken Nationalstaat unter weitgehendem Ausbau regionaler und lokaler Selbstverwaltung.

---

2 Bei Külz' Referat handelt es sich um die wörtliche Wiedergabe eines von ihm verfaßten Richtlinienentwurfes. Außer Külz hatte auch Nuschke einen Entwurf ausgearbeitet, „Richtlinien". DDP/Staatspartei R 45/III 49.

Der Wille des Volkes ist oberstes Gesetz. Damit er zum Ausdruck kommen kann, brauchen wir ein Wahlrecht, das der Auflösung der politischen Willensbildung durch Interessenpolitik entgegenwirkt, das die gesamtpolitische Persönlichkeit zur Geltung bringt und eine enge Verbindung zwischen Wähler und Abgeordneten gewährleistet. Deshalb: Persönlichkeitswahl bei Einerkandidaturen in kleinen Wahlkreisen und nicht Listenwahl in großen Wahlgebieten.

Zur Durchführung der staatlichen Funktionen brauchen wir ein mit dem Staat sich innerlich verbunden fühlendes, nach den Grundsätzen der Tüchtigkeit und nicht der Parteizugehörigkeit ausgesuchtes, in seiner materiellen und dienstlichen Rechtssphäre durch ein modernes Beamtenrecht gesichertes Berufsbeamtentum als unerläßliche Voraussetzung einer sparsamen, sauberen, der Gesamtheit dienenden Verwaltung.

Für notwendig werdende Fälle der Selbstverteidigung von Staat und Volk brauchen wir eine Wehrmacht, die sich in das Staatsganze organisch eingliedert, die ein zum Gehorsam erzogenes Instrument in der Hand des Staates ist und die innerhalb der gegebenen Grenzen und Möglichkeiten auf voller Leistungshöhe erhalten werden muß.

Die Wiedereinordnung Deutschlands in die Mächtegruppierung der Welt als gleichberechtigter Staat ist unerläßliche Voraussetzung eines gesicherten Weltfriedens. Wir bekennen uns zu einer Politik des Friedens, aber eines Friedens des Rechts und der Freiheit. Wir werden mit Nachdruck alles betreiben und unterstützen, was die moralischen und rechtlichen Fundamente des Weltfriedens zu festigen geeignet ist. Der Erfolg einer solchen Politik hängt wesentlich davon ab, in welchem Umfange sich auch die anderen Völker und Staaten zu ihr durch die Tat bekennen. Wir betrachten es als die Lebensaufgabe des Völkerbundes, daß es ihm gelingt, wirksame Garantien für den Völkerfrieden zu schaffen, wie sie vor allem in der Beschränkung der Rüstungen auch der anderen Staaten und in dem Ausbau des internationalen Schiedsgerichtswesens zu erkennen sind. Deutschland hat nach der ihm auferlegten Abrüstung einen unbestreitbaren Rechtsanspruch auf die im Diktat von Versailles zugesagte allgemeine Abrüstung.

Vom Standpunkt der Gleichberechtigung Deutschlands unter den Völkern der Welt verlangen wir eine erträgliche und gerechte Gestaltung unserer Leistungen an die ehemaligen Feinde, eine politisch und wirtschaftlich erträgliche Ordnung der Ostgrenze, eine Rückkehr des Saargebiets in die unbeschränkte deutsche Hoheit, die Anerkennung des nationalen Selbstbestimmungsrechts der Völker für das staatliche Verhältnis zwischen Österreich und Deutschland und Sicherheit für das deutsche Volkstum und die deutsche Kultur der deutschen Minderheiten.

Die Festigung der deutschen Wirtschaft verlangt eine Befreiung der Wirtschaft von allen vermeidbaren Lasten und Hemmungen. Die Steuergesetzgebung und die Finanzwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden sind hierauf abzustellen. Eine gesunde Wirtschaft ist nur denkbar bei Anerkennung der selbständigen, freischaffenden Persönlichkeit in Industrie, Handel und Gewerbe, Handwerk und Landwirtschaft. Staatssozialismus und Staatskapitalismus sind abzulehnen, und die öffentliche Hand soll eigene wirtschaftliche Betriebe nur in dem Umfange unterhalten, der durch das Gesamtwohl bedingt ist.

Jede Nationalwirtschaft ist eine harmonische Zusammenarbeit zwischen Arbeit, Kapital und Geist; sie ist ein gesichertes Nebeneinanderbestehen der einzelnen Wirtschaftsgattungen; eine Bevorzugung der einen zu Lasten der anderen Wirtschaftsart ist abzulehnen. Der Staat ist nicht die Spitzenorganisation der Gewerkschaften, er ist aber auch nicht der willenlose Vollstrecker wirtschaftlicher Diktaturgelüste des Großkapitals. Mehr denn je erfordert die wirtschaftliche und politische Entwicklung *Einordnung Deutschlands in die Weltwirtschaft.* Die deutsche Handelspolitik hat sich in den Dienst dieser Notwendigkeit zu stellen. Überwindung der Handelshemmnisse, Vermeidung unnötiger Zollschranken und Förderung der deutschen Ausfuhr durch Ausbau des Handelsvertragssystems auf der Grundlage der Meistbegünstigung sind die nächstliegenden Forderungen.

Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik bedingen sich gegenseitig. Die Folgen des verlorenen Krieges und die Weltwirtschaftskrisis werden noch auf Jahre hinaus starke soziale Lasten bedingen. Es wäre eines Kulturvolks unwürdig, wenn Millionen von Menschen, die arbeiten wollen, aber nicht arbeiten können, hungern müßten. Auf der anderen Seite hört jede soziale Fürsorge dort auf, sittlich berechtigt zu sein, wo sie die Selbstverantwortlichkeit des einzelnen ausschaltet. Zur Durchführung der sozialen Fürsorge ist die denkbar einfachste Organisationsform zu wählen. Die gegenwärtige Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge bedürfen dringend organisatorischer und materieller Reformen.

Auch im Leben eines Volkes gilt der Satz: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein, deshalb darf auch bei der schwersten außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Lage *die Kulturpolitik* nicht vernachlässigt werden.

Jeder Deutsche soll ungehindert teilnehmen an dem geistigen und kulturellen Reichtum der deutschen Nation. Alle Deutschen sind Glieder einer nationalen Kulturgemeinschaft.

Die Fragen der Volksbildung und Volkserziehung sind nicht Fragen eines Standes oder einer Gesellschaftsschicht, sondern Angelegenheiten der Allgemeinheit. Das Recht des Menschen auf Erziehung und Bildung ist genauso ein Menschenrecht wie das Recht auf persönliche Freiheit. Deswegen sind alle äußeren Hemmungen zu beseitigen, die sich dem Aufstieg der wirklich Tüchtigen entgegenstellen. In dem Drang der unteren Schichten, kulturell emporzukommen, ist das höchste ethische Gesetz der Menschheit verkörpert.

Hauptsächlichster Träger der öffentlichen Erziehung ist die Schule. Die deutsche Volksschule ist aufzubauen auf der Einheit des deutschen Volkstums und des deutschen Kulturguts unter Wahrung und Schonung der Verschiedenheit der religiösen Bekenntnisse und der Weltanschauungen. Auf der Volksschule ist organisch das höhere Schulwesen aufzubauen. Die jetzt vorhandene Zersplitterung in zahllose Schultypen ist zu beseitigen. Die Hochschulen sind Stätten freier Forschung und Lehre, ihre akademischen Bürger müssen sich ihrer hohen Verantwortung gegenüber Staat und Volksgesamtheit bewußt bleiben. Im letzten Grunde kommt es nicht auf die Schulform und die Schulart an, die wir entwickeln wollen, sondern auf die Menschenart, die wir heranbilden wollen; das ist der deutsche Mensch, der durch seine Persönlichkeit, durch berufliche Tüchtigkeit, durch sittliche Bildung und durch staatsbürgerliche Gesinnung befähigt ist zum Dienst an Volk, Vaterland und Menschheit.

Um dem Volk die Kulturgüter der Wissenschaft, der Kunst und der Religion zu vermitteln, sind Freiheit für die Meinungsäußerung in Wort und Schrift, Religions- und Gewissensfreiheit in vollstem Umfang nötig. Wissenschaft und Kunst dürfen nicht mißbraucht werden für Machtpolitik und Klassenpolitik.

Das letzte Ziel jeder Kulturpolitik ist die Erfüllung des Wortes Fichtes am deutschen Volke: Dasjenige Volk, welches bis in die untersten Schichten hinein die tiefste und vielseitigste Bildung besitzt, wird zugleich das glücklichste sein unter den Völkern seiner Zeit, beneidet von seinen Zeitgenossen und ein Vorbild zur Nachahmung für sie. Ausgangs- und Zielpunkt aller Politik ist *das deutsche Volk.* Den deutschen Volksgedanken gilt es in seiner ganzen Größe zu erfassen und nicht nur vom rassemäßigen Standpunkt oder vom Standpunkt der Stammbaumforschung aus. Der Begriff „deutsch" reicht in die Höhe der ethischen Mächte. Deutsch ist ein jahrhundertelanges, Jahrtausende altes, gewaltiges, gemeinsames, historisches Geschehen; daher die Schicksalsgemeinschaft. Deutsch ist ein seit Jahrhunderten nach oben drängender Kulturwert; daher die Kulturgemeinschaft. Deutsch ist ein ungeheures geistiges und wirtschaftliches Energiezentrum. Deutsch ist eine Menschheitsidee und ein Menschheitswert. Deutsch ist jeder, der das Erleben des deutschen Volkes als sein eigenes Erleben empfindet, der deutschen Kulturbesitz als eigenen Kulturbesitz haben will und der die Not seines Volkes als eigene Not empfindet.

Der Begriff deutsches Volk macht auch nicht halt an den staatlichen Grenzen des Deutschen Reiches, sondern es ist die Gesamtheit aller deutsch denkenden, aller deutsch fühlenden, aller deutsch wollenden Menschen, gleichviel, wo sie auf der Welt auch wohnen.

Ausgangs- und Zielpunkt aller unserer Arbeit ist das deutsche Volk, und deshalb steht im Vordergrund immer der nationale Gedanke. Je weiter die Menschheitsentwicklung fortschreitet, um so mehr ergeben sich neben den nationalen Bedürfnissen internationale Berührungspunkte, Beziehungen und Gemeinschaftsbedürfnisse. Deswegen wird es Wesensbestandteil jeder nationalen Politik, die richtige Einstellung zu den internationalen Bedingtheiten zu gewinnen. Aber auch hier müssen im Vordergrund die nationalen deutschen Interessen stehenbleiben.

Das Vorzeichen allen unseren politischen Denkens und Fühlens heißt deutsch, und der Generalnenner allen unseren politischen Handelns heißt deutsches Volk.

Aussprache

über die Punkte der Tagesordnung: „Die politische Lage" und „Die Richtlinien der Deutschen Staatspartei"

Herr **Barteld** (Hannover): In manchen Wahlkreisen ist in unserer Partei leider gar kein Leben vorhanden, anderswo dagegen ist großer Bedarf nach Reden und nach Aufklärung über die Staatspartei. Der Wille ist hier also vorhanden voranzukommen. In der Bevölkerung setzt sich allmählich die Erkenntnis durch, daß man neue Wege beschreiten muß. Das gilt insbesondere für große Teile von Handel und Gewerbe, die bisher der Wirtschaftspartei angehörten, jetzt aber eine Wendung vorgenommen haben zu unseren Gunsten. Eins aber ist versäumt worden: es gehen nicht genügend Anregungen von der Zentrale aus in das Land. Das muß anders

werden. Bei der Krise in der Wirtschaftspartei[3] war für uns der Anlaß gegeben, allgemein gegen diese Partei vorzugehen. Dann kam der Auszug der Rechten aus dem Reichstage, wo auch Aufklärung von der Zentrale gefehlt hat. (Herr **Nuschke**: Haben Sie denn unser Rundschreiben nicht bekommen?) Ich habe es nicht bekommen. Aber ein Rundschreiben genügt auch nicht; man hätte sofort mit Flugblättern und Plakaten herauskommen müssen.

Das darf nicht bloße Geldfrage sein. In meinem Wahlkreise bringen wir ein Flugblatt heraus, das auch Leute finanziert haben, die gar nicht zur Partei gehören. Solch ein Flugblatt ist notwendig, damit die Leute sehen, daß Leben vorhanden ist. Ebenso müßte man mit Flugblättern den Veröffentlichungen anderer Parteien schlagwortartig antworten, das müßte auch in Gestalt von Plakaten geschehen. Das ist jetzt wichtiger als in der Zeit dicht vor den Wahlen. Die Frage der Presse ist überaus weitschichtig; am besten wäre ja ein nicht zu teures Parteiorgan. Bei mir im Wahlkreise ist die Stimmung gegen neue Einkommenssteuern. Vor allem aber will man den endgültigen Finanzausgleich. Das müßte spätestens im Herbst fertiggestellt sein. Wir werden die Liebe für die Staatspartei steigern, wenn diese Partei nicht bloß mit Steuern an uns herantritt. Sehr bedauerlich ist, daß zwar in Preußen eine strenge Beaufsichtigung der politischen Betätigung der Beamten stattfindet, daß aber die Beamten im Reiche tun können, was sie wollen. Das ist zum guten Teil die Folge davon, daß uns ein Reichsbeamtengesetz fehlt. Der Beamte darf unter keinen Umständen einer Partei angehören, die den Staat verneint. Andernfalls verliert der Staat, wenn diese Dinge weitergehen, im Volke das Vertrauen, das er braucht. Wir wären der Reichsregierung sehr dankbar, wenn sie ein neues Gesetz zum größeren Schutz der persönlichen Ehre brächte. Außerdem wäre das allgemeine Verbot des Uniformtragens notwendig. – Im Wahlkreis Hannover haben wir viel neue Mitglieder bekommen; das müßte auch in anderen Wahlkreisen möglich sein. Die Leute wollen allmählich los von der Unverantwortlichkeit. Die Richtlinien brauchen nicht heute gemacht zu werden, aber um der Agitation im Lande willen müßten sie so bald wie möglich kommen. Auch bei größeren politischen Ereignissen muß sofort ein Kommuniqué der Partei herausgehen, um unseren Leuten Unterlagen zu verschaffen. Es ist Wert darauf zu legen, daß die Reichsgeschäftsstelle dies mit größter Beschleunigung durchführt. Überaus bedauerlich ist es, daß selbst in der großen demokratischen Presse immer nur von Brüning als dem Mann des allgemeinen Vertrauens gesprochen wird – weshalb nicht auch von Dietrich? Wenn Külz als Stellvertreter Dietrichs vorgesehen ist, so kommt mir das Bedenken, ob er als Oberbürgermeister von Dresden dauernd die Geschäftsführung der Partei in der Hand behalten kann.

Herr **Wolf** (Breslau)[4]: Das Gefährlichste und Dümmste wäre gegenwärtig, aus dem Völkerbund auszutreten. Der Partei ist dringend ans Herz zu legen, in der Außenpolitik eine größere Aktivität zu entwickeln. Die anderen Parteien tun das durchaus. Zu warnen ist ferner vor dem starken Eintreten für Paneuropa und für

3 Zur Krise der Wirtschaftspartei, die u. a. zum Übertritt des Reichstagsabgeordneten Colosser und der preußischen Landtagsabgeordneten Dannenberg und Leonhardt in die Staatspartei führte, vgl. Quellen 1 S. 257 f. und Schumacher S. 150 f. und 168; ferner Protokolle der Sitzung der preußischen Landtagsfraktion vom 7.7.u. 4.11.1931. DDP/Staatspartei R 45/III 65.

4 Karl Wolf.

irgendwelchen verwaschenen Pazifismus. Damit können wir den jungen Nachwuchs nicht gewinnen. Unsere Wirtschaftspolitik muß international sein, daher einsichtige Handelspolitik! Dagegen muß man gegen die höhere Besteuerung der Einkommen und Vermögen energisch protestieren. Falls das ohne Mitwirkung des Reichstags möglich ist, sollte man für die Annahme des polnischen Handelsvertrages, auf welchem Wege auch immer, mit möglichster Beschleunigung sorgen. In den Referaten ist kaum etwas gesprochen über kommunale Selbstverwaltung, die doch noch nie so angegriffen worden ist wie in den letzten Jahren. Die Nationalsozialisten brüsten sich jetzt, die Kommunen zu erobern. Gelingt ihnen das, dann werden wir etwas erleben. Unabhängige Rechtsprechung ist gewiß ein hohes Gut; aber wenn wir täglich so unglaubliche Mengen von Fehlurteilen haben, dann muß in dieser Beziehung etwas geschehen. Wünschenswert wäre, wenn man dem ungesunden Anwachsen der Großstädte entgegentreten wollte. Bei der Arbeitslosenversicherung ist eine neue Lastenverteilung nötig. Es geht nicht, daß das Reich sich von dieser Versicherung loslöst und daß die Staaten und erst recht die Städte immer mehr damit belastet werden. Wenn keine Besserung kommt, dann werden viele Städte den Bankrott anmelden müssen. Die Wahlreform wird uns keine großen Erfolge bringen, wenn wir nicht zur Wahlpflicht übergehen.

Der **Vorsitzende** spricht unter Zustimmung der Versammlung den Wunsch aus, daß die Redner bei ihren Ausführungen nicht über 10 Minuten hinaus gehen werden.

Dr. **Dechamps**: Die Stimmung im Auslande hat sich nach den Aufregungen, die durch den 14. September herbeigeführt wurden, jetzt wieder ziemlich beruhigt. In der Agitation ist von uns oben und unten gesündigt worden. Oben insofern, als wir viel zu lange auf Richtlinien gewartet haben und jeden belebenden Zuspruch von Berlin entbehren mußten. Das hat unsere Arbeit außerordentlich erschwert. Auch in unseren eigenen Reihen gibt es noch viele Menschen, die der Überzeugung sind, die paar Leute, die die Agitation bisher gemacht haben, würden bereit und imstande sein, es auch weiterzumachen. Wenn das aber der Fall sein soll, dann müssen wir darum bitten, daß nicht nur bei großen Demonstrationsversammlungen große Kanonen aus Berlin sich uns zur Verfügung stellen, sondern auch für kleinere Versammlungen. Ein gutes Vorbild sollte uns Herr Dingeldey geben, der unverdrossen für seine Partei draußen im Lande spricht. In Düsseldorf haben wir bisher für uns noch keinen Redner bekommen. Es wäre sehr wertvoll, wenn wir in dem Ruhrrevier etwas mehr Leben schaffen könnten. Dazu müssen wir uns mehr als bisher helfen. Was die Wirtschaftslage anlangt, so sind wir gegenwärtig an der Grenze angekommen, wo wir merken, daß es nicht mehr weitergeht. Ich sehe außerordentlich schwarz in die Zukunft, wenn noch irgendwelche neue Lasten der Wirtschaft auferlegt werden. Steuern sind ja jetzt Kompensationsobjekt für Panzerkreuzer. Es wäre von größter Bedeutung, wenn der Etat ordnungsmäßig erledigt werden könnte. Sollten wir das aber nur auf Kosten einer schweren Belastung der Wirtschaft tun können, dann ist das nicht mehr tragbar. Külz hat von der Synthese der drei Faktoren gesprochen, die in der Wirtschaft tätig sind. Leider Gottes kommen wir heute nicht weiter, wenn es uns nicht gelingt, die Arbeitsgemeinschaft[5] wieder herzustellen. Sollte es nicht möglich sein, Arbeitge-

5 Siehe Nr. 24b Anm. 17.

ber und Arbeitnehmer an einen Tisch zu bringen, dann sind die Aussichten der Zukunft dunkel. Gegenwärtig aber ist es unmöglich, die Arbeitnehmer oder die Arbeitgeber dazu zu veranlassen, die Frage der Arbeitsgemeinschaft wieder aufzugreifen. Da sollte die Regierung die Sache kraftvoll in die Hand nehmen, um beide Kategorien an einen Tisch zu bringen. Gegen die Arbeitslosigkeit gibt es nur ein Mittel, das ist die Erhöhung der Produktion, alles andere ist nur eine vorübergehende Erleichterung. An die Erweiterung des Absatzes können wir aber nur denken, wenn wir für unsere Fertigfabrikate einen Preis nehmen, der der Höhe der Materialienpreise auf dem Weltmarkte angepaßt ist. Dazu müssen wir mit unseren Selbstkosten herunter. Ein wichtiger Faktor darunter ist die öffentliche Hand. Diese treibt aber immer noch nicht die nötige Sparsamkeit. Was Külz in bezug auf die Richtlinien vorgetragen hat, entspricht im wesentlichen unseren Auffassungen. Kann man jedoch nicht den Gedanken der Arbeitsgemeinschaft in das Programm mit hineinbringen? Man sollte auch nicht an dem Problem der Kriegsschuldlüge vorübergehen.

Herr **Möller** (Schwerin)[6]: Wir leben auf einem Vulkan. Die Partei ist dazu da, für den Bau, den die Regierung darstellt, die Widerlager zu schaffen. Augenblicklich sind diese Widerlager zu schwach. Die Sezession der Nationalsozialisten hat eine sehr kritische Situation heraufgeführt. Sehr schlimm ist es, daß die Nationalsozialisten es verstehen, die Sozialdemokraten indirekt mürbe zu machen. Wir leben schon mitten im Bürgerkriege, und zwar in der zweiten oder dritten Etappe. Die Regierung ist so stark zu machen, daß sie imstande ist, die Parteien, die den Bürgerkrieg betreiben, einfach zu verbieten.

Dr. **Heuss** nimmt zunächst im Auftrage von August Weber Stellung zu Erörterungen des Berliner Tageblattes und der Welt am Montag über die Führerfrage in der Staatspartei. Herr Weber stehe den Artikeln selbstverständlich ganz und gar fern und betone, daß er mit großer Loyalität hinter Dietrich stehe. Er habe ja auch selbst Külz als Geschäftsführenden Vorsitzenden empfohlen. – Zur Tagesordnung bemerkt der Redner, er sei nicht ganz zufrieden mit der Art, wie der Referent[7] die Panzerkreuzerfrage behandelt habe. Eine solche Haltung könne man draußen im Lande nicht einnehmen. Dort sind Halbheiten nicht am Platze. Wir müssen davon sprechen, daß wir es gewesen sind, die die Bewilligung neuer Schiffe an die Vorlage eines Flottenprogramms geknüpft haben. Das Programm ist gekommen und hält sich unter dem, was eigentlich in Versailles zugestanden war. Die Bewilligung liegt also in der Richtung unserer Politik. In Sachen der Richtlinien ist eine Zeitlang eine Psychose ausgebrochen, da die Reichsgeschäftsstelle immer wieder mit Briefen bestürmt wurde, die die Herausgabe eines Programms verlangten. In Württemberg ist aber niemand auf die Idee gekommen zu warten, daß von Berlin aus bestimmte Richtlinien gegeben würden. Die Geschäftsstelle hat sich da selbst geholfen. Die Entwürfe der Richtlinien von Külz und Nuschke[8] sind naturgemäß ganz allgemein gehalten

6 Richard Möller (geb. 1890), Oberlehrer in Rostock, MdL Mecklenburg-Schwerin (DDP/Staatspartei) 1921-1933, Kultus- und Justizminister von Mecklenburg-Schwerin 1926-1929.

7 Külz.

8 Vgl. Anm. 2. In der Folgezeit gingen dann bei der Reichsgeschäftsstelle eine Fülle von Abänderungsvorschlägen bzw. neuen Richtlinienentwürfen von Funktionären und Mitgliedern der Staatspartei ein. R 45/III 53-56.

und man kann mit ihnen in der Agitation nicht allzuviel anfangen. In der Politik aber sind wir gezwungen, von der Hand in den Mund zu leben und müssen Stellung von Fall zu Fall suchen, da nützen uns solche allgemeinen Programme nicht viel. Wir müssen daher dazu übergehen, in einer Art Plattform die Fragen des nächsten halben Jahres und unsere Stellung dazu näher zu bezeichnen. Die Fraktion als solche ist in der letzten Zeit sehr fleißig gewesen draußen im Lande. Wir befinden uns aber eben in der schwierigen Lage, gleichzeitig im Reichstag die Präsenz aufrechtzuerhalten und draußen sein zu sollen. In Mitgliederversammlungen zu reden ist für den Parlamentarier eine völlige Kraftverschwendung. Im übrigen müssen wir in unseren Versammlungen aggressiv sein, schon um unseren Leuten mehr Mut zu machen. Das bringen wir aber in gewöhnlichen Mitgliederversammlungen nicht zustande, sondern nur in großen Kundgebungen. Der Gedanke einer Wahlpflicht ist ganz abwegig. Für unsere Agitation wirkt es sehr beeinträchtigend, daß es uns an Männern fehlt, die hinausgehen und sich mit den anderen Parteien herumschlagen können. Sollten wir solche Personen gewinnen können, dann würden wir auch wieder mehr Zuzug bekommen.

Herr **Bartschat**: In Ostpreußen erleben wir jetzt einen konzentrierten Sturmangriff der Nationalsozialisten. Als Zugstück dient ihnen da der älteste Sohn des Kronprinzen. Unsere Partei hat in der Provinz schon gute Wurzeln geschlagen. Wir brauchen aber prominente Redner. Wir vermissen eine Erklärung der Deutschen Staatspartei gegenüber dem Volksbegehren des Stahlhelms[9] (Herr **Nuschke**: In dem letzten Rundschreiben ist eine solche Erklärung erschienen.) Das habe ich nicht gesehen. Außerdem müssen wir auch nach außen sichtbar davon abrücken. Im Lande wird das Kompromisseln mit der Sozialdemokratie in bezug auf die Steuer- und Panzerkreuzerfrage nicht verstanden. Es ist auch zweifelhaft, ob das Vorgehen der Regierung in bezug auf die Bürgersteuer und ihr Verhältnis zur Gewerbesteuer richtig war. Redner bespricht dann die Frage der Arbeitszeitverkürzung und charakterisiert die Radikaldemokraten[10], die in Ostpreußen nur eine kleine Minderheit darstellen.

Minister **Dietrich**: Zu dem Thema der Lohnfrage gehört auch, daß es bei den Arbeitern vor allem zwei Kategorien von Arbeitern mit überspitzten Löhnen gibt, die Bauarbeiter und die städtischen Arbeiter. Die Tarifverträge sind ja gekündigt, und für die wirtschaftliche Entwicklung hängt viel davon ab, daß hier Lohnabzüge erfolgen. Bezüglich der Bauarbeiter haben wir mit Stegerwald einen großen Streit angefangen und ihm ernstlich nahegelegt, daß es untragbar wäre, wenn der Versuch gemacht werden sollte, die alten Bauarbeiterlöhne dadurch zu halten, daß entsprechende Schiedssprüche hier für verbindlich erklärt würden. Das könnten wir (d. h. Finanzministerium und Wirtschaftsministerium) unter keinen Umständen dulden. Die Herabsetzung der Löhne muß erfolgen, weil wir unter allen Umständen von den hohen Baukosten herunterkommen müssen.

Frau **Krause** (Breslau)[11] bekennt sich als scharfer Feind der Panzerkreuzer. Es ist da gesagt worden, wir müßten als Staatsparteiler für die Panzerkreuzer eintreten,

9 Vgl. Volker E. Berghahn, Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918-1935, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien Bd. 33, Düsseldorf 1966, S. 158-180.

10 Siehe Nr. 171 Anm. 15.

11 Marie Krause, Geschäftsführerin des Gewerkschaftsbundes der Angestellten in Breslau.

weil auch die früheren Demokraten dafür gewesen sind. Eine solche Beweisführung ist nicht zulässig. Dann hätten ja diejenigen draußen recht, die die Staatspartei nicht ganz ernst nehmen. Das ist auch der Grund, daß wir unter der Jugend so wenig Zuspruch finden und daß die Masse des Volkes, d. h. die Arbeitnehmer, nicht zu uns kommt. Und doch gibt es noch viele Wähler, die z. Zt. sich zum Anschluß an eine Partei noch nicht entschlossen haben und die für uns gewonnen werden können. Wir erhalten sie aber nicht, weil sie nicht Vertrauen zur Staatspartei haben unter Berufung darauf, daß dies ja nur die alte Demokratische Partei sei. Es ist bedauerlich, daß immer wieder die großen Massen besteuert werden, dadurch gewinnen wir auch kein Vertrauen. Ein Fehler ist es von uns gewesen, für die Zulassung der Rechtsanwälte bei den Arbeitsgerichten einzutreten. Wenn Beamte den Staat bekämpfen, dann kommt in Frage, ob der Staat da noch verpflichtet ist, die Beamtenrechte aufrechtzuerhalten. Man sollte nur einmal bei hundert Beamten ein Exempel statuieren, dann würde schon etwas erreicht werden. Die Arbeitnehmer haben durchaus den Wunsch nach einer Arbeitsgemeinschaft mit den Arbeitgebern. Herr Dechamps hat auch darin unrecht, daß er die Hebung der Produktion als Mittel zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit bezeichnet. Umgekehrt haben wir gerade an einer Überproduktion zu leiden, eine weitere Steigerung der Produktion würde die Krise also nicht beseitigen. Die Rednerin spricht dann ausführlich über die Erwerbslosenfrage und bittet zum Schluß, daß die Regierung für eine Wiederherstellung der Selbstverwaltung Sorge tragen möge.

Herr **Apelt** (Leipzig)[12]: Die Staatskrise, von der Dietrich geredet hat, spricht sich zunächst darin aus, daß der Reichstag jetzt nur als Rumpfparlament tagt. Die ihm fernbleibenden Abgeordneten verletzen offenbar ihre vor dem deutschen Volke übernommene verfassungsmäßige Pflicht. Welche Folgen will die Regierung und das Parlament hieraus ziehen? Der Vorgang kann doch nicht ohne Konsequenzen bleiben. Wie steht es mit den Diäten? Der Auszug ist ein gutes Stück Staatskrise und wenn es nicht gelingt, die Herren wieder hineinzubringen, bleibt nichts weiter übrig, als den Reichstag aufzulösen. Denn wir können nicht auf die Dauer mit einem Rumpfparlament arbeiten. Die rechtmäßige Verabschiedung des Etats durch den Reichstag ist für eine Staatspartei eine selbstverständliche Forderung. Eine andere Inkraftsetzung des Etats wäre verfassungswidrig. Schon bisher ist die Regierung mit ihren Notverordnungen – milde ausgedrückt – bis an die Grenze des Möglichen gegangen. Es wäre sehr zu wünschen, daß ein Minister unserer Partei nicht über diese Grenze hinausgeht. Die direkten Steuern können wir unmöglich weiter erhöhen; es ist vielmehr sehr zu bedauern, daß keine Entlastungen eingetreten sind, daß vielmehr als neue Steuer sogar noch die Bürgersteuer gekommen ist. Was hinsichtlich der Reform der Arbeitslosenversicherung geschehen wird, davon hat man nichts zu hören bekommen. Wie es sich aber auch damit verhalten möge: Die Lasten der Versicherung müssen unter allen Umständen gesenkt werden. Das kann wohl nur geschehen durch Übernahme des Fürsorgeprinzips in die Versicherung. Auch das Problem der Reparationen ist nur

12 Willibalt Apelt (geb. 1877), Professor für öffentliches Recht an der Universität Leipzig 1923-1933, sächsischer Innenminister 1927-1929. Vgl. W. Apelt, Jurist im Wandel der Staatsformen, Tübingen 1965.

ungenügend erörtert worden. (Herr **Dietrich**: Darüber kann ich leider aus amtlichen Gründen nichts sagen.) In dieser Sache sollte man Schacht nicht die Führung überlassen[13]. Man müßte darauf aufmerksam machen, daß eine Revision nötig ist, erstens weil die Weltwirtschaftskrise Deutschland in einer vorher nicht zu übersehenden Weise angegriffen hat, zweitens, weil der Preis des Goldes sich inzwischen vollständig geändert hat. Was beabsichtigt die Regierung in diesem Sinne zu tun?

Herr **Dietrich**: Ich kann natürlich nicht sagen, was wir in der Reparationsfrage tun werden. Selbstverständlich hat sich die Regierung damit schon eingehend beschäftigt. Ebenso verfügen wir bereits über gewaltige diplomatische Aktenstöße darüber. Aber wenn man alles mit einmal in Angriff nimmt, dann scheitert man. Wir haben im Dezember die große Notverordnung gemacht. Vor allen Dingen ist die [Bedeutung der] Bürgersteuer noch gar nicht genügend erkannt, wie sich das aus der Betrachtung der Bestimmungen im einzelnen ergibt. Wenn Schacht über die Reparationen schreibt, so bedeutet dies doch nicht, daß er die Führung darin übernommen hat. Was Schacht heute gegen den Young-Plan sagt, das habe ich schon 1919 in der Nationalversammlung gesagt. Wenn Schacht seine jetzige Agitationsweise fortsetzt, dann kann es ihm einmal passieren, daß wir eines Tages massiv gegen ihn werden, wie das schon der Fall gewesen ist[14]. Sobald wir sehen, daß wir nicht mehr weiter können, dann sind wir entschlossen, alles zu tun, um den bestehenden Zustand zu ändern. Sie werden dann eine Notverordnung erhalten, über die Sie sich wundern werden. Wir werden dann zwei Jahre hindurch angegriffen werden, und nach zehn Jahren wird man sagen, daß die Regierung doch recht gehabt hat.

Herr **Rönneburg**: Die Rücksichten, die naturgemäß die Regierung zu nehmen hat, dürfen die Partei nicht hindern, die Notwendigkeit der Revision des Young-Planes immer wieder deutlich hervorzuheben. Die Fraktion hat die Pflicht, ihren Antrag über die Diäten der Reichstagsschwänzer auf jeden Fall jetzt noch vor Ostern zur Beratung und Erledigung zu bringen. Es ist unbedingt nötig, daß sich für Ostpreußen, wo ja von uns demnächst eine große Aktion unternommen werden soll, die Abgeordneten des Reichstags und des Landtags, aber auch des Provinziallandtags usw. zur Verfügung stellen. Der Gedanke einer Spezialagitation im Osten ist überhaupt mit allen Kräften durchzuführen. Wir dürfen die jetzige Tagung aber nicht vorübergehen lassen, ohne Stellung zu nehmen zu dem Kampf um Preußen. Wir haben uns gegen die Angriffe und Behauptungen der Radikaldemokraten scharf zu wehren. Der Auszug der Nationalsozialisten und ihre darauf folgende Agitation im Lande hat draußen größten Eindruck gemacht. Demgegenüber brauchen wir Material von der Reichsgeschäftsstelle, um Klarheit zu schaffen. Unsere ganze Agitation muß in einen zentralen Punkt zusammengefaßt

---

13 Im Frühjahr 1931 war Schachts Buch „Das Ende der Reparationen" erschienen. Zur Reaktion der Reichsregierung vgl. Die Enstehung des Young-Plans, dargestellt vom Reichsarchiv 1931-1933, durchges. u. eingel. v. Martin Vogt, Boppard/Rh. 1970, S. 60ff.

14 Das bezieht sich vermutlich auf die Erklärung der Reichsregierung vom 7.12.1929, in der sie Schacht wegen seines am 6.12.1929 ohne Rücksprache mit der Reichsregierung publizierten Memorandums zum Young-Plan kritisiert hatte. Vgl. Kabinett Müller II Nr. 372; ferner Schulthess 1929 S. 220.

werden, nämlich in dem Kampf gegen die Staatsverderber, die Nationalsozialisten und Kommunisten. Die Aufklärung durch die „Blätter der Staatspartei", so dankenswert sie ist, wird leider von wenigen gelesen. Die preußische Regierung und die Reichsregierung haben ebenfalls die Pflicht, aufklärend zu wirken, und zwar nach einem einheitlichen Plan. Im Reiche aber sieht es sehr schlimm aus. Die Beamtenschaft in der Reichsbahn, der Reichspost und der Reichsfinanzverwaltung stellt die Träger für die nationalsozialistische Agitation. Auch in der Agrarfrage haben wir gutes Material, es muß nur gesammelt werden. In der Panzerkreuzerfrage darf es in der Tat keine Halbheiten geben; es muß Stellung genommen werden, wie sie auch immer sein möge. Wie die Dinge liegen, haben wir für die Bewilligung des Kreuzers zu stimmen. Von großen Programmen halte ich nichts. Man soll zu den aktuellen Fragen sofort Stellung nehmen; das müßte geschehen durch den Geschäftsführenden Vorstand, der die Fraktionen und eventuell andere Parteifreunde hinzuzieht. Die Parteileitung muß auch einmal diktatorisch verfahren. Überaus wirksam würde es sein, wenn in einem kurz gefaßten Flugblatt darauf hingewiesen würde, daß die Nationalsozialisten weiter nichts darstellen als die Vorfrucht der Linksradikalen.

Herr **Dietrich** beauftragt Herrn Rönneburg, ein Flugblatt zu verfassen über das Thema: Die Nationalsozialisten als Vorfrucht der Kommunisten. Herr **Rönneburg** sagt zu.

Herr **Siering** (Köln): Es ist schlimm, daß in dieser ernsten Situation vielfach im Lande der Glaube an die Staatspartei fehlt. Unsere Partei hat mehr Aktivität nötig. Die Ortsgruppe Köln weist heute nur noch die Hälfte des Mitgliederbestandes auf, den die demokratische Ortsgruppe besaß. Es ist auch bedauerlich, daß andere Parteien im Parlament uns unsere Anträge und Gedanken weggenommen haben. Der große Agrarantrag der Partei verdient scharfe Ablehnung[15]. Minister Dietrich sollte im Lande noch mehr als bisher sprechen. Wir brauchen Richtlinien, weil die Leute wissen wollen, welches die Ziele der Staatspartei sind. Ebenso brauchen wir aufklärende Notizen aus der Zentrale. In der Panzerkreuzerfrage müssen wir eindeutig und unabänderlich Stellung nehmen. In die Richtlinien müßten noch zweierlei Punkte aufgenommen werden. Einmal ein ausdrückliches Eintreten für die Einheitsschule und sodann bei der Besprechung der auswärtigen Politik ein Bekenntnis zu Eupen und Malmedy.

Herr **Dietrich**: Ich rede soviel für die Partei, daß ich manchmal der Regierung schon anfange, unbequem zu werden. Es ist auch schwer für mich, überhaupt zu reden, da meine Bemerkungen leicht mißverstanden werden und so in falscher Fassung in die Öffentlichkeit gelangen. Es ist auch selbstverständlich, daß ich nicht so reden kann wie etwa Rönneburg. Er kann vieles sagen, was mir zu sagen nicht möglich ist. Uns fehlt ein Mann, der mit der nötigen Schärfe gegen die Nationalsozialisten redet. Wenn wir ihn hätten, so würde ich ihn gerne anstellen. Eine „Bewegung", so wie sie der Vorredner verlangt hat, fängt nicht an durch Dekrete von oben, sondern durch fleißige Betätigung am Orte. Vielleicht liegt es also auch etwas an den Kölnern, wenn dort Übelstände vorhanden sind. Obwohl 75% von der praktischen Arbeit, die die Regierung in den letzten zehn Monaten

15 Abdruck der Anträge in: Hilfe v. 7.3.1931 Nr. 10; dort auch die begründende Rede August Webers im Reichstag.

geleistet hat, auf mein Ministerium gekommen ist, so hat das Berliner Tageblatt es für richtig gehalten, immer nur Brüning zu nennen, mich aber nicht erwähnt. Allerdings hat das Zentrum die Reklame für Brüning sehr geschickt gemacht. Mir würde das nicht passen. Aber es wäre doch vielleicht ganz gut, wenn man mich nicht immer nur tadeln, sondern einmal auch loben würde. Die Wähler draußen wollen nur eins: Die Regierung soll Energie zeigen. Dann muß man aber auch das verteidigen, was wir machen. Die Fraktion hat nun einmal in der Agrarfrage eine unglückliche Hand gehabt, das können wir aber jetzt nicht mehr ändern. Im übrigen aber hat sich die Fraktion gut gehalten. Das Material, das in den „Blättern der Staatspartei" enthalten ist, wird hier gar nicht erwähnt. Ich möchte empfehlen, auch diese Blätter einmal zu lesen.

Herr **Eschenburg** spricht Herrn Dietrich seinen Dank aus für die Führung der Staatsgeschäfte und ebenso auch für die Leitung der Partei. Es ist mir die größte Freude, daß Sie der Führer der Partei sind. Wir haben keinen Grund zur Mutlosigkeit, solange Sie an der Spitze stehen, denn wir haben die berechtigte Hoffnung, daß aus der Partei, solange Sie sich in ihren Dienst stellen, etwas werden wird. (Großer Beifall, in dem **Dietrichs** Erwiderung untergeht.)

Schluß 19 Uhr.

176 b.

15.3.1931: Sitzung des Gesamtvorstandes (2. Tag)

Gezeichnet: „Issberner". Vorsitz: Dietrich. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: 15 Uhr. Ort: Reichstag.

Die Sitzung wird am 15. März vormittags 10.15 Uhr von dem Vorsitzenden Herrn **Dietrich** wieder eröffnet.

Herr **Bieringer**: Nach dem Programm fragt kein Mensch mehr. Viel wichtiger ist das, was wir politisch leisten. Wir sind die Träger der Bewegung, die aus staatspolitischem Bewußtsein heraus gegen den Nationalsozialismus Front macht. Danach haben wir uns einzustellen. Wir in Deutschland wollen von der nationalen Welle mit ergriffen sein und wollen, daß die Staatspartei dieser nationalen Welle gerecht wird. Es ist sehr erfreulich, daß wir die Teile der Demokratischen Partei, die den würdelosen Pazifismus unterstützt haben, losgeworden sind. Bei dem Kampfe gegen den Nationalsozialismus ist einmal zu beachten, daß wir eine vernünftige Politik im Reichstage führen. Draußen im Lande ist die zweideutige Haltung nicht verstanden worden, die unsere Fraktion eingenommen hat, einerseits durch den Agrarantrag[1] und andererseits durch die Zustimmung zu dem Gefrierfleischantrag[2]. Das zweite ist, daß man seine Politik auch richtig dem Volke

1 Siehe Nr. 176a, bes. Anm. 15.

2 Am 26.2.1931 hatten die Demokraten im handelspolitischen Ausschuß des Reichstags einem sozialdemokratischen Antrag auf Zulassung eines zollfreien Einfuhrkontingents von 50000 t Gefrierfleisch zugestimmt. Vgl. Schulthess 1931 S. 57. Zum Verhalten der DDP im Plenum vgl. Wippermann A 1931 S. 51.

klarmacht. Hierfür muß man ein gewisses psychologisches Gefühl haben und auf Imponderabilien Rücksicht nehmen. Wir sind in der glücklichen Lage, an der Spitze der Partei einen Mann zu haben, der zum Parteiführer alles mit sich bringt. Aber Dietrich ist leider gleichzeitig auch Finanzminister und kann als solcher nicht alles so sagen, wie es in unserem Interesse nötig ist. Sein Stellvertreter müßte daher eine Art politischer Wanderredner werden, und die Presse müßte angehalten werden, seine Reden mit möglichster Ausführlichkeit wiederzugeben.

Herr **Ehlermann**: Bei den Kräften, die heute für unsere Partei zur Verfügung stehen, ist es ganz unmöglich, gleichzeitig in allen Gegenden Deutschlands den Kampf gegen den Nationalsozialismus zu führen. Der Nationalsozialismus hat immer nur gerade das nächste Ziel vor Augen und setzt dort seine gesamten Kräfte ein. Das müssen wir nachahmen. Nun finden im Mai die Landtagswahlen in Oldenburg statt. Wir müssen uns also auf diesen Punkt konzentrieren. Das ausgesprochene Ziel der Nationalsozialisten ist, auch Oldenburg zu besetzen und damit Preußen weiter einzukreisen. Wenn das gelingen sollte, so wäre das ganz besonders aus dem Grunde zu bedauern, weil es sich hier um alten freisinnigen Besitzstand handelt. Die Nationalsozialisten haben ihre gesamten Reichstagsabgeordneten bereits schriftlich zu je 10 Reden in Oldenburg verpflichtet und jetzt bereits 1500 bis 2000 Versammlungen in der letzten Woche vor der Wahl angekündigt. Was für eine Wirkung würde im Auslande wie im Inlande dadurch erzielt werden, daß die Nationalsozialisten bei dieser Landtagswahl ein neues Land erobern! Die letzten Wahlen in Braunschweig[3] haben uns schon viele Austritte aus der Staatspartei gekostet. Deshalb bitte ich, nicht die Kräfte zu zersplittern, sondern alle unsere hervorragenden Redner nach Oldenburg zu werfen. Zur Zeit ist es nicht mit Programmen gemacht, sondern es geht um einen ganz realen Machtkampf. Die Leute im Lande sind sehr verzagt, sie wagen kaum noch, Staatspartei zu wählen oder auch Volkspartei, aus Angst vor den Nationalsozialisten. Da muß von allen Parteien, die halbwegs Vernunft haben, nach gemeinsamem Plan gegen die Nationalsozialisten vorgegangen werden. In der ersten Hälfte Mai müssen alle Kräfte innerhalb und außerhalb der Fraktion den Oldenburgern zur Verfügung stehen. Den Nazi dort eine Niederlage zu bereiten, ist sehr wohl möglich. Außerdem bedürfen wir Unterstützung durch finanzielle Mittel, denn allein können wir es nicht machen.

Herr **Schäfer**: Im Rheinland liegt auch eine oldenburgische Enklave, nämlich Birkenfeld. Dort ist also gleichfalls Unterstützung nötig. Die Richtlinien dürfen wir nicht so ganz gering schätzen, da wir sie als Agitationsgrundlage der Partei um der Gewinnung der neuen Mitglieder willen gebrauchen. Aber die uns vorgetragenen Richtlinien sind zu positiv und nicht polemisch genug. Man darf nicht nur sagen, was man will, sondern muß auch sagen, was man nicht will und was uns von anderen unterscheidet. Auch müssen wir eine klare Zusicherung geben, daß wir eine Partei der Dauer darstellen und nicht daran denken, die Form unserer Partei in absehbarer Zeit zu zerschlagen. Die nationalistische Welle bekämpft man auch nicht so, daß man ihr nachgibt, sondern daß man das gerade Gegenteil davon tut

3 Bei den Landtagswahlen am 14.9.1930 hatte die Staatspartei nur noch ein Mandat von 40 Mandaten (gegenüber zwei der DDP von zuvor 48 Mandaten) erhalten. Die Nationalsozialisten hatten ihre Zahl von einem auf elf Abgeordnete erhöht. Vgl. Wippermann A 1930 S. 423.

und den aggressiven Chauvinismus verwirft. Sodann müssen wir mit allem Nachdruck gegenüber der Knechtseligkeit der Nationalsozialisten unseren Protest gegen die Diktatur kundgeben. Das Bekenntnis zum Staate an sich lockt auch nicht; wir müssen also auch sagen: Wir wollen den Staat bessern und dies und jenes anders haben. Es muß auch appelliert werden an das Gefühl des Bürgers für die Staatserhaltung und an das Sicherheitsgefühl des Bürgers; darum ist darauf hinzuweisen, daß wir den Staat auch zur Daseinssicherung jeder Person in ihm brauchen. Was sodann die wirtschaftlichen Forderungen anlangt, so haben wir davon auszugehen, daß alle Kritik am Staate darauf beruht, daß man mit der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung nicht zufrieden ist. Das ganze Problem beruht auf der Frage nach der neuen Gesellschaft, die wir in den Staat hineinbauen müssen. Wir brauchen noch zu sehr veraltete Formulierungen, wenn wir zum Beispiel vom „Bürgertum" sprechen. Statt dessen sollten wir Begriffe gebrauchen, die es erkennen lassen, daß uns eine neue gesellschaftliche Ordnung notwendig erscheint. Wir kommen auch damit nicht weiter, daß wir uns auf den Standpunkt der Individualwirtschaft an sich stellen. Die Lösung wird darin liegen, daß wir aus Liberalismus und Kollektivismus eine Art Mittellinie ziehen. Auch bei Betrachtung dieser Dinge benutzen wir alte Prägungen weiter, bei denen wir den meisten Menschen etwas Unverständliches sagen. In der Kulturpolitik wird es notwendig sein, sich nicht zu sehr gegen links zu wenden, sondern auch etwas zu sagen gegen den Geist kultureller Reaktion, der sich heute bemerkbar macht. Die Abneigung gegen den gegenwärtigen Staat beruht bei vielen auf der Abneigung gegen die jetzige Machtpolitik des Zentrums. Dem müssen wir Rechnung tragen. In bezug auf die Wehrpolitik bin ich der Meinung, daß wir die Erhaltung des Friedens auch etwas positiver betonen sollten. Dabei wird dann auch ein Wort über die Wehrhaftigkeit zu sagen sein. Und auch hier werden wir etwas vorsichtiger formulieren müssen. Zu erwähnen wäre auch die Notwendigkeit einer internationalen wirtschaftlichen Verständigung unter Betonung der europäischen Einheit. Was die Preußenfrage anlangt, so sieht es beinahe so aus, als ob unsere preußischen Landtagsabgeordneten auf eine Wiederwahl keinen Wert legen. Unsere Abgeordneten bieten uns recht wenig agitatorisch Verwendbares. Das kommt daher, daß man in Preußen einfach fortwirtschaftet. Es ist dringend nötig, daß die Stagnation, die wir in Preußen haben, durch eine Reformpolitik ersetzt wird. So gibt es zum Beispiel keine Aufräumung der preußischen Enklaven, ferner keine neue kommunale Gesetzgebung. In dieser Hinsicht müßten Anträge von der staatsparteilichen Fraktion kommen. Dann die Frage der Provinzialautonomie! Alle diese Dinge müssen angepackt werden in Gestalt von Anträgen und Entschließungen, damit wir für die Werbearbeit nachher Material haben. Dann würden wir auch auf dieser Grundlage weiterkommen. Wir müssen unbedingt von dem, was wir gestern und heute hier getan haben, etwas ins Land gehen lassen, einen Aufruf oder etwas Ähnliches, um unseren Parteifreunden etwas zu bieten. In bezug auf die Bürgersteuer ist darauf aufmerksam zu machen, daß diese Steuer dahin führen wird, daß die mittleren Einkommen steuerlich stärker belastet werden, als es durch die Realsteuern geschehen würde. Bisher ist noch nicht erkannt worden, daß die Bürgersteuer tatsächlich eine Schonung der Großbetriebe bedeutet. Wenn das aber bemerkt wird, dann erhalten wir einen schweren Schlag. Darum müssen wir rechtzeitig darauf aufpassen, daß die Bürgersteuer nicht dazu

dienen darf, die Gemeindefinanzen vermittels der Schonung der höheren Einkommen zu sanieren.

Der **Vorsitzende** bittet Herrn Schäfer, seine Anregungen in Gestalt von Stichworten schriftlich zu formulieren und der Reichsgeschäftsstelle einzureichen.

Sodann bittet er die Redner, sich auf eine Redezeit von 5 Minuten zu beschränken.

Herr **Hirschel**[4]: Das A und O der deutschen Politik ist der Ruf: Weg von der Depression! Wir müssen unbedingt mehr Positives bringen in unseren Forderungen und Kundgebungen. So müssen wir den Wert der Demokratie gegenüber der Diktatur hervorheben. Besonders haben wir unter dem Übermut der nationalsozialistischen Beamten zu leiden. Wir sehen freilich, daß der preußische Staat darum ringt, die nationalsozialistischen Beamten wegzubekommen. Aber was tut das Reich? Nichts! Die Verleumdung der korrekten Staatsbeamten durch die nationalsozialistische Presse grenzt an das Unmögliche. Sogar das Familienleben republikanischer Beamten wird durch den Dreck gezogen. Aber nichts geschieht dagegen. Es ist doch auch bezeichnend, daß die Offiziere der Schupo oder der Reichswehr kaum, daß sie den aktiven Dienst verlassen haben, zum Nationalsozialismus hinübergehen. Liebe zum Staat soll man den Beamten gewiß einimpfen, aber gegenüber denen, die ihn hartnäckig bekämpfen, muß der Staat auch stark sein. Die Reden über Programme und Richtlinien sind ja schön. Aber hinausgehen ins Land, das Volk aufklären, das scheint mir wichtiger. – In der Umschuldung ist bisher noch nichts geschehen und noch kein Pfennig gezahlt worden, obwohl die Leute darauf warten. Die Senkung der Realsteuerzuschläge hat sich noch nicht genügend durchgesetzt. Was Schäfer über die Bürgersteuer sagt, dem ist nicht zuzustimmen. Wenn Staatskommissare an die Stelle der Selbstverwaltung getreten sind, so liegt das daran, daß die Menschen mit der kommunalen Selbstverwaltung noch nicht richtig umzugehen wußten. Ich hoffe und wünsche, daß wir in Deutschland den Mut finden, die ganze Soldatenspielerei zu verwerfen. Wenn die Begeisterung der Jugend sich auf falsche Ziele richtet, so liegt das zum Teil an der höheren Schule. Es ist auch nicht richtig, daß Preußen nur ruhig fortgewurstelt hat, sondern es hat sehr viel getan an Reformen. Konsequente Politik ist das beste Mittel, die Wähler von dem Zulauf zu den Nationalsozialisten wieder zurückzuführen.

Der **Vorsitzende** legt dar, wie es sich nach der Dezemberverordnung mit der Bürgersteuer verhält. Das Finanzministerium hat den Standpunkt vertreten, daß die Bürgersteuer eine Kopfsteuer ist und bleiben wird. Die ganze Kompliziertheit ist darauf zurückzuführen, daß in diesen Grundsatz Bresche geschlagen ist. Hätte man die Steuer einheitlich gelassen, dann hätte sie einen erziehlichen Einfluß ausgeübt, wie das beispielsweise in Württemberg der Fall ist. Die Staffelung der Steuer ist auf Brüning und andere Ressorts zurückzuführen sowie auf den Einfluß der Sozialdemokratie. Wir haben nur mit einer Verdoppelung der Bürgersteuer gerechnet. Wenn einzelne Länder sie vervierfachen oder versechsfachen, so geschieht das gegen unsere Absicht, und wir werden der Sache nachgehen.

Frau **Ulich-Beil**: In Annaberg hat vor einigen Wochen in einer Versammlung der

4 Regierungsrat im Reichsfinanzministerium.

Redner gesagt, daß die Reichswehr bereits eine einzige nationalsozialistische Zelle sei. Was sagt der Finanzminister dazu? (Herr **Dietrich**: Wir haben den ganzen Winter darum gerungen, daß scharfe Befehle gegeben werden. Die Regierung ist sich mit den Generalen darüber einig, daß solche scharfen Befehle nötig sind.) Die Degradierung der Frauen im Nationalsozialismus ist ein vorzügliches Mittel im Abwehrkampf. Dem müßte unsere Partei auch ganz besonderes Interesse zuwenden. Der Nationalsozialismus hat uns die Sache ja ziemlich leicht gemacht durch die Veröffentlichungen eines Rosenberg[5] u. a. Daraus ergibt sich – wie die Rednerin an einer Anzahl von Beispielen beweist –, daß die Hakenkreuzler, obwohl sie sich als Schützer des Familienlebens ausgeben, die Familie gerade vielfach untergraben. Es eröffnet sich hier die Möglichkeit für uns, an die Frauen heranzukommen. Auch die Regierung sollte hierauf ihre Aufmerksamkeit lenken. Für die Gewinnung der Frauenverbände sollten Mittel hergegeben werden, das wäre wirksamer als die Aufwendung von Mitteln für die Kundgebung des Deutschlandbundes[6]. Auch bei den Wahlen würde daraus Nutzen zu ziehen sein. Gegenüber den Bemerkungen eines Vorredners bemerkt die Rednerin, daß doch auch die Reichszentrale für Heimatdienst manches Gute geleistet habe. (Herr **Dietrich**: Zu wissenschaftlich!)

Der **Vorsitzende**: Was das Prahlen der Nationalsozialisten über ihr Verhältnis zur Reichswehr anlangt, so muß unsere Partei draußen im Lande einfach den Spieß umdrehen und sagen: Diese Behauptungen der Nationalsozialisten sind ganz unrichtig und nur in die Welt gesetzt, um die Leute unruhig zu machen. Tatsächlich ist es so, daß die Reichswehr fest zum Staat steht. Wenn wir dies sagen, dann bekommen wir erstens die Reichswehr auf unsere Seite, wenn sie sieht, daß wir sie verteidigen, zweitens gewinnt die Bevölkerung ihre Ruhe wieder. Darum ist es ja auch richtiger, die Sache mit dem Panzerkreuzer so zu behandeln, wie einige Vorredner gesagt haben, nämlich direkt positiv! Was das Flugblatt betrifft, so machen Sie doch eins, Frau Ulich-Beil. Keins von vier Seiten, sondern von 10 Sätzen. Es kann durchaus unter der Flagge der Staatspartei gehen, die Mittel für die Verbreitung werden beschafft werden.

Herr **Dronke**[7] betrachtet die letzten Bremer Wahlen näher. Bei den Nationalsozialisten bestanden keine persönlichen Beziehungen zwischen Wählern und Gewählten, und doch der große nationalsozialistische Erfolg[8]. Es muß doch etwas anderes vorhanden sein, das diesen Ausgang herbeigeführt hat. Unser schwerer Fehler war, daß wir vergaßen, daß man nicht ungestraft 12 Jahre lang die Verantwortung trägt. Die Partei erkrankt einfach, wenn sie 12 Jahre lang unverändert die Macht in den Händen gehabt hat. Das weiß man beispielsweise in England, und darum dort der fortwährende Wechsel der Parteien in der Regierung. Es ist das Verkehrteste, immer an der Macht zu bleiben. (Wider-

5 Alfred Rosenberg (1893-1946), MdR (NSDAP) 1930-1945, Chefredakteur des „Völkischen Beobachters".

6 Nicht ermittelt.

7 Kurt Dronke, Direktor der Lagerhausgesellschaft in Bremen, Md Bürgerschaft (DDP/Staatspartei).

8 Bei den Wahlen zur bremischen Bürgerschaft am 30.11.1930 hatten die Nationalsozialisten 32 (1927 2) Mandate errungen und waren damit nach den Sozialdemokraten zur stärksten Partei geworden. Vgl. Schulthess 1930 S. 230.

spruch.) Ich muß offen gestehen, daß es mein Bestreben in Bremen war, in die Opposition zu treten und die gegenwärtige Koalition[9] zu sprengen. Das ist vereitelt worden durch die Deutsche Volkspartei. Oder vielmehr durch ihre verantwortlichen Führer. Denn 4/5 der Volkspartei möchten an sich mit den Nazi zusammenarbeiten. Sie konnten aber nicht, da ihre Führer auf der gegenwärtigen Koalition nicht herausgingen. Ganz falsch ist es, für polizeiliche Verbote der Uniformen usw. einzutreten. Wir sind doch keine Polizeiverwaltung. Ein solches Verbot bewirkt auch oft das Gegenteil von dem, was beabsichtigt war. Zu der Frage des Pazifismus ist zu sagen: Man muß auch einmal schweigen können, wenn es inopportun ist, den Mund aufzutun. Wir laufen gegen eine ungeheure Welle an, wenn wir jetzt über Pazifismus reden wollen. Die Jugend will davon gar nichts hören. In Sachen der Außenpolitik ist zu sagen, daß wir das Gefühl haben, daß es uns hier an einer Führung mangelt. Es muß dafür gesorgt werden, daß wir etwa alle 14 Tage eine programmatische Erklärung unseres Außenministers erhalten, damit es über die Außenpolitik immer neuen Gesprächsstoff gibt. Stresemann hat das sehr gut verstanden, Curtius fehlt es an solchen Schlagworten. Es war nicht glücklich, daß wir uns die Anregung zur Sparpolitik von der Deutschen Volkspartei aus der Hand nehmen ließen[10]. Dabei haben wir einen Minister, der so viel spart, wie überhaupt möglich ist. In der Wirtschaftspolitik kommen wir mit den alten Schlagworten vom Individualismus usw. nicht durch. Wir leben eben in der Wirtschaftsform der organisierten Berufsgruppen. Alles ist hier organisiert bis auf den deutschen Überseehandel. Man soll also nicht mehr von freier Wirtschaft reden. Unsere Aufgabe als Staatspartei ist es, diese organisierten Berufsgruppen in den richtigen Grenzen zu halten. Wir müssen da neue Schlagworte erfinden, da die bisherigen längst überholt sind. Zu der Form der Richtlinien ist zu sagen, daß sie nach dem System der Punkte abgefaßt sein müssen. Auch bei den Nationalsozialisten wirken am meisten die 25 kurzen Punkte ihres Programms. Auch die Frage Paneuropa ist zur Zeit gefährlich, wir sollten davon so wenig wie möglich Aufhebens machen. Dagegen ist es nötig, aus wirtschaftlichen Gründen den Blick auf Südosteuropa zu richten. Das könnten wir vielleicht jetzt als Punkt herausstellen.

Frau **Beckmann**: Es ist ganz falsch, sich das Gesetz des Handelns von dem Gegner vorschreiben zu lassen und sich nach ihm in dem zu richten, was wir in unserem Programm sagen und nicht sagen. Auch in den Richtlinien, die wir jetzt herausgeben wollen, haben die großen Zielsetzungen der Partei neben den aktuellen Tagesfragen volle Berechtigung. Es ist durchaus angebracht, die Politik der Nationalsozialisten gegenüber den Frauen scharf hervorzuheben. Es wäre sogar von großem Vorteil, wenn darüber in unseren Richtlinien etwas gesagt wird und wenn dadurch deutlich wird, daß auch der männliche Teil unserer Partei gegen die Herabwürdigung und Entmündigung der Frau protestiert und sie als gleichberechtigte Staatsbürgerin behandeln will. Dann muß von uns auch der Wille zur Völkerverständigung und zum Frieden betont werden. Es wäre falsch, so zu tun, als wenn die Verfechtung des Ideals der Völkerverständigung der Würde des Volkes nicht entspricht. Die Formulierungen von Külz hierüber waren nicht

9 In Bremen regierte eine Regierung der Großen Koalition.

10 Vgl. Nr. 176a.

glücklich. Es ist richtiger, einmal zu zeigen, wohin die Völker heute treiben. Wir wollen dem Volke bekennen, daß der einzige Weg zur Erhaltung der Nation derjenige ist, mit allem Ernste an einer internationalen Organisierung des Friedens zu arbeiten. Was unsere Agitationstaktik anlangt, so wird sehr viel darauf ankommen, daß man nicht nur durch große Versammlungen die Wählerkreise aufmuntert, sondern daß wir da in der Tat von unseren Gegnern etwas lernen, nämlich die Zellenbildung und die Beeinflussung von Mensch zu Mensch. Dazu brauchen wir aber Material, gutes, schlagkräftiges Rüstzeug für den einzelnen Wähler, das aufklärend zu den Richtlinien hinzutritt.

Der **Vorsitzende** setzt mit Zustimmung der Versammlung nunmehr die Redezeit auf drei Minuten fest.

Herr **Parisius** macht auf einige Punkte aufmerksam, in denen die Richtlinien noch Änderungen erfahren müssen. Es müßte etwas Näheres gesagt werden über die Reichsreform. Sodann sei der Gedanke der Gemeinschaftsschule zu betonen. Wo vom Beamtentum die Rede ist, da solle man den Begriff „staatstreu" hinzufügen. Im ganzen sei bei der Form der Richtlinien darauf zu achten, daß sie ja doch nicht mit einem Flugblatt gleichzusetzen sind.

Herr **Hoff**: Die Frage des Panzerkreuzers war bereits in dem Augenblick entschieden, da wir uns entschlossen, eine Marine aufzubauen. Wir dürfen daher hier nicht schwanken, sondern haben uns positiv zu entschließen. Ein hervorragender sozialdemokratischer Abgeordneter hat mir in dieser Beziehung zugestimmt. Am besten ist ein festes Bauprogramm für die Marine, das sie aus dem Jahr für Jahr sich wiederholenden Streit der Parteien heraushebt. Können wir das nicht durchsetzen? Es darf doch nicht sein, daß die Sozialdemokraten uns in jedem Jahr Schwierigkeiten machen. Aus psychologischen Gründen könnte man den Sozialdemokraten ruhig die Tantiemensteuern einräumen[11]. Die Mittel für den Wohnungsbau sind durch die Notverordnung so eingeschränkt, daß wir in Preußen direkt vor einer Katastrophe stehen. Dabei gibt es kein Gebiet, das so geeignet ist, tatsächlich die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen wie eine Förderung des Wohnungswesens und die Verbindung dieser Frage mit der Arbeitslosenversicherung. Die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung sollte daher einen Zuschuß für den Wohnungsbau liefern. Das würde zur Einschränkung der Arbeitslosigkeit außerordentlich beitragen. Auch Hirtsiefer arbeitet in dieser Richtung energisch.

Frau **Bäumer**: Ein Teil der Diskussion wirkt einfach erschreckend durch die Verworrenheit der Meinungen und die außerordentliche Verschiedenheit der Einschätzung der taktischen Mittel und der Unsicherheit der Anwendung dieser Mittel. Ein Programm unserer Partei kann nicht nach diesem Schema, wie es hier vorliegt, gemacht werden durch eine Zusammenfassung aller möglichen Schlagworte. Ein Programmgesetz unserer Partei muß im Grundsätzlichen viel stärker an die ideelle Fragestellung anknüpfen. Da müssen wir, wie Schäfer schon gesagt hat, von diesem althergebrachten Schema abweichen und wenn nun gar in die Richtlinien noch etwas hineinkommen soll wie Hauszinssteuer usw., so ist das eine ganz falsche Einstellung. Das sind Dinge, die in einer Zeitschrift ausgeführt werden müssen im engen Anschluß an die augenblickliche Sachlage. Den

11 Vgl. Wippermann A 1931 S. 69.

nationalsozialistischen Begriff des Leistungsstaates sollten wir aufnehmen, und diesen Gedanken sollten wir ausspinnen. Im übrigen können wir den Kampf gegen den Nationalsozialismus, weil wir zu gering an Zahl sind, nicht so aufnehmen, wie einen Kampf mit der breiten Masse, aber wir können ihn aufnehmen als einen Kampf um die Führerschicht. In diesem Sinne müssen wir die Auseinandersetzungen mit dem Nationalsozialismus gestalten. Das können wir aber nicht mit den alten Vokabeln, sondern nur unter möglichster Vermeidung dieser belasteten Stichworte. Das Allerbedenklichste, wenn man jetzt daran geht, ein Programm zu machen, ist die Wirtschaftspolitik. Der Gegensatz zwischen Agrarpolitik und internationaler Handelspolitik. Nach dieser Richtung hin müßte im Programm etwas Grundsätzliches gesagt werden zur Aufklärung unserer Bauern und Siedler. Überhaupt scheint mir der gefährlichste Satz, der ausgesprochen werden kann, der zu sein: Man muß heute über gewisse Dinge schweigen können. Nein, wir dürfen heute nicht schweigen. Wenn wir schweigen, so wird uns niemand wählen. Die Richtlinien müssen also stärker gruppiert werden um die ideelle Kampfparole.

Frau **Lüders**: Die Vorrednerin hat recht; die vorliegenden Richtlinien stellen eine brüchige Plattform dar. In der Wirtschaftspolitik ist Klarheit unbedingt nötig. Ebenfalls notwendig ist absolute Klarheit in bezug auf unsere Stellung zur internationalen Verständigung. Für mich ist internationale Arbeit nationale Verpflichtung und nationale Arbeit. Ich habe das Gefühl gehabt, daß das Selbstvertrauen der Leute in gefährlichem Maße gesunken ist unter einer gewissen Angstpsychose im Hinblick auf die brutale Art der anderen. Vielfach mangelt das Selbstvertrauen, weil der Staat, der es hätte tun müssen, die Wähler nicht schützt. Das Schlimmste hierbei ist, daß der Nationalsozialismus nicht nur an sich eine Stärkung erfährt, sondern auch als Vorläufer des Kommunismus. Die Stellung unserer Partei zu den Frauen ist zum mindesten eine recht schweigsame. Es ist eine absolute Selbstverständlichkeit, daß die Partei mit aller Deutlichkeit gegen den Nationalsozialismus für die Frauen Stellung nimmt und auf deren Mitarbeit den größten Wert legt.

Herr **Eschenburg**: Der Vorstand sollte eine Reihe von prominenten Personen auswählen, die die einzelnen Punkte unseres Programms ausarbeiten. Wir sollten der Sozialdemokratie Konzessionen machen, weil wir Interesse an ihrem Bestehen haben. In Sachen der Reparationen sollten wir nicht sagen: Wir können die Reparationen nicht mehr zahlen, sondern wir sollten sagen: Wir wollen keine Reparationen mehr zahlen. Man sollte die Reparationen für einige Jahre zurückstellen.

Herr **Falk** (dem eine Redezeit von 6 Minuten gegeben wird): Ich möchte auf den Angriff des Herrn Dr. Schäfer auf die preußische Fraktion, den ich leider selbst nicht gehört habe, etwas erwidern und kann da, ohne ruhmredig zu sein, ruhig behaupten, daß die Arbeit der preußischen Landtagsfraktion von allen übrigen Fraktionen und vom Staatsministerium restlos anerkannt wird und daß keine Entscheidung in Preußen fällt, mit der wir nicht einverstanden sind. Es ist allerdings nicht möglich, unsere Arbeit nur agitatorisch einzuteilen, denn wir treiben in Preußen ausgesprochene Koalitionspolitik. Wir verständigen uns über die Behandlung der Fragen und auch über die Einbringung von Anträgen. Wir sind also nicht in der Lage, für uns allein Anträge zu stellen, wie sie von unseren

Freunden im Lande erwartet werden. Aber auch die agitatorische Arbeit kommt nicht zu kurz. Barteld in Beamtenfragen, Bohner in Kulturfragen, Hoff in Siedlungsfragen, Riedel, Grzimek und Schmiljan[12] in Ostfragen arbeiten doch so, daß man zum Lobe darüber weiter nichts zu sagen braucht. Wenn man vermißt unsere Stellungnahme zur Wohnungsreform, Flurbereinigung, Provinzialautonomie usw., so ist es nicht möglich, in dieser Richtung Reformen durchzuführen wegen der Kampfstimmung im Landtag, die eine gedeihliche Arbeit ausschließt. Deshalb können hierzu auch Anträge von uns aus Koalitionsrücksichten nicht gestellt werden. Die Flurbereinigung in Norddeutschland ist allerdings eine der wichtigsten Aufgaben, die es gibt, und ich bekenne mich ausdrücklich dazu. Nach dieser Richtung schweben auch fortgesetzt Verhandlungen. Noch dieser Landtag wird sich damit beschäftigen, ob drei deutsche Länder in Preußen aufgehen werden[13]. Ich darf aber auch daran erinnern, daß Dinge, die zu diesem Gebiete gehören, bereits ausgeführt sind, beispielsweise die Hafengemeinschaft zwischen Preußen und Hamburg, die ganz nach den Vorschlägen der Demokraten geregelt ist. Ebenso ist von uns ausgegangen der erste Vorschlag über die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, auch das Verwaltungsgesetz für Berlin ist nur aufgrund unserer Arbeit zustande gekommen, da wir die widerstreitenden Ansichten von Zentrum und Sozialdemokratie auf einen Nenner gebracht haben. Die Frage der Personalpolitik ist das schwierigste Kapitel. Gerade jetzt ist in dem Hauptausschuß drei Tage lang der Kampf um die Personalpolitik gegangen. Es ist von unseren Freunden geklagt worden, daß wir uns bei der Stellenbesetzung nicht genügend durchgesetzt haben. Das ist unzutreffend. Wir haben alle Berücksichtigung stets gefunden, und wir würden noch viel mehr Staatsparteiler in hohen Stellungen haben, wenn bei uns viele Leute nicht, nachdem sie befördert worden sind, später zur Sozialdemokratie übergegangen wären. Das ist ein Krebsschaden sondergleichen, und es ist bedauerlich, daß dazu auch Regierungsrat Dr. Muhle gehört. Es soll von Herrn Schäfer gesagt worden sein, die meisten preußischen Landtagsabgeordneten schienen keinen Wert mehr darauf zu legen, in das Mandat zurückzukehren. Dazu ist zu sagen, daß nicht der Abgeordnete zu entscheiden hat, ob er sein Mandat wiederbekommt. Es wäre aber Pflichtvergessenheit, sich nicht zur Verfügung zu halten, wenn die Wähler ihm das Mandat wieder übertragen wollten. Ich glaube, daß die Abgeordneten bereit sein würden mitzuarbeiten, wenn die Wähler sie wieder damit beauftragen.

Nachdem Herr **Nuschke** eine Resolution Schäfer und Genossen verlesen und der **Vorsitzende** den Wunsch nach Änderung und Einfügung eines Passus ausgesprochen hat, erhält der **Vorsitzende** das Schlußwort, in dem er auf die in der Aussprache erhaltenen Anregungen eingeht. Da Landtagswahlen in Lippe und in Oldenburg bevorstehen, wird das Parteibüro beauftragt, hier mit sämtlichen zur Verfügung stehenden Kräften einzugreifen. Die Parteiaktion in Ostpreußen wird dann später drankommen. Über die Frauen werden wir ein Flugblatt machen, für die nötige Aufbringung der Kosten wird gesorgt werden. Es wäre gewiß sehr schön,

12 Alfred Schmiljan (geb. 1875), Landrat in Löwenberg, MdL Preußen (Fortschrittliche Volkspartei/DDP/Staatspartei) 1913-1921, 1925-1932.

13 Mecklenburg-Strelitz, Schaumburg-Lippe, Anhalt.

wenn man in dieser Zeit recht viele Wohnungen bauen könnte. Aber im gegenwärtigen Augenblick ist das unmöglich, weil das bißchen Kapital, das zur Verfügung war, im Wohnungsbau im wesentlichen verschwunden ist, unter Erscheinungen, die nicht verantwortet werden können, denn nichts ist in Deutschland so überspannt worden, wie der Preis für das Bauen. Wir haben etwa 25 Milliarden verbaut, das bedeutet, daß wir zu einem Kurse von 190 gebaut haben, während wir nur zu einem Kurse von 130 hätten bauen dürfen. Darum ist eine Herabsetzung der Bauarbeiterlöhne gar nicht zu umgehen. Der Redner geht dann noch ausführlich auf die Reparationsfrage ein und auf die auswärtige Politik überhaupt.

Der Gesamtvorstand setzt eine Kommission bestehend aus Külz, Heuss, Winschuh, Frau Bäumer, Stolper, Barteld, Frau Beckmann, Schäfer, Reif, Rönneburg und Weiss ein, um die Richtlinien-Entwürfe weiter zu beraten.

Külz *berichtet über Verhandlungen, die kürzlich zwischen der Leitung der Staatspartei und der Leitung des Reichsbanners stattgefunden haben. Die Leitung des Reichsbanners habe sich zu folgenden Grundsätzen bekannt:*

„1. Das Reichsbanner ist die Schutzwehr des Staates von Weimar.

2. Die Arbeit des Reichsbanners ist streng überparteilich.

3. In der Organisation des Reichsbanners soll volle Parität gewahrt bleiben.

4. Falls gegen diese Grundsätze an einzelnen Stellen verstoßen werden sollte, wird die Leitung des Reichsbanners nachdrücklich einschreiten."

Külz stellt fest, daß die Zusammenarbeit mit dem Reichsbanner den politischen Zielen der Staatspartei entspreche, wenn Punkt eins und Punkt drei der Übereinkunft eingehalten würden.

Dietrich *schlägt vor, Külz möge als Geschäftsführender Vorsitzender mit Unterstützung Webers die Vertretung des Vorsitzenden übernehmen. In der anschließenden Aussprache weist* **Dechamps** *darauf hin, daß die Verteilung der Ämter Sache des engeren Vorstands sei. Der Gesamtvorstand beschließt daraufhin, die Angelegenheit an den Geschäftsführenden Vorstand zu überweisen.*

Nuschke *referiert über die Schaffung eines Wochenblatts. Er stellt zunächst fest, die Erfahrungen in der alten Demokratischen Partei und in der Staatspartei hätten gezeigt, daß es nicht möglich sei, die Kopfsteuerbeträge für die Reichsgeschäftsstelle einzutreiben. Daher müsse ein anderer Weg gesucht werden, um die einzelnen Parteimitglieder zu geringen, aber regelmäßigen Beiträgen für die Geschäftsstelle heranzuziehen. Er empfiehlt deshalb, ein Wochenblatt herauszubringen, das alle Parteimitglieder im Land beziehen müssen. Obgleich noch keine Übersicht über die organisierten Mitglieder der Staatspartei besteht, hält Nuschke es für möglich und auch in finanzieller Hinsicht für ausreichend, mit 50000 organisierten Mitgliedern für die Abnahme der Zeitung zu rechnen. Er teilt Näheres über Ausstattung und Kosten des Wochenblatts mit und schlägt vor, nach einer einmonatigen Gratiszustellung – wofür die Zentrale etwa 10000 Mark aufbringen müßte – den Bezugspreis auf 1.20 Mark pro Vierteljahr festzusetzen. Nach seiner Berechnung würde das bei 50000 festen Beziehern eine Bruttoeinnahme von 240000 Mark im Jahr erbringen*

und es ermöglichen, der Zentrale von diesem Betrag etwa 100000 Mark jährlich zuzuführen. Nuschke stellt abschließend fest, daß eine Partei heute nur unter Opfern aufgebaut werden könne, und verweist auf die ungleich höheren finanziellen Leistungen der Arbeiterschaft und der Nationalsozialisten.

Fischer *spricht von einer „Schicksalsstunde" der Partei, in der es endlich gelingen müsse, die Partei finanziell auf „feste Füße" zu stellen. Künftig dürfe es nur noch einen direkten Zahlungsverkehr zwischen Mitglied und Zentralkasse geben. Das werde einmal durch die Schaffung des Wochenblatts, dann durch den Ausbau der Institution der Reichsmitgliedschaft ermöglicht, die ja bereits in der alten Partei bestanden habe. Fischer hofft, daß man mehr als den vorgesehenen Mindestbetrag von 25 Mark erhalten werde, da die Geschäftsstelle mit den zentralen Ausschüssen mit weniger als 150000 Mark pro Jahr nicht aufrechterhalten werden könne. Er erklärt sich bereit zu versuchen, die 10000 Mark zur Einführung des Wochenblatts aufzubringen, verlangt jedoch, jeder Ortsverein solle zunächst seine Mitgliederliste an die Zentrale schicken. „Es gibt natürlich auch andere Methoden, eine Partei zu finanzieren. Aber ich halte sie für unmöglich bei einer Partei wie der unseren mit ihrem gegen jede Interessenpolitik gerichteten Ideal. Ich habe als Schatzmeister gewiß Sammlungen vorgenommen, aber immer nur bei bestimmten Persönlichkeiten, nicht bei Verbänden oder Organisationen, und demgemäß habe ich Vereinbarungen und Versprechungen stets abgelehnt." Fischer schließt mit der dringenden Bitte, Nuschkes Vorschlag anzunehmen.*

Dietrich *unterstützt Nuschkes und Fischers Ausführungen.* **Ehlers**[14] *hat Bedenken gegen ein Wochenblatt, man könne vom Gros der Mitglieder neben den Beiträgen an die Ortsgruppen keine weiteren Ausgaben verlangen.* **Vogt** *stimmt den Plänen des Vorstands zu und empfiehlt, außerdem irgendwie am System der Kopfbeiträge festzuhalten, etwa in Form einer Parteimarke.* **Dechamps** *unterstützt gleichfalls die Vorschläge Fischer-Nuschke und spricht sich dafür aus, 10% der Nummern des Wochenblatts als Freiexemplare zu vergeben. Nach weiterer Aussprache wird beschlossen, zur Vorbereitung des Unternehmens die Ortsgruppen um sofortige Übersendung der Mitgliedslisten zu ersuchen und die Einrichtung der Reichsmitgliedschaft zu erhalten und auszubauen. Der Antrag Vogt auf Ausgabe einer Wertmarke wird dem Geschäftsführenden Vorstand überwiesen.*

Am Ende seiner Sitzung nimmt der Gesamtvorstand einstimmig eine Entschließung an, die dem Parteivorsitzenden und Reichsfinanzminister Dietrich Dank und Vertrauen für seine Politik ausspricht und die Parteifreunde angesichts der wirtschaftlichen Krise und der in einigen Ländern bevorstehenden Wahlen zum Kampf gegen die „staatszerstörende und volksverniedrigende radikale Hetze" aufruft[15]. **Dietrich** *schließt die Versammlung mit dem Hinweis, daß es immer noch staatsbejahende Bevölkerungsschichten gebe; diese gelte es zu gewinnen.*

---

14 Johannes Ehlers, Wahlkreisvorsitzender Thüringen.

15 Liegt vor. Abgedruckt in: Wippermann A 1931 S. 151 f.

177.

8.5.1931: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Gezeichnet unten links: „Nuschke", unten rechts: „Dietrich". [?]. Vorsitz: Dietrich. Beginn: 16.20 Uhr. Ende: 18.18 Uhr.

Anwesend: Frau Bäumer, Dietrich, Frau Dönhoff, Fischer, Heuss, Jäger, Külz, Rönneburg, Winschuh. Entschuldigt: Giese, Frau Lüders, Schneider, Weber. Gäste: Hesse, Hild, Nuschke, Vogt.

Dietrich *eröffnet. Er berichtet über die Versammlungen, in denen er gesprochen hat.* **Fischer** *referiert über den Stand der Finanzen.* **Nuschke** *teilt Einzelheiten über den Arbeitsplan der Reichsgeschäftsstelle mit.*

Der Geschäftsführende Vorstand beschließt, das Wochenblatt[1] *ab ersten September erscheinen zu lassen. An der Werbung von Reichsmitgliedern sollen sich auch die Vorstandsmitglieder beteiligen. Man will prüfen, ob möglicherweise durch Sondervorstellungen des Remarque-Films*[2] *Einnahmen für die Partei erzielt werden könnten. Als weiteres Mittel zur Finanzierung wird die Herstellung von Klebemarken beschlossen. Der Geschäftsführende Vorstand bespricht den Arbeitsplan für die oldenburgischen Landtagswahlen und bewilligt für den Wahlkampf 2150 Mark.*

Külz wird vorläufig als Stellvertreter des Parteivorsitzenden Dietrich bestätigt.

Fischer, Koch-Weser und Zeitlin haben die Bürgschaft für einen Bankkredit in der Höhe von 25000 Mark übernommen. Der Geschäftsführende Ausschuß möchte diese Bürgschaft breiter verteilen und beschließt deshalb zu versuchen, zehn Persönlichkeiten zu gewinnen, die eine Bürgschaft von je 2500 Mark übernehmen könnten. Weitere Wahlkreisunterstützungen von insgesamt 1300 Mark werden genehmigt.

Dietrich *gibt einen Abriß seines Richtlinienentwurfs und erklärt, daß er ihn Külz zustellen werde*[3].

1 Siehe Nr. 176b.

2 Zum Verbot des Remarque-Films vgl. Eyck Bd. 2 S. 368-370; zur Behandlung der Frage im Reichstag vgl. Sten. Ber. Bd. 445 S. 1343-1374.

3 Vgl. Nr. 176a, bes. Anm. 8.

178.

21.7.1931: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes gemeinsam mit der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion

Gezeichnet unten links: „Nuschke", unten rechts: „Dr. Schütt". Vorsitz: Weber. Beginn: 18 Uhr. Ende: 21 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Weber *eröffnet. Er entschuldigt Dietrichs Fernbleiben und gibt einen Überblick über die kritische finanzpolitische Lage*[1]. *Er stellt abschließend fest, daß seitens der*

1 Am 13.7.1931 war die Darmstädter- und Nationalbank (Danat) zusammengebrochen. Vgl. Schulthess 1931 S. 156f.

Partei nichts unternommen werden könne, bis nicht das Ergebnis der Londoner Verhandlungen[2] *vorliege.*

Külz wird wegen einer Rede kritisiert, die er in Dresden gehalten hat[3]. **Külz** *verteidigt sich mit dem Hinweis, daß ein Teil der Presse seine Ausführungen entstellt wiedergegeben habe.*

In der anschließenden Diskussion verurteilt Frau **Wunderlich**[4] *die Einführung einer Zusatzwährung, das bedeute Inflation.* **Külz** *warnt davor, den Begriff Inflation zu häufig zu gebrauchen. Er verteidigt die Rentenmark.* **Winschuh** *schließt sich Frau Wunderlichs Warnungen an. Er hält „Not infolge Deflation für besser als eine Inflation, der doch die Deflation in einem weit schlimmeren Maße folgen müßte". Riedel wirft der Regierung mangelndes psychologisches Verständnis vor, es sei verkehrt, die zweite Gehaltszahlung im August am Tage nach dem Volksentscheid*[5] *anstatt einen Tag davor durchzuführen.* **Weber** *hält es für möglich, daß Löhne und Gehälter überhaupt nicht gezahlt werden könnten.* **Höpker-Aschoff** *verteidigt die Einführung zusätzlicher Zahlungsmittel und nennt die Haltung des Volkes bewunderungswürdig, bei den Sparkassen habe es kaum Abhebungen gegeben.* **Zeitlin** *empfiehlt, die Scheckgesetzgebung zu modernisieren, weil dann mehr Gebrauch vom Scheckverkehr gemacht würde. Frau* **Bäumer** *fragt, wieweit es möglich sein werde, wieder Devisen zu erhalten, ob die Schuld an der Krise auf Seiten der Wirtschaft oder der Politik liege und wie lange die öffentliche Hand eine Zunahme der Arbeitslosigkeit noch ertragen könne?* **Weber** *glaubt, daß der Umfang der Kapitalflucht überschätzt werde. Er sieht die Ursache der Krise im politischen Bereich, später sei dann auch Mißtrauen gegen die Danatbank hinzugekommen, zuletzt hätten, begründet durch die Haltung Frankreichs, wieder politische Gründe eine Rolle gespielt.* **Schreiber** *betont, daß alles vermieden werden müsse, was nach Inflation aussehe. Frau* **Lüders** *nennt die momentane Ruhe „groß, aber auch bedenklich"; sie werde ins Gegenteil umschlagen, wenn es zur Inflation komme.* **Höpker-Aschoff** *teilt Einzelheiten über die Entwicklung der lang- und kurzfristigen Verschuldung mit.* **Falk** *bezeichnet die Kundgebung der „nationalen Opposition"*[6] *als „Keulenschlag gegen die Regierung"; die Regierung müsse etwas dagegen unternehmen.* **Nuschke, Rönneburg** *und andere Redner werfen der Regierung ungeschickte Vertretung ihrer Politik in der Öffentlichkeit vor.* **Weber** *verspricht, Dietrich auf die angesprochenen Mißstände hinzuweisen. Er betont die Notwendigkeit, Dietrich zu stützen, und teilt mit, Dietrich habe*

2 Vom 20.–23.7.1931 fand in London eine Konferenz von Vertretern Deutschlands und der Gläubigerstaaten statt, auf der über den Vorschlag des amerikanischen Präsidenten Hoover beraten wurde, ein einjähriges Moratorium aller Kriegsschulden und Reparationen durchzuführen; ferner wurden Möglichkeiten zur Stillhaltung der noch in Deutschland verbliebenen ausländischen Kredite beraten. Vgl. a. a. O. S. 501-506.

3 Vgl. Behrendt S. 93 f.

4 Frieda Wunderlich, Stadtverordnete in Berlin.

5 Siehe Nr. 176a Anm. 9.

6 Hugenberg und Hitler hatten der Regierung nach einer Vertretertagung der „nationalen Opposition" am 9.7.1931 vorgeworfen, sie versuche, „trotz des sichtbaren Zusammenbruchs von Volk und Wirtschaft die Erfüllungspolitik unter verschleierten neuen Formen auch weiterhin aufrecht zu halten". Schulthess 1931 S. 156.

ihn ersucht, ihn zu vertreten. Er bittet Heuss und Rönneburg, ihm bei dieser Aufgabe zu helfen.

Die Versammlung berät über den Termin eines Parteitags. Fünf Wahlkreise haben die Einberufung dringend gefordert. Man einigt sich zunächst auf den Herbst, der Gesamtvorstand soll dann auf seiner nächsten Sitzung endgültig über die Einberufung entscheiden.

Höpker-Aschoff *teilt mit, daß er soeben mit Pünder[7] über die Kundgebung der „nationalen Opposition" gesprochen habe; Pünder werde die Angelegenheit sofort im Kabinett zur Sprache bringen[8].*

---

7 Hermann Pünder (1888-1976), Staatssekretär in der Reichskanzlei von Juli 1926-Juni 1932.

8 Am gleichen Tag um 21 Uhr trat das Kabinett unter Vorsitz von Dietrich zu einer Sitzung zusammen, in der auch die Kundgebung besprochen wurde. Dietrich vertrat die Ansicht, daß nichts erfolgen solle; das Kabinett schloß sich dieser Auffassung an. Bundesarchiv Koblenz R 43/I. Akten der Reichskanzlei.

179.

30.7.1931: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes gemeinsam mit der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion

Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: Weber. Beginn: 18.15 Uhr. Ende: 21.30 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Weber *eröffnet und skizziert die finanzpolitische Lage. Die Engländer könnten Deutschland im Moment keine Anleihe geben; die Amerikaner hielten sich zurück, und die Franzosen seien nicht gewillt, es zu tun. Weber bezeichnet das Schlagwort von der „nationalen Selbsthilfe" als Phrase, denn die Grenzen seien hier sehr eng gezogen. Er beschreibt kurz die Situation der Banken und Sparkassen und geht dann auf die Innenpolitik ein. Wenn der Volksentscheid[1] angenommen werde, verliere die Regierung Brüning ihre Basis.*

In der Diskussion spricht zunächst **Külz** *über die kritische finanzielle Situation der Länder und Gemeinden.* **Meyer** *bezeichnet es als schweren Fehler, daß man die Danat-Bank nicht gerettet habe. „Das kapitalistische System wird sich von den Schlägen dieser vier Wochen nicht mehr erholen." Nach seiner Ansicht kann nur Frankreich Deutschland die notwendigen Kredite geben. Er wirft Brüning vor, niemals ernsthaft gefragt zu haben, was Frankreich dafür fordere. Meyer schlägt vor, die Führer der Rechten zu fragen, ob man mit Frankreich verhandeln und den Volksentscheid aufschieben könne. Anschließend müsse die jetzige Regierung abtreten. „Die Rechte wird versagen, und die Mitte wird dann unter psychologisch anderen Verhältnissen antreten."* **Winschuh** *unterstützt diesen Vorschlag. „Vor dem Weg nach Paris muß eine Periode liegen, die von den Nationalistischen auch verantwortet wird. Wir gewinnen mit dieser Politik nichts, doch durch dieses Meer müssen wir einmal durch."* Frau **Bäumer**: *„Das Experiment des Chaos kann ich*

---

1 Siehe Nr. 176a Anm. 9.

nicht als förderlich für spätere Kredite ansehen." Sie verlangt einen Kurswechsel ohne Rücktritt der Regierung. **Riedel**: *„Unsere Kreise stehen auf dem Standpunkt, daß man nicht um des Prestiges willen das Volk verhungern lassen kann. ‚Nationale Selbsthilfe' bedeutet auch ein antisoziales Ziel." Er glaubt, daß eine Rechtsregierung im Reich sich ertragen lasse, solange die preußische Regierung sich halte.* **Nuschke** *hält es für unmöglich, daß die Rechte die Regierung im Reich ohne gleichzeitige Herrschaft in Preußen übernehmen würde. Für eine Schwenkung in der Politik sei es jetzt zu spät. Die Regierung dürfe die Macht nicht herausgeben und müsse sich mit Frankreich verständigen. „Heute würde die Rechtsregierung sich mit den Instrumenten, die die letzten Notverordnungen geschaffen haben, auf Jahre installieren."* **Höpker-Aschoff** *bezeichnet den Gedanken, die preußische Position unter einer Rechtsregierung zu halten, als Utopie. Preußen würde dann auf dem Wege der Notverordnung ausgeschaltet, es sei bereits heute in finanzieller Hinsicht völlig vom Reich abhängig. Höpker-Aschoff untersucht dann verschiedene Möglichkeiten, wie man die Krise überwinden könne, sieht sich jedoch nicht in der Lage, einen Weg als gangbar zu empfehlen, da er die Dinge nicht genügend durchschaue. „Der kunstvolle Organismus, in dem die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft funktionieren, ist gestört".* **Weber** *betont die Notwendigkeit, Brüning nach seinen eigentlichen Zielen zu fragen; die jetzige Haltung der Regierung müsse auf die Dauer die Sozialdemokratie ruinieren.* **Vogt** *kritisiert die geringen Einwirkungsmöglichkeiten der Partei auf Dietrich. Er verlangt, den Gesamtvorstand einzuberufen.* **Weber** *erklärt die allgemeine Aussprache für geschlossen und unterbreitet Vorschläge für Termin und Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gesamtvorstandes.*

Nach einer Pause erscheint Dietrich. Nachdem **Weber** *ihn über den Gang der Diskussion unterrichtet hat, gibt* **Dietrich** *einen Überblick über die Bankenkrise, den er als vertraulich bezeichnet. Er geht dann auf die politische Lage ein und betont, daß Brüning nach seinem Dafürhalten nicht daran denke, das Steuer nach rechts zu drehen. Der Volksentscheid bereite Brüning Sorge, man dürfe nicht gestatten, daß die Wirtschaft zusammen mit den Kommunisten den preußischen Staat ruiniere[2]. Dietrich stellt fest, die Franzosen versuchten, uns „unter fürchterlichen politischen Bedingungen" ihr Geld „aufzudrängen", vor allem solle Deutschland eine Reihe von Jahren keinen Versuch machen dürfen, den Versailler Vertrag zu ändern. Dietrich bezeichnet diese Bedingung als unannehmbar, sie würde zum Sturz der Regierung führen. Die Nationalsozialisten hält Dietrich zur Zeit für ungefährlich, sie befürchteten, verboten zu werden. Die Kommunisten seien dagegen momentan äußerst aktiv. Die entscheidende Frage sieht Dietrich darin, ob die Wirtschaft die Krise durchhalten könne. Er glaubt, daß das Reich in finanzieller Hinsicht bis zu einem gewissen Grad wieder leistungsfähig sein werde, der kritische Moment sei die Wiedereröffnung der Sparkassen.*

In der anschließenden Diskussion werden teilweise die im ersten Teil der Sitzung vorgebrachten Argumente wiederholt. **Weber** *äußert die Befürchtung, daß bei einer weiteren Zunahme der Arbeitslosen „eines Tages das Zentrum doch anders kann und daß wir dann, da wir die einzige Partei sind, die die Regierung unterstützt,*

2 Vgl. Ende der Parteien S. 46.

*erledigt sind, da wir auch noch den Finanzminister gestellt haben". **Dietrich** vergleicht die jetzige Situation mit der Ruhrbesetzung, heute gehe es dem Volk jedoch besser als damals. Die Schwierigkeit liege nicht in der materiellen Lage, sondern in der psychologischen. Das Volk sei verhetzt. Er ist der Ansicht, daß die Lage der Partei sich in letzter Zeit gebessert habe, er selbst bemühe sich, Geld für die Partei zu sammeln. Im weiteren Verlauf der Diskussion werden u. a. die Schuldfrage beim Zusammenbruch der Danatbank und der Volksentscheid behandelt. **Dietrich** gibt zum Schluß noch einige Informationen zum Stand der kurzfristigen internationalen Verschuldung.*

180.

15.8.1931: Sitzung des Gesamtvorstandes

Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: Weber. Beginn: kurz nach 10.30 Uhr. Ende: 16.30 Uhr. Ort: Berlin, im Haus des Reichswirtschaftsrates.[1]

Herr **August Weber**, Vorsitzender der staatsparteilichen Reichsfraktion, übernimmt den Vorsitz und eröffnet die Sitzung kurz nach 10.30 Uhr mit einem warm empfundenen Nachruf auf den vor kurzem verstorbenen demokratischen Führer Payer. Dieser wahre Volksmann habe 40 Jahre dem Reichstag angehört und 20 Jahre das Präsidium im württembergischen Landtag geführt. In schwerster Zeit des Deutschen Reiches habe er das Amt des Vizekanzlers übernehmen müssen. Payer sei immer ein aufrechter Kämpfer für die demokratische Idee gewesen, darüber hinaus aber ein Staatsmann mit seltenem Verantwortungsbewußtsein. Sein Andenken werde in der Deutschen Staatspartei immer in Ehren gehalten werden.

Die Versammlung hört den Nachruf auf Payer stehend an.

Der Vorsitzende erteilt sodann dem Reichsfinanzminister Dietrich das Wort zu seinem Referat.

Die politische Lage

Herr **Dietrich** führt im wesentlichen folgendes aus:

Seit der Vorstand das letzte Mal getagt hat, hat sich einiges ereignet, und zwar auf drei Gebieten: Zunächst hat die Reparationsfrage eine Wendung genommen, die sie alle kennen[2], und das Ergebnis ist das gewesen, daß jetzt die Zahlungen aus dem Neuen Plan[3] restlos eingestellt sind. Das Zweite ist die Krise unseres Bankwesens, und das ist das größte Ereignis, weil es in seinen Auswirkungen noch nicht zu übersehen ist. Das Dritte endlich ist eine Krise, die jetzt über die Länder und Gemeinden hinweggeht. Zur Frage der Reparationen kennen Sie die Vorgeschichte, und ich will kurz wiederholen: Im vorigen Winter ist im Reichstag von der Rechten die Meinung vertreten worden (insbesondere von Herrn Schacht),

1 Auszugsweise abgedruckt in: Ende der Parteien S.73-75.

2 Siehe Nr. 178 Anm. 2.

3 Youngplan.

man solle einfach die Reparationen einstellen. Wir haben uns dieser Forderung widersetzt. Eines Tages habe ich dann eine Erklärung abgegeben, daß wir gegebenenfalls die notwendigen Maßnahmen ergreifen würden, wenn wir mit dem Notprogramm vom Dezember nicht durchkommen[4]. Sie beruhte auf einer Besprechung mit dem Reichskanzler. Sie war wohl überlegt und das Ergebnis langer Erwägungen, die vorher gelegen haben. Wir waren damals entschlossen, das Reparationsproblem aufzurollen in irgendeiner Form, aber wir wollten uns den Zeitpunkt dafür nicht vorschreiben lassen. In dieser Richtung sind wir geblieben. Das Hauptproblem war damals, nicht unter dem Druck der politischen Verhältnisse daran zu gehen, sondern erst, nachdem der Etat verabschiedet war, diese ganze Frage aufzugreifen. Wenn wir aber damals aufgetreten wären und gesagt hätten, wir müssen diesen Etat umarbeiten, dann hätten wir damit den Reichstag über den Haufen geworfen. So ist der Etat herausgekommen, und der Reichstag vertagte sich. Die Bahn war frei. Wir hatten innerhalb der Regierung schon vor Chequers[5] den Entschluß gefaßt, einen der möglichen Wege zu betreten. Wir waren der Meinung, daß wir nur den Weg betreten konnten, der aufgrund der Bestimmungen des Young-Plans eine Revision ermöglichte. Wir wollten die Rechte des Neuen Plans nutzen. Wir waren fest entschlossen, nicht den anderen Weg zu gehen und den Beratenden Sonderausschuß anzurufen. Das war nämlich die andere Möglichkeit. Er wird bei der BIZ[6] in Basel gebildet und hat die Lage in Deutschland zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten. Wenn wir diesen Ausschuß einberufen hätten, den ich ständig abgelehnt habe, so hätte das dazu geführt, daß dieser Sonderausschuß Vorschläge gemacht hätte, wie man uns am besten unter Kontrolle nimmt. Deswegen sind wir dieser Möglichkeit ausgewichen. Wir haben nur die Hoffnung gehabt, daß wir auf dem Wege der Rechte des Young-Plans die Dinge aufgreifen und dazu kommen, daß die anderen in unsere Linie und uns helfen müssen. Aus diesen Erwägungen heraus haben wir die Vorbereitungen getroffen, konnten sie aber in der Eile nicht durchführen, weil in der Zwischenzeit Chequers dazu kam und Brüning nicht wollte, daß vorher irgend etwas geschah. Zu dieser Besprechung nach Chequers ist Brüning in der Absicht gegangen, den Engländern zu sagen, daß wir das Reparationsproblem aufgreifen und von den Rechten des Neuen Plans Gebrauch machen würden. Er hat dann mir sogar die Ermächtigung gegeben, jene Erklärung herauszugeben, die besagte, daß eine Revision notwendig ist[7]. Die Situation war für ihn nicht bequem, denn diese Erklärung kam in einem Augenblick heraus, in dem er in Chequers saß, und sie war fertiggestellt worden, nachdem Brüning Berlin verlassen hatte. Wir haben dann im Verfolg dieser Besprechungen den anderen Mächten mitgeteilt, daß wir

4 Vielleicht bezieht sich das auf eine Rede Dietrichs vom 11.5.1931 auf einer Wahlveranstaltung der Staatspartei in Varel (Oldenburg); dort hatte er ausgeführt, falls die Ankurbelung der Wirtschaft unter dem Druck der „Tributlasten" nicht möglich sei, könne Deutschland auf die Dauer keine Reparationen zahlen. Vgl. Schulthess 1931 S. 114.

5 Vom 5. bis 9.6.1931 hatten Brüning und Curtius Gespräche mit der englischen Regierung geführt; ein Teil der Besprechungen hatte in Chequers, dem Landhaus des englischen Premierministers, stattgefunden. Vgl. a. a. O. S. 328-331.

6 Bank für Internationale Zahlungen.

7 Das bezieht sich auf den Aufruf der Reichsregierung zur Begründung der zweiten Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen. Abgedruckt in: Schulthess 1931 S. 120f.

von den Rechten des Plans Gebrauch machen wollten. Die Dinge sind also nicht von sich aus gelaufen und haben nicht erst mit der Hoover-Botschaft begonnen. Dann hat sich Hoovers[8] Vorgehen ereignet. Das war eine dritte und die günstigste Möglichkeit. Es war günstiger, daß die Vereinigten Staaten die Frage aufrollten und dadurch eine Situation schufen, die für uns leichter war als die, den Weg des Neuen Plans zu gehen. Wie im einzelnen diese Erklärung Hoovers zustande gekommen ist, entzieht sich der Kenntnis der deutschen Regierung. Sicher ist, daß diejenigen Kreise in New York und überhaupt Amerika, die Privatguthaben in Deutschland besitzen, nicht unbeteiligt gewesen sind. Nachdem Hoover auf dem Plan erschienen war, war die Situation vollkommen verändert. Unsere ganzen Erklärungen an die anderen waren gegenstandslos geworden, und alle Verhandlungen wickelten sich nun so ab, daß sie sich nur um den Hoover-Plan drehten. Wenn wir auch nach außen nicht in die Erscheinung getreten sind, so haben wir doch die ganzen Tage mitgewirkt an allem. Es ist zum Schluß gut gegangen. Trotz aller verschiedenen Meinungen in den verschiedenen Regierungen, trotz aller Quertreibereien und trotz aller Wirren und aller Nebendrähte ist es zum Schluß gelungen, grundsätzlich den Hooverschen Standpunkt festzuhalten, daß Deutschland in diesem Jahr nicht belastet werden darf und aus dem Neuen Plan keinerlei Zahlungen Deutschlands geleistet werden. An diesem Punkt sind wir, nachdem das Londoner Protokoll[9] unterzeichnet war, glücklich angekommen. Es hatte Schwierigkeiten in letzter Linie mit den Sachlieferungsverträgen. Es ist eigentümlich, daß hier niemand eine klare Linie hat; sobald es gegen die Interessen des eigenen Landes läuft, werden alle Grundsätze verlassen. Ich denke nur an die Kohlenlieferungen an Italien. Im ganzen gesehen ist die Situation so, daß wir aus dem Neuen Plan nichts zahlen werden. Man darf nun nicht meinen, daß die ganze Summe dem Reich zugute kommt. Es ist uns nicht gelungen durchzusetzen, daß die Frage der Reparationsleistungen der Eisenbahn so, wie wir es wünschten, geregelt wurde. Frankreich hat nicht nur darauf bestanden, daß wir weiterzahlen, sondern, nachdem wir durchgesetzt hatten, daß diese Zahlungen nicht mehr an die Entente erfolgen, sondern an die Eisenbahn zurückgeliefert werden, die Bonds der Eisenbahn in Dollar auszustellen. Aber wenn man sich das Ganze betrachtet, so ist die Situation so, daß zwei Drittel beim Reich bleiben und das größere eine Drittel bei der Eisenbahn. Für dieses Jahr also sind wir entlastet, wenn es auch noch einige Millionen kostet, die Sachlieferungsverträge zu bereinigen. Es liegen noch gewisse Reserven bei der BIZ, die für die Abwicklung alter Sachen bestimmt sind. Für das laufende Jahr ist die Reparationsfrage endgültig dahin geordnet, daß die deutsche Reichskasse und die Reichsbahn mit keinem Pfennig belastet sind. Wir müssen zwar noch gewisse Opfer bringen, um die Sachleistungen durchführen zu können. In diesem großen Ring hat sich nun herausgestellt, daß die Engländer heute viel schärfer als je auf dem Standpunkt stehen, daß die Frage der Schulden und Reparationen gestrichen werden muß. Mit einer großen Verbissenheit kämpfen sie darum, dieser Sache den Garaus zu machen, weil die internationale Abrechnung für England kein Vorteil, sondern ein Nachteil ist, und es selbst ein Interesse daran hat, da herauszukommen. Sie haben

8 Herbert Hoover (1874-1964), Präsident der USA 1928-1932.

9 Siehe Nr. 178 Anm. 2.

diese Stellung schon 1922 eingenommen, als sie behaupteten, alle Kriegsschulden müßten gestrichen werden. Der Stand ist so, daß man von dort viel erwarten darf. Die Frage, wie die Dinge weitergehen werden, ist außerordentlich zugespitzt. Sie kennen das Komitee in Basel[10]. Wir sind durch Melchior dabei vertreten. Es beschäftigt sich mit der Frage, welche Kredite Deutschland braucht, und mit der Frage der Beschaffung dieser Kredite. Die Arbeit ist negativ verlaufen. Das Komitee sitzt vor einer schwierigen Situation, und es wird in den nächsten Tagen die Entscheidung darüber fallen. Ich muß mit Äußerungen, wie dieses Komitee weiter arbeiten wird, vorsichtig sein. Es geht immer wieder darum: In welches Fahrwasser werden die Dinge geschoben, ins wirtschaftliche, politische oder finanzielle? Wo werden sie verhandelt, bei der BIZ oder unter den Staaten? Unsere Theorie ist die, daß die Konferenz in London nicht einen endgültigen Abschluß bedeutet, sondern daß nach dem Zwischenspiel in Basel diese Dinge wieder aufgenommen werden müssen. Es fragt sich, ob wir ein Interesse daran haben, daß die Reparationsfrage in Basel verhandelt wird. Sie ist nicht entschieden, und das, was das Komitee beschließen will, ist sehr negativ. In der Berichterstattung ist ein Fehler unterlaufen, der durch das Wolffsche Telegraphen-Büro verbreitet worden ist und der nicht unseren Interessen entsprach[11]. Infolgedessen muß man jetzt jede Nachricht kontrollieren. Ich verweise dabei auf die verhängnisvollen gestrigen Nachrichten[12]. Ich möchte noch einmal ausdrücklich feststellen, daß eine Entscheidung des Komitees bis jetzt nicht gefallen ist, aber die Verhandlungen werden heute zu Ende geführt werden. Wir hoffen, daß das nicht so schnell geht, sondern erst am Montag zustande kommt[13]. So steht diese Sache. Ich glaube, daß man die Angelegenheit der ganzen Reparationen nicht mehr als eine selbständige Angelegenheit betrachtet. Sie ist verquickt mit der zweiten Frage, mit der Frage der privaten Auslandsschulden Deutschlands. Da muß ich weiter ausholen und mit den Schwierigkeiten beginnen: Es läßt sich heute nicht sagen, was alles zusammengewirkt hat, um diese Unruhe hervorzurufen, die zu den Schwierigkeiten unseres Geld-und Kreditwesens geführt hat. Der eine Ausgangspunkt ist der Zusammenbruch der Credit-Anstalt[14] gewesen, anschließend daran Bremen mit dem Nordwolle-Krach[15]. Bremen hat sich verhängnisvoll entwickelt. Wenn Sie Bremen heute ansehen, müssen Sie zugeben, daß es eine schwere

10 Die Bildung dieses von der BIZ einzusetzenden Sachverständigenausschusses war auf der Londoner Konferenz beschlossen worden. Vgl. Nr. 178 Anm. 2.

11 Nach Beendigung der Londoner Konferenz hatte Brüning die deutsche Presse bei einem Empfang um eine kritische Berichterstattung über den Verlauf der Konferenz ersucht. Wolffs Telegrafenbüro hatte jedoch gemeldet, das Ergebnis der Konferenz sei günstig. Vgl. Brüning S. 339.

12 Am 14.8.1931 (Nr. 601) hatte z. B. die „Frankfurter Zeitung" unter der Überschrift „Kein Fortschritt in Basel" gemeldet, daß die erste Sitzung des Komitees vertagt worden sei. In der nächsten Ausgabe wurde jedoch erläutert, daß diese Vertagung nur erfolgt sei, um weitere Vorbereitungen treffen zu können.

13 Der sogenannte Wiggin-Layton-Bericht am 18.8.1931. Vgl. Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921-1932, Düsseldorf 1970, S. 515.

14 Die „Österreichische Kreditanstalt", die größte und angesehenste Privatbank Österreichs, war im Mai 1931 zusammengebrochen. Vgl. Born S. 64f.

15 Der Zusammenbruch der Norddeutschen Wollkämmerei in Bremen, der führenden Gesellschaft innerhalb des Nordwolle-Konzerns, hatte die Krise der Danat ausgelöst. Vgl. Nr. 178 Anm. 1; ferner Born S. 74.

Arbeit sein wird, hier eine geordnete Wirtschaft zu machen. Nicht nur Nordwolle hatte mit 240 Millionen Schulden bankrott gemacht, sondern auch die Schröder-Bank[16] ist mit 200 Millionen umgeworfen. Wir waren genötigt, die Schröder-Bank von Reichs wegen wieder aufzustellen. Die Defizite bei Schröder sind im Verhältnis zur Bilanzsumme sehr groß. Aber es läßt sich noch nicht übersehen, was verloren ist, und es scheint, daß nicht nur 30 Millionen Aktienkapital und Reserven verloren sind, sondern vielleicht noch weitere 18 Millionen. Es wird darauf ankommen, in welchem Tempo man die Geschichte wieder auf- oder abbaut. In Bremen hat sich gezeigt, daß dort eine Wirtschaft auf unzulänglichen Fundamenten aufgebaut war. Daß auch die Schiffahrt daran hing, ist eine Selbstverständlichkeit, denn der Norddeutsche Lloyd hat mit Bremen gearbeitet und ist mit einem erheblichen Teil seiner Mittel beteiligt. Es kam also zu der Unruhe in Wien die Bremer Frage noch hinzu, wir kamen in diese Reparationsverhandlungen hinein, der Hoover-Plan erschien, die Erledigung dieses Plans wurde durch Frankreich eine Woche hingeschleppt, und zum Schluß kamen wir in eine Stimmung hinein, bei der keiner dem anderen traute. Das galt nicht nur international, sondern auch innerhalb Deutschlands, und namentlich unter den ganz großen Leuten[17]. Im Laufe dieser Dinge sind Summen aus der deutschen Wirtschaft abgezogen worden, die zwischen drei und vier Milliarden betragen werden. Hier hat sich herausgestellt, daß der Aufbau unserer Wirtschaft auf kurzfristiger Verschuldung ein Ding der Unmöglichkeit ist. Es steht noch nicht fest, wieviel kurzfristige deutsche Schulden vorhanden sind. Es kommen da vielfach Doppelzählungen vor. Offiziell haben wir 5½ – 6 Milliarden angegeben. Das würde bedeuten, daß wir mit 9 – 10 Milliarden an das Ausland kurzfristig verschuldet sind. Das würde ein Umfang sein, den keiner angenommen hat. Die Danatbank hat allein nicht weniger als 800 Millionen ausbezahlt. Sie ist nicht die liederlichste Bank, aber sie hat zuvorderst im Schützengraben gestanden und ist auf dieser Stellung erschlagen worden. Man muß sagen, es ist eine große Leistung gewesen, daß die Banken bis zu einem Drittel von ihrem ganzen Bestand abwickeln konnten, bevor sie den Laden schließen mußten. Bei der Danatbank erhob sich die Frage: Kann man in Deutschland eine so große Bank zusammenrasseln lassen? Es ist gelungen, in einigen Tagen durchzusetzen, daß die Danatbank aufrechterhalten blieb. Mein eigener Standpunkt war, die Danatbank um jeden Preis aufrechtzuerhalten und deshalb auch die Garantie des Reichs zu geben. Es ist darum viel gestritten und gehandelt worden. Luthers Standpunkt war der, daß man nicht Noten aufgrund von faulen Wechseln machen könne. Man müsse aufhören und könne der Danatbank eben nicht helfen. Die übrigen Banken hatten es abgelehnt, eine Solidaritätserklärung für die Danatbank abzugeben. Darüber ist vom Sonntag zum Montag die Danatbank kopfüber gegangen. Ich selber habe mich auf den Standpunkt gestellt, daß das Reich für die Auslandsschulden und für die kleinen Einleger die Garantie übernehmen müsse. Die Tatsache, daß wir die Danatbank nicht offenhalten konnten, stand fest, weil das Reich sich weigerte.

16 Das Bankhaus J. F. Schröder gehörte nach der Größenordnung zu den mittleren Banken, spielte jedoch in der Bremer Wirtschaft eine bedeutende Rolle. Vgl. a. a. O. S. 123f.

17 Vgl. dazu die Schilderung Brünings in seinen Memoiren über das Verhalten der führenden Bankiers in der Krise: Brüning S. 310-326.

Man hat dann mit mir darüber gestritten, ob ich nicht selbstverständlich die Garantie des Reichs für sämtliche Schuldner übernehmen müßte unter der Bedingung, daß die Nordwolle in Konkurs gehen darf. Es hat sich herausgestellt, daß es richtig war, mir diese Garantie abzuzwingen. Die Danatbank aufrechtzuerhalten, war das einzig Richtige. So war die Möglichkeit gegeben, die Danatbank wieder aufzubringen. Am Montag leugnete dann die Dresdner Bank ab, daß sie bankrott sei, und auch am Montag hat sich dann noch herausgestellt, daß *alle* nicht zahlen können. Dann hat die Dresdner Bank gebeichtet, und wir haben die Bankfeiertage geschaffen, zunächst vom Montag bis Donnerstag, sie später verlängert und langsam wieder abgebaut. In dieser Zeit ging der Kampf um die Frage: Was macht man auf dem Gebiet des Moratoriums? Es hat Leute gegeben, die auf der ganzen Linie ein Moratorium machen wollten. Wir haben uns geweigert, diesen Dingen nachzugeben, und wenn wir ihnen nachgegeben hätten, hätten wir alle Dinge über den Haufen geworfen. Der Postscheck hat in dieser Situation die Lage gerettet, indem man dort einfach ausgezahlt hat. Was aber das Auslandsmoratorium angeht, so brauchen wir ein solches Moratorium, das ist doch selbstverständlich. Aber wenn wir das damals erklärt hätten, wäre die ganze Geschichte kopfüber gegangen, und dieselben Leute, die geschrien haben, haben sich nachher gegen das Moratorium gestellt. Es erhob sich die Frage: Wie bringen wir die ganze Geschichte wieder auf? Dazu war die Voraussetzung, daß die Bedrohung der Reichsbank aus Anforderungen für das Ausland aufhörte. Solange dieser Zustand dauerte, konnten wir den Laden nicht wieder aufmachen. Wir haben durch die Stillhalteverhandlungen und durch die Devisenverordnung erreicht, daß die Reichsbank zugegeben hat, daß jetzt für sie eine neue Lage geschaffen ist. Unser Standpunkt in der Frage der Dresdner Bank war der, die Dresdner Bank wieder aufzumachen und ihr über die Reichsbank die Möglichkeit des Kredits zu verschaffen. Dieser Standpunkt ist von Wallenberg[18], Melchior und Sprague[19] geteilt worden. Er ist festgesetzt worden, und die Sachverständigen haben dann erklärt, man müsse doch einen anderen Weg gehen. Sie haben daran festgehalten, und wir haben ihr ein Kapital von 300 Millionen vorgesetzt. Dann kam die Frage: Wie kriegen wir die Banken und Sparkassen wieder auf? Wir haben die Akzeptbank gemacht, die eine Erfindung Dernburgs ist. Es kam der Vorschlag auf, die Dresdner und Danat zusammenzuwerfen. Das gefiel mir nicht, und die Sache ist auch bald verschwunden. Zweitens bestand der Vorschlag, die Dresdner Bank an die Reichskredit[20] zu geben. Damit waren wir aber auch am Ende unserer Weisheit. Die Reichsbank und ich haben dann verhandelt und uns dahin verständigt, daß sie ihre Sorgen wegen des Ausgebens von Noten aufgibt. In einer erneuten Besprechung haben wir uns über die Akzeptbank verständigt. Ich habe meinen Vorschlag unterbreitet, und er ist angenommen worden, und somit ist die Akzeptbank in Wirkung getreten. Wir hatten Sorgen, daß wir einen Run zu befürchten hätten, nicht so sehr bei der Danat

18 Der schwedische Bankier Marcus Wallenberg gehörte zum Kreis der Sachverständigen, der die Regierung während der Krise beriet.

19 Oliver Sprague, amerikanischer Nationalökonom.

20 Die Reichskreditgesellschaft AG war ein öffentlich-rechtliches Kreditinstitut und fungierte als Bankverbindung der VIAG (Vereinigte Industrieunternehmen AG), des Konzerns der reichseigenen Betriebe. Vgl. Born S. 260 Anm. 92.

als bei der Dresdner Bank. Wir mußten diesem Sturm begegnen. Die Reichsbank war nicht geneigt, den Sparkassen zu helfen. Sie hat auf die Lombardierung verwiesen, aber dieser Weg ging nicht. Wir wollten nun zunächst abwarten, wie es mit den Banken ging. Über diese Frage gab es große Auseinandersetzungen, weil wir in der Regierug die Banken am Montag öffnen wollten und andere auf spätere Zeit warten wollten. Ein Kompromiß ist herausgekommen, und alles ist gut gegangen. Die Frage der Wiederaufmachung der Sparkassen war deshalb schwierig, weil sie erst wechselfähig gemacht werden mußten, um Wechsel auf die Girozentralen ziehen zu können, sie brachten sie zur Akzeptbank und von dort zur Reichsbank. Die Reichsbank hat dann dieses Verfahren angenommen. Bei den Banken ist es so, daß die Wechsel, die draußen sind, keine Warenwechsel, sondern Finanzwechsel sind. Diese Wechsel sind mit 15% Diskont ausgestattet. Es besteht infolgedessen die Hoffnung, daß diese Wechsel schnell wieder hereinkommen. Es ist das Wesen dieser Kredite, daß sie umlaufen. Bei den Sparkassen bestand die Gefahr, daß ein Zustand mit inflatorischer Wirkung geschaffen wurde, weil bei ihr das Geld nicht mehr zurückkehrt. Wir haben durchgesetzt, daß die Sparkassen am Sonnabend geöffnet wurden. Die Gesamtbeanspruchung aus all diesen Dingen beläuft sich heute auf etwa 500 Millionen Mark. Wir hatten mit 1½ Milliarden gerechnet. Bei den Sparkassen mußten wir etwas Unangenehmes mit in Kauf nehmen: Es bestand die Gefahr, daß nun unter Umständen die Gemeinden diesen Weg gehen und über die Sparkassen sich Geld verschaffen würden. Daraus erklärt sich die Bestimmung, die den Gemeinden verbot, Kassenkredite aufzunehmen. Diese Sache wird sich aber nicht mehr lange halten lassen und muß geändert werden. Auf der ganzen Linie sind heute Banken und Sparkassen wieder offen, so daß unsere Zahlungsverhältnisse wieder ordentlich abgewickelt werden können. Die Rheinische Landesbank will ich hier nicht erwähnen, weil sie ein zu schwerer Klotz ist. Aber wir werden auch sie wieder in nächster Zeit in Gang bringen. Jetzt besteht die Sorge, daß der Reichstag, wenn er zusammentritt, nicht zugeben wird, daß wir die Dinge richtig gemacht haben. Im übrigen aber hat das, was hier passiert ist, die Bedeutung eines großen internationalen Zusammenstoßes, denn der Staat ist über Nacht in eine Gasse hineingejagt worden, aus der wir unter Umständen nicht so schnell wieder herauskommen. Das halbe Großbankwesen in Deutschland ist über Nacht sozialisiert worden. Was wird der Reichstag mit dieser Entwicklung der Dinge anfangen? Die Regierung besinnt sich jetzt auf einen Weg, der eine Situation schafft, mit der wir uns im Oktober behaupten können. Verteufelt schwierig wird es mit Danat und Schröder werden. Wir waren uns im klaren, daß wir an dem Punkt sind, wo das privatwirtschaftliche System aufhört und das sozialistische anfängt. Wenn man die Banken verstaatlicht, hat man alles am Bein, was daran hängt. Es vergeht kein Tag, an dem wir nicht vor der Frage stehen: Was machen wir mit diesem oder jenem Unternehmen? Was wird und will der Reichstag jetzt tun? Wir haben die Auffassung, die Dinge so zu entwickeln, daß das, was endgültig werden soll, schon so festgelegt wird, daß es im Parlament nicht mehr geändert werden kann. Wollen Sie das Schicksal all dieser Dinge dem Reichstag überlassen? Mit dieser wichtigen Frage wird sich auch die Partei zu beschäftigen haben. Ich bin vielfach angegriffen worden, weil ich gesagt habe: Wir waren schon gar nicht mehr ein rein privatwirtschaftlicher Staat, sondern ein Mittelding. Es hat sich nicht nur eine Krise der deutschen Wirtschaft entwickelt,

sondern auch eine Krise des deutschen Staatswesens. Wir haben im Reich 240 Millionen Einnahmen verloren in diesen Tagen. Wir haben dann eine Verordnung erlassen, die nichts an Härte zu wünschen übrigließ, mit den 5% Steuerzuschlag[21]. Diese Verordnung hat gewirkt. Ich habe das alles miterlebt und kann darüber sehr offen reden. Ich selbst war im unklaren darüber, was nun eigentlich ist, und erst um den 4., 5. August herum konnten wir sehen, ob die Verordnung genutzt hatte. Am 6. ist das Reich imstande gewesen, den Ländern die Beträge zu überweisen, die sie guthatten. Damit ist die Sache aber noch nicht ausgestanden. Wir werden auch in diesem Monat noch nicht dazu kommen können, daß wir die Gehälter voll auszahlen. Wir haben Schatzanweisungen und Schatzwechsel fällig. Schwieriger noch ist es in den Ländern. Hier und in den Gemeinden ist ein Zustand, bei dem niemand sagen kann, wie die Länder mit diesen Dingen fertig werden können. Es ist ein Beschluß gefaßt worden, daß die Gemeinden sich selbst helfen sollen, aber das Reich soll das Geld dazu geben. Wir selbst können aber auch nichts tun, wenn die Gemeinden nicht selbst etwas von sich aus tun. Vergleichen Sie den Finanzbedarf der Gemeinden für 1913 und 1928, so werden Sie sehen, daß er 1913 2,8 Milliarden betrug und 1928 7,6 Milliarden. Er ist in der Zwischenzeit nicht weniger geworden. Ich will ihnen folgende Tabelle verlesen:

	1913	1928
Bildungswesen	816	1446
Wohlfahrtswesen	509	2000
Allg. Finanzverwaltung	279	669
Wirtschaft und Verkehr	593	1309

Die Gemeinden haben erklärt, daß sie 800 Millionen Defizit haben. Sie wollen 300 Millionen einsparen. Beim Reich ist es so, daß das Reich 1928 6,7 Milliarden für eigenen Bedarf ausgegeben hat, 1931 6,17 Milliarden, also um rund 550 Millionen herunter. De facto ist das Reich aber (die Überweisungen an die Länder sind weggelassen), heruntergekommen um 840 Millionen, weil wir statt 165 Millionen jetzt 905 Millionen eingestellt haben für die Arbeitslosen, also 840 Millionen mehr. Wenn wir nur für das Reich die Rechnung machen, ohne die Länder, so haben wir über 20% im Reichsbetrieb heruntergebaut. Wenn die Gemeinden 10% abbauen, ist ihr ganzes Defizit gedeckt. Es ist unmöglich, daß die Kommunen bei diesem Zustand bleiben. Sie befinden sich in einer schweren Krise. Die Schwierigkeit ist die, daß das Reich sagen soll, was das Reich zu tun gedenkt. Solche Erklärung ist schwierig, weil wir ja selber noch leiden unter dem jüngsten Krach. Wir haben keine Garantie dafür, wie sich unsere Steuereinnahmen in der Zukunft abwickeln werden. Wir haben eine Milliarde aus den Reparationen, das ist der Hoffnungsstrahl, der uns dazu bringt, bei einer großen Zahl von Erwerbslosen den Gemeinden zu Hilfe zu kommen. Zum Schluß noch einige Zahlen zu den Städten:

21 Das bezieht sich auf die Notverordnung über Zuschläge für Steuerrückstände, die Reich, Land, Gemeinde und Gemeindeverband geschuldet wurden. Vgl. Blätter d. Staatspartei v. 10.8.1931 Nr. 14/15.

	1913	1928
Etat (Groß-Berlin?)	358	998
Köln	78	192
Frankfurt	49	154,9

einschl. der Wohlfahrtserwerbslosen

Die große Frage ist die: Was tut die Partei in dieser Situation? Ich habe Weber gebeten, die Parteileitung zu übernehmen, weil wir aus unseren Ämtern ja nicht mehr herauskommen und uns um nichts mehr bekümmern konnten. In dieser Zeit wäre es notwendig gewesen, der Parteipolitik nachzulaufen. In der Zwischenzeit war der Volksentscheid[22]. Er hat bewiesen, daß die Bevölkerung gescheiter ist als ihre Parteien, denen sie nachläuft. Denn wenn die Bevölkerung so verrückt gewesen wäre wie die Parteien, wäre alles über den Haufen geworfen worden, wirtschaftlich bei den Bankfeiertagen und politisch beim Volksentscheid. Er war ein Ereignis, aus dem man Konsequenzen ziehen muß. Er hat bewiesen, daß die bürgerlichen Elemente in ihrer überwiegenden Masse nicht wissen, wohin sie marschieren sollen. Die einzig Vernünftigen sind die paar Leute von der Staatspartei gewesen, alle anderen haben einen Irrsinn entwickelt, wie er nicht mehr überboten werden kann. Herr Dingeldey hat z. B. nicht begriffen, daß er mit den Kommunisten nicht zusammengehen kann. Hugenberg streitet mit den Nazis, wer schuld am Versagen des Volksentscheids gewesen ist. In einem solchen Augenblick müßte wieder eine Möglichkeit sein, eine Partei aufzubauen, die entschlossen den Staat bejaht und die Republik verteidigt. Die Vorbedingungen sind erfüllt. Das erste ist die Frage, ob wir imstande sein werden, in nächster Zeit die Partei finanziell aus dem Druck herauszubringen. Wir haben immer daran gekrankt, daß wir keinen Pfennig Geld hatten. Ich muß mich mit aller Entschiedenheit gegen die wenden, die uns dauernd aufmunternde Briefe schreiben. Was sollen wir tun, wenn wir 140 000 Mark Schulden haben? Wir haben sie heruntergedrückt, und sie werden bewältigt werden, und wir werden Aktionsfreiheit erhalten. Was soll man agitieren? Das kann man nur draußen im Lande, nicht aber in einer Fraktionssitzung. Das ist es, worauf es ankommt. Es geschieht in vielen Gebieten. Man sagt, wir haben kein Programm. Wie sollen wir ein Programm auf diese wirtschaftlichen Zustände aufbauen? Welchen Weg sollen wir hier einschlagen? Es ist schwierig, was man hier sagen soll. Alle Dinge sind so verwirrt, daß man jeden Buchstaben herumdrehen muß. Was man jetzt machen konnte, hat das Zentrum gezeigt, indem es im Lande herumgereist ist und auf seinen Kanzler hingewiesen hat und gesagt hat: Unser Kanzler verteidigt in dieser schweren Zeit das Reich. Und mit dieser Politik hat das Zentrum seine Partei zusammengehalten. Bei der Sozialdemokratie ist es ähnlich. Verfolgen Sie den „Vorwärts". Auch er ist zum Angriff übergegangen und hat gesagt: Wir sind die, die für Ruhe und Ordnung sorgen, und die anderen zerschlagen alles. Den Kampf kann man nur führen, wenn man sagt: Diese ganze Wirtschaft, daß Ihr mit den Kommunisten zusammengeht, daß Ihr Preußen überrennt, ist alles Irrsinn. Ihr

22 Siehe Nr. 176a Anm. 9. Der Volksentscheid erbrachte zirka 9,8 Millionen Ja-Stimmen; zur Annahme wären etwa 13,5 Millionen nötig gewesen. Vgl. Schulthess 1931 S. 178.

müßt helfen, diesen Staat zu stützen. Ich würde empfehlen: Setzen Sie sich zusammen, machen Sie einen flammenden Aufruf über die Situation und fragen Sie die Bevölkerung, ob sie eine staatsbejahende Partei haben will oder in diesem Negativismus weitermachen will. Alles andere hat keinen Zweck. Jetzt wäre der Moment, wo man draußen und überall reden müßte: Es kommt kein Umsturz von rechts, es hat keiner soviel Angst wie die Hitlerleute, und Hugenberg kann keine Revolution machen. Umso schlimmer ist die Sache bei den Kommunisten. Hier ist die Gefahr, daß wir in eine Periode des Terrors hineinlaufen. Wirth hat hier recht, wenn er sagt, daß wir damit rechnen müssen, daß eine Periode großer Beunruhigung einsetzt. Ich fürchte, daß, wenn der November mit seiner großen Arbeitslosigkeit kommt, die Kommunisten gedeihen werden. So wie es heute ist, ist auf alle Fälle nicht nur die preußische Politik, sondern auch das Heer zuverlässig. Die Angriffe der Presse auf das Heer sind ja auch wesentlich verstummt. Der Kontakt zwischen dem Heer und der Zivilbevölkerung ist stärker geworden. Vom Standpunkt der Macht braucht man keine großen Befürchtungen zu hegen. Aber im kommenden Winter könnte ein Zustand kommen, der uns den Staat über den Haufen wirft, und dazu müssen wir uns vorbereiten. Dazu sind wir entschlossen. Aber alle führenden Leute sind so abgearbeitet, daß man ihnen Ruhe gönnen muß, bevor sie das große Problem in Angriff nehmen. Ich halte es für gefährlich, das alles jetzt zu bewältigen, weil dann die Sache nicht gut gehen kann. Wir sollten uns dazu den September vornehmen und am 1. Oktober fertig sein. Ein Stein im Weg sind einige besonders notleidende Gemeinden. Die Frage der Subvention für solche Gemeinden ist eine schwerwiegende Sache, weil man durch dieses System demjenigen hilft, der eine schlechte Wirtschaft geführt hat und demjenigen nicht, der eine gute Wirtschaft geleitet hat. Sehen Sie sich die Städte an: Mannheim hat keine Schulden, Karlsruhe hat 12 Millionen kurzfristige Schulden. Stuttgart, Halle, Magdeburg keine, andere wieder sehr viel. An der Spitze Köln, Frankfurt, Düsseldorf, Duisburg. Ich möchte schließen mit der Bitte um Nachsicht, daß ich bis jetzt nicht viel leisten konnte, und ich bitte Herrn Weber, die Geschäfte zu führen.

Hierauf führt Herr **Höpker-Aschoff** aus:

Im Anschluß an die Rede Dietrichs will ich von den preußischen Verhältnissen ausgehen. Preußen ist beispielhaft für die Länder überhaupt. Zuvor einige Bemerkungen über den Volksentscheid: Er ist ein Sieg der preußischen Regierung gewesen. Es ist fraglich, ob dieser Sieg durch den Aufruf der preußischen Regierung gesichert wurde[23]. Daß die preußische Staatsregierung von der Notverordnung Gebrauch gemacht hat, ist richtig. Sie mußte nach dem Angriff auch die Möglichkeit haben, zu den Lesern dieser lügnerischen Blätter zu dringen. Ich gebe zu, daß dieser Aufruf hätte anders in der Form sein können. Hier zeigt sich wieder einmal, daß ein Aufruf nicht in der Weise gemacht werden kann, daß die Pressestelle ihn herstellt und dann den Ministern zuschickt. Jeder hat da seine

23 Abgedruckt in: Schulthess 1931 S. 175-177. Die preußische Regierung hatte alle in Preußen erscheinenden Zeitungen unter Berufung auf die Pressenotverordnung vom 17.7.1931 gezwungen, ihren Aufruf abzudrucken. Dieses Vorgehen wurde nicht nur von den hinter dem Volksentscheid stehenden Organisationen, sondern auch seitens der liberalen Presse heftig kritisiert. Vgl. Feder S. 302.

Spezialwünsche, aber ein Aufruf, der der guten Sache entsprechen soll, kann so nicht zustande kommen. Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß nach diesem Sieg alles in Ordnung sei und die preußische Staatsregierung damit rechnen kann, im Frühjahr einen Landtag zu bekommen, der hinter ihr stehen würde und der es der Regierung ermöglichte, ihre Politik fortzusetzen. Damit ist in keiner Weise zu rechnen, sondern wir werden bei den Wahlen im Frühjahr ein Parlament bekommen, das uns das Regieren in Preußen ebenso schwermachen wird, wie der Reichstag heute der Reichsregierung das Regieren schwermacht. Von der guten Sache der preußischen Regierung braucht hier nichts gesagt zu werden. Ich will von den Leistungen nichts erzählen. Aber ihr Verdienst bestand darin, daß hier selbst bei einer parlamentarisch-demokratischen Regierungsform eine autoritative Regierung da war, die die Führung behaupten konnte. Im Gegensatz zu Reichsregierungen wie unter Marx oder Müller, die nichts anderes waren als Vollzugsausschüsse des Parlaments. Aber man muß hinweisen darauf, daß Preußen einmal in all den Jahren das größte Verdienst daran hat, daß der republikanische Gedanke in Deutschland immer mehr Boden gefaßt hat und zu einer Tatsache geworden ist, mit der sich die Opposition abgefunden hat. Es ist ihr gelungen, eine geordnete Verwaltung zu führen und in dem Aufbau ihrer Politik ein Instrument der Macht zu schaffen, das große Anerkennung verdient. Ein weiteres Verdienst ist der passive Widerstand im Ruhrgebiet (den ich als ein Aktivum einschätze), und daß sie die Abstimmungskämpfe in den Grenzgebieten ordnungsgemäß durchgeführt hat, daß wir in Preußen einer Reichsexekutive nicht bedurften wie in Sachsen und Thüringen. Die Lösung der Fürstenabfindung und der Standesherren-Frage werden Verdienste der preußischen Staatsregierung sein. Wie stellt sich nun die Krise, die wir erlebt haben, vom Standpunkt Preußens und vom Standpunkt der Länder überhaupt dar? Vom 11. Juli an hörten in Preußen alle Steuereingänge auf, und die Überweisungen vom Reich gingen nur teilweise ein. Ab 20. Juli erfolgten überhaupt keine Überweisungen mehr. Gleichzeitig wurden die preußischen Schatzanweisungen eingelöst. Die Staatsbank hat für 150 Millionen Schatzanweisungen einlösen müssen, um damit den Sparkassen einen Rückhalt zu geben. Es muß zugegeben werden, daß die Staatsbank allen Erfordernissen der Sparkassen nicht hat entsprechen können, sondern die Leute vertrösten mußte. Immerhin, das Guthaben der preußischen Finanzverwaltung bei der Staatsbank verwandelte sich in ein Minus. Die Anforderungen aber blieben die gleichen. Es mußte daher über die Kassen in Preußen regiert werden. Wir haben die Regierungspräsidenten angewiesen, die Sachausgaben anzumelden, die Kassen haben gewisse Prozentsätze angewiesen und dafür die Ermächtigung bekommen. Die Personalausgaben hätten nicht gezahlt werden können, wenn das Reich nicht ausgeschüttet hätte. Aber selbst so konnten wir nur mit Wechselkrediten zahlen. Die Lage wird in den anderen Ländern nicht anders gewesen sein. Eins aber: So wie die Staatsbank den Sparkassen geholfen hat, so haben wir den Gemeinden geholfen. Wir haben aus den preußischen Steuereingängen den letzten Pfennig an die Gemeinden ausgekehrt und haben darüber hinaus bei einzelnen mit außerordentlichen Hilfsmaßnahmen eingegriffen. Zu der Lage der Länder und Gemeinden überhaupt: Ich gebe zu, daß in der Vergangenheit bei den Ländern gesündigt worden ist, aber eins möchte ich unterscheiden: Für die Lohn- und Gehaltspolitik von 1926 sind die Länder nicht verantwortlich zu machen. Diese ganze Sache ist vom Reich gemacht

worden. Wir haben den Fehler gemacht, daß wir uns haben täuschen lassen von einer Scheinkonjunktur und darum geglaubt haben, die Lebenshaltung des deutschen Volkes in die Höhe gehen lassen zu können. Bei den Gehältern haben die Länder ihre Bedenken 1927 angemeldet. Wir haben auf manchen Gebieten sparsamer, auf manchen freigiebiger gewirtschaftet (Lehrerbesoldung). Die Gemeinden sind über die Besoldungsordnung des Reichs sehr stark hinausgegangen. Es ist schwer, solche Dinge wieder in Ordnung zu bringen. Alle Beanstandungen der Gemeinden sind mit den größten Hemmungen durchgeführt worden. 50–60 solcher Streitfälle bestehen zur Zeit noch. Ob das Niveau der Gemeindebesoldung dem der Reichs- und Staatsbesoldung angepaßt werden kann, ist eine offene Frage. Es liegt viel an der falschen Eingruppierung und an der falschen Berechnung des Besoldungsdienstalters. Auch in der Ausgabenwirtschaft wird man also Fehler zugeben müssen, aber dabei muß man die Bautätigkeit der Gemeinden herausgreifen. Daß diese Bautätigkeit so stark forciert worden ist, muß als ein schwerer Fehler betrachtet werden, und die Verschuldung der Gemeinden ist zum großen Teil darauf zurückzuführen. Aber auch hier haben die Gemeinden eine Entschuldigung. Denn diese Forcierung der Bautätigkeit ist planmäßig von den zuständigen Reichsstellen betrieben worden, und der große Kredit von 1926 mußte die Gemeinden in dieser Richtung vorwärtstreiben. Das war der schwerste Fehler auf dem Gebiet der Bautätigkeit. Hier sei noch Zeit zu verlieren, meint Dietrich. Aber ich habe eine andere Auffassung. Die Dinge haben sich bei den Ländern und Gemeinden aufs äußerste zugespitzt. Es ist unmöglich, wegen der ungeheuren Überlastung mit den Reichsstellen zu einer Übereinstimmung zu kommen. Es tut einem nur leid, daß ein großer Teil der Arbeit darauf verwendet werden mußte, die große Dummheit vom 12. Juli wiedergutzumachen[24]. Daß es so glänzend gelungen ist, ist bewunderungswürdig. Die Bankfeiertage verdienen die größte Achtung und Bewunderung. Der ganze Ablauf der Dinge ist mustergültig gewesen. Nun zurück zu den Ländern: 1929 sind die Überweisungen an Preußen zurückgegangen um 500 Millionen, an Hauszinssteuer um 200 Millionen, an Gewerbesteuer um 200 Millionen, der Überschuß der Forsten um 100 Millionen. Das sind zusammen 1 Milliarde. Die Last der Wohlfahrtserwerbslosen ist um 600 Millionen gestiegen. Das kann durch die stärksten Ersparnismaßnahmen nicht ausgefüllt werden. Diese Dinge können nicht weiter hinausgeschoben werden. Ich beurteile die Situation bei den Gemeinden in ihrer Gesamtheit so, daß den Gemeinden geholfen werden muß mit einer Monatsquote von rund 50–60 Millionen. Nur so kann man die Einnahmen und Ausgaben in den kommenden sieben Monaten des Etatjahrs in Ordnung bringen. Die Länder können vielleicht fertig werden, wenn die Hilfe an die Gemeinden so stark ist, daß die Länder den Effekt der zweiten Gehaltskürzung nicht an die Gemeinden ausschütten müssen. Ich glaube nicht, daß Zeit zu verlieren ist. Das Reich wird sich klarmachen müssen, daß hier geholfen werden muß, wenn nicht die Gemeinden kopfüber gehen sollen. Die Sache ist bis jetzt so behandelt worden: Da wir nicht alle 6 Aufgaben erledigen können, erledigen wir also die ersten 4. Ich habe vorgetragen, daß die Dinge so

24 Diese Bemerkung bezieht sich entweder auf die Weigerung der Großbanken, eine Garantiegemeinschaft für die gefährdeten Banken zu bilden, oder auf die Weigerung der Reichsbank, die Danat zu refinanzieren. Vgl. Born S.94f.

nicht gehen, und man hat mich auf die Reparationen verwiesen. Wir müßten zur Zeit erst mal stillhalten. Ich habe das anerkannt. Aber heute ist die Hilfe für die Länder und Gemeinden eine unbedingte Notwendigkeit. Ich denke mir die Praxis so: Man setzt sich mit den Ländern zusammen und fordert von ihnen Ersparnisse; die 50–60 Millionen werden dann an die Gemeinden nach einem Schlüssel wie damals bei der Lohnerstattung verteilt. Die zweite größte Sorge der Länder ist die: Wie kommen wir zu einer Konsolidierung der kurzfristigen Verschuldung? Die Gemeinden werden sich nicht helfen können. Bei den Gemeinden besteht eine kurzfristige Verschuldung von 1,8 Milliarden. Es muß aber ein Weg gefunden werden, die kurzfristige Verschuldung zu konsolidieren. Hier liegt das Projekt der Deutschen Girozentrale und der Gemeinschaftsgruppe vor. Es würde bedeuten, daß ein großer Teil der Gläubiger der Gemeinden mit solchen kurzfristigen Obligationen stillhalten muß. Aber vor dieser kurzfristigen Verschuldung die Augen zu verschließen, ist unmöglich. Und neben dem Ausgleich der Ausgaben und Einnahmen für den Rest des Rechnungsjahres ist es ein Hauptproblem. Zum Schluß noch einige Bemerkungen über die politische Entwicklung und das Verhältnis Preußens zum Reich. Die Entwicklung ist so, daß wir uns von der parlamentarisch-demokratischen Regierungsweise losringen. Wir könnten ja daran festhalten, wenn es möglich wäre, eine autoritative Regierung zu schaffen, wie es in Preußen möglich war, weil die großen politischen Aufgaben ja an Preußen nicht herantreten. Aber die Dinge kommen zum Schwur. Es gibt zwei Möglichkeiten: Autoritative Regierung auf parlamentarischer Grundlage oder losgelöst von dieser Grundlage. Das gilt für das Reich und Preußen. Es veranschaulicht sich so: Das Entweder-Oder ist eine Frage, die man zusammenfassen kann, die auf den Namen Braun und Brüning steht. Gibt es eine Verständigung zwischen diesen beiden, so könnte ich mir eine autoritative Regierung auf parlamentarischer Grundlage denken, [bei der][25] die Bereinigung des Verhältnisses von Reich und Ländern sich mit der Reichsreform auf dem Wege über die Verwaltung bewegt[26]. Man könnte sich vorstellen, daß die gesamte preußische Steuer- und Finanzverwaltung auf die Reichssteuerverwaltung übergeht. Man könnte die Reichsreform vorwärtstreiben, an deren Abschluß die großen verfassungsmäßigen Grundlagen stehen müßten. Wie aber würde sich die Situation entwickeln, wenn eine Verständigung nicht zustande kommt, und alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es Braun nicht gelingt, sich selber zu einer Verständigung mit Brüning zu treiben? Es heißt praktisch, daß nach irgendwelchen neuen Maßnahmen die sozialdemokratische Fraktion für die Einberufung des Reichstags stimmen wird. Dann wird die autoritative Form der Reichsregierung vom Parlament abgehängt. Brüning muß den Schritt zum Reichsdirektorium gehen. Preußen ist dann gesprengt. Die preußischen Minister treten aus. Braun muß dann die Wahlen in Preußen machen, und er wird nicht als Sieger hervorgehen. Dann wird eine große Wirre in Preußen sein. Die Situation ist dann so, daß dieses Reichsdirektorium durch die Notwendigkeit gezwungen wird, die Hand auf Preußen zu legen und durch einen Reichskommissar verwalten zu lassen. Aber das Reich hat Preußen in der Hand. Es kann Preußen mattsetzen. Die

25 Im Or.: „und".

26 Zur Frage der Reichsreform vgl. Ende der Parteien S. 42-48.

preußische Politik hat die Selbständigkeit nicht mehr. Wenn eine Verständigung nicht erfolgt, wird Preußen zu den brutalsten Maßnahmen schreiten müssen. Die Sozialdemokratie ist als Gegner des Reichs in einer unhaltbaren Lage. Also, ich glaube, wenn man die Dinge durchdenkt, wird es klar: Ist der Pakt zwischen Brüning und Braun nicht möglich, kommen wir zwangsläufig in ein Direktorium hinein. Ich glaube, daß man die Dinge nicht anders sehen kann. Die parlamentarisch-demokratische Regierungsform muß ein Volk und einen Staat in das Unglück hineinführen. Wenn wir nicht eine starke Führung, eine Autorität der Regierung herausarbeiten können, so müssen wir uns mit einer Diktatur abfinden. Wenn sie in Form von Brüning kommt, ist sie tragbar, weil nicht ein Abenteurer diese Diktatur führen würde.

Helbeck[27] *leitet die Diskussion ein. Er bezeichnet die Frage der Reichsreform und der Reichseinheit als vordringlich und empfiehlt, nicht das „Liquidationskabinett" in Preußen wiederzuwählen, sondern noch vor den neuen Landtagswahlen die Reichseinheit herzustellen. Im Reich müsse das parlamentarische Regime aufrechterhalten werden, man dürfe sich nicht mit dem Gedanken eines Direktoriums vertraut machen. In der Frage der Gemeindefinanzen unterstützt er Höpker-Aschoffs Vorschläge. Er verlangt im Namen seines Wahlkreises die Einberufung des Parteitags und die Herausgabe von Richtlinien, ferner eine Stellungnahme zu wirtschaftlichen Problemen, darunter auch zu der Frage: Privatwirtschaft oder Gemeinwirtschaft?* **Eichholz**[28] *kritisiert die Wirtschaftspolitik der Regierung, die große Unternehmungen stütze und kleine zugrunde gehen lasse. Er wünscht, daß dem Handel, der bisher am wenigsten nach Subventionen gerufen habe, ebenso viel Unterstützung zuteil werde wie der Landwirtschaft und der Industrie. Eichholz kritisiert das System der Steuereinziehung als zu kompliziert und tritt für eine Reform des Aktienrechts ein sowie für eine Beschränkung der Aufsichtsratsstellen und für die Einführung der unmittelbaren Haftung der Aufsichtsräte. Als weitere aktuelle Probleme nennt er die Hauszinssteuer und die Mietengesetzgebung. Er verlangt wenige, klare Leitsätze für die Arbeit im Land.* **Bartschat** *fragt, ob Pläne bestünden, die Beamtengehälter weiter abzubauen. Er wendet sich gegen Höpker-Aschoffs Vorschläge zur Reichsreform, weil das eine „neue Revolution" bedeuten würde und in der Verfassung nicht vorgesehen sei.* **Fromhold**[29] *sieht Möglichkeiten, der Partei nach dem Scheitern des Volksentscheids neuen Auftrieb zu geben, dazu bedürfe es allerdings gewisser Direktiven und Klarstellungen seitens der Parteileitung. Frau* **Krause** *spricht sich dafür aus, die Rechte und Pflichten der Aufsichtsräte gesetzlich neu zu regeln und – bei grundsätzlicher Anerkennung des Privatbetriebs – einzelne Betriebe unter Staatskontrolle zu stellen. Sie warnt vor den Auswirkungen einer Herabsetzung der Löhne auf die Mieten.* **Dietrich** *formuliert zwei programmatische Sätze: „1. Wir sind Anhänger der Republik und verteidigen das heutige System, und 2. Wir verteidigen die Privatwirtschaft, wobei wir soziale Belange nicht vernachlässigen dürfen." Das Hauptproblem sieht er in der Arbeitsbeschaffung, die deutsche Wirtschaft müsse vor irgendeinem Punkt aus wieder*

27 Paul Helbeck, Wahlkreisvorsitzender Düsseldorf-Ost.

28 Max Eichholz (1881-1943), Rechtsanwalt in Hamburg, Md Bürgerschaft (DDP/Staatspartei) 1921-1933.

29 Vorsitzender des Ortsvereins Hannover.

angeschoben werden. Er verteidigt die Regierung gegen den Vorwurf, sie habe in der Bankenkrise nur die Großen gestützt; der Kampf sei im Gegenteil wegen der kleineren und mittleren Einleger geführt worden und um das Aufbringen der Lohngelder zu ermöglichen. Dietrich geht dann im einzelnen auf die von Eichholz angesprochenen Probleme des Handels und der Steuergesetzgebung ein. Er spricht sich für eine Neufassung des Aktienrechts und verstärkte Haftung des Aufsichtsrats aus. Zur Beamtenbesoldung stellt er fest, daß die Beamten im Reich weit schlechter bezahlt würden als die Kommunalbeamten. „Wir verwalten gegenwärtig noch die halbe deutsche Wirtschaft, und das wird mit drei Ministerialdirektoren gemacht. Hier kann nicht verkürzt werden." Allerdings gebe es auch beim Reich Behörden, die verkleinert werden müßten. Die Hauptschwierigkeit scheint ihm darin zu liegen, daß der „unproduktive Zwischenapparat" in der deutschen Wirtschaft zu teuer geworden sei, er müsse zurückgeschraubt werden. **Wandersleb**[30] *verlangt eine Erklärung des Finanzministers, daß er für den Winter keine neue Gehaltskürzung der Beamten zulassen werde.* **Alving**[31] *fragt nach der finanziellen Lage der Partei. Er nennt die Richtlinien zu lang und unpopulär und fordert für die Werbung etwas „Flugblattähnliches".*

Weber *schlägt im Namen des engeren Vorstandes vor, den Parteitag Ende September nach Berlin einzuberufen. Die Versammlung erklärt sich einverstanden.* **Weber** *bittet die Anwesenden, den Richtlinien-Entwurf der Programmkommission*[32] *sorgfältig zu prüfen und eventuelle Verbesserungsvorschläge bei der Zentrale einzureichen, damit sie auf dem Parteitag zugleich mit dem Entwurf vorgelegt werden könnten. Nachdem Weber noch einige Mitteilungen zum Stand der Organisation gemacht hat, spricht die Versammlung dem Parteiführer und Reichsfinanzminister Dietrich in einer Resolution einstimmig das Vertrauen aus.*

Nach der Mittagspause wird die Aussprache im Demokratischen Klub fortgesetzt. **Weber** *berichtet über die Reichsreform und schlägt vor, eine Kommission*[33] *einzusetzen, die das Problem bis zum Parteitag bearbeiten soll. Die Versammlung stimmt zu.* **Dietrich** *wünscht eine sofortige Stellungnahme des Gesamtvorstands zu dieser Frage. Külz wird beauftragt, eine entsprechende Resolution zu formulieren. Anschließend wird die Diskussion fortgesetzt.* **Rönneburg** *unterstreicht die Notwendigkeit, der Arbeit der demokratischen Minister größere Publizität zu verschaffen. Er hält es für möglich, unter der Parole: Gegen die staatsverneinenden Kräfte! im Volk neue Anhänger unter den Dissidenten der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei zu gewinnen. Das von Höpker-Aschoff skizzierte Direktorium dürfe nur ein Zwischenspiel sein. „Für uns kann nur ein vorsichtiger Parlamentarismus in Frage kommen."* **Nuschke** *teilt Einzelheiten über das geplante Wochenblatt der Staatspartei mit. Es werde ab ersten Oktober unter dem Titel „Deutscher Aufstieg"*[34] *mit einem Umfang von zunächst 4 Seiten erscheinen und solle monatlich 50 Pfennig kosten.*

---

30 Landrat in Querfurt.

31 Rechtsanwalt in Kiel.

32 Siehe Nr. 176b.

33 Poetzsch-Heffter (Vors.), Koch-Weser, Petersen, Anschütz, Rothenbucher, Jaenicke, Apelt, Höpker-Aschoff, Luppe, Maier.

34 Deutscher Aufstieg. Wochenblatt der Deutschen Staatspartei, Magdeburg (1931-1933).

Die Versammlung nimmt die von Dietrich, Külz und Weber unterzeichnete Resolution zur Reichsreform an. Sie lautet:

„Der Gesamtvorstand der Deutschen Staatspartei beschloß, sich mit stärkstem Nachdruck für eine sofortige Inangriffnahme der Reichsreform einzusetzen. Die jetzige Lage des deutschen Volkes verlangt gebieterisch einen Staatsaufbau und Staatsorganismus, die das Reich zur stärksten Zusammenfassung der politischen, staatlichen und wirtschaftlichen Leistungskraft des deutschen Volkes machen. Ein besonderer Ausschuß wird sofort die praktischen gesetzgeberischen Vorschläge fertigstellen."

Weber *schließt die Sitzung mit einem Dank an die Anwesenden.*

181.

23.9.1931: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Gezeichnet unten links: „Nuschke", unten rechts: „Weber". Vorsitz: Weber. Beginn: 12.15 Uhr. Ende: 15.30 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Weber *eröffnet. Der Geschäftsführende Vorstand bespricht zunächst die Tagesordnung des Parteitags und dann die Frage, wer neben Weber als stellvertretender Vorsitzender vorgeschlagen werden solle. Es wird beschlossen, beide Entscheidungen dem Gesamtvorstand zu überlassen.*

Fischer *berichtet über die finanzielle Lage. Er befürchtet, daß der „Deutsche Aufstieg"[1] sich nicht zur Geldquelle, sondern zum Zuschußunternehmen entwickeln werde. Damit erhebe sich die Frage, wie die laufenden Mittel für die Geschäftsstelle aufgebracht werden könnten.* **Nuschke** *hält es für möglich, „bestimmte Kreise" für die Unterstützung des Blattes zu gewinnen. Nach einer Aussprache über mögliche Wege, Geldmittel für die Partei zu erschließen, einigt man sich darauf zu versuchen, von den Organisationen Kopfsteuern oder Sonderbeiträge zu erhalten.*

Es folgt ein Referat von **Fischer** *über Steuerfragen.*

1 Siehe Nr. 180.

182.

26.9.1931: Sitzung des Gesamtvorstandes

Gezeichnet unten links: „Nuschke", unten rechts: „Weber". Vorsitz: Weber. Beginn: 10.15 Uhr. Ende: 14 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Herr **Weber** als stellvertretender Vorsitzender eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr im Auftrage des Parteivorsitzenden Dietrich, der gerade in diesen Tagen dienstlich außerordentlich in Anspruch genommen ist. Er begrüßt die Anwesenden und insbesondere Herrn Dietrich, der vorläufig an den Verhandlungen teilnehmen kann. Herr **Dietrich** ergreift sofort das Wort zu einem politischen Referat. Er führt im wesentlichen aus:

Das eigentliche Geschäft des Finanzministers ist heutzutage vollkommen außer Dienst gestellt; die meiste Zeit hat sich das Finanzministerium mit den Sorgen der Länder, der Gemeinden, der Versicherungsgesetzgebung, der Beamten und der Wirtschaft zu beschäftigen. Dazu kommen noch viele Dinge, die mit dem großen Krach der Banken zusammenhängen. Das Reich ist heute der Besitzer einer großen Anzahl von Banken, infolgedessen sind es gerade diese Geschäfte, die im Ministerium nicht abreißen. Sie werden sich in diesen Tagen u. a. auch mit der Frage der Reichsreform beschäftigen[1], die vielleicht sehr bald akut werden wird, weil viele Staaten gar nicht mehr aus Eigenem leben können. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Reichsreform sich im Laufe der nächsten Monate gewaltsam einer Entwicklung entgegenführen wird. Nun treten diese Dinge aber, so wichtig sie gewiß sind, zurück hinter die außenpolitischen Fragen. In erster Linie kommt da in Betracht der Besuch der Franzosen[2]. Welche Einzelfragen bei diesem Besuch werden behandelt werden, ist vollkommen gleichgültig; wenn der Besuch einen Wert haben soll, dann muß man in diesen Konferenzen die großen Fragen besprechen. Vermutlich wird es freilich nicht gelingen, diese Fragen zur Lösung zu bringen. Aber der gegenwärtige französische Botschafter[3] wird versuchen, sie in nächster Zeit weiterzutragen. Große Erwartungen also in dem Sinne eines sofortigen Erfolges wird man an den Besuch nicht knüpfen dürfen. Doch wird es vielleicht der Anfang einer ruhigen Entwicklung sein. Laval[4] fährt nach diesem Besuch nach Amerika, um dort mit Hoover über das Problem zu reden: Was geschieht mit der internationalen Verschuldung? Und nun ist es ungeheuer schwer, mit den Franzosen über diesen Punkt gegenwärtig eine ernste Rede zu führen. Der Kampf dreht sich um den – vom deutschen Standpunkt aus – ungeschützten Teil der Reparationen, nämlich um die 600 Millionen, auf die die Franzosen auf keinen Fall verzichten wollen. Wenn man aufrichtig ist, dann muß man morgen den Franzosen sagen: Wir können ehrlicherweise gar nichts zu zahlen versprechen. Auf der anderen Seite ist es aber eine ungeheure Gefahr, mit einer solchen Erklärung den Franzosen ins Gesicht zu springen. Wie richtet man nun die Frage ein? Man kann Laval nicht einfach nach Amerika reisen lassen, ohne daß etwas vorbereitet ist, man kann ihm aber auch nicht die nackte Wahrheit sagen. Vor dieser politischen Situation dürfen wir die Augen nicht verschließen. Mit dem einfachen Durchstreichen der deutschen Zahlungen geht es nicht, das hat schon die Erfahrung mit dem Hoover-Plan[5] gezeigt. Was geschehen soll, steht augenblicklich noch nicht fest, darüber wird man heute nacht im Kabinett sprechen.

Nun kommt ein zweites Kapitel, das fast noch schwerer ist: Zu dem deutschen Erdbeben ist ein englisches Seebeben getreten. Das ist ein Ereignis von ungeheurer Bedeutung. Der Reichskanzler hat soeben gesagt, man dürfe nicht

1 Auf dem Parteitag der Staatspartei am 26. und 27. September hielten Poetzsch-Heffter und Höpker-Aschoff Referate über die Reichsreform. Vgl. auch Ende der Parteien S. 44.

2 Am 27.9.1931 wurden der französische Ministerpräsident und der französische Außenminister in Berlin erwartet. Vgl. Schulthess 1931 S. 208-210.

3 André Francois Poncet (1887-1978), französischer Botschafter in Berlin 1931-1938.

4 Pierre Laval (1883-1945), französischer Ministerpräsident 1931-1932.

5 Siehe Nr. 178 Anm. 2.

überstürzt handeln und solle zunächst abwarten. Diese Meinung ist aber kaum restlos richtig. Welche Konsequenzen hat die Aufgabe des Goldstandards in England? Soweit England Schulden im Ausland in Pfund-Währung hat, verliert es sein Geld bei dem Kursverlust des Pfundes, und zwar mindestens ein Viertel. England hat aber auch Schulden im Ausland, bei denen es Geld gewinnt. Allerdings sind diese Schulden sehr viel kleiner als die Pfund-Guthaben. Danach hat jenes Land auf die Dauer kein Interesse daran, das Pfund schlecht werden zu lassen. Nun ist es aber schwer, eine sinkende Währung zum Anhalten zu bringen. Wenn man sich daran erinnert, welchen ungeheuren Sturm es gekostet hat, in Frankreich den Franken auf einer bestimmten Höhe zu stabilisieren, dann kann man sich schon vorstellen, wie es in England gehen wird. Nun haben wir uns in unserem Export besser gehalten als irgendein anderer Exportstaat und haben insbesondere die Engländer weit hinter uns gelassen. Jetzt kommt jedoch das Valuta-Dumping von England, bei der Kohle ist es schon losgegangen. Unser ganzer Export gerät in Gefahr, und für die deutsche Arbeitslosigkeit ergeben sich daraus katastrophale Folgen. Eine wirkliche Goldwährung hat heute außer Deutschland und der Schweiz nur ein kleiner Teil der Staaten, und alle unsere Konkurrenten gerade haben schlechte Währungen. Wenn es daher so bleibt wie jetzt, dann müssen Deutschland und die Schweiz bestimmt kaputtgehen. Die Verschlechterung des Pfunds in England ist sicherlich nicht eine überlegte Sache, die Entwicklung ist den Engländern vielmehr über den Kopf gekommen, sonst hätten sie nicht so verzweifelte Anstrengungen gemacht, den Sturm abzuwehren. In den letzten 4 Tagen vor der Aktion sind 760 Millionen Mark von den Engländern eingebüßt worden. Allerdings halten wir in dieser Frage immer noch den Rekord. Was soll Deutschland nun machen? Englische Stimmen haben uns gesagt: Ihr müßt dasselbe machen wie wir und die Mark auf 80 Pfennig herabsacken lassen. Das ist jedoch unmöglich. Erstens sind die deutschen Schuldverpflichtungen im Ausland fast alle auf Goldparität gestellt; zweitens kann man in Deutschland solch ein Manöver nicht machen, weil wir schon eine Inflation hinter uns haben und andernfalls die Sache zusammenfallen würde. Von allen Möglichkeiten gibt es nur die eine: Die Einfuhr bis zum äußersten drücken und dann eine ausschließliche Binnenwirtschaft treiben, bis der Spuk verschwunden ist. Vielleicht wird Dernburg, den ich zu meiner Freude hier sehe, über das Zusammenbrechen des englischen Pfunds uns noch etwas sagen und uns den Weg ins Freie zeigen. (**Dernburg**: Heute vormittag nicht!)

Die Vorgänge der letzten Monate beweisen auch dem naivsten Menschen in Europa, daß eine Politik, die darauf ausgeht, daß der eine den anderen schwächt und schädigt, auf die Dauer den Untergang von ganz Europa bedeutet. Wenn nun schon Pariser Banken zusammenbrechen, dann werden hoffentlich sogar die Franzosen ihren Standpunkt einer wirtschaftlichen und politischen Hegemonie aufgeben. Die in den letzten Wochen aufgetauchten Pläne zu einer angeblichen Vermehrung des Geldumlaufs sind zu verwerfen, insbesondere auch der Gedanke einer internationalen Währung und einer Heruntersetzung des Münzfußes. Das würde bedeuten, aus der Mark einen Franken machen.

Wie sieht es denn nun bei uns in Deutschland finanziell aus? Das Reich spart aus dem Hooverjahr 700 Millionen Mark. Demgegenüber steht das große Loch im

Steuersäckel, das mit einer halben Milliarde bewertet werden muß. Überaus schlimm ist es, daß man jetzt auch die Erträge der Zölle nicht mehr sicher kalkulieren kann. Das kommt zum guten Teil daher, daß die Exporteure keine Kredite mehr haben und nicht mehr laufend einkaufen können. Trotzdem ist die Lage beim Reiche so, daß wir das Reich bis zum nächsten Frühjahr sicher durchsteuern können. Davor habe ich nicht die geringste Sorge. Wir haben nicht nur die kurzfristigen Reichsschulden bereits bezahlt, sondern noch darüber hinaus Zahlungen geleistet. Alle Schatzanweisungen sind eingelöst worden. Um so schlimmer sieht es vor allem bei den Gemeinden aus. Wir wollen den Gemeinden zu Hilfe kommen. Aber das System, das beispielsweise Berlin anwendet, bedeutet eine große Gefahr. Hier beschäftigen sich die höheren Beamten damit, Leitartikel zu schreiben. Ich habe Zweifel, ob man damit Berlin helfen kann; Berlin hilft man auch nicht, wenn man auf die Reichsregierung schimpft. Das Reich wird einen größeren Geldbetrag zur Verfügung stellen, um in einigen besonders belasteten Gebieten, hauptsächlich in Sachsen, Berlin und an der Ruhr, die Anforderungen aus der Arbeitslosigkeit mitzudecken. Bei der Unterstützung der Städte muß darauf gesehen werden, daß die liederlichen Kommunen, die ihre Finanzen nicht in Ordnung halten, nicht noch obendrein vom Reiche unterstützt und gewissermaßen belohnt werden. Für die Krisenfürsorge wird vom Reiche eine Unterstützung von 200 Millionen verlangt, deren Deckung ich noch nicht weiß.

Das größte Unglück in Deutschland ist die Miesmacherei. Das Geschwätz der Schwarzseher kostet uns im nächsten Winter vielleicht 1–2 Millionen Arbeitslose mehr. Diese bösen Prophezeiungen veranlassen besonders die kleineren Unternehmer, ihren geringen Arbeiterbedarf noch weiter zu verringern. Auch von Männern der Regierung sind bestimmte Zahlen genannt worden, was besser unterblieben wäre. Ohne einen gewissen Optimismus werden wir durch den nächsten Winter nicht durchkommen.

Was geschieht nun aber mit den Ländern? Wir haben nicht die Absicht, von Reichs wegen eine Garantie für die Steuern zu übernehmen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Länder für sich selber sorgen müssen.

Was die Notverordnungen anlangt, so wird man an ihnen nicht viel rütteln können, auch nicht an der Verordnung vom 6. Juni[6]. Die Sozialdemokratie ist im wesentlichen auf diese Dinge auch gar nicht mehr zurückgekommen. Der ganze Kampf mit ihnen hat sich darum gedreht, daß das Tarifrecht der Arbeiter nicht gestört werden darf, während es für die Gemeindearbeiter in der Notverordnung aufgehoben worden war. Außerdem handelte es sich um Beseitigung gewisser Härten in der Arbeitslosenunterstützung, darin ist man ihnen bis zu einem bestimmten Grade entgegengekommen. Drittens haben wir in bezug auf die Kriegsinvaliden vorhandene Mängel behoben. Die Frage der Gemeindearbeiter macht Schwierigkeiten, weil die Vergleiche mit anderen Arbeiterkategorien nicht so einfach sind. Im Arbeitsministerium hat man in diesem Punkt immer mir die Verantwortung zuschieben wollen. Im übrigen werden die Gemeindearbeiter im ganzen 11 % Abzug tragen müssen. Der Referent beklagt sich bei dieser Gelegenheit darüber, daß, während das Zentrum klug genug ist, alle populären

6 Siehe Nr. 180 Anm. 7.

Maßnahmen der Regierung seinem Reichskanzler, aber alles, was unpopulär ist, dem Finanzminister zuzuschieben, die demokratische Presse nichts Eiligeres zu tun habe, als diese Darstellung sich zu eigen zu machen und auf die demokratischen Führer in der Regierung zu schelten. Sachlich ist die Situation so, daß der Eingriff in das Tarifrecht der kritische Punkt für das heutige System ist. Wenn man in diesem Punkte mit der Sozialdemokratie einen Streit bekommt, dann ist die Geschichte zu Ende. Besonders gefährlich ist der jetzige Moment, weil wir in den Oktober kommen, wo die Tarifverträge der Kohlenarbeiter und anderer Arbeitnehmer ablaufen. Da können wir im November in die tollsten Arbeitskämpfe hineingeraten, gerade in der Jahreszeit, wo wir es am allerwenigsten ertragen können.

Das System der Kriegszahlungen hat eine Wendung genommen. Dieses Problem dürfte nie auf den Punkt zurückkehren, den es im Frühjahr eingenommen hat. Aber sonst ist die Zukunft dunkel, da vor allem niemand die Entwicklung der Dinge in England voraussehen kann. (Starker Beifall.)

Nachdem der **Vorsitzende** die anwesenden Herren Petersen und Dernburg begrüßt hat, bespricht er die finanzielle Lage der Partei. Er betont, daß wir die früheren Hilfsquellen nicht mehr haben und daß wir erledigt sind, wenn nicht neue Maßnahmen getroffen werden. Dabei macht er besonders auf die Notwendigkeit aufmerksam, für eine ausgedehnte Verbreitung des „Deutschen Aufstiegs" zu sorgen.

An der Debatte beteiligen sich zunächst die Herren **Vogt, Dechamps, Vellemann**[7], **Ehrhardt**[8], **Rönneburg, Falk, Alving** und Dr. **Parisius**. Veranlaßt durch eine Anfrage des Herrn **Falk** spricht sich Herr **Weber** über die Gerüchte von neuen Parteigruppierungen aus[9]. Er betont, daß Besprechungen stattgefunden haben, bei denen lediglich die Rede davon war, daß man den Parteien der Mitte einen größeren Einfluß auf die Reichsregierung zu verschaffen suchen sollte. Am 13. oder 14. Oktober sollte eine gemeinschaftliche Erklärung dieser Gruppen an die Reichsregierung erfolgen aus dem Grunde, weil augenblicklich die Mittelparteien auf die Regierung keine Spur von Einfluß haben und dort lediglich das Zentrum regiert, so daß von den Parteien außer dem Zentrum, die hinter der Regierung stehen, keine einzige um ihre Meinung gefragt wird. Da ich nicht zu den Leuten gehöre, die autokratisch regieren, habe ich bei allen diesen Verhandlungen immer ein Gremium von 4 oder 5 Herren mit hinzugezogen und sie um Rat gefragt. Ich habe selbstverständlich diese Verhandlungen so geführt, daß ich die Staatspartei überhaupt fast ganz ausgeschaltet und nur zum Schluß gesagt habe, ich würde Bedenken in dieser Beziehung beiseite lassen. Ich würde es begrüßen, wenn die Übermacht des Zentrums dadurch etwas beseitigt würde, daß die Mittelparteien mit 100 oder 120 Mandaten eine kompakte Masse bilden könnten.

---

7 Parteisekretär in Ostpreußen.

8 Max Ehrhardt, Generalsekretär des Wahlkreises Pfalz.

9 Feder notierte am 26.9.1931: „. . . Lemmer erzählt mir die Sache von der Reichsbürgerpartei (Zusammenschluß Staatspartei bis Konservative), die die Reichsgeschäftsstelle der Staatspartei (Nuschke!) mit scharfer Polemik gegen die Mosseblätter dementiert, stimme doch, man habe unter dem Vorsitz von Abegg verhandelt, auch Hirschel, Dietrichs Adlatus, sei beteiligt gewesen . . ." (S. 305.) Zu den Einzelheiten dieses Sammlungsversuchs vgl. Jones S. 273–276.

Entgegen einer Bemerkung des Herrn Falk weist der Redner auf die Verschiedenheit der Lage in Preußen und im Reiche hin. Wenn unsere preußische Landtagsfraktion den Wunsch einer Änderung des neuen preußischen Wahlrechts[10] hat, so kann sie darauf hinarbeiten, ohne daß sie dadurch die Koalition zu sprengen braucht. Wenn wir dagegen heute im Reiche gegen die Notverordnungen Sturm laufen, so ist damit die Koalition gesprengt. Wenn ich eingeladen werde und mitwirke bei Verhandlungen über die erwähnten Ziele, dann nehme ich natürlich mit meinen Parteifreunden Fühlung. Denn 2 Augen können nicht so viel sehen wie 10 oder 12 oder 15. (Große Heiterkeit.) Ich würde meine Pflichten verletzen, wenn ich solche interfraktionellen Verhandlungen ohne meine Mitwirkung geschehen ließe. Ich will nicht ein Anhängsel der Sozialdemokratie sein, aber auch nicht ein Anhängsel des Zentrums. Darum kümmere ich mich um die Angelegenheit. Bei den Verhandlungen waren übrigens beteiligt Graf Westarp und Genossen, Dr. Lejeune[11], Schlange-Schöningen[12], die Wirtschaftspartei, die Volkspartei, die Volksnationalen und die Christliche Volkspartei. Auch die deutsche Bauernpartei hat durchblicken lassen, daß sie gewillt ist mitzumachen. Unterrichtet sind von unserer Seite u. a. Reinhold, Dietrich, Oscar Meyer. Sollen wir denn gar nicht den Versuch machen, die wertvollen Kräfte des Bürgertums in dieser schweren Zeit zur Geltung zu bringen? Ich steigere durch solche Verhandlungen auch den Einfluß der Staatspartei; wenn ich mich ausschalten lasse, dann kräht kein Hund und kein Hahn mehr nach ihr. Andererseits wird unser Finanzminister vom Zentrum angefeindet, weil er nicht alles mitmachen will, was diese Partei vorschlägt. Jedenfalls können Sie mir glauben, daß ich nicht die Partei zerschlagen will.

Herr **Reinhold**: Soviel haben wir doch von der Mahraun-Affäre gelernt, daß wir uns nicht in eine Fusion begeben wollen mit untauglichen Mitteln und untauglichen Kräften. Worum es sich handelt, ist, daß versucht werden soll, die ganz elende und unerträgliche Einflußlosigkeit aller bürgerlichen Parteien außer dem Zentrum aufzuheben. Wir laufen ja vollkommen nebeneinander her, und auch Dietrich bedient sich nicht so, wie es nötig wäre, des Rates unserer Parteifreunde. Es ist eine unbedingte Notwendigkeit, die immerhin mehr als hundert Mandate der Mittelparteien zu einem Block zusammenzufassen, um dem Reichstag am 13. Oktober[13] nicht das klägliche Schauspiel zu bieten, daß jede Partei eine

10 Am 12.9.1931 hatte die Staatsregierung eine Notverordnung über Veränderung des preußischen Wahlgesetzes erlassen, die für die Wahl eines Abgeordneten 60 000 statt wie bisher 40 000 Wähler festlegte und die Verrechnung der Reststimmen nach der Schlüsselzahl 30 000 statt wie bisher nach der Schlüsselzahl 20 000 vorsah. Vgl. Wippermann A 1931 S. 322. Zur Stellung der Fraktion vgl. Protokoll der Sitzung vom 14.10.1931. DDP/Staatspartei R 45/III 65. Eine Verordnung vom 8.3.1932 ersetzte schließlich die Zahl 40 000 durch 50 000 in den §§ 30, 31, 32 des Landeswahlgesetzes und 20 000 durch 25 000 im § 32. Vgl. Gesetz über die Wahlen zum preußischen Landtag, in: Handbuch für den Preußischen Landtag. Ausgabe für die 4. Wahlperiode (von 1932 ab), Berlin 1932, S. 96ff.

11 Paul Lejeune-Jung (1882-1944), MdR (DNVP) Mai 1924 bis 1930. Er schloß sich dann der Konservativen Volkspartei an.

12 Hans Schlange-Schöningen (1886-1960), MdL Preußen (DNVP) 1921-1928, MdR (DNVP/Christlichnationale Bauern- und Landvolkpartei) Mai 1924 bis Juli 1932, Reichsernährungsminister und Reichskommissar für Osthilfe von November 1931 bis Juni 1932.

13 Der Reichstag sollte am 13.10.1931 zur Entgegennahme einer Regierungserklärung zusammentreten.

besondere Erklärung abgibt. Ich persönlich bin Weber sehr dankbar gewesen, daß er sich rechtzeitig eingeschaltet hat, ich hoffe, daß dieser Bund dahin führt, daß man zu einer wirklichen Arbeitsgemeinschaft gelangt. Wenn eine solche Arbeitsgemeinschaft gelingt und von unten herauf aufgebaut wird, dann besteht die Möglichkeit, daß diese Koalition zu einem einheitlichen Gebilde sich auswächst. Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich dies durchaus begrüßen würde. Das gilt namentlich gegenüber der Notverordnung über die preußischen Landtagswahlen[14]. Irgendwelcher Verschwörerunfug, wie er seinerzeit gemacht worden ist, liegt in keiner Weise vor. Aber wir halten es für unsere Pflicht, uns von der Staatspartei einzuschalten, wenn man für den Gedanken eintritt, eine Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Elemente außerhalb des Zentrums zu schafffen. Darüber hinaus sind keine Bindungen erfolgt.

Herr **Falk** erklärt sich von diesen Mitteilungen befriedigt und bedauert, daß eine Presse, die uns nahestehen will, eine derartige Unruhe in das Land und die Partei getragen hat. Gegenüber einer Bemerkung Reinholds spricht Redner die Hoffnung aus, daß in Preußen selbst bei einer Erhöhung des Wahlquotienten die Staatspartei nicht mit 2 Mandaten, sondern einem mehrfachen davon in das Parlament zurückkehren werde. Auch werde es voraussichtlich möglich sein, ohne den Grundgedanken der Wahlverordnung zu zertrümmern, in ihr gewisse Änderungen herbeizuführen, die dem berechtigten Verlangen der Mittelparteien entsprechen.

Nachdem die Herren **Rönneburg, Zeitlin** und **Oscar Meyer** ihre Übereinstimmung mit den Herren Weber und Reinhold ausgesprochen haben, behandelt Frau **Lüders** namentlich Organisationsfragen und betont zum Schluß die Notwendigkeit der Beteiligung der Partei an einer Winterhilfe, die ohne Ansehen der Person und der Parteistellung vorzugehen habe.

Herr **Weber**: Bei den vorhin erwähnten Besprechungen hat es sich gar nicht um Parteibesprechungen im engeren Sinne gehandelt. Es waren auch Politiker dabei, die gar keiner Partei angehören. Die Leitung lag in den Händen des uns doch nahestehenden früheren Ministers Dr. Hamm. Es war nur eine Konferenz von einzelnen Persönlichkeiten. Infolgedessen war ich auch gar nicht in der Lage, die Partei heranzuziehen.

Herr **Egelsehr**[15] erkennt an, daß durch die Erklärungen der Herren Weber und Reinhold die vorhandenen Besorgnisse zerstreut worden seien. Jetzt müsse vor allem die neue Zeitung kräftig unterstützt werden!

Herr **Fischer** (Köln) bespricht ausführlich die finanzielle Lage der Partei und macht auf die Notwendigkeit aufmerksam, für weiteste Verbreitung des „Deutschen Aufstiegs" zu sorgen. Es werde den Ruin der Partei bedeuten, wenn die Zeitung nicht eine Gewinnquelle, sondern eine neue Verlustquelle werde. Es sei auffällig, daß jetzt noch über die Frage debattiert werde, ob und wie die Zeitung von den Organisationen abonniert werden solle. Denn bereits in einer früheren Sitzung des Gesamtvorstandes sei beschlossen worden, daß die Zeitung im Zwangsabonnement eingeführt werden soll. 20 000 Abonnenten seien erforderlich,

14 Siehe Anm. 10.

15 Heinrich Egelsehr, Oberstudiendirektor in Nürnberg.

damit durch die Einnahmen aus der Zeitung die Kopfsteuerbeiträge ersetzt werden. Solle aber ein nennenswerter Gewinn für die Reichsgeschäftsstelle herauskommen, dann müßten es mindestens 50 000 Abonnenten werden. Eine bedeutsame Rolle in der Arbeitsgemeinschaft, von der vorhin gesprochen worden sei, werde die Staatspartei nur spielen, wenn Weber einen Apparat hinter sich hat, der sich unter allen Umständen auch finanziell durchsetzen kann und somit ein geeigneter Mittelpunkt für derartige Neubildungen ist.

Nach Ausführungen der Herren **Külz, Frommhold, Jäger** und Frau **Krause** bringt Herr **Goetz** die Personenfrage des Parteivorsitzenden zur Sprache. Bei aller Anerkennung der hohen persönlichen Eigenschaften Dietrichs sei doch nicht zu leugnen, daß er für uns an der Spitze unserer Partei eine überaus schwere Belastung bedeute. Die Tatsache, daß unser Parteiführer zugleich der Verantwortliche für die Notverordnungen sei, habe schon ganze Ortsgruppen gesprengt. Es sei zu überlegen, ob man Dietrich nicht in einer Form, die ihn nicht verletzt, nahelegen könne, seinen Vorsitz niederzulegen.

Der **Vorsitzende** hält eine weitere Erörterung dieser Angelegenheit im gegenwärtigen Moment schon aus formalen Gründen für nicht angängig, da dieser außerordentliche Parteitag über die Wahl des Vorsitzenden keinen Beschluß fassen kann. Ein Wechsel des Vorsitzes würde aber auch sachlich die Partei, wie unseren Vertreter im Reichskabinett, außerordentlich schädigen. Schließlich erklärt Redner, daß er den Vorsitz an Stelle von Dietrich nicht übernehmen würde.

An der Debatte beteiligen sich noch die Herren **Dingeldey, Wandersleb** und **Wienecke**[16]. Hierauf zieht Herr **Goetz** seinen Antrag, daß der Vorstand zu der Frage der Leitung der Partei durch Dietrich Stellung nimmt, zurück.

Der **Vorsitzende** macht nun darauf aufmerksam, daß in den neuen Statuten vorgeschlagen werde, zur Entlastung von Dietrich 2 Stellvertreter zu bestimmen[17]. Wähle der Parteitag ihn (Weber) zum ersten Stellvertreter, dann sei es nötig, sich noch über den zweiten zu einigen; am besten nehme man dazu eine Dame.

Aus der Mitte der Versammlung werden vorgeschlagen Frau Lüders, Frau Dönhoff und außerdem Herr Rönneburg. Der **Vorsitzende** bittet den Frauenausschuß, sich mit dieser Personalfrage zu beschäftigen und morgen auf dem Parteitag einen entsprechenden Vorschlag zu machen[18]. Mit einem Hinweis auf die Sitzung am Nachmittag und den Festabend bei Kroll schließt er die Vorstandssitzung.

Schluß 2 Uhr.

---

16 Ernst Wienecke, Handelsoberlehrer in Harburg.

17 Siehe S. 817.

18 Der Parteitag wählte dann neben Weber Frau Lüders und Rönneburg zu Stellvertretenden Vorsitzenden. Für die zum Parteitag eingegangenen Anträge vgl. Blätter d. Staatspartei v. 25.9.1931 Nr. 16/17; für die Verhandlungen des Parteitags vgl. Deutscher Aufstieg v. 4.10.1931 Nr. 5.

183.

7.10.1931: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Gezeichnet: unten links: „Nuschke", unten rechts: „Weber". Vorsitz: Weber. Beginn: 18 Uhr. Ende: 20.15 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Frau Bäumer, Barteld, Falk, Heuss, Hild, Hirschel, Höpker Aschoff, Hunzinger, Issberner, Jäger, Külz, Frau Lüders, Mende, Nuschke, Reif, Rönneburg, Schütt, Vogt, Weber, Winschuh, Zeitlin.

Weber *eröffnet. Er teilt mit, daß er die politische Leitung der Partei übernommen habe, solange Dietrich wegen Überlastung nicht in der Lage sei, die Geschäfte zu führen. Weber berichtet ferner, daß er Geldsammlungen für die Partei in die Wege geleitet habe. Er schlägt vor, für bestimmte Aufgabenkreise der Parteiarbeit Referate unter der Leitung einzelner Vorstandsmitglieder zu bilden; der jeweilige Referent für ein bestimmtes Gebiet solle dann noch weitere Mitglieder des Vorstands als Berater erhalten. Der Geschäftsführende Vorstand erklärt sich mit dieser Regelung einverstanden und setzt folgende Referate ein:*

Politische Arbeit: Weber, Dietrich, Bäumer, Falk, Fischer, Höpker-Aschoff, Lüders, Meyer, Riedel, Rönneburg, Schneider, Winschuh, Nuschke.

Finanzierung: Fischer, Jäger, Vogt, Winschuh, Zeitlin, Schütt[1].

Frauen und Jugend: Lüders, Bäumer, Beckmann, Dönhoff, Eschenburg, Heuss, Jäger, Ulich-Beil, Winschuh, Hild[2].

Organisation und Agitation: Rönneburg, Barteld, Brammer, Colosser[3], *Dannenberg*[4], *Dönhoff, Jäger, Kalkoff, Lüders, Reif, Riedel, Vogt, Weber, Winschuh, Nuschke, Schütt.*

Presse und Redaktion des „Deutschen Aufstiegs": Heuss, Brammer, Bäumer, Külz, Lüders, Reif, Weber, Zeitlin, Nuschke, Schütt.

Verlag des „Deutschen Aufstiegs": Kalkoff, Fischer, Jäger, Zeitlin, Nuschke, Schütt.

Frau Lüders und Rönneburg werden gebeten, sich als stellvertretende Vorsitzende vor allem um die Arbeit der Reichsgeschäftsstelle zu kümmern.

Der Geschäftsführende Vorstand bestimmt dann eine Reihe von Personen, die zu den Sitzungen der verschiedenen Ausschüsse delegiert werden sollen, um die Verbindung des Vorstands mit diesen Ausschüssen zu gewährleisten.

---

1 Konrad Schütt, Generalsekretär der DDP in Frankfurt/M., dann in Berlin als stellvertretender Leiter der Reichsgeschäftsstelle.

2 Joachim Hild, Sekretär in der Reichsgeschäftsstelle.

3 Otto Colosser (1878-1948), Architekt in Berlin, MdL Preußen (Wirtschaftspartei) 1927-1928, MdR 1928 bis Juli 1932. Vgl. Nr. 176a Anm. 3.

4 Otto Dannenberg (geb. 1879), Direktor der Deutschen Mittelstandsbank, MdL Preußen (Wirtschaftspartei) 1928-1932. Vgl. Nr. 176a Anm. 3.

Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe: Weber, Fischer, Colosser.

Agrarausschuß: Rönneburg, Jäger, Barteld. Arbeitnehmerausschuß: Schneider, Lüders. Kultur- und Kirchenausschuß: Lüders, Bäumer, Heuss. Ausschuß für freie Berufe: Weber, Zeitlin. Reichsbeamtenausschuß: Rönneburg, Barteld. Kommunalpolitischer Ausschuß: Rönneburg, Jäger, Külz. Reichsfrauenausschuß: Lüders, Bäumer. Reichsjugendausschuß: Fischer, Jäger. Studentenausschuß: Weber, Goepel[5]*, Winschuh.*

Der Geschäftsführende Vorstand erklärt, daß überall eine Zuwahl weiterer Mitglieder möglich sei.

Die Versammlung berät anschließend darüber, auf welche Weise die Agitation verbessert werden könnte. Man kommt überein, die parlamentarischen Redner künftig durch die Reichsgeschäftsstelle nach einem bestimmten Plan auf die Wahlkreise verteilen zu lassen. Außerdem sollen die Jugend und auch die Landtagsabgeordneten mehr als bisher zur Agitationsarbeit herangezogen werden. **Nuschke** *weist auf die bevorstehenden Landtagswahlen in Hessen hin und auf die Konkurrenz, die dort für die Staatspartei durch die Radikaldemokraten*[6] *besteht. Auf* **Nuschkes** *Anregung wird beschlossen, die hessischen Freunde im Wahlkampf mit Rednern der Reichstags- und der preußischen Fraktion zu unterstützen.* **Jäger** *teilt mit, daß die staatsparteiliche Jugend Schulungskurse eingerichtet habe, um einen Stamm junger Redner auszubilden. Außerdem lasse die staatsparteiliche Jugend Mitteilungsbriefe zur Information verschicken. Der Geschäftsführende Vorstand empfiehlt, diese Briefe vor der Veröffentlichung generell der Zentrale oder wenigstens dem Obmann des betreffenden Ausschusses zur Prüfung vorzulegen.*

Der Geschäftsführende Vorstand berät über die Vorbereitung der preußischen Wahlen und beschließt nach längerer Debatte auf Vorschlag **Webers**, *sich demnächst mit den Vorsitzenden der preußischen Wahlkreise in Verbindung zu setzen. Zuvor soll sich noch eine kleine Kommission aus Mitgliedern der Landtagsfraktion und der Parteileitung*[7] *mit der Wahl beschäftigen und bestimmte Kandidaturen klären.*

Der **Vorsitzende** *erinnert an den Beschluß des Parteitags, auf der Basis der ihm vorgelegten Richtlinien ein Programm zu schaffen*[8]*. Weber empfiehlt, die Ausführung dieses Beschlusses vorläufig zurückzustellen, da die Richtlinien für die Agitation bis auf weiteres völlig ausreichten. Der Geschäftsführende Vorstand erklärt sich mit diesem Vorschlag einverstanden.*

---

5 Kurt Goepel, ehemaliger Führer des Studentenverbandes der DVP in Berlin.

6 Siehe Nr. 171 Anm. 15.

7 Welche Mitglieder der Parteileitung für diese Kommission benannt wurden, geht aus dem Protokoll nicht hervor. Die preußische Fraktion delegierte Falk, Riedel, Schreiber, Schmiljan und Zeitlin. Protokoll der Fraktionssitzung v. 14.10.1931. DDP/Staatspartei R 45/III 65.

8 Der in der Sitzung des Gesamtvorstands vom 15.3.1931 eingesetzte Richtlinienausschuß hatte insgesamt 11mal getagt und verschiedene Entwürfe ausgearbeitet. Einer dieser Entwürfe war nun dem Parteitag vorgelegt worden. DDP/Staatspartei R 45/III 55 u. 56. Der Parteitag hatte daraufhin beschlossen, den Vorstand zu beauftragen, auf der Basis dieses Entwurfs sowie der zahlreichen eingegangenen Abänderungsvorschläge ein Programm zu schaffen. DDP/Staatspartei R 45/III 47.

184.

20.10.1931: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes gemeinsam mit dem Arbeitsausschuß für politische Fragen[1]

Gezeichnet: „Dr. Schütt". Vorsitz: Weber. Beginn: 17.15 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Weber *eröffnet. Er berichtet, daß er und Meyer Dietrich empfohlen hätten, sich aufgrund der Ausführungen des Reichskanzlers im Reichstag[2] einstweilen vom Parteivorsitz beurlauben zu lassen. Frau* **Bäumer** *hält einen solchen Schritt nicht für vorteilhaft, sie befürchtet davon vielmehr eine Schwächung der Stellung Dietrichs und Brünings.* **Rönneburg, Winschuh** *und* **Vogt** *stimmen Weber zu. Frau* **Lüders** *weist darauf hin, daß eine entsprechende Erklärung Dietrichs im Land als Ausdruck eines Zwiespalts zwischen ihm und der Partei aufgefaßt werden könnte.* **Meyer** *glaubt, daß es für eine solche Erklärung schon fast zu spät sei, Dietrich müsse diesen Schritt jedenfalls sofort nach der Rückkehr aus dem Urlaub tun. Die Anwesenden sind sich einig, daß bei einer eventuellen Beurlaubung Dietrichs keine personelle Veränderung im Vorstand stattfinden werde. Die weitere Aussprache dreht sich um die Frage, ob eine Möglichkeit bestehe, unzufriedene Kreise der Deutschen Volkspartei oder Wirtschaftspartei für die Staatspartei zu gewinnen.* **Schütt** *ist der Ansicht, daß die gewerblichen Fachverbände wegen der Zerwürfnisse in der Wirtschaftspartei[3] jetzt mehr zur Staatspartei neigten. Er schlägt vor, einen Bierabend mit den Vorsitzenden und Geschäftsführern der Fachverbände zu veranstalten, bei dem auch Dietrich zugegen sein müsse, da er in diesen Kreisen großes Ansehen genieße. Schütt empfiehlt ferner, daneben auch mit den Abgeordneten der Wirtschaftspartei wegen möglicher Übertritte Fühlung zu nehmen, und nennt in diesem Zusammenhang den Abgeordneten Leonhardt[4]. Er wird ermächtigt, im Sinne seiner Vorschläge zu sondieren.*

Fischer *gibt einen Überblick über die finanzielle Situation. Zur Zeit werde versucht, von den Ortsgruppen pro Mitglied und pro Vierteljahr 25 Pfennig zu erhalten und außerdem mehr Reichsmitglieder zu werben, die verpflichtet seien, einen Mindestbeitrag von 25 Mark zu zahlen. Fischer schlägt vor, ein Werbeessen zu veranstalten, da die Gläubiger drängten. Im Zusammenhang mit möglichen Übertritten von Abgeordneten der Wirtschaftspartei zur Staatspartei nennt Fischer neben Leonhardt den früheren Abgeordneten Siegfried[5].*

Der Geschäftsführende Vorstand beschließt, in der zweiten Novemberhälfte eine

---

1 Siehe Nr. 183.

2 Brüning hatte anläßlich der Regierungsumbildung am 13.10.1931 im Reichstag betont, das gegenwärtige Kabinett sei „noch unabhängiger von den Parteien" als das vorhergehende. Sten. Ber. Bd. 446 S. 2074 D.

3 Siehe Nr. 176a Anm. 3. Drewitz, der Vorsitzende der Wirtschaftspartei, hatte im August sein Amt niedergelegt. Vgl. Schumacher S. 177.

4 Adolf Leonhardt (geb. 1887), Zeitungsverleger in Fürstenberg/O., MdL Preußen (Wirtschaftspartei) 1928-1932.

5 Wilhelm Siegfried (geb. 1876), Kinobesitzer in Berlin, MdR (Wirtschaftspartei) 1928-1930.

Organisationstagung[6] zu veranstalten. **Meyer** *verliest eine Entschließung, die sich gegen den Terror wendet[7]. Sie wird gebilligt. Frau* **Bäumer** *betont die Notwendigkeit, eine Kulturtagung zu veranstalten, die „von der Hochschule bis zur Volksschule" gehe. Es wird beschlossen, eine Kulturtagung und eine Tagung der Parteibeamten durchzuführen. Anschließend werden der hessische Wahlkampf und die Vorbereitung der preußischen Wahlen besprochen.* **Schütt** *betont die Notwendigkeit, Kontakte zur kleinen Presse herzustellen. Er empfiehlt, für jede Zeitung einen Parteifreund als Verbindungsmann zu suchen, möglichst in kaufmännischen Kreisen, der als Inserent Fühlung mit einer Zeitung besitze, um auf diese Weise wöchentlich Mitteilungen über die Arbeit der Staatspartei in die Presse zu bringen.*

Winschuh *schlägt vor, einen Antrag auf Herabsetzung der Diäten zu stellen, da der Reichstag so wenig tage.* **Weber** *hält dem entgegen, daß er bereits mit Brüning über diese Frage gesprochen habe, dieser jedoch einen solchen Schritt nicht wünsche.*

Auf Anregung von **Rönneburg** *und Frau* **Bäumer** *wird beschlossen, das Thema Arbeitslosigkeit auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen.*

6 Protokoll der Organisationstagung vom 5.u. 6.12.1931. DDP/Staatspartei R 45/III 58. Vgl. auch Ende der Parteien S. 49f.

7 Abgedruckt in: Wippermann A 1931 S. 475.

185.

12.11.1931: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: Weber. Beginn: kurz nach 18.30 Uhr. Ende: kurz vor 21.30 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Frau Bäumer, Barteld, Hild, Hirschel, Issberner, Nuschke, Reif, Rönneburg, Schneider, Schütt, Vogt, Weber, Winschuh, Zeitlin.

Weber *eröffnet. Der Geschäftsführende Vorstand bespricht die Lage in Preußen nach dem Wechsel im Finanzministerium[1].* **Zeitlin** *berichtet, daß die Fraktion dem Ministerpräsidenten Braun außer dem Wiedereintritt Höpker-Aschoffs Weber oder Falk als Kandidaten für das Finanzministerium präsentiert habe[2]. Im Verlauf der Aussprache werden Bedenken wegen einer Notiz Nuschkes im „Deutschen Aufstieg" über Klepper[3] geäußert, da sie ohne Rücksprache*

1 Höpker-Aschoff war am 12.10.1931 zurückgetreten. Er hatte sich entschieden für eine Gehaltssperre der Beamten ausgesprochen und war dabei auf den Widerstand des interfraktionellen Ausschusses der preußischen Koalitionsparteien gestoßen. Vgl. Beer S. 159f. Ein weiteres Motiv lag in dem gespannten Verhältnis Höpker-Aschoffs zu seiner eigenen Fraktion. Einzelheiten berichtet der Vorsitzende der preußischen Fraktion, Falk, in seinen 1936 entstandenen Aufzeichnungen. Kleine Erwerbungen Nr. 385.

2 Vgl. Protokoll der Fraktionssitzung vom 14.10. u. 24.11.1931. DDP/Staatspartei R 45/III 65.

3 Otto Klepper (1888-1957), preußischer Finanzminister 1931-1932.

mit der Parteileitung abgefaßt und zudem in der Form nicht glücklich sei[4]. **Nuschke** *verteidigt sich mit dem Hinweis, daß er vor der Abfassung mit Höpker-Aschoff, Zeitlin, und Riedel gesprochen habe.* **Weber** *unterstreicht den Tatbestand, daß die Staatspartei bei der Neubesetzung des Finanzministeriums brüskiert worden sei, da Braun alle von ihr präsentierten Kandidaten abgelehnt habe. In diesem Zusammenhang wird auch die sonstige Personalpolitik in Preußen kritisiert und beschlossen, alle diese Fragen beim Wiederzusammentritt des Landtags gemeinsam mit der Landtagsfraktion nochmals gründlich zu besprechen. Die Debatte wendet sich dann der Reichspolitik zu. „Zur Sprache gelangt insbesondere die vom Nationalsozialismus drohende Gefahr, die Untätigkeit des Reichskabinetts gegen diese Gefahr und überhaupt die Zaudertaktik des Reichskanzlers." Während* **Rönneburg** *eine energische Stellungnahme der Reichstagsfraktion verlangt, macht* **Weber** *darauf aufmerksam, daß jede Distanzierung vom Reichskanzler auch als Distanzierung vom Vizekanzler, dem Parteivorsitzenden Dietrich, aufgefaßt werden könne. Er empfiehlt, Wünsche und Forderungen nicht im Reichstag, sondern brieflich an den Kanzler zu richten.*

Der Geschäftsführende Vorstand behandelt einige vom Parteitag an den Vorstand überwiesene Anträge. Auf Anregung von **Schneider** *wird beschlossen, einen Ausschuß für Wohnungs- und Bauwirtschaft einzusetzen. Der Termin und die Finanzierung der geplanten Organisations- und Kulturtagung werden beraten.* **Rönneburg** *betont die Notwendigkeit, der Tätigkeit der Staatspartei mehr Publizität zu verschaffen, auch im Hinblick auf die Finanzierung der Partei. Er schlägt vor, einen Aufruf unter dem Titel „Krieg dem Bürgerkrieg" zu verbreiten.* **Nuschke** *legt den Entwurf eines entsprechenden Aufrufs vor. Frau* **Bäumer** *und* **Weber** *erklären sich bereit, diesen Entwurf mit Nuschke zusammen zu beraten und ihn auf der nächsten Vorstandssitzung vorzulegen.*

---

4 Vgl. Deutscher Aufstieg v. 15.11.1931 Nr. 11.

186.

4.12.1931: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: zunächst Frau Lüders, dann Weber. Beginn: 17.15 Uhr. Ende: 20 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Frau Bäumer, Barteld, Falk, Heuss, Hild, Hirschel, Höpker-Aschoff, Issberner, Külz, Frau Lüders, Nuschke, Reif, Rönneburg, Schneider, Schütt, Struve, Weber (später), Winschuh, Zeitlin (später).

Frau **Lüders** eröffnet an Stelle des vorläufig verhinderten Herrn Weber die Sitzung um 17.15 Uhr.

Die Organisationstagung[1]

Herr **Schütt** referiert darüber. Geplant seien keine großen Referate, sondern kurze einleitende Worte und Aussprache über etwaige Verbesserungsvorschläge. Im Interesse einer einheitlichen Propaganda werde die Veranstaltung einer etwa 14-tägigen „Propagandawoche" im ganzen Reiche erwogen unter dem Motto: Krieg dem Bürgerkrieg! Natürlich sei vorher noch die finanzielle Frage zu erledigen. Es empfehle sich Fühlungnahme mit dem C.V.[2], der sich in der letzten Zeit sehr reserviert gezeigt habe. Der C.V. solle Herrn Zeitlin gesagt haben: Der Deutschen Staatspartei brauchen wir nichts zu geben, die muß ja doch ohnehin für uns sein; wir unterstützen lieber die Wirtschaftspartei und Deutsche Volkspartei.

Herr **Falk** hält es für unmöglich, daß der C.V. eine derartige Erklärung abgegeben haben sollte. Er wird darüber mit Herrn Zeitlin (der bei dieser Debatte noch nicht anwesend ist und erst später erscheint), und mit dem C.V. sprechen.

Herr **Weber** erscheint und übernimmt den Vorsitz. An der weiteren Debatte beteiligen sich die Herren **Falk, Weber**, Frau **Lüders** sowie die Herren **Schneider** und **Winschuh**.

Die politische Lage

Herr **Weber** erstattet einen kurzen Bericht über die Lage im Reich, wobei er insbesondere darauf hinweist, daß durch die demnächst zu erwartende Notverordnung[3] die Schwierigkeiten für unsere Partei sich häufen werden. Draußen im Reich will man, daß wir die jetzige Politik nicht mehr mitmachen sollen[4].

In der Debatte, an der sich zunächst außer dem **Vorsitzenden** die Herren **Falk, Rönneburg, Barteld, Winschuh** beteiligen, wendet sich Herr **Weber** vor allem gegen den Vorwurf mangelnder Aktivität der Partei. Es sei nun einmal Tatsache, daß die Partei es abgelehnt habe, Herrn Dietrich zu bitten, den Parteivorsitz niederzulegen. Nun müsse man auch die Konsequenzen tragen.

Herr **Höpker-Aschoff** hebt hervor, daß die Leute im Lande eine starke Regierung haben wollen und mit schärfster Gewaltanwendung gegen die Ruhestörer einverstanden sind. Zweitens wollen sie eine deutliche Sprache gegen die Franzosen[5]. Die Schwierigkeit liegt darin, daß wir mit der Regierung verbunden sind. Aber dagegen ist nichts zu machen. Was zu verlangen ist, das ist, daß man vorher von den Notmaßnahmen etwas erfährt und daß die Regierung bei ihrem Kurs einen festen Plan hat, den man den Leuten im Lande klarmachen kann.

Frau **Bäumer** wünscht, daß eine Publizität der Regierung geschaffen wird für das, was geschieht und was demnächst geschehen wird. Von der Regierung können wir

1 Siehe Nr. 184 u. Nr. 185.

2 Centralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens.

3 Am 8.12.1931 unterzeichnete der Reichspräsident die „Vierte Verordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens". Zu den inhaltlichen Bestimmungen vgl. Schulthess 1931 S. 264.

4 Im gleichen Sinne hatte sich Weber in einer Sitzung der preußischen Fraktion mit Vertretern der Reichstagsfraktion und der Parteileitung am 25. 11. geäußert. DDP/Staatspartei R 45/III 65.

5 Vgl. auch Höpker-Aschoffs Ausführungen in der preußischen Fraktion am 25.11.1931. A. a. O.

uns nicht distanzieren. Das würde aber nicht hindern, daß wir zu Einzelheiten der Regierungsmaßnahmen unsere besondere Stellung nehmen. Hier wäre eine Aktivität möglich. Wir können Aktivität betätigen auch außerhalb der Opposition, wenn wir also im großen und ganzen den Kurs der Regierung stützen! Sachliche Debatten in der Reichstagsfraktion sind mit einer solchen Haltung sehr wohl zu vereinbaren. Warum stellen wir keine Anträge im Reichstag? (Herr **Weber** weist in einem Zwischenruf auf die Schwierigkeiten hin, die in dieser Beziehung die Kleinheit der Fraktion verursacht[6].)

Herr **Falk** stellt sich im allgemeinen auf den Standpunkt von Frau Bäumer. Da jetzt Herr Zeitlin erscheint, wird er von Herrn Falk wegen der Erklärung des C.V. befragt.

Herr **Zeitlin**: Vor den oldenburgischen Wahlen habe ich auch mit dem C.V. gesprochen, insbesondere mit Herrn Wallach[7]. Herr Wallach habe sich nicht so scharf ausgesprochen, wie Herr Schütt mitgeteilt habe, er habe etwa gesagt: „Was Sie tun, das ist ja sehr schön, aber daß wir Ihnen besondere Mittel zur Verfügung stellen, dafür liegt eine Veranlassung nicht vor. Eigentlich müßten Sie unsere Bestrebungen doch unterstützen." Darauf hat Herr Zeitlin die Unterhaltung mit Wallach über diesen Punkt abgebrochen.

Herr **Falk** erklärt, daß seines Wissens Wallach Mitglied der Deutschen Volkspartei ist.

Herr **Weber** weist noch ausführlich auf die Schwierigkeiten hin, die für ihn bei der Gewinnung der nötigen Unterschriften unter die Anträge im Reichstage obwalten. Im übrigen würden diese Dinge in der Fraktionssitzung am nächsten Montag besprochen werden.

Nachdem die Herren **Barteld, Reif** und **Winschuh** über die politischen Fragen gesprochen haben, bittet Herr **Rönneburg** die beiden Fraktionen um eine Nachprüfung der Frage, ob nicht eine Erhöhung der Beiträge für die Zentrale möglich ist. Bis auf etwa 75 Mark monatlich für jeden Landtagsabgeordneten und 100 Mark für jeden Reichstagsabgeordneten[8]. Ferner warnt er davor, den Angehörigen der Schutzpolizei und der Reichswehr wieder Gehaltsabzüge aufzuerlegen. Sodann fragt er, ob es angebracht ist, gegenüber der drohenden Periode eines Gewalt- und Blutregimes die Dinge weiterlaufen zu lassen wie bisher, oder ob wir nicht unsererseits die Initiative ergreifen sollten zu einem Zusammenschluß derjenigen, die mit uns auf demselben Boden stehen. In Betracht kämen hier Sozialdemokratie, Teile des Zentrums, Reichsbanner, Bauernschaft, Gewerkschaftsorganisationen, vielleicht auch Preußenregierung. Also Zusammenfassung zu einem Damm gegen Nationalsozialismus und Kommunismus.

Herr **Weber** hat sich gestern mit der preußischen Regierung eingehend unterhalten. Die Sache ist im Gang.

Frau **Bäumer**: Einzelpersonen von besonderer Autorität sollten mit ihrem Namen

---

6 Siehe Nr. 174 Anm. 1.

7 Ernst Wallach, Bankier in Berlin, Teilhaber der Firma Goldschmidt-Rothschild 1921-1933, stellv. Vorsitzender des Centralvereins.

8 Vgl. Nr. 40 Anm. 4. u. 5.

in der Öffentlichkeit hervortreten und erklären, daß der systematische Aufbau einer Sondermacht im Staate (Organisation der SA) nicht bestehen darf.

Herr **Weber**: Die Bemühungen der Sozialdemokratie, die Reichsregierung zu einem Einschreiten gegen die SA zu veranlassen, sind gänzlich erfolglos gewesen. Auch das Preußische Ministerium des Innern läßt an Energie alles zu wünschen übrig.

Herr **Nuschke** macht darauf aufmerksam, daß die Nationalsozialisten jetzt dazu übergegangen sind, ihre SA genau nach dem Muster der alten preußischen Regimenter aufzuziehen. Es besteht die Gefahr, daß wir binnen kurzem von Frankreich ein Ultimatum erhalten betreffs Auflösung der SA. Manche Nationalsozialisten wünschen sogar diese Auflösung, weil sie der Sache einen neuen Schwung gibt. Hitler selbst möchte seine SA aber los werden und möchte sich aufgrund einer Koalition mit anderen Parteien zur Auflösung der SA gezwungen sehen. Es wäre daher ein großer Fehler, wenn Brüning gerade unter dem Druck von Frankreich die Auflösung aussprechen und Hitler damit einen weiteren Auftrieb verleihen würde. An sich ist bei den Nazi die Stimmung sehr schlecht. Hitler gilt dort vielfach als Verräter, da er angeblich die Boxheimer Verschwörer[9] preisgeben will. Redner empfiehlt, daß die Staatspartei als solche vorgeht, etwa durch eine Deputation aus dem Vorstande an Groener und den Reichspräsidenten. Dazu sollten wir dann Material mitbringen zum Beweis dafür, daß der Nationalsozialismus die Vorfrucht des Kommunismus ist.

Herr **Schneider**: Die drei Spitzengewerkschaften haben heute über die Frage der Bekämpfung des Terrors verhandelt und sind auch zu einer Einigung gekommen. Aber die Christlichen Gewerkschaften treten dabei hemmend auf. Auch in meiner Gewerkschaft sind Nazi. Das Zusammengehen der Gewerkschaften mit politischen Parteien würde daher eine Zersplitterung herbeiführen, da die Christlichen Gewerkschaften dann nicht mehr mitmachen würden.

Herr **Weber** hält die jetzige Regierung nicht für geeignet zur Durchführung eines Kampfes mit den Nationalsozialisten und stellt die Frage, ob denn durchaus das Problem lauten muß: Brüning oder Hitler oder ob es nicht die Möglichkeit gibt, daß an Stelle von Brüning ein anderer, energischerer Reichskanzler tritt. Sodann weist Redner auf die Schwierigkeiten hin, die in den Vorschlägen auf eine größere Aktivität der Reichstagsfraktion enthalten sind.

Herr **Falk** stimmt Weber darin zu, daß man nach Möglichkeit Vorsorge treffen muß, daß wir Anfang nächsten Jahres nicht ohne Wehr einer Revolution gegenüberstehen. Energische Maßnahmen müssen unbedingt gegen die SA getroffen werden. Die Staatspartei sollte unbedingt in diesem Sinne auf jeden Fall an den Reichskanzler herantreten. Redner schlägt vor, daß Weber in Begleitung eines anderen Herrn, den er sich selbst aussuchen möge, im Auftrage des Vorstandes zu Brüning hingehen und ihn unter Vorlegung des von Nuschke erwähnten Materials um Maßnahmen ersuchen soll. Vorher oder nachher, wie es opportun erscheine, solle Weber auch noch zu Groener gehen, und ferner solle er auch versuchen, vom Reichspräsidenten empfangen zu werden.

9 Vgl. Schulthess 1931 S. 262f.

Nachdem Herr **Weber** noch betont hat, daß gegenüber dem Reichskanzler und seiner zögernden Haltung nur die Drohung mit einer Entziehung der parlamentarischen Hilfe etwas erreichen würde, und nachdem auch Herr **Rönneburg** den Plan eines Besuches bei den erwähnten Ministern und den Reichspräsidenten lebhaft unterstützt hat, erteilt der Vorstand in diesem Sinne einmütig einen Auftrag an Herrn Weber. Herr **Weber** erklärt, daß die Reichstagsfraktion am Montag über diese Frage Beschluß fassen wird[10].

Schluß 20 Uhr.

10 Am 7.12. schrieb Weber dann als Vorsitzender der Staatsparteilichen Fraktionsgemeinschaft einen Brief an Brüning, in dem er feststellte, daß von der Fraktion das „passive Verhalten der Reichsregierung zu dem herausfordernden, die staatliche Autorität und die nationalen Interessen der deutschen Politik aufs schwerste gefährdenden Auftreten des Nationalsozialismus nicht mehr verstanden wird und nicht länger tragbar ist". Abgedruckt in: Ende der Parteien S. 75.

187.

12.1.1932: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: Rönneburg. Beginn: 18 Uhr. Ende: 20.15 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Barteld, Brammer, Dietrich, Fischer, Heuss, Hild, Issberner, Liebig, Frau Lüders, Nuschke, Riedel, Rönneburg, Schneider, Schütt, Vogt, Weber (später), Winschuh, Zeitlin. Entschuldigt: Frau Bäumer, Frau Beckmann, Külz, Schäfer.

Herr **Rönneburg** übernimmt in Vertretung des vorläufig noch abwesenden Herrn Weber den Vorsitz und eröffnet um 18 Uhr die Sitzung mit einem Willkommensgruß und mit den besten Wünschen für das neue Jahr.

Die politische Lage. Reichspräsidentenwahl[1]

Herr **Dietrich** gibt einen kurzen Überblick über die gegenwärtige Lage. Er betont, der entscheidende Punkt liege in der Präsidentenwahl, der gegenüber auch die Preußenwahl[2] zurücktrete. Die zweite wichtige Frage sei diejenige der Reparationen, bei der daran festzuhalten sei, daß wir nichts mehr zahlen können. Über den 1. Januar sind die Banken viel leichter hinweggekommen als man erwartet hat. Die finanzielle Lage in Ländern und Gemeinden ist unterschiedlich. In der Arbeitslosenfrage stehen wir jetzt vor den letzten 4 kritischen Wochen; mit ziemlicher Sicherheit aber kann man heute schon sagen, daß wir ohne Zahlungseinstellung durch den Winter hindurchkommen werden. Die Kleinsiedlung marschiert.

1 Hindenburgs Wahlperiode lief im Mai 1932 ab.

2 Die preußischen Landtagswahlen waren auf den 24.4.1932 festgesetzt worden. Vgl. Schulthess 1932 S. 59.

An der Debatte beteiligen sich außer Herrn **Dietrich**, der wiederholt eingreift und Fragen beantwortet, die Herren **Rönneburg, Weber, Vogt, Riedel, Winschuh, Schneider, Zeitlin, Barteld, Schütt, Brammer, Nuschke, Fischer.**

In Erwiderung auf eine Anregung des Herrn **Rönneburg** rät Herr **Weber** dringend von einer Initiative unserer Partei in der Frage der Reichspräsidentenwahl und einer Stellungnahme gegen rechts ab, weil sonst die Kandidatur Hindenburg zerschlagen würde. Die Sozialdemokratie werde für Hindenburg eintreten, wenn bald etwas geschieht. Zu empfehlen sei die Bildung eines neutralen Komitees, in dem auch die Deutschnationalen vertreten seien.

Einen erheblichen Teil der Diskussion nimmt die Erörterung des Verhältnisses der Staatspartei zu der Sozialdemokratie und zu gewissen überparteilichen republikanischen Verbänden ein. Herr **Riedel** macht darauf aufmerksam, daß die Geldsammlungen für diese Verbände die Staatspartei überaus benachteiligen; die Tätigkeit der allgemeinen republikanischen Organisationen komme ausschließlich der Sozialdemokratie zugute. Auch aus prinzipiellen Gründen sei, wie von mehreren Seiten betont wird, eine deutliche Grenzlinie gegenüber der Sozialdemokratie und gegenüber den in der letzten Zeit zahlreich auftauchenden überparteilichen Verbänden zum Schutze der Republik nötig. Insbesondere erfordere die Tatsache, daß wir von der Sozialdemokratie her keinen Zuzug für unsere Partei erhalten können, dagegen ihn zu erwarten haben aus den Reihen der sich auflösenden Wirtschaftspartei und Deutschen Volkspartei, daß keine „Vermanschung" mit der Sozialdemokratie stattfindet und daß man gegen die Eiserne Front[3] einen deutlichen Trennungsstrich zieht. Auf der anderen Seite sei es selbstverständlich, daß man mit den Sozialdemokraten zur Verteidigung der Republik namentlich gegen den im Lande überaus starken Nazi-Terror zusammenzuarbeiten habe. In diesem Sinne sprechen sich neben anderen Rednern auch die Herren **Dietrich, Weber** und **Rönneburg** aus.

Herr **Fischer** spricht speziell über das Verhältnis der Staatspartei zum Reichsbanner. Man müsse dahin wirken, daß das Reichsbanner wieder mehr parteipolitische Neutralität erkennen läßt. An dieser Neutralität habe es in der letzten Zeit durchaus gefehlt, obwohl doch Lemmer stellvertretender Vorsitzender des Reichsbanners sei. Mit Lemmer müsse deshalb eine ernste Aussprache stattfinden.

Herr **Nuschke** schlägt vor, mit den in Betracht kommenden politischen Parteien (nicht Verbänden), also mit den Sozialdemokraten und dem Zentrum, in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziele, daß solche Entgleisungen, wie sie jüngst in Berlin in einer überparteilichen Versammlung zum Schutz der Republik vorgekommen sind, in Zukunft vermieden werden.

Der Vorstand erklärt sein Einverständnis mit solchen Verhandlungen. Der Antrag Fischer wird in der Form angenommen, daß am Dienstag, den 19. Januar, nachmittags 18 Uhr, eine abermalige Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes stattfindet, zu der die Herren Lemmer, Hauff und Bohner eingeladen werden

3 Die „Eiserne Front" entstand im November/Dezember 1931; sie war nach dem Willen ihrer Initiatoren als „Abwehraktion sämtlicher republikanischer Parteien, Bünde, Gewerkschaften und Vereine" gedacht. Zu ihrer Gründung und weiteren Entwicklung vgl. Rohe S. 392-417.

sollen, um mit ihnen das Verhältnis der Partei zum Reichsbanner zu besprechen[4]. Auf der Tagesordnung der neuen Sitzung soll weiter stehen die Reichspräsidentenwahl und der Rest der heutigen Tagesordnung. Außerdem wird beschlossen, im „Demokratischen Zeitungsdienst" folgende Erklärung zu veröffentlichen:

„In einer Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes der Staatspartei, an der der Parteiführer, Vizekanzler und Reichsfinanzminister Dietrich, teilnahm, kam einmütig der Wille zum Ausdruck, sich für eine Kandidatur des verehrungswürdigen Reichspräsidenten von Hindenburg, die von den breitesten Volksmassen getragen sein solle, einzusetzen.

Weiter wurde in der Vorstandssitzung der Staatspartei der entschlossene Abwehrwille gegen Nationalsozialismus und Kommunismus erneut bekräftigt. Der Sieg dieser Parteigruppen würde den völligen Niedergang der bürgerlichen Gesellschaft zur Folge haben. Es wurde hervorgehoben, daß die Staatspartei diesen Kampf für Staat, Republik und freiheitliches Bürgertum aus ihren Grundsätzen heraus und mit stärkster Kraft selbständig führen müsse."

Der Geschäftsführende Vorstand beschließt, nach Abschluß der Lausanner Konferenz[5] den Gesamtvorstand einzuberufen sowie in absehbarer Zeit eine Agrartagung zu veranstalten.

Nuschke *legt einen Aufruf vor, den Parteifreunde des Wahlkreises Potsdam II verfaßt haben. Der Geschäftsführende Vorstand erklärt sich bereit, den Aufruf an die Presse zu geben und ihn, falls die Mittel dafür aufgebracht werden können, als Flugblatt drucken zu lassen[6].*

Rönneburg *berichtet über Unstimmigkeiten in der pommerschen Organisation. Generalsekretär Mickeleit sei gekündigt worden; die Parteiorganisation schulde ihm jedoch noch 3000 bis 4000 Mark für nicht bezahlte Honorare. Um keinen Präzedenzfall zu schaffen, sieht der Geschäftsführende Vorstand davon ab, für den Betrag Bürgschaft zu leisten, und beschließt, nochmals auf die Organisation einzuwirken, die Angelegenheit zu regeln. Anschließend wird noch ein ähnlicher Fall aus der Berliner Organisation besprochen.*

Nuschke *teilt Einzelheiten über die Situation der Partei im Saargebiet mit. Dort verteilten sich die Anhänger der Staatspartei auf zwei Gruppen: die Deutsche Demokratische Partei und die Saarländische Volkspartei, die auch die Deutsche Volkspartei umfasse. Eine Entscheidung der Parteileitung ausschließlich zugunsten einer der beiden Richtungen sei nicht möglich; hier müsse sehr vorsichtig „eine Konkordienformel" aufgestellt werden. Nuschke wird beauftragt, die Freunde im Saargebiet zu besuchen und sich um eine Klärung der Lage zu bemühen.*

---

4 Siehe Nr. 188.

5 Die internationale Lausanner Reparationskonferenz war ursprünglich für Ende Januar 1932 geplant; sie wurde jedoch verschoben und fand dann vom 16.6.-9.7.1932 statt. Vgl. Schulthess 1932 S. 398f.

6 Abgedruckt in: Frankfurter Zeitung v. 17.1.1932 Nr. 45; ferner in: Deutscher Aufstieg v. 17.1.1932 Nr. 3.

188.

19.1.1932: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: Weber. Beginn: kurz nach 18 Uhr. Ende: nach 20 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Frau Bäumer, Barteld, Frau Beckmann, Brammer, Frau Dönhoff, Falk, Fischer, Heuss, Hild, Hirschel, Höpker-Aschoff, Issberner, Meyer, Nuschke, Reif, Rönneburg, Schütt, Weber, Winschuh, Zeitlin. Entschuldigt: Dietrich, Külz, Frau Lüders, Schäfer. Unentschuldigt: Giese, Jäger, Schneider, Vogt. Gäste: Bohner, Hauff, Lemmer, Riedel.

Weber *eröffnet. Er berichtet, daß zur Zeit auf Initiative der Deutschen Volkspartei über ein Zusammengehen der Parteien von Westarp bis rechts vom Zentrum verhandelt werde*[1]. *Weber teilt ferner mit, daß Mahraun ihm brieflich vorgeschlagen habe, den Reichspräsidenten auf dem Wege des Volksentscheids wählen zu lassen. Weber wird ermächtigt, diese Anregung ablehnend zu beantworten.*

Schäfer *hat die Reichstagsfraktion in einem Schreiben aufgefordert, einen Mißtrauensantrag gegen Schiele wegen seiner Zollpolitik zu stellen. Der Geschäftsführende Vorstand ist der Ansicht, daß die Partei in landwirtschaftlichen Fragen grundsätzlich eine vorsichtige Haltung einnehmen müsse.*

Anhänger der Partei in Nordhausen haben anläßlich der preußischen Wahlen eine Einigung aller Mittelparteien angeregt. Der Geschäftsführende Vorstand beschließt, diesen Vorschlag mit der Begründung abzulehnen, daß die Staatspartei angesichts der derzeitigen Haltung der Deutschen Volkspartei zu einer solchen Initiative nicht in der Lage sei.

Die politische Lage

Nunmehr wird in die Tagesordnung eingetreten. Der **Vorsitzende** weist darauf hin, daß wir zweifellos den Landtagswahlkampf für uns alleine führen müssen; da bedeute die von Herrn Hauff eingeleitete Bewegung, die Republikanische Aktion[2], vielleicht eine Gefahr für uns; sie verursache eine Zersplitterung unserer Kräfte und eine Schädigung der Finanzen der Partei. Es sei zudem für uns ganz ausgeschlossen, von links her in nennenswerter Zahl Anhänger zu gewinnen; das sei nur möglich von rechts her, und da würden uns von den überparteilichen Gründungen die Agitationskräfte entzogen.

Herr **Hauff** legt die Motive dar, die zu der Gründung der Republikanischen Aktion geführt haben; beabsichtigt sei eine Sammlung des Bürgertums zum Kampfe gegen den Nationalsozialismus. Eine Zersplitterung unserer Kräfte sei durch die

1 Vgl. Jones S. 278f.

2 Laut Definition der Frankfurter Zeitung wollte die Republikanische Aktion „[. . .] eine Parallele oder besser eine Verbreiterung der Eisernen Front [. . .] in den Reihen des Bürgertums" sein. Bericht über eine Kundgebung der Aktion im Sportpalast in: Frankfurter Zeitung v. 20.1.1932 Nr. 50-51.

Neugründung nicht zu befürchten, die Gefahr einer Unterbindung unserer Geldquellen sei eher durch die bereits bestehenden republikanischen Bünde zu befürchten. Eine Abwanderung der Wähler von der Sozialdemokratie zu uns werde gewiß nicht stattfinden, aber es gebe doch die große Zahl von Wählern, die zwischen uns und der Sozialdemokratie ständen, und da lasse sich gewiß etwas gewinnen, vermutlich liege hier überhaupt das eigentliche Betätigungsfeld unserer Partei. Es handle sich da etwa um die Leser der „Morgenpost" und der „Berliner Volkszeitung". Die Republikanische Aktion habe übrigens auch nach rechts geworben und die Wirtschaftspartei für sich zu gewinnen gesucht. Leider hätten sich diese Verhandlungen zerschlagen. Auch daraus ergebe sich, daß wir schließlich doch nicht sowohl nach rechts wie nach links werbend auftreten können. Wir müßten uns daher für die Richtung entscheiden. Zu der gestrigen Versammlung sind trotz den vielen tausenden von Einladungen, die gratis an die Staatspartei, das Reichsbanner, die Erwerbslosen gegangen sind, ungefähr 3000 Karten verkauft worden, ein Zeichen dafür, daß es doch noch viele Unorganisierte gibt, die wir an uns heranziehen können.

Herr **Riedel**: Unsere Anhänger im Lande sind bereits verwirrt durch die vielen Neugründungen von republikanischen Gruppen. Wir müssen in erster Linie für die eigene Partei eintreten. Wie kann man aber da kämpfen, wenn der Zweck der Republikanischen Aktion ist, Schulter an Schulter mit den Sozialdemokraten zu stehen gegen die Nazi, und wenn diese Aktion die Parolen für unsere Partei herausgibt? Die preußische Koalition bestände schon längst nicht mehr, wenn wir nicht wiederholt unsere Selbständigkeit gegenüber der Sozialdemokratie betont hätten. Es läßt sich nicht leugnen, daß der schlechte Ruf, in dem leider die Republik steht, gerade der Sozialdemokratie zu verdanken ist. Durch ein Hinterherlaufen hinter der Sozialdemokratie stoßen wir gerade aus Arbeitnehmerkreisen eine große Menge von Menschen ab. Weiter muß man auch fragen, woher die Mittel zu der Republikanischen Aktion kommen. Man erzählt sich, daß die Kosten auf einem Umwege von dem Finanzminister Klepper gedeckt werden. Das bringt uns in eine sehr peinliche Lage bei dem Verhältnis, das zwischen unserer Fraktion und Klepper besteht[3]. Über alle zweifelhaften Punkte bei dieser Neugründung muß Klarheit geschafffen werden, und dann hat sich die ganze Staatspartei auf einer gemeinsamen Plattform zu einigen.

Herr **Weber** macht Mitteilung von einem Gespräch, das er mit einem maßgebenden Herrn aus der Leitung der Sozialdemokratischen Partei geführt hat. Dieser Herr habe zugegeben, daß bei der gestrigen Veranstaltung hauptsächlich Sozialdemokraten den Saal gefüllt hätten. Im übrigen habe derselbe Sozialdemokrat erklärt, daß die Staatspartei eine schärfere Gegnerin der Sozialdemokratie in der Preußenkoalition sei als das Zentrum; es sei für alle Teile das Beste, wenn wir in den Wahlkampf allein hineingingen. Dieser selben Ansicht sei auch das Zentrum. Die Kosten für die gestrige Veranstaltung seien von seinem Gewährsmanne auf ungefähr 10000 Mark geschätzt worden.

Herr **Höpker-Aschoff** weist auf einige Ereignisse der letzten Zeit hin, die nicht auf eine einheitliche Politik hindeuteten. Insbesondere macht er auf die Rede

3 Vgl. Nr. 185.

Muhles in der Reichsbanner-Versammlung aufmerksam, die den staatsparteilichen Redner Dr. Grzimek in eine peinliche Lage gebracht und ihn, wie den "Demokratischen Zeitungsdienst", genötigt habe, von Muhle abzurücken. Was ist denn überhaupt die Eiserne Front[4]? (Herr **Weber** ruft dazwischen: Zusammenschluß der Sozialdemokratischen Partei mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften und Arbeitersportvereinen unter Führung des Reichsbanners. Mit uns hat sie gar nichts zu tun!) Auch über die Republikanische Aktion sieht man noch nicht klar. Wieviel Leute stehen hinter ihr? Man gewinnt den Eindruck, daß die Staatspartei von allen diesen Gründungen nichts haben wird.

Herr **Lemmer**: Nachdem die Eiserne Front, die zu einer Zusammenfassung aller republikanischen Kräfte bestimmt war, durch eine Indiskretion[5] tatsächlich zum Scheitern gebracht worden ist, ist nunmehr die Republikanische Aktion aus dem Bedürfnis entstanden, die bürgerlichen republikanischen Parteien bis zu Treviranus hin zusammenzufassen. Das gemeinsame Band sollte die Ablehnung des Faschismus und die Verfassungstreue sein. Nun war die gestrige Veranstaltung propagandistisch gewiß gut vorbereitet, aber nicht ebenso gut politisch, da man verabsäumt hat, sich mit den zuständigen politischen Parteien in Verbindung zu setzen. Das muß nachgeholt werden. Durch Gründungen wie den Deutschlandbund[6] kann die Sache nicht gemacht werden, die Entscheidung im Wahlkampfe fällt doch durch die Parteien selbst. Neben ihnen kann und darf es nur eine Kampforganisation geben, das Reichsbanner. Wenn die Deutsche Staatspartei in Berlin nicht vollständig vermorscht wäre, dann hätte sie gestern für sich allein den Sportpalast füllen können.

Herr **Weber**: Männer aus den Vorständen von Zentrum und Sozialdemokratie haben mir wiederholt gesagt: Wir haben das größte Interesse daran, daß Sie Ihre Partei stärken; dadurch wird ermöglicht, daß auch von rechts Leute zur Koalition herangeholt werden, denn von links kriegen Sie keine. Es ist irrig, wenn man glaubt, sich durch Verbeugungen vor der Sozialdemokratie bei dieser Respekt zu verschaffen. Das haben mir führende Leute vom Zentrum und von der Sozialdemokratie übereinstimmend gesagt. Wir müssen vermeiden, daß von uns wieder, wie es früher geschehen ist, gesagt wird, daß diese Partei aus vier oder fünf verschiedenen Kreisen bestehe, Sozialrepublikaner, und wie sie alle heißen. Die Arbeit von Hauff wird uns vermutlich nichts nutzen.

Herr **Hauff**: Die Sozialdemokratie hat in Würdigung ihrer prekären Lage das Bestreben, neben sich eine starke bürgerliche Partei zu haben. Die politische Lage wird vielfach verkannt; es geht schon gar nicht mehr um irgendeine Aktion oder eine Partei, sondern es geht um unseren Hals. Man denke nur daran, unter welchen Verhältnissen sich ein Regierungswechsel vollziehen würde, wenn

---

4 Siehe Nr. 187 Anm. 3.

5 Lemmer spielt hier auf einen auf Indiskretionen beruhenden Artikel des hannoverschen „Volkswillen" vom 22.12.1931 an, in dem die verschiedenen politischen Gruppierungen aufgezählt worden waren, die sich zur Eisernen Front zusammenschließen sollten. Der Artikel hatte sich jedoch als voreilig erwiesen, da zum Zeitpunkt seines Erscheinens noch gar keine Gründungsverhandlungen stattgefunden hatten und weil in der Folgezeit fast alle nichtsozialdemokratischen Gruppen eine Beteiligung an der Eisernen Front ablehnten. Vgl. Rohe S. 394.

6 Siehe Nr. 176b Anm. 6.

Brüning zum Rücktritt gezwungen ist! Die Frage, wie man sich einzustellen hat, um der Partei neuen Schwung zu geben, ist mehr oder minder Gefühlssache und läßt sich mit Vernunftsgründen nicht restlos klären. Die Kosten für die gestrige Veranstaltung haben sich im ganzen nur auf etwa 5000 Mark belaufen; dieser Betrag ist aufgebracht worden durch das Reichsbanner und aus den Spenden von Freunden. Jetzt ist der psychologische Moment gekommen, die Radikaldemokraten[7], die am Ende ihres Lateins sind, wieder für uns zu gewinnen.

Herr **Weber**: Es wäre sehr dankenswert gewesen, wenn die Männer der Republikanischen Aktion sich vorher mit einem Vorsitzenden der Partei verständigt hätten, bevor ein fait accompli geschaffen worden ist. Die in einer (geheimgehaltenen) Entschließung von der Deutschen Staatspartei verlangte Erklärung kann diese niemals abgeben. Selbst wenn wir der Eisernen Front beitreten wollten, so würde das deren Charakter nicht verändern.

Herr **Rönneburg**: Es fehlt uns an jeglicher finanzieller Grundlage zur Stützung unserer Parteiarbeit. Besonders die Vorstandsmitglieder haben bei der von ihnen verlangten Hilfsaktion fast alle versagt. Die Wahrscheinlichkeit spricht allerdings dafür, daß wir im wesentlichen nur Anhänger von rechts gewinnen können, doch muß auch der Versuch gemacht werden, alte Parteifreunde von links her wiederzugewinnen. Jedenfalls aber müssen wir sowohl nach rechts wie nach links eine klare Linie ziehen. Organisationen wie die Eiserne Front sind entstanden angesichts der wachsenden Macht der Nationalsozialisten und des Gefühls, daß von der Reichsleitung nicht das Nötige zur Abwehr geschieht. Das ist eine aktuelle Gefahr, der gegenüber die Zusammenfassung aller republikanischen Kräfte vorgenommen werden muß. Das muß man anerkennen, wenn man auch der Ansicht ist, daß im eigentlichen Wahlkampf nur die Parteien im Vordergrund stehen sollen. Die Absicht der Zusammenfassung aller republikanischen Gruppen ist nun bei der Eisernen Front durch eine Indiskretion vereitelt worden. An die Stelle der Eisernen Front ist darauf die Republikanische Aktion getreten, die sich die Aufgabe gestellt hat der Sammlung des freiheitlichen Bürgertums, nötigenfalls auch Schulter an Schulter mit der Eisernen Front. Der Gefahr, daß die überparteilichen republikanischen Organisationen uns finanziell das Wasser abgraben, muß entgegengewirkt werden. Darum hat die Leitung der Republikanischen Aktion die Pflicht, über diese Dinge ein Einvernehmen auch mit unserer Partei herbeizuführen.

Nach weiteren Ausführungen der Herren **Barteld** und **Lemmer** und von Frau **Dönhoff** erhebt Herr **Nuschke** die Forderung nach größter Aktivität in der Arbeit der eigenen Partei. Nach außen hin dürfen wir nur die Parteiarbeit in Erscheinung treten lassen. An der weiteren Debatte beteiligen sich noch die Herren **Höpker-Aschoff, Riedel** und **Oscar Meyer**.

Herr **Weber** charakterisiert die Republikanische Aktion dahin, daß sie eine Bewegung sei, die lediglich auf 6 Augen beruhe; es stehe kein Verband und keine Partei dahinter. Es hätte sich gehört, daß die Leiter der Aktion sich erst mit der Staatspartei verständigt hätten. Als Partei können wir uns an diesen Sachen nicht

7 Siehe Nr. 171 Anm. 15.

beteiligen. Eine Resolution zur Eisernen Front haben wir gar nicht zu fassen, weil diese Front erledigt ist.

Herr **Rönneburg** berichtet kurz über die *Organisationstagung* vom letzten Dezember. Er spricht dabei den Wunsch aus, daß eine solche Aussprache der Parteibeamten möglichst noch einmal unmittelbar vor der Preußenwahl stattfinden möchte.

Herr **Weber** stellt 500 Mark zur Verfügung für eine erneute Zusammenkunft der Parteisekretäre dicht vor der Reichspräsidentenwahl, also etwa Ende Februar. Der Vorstand beschließt in diesem Sinne.

Weiter beauftragt der Vorstand Herrn Schütt, über die gesamte Berliner Organisation sich zu informieren und darauf dem Vorstande Bericht zu erstatten.

Herr **Brammer** schildert die kritische Lage, in der sich der „Demokratische Zeitungsdienst" bei dem Rückgang seiner Abonnenten dadurch befinde, daß er die Defizite der Zeitschriftenunternehmungen der Partei zu tragen habe. Weiter hebt er hervor, daß die Parteiführer und Abgeordneten der Partei mit verschwindenden Ausnahmen dem „Aufstieg" wie dem „Zeitungsdienst" keine publizistische Hilfe zuteil werden lassen.

Der **Vorsitzende** stellt eine Hilfsaktion in der Weise in Aussicht, daß den notleidenden früheren Abonnenten des „Zeitungsdienstes", die diese Korrespondenz aus finanziellen Gründen haben abschaffen müssen, der „Zeitungsdienst" während der Krise gratis zur Verfügung gestellt wird.

Schluß nach 20 Uhr.

189.

3.2.1932: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: Weber. Beginn: 17.15 Uhr. Ende: kurz vor 20 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Frau Bäumer, Barteld, Brammer, Dietrich (später), Fischer, Hild, Höpker-Aschoff, Issberner, Nuschke, Reif, Riedel, Rönneburg, Schreiber, Schütt, Vogt, Weber, Winschuh.

Weber *eröffnet. Er erinnert an die Übereinkunft des Geschäftsführenden Vorstandes, bei der Reichspräsidentenwahl Hindenburg zu unterstützen*[1]*, und empfiehlt, heute einen Beschluß auf Eintragung der Parteianhänger in die Listen zu fassen. Die Beratung über diesen Vorschlag wird bis zur Ankunft von Dietrich verschoben.* **Rönneburg** *berichtet inzwischen über den Verlauf der Agrartagung*[2]*. Er stellt fest, daß jetzt nicht nur die Lage des Großgrundbesitzes, sondern auch die Situation der Bauern kritisch geworden sei, und schlägt als Hilfsmittel Senkung der*

1 Siehe Nr. 187.

2 Siehe Nr. 187. Die Tagung hatte am 1.2.1932 in Berlin stattgefunden. Vgl. den Bericht im Deutschen Aufstieg v. 7.2.1932 Nr. 6.

Futtermittelzölle, Herabsetzung der Pachtzinsen und Ermäßigung der Umsatzsteuer bei agrarischen Veredelungsprodukten vor. Die Erhöhung des Butterzolls dürfe nicht von vornherein abgelehnt werden, diese Frage sei vielmehr genau zu prüfen. Nach einer Aussprache wird beschlossen, im Reichstag einen Antrag auf Aufhebung der Futterzölle und Ermäßigung der Pachtzinsen einzubringen[3]. **Dietrich**, *der inzwischen erschienen ist, erklärt sich damit einverstanden.* **Weber** *wiederholt seinen Wunsch auf Eintragung in die Listen für die Reichspräsidentenwahl.* **Dietrich** *bittet, nichts zu überstürzen. Im Verlauf der Diskussion wird die organisatorische Vorbereitung des Sahmkomitees*[4] *verschiedentlich als unzureichend getadelt.* **Fischer** *wird beauftragt, deshalb mit Kempner zu sprechen.*

Der Geschäftsführende Vorstand berät über die Finanzlage der Partei und beschließt, am 17. Februar, anläßlich der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl, eine Werbeversammlung zu veranstalten.

Es folgt eine Aussprache über das Verhältnis der Staatspartei zur Eisernen Front[5]. *Die Mehrheit der Anwesenden ist der Ansicht, daß man den Angehörigen der Staatspartei, die Mitglieder des Reichsbanners seien, den Beitritt zur Eisernen Front nicht verwehren könne, es sei jedoch für diese Parteifreunde nicht angebracht, dort besonders hervorzutreten.*

Die Organisation in Nordhausen hat Weber in einem Brief vorgeworfen, er habe versäumt, auf die Einigung der Mittelparteien hinzuwirken[6]. *Nach kurzer Diskussion wird beschlossen, diese Frage auf der nächsten Sitzung nochmals zu besprechen.*

Schütt *teilt mit, daß der Mittelstandsausschuß eine Tagung plane und Dietrich und Schreiber um ihre Mitwirkung bitte.* **Beide** *erklären sich bereit, an der Veranstaltung teilzunehmen.*

---

3 Unter den Reichstagsdrucksachen befindet sich lediglich der Antrag auf Ermäßigung der Pachtzinsen. Vgl. Sten. Ber. Anl. Bd. 450 Drucks. Nr. 779.

4 Unter dem Vorsitz des Berliner Oberbürgermeisters Sahm hatte sich am 1.2.1932 ein überparteilicher Hindenburg-Ausschuß konstituiert, der Hindenburgs Wiederwahl propagierte. Vgl. Jones S. 280.

5 Siehe Nr. 187 Anm. 3 u. Nr. 188 Anm. 5.

6 Vgl. Nr. 188.

190.

12.2.1932: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: Weber. Beginn: kurz nach 17 Uhr. Ende: 19.45 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Barteld, Dietrich (später), Falk, Hild, Hirschel, Höpker-Aschoff, Issberner, Jaenicke, Meyer, Nuschke, Reif, Rönneburg, Schneider, Schreiber (später), Schütt, Vogt, Weber, Zeitlin. Entschuldigt: Giese, Schäfer.

Weber *eröffnet.* **Rönneburg** *bittet um Auskunft über eine Besprechung, die zwischen Weber, Falk und Riedel wegen der preußischen Wahlen stattgefun-*

den haben soll. **Weber** *erklärt, daß dabei vor allem über die Kandidatenaufstellung und die Finanzierung des Wahlkampfs gesprochen worden sei; Zeitlin habe zugesagt, in gewissem Umfang Geldmittel zur Verfügung zu stellen.*

Weber *teilt dann mit, daß der Beamtenausschuß eine Reihe von Entschließungen gefaßt habe, u. a. auch eine Resolution, die verstärkte Aktivität der Partei zur Sicherung der Republik verlange. Weber stellt fest, daß die Parteileitung und die Abgeordneten in dieser Beziehung alles in ihren Kräften Stehende leisteten; man müsse allerdings berücksichtigen, daß manche Abgeordnete aus persönlichen Gründen wegen der „unanständigen Kampfesweise" der Nationalsozialisten nicht herausgestellt werden könnten. Eine weitere Schwierigkeit liege darin, daß den kleinen Agitatoren im Lande das Material für ihre Reden fehle. Der Geschäftsführende Vorstand beschließt deshalb, Rededispositionen an die Funktionäre und Agitatoren auszugeben und diese ständig durch neues Material zu ergänzen. Außerdem sollen die Reichstagsabgeordneten gebeten werden, sich an den Versammlungen im Lande zu beteiligen.*

Der Organisationsausschuß hat beschlossen, die Parteileitung zu ersuchen, möglichst rasch zu aktuellen politischen Fragen Stellung zu nehmen und anschließend sofort alle Parteiinstanzen von dieser Stellungnahme zu unterrichten. **Weber** *weist darauf hin, daß die Partei zunächst einmal an die Stellungnahme von Dietrich gebunden sei, im übrigen werde man diese Anregung jedoch soweit wie möglich befolgen. An diesen Vorschlag knüpft sich eine längere Diskussion, in deren Verlauf verschiedentlich Bedenken gegen eine solche Verfahrensweise geäußert werden.*

Die Frage einer Sammlung der Mittelparteien wird weiter diskutiert[1]*. Die Mehrzahl der Anwesenden ist mit* **Weber** *der Meinung, daß es zur Zeit unmöglich sei, die Deutsche Volkspartei oder die Wirtschaftspartei zur Zusammenarbeit aufzufordern, da beide gewiß ablehnen würden. Höpker-Aschoff, Meyer und Schreiber werden beauftragt, zur Frage der Sammlung der Mitte eine Resolution zu verfassen, die dem Gesamtvorstand vorgelegt werden soll.* **Dietrich** *gibt auf Anfrage einige Auskünfte über die Entstehung des Groener-Erlasses*[2]*. Der Geschäftsführende Vorstand nimmt mit* **Dietrichs** *Billigung eine Entschließung an, die den Erlaß mißbilligt und die Reichsregierung auffordert, die Reichswehr vor dem Eindringen staatsfeindlicher Elemente zu schützen und ihren Angehörigen den Besuch von Veranstaltungen zu verbieten, die unter dem Hakenkreuz oder unter der Sowjetfahne stattfinden*[3]*.*

1 Vgl. Nr. 189.

2 Am 29.1.1932 hatte Reichswehrminister Groener neue Richtlinien über die Einstellung in die Wehrmacht erlassen, die unter gewissen Kautelen Angehörigen der NSDAP den Eintritt in die Reichswehr ermöglichten. Zu den inhaltlichen Bestimmungen vgl. Schulthess 1932 S. 20.

3 Liegt vor. Abgedruckt in: Wippermann A 1932 S. 62.

191.

21.2.1932: Sitzung des Gesamtvorstandes

Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: Weber. Beginn: 10.30 Uhr. Ende: 15 Uhr. Ort: Preußischer Landtag.

Weber *eröffnet. Auf seine Anregung beschließt die Versammlung, die Aussprache an Dietrichs Referat anzuschließen und die Redezeit auf zehn Minuten zu beschränken.*

Politischer Entscheidungskampf

Herr **Dietrich**, von dem **Vorsitzenden** herzlich begrüßt, gedenkt zu Beginn seines Referates des Volkstrauertages und widmet, während die Anwesenden sich von den Sitzen erheben, den Gefallenen des Weltkrieges Worte ehrenden Angedenkens.

Bei der Erörterung über die gegenwärtige politische Lage weist der Referent darauf hin, daß es das A und O der deutschen Politik sein müsse, den Millionen Arbeitslosen wieder Arbeit zu geben und die 3,3 Milliarden Mark nach Möglichkeit nutzbringend zu verwenden, die wir jetzt für Arbeitslosenunterstützung im Jahre zahlen müssen. Bei den vielfachen Überlegungen über ein Arbeitsprogramm müsse man sich aber darüber klar sein, daß kein Arbeitsbeschaffungsprogramm geschaffen werden dürfe, das der heute noch arbeitenden Industrie die Beschäftigungsmöglichkeiten verringere. Außerdem sei es klar, daß wir in Zukunft nicht mehr bauen dürften, was wir nicht brauchten. Der gegenwärtige trostlose Zustand auf dem Wohnungsmarkt sei eine Folge der in früheren Jahren betriebenen überspitzten Wohnungsbaupolitik. Dagegen seien noch Beschäftigungsmöglichkeiten vorhanden, die unsere Produktion auf dem Lande steigern könnten. Dabei sei zu denken an die Schaffung von ländlichen Siedlungen und von Randsiedlungen, an Meliorationen und ähnliches. Wunder könne niemand schaffen, aber schon wenn es gelinge, einen paar hunderttausend Arbeitern Nahrung und Brot zu geben, so sei vielen der auf ihnen lastende seelische Druck weggenommen, und es werde dann auch leichter werden, die Finanzkrise zu überwinden. Voraussetzung dafür, daß wir etwas leisten können, sei die Instandhaltung der Finanzen. Damit sieht es allerdings nicht rosig aus, und es sei völlig verfehlt, von dem Reiche zu verlangen, daß es überall finanziell einspringe. Wir werden annehmen müssen, daß die Einkommensteuer im nächsten Jahre nur etwa 1700–1800 Millionen Mark einschl. der Körperschaftssteuer bringt, das ist die Hälfte von dem früheren besten Stande dieser Steuer. Bei den indirekten Steuern ist die Zigarette und die Zigarre nach der neuesten Revision der Tabaksteuer wieder ein gutes Steuermittel geworden. Desto schlimmer steht es beim Bier und Alkohol. Es muß damit gerechnet werden, daß die Bierproduktion von 55 Millionen auf 30 Millionen hl sinkt, und beim Branntwein ist sogar zu befürchten, daß der Verbrauch unter 1/5 des früheren Branntweinverbrauches herabsinken wird. Man sieht also daraus, daß Trockenlegungsgesetze und ähnliches in Deutschland überflüssig sind.

Bei der Erörterung der Wirtschaftslage bespricht der Referent zunächst das Bankenproblem. Die Großbanken sind alle mehr oder minder in schlechter finanzieller Lage. Morgen wird die Verordnung über die Rekonstruktion der Großbanken herauskommen[1]. Die Reorganisation soll in einer Weise geschehen, die die Gewähr dafür bietet, daß die Banken in Zukunft ihre große volkswirtschaftliche Aufgabe erfüllen können. Was die Handelspolitik anlangt, so hat der Butterzoll in der letzten Zeit ja eine sehr erhebliche Rolle gespielt. So bedauerlich vom Standpunkt des Konsumenten die eingetretene Verteuerung ist, so läßt sich doch nicht verkennen, daß das Schicksal der bäuerlichen Wirtschaft an die Milch- und Buttererzeugung geknüpft ist und daß etwas geschehen muß für die bäuerliche Veredelungswirtschaft, da das Bauerntum heute schwerer zu kämpfen hat als der Großgrundbesitz. Bei den handelspolitischen Erörterungen muß man bedenken, daß sich überall bei allen Ländern die Tendenz zur Abgrenzung und Einengung zeigt. Wie Deutschland mit einer solchen Politik noch Reparationszahlungen leisten soll, bleibt unerfindlich. Wenn die Konferenz von Lausanne[2] einen Sinn hat, so wird sie zu zeigen haben, daß es uns nicht am Zahlungswillen fehlt, sondern daß die Gläubigermächte systematisch unsere Zahlungsunfähigkeit herbeigeführt haben. Die Reparationsfrage ist heute weniger eine Geldfrage als eine psychologische Angelegenheit. Daß wir nach dem 1. Juli nichts zahlen können, darüber sind sich die Gelehrten einig. Wenn man auf der Reparationskonferenz durch Streichung aller internationalen Schulden den Krieg als endgültig abgerechnet bezeichnen könnte, dann würde eine Erleichterung durch alle Völker gehen, und es würde dann mit neuem Mut daran gearbeitet, um aus dem allgemeinen Sumpf herauszukommen.

Entscheidend für die Entwicklung der Reparationsfrage sind aber auch die Ereignisse in der deutschen Innenpolitik, die in den nächsten Wochen zu erwarten sind. Hier wird es sich zeigen müssen, daß sich das zersplitterte Bürgertum behaupten und wieder einschalten kann in die großen politischen Auseinandersetzungen. Wenn Herr Hitler oder Herr Duesterberg[3] siegen würde, dann sei es mit dem Bürgertum und mit dem Staat eben am Ende.

Bei dem Hinweis auf die Zersplitterung und Unsicherheit im Bürgertum kommt der Referent auch auf den Januar-Erlaß Groeners zu sprechen[4]. Er habe von diesem Erlaß vor seinem Erscheinen nichts gewußt. Dann habe er Groener gestellt und nach der Bedeutung des Erlasses gefragt, aber eine ausweichende Antwort erhalten. Inzwischen sei der Reichskanzler aus Genf zurückgekommen, und da sei er, Dietrich, sofort zu ihm hingegangen und habe ihn gefragt, ob er mit dem Erlaß einverstanden sei. Das habe Brüning bestätigt. Dietrich habe den Reichskanzler dann auf die Konsequenzen hingewiesen, die sich für die Deutsche Staatspartei und für ihn als deren Vorsitzenden daraus ergäben. Der

1 Zu den inhaltlichen Bestimmungen vgl. Born S. 168-171.

2 Siehe Nr. 187 Anm. 5.

3 Theodor Duesterberg (1875-1950), Zweiter Vorsitzender des „Stahlhelm – Bund der Frontsoldaten" 1924-1933, Kandidat der DNVP und des Stahlhelm für die Reichspräsidentenwahl 1932.

4 Siehe Nr. 190 Anm. 2.

Geschäftsführende Vorstand hat ja neulich auch schon einen Beschluß gefaßt, der erst veröffentlicht worden ist, nachdem Hindenburg die Wiederannahme der Kandidatur erklärt hatte[5]. Brüning habe Dietrich mitgeteilt, Groener werde eine Erklärung über seinen Erlaß im Reichstage abgeben; daneben habe er keinen Zweifel daran gelassen, daß das „Herausschießen" von Groener den Sturz des Kabinetts bedeuten würde. Dieser Sturz aber, so meint der Referent, würde im gegenwärtigen Augenblick eine Katastrophe bedeuten. Die Wirtschaftspartei habe allerlei Schwierigkeiten gemacht und ihre Zustimmung zu der Politik des Kabinetts an gewisse Bedingungen geknüpft. Hier werde aber wohl alles glatt gehen, dagegen bleibe die Gefahr Groener bestehen. Es werde notwendig sein, daß man den Reichskanzler veranlaßt, sich um die von Groener in Aussicht gestellte Erklärung zu kümmern, sonst könne ein Unglück passieren[6]. Für den Gesamtvorstand der Staatspartei sei die Fassung einer besonderen Resolution nicht nötig, nachdem der Geschäftsführende Vorstand bereits eine Erklärung abgegeben habe. Wie es zu dem Erlaß gekommen sei, darüber könne er leider nicht sprechen. Wir haben ja nun einmal in Deutschland ein gewisses persönliches Regiment. Das hat sich bei der Gestaltung der Osthilfe bemerkbar gemacht, und das macht sich auch bei dem Groener-Erlaß bemerkbar.

Wir haben jetzt in der Reparationspolitik eine einheitliche Linie; wir stehen der Tatsache gegenüber, daß die Reparationen einfach kaputtgeschlagen worden sind, ohne daß ein Vertrag verletzt worden ist. Wenn die Nationalsozialisten zum Siege kommen, dann wird es ein Tohuwabohu geben, schließlich wird die Arbeiterschaft das Heft in die Hand bekommen, aber nicht als sozialdemokratische, sondern als kommunistische Partei. Deshalb müssen wir die Präsidentenwahl unter dem Gesichtspunkt betrachten, daß wir zu kämpfen haben um die Behauptung des Bürgertums und seine Wiedereinschaltung in die politische und wirtschaftliche Macht. Wenn die Präsidentenwahl gut ausläuft, dann brauchen wir uns um die Preußenwahl nicht mehr zu kümmern, zumal da bei einer Neuwahl Hindenburgs auch die Zusammensetzung der Persönlichkeiten um den Reichspräsidenten zweifellos eine Änderung erfahren wird. Der 13. März ist der Schicksalstag Deutschlands. (Großer Beifall.)

Herr **Weber** spricht dem Referenten wärmsten Dank für seine Ausführungen aus. Er schlägt vor, den Punkt 2 der Tagesordnung (Reichspräsidentenwahl) in der Diskussion gleich mitzubehandeln (was der Vorstand gutheißt), und verliest eine Resolution zur Reichspräsidentenwahl[7], deren Besprechung gleichfalls mit der allgemeinen Diskussion verbunden wird.

---

5 Siehe Nr. 190. Die Entschließung war erst am 18.2. veröffentlicht worden. Vgl. Wippermann A 1932 S. 62.

6 In der Reichstagssitzung vom 24.2.1932 suchte Groener den Erlaß zu rechtfertigen; Weber erklärte jedoch als Sprecher der Staatspartei, Groeners Ausführungen hätten sie „nach keiner Richtung hin" befriedigt. Sten. Ber. Bd. 446 S. 2301.

7 „Die Deutsche Staatspartei begrüßt es, daß der Reichspräsident von Hindenburg die Volkskandidatur für die neue Reichspräsidentenwahl angenommen hat. Sie erblickt hierin eine geschichtliche Tat, die sich würdig an seine bisherigen unvergänglichen Verdienste um Reich und Volk anschließt. Die Deutsche Staatspartei betrachtet es als selbstverständlich, daß alle Kräfte des freiheitlich-nationalen Bürgertums für den Sieg der Volkskandidatur im ersten Wahlgang eingesetzt werden."

Aussprache

Herr **Möller** (Rostock) betont die Wichtigkeit der Arbeitslosenfrage und die Notwendigkeit, Arbeitslose aus der Stadt auf das Land zu bringen.

Herr **Wolf** (Breslau) hebt die außerordentlich schwierige finanzielle Lage der Gemeinden hervor. Der Umbau der Arbeitslosenversicherung müsse deshalb endlich einmal zur Tat werden. Überaus schädigend sei die Sicherungsordnung des Ministers Schlange, da sie vielen Leuten den ganzen Rechtsboden unter den Füßen weggezogen hat, namentlich den kleinen Kaufleuten und Handwerkern[8]. Dieser Sicherungsordnung muß heftigster Kampf angesagt werden. Die Getränkesteuer sollte gleichfalls von uns bekämpft werden.

Herr **Ziegler**[9]: Wie können wir zu einer Partei stehen, die das Verhalten Groeners billigt? Müssen wir nicht in allerschärfster Opposition zu Groener stehen? Herr Dietrich möge doch einmal erwägen, daß es unmöglich ist, daß unsere Leute (Herr Groener ist doch zu den Demokraten zu rechnen), uns den Stuhl vor die Tür setzen, die Feinde des Staates aber an die Brust drücken. Das können wir nicht weiter mitmachen!

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, daß er sich die eigenartige Behandlung seitens der Regierung nicht habe widerspruchslos gefallen lassen. Er habe neulich in einer Besprechung mit Vertretern der Regierung gesagt, er würde nicht in der Lage sein, die Fraktion länger auf Seiten Brünings zu halten, wenn nicht ein Systemwechsel erfolge. Wir haben im Geschäftsführenden Vorstand auch eine unzweideutige Resolution gefaßt[10]. Mehr zu tun, ist augenblicklich nicht möglich. Ich habe mich aufs schärfste dagegen ausgesprochen, daß der Reichswehr gestattet wird, in Nazilokalen zu verkehren, die mit der Hakenkreuzfahne geschmückt sind.

Herr **Dietrich** hebt hervor, daß er über diese Dinge mit Groener und Schleicher gesprochen habe. Sie haben sich darauf berufen, daß die Reichswehr doch im Laufe der letzten Jahre ein ganz anderes Gesicht als früher erhalten habe. Die Reichswehr sei heute durchaus zuverlässig. Die Frage der Rekrutierung ist sehr schwierig. Man hat hier wohl gleich zu Anfang Fehler gemacht, indem man die Tradition in der Armee zu stark hervorgehoben hat unter dem Einfluß, den damals ein fast durchweg adliges Offizierskorps ausübte. Eine große Gefahr ist das Zusammenarbeiten mit der Studentenschaft, die z. Zt. das gefährlichste Element darstellt. Dazu kommt, daß die gegenwärtige Regierung doch durchaus als rechtsgerichtet angesehen werden muß. Außer Stegerwald und mir sind alle Minister, nicht zum mindesten Brüning selbst, konservativ.

Herr **Meyer** (Berlin): Die Angelegenheit Groener muß hier besprochen werden, weil sie in den nächsten Wochen der Hauptgegenstand der Besprechungen

8 Am 17.11.1931 war eine Notverordnung „zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet" erlassen worden. Zu den inhaltlichen Bestimmungen vgl. Schulthess 1931 S. 253.

9 Paul Ziegler (geb. 1871), Bezirksleiter des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter in Siegen, MdR (DDP) 1919-1930.

10 Siehe Anm. 5.

innerhalb der Partei sein wird. Wir werden gegen das Mißtrauensvotum gegen Groener stimmen, und das wird in der Partei nicht verstanden werden, wenn wir heute die Sache nicht klären. Der Erlaß Groeners ist nur die folgerichtige Fortsetzung einer Kette von Handlungen, die durchaus rechtsgerichtet sind. Redner weist das an den einzelnen Fällen nach. Welche Konsequenzen ergeben sich nun für uns? Im gegenwärtigen Moment kommt alles darauf an, einen Triumph der Rechtsparteien zu verhindern. Denn ein solcher Triumph würde eine Beseitigung des Kabinetts Brüning bedeuten und was sich ereignen wird, wenn ein Rechtskabinett kommt, das braucht nicht gesagt zu werden. Angesichts dieser Situation ist es Pflicht aller vaterländischen Parteien zu verhindern, daß in dieser Woche das Kabinett Brüning fällt. Von diesem Gesichtspunkt aus muß auch die Stellung zum Groener-Erlaß präzisiert werden: Mit äußerster Schärfe muß gesagt werden, daß dieser Erlaß für uns unerträglich ist und daß wir eine Remedur erwarten. Man muß dann aber hinzufügen, daß für eine Abstimmung wie diejenige über das Mißtrauensvotum nicht der zufällige Wortlaut des Antrages maßgebend sein kann, sondern nur der politische Zweck der Abstimmung. Und wenn nun die Kommunisten einen Mißtrauensantrag gegen Groener stellen und wenn die Rechte diesem Antrag zustimmt, dann ist der offenbare Zweck dieser Übung nicht die Beseitigung Groeners allein, sondern die Beseitigung des ganzen Kabinetts Brüning, und das dürfe man nicht gut mitmachen. Darüber müssen wir uns heute klar sein, und diese unsere Grundsätze müssen wir in den nächsten Wochen der Wählerschaft verständlich machen. Im übrigen muß dies das letzte Mal sein, daß unsere Partei als eine mittelbare Regierungspartei sich zu einer Unterstützung des Rechtsregimes hergibt. Nach der Wiederwahl Hindenburgs muß eine neue Zeit beginnen.

Frau **Bäumer** sucht den Januar-Erlaß Groeners und sein ganzes Verhalten in der letzten Zeit aus der politischen Lage zu erklären. Im Januar gab es innerhalb der deutschen Studentenschaft einen großen Krach zwischen den Korporationen und den Nationalsozialisten; es war nahe dabei, daß die Studentenschaft zerplatzte. Das Ministerium des Innern versuchte nun, die damalige Spannung zu benutzen, um die Studentenschaft von dem Nationalsozialismus frei zu machen. Man muß allerdings in Betracht ziehen, daß Groeners Absichten etwas naiv sind. Was die Reichswehr anlangt, so enthält der Erlaß doch auch gewisse Sätze, die den Zweck haben, das spezielle Standesbewußtsein der Offiziere gegenüber dem Hitlerschen Faschismus zu stärken.

Herr **Helbeck**: Der Wahlkreis Düsseldorf-Ost hat mir zwar eine Entschließung gegen Groener mitgegeben; aber nach den Ausführungen, die hier gemacht worden sind, kann ich es verantworten, wenn ich die Entschließung nicht an die Öffentlichkeit bringe. Vor der Reichspräsidentenwahl darf aus dem Fall Groener keine Kabinettsfrage gemacht werden. Redner geht dann auf die schlechte finanzielle Lage der Gemeinden ein. (In einem Zwischenruf weist Herr **Dietrich** darauf hin, daß er vorhin in seinem Referat nur gesagt habe, manche Gemeinden gäben die Zahl der Erwerbslosen gern zu hoch an. Dagegen habe er von den Gemeinden nicht gesagt, daß sie ihren Verpflichtungen gegen die Erwerbslosen nicht nachkommen wollten.) Die Gemeinden im Wuppertal seien jedenfalls am Ende. Die Frage der Stadtrandsiedlung werde im Westen mit großen Bedenken angesehen.

Herr **Abegg** möchte gerne darüber etwas hören, ob eine Arbeitsbeschaffung in großem Stile ohne Inflation möglich ist. Dringend erforderlich ist eine Verwaltungsreform unter Verminderung der Beamten und auskömmlicher Bezahlung der noch übrigbleibenden Beamten. Es wäre dankenswert, wenn der Reichsfinanzminister dafür sorgte, daß eine organische Reform in Reich und Ländern, mindestens aber in Preußen, zustande kommt. Das wäre möglich ohne Änderung der Gesetze. Wie unheilvoll der Groener-Erlaß ist, das erfährt besonders Preußen, wo doch der Nationalsozialismus als staatsfeindlich betrachtet wird. Wie können hier jetzt noch die nationalsozialistischen Beamten bestraft werden, wenn Groener die Legalität der Hitlerbewegung behauptet? Der Erlaß kommt hinein in ein schwebendes Verfahren, nämlich in die Erörterung über die Bedeutung der Boxheimer Dokumente[11]. Hitler hätte damals, als diese Dokumente bekannt wurden, wegen Hochverratsversuchs unter Anklage gestellt werden müssen. Dann wäre er auch jetzt ohne weiteres als Präsidentschaftskandidat ausgeschieden. Niemand kann so naiv sein, daß er nicht die Bedeutung des Erlasses für die Reichspräsidentenwahl einsähe. Es ist ganz verkehrt, wenn auch Demokraten dem Hitler den Weg zur Einbürgerung ebnen wollen. In Bayern ist man in der Bekämpfung des Nationalsozialismus schon viel weiter als in Norddeutschland; da werden Naziversammlungen entweder von vornherein verboten oder aufgelöst. Die Sammlung des Bürgertums ist durchaus notwendig. Das betont Redner gerade von seinem Standpunkt als ganz entschiedener Demokrat heraus. Die Preußenwahl ist zwar mit der Präsidentenwahl nicht zu vergleichen, man soll ihre Bedeutung aber nicht verkennen. Daher wäre der Zusammenschluß aller republikanischen Parteien für diese Wahl äußerst wünschenswert.

Herr **Krängel**: Wir müssen schon jetzt festlegen, daß Dietrich nach der Wahl des Reichspräsidenten aus der Regierung ausscheidet. Dies ist der weit überwiegende Standpunkt unserer Parteimitglieder. Eine Regierung Brüning können wir nötigenfalls auch tolerieren, wenn Dietrich ihr nicht angehört; aber unerträglich ist es, daß die Deutsche Staatspartei ihren Führer in dieser Regierung läßt.

Staatsminister **Schreiber** warnt davor, Hitler als Ausländer zu behandeln. Wenn übrigens die persönliche Charakteristik Hitlers durch Abegg richtig ist, dann muß man doch der Öffentlichkeit rechtzeitig davon Kenntnis geben. Die amtliche Tätigkeit Dietrichs kann leider nur zu einem kleinen Teile für die Partei nutzbar gemacht werden. Wir müssen daher unter allen Umständen die Partei aktivieren, auch abgesehen von der Person Dietrichs. Wünschenswert ist eine Stellungnahme der Partei zur Arbeitslosenfrage in positivem Sinne. Denn es gibt praktische Möglichkeiten, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und einzuschränken. Dazu gehört: vernünftige Verteilung der Arbeit an die Arbeitssuchenden; produktive Arbeit für die Arbeitslosen; generelle Herabsetzung der Arbeitszeit überall da, wo es praktisch möglich ist. Mit Hilfe der jetzt ziellos ausgegebenen drei Milliarden Arbeitslosenunterstützung könnte man wirtschaftliche Bauten errichten. Sodann wäre eine solche Kombination zu empfehlen, daß die Arbeitnehmer zwar ihren tarifmäßigen Lohn bekommen, daß sie aber einen wesentlichen Teil davon stehen lassen, der durch die errichteten Bauten gesichert

11 Siehe Nr. 186 Anm. 9.

ist. Redner beantragt, der Vorstand möge eine kleine Kommission einsetzen mit der Aufgabe, Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vorzuschlagen. Die unerhörte Zwiespältigkeit im Verhalten von Reich und Ländern zu der Frage des Nationalsozialismus ist absolut nicht aufrechtzuerhalten. Auch gegenüber dem Groener-Erlaß müssen wir aktiver werden. Die Reichstagsfraktion muß eine Resolution einbringen, die die Aufhebung des Erlasses fordert.

Herr **Weber**: Wir sehen in diesen Worten eine dankenswerte Anregung. Nur ist sie technisch nicht auszuführen, weil die Resolution erst nach der Abstimmung über das Mißtrauensvotum zur Entscheidung kommt. Wir müssen vielmehr einen Antrag einbringen, der die Aufhebung des Erlasses verlangt[12].

Herr **Barteld** wünscht bei Regelung der Arbeitslosenfrage eine bessere Berücksichtigung der Unternehmer. Augenblicklich werden hier die Unternehmer ausgeschaltet, und die Folge ist, daß sie selbst arbeitslos werden. Der Antrag der Reichstagsfraktion über die Schwarzarbeit ist zu begrüßen[13]. Infolge unserer verkehrten Politik sind auch die Genossenschaftsbanken notleidend geworden. Aufklärung ist noch zu geben über das Verhältnis der Partei zur Eisernen Front[14]. Die Hauptsache ist da doch, daß wir uns bei den Wahlen auf die eigenen Füße stellen. Eine Taktik, wie wir sie nach den Ausführungen Meyers jetzt gegenüber dem Groener-Erlaß wohl durchführen werden, sollte von uns niemals wieder eingeschlagen werden; leider ist zu fürchten, daß es doch noch wieder geschieht.

Herr **Rönneburg** begrüßt die Ausführungen Schreibers über eine aktive Behandlung der Arbeitslosenfrage und seinen Antrag auf Niedersetzung einer Kommission. In Sachen der ländlichen Siedlung können wir bei einer Vereinfachung und Beschleunigung des Verfahrens Großartiges leisten. Die spezielle Frage der Kleinsiedler muß man nach Möglichkeit mit der Frage der Verkürzung der Arbeitszeit in Verbindung bringen. Im allgemeinen geht diese Sache auch im Reiche voran. Was unsere Stellung zur Regierung betrifft, so können wir nicht in die Opposition zu Brüning treten, wenn die Sozialdemokratie [die Regierung Brüning][15] in dem gleichen Augenblick toleriert. Dagegen können wir klar und deutlich unsere abweichende Meinung, auch in der Frage der Agrarpolitik, kundgeben. Damit schädigen wir keineswegs die Stellung unseres Ministers. Wenn Brüning der Wirtschaftspartei so viele Konzessionen macht, dann wird er auch auf uns Rücksicht nehmen. Wir dürfen nicht eine einzige Position, die ein Republikaner innehat, freiwillig aufgeben, weil alles, was hinterher kommt, noch viel schlimmer sein wird als der gegenwärtige Zustand.

Frau **Wunderlich** wünscht, daß von der Regierung den Gewerkschaften keine Versprechungen dahin gemacht werden, daß sie später Träger der Arbeitslosenversicherung sein sollen, und behandelt die ganze Frage des Umbaus der

---

12 Die Staatspartei verzichtete darauf, einen eigenen Antrag auf Aufhebung des Erlasses im Reichstag einzubringen; sie stimmte jedoch am 26.2.1932 mit den Sozialdemokraten für den kommunistischen Antrag auf Aufhebung. Vgl. Frankfurter Zeitung v. 27.2.1932 Nr. 156.

13 Weber und Colosser hatten in einem Brief an Brüning die Forderungen der Fraktion zur Bekämpfung der Schwarzarbeit dargelegt. Abgedruckt in: Deutscher Aufstieg v. 14.2.1932 Nr. 7.

14 Siehe Nr. 187 Anm. 3 u. Nr. 188 Anm. 5.

15 Im Or.: „sie".

Arbeitslosenversicherung. Unsere politischen Ziele müssen den Wählern besser zur Kenntnis gebracht werden.

Herr **Höpker-Aschoff** sucht die Tendenz der Politik Brünings zu erklären. Wenn wir nach den Wahlen von 1930 eine Rechtsregierung bekommen hätten, dann wäre das Deutsche Reich schon ganz kaputtgeschlagen. Die Taktik Brünings geht darauf hinaus, den Nationalsozialismus auszuhöhlen und zu vernichten. Diese Taktik wird voraussichtlich einen großen Erfolg erringen, wenn Hindenburg wiedergewählt wird. Darum ist eine Politik falsch, die in diesem Augenblick zu ganz starken Mitteln greift, auf die Gefahr hin, daß das Kabinett Brüning dadurch zerbrochen wird. Richtig wäre ein Antrag der Fraktion auf Aufhebung des Erlasses, sehr erwünscht auch eine Erklärung von Groener, die unserer Partei entgegenkommt. Die Bedeutung der Preußenwahlen sollte man nicht unterschätzen. Braun brauchte freilich, die Wahlen können auslaufen wie sie wollen, nicht zurückzutreten; aber das Kabinett kann gestürzt werden, und die Entscheidung über einen neuen Ministerpräsidenten kann nur bei wenigen Stimmen liegen. Außerdem wird in der nächsten Zeit die Frage der Reichsreform aktuell werden, zumal da ja die Beschlüsse der Länderkonferenz durch die finanziellen Bestimmungen der Notverordnungen praktisch schon vollzogen sind[16]. Natürlich wird der Ausgang der Präsidentenwahl auch für die Preußenwahl von Wirkung sein.

Herr **Kniest** bittet den Reichsfinanzminister zu überlegen, ob, wenn schon Neubauten von Wohnungen nicht mehr stattfinden können, nicht Geld aufgewendet werden kann zur Wiederinstandsetzung der alten Häuser.

Herr **Schäfer** (Köln): Zur Legalität einer Partei gehört nicht nur, daß sie durch die verfassungsmäßige Mehrheit die Macht ergreift, sondern auch die Bereitschaft, die Macht wieder zurückzugeben, wenn sie eine Mehrheit nicht mehr hat. Die Nazi müssen gefragt werden, wie sie sich dazu stellen. Wir müssen uns davor hüten, den Eindruck zu erwecken, als wären wir eine Partei, die bereit ist, jedem Kabinett anzugehören. Man soll daher auch Forderungen an Brüning und an Groener stellen, auch dabei nicht verheimlichen, daß wir u. U. in die Opposition treten würden. Die Finanzen in den Gemeinden sind nicht mehr aufrechtzuerhalten, wie Redner ausführlich nachweist. Es ist zu überlegen, wie wir zu einer Reform der Demokratie und auch der Verfassung kommen. Das hätten wir dann in den Vordergrund zu stellen.

Herr **Eschenburg** meint, daß bei der Erörterung des Groener-Erlasses vielleicht eine Psychose obgewaltet habe. Hier sei eine Bagatelle vielleicht zu einer großen Sache gemacht worden. Es läßt sich doch nicht leugnen, daß die Reichswehr sich in den letzten 10 Jahren sehr zu ihrem Vorteil verändert hat. Wir sollten uns hüten, wieder wehrfeindlich zu werden, wie das früher schon einmal der Fall war.

Herr **Blau**: Der Groener-Erlaß hat in unseren Kreisen verheerend gewirkt. Demgegenüber ist es unsere Aufgabe, alles positiv zusammenzufassen, womit wir an die Wähler herankommen können. Dazu gehören die Vorschläge Schreibers zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Daneben dürfen wir auch den Siedlungsge-

16 Das bezieht sich vor allem auf die sogenannte Dietramszeller Notverordnung vom 24.8.1931. Vgl. Schulthess 1931 S. 186f.; ferner Saldern S. 148f.

danken nicht verkümmern lassen, sondern müssen alle praktischen Möglichkeiten in dieser Beziehung aufzeigen. Ferner muß die Preissenkungsaktion weiter vorgetrieben werden. Heute muß Klarheit geschaffen werden darüber, wie wir zu den aktiven Sicherungen der Republik stehen. Die Stellung zur Eisernen Front kann wohl nur ablehnend sein, besonders weil die freien Gewerkschaften dahinterstehen. Aber wir wollen das Positive hervorkehren in dem Kartell der Republikanischen Verbände[17] und der Republikanischen Aktion[18].

Herr **Egelsehr**: Zur Krise darf es durch den Groener-Erlaß nicht kommen. Das beste wäre es, wenn man durch einen Antrag die Zurückziehung des Erlasses herbeiführen könnte. Auch die Nürnberger Finanzen sind sehr schlecht trotz den Bemühungen eines Mannes wie Luppe. Städte, die die Randsiedlung mit Eifer und Erfolg betreiben, sollten Prämien erhalten. Wünschenswert ist bei dieser Frage auch die restlose Ausschaltung der Baupolizei. Redner bestätigt, daß in Bayern die Nazi jetzt unter starken Druck gesetzt sind.

Herr **Dietrich** erklärt in seinem Schlußwort: Es wird nicht anders gehen, als daß die Gemeinden ebenso wie das Reich mit den geringsten Mitteln arbeiten. Denn das Reich kann nichts mehr geben. Der Zustand, den wir jetzt haben, ist deshalb gefährlich, weil die Deflation zu weit getrieben worden ist. An der Lockerung der Deflation haben wir also ein Interesse. Wir machen so lange keine Inflation, als wir Noten nur zu produktiven Zwecken drucken. In diesem Falle tun wir weiter nichts, als dafür zu sorgen, daß die umlaufende Geldmenge sich noch weiter verringert. Alles, was jetzt in der Wirtschaftspolitik seitens des Reiches geschieht, hat mit Inflation oder Deflation nichts zu tun. Zum Vergleiche und zur Aufklärung kann es dienen, daß die Franzosen heute einen Umlauf von 60 Milliarden Noten haben gegen einen Umlauf von 4 Milliarden bei uns. Es ist angebracht, wenn diese Dinge einmal unseren Parteimitgliedern durch eine Darlegung aus der Reichsgeschäftsstelle unterbreitet werden. Immer wieder ist zu sagen, daß die Reichspräsidentenwahl die Entscheidung gibt. Es wäre vielleicht zu erwägen, daß man der Rechten die Macht gibt, wenn man dabei mit legalen Gegnern zu tun hat. Aber so lange wir damit rechnen müssen, daß unsere Gegner gar nicht daran denken, die Macht niederzulegen, wenn sie bei den Wahlen in die Minderheit gesetzt sind, so lange müssen wir alles tun, was in unseren Kräften steht, um ihnen nicht die Gelegenheit zur Machtergreifung zu geben. Und da gibt es nur ein Mittel: Die Herbeiführung einer günstigen Präsidentenwahl. Am 13. März wird das Schicksal des deutschen Volkes entschieden werden; die Entscheidung fällt dann zugunsten des Vaterlandes aus, wenn Hindenburg im ersten Wahlgang gewählt wird.

Weber *spricht über das Verhältnis der Staatspartei zur Eisernen Front und betont, daß es nicht sinnvoll erscheine, sich einer rein sozialistischen Organisation anzuschließen.*

---

17 Im Kartell der Republikanischen Verbände waren folgende Organisationen zusammengeschlossen: Eiserne Front, Reichsbanner, Republikanischer Richterbund, Bund Republikanischer Beamter, Vereinigung Republikanischer Presse, Liga für Menschenrechte, Republikanische Schüler und Studenten, Republikanische Frauen, Republikanische Pfadfinder und Sportler. Vgl. den Bericht über die Kundgebung des Kartells in: Frankfurter Zeitung v. 15.2.1932 Nr. 122.

18 Siehe Nr. 188 Anm. 2.

Der Gesamtvorstand wählt dann die von Schreiber vorgeschlagene Kommission zur Beratung der Arbeitslosenfrage[19]*.*

Die Versammlung nimmt eine Reihe von Entschließungen an, u. a. einen Aufruf für die Kandidatur Hindenburgs[20]*, für die Einigung des Bürgertums*[21] *und gegen die Übergriffe Litauens im Memelgebiet*[22]*. Die Resolution des Geschäftsführenden Vorstands gegen den Groener-Erlaß*[23] *wird einstimmig gebilligt.* **Ziegler** *beantragt, in das Protokoll die Bemerkung aufzunehmen, daß alle Beschlüsse einstimmig gefaßt worden seien und daß die Stellung der Partei zur Regierung nach der Reichspräsidentenwahl revidiert werden müsse. Der Gesamtvorstand sieht von einer Beschlußfassung über diesen Antrag ab, da er sich nicht berechtigt fühlt, die Partei in ihrer Stellungnahme für die Zeit nach der Reichspräsidentenwahl zu binden.* **Weber** *teilt auf Anfrage Einzelheiten über die Wahlvorbereitungen mit und schließt die Sitzung mit Worten des Dankes.*

---

19 Schreiber, Stolper, Schneider, Winschuh, Czieslik, Reif, Frau Wunderlich.

20 Siehe Anm. 7.

21 Liegt vor. Abgedruckt in: Wippermann A 1932 S. 62f.

22 Liegt vor.

23 Siehe Anm. 5.

192.

4.4.1932: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstands

Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: Weber. Beginn: 18.15 Uhr. Ende: 21.15 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Brammer, Dietrich, Falk, Fischer, Hild, Höpker-Aschoff, Issberner, Külz, Frau Lüders, Nuschke, Reif, Rönneburg, Schäfer, Schneider, Schütt, Vogt, Weber, Winschuh, Zeitlin. Entschuldigt: Jäger.

Weber *eröffnet. Er verliest einen Antrag Westfalen-Süd, wonach die Landesliste für die preußischen Wahlen nach Maßgabe der Stimmenzahlen der Wahlkreise gestaltet werden soll, unter Freilassung des ersten und zweiten Platzes für Schreiber und Frau Dönhoff. Er teilt weiter mit, eine ganze Reihe von Wahlkreisen hätte verlangt, ihre Spitzenkandidaten an günstiger Stelle auf der Landesliste zu plazieren; die gleiche Forderung hätten auch verschiedene Berufsorganisationen erhoben.* **Falk** *berichtet, daß der preußische Fraktionsvorstand über den Antrag Westfalen-Süd beraten und ihn mit vier gegen drei Stimmen abgelehnt habe. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis sei weiter beschlossen worden, im Falle einer Annahme des Antrags den dritten Platz gleichfalls frei zu lassen und mit der Person des jetzigen Fraktionsvorsitzenden Falk zu besetzen.* **Rönneburg** *stellt fest, daß in der amtlichen Verlautbarung des Fraktionsvorstandes von einer Besetzung des dritten Platzes durch Falk nichts erwähnt werde.* **Falk** *widerspricht. Nach einer ausgedehnten Debatte, in der Gegner und Befürworter des Antrags zu Wort kommen, wird er mit vier gegen zwei Stimmen bei zwei Enthaltungen*

angenommen. Falk, Rönneburg, Vogt und Zeitlin haben auf Wunsch des Vorstands vor der Abstimmung den Saal verlassen, da ihre Plazierung auf der Liste beantragt worden war und sie deshalb als befangen gelten müssen. **Nuschke** *verliest nun den Entwurf der Landesliste gemäß dem Antrag Westfalen-Süd:*

1. Schreiber. 2. Frau Dönhoff. 3. Nuschke. 4. Beckmann. 5. Schubert[1]*. 6. Koch. 7. Riedel. 8. Altenhain*[2]*. 9. Falk. 10. Schmiljan. 11. Greßler. 12. Bohner. 13. Kahlen*[3]*. 14. Grzimek. 15. Barteld. 16. Hauff. 17. Rieser. 18. Wienecke. 19. Neumann. 20. Berghaus*[4]*. 21. Lüders. 22. Zeitlin.*

Nuschke *skizziert aufgrund der Ergebnisse der Reichspräsidentenwahl*[5] *die vermutliche Zusammensetzung des künftigen Landtags. Demnach würde die Rechte mit Hilfe der Kommunisten, u. U. aber auch aus eigener Kraft, imstande sein, die Weimarer Koalition zu beseitigen. Er berichtet über Gespräche, die er mit den preußischen Führern der Zentrumspartei zwecks engerer Verbindung der Landeswahllisten geführt habe. Die Zentrumsführer hätten jedoch abgelehnt, ,,im wesentlichen aus dem Bedenken heraus, daß diese Partei bei den Wahlen ohnehin durch die bisherige Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie eine breite Angriffsfläche biete; wenn sie sich jetzt im Wahlkampf noch mit den Kulturliberalen verbünde, dann sei zu fürchten, daß der rechte Flügel des Zentrums abspringe und deutschnational wähle". An Nuschkes Ausführungen knüpft sich eine längere Diskussion, in deren Verlauf auch die politischen Verhältnisse im Reich besprochen werden.*

1 Richard Schubert, Syndikus in Berlin, Führer der staatsparteilichen Stadtverordnetenfraktion.

2 Gustav Altenhain, Buchdruckereibesitzer in Hagen.

3 Adolf Kahlen, Gaugeschäftsführer des Gewerkschaftsbunds der Angestellten in Frankfurt/O.

4 Jan Berghaus, Regierungspräsident in Aurich, MdLv Preußen (DDP) 1919-1921.

5 Ergebnisse des ersten Wahlgangs. Vgl. Schulthess 1932 S. 59.

193.

5.4.1932: Sitzung des Gesamtvorstandes

Gezeichnet unten links: „Issberner fec."[it], unten rechts: „Nuschke". Vorsitz: Weber. Beginn: 15.15 Uhr. Ende: 19.15 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Weber *eröffnet und teilt mit, daß Dietrich später erscheinen werde.* **Schreiber** *referiert über das Thema:*

Der Kampf um Preußen

Die Besonderheit des Preußenwahlkampfes[1] liegt darin, daß der Kampf für und gegen den Radikalismus in dem Kampf um Preußen seinen stärksten Ausdruck findet. Wir haben in Preußen am schärfsten gegen den volksschädlichen Radika-

1 Siehe Nr. 187 Anm. 2.

lismus von rechts und links Stellung genommen und werden nun von allen Gegnern des Staates und der Ordnung am stärksten berannt. Preußen wird immer mehr als Schlüsselstellung zur Machtergreifung von den staatszerstörenden Elementen, aber ebenso als sicherster Hort für Ruhe und Ordnung und für die Sicherung unserer verfassungsmäßigen Zustände von allen Republikanern empfunden. Deshalb ist zu hoffen, daß auch alle verfassungstreuen Elemente und alle diejenigen, die Verantwortung empfinden und eine ruhige und stetige Entwicklung erstreben, erkennen, was in diesem Kampf um Preußen auf dem Spiel steht und ihre Kräfte verdoppeln werden, um Preußen vor einer Katastrophe zu bewahren.

Um diesen Kampf für unsere Bewegung fruchtbar zu machen, ist es notwendig, viel stärker als bisher darauf hinzuweisen, daß die verhetzende Agitation der Nationalsozialisten ganz ebenso wie diejenige der Kommunisten an die Wurzeln unserer Staats- und Gesellschaftsordnung rührt, daß der *Sozialismus des Hitlertums* für die bürgerliche Welt nicht weniger gefährlich ist als jede andere Form der Sozialisierung, daß die Untergrabung jeder Autorität und die Bolschewisierung der Jugend zu einer völligen Auflösung unserer Staats- und Wirtschaftsordnung zu führen drohen. Wir haben alle Veranlassung, uns in diesem entschlossenen Kampf gegen den Radikalismus und um die Erhaltung unserer Staats- und Wirtschaftsordnung immer stärker in den Vordergrund zu schieben gegenüber den bürgerlichen Mittelparteien rechts vom Zentrum, die dieser Gefahr gegenüber tatenlos gewesen sind und völlig versagt haben. Angreifen, nicht verteidigen, das ist die Parole!

Wir hätten es in Preußen für eine Staatsnotwendigkeit gehalten, viel schärfer noch, als es geschehen ist, dem unwahrhaften und staatszerstörenden Treiben des Radikalismus entgegenzutreten, wenn nicht die unklare Haltung mancher Stellen im Reich die notwendigen Maßnahmen immer wieder erschwert hätte.

Ich verstehe nicht, wie man über die Illegalität der nationalsozialistischen Bewegung noch irgendwie diskutieren kann. Illegal handelt nicht nur derjenige, der offen oder geheim den Hochverrat betreibt, sondern auch der, der *die wichtigsten Grundsätze der bestehenden Verfassung dauernd und mit Absicht verletzt:*

Der *Terror* der Nationalsozialisten, namentlich auf dem Lande und gegenüber den Gewerbetreibenden, hebt die verfassungsmäßige Freiheit des politischen Bekenntnisses in weiten Gegenden unseres Landes praktisch auf.

Die verfassungsmäßige *Unverletzlichkeit der Beamtenrechte* wird mißachtet durch die unverhüllte Drohung, daß jeder aus dem Amte fliegt, der sich nicht rechtzeitig den Propheten des Dritten Reiches anschließt.

Die infame Drohung mit dem Brotlosmachen der nicht nationalsozialistischen Arbeitnehmer und ihr Ersatz durch Nationalsozialisten verletzt das geltende Gesetz, wonach niemand wegen seiner politischen Zugehörigkeit aus einem Arbeitsverhältnis entlassen werden darf.

In jedem geordneten Staatswesen ist es ein ungeschriebenes Gesetz, daß die vollziehende Gewalt nur vom Staate ausgeht und daß politische Kämpfe nur mit geistigen Waffen ausgetragen werden dürfen. Die Nationalsozialisten aber schaffen sich eine besondere Kampforganisation mit Kasernen, mit militärischer

Gliederung und Befehlsgewalt, für die es unter unserer Verfassung niemals eine legale Aufgabe geben kann.

Die Nationalsozialisten drohen entgegen den primitivsten Grundlagen jedes Rechtsstaates ein Blutregiment an, wenn sie an die Macht kommen.

Das alles ist mit unseren verfassungsmäßigen Zuständen nicht vereinbar, ist deshalb illegal und unerträglich, auch wenn es ernst zu nehmen wäre, daß Hitler und seine engsten Freunde die Macht selbst nicht auf illegalem Wege ergreifen wollen. Solange unsere Verfassung und unsere Gesetze gelten, ist dieses gesamte Verhalten unzweifelhaft illegal und muß deshalb von jedem Staat, der sich nicht selbst aufgibt, mit allen Mitteln bekämpft werden. Preußens Kampf gegen politischen Radikalismus ist gleichzeitig ein Kampf für Ruhe und Ordnung. Es ist das geschichtliche Verdienst Preußens, in all den aufgeregten Jahren der Nachkriegszeit diese Ruhe und Ordnung in erster Linie gewährleistet zu haben. Die Erhaltung von Ruhe und Ordnung ist erste Voraussetzung für den Wiederaufstieg der Wirtschaft. Daß unsere Wirtschaft nicht von heute auf morgen einen Aufschwung erleben kann, wie die verlogene Agitation der Nationalsozialisten der Bevölkerung vorgaukelt, ist selbstverständlich. Ebenso selbstverständlich aber ist es, daß die Not unseres Volkes nur noch viel größer als heute wird, wenn zu all den Schwierigkeiten politische Unruhen und ein Kampf aller gegen alle hinzukommen. Deshalb hat gerade die Wirtschaft, jeder einzelne Arbeitgeber und Arbeitnehmer, das dringendste Interesse daran, daß am 10.[2] und 24. April der Radikalismus entscheidend geschlagen wird.

Preußens Leistung auf dem Gebiete der Aufrechterhaltung der Ordnung wäre nicht möglich gewesen ohne zielklare und scharfe Personalpolitik. Im Reichstag und im Landtag hat die Auffassung stets eine große Mehrheit gefunden, daß die leitenden Stellen in Reich und Staat mit zuverlässigen Anhängern der geltenden Verfassung besetzt werden müssen. Nichts anderes hat Preußen getan. Gewiß hat in dem riesigen Beamtenapparat Preußens die Regelung der einen oder anderen Personalfrage nach der persönlichen Seite oder nach der Methode, die angewandt wurde, auch unsere berechtigte Kritik herausgefordert. Es ist aber unwahrhaftig, wenn die Opposition behauptet, daß die preußische Regierung die Personalpolitik zugunsten der Anhänger der hinter ihr stehenden Parteien mißbraucht hätte.

Die preußische Verwaltung ist in tadellosester Ordnung, und es spricht nichts dafür, daß jemals früher besser, sorgfältiger und sachlicher gearbeitet worden ist als heute.

Die eigentlichen Beschwerden auf dem Gebiet der Personalpolitik gehen die Kommunen und die Sozialverwaltung an, wo in der Tat Mißbräuche vorgekommen sind, die unsere schärfste Verurteilung verdienen. Für diese Dinge ist aber die preußische Regierung nicht verantwortlich, und die radikale Opposition hat am wenigsten Veranlassung, diese Dinge aufzubauschen, da sie überall dort, wo sie an die Macht kam, auf diesem Gebiete weit stärker gesündigt hat, als irgendeine andere Richtung.

Im Wahlkampf wird mit dem Schlagwort „Gegen den Marxismus" gegen Preußen

2 Auf den 10.4. war der zweite Wahlgang der Reichspräsidentenwahl festgesetzt worden.

gearbeitet werden. – Auch damit werden die Gegner kein Glück haben. So notwendig es ist, daß die Deutsche Staatspartei sich mit aller Klarheit gegen alle sozialistischen Experimente wendet und den Sozialismus bekämpft, gleichviel, ob er sich im internationalen oder nationalen Gewande zeigt, so töricht ist es doch, alles, was einen beschwert, als marxistisch zu bezeichnen, auch wenn es mit Marxismus nicht das Geringste zu tun hat. Das, was in der Wirtschaft als marxistisch empfunden wird, sind überall Regelungen, die vom Reich und zum wesentlichen Teil von Regierungen getroffen worden sind, in denen die Rechte entscheidende Machtstellungen einnahm. In der Wirtschaftspolitik Preußens wird in der Zeit, in der ich die Verantwortung für sie getragen habe, niemand marxistische Maßnahmen feststellen können. – Ich habe mich stets mit aller Entschiedenheit für die *freie Wirtschaftsbetätigung*, für die Hebung und Förderung namentlich des Mittelstandes, eingesetzt.

Und wenn in all der schweren Not der vergangenen Jahre die preußischen Finanzen in leidlicher Ordnung geblieben sind, so ist das sicherlich ein Ergebnis, auf das die Wählerschaft hingewiesen werden darf.

Wir können also mit gutem Gewissen in den Wahlkampf ziehen.

Es ist nicht unsere Schuld, wenn auch in Preußen die Zersplitterung der bürgerlichen Mitte immer weiter fortgeschritten ist. Wir haben es bedauert, daß die Deutsche Volkspartei sich selbst von der Mitarbeit an der Regierung in Preußen vor Jahren ausgeschlossen hat, und haben ihr immer wieder Brücken gebaut zu verantwortlicher Mitarbeit. Wir haben uns auch nie dem Gedanken versagt, das gesamte *freiheitliche Bürgertum zusammenzufassen* zu einem großen und starken Block, der auch rein zahlenmäßig den radikalen Gruppen gleichwertig ist, und wir bedauern es, daß die Führung anderer Parteien die staatspolitische Notwendigkeit, das Selbstbewußtsein und die Einflußmöglichkeit des Bürgertums durch eine Zusammenfassung aller verfassungstreuen Kräfte zu heben, nicht mit der genügenden Deutlichkeit erkannt hat. Aber solche Entwicklungen lassen sich nicht erzwingen. Voraussetzungen für eine Zusammenfassung aller Kräfte der Mitte sind schwerlich gegeben, solange die Deutsche Volkspartei und andere Gruppen zwar für Hindenburg eintreten, aber gleichzeitig in dieser für unser Volk schicksalhaften Zeit der Regierung Brüning im Reich, die das volle Vertrauen des Reichspräsidenten besitzt, Opposition ansagen und statt sachlicher Zusammenarbeit mit den verantwortungsbewußten Kräften in Preußen in scharfem Gegensatz zu uns treten.

Wir kämpfen *gegen* den zerstörenden, undeutschen Radikalismus, für organische Fortentwicklung und stetigen Aufbau!

Wir kämpfen *gegen* eine Politik der großen Worte und der Illusionen, *für* eine Politik der Besonnenheit und der Wahrheit!

Wir kämpfen *gegen* gewissenlose Volksverhetzung und radikalen Terror, *für* eine Politik der Verantwortung und der nationalen Gemeinschaft!

Wir kämpfen *gegen* die haßerfüllte Vergiftung unserer Volksseele, *für* die Zusammenfassung des verfassungstreuen selbstbewußten Bürgertums!

Wir kämpfen *gegen* die Diktatur der Zwanzigjährigen, *für* die Erziehung zur Ehrfurcht vor Leistung und Lebenserfahrung!

Wir kämpfen *gegen* eine Vergottung des Staates, einer Partei oder eines einzelnen Führers, *gegen* die Knebelung von Wissenschaft und Bildung, *gegen* dogmatische und dilettantische Wirtschaftsexperimente, *für* persönliche, wirtschaftliche und geistige Freiheit! Wir kämpfen *gegen* die von den Nationalsozialisten betriebene Inflation, *für* eine geordnete Finanzwirtschaft und sparsame Verwaltung!

Wir kämpfen *für* Preußen als Bollwerk des Reiches und der politischen Freiheit!

Unser Kampf ist nicht allein Sache Preußens, sondern des ganzen Vaterlandes und damit auch unserer ganzen Partei. Wir werden ihn in Ehren bestehen, wenn jeder seine letzte Kraft einsetzt und alle ihre Pflicht tun.

Der Gesamtvorstand verzichtet auf eine Diskussion des Referats und tritt in die Beratung der preußischen Landesliste ein. **Weber** *verliest die zur Aufstellung der Landesliste eingegangenen Anträge der Organisationen Westfalen-Süd*[3]*, Hannover-Ost*[4] *und Schlesien*[5]*. Er beantragt gemäß dem Beschluß des Geschäftsführenden Vorstands, den ersten Platz der Liste mit Schreiber, den zweiten mit Frau Dönhoff zu besetzen*[6]*. Der Gesamtvorstand beschließt in diesem Sinne. Nachdem* **Weber** *über Plazierungswünsche aus dem Lande berichtet hat, beginnt die Aussprache über die drei Anträge, die jeweils von einem Vertreter der betreffenden Wahlkreisverbände begründet werden.* **Meyer** *spricht gegen die Anträge. Es sei der Sinn der Landesliste, prominenten Personen, die nicht in einem Wahlkreis kandidierten, zu einem Sitz im Parlament zu verhelfen; insofern bilde sie eine notwendige Ergänzung zu den Kandidatenlisten der Wahlkreise. Sie diene ferner dazu, den Bevölkerungs- und Berufsgruppen ein Mandat zu sichern, die in den Wahlkreislisten nicht berücksichtigt worden seien. Alles dies werde durch die vorliegenden Anträge verhindert.* **Lemmer** *spricht gleichfalls gegen die Anträge,* **Schäfer** *hält den Antrag Westfalen-Süd im Prinzip für berechtigt, bezeichnet es aber als verfehlt, den bisherigen Fraktionsvorsitzenden auf der Liste so weit zurückzuversetzen, weil dadurch die Kontinuität der Parteiarbeit leiden würde*[7]*. Er beantragt, auch den dritten Platz auf der Liste freizugeben und der Fraktion zur Besetzung zu überlassen.* **Höpker-Aschoff** *setzt sich für den Antrag Westfalen-Süd ein, Frau* **Lüders** *spricht dagegen.*

---

3 Siehe Nr. 192.

4 Hannover-Ost wünschte den Antrag Westfalen-Süd insofern abzuändern, als nicht die absolute Stimmenzahl maßgebend sein sollte, sondern das prozentuale Verhältnis der für die Staatspartei in den Wahlkreisen abgegebenen Stimmen. Brief der Organisation Hannover-Ost an alle preußischen Wahlkreisvorsitzenden. DDP/Staatspartei R 45/III 50.

5 „1. Nur der erste und zweite Sitz auf der Landesliste werden freigegeben, für Minister Schreiber und Frau Dönhoff als Vertreterin der Frauen.
2. Alle weiteren Plätze sind ausschließlich durch die Spitzenkandidaten der einzelnen Wahlkreise zu besetzen.
3. Grundsätzlich für die Reihenfolge ist die Stimmenzahl maßgebend, die die Wahlkreise bei der letzten Landtagswahl erhalten haben.
4. Unbeschadet dieser Grundregel (Ziff.3) muß, um auch nach außen eine wirksame Liste zu erreichen, eine Umgruppierung vorgenommen werden, die der kulturellen und wirtschaftlichen Grundhaltung der Partei Rechnung trägt.
5. Die Abstimmung über die vorstehenden Punkte erfolgt schriftlich."

6 Siehe Nr. 192.

7 Auf der gemäß dem Antrag Westfalen-Süd aufgestellten Liste stand Falk auf Platz 9.

Nach Abschluß der Debatte finden die Abstimmungen statt. Mit 21 gegen 13 Stimmen wird beschlossen, auch die dritte Stelle auf der Landesliste freizugeben. Die Ziffer 2 des Antrags Schlesien wird mit 21 gegen 19 Stimmen angenommen, das Amendement Hannover-Ost mit Mehrheit abgelehnt. Auf einen Hinweis von **Nuschke** *hin verändern die westfälischen und schlesischen Antragsteller ihre Anträge dahingehend, daß nicht die Stimmenzahl der letzten Landtagswahl, sondern die der letzten Reichstagswahl maßgebend sein soll. Daraufhin wird der Antrag Westfalen-Süd mit Mehrheit angenommen. Über die Besetzung des dritten Platzes, für den Falk, Rönneburg, Barteld, Grzimek, Zeitlin, Kniest, Czieslik, Brylla*[8]*, Hauff, Wachhorst de Wente und Riedel vorgeschlagen worden sind, wird in geheimer Abstimmung entschieden. In einer Stichwahl zwischen Falk und Barteld wird Falk mit 27 gegen 21 Stimmen gewählt.*

Nach Beendigung der Beratungen über die Landesliste referiert **Dietrich** *über die politische Lage. Er skizziert rückblickend die kritische Situation vor einem Jahr, als Geldmangel und Abwanderung der Wähler den Fortbestand der Partei gefährdeten. „In diesem Jahr ist nun doch immerhin so viel geschehen, daß wir im Stande gewesen sind, die große Schuldenlast zu beseitigen, den laufenden Betrieb der Partei aufrechtzuerhalten und dafür zu sorgen, daß die Preußenwahlen normal durchgeführt werden können." Die nächste Aufgabe der Partei bestehe nun darin, die Organisationen im Lande zu stärken. Dietrich geht dann auf die Reichspolitik ein und skizziert die Kräfte, welche die Regierung – mit Ausnahme der wenigen republikanisch gesinnten Minister – veranlaßten, immer weiter nach rechts zu tendieren. Es sei absolut notwendig, alle Bünde und Wehrverbände zu verbieten. Die finanzielle Situation des Reiches würde zwar noch nicht im Sommer, wohl aber im Winter kritisch werden, falls es nicht gelinge, neue wirtschaftliche und politische Mittel anzuwenden. Die Regierung sei bereit, „den vorsichtigen Versuch einer Wirtschaftsbelebung zu machen". Als vordringliche Probleme der Außenpolitik nennt Dietrich die Reparationsfrage, die Frage der Handelsbeziehungen zu den Donaustaaten und das Abrüstungsproblem. Deutschland könne einfach keine Reparationen mehr zahlen, allerdings sei es falsch zu sagen, es wolle nicht mehr zahlen. Ein Sieg des Radikalismus bei den bevorstehenden Wahlen würde den Zusammenbruch bedeuten. „Das deutsche Volk habe aber in den Zeiten größter Gefahr immer noch einen guten und richtigen Instinkt bewiesen, und dadurch sei jedesmal die Gefahr durch die Abstimmung des Volkes gebannt worden."*

Weber *schließt die Sitzung mit einem Dank an die Versammlung.*

8 Theodor Brylla, Arbeitersekretär in Berlin.

194.

28.4.1932: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: zunächst Frau Lüders, dann Weber. Beginn: 18.30 Uhr. Ende: 21 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.[1]

Anwesend: Frau Bäumer, Barteld, Frau Beckmann, Brammer, Dietrich (später), Frau Dönhoff, Dohrn, Falk, Freudenberg, Heuss, Hild, Issberner, Jäger, Jaenicke, Liebig, Frau Lüders, Meyer, Nuschke, Reif, Rönneburg, Schneider, Schreiber, Schütt, Vellemann, Vogt, Weber (später), Winschuh, Zeitlin.

Die stellvertretende Vorsitzende Frau **Lüders** eröffnet die Sitzung um 18.30 Uhr (und gibt bald darauf dem wenige Minuten später erscheinenden Herrn Weber den Vorsitz ab).

Der Ausfall der Länderwahlen

Frau **Beckmann**: Unser Wahlsieg in Hamburg[2] ist auf verschiedene Faktoren zurückzuführen; die große Popularität von Petersen, die gute Organisation, die von Koch[3] durchgeführt ist, beträchtliche finanzielle Mittel zur Wahl. Sehr wichtig ist auch gewesen, daß die Nationalsozialisten in Hamburg, wo sie schon früher eine große Fraktion bildeten, ganz hoffnungslos versagt haben. Viele volksparteiliche Frauen haben wegen der unglücklichen Kandidatenliste der Deutschen Volkspartei für uns gestimmt. Unsere neue Fraktion hat gestern zur Regierungsbildung eine Resolution gefaßt, in der sie den bisherigen Senat ersucht, die Geschäfte fortzuführen, bis sich eine regierungsfähige Mehrheit gebildet hat.

Herr **Schreiber**: Bei uns hat die Organisation vollkommen versagt[4]. Eine weitere wichtige Ursache der Niederlage ist, daß wir keine Presse mehr haben. In Nordhausen, wo wir noch ein Organ besitzen, haben wir gut abgeschnitten. Auch dort, wo noch Organisation vorhanden war, hat sie sich nur schwer dirigieren lassen.

Herr **Barteld**: Zu einem neuen Wahlkampf würden wir die Mittel nicht mehr aufbringen können. Auch die Geschäftsstellen im Lande werden kaum noch aufrechtzuerhalten sein. Trotz allen Bemühungen parteitreuer Juden ist die große Mehrzahl der Juden zum Zentrum und zu den Sozialdemokraten gegangen. Mit der jetzigen Grundlage der Partei ist nichts mehr zu machen. Gehen wir unter der Firma der Staatspartei in einen neuen Wahlkampf, so werden wir vollständig zerrieben werden. Von einer Zusammenfassung der bestehenden Mittelparteien ist auch nichts zu erwarten. Es muß etwas Neues gefunden werden. Danach sehnen

1 Auszugsweise abgedruckt in: Ende der Parteien S. 75-79.

2 Bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg am 24.4.1932 hatte die Staatspartei 18 Mandate errungen und war damit gegenüber der Wahl vom September 1931 um vier Mandate verstärkt worden. Vgl. Schulthess 1932 S. 69.

3 Christian Koch (1878-1955), Gefängnisdirektor in Hamburg, Md Bürgerschaft (Vereinigte Liberale/DDP/Staatspartei) 1908-1933, MdNv 1919-1920.

4 Bei den preußischen Wahlen hatte die Staatspartei zwei Mandate erlangt, im Vergleich zur Landtagswahl von 1928 waren 20 Mandate verloren worden. Vgl. Schulthess 1932 S. 69.

sich auch viele Leute in der Deutschen Volkspartei, ebenso in der Wirtschaftspartei und in der Bauernschaft. Es ist erwünscht, daß man mit führenden Kreisen aus Industrie, Handel, Beamtenschaft, Arbeiterschaft, Mittelstand, Bauernschaft usw. Fühlung zu gewinnen sucht. Vielleicht könnte man hiermit eine neue Grundlage schaffen für eine Partei, der man einen geschickten Namen geben muß. Selbstverständlich darf nichts ohne Einvernehmen mit dem Parteivorstand geschehen. Aber man darf sich auch nicht auf Berlin allein verlassen, sondern muß auch im Lande etwas tun. Ein anderer Weg wäre etwa Stützung der Bauernschaft und Aufbau auf diesem Fundament. Das wäre unter Umständen in Nordwestdeutschland möglich. Die Parole der neuen Partei muß unter allen Umständen lauten: schärfste Ablehnung des Nationalsozialismus.

Herr **Schneider**: Den größten Auftrieb haben die Parteien bei der Wahl gehabt, die das Soziale (gleichgültig, ob ernsthaft oder nur zum Schein) vorangestellt haben. Das ist bei uns so wenig beachtet worden; wir besitzen auch in dieser Hinsicht keine einheitliche Front. Wegen der allgemeinen Aussichten der Partei muß man den Ausführungen Bartelds beipflichten. Mit der jetzigen Partei können wir nicht wieder in einen Wahlkampf gehen, da wir unseren politischen Kredit vollständig verloren haben. Notwendig ist vor allem personelle Erneuerung, während das alte Ideengut bleiben muß.

Herr **Winschuh**: Wir haben die Tatsache, daß mit Ausnahme des Zentrums alle alten bürgerlichen Parteien stark verloren haben. Die Parole „freiheitliches Bürgertum" wird von der heutigen Jugend einfach nicht verstanden. Daß der Mittelstand zu den Nazi gelaufen ist, rührt her von der Unzufriedenheit mit den gegenwärtigen Verhältnissen und der dumpfen Ahnung von einer kommenden wirtschaftlichen Umwälzung. Der demokratische Liberalismus alter Schule ist nicht nur nicht zugkräftig, sondern auch strukturell gebrochen. Ehe es besser wird, muß die Jugend erst durch den Nationalsozialismus hindurchgehen und sich dort ihre Hörner ablaufen, und die Mittelständler müssen erst wieder feste wirtschaftliche Verhältnisse erreichen. Dann erst kann ein neuer Liberalismus kommen. Das Neue wird nicht mit den alten Männern und auch nicht mit den alten Ideen gemacht werden. Die Staatspartei ist erledigt. Auch Hamburg beweist nichts dagegen. Es handelt sich um einen unaufhaltsamen Verfall der alten bürgerlichen Parteien. Neue feste Fronten werden sich erst nach Überwindung der Wirtschaftskrise bilden.

Frau **Bäumer**: Die nationalsozialistische Bewegung, so wie wir sie jetzt in dem Wahlresultat sehen, wird nicht so bleiben; der gegenwärtige Zustand darf also nicht zur Grundlage unserer Entschlüsse gemacht werden. Das Neue, das kommen wird, wird sich an ganz anderen Stellen und in ganz anderen Kreisen bilden. An sich hängt eine Programmatik in der Luft, nämlich konservative Gedankengänge in Verbindung mit dem Sozialen. Die alten Gedankengänge unserer Partei sind erledigt. Jedenfalls ist es gefährlich, gegenüber einer vorübergehenden Bewegung vollständig zu kapitulieren. Da wir sodann den Boden, den wir besitzen, auch behaupten müssen, so ist es in diesem Augenblick nicht möglich, sofort eine neue Partei zu schaffen. Vielmehr sollte ein Kreis von Menschen aus den verschiedensten Schichten der Bevölkerung zusammentreten, um einmal die entscheidenden Fragen auszuarbeiten. Das Eigentümliche ist doch, daß unsere geistige Führer-

schaft mit ganz wenigen Ausnahmen nicht zum Nationalsozialismus gehört. Diese Kreise sind bisher noch niemals zusammengefaßt worden, und das müßte jetzt geschehen. Das Wahlergebnis war vorauszusehen. Gewiß ist die Unzulänglichkeit der Organisation dabei ein wichtiger Faktor. Viel schlimmer aber ist die Zerfahrenheit der Leute, die den Kampf überhaupt zu führen hatten. Bei diesem Kampf handelt es sich ja gar nicht mehr um Argumentationen, sondern um die Aufwendung von Energien, und da ist bei unseren Führern ein großes Manko vorhanden gewesen.

Herr **Falk**: Die Staatspartei hat keine Aussicht mehr. Zusammenschließung der zertrümmerten Parteien bringt uns auch nicht weiter. Aber darum dürfen wir nicht die Hände in den Schoß legen. Neue Leute müssen von unten herauf einen Aufbau unternehmen, und diese müssen wir unterstützen. Es gibt nirgendwo eine so schlechte Organisation wie bei uns. Sodann waren wir vorbelastet durch die Notverordnungen und dadurch, daß unsere Führer verantwortliche Minister waren. Ferner war gar nicht gegen die Meinung anzukommen, daß die Stimmen, die für die Staatspartei abgegeben werden, verloren sind. Dadurch sind nicht nur Juden uns abwendig geworden. Was soll geschehen? Es muß versucht werden, die Leute zu finden, die bereit sind, eine neue Parteigemeinschaft zu machen. Warten kann man damit nicht lange, denn die nächsten Wahlen können vielleicht bald kommen, und wir müssen dann eine Auffangorganisation haben.

Herr **Vogt**: Die vorgebrachten Gründe über schlechte Organisation usw. sind nicht ausschlaggebend, die Walze ging einfach über uns hinweg. Die Nationalsozialisten haben sich am allermeisten im Wahlkampf mit uns gemessen, mehr als mit den anderen Parteien. Dazu kam, daß die Verärgerung der Beamten wegen ihrer Behandlung durch unsere Führer sehr groß war. Mit der Staatspartei geht es nicht mehr, das ist auch die Überzeugung in unserem Reichsbeamtenausschuß. Aber wir können nicht einfach verzichten, sonst laufen uns die Leute ganz weg. Wir müssen uns über die Zukunft klarwerden und unsere Anhänger darüber unterrichten. Deshalb sind die Parteiführer aus dem Lande nach Berlin zusammenberufen, damit sie die nötigen Beschlüsse fassen. Das muß alles aber sehr schnell gehen. Es ist der Versuch zu machen, mit neuen Menschen eine neue Bewegung zustande zu bringen, und so lange haben wir durchzuhalten.

Herr **Oscar Meyer**: Eine Fortführung der Partei bietet nicht die geringste Aussicht. Wir bekommen kein Geld mehr, wir können auch keine Organisation aufrechterhalten und keine Beamten mehr bezahlen. Auch im Reichstage können wir keine politische Rolle mehr spielen. Eine Neubildung wird kommen, aber wie, darüber gehen die Meinungen auseinander. Was heute gesammelt werden muß, das muß eine Partei mit starker bürgerlicher Note sein. Die neue Partei hat eng mit den selbständigen Gewerbetreibenden zu arbeiten. Wir von der Staatspartei haben die vaterländische Verpflichtung, so schnell wie möglich zu sterben, damit das neue Gebilde nicht als eine getarnte Fortsetzung unserer Partei erscheint. Die Staatspartei muß sich jetzt auflösen und Raum schaffen für diejenigen, die nach uns kommen.

Herr **Heuss**: Unter den Nationalsozialisten befinden sich gerade Leute, die dem Staate gegenüber denselben Standpunkt einnehmen, wie vor 40 Jahren Eugen Richter. Ferner sind die Nationalsozialisten Protestler gegen den Klerikalismus.

Was dabei herauskommen wird, läßt sich jetzt noch gar nicht sagen. Viele Staatsparteiler haben Zentrum gewählt, weil sie in Brüning die Personifikation des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus sahen. Ob wir jetzt sofort liquidieren sollen, das hat man sich doch sehr zu überlegen. Denn es gibt Landtage und Kommunalverwaltungen, wo unsere Leute gar nicht Lust haben abzudanken, sondern wo sie bestehenbleiben wollen. Es ist auch fraglich, ob wir, wenn wir nach dem Meyerschen Vorschlage im Reichstag eine Aschenbrödelrolle spielen, damit dem Willen unserer Wähler entsprechen.

Herr **Weber**: Es wird immer an der Organisation getadelt. Das ist aber ein ungerechter Vorwurf, und wer ihn öffentlich erhebt, der handelt kindisch. Wir haben doch in den letzten Jahren auch etwas geleistet. Eine Schuldenlast in unserer Organisation in Höhe von 228000 Mark, aus den letzten Reichstagswahlen, haben wir bezahlt. Das soll man uns erst nachmachen. Der Fall Hamburg läßt sich mit irgendeinem anderen Bezirk nicht vergleichen. Hamburg ist ein kleiner Staat, in dem man noch nach Persönlichkeiten wählt. Daß wir unsere Partei, so wie sie ist, aufrechterhalten können, ist ganz ausgeschlossen. Wir können nirgendwo sammeln und bekommen kein Geld mehr. Bei den Kandidaturen haben wir uns leider an die alten Leute zu sehr festgeklammert und zu wenig nach mittleren und jüngeren Jahrgängen gesucht. Unsere Wählerschaft besitzt keinen Enthusiasmus, keine Energie. Und das, obwohl wir von allen Mittelparteien die einzig richtige Wahlparole gehabt haben: Gegen die Nationalsozialisten! Wir sprechen auch in den Volksversammlungen viel zu vornehm und gelehrt. Damit kommt man nicht an die Masse heran. Etwas mehr Frische und Volkstümlichkeit! Wie steht es mit der Organisation im Lande? Ein Muster ist da der Schreibersche Wahlkreis[5]. Dort war trotz aller fleißigen Arbeit nichts zu machen. Wenn wir uns im Reichstag herausstellen und große politische Reden halten, laufen wir Gefahr, uns lächerlich zu machen. Über das, was geschehen soll, müssen wir uns recht bald schlüssig werden, schon wegen der Reichsgeschäftsstelle und der darin beschäftigten Personen.

(Jetzt, um 19.45 Uhr, erscheint Herr Dietrich; er verläßt dann die Sitzung noch vor ihrem Schluß.)

Deshalb müssen wir in absehbarer Zeit den Vorstand der Partei zusammen mit den Fraktionen des Reichstags und der Länder zusammenberufen und beraten, was zu geschehen hat. In Oldenburg und Mecklenburg-Schwerin stehen demnächst auch Wahlen bevor. Was sollen wir da tun? Dazu kommt, daß die Vorsitzenden in den Wahlkreisen ganz arterienverkalkte Leute sind. Keiner kann resignieren. Da muß ein Wandel eintreten.

Herr **Schreiber**: Was soll die Forderung nach neuen Ideen? Wo haben denn die Parteien, die bei der Wahl Erfolge gehabt haben, etwas von neuen Ideen gehabt? Das Ausschlaggebende ist, daß wir klar Stellung nehmen zu den Tagesfragen, mehr, als es früher geschehen ist. Die konservativste Partei, die Sozialdemokratie, hat sich ganz hervorragend geschlagen. Der Grund war ihre Aktivität in den letzten Monaten vermittelst der Eisernen Front. Wenn wir nicht glauben wollen, daß das Bürgertum völlig erledigt ist, dann müssen wir es zusammenfassen. Es gibt auch

5 Halle-Merseburg.

noch genügend Kräfte zum Wiederaufbau. In Hamburg ist der Erfolg nicht nur auf die führenden Persönlichkeiten zurückzuführen. Der Sieg ist dort die Folge der aufgewendeten Energie; dort ist ernsthaft gearbeitet worden. Die Voraussetzung für Energie ist, daß wir genügend Menschen haben zur Agitation, daß wir materiell gesichert sind. Diese Bedingung konnte die Staatspartei und konnten auch die anderen Mittelparteien nicht erfüllen, weil sie zu klein sind. Die Staatspartei konnte auch nicht aufgebaut werden von einem Manne, der sich dieser Aufgabe nicht vollständig widmen konnte und der entsprechende Mitarbeiter nicht um sich hat. Es muß jetzt gehandelt werden; wenn wir unsere Partei einschlafen lassen, dann ist es zu spät. Die Gründung der neuen Partei muß sofort in die Hand genommen werden. Die Verhandlungen mit den anderen Parteien sind sogleich einzuleiten. Als stärkste Partei sind wir hier zur Initiative berechtigt. Wenn so der Boden genügend vorbereitet ist, dann mag in diesem Augenblick die alte Partei verschwinden. Bis zum 1. Juli müssen wir unsere Organisation durchhalten.

Herr **Brammer** macht darauf aufmerksam, daß wir bei einer Auflösung der Partei auch den großen Presseapparat, den wir immerhin noch im Reiche besitzen, preisgeben müßten. Es sind allein rund 35 Zeitungen, die uns parteipolitisch zur Verfügung stehen und deren Existenz auch im großen Umfange von unserer eigenen abhängig ist. Einen solchen Apparat können wir nicht ohne weiteres zugrunde gehen lassen. Dazu kommen mindestens 100 Zeitungen, die ganz zweifellos auf unserer Linie stehen. Wir können diesen Apparat halten, weil es nationalsozialistische Zeitungen in größerer Menge nicht geben wird und geben kann. Die Leute, selbst wenn sie nationalsozialistisch sind, beschränken sich nun einmal nicht auf die Lektüre solch eines Blattes. Die ganze Betrachtung heute rührt daher, daß wir in Preußen nur 2 Mandate erhalten haben. Das wirkt niederdrückend. Das Wesentliche ist die Aufwendung größerer Energie, ferner die Benutzung der nationalsozialistischen Methode, vermittelst der Reichstagsfreikarte die Abgeordneten im Lande herumzuschicken. An ein neues Ideengut vermag man nicht zu glauben. Die Arbeit unserer Abgeordneten muß vorläufig in erster Linie darin liegen, die Organisation in Ordnung zu bringen.

Frau **Bäumer** stellt eine mißverstandene Äußerung von ihr dahin richtig, daß sie nicht neues Ideengut gewissermaßen aus der Luft verlangt habe, sondern daß sie eine Anpassung des Programms an die neue politische Situation für nötig halte.

Herr **Nuschke**: Es wäre wünschenswert, die neuen Menschen zu erfassen; aber haben wir nicht das schon bei der Gründung der Staatspartei versucht? Und was ist das Ergebnis gewesen? Für eine Partei ist es nun einmal notwendig, daß sie einen Apparat hat. Eine noch so schlechte Organisation ist immer besser als keine Organisation. Nach dem Ausgang der Wahl ergibt sich nur die Möglichkeit, die Kreise, die bei den anderen Parteien locker geworden sind, zu uns herüberzuziehen. Wir haben die Wahlparole gehabt „gegen die Nationalsozialisten!" Jetzt kommen nun die Nationalsozialisten in die Regierung, und da werden sie die unpopulärsten Sachen zwangsweise machen müssen. In einem solchen Augenblick sollen wir alles, was wir bei dem Kampf gegen die Nazi moralisch erworben haben, einfach fortwerfen und Fahnenflucht begehen? Das ist unmöglich! Freilich, unser Apparat muß sich umstellen, und zwar nach dem Muster der Nationalsozialisten muß der Krieg den Krieg ernähren. Gerade jetzt ist es unsere Pflicht, im

Reichstag aufzutreten und die nationalsozialistischen Worte von früher mit den nationalsozialistischen Taten von heute zu vergleichen. Es ist auch zu bedenken, daß bei unserem Verzicht die Radikaldemokraten[6] unsere Erben sein werden, so daß wir für eine neue Partei kein Wählermaterial beisteuern können. Wir haben jetzt eine Position durch den bevorstehenden Eintritt der Nazi in die Regierung, wo sich das Kämpfen lohnt. Was wir heute hier reden, ist elende Miesmacherei. Gerade jetzt erhalten wir auf der Geschäftsstelle Anmeldungen von neuen Mitgliedern, denen nur eine einzige Ab[meldung][7] gegenübersteht. Bei den nächsten Reichstagswahlen werden die Mittelparteien eine gemeinsame Liste machen, das kommt ganz zwangsläufig. Wenn die Nationalsozialisten erst einige Jahre in der Regierung gearbeitet haben, wird man uns recht geben. Das Schlimmste sind heutzutage die Defaitisten, diese muß man aus der Organisation ausschließen. Wir werden eine Kulturreaktion bekommen und einen Polizeistaat. Da wird man dann nach dem freiheitlichen Bürgertum rufen, wenn dies nicht desertiert ist.

Herr **Rönneburg** dankt Herrn Nuschke für seine hingebende Arbeit auch innerhalb der Reichsgeschäftsstelle. Den Optimismus Nuschkes kann er aber nicht teilen. Recht hat wohl Herr Schreiber mit seiner Kritik. Wenn wir jetzt unsere Parteiorganisationen ansehen, wer trägt sie in erster Linie? In den Vorständen sitzen Beamte. Auf diese dürfen wir aber nicht mehr rechnen, da sie im Dritten Reich für ihre Existenz fürchten. Die Geschäftsleute können sich auch nicht herausstellen. Wir haben also kaum noch auf irgendwelche Leute zu rechnen, die bereit sind, die Parteiarbeit zu tragen, da ihnen jeder Schutz fehlt. Es wäre nicht so schlimm, wenn wir nicht die 250000 Stimmen nutzlos verloren hätten. Wir haben Listenverbindung gesucht beim Zentrum; dies aber hat abgelehnt. Die Juden haben uns in einer schäbigen Weise im Stich gelassen. Durch Agitation von Haus zu Haus, von Mund zu Mund, durch Briefe und Flugblätter haben sie gegen uns Stimmung gemacht. Es ist keine Aussicht dafür vorhanden, für eine Partei, die so völlig einflußlos ist, noch Geld zu bekommen. Auch die Presseorgane, die heute noch für uns fechten, werden sich vorsichtig von uns distanzieren und bestenfalls eine wohlwollende Neutralität aufbringen. Die Partei kann in der heutigen Form nicht mehr gehalten werden. Die Parole „Sammlung des freiheitlichen Bürgertums" hat sich als Fehlparole erwiesen, weil es kein freiheitliches Bürgertum mehr gibt. Man soll versuchen, etwas Neues auf die Beine zu stellen, nachdem man vorher reinen Tisch gemacht hat. Ob die Zusammenfassung der Mitte gelingt, ist fraglich. Aber sie muß schnell versucht werden. Redner betont, daß er vorhin in der Hitze des Gefechts betr. der Haltung der Juden vielleicht starke Ausdrücke gebraucht habe, aber Tatsache sei es nun einmal, daß die Juden uns in einem sehr großen Prozentsatz im Stich gelassen haben. Im Reichstag sollten sich unsere Freunde eine gewisse Reserve auferlegen. Zum Schluß spricht der Redner den Beamten und Angestellten der Reichsgeschäftsstelle den Dank für ihre fleißige Wahlarbeit aus. Alle Aufopferung hilft nicht darüber hinweg, daß wir die Partei in der heutigen Form nicht mehr erhalten können.

6 Siehe Nr. 171 Anm. 15.

7 Im Or.: „Ablehnung".

Herr **Jaenicke**[8] stimmt den Ausführungen von Meyer und Rönneburg zu. Es ist ganz unmöglich, daß die Partei unter dem Namen Staatspartei noch zu einer Bedeutung kommen kann. Die Staatspartei sollte mit einem Appell an ihre bisherigen Wähler sich verabschieden und freie Bahn machen für eine neue Partei.

Herr **Zeitlin** widerspricht den Ausführungen Rönneburgs über das Verhalten der Juden bei den Wahlen. Es ist merkwürdig: Wenn man nach Sündenböcken sucht, langt man immer bei den Juden an! Für die jüdischen Wähler war schon der Übergang zur Staatspartei eine starke Belastung. Dann ist auch neulich gesprochen worden von einer rassereinen Landesliste. (Widerspruch.) Wenn noch einmal in dieser beleidigenden Form versucht werden sollte, einen Hauptteil der Schuld an unserer Niederlage darauf zu schieben, daß ein großer Teil der Juden für das Zentrum gestimmt hat, dann würde Redner die Konsequenzen daraus zu ziehen haben. Im übrigen weist Redner darauf hin, daß es heute noch nicht möglich sei, eine Entscheidung darüber zu treffen, wie wir weiter leben sollen. Noch ließen sich die Dinge nicht völlig übersehen. Sicher sei, daß wir der Mittelpunkt einer lebensfähigen Bewegung bleiben müßten.

Herr **Weber**: Tatsache ist es, daß die jüdischen Mitbürger an manchen Orten von der Synagoge aus die Aufforderung erhalten haben, das Zentrum zu wählen[9]. Nur das hat Herr Rönneburg feststellen wollen. Irgendwelche antisemitischen Regungen sind Herrn Rönneburg ebenso fremd wie dem Redner. Es läßt sich nicht leugnen, daß der Mißerfolg der Partei auf diese Abstimmung zurückzuführen ist.

Herr **Barteld**: Neben den vielen Juden, die für das Zentrum gestimmt haben, gibt es auch Juden, die treu zu uns gehalten haben. Der Optimismus von Nuschke ist zu bewundern; aber wir kommen nicht darüber hinweg, daß wir keine Mittel mehr erhalten, und deshalb müssen wir alsbald die Zusammenfassung der Mitte herbeizuführen suchen. Allerdings dürfen wir uns nicht vorher auflösen.

Frau **Beckmann**: Es ist ganz unmöglich, daß die Partei sich vorher auflöst, ehe über das Neugebilde Klarheit herrscht. Wir fallen mit einer solchen Politik ja auch unseren eigenen Parteifreunden in Hamburg in den Rücken.

Die Diskussion wird nunmehr geschlossen.

Der **Vorsitzende** schlägt vor, möglichst bald den Gesamtvorstand einzuberufen zu einer gemeinsamen Beratung mit den Fraktionen des Reichstags und der Landtage. Er bittet für sich und Nuschke um die Ermächtigung, den Teilnehmern an der Sitzung aus dem Lande eine Reiseentschädigung zur Verfügung zu stellen. Herr Brammer soll beauftragt werden, eine kurze Notiz über den bevorstehenden Zusammentritt des Gesamtvorstandes zu veröffentlichen.

Der Vorstand erklärt sich mit diesen Vorschlägen einmütig einverstanden. Weiter wird beschlossen, an die Organisationen in den Wahlkreisen ein Rundschreiben zu

8 Wolfgang Jaenicke (1881-1968), Regierungspräsident in Breslau 1919-1930, in Potsdam bis 1933, MdR (Staatspartei) 1930 bis Juli 1932.

9 Heuss gibt diese Mitteilung am folgenden Tage konkreter wieder: „Es wurden von einer Reihe von Städten Rundbriefe jüdischer Gemeindevorsteher und ähnliches mitgeteilt, die für die sozialistische oder Zentrumsliste aufforderten." Vgl. Eksteins, Heuss S. 171.

senden, dessen Inhalt ungefähr den Ausführungen des Leitartikels in dem heutigen „Aufstieg" entspricht[10]. Die Wahlkreisorganisationen sollen aufgefordert werden, die einschlägigen Fragen in ihrem Kreise zu erörtern. Ferner soll das Schreiben eine Ankündigung enthalten, daß der Gesamtvorstand etwa zu Ende Mai einberufen wird.

Der **Vorsitzende** erklärt noch, daß er, wenn er von irgendeiner Seite wegen eines Zusammenschlusses und dergleichen angegangen wird, selbstverständlich Fühlung nehmen werde. Im Zusammenhang mit der kommenden Reichstagstagung werde voraussichtlich der Geschäftsführende Vorstand noch einmal zusammenkommen, um eventuell die Beschlüsse des Gesamtvorstandes vorzubereiten.

Schluß 21 Uhr.

10 „An die Arbeit!". Deutscher Aufstieg v. 1.5.1932 Nr. 18.

195.

18.5.1932: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: Weber. Beginn: kurz nach 17 Uhr. Ende: kurz vor 19.45 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Frau Bäumer, Fischer, Heuss, Hild, Issberner, Jäger, Lehmann, Frau Lüders, Nuschke, Reif, Reinhold, Rönneburg, Schneider, Schütt, Stolper, Vogt, Weber. Entschuldigt: Frau Beckmann, Dietrich, Lemmer, Winschuh, Zeitlin. Unentschuldigt: Barteld, Falk, Giese, Höpker-Aschoff, Külz, Schäfer.

Weber *eröffnet. Er gibt einen kurzen Überblick über die politische Lage, die er als außerordentlich schwierig ansieht. Er betrachtet die Vorgänge der letzten Tage als „Anfang vom Ende", nämlich einer Militärdiktatur, die offenbar im Einvernehmen mit den Nationalsozialisten angestrebt werde*[1]. **Vogt** *stellt fest, daß Dietrich nach diesem Kurswechsel nicht weiter im Kabinett verbleiben könne.* **Weber** *verspricht, in diesem Sinne mit Dietrich zu reden, betont aber, daß er keinen Zwang auf ihn ausüben könne. Frau* **Bäumer** *nennt Brünings Haltung undurchsichtig. Wenn er die parlamentarische Basis verlassen wolle, müsse man sich von ihm trennen, andernfalls müsse man sich weiter beteiligen.* **Reinhold** *hält ein vom Zentrum unter Ausschluß der Nationalsozialisten gebildetes Direktorium für die beste Lösung. Die Staatspartei müsse sich nach der Groener-Affäre vom Kabinett distanzieren, gleichgültig, welche Konsequenzen Dietrich persönlich ziehe. Frau* **Lüders**: *„Die Situation ist vollkommen sinnlos geworden. Es gibt*

1 Groener war am 12.5.1932 als Reichswehrminister zurückgetreten. Zu den Motiven dieses Rücktritts vgl. Carsten S. 376-392; ferner Thilo Vogelsang, Kurt von Schleicher. Ein General als Politiker, Göttingen 1965, S. 67-69.

nichts mehr, was wir stützen könnten." Die Staatsautorität sei auf lange Zeit unheilbar kompromittiert, vor allem durch das Vorgehen der Offiziere. **Fischer** *bezweifelt, daß die Verabschiedung Groeners das Werk einer Kamerilla sei, es existierten Behauptungen, nach denen die Offiziere Brüning lediglich loyal davon unterrichtet hätten, daß sie der Reichswehr nicht mehr sicher seien. Wenn dem so sei, treffe Groener ein ungeheures Verschulden, da er die Verantwortung für das Heer trage.* **Weber** *berichtet, Dietrich habe ihm erzählt, die Generale seien bei Brüning gewesen, um ihm mitzuteilen, daß die Reichswehr nicht mehr hinter Groener stehe.* **Stolper** *glaubt nicht an die Existenz einer Kamerilla. Groener sei nach seiner Rede im Reichstag[2] „erledigt" gewesen, auch in den Augen der Linken. Wenn die Reichswehr auch dieser Ansicht sei, sei es ihr Recht, das zu sagen.* **Vogt**, *Frau* **Lüders** *und* **Reinhold** *widersprechen Stolper.* **Reinhold** *betont, daß es dem politischen Anstand widerspreche, weiter mit „diesem Kanzler" zusammen zu gehen.* **Stolper** *hält es für falsch, Brünings erschütterte Position noch weiter zu gefährden, man müsse eine Politik des Zeitgewinns treiben. Brüning glaube, daß wir in neun bis zehn Monaten über den Berg sein würden. Die weitere Diskussion dreht sich vor allem um die Frage, ob man den Reichstag rasch wieder einberufen solle. Die Ansichten darüber sind geteilt. Auf Empfehlung von* **Weber** *verzichtet der Geschäftsführende Vorstand darauf, eine Notiz über die heutige Sitzung zu veröffentlichen.*

Weber *und* **Heuss** *berichten kurz über die politische Situation in Württemberg. Gegenüber Vorwürfen aus Parteikreisen stellen sie fest, daß es keine separaten Verhandlungen der württembergischen Demokraten mit den Nationalsozialisten gegeben habe und daß die bisherige Parteienkombination wahrscheinlich unter Duldung der Sozialdemokraten weiter regieren werde[3].*

Frau **Bäumer** *teilt mit, daß sie von verschiedenen Parteiorganisationen aufgefordert worden sei, sich öffentlich über die künftige Entwicklung der Staatspartei zu äußern.* **Weber** *empfiehlt, die Organisationen vorläufig anzuweisen, „das Bestehende zu erhalten und weiter zu arbeiten". Die Entscheidung über das Weiterbestehen der Partei liege beim Gesamtvorstand, zunächst müsse man die weitere Entwicklung, vor allem in Preußen, abwarten. Der Geschäftsführende Vorstand stimmt diesen Überlegungen zu.*

2 Vgl. Sten. Ber. Bd. 446 S. 2545-2550.

3 Reinhold Maier hatte am 9.5.1932 in einem Brief an Dietrich berichtet, daß in Württemberg Verhandlungen mit den Nationalsozialisten stattgefunden hätten; dabei sei den Demokraten das Wirtschafts- und Justizministerium in Personalunion angeboten worden. Maier hatte betont, man werde auf keinen Fall den Nationalsozialisten das Innenministerium zugestehen; er hatte Dietrich zugesichert, ihn weiter auf dem laufenden zu halten. Nachlaß Heuss 54. Die Verhandlungen scheiterten dann an der Forderung der NSDAP, Innenministerium und Staatspräsidium zu besetzen. Rundschreiben Hopfs an die Ortsvereinsvorsitzenden der DDP Württembergs vom 26.9.1932. Nachlaß Heuss 57. Vgl. auch Eksteins, Heuss S. 173 f.

196.

2.6.1932: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes gemeinsam mit der Reichstagsfraktion

Gezeichnet unten links: „Issberner fec."[it], unten rechts: „Nuschke". Vorsitz: Weber. Beginn: kurz nach 15 Uhr. Ende: 17.15 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Frau Bäumer, Brammer, Colosser, Dechamps, Frau Dönhoff, Dohrn, Fischer, Heuss, Hild, Hillebrand, Höpker-Aschoff, Issberner, Jäger, Jaenicke, Külz, Lehmann, Lemmer, Liebig, Frau Lüders, Meyer, Nuschke, Reif, Reinhold, von Richthofen, Riedel, Schreiber, Schütt, Stolper, Vogt, Weber.

Weber *eröffnet. Er skizziert die derzeitige politische Situation*[1] *und berichtet über ein Gespräch, das er zusammen mit Meyer im Auftrag der Reichstagsfraktion mit dem Reichspräsidenten geführt habe, um der Sorge über die politische Entwicklung Ausdruck zu geben. Hindenburg habe geantwortet, seine Person bürge dafür, daß die verfassungsmäßigen Bahnen nicht verlassen würden, ferner habe er von der Bildung eines „überparteilichen Kabinetts" gesprochen. Am gleichen Abend sei dann in der Presse die Nachricht vom „Kabinett der nationalen Konzentration" erschienen. Daraufhin habe er zusammen mit Meyer dem Reichspräsidenten einen Brief geschrieben, der inzwischen auch veröffentlicht worden sei*[2]*. Weber gibt der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Brief einen guten Eindruck machen werde, „auch auf die Parteien links von uns". Er stellt dann fest, daß die Staatspartei, falls es überhaupt zur Abstimmung komme, im Reichstag selbstverständlich für das Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Papen stimmen werde. Im Fall von Neuwahlen hält er einen Alleingang der Staatspartei schon aus finanziellen Gründen für unmöglich. Man müsse erstens versuchen, eine gemeinsame Front des Bürgertums auf außerparlamentarischem Wege zu bilden, und sich außerdem bemühen, mit anderen Gruppen der Mitte über die Schaffung einer gemeinschaftlichen taktischen Front bei den Wahlen zu verhandeln.*

Meyer *hält beide Vorschläge für aussichtslos. Er empfiehlt stattdessen, eine Listenverbindung mit dem Zentrum anzustreben und in diesem Sinne sofort mit Brüning und Kaas*[3] *zu verhandeln.* **Reinhold** *schließt sich Meyers Ausführungen an.* **Schreiber** *tritt für die Sammlung der Mittelparteien ein, falls dieser Versuch scheitere, solle man sich an das Zentrum wenden.* **Stolper** *empfiehlt ebenfalls die Listenverbindung mit der Zentrumspartei. Frau* **Bäumer** *gibt der Sammlung der Mitte den Vorzug. Sie warnt vor den Auswirkungen einer Listenverbindung mit dem Zentrum auf die antikatholisch eingestellten Teile der staatsparteilichen Anhängerschaft, vor allem in Thüringen, Baden und Württemberg.* **Nuschke** *tritt für den Fall des Scheiterns einer Sammlung der Mitte für die*

1 Das Kabinett Brüning war am 30.5.1932 zurückgetreten; am 2.6. war die Bildung des neuen Kabinetts von Papen bereits vollzogen. Vgl. Schulthess 1932 S. 92-94.

2 Abgedruckt in: Frankfurter Zeitung v. 2.6.1932 Nr. 406; ferner in: Deutscher Aufstieg v. 5.6.1932 Nr. 23.

3 Ludwig Kaas (1881-1952), MdR (Z) 1919 bis November 1933, Vorsitzender der Zentrumspartei 1928-1933.

Verbindung der Reichsliste mit dem Zentrum ein. Man müsse den Wählern eben erklären, daß diese Verbindung rein technischer Art sei. **Weber** *hält diesen Weg für bedenklich und befürwortet weiter eine Kombination der Mittelgruppen.* **Fischer** *warnt vor Experimenten, die den Grundsätzen der Partei zuwiderliefen, lieber möge man allein in den Wahlkampf gehen. Vielleicht müsse man die Nationalsozialisten einmal an die Regierung lassen. Außerdem würde die Verbindung mit dem Zentrum von den Wählern als Festlegung auf die Person Brünings und als Identifikation mit seiner Politik gedeutet werden. Frau* **Lüders** *hält es für aussichtslos, den Wahlkampf allein zu führen, und befürwortet trotz gewisser Bedenken die Verbindung mit dem Zentrum, falls die Sammlung der Mitte scheitern sollte. Frau* **Bäumer** *empfiehlt eine Zusammenkunft der Parteien, welche die Regierung Brüning gestützt haben, um zu beraten, wie man sich in diesem Wahlkampf helfen könne.* **Heuss** *hält ein Zusammengehen aller Mittelparteien für wenig wahrscheinlich, weil die Wirtschaftspartei und die Deutsche Volkspartei nicht bereit sein würden, gegen das Kabinett Papen in Opposition zu treten. Er spricht sich für die Verbindung mit dem Zentrum aus, allerdings nur auf Reichsebene, nicht im Lande.* **Meyer, Lemmer, von Richthofen** *und* **Colosser** *sprechen ebenfalls für die Listenverbindung mit dem Zentrum.*

Der Geschäftsführende Vorstand nimmt nach längerer Diskussion einstimmig eine Resolution Meyer - Schreiber gegen die Regierung Papen an. Die Entschließung lehnt das Kabinett Papen „mit aller Bestimmtheit" ab und bezeichnet als Ziel der Neuwahlen „die Wiederherstellung einer parlamentarischen Regierung zu nationaler Befreiung, innerer Befriedung und wirtschaftlicher Rettung"[4]. Der Vorstand beschließt ferner, Dietrich und Weber zu ermächtigen, in Verhandlungen mit anderen Parteien zwecks gemeinsamer Listen einzutreten. Aus dem Kreis der Anwesenden wird vorgeschlagen, für die Gespräche mit dem Christlichen Volksdienst Frau Bäumer hinzuzuziehen, für die Verhandlungen mit dem Zentrum Lemmer und für die Besprechungen mit den übrigen Mittelparteien Jaenicke[5]. **Weber** *weist noch auf die Bedeutung der Geldfrage für den Wahlkampf hin und bittet für die nächste Sitzung um Vorschläge zur Lösung dieses Problems.*

4 Liegt vor. Teilabdruck in: Wippermann A 1932 S. 147; ferner in: Schulthess 1932 S. 97.

5 Zur weiteren Entwicklung dieser Bemühungen vgl. Jones S. 283-286.

197.

6.6.1932: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes gemeinsam mit der Reichstagsfraktion

Gezeichnet unten links: „Issberner fec." [it], unten rechts: „Nuschke". Vorsitz: Weber. Beginn: kurz vor 17.45 Uhr. Ende: kurz vor 21 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Frau Bäumer, Bohner, Brammer, Colosser, Dechamps, Frau Dönhoff, Fischer, Heuss, Hild, Hirschel, Höpker-Aschoff, Holländer, Issberner, Jäger, Jaenicke, Külz, Landahl, Lehmann, Lemmer, Liebig, Frau Lüders, Meyer, Nuschke, Petersen, Reif, Reinhold, von Richthofen, Riedel, Rönneburg, Schnei-

der, Schreiber, Schubert, Schütt, Schuldt, Stolper, Vogt, Weber, Winschuh, Zeitlin.

Weber *eröffnet. Er teilt mit, daß er Besprechungen mit den anderen Parteien der Mitte geführt habe, bisher jedoch ohne Ergebnis*[1]*. Eine Listenverbindung mit dem Zentrum erscheine aussichtslos. Weber berichtet weiter, daß die Staatspartei in Baden beabsichtige, bei den Wahlen selbständig vorzugehen.* **Heuss** *referiert über Besprechungen, die innerhalb der Württembergischen Demokratischen Partei zu diesem Thema stattgefunden haben. Die Württemberger hätten sich geeinigt, jegliche Verbindung mit der Deutschen Volkspartei abzulehnen, der Gedanke einer Listenverbindung mit dem Zentrum sei unterschiedlich beurteilt worden. Dietrich habe in einem Telefongespräch für die badischen Parteifreunde die gleiche Haltung bekräftigt. Heuss teilt weiter mit, daß Dietrich mit Kaas und Brüning wegen einer Listenverbindung gesprochen habe, aber auf Bedenken gestoßen sei.* **Winschuh** *berichtet, daß die Mittelgruppen rechts von der Staatspartei ständig über die Möglichkeiten eines Wahlbündnisses oder der Gründung einer neuen Partei verhandelten. Vorläufig stehe Jarres an der Spitze dieser Bemühungen, man versuche auch, Gessler dafür zu gewinnen. Ziel dieser Versuche sei es, eine „Art unkatholisches Zentrum mit starkem konservativem Einschlag" und mit Frontstellung gegen die Nationalsozialisten und Hugenberg zu schaffen. Nach* **Winschuhs** *Ansicht kommt für die Staatspartei eine solche Verbindung nicht in Frage, sondern nur die Anlehnung an das Zentrum oder notfalls ein selbständiges Vorgehen. Frau* **Bäumer** *schlägt vor, sich wenigstens in einigen Wahlkreisen mit dem Zentrum zu verbinden, falls eine gemeinsame Reichsliste scheitern sollte.* **Weber** *betont, daß das Zentrum sich nicht einseitig an die Staatspartei binden wolle. Er berichtet dann über die Versuche, eine neue Partei zu gründen. „Wir haben selbstverständlich unsere Finger darin." Falls etwas zustande kommen sollte, werde Petersen an die Spitze der Neubildung treten, von Jarres sei bisher nicht die Rede gewesen. Weber betont, daß eine solche gemeinschaftliche Kombination unter neuer Leitung Geld für den Wahlkampf erhalten würde, die Staatspartei allein dagegen niemals*[2]*.* **Colosser** *fragt nach den Möglichkeiten einer Listenverbindung mit dem Bayerischen Bauernbund.* **Rönneburg** *schlägt vor, eine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie einzugehen, falls das Zentrum endgültig ablehne.* **Petersen** *stellt fest, daß er sich der Neugründung nur anschließen werde, wenn sie seinen Ideen entspreche. Die Parole müsse lauten: „Bürgertum gegen Radikalismus!"* **Schreiber** *stimmt Petersens Ausführungen zu.* **Lemmer** *hält eine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie nach dem Scheitern aller anderen Versuche für möglich.* **Meyer** *setzt sich dafür ein, eine antifaschistisch und proparlamentarisch eingestellte Gruppierung zu bilden. Als Alternative kommt seiner Ansicht nach nur die Verbindung mit dem Zentrum in Frage, nicht die mit der Sozialdemokratie.* **Stolper** *weist darauf hin, daß man die Parteiführer nicht zu*

1 Siehe Nr. 196 Anm. 5.

2 Heuss berichtete am 8.6.1932 in einem Brief an Hopf über die Erörterungen zum Thema der neuen Mittelpartei in dieser Vorstandssitzung: „Eine Legende behauptet, daß bei einer Neuschaffung ein paar hunderttausend Mark zur Verfügung seien. Aber das wird nicht recht geglaubt, sondern als eine Zweckparole aus der Ecke Mosich gedeutet." Nachlaß Heuss 57. Vgl. dazu Jones S. 284.

Verhandlungen über die Bildung einer neuen Partei, sondern lediglich zu Verhandlungen über eine Listenverbindung ermächtigt habe. Er beurteilt die Möglichkeiten einer Neugründung skeptisch, unter ihren Befürwortern gebe es Leute, die weder grundsätzlich für den Parlamentarismus, noch grundsätzlich gegen den Faschismus seien. Er bittet, „wenigstens einen Zipfel des Schleiers von der geheimnisvollen Parteigründung zu lüften". **Weber** *antwortet, man habe bei den Verhandlungen seitens der Staatspartei gefordert, Petersen an die Spitze der Neugründung zu stellen, ferner habe man „absolute Anerkennung des Parlamentarismus und der Verfassung" gefordert. Das sei ohne Einschränkung zugestanden worden, auch von Dingeldey. Außerdem hätten sie auf „unbedingte antinationalsozialistische Einstellung" gedrungen.* **Landahl** *warnt vor einer Parteigründung im gegenwärtigen Zeitpunkt. Er empfiehlt, allein in den Wahlkampf zu gehen und sich dabei auf die Wahlkreise zu konzentrieren, in denen die Partei Aussichten habe. Nach der Wahl könne man dann der Bildung einer neuen Partei nähertreten.* **Heuss** *glaubt, daß das Experiment einer Parteigründung heute nur verwirrend wirken würde. Er schlägt vor, einem Mann, der nicht zur Staatspartei gehöre, der aber in Deutschland einen Namen habe, – etwa Schlange – eine Kandidatur anzubieten. Eine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie lehnt Heuss prinzipiell ab.* **Vogt** *drückt sein Erstaunen aus, daß Dietrich diesen Verhandlungen fernbleibe. Dietrichs ministerielle Tätigkeit habe verheerend auf die Partei gewirkt, Arbeitnehmer aller Schichten seien abgewandert. Er hält eine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie für tragbar.* **Rönneburg** *empfiehlt Kontakte mit dem Bayerischen Bauernbund und als letzte Möglichkeit die Verbindung mit den Sozialdemokraten.* **Von Richthofen** *hält nur die Verbindung mit dem Zentrum für möglich, wobei man auch die Volkskonservativen heranziehen könne.* **Weber** *stellt fest, daß sowohl mit Treviranus als auch mit dem Zentrum verhandelt worden sei. Treviranus habe ihm versprochen, selbst zu Brüning zu gehen und ihm dann Bescheid zu geben. Er habe jedoch nichts von sich hören lassen, was auf einen negativen Ausgang schließen lasse. „Die Gefahr besteht für uns auch darin, daß, wenn wir uns gegenüber den Mittelparteien ausschalten und nur mit dem Zentrum gehen, die anderen für sich ein neues Parteigebilde machen."* **Von Richthofen** *wünscht dennoch, es noch einmal mit dem Zentrum zu versuchen. Frau* **Bäumer**: *„Unser Fehler als Mittelpartei ist gewesen, daß wir zu dogmatisch und zu rigoros gewesen sind. Dadurch haben wir den Anschluß von Richtungen ferngehalten, die im Grunde doch demokratisch sind." Sie hält eine Erweiterung des Kreises der Staatspartei auch jetzt noch für möglich, unmittelbar vor den Wahlen sei die Zeit dafür doch zu kurz. Sie rät, sich auf die aussichtsreichen Wahlkreise zu beschränken und zu versuchen, Leute mit Autorität zu gewinnen, zum Beispiel unter den Mitgliedern des Hindenburgausschusses*[3]. **Fischer** *wendet sich gegen eine Listenverbindung mit dem Zentrum, sie widerspreche den Prinzipien der Partei. Er bittet, weiter zu verhandeln.* **Petersen** *stellt fest, daß eine Neugründung nur dann in Frage komme, wenn die Partei geschlossen dafür eintrete. Er schlägt vor, zunächst einen gemeinsamen Wahlaufruf aller Mittelparteien herauszubringen und sich dann auf eine gemeinsame Liste von Treviranus bis Brüning zu einigen. Die eigentliche Parteigründung müsse dann nach den Wahlen stattfinden.* **Weber**

3 Siehe Nr. 189 Anm. 4.

resümiert seine bisherigen Aktivitäten. Er betont, daß er weiter verhandeln werde, ohne die Partei dabei festzulegen. Die Verbindung mit der Sozialdemokratie lehnt er für seine Person ab, ,,weil das das Ende einer bürgerlichen Partei sein würde", ebenso einen Alleingang.

Nach Abschluß der Aussprache wird Weber von der Versammlung ermächtigt, die Verhandlungen fortzusetzen.

198.

12.6.1932: Sitzung des Gesamtvorstandes

Gezeichnet: „Issberner fec." [it], unten rechts: „Nuschke". Vorsitz: Dietrich. Beginn: kurz vor 10.30 Uhr. Ende: kurz nach 16 Uhr. Ort: Reichstag.

Herr **Dietrich** als Vorsitzender eröffnet die Sitzung gegen 10.30 Uhr mit Worten der Begrüßung und dem Ausdruck der Freude über den zahlreichen Besuch. Er hebt die Vertraulichkeit der heutigen Verhandlungen hervor; über die Sitzung werde ein amtlicher Bericht veröffentlicht werden.

Herr Dietrich geht dann sofort zu einer Darstellung der gegenwärtigen politischen Situation über. Auf der Tagesordnung sei als erster Punkt vermerkt: ,,Die Lage der Partei nach den Preußenwahlen". Aber das ist durch die großen Ereignisse überholt, die sich inzwischen in der Reichspolitik abgespielt haben, Ereignisse, die sich mit außerordentlich großer Schnelligkeit vollzogen haben. In dem Augenblick freilich, als wir Hindenburg wählten, war das Kabinett schon in einer Weise unterwühlt, daß diejenigen, die diese Dinge genau kannten, den Zeitpunkt der Explosion sich ungefähr herausrechnen konnten. Die Lage war sehr ähnlich derjenigen, die vor dem Rücktritt des Kabinetts Hermann Müller bestanden hat. Auch dies Kabinett war schon längst vorher unterhöhlt, bis dann sich ein äußerer Anlaß fand (Wissell), der die Katastrophe herbeiführte. Als Hindenburg nach der Wiederwahl sein Amt angetreten hatte, merkte man das Vorliegen von mancherlei Schwierigkeiten. Wir mußten eine neue Notverordnung machen, weil wir damit zu rechnen hatten, daß wir im nächsten Winter noch eine Million Arbeitslose mehr durchzuschleppen hatten als das letzte Mal. Hierum drehte sich die Auseinandersetzung im Kabinett, um weiter nichts. Wir hatten bereits im Februar den Standpunkt eingenommen, daß wir mit finanztechnischen Mitteln allein über das bevorstehende Jahr nicht hinwegkommen würden, daß vielmehr wirtschaftspolitische Maßnahmen getroffen werden mußten. Als wir diese Maßnahmen erörterten, hatten wir hauptsächlich mit Stegerwald zu kämpfen wegen der Unterstützung der Erwerbslosen einmal durch das Reich und sodann durch die Gemeinden. Wir haben auf Stegerwald gedrückt, daß er eine Reform der Arbeitslosenversicherung machen soll. Die hat er auch vorgeschlagen, aber er hat die Verantwortung dafür durch die Vermittlung der Christlichen Gewerkschaften auf mich abladen lassen. Im ganzen handelte es sich um etwa 800 Millionen, da zu den Aufwendungen für die Erwerbslosen noch eine Viertelmilliarde Zuschuß für die Invaliden- und für die Knappschaftsversicherung kam. Weiter waren wir uns

im klaren darüber, daß an die Großgrundbesitzer im Osten keine weiteren Subventionen gezahlt werden könnten. Deshalb wollten wir 500 000 bis 750 000 Hektar Landes auf das Reich übernehmen, um diese Fläche soweit als möglich zu besiedeln.

Nun hat man Brüning allzu großes Zögern vorgeworfen. Es ist fraglich, ob dieser Vorwurf berechtigt war und nicht vielmehr Brüning mit seiner vorsichtigen Zögertaktik das Richtige getroffen hat. Jedenfalls ging der Vorwurf von einer Richtung aus, die in der Gegend des Generals von Schleicher zu suchen ist. Die Herren standen in Verbindung mit gewissen industriellen Kreisen, wobei auch Goerdeler[1] mitgespielt hat. Ihr Ziel ist erstens Zerschlagung des Tarifrechts, was von Brüning und Stegerwald verweigert wurde; zweitens Reform der Arbeitslosenversicherung, indem man die drei Unterstützungsarten in einen Topf warf und bei den Gemeinden konzentrierte, in der Weise, daß der Arbeitslose kein Recht auf Unterstützung hat, sondern nur eine Wohlfahrtspflicht vorhanden ist. Das sind im wesentlichen die Goerdelerschen Ideen gewesen.

Nun begab sich der Reichspräsident nach Neudeck. Vermutlich ist die Reise oder mindestens die Verlängerung des Aufenthalts in Neudeck von Leuten inszeniert worden, die das Kabinett nicht mehr tolerieren wollten. Brüning wurde mißtrauisch und weigerte sich, die Notverordnung jetzt noch zu machen, wo er vielleicht dicht vor der Demission stand. Der Versuch einer Rücksprache mit Hindenburg in Neudeck glückte ihm nicht. Meissner[2] wurde hingeschickt und meldete telegrafisch Rückkehr des Reichspräsidenten am Sonnabend oder Sonntag. Infolgedessen haben wir uns mit der Verabschiedung der Notverordnung nicht so sehr beeilt. Am Sonntagmorgen erschien dann der Reichspräsident. Wir haben vereinbart, Brüning solle ihm sagen, er könne die Regierung nur weiterführen, wenn die unterirdischen Einflüsse beseitigt würden und eine gewisse Garantie dafür geschaffen würde, daß sie sich nicht in Zukunft abermals bemerkbar machten. In dieser Auffassung waren wir, d. h. Brüning, Dietrich, Stegerwald und Treviranus, vollständig einig. Als darauf Brüning am Sonntagvormittag zu Hindenburg ging, trug er ihm zunächst den Inhalt der zu erlassenden Notverordnung vor. Er wußte, daß gegen einige Punkte gewisse Widerstände vorhanden waren, der Reichspräsident hatte darüber schon telegrafiert (Siedlungsfrage, Kriegsbeschädigtenfrage). Hindenburg hörte dem Vortrage Brünings zu, auch als dieser von den Schwierigkeiten sprach. Über diese haben sie sich ziemlich lange unterhalten. Brüning erklärte dem Reichspräsidenten, er könne diese ganzen Dinge in der Notverordnung nur riskieren, wenn er sicher sei, daß ihm solche Vorgänge erspart blieben, wie sie bei Groener passiert wären[3]. Er müsse den Reichspräsidenten um Garantien bitten. In diesem Augenblick nahm der Reichspräsident sein Notizbuch vor, in das er stets die zu besprechenden Punkte einträgt, und legte an der Hand dieses Notizbuches seine Stellungnahme fest: Er möchte den Reichs-

1 Carl Goerdeler (1884-1945), Oberbürgermeister von Leipzig 1930-1937, Reichspreiskommissar 1931-1932.

2 Otto Meissner (1880-1953), Leiter des Büros des Reichspräsidenten seit 1920, ab 1923 im Rang eines Staatssekretärs.

3 Siehe Nr. 195, bes. Anm. 1.

kanzler bitten, nun seinerseits keine Notverordnungen mehr zu machen und keinerlei personelle Veränderungen vorzunehmen (wobei es ungewiß blieb, ob Hindenburg die Ergänzungen im Ministerium oder Veränderungen in der Beamtenbürokratie meinte). Brüning erwiderte darauf: „Ich fasse diese Stellungnahme von Ihnen dahin auf, daß Sie den Rücktritt des Kabinetts wünschen." Im Anschluß daran hat Brüning dem Reichspräsidenten keinen Hehl daraus gemacht, daß er dieses Vorgehen für eine sehr gefährliche Sache halte, für die Hindenburg eines Tages vor der Geschichte die Verantwortung tragen würde. Mit diesen Worten entfernte er sich sehr kühl; auch Hindenburg war sehr kalt. Unmittelbar nach dieser Besprechung hatten wir, Brüning und Dietrich, dann eine Zusammenkunft mit McKenna[4], der gerade in Berlin war. Dieser hat aber nichts gemerkt. Später haben wir uns mit Treviranus über diese Sache unterhalten. Am nächsten Morgen beschloß das Kabinett den Rücktritt, und Brüning übergab beim Reichspräsidenten die Demission, was nicht länger als 3 ½ Minuten dauerte, in demselben Moment, als er den Reichspräsidenten verließ, übergab mir der bayerische Gesandte die Hindenburg-Medaille. (Heiterkeit.) Den unmittelbaren Anstoß zu dem Sturz des Kabinetts Brüning hat die Siedlungsfrage gegeben. Schlange, der schon vorher erfahren hatte, daß man in Neudeck in diesem Punkte nicht seiner Meinung sei, hatte bereits am Mittwoch oder Donnerstag seine Demission angeboten. Brüning hat dies aber zunächst vertuscht und ignoriert. Die tieferen Gründe der Beseitigung Brünings liegen darin, daß eine Schicht, die vorher im Staate keinen entscheidenden Einfluß mehr hatte, nämlich das Alt-Preußentum, die Herrschaft wieder an sich zu nehmen gewillt ist. Schleicher war zwei Tage nach der Demission bei mir und hat mit mir über diese Dinge geredet. Er hat mich tatsächlich gefragt, ob ich bereit wäre, in irgendeiner Form an der neuen Regierung teilzunehmen. Dabei hat er mir dann auch gesagt, wohin die Reise geht. Ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht, daß diese Reise eine Lebensgefahr für das deutsche Volk sei. Die Nationalsozialisten hätten ihm wohl vorläufig Tolerierung zugesagt; wenn sie aber erst die Mehrheit hätten, dann würden sie ihn auch wegjagen. Auf diese Vorstellungen ging Schleicher aber nicht ein – offenbar glaubt er imstande zu sein, die Situation in jedem Augenblick zu meistern. Im übrigen haben die Herren vor, recht lange zu regieren. Die ersten Versuche zur Ergreifung der Macht hat diese Bevölkerungsschicht schon zur Zeit der Regierungsbildung unter Brüning gemacht. Brüning sollte das Steuer nach rechts drehen. Diesen Rechtsabmarsch hat Brüning auch versucht, aber nicht fertiggebracht aus der Macht der Tatsachen heraus, und so ist er gefallen, weil er die Erwartungen der Herren enttäuscht hat. Jetzt ist den Leuten um Schleicher die beabsichtigte Taktik im letzten Augenblick zerschlagen worden. Wahrscheinlich ging sie dahin, daß das Kabinett Brüning die Notverordnung noch machen sollte, nachdem im Sinne des Reichspräsidenten daran Änderungen vorgenommen seien. Hindenburg sollte dann unterschreiben, und nunmehr wären sie ruhigen Herzens nach Lausanne[5] gegangen, um die Erfolge unserer Reparationspolitik einzuheimsen. Diese Taktik aber hat Brüning durch sein Vorgehen zerschlagen.

4 Reginald McKenna, Vorsitzender der Midland Bank.

5 Siehe Nr. 187 Anm. 5.

Ich bin vielfach deswegen getadelt worden, daß ich über unsere wirtschaftlichen Zustände nicht die Wahrheit gesagt habe. Aber wenn ich das getan hätte, dann wären wir nicht einmal diese zwei Jahre durchgekommen. Die Frage ist nun: Was kommt jetzt? Wenn man die Rede von Gayl[6] liest, dann bemerkt man, daß sie vor Loyalität trieft. Es ist aber immer schlimm, wenn jemand in diesem Maße trieft. (Heiterkeit.) Liest man das, was Papen gesagt hat, so sieht man, daß ein Teil davon das ist, was wir alle wollen. Auffallend aber ist seine Bemerkung über die christliche Weltanschauung[7]. Er hätte darüber lieber nichts sagen sollen. Brüning kann es vielleicht in dieser Beziehung mit ihm aufnehmen. Die neue Regierung hat im einzelnen kein klares Programm, und man weiß auch nicht, wieweit sie versuchen wird, ihre Leitsätze in der Praxis zu verwirklichen. Das einzige, was sie bisher in Angriff genommen hat, ist die Ordnung der Finanzen. Dazu ist zu bemerken, daß die Kasse auf zwei bis drei Monate noch in Ordnung gewesen ist, d. h. auf eine Zeit, die unter den heutigen Umständen die längstmögliche ist. Mit Nachdruck ist zu betonen, daß ich die Kasse in demselben Zustande abgegeben habe, wie ich sie erhalten habe; ich habe sie im Gegenteil noch etwas besser meinem Nachfolger übergeben, als ich sie bekommen hatte. In der Sache selbst ist zu sagen, daß Finanzminister von Krosigk einfach die alte Vorlage hervorgeholt und sie dem Kabinett vorgelegt hat. Er soll dabei erklärt haben, wenn das Kabinett diese Vorschläge nicht akzeptiert, dann komme man nicht über den nächsten Winter weg. Es ist also zu erwarten, daß die Regierung Papen ganz außerordentlich unpopuläre Dinge machen muß, für die sie dann ebenso die Verantwortung trägt, wie die Regierung Brüning für ihre Notverordnung. Weiter berät man noch über die Aufhebung des S.A.-Verbotes. Alles Weitere liegt im Dunkeln. Mit Sicherheit ist aber anzunehmen, daß man versuchen wird, den ostelbischen Großgrundbesitz weiter durchzuschleppen. Demgegenüber müssen wir den Standpunkt einnehmen, immer wieder darauf hinzuweisen, daß die vorige Regierung rund 2 Millionen Bauern Siedlungsland geben wollte und daß sie daran gescheitert ist. Auf dem außenpolitischen Gebiet wird die Regierung Papen es leichter haben. Eine Zahlung der Reparationen wird sie nicht wieder aufnehmen. Wie die Dinge im einzelnen aber in Lausanne laufen werden, das kann man noch nicht sagen. In England steht es so, daß zu den Kräften, die die Reparationen streichen wollen, in erster Linie die Bank von England und Macdonald[8] gehört. Papen hat schon immer Fäden nach Frankreich gesponnen. Aber das beweist für die große Politik noch nichts. Immerhin ist in Lausanne das Zustandekommen einer gewissen praktischen Lösung zu erwarten, die dann später zu einer völligen Bereinigung der Frage führen wird.

Wie betreiben wir nun die innere Politik? Was den Zusammenschluß mit anderen Menschen und Gruppen anlangt, so wäre Voraussetzung dafür, daß die Gruppen,

6 Wilhelm Freiherr von Gayl (1879-1945), Reichsinnenminister von Juni bis Dezember 1932. Am 9.6.1932 hatte Gayl in einer längeren Rede vor dem Reichsrat sein Programm entwickelt. Vgl. Schulthess 1932 S. 102-105.

7 Die parallel zur Reichstagsauflösung am 4.6.1932 veröffentlichte Regierungserklärung des neuen Kabinetts von Papen enthielt u. a. den Satz: „Es muß eine klare Entscheidung darüber fallen, welche Kräfte gewillt sind, das neue Deutschland auf der Grundlage der unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung aufbauen zu helfen." A. a. O. S. 98.

8 James Ramsey Macdonald (1866-1937), britischer Premierminister 1924 und 1929-1935.

mit denen wir etwa zusammengehen, sich auf unseren staatspolitischen Standpunkt stellen. Sie werden also mit uns kämpfen müssen gegen die Regierung, gegen den Nationalsozialismus, gegen den Umsturz der Verfassung. Dabei sind auch wir der Meinung, daß das Wahlrecht und das Wahlverfahren einer Revision bedarf. Der Parlamentarismus, der in der letzten Zeit völlig zerschlagen worden ist, kann nur wieder aufgerichtet werden bei einer völligen Änderung des Wahlsystems. Die Wahlkreise müßten ganz klein sein, noch kleiner als vor dem Kriege. Das würde dazu führen, daß 90 % der bisherigen Mandatsinhaber, die nicht durch ihre Persönlichkeit, sondern auf ihre Partei hin gewählt sind, aus dem Reichstag verschwinden würden; das aber würde zur Verstärkung der Aktionsfähigkeit des Parlaments sehr viel beitragen. Ferner kommt in Frage, das Wahlrecht nach unten zu beschneiden. Das ist ein weniger wichtiges Problem, die Sache muß aber doch auch im Interesse der deutschen Freiheit gemacht werden. Was aus den derzeitigen Versuchen auf eine Neugruppierung der Mitte herauskommen wird, läßt sich schwer beurteilen. Von gewissen Seiten wird geplant, eine Gruppe zu schaffen, die vielleicht mit der Rechten zusammen eine Mehrheit im Reichstag erlangen kann[9]. Zu denjenigen, die einen solchen Zusammenschluß auf der rechten Seite wünschen, gehören auch die Geldgeber der neuen Gruppe. An sich würde ich der erste sein, der bei einer Zusammenfassung der Mitte mitgehen würde, aber dies nur dann, wenn wir dabei unser Gedankengut behaupten können. Pläne, wie ich sie eben skizziert habe, können wir unter keinen Umständen mitmachen. Wir müßten ja sonst auch die Politik der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten mitmachen. Die Frage, ob es überhaupt angebracht ist, daß wir, wenn aus dem Zusammenschluß nichts wird, uns allein zu behaupten haben, ist zu bejahen. Denn schließlich muß doch ein Punkt der Sammlung für diejenigen sein, die nach einer Gesundung der Politik beieinanderstehen wollen. Es kann sein, daß durch die Entwicklung auch dieser Anhaltspunkt vernichtet wird. Dann aber haben wir wenigstens getan, was wir tun konnten, und können vor dem Urteil der Geschichte bestehen. (Großer Beifall.)

Nun ist es schwer zu sagen, ob diejenigen, die uns bisher gewählt haben, nach den Erfahrungen der letzten Preußenwahl gesonnen sind, uns noch einmal zu wählen. Ich habe mit Stegerwald und Brüning gesprochen wegen einer Verbindung der Reichsliste unserer beiden Parteien. Beim Zentrum ist eine Schwierigkeit zu erwarten, weil man dort mit dem Gedanken der konfessionellen Schule umgeht. Vielleicht werden in dieser Beziehung schon Fäden mit der Rechten und mit Papen gesponnen. Sollte von uns das Zentrum die Konzedierung der konfessionellen Schule verlangen, so könnten wir darauf absolut nicht eingehen. Ferner habe ich auch mit Schlange gesprochen. Aber diese Sachen sind heute noch nicht zum Abschluß reif. Die heutige Sitzung wird den Zweck haben klarzustellen, ob die Partei noch einmal in den Kampf einzutreten beabsichtigt. Wir in Baden und Württemberg sind entschlossen, die Partei am Leben zu erhalten. Schlimmstenfalls würden wir also dort eine demokratische Gruppe aufrechterhalten.

An der Entwicklung der parteipolitischen Dinge trifft die Leitung der Partei keine

9 Am 8.6.1932 hatte Koch-Weser einen Brief an Dietrich geschrieben, in dem er vor einer Beteiligung an der Gründung einer Partei „von Lemmer bis Westarp" warnte. Abgedruckt in: Ende der Parteien S. 80f.; vgl. ferner Jones S. 286-288.

Schuld. Niemand wäre imstande gewesen, diese Entwicklung aufzuhalten. Die Bürger haben den Glauben an sich selbst verloren und glauben, es gebe einen Propheten oder ein System, das ihnen helfen kann. Solange eine so große Schicht der Bevölkerung sich in dieser Geistesverfassung befindet, ist wenig zu erhoffen. Die Deutsche Volkspartei ist beinahe bis zum letzten Mann zu den Nationalsozialisten übergelaufen, ebenso die Wirtschaftspartei. Bei uns dagegen sind noch etwa 700 000 Wähler treu geblieben. Die Frage ist: Kann man sich mit dieser Gruppe noch behaupten? Ich habe das Gefühl, daß wir in der größten Krise des deutschen Staates seit 1871 stehen. Heute haben die zerstörenden Elemente die Oberhand auf der ganzen Linie. Ich kann Ihnen nur die Entscheidungsfrage vorlegen: Sind Sie bereit, noch einmal in den Kampf einzutreten auf die Gefahr hin, daß wir total geschlagen werden? (Beifall.)

Herr **Weber** berichtet über die Verhandlungen mit den anderen Parteien. Nach der Weisung des Geschäftsführenden Vorstandes[10] habe man mit dem Zentrum Fühlung genommen, wo wir damals nicht auf eine absolute Ablehnung gestoßen sind, aber auch keine unbedingte Zustimmung gefunden haben. Nebenher fanden Verhandlungen statt mit den übrigen Parteien der Mitte. Von unserer Seite waren daran außer mir die Herren Schreiber und Jaenicke beteiligt. Diese Verhandlungen nahmen am ersten Tage schon auf der Seite Dingeldeys einen eigentümlichen Verlauf. Er war der Meinung, daß es sich bei uns nur um den rechten Flügel der Staatspartei handeln könne. Ich habe ihm das sofort verwiesen. Wir haben uns von der Mitarbeit nicht ausgeschlossen, sondern die Sache zu fördern gesucht und vorgeschlagen, Petersen an die Spitze zu stellen, was denn auch konzediert wurde. Petersen hat sich dann an den Verhandlungen beteiligt und zum Wortführer unserer Gedankengänge gemacht. Er hat zum Ausdruck gebracht, daß selbstverständlich ganz klare Verhältnisse geschaffen und die Nationalsozialisten auf das schärfste bekämpft werden müßten. Darum sei es auch ausgeschlossen, mit den Deutschnationalen Fühlung zu nehmen. Ich habe mich gleichfalls in den Verhandlungen sehr deutlich gegen ein Zusammengehen mit den Deutschnationalen ausgesprochen. Eine Verhandlung mit Hugenberg würde unseren Tod bedeuten. Natürlich sei nichts dagegen einzuwenden, wenn vernünftige Deutschnationale zu uns herüberkämen; aber politische Bindungen mit den Deutschnationalen vorzunehmen, sei ausgeschlossen. Bei den Verhandlungen an den letzten Tagen waren wir nicht mehr beteiligt. Morgen soll von einer Berliner Gruppe und übermorgen von einer anderen kleineren Gruppe der Versuch gemacht werden, unter Beteiligung von Eckener[11] eine neue Partei zu bilden. Die Verhandlungen mit dem Zentrum hat Dietrich in den letzten Tagen geführt, er hat ja darüber auch berichtet. Ich fürchte, daß wir dort nicht finden, was wir erhoffen.

Redner empfiehlt, in der nun folgenden Debatte nicht auf die allgemeine politische Lage einzugehen, sondern lediglich zunächst die Frage der Aufrechterhaltung der Partei und unserer Arbeit bei den Wahlen zu besprechen. Ferner bittet er um Beschränkung der Redezeit auf höchstens zehn Minuten und stellt in diesem Sinne

10 Siehe Nr. 196.

11 Hugo Eckener, Vorsitzender des Vorstands der Zeppelin-Stiftung.

einen formellen Antrag. Die Versammlung beschließt diese Beschränkung auf zehn Minuten.

Anschließend beginnt die allgemeine Aussprache. **Schäfer** *sieht die wichtigste Aufgabe darin, das Gedankengut der Staatspartei in die neue Partei hinüberzuretten, in welcher Form, sei nicht entscheidend. Er schlägt vor, sich im Wahlkampf auf die erfolgversprechenden Gebiete zu konzentrieren und in den anderen Wahlkreisen die Abstimmung freizugeben.* **Winschuh** *schließt sich Schäfers Vorschlag an.* **Frommhold** *glaubt, daß es der Partei in Hannover gelingen könnte, Geldmittel und Wähler zu mobilisieren, falls die Listenverbindung mit dem Zentrum zustande komme.* **Meyer** *bezweifelt die Möglichkeit, eine Partei zu gründen, welche den Forderungen der Staatspartei nach scharfer Frontstellung gegen den Nationalsozialismus und entschiedener Ablehnung des Kabinetts Papen entsprechen würde. Um einen aussichtslosen Alleingang der Staatspartei zu verhindern, bittet er, den engeren Vorstand zu Verhandlungen mit dem Zentrum zu ermächtigen.* **Schreiber** *geht u. a. auch auf die Lage in Preußen ein und betont, daß er keine Verantwortung für die letzte Notverordnung*[12] *trage. Er habe Braun seinen Rücktritt angeboten, dieser habe jedoch abgelehnt. Die Situation der Partei in den Wahlen beurteilt er pessimistisch. „Draußen im Lande gibt es viele Wähler, die sich sagen: Es lohnt sich nicht, eine Partei zu wählen, die nicht in Fraktionsstärke ins Parlament kommen wird und die somit keine selbständigen Anträge stellen kann." Er empfiehlt, trotz aller Schwierigkeiten zu versuchen, eine bürgerliche Sammelpartei zu schaffen, die sich zur Verfassung und gegen Faschismus und Kamerilla bekenne. Er legt eine entsprechende Resolution vor.* **Maier** *billigt die Resolution Schreiber, hält allerdings das Zustandekommen einer derartigen Sammlung der Mitte für wenig wahrscheinlich. Er spricht sich im Namen der württembergischen Demokraten trotz gewisser Bedenken für eine Listenverbindung mit dem Zentrum aus. „Letzter Ausweg wird für uns der Versuch sein, zusammen mit Baden und vielleicht auch mit Bayern, mit dem wir bereits Verhandlungen führen, eine eigene Reichsliste für die süddeutsche Demokratie einzureichen." Maier warnt davor, die Wahl weniger Abgeordneter in ihrer Bedeutung zu unterschätzen, sie könnten im Parlament oft den Ausschlag zwischen den großen Parteien geben. Er legt dann eine Resolution vor, welche die Frage aufwirft, ob der Reichspräsident berechtigt sei, ohne weiteres den Reichstag aufzulösen*[13]*. Nach Auffassung von Frau* **Lüders** *wird es im Wahlkampf um die Existenz des Staates und um die Prinzipien der Demokratie gehen. Die Pläne der gegenwärtigen Regierung seien vom Geist einer „wohldurchdachten Restauration" geprägt. Die Staatspartei müsse vor allem an die Frauen appellieren. „Denn die Frauenrechte sind sofort erledigt, wenn das neue System zum Durchbruch kommt." Von einer neuen Partei hält sie nichts. Im Wahlkampf dürfe die Abstimmung nirgends freigegeben werden, da sonst die Stimmen für die Reichsliste verlorengingen.* **Reinhold** *setzt sich für die Listenverbindung mit dem Zentrum ein, möglichst noch unter Beteiligung einer Bauernpartei.* **Ehlermann** *wendet sich gegen eine Parteigründung. Sie wäre zum Untergang*

12 Die preußische Regierung hatte am 8.6.1932 eine Notverordnung zwecks Ausgleich des Haushalts erlassen, die u. a. eine Gehaltseinbehaltung für alle Beamten und Angestellten einschloß. Vgl. Schulthess 1932 S. 101.

13 Liegt vor.

verurteilt, denn das Bürgertum werde sich nicht für eine solche Partei exponieren. Es werde den Wert der Freiheit erst erkennen, wenn sie verloren sei. „Wir leben jetzt im Zeitalter des Directoire, und Schleicher glaubt, daß er als Napoleon daraus herauskommen wird. Schleicher wird sich irren." Erst wenn dieser Irrtum offenbar geworden sei, könne der Umschwung einsetzen. Für diesen Zeitpunkt müsse sich die Staatspartei bereithalten als „Plattform" für die Demokratie. Er empfiehlt, die Reststimmen zu sammeln und allein in den Wahlkampf zu gehen. **Landahl** *warnt davor, die Haltung der Partei ausschließlich nach dem Wahltermin zu orientieren, denn die eigentliche Staatskrise werde erst nach diesem Termin einsetzen. Die Partei werde am 31. Juli nur einen Restbestand halten können, aber dieser Bestand müsse in sich geschlossen sein, um als Ausgangspunkt für die Umkehr des Bürgertums zu dienen. Er findet die Resolution Schreiber unklar und zu wenig kämpferisch ggegen die Regierung Papen.* **Rönneburg** *spricht sich für die Listenverbindung mit dem Zentrum oder mit dem Bauernbund aus, im Falle des Scheiterns für die Verbindung mit der Sozialdemokratie. Mit fünf oder sechs Mandaten könne die Staatspartei vielleicht die Mehrheit der Reaktion verhindern. Er legt eine Resolution zu dieser Frage vor.*

Der **Vorsitzende** *erinnert die Anwesenden daran, daß es sich um streng vertrauliche Beratungen handele.* **Uebe** *wirft der Parteileitung vor, sie habe sich zu sehr von den Belangen der Partei, auch draußen auf dem Lande, losgelöst und habe außerdem versäumt, die Jugend zu gewinnen. Die Parole müsse lauten: „Weg von der Staatspartei, zurück zu der Demokratischen Partei!"* **Lemmer** *weist darauf hin, daß die Männer, die sich jetzt um eine neue Partei bemühten, sich bisher nicht eindeutig gegen das Kabinett Papen ausgesprochen hätten. Solange dieser Punkt ungeklärt sei, dürfe man die Staatspartei einer solchen Gründung nicht opfern. Er stellt fest, daß die Partei sich wieder mehr mit der sozialen Frage beschäftigen müsse und der Tatsache gedenken, „daß 99 Prozent des deutschen Volkes einkommenslos geworden sind". Frau* **Bäumer** *hält es für bedenklich, sich einer Gruppe anzuschließen, deren Programm lediglich in der Parole „freie Wirtschaft" bestehe. Dennoch dürfe man sich nicht dem Vorwurf aussetzen, eine Sammlung der Mitte zerschlagen zu haben. Sie hält daher die Resolution Schreiber vom taktischen Gesichtspunkt aus für angemessen, wünscht jedoch eine stärkere Betonung der sozialen Forderungen.* **Neumann** *erklärt die Bereitwilligkeit der schlesischen Demokraten, auch allein in den Wahlkampf zu gehen. Er legt eine Resolution gegen die letzte preußische Notverordnung vor*[14]. **Wachhorst de Wente** *spricht für die Verbindung mit dem Zentrum und gegen die Verbindung mit den Sozialdemokraten. Er hält eine Neugründung für aussichtslos und wirft der Staatspartei vor, sie habe die Bauernschaft bei der letzten Reichstagswahl schlecht behandelt.* **Ehlers** *tritt im Namen der Thüringer Anhängerschaft für Erhaltung der Staatspartei ein, sie müsse als Grundstock für eine später zu bildende große Partei erhalten bleiben.*

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, zunächst die Vertreter jener Wahlkreise sprechen zu lassen, die noch nicht zu Wort gekommen sind. Die Mehrzahl der folgenden Redner spricht sich gegen eine neue Parteigründung und

14 Liegt vor.

für eine Listenverbindung mit dem Zentrum aus. **Weber** *dankt Dietrich unter dem Beifall der Versammlung für seine Arbeit und stellt fest, man müsse Dietrich „Einsicht" und „Courage" zugestehen, selbst wenn man einzelne der von ihm ergriffenen Maßnahmen für anfechtbar halte.*

Dann beginnen die Abstimmungen. Weber läßt zunächst einen Antrag Külz verlesen, der den engeren Vorstand zur Durchführung der für die Wahl notwendigen Maßnahmen ermächtigt[15]*. Da sich Widerspruch gegen die sofortige Annahme dieses Antrags erhebt, wird er zunächst zurückgestellt. Die Resolution Maier wird einstimmig angenommen. Sie ersucht die Reichstagsfraktion, dem Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung die Frage vorzulegen, ob die Reichstagsauflösung verfassungsgemäß sei*[16]*. Nach längerer Debatte wird mit Mehrheit eine Resolution aus Schlesien angenommen, welche die Aufhebung der letzten preußischen Notverordnung „wegen ihrer ungerechten und unsozialen Belastung weiter Volkskreise" fordert*[17]*. Auf* **Schreibers** *Bitte, der die gegenwärtigen Schwierigkeiten der preußischen Regierung nicht vergrößern möchte, erfolgt die Annahme dieses Antrags mit der Maßgabe, dem Geschäftsführenden Vorstand den Zeitpunkt ihrer Veröffentlichung zu überlassen. Anschließend stimmt der Gesamtvorstand mit großer Mehrheit dem Antrag Schreiber zu, der inzwischen entsprechend der im Verlauf der Debatte geäußerten Kritik abgeändert worden ist. Er lautet:*

„Die Deutsche Staatspartei dankt ihrer Anhängerschaft für die Treue und Opferwilligkeit, die sie unter schwierigsten Verhältnissen bewiesen hat. Der Vorstand stellt die Geschlossenheit und Kampfbereitschaft der Partei fest.

Der politische Systemwechsel, der mit dem gegenwärtigen Kabinett vollzogen ist, macht den jetzigen Wahlkampf zum Entscheidungskampf um die Grundlagen der deutschen Republik. Die Partei wird diesen Entscheidungskampf gegen das Kabinett von Papen im Geiste der Verantwortung für ihre politischen Grundsätze führen.

Um der Größe dieser Entscheidung willen hält die Deutsche Staatspartei die Sammlung aller die Grundlage unserer Verfassung bejahenden bürgerlichen Kräfte für eine staatspolitische Notwendigkeit. Sie ist bereit, ihre Anhänger zur Mitarbeit dabei aufzufordern. Voraussetzung für diese Mitarbeit ist, daß die neue Partei auf dem großen Gedanken der sozialen Gerechtigkeit, der Volksgemeinschaft, der persönlichen, geistigen und wirtschaftlichen Freiheit des Einzelnen aufgebaut und gewillt ist, die Rechte und Freiheiten des Volkes gegen Nationalsozialismus und Diktatur mit Entschiedenheit zu verteidigen und unter Ablehnung aller sozialistischen Bestrebungen von rechts und links auf dem Boden unserer Staats- und Gesellschaftsordnung für die Rettung von Reich, Volk und Wirtschaft zu kämpfen."

Anschließend wird einstimmig ein Antrag Vogt angenommen, der sich gegen die Aufhebung des Verbots von SA und SS wendet[18]*. Auf Vorschlag* **Webers** *finden*

15 Liegt vor.

16 Liegt vor.

17 Liegt vor.

18 Liegt vor.

einige Probeabstimmungen über mögliche Listenverbindungen statt. Der Gesamtvorstand spricht sich dabei gegen vier Stimmen und bei einer Enthaltung für die Listenverbindung mit dem Zentrum aus. Er ist ferner damit einverstanden, falls diese Verbindung scheitern sollte, eine Listenverbindung mit dem Bayerischen Bauernbund unter Einbeziehung von Teilen der norddeutschen Bauernschaft zu versuchen. Über die Frage einer Verbindung mit der Sozialdemokratie findet keine Abstimmung statt. Dann wird die zu Beginn der Abstimmung zurückgestellte Resolution Külz einstimmig angenommen. Sie ermächtigt den engeren Vorstand, zur Durchführung der heute gefaßten Beschlüsse und der Wahlen alle notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Dietrich *schließt die Sitzung mit der Versicherung, niemand solle der Staatspartei vorwerfen dürfen, sie habe „die Flagge gestrichen".*

199.

16.6.1932: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Gezeichnet unten links: „Issberner fec." [it], unten rechts: „Nuschke". Vorsitz: Frau Lüders. Beginn: 17.45 Uhr. Ende: 19.45 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Frau Bäumer, Brammer, Colosser, Frau Dönhoff, Heuss, Hild, Issberner, Frau Lüders, Meyer, Nuschke, Reif, Rönneburg, Schreiber, Schütt, Vogt, Zeitlin.

Frau **Lüders** *eröffnet und teilt mit, daß Dietrich einen kurzen Erholungsurlaub angetreten habe. Sie berichtet über den Stand der Verhandlungen mit den anderen Parteien. Dietrich habe Gespräche mit dem Zentrum geführt und hoffe, daß es zu einer Zusammenarbeit kommen werde. Die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Partei der Mitte seien dagegen gescheitert*[1]. **Schreiber** *teilt Einzelheiten über den Verlauf dieser Gespräche mit. Er berichtet außerdem über Beratungen, die auf Einladung von Drewitz*[2] *zwischen Mitgliedern der Staatspartei, der Wirtschaftspartei und des linken Flügels der Deutschen Volkspartei stattgefunden hätten*[3]. *Man beabsichtige, weiter zu verhandeln*[4].

An diese Mitteilungen schließt sich eine ausgedehnte Debatte an. Frau **Lüders** *stellt in einer Zusammenfassung der Diskussionsergebnisse fest, daß zunächst das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Zentrum abgewartet werden müsse. Das Ziel der Staatspartei in diesem Wahlkampf sei, eine nationalsozialistisch-deutschnatio-*

1 Siehe Nr. 198 Anm. 9.

2 Hermann Drewitz (1887-1955), MdL Preußen (Wirtschaftspartei) 1921-1928, MdR Dezember 1924 bis Juli 1932, Vorsitzender der Wirtschaftspartei 1921-1931.

3 Vgl. Jones S. 290f.

4 Zum Versuch der Reichsgeschäftsstelle, die Ausgangsposition der Staatspartei in diesen Verhandlungen durch Gewinnung neuer Mitglieder zu stärken, vgl. den Brief von Schütt an Külz vom 16.6.1932 sowie einen Auszug der von der Zentrale entworfenen „Richtlinien" in: Ende der Parteien S. 82f.

nale Mehrheit zu verhindern. Schreiber wird ermächtigt, die Gespräche mit der Gruppe um Drewitz fortzusetzen. Der Geschäftsführende Vorstand begrüßt den von Elsass[5] entwickelten Gedanken, die Mitte in der Berliner Stadtverordnetenversammlung als Vorbereitung auf die spätere Bildung einer neuen Partei zusammenzufassen, und hält es für ratsam, diesen Zusammenschluß noch vor den Reichstagswahlen durchzuführen.

Es folgt noch eine kurze Aussprache über die finanzielle Situation[6], in deren Verlauf mitgeteilt wird, daß Fischer sein Schatzmeisteramt zur Verfügung gestellt habe.

---

5 Fritz Elsass (1890-1945), Bürgermeister in Berlin 1931-1933, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen und Preußischen Städtetages, MdL Württemberg (DDP) 1924-1926.

6 Külz und Dietrich bemühten sich im Juni und Juli 1932, aus Wirtschaftskreisen Geld für die Wahl zu erhalten, meist jedoch nur mit geringem Erfolg. So überwies Felix Hoesch von der Firma Schöller und Hoesch G. m. b. H. in Gernsbach Dietrich 300 Mark, schrieb jedoch dazu: „[. . .] wir glauben fast, daß als einzigste Möglichkeit der Wahl für einen Industriellen nur die Deutschnationale Partei übrigbleibt. Dabei sind wir uns aller Schwächen dieser Partei voll bewußt, insbesonderheit der ausgesprochenen Absicht der Wiedererrichtung einer Monarchie." Nachlaß Dietrich 223. Bankier Kroch aus Leipzig antwortete Külz: „Ich bitte, es mir nicht zu verübeln, wenn ich Ihnen offen mitteile, daß sich ein Außenseiter wie ich nicht hat des Gefühls erwehren können, daß die für kleine Splitterparteien verausgabten Beträge einfach aus dem Fenster herausgeworfenes Geld sind." Mosich stellte fest, „daß seitens des Hansabundes im gegenwärtigen Wahlkampf leider nach keiner Richtung hin irgendwelche Mittel zur Verfügung gestellt werden können". Nachlaß Külz 17.

200.

7.7.1932: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Gezeichnet unten links: „Issberner fec." [it], unten rechts: „Nuschke". Vorsitz: Dietrich. Beginn: 13.30 Uhr. Ende: 15 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Frau Bäumer, Barteld, Dietrich, Fischer, Heuss, Hild, Höpker-Aschoff, Issberner, Lehmann, Nuschke, Reif, Rönneburg, Schäfer, Schütt, Winschuh, Zeitlin. Entschuldigt: Frau Beckmann, Frau Lüders.

Der Vorsitzende, Herr **Dietrich**, eröffnet die Sitzung um 13.30 Uhr. Er bezeichnet als Aufgabe der Beratungen die Vorbereitung der Sitzung des Gesamtvorstandes. Nachdem eine Listenverbindung mit dem Zentrum nicht zustande gekommen sei, sei privatim bei den Sozialdemokraten angefragt worden. Diese sollen einer Listenverbindung zugestimmt haben, ohne jede persönliche und sachliche Bindung für uns. Die Meinungen über ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten sind durchaus nicht einheitlich. Es wäre aber wünschenswert, wenn wir heute nachmittag dem Gesamtvorstand einen bestimmten Plan vorlegen könnten. Nach einer Darlegung der parteipolitischen Verhältnisse, die damit schließt, daß bei dem Versagen aller anderen Parteien der Mitte die Aufrechterhaltung der Deutschen Staatspartei als Partei der Republik und der Verfassung eine staatspolitische Notwendigkeit sei, schlägt Redner vor, die Staatspartei möge eine Listen-

verbindung mit den Sozialdemokraten eingehen; die führenden Kreise der Partei wie Dietrich, Höpker-Aschoff usw. könnten diesen Schritt freilich nicht mitmachen und würden damit vorläufig aus der Politik ausgeschaltet sein.

Herr **Nuschke** berichtet über die gescheiterten Versuche, zu einem Wahlabkommen mit der Bayerischen Volkspartei sowie dem Bayerischen Bauernbund zu gelangen. Er macht dann noch weitere Mitteilungen über die Anerbietungen, die Herrn Lemmer seitens der Sozialdemokraten gemacht worden sind. Überaus bedauerlich sei es, daß die Panik-Parole, die von Hitler und Hugenberg erfunden worden sei, bei uns Eingang gefunden habe und ihre Wirkung übe[1]. Weiter gibt der Redner Kenntnis von einer Reihe von Briefen aus dem Lande, in denen eine Listenverbindung mit den Sozialdemokraten teils verlangt, teils abgelehnt wird.

Herr **Höpker Aschoff**: Große Teile unserer Partei würden eine Listenverbindung mit den Sozialdemokraten nicht mitmachen, darunter unsere besten Wahlkreise. Die Grundauffassung, daß dem Nationalsozialismus gegenüber keine einzige Stimme verlorengehen darf, ist überhaupt falsch. Auf ein Mandat mehr oder weniger kommt es bei der Ausschaltung des Parlamentarismus gar nicht an. Ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie würde die Zukunft unserer Partei außerordentlich schädigen.

Herr **Heuss**: Vielleicht ließe sich etwas erreichen, wenn Dietrich direkt mit Fehr[2] über ein Zusammengehen mit dem Bayerischen Bauernbund verhandelt. Eine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie würde den ganzen Sinn und Gang des Wahlkampfes zu unseren Ungunsten verändern. Baden-Württemberg würde uns dann verlorengehen. Eine Reihe von früheren Anhängern der Deutschen Volkspartei wird vermutlich auch nicht zu uns stoßen können, wenn wir irgendwelche Bindungen mit den Sozialdemokraten vornehmen.

Herr **Nuschke** macht davon Mitteilung, daß der Wahlkreis Berlin gestern gegen eine große Minderheit die Listenverbindung mit den Sozialdemokraten beschlossen hat. Den gleichen Beschluß hat Potsdam II gefaßt; Richthofen ist alsdann als Spitzenkandidat zurückgetreten.

Herr **Rönneburg**: Ohne eine Verbindung mit der Sozialdemokratie werden wir eine ganz katastrophale Wahlniederlage erleben. Denn dann wird ein großer Teil unserer Wähler uns verlassen, während im Falle einer Listenverbindung kaum ein nennenswerter Teil unserer Mitglieder nicht mitmachen würde. Was wir in diesem Falle verlieren würden, das würden wir um ein Mehrfaches gewinnen einmal dadurch, daß wir unsere Leute, die sonst zum Zentrum oder zur Sozialdemokratie gehen würden, bei der Stange behalten und zweitens dadurch, daß wir einen nicht

1 Am 5.7.1932 hatte Nuschke an Külz geschrieben: „Ich war bis heute absolut fest auf selbständiges Vorgehen gestimmt, aber die Panikparole von der verlorengehenden Stimme wütet in unseren Reihen wie der Coloradokäfer auf einem Kartoffelacker. Das ist schon beinahe höhere Gewalt! Ich bin darum der Auffassung, daß wir, falls die SPD es uns anbietet, eine Listenverbindung nicht ausschlagen dürfen." Nachlaß Külz 17.

2 Anton Fehr (1881-1954), MdR (BBB:/DBP) 1920 bis November 1933, Reichsernährungsminister von März bis Dezember 1922, bayrischer Landwirtschaftsminister von Juni 1924 bis Juli 1930.

unbeachtlichen Teil unserer früheren Wähler wieder an uns ketten würden. Es muß auch möglich sein, die rein technischen Notwendigkeiten der Listenverbindung den Wählern klarzumachen. 1912 ist doch ein direktes Stichwahlbündnis zwischen Fortschrittlicher Volkspartei und Sozialdemokratie abgeschlossen worden, und jetzt liegen die Dinge noch viel günstiger. Die Sozialdemokraten haben auch zugestanden, daß wir im Wahlkampf die Trennungslinie gegen ihre Partei ganz deutlich zeichnen können. Für die Zukunft der Partei ist es von ausschlaggebender Bedeutung, ob wir so zahlreich in den nächsten Reichstag einziehen, daß wir einen gewissen Machtfaktor, vielleicht das Zünglein an der Waage, bilden können. Eine Trennung der Partei, in der Weise, daß etwa Süddeutschland eine eigene Reichsliste aufstellt und der übrige Teil Listenverbindung mit der Sozialdemokratie vornimmt, ist unmöglich. Auch der Vorschlag Dietrichs bezüglich der Reichsliste ist um der Zukunft der Partei willen nicht richtig. Auch in diesem Falle würden die führenden Männer die Verantwortung tragen, mögen sie nun auf der Liste stehen oder nicht. Ein Zusammengehen mit dem Bayerischen Bauernbund erscheint schon aus praktischen Gründen wegen der Kürze der Zeit als ausgeschlossen.

Frau **Bäumer**: Bei der augenblicklichen Situation läßt sich zur Zeit gar nicht übersehen, wie sich die Listenverbindung mit den Sozialdemokraten auswirken wird. Ob man dadurch ein paar Mandate erlangt und im kommenden Reichstag eine Rolle spielt, ist nicht ausschlaggebend. Es muß also das Entscheidende für uns sein, daß ein selbständiges Vorgehen die Zukunft der Partei eher sichert als ein Zusammengehen mit einer anderen Partei. Es kommt hinzu, daß im Wahlkampf voraussichtlich eine starke Annäherung der Sozialdemokraten an die Kommunisten stattfinden wird.

Herr **Fischer** schließt sich der Meinung von Frau Bäumer an. Wer in der Partei noch eine Zukunft sieht, entsprechend den Grundsätzen bei der Gründung, der kann eine Listenverbindung nicht eingehen. Besonders nachdem man drei Wochen von einer Verbindung mit dem Zentrum gesprochen hat, wäre es eigenartig, wenn wir jetzt zu den Sozialdemokraten laufen würden. Die Hauptsache ist die Frage, ob die Partei im ganzen die Listenverbindung mitmachen wird. Das wird nicht der Fall sein. Ein Teil der Partei wird dann eine Trennung vornehmen müssen. Man wird dabei auf Kreise verzichten müssen, die uns sonst sehr am Herzen liegen. Die Sozialdemokratie wird nicht imstande sein, die wirtschaftliche Krise zu beseitigen. Darauf aber kommt es für die Erhaltung der Republik an. Also machen wir keine Experimente! Der Geschäftsführende Vorstand als solcher darf unter keinen Umständen einen derartigen Vorschlag machen. Auch der Vorschlag Dietrichs ist nicht gangbar.

Herr **Schütt** macht nähere Mitteilungen über die Konzessionen, die der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei im Falle einer Listenverbindung der Staatspartei einräumen will, und beruft sich dabei auf direkte Mitteilungen Dittmanns.

Herr **Rönneburg** verwahrt sich gegenüber Fischer dagegen, daß er sich damit abgefunden habe, daß ein Teil unserer Freunde im Falle einer Listenverbindung mit der Sozialdemokratie sich abtrennt. Daß er den Verlust jedes einzelnen Parteifreundes aufs höchste bedauere, brauche er doch wohl gar nicht erst zu sagen. Bei der Reichstagswahl würden bei einer Listenverbindung ungefähr

671 000 Wähler für uns stimmen, dazu kämen vielleicht noch 150 bis 200 000, die bei der letzten Wahl abgesprungen sind, uns jetzt aber wiederwählen würden.

Herr **Zeitlin**: Das Zweckmäßigste würde ein ganz selbständiges Vorgehen sein. Wir können uns nicht als bürgerliche Mittelpartei herausstellen, wenn wir uns mit den Sozialdemokraten verbinden. Eine Spaltung der Partei in der Weise, daß Süddeutschland keine Listenverbindung vornimmt, Norddeutschland sich dagegen an die Sozialdemokraten anschließt, würde für uns katastrophal sein. Wir dürfen die Zukunft der Partei nicht zerstören.

Herr **Barteld**: Vor einem endgültigen Beschluß muß man erst die Stimmung in den verschiedenen Wahlkreisen hören. Ein selbständiges Vorgehen erscheint schon wegen der pekuniären Frage beinahe als ein Ding der Unmöglichkeit. Unklar ist es andererseits, wie die Listenverbindung mit der Sozialdemokratie auf Leute wirkt, die bisher der Deutschen Volkspartei angehörten und die wir für uns gewinnen möchten. Hinsichtlich der Gewinnung von Stimmen bei den Beamten und Angestellten würde wiederum eine Listenverbindung sehr wertvoll sein. Will man eine solche Verbindung mit der Sozialdemokratie, so kann man sie nur für ganz Deutschland machen.

Herr **Schäfer**: Die meisten unserer Mitglieder werden die Listenverbindung mitmachen. Dagegen ist es fraglich, ob alle unsere nichtorganisierten Wähler mitgehen werden. Man wird damit rechnen müssen, daß von diesen viele abspringen. Es ist ja äußerst schwer, den Wählern die rein technische Bedeutung einer solchen Listenverbindung klarzumachen.

Herr **Winschuh**: Die Situation ist nach jeder Seite hin für die Partei unerfreulich und zugleich unklar. Ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten ist ganz undenkbar; eine Verbindung mit dem Zentrum wird von dieser Partei abgelehnt; allein können wir auch nicht vorgehen. Mit zwei oder drei Mandaten kann man keine Partei aufrechterhalten. Das einzig Mögliche ist daher, daß wir für den bevorstehenden Wahlkampf die Stimmen freigeben und ruhig für diesmal von der Bildfläche verschwinden. Nach den Wahlen wird man dann das Neue vorbereiten müssen. Wie das aussehen wird, das kann man heute noch nicht positiv formulieren. Die Staatspartei aber ist erledigt.

Herr **Dietrich** stellt nach dem Verlauf der Diskussion fest, daß sich für seinen Vorschlag niemand ausgesprochen hat, daß im übrigen betreffs eines Zusammengehens mit den Sozialdemokraten keine einheitliche Meinung zu erzielen ist, so daß man dem Gesamtvorstand keinen Vorschlag unterbreiten kann.

Betreffs der Reichsliste entsteht eine längere Diskussion darüber, ob die zweite Stelle mit einer Frau besetzt werden soll und welche Frau vorgeschlagen werden soll, da Frau **Bäumer** verzichtet. Positive Beschlüsse werden nicht gefaßt.

Schluß 15 Uhr.

201.

7.7.1932: Sitzung des Gesamtvorstandes

Gezeichnet unten links: „Issberner fec." [it], unten rechts: „Nuschke". Vorsitz: zunächst Dietrich, dann Rönneburg. Beginn: kurz nach 15.15 Uhr. Ende: 22 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Dietrich *eröffnet. Er teilt vertraulich Einzelheiten über den Fall Gelsenkirchen*[1] *mit und wendet sich gegen ein Rundschreiben, das in der Partei zirkuliert, in dem seine Haltung in dieser Angelegenheit kritisiert wird. Dietrich bedauert, daß man ihm dieses Rundschreiben nicht direkt zugestellt habe, und betont nachdrücklich, er nehme das gegen ihn eingeschlagene Verfahren persönlich übel. In der anschließenden Debatte stellt* **Dechamps** *fest, daß er der Reichsgeschäftsstelle ein Exemplar des Schreibens übermittelt habe, in der Annahme, daß es dort in die Hand des Parteivorsitzenden gelangen werde. Dechamps geht dann näher auf den Fall Gelsenkirchen ein und betont, daß ein großer Teil der Anhängerschaft „den hier zutage tretenden Sozialisierungstendenzen" nicht folgen könne*[2]*. „Wenn Sie auf Ihrem und wir auf unserem Standpunkt bestehenbleiben, dann müssen wir eben auseinandergehen."* **Meyer** *verteidigt Dietrich und appelliert an den Gesamtvorstand, die Sache auf sich beruhen zu lassen. Nach einer Auseinandersetzung zwischen* **Fischer** *und* **Dietrich,** *wobei* **Fischer** *Dechamps Standpunkt unterstützt, wird auf Antrag Lemmer mit allen gegen drei Stimmen beschlossen, zur Tagesordnung überzugehen.*

Wahlaufmarsch und Wahllosung

Herr **Nuschke** berichtet eingehend über die seit der letzten Vorstandssitzung eingetretenen Ereignisse. Zunächst über das Scheitern der Bewegung zum Zusammenschluß der Mitte. Dann haben sich die Verhandlungen mit dem Zentrum über eine gemeinsame Reichsliste zerschlagen. Darauf haben wir mit der Bayerischen Volkspartei durch unsere bayrischen Freunde Fühlung genommen. Diese Verhandlungen sind als zwecklos von beiden Seiten abgebrochen worden; sie sind nur privat geführt worden. Wie es heißt, will der Bayerische Bauernbund mit der Bayerischen Volkspartei zusammengehen, ferner wird wahrscheinlich die Wirtschaftspartei mit der Bayerischen Volkspartei Listenverbindung vornehmen. Schließlich ist mit der Sozialdemokratie privatim Fühlung genommen worden. Die Sozialdemokratie ist mit einer Verbindung einverstanden ohne jede Konzessionen

1 Im Juni 1932 hatte das Reich für 100 Millionen Mark die Aktienmehrheit der Gelsenkirchener Bergwerks AG erworben, um den drohenden Zusammenbruch des Konzerns der Vereinigten Stahlwerke AG zu verhindern. Zu den Hintergründen der Aktion und zu Dietrichs Motiven vgl. Saldern S. 179-184.

2 Wieland hatte am 25.6.1932 in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Reichsausschusses für Handel, Handwerk und Industrie an Dietrich geschrieben: „[. . .] und ich will Ihnen nicht verhehlen, daß die Aufregung, um nicht zu sagen, Entrüstung, in den Kreisen der Partei, des Handels und der Industrie, kurzgesagt, der Privatwirtschaft, mit denen ich zu sprechen Gelegenheit hatte, besonders wegen der grundsätzlichen Seite der Angelegenheit, ganz ungeheuer ist." Nachlaß Dietrich 223.

von uns, es ist nur an eine rein technische Veranstaltung gedacht[3]. Die Sozialdemokraten haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, nachdem sie sich vorher mit Wels,[4] der sich in Mergentheim aufhält, verständigt haben. Inzwischen hatte der neulich gewählte engere Ausschuß[5] beschlossen, ein Vorgehen mit eigener Reichsliste vorzuschlagen. Im Geschäftsführenden Vorstand sind, wie sich heute mittag herausgestellt hat, die Meinungen geteilt. Wir haben daher die Frage nicht entschieden und übergeben Ihnen die Entscheidung. Redner legt dann ausführlich das Für und Wider einer Verbindung mit der Sozialdemokratie dar.

Herr **Dietrich** gibt noch einige ergänzende Mitteilungen und berichtet namentlich über die Verhandlungen, die mit Schlange geführt worden sind. Gegenüber dem Zentrum ist Zurückhaltung am Platze. Wie die Dinge liegen, werden wir selbständig vorgehen müssen. Die in Berlin herrschende Stimmung ist nicht maßgebend für das Reich.

Nunmehr übernimmt Herr Rönneburg den Vorsitz.

Herr **Külz** bedauert, daß am allermeisten die jüdischen Parteigenossen einer Angstpsychose verfallen sind. Er erklärt für die sächsischen Wahlkreise Dresden-Bautzen und Chemnitz-Zwickau, daß dort eine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie unmöglich ist.

Herr **Frommhold** hebt die Bedenken einer Listenverbindung mit der Sozialdemokratie hervor. Wenn diejenigen unserer Wahlkreise, in denen wir einigermaßen sicher auf ein Mandat rechnen können, die gemeinsame Reichsliste mit der Sozialdemokratie nicht machen können, dann werden wir darauf bedacht sein müssen, überhaupt allein in den Wahlkampf zu gehen.

Herr **Lemmer**: Wir können eine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie nicht gegen eine ernsthafte Minderheit beschließen. Die Psychose ist nun einmal vorhanden, daß wir im Falle eines selbständiges Vorgehens kaum die Hälfte unserer organisierten Mitglieder für unsere Liste bekommen. Eine Verbindung nach anderer Richtung hin kommt gar nicht in Frage. Bleibt also nur ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. Redner teilt aufgrund seiner Besprechungen mit prominenten Sozialdemokraten mit, daß diese Partei um des gemeinsamen Zieles in diesem Wahlkampfe willen zu dem größten Entgegenkommen gegen uns bereit sei. Ohne die gemeinsame Reichsliste werden wir nur drei Mandate bekommen. Mit ihr aber zehn Mandate.

Herr **Bartschat** hätte gewünscht, daß der Geschäftsführende Vorstand dem Gesamtvorstande einen konkreten Vorschlag unterbreitet hätte. Er spricht sich für ein selbständiges Vorgehen aus. Ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten

---

3 Am 8.7. informierte Heuss aufgrund der Berichte im Vorstand Friedrich Mück in Tübingen: „In den Besprechungen hat sich die Sozialdemokratie außerordentlich anständig gezeigt; natürlich keine Bedingungen. Wir sollten die ihrer Reichsliste anzufügenden Namen als eigene Reichsliste herausgehen lassen können. Sie waren auch bereit gewesen, die staatsparteilichen Namen auf ihre Liste zu bringen, wenn daneben eine geschlossene süddeutsche eigene Reichsparteiliste aufgestellt worden wäre." Eksteins, Heuss S. 175.

4 Otto Wels (1873-1939), MdR (SPD) 1912 bis Juni 1933, Vorsitzender der SPD.

5 Siehe Nr. 196.

können wir in Ostpreußen nicht machen. Wird das heute beschlossen, dann ziehe ich meine Kandidatur zurück, und wir in Ostpreußen geben die Stimmen frei.

Frau **Krause** plädiert für eine Verbindung mit den Sozialdemokraten. Selbständig können wir unmöglich vorgehen.

Die Versammlung beschließt nunmehr, außerhalb der Reihenfolge der Rednerliste zunächst die Vertreter der Wahlkreise Hamburg, Baden, Württemberg und Potsdam II zu hören.

Herr **Platen**: Der Hamburger Geschäftsführende Vorstand glaubt eine Verbindung mit den Sozialdemokraten ablehnen zu müssen. Es handelt sich da nicht um ein technisches Problem, sondern um ein politisches Faktum ersten Ranges, das sich besonders nach der Reichstagswahl auswirken wird. Redner legt dar, weshalb wir gerade in Hamburg nicht mit den Sozialdemokraten eine Verbindung eingehen können. Das muß vornehmlich mit Rücksicht auf unsere Wähler geschehen, weil die Wähler, die wir hinzugewonnen haben, von rechts kommen und nun nicht wieder in eine neue politische Linie sich einreihen lassen. Auch die Angestellten, die unserer Partei in Hamburg angehören, sind durchaus gegen die Einigungsliste.

Herr **Reinhold**: Es handelt sich nicht bloß um eine Parteifrage, sondern um eine große politische Frage. Wir können 700 000 Stimmen für uns gewinnen, wenn wir eine richtige Taktik üben. Da ist es nicht zu verstehen, daß jetzt bei uns ein so großer Widerstand gegen die Sozialdemokratie vorhanden ist. Wir haben doch 12 Jahre mit den Sozialdemokraten zusammengearbeitet. In unserem Wahlaufruf könnten wir mit aller Schärfe unsere privatwirtschaftlichen Grundsätze aufstellen. Gehen wir allein vor, dann setzen wir sechs bis acht Mandate aufs Spiel. Die Sozialdemokratie hat uns bedingungslos das Zusammengehen angeboten. Ich bin ein geradezu fanatischer Anhänger dieser Listenverbindung. Sie wird uns für die Zukunft auch nicht schädigen. Sogar im alten Reichstag ist der Freisinn bei den Stichwahlen mit den Sozialdemokraten zusammengegangen. Wenn einzelne Kreise bei uns das nicht ertragen können, dann müßte man diesen Kreisen ein getrenntes Vorgehen mit besonderer Liste gestatten. Die große Presse wird andernfalls für die Staatspartei ohne Listenverbindung nicht Propaganda machen, sondern im Gegenteil von der Stimmabgabe für die Staatspartei abraten.

Herr **Heuss**: In Württemberg ist die Stimmung unserer Parteifreunde ebenso wie in Hamburg. In der letzten württembergischen Landesversammlung ist das Zusammengehen mit den Sozialdemokraten einhellig abgelehnt worden. Die Frage einer technischen Verbindung tritt im Bewußtsein der Bevölkerung absolut zurück. Die Sache wird vielmehr als hochpolitische angesehen. Wie will man den Wahlkampf führen, wenn jede Wahlversammlung damit ausgefüllt sein wird, daß man diese Listenverbindung erklärt? Durch die Verbindung werden wir keine Stimme zurückgewinnen, die wir vorher bereits verloren haben. Wenn wir jetzt auf eine Verbindung verzichten, so werden wir als einzige deutsche Mittelpartei, die selbständig vorgeht, etwas wie Seltenheitswert bekommen. Aus der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei können wir nur bei selbständigem Vorgehen Zuzug erhalten. Bei einer Verbindung mit der Sozialdemokratie würden sogar unsere vier einigermaßen sicheren Mandate im Lande gefährdet werden.

Herr **Oscar Meyer**: Der Wahlkreis Potsdam II hat auf seinem Vertretertag

nahezu einstimmig beschlossen, eine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie nicht abzulehnen. Redner spricht sich gegen den Vorschlag Reinhold aus, weil die Ablehnung der Listenverbindung mit den Sozialdemokraten in einigen Wahlkreisen gegen uns in den anderen Wahlkreisen gemacht werden würde.

Herr **Zircher**[6]: Die Interessen eines einzelnen Wahlkreises dürfen nicht maßgebend sein. Wir in Baden sind der Meinung, daß eine Listenverbindung mit den Sozialdemokraten leichter zu ertragen ist als mit dem Zentrum. Wir könnten in den Wahlkampf selbständig gehen, wenn wir mindestens vier bis fünf Mandate sicher hätten. Auch in Baden gibt es Wähler, die unserer Partei nicht ihre Stimme geben wollen, wenn sie allein vorgeht.

Herr **Petersen** empfiehlt den Kompromißvorschlag von Reinhold.

Auf Vorschlag von **Lemmer** beschließt die Versammlung, daß jetzt zunächst die Vertreter der Wahlkreise, die noch nicht zu Worte gekommen sind, ganz kurz ihre Stellung zu der Frage einer Listenverbindung mit der Sozialdemokratie mitteilen sollen.

Pommern: Für Listenverbindung.

Berlin: Für Listenverbindung.

Potsdam I: (Riedel): Grundsätzlicher Gegner einer Listenverbindung. Eine große Anzahl unserer treuesten Wähler würden uns weglaufen. Die Erregung ist groß wegen des sozialistischen Terrors und der sozialdemokratischen Personalpolitik in Preußen.

Frankfurt/Oder: Für Listenverbindung.

Liegnitz: Für Listenverbindung.

Oppeln: Für Listenverbindung.

Magdeburg: Für Listenverbindung. Ein offizieller Beschluß ist allerdings noch nicht gefaßt worden.

Merseburg: Die Frage einer Listenverbindung ist noch nicht erörtert worden.

Erfurt/Thüringen: Einstimmig für eine Listenverbindung.

Schleswig-Holstein: Ein offizieller Beschluß ist noch nicht gefaßt, aber die überwiegende Mehrheit wahrscheinlich für Listenverbindung.

Weser-Ems: Die Meinungen sind geteilt. Bremen ist gegen Verbindung, Ostfriesland und Oldenburg dafür. Alle sind gegen eine Trennung auf zwei Listen.

Ost-Hannover: Keine einheitliche Meinung, aber wohl die Mehrheit für Listenverbindung.

Süd-Hannover: Ebenso wie Ost-Hannover.

Westfalen Nord: Für Listenverbindung.

Westfalen Süd: Auf einem gemeinsamen Parteitag von Westfalen Nord und Süd herrschte die Meinung vor, daß wir bei einer Listenverbindung mit der Sozialdemokratie weniger verlieren würden als bei selbständigem Vorgehen. Für Westfalen hat die Wirtschaftspartei eine Listenverbindung im Verbande vorgeschlagen in der

6 Oberforstrat in Karlsruhe.

Weise, daß die Reststimmen auf die Reichsliste der Staatspartei übergehen sollen. Dieses Projekt darf nicht dadurch gefährdet werden, daß wir uns an die Sozialdemokratie anschließen. Daher einstimmiger Beschluß des Vorstandes, keine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie.

Hessen-Nassau: Die Mehrzahl für eine Verbindung.

Köln-Aachen: Ein Beschluß ist noch nicht gefaßt. Für die Verbindung würde sich vielleicht die Mehrheit aussprechen.

Koblenz-Trier: Für Listenverbindung.

Düsseldorf Ost: Anhänger und Gegner der Verbindung halten sich die Waage.

Düsseldorf West: Starke Mehrheit für Verbindung.

Oberbayern: Gegen jede Listenverbindung; aber Unterstellung unter dem Mehrheitsbeschluß.

Niederbayern: Die Meinungen geteilt. Aber Disziplin wird gehalten.

Pfalz: Für Listenverbindung.

Leipzig: Gegen Listenverbindung.

Hessen: Für Listenverbindung.

Mecklenburg: Gegen Listenverbindung.

Der **Vorsitzende** stellt danach fest, daß 21 Wahlkreise für eine Listenverbindung sind, 12 dagegen, 2 freibleibend.

Im Fortgang der Debatte wird zunächst darüber verhandelt, ob ein getrenntes Vorgehen, wobei ein Teil der Wahlkreise eine besondere staatsparteiliche Reichsliste einreicht, während der andere Teil sich an die Sozialdemokratie anschließt, zu empfehlen ist. An die Sonderliste würden sich sämtliche Wahlkreise anschließen, aus denen Mandate zu erwarten sind, außer Potsdam II also Hamburg, Baden, Württemberg, Sachsen. Es würden aber auch noch andere Wahlkreise hinzutreten, Bayern, Schleswig-Holstein und die beiden Hessen, ferner Ostpreußen. Von mehreren Rednern wird darauf hingewiesen, daß in diesem Falle die Sozialdemokraten überhaupt kein Interesse mehr an dem Anschluß der übrigen Wahlkreise hätten. Mehrere Redner sprechen sich mit aller Entschiedenheit gegen eine Trennung der Listen aus, so die Herren **Meyer, Külz, Barteld, Höpker-Aschoff, Weber**. Herr **Rönneburg** empfiehlt Unterbrechung der Sitzung auf eine halbe Stunde, und die Versammlung beschließt demgemäß mit Mehrheit, doch wird ausdrücklich erklärt, daß während dieser Frist irgendwelche Verhandlungen mit der Sozialdemokratie (die von einigen Seiten beantragt waren), nicht stattfinden dürfen.

Vertagung der Sitzung um 18.45 Uhr.

Die Sitzung wird kurz nach 19.30 Uhr wieder aufgenommen. Der Vorsitzende, Herr **Dietrich**, berichtet über die Verhandlungen, die inzwischen im engeren Kreise, nämlich seitens der Vertreter der Wahlkreise Hamburg, Württemberg, Baden, Sachsen, Potsdam II, stattgefunden haben. Württemberg und Sachsen haben einer Teilung der Liste der Partei widersprochen, weil dann denjenigen, die mit den Sozialdemokraten Listenverbindung eingegangen sind, vorgeworfen werden würde, daß sie nicht einmal würdig seien, mit den anderen Parteigenossen

zusammenzukämpfen. Hamburg hat diesen Standpunkt nicht eingenommen, sondern würde mit einer Trennung der Listen einverstanden sein. Redner erklärt, daß er persönlich gegen diese Aufteilung die größten Bedenken habe. Wenn Süddeutschland für sich allein eine besondere Liste aufstellen würde, so wäre das allenfalls noch erträglich. Da aber noch norddeutsche Wahlkreise hinzukommen sollen wie Hamburg und Ostpreußen, so lasse sich dieses Verfahren nicht durchführen. Deshalb sollten wir uns dahin schlüssig machen, daß eine Teilung der Liste nicht vorgenommen wird. Sodann muß man darüber Entscheidung treffen, ob wir die Wahlkreise, von denen wir noch Mandate zu erwarten haben und die keine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie einzugehen imstande sind, majorisieren dürfen. Redner spricht sich gegen diese Majorisierung aus, indem er darauf hinweist, daß, wenn wir nur möglichst viele Stimmen retten wollten, wir wahrscheinlich bei einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie weiterkommen würden, daß aber bei einer Politik auf weite Sicht wir nur dann die Hoffnung auf Wiederaufbau der Partei haben, wenn die Wahlkreise, die noch einen Bestand haben, diesen behaupten können. Das sei in Hamburg, Württemberg und Sachsen der Fall, während bei Potsdam II die Sache allerdings etwas anders läge. Der Vertreter Badens, wo man an sich Listenverbindung mit der Sozialdemokratie für erträglich halte, habe erklärt, Baden würde sich selbstverständlich von Württemberg nicht trennen.

Herr **Göpel**: Wir sind zur Staatspartei gekommen, nicht weil wir Listenverbindung mit der Sozialdemokratie haben wollten, sondern weil wir eine große Mittelpartei haben wollten. Wir verderben uns jede Chance eines Zuzugs aus den anderen Mittelparteien, wenn wir mit der Sozialdemokratie zusammengehen. Man soll auch die Stimmen hier nicht zählen, sondern wägen. Die vier Wahlkreise mit guten Aussichten scheinen mindestens so viel zu wiegen wie die anderen. Wir wissen auch heute noch nicht, wohin die Sozialdemokratie in der nächsten Zeit gehen wird und ob sie nicht den Klassenkampf wieder aufnehmen wird. Unsere Stunde kommt in der Opposition, da können wir etwas gegen eine Rechtsregierung aufbauen. Deshalb ist die Frage der Staatspartei nicht heute zu entscheiden, sondern erst nach dem 1. August.

Herr **Zeitlin** erhebt Einspruch dagegen, daß man in der Debatte den Mißerfolg bei der letzten Preußenwahl auf eine angebliche Massenflucht der Juden abzuwälzen sucht. – Der **Vorsitzende** erklärt, daß diese Verwahrung mit Recht erfolge.

Herr **Blau**: Wenn wir keine Listenverbindung eingehen, erleben wir dasselbe wie bei der Preußenwahl. Die Tatsache der Verbindung wird nach dem Wahltage alsbald vergessen sein. Ohne Verbindung werden weite Kreise von uns zum Zentrum und zur Sozialdemokratie gehen und sind dann für uns für immer verloren. Überhaupt tut uns eine stärkere Geschlossenheit im Vorgehen not.

Herr **Fischer**: Alles zu seiner Zeit! Vor Jahren habe ich in der Stichwahl zwischen Zentrum und Sozialdemokratie in Köln meine Stimme laut für die Sozialdemokratie erhoben. Aber jetzt liegen die Dinge ganz anders. Ich bin gegen die Listenverbindung als Demokrat und als Republikaner. Die Republik hat in großen Teilen des Bürgertums keine Liebe gefunden, weil die Sozialdemokratie wiederholt erklärt hat, daß sie die Republik nur als Vorstufe für den sozialistischen Staat betrachte. Die Dinge sind in den letzten 10 Jahren nicht gemeistert worden, weil

wir uns wirtschaftspolitisch falsch eingestellt haben. Jetzt müssen wir neue Bahnen suchen im Gegensatz zur Sozialdemokratie.

Herr **Höpker-Aschoff**: Listenverbindung mit der Sozialdemokratie ist völlig unmöglich. Ob wir dabei Bedingungen eingehen oder nicht, darauf kommt es gar nicht an. Auf der ganzen Linie würden unsere Gegner das Schlagwort verbreiten, daß die Staatspartei zur Sozialdemokratie abmarschiert ist, daß es also nur noch eine Mittelpartei gäbe, nämlich das Zentrum. Ob im nächsten Reichstag ein paar Vertreter von uns mehr oder weniger sitzen, ist nicht das Entscheidende, sondern was aus der Partei in der Zukunft werden soll und ob wir uns nicht alle Chancen für die Zukunft preisgeben durch eine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie. Bei Wahlkreisen wie Hamburg handelt es sich darum, daß sich dort die Demokratie noch mit Erfolg behauptet; da kann man ihnen unmöglich zumuten, sich einem Mehrheitsbeschluß zu fügen, wodurch ihre Demokratie zerschlagen wird. Durch eine zweifache Reichsliste aber würden wir uns zum Gespött der ganzen Welt machen. Also nur eine Liste unter dem Namen Staatspartei und selbständig!

Frau **Henschke**[7]: Eine Listenverbindung ist doch kein Bündnis. Warum hat denn der Vorstand mit der SPD verhandelt, wenn er keine Listenverbindung haben will? Bei einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie werden wir gar nicht so viel verlieren, wie es immer dargestellt wird.

Herr **Lemmer**: Die Beschlußfassung muß unter allen Umständen die Einheit der Partei im Wahlkampf gewährleisten. Infolgedessen ist an die Minderheit der Appell zu richten, sich dem Mehrheitsbeschluß zu fügen. Wenn die Minderheitswahlkreise erklären, daß sie eine Verbindung mit der Sozialdemokratie nicht mitmachen, dann ist für uns der Fall entschieden.

Frau **Krause** bedauert, daß die Wahlkreise mit Mandatsaussichten nicht schon in der vorigen Sitzung sich entschieden gegen eine Verbindung mit der Sozialdemokratie ausgesprochen haben. Durch die Verbindung werde nichts verdorben.

Herr **Barteld**: Der Kampf geht gegen die Reaktion, und da ist unser Platz neben der Sozialdemokratie. Das bedeutet nicht, daß wir uns der Sozialdemokratie verschreiben und über die Wahlen hinaus gebunden sind.

Herr **Jobst**[8]: Wenn wir zu keiner Listenverbindung mit der Sozialdemokratie kommen, dann werden wir freilich allein in den Kampf gehen müssen und werden dann alles verlieren. Darum wäre es das Beste, wir sagten: Für diesmal können wir nicht kämpfen! Dann werden wir die Wähler später wiedergewinnen.

Frau **Bäumer**: Die Frage, ob wir eine Listenverbindung mit der Sozialdemokratie eingehen sollen oder nicht, hat nichts mit der Frage zu tun, wie man politisch zur Sozialdemokratie steht. Wenn wir unsere Partei als einen lebendigen Sammelpunkt für die künftige Entwicklung durchbringen wollen, dann müssen wir klare politische Parolen ausgeben. Jede Verschleierung der Dinge ist ein Fehler. Wenn wir nun diejenigen Wahlkreise, die die Kraft haben, ihre eigenen Parolen durchzusetzen, dadurch in eine innere Abhängigkeit hineinbringen, daß wir die

7 Martha Henschke, Hauptvertrauensfrau des Reichswahlkreises Berlin.

8 Rudolf Jobst, Wahlkreisgeschäftsführer in Weimar.

Listenverbindung allgemein beschließen, dann ist diese Taktik wegen der Zukunft unserer Partei falsch. Es ist auch anzunehmen, daß viele Leute von uns, die den Zusammenschluß mit der Sozialdemokratie nicht mitmachen wollen, die Zentrumskandidaten wählen. Außerdem ist die Annäherung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten bereits heute weit fortgeschritten, und die Möglichkeit eines Abkommens im Laufe des Wahlkampfes ist nicht ausgeschlossen. Wie wird das auf unsere Wähler wirken? Ich bin erschüttert zu sehen, daß so wenig Gewicht auf die eigene Überzeugung gelegt wird, daß man sagt: Wir wollen nur, daß unsere Stimmen nicht verlorengehen! Die paar Mandate werden das Gesicht der künftigen politischen Entscheidung nicht verändern.

Der Vorstand faßt nun darüber Beschluß, ob unter allen Umständen eine einzige Reichsliste aufgestellt werden soll. Er beschließt die Listeneinheit mit allen gegen drei Stimmen.

Es entsteht nunmehr noch eine kurze Debatte über die Frage, ob es zu verantworten ist, die Wahlkreise, in denen wir noch auf Mandate rechnen können, die aber ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie entschieden abgelehnt haben, zu majorisieren. Daran beteiligen sich die Herren **Lemmer, Wolfhard**[9], **Landahl, Külz** und **Blau**.

Es folgt jetzt die Abstimmung über die Frage der Listenverbindung mit der Sozialdemokratie. 29 Mitglieder des Vorstandes stimmen dagegen, 13 dafür, während 6 Stimmenthaltung üben. Die Listenverbindung mit der Sozialdemokratie ist also abgelehnt[10].

Herr **Dietrich** bittet, jetzt einheitlich vorzugehen und dafür alle Kräfte einzusetzen, daß wir durchkommen. Den Wählern ist klarzumachen, daß wir eine Truppe behalten müssen, die im Notfall einspringen kann, um die bürgerliche und wirtschaftliche Freiheit zu schützen. Ich bitte Sie nur: Reden Sie nicht mehr von Liberalismus! Das Alte ist dahingegangen, und wir sind im Beginn ganz neuer Dinge. Unsere Aufgabe ist, das wirklich Gute von dem Alten hinüberzuretten in die Zukunft. In einer solchen Stunde bedarf es einer Gruppe von Menschen, die noch Sinn haben für die Staatsnotwendigkeit. Die ungeheure Gefahr liegt ja darin, daß alle anderen politischen Gruppen einseitig eingestellt sind. Der Kreis von Personen, der uns von der alten Demokratischen Partei verblieben ist, ist immerhin noch eine beachtenswerte Zahl, und wir haben damit eine Basis, auf der wir kämpfen können. Sie werden guttun, diesmal den Wahlkampf auf ganz primitive Gedankengänge abzustellen: Weisen Sie darauf hin, daß in Deutschland heute noch einmal der großartige Versuch gemacht wird, von einer Gruppe, die wir für tot hielten, die Waffe in die Hand zu nehmen und sich wieder die Macht zu verschaffen. Das ist die adlige und wirtschaftliche Herrenschicht, die das wiedergewinnen möchte, was sie vor 30 Jahren verloren hat. Kampf gegen die ostelbischen Junker! Kampf gegen die Herrenschicht, die das Rad der Geschichte zurückdrehen will!

---

9 Johann Wolfhard (geb. 1876), Amtsgerichtsdirektor in Mannheim, MdL Baden (DDP) 1925-1933.

10 Koch-Weser wandte sich in einem Brief vom 9.7.1932 an den Gesamtvorstand und protestierte gegen diesen Beschluß. Nach seiner Ansicht „hätte der Schritt verantwortet und gewagt werden können". Ende der Parteien S. 83.

Anschließend beginnt der Gesamtvorstand mit der Beratung der Reichsliste. Frau **Bäumer** *begründet ihren Mandatsverzicht. Sie habe das Bedürfnis, „sich von der Tagespolitik zurückzuziehen und in dieser Zeit schwerwiegender Umgestaltungen in einer anderen Form mitzuarbeiten". Als Ersatz werden Frau Lüders und Frau Ulich-Beil vorgeschlagen. Frau* **Ulich-Beil** *verzichtet. Die Abstimmung über die Besetzung der ersten sechs Plätze ergibt:*

1. Dietrich

2. Lemmer

3. Lüders

4. Höpker-Aschoff

5. Barteld

6. Reinhold

Der Gesamtvorstand bevollmächtigt den Geschäftsführenden Vorstand, die weiteren Stellen auf der Reichsliste nach eigenem Ermessen zu besetzen. Nach einer Aussprache über Einzelheiten der Wahlvorbereitung schließt **Rönneburg** *die Tagung mit „anfeuernden Worten".*

202.

2.9.1932: Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes

Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: Dietrich. Beginn: kurz nach 18.15 Uhr. Ende: 20.30 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Anwesend: Brammer, Dietrich, Fischer, Heuss, Hild, Höpker-Aschoff, Issberner, Lehmann, Frau Lüders, Meyer, Nuschke, Reif, Schneider, Schreiber, Schütt, Vogt, Zeitlin.

Dietrich *eröffnet und berichtet über die Vorgänge, die sich nach den Wahlen*[1] *in der Partei abgespielt haben. Einige Tage nach der Wahl habe im „Demokratischen Klub" eine Besprechung einiger Vorstandsmitglieder stattgefunden, bei der man übereingekommen sei, die Partei aufzulösen. Gespräche mit badischen Parteifreunden hätten dagegen ergeben, daß dort keine Neigung zur Auflösung bestehe. Die Württemberger seien entschlossen, an diesem Wochenende zu einer demokratischen Tagung nach Bietigheim einzuladen, um dort über die Frage: Auflösung oder Fortbestand? zu beraten. Dietrich ist der Ansicht, daß die Partei sich nicht länger zusammenhalten lasse. Er habe die fortwährenden Querelen „gründlich satt" und stelle sein Mandat zur Verfügung. Eine mögliche Alternative zur völligen Auflösung sieht er in einem Zusammenschluß derjenigen Bezirke, die noch über eine intakte Organisation und über einen nennenswerten Mitgliederbestand verfügen. Dietrich*

1 Zum Ergebnis der Reichstagswahlen vom 31. 7. 1932 siehe S. 821–823.

teilt weiter mit, daß die Reichsgeschäftsstelle am 1. Oktober aus finanziellen Gründen schließen müsse.

Vogt *spricht sich gegen eine Auflösung der Partei aus und schlägt vor, dem Gesamtvorstand zu empfehlen, die Partei insgesamt aufrechtzuerhalten und ein Direktorium einzusetzen, das Reformvorschläge ausarbeiten und die Partei bis zur Einberufung eines Parteitags leiten solle. Er wünscht, daß die Vorstandsmitglieder, die für die Auflösung der Partei eintreten, ihre Ämter niederlegen.* **Meyer** *schließt sich Dietrichs Vorschlägen im wesentlichen an.* **Schreiber** *tritt für die Auflösung ein, bittet jedoch, den endgültigen Beschluß aufzuschieben und zunächst abzuwarten, ob es nicht doch noch zu einer Sammlung der bürgerlichen Mitte kommen werde, etwa im Nationalverein*[2]*. Dann könne man den Anhängern der Staatspartei den Anschluß an eine solche Bewegung empfehlen.* **Zeitlin** *und* **Schneider** *sprechen für eine Auflösung.* **Fischer** *bittet, in freundschaftlicher Weise auseinander zu gehen, dann könne man sich möglicherweise später wieder in anderer Form zusammenfinden.* **Dietrich** *stellt rückblickend fest, daß die Partei sich in großen politischen Fragen weitgehend einig gewesen sei. Diese Einigkeit sei jedoch durch zwei Dinge gefährdet worden: „Das eine ist, daß wir nicht vermögen, die obwaltenden untergeordneten Gegensätze nach außen zu verdecken. Das andere ist, daß wir eine Vergangenheit haben, die in der Volksmeinung ein absprechendes Urteil über uns hervorgerufen hat."* **Höpker-Aschoff** *setzt sich für eine rasche Auflösung der Partei ein, weil man dadurch auch den Nationalverein fördern könne.* **Nuschke** *plädiert dafür, die Partei zu erhalten. Er bezieht sich dabei auf die Stimmung im Lande. Von allen Organisationen, die sich zu dieser Frage geäußert hätten, sei nur eine einzige für die Auflösung eingetreten. „Auch geschichtlich wäre es einer der schwersten Fehler des Bürgertums, gerade in dem jetzigen Moment zu versagen und schlapp zu machen, wo wir in die Opposition gegangen sind und wo die Nationalsozialisten in die Lage gebracht werden zu zeigen, was sie können."* **Meyer** *warnt unter allgemeiner Zustimmung davor, Entschließungen zu fassen, die für oder gegen den Anschluß an den Nationalverein oder ähnliche Gebilde verpflichten; diese Frage müsse jeder selbst entscheiden.*

Auf dem Abstimmungsweg wird beschlossen, zunächst die Beschlüsse der Bietigheimer Tagung abzuwarten und den Gesamtvorstand am 11. September einzuberufen. Dieser soll dann über die Zukunft der Deutschen Staatspartei und über die Einberufung eines Parteitags entscheiden. Nuschke wird beauftragt, zusammen mit Fischer oder auch mit Dietrich über die Ordnung der Parteifinanzen zu sprechen, Fischer und Schneider werden gebeten, die den „Demokratischen Zeitungsdienst" und den Verlag „Neuer Staat" betreffenden Fragen zu regeln.

2 Der Nationalverein wurde am 18.9.1932 nach fast dreimonatiger Vorbereitung gegründet. Zur Vorgeschichte und Zielsetzung vgl. Jones S. 292f.; ferner Bürgerliche Parteien Bd. 1 S. 497f.

203.

11.9.1932: Sitzung des Gesamtvorstandes

Gezeichnet unten links: „Issberner fec." [it], unten rechts: „Nuschke". Vorsitz: Dietrich. Beginn: kurz nach 10.15 Uhr. Ende: kurz nach 17 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Der Vorsitzende, Herr **Dietrich**, eröffnet die Sitzung kurz nach 10.15 Uhr und begrüßt unter Beifall besonders die anwesenden beiden Ehrenmitglieder Petersen und Dernburg.

Er berichtet sodann zunächst kurz über die Vorgänge, die sich seit der letzten Sitzung des Gesamtvorstandes und seit den Reichstagswahlen abgespielt haben. In einer engeren Sitzung, an der Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes teilnahmen[1], sei man sich Anfang August darüber einig gewesen, daß man die Partei auflösen wolle. In Verhandlungen, die er alsdann zuerst mit badischen, dann mit württembergischen Freunden gehabt habe, sei die gegenteilige Meinung vorwiegend gewesen, so daß er mit seiner Meinung für Auflösung beinahe allein gestanden hätte. Dann sei eine Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes gekommen[2], in der überwiegend die Meinung vorherrschte, dem einzuberufendem Gesamtvorstand vorzuschlagen, sich für Auflösung auszusprechen und in diesem Sinne einen Parteitag einzuberufen. In einer Zusammenkunft süddeutscher Demokraten in Bietigheim, zu der auch ein Hamburger Delegierter erschienen sei, sei ganz entschieden die Meinung zum Ausdruck gekommen, daß man unter allen Umständen in einem Parteiverband zusammenbleiben solle.

Herr Dietrich betont alsdann, daß vor allem Klarheit nötig sei, weil der Zustand, in dem wir die letzten Monate gelebt haben, einfach unerträglich gewesen ist. So wie die Dinge in Berlin liegen, ist eine Weiterarbeit für mich nicht möglich. Hier in Berlin hat jeder seine eigene Meinung. Wir sind in den großen Fragen allerdings gar nicht so weit auseinander; was man aber in Berlin nicht kann, ist, daß wir in untergeordneten Fragen auf das Parteiinteresse Rücksicht nehmen. Hier sagt jeder seine Meinung am ungeeignetsten Ort und in der ungeeignetsten Form und schädigt damit die Partei. So haben wir den Wahlkampf kaum führen können. Vor allem haben wir uns auch herumschlagen müssen mit einer Presse, die vorgibt, demokratisch zu sein, unserer Partei aber durchaus Abbruch tut. Das gilt namentlich auch für die Frankfurter Zeitung. In Württemberg und auch anderswo, nicht in Baden, hat uns die Presse völlig im Stich gelassen. Dazu kommt, daß wir einen großen Teil der Zeit haben totschlagen müssen mit Beschwerden von gekränkten Parteifreunden über die Rangordnung auf der Reichsliste[3]. Es hat dann auch noch eine gewisse Fahnenflucht Platz gegriffen, die

1 Siehe Nr. 202.

2 Siehe Nr. 202.

3 Rönneburg hatte am 13.7.1932 an den Geschäftsführenden Vorstand geschrieben, aufgrund seiner ungünstigen Plazierung auf der Reichsliste glaube er, nicht mehr das Vertrauen des Gesamtvorstandes zu besitzen, deshalb lege er alle Parteiämter und die Reichstagskandidatur im Wahlkreis Liegnitz nieder. Nachlaß Lüders 109. Frau Lüders hatte sich in einem Schreiben vom 15.7.1932 bei Dietrich über die Zurücksetzung vom zweiten Platz der Reichsliste beklagt, den bisher immer eine Frau (Gertrud Bäumer) innegehabt habe. Vgl. Ende der Parteien S. 61 Anm. 51.

am meisten bedauerlich ist. Dadurch kam es, daß die positive Arbeit schließlich nur noch auf den Schultern von Nuschke und mir lag.

Bei dieser Lage ist es vollkommen ausgeschlossen, daß man die Partei in der bisherigen Form noch einmal zum Leben erwecken kann. Gewiß können Sie mich für die Vorkommnisse verantwortlich machen insofern, als ich die Führung der Partei habe. Ich darf aber zur Entschuldigung geltend machen, daß ich vier Jahre lang in der Regierung gewesen bin und damit der Partei notwendig ferner bleiben mußte. Weber ist ja auch als mein Vertreter bestellt worden und hat seinen Auftrag gut ausgeführt. Die Parteigeschäfte fortzuführen, dazu bin ich nicht in der Lage. Das habe ich schon früher gesagt, und das wiederhole ich heute. Ich bitte, davon auszugehen, daß Sie meine Tätigkeit als Parteivorsitzender heute als beendigt betrachten.

Unsere Lage ist um so schwieriger, als wir nicht wissen, was morgen hier in Berlin passieren wird. Wohin die Reise geht, weiß z. Zt. niemand, weil wir kein parlamentarisches System mehr haben. Wir haben ein sogenanntes Präsidialkabinett, und da sind jeden Augenblick Überraschungen möglich. Die ganze Entwicklung ist ja auch völlig anders verlaufen, als erwartet worden war: Das Verhältnis Papens zu den Nationalsozialisten hat sich gewandelt, und so weiß man nicht, was morgen im Reichstag passieren wird[4]. Das Klügste wäre, wenn Nationalsozialisten und Zentrum ihre Niederlage eingestehen würden durch Vertagung des Reichstags auf einige Wochen.

Das große Problem aber ist: Wenn der Reichstag wieder auffliegen sollte, was machen wir dann? Sachlich stehe ich in einem scharfen Gegensatz zu dem Kabinett Papen. Dies will die Mitwirkung von Parlament und Volk im wesentlichen abschaffen. Wir haben den entgegengesetzten Grundsatz: Wiedereinschaltung des Volkes und des Reichstags, weil eine Cliquenwirtschaft immer noch gefährlicher ist als selbst ein schwaches Parlament. Deshalb bin ich bereit, ganz gleichgültig, was heute hier beschlossen wird, der Partei meine Dienste zur Verfügung zu stellen, restlos und mit aller Kraft, jedoch nicht an der Spitze. Allerdings sollte man die alten Parteitrümmer zu sammeln suchen, dann würde ich nicht mitmachen. Wir müssen dafür sorgen, daß die Meinung wieder Anerkennung findet, daß ein politisch gebildetes Volk seine Geschicke allein leiten kann. Deswegen bin ich der Meinung, wir sollten uns alle darüber klar sein, daß der Kampf um die Republik und die demokratische Staatsform augenblicklich das Entscheidende ist und daß die Partei, die hierfür eintritt, die Zukunft hat. Aber darüber besteht keine Frage, die gegenwärtige Partei ist für solche Aufgaben ganz unfähig. Sie müssen daher heute den Weg finden, wie man die Dinge völlig ändert.

Der Vorsitzende schlägt zum Schluß vor, zunächst einmal einen von denjenigen Herren zu hören, die der Meinung sind, daß man die Partei aufgeben solle (er nennt Herrn Höpker-Aschoff), an zweiter Stelle einen von denjenigen, die entschlossen sind, die Partei aufrechtzuerhalten (Landahl). Im Anschluß daran bittet er, nicht den ganzen Tag mit den Debatten hierüber zuzubringen und weitere Wortmeldungen zurückzuhalten.

---

4 Am 13.8.1932 waren die Verhandlungen gescheitert, die Papen und Hindenburg mit Hitler über einen Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung geführt hatten. Vgl. Schulthess 1932 S. 140 f.

Herr **Höpker-Aschoff**: Als hier zwei Tage vor der Bietigheimer Tagung die Sitzung des Geschäftsführenden Vorstandes stattfand, war die überwiegende Meinung die, daß die Partei nicht aufrechtzuerhalten sei. Dagegen waren nur die Herren Nuschke und Vogt. Diese Haltung war natürlich beeinflußt auch durch die Erklärung Dietrichs, daß er es als vollkommen unmöglich betrachte, diese Partei zusammenzuhalten und daß er sein Amt als Vorsitzender zur Verfügung stelle. Wenn heute der Gesamtvorstand eine andere Auffassung aussprechen sollte, so müßte der Geschäftsführende Vorstand in seiner Gesamtheit zurücktreten (Widerspruch.); ich würde es jedenfalls ablehnen, dem Vorstand noch weiter anzugehören. Der Geschäftsführende Vorstand hat aber auch die finanzielle Lage erörtert und hat beschlossen, zum 1. Oktober die Reichsgeschäftsstelle aufzulösen. Wenn heute der Geschäftsführende Vorstand zurücktritt, dann handelt es sich darum, einen Kreis neuer Männer zu finden, die die Geschäfte fortführen. Dann muß aber auch wieder eine Geschäftsstelle geschaffen werden.

Wir haben seit langem die schärfsten Gegensätze in der Partei selber. Der Versuch von 1930, eine Partei mit breiterer Basis ins Leben zu rufen, ist gescheitert, wenn er auch gemacht werden mußte. Es gab damals nach meinem Dafürhalten nur die eine Möglichkeit: mit dem Kabinett Brüning–Dietrich durch dick und dünn zu gehen, in der Hoffnung, daß sich das Kabinett durchsetzen würde und daß wir dann den Nutzen davon haben würden durch unseren Vertreter im Kabinett. Aus diesem Grunde habe ich mich auch gegen alle Kritik an unserem Vorsitzenden gewandt. Wir haben aber die schärfsten Kämpfe in der Partei um diese Politik gehabt. Dazu kamen die Mängel in der Organisation. Auch heute bestehen die stärksten Gegensätze in der Partei. Wo ist denn noch Einmütigkeit? Es gibt bei uns Leute, die in den politischen und wirtschaftlichen Fragen den liberalen Standpunkt vertreten und den Staat nur als Nachtwächter gelten lassen wollen. Auf der anderen Seite sind Leute, die den demokratischen Gedanken als einen Gegensatz zu dem Liberalismus betrachten, mit allen Folgen, die sich daraus für den Staat ergeben. In der Frage des Parlamentarismus sind auch bei uns starke Gegensätze vorhanden. Viele sind enttäuscht über die Entwicklung, die bei uns das parlamentarische System genommen hat. Der Parlamentarismus ist zu einem Zerrbild verändert worden, und die Geschäfte werden nicht von den Händen starker Männer geleitet, vielmehr ist die Geschäftsführung ein Spielball parlamentarischer Wünsche. Die Frage ist berechtigt, ob eine parlamentarische Regierung überhaupt noch so möglich ist, wie sie sich Max Weber seinerzeit vorgestellt hat. Heute ist jedenfalls etwas Derartiges nicht möglich. Auch die jetzigen Bemühungen von Zentrum und Nationalsozialisten sind nicht echtes parlamentarisches System. Weiter sind die Gegensätze in Wirtschaftsfragen vorhanden – Beispiele: Gelsenkirchen[5], Hansabund[6], Reinhold gegen Lemmer und Schneider. Nun könnte

5 Siehe Nr. 201 Anm. 1 u. 2.

6 Der Hansabund stand dem Kabinett Papen wohlwollend gegenüber. Feder berichtet in einer Eintragung vom 13.9.1932, im Demokratischen Klub habe Mosich vom Hansabund gesprochen, „(im Geiste des von Papen begeisterten Hermann Fischer) für die Regierung Papen gegen ein Auftreten der Staatspartei im Wahlkampf, auch gegen eine Sammlung des mittleren Bürgertums, vielmehr für eine Art überparteiliches Gremium, an dem sich auch die Deutschnationale Volkspartei beteiligen soll [. . .]" (S. 313). Vgl. auch Fischers Ausführungen unten; ferner Nr. 199 Anm. 6.

man sagen, solche Gegensätze seien auch in anderen Parteien da, in der Volkspartei und in der Wirtschaftspartei. Diese Parteien sind aber doch gewiß kein Vorbild für uns.

Aber immerhin würde es Sinn haben, die Partei in der gegenwärtigen Form aufrechtzuerhalten, wenn der Wille zur Einigkeit und zur Ausgleichung der Gegensätze in der Partei vorhanden wäre. Dieser Wille ist aber nicht vorhanden. In den ausschlaggebenden Gremien steht Meinung gegen Meinung, und es besteht sogar Gefahr, daß unter diesen Differenzen auch die allgemeinen menschlichen Beziehungen leiden. Wie wollen Sie da die Partei aufrechterhalten? Wie soll sie da eine Organisation werden, die sich an den Wahlen beteiligt und ein Machtfaktor wird? Wenn das die Mehrheit beschließen sollte, dann beschließt sie etwas, das nicht durchgeführt werden kann. (Zwischenruf: So denkt man in Berlin!) Ich habe zu Berlin keine besonderen Beziehungen. Dagegen unterhalte ich enge Beziehungen zu den Wahlkreisen, in denen ich gewählt worden bin, und habe da die Erfahrung gemacht, daß niemand mehr da ist, der die Staatspartei als solche aufrechterhalten will. Man erwartet nur etwas von einem neuen größeren Gebilde. Nach allen Erfahrungen in den letzten Wahlkämpfen kann man behaupten, daß aus der Staatspartei eine machtvolle Organisation nicht mehr entstehen kann. Es kann nur gehofft werden, daß sich irgendwie eine neue Partei auf freiheitlicher Grundlage bildet. Die Verhandlungen zwischen den jetzt vorhandenen Parteisplittern führen zu nichts. Auch der Nationalverein[7] in Königsberg, der Zwölfer-Ausschuß[8] usw. sind nur Formationen, die man mit der größten Skepsis betrachten muß. Zur Zeit ist überhaupt keine Möglichkeit vorhanden, etwas Derartiges zu schaffen. Wir müssen abwarten. Darum ist es vollkommen hoffnungslos, die Partei in der bisherigen Form aufrechtzuerhalten. Wenn wir nicht überhaupt schlechthin die Auflösung beschließen wollten, dann sollten wir einfach und ehrlich zugeben (das würde auch in der Öffentlichkeit einen besseren Eindruck machen): Wir sind der Auffassung, daß die Staatspartei als solche nicht als ein politischer Machtfaktor wirken kann, aber wir betrachten es als unsere Aufgabe, für die Zukunft zu arbeiten, wir begrüßen es daher, daß sich Landesverbände zu einem Ganzen zusammenschließen und ihre Organisation aufrechterhalten. Mit einer solchen Stellungnahme können wir Brücken bilden. Die Verbindungsstelle in Berlin, deren Schaffung notwendig erscheint, würde freilich finanzielle Mittel beanspruchen, die zur Zeit nicht da sind.

Ich habe neulich im Geschäftsführenden Vorstand eine noch schärfere Auffassung vertreten, aber ich bin jetzt der Meinung, daß wir Rücksicht zu nehmen haben auf die Parteiorganisationen in Süddeutschland, in Hamburg usw. Doch bleibe ich dabei, daß die Gesamtpartei als solche nicht aufrechtzuerhalten ist.

Der **Vorsitzende** macht darauf aufmerksam, daß über den Verlauf der Tagung ein offizieller Bericht herausgegeben wird und daß die Veröffentlichung privater Berichte nicht gestattet ist.

---

7 Siehe Nr. 202 Anm. 2.

8 Der „Zwölfer-Ausschuß zur Bildung einer politischen Mitte" hatte sich im Juni 1932 unter Führung Wildermuths konstituiert. Er ging dann im September 1932 im Nationalverein auf. Vgl. Jones S. 291 f.

Herr **Landahl**: Ich will ebenso nüchtern sprechen wie mein Vorredner. Doch bemerke ich von Anfang an, daß ich die Hoffnungslosigkeit von Höpker-Aschoff nicht teile. Nüchternheit läßt sich sehr wohl mit Optimismus vereinigen. Gewiß ist die Lage unserer Partei heute unerhört schwer, und gewiß gibt es bei uns viele strittige Fragen. Aber ist es wirklich richtig, daß wir die politische Lage und die Auffassung über unsere Aufgaben ausschließlich nach der Situation orientieren, in der sich augenblicklich unsere Partei befindet? Nein! Wir müssen unsere Entscheidungen treffen, wenn wir untersucht haben, wie es heute in Deutschland aussieht und was geschehen soll.

Die politische Lage ist so labil und so wenig endgültig, wie es noch nie der Fall gewesen ist. (Sehr richtig.) Wenn in Deutschland solidere politische Grundlagen entstehen sollen, dann muß eine Partei da sein, die unser Gedankengut vertritt. Die Regierung stützt sich zur Zeit nur auf den Reichspräsidenten. Das brauchen wir nicht zu bedauern, denn wir haben das 1919 bei der Schaffung der Verfassung vorausgesehen und in solchen Situationen gewollt. Ist denn der Parlamentarismus damit begraben, daß er in einer Zeit schwierigster Entscheidungen nicht in der normalen Form funktioniert? Deshalb haben wir ja gerade in der Verfassung die Präsidialgewalt geschaffen. Glaubt denn auch irgend jemand, daß die autoritäre Staatsführung selbst nur halb so lang wie die parlamentarische Regierung früherer Jahre bestehenbleiben kann? Was soll denn auch an die Stelle der jetzigen Regierungsweise treten? Mit dem Parlamentarismus können wir zur Zeit nicht regieren. Es muß in Deutschland sich eine Partei finden, die sich zu der Weimarer Verfassung bekennt und die feststellt, daß die parlamentarische Demokratie mit dem Sicherheitsventil einer starken Präsidialgewalt das beste ist, was man in Deutschland an Verfassung schaffen kann. Daher unbedingtes Bekenntnis zu der starken Stellung des Reichspräsidenten! Geändert werden muß das Wahlrecht (Beseitigung des Proporzes), geändert werden muß auch die Gestalt des Reichsrats. Es ist wahrscheinlich, daß wir ein Staatenhaus neben dem Reichstag brauchen. Also Zweikammersystem! Damit steht in engstem Zusammenhang die Neuordnung des Reiches. Es sind also im Verfassungsleben Aufgaben zu lösen, die es unbedingt erforderlich machen, daß eine Partei wie die Staatspartei besteht. Lohnende Aufgaben findet diese Partei schon; richten Sie Ihren Blick nur auf die Zukunft und befreien Sie sich von der Belastung durch die frühere Zeit! Die Gegensätze in der Partei sind meist Gegensätze im Kleinen. In der Arbeit der nächsten Zeit sollten wir das pflegen, was uns gemeinsam ist. Darüber hinaus haben wir in den Ländern und Gemeinden Vertretungen unserer Partei, die dort unentbehrlich sind und mit den Schwierigkeiten viel besser fertig werden, als es im Reich der Fall ist, weil die gemeinsamen praktischen Aufgaben etwaige Gegensätze ganz zurückdrängen. Wir sind durch einen Teil der Presse dahin gebracht worden, jede Aufgabe gleich weltanschaulich und programmatisch zu betrachten. Das ist durchaus falsch. Auch innerhalb einer Partei kann man sich nur einigen, wenn man praktisch an die unmittelbaren nächsten Aufgaben herantritt.

Freilich, so wie sie ist, kann die Partei nicht bestehenbleiben. Wenn wir heute das, was von der Staatspartei noch gesund vorhanden ist, erhalten wollen, dann müßten wir unsere Kräfte da einsetzen, wo sich eine größere Machtorganisation bilden läßt. Wir müssen die politische Orientierung des Bürgertums beeinflussen, weil

dort die politische Idee am schwächsten entwickelt ist, da wir in Deutschland nie die Möglichkeit eines Wechsels zweier politischer Gruppen innerhalb des Systems gehabt haben. Aber wir sehen heute schon deutlich die Ansätze davon, wie sich im Nationalsozialismus die Gruppen, die den Weg zum Parlamentarismus suchen, von den anderen Gruppen scheiden, die die völlige Umgestaltung wollen. Das ist auch verständlich, da das Bürgertum auf die Dauer nicht in einer politischen Orientierung bleiben kann, für die lediglich die Erbitterung und Enttäuschung maßgebend gewesen ist. So lange wir das heutige Wahlrecht haben, kann allerdings eine politische Bewegung in dem luftleeren Raum nicht gemacht werden. Die einzig reale Möglichkeit ist die, daß man die stärksten vorhandenen Organisationen des Bürgertums als Ausgangspunkt nimmt. Das sind unsere Organisationen, die vor allem im Süden und im Norden und dann auch in anderen Teilen des Reiches noch durchaus lebenskräftig sind. Daraus ergibt sich, daß das Schwergewicht der Partei von Berlin verlegt werden muß in die Gebiete, wo die Partei gesund und fest verwurzelt ist. Deswegen haben die heute noch intakten Wahlkreise in Bietigheim und sodann gestern hier in Berlin die Möglichkeiten einer Reorganisation der Partei besprochen. Alles zwingt dazu, etwa fünf große Gruppen im Reiche zu bilden mit je einer Zentrale, die die Reorganisation der Partei in die Hand nimmt: der Norden, der Süden, der Westen, der Osten und Mitteldeutschland. Zentrum für den Norden würde Hamburg sein, für den Süden Stuttgart, für den Osten werden wir Berlin mit heranziehen müssen (Heiterkeit.), für Mitteldeutschland und den Westen werden wir auch solche Stützpunkte finden. Vertreter dieser fünf Bezirke würden einen Reorganisationsausschuß zu bilden haben. Als Mitglieder dieses Ausschusses sind vorgeschlagen worden Dietrich, Reinhold, Maier, Bruckmann, Zircher, Barteld, Schmidt (Dortmund)[9], Lemmer, Külz, Nuschke, Schreiber, Siehr, Petersen, Landahl; für die Frauen, um die sich die Partei die größten Sorgen machen muß, vielleicht Frau Urlaub[10] und Frau Ulich-Beil. Dieser fünfzehnköpfige Ausschuß würde eine Geschäftsstelle in Berlin haben, die dann aber nicht mehr die Stelle wäre, von der alles ausgeht, sondern die alles sammelt, was aus dem übrigen Lande kommt, die daher kleiner ist als die heutige und sicher auch zu finanzieren sein wird. Die Führung ist einem dreiköpfigen Gremium zu übertragen, nämlich den Herren Dietrich, Maier (Stuttgart) und Petersen. Hiermit haben wir einen Ausgangspunkt geschaffen, von dem die Partei des Bürgertums neu gebildet werden kann. Dem Reorganisationsausschuß müßte man sehr weitgehende Vollmachten geben, beispielsweise, zu entscheiden, ob und wann ein Parteitag zusammengerufen werden soll. Dem Ausschuß wäre auch die Aufgabe zu übertragen, heute oder morgen der Öffentlichkeit in einer Kundgebung den politischen Willen der neuen Bewegung mitzuteilen.

Das alles sind Dinge, die von den bisherigen Formen abweichen. Aber wir müssen den Willen haben, von dem Alten abzuweichen und dafür anzuknüpfen an die wirklich vorhandenen Kräfte. Das ist der Sinn des Vorschlages, den ich Ihnen namens einer ganzen Reihe von Wahlkreisen unterbreite. Wenn wir uns aufgeben, dann kommen wir in Deutschland zu katastrophalen Ereignissen. Das wird aber

9 Landgerichtsrat in Dortmund.

10 Else Urlaub, Nürnberg.

nicht geschehen, weil die Kräfte des Bürgertums so stark sind, daß sie sich durchsetzen werden. Man muß jetzt sich von Optimismus leiten lassen. Unter keinen Umständen dürfen wir die Sache des Bürgertums aufgeben; wir wollen, was wir allein sein können, den Ansatzpunkt einer neuen Entwicklung bilden. (Beifall.)

Greve *stellt fest, daß die Hauptschuld für das schlechte Abschneiden der Staatspartei bei den Wahlen nicht die Parteileitung, sondern die Mitglieder treffe, von denen viele die Staatspartei nicht gewählt hätten. Im übrigen stimmt er Landahls Ausführungen zu.* **Barteld** *widerspricht Höpker-Aschoff. Wenn man die Staatspartei heute auflöse, würde die ihr verbliebene Anhängerschaft politisch heimatlos. Höpker-Aschoffs Kritik sei in vieler Hinsicht berechtigt. Ein weiterer Grund für den Rückgang der Partei liege aber auch darin, daß sie so lange Verantwortung getragen habe. Dietrich und Höpker-Aschoff hätten sich als Finanzminister nicht immer auf die richtige psychologische Behandlung der Massen verstanden, nur Schreiber habe sich darin geschickter gezeigt. Barteld tritt für den Fortbestand der Reichsgeschäftsstelle ein, allerdings in eingeschränkter Form. Nach seiner Ansicht wird das Präsidialsystem in ein bis zwei Jahren abgewirtschaftet haben, dann würden sich viele Wähler wieder der Staatspartei zuwenden.* **Dietrich** *empfiehlt, die Rednerliste zu schließen. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird beschlossen, zuvor noch Meyer als einem Gegner der Aufrechterhaltung das Wort zu geben.* **Meyer** *verteidigt die Berliner gegen die erhobenen Vorwürfe. Der Mißerfolg bei den Wahlen beruht seiner Meinung nach darauf, daß die süddeutschen Wahlkreise seinerzeit die Listenverbindung mit der Sozialdemokratie verhindert haben. Meyer verweist auf die Leistungen der Berliner auf dem Gebiet der Finanzierung, die auch der Gesamtpartei zugute gekommen seien. „Da erscheint es mir nicht richtig, über uns, die wir auf einem steinigen Terrain die Partei aufrechterhalten, einfach hinwegzugehen in der Weise, daß künftig Berlin nur noch als Vorort von Lippe-Detmold erscheinen soll." Meyer hält es für unmöglich, die Partei zu erhalten, bezeichnet es aber als verfehlt, intakte Organisationen zu zerschlagen und die Anhänger ohne Direktiven zu lassen, solange keine erfolgversprechende neue Parteibildung in Sicht sei. Er schlägt deshalb vor, zunächst von einer Beschlußfassung abzusehen und die Parteienentwicklung während der nächsten Monate zu beobachten. Der Gesamtvorstand beschließt mit Mehrheit den Schluß der Rednerliste und die Beschränkung der Redezeit auf fünf Minuten.* **Fischer** *wendet sich gegen Dietrichs Wort von der Fahnenflucht. Er habe Dietrich rechtzeitig vor der Reichstagswahl mitgeteilt, daß er dieses Mal nicht in derselben Weise wie bisher für Wahlgelder sorgen könne. Er habe sich jedoch bereit erklärt, sein Amt als Schatzmeister weiterzuführen. Es sei jedoch zweieinhalb Monate hindurch nicht möglich gewesen, sich einmal sachlich mit Dietrich auszusprechen. Fischer betont, daß er im Interesse der Partei während des Wahlkampfes kein Wort über die großen wirtschaftlichen Gegensätze innerhalb der Partei verloren habe. Es sei ein Fehler gewesen, eine Regierung, die verfassungsmäßig eingesetzt worden sei, sogleich als „Junkerregierung" etc. zu bezeichnen, ohne zunächst einmal ihr Programm abzuwarten. „Wenn Sie gegen die autoritäre Regierung sprechen, dann ist doch dazu zu sagen, daß den Beginn mit dieser Regierungsform das Kabinett Brüning – Dietrich gemacht hat." Fischer fragt, ob es nicht auch an der Zeit gewesen wäre, einmal zu prüfen, ob die Republik für das Amt des Reichspräsidenten keinen anderen Anwärter als Hindenburg*

besitze? Die Staatspartei komme jedenfalls als Kämpferin gegen die „Reaktion" nicht mehr in Betracht. Fischer erklärt seine Bereitschaft, bei der Klärung der finanziellen Fragen mitzuarbeiten, und stellt fest, „daß wir augenblicklich die Auflösung finanziell durchsetzen könnten". Frau **Krohn**[11]**, Siehr** *und* **Petersen** *sprechen sich dafür aus, die Partei zunächst zu erhalten, damit sie später in einer großen fortschrittlichen Sammelpartei aufgehen könne.* **Petersen** *legt eine entsprechende Resolution vor. Er verteidigt Dietrichs Tätigkeit als Finanzminister und bittet die Kritiker zu überlegen, wie sie wohl an Dietrichs Stelle in der Regierung gehandelt hätten. Petersen beantragt dann, heute einen Reorganisationsausschuß zu wählen und diesen auch später bei der Gründung der neuen Partei heranzuziehen.* **Vogt** *setzt sich für die Aufrechterhaltung der Partei ein. Ein entsprechender Beschluß dürfte aber nicht dadurch abgeschwächt werden, daß man sich gleichzeitig für Vorbereitungen zur Bildung einer neuen Partei ausspreche. Deshalb lehnt er die Resolution Petersen ab. Er schlägt vor, ein geschäftsführendes Gremium von etwa fünf Personen zu wählen, dessen Aufgabe es sein soll, für die finanzielle, organisatorische und politische Reorganisation der Partei und für eine personelle Erneuerung in den Leitungen der Wahlkreise zu sorgen. Der jetzige Geschäftsführende Vorstand müsse sein Amt niederlegen. Die folgenden Redner sprechen sich gleichfalls für die Aufrechterhaltung der Partei aus.* **Dietrich** *antwortet auf Fischers Ausführungen. Er hält den Vorwurf aufrecht, daß Fischer ihn im Stich gelassen habe. Außerdem sei es ihm unbegreiflich, wie jemand die Politik Papens billigen könne, der Schreiber abgesetzt*[12] *und viele verdiente Parteifreunde zum Rücktritt genötigt habe. Dietrich stellt fest, die Annahme der Resolution Petersen bedeute die Einsetzung eines Abwicklungsausschusses, daran könne er sich nicht beteiligen. Er beantragt, die Resolution abzulehnen und nur über ihren ersten Satz abzustimmen, der sich für die Aufrechterhaltung der Partei ausspricht. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird die Sitzung unterbrochen, um die Resolution Petersen neu zu formulieren.*

Nach der Wiederaufnahme der Beratungen nimmt der Gesamtvorstand mit 29 gegen 13 Stimmen folgende Resolution Dietrich an: „Der Gesamtvorstand beschließt, die Partei aufrechtzuerhalten." Dann wird mit 24 gegen 17 Stimmen beschlossen, auch noch über die Resolution Petersen abzustimmen, da man der Ansicht ist, sie sei mit der Annahme der Resolution Dietrich noch nicht erledigt. Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird die Resolution Petersen mit allen gegen 7 Stimmen angenommen. Sie lautet:

„Der Vorstand der Deutschen Staatspartei ist sich darüber einig, daß eine Auflösung der Partei nicht in Frage kommt, da zur Zeit die Deutsche Staatspartei die einzige Partei ist, in der das freiheitlich-nationale Bürgertum seine politische Heimat findet.

Der Vorstand bekundet die Bereitschaft der Partei, sich an einer umfassenden Bewegung zu beteiligen, die den freiheitlichen Kräften des deutschen Volkes die Machtstellung erringt, auf die sie Anspruch haben."[13]

---

11 Margot Krohn, Lehrerin in Breslau.

12 Absetzung der geschäftsführenden preußischen Regierung am 20.7.1932.

13 Abgedruckt in: Wippermann A 1932 S. 220f.

Dietrich *teilt mit, daß er sein Amt als Parteivorsitzender und als Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands niederlege. Die anderen anwesenden Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands erklären gleichfalls ihren Rücktritt.*

Nach der Mittagspause berät der Gesamtvorstand die Anträge, die zur Reorganisation der Partei eingegangen sind. Der Antrag Landahl sieht vor, ein fünfzehnköpfiges Gremium zur Führung der Geschäfte und zur Reorganisation der Partei einzusetzen, wobei eine Dreiergruppe aus Petersen, Maier, Dietrich die eigentliche Leitung übernehmen soll. **Vogt** *schlägt ein fünfköpfiges Gremium vor. In der anschließenden Debatte wird Dietrich wiederholt gebeten, seine Absage zurückzuziehen und sich weiter für die Parteiarbeit zur Verfügung zu stellen.* **Dietrich** *erklärt, daß er seinerzeit den Antrag auf Auflösung der Partei habe stellen müssen, da innerhalb des Geschäftsführenden Vorstands eine Zusammenarbeit nicht mehr möglich gewesen sei. Nun habe die Partei heute vormittag beschlossen, ihre Organisation aufrechtzuerhalten, habe jedoch zugleich beschlossen bekanntzugeben, daß sie bereit sei, über eine neue Parteibildung zu verhandeln. Wenn man so etwas offen ausspreche, bringe man sich selbst um. Dietrich stellt fest, er sei zur Mitarbeit bereit, wenn der jetzige Geschäftsführende Vorstand beseitigt werde und der neu einzusetzende Ausschuß sich ausschließlich darauf konzentriere, die Partei zusammenzuhalten.* **Petersen** *verteidigt seine Resolution und betont, wer ihr heute vormittag zugestimmt habe, müsse sich jetzt auch für ihre Verwirklichung einsetzen. Der erste Teil seiner Resolution bedeute, daß die Partei bestehenbleiben werde, falls sich keine Möglichkeit des Anschlusses an einen größeren Kreis ergeben sollte. Sie würde dann versuchen, sich in Gemeinden und Landtagen wieder eine Zukunft zu erkämpfen. Notwendig sei aber auch der zweite Teil der Resolution, denn die vom Nationalsozialismus enttäuschten Wähler würden sich gewiß nicht einer kleinen, in den Wahlen geschlagenen Gruppe wie der Staatspartei anschließen, sondern nur einer großen, aussichtsreichen Gruppierung.* **Dietrich** *weist darauf hin, daß er der Resolution Petersen nicht zugestimmt habe, sondern überstimmt worden sei. Er lehnt ab, die Führung der Partei zu übernehmen, erklärt sich aber bereit, eine Wahl in den Arbeitsausschuß anzunehmen.*

Der Gesamtvorstand erklärt mit großer Mehrheit die Tätigkeit des bisherigen Geschäftsführenden Vorstandes für beendet. Er wählt gemäß dem Antrag Landahl einen Reorganisationsausschuß, der den Namen „Arbeitsausschuß"[14] erhält. Er wird ermächtigt, sich einen Vorstand zu geben. Dietrich wird beauftragt, den Arbeitsausschuß so bald wie möglich einzuberufen. Die Versammlung ersucht Dietrich, Fischer und Meyer, sich um die Regelung der finanziellen Fragen zu bemühen.

14 Dietrich, Petersen, Maier, Bruckmann, Hofheinz, Barteld, Schmidt (Dortmund), Schreiber, Külz, Lemmer, Nuschke, Siehr, Landahl, Schubert, Frau Ulich-Beil, Frau Urlaub.

204.

23.11.1932: Sitzung des Arbeitsausschusses[1]

Bundesarchiv. Nachlaß Külz 18. Maschinenschriftliches Protokoll. Erste Seite oben links maschinenschriftlicher Vermerk: „Vertraulich!". Überschrift: „Bericht[2] über die Sitzung des Arbeitsausschusses am 23. November 1932".

Als Einleitung gab **Dietrich** einen kurzen Überblick über das Wahlergebnis[3] und beleuchtete die augenblickliche parteipolitische Situation und bat die Mitglieder des Ausschusses, ihre Meinung über die Zukunft der Partei zu äußern.

Dr. **Petersen** betonte, daß aus der augenblicklichen Situation heraus keine Entschlüsse gefaßt werden dürfen. Augenblicklich sei nicht die richtige Zeit dafür, die Zersplitterung in der Mitte zu beseitigen, da gegenüber einer gestärkten Volkspartei sich eine geschwächte Staatspartei befände. Sodann ging er auf das Schreiben ein, das die Herren Dr. Weber, Dr. Jaenicke und Dr. Meyer (Berlin) an Herrn Minister Dietrich gerichtet hatten und in dem diese Herren die Forderung gestellt hatten, daß in kürzester Frist ein Parteitag einberufen werden müßte. Falls diesem Antrag nicht stattgegeben werden könnte, sähen sie sich genötigt, aus der Partei auszuscheiden[4]. Dr. Petersen hat sich, nachdem man sich auch an ihn gewandt habe, mit den obigen Herren in Verbindung gesetzt und ihnen klarzumachen verstanden, daß es nicht zweckmäßig sei, einen Parteitag in der jetzigen Situation einzuberufen. Vielmehr müßte demnächst der Gesamtvorstand zusammentreten. Petersen wird mit den Herren dieser Tage nochmal zusammenkommen und hofft, daß die Differenzen aus der Welt geschafft werden. Dem Nationalverein[5] begegnet Dr. Petersen mit dem größten Skeptizismus. Der Nationalverein will nur mit neuen Leuten arbeiten, die aber keinerlei Erfahrung haben. Infolgedessen glaubt er kaum daran, daß der Nationalverein von Bestand sein wird. Hieraus entspränge für unsere Partei die Notwendigkeit, unsere Leute unbedingt zusammenzuhalten, zumal die nächste Zukunft noch sehr ungewiß sein wird.

Dr. **Schreiber** bestätigte Petersens Ansicht über den Nationalverein und betont, daß der Rückgang bei der letzten Wahl in erster Linie darauf zurückzuführen gewesen sei, daß wir keine Listenverbindung hätten. Hierfür sei auch das

---

1 Siehe Nr. 203, bes. Anm. 14. Der Bestand R 45/III enthält keine Protokolle der Sitzungen des Arbeitsausschusses. Bisher wurde nur das hier abgedruckte, im Nachlaß Külz befindliche Protokoll ermittelt. Der Ausschuß ist jedoch mehrmals zusammengetreten, wie verschiedene Einladungen im Nachlaß Külz bezeugen.

2 Ursprüngliche Fassung: „Ergänzender Bericht [. . .]".

3 Zum Ergebnis der Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 siehe S. 821–823.

4 Am 5.11.1932 waren Weber, von Richthofen, Reinhold, Meyer, Jaenicke und Frau Lüders in einem Schreiben an Dietrich für die Auflösung der Staatspartei eingetreten, da diese durch ihr Fortbestehen „[. . .] die Entfaltung einer die zersplitterten Teile des nichtreaktionären und nichtsozialistischen Bürgertums zusammenfassenden Bewegung hindert, die wir ersehnen und an der wir mitarbeiten wollen." Die Unterzeichner hatten gefordert, innerhalb von vier Wochen einen Auflösungsparteitag einzuberufen, andernfalls würden sie sofort aus der Staatspartei austreten. Nachlaß Lüders 109.

5 Siehe Nr. 202 Anm. 2.

Wahlergebnis unserer Partei in Lübeck[6] und Sachsen[7] der beste Beweis, wo wir eine Woche später durchweg einen erheblichen Stimmenzuwachs zu verzeichnen hätten. Auch Schreiber betont die Notwendigkeit, die Partei aufrechtzuerhalten. Insbesondere auch deshalb, weil Dingeldey alle Sammlungsbestrebungen mehr denn je sabotieren würde. Würden wir heute die Staatspartei auflösen, so würde Dingeldey sagen, jetzt gibt es nichts mehr zu sammeln, denn jetzt ist die Volkspartei **die** Partei der Mitte. Wünschenswert wäre es, daß die Reichsgeschäftsstelle aufrechterhalten wird, da bei einer gänzlichen Auflösung der Zentralinstanz eine zu große Zersplitterung zu befürchten sei.

Dietrich teilt mit, daß die Möglichkeit bestehen würde, die Reichsgeschäftsstelle in einem ganz kleinen Rahmen aufrechtzuerhalten.

Barteld berichtet über die Listenverbindung der Deutschen Staatspartei mit der Wirtschaftspartei in seinem Wahlkreise[8]. Diese Sammlungsbestrebung hätte sicher Erfolg gehabt, wenn die Wähler nicht trotz dieser Verbindung den Stimmenverlust gefürchtet hätten. Der frühere wirtschaftsparteiliche Abgeordnete Freidel[9], der an zweiter Stelle der gemeinsamen Liste in Hannover stand, wird bei der Wirtschaftspartei bleiben, um innerhalb seiner Partei den Sammlungsgedanken weiter voranzutreiben. Die Skepsis gegen den Natio[nalverein werde][10] auch in Hannover geteilt. Bei einer kürzlich einb[erufenen Versammlung] hätten z. B. die anwesenden Mitglieder der Deu[tschen Volkspartei ge]sagt, daß sie nicht daran dächten, sich dem [Nationalverein anzuschließen.] Die Deutsche Staatspartei dürfe auf kei[nen Fall aufgelöst werden,] bevor nicht etwas Besseres vorhanden sei. [Die Reichsgeschäftsstelle müsse auf]rechterhalten werden; eventuell könnten meh[rere Parteisekreteriate ge]schlossen werden. Der Boden für unsere Partei würde günstiger, da wir einmal den Vorteil der Opposition hätten und sodann die Angst vor der Reaktion begänne, die ausgenutzt werden müsse.

Hopf (Stuttgart) teilt mit, daß das Ergebnis in Württemberg[11] sicher ein besseres gewesen wäre, wenn nicht die Leute vielfach auf dem Standpunkt gestanden hätten, daß Wirtschaftsminister Maier ohnehin gewählt würde und sie deshalb ihre Stimmen einem deutschnationalen Kandidaten geben könnten.

Bartschat betont die Notwendigkeit, unser Kulturprogramm wieder stärker in den Vordergrund zu stellen.

Landahl ist der Ansicht, daß die Reichsgeschäftsstelle aufrechterhalten werden müsse. Der Arbeitsausschuß als solcher könne sich noch nicht auflösen, da ihm vom Gesamtvorstand die Aufgabe übertragen worden war, eine Reorganisation der Partei durchzuführen. Diese Aufgabe sollte erst mit der Einberufung des Parteitages ihr Ende finden.

---

6 Zum Ergebnis der Bürgerschaftswahlen vgl. Schulthess 1932 S. 200f.

7 Zu den Kommunalwahlen in Sachsen vgl. a. a. O. S. 201.

8 Süd-Hannover-Braunschweig. Zum Abkommen mit der Wirtschaftspartei vgl. Schumacher S. 189.

9 Franz Freidel (1888-1938), Zimmermeister in Hildesheim, MdR (Wirtschaftspartei) 1928 bis Juli 1932.

10 Diese und die folgenden Ergänzungen wurden wegen Beschädigung des Originals vorgenommen.

11 Vgl. Wippermann A 1932 S. 125.

Auf Antrag Bartelds wird eine Resolution gegen die politische Reaktion in Preußen gefaßt, die im „Deutschen Aufstieg" wiedergegeben ist[12].

Dietrich stellt dann als einstimmigen Beschluß der Anwesenden folgendes fest: Keine Stimme für Auflösung der Partei. Keine Einberufung des Parteitages. Einberufung des Gesamtvorstandes auf den 8. Januar 1933[13]. Der Arbeitsausschuß bleibt bestehen. Es bleibt aber dem Gesamtvorstand vorbehalten, den Arbeitsausschuß entweder umzubilden oder an seine Stelle einen arbeitsfähigen Geschäftsführenden Vorstand zu setzen.

12 Vgl. Deutscher Aufstieg v. 27.11.1932 Nr. 48.

13 Siehe Nr. 205.

205.

8.1.1933: Sitzung des Gesamtvorstandes

Gezeichnet unten links: „Issberner fec." [it], unten rechts: „Nuschke". Vorsitz: zunächst Dietrich, dann Maier. Beginn: 11 Uhr. Ende: kurz nach 15.15 Uhr. Ort: Demokratischer Klub.

Herr **Dietrich** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr. Er erinnert daran, daß der alte Geschäftsführende Vorstand im September seine Ämter niedergelegt habe[1] und daß seitdem der Arbeitsausschuß[2] die Geschäfte führe, an dessen Spitze die Herren Petersen, Dietrich und Maier (Stuttgart) ständen. Er betont weiter, daß er persönlich nicht die Absicht habe, sein Amt weiterzuführen. Nach dem gestrigen Beschluß des Arbeitsausschusses werde Herr Maier das Referat erstatten.

Herr **Maier** gibt den Bericht des Arbeitsausschusses und behandelt dabei vorzugsweise interne organisatorische Fragen. An die Spitze seiner Ausführungen stellt er die Mahnung nach Einigkeit und bedauert die in den letzten zwei Monaten hervorgetretenen Zwistigkeiten. Die Hauptaufgabe des Arbeitsausschusses war, die Partei organisatorisch auf eine neue Grundlage zu stellen. Aber diese Absicht konnte nicht ausgeführt werden infolge der Auflösung des Reichstages und der Notwendigkeit, sich infolgedessen mit der Wahlarbeit zu beschäftigen. Es trat da die Frage in den Vordergrund, ob die Partei überhaupt kämpfen sollte und bejahendenfalls, wie es mit der Listenverbindung gehalten werden sollte. Zur Klärung dieser Probleme mußte viel wertvolle Zeit verwandt werden. Die Listenverbindung mit der Sozialdemokratie, um die wir uns bemüht haben, ist nicht zustande gekommen unter dem Druck des radikalen Flügels bei der SPD und ihrer neuen politischen Haltung. Die anderen Möglichkeiten einer Listenverbindung waren nicht gegeben. Die Wahlvorbereitungen sind in verschiedenen Kreisen mit großer Energie geführt worden. Die Reichsleitung der Partei konnte allerdings nur in gewissem Umfange eingreifen. Das geschah durch die vorzüglich verlaufen-

1 Siehe Nr. 203.

2 Siehe Nr. 203 Anm. 14 u. Nr. 204.

den Kundgebungen in Mannheim und in Hamburg. Einen großen Anteil an der Wahlarbeit führte der bisherige Vorsitzende Dietrich aus. Er hat im letzten Jahre nicht weniger als 70 Versammlungen für die Partei gehalten. Dadurch hat er unseren vollen Dank und unsere freudige Anerkennung verdient. (Bravo!) Die Finanzierung des Wahlkampfes machte ganz besondere Schwierigkeiten. Von der Zentrale ist für die Wahlkreise gesorgt worden, allerdings unter Zuhilfenahme der Mittel, die eigentlich für die Reichsgeschäftsstelle bestimmt waren. Diese wird ja auch jetzt nur als Rumpf durchgehalten. Der finanzielle Stand der Partei ist heute ein solcher, daß wir keine zurückliegenden Verpflichtungen im großen und ganzen haben, mit Ausnahme des Wahlkreises Württemberg, wo wir noch gewisse Wahlschulden haben. Die letzten Reichstagswahlen haben gezeigt, daß wir uns noch einen wertvollen Stand von Anhängern erhalten haben[3]. Das Betrübende war der Verlust des Hamburger Mandates und der geringe Erfolg in Berlin. Aber immerhin verfügt die Partei noch über 366 000 Stimmen. Wir sind stolz darauf, daß diese Wähler uns treu geblieben sind; andererseits haben wir ihnen gegenüber auch eine solche absolute Treueverpflichtung in dem Sinne, daß die Parteileitung den Mut nicht verliert und daß sie ihren Wählern auch wieder eine politische Heimat verschafft. Wenn wir eine geschickte Politik treiben, dann werden wir zu dem Stamm unserer sicheren Wähler auch wieder das Treibholz bekommen, das uns weitere Stimmen schafft. Daher lohnt es sich sehr wohl, für die Partei weiterzuarbeiten. Man darf auch nicht vergessen, daß wir in einer Reihe von Wahlkreisen ohnehin am 6. November an Stimmen gewonnen haben, obwohl dieser Wahltag nach der damaligen Situation die Deutschnationalen begünstigte. Unsere Hauptaufgabe scheint zu sein, daß wir unsere alten guten Ideale in eine neue Form bringen und den neuen Gedankengängen anpassen, die heute in den Menschen liegen. Der Arbeitsausschuß hat diese Arbeit auch schon in Angriff genommen. Leider ergaben sich sofort nach der Reichstagswahl neue Schwierigkeiten dadurch, daß von verdienten Parteimitgliedern der Antrag auf Auflösung der Partei gestellt wurde[4]. Es hat Wochen gedauert, bis diese Schwierigkeiten entfernt werden konnten. Aber es muß darauf hingewiesen werden, daß wir uns solche Aktionen einfach nicht mehr leisten können, weil die Partei sonst in ihrem Aufbau empfindlich gestört wird. Die Anschauungen jener Herren, die nach einer Auflösung strebten, waren an sich verständlich. Aber richtig ist doch wohl, daß wir zuerst einmal die Partei erhalten müssen. Die Affäre hat dann zu unserem Bedauern damit geendet, daß die Herren August Weber und Freiherr von Richthofen aus der Partei ausgetreten sind. Trotzdem bleibt es dabei, daß eine Auflösung der Partei, ehe man weiß, was dahinter kommt, ein schwerer Fehler gewesen wäre. Ganz wichtige Organisationen der heutigen Partei würden auch am Tage nach der Beschlußfassung über die Auflösung der Partei zusammentreten und dieselbe Partei wieder gründen. Es ist auch ausdrücklich festzustellen, daß keine einzige Parteiorganisation einen Antrag auf Auflösung der Partei gestellt hat. Es handelte sich nur um die Anregung einzelner Mitglieder, allerdings wichtiger Mitglieder. Im ganzen Lande ist ein starker Erneuerungswille vorhanden. Demgemäß hat der Arbeitsausschuß auch sofort den Beschluß gefaßt, die Partei nicht

3 Zum Ergebnis der Reichstagswahlen vom 6. 11. 1932 siehe S. 821–823.

4 Siehe Nr. 204, bes. Anm. 4.

aufzulösen. Nachdrücklich muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß es ganz unmöglich ist, von Berlin aus die Partei wieder auf die Beine zu stellen; es muß vielmehr aus den Wahlkreisen heraus organisiert und gearbeitet werden, die Verantwortung hierfür kann die Parteileitung den Wahlkreisen und ihren Vorsitzenden nicht abnehmen. In mehreren Wahlkreisen ist ja auch schon vorbildlich gearbeitet worden, so in Ostpreußen, Hamburg und in Württemberg. Hier gab es am Dreikönigstage in Stuttgart eine geradezu erhebende Tagung. Wir beabsichtigen auch, am Tage vor der Reichstagseröffnung in Berlin eine große Kundgebung zu veranstalten. In allererster Linie ist es unsere Aufgabe, eine bessere Fühlung mit der Presse herzustellen. Das ist auch schon in großem Umfange eingeleitet worden. Die zweite Aufgabe ist die Neuausarbeitung unserer politischen und wirtschaftlichen Ziele. Sodann beabsichtigt die Parteileitung die Veranstaltung eindrucksvoller Kundgebungen an großen Plätzen des Reiches. Es hat sich als unerträglich herausgestellt, daß bei den Wahlen unsere Stimmen ins Leere fallen. Deshalb brauchen wir diesmal unter allen Umständen eine Listenverbindung. In diesem Sinne werden wir daher schon jetzt bemüht sein. Petersen hat sich bereit erklärt, sich dieser Frage persönlich zu widmen. Wir dürfen hoffen, daß wir auch etwas fertigbringen, ehe es zur Reichstagsauflösung kommt. Aber wir dürfen nicht vergessen: erzwingen können wir hier nichts. Wenn aber der Arbeitsausschuß mit seinen Bemühungen Erfolg hat, dann bitten wir Sie, nicht zuviel Kritik beizubringen. Ungeachtet aller Listenverbindungen aber bleibt es das Wichtigste, daß wir uns selbst herausstellen. Wenn wir uns nicht am Wahlkampfe parteimäßig beteiligen, dann ist es mit uns aus. Man sollte nicht so viel von einer Partei der reinen Mitte reden. Wenn wir diese mittlere Partei in einer gemeinsamen Liste vereinigen wollen, dann hat das Bedenken, da uns dann die Flügelgruppen rechts und links verlorengehen werden. Auch abgesehen davon ist es mit einer Partei, die alle mittleren Gruppen umfassen will, nicht getan. Denn eine Partei ist nicht dazu da, Gegensätze zu verwischen, sondern die Ziele klar herauszuarbeiten. Eine neue Partei, wie sie uns zusagen könnte, müßte dann wenigstens sich im Rahmen der linken Mitte bewegen; ob wir dazu aber die Deutsche Volkspartei und ähnliche Gruppen bringen werden, das ist fraglich. Mit der Listenverbindung ist es jedoch etwas anderes, denn sie ist ja keine Parteibildung. Die Einberufung eines Parteitages ist notwendig, aber es wäre heute verfrüht, darüber bereits zu beschließen, da wir über das Schicksal des Reichstags noch nichts wissen und der Parteitag nicht in die Wahlarbeit fallen darf. Es wäre also wünschenswert, daß der Vorstand beschließt, den Parteitag einzuberufen, sobald sich die Situation übersehen läßt. Als Ort des Parteitages ist von Süddeutschland Würzburg in Vorschlag gebracht worden. Nun fragt es sich, wen wir dem Parteitag als Vorsitzenden vorschlagen. Auch diese Frage aber läßt sich heute noch nicht lösen, das ist erst möglich, wenn der Parteitag einberufen ist. Dietrich ist endgültig entschlossen zu verzichten. Petersen hat abgelehnt, eine Kandidatur von mir kommt nicht in Frage. Heuss[5] und Schreiber[6] haben ebenfalls abgelehnt. Es

5 Im November und Dezember 1932 hatte Dietrich mehrfach in den Sitzungen des Arbeitsausschusses erklärt, er wolle sein Amt niederlegen. Als möglichen Nachfolger hatten Meyer, Stolper und Landahl daraufhin Heuss ins Auge gefaßt. Brief Landahls an Heuss vom 7.12.1932. Nachlaß Heuss 58. Heuss hatte jedoch abgelehnt, da er zu wenig „Talent zum Schnorren" besitze und selbst

ist der Wunsch einer Reihe großer Reichsorganisationen, daß Dietrich wieder Parteiführer wird, so Württemberg, Hannover und andere. Dietrich hat aber mit aller Bestimmtheit abgelehnt. Übrigens sei darauf hingewiesen, daß, wenn die preußischen Beamten Dietrich seine Notverordnungspolitik übelnehmen, die württembergischen Beamten Dietrich deshalb geradezu verehren, weil der deutschnationale württembergische Minister die Beamten noch viel schlechter behandelt hat. (Heiterkeit.) Unter den obwaltenden Umständen müssen wir den Arbeitsausschuß und seine dreiköpfige Spitze weiter behalten, soviel sich gewiß gegen eine kollegiale Leitung der Partei einwenden läßt. Der Referent schließt mit einem trostreichen Ausblick in die Zukunft; aus der täglichen Berührung mit vielen politischen Gruppen hat er das bestimmte Gefühl gewonnen, daß wir wieder hochkommen werden. Der Moment wird sich rasch nähern, wo die Wähler wieder zu uns treten werden. Wenn wir jetzt nichts tun, um die von der NSDAP zurückflutenden Menschen anzuziehen, so beeinträchtigen wir unsere ganze Arbeit. Daß die Demokratie im ganzen Volke rege ist, das hat sie bei dem letzten Kabinettswechsel erwiesen. Denn die Regierung Papen konnte nicht gehalten werden, da die öffentliche Meinung sie nicht länger dulden wollte. Die öffentliche Meinung ist aber nichts anderes als direkte Demokratie. Wir sollten uns heute in Ruhe auseinandersetzen mit dem Gedanken, daß die Partei auf eine neue tragfähige Grundlage gestellt werden muß. (Beifall.)

Herr Dietrich übergibt nunmehr den Vorsitz an Herrn Maier und verläßt die Versammlung. Hierauf beginnt die Aussprache.

Herr **Siehr** stimmt den Ausführungen des Referenten in den meisten Punkten zu. Insbesondere hebt er hervor, daß es verfrüht wäre, heute über die Einberufung des Parteitages oder über die Frage des Vorsitzenden einen Beschluß zu fassen. Wir sollten es bei der Organisation lassen, wie sie sich in der letzten Zeit ergeben hat. In Ostpreußen beschäftigen wir uns mit der Neuorganisation, bei der das Schwerste allerdings die Finanzfrage ist. Wir haben die Parteisekretariate bis auf eines abgebaut und als Ersatz dafür das Institut der Pflegschaften eingeführt, das sich zu bewähren scheint. Fraglich ist allerdings, ob dieser Weg sich für jeden anderen Wahlkreis auch empfiehlt. Redner teilt dann mit, welche Erfahrungen man in Ostpreußen mit dem Nationalverein gemacht hat. Er sei vor einem Monat aus dem Nationalverein wieder ausgeschieden, weil er den Weg dieses Vereins nicht für zweckmäßig hielt. Bedauerlich sei vor allem, daß die Führung nur Theoretiker hätten, während es ihm nicht gelungen sei, Männer der Praxis in die leitenden Stellen hineinzubringen. Leute ohne Doktortitel kommen da nicht in den Vorstand. Außerdem wurde auch versucht, das eigentliche Ziel des Nationalvereins zu sehr im Dunkeln zu lassen. Das Wort Republik wurde niemals genannt. Deshalb sei er ausgetreten, damit in Ostpreußen die wünschenswerte Klarheit geschaffen werde. Natürlich brauchen wir uns durchaus nicht in eine feindselige Stellung zum Nationalverein hineinzumanövrieren. Aber es ist nun einmal Tatsache, daß, wenn der Nationalverein sich vergrößern will, er das nur aus unseren Mitgliederkreisen tun kann.

---

finanziell nicht unabhängig sei. Er hatte stattdessen Schreiber empfohlen. Vgl. Eksteins, Heuss S. 185.

6 Siehe Anm. 5.

Herr **Wandersleb**: Die Ausführungen Maiers decken sich im wesentlichen mit den Auffassungen des Wahlkreises Halle-Merseburg. Nötig ist unter allen Umständen eine Listenverbindung, zu begrüßen die Veröffentlichung der politischen und wirtschaftlichen Ziele. Bedauerlich ist, daß die Frage des Vorsitzes heute noch nicht geklärt werden kann.

Herr **Maier**: Natürlich ist es wertvoll, wenn der Gesamtvorstand die Frage des Vorsitzenden weiter fördern kann, als es dem Arbeitsausschuß möglich war.

Herr **Riedel**: Es geht nicht an, daß die Personenfrage betreffs des Vorsitzes heute schon gelöst wird. Das würde nur wieder persönliche Auseinandersetzungen hervorrufen. Damit aber muß ein für alle mal Schluß sein. Solange man mir nichts Besseres zeigen kann als unsere Partei, solange kann ich auch nicht für eine Auflösung der Partei eintreten. Mit einem Mischmasch nach rechts hin kann ich mich nicht einlassen. Natürlich muß unsere Linie mit derselben Entschiedenheit auch nach links gezogen sein. In dieser Beziehung schädigt uns ungemein die Haltung der sogenannten demokratischen Berliner Presse. Hier wird der Arbeitsausschuß auch manches zu tun haben. Im ganzen genommen ist es wünschenswert, daß wir von den taktischen Fragen einmal zu den grundsätzlichen zurückkehren. Auch über den Parteitag sollten wir heute noch nichts beschließen. Er kann erst einberufen werden, wenn die Voraussetzungen für einen einmütigen starken Willen geschaffen worden sind. Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Kommunalwahlen in Preußen müssen wir so schnell wie möglich unsere Organisation aufbauen. Das ist eine Aufgabe der Wahlkreise. Als Ergänzung dazu bedürfen wir aber zentraler Organisationsrichtlinien, die von der Parteileitung auszugehen haben.

Herr **Landahl**: Die politische Lage bietet die Voraussetzung für eine klare bürgerliche Partei. Aber an der Stelle, wo diese Partei stehen müßte, herrscht z. Zt. der größte Wirrwarr. Die bevorstehenden Wahlen müssen unser Arbeitsprogramm ganz wesentlich beeinflussen; diese Dinge müssen also heute sehr eingehend erörtert werden. Eine Listenverbindung muß mit allem Ernst herbeigeführt werden. Petersen glaubt, in dieser Beziehung einen Erfolg zustande bringen zu können, und wünscht, diese Dinge seinerseits zu vermitteln, wobei er sich darüber klar ist, daß schon morgen damit begonnen werden muß. Redner setzt darauf auseinander, daß Petersen lediglich durch Gründe, die in seiner Stellung als Hamburger Bürgermeister liegen, zu einer Ablehnung des Parteivorsitzes gekommen ist. Die Lösung dieser Frage könne überhaupt erst auf dem Parteitag erfolgen. Bis dahin müssen wir uns mit der kollegialen Leitung abfinden. Eine wichtige Aufgabe daneben ist es aber für uns, die Möglichkeit dafür zu schaffen, daß die Frau ihr Betätigungsfeld in der Politik behält allen Angriffen der letzten Zeit zum Trotz. Auch der Jugend gegenüber müssen wir in vollem Umfange unsere politische Pflicht tun. Zum Schluß kommentiert der Redner den jüngst ergangenen Aufruf der Hamburger Partei[7].

Der **Vorsitzende** begrüßt unter Beifall der Versammlung das Erscheinen des Ehrenvorsitzenden Dr. Dernburg.

---

7 Abgedruckt in: Deutscher Aufstieg v. 8.1.1933 Nr. 2.

Herr **Nuschke** verliest den Entwurf einer heute zu fassenden Entschließung, deren Autor Herr Petersen ist[8].

Frau **Lüders** beantragt, an Petersen ein Telegramm zu senden, das Grüße und den Wunsch auf Besserung seines Gesundheitszustandes enthält. Dieser Antrag wird widerspruchslos angenommen.

Herr **Mast** (Berlin)[9]: Es ist bedauerlich, daß heute nicht die Klärung eintritt, die die Partei erwartet. Eine Parteiauflösung kommt nicht in Betracht, aber man darf nicht die Brücken zu einer Vergrößerung der Partei abbrechen. Es ist vielleicht nicht richtig, wenn prominente Mitglieder von sich aus mit Aplomb aus dem Nationalverein austreten. Vor einer erneuten Änderung des Namens der Partei ist zu warnen. Es wäre sehr zu wünschen, wenn die Führerfrage noch heute gelöst werden könnte. Wenn das gelänge, so würde das vielleicht viele frühere Freunde wieder zu uns zurückführen. An der Spitze der Partei darf niemand stehen, der politisch belastet ist. Durch die Wahl Dietrichs ist ein schwerer Fehler begangen worden. Das muß ausgesprochen werden bei aller Hochschätzung der Persönlichkeit Dietrichs. Die Aktivität der Jugend ist durchaus schätzenswert; man sollte nun aber nicht übertreiben und alle älteren Leute, auch die verdienten und arbeitsfähigen, einfach zur Seite schieben. Bei unseren neuen Richtlinien sollten wir die Sorge für gesunde Wirtschaftspolitik in den Vordergrund stellen.

Der **Vorsitzende** hebt hervor, daß wir uns selbstverständlich in keine Angriffsstellung gegen den Deutschen Nationalverein begeben werden. Dazu ist der Nationalverein zu klein. Unsere Parteileitung unterhält mit der Leitung dieser Organisation auch lebhafte Fühlung. Auf der anderen Seite versteht es sich von selbst, daß man auf der Hut ist, damit die Leute nicht unsere Mitglieder und Gelder wegfischen.

Herr **Falk** (Köln): Unsere Partei wird sich schon durchsetzen, ob dies aber bald oder später geschieht, darauf haben wir keinen Einfluß. Entscheidend ist, daß wir nur den Glauben und das Vertrauen an unsere Sache nicht verlieren. Es ist schade, daß heute so viele verdiente Freunde hier fehlen. In den Kreisen draußen sind die Vorgänge in Berlin nicht genau bekannt; es hält sich dort dauernd die Meinung, daß vielmehr persönliche Streitigkeiten als sachliche Gegensätze zu den Vorfällen geführt haben. Falls dies wahr ist, dann ist unsere Aufgabe außerordentlich erschwert. Wenn wir zusammenbleiben wollen, dann müssen wir vor allem neue Richtlinien uns zulegen, damit die Leute draußen wissen, wofür sie zu kämpfen haben. Ein neues Parteigebilde wird in absehbarer Zeit nicht in Erscheinung treten. Insbesondere ist eine Arbeitsgemeinschaft mit der Deutschen Volkspartei so gut wie ausgeschlossen. Bei der neuen Mitte handelt es sich nicht nur um die Frage Republik oder Monarchie, sondern um den Gegensatz zwischen Freiheit und Reaktion. In unseren Kundgebungen müssen daher die Grundsätze des Liberalismus wieder mehr zu Worte kommen. Auch der nationale Gedanke ist in unseren Richtlinien ganz deutlich als die Errungenschaft von Liberalismus und Demokratie herauszustellen. Es ist fraglich, ob es eine glückliche Idee war von Dietrich und Maier, sich im Reichstag „Süddeutsche Demokraten" zu

8 Siehe unten.

9 Ingenieur in Berlin.

nennen. Das ist von manchen Seiten als ein Zeichen für das Auseinanderfallen der Partei gedeutet worden. Es fehlt noch Klarheit darüber, wie es zur Absetzung eines Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten aus der Deutschen Staatspartei in der Provinz Sachsen kommen konnte. Die Führerfrage kann heute leider nicht gelöst werden, das Dreimännerkollegium kann aber Arbeit leisten, wenn Übereinstimmung zwischen ihnen herrscht.

Der **Vorsitzende** bittet mit Rücksicht auf die noch vorliegenden zahlreichen Wortmeldungen um Verkürzung der Redezeit. Um die folgende Diskussion abzukürzen, stellt er folgendes fest: Der Vorschlag von Riedel betreffend zentrale Organisationsrichtlinien wird vom Arbeitsausschuß angenommen werden. Im übrigen haben die Wahlkreise selbständige Organisationsarbeit zu leisten. Diese Frage kann also aus der heutigen Aussprache verschwinden. Auch die Neuformulierung des Programms soll in Angriff genommen werden. Unser letzter Wahlaufruf[10] hat eine brauchbare Grundlage für die neuen Richtlinien geschaffen. Um sie herum soll nun eine Broschüre von etwa 100 Seiten geschrieben werden. Auch dies ist schon in Angriff genommen. Dabei wird der Anregung des Gesamtvorstandes folgend der nationale demokratische Gedanke ausdrücklich vorangestellt werden. Der Vorschlag der Bezeichnung „Süddeutsche Demokraten" ging von mir aus, und zwar in einem Augenblick eines gewissen Defaitismus: Ich fürchtete, daß die Leute, die die Auflösung befürworteten, die Mehrheit erhalten würden, so daß ich dann mit Dietrich ganz ohne Partei dastehen würde im Reichstag[11]. Ich glaube, daß sich hierüber niemand beschweren kann. Wir haben auch vorher bei den maßgebenden Stellen angefragt und nur aus Hamburg und Ostpreußen Widerspruch gefunden. Regionale Parteigruppen gibt es mehrfach. Außerdem ist daran zu erinnern, daß die württembergische Partei niemals den Namen Deutsche Staatspartei angenommen, sondern den Namen Deutsche Demokratische Partei beibehalten hat. Im übrigen handelt es sich bei der ganzen Sache um eine unbedeutende Angelegenheit. Ein Schaden wird dadurch für die Partei nicht entstehen. Mit Partikularismus hat der Vorfall überhaupt nichts zu tun; wir in Süddeutschland haben im Gegenteil gerade ein Interesse an einer großen Reichspartei.

Herr **Dronke** (Bremen): Wenn eine Listenverbindung auch weiterhin unmöglich ist, dann ist die Lage unserer Partei hoffnungslos. Aber selbst bei einer Listenverbindung erreichen wir nur 6 oder 8 Mandate – was will das sagen gegenüber einer Gesamtzahl von etwa 550 Reichstagsabgeordneten[12]? Auch bei Neuwahlen haben wir keine Aussicht auf Vermehrung unserer Stimmen. Das kommt daher, daß wir zur Frage der Arbeitsbeschaffung keinen entschiedenen

10 Abgedruckt in: Deutscher Aufstieg v. 30.10.1932 Nr. 44.

11 Am 9.11.1932 hatte Maier diese Umbenennung in einem Schreiben an die Mitglieder des Arbeitsausschusses u. a. folgendermaßen begründet: „Die beiden gewählten Vertreter der Staatspartei werden in ihrer Zweiheit dem Fluch der Lächerlichkeit ausgesetzt sein, was beide, Dietrich als gewesener Reichsminister, ich als noch aktiver Landesminister nicht ertragen können, was auch für die Staatspartei schlechthin unerträglich ist. Der beste Ausweg erscheint mir, wenn die beiden Abgeordneten sich im Reichstag einen anderen Namen beilegen. Ich schlage, ohne mit Dietrich Fühlung nehmen zu können, ‚Süddeutsche Demokraten' vor." Ende der Parteien S. 87f.

12 Die Gesamtzahl der Abgeordneten des am 6.11.1932 gewählten Reichstags betrug 584.

Standpunkt eingenommen haben. Wir haben ferner eine Agrarpolitik getrieben, die den nordwestdeutschen Bauern zum Untergang gebracht hat. Ebenso müssen wir eine klare Einstellung zur Siedlungsfrage haben. Vor allem aber müssen wir untersuchen, ob der Kapitalismus, wie er uns überkommen ist, den Aufgaben der Gegenwart noch entspricht. Unsere Wählerschaft steht auf dem Standpunkt, daß wir das kapitalistische System weiter entwickeln müssen. Wenn wir unser Programm nicht dementsprechend gestalten, dann hat es keinen Zweck, die Partei noch weiter aufrechtzuerhalten.

Der **Vorsitzende** schlägt nun eine Beschränkung der Redezeit auf fünf Minuten vor. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Herr **Kniest** weist die Kritik des Vorredners zurück. Der Nationalverein, so erklärt er weiter, ist nur eine Staatspartei im neuen Gewand geworden, trotzdem empfiehlt es sich, mit ihm zusammen zu arbeiten, da man mit seiner Hilfe vielleicht in die der Partei sonst verschlossenen Gewerbevereine hineinkommen kann. Gerade im Mittelstand aber können wir noch neue Wähler gewinnen. Letztes Ziel ist die Sammlung aller liberal und republikanisch gesinnten Kreise.

Frau **Epstein**[13]: Was uns im Wahlkampf an programmatischen Reden dargeboten wurde, das war nicht klar genug, um als Richtlinie für die Partei zu dienen. An den kommenden Richtlinien sollten Leute der Praxis mitwirken. Für den Liberalismus begeistert sich die Partei keineswegs durchweg. Auch das Wort national kann man nicht klar umreißen. Es geht einfach nicht an, den Kapitalismus wieder zu stärken und als unbedingt sicheren Faktor der weiteren Entwicklung zu betrachten. So stoßen wir überall auf die größten Schwierigkeiten, und es wird einer intensiven Arbeit bedürfen, die Richtlinien der Partei herauszuarbeiten. Vollkommen unmöglich aber würde es sein, die Kreise programmatisch zusammenzufassen, die heute die Mitte darstellen. Unter diesen Umständen sollte man einen Ausschuß mit der Ausarbeitung der Richtlinien betrauen.

Herr **Moeller**: Mit Richtlinien kommen wir nicht an die Leute heran, auf die wir im Lande Gewicht legen müssen. Diese Leute sind einfach mutlos, und wir haben sie mutlos gemacht durch die ständige Forderung der Listenverbindung. Es muß sich jemand finden, der den Mut hat, selbst die Organisation zu führen, und der den anderen auch wieder Mut einflößt. Die Jugend werden Sie nicht an sich fesseln, wenn Sie das Wort Liberalismus zuviel gebrauchen. Dagegen muß das Nationale und Soziale energisch betont werden.

Herr **Beckmann**[14]: Wenn Herr Maier geglaubt hat, die Partei könnte aufgelöst werden, dann ist das nur ein Zeichen, daß er die nötige Fühlung mit den Wahlkreisen und Parteigenossen nicht gehabt hat. In unserer Provinz, Hessen-Nassau, hat keiner auch nur daran gedacht, die Partei aufzulösen. Daß wir in unserer Provinz unsere Stimmenzahl bei den Novemberwahlen haben vermehren können, lag zum Teil an der etwas veränderten Haltung der „Frankfurter Zeitung". Die Leute, die uns treu geblieben sind, sind Liberale, und wir dürfen daher den Liberalismus nicht verleugnen, den politischen nicht, aber auch nicht

13 Else Epstein.

14 Wilhelm Beckmann, Frankfurt/M.

den wirtschaftlichen. Wenn Herr Dietrich Schiffbruch gelitten hat, so hat er Schiffbruch erlitten, weil er den Mut der Überzeugung hat. Wenn wir eine Sammlung der Mitte in die Wege leiten, dann muß die fundamentale Frage vorher beantwortet werden: Republik oder Monarchie? Gegen eine Listenverbindung braucht man sich nicht zu wenden; wenn wir aber überhaupt noch eine starke politische Idee haben, dann müßten wir noch einen weiteren Wahlkampf ohne Listenverbindung aushalten können. Von dem Nationalverein sollte man nach Möglichkeit die Finger lassen.

Herr **Vogt** stellt gegenüber Presseäußerungen fest, daß ein Antrag auf Auflösung von keiner Seite gestellt ist und daß diese Tatsache auch nach außen bekanntgegeben werden müsse. Wir brauchen sehr schnell zentral-organisatorische Richtlinien. Voraussetzung für alle Arbeit aber ist Geld. Infolge der Verringerung des Umfanges der Reichsgeschäftsstelle ist eine Arbeit dort kaum möglich geworden. Redner schlägt deshalb vor, vermittelst der Einrichtung der „Bausteine" einen Fonds zu beschaffen, aus dem man die Zentrale wieder aufbauen kann. Die Wiederherstellung des Namens Deutsche Demokratische Partei wäre zu begrüßen; wenn die Möglichkeit dafür nicht gegeben ist, dann geht es auch so. Einen Parteitag müssen wir bald haben. Redner stellt deshalb den Antrag, der Arbeitsausschuß solle möglichst bald den Termin für die Einberufung bestimmen. Die Jugend soll nicht nur herangezogen, sondern auch in die Verantwortung hineingezogen werden.

Der **Vorsitzende** erklärt sich damit einverstanden, wenn die Versammlung den Antrag Vogt in der Fassung annimmt: „Der Parteitag ist sobald wie möglich einzuberufen, der Termin ist dem Arbeitsausschuß zu überlassen." Der Gesamtvorstand stimmt dem zu.

Der **Vorsitzende** hebt noch namens des Arbeitsausschusses hervor: Bei unseren neuen Richtlinien muß das politische Ziel ganz genau herausgestellt werden, weil die Wähler bisher nicht nach politischen, sondern nach wirtschaftlichen Grundsätzen gewählt haben. Weiter müssen wir einen gewissen Grad wirtschaftlicher Freiheit vertreten. Freilich, einen Kapitalismus, wie er vor dreißig Jahren bestand, können wir heute nicht mehr halten, wir müssen heute nach anderen Gesichtspunkten arbeiten. Aber falsch wäre es, den Kapitalismus im Sinne der Wünsche der Jugend abzuändern. Bei der heutigen Entwicklung wäre es das Richtigste, wir sagten in den Richtlinien: Wir treten für das Privateigentum ein, aber nicht für die Vorteile, die es Besitzenden gewährt, sondern weil wir wissen, daß das Gesamterträgnis durch das System des Privateigentums mehr gesteigert wird als durch den Sozialismus. Den Unterschied zwischen sozial und sozialistisch müssen wir den Wählern volkstümlich darlegen. Der Vorsitzende verteidigt sodann gegenüber Bemerkungen des Herrn Beckmann die Sperre der Einheitspreisgeschäfte[15]. Die Frage der Namensänderung der Partei sei noch nicht spruchreif.

Herr **Egelsehr**: Ich habe das Gefühl, daß wir uns wieder vorwiegend einig sind. Die Führerfrage ist zurückgestellt. Mit neuen Richtlinien ist in einer Zeit, in der

15 Am 9.3.1932 hatte der Reichspräsident im Rahmen einer Notverordnung zum Schutze der Wirtschaft für die Dauer von zwei Jahren eine Sperre für die Errichtung weiterer Verkaufsstellen von Einheitspreisgeschäften in Städten unter 100 000 Einwohnern verfügt. Vgl. RGBl 1932 I S. 125.

alles fließt, nicht viel zu machen, wir brauchen dafür ein Aktionsprogramm mit ganz wenigen, aber ganz aktuellen Punkten.

Herr **Schubert**: Namens der Berliner Partei habe ich zu erklären, daß wir nicht wünschen, daß Herr Dietrich in absehbarer Zeit als Führer der Partei im Vordergrund steht. Die Streitigkeiten, von denen vorhin gesprochen worden ist, spielen sich nicht auf dem Boden der Berliner Partei ab; diese ist in sich geschlossen.

Herr **Greßler**: In Düsseldorf-Ost ist von einer Parteiorganisation so gut wie nichts mehr vorhanden, hauptsächlich deswegen, weil die Demokraten nicht mehr die nötige Fühlung miteinander haben infolge der Auseinanderreißungen und Zusammenlegungen durch die Eingemeindungen. Um das wieder in Ordnung zu bringen, bedürfen wir auch der Mithilfe der Zentrale. Redner weist auf die Mißstimmung hin, die die Politik Dietrichs in den Kreisen der Beamten gefunden hat. An dieser Situation in der Beamtenschaft darf man nicht vorbeigehen, wenn man die Führerfrage behandelt. Die Auflösung der Deutschen Demokratischen Partei im Jahre 1930 ist das typische Beispiel dafür, wie verhältnismäßig kleine Kreise in Berlin eine Entscheidung festlegen, für die die Wahlkreise niemals zu haben gewesen wären. Das muß jetzt auch berücksichtigt werden. Es sei ferner an die Vorgänge zu erinnern, die sich auf dem Parteitage in Hannover vor der Wahl Dietrichs abspielten[16]. Ähnliches darf nicht wieder vorkommen. Auf dem nächsten Parteitage muß die Frage der Organisation des Parteivorstandes sehr eingehend besprochen werden.

Frau Dr. **Bäumer**: Wenn man die Fortführung der Partei beschließt, so nimmt man eine Aufgabe auf sich, die hier, wie es scheint, etwas zu leicht genommen wird. Die Frage des Vorsitzes und der eigentlichen sachlichen Haltung darf man nicht in der Schwebe lassen. Wir müssen ein ungeheures Maß von Skepsis und Zweifel der Bevölkerung an der Zukunft unserer Partei überwinden, wenn wir ernsthaft an einen neuen Aufbruch der Staatspartei denken wollen. Wir brauchen überhaupt mehr Klarheit, besonders auch in taktischen Dingen, wenn wir die Jugend gewinnen wollen. Mit diesem Gedanken müssen wir auch die Frage der Listenverbindung behandeln. Eine Listenverbindung mit der Deutschen Volkspartei könnte bedenkliche Rückwirkungen ausüben.

Der **Vorsitzende** betont, daß der Arbeitsausschuß sich der obwaltenden Schwierigkeiten durchaus bewußt ist. Jetzt gelte es aber vor allem, nicht die eingenommene Linie zu verlassen. Jede Vermanschung mit anderen Parteien würde uns den sicheren Tod bringen; aber man darf doch nicht sagen, daß eine wahltaktische und technische Verbindung mit einer anderen Partei das Aufgeben dieser Linie bedeute. Wenn das der Fall ist, dann solle man sich darüber deutlicher aussprechen. Wir können nicht eine Listenverbindung vorbereiten, die Ihnen dann nachher nicht paßt. Aber ich möchte bitten, uns nicht ein Abweichen von unserer politischen Linie zu unterschieben, wenn wir eine Listenverbindung herbeizuführen suchen.

16 Der offizielle Bericht über den Parteitag sagt nichts über irgendwelche Differenzen aus; allerdings hatte es bei der Wahl Dietrichs zum Parteivorsitzenden 22 Nein-Stimmen gegeben. Vgl. Demokrat v. 20.11.1930 Nr. 22. Zu den Bedenken, die im Vorstand der DDP gegen Dietrichs Kandidatur geäußert worden waren, siehe Nr. 172.

Frau **Lüders** bestätigt, daß es sich bei den Zwistigkeiten der letzten Monate nicht um persönliche Gegensätze gehandelt hat, sondern um sachliche Meinungsverschiedenheiten, so insbesondere auch bei der Listenverbindung. Es ist durchaus nicht einerlei, ob wir acht Leute im Reichstag haben oder nur zwei. Eine größere Zahl ist schon deshalb von Wert, weil man dann den Hochmut eines Dingeldey dämpfen kann. Das Schlimme ist, daß wir immer das Eine gesagt und das Gegenteil getan haben. Auch den Frauen gegenüber müssen wir wieder unsere Stellung ändern. Wenn die Leitung unserer Partei das nicht tut, dann wird das böse Folgen für die Partei haben. Insbesondere muß uns Frauen wieder die technische Möglichkeit gegeben werden zu arbeiten. Wir werden den Reichsfrauenausschuß beisammenhalten und wenn es gelingt, den alten Apparat technisch wieder in Gang zu setzen, dann wird er auch weiterlaufen. Sehr wichtig ist die starke Betonung des nationalen Gedankens. Es wäre sehr wünschenswert, wenn wir die Freunde, die uns verlassen haben, wieder für uns gewinnen können. Im Zusammenhang hiermit bittet die Rednerin, Herrn Oscar Meyer aus Anlaß seiner 25jährigen Zugehörigkeit zur Stadtverordnetenversammlung heute telegraphischen Glückwunsch auszusprechen.

Herr **Rönneburg**: Richtlinien brauchen wir schon im Interesse der Gewinnung der Jugend. Aus demselben Grunde müssen wir dabei auch in den Vordergrund stellen die Frage der Arbeitsbeschaffung und ähnliche Dinge. Es ist nicht richtig, daß wir in der Agrarpolitik eine uneinheitliche Linie betrieben haben. Gerade im Gegenteil ist unsere Haltung durchaus folgerichtig gewesen. Die Durchführung der Siedlungspolitik bietet unserer Partei eine große Chance. In bezug auf die Osthilfe ist neuerdings eine sachliche Schwenkung eingetreten; Dietrich beabsichtigte auf diesem Gebiete gerade das Gegenteil von dem, was jetzt unter Braun[17] und Genossen geschieht. Es wäre zu wünschen, daß wir uns heute in der Frage der Führerwahl zu einem Entschluß durchringen könnten. Denn das System der kollegialen Führung ist nicht richtig. Jedenfalls muß das Führerproblem schon vor dem Parteitag zur Entscheidung gebracht werden. Redner dankt Dietrich für seine vielen Verdienste als Vorsitzender.

Herr **Frommhold**: Es ist unbedingt notwendig, der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß ein Antrag zur Auflösung der Partei von keiner Parteiorganisation gestellt worden ist. Wir müssen den Gerüchten in den Zeitungen scharf entgegentreten. Die Leitung der Partei durch drei Herren sollten wir einstweilen bestehen lassen. Dem Dank an Dietrich stimmen wir alle zu. Auch dieser Redner weist nach, daß wir in der Siedlungsfrage eine ganz klare Politik getrieben haben. Er weist auch die Darlegungen Dronkes über den Kapitalismus zurück. Unsere Richtlinien soll nicht ein besonderer Ausschuß, sondern der Arbeitsausschuß machen. Den liberalen Gedanken sollten wir stets hochhalten; auch die Jugend läßt sich dafür gewinnen.

Herr **Kuby**[18] spricht sich für eine Listenverbindung aus. Die Änderung des Namens „Deutsche Demokratische Partei" war bedauerlich, aber heute schon

17 Magnus Freiherr von Braun (geb. 1878), Reichsernährungsminister und Ostkommissar von Juni 1932 bis Januar 1933.

18 Eugen Kuby, Weinhändler in Edenkoben.

wieder den Namen zu ändern, ist nicht zu empfehlen. Alsdann bespricht der Redner die Frage der kapitalistischen Entwicklung und die Stellung der Partei dazu.

Damit ist die Besprechung geschlossen. Die Entschließung, die Herr Petersen (Hamburg) vorgeschlagen hat, wird noch einmal verlesen, da sie inzwischen gekürzt worden ist. Der Vorstand nimmt einstimmig die neue Fassung an, indem er dem Vorsitzenden die Vollmacht gibt, nötigenfalls vor der Veröffentlichung noch redaktionelle Änderungen vorzunehmen. Die *Entschließung* hat folgenden Wortlaut:

„Eine Zeit beispielloser materieller und seelischer Not hat Millionen von Volksgenossen Projektemachern und hemmungslosen Agitatoren zugetrieben.

Aber die Entwicklung der letzten Wochen und Monate zeigt, daß das Bürgertum erwacht aus dem Traum, in den hohle Schlagworte und leere Versprechungen es versetzt hatten.

Im Volke wächst das Bewußtsein, daß es nur dann wieder Herr seines Schicksals werden kann, wenn es sich abkehrt vom Radikalismus und zusammenfindet zu einer politischen Willensbildung, die sich nicht leiten läßt von unklaren Gefühlen, sondern von der Vernunft.

Die große Stunde für eine freiheitlich-nationale Bewegung, in der sich alle zusammenfinden, die Radikalismus und Reaktion ablehnen, wird kommen und damit auch die Stunde für die Anhänger demokratischer staatsbürgerlicher Gesinnung, wie sie die Deutsche Staatspartei durch alle Anfeindungen hindurch sich bewahrt hat.

Die Deutsche Staatspartei ruft darum ihre Freunde in Stadt und Land auf zu unverdrossener, glaubensfroher Arbeit. Es geht nicht um die Erhaltung einer Organisation allein, sondern darüber hinaus um den engen Zusammenschluß des freiheitlich-nationalen Bürgertums im Kampfe um den freien deutschen Staat[19]."

Der Vorstand erklärt darauf sein Einverständnis mit der Absendung eines Glückwunschtelegrammes an Oscar Meyer und eines Danktelegrammes an den bisherigen Vorsitzenden Dietrich.

Der **Vorsitzende** bittet die Wahlkreisvorsitzenden, rechtzeitig ihre Ansichten über die vom Arbeitsausschuß herzustellenden Richtlinien der Parteileitung mitzuteilen, und schließt alsdann die Sitzung.

Schluß kurz nach 15.15 Uhr.

19 Abgedruckt in: Wippermann A 1933 S. 92.

206.

14.5.1933: Sitzung des Gesamtvorstandes

Gezeichnet: „Nuschke". Vorsitz: Goetz. Beginn: kurz nach 11.30 Uhr. Ende: 17.15 Uhr. Ort: Berlin, im „Prinzen Albrecht"[1].

Anwesend: Vertreter aus 29 Wahlkreisen.

Herr Geheimrat Professor **Goetz** eröffnet die Sitzung kurz nach 11.30 Uhr mit dem Hinweis auf die Bedeutung der heutigen Tagung.

Herr **Nuschke** referiert über die parteipolitische Lage, nachdem er das Bedauern darüber ausgesprochen hat, daß die drei führenden Herren, Dietrich, Maier und Petersen, wegen ihres leidenden Zustandes außerstande gewesen sind, zu der heutigen Sitzung zu erscheinen. Nach einem eingehenden Überblick über die parteipolitische Situation und besonders über die Stellung der Deutschen Staatspartei gegenüber den anderen Parteien warnt er vor überstürzten Beschlüssen. Wir sollten uns heute lieber nicht darüber unterhalten, ob wir bestehenbleiben sollen oder nicht, sondern stattdessen erwägen, in welchen Formen wir die Parteiarbeit aufrechterhalten und wie wir politisch wirken können. Zum Schluß spricht der Referent den Parteifreunden, die in den letzten Wahlkämpfen[2] ihren Mann bis aufs äußerste gestanden haben, herzlichen Dank aus; ferner dankt er auch allen denen, die um ihrer politischen Haltung willen verfolgt worden sind und mit denen man eine enge Fühlung herzustellen verpflichtet ist, die weit über die parteimäßige Zusammengehörigkeit hinausgeht. Unter großem Beifall gedenkt er in diesem Zusammenhange auch der Anwesenheit des bisherigen Oberbürgermeisters von Nürnberg, Dr. Luppe.

Herr **Heuss** hält darauf ein gleichfalls mit großem Beifall aufgenommenes Referat über die politische Lage, wobei er besonders die Außenpolitik berücksichtigt.

Herr **Schreiber** macht hierauf noch interessante Ausführungen über die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands während der letzten Monate.

Nach Eröffnung der Aussprache ergreift als erster das Wort Herr **Ehlermann** (Oldenburg), um zu schildern, wie die Dinge in der Provinz liegen. Von seinen persönlichen Erfahrungen aus tritt er für die völlige Auflösung der Partei ein, weil diese doch keine Betätigungsmöglichkeit habe.

Kurz nach 13.30 Uhr wird die Sitzung vertagt, um eine Mittagspause eintreten zu lassen. Die Wiederaufnahme der Sitzung findet gegen 15 Uhr statt. Mit Zustimmung der Versammlung wird die Redezeit auf zehn Minuten festgesetzt. An der weiteren Debatte beteiligen sich Frau **Wunderlich**, Herr **Burghardt** (Hamburg), Herr **Greve**, Herr **Barteld**, Frau **Kempf** (Frankfurt/M), Herr **Rönneburg**, Frau **Lüders**, Herr **Kalbskopf**, Herr **Luppe**, Herr **Nuschke**, Herr **Vogt**, Herr

1 Abgedruckt in: Ende der Parteien S. 94f.

2 Zum Ergebnis der Reichstagswahlen vom 5. 3. 1933 siehe S. 821–823. Zur Beurteilung der dabei mit der SPD abgeschlossenen Listenverbindung innerhalb der Staatspartei vgl. Ende der Parteien S. 66–68 u. 88–91. Am 5. 3. 1933 hatten auch die preußischen Landtagswahlen stattgefunden, bei denen die Staatspartei 0,7% der Stimmen und 3 Mandate erhalten hatte. Vgl. Schulthess 1933 S. 54.

Bartschat, Herr **Hofheinz**, Herr **Ehlermann** und Herr **Heuss**. Ausdrücklich für Auflösung der Partei tritt nur Herr **Vogt** ein, während die übrigen Diskussionsredner für die Aufrechterhaltung sich aussprechen und nur darin voneinander abweichen, daß der eine eine engere, der andere eine losere Form der gemeinsamen Arbeit für angebracht hält. Herr **Nuschke** macht deshalb den Vorschlag, eine kleinere Kommission unter Teilnahme von Luppe niederzusetzen, die Vorschläge über das, was zu tun ist, ausarbeiten wird. Herr **Heuss** begründet eine von ihm eingebrachte Resolution[3], die dazu bestimmt ist, das Ergebnis der heutigen Beratung zusammenzufassen.

Hierauf läßt der **Vorsitzende** zunächst eine grundsätzliche Abstimmung darüber stattfinden, ob eine glatte Auflösung der Partei vorgenommen werden soll. Für eine solche unbedingte Auflösung stimmen vier Mitglieder, dagegen die große Mehrheit.

Nunmehr wird darüber abgestimmt, ob ein Ausschuß eingesetzt werden soll, der die Fortsetzung der Partei in irgendeiner anderen Form vorbereitet. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Ausschusses wird mit allen gegen eine Stimme angenommen. In den Ausschuß werden gewählt: Schreiber, Luppe, Heuss, Rönneburg, Nuschke sowie Frau Professor Hertwig[4].

Alsdann wird die von Heuss vorgelegte Resolution mit großer Mehrheit angenommen. Gegen die Veröffentlichung dieser Resolution durch die Übergabe an die Presse spricht sich die Versammlung mit 17 gegen 13 Stimmen aus. Die Herren Heuss, Nuschke werden beauftragt, die Resolution noch einmal zu überprüfen in dem Sinne, daß der Wortlaut keine Mißdeutungen erfahren kann. Die Resolution soll den Wahlkreisorganisationen zur Kenntnisnahme mitgeteilt werden; als Grundlage für die Referate der heute in der Sitzung anwesenden betreffenden Vertreter der Wahlkreise[5]. Ein Pressebericht soll auch über die Diskussion nicht veröffentlicht werden.

Schluß 17.15 Uhr.

---

3 „Die Deutsche Staatspartei wird ihre Arbeit fortführen. Sie ist sich durchaus bewußt, daß die gegenwärtige Zeitlage einem aktiven politischen Einsatz ihrer Kräfte entgegensteht, aber sie glaubt, daß die Gesinnungen, mit denen sie ihre Arbeit für Deutschland leistete, auch im neuen Deutschland gebraucht werden. Sie bittet ihre Freunde, in diesen Zeiten rascher geschichtlicher Entwicklung ihr die Treue zu bewahren, dem Staat, wo immer sie ihre Kräfte ansetzen können, um des Vaterlandes willen, wie bisher, treu zu dienen und dessen eingedenk zu bleiben, was die bürgerliche Freiheit für den Aufbau des deutschen Nationalbewußtseins bedeutet hat und bedeuten wird." Abgedruckt in: Wippermann A S. 190.

4 Paula Hertwig (geb. 1889), ao. Professor an der medizinischen Fakultät der Universität Berlin seit 1927, MdL Preußen (Staatspartei) 1933.

5 Die Unterrichtung erfolgte durch ein Rundschreiben der Geschäftsstelle vom 19.5.1933. Nachlaß Heuss 382.

Die Mitglieder des Provisorischen Hauptvorstands und des Parteiausschusses der Deutschen Demokratischen Partei 1918–1930[1]

Zeichenerklärung: **A** = Mitglied des Provisorischen Hauptvorstands · **B** = Vorsitzender des Provisorischen Hauptvorstands bzw. des Parteiausschusses oder Stellvertretender Vorsitzender oder Ehrenvorsitzender · **C** = Vom Parteitag gewähltes Mitglied · **D** = Von den Wahlkreisen gewähltes Mitglied · **E** = Von der Reichstagsfraktion gewähltes Mitglied · **F** = Vom Parteiausschuß zugewähltes Mitglied · **G** = Vom Demokratischen Presseverein gewähltes Mitglied · **H** = Vom Verband der Parteibeamten gewähltes Mitglied · **I** = Von den Arbeitsausschüssen gewähltes Mitglied

	Provis. HV[2] 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)[3]	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Abderhalden		D						
Abegg						C	C	
Adamczyk							D	D
Adler						D	D	D
Albrecht						D	D	D
Altemeier								D
Amelung			F	F				
Andreas								C
Andres, Marie				F				
Anschütz								C
Apelt							C	C
Appell								C
Apt			F	F		C	C	C
Aschaffenburg			F	F		C	C	C
Aßmus							D	D
Baake				F		D	C	C
Bade	A	C						
Bär						D		

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Bäumer, Gertrud	A	B	B	B		B	B	B
Bahr	A					C	C	C
Bamberg (Berlin)				F		I	I	
Bamberg (Groß-Mölsen)			F	F				
Barnikoll								C
Barteld	A	D	D	D		C	C	C
Bartels	A	D						
Bartschat	A	C				C	C	
Basedow						D	D	D
Bauer (Berlin)								C
Bauer (Hamburg)						I		
Bauer (Würzburg)	A	C						
Baum, Marie						C	C	C
Baumgarten	A	F	C					
Bayer	A	D						
Becher			F	F		C	C	C
Beck	A							
Becker								C
Beckmann, Emmy						C	C	C
Beerensson, Adele						C	C	C
Beger								D
Behrend						I	I	I
Behrendt							D	D
Belian	A	C	C	C				

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Berghaus		D						C
Bergsträsser						C	C	C
Berndt (Chemnitz)								D
Berndt (Schweinsburg)				D				
Berndt (Stettin)				F		D	D	
Bernhardt, Margarete	A							
Bernstein (Chemnitz)						D	D	
Bernstein (Göttingen)		D		F		C		
Bernstorff, Graf		C	C			C	C	
Bertram								D
Beutler							C	
Beutner								I
Bialluch								C
Bindseil							D	D
Blanck		D						
Blankenburg	A		F	F		C	C	C
Blau						I	I	C
Bloch (Beuthen)		D	D	D		C	C	C
Bloch (Neiße)				F		D	D	D
Blunck				C		C	C	C
Böcklen, Anna				C		C	C	C
Bögl						D	D	
Böhme	A	E						
Böhmert		D	D	D		D	D	

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Boer	A		D	D				
Bohner			D	D		C	C	C
Bollert	A					C	C	C
Bonn				F		C	C	C
Bornemann						D	D	D
von Bornstedt	A							
Boss			D	D		D	D	
Bostetter								C
Bouveret								I
Bracke	A							
Brammer						C	C	C
Brand		D	D					
Brandt, A.								C
Brandt, E.						H		
Braubach			F	F				C
Brauer						D	D	D
Braun, Heinz						I		
Braun, Hermann								D
Braun, Karl						D	D	D
Brehmer						D		
Breidenstein		D						
Bretthauer						C	C	C
Bretschneider						D	D	D
Breuer						C	C	

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Brie								I
Brockhaus								D
Brodauf								C
Brönner-Höpfner, Elisabeth		D		C		C	C	C
Bruckmann				F		D	D	D
Brüß				D				
Buchholz							C	C
Büchner						D	D	D
Büll			F	F		C	C	C
Buresch						D	D	
Burkhardt								C
Buschmann		G	G	G		G	G	
Buttenwieser								I
Butz						D	D	D
Carbe				F				
Christ							C	C
Claudius, Frau						D		
Cornely						D	D	D
Crämer	A		D	D		C	C	
Cramer							D	D
Crüger	A							
Cuno			F	F		C	C	C
Czieslik				F		C	C	
Darmstaedter-Helversen			F	F		C	C	C

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
van Davidson			D	D		D	D	
Dechamps (Koblenz)			D	D		D		
Dechamps (Oberhausen)							C	
Degenhardt				D				C
Dehne		D	D	D		D	D	D
von Deimling						C	C	C
Delius	A	F	E	E		C	C	C
Demmering				C		C	C	
Dernburg	A	E	E	E				
Dessauer								C
Deutsch, H.			F	F		I		
Deutsch, Regine						C	C	C
Deutschbein						I	I	I
Deutelmoser				F				
Dickmann								C
Dietel		D						
Dirr	A	C	C	C		C	C	C
Dietrich	A	D	D	D				
Dörr				F		D	D	
Dohna, Freda Gräfin						C	C	C
Dohrn							I	I
Dombrowski						C	C	C
Dorn von Caemmerer, Charlotte	A							
Dornblüth			H	H		H	H	H

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Dove		F	F	F		C	C	
Drees, Mathilde						C	C	C
Drews			F					
von Drigalski			F	F		C	C	C
Drobbe						D		
Dronke								D
Düring						C	C	C
von Dultzig						C	C	C
Dullo						D	D	D
Dunkel						I	I	I
Eberhardt, Frau								C
Eckert		F						
Edelheim-Meseritz, Edelgard								C
Edler, Marie				F		D	D	D
Egelsehr						D	D	D
Ehlermann								E
Ehlers						D	D	D
Ehrich (Bremen)								H
Ehrich (Leipzig)			H	H		H	H	C
Eichholz			D				D	D
Eichler								I
Eickhoff								I
Eisenbeis				F		C	C	C
Elbel			H	H				

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Elsass	A							C
Emhardt							D	
Erdmannsdörffer								C
Erkelenz								B
Eyck						C	C	C
Falck						C	C	
Falk	A							
Falkenberg	A	C						
Feder			G	G		G	G	G
Fegter			F	F		D	D	D
Fehr								C
Fick						C	C	C
Fiehn								D
Fisch, Else			D	D		D	D	D
Fischbeck	A	E		C		C	C	C
Fischer (Berlin)	A							B
Fischer (Köln)			H	H				H
Fischer (Stuttgart)				F		D	D	D
Fischl						D	D	D
Flinsch			F	F				
Flügel	A	C	C	C		C	C	C
Forstmeyer, Gertrud								D
Frankfurter	A							
Frentzel		F	F					

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Frenz		D	D	D				
Freudenberg						D	D	D
Freyer								I
Friedberg	A							
Friedensburg						C	C	C
Friedenthal, Margarete				D		C	C	C
Friedländer, Adele						C	C	C
Friedrich			C	C		D	D	
Friese-Schmidt, Johanna		D	D					
Fröhlich								C
Furthmann								D
Gantert	A							
Garbaty		F	F	F				
Geiser								D
Geppert								C
Gerlach, Frau			F					
Gerland	A	B	B	B				
Gessler			E					
Gillet-Wagner, Frau							D	D
Glaue, Helene		D	D	F				
Glockner		D	D	D		D	D	D
Goetsch			H					
Goetz (Leipzig)								C
Goetz (Stuttgart)						C	C	C

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Goll				F		C	C	C
Gothein	A	E	E	E				C
Graf		D						
Graff, Jenny			D					
Gramberg						D	D	D
Graue		F	F	F		C	C	C
Grein, Clara						D	D	D
Greßler			F	F		I	I	I
Gronemann, Paula				D				
Groß							D	
Grossmann						I	I	
Grünewald		D						
Grünfeld						C	C	C
Grund	A							
Grzimek				D		C	C	C
Günther, Käthe			F	F				
Günther, Oscar	A		F	F		D		
Gyßling						I		
am Haak			F	F				
Haas	A							
Hackbarth			F	F				
Häfner								C
Häntzschel						C	C	C
Härtl								D

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Hagemeister	A		F	F				
Hahn								C
Halter								C
Hamm						C	C	C
Hammerschlag				F		D	D	
Hammerschmidt (Cottbus)						D	D	D
Hammerschmidt (München)				F				
Hammerstein, Margarete				F				
Hampel						H	H	
Harries		D	F					
Hartmann (Barmen)							C	C
Hartmann (Berlin)	A	E	F	F		C	C	C
Hauff						D		
Hausberg	A		F	F		C	C	C
Hausmann								C
Hausser								C
Haußmann, C.	A	D	D	D	D			
Haußmann, K.								C
Hechler								D
Hecht, Frau								C
Heesch						I	I	I+C
Heese			D	D		D	D	D
Heil				C				
Heilbrunn	A							

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Heile	A					C	C	C
Heimann							I	I
Heinemann, Käthe						C	C	C
Heinemann, Margarete						I	I	I
Heinrich (Berlin)								C
Heinrich (Lübeck)								D
Helbeck		D						
Helff		D	D	D		D		
Helfferich		D	D	D				
Hellersberg, Maria						C	C	C
Hellpach						B	B	B
Helwig						D	D	D
Hempel						D	D	D
Henne						I	I	I
Henning								D
Henrich	A	D	D			C	C	
Henschke				D				
Henschke, Martha						C	C	C
Herbst	A							
Hermann			D					
Hermelink			F	F		C	C	C
Herrmann, A.		D		G		G	G	G
Herrmann, B.	A	C	C	C		C	C	C
Herrmann, E.		D		F		D	D	

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Herrmann (Frankf. O.)								D
Hertzog								C
Herz						C	C	C
Herzberger						C		
Heß		D						
Hesse (Berlin)						I	I	I
Hesse (Dessau)		D				C	C	C
Hesslein								C
Heuss		D		F			E	
Heuss-Knapp, Elly	A	F	C	C		C	C	C
Heydebrock						C		
Heyer				C		D	D	D
Heyerhoff						C	C	
Hieber	A	B	B	B		B	B	B
Hirsch		D						
Hirschfeld	A	C	F	F		C		
Höfer		D	D	D				
Höpker-Aschoff			D	D		C		
Hoff		C	C	C		C	C	C
Hoffmann								C
Hoffmeier, Elisabeth				D		D	D	D
Hoffmeister			D					
Hofheinz								C
Hohmann	A	D	D					

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Holländer						C	C	C
Holzapfel			F	F		C	C	C
Hopf (Eberswalde)						D		
Hopf (Stuttgart)			F	F		D	D	D
Hoppe		D	D	F				
Horn		D				C	C	C
Hoster	A	F	C	C		C	C	C
Hourtz						I	I	
Hübner	A		F	F		C	C	C
Hummel	A	C	C	C				
Hustaedt						C	C	C
Ickler	A							
Ilm, Grete						C	C	
Immisch		D	D	D		C	C	C
Intlekofer-Liepmannssohn, Frau						C	C	C
Israel, Gertrud		F	F	F		C	C	C
Issberner						C	C	C
Jacobson						D		
Jäckh								C
Jäger						C	C	
Jaenicke						C	C	C
Jagst, Agnes						C		
Jahncke								C
Jans			D	D		D	D	D

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Jobst								D
Jokusch		D					D	
Junack								D
Junck	A							
Jungbluth								D
Junghann						C	C	C
Kaempfer	A							
Kaever								C
Kahle		D						
Kalbskopf			F	F		C	C	C
Kalkoff	A							
Kallmann							I	
Kanzow	A							
Karstens, Henny							D	D
Katzenstein				F				
Kauffmann	A							
Kaufmann, Hans						C	C	C
Kaufmann, Heinrich							C	C
Keding								D
Kehr						D	D	D
Keinath	A	F	E	E				
Kempf, Rosa		C	C	C		C	C	C
Kempner, M.	A							
Kessler, Graf						C	C	C

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Keunecke						I	I	I
Kiel	A							
Kiep-Altenloh, Emilie								C
Kiesselbach, Luise	A			D				
Kirchner, Wilhelmine						I	I	I
Kirchrath		G						
Klaußner, Gertrud						C	C	C
Kleiböhmer						C	C	
Klein						D	D	
Kleinschmidt							I	
Klingmüller						D	D	
Kluthe								I
Kneiß								H
Kniest		F	E	E		C	C	C
Koch (Augsburg)				D		D		
Koch (Hamburg)								D
Koch (Ludwigsburg)								C
Kochmann	A	C	C	C		C	C	C
Koch-Weser	A					B	B	B
Koebisch		D	D					
Köhler	A	F	F	F		C	C	
Königswarter			C	C				
Könke				F		I	I	I
Körber								C

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Köthe, Elsabeth		D						
Kohn			F					
Kolde, Felicitas								D
Kolshorn, Else	A	C	C	C		C	C	C
Koltzenburg						I	I	I
Kopp, Vilma								I
Kopsch		F	E	E		E	E	
Korell			E	E+D		C		
Korff							D	D
Kotzenberg				F		C	C	
Krantz, Nanda								C
Krell			F	F				C
Krobiell, Frau			F	F				
Kromer, Emma			F	F				
Kronenberg, Frau						C	C	C
Krüger		D	D	D				
Krug			F	F				
Krukenberg-Conze, Elsbeth		D						
Krull, Frau						D	D	D
Kühns, Frieda			F	F		I		
Külz, H.						C	C	
Külz, W.		C	C	E				
Künne	A	C	C	C				
Kuhle			D	D		C	C	

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Kunze			F	F		C	C	C
Kuzelowski						I	I	I
Landau		D						
Landmann						C	C	C
Lange, Elsbeth						I	I	I
Lange, Helene						B	B	B
Lange, Kiel			F	F				
Lange, L.						C	C	
Lange, M.	A							
Lange, W.						D	D	D
Langlotz								D
Langner								D
Lantzsch								I
Lappe		D						
Laser		D						
Lasse, Johanna		D	D	D				
Lauber								D
Lauterbach				D		D	D	D
Leers							C	C
Leser				F		D	D	D
Lehne						I	I	I
Leichter-Schenk						C	C	C
Leidicke						I	I	I
Leitz						C	C	C

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Lemmer			F	F				
Leonhardt			F	F		C		
Levy-Rathenau, Josephine	A	F	F					
Lewin, A.						C	C	C
Lewin, B.			F	F		C	C	C
Liebig							H	H
Liepmann	A	F	F	F		C	C	
Liesching	A							
Linnert								C
Lipman								C
Lippmann		D	D	D		D	D	D
List	A					C	C	
Listowsky	A	G	G	G		G	G	G
Lobsenzer, Martha			F	F		D	D	
Loeber (Halle)						D	D	D
Loeber (Weißenfels)								C
Loehning						C		
Löning						C	C	C
Loesenbeck	A	D	D	D		D	D	D
Loeser				F		D	D	
Löwenthal						D	D	D
Lucas	A							
Lüders, Else	A	F	F	F		C	C	C
Lüders, Marie			F					

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Lüschen		F	F	F				
Ludewig	A							
Luppe	A					C	C	C
Lustig	A							
Lux						D	D	
Machuy								C
Madsen	A							
Mahnhaupt		D						
Maier								C
Manasse								C
Marcus						D	D	D
Marwitz	A	F						
Matthaei				D				
Mattheus, Ilse						D	D	D
May						C	C	C
Mayer, A.						C	C	
Mayer, S.						D		
Meincke						I	I	
Meissner			C	C				
Melchior			F	F		C	C	C
Mende, D.								C
Mende, E.	A	C	C	C				
Mendelsohn-Bartholdy, Edith						D	D	D
Merten			D	D				

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Meschkat								D
Metz, Frau						D	D	D
Meuthen			H	H		H	H	
Meyer (Braunschweig)						D	D	
Meyer (Charlottenburg)						C	C	C
Meyer (Düsseldorf)			F	F				
Meyer, Julie						C	C	C
Meyer (Landsberg)				F				
Meyer (Nürnberg)			H	H				
Meyer, O.		F	C	C		C	C	
Meyer (Rheydt)						D	D	D
Meyhöfer				F		I	I	
Michaelis (Berlin)				F				
Michaelis (Königsberg)								D
Michaelis (Schneeberg)				D		D	D	D
Michalski						C	C	C
Michel						C		
Michler								D
Mickeleit								H
Miro						H	H	H
Misch, Anna						D	D	D
Mittelstaedt								I
Moering				F				
Möhrke, Agnes			F	F		C	C	C

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Möller, J.			C	C				
Möller, R.				D		D	D	D
Mommsen			F	F		C	C	C
Montgelas, Graf von						C	C	
Moog								C
Mosich						C	C	C
Müller (Bayreuth)				F		C	C	C
Müller (Berlin), A.						C	C	C
Müller (Berlin), V.						I	I	
Müller (Bielefeld)						D	D	D
Müller (Eilenburg)			D	D				
Müller (Elberfeld)								C
Müller, Elisabeth						C	C	C
Müller (Erfurt)								I
Müller (Liegnitz)			F	F				
Müller (Ludwigshafen)						D	D	D
Müller (München)	A							
Müller (Krefeld)				F				
Müller (Stralsund)			F	F				
Müllerburg							I	I
Müller-Metzen, Marie						D		
Muser		D	D					
Nachtigall			D	D		D		
Nathusius			F	F		I	I	I

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Natzler						D	D	
Naumann	A							
Naumann, Margarete								C
Nebelsieck						I		
Nebelung		G				G	G	G
zur Nedden								C
Neitzel, Frau						D	D	D
Neuendorff			F	F				
Neumann		D				C	C	
Neumeyer, Anna						C	C	C
Nickel						D		
Niegisch						D	D	D
Nitzschke	A	E						
Nowack						C	C	C
Nuschke	A							
Oehlke		G	G	G		G	G	G
Oeser	A	C				C		
Ohlbrecht								C
Olshausen						C	C	C
Orlopp				F				
Osmerg						D	D	D
Osterheld		D						
Otto, Reinhold			D	D		D	D	
Otto, Rudolf	A							

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Pachnicke	A							
Pape		D						
Paß			F					
Paulsen						C	C	C
von Payer	A	E	C	C		B	B	B
Peikert	A	C						
Peill		D	D	D				
Petersen	A	B	B	B		B	B	B
Pflug						D	D	D
Pick						C	C	C
Pieper								C
Planck, Mathilde	A	D				C	C	
Platen		D	D	D		D	D	
von Plotho, Frau						D	D	D
Poensgen, Martha						C	C	C
Poetzsch-Heffter								C
Pohl								D
Pohlmann						C	C	C
Potzel								C
Preibisch						C	C	C
Prentzel		F	F	F				
Prepens								C
Prescher			D	D				
Preuß, Hans				F		C	C	C

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Preuß, Hugo	A	C						
Projahn							C	
Quidde	A		F	F		C	C	C
Rade		F	F	F		C	C	
Rade, Frau						D	D	D
Radel, Frieda						C	C	C
Rahardt	A	F	C					
Rasche						D	D	D
Raschig			D	D		D	D	
Raschke	A							
Rathenau			F					
Rathje			F	F				
Rauecker						C	C	C
Rausch			F	F		D	D	D
Rautenstrauch			C	C		D	D	D
Rebehn						D	D	D
Redepenning	A	F	F	F		C	C	C
Redslob						C	C	C
Reemtsma						C	C	C
Regensburger						C	C	C
Reh			D	D				
Reiber				F		D	D	
Reichelt						I	I	C
Reicke-von Hülsen, Ilse						C	C	C

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Reif, H.								C
Reif, J.	A	C	C	C		C	C	C
Reinhardt, Else							C	C
Reinhold, Alwine			F	F		C	C	C
Reinhold, P.			D	F				
Remmers	A							
Renker						D	D	
Rexrodt						H	H	
Rhode						D	D	D
Richter						D	D	
Richthofen, Frh. von	A			D		D	D	C
Riedel		C	C	C		C	C	C
Riegner, Agnes						C	C	C
Ries		D						
Riezler (Berlin)						C	C	
Riezler (Stettin)						C	C	
Rippner-Strauß, Thea								C
Ritter							D	
Rocholl						C	C	C
Rödern, Graf von			F					
Röhl	A							
Rönneburg			C	C		C		
Röpcke								D
Rösch, Johanna		D	D					

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Rohrbach, P.			F	F		C		
Rohrbach, W.				F		D	D	D
Roos								I
Rosen, Renate von				H				
Rosenthal, E.				F		C		
Rosenthal, M.			F	F		C	C	
Rosenthal, Ph.		D						
Rothschild						I	I	C
Rubow, Grete		D	D					
Ruer			F	F				
Rusch	A							
Ruthe								I
Sachs								C
Sachtleben						D	D	
Sandner						D	D	D
Salinger, Julie				F				
Salomon, Alice		F						
Satz			D	D		D	D	D
Sauer			F	F		D	D	D
Schacht	A							
Schaefer, Frau						I	I	I
Schäfer (Köln)						D	D	
Schaefer (Königsberg)			D	F		D	D	D
Schall			F			C	C	

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Schaper	A							
Scharschmidt							D	
Scheef						D	D	D
Scheel		G	G	G		G	G	G
Scheffen			F	F		C	C	C
Scheffen-Döring, Luise								C
Scheidemantel								D
Scheil								C
Schein						I	I	
Scheu, Margarete			F					
Scheuer						C		
Schiffer		E						
Schlaffke						I	I	I
Schleusener						C	C	C
Schleusener, Frau		D						
Schlitter			F	F				
Schloßmann			F	F		C	C	C
Schmalenbach			C					
Schmiedeberg				D				
Schmidt (Düren)								D
Schmidt (Zetel)		D	D	D			D	D
Schmidthals	A		F	F				
Schmiljan								C
Schneider								C

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Schneidewin, Helene		D						
Schnitzler				F				
Schoder								D
Schönaich, Frh. von			F	F		C		
Schönaich-Carolath, Prinz zu	A	C						
Schönemann								I
Schönewald, Frau						D	D	D
Schornstein	A							
Schotte	A							
Schottenhammel							D	
Schrader	A							
Schreiber (Halle)		D	D	D				
Schreiber (Vilbel)						D	D	D
Schreiber-Rüffer, Margarete							I	
Schrepfer			F	F				
Schröder, B.								I
Schröder, Th.	A	C	F	F		C	C	
Schücking	A					E		
Schüßler				F				
Schütt								H
Schuldt		F	F			E	E	E
Schulze								I
von Schulze-Gävernitz						C	C	C
Schumacher, K.						H	H	

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Schumacher, M.				F		C	C	C
Schurig			F	F		I	I	I
Schwander		C	C	C		C	C	C
Schwarz, P.						C	C	C
Schwarz, W.						D	D	D
Segall	A							
Senz-Floel, Marie								D
Siehr	A							
von Siemens	A	C	C					
Silberberg	A							
Simon						C	C	C
Sivkovich				D			C	
Sobernheim			F	F		C	C	C
Soehring						I		
Solbring						C	C	
Sommer (Berlin)	A		F	F		C	C	C
Sommer (Görlitz)				F		D	D	D
Sommer, S.			D	D				
Sommerfeld		D						
Sondermann		D						
Sonnenfeld						C		
Späth, Frau			F	F		D	D	D
Sparre			F	F		D	D	
Sparrer						C	C	C

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Stadler						C	C	C
Stahl								C
Stark			H	H				
Staudinger						D	D	D
Stegemann						C	C	C
Stein								C
Steinbeis				F		D	D	D
Steiner, Paula						C	C	C
Steinmann, Adelheid		C	C	C				
Steinmann, E.		D	D	D		C	C	C
Steinmüller			D	D		D	D	D
Stolz			F	F				
Stolzenberg, Frh. von								D
Strauss							C	
Stritt, Maria	A							
Struve	A					C	C	C
Stubmann			F					
Stümpke							D	D
Stündt			F	F		C	C	C
Südhoff						C	C	
Sulzbacher						C	C	C
Tantzen	A					C		
Tegethof						D		
Tempel						C	C	C

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Teutsch		D	D					
Thiessen		D	D	D		C	C	C
Thoma								C
Threß								D
Tiedemann		D				C	C	C
Tiemann			D	D		D	D	
Trieschmann			F					
Trittel							D	
Troeltsch				F				
Troppenhagen								C
Trumpler								C
Uetzmann, Margarete								D
Ulich-Beil, Else			F	F		D	D	
Ulitz			D					
Unshelm								C
Uth, Illa				F				
Varrentrapp						C	C	C
Velsen, Dorothee von						C	C	C
Vershofen								C
Vielhauer								C
Vockerodt						C	C	
Vögele						C	C	C
Völkl							D	D
Vogelstein				F		C	C	C

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Vogt		D						
Voigt								C
Vopelius			F	F		D	D	C
Wachhorst de Wente	A							
Wacker	A	G	G					
Wäscher, Johanna						I	I	I
Wagenfeld			F	F		D	D	D
Wagner						C	C	C
Wahl								C
Waldstein	A	D	D	D		D	D	D
Wandersleb								D
Weber, Alfred	B					C	C	C
Weber, August				F		C	C	C
Weber (Dessau)						C	C	C
Weber, Marianne	A							
Weber, Max		C						
Wehrmann		D		D		D	D	D
Weidner							D	D
Weinhausen		E						
Weiß (Berlin)						C	C	C
Weiss, Chr.						C	C	C
Weiß, Karl						D		
Weiss, Konrad		D	D	D				
Wenck	A	G	G	G				

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Wendorff	A		D			C	C	C
Wendt, Bertha						D	D	
Wenhold						C	C	C
Werth				G		G	G	G
Westermann		C	C	C				
Westphal								I
Wex			D	D				
Wickel								C
Wiglow		D	D	D		D	D	D
Wieg								C
Wieland		E	E	E+D		C	C	C
Wienecke								D
Wießner	A	D		C		C	C	C
Wildermuth								C
Will						C	C	
Willenberg						D	D	D+C
Winners						I	I	
Witte						D	D	D
Wittstock, Gertrud						C	C	
Wölz	A					C	C	C
Wörsdörfer								C
Wolf (Berlin)			F	F		C	C	
Wolf (Breslau)						D	D	
Wolf (Horcka)								C

	Provis. HV 1918–1919	Parteiausschuß 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Parteiausschuß 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Parteiausschuß 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Parteiausschuß 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Parteiausschuß 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Parteiausschuß 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Parteiausschuß 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Wolf (Neuwelzow)						C	C	
Wolff, E.			F	F		C	C	
Wolff, G.						I	I	I
Wolff, H.		D	D					
Wolff, Th.						C		
Würtz			F	F				
Würz						C	C	C
Wunderlich, Frieda							C	C
Zahn-Harnack, Agnes von		C	C	C		C	C	C
Zaiser								C
Zehm								D
Zeitlin		F	F	F				
Ziegler (Siegen)		F	E	E		E	E	E
Ziegler (Greifswald)								C
Ziekursch								C
Zielenziger							C	C
Zielke	A	C	C	C				
Zimmer								C
Zimmermann						D	D	D
Zintl			D			D	D	D
Zircher								C

(Anmerkungen zur vorangehenden Liste!)

1 Die abgedruckte Liste gibt den Mitgliederstand des jeweiligen Parteiausschusses nach vollzogener Konstituierung wieder; im Verlauf der Amtsperiode eingetretene personelle Veränderungen wurden nicht berücksichtigt.

2 Eine Liste, die den Mitgliederstand des Provisorischen Hauptvorstands unmittelbar vor dem Berliner Parteitag im Juli 1919 verzeichnet, konnte nicht ermittelt werden. Die hier abgedruckten Namen zeigen den Mitgliederstand vom Mai 1919. Entnommen aus: Mitteilungen vom Mai 1919 Nr. 25.

3 Die Spalte 1922–1925 wurde nicht ausgefüllt, da für den während bzw. nach dem Elberfelder Parteitag gewählten Parteiausschuß keine Mitgliederliste aufzufinden war. Der auf den Elberfelder Parteitag folgende Parteitag von Weimar vom April 1924 ist hier nicht aufgeführt, da in Weimar keine Wahlen stattgefunden haben, sondern lediglich die Mandate der bisherigen Funktionäre verlängert worden sind.

Die Mitglieder des Provisorischen Geschäftsführenden Ausschusses und des Vorstands der Deutschen Demokratischen Partei 1918–1930[1]

Zeichenerklärung: **A** = Mitglied des Provisorischen Geschäftsführenden Ausschusses · **B** = Vorsitzender des Provisorischen Geschäftsführenden Ausschusses bzw. des Vorstands oder Stellvertretender Vorsitzender oder Geschäftsführender Vorsitzender · **C** = Vom Parteitag gewähltes Mitglied · **D** = Vom Parteiausschuß gewähltes Mitglied · **E** = Vom Vorstand zugewähltes Mitglied · **F** = Reichs- und Staatsminister · **G** = Leiter der Reichsgeschäftsstelle · **H** = Geschäftsführerin des Reichsfrauenausschusses

	Provis. GA[2] 1918–1919	Vorstand 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Vorstand 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Vorstand 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Vorstand 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)[3]	Vorstand 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Vorstand 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Vorstand 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Abegg								E
Bartschat			E	C	C			C
Baum, Marie		C						
Beckmann, Emmy								C
Bernhard						E	E	E
Bernhardt, Margarete	A	D	D					
Bernstorff, Graf								C
Blunck			C					
Böhme		D	D	D	D			
Böß						E	C	C
Brönner-Höpfner, Elisabeth			E					
Carbe						E	E	E
Cohn, C.				F				
Cohn, H.				F				
Cohnstaedt		C	C	C	C	C	C	C
Crämer		C						
Czieslik								C
Dechamps								C

	Provis. GA[2] 1918–1919	Vorstand 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Vorstand 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Vorstand 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Vorstand 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Vorstand 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Vorstand 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Vorstand 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Dernburg						C	C	C
Dietrich						C	C	F
Dönhoff, Martha			C	C	C	C	C	C
Dominicus				F				
Erkelenz		C	C	B	B	B	B	
Falck								E
Falk		C	C	C	C	C	C	C
Fischbeck	B	D	D	F				
Fischer		D	D+B	D+B	B	B	B	
Frankfurter	A	D	D	D	D	C	C	C
Frentzel	A							
Friedberg	A	B						
Gerland	A							
Gessler				F		F		
Goetz		C						
Gothein						C	C	
Graf					E	C	C	
Grund		C	C	C	C			
Haas			C	C	C	C	C	C
Hamm			E	F				
Hauff							E	C
Henrich				F				
Henricí				F				
Heuss								E

	Provis. GA[2] 1918–1919	Vorstand 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Vorstand 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Vorstand 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Vorstand 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Vorstand 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Vorstand 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Vorstand 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Höpker-Aschoff							E	C
Hourtz								C
Hummel				F		C	C	C
Hustaedt				F				
Jäckh			E	D	D			
Jäger								E
Jansen			G	G				
Kalkoff	A		D	D	D	C		
Kanzow	A							
Kauffmann			E	D	D	C	C	C
Kempner, M.	A	D	D	D	D	C		
Kempner, P.							C	E
Kiesselbach, Luise						C	C	
Knief				F				
Koch-Weser		C	D	F				B
Koerber, Lenka von				C	C	C	C	C
Krell						E	E	
Krömer				F				
Krüger				F				
Külz						F	C	C
Landahl			E	C	C	C	C	C
Lebach						C	C	
Lemmer						E	E	B
Liesching				F				

	Provis. GA[2] 1918–1919	Vorstand 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Vorstand 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Vorstand 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Vorstand 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Vorstand 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Vorstand 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Vorstand 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Lüders, Marie				D		C	C	C
Lux				F				
Matthaei				F				
Mewes								C
Meyer, H.				F				
Meyer, O.								B
Moering						C	C	C
Muhle								E
Neumann-Hofer				F				
Nöldeke				F				
Nuschke	A	D	D	D	D	C	C	C
Oeser			E	F				
Paulsen				F				
Petersen			B	B				
Preuß			E	D	D			
Rassow				F				
Rath, Gusta								C
Rathenau				F				
Reinhold						F	C	C
Remmers	A	D						
Rexrodt								G
Richthofen, Frh. von	A							
Rönneburg							E	C
Salomon, Alice	A							

	Provis. GA[2] 1918–1919	Vorstand 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Vorstand 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Vorstand 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Vorstand 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Vorstand 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Vorstand 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Vorstand 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Schacht	A	D	D	D	D	C		
Schäfer								C
Schall				F				
Schiffer		D	D	F				
Schneider			E	E	D	C	C	C
Schreiber, O.	A	G						
Schreiber, W.						C	C	C
Siehr		C	C	C	C	C	C	C
Sparrer			C	C	C			
Spitta				F				
Stephan					G	G	G	C
Stern				E	E	E	C	C
Stichnath				F				
Stolper						E	E	E
Stritt, Marie			C					
Stubmann				F				
Tantzen				F			E	C
Thalenhorst				F				
Ulich-Beil, Else								C
Urstadt				F				
Uth, Illa					D	C	C	C
Vogt			E	E	E	C	C	C
Wachhorst de Wente		C	C	C	C	C	C	C
Weber, Marianne		C						

	Provis. GA[2] 1918–1919	Vorstand 1919–1920 (Berliner Parteitag)	Vorstand 1920–1921 (Nürnberger Parteitag)	Vorstand 1921–1922 (Bremer Parteitag)	Vorstand 1922–1925 (Elberfelder Parteitag)	Vorstand 1925–1927 (Breslauer Parteitag)	Vorstand 1927–1929 (Hamburger Parteitag)	Vorstand 1929–1930 (Mannheimer Parteitag)
Weinhausen			E	E	E			
Weiss						C	C	C
Wendorff				F				
Wießner	A	D	E					
Wittstock, Gertrud								H
Zeitlin						E	E	E

(Anmerkungen zur vorangehenden Liste!)

1 Die abgedruckte Liste gibt den Mitgliederstand des jeweiligen Vorstands nach vollzogener Konstituierung wieder; im Verlauf der Amtsperiode eingetretene personelle Veränderungen wurden nicht berücksichtigt.

2 Eine Liste, die den Mitgliederstand des Provisorischen Geschäftsführenden Ausschusses unmittelbar vor dem Berliner Parteitag im Juli 1919 verzeichnet, konnte nicht ermittelt werden. Die hier abgedruckten Namen zeigen den Mitgliederstand vom Mai 1919. Entnommen aus: Mitteilungen vom Mai 1919 Nr. 5.

3 Der zwischen den Elberfelder und den Breslauer Parteitag fallende Weimarer Parteitag vom April 1924 ist hier nicht aufgeführt, da in Weimar keine Wahlen stattgefunden haben, sondern lediglich die Mandate der bisherigen Funktionäre verlängert worden sind.

Der Geschäftsführende Vorstand der Deutschen Staatspartei 1930–1932[1]

9. 11. 1930–27. 9. 1931[2]
Parteivorsitzender: Dietrich

Mitglieder:
Bäumer, Gertrud
Beckmann, Emmy
Falk
Fischer
Giese
Heuss
Höpker-Aschoff
Jäger
Külz[3]
Lüders, Marie Elisabeth
Nuschke[4]
Rönneburg[3]
Schäfer
Schneider
Vogt[3]
Weber
Winschuh
Zeitlin[3]

27. 9. 1931–11. 9. 1932[5]
Parteivorsitzender: Dietrich
Stellvertretende Vorsitzende:
Weber, Rönneburg, M. E. Lüders

Mitglieder:
Bäumer, Gertrud
Barteld[6]
Beckmann, Emmy
Falk
Fischer
Giese
Heuss
Höpker-Aschoff
Jäger
Külz
Nuschke[4]
Schäfer
Schneider
Vogt
Winschuh
Zeitlin

---

1 Der Geschäftsführende Vorstand bestand von seiner Wahl auf dem Gründungsparteitag der Deutschen Staatspartei am 9. 11. 1930 bis zu seiner Auflösung in der Sitzung des Gesamtvorstands am 11. 9. 1932. Zur Zusammensetzung des in der gleichen Sitzung eingesetzten Arbeitsausschusses siehe Nr. 203 Anm. 14.

2 Die Zusammensetzung des Geschäftsführenden Vorstands vom Gründungsparteitag bis zum 1. außerordentlichen Parteitag am 26./27. 9. 1931 läßt sich aus den Protokollen der betreffenden Parteitage entnehmen. DDP/Staatspartei R 45/III 8 und 47.

3 Nach dem Gründungsparteitag zugewählt.

4 Laut Satzung der Deutschen Staatspartei war der Reichsgeschäftsführer Mitglied des Geschäftsführenden Vorstands. Der Zeitpunkt, zu dem Nuschke dieses Amt angetreten hat, ist ungewiß. Seine Unterschrift erscheint ab November 1930 unter den Protokollen; in einer maschinenschriftlichen undatierten Liste der Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstands, die sich unter den Akten befinden, wird er jedoch als „Gast" bezeichnet. DDP/Staatspartei R 45/III 51.

5 Über die Zusammensetzung des Geschäftsführenden Vorstands vom 1. außerordentlichen Parteitag bis zu seiner Auflösung wurden keine sicheren Unterlagen ermittelt; die hier wiedergegebenen Namen beruhen auf einer unter den Akten befindlichen undatierten maschinenschriftlichen Liste. Siehe Anm. 4.

6 Nach dem 1. außerordentlichen Parteitag zugewählt.

Die Satzungen der Deutschen Demokratischen Partei / Deutschen Staatspartei

In der vorliegenden Synopse der vier Satzungen der Deutschen Demokratischen Partei / Deutschen Staatspartei richtet sich die Reihenfolge der einander gegenübergestellten Bestimmungen nach dem Aufbau der ersten Satzung bzw. nach derjenigen Satzung, in der die betreffende Bestimmung zum ersten Mal behandelt wird. Demgemäß werden zuweilen einzelne Paragraphen oder Absätze einer Satzung umgestellt; Sätze oder Halbsätze werden jedoch nicht aus ihrem Kontext herausgelöst. Bei sinnverändernden oder mehreren nur verbalen Varianten innerhalb der verglichenen Bestimmungen wird der Text jeweils ausgeschrieben. Bei ein oder zwei nur verbalen, den Sinn nicht verändernden Varianten wird der Text nicht wiederholt, sondern lediglich die Variante vermerkt.

Satzung der Deutschen Demokratischen Partei von 1919[1] (Beschlossen vom Parteitag am 21. Juli 1919)	**Satzung der Deutschen Demokratischen Partei von 1925**[3] (Angenommen auf dem Breslauer Reichsparteitag am 6. Dezember 1925)	**Satzung der Deutschen Demokratischen Partei von 1929**[5] (Angenommen auf dem Mannheimer Reichsparteitag am 6. Oktober 1929)	**Satzung der Deutschen Staatspartei von 1930**[6] (Angenommen auf dem Gründungsparteitag in Hannover am 9. November 1930)
I. Name und Sitz der Partei[2]	I. Name und Sitz der Partei	I. Name und Sitz der Partei	I. Name und Sitz der Partei
§ 1 Die Deutsche Demokratische Partei faßt die auf dem Boden ihres Programms stehenden reichsangehörigen Männer und Frauen zusammen. Sie hat ihren Sitz in Berlin.	§ 1 [wie 1919]	§ 1 [wie 1919 und 1925]	§ 1 Die Deutsche Staatspartei faßt die auf dem Boden ihres Programms stehenden deutschen Männer und Frauen zusammen. Der Sitz der Partei ist Berlin.
II. Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft	II. Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft	II. Erwerb und Verlust der Mitgliedschaft	II. Parteimitgliedschaft
§ 2 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei kann jeder deutsche Reichsangehörige werden, der im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist und das 18. Lebensjahr vollendet hat.	§ 2 [wie 1919]	§ 2 [wie 1919 und 1925]	§ 2 Voraussetzung der Mitgliedschaft Jeder Deutsche, der das 18. Lebensjahr vollendet hat und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte ist, kann die Parteimitgliedschaft erwerben, wenn er sich zum Programm der Deutschen Staatspartei bekennt und ihre Satzung anerkennt.
§ 3 Die Mitgliedschaft wird erworben durch Aufnahme in eine Parteiorganisation.	§ 3 Die Mitgliedschaft wird erworben durch Aufnahme in eine Parteivereinigung oder Erwerbung der Reichsmitgliedschaft[4] (vgl. § 5).	§ 3 [wie 1925]	§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft Die Parteimitgliedschaft wird erworben durch Aufnahme in eine Parteivereinigung oder durch Erwerb der Reichsmitgliedschaft. Die Reichsmitgliedschaft kann solchen Mitgliedern, die nicht in der Lage sind, sich einer Parteivereinigung anzuschließen, durch den Reichsgeschäftsführer verliehen werden.
	§ 3a Auf Vorschlag des Parteiausschusses können vom Parteitag Ehrenvorsitzende	§ 3a [wie 1925]	§ 10 Absatz 4 Der Parteitag kann Ehrenvorsitzende wählen. Die Ehrenvorsitzenden haben

ernannt werden. Sie sind von der Beitragspflicht an die Partei befreit. Sie haben Sitz und Stimme im Parteiausschuß und im Parteivorstand[4].

Sitz und Stimme im Parteiausschuß und Gesamtvorstand. Sie sind von der Beitragspflicht befreit.

§ 4

Die Mitgliedschaft endet durch Austritt oder Ausschluß. Der Austritt kann jederzeit erklärt werden.
Gegen den Ausschluß ist Berufung an den Vorstand zulässig. Bestätigt dieser den Ausschluß, so entscheidet auf Antrag der Revisionsausschuß als Schiedsgericht endgültig.

§ 4

[Absatz 1 wie 1919]
Gegen den Ausschluß, der durch eine örtliche Parteivereinigung erfolgt, ist Berufung an den Vorstand zulässig.
Der Ausschluß von anderen Mitgliedern wird vom Geschäftsführenden Vorstand beschlossen.
In Fällen von allgemeiner Bedeutung kann der Vorstand von sich aus den Ausschluß auch von Mitgliedern örtlicher Parteivereinigungen vornehmen. Für jeden Ausschluß durch den Vorstand ist die Mehrheit der Vorstandsmitglieder erforderlich.
Das Mitglied, gegen das ein Ausschlußantrag vorliegt, muß vor der Verabschiedung des Antrages gehört werden.
Gegen den Beschluß des Vorstandes auf Ausschluß ist Berufung an den Parteitag zulässig, sie hat keine aufschiebende Wirkung.

§ 4

[wie 1925]

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft

[Absatz 1 und 2 wie 1919, 1925 und 1929 Absatz 1.]
Gegen den Ausschluß, der durch eine Parteivereinigung erfolgt, ist die Berufung an den Geschäftsführenden Vorstand gegeben. Der Ausschluß von Reichsmitgliedern erfolgt durch den Geschäftsführenden Vorstand. Dieser kann auch Mitglieder von Parteivereinigungen ausschließen. Vor der Beschlußfassung sind der Auszuschließende und seine Parteivereinigung zu hören. Der Ausschluß ist zulässig, wenn ein wichtiger Grund vorliegt; dieser Grund kann sowohl aus dem politischen als auch aus dem persönlichen Verhalten des Auszuschließenden hergeleitet werden. Gegen den Ausschluß durch den Geschäftsführenden Vorstand findet die Berufung an den Reichsparteitag statt, sie hat keine aufschiebende Wirkung.
Für jeden Ausschlußbeschluß des Geschäftsführenden Vorstandes ist die Stimmenmehrheit seiner Mitglieder erforderlich.

III. Aufbau der Partei

III. Parteigliederung

§ 5

Die Partei gliedert sich nach Reichswahlkreisen.
Die Organisationen der Partei bestehen in Ortsvereinigungen der in einem Ort und seiner Umgebung ansässigen Parteimitglieder.
Als Parteiorganisationen sind aber auch nichtörtliche Vereinigungen zulässig, sofern sie vom Vorstand oder vom Parteitag anerkannt sind.

§ 5

[Absatz 1, 2 und 3 wie 1919, in Absatz 2 jedoch „Vereinigungen" statt „Ortsvereinigungen".]
Die unmittelbare Zugehörigkeit zur Partei (Reichsmitgliedschaft) wird erworben durch Anmeldung bei der Reichsgeschäftsstelle.
Ein einer örtlichen Parteivereinigung zugehöriges Mitglied kann außerdem die Reichsmitgliedschaft erwerben. Seine Parteirechte übt es dann nur einmal, und zwar in der örtlichen Parteivereinigung aus.

§ 5

[wie 1925]

§ 5 Parteivereinigungen und Reichsmitglieder

Die Partei besteht aus örtlichen und nichtörtlichen Parteivereinigungen sowie aus Reichsmitgliedern.
Die örtlichen Parteivereinigungen umfassen die in einem Orte und seiner Umgebung ansässigen Parteimitglieder. Nichtörtliche politische Vereinigungen können durch Beschluß des Geschäftsführenden Vorstandes als Parteivereinigung anerkannt werden. Diese Eigenschaft kann ihnen der Geschäftsführende Vorstand jederzeit entziehen; das Verfahren richtet sich nach § 4 Absatz 4. Die Vereinigungen unterstehen der unmittelbaren Aufsicht des Geschäftsführenden Vorstandes und haben auf dessen Ersuchen einem Beauf-

			tragten die Teilnahme an ihren Sitzungen (einschließlich Vorstandssitzungen) zu gestatten. Der Geschäftsführende Vorstand kann durch einen Beschluß, für den die Stimmenmehrheit seiner Mitglieder erforderlich ist, erklären, daß die Zugehörigkeit zu einer politischen Vereinigung mit der Parteimitgliedschaft unvereinbar ist.
§ 6 In jedem Reichswahlkreise sind die örtlichen Vereine zu einem Wahlkreisverband zusammengefaßt. Zum Wahlkreisverband gehören auch nichtörtliche Organisationen, welche der Vorstand oder der Parteitag anerkannt hat, wenn sie die Grenzen des Wahlkreises nicht überschreiten. Erstrecken sich solche Organisationen über mehrere Wahlkreise, so unterstehen sie dem Vorstand unmittelbar. Diesen Organisationen ist entsprechend ihrer Mitgliederzahl in den Bezirksparteitagen ein Stimmrecht einzuräumen. Die Organisationen der Partei geben sich ihre Satzungen selbst. In jeder Satzung muß neben der Verpflichtung zur Zahlung eines Mitgliedsbeitrags die Vorschrift enthalten sein, daß durch die Aufnahme in die Organisation gleichzeitig die Zugehörigkeit zur Partei erworben wird. Die Satzung darf nichts enthalten, was dem Inhalt der Parteisatzung zuwiderläuft.	§ 6 [Absatz 1, 2 und 3 wie 1919, aber jeweils „Vereinigungen“ statt „Organisationen“ und in Absatz 2 „Wahlkreisparteitagen“ statt „Bezirksparteitagen“.] Die Satzungen für die Reichsmitgliedschaft stellt der Vorstand auf.	[wie 1925]	§ 6 § 6 Verfassung der Parteivereinigungen Die Vereinigungen der Partei geben sich ihre Satzungen selbst. Jede Satzung muß die Verpflichtung zur Zahlung von Mitgliedsbeiträgen sowie die Bestimmung enthalten, daß mit der Aufnahme in die Vereinigung zugleich die Parteimitgliedschaft erworben wird. Die Satzung darf nichts enthalten, was mit der Parteisatzung nicht vereinbar ist. In jedem Wahlkreis werden die örtlichen Parteivereinigungen zu einer Wahlkreisvereinigung zusammengeschlossen. Auch nichtörtliche Parteivereinigungen können aufgenommen werden; ihnen ist dann ein Stimmrecht entsprechend ihrer Mitgliederzahl einzuräumen. In Streitfällen entscheidet der Geschäftsführende Vorstand. Die Wahlkreisvereinigungen oder die Parteivereinigungen eines Landes können sich zu Landesverbänden zusammenschließen.
			IV. Parteibeiträge
§ 7 Die Organisationen sind zu Beiträgen an die Parteikasse verpflichtet. Ihre Höhe wird durch Parteitagsbeschluß einheitlich nach ihrer Mitgliederzahl festgesetzt.	§ 7 [Wie 1919, aber „Vereinigungen“ statt „Organisationen“.]	[wie 1925]	§ 7 § 8 Beitragspflicht Die örtlichen und nichtörtlichen Parteivereinigungen sowie die Reichsmitglieder sind zur Zahlung von Beiträgen an die Reichsgeschäftsstelle verpflichtet. Die Höhe der Beiträge sowie die Zahlungsweise bestimmt der Geschäftsführende Vorstand.
§ 8 Die Organisationen haben dem Vorstand ihre Satzungen und die Namen ihrer Vorstandsmitglieder mitzuteilen. Sie reichen außerdem nach einheitlichem Formular eine statistische Übersicht und künftig alljährlich bis zum 1. April nach dem	§ 8 Die Vereinigungen haben der Reichsgeschäftsstelle ihre Satzungen und die Namen ihrer Vorstandsmitglieder mitzuteilen. Sie sind verpflichtet, nach einheitlichem Vordruck eine Übersicht, welche insbesondere Namen und Adressen ihrer	[wie 1925]	§ 8 § 7 Auskunftspflicht [Wie 1925 und 1929, aber „Anschriften“ statt „Adressen“.]

gleichen Formular Veränderungsmitteilungen ein.

IV. Parteileitung

§ 9

Die Organe der Partei sind:
1. der Parteitag
2. der Parteiausschuß
3. der Vorstand
4. der Revisionsausschuß

§ 10

Der Parteitag ist die oberste Instanz der Partei; ihm sind alle anderen Parteiorgane verantwortlich. Insbesondere stellt er das Programm fest und erläßt allgemeine Kundgebungen.
Die Regelung der Beiträge zur Parteikasse und die Vornahme der Wahlen zu den Parteiorganen erfolgen durch den Parteitag, soweit nicht diese Satzung etwas anderes bestimmt.

§ 11

Der ordentliche Parteitag tritt alljährlich einmal zusammen. Außerordentliche Parteitage werden einberufen, wenn der Parteiausschuß es für erforderlich erachtet oder wenn der Vorstand oder örtliche Organisationen mit zuammen mindestens 50000 Mitgliedern oder wenn mindestens drei Wahlkreisverbände es beim Parteiausschuß beantragen.

§ 12

Die Berufung der Parteitage erfolgt durch den Parteiausschuß unter Angabe einer

Mitglieder enthalten muß, der Reichsgeschäftsstelle einzureichen und künftig alljährlich bis zu dem 1. April nach dem gleichen Vordruck Mitteilungen über Veränderungen zu machen.

§ 9

[wie 1919]

§ 10

[Absatz 1 wie 1919]
Der Parteitag beschließt über die Entlastung des Vorstands
[Absatz 3 wie 1919 Absatz 2]
In besonderem Wahlgang wählt der Parteitag auf Vorschlag des Parteiausschusses den Vorsitzenden der Partei und drei Stellvertreter sowie den Vorsitzenden des Vorstandes. Der Parteivorsitzende ist gleichzeitig der Vorsitzende des Parteiausschusses. Der Parteivorsitzende oder einer seiner Stellvertreter kann gleichzeitig Vorsitzender des Vorstandes sein.

§ 11

Der ordentliche Parteitag tritt alljährlich einmal zusammen. Außerordentliche Parteitage werden einberufen, wenn der Vorstand es für erforderlich erachtet oder wenn der Parteiausschuß oder örtliche Vereinigungen mit zusammen mindestens 20000 Mitgliedern oder 2000 Reichsmitglieder oder mindestens drei Wahlkreisverbände oder die Reichstagsfraktion es beim Vorstand beantragen.

§ 12

Die Berufung der Parteitage erfolgt durch den Parteivorstand unter Angabe einer

§ 9

[wie 1919 und 1925]

§ 10

[Absatz 1, 2 und 3 wie 1925]
In besonderem Wahlgang wählt der Parteitag auf Vorschlag des Parteiausschusses den Vorsitzenden der Partei und vier Stellvertreter sowie den Vorsitzenden des Vorstandes. Der Parteivorsitzende ist gleichzeitig der Vorsitzende des Parteiausschusses. Der Parteivorsitzende oder einer seiner Stellvertreter kann gleichzeitig Vorsitzender des Vorstandes sein.

§ 11

Der ordentliche Parteitag tritt mindestens alle zwei Jahre zusammen. Außerordentliche Parteitage werden einberufen, wenn der Vorstand es für erforderlich erachtet oder wenn der Parteiausschuß oder örtliche Vereinigungen mit zusammen mindestens 20000 Mitgliedern oder 2000 Reichsmitglieder oder mindestens drei Wahlkreisverbände oder die Reichstagsfraktion es beim Vorstand beantragen.

§ 12

[wie 1925]

V. Organe der Partei

§ 9 Organe, Amtsdauer

Organe der Partei sind:
1. der Parteitag
2. der Parteiausschuß
3. der Gesamtvorstand
4. der Geschäftsführende Vorstand
5. der Revisionsausschuß

Die Amtsdauer sämtlicher Mitglieder dieser Organe läuft von ihrer Wahl oder Ernennung bis zum nächsten ordentlichen Parteitag.

1. Parteitag

§ 10 Aufgaben

Der Parteitag ist die oberste Instanz der Partei; ihm sind alle anderen Parteiorgane verantwortlich.
Der Parteitag beschließt über die Entlastung des Gesamtvorstandes und des Geschäftsführenden Vorstandes.
Die Parteiorgane werden vom Parteitag gewählt, soweit die Satzung nicht etwas anderes bestimmt. In besonderen Wahlgängen wählt der Parteitag den Parteivorsitzenden und zwei Stellvertreter: Diese sind gleichzeitig die Vorsitzenden der Parteiorgane (§ 9) mit Ausnahme des Revisionsausschusses.
[Fortsetzung nach § 3]

§ 11 Einberufung des Parteitags

Der ordentliche Parteitag tritt mindestens alle zwei Jahre zusammen. Außerordentliche Parteitage werden einberufen, wenn der Geschäftsführende Vorstand es für erforderlich erachtet oder wenn der Gesamtvorstand, der Parteiausschuß oder örtliche Vereinigungen, die mindestens ein Fünftel aller Parteimitglieder umfassen, oder mindestens drei Wahlkreisvereinigungen oder die Reichstagsfraktion es beim Geschäftsführenden Vorstand beantragen.

Der Geschäftsführende Vorstand beruft die Parteitage unter Angabe einer vorläu-

vorläufigen Tagesordnung.
Für ordentliche Parteitage ist hierbei eine Frist von zwei Monaten zu wahren. Anträge zum Parteitag sind spätestens einen Monat nach erfolgter Berufung beim Vorstand einzureichen. Später eingegangene Anträge können nur dann auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn der Parteitag ihre Dringlichkeit beschließt. Anträge auf Satzungsänderung sind nicht dringlich.
Zur Stellung von Anträgen sind berechtigt:
1. jede örtliche oder anerkannte nichtörtliche Organisation der Partei
2. zum Parteitag gewählte Vertreter, sofern der Antrag 15 Unterschriften gewählter Vertreter trägt
3. die Organe des § 9 Ziffer 2–4
4. die demokratischen Fraktionen im Reichstag und in den Volksvertretungen der deutschen Länder
Anträge zum Parteitag hat der Vorstand mindestens zwei Wochen vor der Tagung zu veröffentlichen und den bis dahin bekannt gewesenen Mitgliedern des Parteitags mitzuteilen.
Für außerordentliche Parteitage entscheidet der Parteiausschuß zugleich mit der Berufung über die Fristen unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen dieses Paragraphen.

§ 13

Die Wahl zum Parteitag erfolgt nach Reichswahlkreisen.
Jeder Reichswahlkreis hat mindestens einen Vertreter. Darüber hinaus steht ihm auf jedes Tausend organisierter Parteiangehöriger, für welche der letztfällige Beitrag an die Parteikasse abgeführt ist, je ein weiterer Vertreter zu. Ein Überschuß von mehr als 500 wird einem vollen Tausend gleichgerechnet.
Die nichtörtlichen Organisationen, welche vom Vorstand oder vom Parteitag anerkannt sind, entsenden zum Parteitag auf je 2000 Mitglieder einen Vertreter. Die Bestimmungen des vorigen Absatzes finden entsprechende Anwendung.
Die Wahlordnung für die Wahl der von ihm zu entsendenden Vertreter bestimmt der Wahlkreisverband.
Die Mitglieder des Parteiausschusses, des

vorläufigen Tagesordnung.
[Absatz 2 wie 1919]

Zur Stellung von Anträgen sind berechtigt:
1. jede örtliche oder anerkannte nichtörtliche Vereinigung der Partei
2. zum Parteitag gewählte Vertreter, sofern der Antrag 15 Unterschriften gewählter Vertreter trägt
3. die Organe des § 9 Ziffer 2–4
4. die demokratischen Fraktionen im Reichstag und in den Volksvertretungen der deutschen Länder
5. 250 Reichsmitglieder
Für außerordentliche Parteitage setzt der Vorstand zugleich mit der Berufung die Fristen für die Einbringung und Bekanntmachung von Anträgen fest.

§ 13

[Absatz 1 wie 1919]
Jeder Reichswahlkreis hat mindestens einen Vertreter. Darüber hinaus steht ihm auf 600 organisierte Parteiangehörige, für welche der letztfällige Beitrag an die Parteikasse abgeführt ist, je ein weiterer Vertreter zu. Ein Überschuß von mehr als 300 wird einem vollen 600 gleichgerechnet.
Die nichtörtlichen Vereinigungen, welche vom Vorstand oder vom Parteitag anerkannt sind, entsenden zum Parteitag auf je 600 Mitglieder einen Vertreter. Die Bestimmungen des vorigen Absatzes finden entsprechende Anwendung.
[Absatz 4 wie 1919]
Je 250 Reichsmitglieder können einen Vertreter zum Parteitag wählen, sofern sie ihren Parteibeitrag bezahlt haben.
[Absatz 6 wie 1919 Absatz 5]

§ 13

[wie 1925]

figen Tagesordnung.
Für ordentliche Parteitage ist hierbei eine Frist von zwei Monaten zu wahren. Anträge zum Parteitag sind spätestens einen Monat nach erfolgter Einberufung beim Geschäftsführenden Vorstand einzureichen. Später eingegangene Anträge können nur dann auf die Tagesordnung gesetzt werden, wenn der Parteitag ihre Dringlichkeit beschließt. Anträge auf Satzungsänderungen sind nicht dringlich.
[Fortsetzung nach § 14]

§ 14 Antragsberechtigung

Zur Stellung von Anträgen sind berechtigt:
1. jede örtliche oder nichtörtliche Vereinigung der Partei
2. zum Parteitag gewählte Vertreter, sofern der Antrag fünfzehn Unterschriften gewählter Vertreter trägt
3. die Organe des § 9 Ziffer 2–5
4. die Fraktionen im Reichstag und in den Volksvertretungen der Länder

§ 11 [Fortsetzung]

Für außerordentliche Parteitage setzt der Geschäftsführende Vorstand zugleich mit der Einberufung die Fristen für die Einbringung und Bekanntmachung von Anträgen fest.

§ 12 Beschickung des Parteitages

Die Wahl zum Parteitag erfolgt durch die Parteivereinigungen. Jede Ortsgruppe, die bei der Reichsgeschäftsstelle ordnungsgemäß angemeldet ist und mindestens 100 Mitglieder umfaßt, hat einen Vertreter. Der Wahlkreisvorstand kann mehrere Ortsgruppen unter 100 Mitgliedern zur Wahl von Vertretern zusammenschließen. Darüber hinaus stehen jeder Ortsgruppe für weitere 200 organisierte Mitglieder, für welche der letztfällige Beitrag an die Reichsgeschäftsstelle abgeführt ist, je ein weiterer Vertreter zu. Ein Überschuß von mehr als 100 Mitgliedern gibt Anrecht auf einen weiteren Vertreter.

Die nichtörtlichen Vereinigungen können einen Vertreter entsenden.

Die Mitglieder der Parteiorgane (§ 9), je vier Beauftragte der Wahlkreisvorstände,

Vorstandes, des Revisionsausschusses und der Reichstagsfraktion gehören dem Parteitag als vollberechtigte Mitglieder an. Ihr Stimmrecht ruht in eigener Sache. Die Fraktionen der deutschen Einzelstaaten entsenden je einen Abgeordneten, ferner auf je volle 150000 in dem betreffenden Einzelstaat für die Partei abgegebene Stimmen einen weiteren Abgeordneten.

§ 14

Die gewählten Vertreter im Parteitag haben sich über ihre Wahl auszuweisen. Der Parteiausschuß bestimmt vor dem Parteitag einen Ausschuß zur Prüfung der Ausweise.

§ 15

Für den Parteitag gilt die Geschäftsordnung des Reichstags, soweit der Parteitag nicht anderweitig beschließt.

§ 16

Der Parteiausschuß beschließt gemeinsam mit dem Vorstand. Er entscheidet über wichtige politische Fragen; er beruft die Parteitage, stellt die vorläufige Tagesordnung für sie fest und trifft für außerordentliche Parteitage die Bestimmungen nach § 12 dieser Satzung. Er stellt die Wahlvorschläge auf für sämtliche Wahlen des Parteitags zu den Organen des § 9.
Der Parteiausschuß wählt die 11 in der Regel in Groß-Berlin wohnenden Mitglieder des Vorstandes.

§ 17

Der Parteiausschuß besteht aus dem Vorsitzenden und seinen drei Stellvertretern sowie höchstens 155 Mitgliedern.
Den Vorsitzenden und seine drei Stellvertreter wählt der Parteitag. Von den Mitgliedern entsendet jeder Wahlkreis soviel Vertreter, wie er bei der letzten Reichs-

§ 14

Die gewählten Vertreter haben sich über ihre Wahl auszuweisen. Die von den Reichsmitgliedern gewählten Vertreter weisen sich aus durch je 250 Unterschriften von Reichsmitgliedern und die Bescheinigung der Reichsgeschäftsstelle, daß die wählenden Reichsmitglieder ihre Parteibeiträge bezahlt haben. Der Parteivorstand bestimmt vor dem Parteitag einen Ausschuß zur Prüfung der Ausweise.

§ 15

[wie 1919]

§ 17

Der Parteiausschuß ist vor wichtigen politischen Entscheidungen zu berufen. Falls die rechtzeitige Einberufung nicht möglich war, ist er, sobald tunlich, über die politische Lage zu unterrichten und um die nachträgliche Gutheißung der gefällten Entscheidungen zu ersuchen. Der Parteiausschuß ist befugt, Richtlinien für die politische Haltung der Partei bis zur Entscheidung durch den nächsten Parteitag aufzustellen.

§ 16

Der Parteiausschuß besteht aus dem Vorsitzenden, seinen Stellvertretern, dem Vorstand und den ernannten und den gewählten Mitgliedern. Jeder Reichstagswahlkreis ernennt vier Vertreter und mindestens zwei Stellvertreter, die zugleich Ersatzmänner sind. Die Reichsausschüs-

§ 14

[wie 1925]

§ 15

[wie 1919 und 1925]

§ 17

[wie 1925]

§ 16

[wie 1925]

die Mitglieder der Reichstagsfraktion, die ersten Vorsitzenden der Reichsausschüsse und die Parteigeschäftsführer gehören dem Parteitag als vollberechtigte Mitglieder an. Die Fraktionen der Länder entsenden je einen Abgeordneten, ferner auf volle 100000 abgegebene Stimmen einen weiteren Abgeordneten.

§ 13 Ausweis

Die gewählten Vertreter haben sich über ihre Wahl auszuweisen. Der Geschäftsführende Vorstand bestimmt vor dem Parteitag einen Ausschuß zur Prüfung der Ausweise.

§ 15 Geschäftsordnung

Für den Parteitag gilt sinngemäß die Geschäftsordnung des Reichstags.

2. Parteiausschuß

§ 17 Politische Aufgaben

[Wie 1925 und 1929, aber „einzuberufen" statt „berufen" und „bitten" statt „ersuchen".]

§ 16 Zusammensetzung

Der Parteiausschuß besteht aus:
1. den Mitgliedern des Gesamtvorstandes
2. je zwei Vertretern der Wahlkreisvereinigungen
3. den Mitgliedern der Reichstagsfraktion
4. zehn Vertretern des Parteibeamtenvereins der Deutschen Staatspartei

tagswahl demokratische Abgeordnete in den Reichstag entsandt hat, mindestens aber einen Vertreter. 36 Mitglieder wählt der Parteitag. Hierzu treten 10 Mitglieder der Reichstagsfraktion sowie acht Vertreter der Vereinigung der demokratischen Presse.
Der Parteiausschuß hat das Recht, sich durch Zuwahl bis zur Höchstzahl zu ergänzen.
Die Wahlkreisverbände sind berechtigt, für die von ihnen entsandten Mitglieder Vertreter und Ersatzleute zu wählen.
Die Amtsdauer sämtlicher Mitglieder des Parteiausschusses läuft von einem ordentlichen Parteitag zum anderen.
Der Parteiausschuß gibt sich seine Geschäftsordnung selbst.

§ 18

Der Vorstand hat die laufende politische Führung der Partei im Rahmen des Parteiprogramms und der Parteitagsbeschlüsse.
Er vertritt die Partei, und zwar nach außen durch den Vorsitzenden. Er führt die Geschäfte, verwaltet das Vermögen und leitet die Organisation und Agitation.
Er ist berechtigt, zu örtlichen Parteitagen und Vertreterversammlungen Mitglieder mit beratender Stimme zu entsenden.
Seine Geschäftsordnung gibt er sich selbst.

se beim Vorstand der Partei und die demokratische Reichstagsfraktion ernennen je vier Vertreter, der demokratische Presseverein und der Verband der Parteibeamten je acht Vertreter. Der Parteitag wählt soviel Mitglieder, wie er bestimmt.
Der Parteiausschuß hat das Recht der Zuwahl im Höchstbetrage vom zehnten Teil der vom Parteitag gewählten Mitglieder. Die Amtsdauer sämtlicher Mitglieder des Parteiausschusses läuft von ihrer Ernennung oder Wahl bis zum nächsten ordentlichen Parteitag. Der Parteiausschuß gibt sich seine Geschäftsordnung selbst. Der Parteiausschuß macht dem Parteitag Vorschläge zur Wahl der in § 9 unter 3 und 4 genannten Organe.

§ 19

Der Vorstand hat die laufende politische Führung der Partei im Rahmen des Parteiprogramms und der Parteiausschuß- und Parteitagsbeschlüsse. Er vertritt die Partei, und zwar nach außen durch seinen Vorsitzenden. Er führt die Geschäfte, verwaltet das Vermögen und leitet den Ausbau und die Werbetätigkeit der Partei. Er ist berechtigt, zu örtlichen Parteitagen und Vertreterversammlungen Mitglieder mit beratender Stimme zu entsenden.
Seine Geschäftsordnung gibt er sich selbst. Der Vorstand macht die Vorschläge für die Wahl zum Parteiausschuß und zu den Wahlen des Reiches und in Preußen unter Zuziehung des Wahlkreisvorsitzenden, soweit nicht diese Satzungen anderes bestimmen.

§ 19

[wie 1925]

5. vierzig Mitgliedern, die vom Parteitag gewählt werden: hierbei ist auf die Reichsausschüsse (§ 23) tunlichst Rücksicht zu nehmen
6. den staatsparteilichen aktiven Ministern des Reiches und der Länder während ihrer Amtsdauer und danach bis zum nächsten ordentlichen Parteitag.

3. Gesamtvorstand

§ 19 Aufgaben

Der Gesamtvorstand hat die politische Führung der Partei im Rahmen des Parteiprogramms und der Beschlüsse des Parteitags und des Parteiausschusses.
[Fortsetzung nach § 21 Absatz 4 und nach § 23.]

4. Geschäftsführender Vorstand

§ 21 Aufgaben

Der Geschäftsführende Vorstand vertritt die Partei, und zwar nach außen durch den Parteivorsitzenden.
Der Geschäftsführende Vorstand führt die laufenden Geschäfte, verwaltet das Vermögen und leitet den Ausbau und die Werbetätigkeit der Partei. Er ist berechtigt, zu örtlichen Parteitagen und Vertre-

§ 19

Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und 22 Mitgliedern, von denen die Hälfte außerhalb Groß-Berlins, die andere Hälfte in der Regel in Groß-Berlin wohnen soll.

Der Vorsitzende des Parteiausschusses und seine Stellvertreter sowie der Leiter der Reichsgeschäftsstelle haben außer den gewählten Mitgliedern im Vorstand Sitz und Stimme.

Die Amtsdauer der Mitglieder des Vorstandes und seines Vorsitzenden läuft von einem ordentlichen Parteitag zum anderen.

§ 20

Scheidet ein Mitglied vor Ablauf seiner Wahlzeit aus, so ist der Vorstand zur Zuwahl befugt. Sinkt die Zahl der Mitglieder unter zwölf, so muß Zuwahl derart erfolgen, daß mindestens die Zahl von zwölf Mitgliedern erreicht wird.

§ 18

Der Vorstand besteht aus höchstens 40 Mitgliedern, dem Vorsitzenden der Partei, seinen Stellvertretern und dem Vorsitzenden des Vorstands, falls ein solcher abweichend vom Parteivorsitzenden gewählt ist. Der Vorsitzende des Vorstandes beruft und leitet die Vorstandssitzungen. Dreizehn Vertreter sollen ihren Wohnsitz in Groß-Berlin haben, 17 im Reich. Der Vorstand hat das Recht der Zuwahl von 10 Mitgliedern. Der Leiter der Reichsgeschäftsstelle hat als solcher im Vorstand Sitz und Stimme.

Die Amtsdauer der Mitglieder des Vorstands läuft von einem ordentlichen Parteitag zum anderen. Die demokratischen Reichsminister haben während ihrer Amtszeit und nach deren Beendigung noch bis zum nächsten ordentlichen Parteitag Sitz und Stimme im Parteivorstand.

§ 20

[wie 1919]

§ 18

Der Vorstand besteht aus höchstens fünfzig Mitgliedern, dem Vorsitzenden der Partei, seinen Stellvertretern und dem Vorsitzenden des Vorstands, falls ein solcher abweichend vom Parteivorsitzenden gewählt ist. Der Vorsitzende des Vorstands beruft und leitet die Vorstandssitzungen. 17 Vertreter sollen ihren Wohnsitz in Groß-Berlin haben, 23 im Reich. Der Vorstand hat das Recht der Zuwahl von 10 Mitgliedern. Der Leiter der Reichsgeschäftsstelle und die Geschäftsführerin des Reichsfrauenausschusses haben als solche im Vorstand Sitz und Stimme.

[Absatz 2 wie 1925]

§ 20

[wie 1919 und 1925]

terversammlungen Mitglieder mit beratender Stimme zu entsenden.

[Fortsetzung nach § 19 Absatz 4 und nach § 19 Absatz 5.]

[Gesamtvorstand]

§ 18 Zusammensetzung

Der Gesamtvorstand setzt sich zusammen aus:

1. den Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstandes
2. je einem Mitglied der Wahlkreisvorstände
3. dem 1. Vorsitzenden der Reichstagsfraktion und der preußischen Landtagsfraktion
4. neun bis achtzehn zu kooptierenden Mitgliedern.

[Geschäftsführender Vorstand]

§ 20 Zusammensetzung

Der Geschäftsführende Vorstand besteht aus:

1. dem Parteivorsitzenden und seinen zwei Stellvertretern
2. vier Beisitzern
3. dem Kassenführer
4. dem Reichsgeschäftsführer

Die Mitglieder des Geschäftsführenden Vorstandes zu 1 bis 3 wählt der Parteitag. Beim Wegfall von Mitgliedern des Geschäftsführenden Vorstandes ist der Gesamtvorstand zur Nachwahl befugt.

Den Reichsgeschäftsführer bestimmt der Geschäftsführende Vorstand.

[vgl. § 20 Absatz 1]

§ 21
Mitglieder des Parteiausschusses können gleichzeitig Mitglieder des Vorstandes sein.

§ 22
Der Revisionsausschuß besteht aus neun Mitgliedern, die vom Parteitag gewählt werden. Er prüft die Kassenführung und bereitet die Entlastung des Vorstandes vor; er nimmt Beschwerden über den Vorstand entgegen. Über beide Vorgänge erstattet er dem Parteitag Bericht. Eine Berichterstattung über seine Tätigkeit als Schiedsgericht findet nicht statt. Die Amtsdauer der Mitglieder des Revisionsausschusses läuft von einem ordentlichen Parteitag zum anderen.

V. Allgemeine Bestimmungen

§ 23
Bei Reichswahlen sind Wahlabkommen mit anderen Parteien nur mit Zustimmung des Parteiausschusses zulässig. Bei Landeswahlen ist die Zustimmung des Vorstandes erforderlich, der nach den Richtlinien des Parteiausschusses entscheidet.

§ 21
[wie 1919]

§ 22
Der Revisionsausschuß besteht aus 10 Mitgliedern, die vom Parteitag gewählt werden. Er ist Beschwerdeinstanz über den Vorstand, Schlichtungsstelle für strittige Angelegenheiten, die das Parteiinteresse berühren, prüft die Kassenführung und bereitet die Entlastung des Vorstandes vor. Über seine Tätigkeit erstattet er dem Parteitag Bericht. Die Amtsdauer der Mitglieder des Revisionsausschusses läuft von einem ordentlichen Parteitag zum nächsten.

§ 23
[wie 1919]

§ 21
[wie 1919 und 1925]

§ 22
[wie 1925]

§ 23
[wie 1919 und 1925]

[vgl. § 16 Absatz 1]

5. Revisionsausschuß

§ 22 Zusammensetzung
Der Revisionsausschuß besteht aus 12 Mitgliedern, die vom Parteitag gewählt werden. Er ist Schlichtungsstelle für strittige Angelegenheiten, die das Parteiinteresse berühren, prüft die Kassenführung und bereitet die Entlastung des Vorstandes vor. Über seine Tätigkeit erstattet er dem Parteitag Bericht.
Der Revisionsausschuß ist bei Wegfall von Mitgliedern zur Kooptation befugt.

6. Reichsausschüsse

§ 23
Der Geschäftsführende Vorstand ist befugt, Reichsausschüsse für besondere Aufgaben einzurichten. Die Ausschüsse können sich eine eigene Geschäftsordnung oder Satzung geben, die der Genehmigung des Geschäftsführenden Vorstandes bedarf.
Die Ausschüsse sind Hilfsorgane des Geschäftsführenden Vorstandes. Sie dürfen ohne dessen Zustimmung nicht selbständig in der Öffentlichkeit auftreten: Sie sind berechtigt, dem Geschäftsführenden Vorstand und dem Gesamtvorstand Anträge und Berichte zu unterbreiten.

[Gesamtvorstand]

§ 19 Absatz 5
Zu Wahlabkommen ist bei Reichstagswahlen die Zustimmung des Gesamtvorstandes notwendig.

[Geschäftsführender Vorstand]

§ 21 Absatz 4
Bei Landeswahlen ist zu Wahlabkommen mit anderen Parteien die Zustimmung des Geschäftsführenden Vorstandes erforderlich.

§ 24
Die Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen ist Sache der Wahlkreisverbände. Bei Reichstagswahlen haben sie die Pflicht, spätestens zehn Tage vor Aufstellung der Liste dem Vorstand Gelegenheit zu Vorschlägen zu geben.

§ 25
Bei Abstimmungen in den Parteiorganen des § 9 entscheidet die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Das gleiche gilt für Einzelwahlen. Bei diesen findet Stichwahl zwischen den zwei Höchstgewählten statt, falls die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht ist. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los. Andere Wahlen erfolgen mit relativer Stimmenmehrheit. Die Wahlen sind schriftlich und geheim, sofern nicht Zuruf ohne Widerspruch erfolgt.

§ 26
Die Auflösung der Partei kann nur durch einen Parteitag mit Dreiviertel-Mehrheit beschlossen werden. In diesem Falle ist auch über das Parteivermögen Beschluß zu fassen.

§ 24
Die Aufstellung der Wahllisten (oder Wahlvorschläge) ist Sache der Wahlkreisvereinigung.
Vor Reichstags- und preußischen Landtagswahlen haben die Wahlkreisvereinigungen die Pflicht, den Parteivorsitzenden über die in Aussicht genommenen Kandidaten zu verständigen. Zu den entscheidenden Sitzungen und Besprechungen ist der Parteivorsitzende einzuladen. Er kann sich durch die stellvertretenden Parteivorsitzenden oder Vorstandsmitglieder vertreten lassen.

§ 25
[wie 1919]

§ 26
[wie 1919]

§ 24
[wie 1925]

§ 25
[wie 1919 und 1925]

§ 26
[wie 1919 und 1925]

[Gesamtvorstand]

§ 19 Absatz 2,3 und 4
Er [der Gesamtvorstand] stellt die Reichswahlliste auf.
Die preußische Landeswahlliste wird ebenfalls vom Gesamtvorstand beschlossen, jedoch scheiden bei der Beratung und Beschlußfassung die außerpreußischen Wahlkreisvertreter aus.
Vor der Entscheidung über die Reichs- und die preußische Landeswahlliste sind die Fraktionsvorstände zu hören.

[Geschäftsführender Vorstand]

§ 21 Absatz 3
Vor Reichstags- und Landtagswahlen haben die Wahlkreis- und Landesverbandsvorsitzenden die Pflicht, den Geschäftsführenden Vorstand mindestens eine Woche vor der endgültigen Beschlußfassung über die in Aussicht genommenen Kandidaten zu unterrichten. Zu den entscheidenden Sitzungen und Besprechungen ist der Geschäftsführende Vorstand einzuladen.

7. Auflösung der Partei

§ 24
[wie 1919, 1925 und 1929]

1 Entnommen aus: Bericht über die Verhandlungen des 1. Parteitages der Deutschen Demokratischen Partei, abgehalten in Berlin vom 19. bis 22. Juli 1919, hrsg. v. der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin o. J., Anlage Nr. 2.
2 Die Überschriften innerhalb der Satzungen sind in den Originalen typographisch unterschiedlich hervorgehoben.
3 Entnommen aus: Organisationshandbuch der Deutschen Demokratischen Partei, hrsg. v. der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Demokratischen Partei, Berlin 1926.
4 Im Original gesperrt.
5 DDP/Staatspartei R 45/III 21
6 Entnommen aus: Demokrat v. 5. 11. 1930 Nr. 21.

Die Ergebnisse der Deutschen Demokratischen Partei/Deutsche Staatspartei bei den Wahlen zur Nationalversammlung und den Reichstagswahlen 1919–1933.

Die für die DDP bei den Wahlen zur Nationalversammlung (19.1.1919) abgegebenen gültigen Stimmen.

Wahlkreis	auf die DDP entfielen . . . gültige Stimmen	in % aller abgegebenen gültigen Stimmen
1. Provinz Ostpreußen	171 108	18,8
2. Provinz Westpreußen	158 508	30,2
3. Berlin	177 555	16,0
4. Potsdam 1–9	180 354	20,8
5. Potsdam 10	186 218	21,0
6. Reg. Bez. Frankfurt a. d. Oder	132 869	22,0
7. Provinz Pommern	174 716	21,5
8. Provinz Posen	72 266	22,3
9. Reg. Bez. Breslau	139 188	15,5
10. Reg. Bez. Oppeln	45 780	6,9
11. Reg. Bez. Liegnitz	152 805	26,8
12. Reg. Bez. Magdeburg und Anhalt	214 016	25,4
13. Reg. Bez. Merseburg	161 272	24,2
14. Provinz Schleswig-Holstein und oldenburgischer Landesteil Lübeck	219 579	27,2
15. Reg. Bezirke Aurich und Osnabrück, Oldenburg ohne Landesteile Lübeck und Birkenfeld	130 732	24,5
16. Reg. Bezirke Hannover, Hildesheim und Lüneburg sowie Braunschweig	160 624	12,9
17. Reg. Bezirke Münster und Minden, Kreis Schaumburg und beide Lippe	96 630	9,7
18. Reg. Bez. Arnsberg	115 692	10,0
19. Provinz Hessen-Nassau (ohne Kreise Schaumburg und Schmalkalden), Kr. Wetzlar und Waldeck	230 132	19,1
20. Reg. Bezirke Köln und Aachen	74 000	7,6
21. Reg. Bezirke Koblenz und Trier (ohne Kr. Wetzlar) und oldenburgischer Landesteil Birkenfeld	142 103	17,3
22. Düsseldorf 1–5	116 391	12,3
23. Düsseldorf 6–12	49 328	7,1
24. Oberbayern und Schwaben	—	—
25. Niederbayern und Oberpfalz	—	—
26. Franken	—	—
27. Pfalz	59 417	13,2
28. Dresden-Bautzen	167 898	18,4
29. Leipzig	177 447	28,6
30. Chemnitz-Zwickau	188 875	21,4
31./32. Württemberg und Hohenzollern	331 963	25,0
33. Baden	226 836	21,5
34. Hessen	124 202	19,0
35. Mecklenburg-Lübeck	135 700	30,3
36. Thüring. Staaten, Reg. Bez. Erfurt und Kr. Schmalkalden	246 984	22,1
37. Hamburg, Bremen und Reg. Bez. Stade	251 813	25,9
Deutsches Reich	5 193 001	17,1

Die für die DDP (ab 1930 Deutsche Staatspartei) abgegebenen gültigen Stimmen

Reichstagswahl Leg. Per.	6. 6. 1920 I.	4. 5. 1924 II.	7. 12. 1924 III.	20. 5. 1928 IV.	14. 9. 1930 V.	31. 7. 1932 VI.	6. 11. 1932 VII.	5. 3. 1933 VIII.
1. Ostpreußen	53 077 5,6%	36 288 3,5%	39 890 4,0%	38 343 3,8%	26 920 2,5%	6 399 0,6%	5 918 0,6%	5 211 0,4%
2. Berlin	75 329 7,1%	93 807 8,6%	115 127 10,1%	80 346 6,8%	53 097 4,3%	13 259 1,1%	12 917 1,1%	16 671 1,3%
3. Potsdam II	88 801 10,5%	87 933 10,0%	114 343 12,5%	97 418 9,9%	76 832 7,0%	23 616 2,1%	22 457 1,9%	30 961 2,4%
4. Potsdam I	64 400 7,6%	44 929 5,1%	56 847 6,3%	54 006 5,5%	40 246 3,5%	13 282 1,1%	11 190 0,9%	11 220 0,9%
5. Frankfurt a. d. Oder	72 360 9,5%	35 192 4,3%	39 356 4,7%	35 635 4,3%	27 308 3,0%	6 829 0,7%	5 902 0,6%	5 373 0,5%
6. Pommern	37 648 4,5%	23 232 2,6%	34 096 3,8%	35 512 4,0%	24 262 2,5%	8 256 0,8%	5 655 0,6%	5 260 0,5%
7. Breslau	56 382 6,4%	36 863 3,9%	43 999 4,6%	28 151 2,9%	20 273 1,9%	5 178 0,4%	5 833 0,5%	8 905 0,8%
8. Liegnitz	72 281 12,6%	46 098 7,6%	49 193 8,0%	38 407 6,3%	33 755 4,9%	7 259 1,0%	5 861 0,8%	4 419 0,6%
9. Oppeln	11 876 2,3%	11 138 2,0%	12 084 2,2%	9 181 1,6%	6 922 1,0%	1 217 0,2%	1 314 0,2%	2 668 0,4%
10. Magdeburg	113 291 13,7%	60 710 6,9%	62 277 6,9%	47 469 5,2%	33 518 3,4%	10 907 1,1%	7 755 0,8%	6 344 0,6%
11. Merseburg	68 600 10,0%	37 089 5,2%	40 700 6,9%	33 342 4,6%	25 813 3,1%	8 343 1,0%	6 887 0,8%	5 812 0,6%
12. Thüringen	88 026 8,3%	50 372 4,5%	58 755 5,2%	42 939 3,9%	41 671 3,3%	12 978 1,0%	9 957 0,8%	10 038 0,7%
13. Schleswig-Holstein	64 402 9,4%	60 704 8,1%	66 580 8,7%	44 751 5,7%	42 257 4,8%	14 036 1,4%	11 449 1,2%	7 895 0,8%
14. Weser-Ems	80 430 12,4%	56 741 8,6%	67 575 9,9%	52 872 7,5%	34 569 4,3%	10 815 1,2%	9 592 1,1%	8 135 0,9%

Reichstagswahl Leg. Per.	6. 6. 1920 I.	4. 5. 1924 II.	7. 12. 1924 III.	20. 5. 1928 IV.	14. 9. 1930 V.	31. 7. 1932 VI.	6. 11. 1932 VII.	5. 3. 1933 VIII.
15. Ost-Hannover	29 632	19 199	20 571	18 788	20 696	6 207	4 316	3 595
	6,1%	3,8%	4,1%	3,7%	3,6%	1,0%	0,7%	0,5%
16. Südhannover-Braunschweig	51 972	44 702	49 863	39 682	35 167	9 509	7 984	8 200
	5,3%	4,4%	4,9%	3,8%	3,0%	0,8%	0,7%	0,6%
17. Westfalen-Nord	47 029	38 693	37 731	30 475	28 113	4 817	3 529	4 122
	4,7%	3,6%	3,5%	2,5%	2,1%	0,3%	0,3%	0,3%
18. Westfalen Süd	59 267	57 058	76 553	51 505	38 424	8 335	6 455	7 904
	5,0%	4,5%	6,0%	4,2%	2,7%	0,6%	0,4%	0,5%
19. Hessen-Nassau	116 101	85 249	99 635	66 448	54 641	10 287	12 753	16 515
	10,2%	7,1%	8,5%	5,7%	4,0%	0,7%	0,9%	1,0%
20. Köln-Aachen	35 013	25 494	32 334	29 826	34 012	3 775	3 588	3 747
	4,1%	2,8%	3,6%	3,2%	2,9%	0,3%	0,3%	0,3%
21. Koblenz-Trier	15 639	16 385	17 452	10 737	10 132	1 497	1 448	1 477
	3,0%	3,0%	3,3%	1,9%	1,6%	0,2%	0,2%	0,2%
22. Düsseldorf Ost	49 974	41 772	45 942	34 940	30 237	3 781	3 388	5 095
	5,1%	4,3%	4,6%	3,3%	2,5%	0,3%	0,3%	0,4%
23. Düsseldorf West	33 660	21 605	26 693	23 033	15 839	2 233	1 841	2 450
	4,7%	2,9%	3,5%	2,7%	1,6%	0,2%	0,2%	0,2%
24. Oberbayern-Schwaben	61 899	19 774	33 513*	28 479	22 492	7 393	3 843	4 209
	5,6%	2,1%	2,9%	2,4%	1,7%	0,5%	0,3%	0,3%
25. Niederbayern	17 751	7 361	12 513*	10 519	6 539	2 851	2 130	1 431
	3,6%	1,6%	2,2%	1,9%	1,1%	0,4%	0,4%	0,4%
26. Franken	131 897	40 063	54 683	51 305	29 398	7 801	7 326	9 603
	12,5%	3,6%	4,3%	4,1%	2,1%	0,5%	0,5%	0,6%
27. Pfalz	31 979	20 389	29 036	16 134	10 653	2 421	3 102	3 215
	8,9%	5,6%	6,7%	3,9%	2,3%	0,4%	0,6%	0,6%
28. Dresden-Bautzen	96 022	92 130	80 328	62 657	81 653	19 614	16 877	14 794
	10,9%	9,5%	8,1%	6,1%	7,3%	1,7%	1,5%	1,2%

Reichstagswahl Leg. Per.	6. 6. 1920 I.	4. 5. 1924 II.	7. 12. 1924 III.	20. 5. 1928 IV.	14. 9. 1930 V.	31. 7. 1932 VI.	6. 11. 1932 VII.
29. Leipzig	53 390 8,4%	50 498 7,2%	56 191 7,8%	45 231 6,0%	26 219 3,2%	14 427 1,7%	11 033 1,3%
30. Chemnitz-Zwickau	68 965 7,8%	58 283 6,3%	55 513 5,9%	39 468 4,1%	22 681 2,0%	7 815 0,7%	6 977 0,6%
31. Württemberg	161 791 14,3%	115 319 9,4%	128 769 10,8%	109 986 9,5%	136 781** 9,7%	33 869 2,4%	39 353 3,0%
32. Baden	116 390 12,3%	73 882 7,8%	92 535 9,3%	63 888 7,0%	114 732** 9,7%	27 382 2,2%	26 914 2,3%
33. Hessen-Darmstadt	63 873 10,8%	45 718 7,4%	54 368 8,7%	37 521 6,3%	38 829 5,2%	4 840 0,6%	6 084 0,7%
34. Hamburg	97 859 17,4%	81 514 13,0%	78 923 12,5%	80 356 11,6%	64 129 8,5%	45 706 6,0%	41 136 5,4%
35. Mecklenburg	44 607 9,5%	22 266 5,0%	26 861 5,9%	15 371 3,4%	13 218 2,7%	4 860 0,9%	3 683 0,7%
Deutsches Reich	2 333 741 8,5%	1 567 542 5,4%	1 919 829 6,3%	1 479 374 4,8%	1 322 385 3,8%	371 800 1,0%	336 447 1,0%

* Gemeinschaftsliste mit dem Deutschen Bauernbund
** Gemeinschaftsliste mit der Deutschen Volkspartei

Die Wahlergebnisse wurden zusammengestellt nach der Amtlichen Statistik von Dr. Alfred Milatz, Bonn

Register

Personennamen, die nur in den Mitgliederlisten der Führungsorgane der DDP/Deutschen Staatspartei (S. 766–809) erscheinen, sind in das Register nicht aufgenommen worden. Kursiv gedruckte Seitenzahlen verweisen auf Angaben zur Person.

Eine Reihe von Hauptstichworten zur **Deutschen Demokratischen Partei/Deutschen Staatspartei** findet sich in der dortigen Untergliederung.

Für das Register gilt die Abkürzung DStP = Deutsche Staatspartei.

Abegg, Wilhelm 429, 519, *520,* 529f., 532, 666, 693
Abel, August 607
d'Abernon, Edgar Lord *287*
Abrüstung 182, 340, 433, 450f., 480, 622, 635, 703
- Entwaffnungsnote 335
- Appell Weltkirchenbund, deutsche Abt. 451
s. a. Kellogg-Pakt
Adenauer, Konrad *303*
Adler, Karl 439
Adolph, Arthur *580f.,* 591, 607
Agitation 91, 115, 318, 406, 494, 503, 628, 633f., 661, 671, 674
- Schulfrage im Rheinland 92
- zum Friedensvertrag 93
- Verbreitung demokratischer Weltanschauung 101
- unter Intellektuellen 101
- Landagitation in Königsberg 139
- Kriegsschuldfrage 164ff., 176, 181
- Fürstenabfindung 378ff., 382ff.
- gegen Nationalsozialismus 559
- Spezialagitation in Ostpreußen 630, 640
- unter Bauern und Siedlern 639
- Staatsbejahung 655f.
- unter gewerblichen Fachverbänden 672
- zur Programmatik 624–640
- Aufrufe 680
  Anschluß Deutsch-Österreich 4
  gegen Friedensvertrag 72
  prorepublikanische Kundgebung 186, 262f.
  zum Schutz der Republik 258f., 262, 267
  zur Fürstenabfindung 380f.
  zum Jahreswechsel 1929/30, 520f.
  „Krieg dem Bürgerkrieg" 674f.
- Flugblätter XLV, 164f., 625, 636, 661
  Berufsgruppen 6–9
  Sozialisierung 9
  Frauen 636, 640
  Agrarprogramm 402
  Abgeordnetenreden 42
- Methoden 430, 437, 464f., 561, 619, 638, 708
  Wahlhelferkurse 4
  „Kleinagitatoren" 430, 687
  Rededispositionen 687
- Parteiredner 626, 671
  Richtlinien 7
  Honorierung 7, 114
  Einsatz für Deutsch-Österreich 25
  Vermittlung 106
  Redepflicht f. Vorstandsmitglieder 618, 620
  Einsatz der Fraktion 628
  Schulungskurse 671
- Plakate 625
  zur Nationalversammlung 6
- Publikationen
  „Die Parteiorganisation" 24
  „Demokratisches ABC-Buch" 41, 85
  zur Geschichte der Partei 63
  Parlamentsreden zur Friedensfrage 64
  „Die Agitation", Finanzierung 105f.
  Abstimmungen in den Parlamenten 112
  Schrift Gothein über Zusammenbruch 128
  Reden Schiffer und Petersen 128
  DNVP-Broschüre 128
  „Unternehmer und Arbeitnehmer" 139
  Mitteilungsbriefe 671
- Richtlinien zur Agitation 619
- Veranstaltungen 153
  Kinovorführung 6, 9
  für Angestellte 8
  Flugzeugpropaganda 10
  Straßendemonstration 10
  gegen Friedensvertragsentwurf 64, 68f., 72
  Demokratische Woche 97
  Werbewoche 230, 235, 238, 333, 340
  politisches Schulungsprogramm 239

Ägypten 241

Agrarpolitik 447f., 508, 532, 536, 541f., 544ff., 552f., 621, 631f., 639, 694, 759, 762
- Schieles 618f., 681
- Agrarhilfe 548, 551, 553
- Agrariertum 539
- Agrartagung 680, 685
- agrarische Gefahr 530
s. a. Bauern; Landwirtschaft; Osthilfe; Siedlungsfrage

Akzeptbank 652f.
Alldeutscher Verband 445, 446
Altenhain, Gustav *698*
Alving (Rechtsanwalt) *661,* 666

Angestellte XI, XVI, XLI, XLIV, 51, 54f., 146, 233, 270, 457, 461, 733
- Wahlverhalten 92, 453
- Mitbestimmungsrecht 54
- Streik in Berlin (1919) 54
- Gehaltseinbehaltung in Preußen (8. 6. 1932) 723
- Angestelltenprogramm 8f.
- Angestellten- und Beamtenbund 295
- Kieler Angestelltenverband 6
- demokratische Angestellte
  Organisierung in Berliner Betrieben 73
  und parl. Arbeitsgemeinschaft 272
- Hausangestellte L, 73

Anhalt 640
Anleihen 298, 434
- Internationale Anleihen 248f., 250f., 255, 262f., 268, 283, 645ff.
- Vorkriegsanleihen 249
- Kleine Anleihe 250f.
- Goldanleihe 301f.
s. a. Reparationen

Antisemitismus XLV, 19, 21, 92, 96, 136, 521, 565, 569–572, 587, 595, 598, 601, 619, 710
- Verein zur Abwehr des Antisemitismus XXXVII, 96, 514
s.a. Parteien

Anschütz, Gerhard *511,* 661

Apelt, Willibalt 429, *629,* 661

Arbeit
- Verbot der Akkordarbeit 87
- Notstandsarbeiten 87
- Arbeitspflicht 88, 93, 146
- Recht auf Arbeit 28, 88, 124
- Gesetzbuch der Arbeit 91
- Arbeitszeit
  Verlängerung 232
  Verkürzung 628, 693f.
  Acht-Stunden-Tag 190ff., 194, 222
- Schwarzarbeit 694
- Arbeitsbeschaffung 660, 693, 758, 762
  Programm XLIX, 688

Arbeiter, Arbeiterschaft 9, 51, 53ff., 58, 86, 91, 146, 169, 192, 222, 232f., 270, 535, 665, 690, 705
- und Bürgertum XLI, 269
- und Staat 217
- und Reichswehr 282
- Wahl in Aufsichtsräte 87, 108
- demokratische Arbeiter
  Organisierung in Berliner Betrieben 73
  und parl. Arbeitsgemeinschaft 272
- und Radikalismus 618
- Arbeitnehmer XI, XVI, 54, 59, 194, 234, 308, 350, 403, 475, 498
  und Partei XLI, 452, 629, 716
  Verhältnis zu Arbeitgebern 53, 92, 194, 472
  Schlichtungsordnung 142
- Arbeitsratswahlen 63f.
- und Flaggenfrage 223
- Post- und Bahnarbeiter 221
- Saisonarbeiter 498, 553
- Gemeindearbeiter 665
- Kohlearbeiter 666
- städtische Arbeiter 628
- Bauarbeiter 641

Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien (1919) 63 f.

Arbeitsgemeinschaft demokratischer Lehrer 115

Arbeitsgemeinschaft für Politik des Rechts (Heidelberger Vereinigung) XII, XIII

Arbeitslose, Arbeitslosigkeit 28, 33f., 535, 542, 552, 627, 638, 644, 646, 654, 656, 664f., 673, 678, 682, 688, 691–695, 697, 717
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 546, 618, 629, 660, 693, 758, 762
  Arbeitsbeschaffungsprogramm XLIX, 688
  Einführung der Arbeitspflicht 28
- Arbeitslosen (Erwerbslosen-)unterstützung XLII, 86ff., 403, 549, 623, 629, 665, 688, 693, 717
  in Preußen 658
- Arbeitslosenversicherung IL, 93, 498, 501f., 551ff., 557, 565, 623, 626, 629, 638, 663, 691, 694f., 717f.
  Beitragserhöhung 552
  Fürsorgeprinzip 629
  Gesetz zur Arbeitslosenversicherung 502
  Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung 638
- Arbeitslosengesetz 535

Arnhold, Eduard *42*

Articus, Gustav *406*

Auer, Erhard *27*

Auslandsdeutsche 399, 446, 572
- und Flaggenfrage 197, 389–393

Außenpolitik XVIII, 171–175, 234, 307, 319ff., 324, 350, 364, 369, 397, 403, 415, 433, 444ff., 449f., 498, 551, 564, 567f., 570f., 587, 589, 595, 625, 637, 641, 703, 720, 764
- Rede Simons' im Reichstag 173, 175, 181, 204
- Zusammenarbeit mit Rußland 173
- Verbindungen mit Ost- und Südosteuropa 551, 637, 703
- Wiedereinordnung Deutschlands 621f.
- Bekenntnis zu Eupen und Malmedy 631
s.a. Frieden; Konferenzen, internationale; Reparationen

Ausschüsse, Kommissionen s. DDP/DStP

Ausschuß, Politischer s. DDP/DStP

Australien 269

Baake, Wilhelm *577*

Bade, Peter *16,* 18, 61f., 76, 85

Baden 28–30, 604

Bahr, Max XVIII, *182,* 285, 302, 304, 329, 585

Baltrusch, Friedrich *569,* 575, 580, 591, 598, 607

Banken
- Krise (1931) 645ff., 650–653, 661, 663, 678, 689
- Bankfeiertage 652f., 655, 658
s.a. Bank für internationale Zahlungen; Bankhaus J. F. Schröder; Darmstädter- und Nationalbank (Danat); Dresdner Bank; Genossenschaftsbanken; Österreichische Kreditanstalt; Reichsbank; Reichskreditgesellschaft

Bank für Internationale Zahlungen (BIZ) 648ff.
- Beratender Sonderausschuß 648, 650
- Wiggin-Layton-Bericht 650

Bankhaus J. F. Schröder 651, 653
Barmat-Affäre 333, 338
Barteld, Adam *35,* 61, 275, 349, 402, 500, 506, 619, 624, 640f., 670f., 673–676, 678f., 681, 684–686, 694, 698, 703–705, 710f., 727, 730, 735, 737, 739, 746f., 749, 751f., 764
Bartels, Volkmar *20*
Barth, Theodor *546*
Barthou, Jean Louis *245*
Bartschat, Franz 140, *176,* 181f., 186, 195, 229, 231, 234f., 239, 268, 273, 289, 299, 304, 312, 329, 350f., 354, 425, 429, 439, 522, 529, 532, 579, 581, 612, 628, 660, 732, 751, 765
Bauern, Bauernschaft XVI, 43, 444, 447, 621, 685, 705, 759
- Vertretung im Hauptvorstand 6
- und Sozialisierung 154
- Vertretung in Preußenfraktion 432
- und DDP/DStP 464, 594, 724
s. a. Agrarpolitik; Landwirtschaft; Siedlungsfrage
Bäumer, Gertrud XXVI, *77,* 81, 84f., 88, 96, 114–121, 126, 129f., 133, 137, 140, 145–148, 154f., 159f., 163, 175f., 180–186, 195, 229, 234–238, 256–259, 266, 279, 285, 293, 296, 299–304, 317, 323, 327–331, 336, 341, 346, 350, 353–356, 361f., 366, 370, 372, 375, 387, 391, 395f., 400–404, 412, 414, 417, 419, 424f., 429, 432, 435–439, 442f., 452, 461f., 470, 473, 478–481, 484–486, 489–493, 507, 510, 512, 516, 519, 522, 524, 529, 532, 545, 548–551, 554, 556, 560, 562, 569, 571, 574, 577–580, 588, 593, 596, 598, 601f., 606–613, 618, 620, 638, 641, 643–645, 670–678, 681, 685, 692, 704f., 708, 711–716, 724–730, 737–741, 761
Baum, Marie 81, 112, 114, 148, *150,* 156, 163, 432
Baumgarten, Otto *132,* 170, 364
Bayerische Mittelpartei 191
Bayerische Volkspartei (BVP) XVIII, 21, 191, 236, 279, 285, 290, 377, 383, 398, 420, 435, 536, 544, 557, 728
- und Bayerischer Bauernbund 731
- und Wirtschaftspartei 731

Bayerischer Bauernbund/Deutsche Bauernpartei XLVI, 438, 461, 470, 543, 617f., 667, 715f., 723f., 726, 728f.
- und DDP/DStP 438, 728, 731
s. a. Deutsche Bauernschaft
Bazille, Wilhelm *525f.,* 550
Bayern 297, 306, 326f., 447
- Regierung
von Kahr 190
„Fall Kahr" 266f.
Erlaß für die Kriminalpolizei 267
- Wahlen 47, 313, 317, 325, 373
- und Republikschutzverordnung 188, 195
- Ausnahmezustand 188, 190
- Reichsmittel 193
- zu Verfassungsentwurf (NV) 36
- politische Strömungen 266
- Luppes Prozeß gegen Streicher („Stürmer") 373
s. a. Reich – Länder
Beamte, Beamtenschaft XI, XVI, 33, 146, 270, 406, 457, 469, 473, 539, 560, 631, 638, 661, 663, 705
- in Baden 222f.
- in Preußen 223
- Wahlverhalten 92, 453
- Korruption 87
- Rechte 124, 451, 520, 622, 629, 699
Freiheit der Meinungsäußerung 264, 371
Pensionsrecht 264
- Beamtengesetz 408, 625
Disziplinargesetz 258, 408
- Besoldung XLII, 306, 451, 536, 660f., 693
in Preußen 357, 405, 434, 449, 673
Beamtennotopfer 536, 559f., 618, 723
- Streikverbot 236
- und DDP/DStP 470, 581, 706, 709, 755, 761
Vertretung im Hauptvorstand 6
Vertretung in Preußenfraktion 432
- und Friedensbedingungen 67
- und Republik, Staat 195, 257, 266, 408, 622, 625, 629, 635
- und SPD 124f., 130, 257, 559
- und DVP 257
- und Monarchie 218
- und Nationalsozialismus 631, 635, 693, 699
- und Preußenfrage 38
- und Kommunalisierung 57
- Reform des Beamtenwesens 540
Beamtenabbau 306, 317, 693
- „Fall Hellpach" 469f., 473
- Beamtentage XLII, 429 (1926), 490 (1928)
- „Beamten-Mitteilungen", Finanzierung 106
- Berufsbeamtentum 622
und Verordnung zum Schutz der Republik (1922) 257
- Post- und Bahnbeamte 221
Bebel, August 54
Becher, Ewald *61,* 85, 232, 283, 612
Beck, Heinrich *67,* 69–71
Becker, Carl Heinrich XVIII, 433, 512, 522f.
Becker, Johann *286,* 297
Beckmann, Emmy *356,* 522, 529, 613, 620, 637, 641, 670, 678, 681, 698, 704, 710f., 727
Beckmann, Wilhelm *759f.*
Behrendt, Ernst 375, 439
Belgien 245, 296
- Franktireurs 33
- Handelsvertragsverhandlungen 351

Belian, Alfred 53, 59, *91*
Benesch, Eduard *241*
Berghaus, Jan *698*
Bergmann 22, 24
Bergsträsser, Ludwig *275,* 283, 322, 327, 329, 347, 415, 417
Berlin
- Spartakusunruhen 22
- Streiks 48f., 54, 148
- Jugendtag 63
- Bürgerrat 83
- Stadtverordnetenwahl (1920) XLIII

„Berliner Morgenpost" 407, 682
„Berliner Tageblatt" XI, 21, 24, 43, 532, 580, 632
- „Ulk"(Beilage) 18, 43, 466f.
- und Deutscher Bauernbund 236
- Gessler-Rede in Leipzig 344
- Reichspräsidentenwahl (1925) 345
- Kab. Luther II, Bildung 371
- Fürstenabfindung 380
- und SPD 457, 464–468
- Kritik an Kandidaturen 465
- und Fusion 530f.
- Führungsfrage in der DStP 627

„Berliner Volkszeitung" 682
Berndt, Conrad *179,* 382, 385
Bernhard, Georg XII, XXVIII, *49,* 53–57, 59–61, 207, 240, 246, 248f., 251, 267f., 296, 298, 301, 304, 327, 333, 335, 338, 340, 350, 354, 361, 370, 372, 387, 391, 395f., 398, 400f., 414, 424f., 429, 431, 437f., 452, 460, 463, 467, 469f., 473f., 478f., 507, 515, 519f., 522, 524, 529, 549, 554, 578, 596, 611
Bernhardt, Margarete 3, 5–8, 10, 22–25, 39–41, 43–46, 62–64, 73–75, 82–84, 94–96, 98–100, 112–118, 120, 129, 136f., 148, 163, 166, 180f., 183
Bernstein, Felix *133*
Bernstorff, Johann Heinrich Graf von XIII, *127f.,* 133, 174, 180, 326, 339, 350, 433, 449, 451, 478f., 485, 494, 529, 556
Bertram, Karl *42,* 73
Berufsverbände XVII, XXVIf.
- und DDP/DStP 109, 111, 237, 470, 484, 572, 672
  Vertretung im „großen Vorstand" 4
  Vertretung im Hauptvorstand 6

Besetzte (Abstimmungs-)**Gebiete** 14, 68, 126
Bethmann Hollweg, Theobald von 446
Betriebe 498, 622
- Erfassung der Sachwerte 232f.
- Verstaatlichung 472, 498, 660
- Schiedsgerichte 86f.
  Schlichtungsordnung 142
- Angestelltenausschüsse 87
- Aufsichtsräte 87, 95, 108, 660f.
- Bilanzen 95, 101, 108
- und Steuerpolitik 231f.
- Staatsbetriebe und Mitbestimmung 51
- Rationalisierung 236

Betriebsräte 56, 59, 87, 286
- Betriebsrätegesetz XIV, XXXVI, 86f., 89, 91, 95, 97, 101, 475

Beutler (Wahlkreisvorsitzender Ostpreußen) 439
Beutner, Wilhelm 579
Bielefeld 617
Bieringer (Heidelberg) 619, 632
Bindseil, Otto 439
Bismarck, Otto Graf von 447
„Blätter der Staatspartei" 618, 631f.
Blanck, Benno 92
Blau, Alfred *558,* 560, 573, 579, 612, 695, 736, 738
Blunck, Andreas *26,* 36, 38, 129, 163, 180, 195
Böhme, Karl *5f.,* 17, 19, 43, 75, 89, 93–101, 112–116, 118–121, 126f., 130, 134–139, 143, 145, 147f., 153f., 163, 166, 170, 175f., 179f., 185f., 195, 221, 229f., 234–239, 256, 259, 273, 279, 285, 289, 304, 312, 317, 323, 332, 353
Böhmert, Wilhelm *211,* 439
Boelitz, Otto *224,* 509
Boer, Oscar *15,* 18, 21
„Börsenkurier" 537, 605, 608f.
Böß, Gustav *361,* 400, 419, 424, 431, 442, 452, 458, 479, 520, 528, 555
Bohner, Theodor 419, 439, 478f., 507, *512,* 640, 679, 681, 698, 714
Bollert, Gerhart *85,* 128
Bolschewismus 185, 209, 433, 495
- Abwehr 41, 545
- Bolschewisten 242
  in Rußland 70, 172
  Rechtsbolschewisten 185
- Propaganda 173

Bondy, Joseph *605,* 608f.
Bonn, Moritz Julius *246,* 284, 296, 298, 348, 469
Bornemann, Otto XLV, XLVI, 375, *577,* 580, 593, 598, 607
Boss, Wilhelm 283, 305, *367f.,* 374, 376, 439
Boxheimer Verschwörung 677, 693
Bracke, (Rechtsanwalt) 15, 70f.
Brackmann (Chefredakteur) 399
Bradbury, John *247*
Brammer, Karl 137, *355f.,* 387, 396, 400, 402, 419, 424, 429, 442, 470, 478, 507, 515, 519, 579, 596f., 670, 678f., 681, 685, 697, 704, 708, 710, 713f., 726, 739

Brand, A. 147f.
Bratianu, Joan 241
Braubach, Willy *576,* 607
Braun, Magnus Freiherr von *762*
Braun, Otto L, *178,* 191, 222, 252, 344, 348, 522f., 659f., 673f., 695, 723
Brauns, Heinrich *370f.*
Braunschweig 187, 262, 272, 633
Breitscheid, Rudolf 557
Bremen 636f.
Brettschneider, Arthur 439
Brey, August *16*
Briand, Aristide 203, 247
Brockdorff-Rantzau, Ulrich Graf von *37*
Brockhaus, Heinrich 439
Brodauf, Alfred *182,* 302, 327, 329, 354f., 377
Brönner-Höpfner, Elisabeth *180f.,* 183, 186, 192f., 195, 441
Bruckhoff 114
Bruckmann, Peter 522, *524,* 577f., 746, 749
Brüning, Heinrich XLV, IL, L, 530–532, 534–538, 541, 544, 553, 556, 581, 625, 632, 635, 645f., 648, 650f., 659f., 672f., 677f., 684, 689–695, 700, 707, 711–716, 718–741, 743, 747
Brünninghaus, Franz *368f.*
Brunner 407, 424
Brylla, Theodor *703*
Büchel, Franz 53
Büll, Johannes 329, 350
Bülow, Bernhard von 446, *617*
Bürgerblock 29, 131, 156, 170f., 209, 268f., 306, 321, 322f., 327, 331, 338, 339, 357, 414, 519, 539, 546, 559
- und Revolution 28
- und sozialistischer Block 146
- oder Große Koalition 309
- in Halle 136
- in Preußen 169
- Ordnungsblock in Thüringen 312f.
- Rechtsblock 333, 344
- Besitzbürgerblock 531
- nationalistischer Block 542
- vom Klerikalismus geführter Block 542

Bürgerräte
- Bürgerrat Groß-Berlin 83
- Reichsbürgerrat 100, 117, 148f., 269

Bürgertum 29, 170, 542, 593, 621, 643, 667, 680f., 684, 689f., 693, 697, 701, 705, 707, 709, 713, 715, 724, 740, 745–748, 763
- Interessenvertretung durch Partei 130f.
- Kleinbürgertum 164
- und Sozialdemokratie 29, 97, 270
- und Heeresfrage 29
- und Republik 258, 260, 736
- und Arbeiterschaft 269
- und Staatsbürgertum 543, 606
- Besitzbürgertum und Proletarier 539

Bürgerwehr 25, 41, 135
Bund der Landwirte 43
Bund Republikanischer Beamter 696
Burchhard, Wilhelm *390*
Burghardt (Hamburg) 764
Burlage, Eduard 218
Buschmann, Hugo 305, 419, 424, 429, 507, *547,* 554f.

Caillaux, Joseph *66*
Calonder, Felix *253*
Canaris, Wilhelm *368f.,* 371
Caprivi, Leo Graf von 547
Carbe, Martin (= Martin Cohn) *361,* 429, 442, 452, 468, 529
Cassel (Groß-Berlin) 22
Centralverein Deutscher Staatsbürger Jüdischen Glaubens 23
Christlich-Soziale 310, 667
Christlich-Sozialer Volksdienst 617, 714
Clemenceau, Georges 66, 69
Cohen (-Reuß), Max 53
Cohn, Hermann 235, 259, 268, 279, 295f., 299, 302, 304, 312, 317, 329, 353
Cohn, Carl 353
Cohn, Oscar *124*
Cohnstaedt, Wilhelm XXV, 81, 84, *85,* 91, 96, 99–101, 112, 115–117, 126, 129, 134–137, 144–148, 156, 159, 163–165, 170, 175, 181–186, 189, 195, 206, 213, 215, 229, 234–239, 256–259, 262, 266–269, 279, 282–285, 288, 295–299, 304, 312, 317, 321, 323, 327–329, 333, 335, 338, 340, 345, 349, 353–355, 361, 367, 369, 383, 386f., 391, 395–402, 414, 419, 421, 424f., 429, 431, 436–443, 452, 454, 462f., 469f., 474, 478–480, 485, 492, 494, 503, 507, 512, 519, 522–526, 529, 532f., 548, 554, 558, 590, 611–613
Colosser, Otto 625, *670f.,* 694, 713–715, 726
Crämer, Fritz *20f.,* 76, 81, 84, 114, 126, 136f., 163
Cramer (Prenzlau) 402, 424
Crüger, Hans *13,* 57, 62
Cuno, Wilhelm 279, 283, 285, 287, 295f., 298, 300f., 554, 579, 612
Curtius, Julius XLV, *320,* 447, 637, 648
Czernin, Ottokar Graf *141*
Czieslik, Alfred *452,* 519, 522, 529, 578f., 609, 619, 697, 703

Dahl 128
Damaschke, Adolf *98*

Dammert-Verlag 135, 180
Dammert, Rudolf 135
Dannenberg, Otto 625, *670*
Danzig 418
Darmstädter, Fritz *375*
Darmstädter- und Nationalbank (Danat) 644f., 658
- Zusammenbruch 643, 647, 650, 651ff.

David, Eduard *27*
Dawes, Charles Gates 318, 328, 330, 446
Dechamps, Gustav 147, 171, 283, 339, *451*, 529, 541, 554f., 562, 604, 612f., 626, 629, 641f., 666, 713f., 731
Degenhardt, Hermann *151*
Dehler, Thomas *487*
Dehne, Julius 439, *495*
Delbrück, Hans 389
Delius, Carl 304
Demokratie 51, 54, 109, 165, 187, 289, 363, 542, 723, 757
- und Rätesystem 50
- und Klassenherrschaft 51
- Scheindemokratie 51
- als formaler Begriff 59
- und nationale Politik 125
- soziale Demokratie 125
- Gefährdung 153
- und Jugend 157
- parlamentarische Demokratie 236
- und unabhängiger Nationalstaat 309
- Erziehung zur Demokratie 503
- und Diktatur 635
- und öffentliche Meinung 755

„Demokratische Parteikorrespondenz" 4, 134–137
- Parlamentsbeilage 24
- Verteilung 39
- Finanzierung 39f., 42, 45, 105f.
- und Bund der Landwirte 43
- Veröffentlichung des Parteiprogramms 46, 114
- Polemik gegen SPD 65
- Parlamentsberichte 73
- Übernahmeverhandlungen 96
- Stellenausschreibung der Reichsgeschäftsstelle 112
- Wahlaufruf (1920) 121
- Einstellung 137

„Demokratischer Klub" LIII, 97
Demokratischer Studentenbund 39, 554
„Demokratischer Zeitungsdienst" 225, 234, 354, 459, 469, 532, 537, 556, 596f., 680, 683, 740
- Herausgabe 137
- Beirat 137
- SPD-Polemik 179
- Lösung von Dammert-Verlag 180
- Darlehen 273
- Angestelltengehälter 273
- Übernahme durch „Neuer Staat" 354ff.
- Abonnentenrückgang 685
- Beilage „Nachrichten der Staatspartei" 551

s. a. „Mitteilungen der Staatspartei"
„Der Demokrat" 225, 299f.
- Zuschuß 214
- Abonnenten 225

s. a. „Blätter der Staatspartei"
„Der Jungdeutsche" 570, 575f., 583, 585f., 590, 592f., 595
„Der Stürmer" 373
Dernburg, Bernhard XXII, *3*, 7–10, 17, 20, 23, 30, 32f., 36, 47, 89, 114, 133, 212, 256, 283, 296, 298, 304, 328f., 331, 350f., 354f., 361, 387, 394–398, 400, 429, 431, 437, 439, 452, 470, 478f., 481, 507, 515, 519, 529, 556, 569, 582, 590, 612, 619, 652, 664, 666, 741, 756
Dessauer, Friedrich 487
Deutsch Hannoversche Partei 36, 167, 617
Deutsch, Regine 139, *222*
Deutsch-Österreich
- Anschluß 4, 22, 73
- Wahlunterstützung 25
- Deutsche Arbeitsgemeinschaft 74f.
- finanzielle Hilfe 101
- Parteien
  Bürgerlich-Demokratische Partei 45f., 65
  Bürgerlich-Demokratische Arbeitspartei 135f., 400, 424, 443
  Großdeutsche Volkspartei 136
  Einladung zum Nürnberger Parteitag 141

„Deutsche Allgemeine Zeitung" 404, 422
Deutsche Bauernpartei s. Bayerischer Bauernbund/Deutsche Bauernpartei
Deutsche Bauernschaft 438
Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei, hierin:
Deutsche Demokratische Partei
Geschäftsführender Ausschuß (GA); Vorstand; provisorischer Hauptvorstand; Parteiausschuß (PA); Parteileitung/Parteiführer; Politischer Ausschuß; Revisionsausschuß; Satzung
Deutsche Staatspartei (DStP)
Gründung; Führungsfragen und -organe; Aufbau und Organisationsfragen; Reorganisation und Auflösung

Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei
(Reichs-)Ausschüsse; Kommissionen zur Behandlung aktueller Fragen; Reichsgeschäftsstelle; Parteibeamte/-sekretäre; Parteifinanzen; Organisation; regionale und lokale Gliederungen; Parteitage; Parteiprogramme; Bild der Partei; Verhältnis zu anderen Parteien und Verbänden
s. a. Agitation; Fraktion; Fusionsfrage

Deutsche Demokratische Partei
- Gründung XIf., XXII, XXVI
  Gründungsaufruf XI, XXII
- Geschäftsführender Ausschuß (GA) XXff., XXIVf., XXVII, LII–LIV, 3, 5ff.
  zu Kandidaturen 5, 8, 10
  Zuwahlen 6f., 9, 41
  zu Listenverbindungen 8f.
  Austritte 65, 76
  Wahl durch Hauptvorstand 76
  Umbildung nach Parteitag in Berlin (1919) 81
- Vorstand XVII, XXIII–XXVI, XXX, LII, LIVf.
  Vorsitz XXIV, 94, 120, 125, 279, 304f.
  Verkleinerung 195
  Zuwahlen 94, 113, 166, 175f., 180, 233, 235, 268, 323, 333, 361, 429, 443, 451, 470, 479f., 487, 492, 508
  Geschäftsordnung 94, 112f.
  Rücktritt:
  Frau Weber 99
  Friedberg 120, 122
  Frau Lüders 268
  Frankfurter 443
  Gothein 429, 430
  Muhle 610
  Konferenzen mit Parteisekretären 113
  Teilnahme von Ministern (DDP) an den Sitzungen 196, 229, 234
  Verhältnis zur Partei 223
  „Berlinisierung" 236
  Vertretung in Wirtschaftsprogrammkommission 284
  Personaldiskussion 486f.
  Beschluß über Tagungsrhythmus 521
  Ehrenvorsitzende 329, 443, 484, 516, 533
- (Provisorischer) Hauptvorstand XXIV, XXVIff., XXIX, LII–LIV, 5f., 9
  Bildung XXVI
  Erweiterung des „großen Vorstands" XXVI, 3f., 6, 41, 59
  Mitsprache bei Regierungsbildung 31
  Austritt Wolff 62
  Diäten 63
  Zusammensetzung 76
- Parteiausschuß (PA) XXIIIff., XXVIII–XXXI, LII–LV
  Vorsitz 82–85, 94, 102
  Zuwahlen 82, 84, 116, 122, 166, 233, 279
  Kritik am Wahlverfahren 98, 229
  Teilnahme von Verbandssekretären 85
  Teilnahme von Parteisekretären 113
  zahlenmäßige Zusammensetzung 99, 229
  und Vorstand XXX, 154
  „Berlinisierung" 236
  Tagung in Stettin 271, 273
- Parteileitung/Parteiführer
  Forderungen an Reichsregierung richten (1918) 9
  Kandidaturen 6, 47
  zur Veröffentlichung von Listenverbindungen 9
  Bildung preußischer Provinzialverbände
  Richtlinien und Finanzierung 166
  Kritik an der Parteileitung XIX, 184, 222, 238, 454, 467, 474, 483, 537, 541, 568ff., 573f., 590
  Vorschläge zur Umbildung (der Führungsgremien) 186
  und Partei 187, 223f., 380, 537f., 585f.
  Kontakt zu den Organisationen 532, 537, 556, 642f.
  Vorsitz 305, 311
  Wahl Koch-Wesers zum Vorsitzenden des PA und des Vorstands 515f.
  Rücktritt Koch-Weser XLVII, 597, 600f.
  Popularität 464, 468
  Personal- und Organisationsdiskussion 484–493, 514ff.
- Politischer Ausschuß XXVf., 361
  Bildung 229
  und Fraktion 238
  Zuwahl 289
- Revisionsausschuß XX, XXII, XXX, XXXVIIf., 100, 102, 107, 128f., 357, 388
  Bericht (1921) 226
  s. a. Satzung
- Satzung XXIII–XXX, XXXVI, 48, 84f., 98, 100, 103, 117, 149, 189, 195f., 233, 283, 367f., 488f., 491, 516, 810–819
  Kommission XXIIf., XXIX
  Musterstatut für Ortsgruppen 41
  Entwurfsberatung XXVIIf., 47, 81
  Frist für Listenbesetzung durch GA 76
  und PA XXIII, XXVIIIf., 229
  Änderungen 233, 329
  Vorstandswahlen XXIIIf.
  Parteitag XXIII

Deutsche Staatspartei
- Gründung XLIVf.
  Debatte zur Gründung 562–576, 582, 584
  Abkommen 562
  Terminfrage 574
  Protokolle über Gründungsverhandlungen 578
  Frage der Parteienauflösung XLVIf., 582, 584–594, 604f., 611
  Kritik an DDP-Auflösung 761
  Aufruf 611f.
- Führungsfragen und -organe 568, 572, 574, 577, 584, 586–589, 591f., 595, 598, 601, 613, 625, 627, 641, 643, 662, 669, 672, 675, 716, 731

Geschäftsführender Ausschuß XLVIIIf., 605
Direktorium 606ff.
provisorischer Vorstand 613f.
Wahlen zum Gesamtvorstand 618f.
Ehrenvorsitzende 619, 741, 756
Regelung der Referate 670
Vorsitz 756ff., 760ff.
Rücktritt Dietrich 742f., 749, 752, 754f.
- Aufbau und Organisationsfragen
Satzungsfragen XLVIIIf., 592, 595, 604
zur Namensgebung 604, 607ff., 611, 757, 760, 762f.
Austritt Volksnationale Reichsvereinigung XLVI, 597, 599
Aktionsausschuß DDP zum Hauptaktionsausschuß 574, 578–581
Hauptaktionsausschuß XLVf., 566, 574, 576ff., 580f., 584, 591–599, 602
Aktionsausschüsse der Wahlkreise XLV, 566, 576, 583, 587, 594
Organisationsfragen 577f., 584–610, 647, 661, 668, 704–711
Geschäftsführung 577, 585
Bildung von Ortsgruppen 593f.
- Reorganisation und Auflösung Lf., 704–712, 715ff., 720–727, 730f., 737, 739–765
Richtlinien 756, 758, 760, 763
Reorganisationsausschuß XLIX, (Arbeitsausschuß) 746, 748f., 751–756, 758, 760f., 763
Direktorium 740f., 743, 746, 749, 756, 758, 762, 764
Tagung in Bietigheim 740f., 743
Dezentralisierung 746
Nationalverein IL, 740, 744, 750f., 755
„Zwölfer-Ausschuß" 744
Auflösung XLIX, 706ff., 710, 739ff., 744, 747–754, 756–760, 762, 764f.
„Süddeutsche Demokraten" L, 723, 729f., 732, 735, 757f.

Deutsche Demokratische Partei/Deutsche Staatspartei

- (Reichs-)Ausschüsse XXI, XXXVIIIf.
„Hauptausschuß", Austritt Feilers 5
Vertretung in PA XXIX
Tagung in Eisenach 180f., 185
Berufsausschüsse 234
Bildung 25, 141
Zuständigkeiten XLVIII, 619
Finanzierung 620
- Organisationsausschuß XXXII, IL, 131, 135–138, 141, 165f., 196, 214, 225, 230f., 234, 239, 267, 273f., 279, 289, 361, 395, 423, 431, 471, 475, 481f., 486, 492, 514, 516, 520f., 524, 527, 551, 556, 687
Denkschriften zur Organisationsreform 138, 140
Vorschläge für die Wahlen zum Parteivorstand 166
Zuwahlen zum PA 229
Tagung in Bad Eilsen (1927) 431
Tagung in Eisenach (1929) 479
Vorsitz 483ff., 487, 491, 508
- Reichsfrauenausschuß XXIX, XLVIII, 128, 268, 585, 619, 669, 671, 762
Finanzielle Unterstützung 8, 106
- Jugendausschuß XLVIII, 619, 671
finanzielle Unterstützung 106
- Kommunalpolitischer Ausschuß XXIX, 619, 671
- Ausschuß für freie Berufe 619, 671
- Mittelstandsausschuß XLIIf., 82, 231, 619, 686
Vertretung in Wirtschaftsprogrammkommission 284
- Reichsarbeitnehmerausschuß XLff., XLVIII, 295, 558, 619, 671
Bildung 113, 116f.
Finanzierung 117
Aufruf für eine Notgemeinschaft mit Arbeitnehmern bürgerlicher Parteien 243
Vertretung in Wirtschaftsprogrammkommission 284
und Gründung Deutsche Staatspartei 573
- Kulturausschuß (und Kirchenausschuß) XXIX, 171, 416, 619, 671
finanzielle Unterstützung 137
Reichsschulgesetzentwurf 353
Konkordatsfrage 510f.
- Reichsausschuß für Handel, Industrie und Gewerbe (Industriekommission) XXXVI, XXXIXf., 64, 231, 400, 514, 619, 671, 731
Bildung 46, 115
unter Beteiligung des „Demokratischen Klubs" 97
und Arbeitnehmerausschuß 117
zur Agitation aus der Partei 164
und Wirtschaftsprogramm 165, 283, 471
Kritik an „Hilfe"-Artikel (Erkelenz) 186
und Mittelstandsausschuß 231
Vertretung in Wirtschaftsprogrammkommission 284
Wahlaufruf an Unternehmer 331
und Wirtschaftsdemokratie 472f.
- Reichsausschuß für Handel, Handwerk und Industrie 569
- Reichsbeamtenausschuß XLIIf., XLVIIf., 295, 299, 469, 619, 671, 706
finanzielle Unterstützung 45, 106
Vertretung bei der Zentrale 45
Vertretung in Wirtschaftsprogrammkommission 284
zum Republikschutz 687
- Agrarausschuß 400, 619, 671
Vertretung in Wirtschaftsprogrammkommission 284
und Agrarprogramm 402, 424, 508
- Studentenausschuß 671
- Ausschuß für Wohnungs- und Bauwirtschaft 674
- Kommissionen zur Behandlung aktueller Fragen
Unterrichtung der Presse 34

Herstellung eines Agitationshandbuches 41
zur Satzung 43f.
Programmausschuß/-kommission 44f., 59, 61f., 102
Zusammenstellung von Wahlkreislisten 47
zur Besetzung des PA 82, 116, 122, 125
für Naumann-Spende 84
zur Vorstandswahl des PA 85, 94
zur Verbreitung der demokratischen Weltanschauung 101
zur Bildung eines Arbeitnehmerausschusses 113, 116
zur Reichstagswahl (1920) 115, 119, 128
zum Wahlgesetz-Entwurf 116
zum Acht-Punkte-Abkommen (1920) 118
„Preußen-Ausschuß" zur Landtagswahl (1921) 137, 140, 154f.
zur Außenpolitik 166
zum Parteitag in Bremen (1921) 216, 226
zur Beantwortung bayerischer Anfrage zur Bremer „Konkordienformel" 230 (s. a. Verwaltung)
zur Vorbereitung von Vorstands- und PA-Wahlen (1921) 231, 233
zur Wahlrechtsreform (1922) 239
Aufrufe zum Republikschutz 258f.
zu Satzungsfragen 283
zur Außenpolitik und Rheinlandfrage 304
zur Wirtschaftspolitik 304
zur Parteivorsitzenden-Wahl 305, 311
zur Reichsbanner-Frage (1925) 353
zur Vorbereitung des Breslauer Parteitages 357
zur Vorbereitung von PA-Wahlen 361
zum Agrarprogramm 402, 424
zur Einheitsstaats-Frage 429, 477f., 496, 502
zu Reichstagswahl-Kandidaturen (1928) 432f., 439f.
für Verhandlungen mit Reichsbanner (1928) 438
zur Gründung der Deutschen Bauernpartei (1928) 438
Resolution zum Wahlausgang (1928) 463, 468
zur Vorbereitung eines Wirtschaftsprogramms 469f., 476, 499f., 505, 554
zum Wehrprogramm 481, 494
zu Personalfragen 484ff., 489, 514, 515
zur Gewerbesteuerfrage 494
zur Agrarfrage 508
zum „Fall Lüth" 527
zur Reform der Reichsliste und der Kandidaturen (1930) 555
zur Vorbereitung eines außenpolitischen Programms 556
zur Wahl eines Direktoriums 607f.
zur Beratung von Richtlinien-Entwürfen 441, 661, 671
zur Reichsreform 661
zur Preußenwahl (1932) 671
zur Arbeitslosenfrage 694, 697
zum Fortbestand der Partei 765

- Reichsgeschäftsstelle XXIII, XXXff., XXXVII, IL, LII–LV, 64, 83, 225, 238, 279, 289f., 295, 349, 455, 492, 514, 520f., 537, 585, 617f., 625, 635, 641, 643, 669, 696, 707, 709, 726, 731, 747, 751, 753, 760, 765
Archiv 42, 73, 106
Finanzen 65, 95, 102f., 106f., 213, 215, 225f., 274, 283, 299f., 620, 662
Zahlungsverkehr 45
Einsparungen 276, 356
finanzielle Unterstützung der Organisationen 619
Geschäftsführung 39, 41, 112–115, 131, 175, 256, 508, 585, 625
Schreiber 24f., 43, 112f.
Jansen 114
Sekretär für Jugendfragen 139
Büropersonal 106, 299f., 516, 617
Besoldung 74, 112, 114, 118, 121
Einrichtung eines Fraktionsbüros 136
Presseabteilung (Pressekommission) 5f., 40, 225
Publikationen, Rundschreiben 225
Protokolle des Vorstandes und des Organisationsausschusses 230
Organisationshandbuch XXXIV, XXXIII, 353
s. a. Agitation
Mitgliedererhebung 214
Wahlkampf (1928) 439, 453, 456
Wahlkreisbetreuung 141, 521, 527
Unterstützung der Parteisekretariate 274
Neuordnung 617
Schließung 740, 743

- Parteibeamte/-sekretäre XXXII, 8, 42, 110, 113, 115f., 141, 425, 430f., 481f., 550
Besoldung 7, 45, 73, 104, 141, 215f., 290
in Bezirksorganisationen 7
des Generalsekretärs 25
soziale Sicherung 215, 234, 290, 516
Verband der Parteibeamten 99, 290
Verband Deutscher Demokratischer Parteisekretäre XXXII, 81, 112f.
Vertretung auf Parteitag 149
1. Reichstagung XXXII
Konferenz in Passau 116, 134f.
Tagung in Bad Eilsen 431
Parteisekretariate 225f., 475, 550
finanzielle Unterstützung 134f., 214ff., 274ff., 279, 482
Abbau in Preußen 755

- Parteifinanzen XXXIV, XXXVIff., LVI, 5, 8, 39f., 46, 75, 82, 94ff., 102–111, 137, 150, 152, 154, 180, 213–216, 225f., 235, 237f., 274f., 283, 294, 299, 328, 331, 338, 353, 356, 402, 454, 459, 470, 482, 520, 537, 551, 614, 617, 620, 642f., 655, 661f., 666, 668f., 672, 681f., 684, 686, 703f., 706–710, 727, 740, 743f., 753
Beiträge XX, XXIXf., XXXV–XXXVIII, 39f., 83, 95, 103ff., 107, 109ff., 141, 213–216, 225f., 274ff.
der Reichsmitglieder 620
Sonderbeiträge 662
aus Wahlkreisen 126
aus Ortsgruppen 111
der Fraktionsmitglieder 95, 104f., 110f.
der PA-Mitglieder 105, 109f.
von Stadtverordneten 111

Marken, Mitgliedsbücher 110f., 642f.
Schatzungsscheine 110
Kopfsteuer XXXVIf., 100, 103, 134, 141, 180, 213–216, 225f., 237, 274ff., 279, 289f., 299f., 353, 356, 402, 520, 641f., 662, 669
Unterstützung, Finanzierung
Werbewoche 235, 238
studentische Vereine 100
Staatsbürgerschule 116
Nachrichtenbüro 134f.
Wahlkreise 6–10, 22f., 39f., 42, 44, 128, 134f., 475, 482, 643
Ortsvereine/-gruppen 24, 39–42
Schuldentilgungsplan 617
Zentralwahlfond 39, 107
Reisekosten 85, 100, 710
Unterstützungsgesuche 63, 81, 96f., 99, 114, 137
Schatzmeister 94, 104, 107, 112, 114, 213, 429, 614, 642, 747
Rücktritt Fischer XXXVII, 727
Geldsammlungen 98, 104, 275f., 299f., 520, 620, 642, 647, 670
Finanzausschuß/-kommission 5, 24, 82, 128, 429, 482, 551
für Parteipresse 135
bei wohlhabenden Parteifreunden 40ff., 95, 104f., 180, 213
bei Prominenten 94
bei Organisationen 95
Beträge 617
durch Remarque-Film 643
durch Werbe-Essen 620
Spenden XIV, XXIXf., XXXVIf., 226
Reichsspende 46
Mittel aus Handel und Industrie 81, 141
Naumann-Spende 84, 96, 99

- Organisation XX, XXXIIIff., LV–LVI, 25, 131, 141, 150, 225, 237, 323, 338, 401, 430f., 454, 465, 467, 470, 481ff., 503, 505–507, 514, 537, 550f., 703f.
Reform XIX, XXIX, XXXIIIff., 138, 455, 459, 481
Ausschuß/Kommission 401, 425, 430, 459
Reformprogramm 430f.
Tagung in Bad Eilsen XXXIVf., 431
Konferenz in Eisenach 469, 479, 481f.
Tagung 1931 IL, 673ff., 685
Pressebüro 73, 134f.
Mitglieder 214f., 226, 276, 339, 470, 628, 642
Zahlen XXXV, 237, 275, 631
Reichsmitgliedschaft XXXVI, 620, 642, 672
Werben um neue Mitglieder/Anhänger/Wähler L, 643
führende Persönlichkeiten 617f.
Frauen 548, 618, 636
Beamte 461f., 464, 467, 730
Arbeiter/Arbeitnehmer 461f., 519, 629
Angestellte 461, 464, 467, 519, 730
Jugend 461, 466, 501, 542, 546, 548, 561, 759, 761f.
Bauern 466f.
Handel und Gewerbe 340
staatsbejahende Bevölkerungsschichten 642
(Dissidenten) aus DVP und Wirtschaftspartei 661, 672, 679
selbständige Gewerbetreibende 706
freischaffende Stände 464
Gewerbevereine 759
Mittelstand 461f., 467, 759
abhängige Existenzen 467
von rechts und links 683f.
Austritte XXVII, XLIV, 332, 338, 398, 411, 420f., 470, 480, 508, 525, 571, 597, 753

- Regionale und lokale Gliederungen
- Baden
Reichstagswahl (1920) Kandidatur Haas 127
Fusionserfahrungen mit ehemaligen Nationalliberalen 237
Arbeitsgemeinschaft mit DVP 543, 545, 561
Zusammengehen mit DDP Württembergs (Okt. 1930) 604
antikatholische Einstellung 713
zum Fortbestand der Partei 721, 739

- Bayern 302f., 326
Diskussion von Koalitionen 27
und ,,Frankfurter Zeitung" 190
Oberschlesien und Rücktrittsfrage Kab. Wirth I 201
und Bremer ,,Konkordienformel" 230
Münchner Einwände gegen Parteiaufruf zum Republikschutz (1922) 259f., 263, 265ff.
Fraktion und ,,Fall Kahr" 266
Reichstagswahl (1920) Kandidatur Gessler in München 127
und Parteileitung 413

- Berlin
und ,,Fall Preuß" 23
(keine) finanzielle Bevorzugung 23
Beschluß zu Preußen-Frage 37
organisatorische Streitfragen 98
Frauengruppe 42, 63, 73
,,Fall Gerlach" 74f., 180

- Besetzte Gebiete 111
- Bochum 114
- Brandenburg 73
- Braunschweig 224, 272
- Bremen 100, 163, 211
- Breslau 127
- Danzig 418, 443
- Frankfurt 127
- Halle 136
- Hamburg 164f., 272
- Hannover 36, 154
- Hessen 37
- Königsberg 139
- Köln 100, 105
- Lübeck 406, 148f., 751
- Pommern 296, 680
- Posen 67

- Preußen 628
Denkschrift zur Bildung einer Landesorganisation 140
Bildung von Provinzialverbänden 166
Ostpreußen 163
Pflegschaften statt Parteisekretariate 755
- Saargebiet 680
Spaltung 432
Treuegelöbnis 418
Treuadresse an die Saarpartei 534
- Sachsen 401
Wahlen (1932) 751
Fusionsfrage mit DVP 157
und SPD 224
- Schlesien 230
Mittelschlesischer Parteitag 127
- Schleswig Holstein 145, 149, 155f., 163
- Thüringen
gegen parlamentarische Arbeitsgemeinschaft 271
Wahlabkommen (1924) „Ordnungsblock" 312f.
antikatholische Einstellung 713
für Fortbestand der Partei 724
und SPD 224
- Württemberg 524f.
Verhältnis zur Zentrale 524, 526f.
Abwanderung von Volksschullehrern 525
Kontakte mit NSDAP 712
antikatholische Einstellung 713
zum Fortbestand der Partei 721, 739, 741
Dreikönigstag (1933) 754
zum Parteinamen 758
- Parteitage
- Berlin 1919 XX, XXVII, XXIX, LV, 11, 25, 313
Termin, Ort 33, 38, 41, 43, 47, 65, 74
Tagesordnung und Thematik XIII, XXII, 43, 46, 59, 62f., 65, 74–77, 81
Delegierte 43f., 47, 62
Programmkommission 75f.
- Leipzig 1919 XX, XL, 150
Termin, Ort 94, 96
Programmentwurf 96f., 100ff., 112
Tagesordnung und Thematik 97–102, 149
Delegierte 99
Druck der Referate 114
- Nürnberg 1920 XX, XXIVf., XL, XLIII, 141, 145, 147f., 151, 159, 221, 290
Termin, Ort 136
Tagesordnung und Thematik 139f., 142
Delegierte 140
- Bremen 1921 XX, XVII, XXIV, XXXIV, 191, 195ff., 201, 213, 217, 220, 234, 275, 290f., 490ff.
Termin, Ort 186
Tagesordnung und Thematik XXIII, 186, 196, 213–216, 218, 223
Wahlen 196, 216f., 229, 234, 482
Finanzierung 226
- Elberfeld 1922 XX, 229
Termin, Ort 239, 256, 267, 273
Tagesordnung und Thematik 239, 273ff.
Wahlen 273
Delegierte 274
- Weimar 1924 XX, 321f.
Termin, Ort 295, 302, 304, 312
Tagesordnung, Thematik 276, 313
- Berlin 1924 XX, 330
Termin, Ort 328, 332
Tagesordnung, Thematik 329
- Breslau 1925 XX, XXXIV, 361, 368, 488
Termin, Ort 336, 341, 350, 354
Tagesordnung, Thematik XXXVI, 356, 400
- Hamburg 1927 XIXf., XXXVII
Termin, Ort 395, 400, 402, 419, 423f.
Tagesordnung, Thematik 401, 403, 419, 423, 425, 429, 475, 479
Wahlen XXX, 488f.
- Mannheim 1929 XIXf., 488, 515, 538, 540
Termin, Ort 438, 485f., 491, 507f.
Tagesordnung, Thematik XXIV, 480ff., 485, 508, 513f., 516
Wahlen XXX, 484, 515f.
Delegierte 513f.
- Hannover 1930
Auflösung DDP/Gründung DStP XX, XLVIf., 576f., 584, 586, 593, 595, 598, 610
Termin, Ort 576, 586, 589, 590, 599, 612
Tagesordnung, Thematik 582, 588, 591ff., 603f., 606, 607, 610, 612f.
Wahlen 613, 761
Rede Dietrich 617
- Berlin 1931 XLVII, L, 660, 674
Termin, Ort 645, 661
Tagesordnung, Thematik 662, 671
Wahlen 669
- Parteitag, geplanter 740, 746, 750ff., 754ff., 760f.
- Parteiprogramme XIII, XXVIII, LVI, 32, 42, 60, 154, 198, 230, 340, 380, 546, 603, 605
Angestelltenprogramm 8f.
zu Staat und Kirche 8
vorläufiges Programm (Wahlaufruf 1919) 25f., 43f., 46, 61
Programmumfrage 43
Broschüre R. Frankfurter 46
Haltung der demokratischen Minister 47f.
Haltung der Fraktion 47f.
Sozialisierungsfrage 48–61
Rätesystem 48–61
Bodenreform 60
Abänderungsanträge 74
Aufnahme der Preußenfrage 34f., 37
Aktionsprogramme 96ff., 100, 102, 145, 147f., 180, 545, 551, 556
zum Agrarprogramm 508
Grundsatzprogramm 96ff., 100, 102, 112, 114, 145
Veröffentlichung 114
Steuerprogramm 184f.
Sozialisierungsprogramm 148

Finanzprogramm (zur Reparationsfrage) 184
Agrarprogramm 400, 402, 424, 429f., 457, 480, 508
Beamtenprogramm 429
Wirtschaftsprogramm XIX, 55, 165, 284, 297, 420f., 457–461, 463f., 467ff., 471f., 474ff., 498–501, 504, 507, 513, 540f., 554, 556, 560
Kommission 284
Kölner Richtlinien 499f., 503, 505
Wehrprogramm 480f., 494, 501, 504ff.
Kulturprogramm 586, 751
Leitsätze zur Reichsreform 502ff., 506f.
außenpolitisches Programm 556
Manifest der DStP 586
Richtlinien- und Programmdiskussion der DStP 563ff., 568f., 571, 592f., 596, 598, 609, 631, 655, 671, 705, 708, 756–760, 762f.
Entwurf Külz 621–624, 627
Entwurf Nuschke 621, 627
Entwurf Dietrich 643
soziale Frage 705, 724, 759
Broschüre 758
Aktionsprogramm 761
- Bild der Partei 495
Tageblatt-Partei 18
bürgerliche Partei 30, 235
radikale 455
Hemmschuh der Regierung 49
Hemmschuh in Sozialpolitik 52
kapitalistische Partei 50, 91
Partei des Hochkapitalismus 460
Partei des Judentums/Judenpartei 97, 464, 590
Partei des jüdischen Kapitalismus 465
Volkspartei 124
Partei des Ausgleichs 131, 187
Partei als „Brücke" 156f., 170, 269
Übergangsschöpfung 153
(keine) Klassenpartei 156
Partei der demokratischen Republik 156
Partei der Republik und Verfassung 727
Zünglein-an-der-Waage 158, 729
Partei der Mitte 187, 190, 217
Anhängsel anderer Parteien 207
radikal, demokratisch 237
Partei der Beamten, Angestellten und Kaufleute 332
Partei der Beamten und Arbeitnehmer 462
Partei der Vielköpfigkeit 403f.
(keine) Interessenpartei 430, 499
Partei für die allgemeine Wohlfahrt 430
Weltanschauungspartei 457
Partei der Pietät 462f.
(keine) Massenpartei 541
nationale Arbeitspartei 621
Reformpartei 560
nationale Reformpartei 621
- Verhältnis zu anderen Parteien und Verbänden
- BVP 728, 731
Deutsche Bauernschaft 438
Landbund 546
- DNVP XVIII, 433, 444f., 546, 549, 721f., 726f., 753
- DVP LVI, 138, 142–148, 150–154, 156, 158f., 175, 190f., 193f., 221, 224f., 258f., 271, 272, 293, 318, 401, 433, 436, 454, 457, 465, 470, 557, 559, 561, 564, 568, 572, 586, 589, 593f., 604, 606, 619, 661, 672, 679, 687, 726, 728, 730, 733, 750f., 754, 757
- Jungdeutscher Orden 521, 528, 568, 583, 586ff., 590–595, 598, 602, 611, 617
- NSDAP 541, 706, 726ff., 740, 755
in Ostpreußen 628
Kampf gegen den Nationalsozialismus 561, 630–633, 639, 676ff., 680ff., 684, 693, 699, 705, 707f., 715f., 721ff., 725f.
Brief an Brüning 678
im Preußenwahlkampf 1932 698–702
- Reichsbanner 353, 374, 613, 641, 676, 679f., 686
- SPD LVI, 65, 84, 86, 89, 92f., 97, 123, 138, 142f., 145–148, 150, 152, 175, 177, 184f., 190, 192, 218, 222, 224, 235f., 271, 293, 309, 346, 377, 391, 397, 421, 423, 435, 438, 445, 457, 460, 464f., 495, 500f., 519, 524f., 535, 542f., 545f., 548f., 557, 560, 564f., 579, 618, 628, 639, 667, 676, 679, 682f., 733, 737, 752
- USPD 153, 191, 193, 237, 257f., 262f.
- Volksnationale Reichsvereinigung 524, 554, 561f., 564f., 567, 583, 586, 589–594, 596, 598–601, 603f., 606, 608, 610f., 614
- Wirtschaftspartei 557, 624, 661, 672, 679, 687, 726, 733
- Zentrum 123, 184, 262, 269f., 271, 293, 346, 457, 464, 494, 546, 646, 667f., 676, 679, 683, 707, 738

„Deutsche Einheit" 454f.

Deutsche Friedensgesellschaft 339, 361, 388, 474
s.a. Pazifismus; „Die Menschheit"

Deutsche Girozentrale 653, 659

Deutsche Hochschule für Politik 4

Deutsche Volkspartei (DVP) XII, XIVf., XVII, XXVf., XLV, L, 3, 14, 63f., 143, 145, 147, 150, 155, 164, 183–191, 195, 199, 217, 220, 222–225, 235, 258f., 261, 265, 271, 272, 293, 307, 309, 318, 401, 417, 438, 459, 537, 560, 567, 570, 618, 621
- Gründung XII
- und Großindustrie 13, 454, 459
- und Antisemistismus 14, 258
- und Bund der Landwirte 43
- Großdeutsche Volkspartei in Österreich 136
- in Preußen 268, 522f., 536, 701
- in Bayern 190, 310
- in Thüringen 271, 318
- gelbe Gewerkschaften 158
- Regierungsbildung in Preußen (1921) 167f., 170f., 177f., 184
- und Republik 262, 264, 275
- und Verfassung 191, 194, 496

- und Große Koalition 218, 220f., 234, 305, 309, 364
- und Erfüllungspolitik 263
- und Nationalismus 270
- Getreideumlage 260
- als Monarchistenpartei 265, 271
- „Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte" 268, 270f., 275
- und Schulfrage 290, 291, 293, 434, 436
- Fürstenabfindung 377, 379, 381, 383, 398
- und Liberalismus 380, 448
- Wählerrückgang 455, 588
- Stahlhelm 459
- und „Republikanische Partei" 456, 458
- und Konkordat in Preußen 509–513
- Juden 675f.
- Flaggenfrage 326
- „Fraktion Technische Arbeitsgemeinschaft" 617
- Liberale Vereinigung 412, 414
- in Braunschweig 272
- in Hamburg 272, 704
- in Sachsen 318
- in Württemberg 525f.
- in Oldenburg 633
- in Bremen 637
- im Saarland 680
- Sammlungsbemühungen 681
- Reichspräsidentenwahlen 1932 701, 751
- und Kab. Brüning 701
- und Kab. Papen 714
- innere Lage der Partei 744
- und NSDAP 637, 722
- und USPD 260, 263
- und KPD 655
- und DNVP 268, 272, 318, 364, 444
- und SPD 178, 262, 192, 403
- und Schleswig-Holsteinische Landespartei 149, 155, 157, 159

„Deutscher Aufstieg" 620, 625, 641ff., 661f., 666, 668ff., 673f., 685, 711, 752

Deutscher Bauernbund 310, 332, 438
- finanzielle Unterstützung 5, 106
- Wahlbündnis mit DDP 119
- zum Verhältnis DDP-DVP 130
- und DVP 138, 236f.
- und SPD 138
- zum Verhältnis DDP-USPD 153
- und DDP 235–238, 354
- und Nationalliberale 332

Deutscher Beamtenbund XVII, XL, XLII

Deutscher Lehrerinnenverein 356

Deutscher Lehrerverein 292

Deutscher Nationalverein LI, 740, 744, 750f., 755, 757, 759f.

Deutsches Reich, Gründungsgedenktag 138

Deutschlandbund 636, 683

Deutschnationale Volkspartei (DNVP) XV, XVIII, 63f., 90, 144, 151, 153, 186, 261, 306, 379, 381f., 384, 404, 420, 433, 446, 454, 656
- in Bayern 190
- in Württemberg 525
- in Thüringen 312
- und Antisemitismus 11, 14
- zu Selbständigkeit Niedersachsens 36
- gemeinsame Kundgebung gegen Friedensvertrag 68f.
- und Monarchie 86, 444, 727
- Broschüre über interne Verhältnisse 128
- Regierungsbildung in Preußen (1921) 167ff., 179
- und parlamentarische Arbeitsgemeinschaften 269
- und Bürgerrat 269
- und Dawes-Plan 446
- Schutzzollpolitik 447
- Wählerverhalten 457
- Zerfall 530, 535, 543
- und Republik 549
- und Deckungsvorlagen des Kab. Brüning 555
- und NSDAP 655
- Reichspräsidentenwahlen (1932) 679
- Industrielle 727
- und Ruhrbesetzung 285
- Krisenmacherei 305
- und Erfüllungspolitik 307, 350
- und bayerischer Föderalismus 307
- und Reparationsfrage (Mai 1924) 318
- und Locarno 363
- und Völkerbund 363
- und Wirtschaftspartei 436
- und Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung 401, 413, 440, 442f., 445

Deutschvölkische Freiheitspartei 294, 311f., 350

Diäten
- Hauptvorstand 63
- Vorstand 138
- Stadtverordnete 105
- Landtagsabgeordnete 111
- Reichstagsabgeordnete 629f., 673

„Die Hilfe" 186, 402, 483f., 506, 569

„Die Menschheit" 339f., 475

„Die Parteiorganisation"
- Gestaltung und Erscheinungsweise 24
- Finanzierung 40

Dietrich, Hermann XIX, XLV–LI, *90,* 207, 212, 312, 329, 361, 387, 400, 402, 419, 425, 431, 437f., 452, 467, 472–474, 477–479, 485, 503, 522, 525f., 530, 532, 534, 536, 544, 548, 551, 553, 555f., 558–561, 566, 568, 602f., 608, 611, 613, 617–621, 625, 627–633, 636, 641–648, 656, 658, 660–662, 667, 669f., 672, 674f., 678f., 681, 685–689, 691–693, 696–698, 703f., 707, 711–713, 715–718, 721f., 725–732, 735, 738–741, 743, 746–755, 757f., 760–764

Diktatur 125, 295, 303, 305, 362, 372, 446, 448, 618, 634f., 660, 725
- des Radikalismus 50
- des Proletariats 53
- und Sozialisierung 57
- Diktator 153
- Militärdiktatur 374, 711
- Diktatur Hindenburgs 420
- Diktatoren von rechts 481

Dingeldey, Eduard *617,* 626, 655, 669, 716, 722, 751, 762

Dirr, Pius *31f.,* 34, 132, 175, 201, 204, 212, 267, 329

Dittmann, Wilhelm *364,* 368, 729

Döhnhoff, Martha 118, 121f., 129, 136, 163, 175f., 181, 186, *194f.,* 213, 230, 234f., 238f., 256, 259, 268, 272f., 279, 284f., 289, 296, 302, 304, 317, 329, 333, 354, 361, 396, 400, 419, 424f., 429, 431f., 437f., 441, 452, 470, 478f., 485, 501, 507, 515, 519, 529, 554f., 561, 578, 609, 612, 643, 669f., 681, 684, 697f., 702, 704, 713f., 726

Dohrn (Gutsbesitzer) 508, *580,* 704, 713

Dominicus, Alexander XVIII, *85,* 138, 148, 151f., 154, 156f., 166, 176f., 179, 238, 295, 299, 302, 304, 332

Dorn von Caemmerer, Charlotte 53, 59, 76

Dornblüth, Johannes *585*

Dove, Heinrich *133,* 348

„Dresdener Amtsblatt" 70f.

Dresdner Bank 652f.

Drewitz, Hermann 672, *726f.*

Drews, Bill Arnold 91

Drigalski, Karl Wilhelm von *617*

Dronke, Kurt *636,* 758, 762

Drummond, Eric *253*

Duellfrage 388

Duesterberg, Theodor *689*

Eber, Käthe *613*

Eberhard (Saarland) 534

Ebert, Friedrich 26, 177f., 217, 219–221, 239, 336f., 370, 389

Eckener, Hugo *722*

Edeka-Verband 528

Egelsehr, Heinrich 439, *668,* 696, 760

Eggeling, Erich 128, 592

Ehlermann, Gustav 437, 442, 507, *512,* 554, 597, 612, 619, 633, 723, 764f.

Ehlers, Johannes 439, *642,* 724

Ehrich, Ernst 439, 579

Ehrhardt, Hermann 281f.

Ehrhardt, Max *666*

Eichholz, Max 660f.

Eickhoff, Richard *442*

Einwohnerwehren, bayerische 145, 175f.

Eisenbeis, Friedrich *413*

Eisenführ XVIII

Eiserne Front 679, 681, 683–686, 694, 696, 707

Elbel, Carl *99*

Elsass, Fritz *727*

Elsaß-Lothringen 139

England 172, 201, 203f., 206, 208, 218, 221, 223, 254, 262, 285, 287, 295ff., 307, 322, 325, 328, 331, 433, 504, 645
- Arbeiterpartei 68
- Kolonien 175
- Liberale XXXIVf., 214, 459
- Parteienwechsel in der Regierung 636
- Bankenkrise 648f.
- Wirtschaftskrise 663f., 666
- Bank von England 720
- und Amerika 172, 175
- und Frankreich 172, 203
- und rheinische Republik 255

s.a. Konferenz von Genua

Entente 4, 30, 111, 130, 171–175, 200f., 203, 205ff., 209f., 212, 219, 247, 281, 309, 545, 649
- Arbeiter- und Soldatenräte 32
- Friedensvorschlag 65–73
- Londoner Ultimatum XVII, XXXIX, 181–184, 190, 192, 194, 196–204, 207–211, 218, 225, 232, 247f., 283
- und Konferenz von Genua 240f., 243, 245

Entwaffnung
- der Zivilbevölkerung 9
- Entwaffnungsnote zur Ruhrbesetzung 335
- Entwaffnungsvorlage (1925) 350

Epstein, Else *759*

Erdmannsdörffer, Hans-Gustav *346,* 349

Erfüllungspolitik 186, 193, 197–200, 202ff., 206f., 216, 221–224, 263, 285, 287, 307, 319f., 350, 471, 534, 644

s.a. Frieden, Friedenspolitik; Reparationen; Konferenzen, internationale

Erkelenz, Anton XIX, XXIV, XXX, XXXIV, XXXVII, XL, XLIVf., *19,* 27, 34, 38, 53, 77, 94f., 113–121, 126, 128, 131–140, 146–152, 158, 163, 165, 175, 180–186, 191f., 195, 208,

213–215, 221, 229–231, 234–239, 256–259, 264–270, 273–276, 279, 283–289, 294–296, 299f., 302–305, 312, 317, 323–325, 329–341, 347–350, 356f., 361, 371, 373, 376, 387–390, 394–403, 417–425, 429–432, 437–439, 442f., 452, 455, 461–465, 470f., 479f., 482–494, 505–508, 513–516, 519, 522, 529–532, 537, 540, 554, 562, 571, 579

Erzberger, Matthias 31, 87–92, 115f., 122, 185, 188, 374, 447, 476

Eschenburg, Theodor *577,* 602, 619, 632, 639, 670, 695

Esslen, Joseph Bergfried 10

Europa 644

- organisiertes Europa 551
- Paneuropa 625, 637
- europäische Einheit 634
- europäische Verständigung *172,* 445, 448

Exel (Österreich) *74 f.*

Eyck, Erich *436*

Faber 431

Falck, Carl 429, 519, 522, 524, 529

Falk, Bernhard *70,* 81, 94–96, 100–112, 115–122, 125f., 138, 146, 163, 170, 176, 179f., 183, 195, 202, 204, 206, 213f., 229, 238, 255–259, 263, 273, 279f., 299, 301, 304, 309, 333, 344, 347, 350, 357, 376, 384–387, 395, 400, 419, 423, 425, 429, 431f., 437, 441–443, 452, 474, 478f., 507, 511f., 515, 519, 522f., 528f., 531, 554, 585, 593, 596, 607, 612f., 639, 644, 666–668, 670f., 673–677, 681, 686, 697f., 702–704, 706, 711, 757

Falkenberg, Albert *127*

Faschismus 542, 587, 683, 716, 723

- Hitlerfaschismus 692

s.a. Nationalsozialismus

Feder, Ernst 312, *313,* 338, 396, 401, 404, 410, 416, 425, 429, 441, 454, 456, 465f., 485, 501, 519f., 530, 532, 537, 574, 666, 743

Fegter, Jan *201,* 301

Fehr, Anton *728*

Fehrenbach, Konstantin 132, 182f., 343, 361

Feiler, Arthur 5, 210, 232, 470

Fichte, Johann Gottlieb 624

Fick, Friedrich 128f., 429

Fiehn, Johann *300*

Finanzen, Finanzpolitik XIX, 146, 295, 297, 299, 301, 350, 352, 421ff., 433f., 474, 497, 556, 558, 622

- des Reiches 231ff., 250, 305, 505, 553, 696, 703, 720
  Haushalt XVIII, *504, 552,* 561, 582
  Budgetbalancierung 232, 250f.
  Sanierung 556
  Finanznot 557
  Pumpwirtschaft 89
  Umschuldung 635
  Erzbergersche Finanzgesetzgebung 476
  Finanzreform 91, 388, 448, 540, 542, 552, 564
  Finanzkrise 643ff., 650, 654f., 664f., 688
  Verschuldung 644, 647, 651, 663
- der Länder 233, 645, 647, 654, 657ff., 665, 678
  in Preußen 350, 357, 449, 701
- der Gemeinden 233, 434, 556, 635, 645, 647, 654, 656–660, 665, 678, 692, 695f.
  Aufnahmeverbot für Kassenkredit 653
  Finanzübersicht (Tabellen) 654ff.
- Finanzausgleich (Reich-Länder) 401, 406f., 409, 414, 498, 625
  mit Bayern 406f., 414

Fincke, Frau 239, 259, 273

Fisch, Else *613*

Fischbeck, Otto XII, XXII, XXVIf., 3–9, 18–27, 34, 37f., 43–45, 62f., 65f., 69–72, 75–77, 81, 97, 112, 115f., 118, 125, 129, 140, 163f., 166f., 176, 181, 183, 195f., 234f., 238f., 268, 270, 273, 282, 285, 295f., 299, 304, 312, 317, 333, 346–348, 350f., 353, 407, 416f., 439f.

Fischer, Hermann XXIV, XXXVII, XXXIX, *17,* 30, 47, 55, 59, 82, 94–96, 98, 102f., 109, 111–113, 115, 118, 120f., 126–131, 134–137, 139f., 146–148, 150, 163–166, 175f., 179f., 183, 185f., 190f., 194f., 210, 213–215, 225f., 229f., 232–235, 237f., 256, 259, 263, 266–268, 271, 273–276, 279, 283, 285, 289, 295–304, 312, 317, 322f., 327, 331, 333, 335, 347, 349–355, 361, 387, 393, 396f., 400–402, 419, 421, 424f., 429–431, 437–440, 442f., 452, 460, 463, 466, 468–471, 478–480, 482–487, 489–495, 505, 507, 513–516, 519–521, 529, 532–534, 540f., 547f., 550f., 553–555, 562, 574, 578–580, 591, 597, 605, 608, 612–614, 617, 620, 642f., 662, 668, 670–672, 678f., 681, 685f., 697, 711–714, 716, 727, 729, 731, 736, 739f., 743, 748f.

Fischer, Johannes *345,* 439, 561

Flaggenfrage

- XVIII, 164, 188f., 191ff., 196f., 201, 218f., 223, 225, 282, 326, 388–393, 396f., 404, 571f., 583, 586–589, 595, 601
- Abstimmung im Reichstag 188
- Verordnung v. 11. 4. 1921 188, 391
- Verordnung v. 5. 5. 1926 388, 390f., 392a, 393–397
- Brief des Reichspräsidenten 388f., 392f.

Flügel, Wilhelm XLII, *15,* 63f., 110f.

Föderalismus 11, 34, 188, 307, 365, 372, 434

s.a. Reichseinheit

Foerster, Friedrich Wilhelm 474

Fortschrittliche Volkspartei XI, XXII–XXVI, XXXIII, LII, 543

Fraktion DDP (Reichstag) XIV, XVII, LV

- Verhältnis zur Partei XXV–XXVIII, 44, 48, 58f., 88, 113, 120, 187, 290, 300f., 380, 383f., 520, 532f., 560
- Verhältnis zum Hauptvorstand 31ff., 62

- Wahlvorschläge zum Hauptvorstand und GA 75
- Verhältnis zum Vorstand 84, 118, 265, 271, 423, 452, 460, 480
- und PA 83, 93f., 353, 367f., 477f.
- und Sozialisierung XXVIII, 44, 52–54, 146f.
- Zuständigkeit 33f.
- und Presse 52, 260, 263, 407
- Fraktionszwang 423
- Zünglein an der Waage 30, 57
- Büro 40, 135f.
- und Parteiprogramm 47f., 51, 55, 60f., 112
- und demokratische Minister 52, 57f.
- zu Friedensvertrag 66f., 69–72, 93, 164
- Sitzung mit Industrievertretern 86
- und Betriebsrätegesetz 89, 95, 97
- Abkommen mit Gewerkschaften 117, 119f.
- Haltung bei Kapp-Putsch 126
- Zusammensetzung XVI, 143
- Stärke 582
- Übergewicht an Wirtschaftsvertretern 432
- und Flaggenfrage 164, 197, 218f., 223, 225
- und Steuerpolitik 164, 221, 233
- und Londoner Ultimatum 181f., 192, 198, 218, 225
- Rechtsorientierung 191
- und Politischer Ausschuß (des Vorstandes) 229, 238
- und Republikschutz 266, 271
- Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte 268f., 273f.
- Wirtschaftsprogramm 283f.
  Vertretung in Programmkommission 284
- Austritte Hellpach und Tantzen 545

Fraktion DStP
- innere Lage XVI, XLVI, 609f., 618
  Stärke 599, 618, 676
  Geschlossenheit 587, 590
- Ausscheiden der Volksnationalen 607
- finanzielle Unterstützung der Reichsgeschäftsstelle 620
- Agrarantrag 631f.
- Antrag zur Bekämpfung der Schwarzarbeit 694
  s.a. Reichstag

Franke 431

Frankfurter, Richard XI, XXII, XXXVII, *6–10,* 16–18, 20f., 23–25, 33, 39, 41–48, 61–64, 72–74, 76, 81, 84, 94–96, 99f., 112–121, 126–129, 131, 133–135, 137–139, 148, 154, 156f., 160, 163, 165f., 175f., 180f., 183–185, 195, 213–216, 225f., 229–231, 233, 256–259, 265–268, 271–274, 279, 283–285, 289, 295f., 299–305, 317, 329, 350f., 353–357, 361f., 370, 375, 384–387, 393, 400f., 410–417, 419, 421, 424f., 429f., 437–443, 452, 459, 463, 466, 470f., 476–479, 483–486, 491–494, 507, 512–515, 519, 529, 531, 560, 579–581, 590, 594–596, 610, 612, 614

„Frankfurter Zeitung" 173, 189f., 193, 650, 741, 759
- und Reichstagsfraktion 189
- und Deutscher Bauernbund 236
- und Umbildung Kab. Wirth II 260, 262f., 265
- und „Fall Gessler" 335

Frankreich 172, 197f., 203f., 206, 218, 222, 285–289, 294–297, 306f., 309f., 319, 322, 324f., 328, 331, 352, 377, *433,* 504, 644ff., 649, 651, 664, 675, 677, 720
- Einmarsch im Maingau 124 f.
- und England 172
- und Friedensvertrag 66, 172
- Zahlungen für Kriegsschäden 174
- Revanche gegen Frankreich 570
- Regierungsbesuch in Berlin (1931) 633
- Geldumlauf 696
  s.a. Konferenz von Genua

Franzen 441

Frauen XXVI, XXIX, 18, 187, 194
- Klagen über Berliner Presse 24
- Berliner Frauengruppe 42, 63
- Buch Bebels 54
- Frauenrechte 124, 449, 533f., 723
- und Partei 226, 501f., 548, 561, 593, 609, 637, 639, 723, 762
- und NSDAP 636f., 723
- und Politik 756
- demokratische Frauen
  und DVP 272, 501ff.
  und Liberale Vereinigung 415
- und Wahlgesetz 504f.

Freidel, Franz, *751*

Freie Berufe s. Selbständige

Freie Vereinigungen, Vertretung im Hauptvorstand 76

Freisinnige und Kleinbürgertum 164

Freisinnige Vereinigung 543

Frentzel, Otto XVIII, XXII, *9,* 24, 39–41, 43, 45, 62, 75, 83f., 113–116, 118, 120f., 129, 136

Freudenberg, Richard 439f., 604, 704

Friedberg, Robert XII, XXII, XXIV, XXVI, 5–10, *14,* 20, 24, 40, 42f., 45, 47, 60–64, 73–76, 82–85, 91, 93–99, 112–116, 118f., 122, 125, 132

Frieden, Friedenspolitik 60, 622, 634, 637f.
- Telegramm an Wilson 4
- Friedensschluß 26, 30f., 34
- Wilsonsche Punkte 33f., 66, 72
- Gewaltfrieden 34, 45, 64, 66
- Friedensverhandlungen 52, 65f.
  Ausschuß XIII

Friedensdelegation 69, 72
- Friedensvertrag, Vertrag von Versailles XII, LVI, 71, 93, 155, 164, 172, 198, 200–206, 208ff., 219, 232, 251, 329, 339, 450f., 571, 622, 627
  Vertragsentwurf der Entente 65–73
  Auslieferungsfrage 114
  Ablieferung der Schiffe 208
  Art. 116 241f., 245, 248, 288
- Revision des Vertrages 146, 205–210, 294, 297, 340, 646
- Waffenstillstandsangebot 203
- Kriegsschuldfrage XIII, 164ff., 173f., 176, 181, 209f., 627
- Frieden durch europäische Zollunion 352
- Friedensresolution (1917) 450

Friedensburg, Ferdinand *546,* 550

Friedländer, Adele 76

Friedrich, Wilhelm 305

Frommhold (Hannover) *660,* 669, 723, 732, 762

Fürstenabfindung XVIII, LVI, 364, 367, 376f., 383, 385f., 395, 398ff., 408, 416, 422, 445
- Reichssondergericht 376f., 379f., 382ff.
- in Preußen 404, 412, 414, 449, 657
  Abfindung der Hohenzollern 177f., 364, 378, 381ff.
- Volksbegehren 364, 376–391, 399
- Volksentscheid XVIII, 398ff., 416, 445

Fusionsfrage XIf., XV, XVII, XIX, Lf., 269, 271, 310, 417, 462, 471, 473, 519f., 532, 538f., 541, 543, 545f., 548, 550, 557, 559, 561, 711
- mit Nationalliberaler Partei 3, 5, 12
- mit DVP 3, 143–154, 156–159, 191, 225, 235–238, 295, 303, 318, 401, 417, 454ff., 458–462, 465–468, 519, 530f., 538, 543, 546, 559, 571, 583, 593f., 600f., 606f.
- Zusammenschluß der Mitte/große Mittelpartei 144f., 147, 150–154, 156, 158, 237, 410f., 413ff., 462, 519, 531, 539, 543, 546, 548, 551, 570
  große republikanische Mittel-/Einheitspartei 271f.
  große sozial-liberale Partei 187
  von Lindeiner bis Lemmer 539
  von Treviranus bis Lemmer 539
  republikanische Union 410f., 456, 458, 465
  volksbürgerliche Zusammenfassung 543
  staatsbürgerliche Partei 544
  und linker Flügel DVP 567
  Konservative über Wirtschaftspartei bis DDP 565
  Gespräch zwischen DDP, DVP, Volkskonservativen und Wirtschaftspartei 573
- mit DVP und Teilen der DNVP 153
- mit DVP und Schleswig-Holsteinischer Landespartei 143, 149–160
- mit Teilen der DVP und Bauernpartei 470
- unter Einschluß der Wirtschafts- und Bauernpartei 461
- unter Einschluß von Splitterparteien 465
- mit Volkskonservativen 539, 543
- mit Volksnationaler Vereinigung 531, 539, 543
- mit Jungdeutschem Orden 539, 543, 554, 559
- mit Bauernpartei 543
- mit Gruppen „etwas rechts der DDP" 590
- mit liberalem Teil der DVP 593f.
- Neubildung 519f., 528, 530f., 538f., 540f., 543, 545–548, 550
  Sammlung der bürgerlichen Mitte Lf., 686f., 693, 697, 701, 704, 707, 709f., 713, 715f., 721–727, 731, 740, 748, 751, 754, 757, 759f., 763
  Zwölferausschuß 744
  DStP bis Konservative (Reichsbürgerpartei) 666, 667ff.
  Damm gegen Nationalsozialismus und Kommunismus 676
  von Westarp bis rechts vom Zentrum 681
  republikanische Aktion 681–685
  von Lemmer bis Westarp 721

Gayl, Wilhelm Freiherr von *720*

Geibel (Pfarrer) *90*

Gelsenkirchener Bergwerks AG 731, 743

Gemeinden, Städte 89, 91, 111, 125, 170, 181, 280, 434, 626, 635, 663
- Reform des Gemeindewesens 564
- Reichsstädteordnung 447, 520, 540
- Bautätigkeit 658

Genossenschaftsbanken 694

Gerlach, Hellmut von *74f.,* 117, 180, 235f. 340

Gerland, Heinrich XXII, XXIV, *3–11,* 13, 22–24, 31, 38, 40, 36f., 56, 61f., 65, 69, 72, 74, 76, 81–85, 94, 97f., 100f., 112, 114–116, 125f., 129, 131–134, 136–139, 148, 152, 159f., 163, 166, 170f., 175f., 179–181, 183f., 195f., 201, 204, 212–214, 216f., 222, 225, 229, 235, 237–239, 259, 264–266, 273, 279, 283–285, 296, 298–300, 302, 304f., 311f., 323, 327f., 332f., 411, 416

Geschäftsführender Ausschuß (GA) s. DDP/DStP

Gessler, Otto XIV, XVII, 118, *125,* 127–129, 151, 174, 182, 193, 211, 220f., 223, 235, 238, 279f., 282, 285, 287f., 296, 301–303, 306, 308, 310, 312, 323, 329f., 333–335, 341–345, 347, 349, 357, 361, 367–374, 397, 401, 414f., 417, 420–423, 715

s. a. Reichsministerien/Reichswehrministerium

Gewerbe s. Handel und Gewerbe

Gewerkschaften XLII, XXXVI, 264, 295, 546, 568, 575, 676, 694
- WTB-Plan XLIX

- und Arbeiterräte 53
- Abkommen mit Mehrheitsparteien (1920) 117–120
- und Kab. Bauer II 123
- und Staat 623
- Gewerkschaftsbeamte 125
- Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG) 53, 56, 626f., 629
- Gewerkvereine XVII, XL
- Gewerkschaftsring Deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände 158
- Hirsch-Dunckersche Gewerkschaften 579
- Gelbe Gewerkschaften 158
- Christliche Gewerkschaften XLIV, 564, 677, 717
- Einheitsfront 237
- Verbindung zu Oberschlesisch-Polen 225
- Kampf gegen Nazi-Terror 677
- und Acht-Stunden Tag 222

Giannini, Amedeo *243*

Giese, Friedrich 643, 681, 686, 711

Gilbert, Seymour Parker *498*

Gilsa, Erich von *559*

Gladischewski, Karl 285

Gleichauf, Wilhelm *34*

Glimm, Erich 577

Glodschey, Erich 577

Goepel, Kurt 619, *671,* 736

Goerdeler, Carl *718*

Görland 40

Goetz, Walter 96, 101, 113f., 118, *119f.,* 129, 135, 140, 148, 156f., 289, 323, 327, 556, 669, 764

Goldschmidt, Hans *499f.,* 504

Gothein, Georg XXVI, XXVIII, 6, *58,* 75, 84, 93, 117, 127f., 132, 146f., 170f., 175, 182, 189, 200f., 207, 221, 232, 235, 284, 328f., 331, 333, 335, 340, 350f., 353f., 361, 367, 387, 390, 392, 395–399, 402, 419, 422, 424f., 429f., 546

Graf, Georg XL, 113, 122, *233,* 256, 259, 279, 284f., 287, 289, 295f., 298f., 302, 304, 312, 323, 350f., 353f., 361, 385, 387, 394, 396, 398, 400, 402, 419, 431f., 437f., 442, 452, 464, 470, 508

Gramse, (Berlin) *441*

Graue, Dietrich *112,* 144, 441

Greßler, Julius *224,* 698, 761

Greve, Heinrich *605,* 747, 764

Gries (Wahlvorsitzender Koblenz–Trier) 439

Grigg, Edward 249

Grimme, Adolf *523*

Gröber, Adolf *31*

Groener, Wilhelm *98,* 677, 687, 689–693, 695, 711f., 718

Großbritannien s. England

Große Koalition XVIIff., 196ff., 271, 309, 218, 220–224, 230, 234, 263, 271, 283, 303, 305f., 355f., 362, 363f., 367f., 373, 375, 384ff., 393f., 410, 438, 445, 460, 472, 495, 504, 530, 535, 537, 545, 559, 571, 582

- in Thüringen 310f.
- in Sachsen 310f., 495, 527
- in Preußen 445, 509ff., 522f.
- in Württemberg 525
- in Bremen 637

Großgrundbesitz 43, 61, 530, 536, 685, 689, 720

- Liquidationen, in Oberschlesisch-Polen 255
- und Ostprogramm (Kab. Brüning) XLIX, 530, 536, 547
- Subventionen 718
- Ostelbische Junker 738

s. a. Agrarpolitik

Grossmann, Hermann *170,* 301, 339, 346, 357, 367, 375, 381, 383, 386f., 414f., 417

Grund, Bernhard *20,* 47, 81, 115, 129, 136, 148, 159, 163, 176, 181, 186, 194, 234, 284, 295f., 298, 302–304, 317, 332

Grünewald, Wilhelm *30,* 33

Grzimek, Günther XXVIII, 305, *383,* 429, 501, 506, 530–532, 573, 640, 683, 698, 703

Guttmann, Heinrich *40,* 73, 175

Haas, August *523*

Haas, Ludwig *28,* 127, 163f., 173, 176, 180f., 186f., 189, 191f., 194, 213, 217, 222f., 229f., 234f., 237–239, 256, 259, 267, 282, 285, 295f., 299, 302–305, 311f., 317, 323, 327, 329, 331, 333, 335, 340, 345, 350f., 353, 357, 361, 371, 387, 393, 396–400, 402, 410f., 419, 424f., 429, 431f., 437–439, 452, 463, 468, 470, 478f., 485f., 488, 490, 493, 507, 514–516, 529, 534, 577, 579

Haase, Hugo *72,* 396

Haenisch, Konrad *82*

Halfern, Carl von *523f.*

Halle 136

Halstenberg, Fritz *111,* 374–376

Halter, Heinz 515, 519, 554

Hamburg

- DVP 272
- Bürgerschaftswahlen (1928) 466, 468
- Bürgerschaftswahlen (1932) 704f., 707f.
- Groß-Hamburg-Frage 411, 429

„Hamburger Nachrichten" 115

Hamm, Eduard *145,* 175f., 180f., 189, 208, 210, 220, 229f., 235, 237, 259, 266f., 273, 295f., 298f., 302, 306, 312, 317, 323, 326–328, 351, 668

Hammerschmidt, Karl 305, *310,* 545

Handel und Gewerbe XVI, XLIII
- Tätigkeit der Fraktion der Nationalversammlung 82
- Substanzverluste des Handels während Ruhrbesetzung 296
- Abwendung von Wirtschaftspartei zur DStP 624
- u. a. Gruppen als Grundlage für eine Partei (1932) 705
- Einzel-, Detailhandel XXXIX, XLIII
- Kleingewerbe, Erfassung der Sachwerte 233
- Gewerbe und Kleinhandel: gegen Sozialisierung 144f.
- Gewerbetreibende XLIV, 457
- Schaden durch die Notverordnung (17. 11. 1931) 691
- und Ostprogramm 553
- Subventionen 660f.

Handelspolitik XXXIX, 351f., 373, 397, 420, 474, 621, 623, 626, 639, 689
- Ausfuhrbewilligungen 87
- Beziehungen zu den Donaustaaten 703

Handelsverträge 338, 351, 565, 626

Handelsvertragspolitik 445, 447f., 623

Handwerk XXXIX, XLIII, XLIV, 308, 619
- Handwerker 691
- Vertretung im Hauptvorstand 6
- Interessenlage in Württemberg 525

Hannover 154

Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie XXXVII, 466, 470f., 514, 727, 743
- Hansa-Tag 460
- Berücksichtigung bei Kandidaturen 83
- Richtlinien 99

Harnack-Zahn, Agnes von 62

Harteck 183, 256, 259, 268, 279, 285, 289

Hartmann, Gustav *51,* 54–57, 61, 75, 92, 114, 117, 133, 231, 357, 441

Hauff, Bruno 353, *414,* 429, 431, 438, 452, 470, 478–480, 485, 500, 507, 515, 519, 522, 529, 551, 554, 575, 579f., 588, 603, 679, 681, 683, 698, 703

Hauptvorstand, Provisorischer s. DDP/DStP

Hausberg, Fritz 53, *54,* 231, 305, 369, 375

Haußmann, Conrad XXVIII, *64f.,* 93, 122, 133, 151, 210–212

Heese, Gustav *216,* 375f.

Heile, Wilhelm 84, *96,* 182, 210, 304, 568, 581

Heilmann, Ernst *177,* 194, 522

Heimann 53

Heine, Wolfgang *90,* 92

Helbeck, Paul *660,* 692

Held, Heinrich *365,* 406f.

Helfferich, Karl *88,* 115, 124, 222

Helfferich, Philipp *171*

Hellpach, Willy 295, 312, *322,* 325, 333, 335, 341f., 349, 387, 392, 401, 410, 425, 429, 437, 439, 452, 464, 469–471, 473, 485f., 501f., 514f., 522, 524, 526, 529, 539, 541f., 544–546, 548–550, 568f., 573, 597, 600

Henne, Otto *580f.,* 619

Henrich, Konrad 302, *325,* 329

Henschke, Martha *737*

Hergt, Oscar *14,* 88, 285, 321, 382

Herkner, Heinrich *4,* 284

Hermann, Carl *211*

Hermelink, Heinrich *511*

Hermes, Andreas 240, *244,* 250, 297

Herold, Carl *177*

Herriot, Edouard 319, *331*

Herrmann, Alfred *144,* 147, 154, 224, 302, 343f.

Herrmann, Balduin *20f.,* 69, 94, 221, 418, 562

Herrmann, Agnes 53

Hertwig, Paula *765*

Herz, Reinhard *495,* 572

Herzberger, Hermann *345*

Herzog, Erich 554

Hesse, Fritz *28,* 38, 607, 612, 620, 643

Hessen 30, 671, 673

„Hessische Volkszeitung"
- finanzielle Unterstützung 135

Hesslein, Paul *576*

Heuss, Theodor XLVf., Lf., *140,* 311, 327, 329, 331, 333, 335, 338, 346, 350, 354, 395, 404, 412, 416, 425, 432, 452, 470, 478f., 484f., 492f., 494, 507, 515, 519, 521f., 524, 526, 529, 532, 546, 551, 554–556, 573, 618, 620, 627, 641, 643, 645, 670f., 674, 678, 681, 704, 706, 710–716, 726–728, 732f., 739, 754, 764f.

Hieber, Johannes *75,* 77, 81, 84f., 112, 115, 127–129, 131, 134, 151, 180f., 195, 229, 235, 237, 239, 299, 304, 312, 333, 335, 350, 353, 361, 387, 392f., 395, 402f., 415, 419, 421, 423, 429, 432, 437, 452, 470, 479, 516, 522, 525, 529, 562, 594, 610, 619

Hild, Joachim 554, 643, *670,* 673f., 678, 681, 685f., 697, 704, 711, 713f., 726f., 739

Hilferding, Rudolf *194,* 249, 501, 504

Hillebrand, August *618,* 713

Hindenburg, Paul von Beneckendorff und von 117, 370, 388, 392–394, 420, 678–680, 685f., 690, 692, 695–697, 701, 713, 717–719, 742, 747

Hindenburg-Medaille 719

Hirschel (Regierungsrat) *635,* 666, 670, 674, 681, 686, 714

Hirschfeld, Carl *12,* 14, 20

Hirtsiefer, Heinrich 348, *418,* 638, 673

Hitler, Adolf 311, 621, 644, 677, 689, 693, 699f., 728, 742
Hodacz *253*
Höfle, Anton 333
Höpker-Aschoff, Hermann XLVf., XLIX, *344,* 347f., 350, 357, 381, 404f., 411, 414, 416, 419, 421, 429, 431, 434, 438, 441f., 448, 452, 463, 483, 496, 502f., 507f., 510, 512, 515, 522f., 529, 534, 547f., 551, 554f., 571, 575, 578–580, 591–601, 608, 611–613, 618f., 644–646, 656, 660f., 663, 670, 673–675, 681f., 684–687, 694, 697, 702, 711, 713f., 727f., 735, 737, 739f., 742f., 745, 747
Hörsing, Friedrich *353*
Hoesch, Felix 727
Hoff, Ferdinand *88,* 94, 145, 638, 640
Hoffmann, Adolf *18*
Hoffmeier, Elisabeth 555
Hofheinz, Oskar *292,* 353, 545, 575, 749, 765
Hohmann, Georg *27,* 101
Holland 245
Holländer, Ludwig 714
Holzapfel, Paul 305
Hoover, Herbert 644, *649,* 663
Hopf, Albert 311, 522, 527, 712, 715, 751
Horne, Robert *248,* 250
Hourtz, Carl 522, *526,* 529, 554
Hübner, Arthur *12,* 22, 53, 283
Hülsen-Reicke, Ilse von 458
Hugenberg, Alfred *495,* 498, 530, 535, 539, 557, 644, 655f., 715, 722, 728
Hugenberg-Konzern 180
s. a. Dammert-Verlag
Hummel, Hermann 229, 238, 289, 295, 299, 302, *304,* 311f., 317, 323, 327, 329, 333, 335, 350f., 353f., 387, 400, 424f., 429, 431, 437f., 442, 452, 465, 470, 478f., 485, 492f., 507f., 519, 522, 528–531, 579, 591, 607, 619
Hunzinger 670
Hustaedt, Roderich 259, 285, 295f., 302, 317, *385,* 387, 515, 529
Hutten, Ulrich von 571

Immisch, Kurt *88,* 94, 144
Industrie 82, 233, 688, 705
– verarbeitende Industrie 308
Sozialisierung 144
– Interessenlage in Württemberg 526
– Subventionen 660
– Schwerindustrie 336
– Großindustrie 459
in Oberschlesisch-Polen 255
– Automobilindustrie 351
s. a. Wirtschaft; Wirtschaftspolitik; Wirtschaftssystem
Inflation XXXIV, 279, 297f., 317, 472, 664, 693, 696
– Inflationssteuer 306
– Transferklausel 472
Interfraktionelle Verhandlungen 32, 262, 290f., 319, 327, 556, 557
– Interfraktioneller Ausschuß 87, 143, 164f.
Invaliden- und Knappschaftsversicherung 717
Israel, Gertrud 113
Issberner, Reinhold XXII, LII, 6–10, 22–25, 39f., *41,* 43–46, 62–64, 73–75, 81–84, 95–101, 112–118, 120f., 126, 129, 134–140, 148, 163, 175f., 180f., 185f., 195, 229, 234f., 238f., 256, 259, 268, 273, 279, 284f., 289, 295f., 299, 302, 304, 317, 323, 329, 333, 353, 361, 387, 396, 400, 402f., 419, 424f., 429, 431f., 437, 442, 464, 470, 478f., 485, 507, 515, 519, 529, 554, 556, 562, 578f., 581, 597, 612, 617, 632, 670, 673f., 678, 681, 685f., 697f., 704, 711, 713f., 717, 726f., 731, 739, 741, 752
Italien 172, 243, 245, 296, 649
Iversen, W. 149

Jäckh, Ernst *4,* 101, 114–118, 120f., 129, 131, 134, 136f., 140, 148, 163, 166, 175f., 180f., 183, 186, 229f., 234, 239, 259, 268, 279, 285, 289, 296, 299, 302, 304, 312, 323, 556
Jäger, Hellmuth XLVIIf., *501,* 519, 522, 529, 608, 613, 620, 643, 669–671, 681, 697, 704, 711, 713f.
Jaenicke, Wolfgang 612, 661, 686, 704, *710,* 713f., 722, 750
Jansen, Robert XXXII, LII, *73,* 113, 115–118, 120f., 126–128, 131, 134–140, 142, 148, 163, 166, 175f., 180f., 183, 192, 195, 213, 215f., 229f., 234f., 238f., 256, 259, 273, 279, 284f., 289, 296, 299, 304, 317, 329
Japan 172, 175
Jarres, Karl *303,* 319, 342, 349, 715
Jobst, Rudolf *737*
Juden, Judenfrage 521, 565, 583, 587, 619
– Parteimitglieder 464, 466f.
– Warenhäuser und Banken 467, 544
– Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens 576, 675f.
– und DStP 675f., 704, 706, 709f., 732, 736
zur Gründung XLV, 570
– jüdische Kandidaturen 591
s. a. Antisemitismus
Jugend 7, 187, 412, 459, 705, 756
– Jugendtag 1919 63
– und Nationalgefühl 206
– und Demokratie 157
– und Monarchie 225
– und Republik 225, 258

- und Staat 504, 566, 572
- demokratische Jugend- und Schülervereinigungen 7
- Deutsche Demokratische Jugendvereine 63f.
  Gründung eines Bundes 63f.
- und Radikalismus 461, 565
- und Nationalsozialismus 565, 705
- und Pazifismus 637
- Bolschewisierung der Jugend 699
- bündische Bewegung 592, 599
- falsche Begeisterung 635
- demokratische Jugend
  und Fusion 238
  und Parteileitung 474, 515
- republikanische Jugendbewegung 258
- Deutsche Demokratische Jugend 323
  „Fall Hustaedt" 515
- Jungdemokraten XXIX, 610
  parteischädigendes Verhalten 554
  „Fall Lüth" 515, 527ff., 541, 554
  Radikal-Demokratische Vereinigung 529
- jungdemokratische Bewegung 550
- und DDP/DStP XIX, XXIX, 139, 258, 460, 470, 549, 561, 569, 573, 585, 593, 601, 629, 671, 724, 760
  Generationsfrage 501, 503, 538, 548, 589, 594, 626, 757
  Nachwuchs aus Bünden 542
  Reichsgruppe Bündischer Jugend 591
  und Kandidaturen 566

Jugoslawien 288

Junck, Johannes XXVI

Jungdeutscher Orden XLIV, XLVI, 420, 501, 521, 539, 543, 554, 559, 567–573, 575, 579, 583–588, 590–595, 598f., 601f.
- Aufruf zur Bildung der „Volksnationalen Reichsvereinigung" 521
- Arierparagraph, arisches Prinzip 521, 567, 576
- und Judenfrage, Antisemitismus 521, 565, 571f., 583, 587, 594, 601
- in Sachsen 543, 554
- und Sozialrepublikanischer Kreis 569
- in Preußen 586
- als bündische Bewegung 592

Jungfront 550

Jungliberale
- und DStP XI, XLIV, XLVI, 599, 602–606, 608, 610

Kaas, Ludwig 713, 715

Kabinette:

Scheidemann (1919)
- Voraussetzungen für Eintritt 28
  Arbeitsprogramm 29
  Aktionsprogramm der Partei 30, 32ff.
- Regierungsbildung 26–34, 50
  erörterte Koalitionen 26–33
- Sozialisierungsfrage 49, 58
- Sozialisierungsgesetze 48, 52, 56
- Sozialisierungskommission XL, 52
  Kommunalisierung von Wirtschaftsbetrieben 57
- Regierungsprogramm 31f., 34
- Stellungnahmen zur Beteiligung 54, 56f., 60
- Erklärung zum Friedensvertragsentwurf XIII, 66, 70, 72
- demokratische Minister 47, 58
  Verhältnis zur Partei 49, 57
  und SPD-Minister 52, 56, 61

Bauer (1919–1920)
- Eintritt 84, 86f., 89–92
  Bedingungen 84, 87–90, 93
- und Kapp-Putsch 123

Müller I (1920)
- Bildung 118, 122

Fehrenbach (1920–1921)
- Bildung 129–133
- für Erweiterung der Koalition 165
  Einbeziehung der SPD 138, 142f., 150, 153
- Richtlinien für Regierungsarbeit 132, 144, 150
- Rücktritt 182f.

Wirth I (1921) XVII, XXV
- Bildung 182
- Umbildung 183f., 187–194, 198–212, 219
- Regierungserklärung 182
- Verordnung zum Schutz der Republik 188, 194f.
- und Acht-Stunden-Tag 191
- Steuerprogramm 197
- Rücktritt 219f.

Wirth II (1921–1922) XVII, XXV
- Bildung 219ff.
- Umbildung 236, 257f., 260–265, 272, 279
- Streikverbot für Beamte 236
- Teilnehmer in Genua 240
- Vertrag von Rapallo 244
- Verordnung zum Schutz der Republik 256ff.
- Rücktritt 279, 283

Cuno (1922–1923)
- Bildung 279, 280, 283
- Haltung zum Kabinett 295–299
- Wirtschaftsprogramm 283
- erörterte Koalitionen 285
- Erklärung zur Ruhrbesetzung 285
- Memorandum an die Alliierten 298

Stresemann (1923)
- Austritt der SPD 302, 303
- Umbildung 303

Marx I und II (1923–1925)
- Bildung, Umbildung 305f., 318–324
  Richtlinien der Parteien der Mitte 319–322, 324–327
- Ermächtigungsgesetz zur Währungsreform 305ff., 312, 317
  Maßnahmen 306
- militärischer Ausnahmezustand 305, 308, 310f.
- zugehörige DDP-Minister 306
- Krise (Dawes-Gesetze) 330f.
- Rücktritt 333

Luther I (1925) XVIII
- Bildung 333f.
- Billigungsantrag 334f., 338ff.
- Haltung zum Kabinett 350
- Austritt der DNVP 354ff., 375
- erörterte Umbildung 355ff., 369, 386
- Rücktritt 362

Luther II (1926) XVIII
- Bildung 362–375
- Haltung zum Kabinett 373, 404
- erörterte Umbildung 388–395
- Mißtrauensantrag 390–396
- Rücktritt 396, 397f.

Marx III (1926)
- Bildung 396ff.
- erörterte Umbildung 403
- Mißtrauensvotum der SPD 420, 422

Marx IV (1927–1928)
- Bildung 420, 421ff.
- Haltung zum Kabinett 420f., 433, 435
- „Richtlinien der künftigen Regierungspolitik" 444
- Budget 457

Müller II (1928–1930) XIX
- Bildung 452f., 472
- Haltung zum Kabinett 472, 501, 506, 535f.
- Umbildung 495
- Reichswehrpolitik 544
- Rücktritt 530, 717

Brüning (1930–1932) XLV, IL
- Bildung 530, 535f.
- Eintritt 530
- Ostprogramm 530, 536
- Erklärung zum Schacht-Memorandum (Young-Plan) 630
- Haltung zum Kabinett 531f., 534–548, 541, 553, 558, 629, 645f., 674–677, 691–694, 697, 703, 711f., 743, 747
- Reichswehrpolitik 544
- Verabschiedung des Etats 621, 626, 629, 648
- erörterte Umbildung 581f., 672
- und Nationalsozialismus 674, 677, 695
- Deckungsvorlagen 555f.
- 2. Gehaltsauszahlung (August 1931) 644, 654, 658
- Besprechung in Chequers 648
- Regierungserklärung (13. 10. 1931) 667f., 672
- Kritik an Notverordnungspolitik 629, 646
- Rücktritt 713, 717–720

s. a. Notverordnungen

Papen (1932) Lf.
- Bildung 713
- Haltung zum Kabinett 713f., 720f., 723ff., 742, 747f.
- Regierungserklärung 720
  christliche Weltanschauung 720
- eventuelles Mißtrauensvotum 713
- Verhandlungen zur Beteiligung der NSDAP 742
- „Junkerregierung" 747
- Absetzung der preußischen Regierung L, 748
- Rücktritt 755

Kahl, Wilhelm *191,* 519

Kahlen, Adolf *698*

Kahr, Gustav von *190,* 266f., 302, 311, 372

Kalbskopf, August 216, *217,* 764

Kaliski, Julius *53,* 55

Kallmann, Hans 432, 470, *474,* 478f., 481, 487

Kalkoff, Hermann XXII, *6,* 7f., 10, 22–24, 39–41, 43f., 46, 62–64, 73, 75, 82–84, 94–98, 100, 104, 109, 112–121, 126, 131, 134–137, 139f., 148, 163, 166, 176, 180, 183, 195, 229f., 234, 239, 256, 259, 268, 273, 279, 285, 289, 295f., 299, 302, 304, 312, 329, 333, 351, 353, 361, 387, 400, 670

Kamarilla 712, 723

Kanada 403

Kandidaturen s. Wahlen

Kanzow, Karl XXVI, *4,* 5–11, 14, 23–25, 39–41, 75

Kapitalismus 245, 249, 403, 474, 572, 645f., 759f., 762f.
- Großkapital 430
  Diktaturgelüste 623
- Staatskapitalismus 622

s. a. Unternehmer; Wirtschaft

Kapp, Wolfgang XL, 123–126, 142, 188, 337, 420

Kapp-Lüttwitz-Putsch s. Putsch

Kardorff, Siegfried von *152*

Kartell der Republikanischen Verbände 696

Kassel 52

Kastner, Hermann *440f.*

Katholizismus s. Kirche, Kirchenpolitik

Kauffmann, Robert XXVIII, *18,* 53, 59f., 62, 76, 93, 113–121, 126, 129, 131, 134f., 137, 139,

148, 157, 160, 163, 166, 173–176, 180, 185f., 192, 195, 206, 213, 229, 234f., 239, 256, 259, 264, 266–268, 273, 279, 283, 285f., 289, 295f., 302, 304, 312, 317, 323, 329, 350, 354, 361, 387, 396, 398, 400, 419, 424f., 427, 431, 442, 452, 470, 478–481, 483f., 486, 505, 519, 522, 529, 554, 558, 578f., 612

Keinath, Otto XVIII, *5,* 50, 59, 67, 72, 76, 127–129, 186, 204, 230–233, 259, 317, 321, 332, 411

Kellogg-Pakt 450

Kempf, Rosa *92,* 764

Kempkes, Adolf *219*

Kempner, Maximilian XXII, *5,* 6–10, 12f., 17, 19, 22–24, 40f., 43–46, 62–64, 74, 81–84, 94–96, 98, 101, 113, 115–118, 126, 129, 134, 136f., 166, 175, 238, 295, 333, 350, 387, 429

Kempner, Paul *429,* 439, 452, 461, 479, 486, 519, 529, 554, 578–580, 594, 612, 619, 686

Keudell, Walter von 420, 431, 433, 444, 546

Kiel, Wilhelm *13f.,* 19

Kiep-Altenloh, Emilie 554

Kirche, Kirchenpolitik 144, 422f., 451
- Parteiprogramm über Staat und Kirche 8
- Kirchenwahlen 144
- Kirchenpolitik
  des Zentrums 28, 346
  der DNVP 90
  der SPD in Thüringen 222
- Marx als Führer des Katholikentages 345
- Klerikalismus 603, 706
- und Demokratie 90
- und Staat 346, 475, 512
- und Schulfrage 291–294, 475
  Klerikalisierung der Schule 291
  Religionsunterricht 291ff., 409
- evangelische Kirche 543
  in Preußen 522f.
  und Schulgesetzentwurf 432
  und DNVP 144
  und Konkordat 509, 511f.
- Weltkirchenbund (Deutsche Abteilung)
  Heidelberger Abrüstungsappell 451

s. a. Konkordat

Kissel (Leverkusen) 619

Kiesselbach, Luise 231, 400, 419, 424, 439, *440,* 442, 452, 470, 478, 480

Klassen
- Abbau der Klassengegensätze 30
- Gegner einer Klassenherrschaft 51, 123
- Klassenherrschaft durch politische Tätigkeit der Räte 51
- arbeitende Klassen 57
- Klassenkampf 271, 445, 495
  s. a. SPD
- Schichten ohne Interesse an Klassenpolitik 457

Klepper, Otto *673,* 682

Kniest, Wilhelm 128f., *137,* 441, 470, 619, 695, 703, 759

Knilling, Eugen von 307

Knörzer 41

Koch, Christian 698, *704*

Koch („Koch-Weser"), Erich XIIIf., XVIIIf., XXIV, XXIX, XLIV–XLVII, 19, *32,* 34, 37, 56, 66, 75, 77, 81, 84, 86, 98, 101, 112–120, 125f., 129–132, 135–140, 143, 147f., 151, 159, 163, 166, 169, 176, 179–185, 188, 195, 211, 219, 224, 229, 234–239, 256–259, 264, 268, 272–275, 279, 283–286, 299, 302–305, 311f., 317–324, 327–344, 347f., 350–357, 361–371, 374–377, 381–403, 407, 410–425, 429, 432, 437–446, 452–459, 462–474, 477–496, 499–507, 510–515, 519–534, 541, 544–551, 554–562, 567–581, 585f., 589–611, 643, 661, 721

Koch, Wilhelm *444*

Köhler, Curt XXVII, *54*

Köhler, Heinrich *434,* 451

König, Christoph *522f.*

Könke, Paul 458

Koerber, Lenka von 229, 234, 238f., 259, 264, 273, 279, 284f., 289, 295f., 299, 302, 304, 312, 317, 329, 333, 350, 353f., 361, 387, 400, 402, 419, 424, 429, 431, 437, 439, 442, 452, 470, 478f., 486–488, 492, 508, 515, 519, 522, 529, 554

Koerber, Norman *542,* 545f., 548f., 551, 572

Köster, Adolf *290*

Kolshorn, Else 53, 59, *60,* 75, 440f., 451

Kommunismus 57, 603
- und politische Streiks 86
- Kampf gegen 631, 676, 680

s. a. KPD

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) 186f., 217, 285, 294, 296, 311, 350, 519, 560, 564, 646, 656, 699
- und Sozialisierung 86
- Begnadigung von Kommunisten in Mitteldeutschland 185f.
- Unruhen in Sachsen (1921) 193
- Fürstenabfindung 376, 378, 380f., 385, 445
- Panzerkreuzer 472
- Reichspräsidentenwahlen (1932) 690
- Mißtrauensvotum gegen Groener 692
- in Preußen 698
- Kampf gegen Kommunisten 631, 655
- und DVP 655
- und SPD 152, 193, 378, 445, 655, 729, 738
  in Thüringen 310, 312

Konferenzen, internationale
- Brüssel (1920), Wiedergutmachung 223f.
- London (1921) XXXIX, 166, 170, 173f., 176, 204

- London (1921), Dezember-Konferenz der Alliierten 247, 250
  s. a. Entente
- Paris (1921), Alliierte Reparationskonferenz XXXIX, 170, 174
- Paris (1921), Entente-Konferenz 203
- Cannes (1922) 236, 247
- Genua (1922), Europäische Wirtschaftskonferenz 240–251
- London (1924), Dawes-Plan 328f., 449
- Locarno (1925) 449
- Genf (1927/1928) 4. und 5. Tagung der Vorbereitenden Abrüstungskommission 433, 451
- Paris (1929), Sachverständigenausschuß zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage 498, 502, 504, 507
- London (1931), Zahlungsmoratorium 644, 649f.
- Lausanne (1932), Reparationskonferenz 680, 689, 719f.

Konkordat
- Frage eines Reichskonkordats 401
- Preußen
  Verhandlungen, Inhalt 421–423, 473, 475, 508–513
  Verzicht auf Vorstandsbeschluß 479
- Bayerisches Konkordat 447

Konservatismus 433

Kopfsteuer s. DDP/DStP: Parteifinanzen

Kopp, Wilma *548*

Kopsch, Julius *43,* 204, 312, 356, 402

Korell, Adolf 302, 305, *327,* 329

Korruption 503, 542

Krängel 619, 693

Kraus (Stuttgart) 619

Krause, Marie *628,* 660, 669, 733, 737

Krause, Paul von *168,* 177f.

Krell, Heinrich *361,* 375, 387, 396f., 400, 424, 429, 431, 439, 442, 452, 466, 470, 478f., 486, 494, 515

„Kreuzzeitung" 88, 374

Krieg 111, 338
- Kriegszieldiskussion XII, XXVII
- Kriegsgefangene 22, 33f., 83
- Kriegsverbrecher 182
- Bürgerkrieg 261, 264, 627
- Kriegsfolgen 445, 623, 718

Kriegsschuldfrage s. Frieden

Kroch (Leipzig) 727

Krohn, Margot *748*

Krosigk, Lutz Schwerin von 720

Krüger, Hermann *92,* 111, 268, 271

Krukenberg-Conze, Elisabeth 85, *111*

Kühns, Frieda 305

Külz, Wilhelm XVIII, *110f.,* 113, 292, 296, 310, 329, 361f., 368, 380, 387, 389–392, 394–396, 400, 405, 408, 414, 416, 429, 431f., 437, 439, 452, 470, 478–481, 484, 486–489, 491f., 494, 505–508, 511, 514–516, 519f., 522, 527, 529, 554f., 560, 572, 578f., 593, 602, 612, 620f., 625–627, 637, 641, 643–645, 661f., 669–671, 674, 678, 681, 697, 711, 713f., 725–728, 732, 735, 738, 746, 749f.

Künne, Robert *232*

Kuenzer, Hermann 296, *298*

Kuhle, Gustav *118,* 120f., 126, 134, 136f., 139, 163, 176, 180f., 183, 195, 214, 234f., 238f., 256, 259, 273, 279, 285, 289, 295, 299, 302

Kulturpolitik 331, 342, 346, 356, 420, 526, 545f., 551, 553, 621, 623f., 634
- liberale Kulturdefensive 447f.
- Kulturtagung 673f.
- Kulturliberale 698
- Kulturreaktion 709
- Bildung
  Reform 540, 564
  Vereinheitlichung des Bildungswesens 553, 623
  Hochschulen 623
  Recht auf Bildung 623
- Kulturfragen in Preußen 640

s. a. Schule

Kundel, Carl 4, *40f.,* 45, 73f., 117f., 120f., 137, 140, 148, 163

Kuratorium für den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft XIV, XXXVI

Lambach, Walther *489*

Landahl, Heinrich *176,* 180f., 183, 186, 195, 213, 215, 229, 234f., 238f., 256, 258f., 273, 285, 289, 295, 304, 312, 317, 323, 327, 333, 335, 350, 353f., 361, 387, 393, 395, 400, 402, 412, 419, 431, 439, 452, 468, 470, 478f., 481, 485f., 492, 505f., 513, 515, 521f., 526, 529, 541, 544, 549, 587, 607, 612, 619, 714, 716, 724, 738, 742, 745–747, 749, 751, 754, 756

Landesrentenbank 547

Landwirtschaft 57, 89, 233, 351f., 449, 464, 536, 544, 553, 688f.
- Sozialisierung 145
- Getreideumlagegesetz 218, 239, 260
- Besteuerung 221, 686
- und Partei 236, 474
- Produktion 688
- Umstellung auf Viehwirtschaft 536
- Subventionen 660
- Bodenreform 60, 92
- Entvölkerung des flachen Landes 498

s. a. Agrarpolitik

Lange, Elsbeth 128f., *415,* 452

Lange, Helene 128, *443,* 461, 533

Lange (Oberst) 281
Lantzsch, Rudolf 419, 424f., 429, 431, 437, 442, 470, 478f., *508,* 579
Lasteyrie du Saillant, Charles *248,* 250
Lauterbach, Amandus 231, 305
Lassalle, Ferdinand 309
Laval, Pierre *663*
Lebach, Willy 361, 376, 387, *395f.,* 400, 402, 419, 429, 431, 437, 439, 442, 452, 470, 478f., 486, 493, 508
Lebenshaltung 658
- Lebensmittel
  Neuregelung der Versorgung 29
  Kommunalisierung 49
  Mangel 90
- und Wirtschaftssystem 51
- Mangel an Kohle 89f.
- Abbau 318
- Verteuerung 352, 453, 536, 689
- Preispolitik 546, 558, 560, 696

Ledebour, Georg *285*
Leers, Otto 452, 470, *531,* 561, 578, 612
Legien, Carl 123, 158
Lehmann (Sachsen) 16, 711, 713f., 727, 739
Lehrer XVI, 292
- Lehrerbildung 291, 293f.
  in Preußen 449
- und Konkordat 512
- Vertretung in Preußenfraktion 432
- Besoldung 658
- Lehrerschaft 292, 452
  in Württemberg 525
  in Baden 292

s. a. Schule; Kulturpolitik
Leinert, Robert *16*
Lejeune-Jung, Paul *667*
Lemmer, Ernst L, *82,* 305, 323, 333, 335, 350f., 354, 361, 387, 396, 400, 424f., 429, 431, 437–439, 442, 452, 460, 463, 469–471, 474, 479, 481, 484–489, 492, 501, 508, 515f., 519f., 522, 527–530, 532, 539, 547–549, 550, 554, 569, 572, 575, 578–581, 591, 593, 604–607, 609, 611, 619, 666, 679, 681, 683f., 702, 711, 713–715, 721, 724, 728, 731f., 737–739, 743, 746, 749
Leonhardt, Adolf 128, 625, *672*
Lerchenfeld, Hugo Graf von *267*
Leser, Guido *436,* 576
Levy-Rathenau, Josephine *18*
Lewin, Arnold *473*
Liberale Vereinigung 350, 401ff., 407, 410–417, 454, 458ff., 462–468, 473f., 532, 609
- Gründung XVIII
  in Bayern 413f.
- Bildung von Ortsgruppen 413, 415ff.
- Unabhängigkeit von Parteien 413
- und DVP 412, 414
- Ehrenvorsitz Koch-Weser 458, 462–467, 473f.
- (geplante) Tagung in Berlin 462, 466ff.

Liberalismus XVIII, XLVI, 165, 380, 405, 411, 413–417, 448, 461f., 467, 503, 539, 594, 603, 705, 738, 743, 757, 759
- Einigung des 146f.
- Sozialliberalismus 284
- Manchestertum 460
- und Reichseinheit 448
- und Kollektivismus 634
- Betonung des Nationalen und Sozialen 759

Liebig, Paul 678, 704, 713f.
Liebknecht, Karl *22,* 39f.
Liepmann, Paul 22, *27*
Liesching, Theodor 25
Liese, Otto 128f.
Liga für Menschenrechte 529, 696
Limbertz, Heinrich 177
Lindeiner-Wildau, Hans Erdmann von 539
Lippe 620, 640
Lippmann, Julius 23, *29,* 31, 33, 37, 90, 93
List, Friedrich XXVI
Listenverbindungen XII, XXVII, 149, 515
s. a. Wahlen
Litauen 697
Lloyd George, David 68, 170, 241–249, 251
Löbe, Paul 410
Löhne XLI, 51, 539, 628, 660f., 693
- Tarife 87, 665f., 718
- Lohn- und Gehaltspolitik 657f.
- Kürzungen 628
  bei Bauarbeitern 628, 641
  bei Gemeindearbeitern 665
- städtische Arbeiter 628

Löning, Karl *73*
Loesenbeck, Max 439, 554, *555*
Löwenstein, Kurt *291*
Londoner Ultimatum s. Entente
Lossow, Otto von *302,* 311, 372
Loucheur, Louis 200, 204
Lucas, Alexander XXVI
Ludendorff, Erich 182, 288
Ludewig, Friedrich *34*
Lüdemann, Hermann *177*
Lüders, Marie Elisabeth XLVIII, 6–8, 25, 39–41, 43, 45, *65,* 120, 127–129, 163, 238, 268, 350, 361, 387, 396, 398, 402, 419, 424f., 429, 431, 437, 439, 442, 449, 452, 467, 469f., 478, 519, 522, 529f., 549, 554, 561, 578–581, 593, 595, 608f., 612, 618, 620, 639, 643f., 668–672, 674f., 678, 681, 697f., 702, 704, 711–714, 723, 726f., 739, 741, 750, 762, 764
Lüth, Erich *451,* 515, 527–529, 541, 554

Luppe, Herrmann *29,* 34, 37, 292, 373, 414, 429, 502, 505, 661, 696, 764
Luther, Hans XVIII, 306, 333–336, 338–340, 350, 356, 361f., 365f., 369–371, 388–390, 392–394, 396f., 404, 519, 651
Lüttwitz, Walter Freiherr von 122f.
Luxemburg, Rosa 39f.

MacDonald, James Ramsey 322, *720*
Mac Kenna, Reginald *719*
Madsen, Max 53
Mahraun, Artur XLVf., *407,* 501, 531, 565, 568, 571f., 574f., 577, 584, 586–590, 592f., 598–601, 614, 681
Maier, Reinhold XLIXf., 90, 521, *525f.,* 661, 712, 723, 725, 746, 749, 751f., 755–759, 764
Maltzahn, Adolf Georg Otto (Ago) Freiherr von *243*
Marwitz, Bruno *15f.,* 19, 29, 33, 44, 47f., 50, 55, 58f., 62
Marx, Karl 309
Marx, Wilhelm 283, 305–307, 318f., 324, 330, 333, 339, 343–350, 365, 369f., 396, 420, 434f., 444, 524, 657
Marxismus 153, 157, 700f.
Mast (Berlin) *757*
Mattes 354
Matthaei, Walther 268, *272,* 295, 353
Mayer, (Frau) von 74f., 84, 94, 100f., 112f., 115, 118, 120f., 126
Mayer, Siegmund *222,* 376
Mecklenburg 605, 707
Meincke, Ernst 400, 402, *406,* 424, 429, 441, 470
Meissner, Otto 118, 718
Melchior, Carl XXXIX, *223,* 249, 296, 298, 351, 650, 652
Mende, Dietrich 437, 470, 479, 486, 515, *550,* 554, 556, 579, 670
Mende, Emil *33,* 53, 59, 92
Mendelsohn, Franz von *249*
Menzel (Justizrat) 147
Merck (Wahlkreisvorsitzender Hannover Ost) 439
Merten, Otto 231, 283, 312, *313,* 361, 439, 458, 607
Mewes, Fritz 519, 522, 529, 556, 579
Meyer, Oscar 118, *119f.,* 168, 296, 351f., 369, 413, 415, 429, 442, 454, 470, 486f., 494, 504, 508, 515f., 519–524, 527–532, 536, 544, 550, 554–556, 569, 576, 578–582, 592–600, 605–608, 611–613, 619, 645, 667f., 670, 672f., 681, 684, 686f., 691, 694, 702, 704f., 707, 710, 713–715, 723, 726, 731, 733, 735, 739f., 747, 749f., 754, 762f.
Meyer, Otto *385*
Michaelis, Georg *450*
Mickeleit (Pommern) 680
Militarismus 33, 54, 289
Misch, Anna *613*
„Mitteilungen der Staatspartei" 617f.
„Mitteilungen für die Mitglieder der Deutschen Demokratischen Partei" 74, 106
Mittelstand 55, 57, 405, 476, 500, 539, 701, 705
- Verhältnis zur SPD 15
- und Sozialisierung 49
- Tagung zu Mittelstandsfragen 137
- zwischen Arbeitnehmern und Kapitalismus 403, 420
- Unterminierung 453
- soziale Lasten 501
- in Württemberg 526
- und Nationalsozialismus 705

s. a. Handel und Gewerbe; Bauern
Möller, Richard 425, 439, 478, *627,* 691, 759
Moering, Ernst 361, *374f.,* 387, 391, 419, 424, 431f., 437, 439, 442, 452, 462f., 470, 478f., 486, 490, 493, 508, 511, 514f., 519, 522, 527, 529, 554f.
Moldenhauer, Paul *303,* 309
Mommsen, Wilhelm *301,* 339, 429
Monarchie XI, XXVII, 86, 175, 217, 222f., 225, 301, 339, 346, 365, 444
- und Ausland 253
- oder Republik 757, 760
- Monarchisten 264, 267, 271, 342, 347
- in Bayern 266, 288, 365
- monarchistische Gesinnungen in der Reichswehr 280–282

Mosich, Ernst XXXVII, 472, 519, *567,* 569, 715, 727, 743
Mosse, Rudolf 6
Mosse-Verlag 6, 520, 666
Mück, Friedrich *732*
Müller, Gustav 240
Müller, Elisabeth *613*
Müller, Herrmann XIX, 123, 260, 285, 501, 506, 530, 534, 544, 558, 657, 717
Müller (München) *34*
Müller, Fr. (Bielefeld) *292,* 431, 439
Müller-Heintz, C. G.(München) *440f.*
„Münchner Neueste Nachrichten" 260
Mugdan, Otto 24
Muhle, Hans *519,* 522, 526, 529, 532, 569, 578f., 596f., 610, 640, 683
Mumm, Reinhard *546,* 603
Mussolini, Benito 411, 446

Napoleon 724
Nation
- Pflege des nationalen Gefühls 209

- nationale Gemeinschaft 701
- nationale Gesinnung 612
- nationaler Gedanke 209, 619, 624, 757f., 762
- vaterländische Gesinnung 195
- nationale Welle wegen Oberschlesien (1921) 210
- Deutschtum 12, 15, 70, 255, 446
- Volkstum 252, 446
  und Staatsangehörigkeit 446

Nationalismus, Nationalisten 296, 318, 539, 632f.
- und Jugend 111
- in Bayern 285

Nationalliberale XIf., XXII, XXVIf., 3, 5, 14, 19f., 63, 146, 237, 307, 310, 332
- Jungliberale 150

Nationalsoziale Partei 213, 413

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) XIX, XLIV, L, LVI, 285, 288, 294, 297, 520, 558, 560, 564f., 588, 603, 620, 626, 646, 655f., 674, 677, 684, 693f., 699, 705f., 714, 746, 749
- Parteitag in München (1923) 287f.
- in Bayern 297, 696
- in Württemberg 297, 712
- in Sachsen 527
- in Ostpreußen 628
- in Oldenburg 633
- in Bremen 636
- in Hamburg 704
- „Stürmer"-Prozeß 373
- Verbot des „Völkischen Beobachters" (1923) 302
- Störung Stresemann-Rede 449
- und Antisemitismus 594
- Wähler, Wahlen 560, 631, 633, 635f., 687, 708
- Auszug aus dem Reichstag 620, 627, 630
- Subventionen durch industrielle Kreise 621
- „Staatszerstörer" 612
- „Vorfrucht des Kommunismus" 631, 677
- „Knechtseligkeit der Nationalsozialisten" 634
- und Arbeitnehmer 699
- in Gewerkschaften 677
- und Kommunismus 639
- Programm 637
- Vertretertagung der „nationalen Opposition" 644f.
- Boxheimer Verschwörung 677, 693
- SA 677
  Aufhebung SA-Verbot 720, 725
- Aufhebung SS-Verbot 725
- Reichspräsidentenwahlen 690, 693
- und Studentenschaft 692
- und Frauen 636f., 723
- Klerikalismus 706
- Kampforganisation 699f.
- und Zeitungen 708
- Verhältnis zur Macht 695f., 700, 719
  Machtergreifung 696
- Vorgänge um Groener-Rücktritt 711
- Vorgänge um Brüning-Rücktritt 719
- und Kab. Papen 742
- Verhandlungen über Regierungsbeitritt 742

Nationalversammlung XII, 29, 38, 50, 58, 88, 122
- Verfassungsausschuß XLIII
- Zusammenarbeit mit SPD 15, 17, 21, 26–34
- Kritik am Tagungsort 24
- Entlassung Kriegsgefangener 33f.
- Reichsverfassungsentwurf 34–38
- und Reichseinheit 36
- Souveränität 35f.
- wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe 46
- und Sozialisierung 54, 56
- und Räte-Kongreß 56f.
- und französischer Nationalkonvent 60
- zum Friedensvertrag 71
- Wahl Eberts zum Reichspräsidenten 239

Natzler 376

Naumann, Friedrich XI, XIV, XXIV, XXVI, XXXVf., *4*, 8, 10, 22, 27, 75f., 81–83, 85, 96, 99, 103, 108, 156, 213, 301, 380, 414, 416, 513, 538, 543, 562, 569, 588
- Verein „Friedrich Naumann" 139

Nebelung, Wilhelm *59*, 62

„Neuer Staat", Verlag 354ff., 740

Neumann-Hofer, Adolf 235, 238, 273, 279, 285, 296, 299, 312, 329, 698

Neumann, Johann 406

Neumann 724

Nicolai, Georg 39

Niederlande s. Holland

Niedersachsen 35f., 38

Noske, Gustav 89f., 96, 369

„Novemberverbrecher", Agitation der Nationalsozialisten nach Ruhrbesetzung 287

Norddeutsche Wollkämmerei 650ff.
s.a. Darmstädter- und Nationalbank

Norddeutscher Bund 423

Nordwestdeutscher Handwerkerverband
- Vertretung bei Kandidaturen 140f.

Notverordnungen 629, 638, 646, 654, 667, 669, 695, 706, 755
- in Preußen 723ff.

- zur Deckungsvorlage (16. 7. 1930) und Reichstagsauflösung (18. 7. 1930) 556f.
- 1. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen (1. 12. 1930) 618, 630, 635, 638, 648, 665
- 2. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen (5. 6. 1931) 648, 665f.
- „Dietramszeller" Notverordnung (24. 8. 1931) 695
- zur Sicherung der Ernte und der landwirtschaftlichen Entschuldung im Osthilfegebiet (17. 11. 1931) 691
- 4. Notverordnung zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen (8. 12. 1931) 675
- und Rücktritt Brünings 717–720
- zum Schutz der Wirtschaft (9. 3. 1932) 760

Nuschke, Otto XX, LII, 3, *4*–18, 21–25, 28–30, 40, 43, 62–64, 72, 74, 82–85, 95–99, 112–121, 124, 126, 129–140, 146, 148, 154, 156, 160, 163, 166, 175f., 179–186, 193, 195, 229–231, 234–239, 256, 263, 266, 273, 279, 295–298, 302, 312, 344f., 354, 357, 361, 380–382, 387, 395–398, 402, 416, 429, 431, 437–440, 452, 465, 470, 476–481, 486, 491, 494, 519, 522, 524, 529, 531, 554f., 578f., 603, 612, 617–621, 625–628, 640–647, 661f., 666, 670–674, 677–681, 684–688, 697f., 703f., 708–714, 717, 726–728, 731, 739–743, 746, 749, 752, 757, 764f.

Oberschlesien XVII, 185, 193, 196–212, 219f., 223, 225, 247, 252–255, 447
- polnische Agitation 172
- Abstimmung 172
- polnische Insurgenten 181
- Schiffer, Kommissar in Oberschlesienkommission XVII, 220ff., 252–255

Oehlke, Alfred 175

Oeser, Rudolf 118, *119*, 147, 167, 176, 182, 195, 205, 212, 229, 238f., 259, 285, 287–289, 293f., 296, 298, 302, 304, 306, 312, 328

Österreich 173, 218
- Anschlußbestrebungen und Kredit des Völkerbundes 173
- Anschluß 173, 451
- parteipolitische Lage 424

Österreichische Kreditanstalt, Zusammenbruch 650f.

Oldenburg 264, 620, 633, 640, 643, 676, 707

Olschowski, Kazimierz 255

Olshausen, Franz *572*

Opposition XIII, XVI, XVIII, XIX, 55, 84, 87, 89ff., 321, 322, 333–336, 338, 340, 356, 401, 421, 423, 544, 695, 736, 740, 751

Organisation s. DDP/DStP

Osthilfe 548, 690, 762
s. a. Agrarpolitik

Ostmarken 10f., 193, 622

Otto, Reinhold 22, 289, 439

Pachnicke, Hermann XII, XXVI, *8*, 23, 34, 114

Panzerkreuzerfrage s. Reichswehr

Pape, August *92*, 149

Papen, Franz von Lf., 713f., 720f., 723–725, 742f., 748

Parisius 638, 666

Parlamentarismus 49, 55, 87, 168, 298, 362f., 369f., 372ff., 384, 457, 472, 476f., 497, 575, 661, 716, 721, 728, 742f., 745
- berufsständisches Parlament 60
- Vielparteiensystem 269, 363
- Partei(en)gezänk 187, 366
- Parteienzersplitterung 187, 262, 390, 414, 432, 437, 476f.
- Parteiismus 496
- Parteienbewegung 546
- Zweiparteiensystem 461
- Parlamentsreform 540
- Frage der Regierungsform 659f., 745
  Direktorium 659ff., 711
  Diktatur 660
  „Directoire" 724
  Präsidialkabinett 742
  Präsidialsystem 747

Parteiausschuß (PA) s. DDP/DStP

Parteibeamte/-sekretäre s. DDP/DStP

Parteifinanzen s. DDP/DStP

Parteileitung/-führer s. DDP/DStP

Parteiprogramme s. DDP/DStP

Parteitage s. DDP/DStP

Parteivorstand s. DDP/DStP

Partikularismus 307, 369, 477
- und Zentrum 26, 28
- Preußen 36
- Süddeutschland 36
- Niedersachsen 38
- Bayern 28, 447, 503
- der BVP 375
- fürstlicher Partikularismus 434

Paulsen 329

Payer, Friedrich von XXVI, 101, 118, *151*, 189, 329, 419, 470, 525f., 647

Pazifismus XII, XLV, 338ff., 361, 472, 474f., 480, 515, 527, 575, 590, 619, 626, 632, 637
- und Friedensvertrag 68

s. a. „Die Menschheit"; Deutsche Friedensgesellschaft

Peikert, Emil *97f.*

Peill, Leopold *89*, 94, 143, 231

Peters 347

Petersen, Carl XXIV, XXXIV, XLVIf., IL, *19,* 32, 75, 77, 81f., 84f., 88–103, 108, 111–122, 125–157, 160, 163–167, 170f., 175f., 179–196, 201, 204, 207, 210–224, 229–240, 251, 255f., 259–261, 265–275, 279, 283–290, 295–305, 317, 321, 323, 326, 329, 340, 353–355, 361, 390, 400, 419, 423, 429, 437, 442f., 448, 451f., 459, 466, 468, 488, 495, 508, 519, 522, 525, 529, 532, 562, 597, 612, 619, 661, 666, 704, 714–716, 722, 734, 741, 746, 748–757, 763f.

Petersen (Lübberstedt) 619

Pfeiffer, Arthur *91*

Pfeiffer, Maximilian *19*

Philipp, Albrecht *371*

Pick, Otto 128

Planck, Mathilde 424

Platen, Curt 122, *145f.,* 231, 733

Poetzsch-Heffter, Friedrich L, 519, *617,* 661, 663

Pohlmann, Alexander *232,* 440

Poincaré, Raymond 251

Polen 12, 172f., 253ff., 287f.
- Groß-Polen 38
- Wiederaufrichtung des Königreiches 69
- deutsch-polnisches Abkommen (1922) 252
- und Friedensvertrag 66
- Selbständigkeit 70
- wirtschaftliche Sperre 254

s. a. Oberschlesien

Polizei
- Schutzpolizei 281f.
  und Nationalsozialismus 635
  Gehaltsabzüge 676
- und Reichswehr (Art. 48) 418
- Kriminalpolizei in Bayern 267
- und Republikschutz 256f.

Pommern 86, 90

Poncet, André Francois *663*

Popitz, Johannes *501*

Prentzel, Alexander *217,* 231, 283

Presse
- demokratische 10, 67, 69ff., 96, 173f., 188, 331, 338, 371f., 412, 422, 464, 504, 515, 524, 624f., 656, 668, 704
- Rückgang 91
- demokratischer Presseverein 91
- Verband der Demokratischen Presse XXIX, 41, 52
- und DDP/DStP XXIX, LIV–LV, 5, 24, 41, 49, 52, 62, 76, 83, 92, 175, 224f., 260, 262f., 332, 335, 343ff., 347ff., 407, 414, 421f., 437, 464, 466f., 503f., 531, 537, 604, 644, 666, 668, 673, 704, 709, 733, 741, 745, 754, 756
- und Fraktion 49, 52f., 260, 262
- Treffen mit Verlegern 239
- Provinzpresse 141, 336, 465, 568
  Lage 141, 235
  und Fusionsfrage 459
  zu Fusion mit DVP und Schleswig-Holsteinischer Landespartei 149
- großstädtische Presse 144, 461, 467, 733
  und Fusionsfrage 144
  und DVP 146
  „Heiligsprechung der Weimarer Koalition" 346
- Berliner Presse 347, 455, 462, 465, 520f., 756
  und Fürstenabfindung 422
- Presse(-apparat) der Partei 708
- volksparteiliche (Provinz-)Presse 146
- deutschnationale Presse 70f.
- Rechtspresse 417, 446
- sozialistische Presse 86
- sozialdemokratische Presse 179, 281, 372
  „Vorwärts" 86f., 224, 262, 655

Preuß, Hugo XIIf., XXV, *23–25,* 27, 34, 36–38, 47, 52, 58, 127, 139, 146, 166, 171, 175f., 179–181, 184, 195, 209, 213f., 229, 234f., 237–239, 256f., 259, 265f., 268, 271, 273f., 285, 287, 289, 296, 298–300, 302–304, 312, 323, 338, 429

Preußen
- „Fall Preuß" 23–25
- Einheit 22f., 34–37
  Groß-Preußen 35, 38, 423, 434, 496
- Verwaltung, Beamtenschaft 92, 223, 406, 657, 700
  Kontrolle politischer Betätigung 625
  NS-Beamte 635
  Verwaltungsreform 91
- Dualismus zum Reich 125, 167, 169, 252
- Staatsrat 176
- Besetzung von Ober- und Regierungspräsidien
  Kassel 523, 528
  Stettin 523f., 528
  Magdeburg 523, 528
  Erfurt 523, 528
- Anschluß von Mecklenburg-Strelitz 529, 640
- Anschluß von Anhalt und Schaumburg-Lippe 640
- Kommunalgesetzgebung 634
- Enklaven 634
- Provinzialautonomie 634, 640
- „Gefahr durch Wirtschaft und Kommunisten" 646
- Verhältnis Regierung zu Provinziallandtagen 167
- Regierungsbildung 1921 164–171, 177ff., 184f., 192ff.
- Standesherrenfrage 657
- Versuche zur Kabinettsbildung (1925) 339, 344, 347f.
- Landesversammlung 36, 38
- Ostausschuß des Landtages 356

- Schutzgesetze 265
- Groß-Hamburg-Gesetze 429
- Besteuerung freier Berufe 493f., 501
- Leistungen der Regierung 656f.
- Pressenotverordnung (1931) 656f.
- Regierungsumbildung 1930 522ff.
- Notverordnung zum Wahlgesetz 667f.
- Regierung und Ostprogramm 547f.
- Abstimmungskämpfe in Grenzgebieten 657
- Finanzlage 350, 657ff.
- Kampf gegen Nationalsozialismus 676f.
- Hafengemeinschaft mit Hamburg 640
- Ostfrage 640
- „Kampf um Preußen" 630, 633, 698–702
- Alt-Preußentum 719
- Notverordnung zum Ausgleich des Haushalts 723ff.
- Absetzung der Regierung (1932) L, 748
- Fraktion DDP/DStP XVII
  Vorwegnahme der Gemeindewahlen 25
  Fraktionssekretariat 65, 136
  Pressebüro 73
  und Reichseinheit 85
  Besprechung mit SPD-Fraktion 138
  und Vorstand 176, 184f., 524
  und Ultimatum der Entente 182
  und Schutzgesetze (1922) 265
  Zusammensetzung XVI, 432
  Lage 483
  und Gründung DStP 587f., 592, 603
  Verhältnis zu Höpker-Aschoff 619, 673
  Arbeit der Fraktion 634f., 639f.
- Minister
  Heine 90, 92
  Oeser 167
  Fischbeck 167
  Braun 222
  am Zehnhoff 257
  Finanzminister 405
  Finanzminister Höpker-Aschoff (Rücktritt) 673
  Staatspartei bei Neubesetzung brüskiert 673f.
  Finanzminister Klepper 682
- Innenministerium 677
  Personalpolitik 168
- Besetzung des Kultusministeriums (1930) 522f.

Protestantismus s. Kirche, Kirchenpolitik

Prütz, Max *591,* 607

Pünder, Hermann *645*

Putsch 444
- Kapp-Lüttwitz XIV, XL, 122–126, 142, 188, 281, 326, 337, 420
  Folgen in Bayern 326
  Verhandlungen mit Putschisten 117
  und Rechtsparteien 122ff.
- Putschisten in Bayern (1921)
  Gefahr eines Rechtsputsches 190
  Reichsmittel 193
- Putschpläne der Baltikumer 118
- Putschgefahr (1923) 296

Quaatz, Reinhold *444*

Quidde, Ludwig XII, *30,* 34, 57, 61, 64f., 68–71, 118f., 127, 275, 339f., 361, 388, 415, 474f., 480, 571, 573, 576, 607, 611, 613

Rade, Martin 85, 223, 275

Radikalismus 564, 584, 588, 603, 606, 611, 618, 698–701, 703, 715, 763
- Radikale 28, 49, 53, 619
- Linksradikalismus/radikale Linke 27, 159, 185, 294, 311, 631
- radikale Rechte 217, 288, 294, 311
- Diktatur des Radikalismus 50
- und Jugend 461

s. a. Terror

Rämisch (Krefeld) 619

Räte, Rätefrage 44, 48, 50–61, 193
- Arbeiterräte 32, 60, 87, 90, 100
  und Betriebsräte 59
  und Gesetzgebungsrecht 60
- Soldatenräte 23, 32, 100
- Abbau des Rätesystems 28f., 32, 34, 87, 90
- Rätesystem und Demokratie 50
- politische Tätigkeit 51
- Kasseler Arbeiter- und Soldatenrat 52
- und Gewerkschaften 53
- Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte (1918) XLII
- Rätekongreß (1919) 53
  und Nationalversammlung 56f.
- Arbeiterzentralrat (Plan Bernhards 1919) gesetzgeberisches Mitbestimmungsrecht 60

s. a. Betriebsräte; Bürgerräte

Ranzenhofer, Alexander 135

Rapallo s. Entente; Reichstag

Raschig, Friedrich *309*

Raschke, Konrad XXVIII, 53

Rath, Gusta *480,* 486, 515, 519, 522, 526, 578, 612

Rathenau, Walther XVII, XXIII, *140,* 182, 186, 200, 202–207, 210–212, 216, 223, 234, 236–238, 240, 242, 244, 246–248, 253, 256, 258–260, 263–265, 268, 271, 280–282, 446, 449, 571

Rathgen, Karl 333, 353, 361

Rathje, Johannes 4, *6,* 24, 34, 39f.

Rauecker, Bruno 304, 333, 353f., 361, 387, 396, 400, 402, 419, 424, 437, *440–442,* 470, 486, 519, 551, 554

Rautenstrauch, Wilhelm *224*
Rave, Julius *441*
Reaktion 171, 326, 433, 448, 724, 737, 748, 751f., 757, 763
Rechberg, Fritz 338
Recht, Rechtspolitik
- Strafrecht 87
- Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit 133f.
- Staatsanwaltschaften 188, 256f.
- Richterproblem 188
- Klassenjustiz 192
- Reichskriminalgesetz-Entwurf 267
- Prozeßreform 306, 312
- Schöffengerichte 306
- Schwurgerichte 306
- Demokratisierung der Justiz 376
- Reichsverwaltungsgericht 408
- Verfassungsmöglichkeit von Gesetzen 408
- Sammlung des Reichsrechts 408
- Strafgesetzentwurf 434
- Staatsgerichtshof 58, 497, 523
- Reform des Familienrechts 500f., 505f.
- Meineid 506
- Todesstrafe 435ff., 515
- unabhängige Rechtsprechung 626
- Schutz der persönlichen Ehre 625
- Arbeitsgerichte XLII, 629

Rechtsregierung 171, 322, 390, 433, 646, 692, 695, 736

Reich
- und Länder 257, 292, 308, 374, 423, 434, 477, 497
- und Bayern 188ff., 193, 195, 266f., 288, 302, 307, 310, 365, 422, 497
- und Preußen ILf., 125, 167, 169, 252, 646, 659f., 667

Reichelt, Ernst 479, 486, 508
Reichert 85
Reichsbank 652f.
Reichsbanner 374, 391, 407f., 414, 438, 565, 569, 571, 575, 591, 595, 599, 613, 619, 676, 679f., 682ff., 686, 696
- Gründung 328
- Beitrittserlaubnis 329
- Ausschlüsse 527f.

Reichsbürgerpartei, Gründungsfrage 666
Reichsbürgerrat s. Bürgerräte
„Reichsdienst der deutschen Presse" 354, 356
Reichseinheit 11, 24, 34–37, 267, 300, 303, 307, 365, 369, 375, 405, 408, 660
- Einheitsstaat 61, 429, 434, 437, 445, 447f., 451, 457, 497, 502ff., 520, 565
  Volksabstimmung (erörterte) 61
  dezentralisiert 434, 472, 496
  Großdeutschland 418f.
  Nationalstaat 35, 451, 621
  Bundesstaat 35, 37, 310
  Reichsangehörigkeit 447
  Richtlinien 502–507
- Selbstverwaltung 35, 61
- Unitarismus XIII, 34, 37f., 189, 307, 365, 374, 403, 411, 421ff., 448, 505
- Föderalismus 11, 34, 188, 307, 365, 372, 434
  Selbständigkeit der Bundesstaaten 61
  Föderativer Gedanke 9, 266

s. a. Reich-Länder; Reichsreform

Reichsgeschäftsstelle s. DDP/DStP

Reichskreditgesellschaft AG 652

Reichsministerien 33
- Reichsarbeitsministerium 665
  Minister Brauns 370, 446
  Minister Stegerwald 628, 691, 717f.
- Reichsaußenministerium 242, 249, 445f., 501
  Simons 166, 173, 175, 181, 183, 204
  Rosen 200
  Rathenau 242ff.
  Stresemann 327, 365, 637
  Curtius 637, 648
- Reichsernährungsministerium
  Dietrich XIX
  Schiele 547f.
- Reichsfinanzministerium 307, 628, 635, 663
  Reinhold XIX, 414, 433, 451
  Schiffer 47, 55f., 58, 89
  Dernburg 47, 89
  Erzberger 87–92, 115f., 122
  Hermes 244, 250, 297
  Köhler 434, 451
  Hilferding 504
  Dietrich IL, 556, 558ff., 633, 63f., 642, 646f., 661, 665ff., 693, 695, 716, 748, 755, 761
  von Krosigk 720
- Reichsinnenministerium 365, 692
  Wahlgesetzentwurf 116, 307f.
  Preuß 47, 58
  Koch-Weser XIII, 135
  Jarres 324
  von Keudell 420, 433, 444
  Severing 496f.
  Wirth 552
  Groener 677f.
  von Gayl 720
- Reichsjustizministerium
  Schiffer XIII, 123, 182, 193
  Koch-Weser XIII, 495, 500, 503
  Marx 365
- Reichsschatzministerium
  Gothein 47, 58
- Reichsverkehrsministerium
  Oeser 306
- Reichswehrministerium 410, 417
  und Untersuchungsausschuß (Marine) 371
  Noske 89f., 96

Gessler 182, 193, 265, 301f., 306, 344
Einsetzung 118
„Fall Gessler" 280ff.
Gessler-Seeckt 301–305, 417
Verbleiben im Amt 343f.
erörterter Parteiausschluß 357, 367–370, 373f.
erörterter Rücktritt 414f., 417
Parteiaustritt 420f., 423, 456
Groener
Erlaß 687, 689–697
Rücktritt 711f.
- Reichswirtschaftsministerium 56, 628
Erklärung zur Kommunalisierung der Lebensmittel 48f.
Becker 286, 297
Dietrich 533
Hamm 306
- Reichsministerium für Wiederaufbau
Rathenau 182, 186, 200, 204
Gessler XIV
- Reichsminister ohne Portefeuille
Gothein 47

Reichsnotopfer s. Steuern

Reichspartei für Volksrecht und Aufwertung XVI, 401, 413, 440, 442f., 445, 523

Reichspräsident 301, 323, 327, 363, 677f.
- Wahlverfahren 35
- Amtsführung 35
- Bildung Kab. Fehrenbach 130
- Ebert und Regierungsbildung in Preußen (1921) 177ff.
- Umbildung Kab. Wirth I 198, 219ff.
- Ebert: Magdeburger Prozeß 336
- Tod Eberts 336f.
- Zuständigkeit 446, 544, 723, 745
- und Flaggenfrage 388–394
- Bildung Kab. Brüning 541
Rücktritt 717ff.
- und Young-Plan 544
- Bildung Kab. Papen 713, 742, 745

Reichspräsidentenwahlen 239, 256, 340–350, 456
- Kandidatur Damaschke 98
- Kandidatur Hindenburg 117
- Kandidatendiskussion (1922) 239
- Wahlen 1925 XVIII, 336, 338f., 341–349
- Wahlen 1932 IL, 678–681, 685f., 690, 692f., 695–698, 700f., 703, 747
Komitee 679
Sahm-Komitee (Hindenburg-Ausschuß) 686, 716
Kandidatur Hitler 689, 693
Kandidatur Duesterberg 689
Kandidatur Hindenburg 679f., 685f., 690, 697, 747
- Werbeversammlung 686
- Reichspräsidentenwahl und Preußenwahl 693, 695

Reichsreform XIII, XIX, L, LVI, 471f., 477f., 496f., 500, 502f., 505, 526, 540, 542, 551f., 558, 564, 638, 659–663, 695, 745

Reichsregierungen s. Kabinette

Reichsstädteordnung 447, 520
s. a. Reich-Länder; Reichseinheit

Reichstag
- Ausschüsse
Sozialausschuß XLI
Wirtschaftsausschuß XLI
handelspolitischer Ausschuß XLI, 632
8. Ausschuß 191
Steuerausschüsse 232–235
Untersuchungsausschuß zu Rathenau-Mord und Reichswehr 280
Untersuchungsausschuß über die Marine-Meutereien 364, 368, 370f.
Ausschuß für Bildungsfragen 290
Bildungsausschuß 431, 435, 452
Rechtsausschuß 376ff.
Ausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung 725
- Sozialisierungsdebatte (1920) 144
- Ausscheiden von Frau Lüders 163
- Auflösungen XLIV, 330, 549, 556f., 581, 609, 720, 723, 725, 752
(diskutierte, nicht realisierte) 183f., 230, 257, 261–266, 272, 303, 322, 328, 355, 357, 385, 391, 394, 435, 530, 536, 544, 629, 754
- Ratifikation des deutsch-polnischen Abkommens (1922) 252
- Debatte zum Rapallo-Vertrag 252
- „Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte" XVIIf., 268–276, 279, 283
und DNVP 269
Erfahrungen in Braunschweig 272
- parlamentarische Arbeitsgemeinschaft (SPD/USPD) 268–272
- Vertretung des Mittelstandes 403
- erörterte Arbeitsgemeinschaft (1930) 539
- Mandatsniederlegung Hellpach 541
- Mandatsniederlegung Koch-Weser XLVI, 597, 600–603, 605–612
- Mandatsniederlegung Lemmer 609, 611
- Mandatsniederlegung Dietrich 739
- politische Strömungen 603
- Auszug der NSDAP-Abgeordneten 620, 629f.
Diätenfrage 629f.
- vorgeschlagene Diätenkürzung 673

Reichsverband der deutschen Industrie 295

Reichsverband des Deutschen Handwerks 140

Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe 438

Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellter XL
Reichsverfassung XIIf., LVI, 29, 32, 184, 187f., 191, 194f., 217, 307, 329, 371f., 496, 540, 544, 558, 564, 699f., 716, 721, 745
- Entwurf 34–38
- Art. 48 188, 311, 530, 535f., 541, 544–548, 555–558, 561
  Ausführungsgesetz 401, 409, 414, 416ff., 558
- Art. 146 (Schulkompromiß) 290
- Art. 165 (Wirtschaftskammern) 475
- Mittelstandsartikel XLIII
- und Wahlrecht 57, 116
- Ablehnung durch Rechtsparteien 124
- Grundrechte 124
- und Schulfrage 290, 292f., 422, 436
- bayerische Denkschrift zur Revision 307, 310, 365
- Bekenntnis zur Verfassung 339f., 723
- und Volksentscheid 384, 386f.
- und Privateigentum 399
- und Flaggenfrage 389
- und Reichswehr 418
- und Reichsreform 447, 660
- und Mißtrauensvotum 496
- und Kirche 509, 512f.
- und Notverordnungen 557
- Reform 307, 496f., 695
- Präsidialgewalt 745
- Verfassungstreue 683
- „übertriebene Zentralisation" 307

s. a. Preußen; Republik; Reichsreform
Reichsversicherungsanstalt XLII
Reichswehr XIII, LVI, 28, 30, 259, 265, 288, 302f., 357, 371, 374f., 412, 415f., 431, 481, 544, 622, 691, 695
- Generalkommando in Stettin 90
- Offiziere 89, 280ff., 370f., 374, 414, 422, 691f., 712
  Bund deutscher Marineoffiziere 22f.
  Wahl 23
  Ernennung 28f.
  und Nationalsozialismus 635, 692
- Abschaffung der Rangabzeichen 23
- Kommandogewalt durch Soldatenräte 23
- Aufbau 28f., 301
- Heer 472
  Aufbau 29
  Heeresfrage 30, 33f.
- „Republikanischer Führerbund" 96, 99
- Unterordnung unter das Zivil 87, 90, 414, 418
- und Kapp-Putsch 123, 125
- Militärgerichtsbarkeit 133f.
- und Republik, Staat 264, 280ff., 301, 372f., 412, 418, 505, 636, 656
- Fall Reinhardt 422
- Ordensangelegenheiten 280f.
- Rathenau-Feier 280ff., 371
- Entpolitisierung 301, 308
- Reichswehrgesetz 372
- Demokratisierung 280ff., 357, 376
- Reorganisation 405f., 418
- Rekrutierung 29, 412, 418, 691
- Flotte, Marine 472
  Flottenprogramm 627, 638
- Panzerkreuzerfrage 472–475, 477, 536, 544, 626–629, 631, 636, 638
- Militär-/Wehrpolitik 546, 634
- Gehaltsabzüge 676
- Groener 712
  Erlaß 687, 689–697
  Mißtrauensvotum 692, 694ff.
  Rücktritt 711f.
- und Studentenschaft 691

s. a. Reichswehrministerium
Reichswirtschaftsrat XL, XLIII, 126, 194, 475
- und Ultimatum der Entente 182
- Reparationsausschuß 194

Reichszentrale für Heimatdienst 636
Reformen 328, 539f., 548, 564
- politische 50
- in Preußen 634f.
- Reform der Demokratie 695

s. a. DDP/DStP; Reichsreform; Republik
Reif, Hans 554, *569,* 578f., 609, 612, 620, 641, 670, 673f., 676, 681, 685f., 697, 704, 711, 714, 726f., 739
Reinhardt, Else *487*
Reinhardt, Walther 422, 506
Reinhold, Peter XIX, *217,* 304, 312, 361f., 368, 372, 374, 387f., 392f., 400, 403, 405–407, 418, 433, 451f., 470, 479, 501, 508, 512, 514f., 519, 529, 554f., 591, 598, 667f., 711–714, 723, 733f., 739, 743, 746
Remmele, Adam 497
Remmers, Ernst XLII, 6–*8,* 9, 23, 34, 45, 62, 73, 82, 84, 116, 127
Renker, Fritz 439
Reparationen, Reparationsfrage XVIIf, XL, 170, 197–211, 231ff., 241, 246–251, 255, 284, 298, 321, 325, 471, 498, 502, 507, 621f., 629f., 639, 641, 647–651, 659, 663, 666, 678, 689f., 703, 719f.
- Forderungen Frankreichs 174
- und Presse 174, 504
- Reparationskommission 181, 217, 220, 247, 250f., 283
- Finanzprogramm der Partei 184

- Zahlungen in Gold 197
- und Wirtschaft 231, 502, 507
  Anleiheangebot der Industrie XVII, 199, 201, 295
- und Steuern 231ff.
- Ermäßigung 231
- und Rußland 241
  Verhandlungen in Berlin 242f.
  Rapallo 243–246, 248, 250f.
- Vorschlag eines Moratoriums 283
- Dawes-Komitee/-Kommission
  Gutachten 318f., 322, 324, 326, 328, 331
  Gesetze 328f., 381
  Plan 446
- Ehrenpunkte 321
- Generalagent für Reparationszahlungen 498
- Young-Plan 520, 544, 630, 647–649
  Memorandum Schacht 630, 647f.
  Revision XLVI, 630
- Zahlungsmoratorium 644, 652
- Hoover-Plan 649, 651, 663f.
- Sachlieferungsverträge 649

s. a. Konferenzen, internationale

Republik

- Festigung, Eintreten für die Republik XLII, 22, 133, 194ff., 217, 230, 236, 264, 268, 281, 287, 303, 318, 332, 339, 355, 408, 418, 420, 446, 448, 542, 564, 611f., 621, 634, 660
  prorepublikanische Kundgebung 185f.
- Bourgeoisie-Republik 335
- demokratische und soziale Republik 545
- Staatsgesinnung 558
- evolutionäre Republik 566
- republikanischer Volksstaat 551
- Gefährdung der Republik 264
  durch Artikel 48 535
- Kampf um die Republik 742
- Schutz der Republik XVIII, XLI, 260, 266, 418, 687, 696
  Verordnung von 1921 188, 256
  Verordnung von 1922 256ff.
  Maßnahmen 256ff., 271
  Gesetze 262, 263f., 268, 271, 272, 282
  republikanische Verbände 679, 682
  Eiserne Front 679, 681, 683–686, 694, 696, 707
  Versammlung in Berlin 679, 682ff.
  Kartell der republikanischen Verbände 696

Republikanische Aktion 681–685, 696

Republikanische Partei, Gründungsabsicht 456, 458

Reventlow, Graf Ernst von 362

Revisionsausschuß s. DDP/DStP

Revolution 28, 31f., 50f., 53, 86, 91, 111, 188, 222, 309, 333, 335, 382, 448, 677

- und Evolution 217, 142, 433
- von rechts 222, 656
- revolutionäre Bewegungen 311
- Novemberumwälzung 587

Rexrodt, Wilhelm XIX, XXX, LII, *508,* 513, 515, 519, 521f., 529f., 554, 579, 587, 593, 612, 620

Rheinbaben, Rochus Freiherr von XLVI, 446, 602

Rheinische Landesbank 653

Rheinland 92, 203, 280, 301, 310

- Rheinlandbesetzung 170, 175, 186, 289, 306, 321, 447, 472, 474
  Widerstand 172, 175, 301
  Sanktionen 170, 172, 175, 205, 321
  Staatssekretär für besetzte Gebiete 170
  Besatzungskosten 309
- Interalliierte Rheinlandkommission 306, 309
- Rheinlandräumung 445, 448, 450, 471, 534

s. a. Separatismus

Rhode, Friedrich 439

Richter, Eugen *463,* 706

Richter, Ernst von 381

Richter, Johannes 305

Richthofen, Hartmann Freiherr von XXVI, 3–9, *18,* 34, 43f., 64, 116, 194, 338, 376, 385, 387, 395f., 398, 425, 452, 465, 468, 485, 487, 549, 713f., 716, 728, 750, 753

Richthofen, Manfred Freiherr von *374*

Riedel, Oswald 88, 93, 356, 411, 439, 442, 478f., 508, 513, 603, 619, 640, 644, 646, 670f., 674, 678f., 681f., 684–686, 698, 703, 713f., 756, 758

Riegner, Agnes 361

Rieser 698

Rönneburg, Heinrich XLVIII, *209,* 268, 271, 279, 284f., 289, 296, 298, 302, 304, 312, 317, 322, 329, 333, 351, 353f., 361, 387, 395, 400, 402, 412, 415–417, 419, 423–425, 431, 437–441, 452, 470, 478f., 486, 508, 515, 519, 522, 524, 529, 531, 548, 551, 578f., 581, 587, 594, 607f., 619, 630f., 641, 643–645, 661, 666, 668–676, 678–681, 684–686, 694, 697f., 703f., 709–711, 714–716, 724, 726–729, 731f., 735, 741, 762, 764f.

Röttcher, Fritz 339

Rohde s. Rhode 439

Rohrbach, W. 554

Rohrbach, Paul *164–166,* 176, 181, 328, 338–340, 345f., 361, 388

Rosen, Friedrich *200*

Rosenberg, Alfred *636*

Rosenthal, Eduard *310*

Rotfrontkämpferbund 444

Rothenbucher 661

Rubow 85

Ruer, Otto 143

Ruhrgebiet 48, 122, 203f.
- Ruhrbesetzung 285–289, 294–301, 321, 647, XVIII, XXXIV
Ruhrentschädigung 335f., 338ff.
Einheitsfront 285f., 288, 294, 298
passiver Widerstand 286, 289, 300f., 657
Räumung 328f.

Rußland 70f., 169, 172f., 245, 288, 445
s. a. Konferenzen, internationale; Reparationen

Saargebiet 126, 376, 418, 622
Saarländische Volkspartei 680
Sachsen 193, 254, 310, 657
- Wahlen 142, 152 (1920), 495 (1928), XLIV, 501, 543, 554, 657 (1930)
- Regierungen 151 (1920), 527 (1930)
- Absetzung eines Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten 758

Sahm, Heinrich 686
Salomon, Alice *41,* 43f., 62, 76
Salomonsohn, Arthur *5*
Satz, Siegmund 375
Satzung s. DDP/DStP

Schacht, Hjalmar XXXIX, *3–10,* 22–25, 31, 34, 39f., 43–46, 65, 75, 82–84, 93–95, 112, 115, 117f., 121, 129, 134, 136, 166, 235, 256, 285, 295–299, 302f., 308, 398, 414, 504, 630, 647
Schaczewer (Redakteur) *73*
Schäfer, Hermann 439, *440f.,* 481, 487, 502, 505, 519, 522, 529, 533, 546, 554–556, 570, 578f., 594f., 610, 612, 619f., 633, 635, 638–641, 678, 681, 686, 695, 697, 702, 711, 723, 727, 730
Schall, Wilhelm 239, *341,* 453
Schaumburg-Lippe 640
Scheffen, Wilhelm *345*
Scheidemann, Philipp 26, 47f., 52, 66, 70, 131, 143, 197, 199, 207
Scheuermann (Rechtsanwalt) *602,* 617
Schiele, Martin *532,* 536, 541, 547f., 589, 681
Schiffer, Eugen XIIIf., XVIIf., *27,* 47, 55, 58, 75, 83f., 89, 99, 113f., 116–118, 120f., 123, 128f., 134, 136–140, 143, 146, 148f., 151f., 158, 160, 163–166, 171, 175f., 181f., 185f., 193, 195f., 198, 201–204, 208, 211, 220f., 223, 252, 256f., 259, 268, 273, 279, 285, 295, 299, 302, 304, 312, 317, 323, 327, 332, 334, 350, 416
Schlange-Schöningen, Hans *667,* 691, 716, 719, 721, 732
Schleicher, Kurt von LI, 691, 718f., 724
Schleswig-Holsteinische Landespartei
- Fusion mit DDP und DVP 143, 149–160

Schlotterhose (Liegnitz) 440f.
Schmid, Carl *559*
Schmidt, Robert 240
Schmidt (Dortmund) *746,* 749
Schmidthals, Wilhelm *148,* 170f.
Schmiljan, Alfred *640,* 671, 698
Schmutz- und Schund-Gesetz XVIII, 404f., 409–412, 414ff., 418, 421, 456
- Annahme, Abstimmungsverhalten der Fraktion 421

Schnee, Heinrich *368*
Schneider, Gustav *127,* 129, 180f., 186, 194f., 213, 216, 229–232, 234f., 237–239, 268, 272, 279, 285f., 289, 296, 298f., 302, 304, 312f., 317, 323, 327, 329, 338, 350f., 361, 387, 396, 400–402, 419, 429, 431, 437, 439, 452, 469f., 478f., 484, 490, 508, 522, 529f., 558(?), 560, 612f., 620, 643, 670f., 673–675, 677–679, 681, 686, 697, 704f., 711, 714, 739f., 743
Schöller und Hösch GmbH 727
Schönaich-Carolath, Prinz von *69,* 132,
Schönaich, Paul Freiherr von *480,* 613
Schönemann, Albert 508, 515, 519, 554, 579, 612, 620
Scholz, Ernst 327, *557–559,* 561f., 565, 571, 573, 575, 604
Schotte, Walther *4*
Schrader (Berlin) *33*
Schreiber, Otto LII, *24f.,* 43–47, 54, 62–65, 72–76, 81f., 84, 95–101, 106, 112f.
Schreiber, Walther *47,* 59, 62, 85, 145, 148, 195, 207, 304f., 329, 333, 339, 341, 350, 353, 361, 387, 402, 419, 423, 431f., 439, 441, 452, 464, 467, 469f., 478f., 485f., 494, 515, 519, 523, 529, 534, 554, 578, 612, 644, 671, 685–687, 693–695, 697f., 702, 704, 707, 709, 713–715, 722–727, 739, 746–750, 754, 764f.
Schubert, Richard *698,* 715, 749, 761
Schücking, Walther XII, *33,* 127, 176, 182, 304, 327, 340, 425
Schüler, Elly *580*
Schütt, Konrad 643, *670,* 672–676, 678f., 681, 685f., 697, 704, 711, 713, 715, 726f., 729, 739
Schuldt, Otto *127–129,* 302, 439, 530, 580f., 619, 715
Schule
- Privatschule 92
- Gemeinschaftsschule 290, 291f., 294, 431, 436, 638
- konfessionelle, Bekenntnisschule 290, 291, 293f., 431, 436, 721
- Bekenntnisfreie Schule 290, 431
- weltliche Schule 290, 291f., 434, 436
- Simultanschule 291–294, 346, 447
- „Staatsschulen" und „Kirchenschulen" 436
- Zwergschulen 292
- Grundschule 290
- Volksschule 290, 292, 434, 553, 623

- Minderheitsschule 436
- Einheitsschule 631
- höheres Schulwesen 623, 635
- Landwirtschafts- und gewerbliches Berufsschulwesen in Preußen 449
- Fachschulen in Württemberg 525
- und republikanische Gesinnung 258
- Gedächtnisfeiern für Rathenau 258
- und Konkordat 422f., 512
- Schulverwaltung 292
- Schulfrage XIII, 92, 290–294, 422, 437f., 457
- Schulpolitik XIX, 343, 423, 452
  Elternrecht 413, 435f.
  Demokratisierung des Unterrichtswesens 376
- Schulkompromiß 86, 290–294
- Schulgesetz/-gesetzgebung 292ff., 365, 409, 413, 416, 419f., 434ff., 447, 454, 553
  Entwurf 290, 293, 353, 431f.

s. a. Kulturpolitik

Schumacher, Karl XXVII

Schurig, Gottfried *224*

„Schwäbischer Merkur" 525

Schwarz, Paul *440*

Schwarz, Walter *534*

Schweiz 254, 664

Schweyer, Franz 267

Seeckt, Hans von *281,* 301, 305, 417, 420

Segall, Sali *46,* 64, 103, 225f., 276

Selbständige XVI, XXXIX, 453, 494

Selbstbestimmung, Selbstbestimmungsrecht 35f. 38, 289
- der Völker 68, 340, 451
- für Deutschland und Österreich 622

Selbstverwaltung 91, 447f., 621, 626, 629, 635

Separatismus 474
- Loslösung des Südens 35
- Rheinland, Republik Rheinland 38, 255, 300–303, 309
- in der Pfalz 306, 309f.
- in Bayern 139, 266f., 301ff., 307
- Amnestiegesetz für Separatisten 545

Severing, Carl *178,* 348, 374, 496, 558

Seyfert, Hermann 76, *293,* 400f.

Shell-Gesellschaft 245

Siedlungspolitik, Siedlungsfrage 89, 168, 176, 222, 328, 406, 420, 504, 542, 547, 552, 695f., 718ff., 759, 762
- Siedlungsgesetz (1919) 92
- Tagung von Landwirten 176
- Ostprogramm (Brüning) 530, 536, 547f., 551, 553
- Kleinsiedlung, ländliche 400, 678, 688, 694
- Rand-, Stadtrandsiedlungen 688, 696

s. a. Agrarpolitik

Siegfried, Wilhelm *672*

Siehr, Ernst 76, 81, 84, 94, 96, 100f., 115, 136, 163, 195, 213, 256, 273, 279, 299, 304, 317, *323,* 327, 329, 350, 361, 400, 402, 419, 431, 437, 452, 479, 519, 522, 529, 581, 594, 611f., 619, 746, 748f., 755

Siemens, Carl Friedrich von XIV, XVIII, XXXVI, XXXIX, *42,* 46, 64, 127, 146, 313, 320, 327, 332, 350

Siering, Wilhelm *177,* 631

Silberberg, Ludwig XXVIII, 7f., 10, 53, 62

Simons, Walther 166, *173,* 175, 181, 183, 204, 342

Simson, Ernst von 246

Skaruppe, Hugo 127

Sklarek (Gebrüder) 520

Slawische Völker 71

Slotty, Friedrich 312

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) XIf., XV, XVII, XXXV, XLI, XLVff., Lf., 11, 14–17, 49, 57, 60, 143, 150, 152ff., 156, 158f., 188, 198, 209, 217, 222, 236f., 265, 270, 281f. 285f., 288, 307f., 377, 433, 445, 455, 462, 522ff., 539, 542, 548, 559, 570, 640, 655, 659f., 677, 698, 736
- Erfurter Programm 32, 59, 124
- Sozialisierungsfrage 48, 50, 52f., 56, 124, 144, 357
- Regierungsbildung mit Zentrum 49f., 122
- und Arbeiter 53ff., 169
- Programm 54, 150
  Wirtschaftsprogramm 55, 59
- und Kab. Scheidemann 58
- gemeinsame Kundgebungen zum Friedensvertrag 68f.
- Wähler, Wahlen 87, 261, 453, 457, 467, 507, 560, 682, 704
- und Beamtentum 124f., 130, 257, 559
- und Kab. Fehrenbach 129f., 132, 142
- und bürgerliche Interessen in der Nationalversammlung 131
- Abstinenzpolitik 142, 147, 150, 159, 169, 403
- Bildung einer großen Mitte 150f., 271
  mit DVP und DDP 151f., 159
- und Klassenkampf 169, 328, 736
- „Sozialdemokratische Parteikorrespondenz", Angriffe auf Koch-Weser 179
- Verwaltungspolitik 217f., 221f.
- Steuerpolitik 198ff., 206, 224, 232, 235, 558f., 628, 635, 638
- parlamentarische Arbeitsgemeinschaft mit USPD 268
- und Schulfrage 290–293, 434, 436

- und Große Koalition 305, 309, 363, 386, 445, 545
- Gesetz über Titel und Orden 405
- „Republikanische Union" 410
- in Thüringen 310, 312
- in Bayern (Wahlgesetz) 445
- in Württemberg 524ff., 712
- und Panzerkreuzer 472, 474, 477, 628, 638
- Konkordat in Preußen 510ff.
- Arbeitslosengesetz 535, 565
- Deckungsvorlage (1930) 557
- und Kab. Brüning 581, 646, 694
- zu Notverordnungen 665f.
- Reichspräsidentenwahl 1932 679, 690
- Preußenwahl 1932 707
- und Fortschrittliche Volkspartei (1912) 729
- und Freisinnige (alter Reichstag) 733
- und USPD 55f., 59, 72, 123, 167, 169, 177, 183, 192ff., 237, 261
- und KPD 152, 193, 378, 445, 655, 729, 738
- und DVP 178, 192, 403
- und DNVP 403, 433, 445

Sozialisierung, Sozialisierungsfrage XI, XXVIII, XL, 5, 9, 28, 31, 48–61, 86–89, 144–147, 154, 357, 472, 699
- Kommunalisierung der Lebensmittel 49
- Entschädigungsgarantie 52
- und Steuerkraft 57
- Gesetze 44, 48, 56, 58, 61
  Rahmengesetz 48, 52
  Regelung der Kohlenwirtschaft 48, 52
  Antrag Erkelenz 53
- Debatte im Reichstag 144

s. a. Betriebe

Sozialismus 572, 603, 701, 760
- und Sozialliberalismus 284
- Staatssozialismus 622
- Sozialismus des Hitlertums 699

Sozialpolitik XI, XLIf., 52, 56, 84, 89, 447f., 498, 623
- Sozialversicherung 312
- Rentner 434, 445, 448
- Liquidationsgeschädigte 434
- Reform der Sozialgesetzgebung 559f.
- Kriegsinvaliden 665
- und Wirtschaftspolitik 623

Sozialrepublikanischer Kreis 532, 540, 542f., 546, 550, 554, 569, 572, 584f., 590, 593, 596, 601, 603–609, 611, 613, 683
- Austritt aus Staatspartei 597f.
- Auflösungserklärung 610f.

Spahn, Peter *31*

Spanien 351

Sparrer, Georg *133,* 163, 175f., 180, 186, 190, 195, 208, 213, 216, 229, 235, 238f., 273, 279, 285, 288f., 295f., 298f., 304, 312f., 317, 322f., 327, 329, 350f., 424, 528, 554

Spartakusbund 10, 22, 83

Sprague, Oliver *652*

Staatsbürgerschule 4, 116

Staatsgerichtshof 58, 497, 523

Städte s. Gemeinden

Stahlhelm 280f., 459, 628

Stangen 312

Staudinger, Karl 439, *503f.*

Stegemann, Otto 579

Stegerwald, Adam *158,* 184, 209, 269, 628, 691, 717f., 721

Stein, Karl Reichsfreiherr vom und zum 543

Steinmann, Eugen *92*

Steinmüller, Lebrecht 619

Stephan, Werner XXXIV, LII, 279, *282–285,* 289, 295f., 299, 302, 304, 312, 317, 323, 329, 333, 350f., 353f., 361, 374, 387, 396, 400, 402, 404, 416, 419, 424f., 431, 437, 439, 441–443, 452, 456, 461f., 469, 474, 478–486, 493, 499, 502, 506, 508, 515, 519–523, 526–530, 544, 550f., 554f., 577, 579f., 587, 592, 596, 606

Stern, Isidor *235,* 238f., 256, 259, 265, 268, 270, 273, 279, 284, 289, 296, 298, 312, 317, 323, 327, 329, 333, 350f., 354, 361, 387, 396, 398, 402, 419, 424f., 429, 431, 437, 439, 442, 452, 478f., 486, 508, 515, 519, 522, 529, 560

Steuern, Steuerpolitik XVII, XIX, XXVI, XLI, 26, 31, 51, 86ff., 164, 167, 189ff., 196–200, 206, 221, 223f., 230ff., 235, 295, 297f., 301, 306, 345, 352f., 422, 544, 555, 564, 622, 628f., 635, 660ff., 688
- Erzbergersche Steuerpolitik 90, 374
- Reichsnotopfer XXXIX, 86, 89, 107, 199, 232
- Gesetze, Gesetzgebung 86f., 89, 192, 230, 232, 357, 535, 541, 559
- Steuerprogramm der Partei, Fraktion (1921) 184f.
- Steuern und Reparationen (Dez. 1921) 230–233
- Steuerkompromiß (1922) 238
- Steuersystem 297, 373f.
- Einführung der Fest-Mark 298
- Verbot der Hypothekenaufwertung 306
- Steuervorlagen (1924) 321
- Steuerreform 501, 551f., 556
- Reform des Aktienrechts 660f.
- Steuereinnahmen (1931) 664f.
- Steuerlast 340, 350, 373, 445, 453, 494
  Abbau 405, 422
- indirekte Steuern 87, 197, 224, 688
- Vermögenssteuer 232, 306, 476, 626
  Vermögenszuwachssteuer 306
- Umsatzsteuer XLIII, 87, 536, 544, 686

- direkte Steuern 224, 298, 476, 629
- Steuerzuschlagsrecht der Gemeinden 91, 501
- Grundsteuern 167, 178
- Besitzsteuern 197, 199f., 221, 224, 233
  Steuersabotage 221
- Inflationssteuer 306
- Hauszinssteuer XIX, 353, 405, 414, 416ff., 500, 638, 660
  in Preußen 658
- Erbschaftssteuer 476
- Gewerbesteuer XLIII, 493f., 552, 628
  in Preußen 501, 658
- Getränkesteuer 497, 536, 544, 688, 691
- Bürgerabgabe/-steuer 555, 557, 559, 628ff. und Realsteuern 634f.
- Einkommensteuer XXXIX, 625f., 688
- Tantiemensteuer und SPD 638
- Notverordnung über Zuschläge für Steuerrückstände (1931) 654

Stinnes, Hugo *247*

Stöcker, Helene 39

Stolper, Gustav XIX, XLV, L, 45, *361,* 387, 392, 396–398, 400, 419, 423, 429, 431, 437, 452, 469–471, 479, 486, 494, 499f., 503, 513–515, 519–522, 529, 532, 540, 548, 551, 556, 558, 560, 564, 572, 579, 591, 598, 641, 697, 711–713, 715, 754

Strass, 147

Strauss, D. (Stettin) *385,* 402, 419, 424, 429

Streicher, Julius 373

Streik 89, 237

- politischer Streik 86
- Generalstreik (1919) 48
  in Berlin 49
- Angestelltenstreik in Berlin 54
- Einigungsämter 86
- Einigungsverfahren XXXIX, 87
- und Kommunismus 86
- Landarbeiterstreik in Pommern 86
- Generalstreik (1920) 171, 123
- Streik in Berliner Gas- und E-Werken 148
- wilde Streiks 234f.
- Verbot in lebensnotwendigen Betrieben 236
- Generalstreik und Ruhrbesetzung 286

Stresemann, Gustav XII, XVII–XIX, 3, 9, 14, 130f., 143f., 155, 191, 197, 218f., 224, 264, 300–303, 305, 318, 320, 327, 341f., 350, 352, 365, 401, 414, 433f., 444, 446f., 449, 457–459, 465f., 468, 501, 519, 530f., 538, 543, 560, 637

Stritt, Maria 183

Struve, Wilhelm *59,* 674

Stubmann, Peter 239, *265,* 279, 299, 304f., 312, 317, 322, 325, 341, 353f., 361f., 370, 375, 384, 386f., 390, 396–398, 400–402, 410, 424f., 429, 431, 437, 452f., 455, 470, 474, 478, 513, 515, 522, 527, 532, 554, 558, 578, 605, 612

Studenten, Studentenschaft

- Reichsbund XXIX
  Gründungsbeihilfe 100
  finanzielle Unterstützung 136
- Demokratischer Studentenbund 39, 554
- Studentenrecht 433
- Kontakte zu Ortsvereinen 111
- Studentenverein Jena 100
- Studienbeihilfen 553
- und Reichswehr 691
- Korporationen und Nationalsozialismus 692

Stümke, Bruno *6*

Stümpke, Gustav 439

Stündt, Otto *573,* 576

„Stuttgarter Neues Tageblatt" XXVIII, 399

Süddeutsche Volkspartei XXVIII

Südekum, Albert *404*

Tantzen, Theodor 229, 235, *237,* 239, 259, 264, 366, 279–282, 304, 311, 323, 327, 338, 400, 402, 414, 416f., 429, 431, 437f., 439, 442, 452, 467f., 470, 478–481, 483f., 486, 489f., 501, 508, 515, 519, 529f., 539, 545

Taubmann, Walter 458

Telegraphen-Union 180, 255

Tempel, Adam *373,* 439, 441

Terror 60, 87, 656, 673, 701

- politische Morde 60, 193
  Liebknecht/Luxemburg 39f., 369
  Erzberger 185, 188, 258
  Rathenau XVII, 256, 259, 260, 263ff., 268, 271
- Gefahr eines Gewalt- und Blutregime 676
- sozialistischer Terror 734
- Nazi-Terror L, 677, 679, 699

Tews, Johannes *293* .

Thiele, Fritz *452*

Thoma, Richard *511*

Thüringen

- Zuweisung preußischen Gebietes 37
- Kundgebungen gegen Friedensvertrag 69
- Regierungsbildung (1920) 151, 157, 222
- USPD-Regierung in Gotha 92
- Maßnahmen der Regierung ohne „Bürgerliche" (1921), Beseitigung des Reformationsfestes, Entlassungen in Schulverwaltung, Feiertag 9. November 222, 224
- sozialistische Mehrheit 265
- sozialistisch-kommunistische Herrschaft 271
- Reichsexekutive 657
- Landtagswahlen (1924) 312f.

Thyssen, Fritz 286

Tiemann, G. 376

Tietz, Oskar *544*

Tirpitz, Alfred von *320*-322, 324
Titel und Orden 405, 408f., 410, 414, 416
- in Bayern 414
Treskow, von 420
Treviranus, Gottfried 539, *549,* 575, 683, 716, 718f.
Trieschmann, Cornelius *163*
Trimborn, Karl 174, *447*
Troeltsch, Ernst 101, 120
Tschechoslowakei 287f., 245
- und Friedensvertrag 66
- Deutschdemokratische Freiheitspartei 141
Tschitscherin, Georgi W. *243*
Türkei 205, 241

Uebe 724
Ulich-Beil, Else 519, 522, 529, 554f., *578,* 611f., 619, 635f., 670, 739, 746, 749
„Ulk" s. „Berliner Tageblatt"
Ullstein-Verlag 520, 529
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) 17, 54, 167, 169, 177, 183, 185, 187f., 191ff., 195, 217, 222, 234, 257f., 260
- Koalition in Bayern 27
- Sozialisierungsfrage 50, 86
- und Friedensvertrag 72
- (Versuch) Regierungsbildung Haase 72
- Regierung in Gotha 92
- Spaltung in Sachsen (1920) 142
- Regierungsbildung in Preußen (1921) 192
- und Räte 193
- Leipziger Parteitag, Diktatur des Proletariats 234
- parlamentarische Arbeitsgemeinschaft mit SPD 268
- Vereinigung mit SPD XLI, 285
- und DVP 260, 263
- und SPD 55f., 59, 72, 123, 167, 169, 177, 183, 192ff., 237, 261
- und KPD 193
Ungarn 205, 288
Unternehmer XI, XVI, XXXVI, XXXIX, 9, 51, 54, 86, 115, 232, 504, 694
- Arbeitgeber und Arbeitnehmer 53, 92, 194, 472, 626f., 629
freie Initiative und Mitbestimmung 59
Schlichtungsordnung 142
- Wiederaufbau zerstörter Gebiete 87
- Arbeitgeber 55, 191, 232, 457
und Generalstreik (1920) 123
- (Groß-)Industrielle 193, 457
- und Staat, Forderung Eberts 217
- Rolle in der Wirtschaft 500
s. a. Industrie, Wirtschaftssystem, Sozialisierung
Urlaub, Else 619, *746,* 749
Uth, Illa *128f.,* 131, 136f., 148, 163, 180f., 183, 186, 194, 234f., 268, 273, 279, 284f., 295, 299, 302, 304, 312, 317, 323, 329, 333, 353f., 361, 387, 396, 400, 402, 419, 424f., 429, 431, 437, 439, 442, 452, 466, 470, 478–480, 483, 485f., 494, 504, 515, 519, 522, 529, 554, 556

Varrentrapp, Franz 375
Vaterländische Verbände 374
Vellemann (Ostpreußen) *666,* 704
Velsen, Dorothea von 289, 296, 299, 302, 304, 329
Verband der unteren Post- und Telegraphenbeamten XLII
Verein für Sozialpolitik 608
Vereinigte Industrieunternehmen AG (VIAG) 652
Vereinigte Staaten von Amerika 172, 175, 240, 262, 285, 287, 403, 450, 498, 504, 645, 649, 663
Vereinigte Stahlwerke AG 731
Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände 601f., 605f., 609
Vereinigung Republikanischer Presse 696
Vereinigung unabhängiger Demokraten/ Radikal-Demokratische Partei 607, 613, 628, 630, 671, 684, 709
Vershofen, Wilhelm *28,* 34
Verständigung
- mit neuen Staaten Mitteleuropas 172
- Politik der Verständigung 352, 449ff., 498
- Verständigungsgedanke 472
- Völkerverständigung 495, 637, 639
s.a. Frieden, Friedenspolitik
Verträge, internationale
- Geheimverträge und provisorische Verfassung 36f.
- Abkommen von Wiesbaden 200, 202, 204, 206f., 247
- Rapallo 244ff., 248–251
- Locarno 350, 352, 354f., 363, 375f., 385, 471
Verwaltung
- und Arbeiterräte in Pommern 90
- Reform 434, 497, 551f., 661, 693
in Preußen 91
- Verwaltung in Preußen 92, 223, 657, 700
Verwaltungsgesetz für Berlin 640
- Kritik an Verwaltung 217
- Demokratisierung XIII, XLII, LVI, 125, 177f., 218, 221–224, 230, 258, 299, 301, 367, 376
„Konkordienformel" 230

- Ämterbesetzung 217, 406, 700
  Personalpolitik in Preußen 168, 640, 674, 700, 734
- Bürokratie, Bürokratismus 405, 542
- und Reichswehr (Art. 48) 418
- Rationalisierungsbestrebungen 451
- und Berufsbeamtentum 622
- Reichsfinanzverwaltung
  nationalsozialistische Agitation der Beamtenschaft 631

Völkerbund 253, 363, 433, 446, 449, 498, 622, 625
- Art. 8 494, 575
- Art. 14 575, 622
- Art. 15 450
- Kredit für Österreich 173
- Oberschlesien-Beschluß 196, 203, 206ff., 219, 252
- Beitrittserwägungen 253f., 296, 298, 339f., 352
- Mitgliedschaft 449f.
- und deutsch-polnischer Vertrag 253, 255
- Minderheitenfrage/-schutz 445f., 448, 451, 622
- Deutsche Liga für Völkerbund und Weltkongreß der Völkerbundsligen 451
- Tagung vom 3.–26. 9. 1928 471

„Völkischer Beobachter" 302

Völkisch-nationaler Block
- in Preußen 523

Völtz 348

Vogelstein, Theodor Max XXII, *3f.*, 339, 384

Vogt, Gerhard XLIII, *176*, 180f., 185, 195, 229, 234, 239, 268, 272f., 279, 284, 289, 295f., 299, 302–304, 312, 317, 323, 333, 350, 353, 355f., 361, 387, 396f., 400, 402, 419, 424f., 429, 431f., 437, 439, 442, 452, 470, 473, 479, 483f., 486, 508, 512, 515, 519, 522, 524, 529, 560, 578f., 581, 590, 604, 612, 619f., 642f., 646, 666, 670, 672f., 678f., 681, 685f., 697f., 704, 706, 711–713, 715f., 726, 739, 743, 748, 760, 764f.

Volksbegehren/Volksentscheid
- gegen Young-Plan 520, 571, 644–647, 655f., 660
- erörterte Volksentscheide
  zur Schulfrage 291ff.
  zur Wahlrechtsreform 476, 564
  zur Reichsreform 497, 564
  zur Reichspräsidentenwahl (1932) 681

s.a. Fürstenabfindung

Volkskonservative Vereinigung 535, 539, 543, 573, 716

Volksnationale Reichsvereinigung XLIVff., 543, 566, 572–577, 583f., 586–594, 607f., 667
- Bildung 521
- Judenfrage 583
- und Außenpolitik 567, 570f.
- Austritt aus Staatspartei 597, 599
  aus der Fraktion 607

„Volkswille" 683

„Vorwärts" 86f., 224, 262, 655

Voss, Karl Johann von 554, *556*

„Vossische Zeitung" 24, 50, 55, 173, 372, 407, 466, 473f., 524, 529, 532

Wachhorst de Wente, Friedrich 75, 81, 95f., 100, 116, 118, 134, 140, *148*, 154, 163, 181f., 206, 211, 213, 229, 234f., 238, 256, 279, 285, 287, 289, 299, 302, 304, 312, 329, 331, 348, 350f., 353–355, 361, 387, 393, 396–398, 400, 402, 406, 424f., 429, 437–439, 441, 452, 464, 478f., 484, 499, 508, 519, 522, 529, 532, 554, 579, 594, 612f., 703, 724

Wacker, Albert *34*

Waentig, Heinrich 523

Währung, Währungsfrage XVIII, 297, 302f., 308
- Valutafrage 86, 200, 205f., 233, 261
- Goldwerte 189, 192, 297
  Erfassung, Besteuerung 190, 192, 194, 233
- Geldwert und Anleihefrage (1922) 250
- Devisen 250, 297, 644
- Währungsproblem in Oberschlesisch-Polen 225
- Stabilisierung der Mark 283
- Währungssanierung durch Goldrechnung 297f.
- Währungsstabilität 312, 317
- Währungskommissar 302, 308
- Reform 303, 305
- Papiermark 298
- Papierkreditgewährung 298
- Festmark 298
- Bodenmark 301
- Roggenmark 301
- Aufwertung 328, 331, 334, 352, 379, 388, 445, 500
- Goldpreis 630
- Zusatzwährung (1931) und Rentenmark 644
- Münzfuß 664
- Kursverlust englisches Pfund (1931) 664
- Geldumlauf 664, 696

Wahlen zur Nationalversammlung
XII–XIV, XLII, 11–21, 820
- Wahlaufruf 6
- Kandidaturen XIV
  Kieler Angestelltenverband 6
  Empfehlung an Wahlkreise 6
  Doppelkandidaturen zur NV und preußischen

Konstituante 8
Max Weber 10
Mittelstand 15
Rücktritt Preuß 23f.
- Agitation 8, 10
- Finanzierung XXXVI, 9f., 39
- Eventuelle Wahlbündnisse Stresemanns mit den Konservativen 9f.
- Rücksicht auf Frauen 18
- Listenverbindungen 8–21, 33

Wahlen zum Reichstag
- 6. Juni 1920 XIXf., XXXIV, XLIII, 141, 191, 821–823
Vorbereitungen 119
Kandidaturen 76, 81, 83, 108, 126–129
Wahlkampf 84, 121, 124f.
Finanzierung XXXVI, 107, 119, 128
Termin 87ff., 116
Wahlaufruf 119, 121, 123
Nachwahl in Abstimmungsgebieten 149
Reichsliste 121, 149, 163
Diskussion nach der Wahl 130f.
- 4. Mai 1924 XV, XVIII, 821–823
erörterte Wahlbündnisse 310
Vorbereitungen 312f.
Finanzierung 313, 317, 328
Kandidaturen 313
Wahlaufruf 313
Diskussion nach der Wahl 317f., 322, 328
- 7. Dezember 1924 XVf., XVIII, XXXIV, 821–823
Wahlaufruf 330ff.
Finanzierung 331
Wahlschulden 356
Diskussion nach der Wahl 338
- 20. Mai 1928 XVI, XIX, XXXV, 451f., 470, 544, 821–823
Vorbereitungen 430, 437, 439
Wahlaufruf 460
Kandidaturen 431f., 439ff., 443, 449, 457f., 465
Berücksichtigung von Frauen 432
Agitation 432, 437ff., 442, 444, 453, 455ff., 460, 464, 474
Listenverbindungen 440, 442f., 459
mit Volksrechtspartei 440, 442f.
mit DVP in Bayern 459
Diskussion nach der Wahl 452–469, 519f., 544
Haltung der Presse 455–462, 464–467, 519
Jungwähler 451f., 459
Finanzierung XXXVII, 519
- 14. September 1930 XVI, XLVf., 566–569, 571, 574, 695, 821–823
Wahlparole 559
Wahlziele 560
Kandidaturen 470f., 479, 529, 555, 558, 560f., 566, 569, 574, 576–583, 586, 591, 593f., 598
Agitation 558–561, 572ff., 576f., 582f., 587, 594
Finanzierung 579, 583, 587
Wahlausgaben der Regierung 581
Diskussion nach der Wahl 581–590, 593, 601, 611
Wahlschulden 614, 617, 707
Wirkung im Ausland 626
- 31. Juli 1932 713–717, 721–739, 821–823
Finanzierung 714f., 727, 747
Agitation 715f., 723ff., 738
Wählerpotential 722, 730, 733
Presse 733, 741
Kandidaturen 716, 728, 730, 733, 739, 741
Listenverbindungen L, 709, 713–717, 721–738, 747
Haltung der regionalen Untergliederungen 715, 723f., 728, 730, 732–737, 747
Mittelparteien 709, 713ff.
Zentrum 713, 714ff., 721, 723–727, 729–732, 734
Christlich-Sozialer Volksdienst 714
DVP 715
Bayerischer Bauernbund 715f., 724, 726, 728f.
SPD 715ff., 724, 726–738, 747
Volkskonservative Reichsvereinigung 716
(irgend-) eine Bauernpartei 723
norddeutsche Bauernschaft 726
BVP 728, 731
Wirtschaftspartei 734f.
von Treviranus bis Brüning 716
BVP und Bayerischer Bauernbund 731
BVP und Wirtschaftspartei 731
Sonderliste (süddeutsche Demokratie) 723, 729f., 732, 735f.
Diskussion nach der Wahl 739, 741f., 747
- 6. November 1932 L, 821–823
Listenverbindungen L, 750
Wirtschaftspartei 751
SPD 752
Agitation 752f.
Finanzierung 753
Wahlschulden 753
Wählerpotential 753
Diskussion nach der Wahl 750–753, 759
- 5. März 1933 L, 764, 821–823
Vorbereitungen 754
Agitation 754, 756
Wahlaufruf 758
Listenverbindungen L, 754, 756, 758–761
DVP 761
SPD LI, 764

Wahlen zur Preußischen Landesversammlung (1919) 22, 36

Wahlen zum Preußischen Landtag
- 20. Februar 1921 XV, XXXIV, 141, 150, 152ff., 159, 163ff., 168
Preußenausschuß 137, 140, 154f.
Terminfrage 138
Kandidaturen 137, 140f.
Zusammenarbeit mit DVP 143, 145, 151
Wahlplattform 153f.
Finanzierung 262

- 20. Mai 1928 XIX, 431
  Kandidaturen 431f., 441ff., 483, 506
  Listenverbindungen 442f.
- 24. April 1932 L, 657, 660, 671, 673, 678, 681–684, 690, 693, 695, 698, 703, 721, 736
  Kandidaturen 671, 686f., 697f., 702f., 707
  Agitation 684, 687, 700ff., 705–708
  Finanzierung 687
  Listenverbindung mit Zentrum 698, 709
  Situation Preußens vor der Wahl 698–702
  Diskussion nach der Wahl 704–711
- 5. März 1933 764

Wahlrecht, Wahlgesetz XXXIII, 57, 89, 416, 463, 497, 500, 506f., 520, 536, 540, 622, 721, 746
- Altersgrenze, Wahlmündigkeit 57, 409
- Wahlgesetzentwurf 116, 126, 307, 478
  in Preußen 138
- Wahlgesetz in Preußen 523
- Reform XLVII, 239, 307f., 409, 414, 436f., 448, 463, 471, 476–479, 501, 504f., 508, 540ff., 551f., 558, 560, 564, 626, 721, 745
  Wahlkreise 409, 437, 448, 476ff., 622, 721
  Einmännerwahlkreis 312, 476f., 622
  Persönlichkeitswahl 307, 448, 622
  Wahlkreisverbände 409
  Listensystem 437, 476f., 501, 622
  Reichsliste 478, 501, 505, 541f., 547, 551, 555
  Mehrheitswahlsystem 505
  Proportionalwahlsystem 476f., 502, 505ff., 745
  Wahlreformvorlage der Partei 479, 494, 502
  Landeslisten 501, 547
- erörterte Einführung der Wahlpflicht 626, 628
- Lage für Frauen 504
- bayerisches Wahlgesetz 445, 457, 497

Wald 329

Waldstein, Felix XXVI, *29,* 33f., 76, 86, 93, 220f., 275, 414, 577

Wallach, Ernst *676*

Wallenberg, Marcus *652*

Wandersleb (Querfurt) *661,* 669, 756

Weber, Alfred XI, XXII, XXVI, *7,* 17

Weber, August XLVI, XLVIII, 438, *463,* 465f., 468, 519, 580, 584, 591, 596–598, 610, 612f., 619f., 627, 631, 641, 643–647, 655f., 661f., 666, 668–679, 681–688, 690, 694, 696f., 702–704, 707, 710–717, 722, 725, 735, 742, 750, 753

Weber, Marianne 81, *99*

Weber, Max XIf., 3, *4,* 10, 17, 743

Weinhausen, Friedrich *53,* 73, 114, 131, 134–139, 148, 163, 165, 175, 180f., 183, 186, 195, 229f., 234f., 238f., 259, 265, 268, 270, 273, 279, 284f., 289, 295, 299, 302, 304, 312, 317, 323, 329, 333, 351, 355f.

Wehner (Leipzig) 292

Weill, Bruno *570,* 573, 576, 591

Weiss, Christian *473f.*

Weiss, Konrad 76, *267,* 289f., 304, 353, 387, 400, 402, 413, 429, 432, 439, 452, 470, 479, 526, 529, 641

Welfen 16, 36

Wels, Otto *732*

„Welt am Montag" 627

Wenck, Martin 59

Wendorff, Hugo XXVI, *179,* 222, 234, 295, 312, 317, 329, 351, 354, 375

Wenken (Kiel) 155

Westarp, Kuno Graf von *320,* 403, 445, 559, 571, 667, 681, 721

Wieland, Philipp XXXIX, *140,* 232, 311, 329, 472, 519, 731

Wießner, Max 5, *6–10,* 22–25, 40, 62–64, 71, 74, 84, 91, 93–96, 98, 100f., 112–116, 118, 120f., 126, 129–131, 135f., 137, 139, 148, 153, 159f., 163f., 166, 175f., 179–186

Wienecke, Ernst *669,* 698

Wiggin-Layton-Bericht 650

Wiglow, Emil 302, 419, *441*

Wildermuth, Eberhard *474,* 487, 502, 522, 526, 556, 744

Wilhelm I. 337

Wilhelm II. 223, 445

Willenberg, Artur *348*

Wilson, Woodrow 4, 33f., 66, 68f., 71f.

Winschuh, Josef XLVI, *577,* 580, 597, 599–602, 605f., 620, 641, 643–645, 670–676, 678f., 681, 685, 697, 704f., 711, 715, 723, 727, 730

Winterhilfe 668

Wirth, Joseph XVII, XXV, 182f., 188, 197f., 200–212, 219–221, 223f., 236, 240, 246, 253, 265f., 279, 283, 287, 410, 552, 656

Wirtschaft 89, 319, 339, 350, 453, 464, 552, 622f., 663, 700, 764
- Wirtschaftsfrieden 86
- Wettbewerb 9
  auf dem Weltmarkt 499
- Produktivkammern und Rätesystem 50f.
- Produktivgenossenschaften 57
- Produktionskammern und Produktivrat (Vorschlag G. Bernhard) 60
- Sachverständige zu Friedensbedingungen 67
- Privatwirtschaft 124, 660, 731
  Auswüchse, Überleitung Privatmonopole in Gemeinwirtschaft 51f.
  private Einkommen 124
  Einzelwirtschaft 125
  Privateigentum 233, 364, 386, 399, 760
  Privatinitiative 50f., 55, 57, 59, 88, 145
  Privateigentum an Produktionsmitteln 50
  wirtschaftlicher Individualismus 467, 637
  Individualwirtschaft 634
  oder Gemeinwirtschaft 660

- Vertretung in Fraktion 432
- Produktivität 88, 92f., 222, 231f., 297
  Methoden 350
- und Staat 308, 335, 623
- Konjunktur 231
- Krise (1921) 201
- Import/Export 190, 222, 231, 297, 664f.
- und Reparation 231
- Wirtschaftskreise und Partei 335
- Rationalisierung 434
- Entwicklung seit der Stabilisierung 453
- und Ausland 537
- Binnenwirtschaft 664
- Freiheit der Wirtschaft
  gegenüber Privatmonopolen 145
  Mißbrauch durch Kartelle, Trusts, Syndikate 312
  aber nicht der Monopole 499
  und Organisationswirtschaft 500
- Agrarpolitik 544
- für Kartell- und Monopolaufsichtsbehörden mit Arbeitnehmerbeteiligung 475

s. a. Wirtschaftspolitik, Wirtschaftssystem

Wirtschaftsdemokratie 471f., 475f., 501, 505
- Mitbestimmung
  berufsständische 60
  Recht 51, 53f., 59
- Wirtschaftsparlament 51, 56
- (paritätischer) Wirtschaftsrat 59
- und Hansa-Bund 470f.

s. a. Sozialisierung, Wirtschaftssystem

Wirtschaftskrise LVI, 642–655, 663–666, 705
- Weltwirtschaftskrise 623, 630
- Depression 635
- Inflation 644
- Deflation IL, 644, 696
- Kapitalflucht 644
- Auswirkungen in Preußen 657ff.
- in England 663f., 666
- in Frankreich 664

Wirtschaftspartei XLIII, L, 164, 348, 401, 403, 405, 410, 413, 421, 445, 455, 459, 461, 466f., 536, 544, 557, 565, 573, 661, 667, 682, 690, 694, 705, 734, 744, 751
- in Württemberg 421, 525
- in Sachsen 495
- und Schulfrage 436
- zu Panzerkreuzer 472
- Handel und Gewerbe 624
- Krise 625
- und Juden 675
- und Kab. Papen 714
- und NSDAP 722

Wirtschaftspolitik XI, XLII, 84, 88, 133, 190f., 297ff., 312, 352f., 397, 420, 447f., 451, 500f., 621, 626, 637, 639, 660, 696, 757
- Konjunktursteuerung IL
- Produktionspolitik 55, 190, 192, 627, 629
- Güterverteilung 55
- in Preußen 701
- demokratische Wirtschaftspolitik 59
- sozialdemokratische Wirtschaftsideale laut Erfurter Programm 59
- wirtschaftspolitische Tagung in Eisenach 351
- Wiedereinordnung Deutschlands in die Weltwirtschaft 621, 623
- Sperre der Einheitspreisgeschäfte 760

Wirtschaftssystem XLVII, 50f., 55f., 308, 564, 622
- privatwirtschaftliches System 564, 653
  Freiheit der Wirtschaft 145, 627
  freie Wirtschaft 499, 503, 637, 701, 724
- Organisationswirtschaft 499f., 503
  organisierte Wirtschaft 637
  Gemeinwirtschaft 52
  Zwangswirtschaft 87, 90
  sozialistisches System 564
- sozialistische Lehre 498
- liberales System 283
- Schleichwirtschaft 90
- Reform 472, 540, 564
- Staatsbürokratie und Privatbürokratie 472

s. a. Unternehmer

Wirtschaftliche Vereinigung 377, 438

Wirtschaftsverbände XXVIf., XXXVII, 477
- Vertretung im Hauptvorstand 6
- und Partei 109, 111

Wise F. (Abteilungsleiter im engl. Handelsministerium) 242f., 249

Wissell, Rudolf *559,* 717

Wittstock, Gertrud 279, 284f., 289, 295f., 299, 302, 312, 317, 323, 329, 333, 350, 353f., 361, 388, 400, 402, 419, 424f., 429, 431, 437, 442, 479, 486, 519, 522, 529, 554, 579, 612

Wohnungsfrage 88, 92, 412, 453, 466, 688
- Heimstättenrecht 88
- Wohnungsreform 409, 640
- Wohnungspolitik 455
- Abbau der Wohnungszwangswirtschaft 500
- Wohnungsbau 638, 641, 688, 695
  finanzielle Aufwendungen 628, 641
- Mietgesetzgebung 660

Wolf, Karl *625,* 691

Wolff, Georg *356*

Wolff, Theodor XI, XXII, XXVIII, *3,* 23, 62, 128, 371, 389, 396, 456–458, 466f., 508, 515, 519, 531, 538, 554, 579

Wolffsches Telegraphen-Büro 650
Wolfhard, Johann *738*
Wollheim, Caesar 42
Württemberg
- Fusionsfrage DDP mit DVP 157
- NSDAP 297
- parlamentarische Lage 453
- Regierungseintritt (1930) 521, 525, 548, 550
- DVP 578
- Steuerpolitik 635
- Regierungsumbildung (1930) 524–527

Wulle, Reinhold 320
Wunderlich, Frieda *644*, 694, 697, 764

Zentrale Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände (ZAG) 53, 56, 626f., 629
Zentrum XI, XIV, XXXVIII, XLVI, L, 54, 57, 92, 143, 188, 209, 346f., 377, 381, 383, 386, 390, 392f., 410, 423, 438, 444f., 455, 537, 557, 634, 731
- und Arbeiterschaft 26, 31, 143
- und Regierungsbildung (1919) 26–34
- innere Lage der Partei 31, 53, 143, 275
- Regierungsbildung mit SPD 49f., 122
- und Sozialisierungsfrage 52
- Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien 63f.
- Wahlaussichten 87, 261
- und Stellung Erzbergers 88
- Regierungseintritt DDP (Herbst 1919) 90
- und Richtlinien Kab. Fehrenbach 132
- Regierungsbildung in Preußen (1921) 165, 167–171, 177f.
- Oberschlesienpolitik 198, 447
- „Arbeitsgemeinschaft der verfassungstreuen Mitte" 268ff.
- und Schulfrage 290, 293, 419, 721
- Barmat-Affäre 333, 338ff.
- in Württemberg 345ff., 525
- und Kulturpolitik 346
- und Liberalismus 413
- Arbeitsgemeinschaft mit BVP 435
- in Preußen 640, 682, 698, 705, 709
- „Republikanische Partei" 456, 458
- Wahlreform 494
- Konkordat in Preußen 510f.
- Revision des Arbeitslosengesetzes 535
- und Kab. Brüning 632, 655, 665f.
- Agitation 655, 665f.
- Juden 704, 710
- Frage eines Direktoriums (1932) 711
- und NSDAP 742f.
- und SPD 445, 557, 698

Zölle 164, 351f.
- Zollpolitik 352, 466, 536, 544, 623, 681
- Zollschutz an der Westgrenze 92
- Schutzzoll 328f., 447
- Zollvorlage 350ff.
- europäische Zollunion 352
- Gefrierfleischkontingent 464, 632
- Zollgesetzgebung ohne Art. 48 (1930) 535
- Futtermittelzölle 352, 686
- Zolleinnahmen 665
- Butterzoll 686, 689

Zusammenschlüsse s. Fusionsfrage